Niels Joeres

Der Architekt von Rapallo

Der Architekt von Rapallo :

Der deutsche Diplomat Ago von Maltzan im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik

Inaugural-Dissertation an der Philosophischen Fakultät der

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (überarbeitete Fassung)

Referenten:

Prof. Dr. Eike Wolgast
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

Prüfer im Rigorosum:

Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Politische Wissenschaft)
Prof. Dr. Eike Wolgast (Geschichte)
Prof. Dr. Christan Walter (Öffentliches Recht)

Abschluss der Promotion: 23. September 2005

Redaktionsschluss des vorliegenden Manuskripts: 31. Juli 2006

Adresse des Verfassers:

Niels Joeres, Marktplatz 1, 69117 Heidelberg, Email: nielsjoeres@aol.com

in memoriam

ILSE JOERES

3.8.1938 – 14.12.2000

Inhalt

Prolog **7**

Einleitung **9**
a) Relevanz und Leitfrage 9
b) Methode und Gang der Untersuchung 15
c) Forschungsstand 18
d) Quellenlage 20

I. Der junge Diplomat **29**
1. Herkunft und Ausbildung 29
Zur Genealogie Ago von Maltzans *35*
2. Erste Auslandsposten in Brasilien und Norwegen (1907-1909); zweimalige Arbeitszeit in der Berliner Zentrale (1910/11) 36
3. St. Petersburg und Peking: 1911-1913 51
4. „Aber zu unserem größten Bedauern hatte man in Berlin für dies friedliche Arrangement überhaupt keinerlei Verständnis!“ – China im Weltkrieg 64
5. Der Konflikt Maltzans mit der Obersten Heeresleitung (Sommer/Herbst 1917) 84
6. Von der Abdankung Kaiser Wilhelms II. zur Weimarer Republik 92

II. Russlandpolitik als Beitrag zur außenpolitischen „Mittellinie“ **103**
1. Maltzan als Reichskommissar für den Osten (Herbst-Winter 1919/20) 103
2. Das deutsch-russische Verhältnis: Ein vertragsloser Zustand 118
3. Eine Russland-politische Programmatik? (Januar/Februar 1920) 136
4. Der neue Leiter des Russlandreferats im Auswärtigen Amt 154
5. Während des polnisch-russischen Krieges (Sommer-Herbst 1920) 166
6. Bis zum britisch-russischen Handelsvertrag vom 16. März 1921 182
7. Die deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921 202
8. „Nervenzusammenbruch“ bei der Zerteilung Oberschlesiens; Rücktritt und Neubildung des Kabinetts in Berlin (Oktober/ November 1921) 222

III. Der Architekt von Rapallo **243**
1. Maltzans Sorge vor einer französisch-russischen Annäherung 243
2. Die „persönliche Richtlinie“: Nach Moskau nur über London 262
3. Der Beginn der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen (Mitte Januar 1922) 276
4. Zumindest ein erster Entwurf: Die „Punktationen“ vom 13. und 17.2.1922 289
5. Die Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV: Eine anhaltende Bedrohung 301
6. Intensive Diskussion um den Vertragsinhalt (März 1922) 309
7. Londoner Memorandum und „Nervenkrieg“ mit den alliierten Kontrollkommissionen 320
8. Der vertagte Vertrag oder: Bekannte partielle Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Russland (Anfang April 1922) 334

IV. Der Vertragsabschluss **353**
1. Der Beginn der Konferenz von Genua (10./11. April 1922) 353
2. Die „äußerst verhängnisvolle“ Wirkung des Londoner Memorandums 366
3. Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und Russland unter Ausschluss der deutschen Vertreter 379
4. Eine dramatische Ausnahmesituation (15.4.1922) 393
5. Gerüchte über eine Einigung in der Villa D’Albertis 411
6. „Pyjama-Konferenz“ in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922? 421
7. Die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Verhandlungen und die Vertragsunterzeichnung in Rapallo 431
8. „Certes, les Allemands ont été violemment irrités“ 438

V. Auf der Anklagebank **453**
1. Jupiter tonans: Massive Proteste gegen den Rapallo-Vertrag 453
2. Bemühen um sachliche Aufklärung 466
3. „Damn German stupidity“ 477
4. Einheitsstiftende Wirkung in Deutschland? 491
5. „Unter diesen Umständen war Notwehr geboten“ - Eine systematische Auseinandersetzung mit den Rapallo-Vorwürfen 505
6. Deutschland als Vermittler in der russischen Frage (Ende April /Mai 1922) 517
7. Auf dem Weg zur Ratifikation des Vertrages: Von Genua zurück nach Berlin 529
8. Eine breite Reichstags-Mehrheit für „Rapallo“ (Juni/ Juli 1922) 542

VI. Maltzans Aufstieg zum führenden Diplomaten der Republik **557**
1. Unausgefüllt, begrenzt und unsicher: Russlandpolitik im Juli 1922 557
2. „Der Vertrag von Rapallo hat bis jetzt die beiden Signatarmächte enttäuscht“ 570
3. In bedrängter, „trostloser“ Wartestellung (September/ Oktober 1922) 580
4. Die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages am 5. November 1922 588
5. Skeptische Russland-politische Zuversicht 596
6. Die Berufung zum alleinigen Staatssekretär im Auswärtigen Amt (Dezember 1922) 603

Rapallo Revisited **611**

Anhang **619**
Dank 621
Pflichtangaben zum Lebenslauf des Verfassers 622
Zitier-, Druck- und Registerhinweise 623
Abkürzungen und Bildnachweise 624
Quellen und Literatur 627

„In der Persönlichkeit Maltzan lag ein eigener Typ, lag ein eigener Reiz [...] . Ich habe ihn einst als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses als Staatssekretär angesprochen, zu einer Zeit, in der er noch nicht Ministerialdirektor war. Mir war der Begriff Maltzan so vertraut mit Führung im Auswärtigen Amt, dass ich glaubte, dass dieser Mann mit an der Spitze stehen müsste."

Gustav Stresemann (Oktober 1927[1])

Prolog

In dem zur Gemeinde Dahmen gehörenden Dorf Großen Luckow (Landkreis Müritz/ Mecklenburg-Vorpommern) befindet sich in der Nähe eines verfallenen, ehemals repräsentativen Gutshofes eine verwilderte Beerdigungsstätte. Die Inschrift auf dem links liegenden Grabstein lautet: „A.G.O. Maltzan, Reichsfreiherr zu Wartenberg und Penzlin, Deutscher Botschafter in Washington, geboren am 31. Juli 1877 in Klein Varchow, gestorben am 23. September 1927 bei Schleiz durch Flugzeugabsturz."[2]

Nach einem Beileidsschreiben des SPD-Vorsitzenden Hermann Müller an die Witwe Maltzans hatte der mecklenburgische Baron „für Deutschland in schwerster Zeit Höchstes"[3] geleistet. Die nationale und internationale politische Öffentlichkeit zollten ihm wie einem Staatsmann Respekt und Anerkennung.[4] Gustav Stresemann, „Weimar's Greatest Statesman"[5], widmete dem deutschen Botschafter Maltzan am 5. Oktober 1927[6] seine „vielleicht schönste und persönlichste Gedenkrede"[7]: Er habe sich für Deutschland bereits im Kaiserreich als „kühner Erfasser der Situation" erwiesen und nach 1918 das „inauguriert", „was in dem Begriff Ostpolitik" seit jeher „einen großen Bezirk" deutscher Außenpolitik bilde. Der Diplomat sei weiter, vor seiner hervorragenden Arbeit in Washington, als Staatssekretär im Auswärtigen Amt an der schwierigen Umsetzung derjenigen Politik federführend beteiligt gewesen, „die zum Abbruch des Ruhrwiderstandes führte und jene Außenpolitik einleitete, die im heftigsten Kampf gegen die brausenden Wogen der öffentlichen Meinung durchgeführt werden musste und nur so durchgeführt werden konnte."[8]

Der ehemalige britische Botschafter in Berlin, Viscount Lord D'Abernon, zählte Maltzan posthum im Ergebnis sogar zu den einflußreichsten Personen in der internationalen Politik der 1920er Jahre.[9]

Eine politische Biographie über Ago von Maltzan hat nicht nur der Frage nachzugehen, warum die Anteilnahme am frühen Tod des Diplomaten seinerzeit so groß war. Sie wird vor allem ergründen müssen, ob, warum und bis zu welchem Grade ihm tatsächlich großes politisches Gewicht zugemessen werden kann. Zudem: Die Vorstellung einer uneingeschränkt wohlwollenden Würdigung Maltzans, die aus den angesprochenen Kondolenzbekundungen und Erinnerungen auf

---

[1] Stresemann, Botschafter Ago von Maltzan zum Gedenken, S.574f.

[2] In Anlehnung an Psalm 90,10 heißt es weiter: „Ist das Leben köstlich gewesen, so ist es Mühe und Arbeit gewesen."

[3] Beileidstelegramm an Freifrau von Maltzan, o.D. (ca. 24.9.1927), BAB, NL Hermann Müller, 90 MU 5, Nr. 2.

[4] Krüger, Schubert, Maltzan, S.38; PA, Personalakten Maltzan, Bde. „Beileidsbezeugungen" (009437). Nachrufe (in Auswahl): Kreuzzeitung, 27. u. 28.9.1927; Vossische Zeitung, 24.9.1927; Vorwärts, 23.9.1927; Berliner Morgenpost, 24.9.1927; Rote Fahne, 24.9.1927; Kölner Tageblatt, 27.9.1927; Berliner Tageblatt, 24. u. 25.9.1927; New York Times, 24.9.1927; Le Temps, 25.9.1927; Le Petit Parisien, 25.9.1927; negativ v.a. Le Gambois, 24.9.1927; Daily Telegraph, 24.9.1927; The Observer, 25.9.1927; Baseler Nachrichten 24./25.9.1927; Diario de la Marina" (Havanna), 13.10.1927; Algemeen Handelsblad, 24.9.1927; Nieuwe Rotterdamsche Courant und De Telegraaf, beide vom 27.9.1927.

[5] Siehe den Titel der 2002 vorgelegten Stresemann-Biographie des Oxforder Historikers Jonathan Wright.

[6] Stresemann, Botschafter Ago von Maltzan zum Gedenken, S. S.573-578 bzw. Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd.3, S.476-480. Die Rede wurde auch als Sonderdruck des Auswärtigen Amts herausgegeben.

[7] (W.) Stresemann, Mein Vater, S.228; Krüger, Schubert, Maltzan, S.33; Kolb, Stresemann - aus der Nähe gesehen, S.284.

[8] Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd.3, S.476ff.; vgl. zur „Öffentlichkeit" auch Müller, Auswärtige Pressepolitik.

[9] D'Abernon, Bd.2, S.56ff.; siehe auch Kaiser, S.23; Schieder, Die Probleme, S.19.

den ersten Blick spricht, trügt. Das starke Widersprüche aufweisende Urteil der Zeitgenossen reicht von hagiographischen Äußerungen über skeptische Distanz bis zu drastischer Verdammung[10], die selbst unmittelbar nach dem Unglück vom 23. September 1927 besonders scharf hervortrat.
Überdies wurde der Diplomat Maltzan nach 1949 regelrecht stigmatisiert − als „Architekt von Rapallo“. Die bundesrepublikanische Zeitgeschichtsschreibung und Erinnerungskultur[11] beurteilte seine Rolle in der frühen Weimarer Russlandpolitik als schädlich. Maltzan, der in den 1970er Jahren mit Egon Bahr[12] verglichen wurde, fand auch deshalb erst spät und schon gar kein, wie Stresemann es am 5. Oktober 1927 noch gefordert hatte, ihm günstiges „dauerhaftes Andenken“. Peter Krüger hat zwar bei der Gedenkveranstaltung, die das Auswärtige Amt seinen beiden bedeutendsten Staatssekretären der 1920er Jahre widmete, im September 1987 deutlich hervorhoben, dass eine nähere Beschäftigung mit Ago von Maltzan und Carl von Schubert (1882-1947) „so ziemlich in allen außenpolitischen Lebenslagen lohnend” sei. Dessen ungeachtet wurde eine politische Biographie bislang weder über Maltzan noch über Schubert vorgelegt.[13]
Maltzans Wirken in der „’Russischen Abteilung’ des Auswärtigen Amtes“[14] der Jahre 1920 bis 1922 ist immer wieder als bedeutsam markiert worden. Kaum bekannt ist hingegen, dass der Einfluß des Diplomaten in den Jahren 1923 und 1924 seinen Zenit erreichte und Maltzan beispielsweise zu Beginn seiner Tätigkeit als deutscher Botschafter in den Vereinigten Staaten Graf Coudenhouve-Kalergi mitteilte, er werde ebenso in Washington die Gelegenheit nutzen, die Bedeutung der Idee von den „Vereinigten Staaten Europas“ zu betonen.[15]
Der Diplomat Maltzan ist für das Verstehen und Erklären der Außenpolitik der ersten deutschen Demokratie eine Schlüsselfigur. Aufgrund der herausragenden Bedeutung des Rapallo-Vertrages sowie der Komplexität der internationalen Beziehungen zwischen 1923 und 1927 war sein Diplomatenleben in zwei Zeitabschnitte einzuteilen. Der erste Teil „Der Architekt von Rapallo“, der hiermit als Pflichtveröffentlichung im Promotionsverfahren *vorab* zur unmittelbaren Verfügbarkeit für die Rapallo-Forschung auf dem Heidelberger Dokumentenserver publiziert wird, behandelt die Jahre von 1877 bis Ende 1922. Auf die Arbeit des Karrierediplomaten im Zeitraum 1923 bis 1927 konzentriert sich der zweite Teil "Auf dem Weg nach Europa". Er wird, inklusive einer gekürzten und dann ‚professionell’ lektorierten Fassung dieses ersten Teils, bei einem gewerblichen Verlag als politische Gesamtbiographie MALTZAN – EIN DIPLOMATENLEBEN erscheinen. Hinweise und Anregungen sind willkommen und können in das Manuskript für die Drucklegung noch einfließen.

---

[10] Vgl. z.B. den „Völkischen Beobachter“ vom 25./26.9.1927. Hier heißt es u.a.: „Was den halbjüdischen Botschafter v. Maltzan anbetrifft [Anm.d.Verf.: Maltzan war „evangelisch-lutherischer“ Religion, vgl. PA, Personalakten Maltzan, Bd.1 - Lebenslauf für die Bewerbung zum auswärtigen Dienst], so ist er derselbe, der sich seinerzeit von dem bolschewistischen Agenten und Juden Bigdor Kopp seine Vasen schenken ließ, wie man sie früher im Zarenpalais bewundern konnte. Ferner war er derselbe Herr, welcher am Jahrestage des schmählichen Waffenstillstandes in der neudeutschen Botschaft in Washington die ‚deutsche’ Fahne aushing. Selbst wenn es die Schwarzrotgelbe war, bedeutete das eine Schmach sondergleichen. Wir trauern nicht um Herrn von Maltzan.“
[11] Siehe dazu näher z.B. Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte; Erll; Cornelißen.
[12] Vgl. die Einleitung von Margret Boveri zu Scheffer, Augenzeuge, S.8, ablehnend dazu auch Allardt, Politik vor und hinter den Kulissen, S.227f.
[13] Krüger, Schubert, Maltzan, S.38; Biewer, S.15. Vgl. zu den Verdiensten Peter Krügers als einer der profundesten Kenner der Weimarer Außenpolitik u.a. Grupp, Juden, S.238; siehe zu den Schriften Krügers Clemens, S.11-17. Peter Krüger (Marburg) hat sich inzwischen selbst der Vorbereitung einer politischen Biographie über Schubert angenommen.
[14] Vgl. zu dieser Bezeichnung Sütterlin, Einleitung, S.14f.
[15] Maltzan an Coudenhove-Kalergi, 11.5.1925, PA, Nachlass Maltzan, Anh.1. Zu Maltzan als Botschafter in Washington vgl. bislang Schweikel.

> Die Frage der Bewertung des Rapallo-Vertrages „ […] ist ein Thema, das für den heutigen Abend und für einen Außenminister zu umfassend ist. Hier im Auditorium maximum der Freien Universität möchte ich jedoch die Gelegenheit nutzen, den Studenten und ihren Doktorvätern zu empfehlen, sich des eben angedeuteten Themas in allen Verästelungen mit Sorgfalt anzunehmen."
>
> *Willy Brandt, in einer Rede zum 100. Geburtstag Walther Rathenaus* (Oktober 1967[16])

> Der Diplomat Maltzan „kann als Schöpfer des Vertrages von Rapallo gelten."
>
> *Renata Bournazel, Rapallo – Ein französisches Trauma* (1974/76[17])

Einleitung

a) Relevanz und Leitfrage

Der Name Maltzan ist untrennbar mit dem „berühmten"[18], während der laufenden internationalen Weltwirtschaftskonferenz von Genua abgeschlossenen deutsch-russischen Rapallo-Vertrag verbunden. Der Vertrag wurde am Ostersonntag 1922 im ‚ovalen Saal' des Imperiale Palace Hotels im heutigen Santa Margherita Ligure, dem damals zu Rapallo gehörenden norditalienischen Kurort, von Außenminister Walther Rathenau und Volkskommissar Georg Tschitscherin unterzeichnet und ging als politisch-publizistische „Bombe" in die Weltgeschichte ein.[19] Er beschäftigt – bis heute – die Forschung überaus intensiv und wird seit jeher den umstrittenen Problemen deutscher Außenpolitik in den Jahren der Weimarer Republik zugerechnet.[20] Aufgrund der vielschichtigen Bedeutung des doppelten „Drachen Rapallo" (Detlef Junker) nach 1945 − zum einen als wissenschaftliche Kontroverse, zum anderen als politische Legendenbildung[21] − zählt das historische Ereignis und seine Wirkung zu den wichtigen Fragen, die an das 20. Jahrhundert als Ganzes zu stellen sind.[22]

---

[16] Willy Brandt, Deutsche Außenpolitik nach zwei Weltkriegen, S.933f.

[17] Bournazel, S.159 (französische Ausgabe), S.149f. (deutsche Ausgabe).

[18] Siehe dazu u.a. Salzmann, Great Britain, S.1; die Erinnerungen Stampfers, S.270; Rosenbaum, S.28; Joll, Walther Rathenau – Intellectual or Industrialist?, S.50; Grewe, Die Diplomatie, S.171; Schulze Wessel, S.537, S.548; Heiber, S.104; Fink/Frohn/Heideking, Titelbeschreibung, (I); Conze, Das deutsch-russische Verhältnis, S.45.

[19] Grupp, Maltzan, S.217. Der Vertrag ist u.a. gedruckt in: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 2, Nr. 268 jeweils mit dem geheimen Notenwechsel zur Auslegung des Artikels 2 des Vertrages (bei ebd. siehe dazu Nr.269 a und b). Theodor Schieder hat 1967 die Endfassung des Vertrages mit den verschiedenen Vorentwürfen verglichen und den Wortlaut jeweils in der Anlage (I-IV) abgedruckt, Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.602ff. Zur russischen Übersetzung des Vertrages vgl. Dokumenty, Tom V, Nr. 121, S.223f., Nr. 122, S.225f.
Der Vertrag hat als historisch-politisches Schlagwort in nahezu alle einschlägigen Enzyklopädien, Lexika und Handbücher Eingang gefunden, vgl. u.v.a. EB, S.981; Larousse (1984), Tome 8, S.8727; Der Grosse Herder, S.827; Eberhard Schneider in: Bellers/Benner/Gerke, S.219; Gebhardt, Bd.4, S.125-128; Bd.23, S.357. Mit dem Stichwort „Rapallo" wird recht selten auch die italienisch-jugoslawische Anti-Habsburg-Konvention (Martens, Troisième Série, Tome XII, S. 821-826) vom 12.11.1920 bezeichnet, die ebenfalls in Rapallo unterzeichnet wurde, siehe dazu Charles-Roux, S.135ff., S.164f. Lloyd George schlug nach der italienischen Niederlage bei Caporetto am 24.10.1917 eine alliierte Konferenz vor, die vom 5. bis zum 8.11.1917 ebenfalls in Rapallo stattfand, vgl. Lloyd George, A Diary, S.161ff.

[20] Vgl. jüngst Fleischhauer, S.366f.; Handbuch der europäischen Geschichte, Bd.7/1, S.540; Pogge von Strandmann, Rapallo – Strategy in Preventive Diplomacy, S.123; Rautenberg, S.23; Larres, S.283; Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, S.358; Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik (1. Aufl. 1999), S.89; White, The Origins of Détente, S.158, S.167; Kennan, Sowjetrussische Außenpolitik, S.301 bzw. Hecker, S.493 mit Anm.94.

[21] Vgl. u.a. Schulze Wessel, Rapallo; Lademacher, Von Brest-Litowsk nach Rapallo; Ziebura, Grundfragen; Buffet, S.236; Krüger, Der Vertrag von Rapallo und die deutsche Außenpolitik, S.433, Anm.5; Larres, Germany and the West: the 'Rapallo Factor' in German Foreign Policy from the 1950s to the 1990s; Boveri, Rapallo. Geheimnis-Wunschtraum-Gespenst; Dieckmann; Fritsch-Bournazel, Rapallo – eine hartnäckige Erinnerung an einen unvergleichbaren Augenblick; Frohn, Der Rapallo-Mythos; Lüdtke-Evers; Bender; Küsters, Der Integrationsfriede, S.84, S.820. Siehe auch die geschichtsbildartige Präsenz der Rapallo-Thematik in der Studie von Escherich. Zuweilen wird Rapallo auch als „Großmythos" bezeichnet, vgl. die Rez. von Dirk Hansen zu: Eisenfeld/ Kowalszuk/ Neubert, in: PVS 45 (2004), S.605-

Die Wirklichkeits-(Re)konstruktion[23] der Geschichts- und Politikwissenschaft hinsichtlich der diplomatischen Gesamtsituation, die zum Abschluss des Rapallo-Vertrages führte, trägt spektakuläre Züge. Schon durch einige Ausführungen von Herbert Helbig im Jahre 1958[24], insbesondere jedoch im Anschluss an die Aufsehen erregenden Beiträge Hermann Gramls aus den Jahren 1969 und 1970 formierte sich ein Interpretationsgrundmuster, das bis heute weithin Gültigkeit bzw. Deutungshoheit beanspruchen kann. Innerhalb der frühen Weimarer Russlandpolitik habe es eine kleine verschworene Kampfgemeinschaft, eine *lobby russe* bzw. ständig lauernde konservative Richtung gegeben, die „geheim" hinter dem Rücken von Reichspräsident Ebert und Außenminister Rathenau zu Werke ging. Reichskanzler Wirth[25] kam demnach eine wichtige politische Funktion zu. Der damalige, für die deutsche Russlandpolitik zuständige Ministerialdirektor, Maltzan, der zugleich eine engere militärische Kooperation mit Moskau befürwortet habe, sei mit seiner „meisterhaften […] diplomatischen Kunst" jedoch eindeutig das führende Mitglied in diesem Zirkel gewesen. In der unkoordinierten und zerfahrenen Entscheidungsstruktur während der Konferenz von Genua und dem daraus resultierenden „Debakel" von Rapallo habe er nur seine eigene Chance gewittert:

> „Maltzan nahm geschickt und kaltblütig die Regie in die Hand, Wirth deckte ihn und der zögernde Rathenau wurde nach allen Regeln der Kunst, von der Nachrichtendosierung über psychologische Beeinflussung bis hin zu Rücktrittsdrohungen, unter Druck gesetzt."[26]

Diese Darstellung aus dem Jahre 1985 mag in der hier zitierten, isolierten Form zwar auf der einen Seite zu Unrecht eindimensional und scharf erscheinen. Insbesondere Peter Krüger hat im Ganzen gesehen ein ausgewogenes Maltzan-Bild entworfen, das nicht nur von negativen Aspekten geprägt ist − zum Beispiel dahingehend, dass der Diplomat nach 1923 die Außenpolitik Stresemanns loyal abgesichert habe. Auf der anderen Seite aber ist die Frage, wie groß der Einfluss Maltzan auf Außenminister Rathenau im April 1922 tatsächlich war und welche Gründe und Motive für den Vertrag von Rapallo auf deutscher Seite vorlagen, bereits 1928[27] polemisch diskutiert worden. Sie

---

609, S.606. Zur „Karriere des Reizwortes" Rapallo in der Publizistik siehe u.a. „Rapallo", Neue Züricher Zeitung, 16.4.1972; Michael Stürmer in: FAZ 17.4.1986; Rolf-Dieter Müller in: Die Zeit, 10.4.1992; Klaus Harpprecht, „Gibt es ihn noch – den Westen"?, in: Die Zeit Nr.18, 24.4.2003, S.38.

[22] Schwarz, Fragen an das 20. Jahrhundert, S.32. Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte streng zu trennen. Jan Lipinsky konnte in seiner Bonner Dissertation bzgl. des geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte dennoch m.E. überzeugend integrieren, vgl. Lipinsky. Hans Adolf Jacobsen zählt den Rapallo-Vertrag im Rahmen einer Frage nach der Stellung Deutschlands in Europa und in der Welt in seinem Geleitwort zu Weidenfeld, S.9 zur „Reihe bedeutsamster Fragen und Zäsuren".

[23] Vgl. zum Begriff und zur theoretischen Selbstverständigung Lorenz, Konstruktion der Vergangenheit.

[24] Siehe Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.82, S.87f., S.92. Helbig glaubte zu diesem Zeitpunkt noch, die „persönlichen Aufzeichnungen" Maltzans über die letzten Vorgänge beim Abschluss des Rapallo-Vertrages seien „verloren" gegangen und lediglich mittelbar in den Erinnerungen D'Abernons zu finden, vgl. ebd., S.82, S.94.

[25] Eine Negativbewertung insbesondere auch der „Rapallo-Rolle" Reichskanzler Wirths ist fortlaufend zu finden in den Arbeiten von Heinrich Küppers; siehe dagegen Hörster-Philipps, Joseph Wirth, u.a. die Einleitung sowie S.251ff. Zur Gegenüberstellung beider Biographien vgl. Ruppert.

[26] Vgl. stellvertretend Krüger, Die Außenpolitik, S.166f., S.174; Schölzel, S.338, S.362f., S.367, S.369; Castellan, S.323; Schramm, Grundmuster, S.6; Felix, S.142; Sütterlin, S.33, Anm.26; Winkler, Von der Revolution, S.462f. Bei Wintzer, Deutschland und der Völkerbund, S.261 heißt es abmildernd: „Gedrängt [von Maltzan und Reichskanzler Wirth] ließ sich Rathenau davon *überzeugen* [Herv.d.Verf.], zu einem schnellen Abschluß mit den Russen zu gelangen." Die Anhänger eines deutsch-russischen Zusammengehens hätten „die Gunst der Stunde" genutzt.

[27] Siehe Samuel Saenger, Graf Kesslers Rathenaubuch, in: Die Neue Rundschau 39 (1928), H.10 (Oktober), S.468. Es heißt hier u.a.: „Man muß fast auf eine Trübung seines [Rathenaus, Anm.d.Verf.] überlegenen Geistes schließen, dass es dem geistig inferioren, aber brutalen Willen seines ersten Adjutanten vom „Fach" [gemeint ist Ago v. Maltzan,

stellt in der Forschung ein bis heute ungelöstes Problem dar und wird deshalb hier zur ausgangs- bzw. fluchtpunktartigen Leitfrage erhoben. Denn die These von der entscheidenden Rolle Maltzans, der mit dem Vertrag „machtpolitische Implikationen“ im Sinne einer „Schachbrettdiplomatie“ verbunden habe[28], ruft grundlegende Einwände hervor, die zur Einführung in die Gesamtproblematik an dieser Stelle skizziert werden. Dies betrifft erstens die Behauptung, Rathenau sei überspielt worden bzw. habe sich zur Unterzeichnung treiben lassen.

Es mag zwar nicht ungewöhnlich sein, einem Ministerialbeamten großen außenpolitischen Einfluss zuzuweisen. In diesem Fall ist jedoch zu berücksichtigen, dass auf deutscher Seite eine der „facettenreichsten und schillerndsten Persönlichkeiten des Wilhelminischen Deutschlands und der frühen Jahre der Weimarer Republik“[29] – Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) – mit seiner Unterschrift die politische Verantwortung für Rapallo übernahm, während der Vertrag auf sowjetrussischer Seite von Volkskommissar Georg Tschitscherin (1872-1936)[30] unterzeichnet wurde. Da Rathenau, trotz der Umstrittenheit seiner Person, überdies schon von nicht wenigen seiner Zeitgenossen als einer der fähigsten Staatsmänner der deutschen Republik Anerkennung erfahren hat[31], ist diese Feststellung bedeutsam, lässt sie doch wenig Raum für die Vorstellung, der Diplomat Maltzan habe eine so führende Rolle gespielt, dass er alle anderen Akteure eindeutig bei weitem überragte.

Weiteres kommt hinzu: Die wenngleich heute relativ „ermattete“[32] Erinnerung an den rund siebzig Tage nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages ermordeten Außenminister wurde nach 1945 sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der DDR in einem verständigungspolitischen Sinne politisiert. Außenminister Hans-Dietrich Genscher zum Beispiel zählte Rathenau 1991 zu den Vertretern der „besten Traditionen deutscher Außen- und Friedenspolitik“, während ihn der Roman Guido Morsellis mit dem Titel ‚Licht am Ende des Tunnels’ gleichsam zum Reichskanzler und Außenminister eines vereinten Europas erhob.[33] Auch wenn damit die Frage offen bleibt, wie sich

---

Anm.d.Verf.] gelang (der im Glauben an die kleinen Überrumpelungsmanöver der Zunft lebte), ihn in die von den Kremlleuten gelegte Falle stolpern zu lassen“.

[28] Vgl. Niedhart, Die Aussenpolitik der Weimarer Republik (2. Aufl. 2006), S.15 sowie u.a. Larres, S.283 in Bezug auf Krüger, „A Rainy Day“, S.57.

[29] Pogge von Strandmann, Rathenau zwischen Politik und Wirtschaft, S.91.

[30] Nachfolgend wird die Schreibweise der russischen Eigennamen aus den Akten des Auswärtigen Amts und damit die von den damaligen Zeitgenossen verwendeten Schreibweise übernommen. Der Rapallo-Vertrag wird vielfach als Tschitscherins größter Erfolg angesehen, vgl. u.a. Thomas, Georg Tschitscherins Weg in die sowjetrussische Diplomatie sowie Laue, S.280. Zur Persönlichkeit Tschitscherins und seines Auftretens bzw. seiner Arbeitsweise vgl. u.a. auch Kessler, Tagebücher, S.310, den Artikel Scheffers im Berliner Tageblatt vom 4. Dezember 1921, in: Scheffer, Augenzeuge, S.66-69, S.66f. sowie den Eintrag D’Abernons vom 15.7.1922, HLRO, LG Papers, F/54/2/31.

[31] Vgl. z.B. Löbe, Der Weg war lang, S.104; Franz, Fernand de Brinon, S.28; Müller, „Außenpolitik ohne Eigenschaften?“, S.181; S.186f; Wilderrotter, Das Weltgericht tagt, S.364 und Dorrmann, „Von kommenden Dingen“, S.393; Joll, Walther Rathenau – Intellectual or Industrialist?, S.50. Siehe zu den außenpolitischen Vorstellungen Rathenaus insbesondere in der Kaiserzeit Michalka, Rathenaus politische Karriere, S.68ff.; Eynern; Kollmann.

[32] Sabrow, Vom Leitbild zum Lernort, S.46.

[33] Für Niedhart, Die Aussenpolitik der Weimarer Republik (2. Aufl. 2006), S.16, war Rathenau der „Gewährsmann für eine dem nationalen Interesse entsprechende flexible Erfüllungs- und Entspannungspolitik“. Vgl. überdies u.a. Koenen, Die „Völkerwanderung von unten“, S.273; Hacke, Weltmacht wider Willen, S.444; Michalka, Rathenaus politische Karriere, S.67ff., S.76f.; Die Extreme berühren sich, u.a. Vorwort S.7, S.9, S.11; Stachura, S.140; Grekow, Zur Entwicklung der außenpolitischen Ansichten von Dr. Walther Rathenau, wo es bei ebd., S.245; Wilderrotter, Das Weltgericht tagt, S.355; Pogge-von-Strandmann, Rathenau, die Gebrüder Mannesmann. Siehe zur Problematik der Rolle Rathenaus beim Abschluss des Rapallo-Vertrages, über die „letzte Klarheit“ „kaum zu gewinnen“ sei, auch Berglar, S.290ff.

Die geschichtspolitische Inanspruchnahme Rathenaus in Westdeutschland thematisieren Sabrow, Vom Leitbild zum Lernort, S.36ff., zur Darstellung Rathenaus als „Liberalern“ ebd., S.40ff. sowie Pogge von Strandmann, Rathenau

der Großindustrielle, Schriftsteller und Minister Rathenau in einer politisch-diplomatischen Ausnahmesituation verhielt, bleibt offen, warum er ausgerechnet „Rapallo“ *nicht* aus nachvollziehbaren „Vernunftgründen“[34] unterzeichnet hatte. Da das „diplomatische Melodram“[35] vielfach als regelrechtes Kainsmal machtorientierter deutscher Außen- und Großmachtpolitik angesehen wird und „über die defensive Grundlinie der deutschen Außenpolitik in dieser Phase“[36] hinausgegangen sei, müsste dies also dann entgegen seiner eigenen Wertepräferenzen geschehen sein.

Zweifelhaft ist weiter, ob die Rapallo-These vom starken Maltzan und vom schwachen Rathenau möglicherweise nicht den Grad von Rathenaus selbstsicherer Überlegenheit, seine politische Begabung sowie seine souveräne, Autorität beanspruchende Herangehensweise an die zu lösenden Sachfragen sträflich unterschätzt.[37] Nun mag der Einwand berechtigt sein, dass der als rätselhaftes, „psychologisches Mysterium“[38] und als „Mann vieler Eigenschaften“ bezeichnete Rathenau von „sich berührenden Extremen“ bestimmt war. Dennoch beschreibt das bekannte Bildnis von Edvard Munch, das 1907 die Erscheinung Rathenaus mit gewissen Herrscher-Attitüden versah, sicherlich eine zentrale Charaktereigenschaft auch des späteren Außenministers und Unterzeichner des Rapallo-Vertrages, obgleich sich die wissenschaftliche Annäherung an seine Persönlichkeit zweifellos auf andere Quellen berufen muss.[39]

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Rathenau seit der Kaiserzeit auf zahlreiche Erfahrungen in der praktischen Außenpolitik und Diplomatie zurückblickte, mit der nicht nur eine starke Russland-politische Denktradition einherging.[40] Seine Aufforderung von Ende Februar 1921, zur Entwicklung einer Privatwirtschaft in Russland und damit zur Wiederkehr eines Bürgertums beizutragen, die „den Sovjets [sic] auf Dauer unbequem“ werden würde, war keine Ausnahme.

---

zwischen Politik und Wirtschaft, S.91. Zum Aufgreifen von Rathenaus außenpolitischen bzw. außenwirtschaftlichen Vorstellungen in der BRD vgl. u.a. ebd., S.93f. sowie Der Auswärtige Ausschuss 1949-1953, Halbband 1, S.437f. Zur Äußerung Genschers vgl. die Eröffnungsansprache zur Gedenkfeier des AA zum 90. Geburtstag von Sts. Hallstein am 25.11.1991, Sonderdruck, S.5. Zur Stilisierung Rathenaus in der DDR als „großbürgerlichen Wegbereiter der Koexistenzpolitik“ (vgl. den Untertitel bei Ruge, Rathenau und Rapallo bzw. Michalka, Rathenaus politische Karriere, S.67) siehe Sabrow, Vom Lernbild zum Lernort, S.36 sowie ders., DDR-Geschichtsschreibung im Konflikt, S.173f. und Klein, Walther Rathenau in der Historiographie der DDR. Zum „deutschen Erinnerungsort“ „Walther Rathenau“ sowie zur Rathenauforschung insgesamt vgl. jüngst Schölzel sowie Sabrow, Walther Rathenau, Lamm; Böttcher; Loeffler; Schulin, Walther Rathenau; Létourneau; Berglar sowie Hense/Sabrow.

[34] Neubauer, Personenglossar, S.398; Elz, S.363.

[35] Vgl. Brenner, S.395ff.

[36] Hillgruber, „Revisionsismus“, S.606.

[37] Siehe z.B. Sösemann, Jenseits von Partei und Parlament, S.175; Krüger, Es handelt sich darum, S.189ff.; Fink, „As little a surprise can be“, S.237; Dorrmann, „Von kommenden Dingen“, S.416.

[38] Wolff, Theodor, Erlebnisse, S.275.

[39] Die Extreme berühren sich, S.89; Sabrow, Vom Leitbild zum Lernort, S.31, S.46; Buddensieg; vgl. zum Bildnis Munchs auch Heuss, Erinnerungen, S.279. Rathenau selbst hat in seinem 1904 veröffentlichten Aufsatz „Von Schwachheit, Furcht und Zweck“ den Typus des preußischen „Mutmenschen“ und nicht den des zaudernden „Furchtmenschen“ bewundert und dort insbesondere die „Starken“ vor der „Maulwurfsarbeit ihrer schwachen und klugen Hörigen“ gewarnt. Robert Musil hat in seinem Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“ Rathenau in der Figur des Dr. Paul Arnheim literarisch verewigt; vgl. näher Wilderrotter, Das Geheimnis des Ganzen, S. 17f., S.21f., S.24, S.28, S.31 jeweils mit Quellennachweisen; D’Abernon, Bd.1, S.283.

[40] Vgl. Wilderrotter, Das Weltgericht tagt, S.386; Koenen, Die „Völkerwanderung von unten“; Michalka, Rathenaus politische Karriere, S.71ff.; Grekow, “Russland ist unser künftiges Absatzgebiet”; Hecker, S.493ff.; Niekisch, Erinnerungen, S.58f.; ders., Die Legende, S.86f. sowie die entsprechenden Briefe Rathenaus an Ludendorff u.a. vom 30.8.1915, 6.11.1915, 8.1.1916, 31.8.1916, 16.9.1916, 19.3.1917, BAK, Rathenau, Walther, „Rathenau-Archiv Moskau“ (Fond 634), Nr.287 (Mikrofilm FC 7463), siehe dazu Schulin/ Michalka, Walther Rathenau im Spiegel seines Moskauer Nachlasses. Zum Vergleich der außenpolitischen Grundkonzeptionen Rathenaus und Stresemanns vgl. stellvertretend die Beiträge von Berg, Germany and the United States, S.78ff.

Inhaltlich stand sie dem zuvor bereits im Reichstag öffentlich vertretenen Vorschlag von Otto Wels nahe, den Bolschewismus durch die Entwicklung von „Industrie, Kultur und Sozialdemokratie“ „zur Strecke“ bringen zu wollen. Dazu konnten somit erkennbar auch sinnvolle vertragliche Vereinbarungen mit Sowjetrussland gehören.[41]

Zum Zweiten wendet sich die vielfach in der Forschung zu findende Deutung, Maltzan habe seinen eigenen Außenminister im Rahmen der Vorgänge, die zur Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages führten, unter der Anwendung von diplomatischen Zwangsmitteln unter Druck gesetzt, gegen die Auffassung eines Zeitgenossen, der zwar kein direkter Zeuge an sich, als „einzigartige persönliche Autorität“ aber „im Besitz genauer Kenntnisse“[42] über alle maßgeblichen Zusammenhänge in der internationalen Politik seiner Zeit war. So stellte der britische Botschafter in Berlin, Viscount Lord D’Abernon bereits Anfang 1922 in seinen Tagebuchaufzeichnungen fest, Rathenau sei „von einer wahren Leidenschaft für internationale Konferenzen gepackt worden.“ Er würde am liebsten „eine auf die andere folgen lassen“.[43] Rapallo sah D’Abernon zudem keineswegs durch einen negativen Einfluss des Diplomaten Maltzan bestimmt. Für ihn lag der Grund in einer ungewöhnlichen Kette von Zwischenfällen, wobei auch persönliche Eitelkeiten, unter anderem im Verhältnis zwischen dem britischen Premier und dem deutschen Außenminister, eine Rolle gespielt hätten.[44]

Die bisherige Rapallo-Interpretation, der Ministerialdirektor habe Rathenau gegen dessen Willen zur Vertragsunterzeichnung gedrängt, richtet sich drittens auch gegen einen besonders „sensiblen Beobachter der zeitgenössischen politischen und kulturellen Szene“ ersten Ranges: Harry Graf Kessler.[45] Dieser nahm „im wesentlichen als privater Beobachter“ an der Konferenz von Genua teil, wurde aber „bisweilen zu Sondierungsgesprächen“ zumindest „am Rande herangezogen“.[46] Der Abschluss des Vertrages mag dabei für Kessler „überraschend wie für alle außenstehenden Beobachter“ gewesen sein. Dennoch sind seine Tagebücher, die als „die politisch gehaltvollste

---

[41] Zit. nach Anderle, Die deutsche Rapallo-Politik, S.12 in Bezug auf einen Bericht des mecklenburgischen Gesandten in Berlin, Tischbein sowie den Verhandlungen des Reichstags, Bd.346, S.1997ff.
Wohlgemerkt stellt diese zur Vorsicht mahnende Problematik in der Bewertung der Persönlichkeit und der außenpolitischen Vorstellungswelt Rathenaus keinen durchschlagenden Einwand gegen die oben zitierte Interpretationsvariante dar, Maltzan habe sich am Ostersonntag 1922 gegenüber seinem Außenminister durchgesetzt. Festzuhalten bleibt aber, dass Rathenau offenkundig zumindest nicht als ein grundsätzliches Hindernis für vertragliche Vereinbarungen mit der revolutionären Regierung in Moskau bezeichnet werden kann. Eine sorgfältige biographische Studie über „Walther Rathenau als *Außenpolitiker*“ bleibt daher insbesondere mit Blick auf den Abschluss des Rapallo-Vertrages ein wissenschaftliches Desiderat, das bis heute nach einer quellennahen Ausfüllung verlangt, vgl. Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik (1. Aufl. 1999), S.44. Jörg Hentzschel-Fröhlings (Bergische Universität Wuppertal, Lehrstuhl Prof. Dr. Heinrich Küppers) hat sich dieser Aufgabe angenommen, vgl. Hentzschel-Fröhlings. Das Manuskript ist bislang unveröffentlicht und konnte für die vorliegende Studie noch nicht eingesehen werden.

[42] Vgl. Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.548.

[43] D’Abernon, Bd.1, S.283, S.327, zur Spekulation D’Abernons über die persönlichen Eitelkeiten zwischen Rathenau, französischen Politikern und Lloyd George, ebd., S.339ff. Siehe dazu auch Stamm, S.305. Zu der Berichterstattung der britischen Botschaft in Berlin zeitübergreifend Watt.

[44] Vgl. D’Abernon, Bd. 1, S.327, S.334, S.336, S.339, S.346 sowie die Zusammenfassung seiner spekulativen Theorie im Rahmen einer kurzen Charakterskizze Rathenaus auf S.53f. Bemerkenswert ist die Deutung der Vorgänge durch D’Abernon auch deshalb, weil der britische Botschafter ausführte, es häuften sich die Beweise, dass die Führungskräfte der deutschen Delegation in dieser Hinsicht regelrecht „hereingelegt“ wurden und der Vertrag schon insoweit „weder das Ergebnis einer zielbewussten Politik, noch einer geschickten ‚Verschwörung’“ gewesen sei. Zur Berufung auf D’Abernon im Rahmen der Ergründung der Rolle Maltzans vgl. u.a. Eudin/Fisher, S.168.

[45] Zur Biographie Kesslers siehe die Arbeiten von Grupp, Harry Graf Kessler; Stenzel. Bei Grupp, Harry Graf Kessler und das Auswärtige Amt, S.293, heißt es bzgl. Kesslers Laufbahn als Diplomat treffend, „Außenseiter haben und hatten es schwer.“

[46] Vgl. Grupp, Harry Graf Kessler als Diplomat, S.71, S.78; Grupp, Harry Graf Kessler und das Auswärtige Amt, S.299; Kolb, Probleme einer modernen Stresemann-Biographie, S.107; Krüger, Der Rapallo-Vertrag und die deutsche Außenpolitik, S.434.

Quelle unter allen Memoirenwerken, die über die deutsch-russischen Verhandlungen von Genua und Rapallo berichten,“[47] bezeichnet worden sind, in Bezug auf den hier verfolgten Untersuchungsgegenstand erwähnenswert, weil Kessler die Verantwortung für den Rapallo-Vertrag ebenfalls auf die Schultern aller führenden politischen Persönlichkeiten verteilte.[48] In der deutschen Ausgabe seiner 1928 verfassten Rathenau-Biographie, die von manchen Stimmen in der Rathenau-Forschung als die „bislang einfühlsamste Darstellung“ bewertet wird, wies er Verdachtsmomente, die sich gegen Maltzan richteten, jedenfalls nachdrücklich zurück.[49] Gewiss war Kessler hierbei bemüht, „die Rapallo-Episode schlüssig in das Bild des Außenpolitikers Rathenau […] einzubauen“, um ihn als „Ahnherren der ‚von Stresemann übernommenen und fortgeführten pazifistischen Konzeption’“ erscheinen zu lassen.[50] Dennoch ist es merkwürdig, dass Kessler sein ansonsten belegbares, starkes persönliches Ressentiment gegenüber Maltzan hinter diesem Anliegen so weit zurückstellte.[51]

---

[47] Siehe Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.547.

[48] Vgl. Kessler, Tagebücher, S.297ff. Unter dem 19. April 1922 heißt es bei ebd., S.301f. in Bezug auf den Abschluss des Rapallo-Vertrages u.a.: „Diese fünf, sechs Personen [Maltzan, Hilferding, Rathenau, Wirth, Lloyd George, Barthou bzw. Poincaré, Anm.d.Verf.] haben die kostbare und mühsam wieder zusammengeleimte Vase des europäischen Vertrauens fallen lassen und von neuem zerschmissen, wobei die Russen nach beiden Seiten aufhetzend und provozierend gewirkt haben.“ Der zentrale Grund für den Abschluss des Rapallo-Vertrages sei in dem auf deutscher Seite vorhandenen Gefühl der Bedrohung zu sehen, möglicherweise zur „Schadenfreude“ der Alliierten unmittelbar vor einer Deutschland weiter isolierenden Einigung der Ententemächte mit Sowjetrussland zu stehen. Kessler betonte hierbei allerdings einschränkend, das daraus resultierende Vorgehen der deutschen Führungskräfte wäre nur dann berechtigt, wenn die deutsche Außenpolitik auch tatsächlich vor einem solchen *fait accompli* gestanden habe, vgl. ebd., S.342, S.300.

[49] Kessler, Walther Rathenau, S.345f. Hier heißt es insofern u.a.: „Es ist daher *unrichtig* [Herv.d.Verf.], wenn gesagt worden ist, er (Rathenau) sei von Maltzan geblufft und vergewaltigt worden; er hat den Rapallo-Vertrag allerdings zögernd und ungern, aber nach reiflicher Abwägung der Gründe, die dafür und dagegen sprachen, in klarer Erkenntnis der Folgen unterzeichnet. Bei ebd., S.333 heißt es zudem, Rathenau hatte bereits vor Rapallo zwei „Grundpfeiler“ in seinem Denken und Handeln für die „künftige deutsche Außenpolitik“ entwickelt: „Verständigung nach Westen, Wiederanknüpfung nach Osten“, Kessler, Walther Rathenau, S.300. Siehe hierzu auch ebd. S.299ff., u.a. mit dem Hinweis auf die Briefe Rathenaus mit den Nr. 609, 621 und 622. In diesem Sinne konstatierte Kessler hier u.a. auch, dass „eine Regelung des seit dem Versailler Frieden, der den Brest-Litowsker Vertrag aufhob, vertraglosen deutsch-russischen Verhältnisses [...] schon lange überfällig“ war und „ganz besonders zum Programm von Rathenau“ gehört habe (ebd., S.333).
Zu Kessler als Biograph Rathenaus vgl. in Bezug auf Kessler differenzierend auch Grupp, Distanz und Nähe, S.112f., S.115 und insbesondere S.116, Anm.30, wonach Kessler nach Grupp in der englischen Ausgabe seiner Rathenau-Biographie akzentverschiebend davon gesprochen haben soll, Maltzan habe Rathenau „unzureichend informiert“. Siehe zur Resonanz der Buchpublikation Kesslers zum sechsten Todestag von Rathenau u.a. auch die Vossische Zeitung, 24.6.1928, Ausschnitt in: PA, R 83438, 158.

[50] Vgl. dazu Grupp, Distanz und Nähe, S.115.

[51] Kessler war mit „unverhohlener Geringschätzung“ gegenüber seinen Zeitgenossen nicht sparsam. Er hätte nicht gezögert, insbesondere die Tätigkeit des Ministerialdirektors in Genua bzw. Rapallo als „skrupellos“ zu skizzieren, wenn dies für ihn aus den damaligen politischen Umständen in irgendeiner überzeugenden Weise ersichtlich gewesen wäre. Einzuschränken ist demgegenüber allerdings, dass die bei Kessler zu findende Selbstsicherheit in der Schilderung der Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages einen Grund hatte, der eine Kritik des Verfassers an Maltzan an dieser Stelle eventuell unmöglich machte. Denn Kessler wurde für sein biographisches Werk zum sechsten Jahrestag der Ermordung Rathenaus durch das Auswärtige Amt ein Exemplar der in mehreren Fassungen vorliegenden Aufzeichnung des Ministerialdirektors über die letzten Vorgänge vor der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages zur Verfügung gestellt - unter der Auflage, dass Kessler diese Ausführungen Maltzans „nicht als direktes Zitat“ verwenden dürfe, vgl. Grupp, Distanz und Nähe, S.113f. Siehe dazu den Vermerk Dirksen vom 29.5.1928, PA, R 83438, 143 (L203963) und das vorangegangene Schreiben Kesslers an Gaus vom 8.5.1928, ebd., 145-146.
Zum Grad von Kesslers Ressentiment gegenüber Maltzan siehe dessen Eintrag noch am Todestag Maltzans bei Kessler, Tagebücher, S.539f. (23. September 1927). Hier heißt es u.a.: „Wenn ich ihn aber als Politiker charakterisieren will, kommt mir immer wieder das Wort Condottiere in den Sinn. Er stellte alles, alle Beziehungen, Tradition, ja selbst die Interessen Deutschlands unter einen unwiderstehlichen Karrierendrang zurück hinter seinem persönlichen Interesse. Er war immer auf persönliche Erfolge aus, dabei ganz skrupellos, in einem seltenen, selbst bei *Politikern* [Herv.d.Verf.] seltenen Maße verlogen, ein Schmeichler widerlichster Art, der jedem süße Worte hinten bis zum Erbrechen hineinwürgte. Seine gute Seite war eine aus seinen übrigen Charaktereigenschaften folgende Vorurteilslosigkeit. […] Alles in allem ist sein Tod für die deutsche Politik kein Verlust, so hart das klingen mag.“

Schließlich sollen die Ergebnisse der Rapallo-Forschung bezüglich weiterer Teilaspekte ausgebaut werden: Ist es tatsächlich zutreffend, dass die Alliierten von der angeblich „unerwarteten“[52] und „im Geheimen“[53] vorbereiteten Vertragsunterzeichnung am 16. April 1922 tatsächlich überrascht und verunsichert wurden? Gewisse Zweifel an dieser Darstellung erheben sich schon dadurch, dass die deutsch-russischen Vertragsverhandlungen bereits im Januar 1922 in Berlin begonnen hatten und daher in begründeter Weise anzunehmen ist, dass mehrere in Berlin akkreditierte alliierte Diplomaten ihre Regierung hierüber informierten. Zudem fehlt es in der bisherigen Forschung zumeist an quellenausgiebigen Darstellungen, welche Russlandpolitik parallel zu derjenigen Deutschlands von den führenden Ententemächten damals genau verfolgt wurde, und zwar insbesondere unmittelbar in den Tagen vor der deutschen Entscheidung, den Vertrag mit Sowjetrussland abzuschließen.[54]

b) Methode und Gang der Untersuchung

Die hiesige Untersuchung konzentriert sich auf das Denken und Handeln Maltzans bis Ende 1922 und damit auf den besonders relevanten, ersten Teil seiner politischen Gesamtbiographie. Unter Berücksichtigung der Wirkungsgeschichte des Rapallo-Vertrages insgesamt stellt sie nämlich denjenigen Ausschnitt vor, der den Diplomaten in seiner letztlich bedeutsamsten Rolle aufzeigt. Entstanden ist eine Arbeit, die beides sein will: Erster Teil der seit langem vermissten Biographie über den deutschen Diplomaten Ago von Maltzan *und* Rapallo-Studie. Ihrem Titel gemäß befasst sie sich mit dem Werdegang Maltzans im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Zeit und stellt den deutsch-russischen Vertrag vom Ostersonntag 1922 in den Mittelpunkt. Das übergeordnete Ziel liegt darin, die Rolle des Diplomaten wie „seinen“ Vertrag zu historisieren und zu entmystifizieren. Im Rahmen dieser Grundanlage wird der ‚Weg nach Rapallo’ nachfolgend vor dem Hintergrund des Werdegangs und der Persönlichkeit des ‚Vertragsschöpfers’ interpretiert. Die Studie setzt damit – was die Erkenntnisperspektive betrifft – einen in der Rapallo-Forschung neuen Ansatz um: Zum ersten Mal wird die Entstehungsgeschichte und die zeitgenössische Bedeutung des Vertrages primär mittels des biographischen[55] Zugriffs dargestellt und interpretiert, und zwar konzentriert auf die Person des Diplomaten Maltzan als entscheidenden Akteur bzw. auf den ihn umgebenden außenpolitischen Handlungs- und Wirkungsbereich.

---

[52] Vgl. Krüger, Der Vertrag von Rapallo und die deutsche Außenpolitik, S.433.

[53] Poidevin/Bariéty, S.250 (frz. Ausgabe 1977).

[54] Zwar ist die britische und französische Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg in allgemeiner Hinsicht mehrfach Gegenstand historischer Untersuchungen gewesen. Jedoch wurden die von den damaligen britischen und französischen Führungskräften verfolgten Russland-politischen Motive bislang mit der Tätigkeit Maltzans insgesamt gesehen in keine direkte Beziehung gesetzt, obwohl die entsprechenden Archivalien der Forschung seit geraumer Zeit zugänglich sind.

[55] Zur zeitgeschichtlichen biographischen Forschung allgemein bzw. in Bezug auf die Weimarer Zeit vgl. Gallus, S.40ff.; Michalka, Die Außenpolitik von Weimar (I), S.387ff.; Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik (1. Aufl. 1999), S.48f. bzw. Elz, S.362ff.; Kolb, Literaturbericht (1992), S.636ff. Ein “Theoretiker der Biographie”, vgl. Stern, S.27, braucht heute nicht mehr vermisst zu werden, siehe u.a. Fuchs-Heinritz; Voges; Harscheidt; Klein, Grundlagen der Biographik; Hähner; Fest; Forsbach, S.16; Riesenberger, S.37; Soell, Zur Bedeutung der politischen Biographie, S.999; Markow; Haehring; Oelkers; Romein; Klingenstein/ Lutz/ Stourzh. Vgl. zur Reflexion über „Struktur und Individuum“ schließlich Schieder, Strukturen und Persönlichkeiten; Fest, Die Unvorhersehbarkeit der Geschichte, S.7, S.12 sowie mit direktem Focus auf „la biographie en histoire des relations internationales“ insbesondere Villatte, hier S.290, zu den Quellenfragen, S.293-297, zur Diplomatenbiographie allgemein, S.297ff.

Im Rahmen dieser zweidimensionalen Leitthematik – teilbiographischer und auf Rapallo fokussierter Beitrag – konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf eine Untersuchungsebene, die dem *practitioner's craft* diplomatischer Tagesarbeit in der „Internationalen Politik"[56] nahe kommt und sich unter dem Signum „Das Individuum in der internationalen Politik"[57] zusammenfassen lässt. Im Gegenstandsbereich „Außenpolitik/ Internationalen Beziehungen" besitzt sie damit einen gleichberechtigten Stellenwert wie Forschungsstudien, die sich mit globaler, nationaler, zwischenstaatlicher bzw. politischer, rechtlicher, ökonomischer oder kultureller Ausrichtung auf eine inhaltlich breitere Untersuchungsebene ausrichten.[58] Denn einsichtig bleibt, dass (auch) internationale politische Entwicklungen nicht selten in einem gewichtigen Grad an „die spezifische Rolle des Einzelnen in der Geschichte"[59] gebunden sein können.

Die Studie bedient sich der historischen Methode[60]: Das Konkrete, Individuelle, Besondere, Charakteristische, Zeitbedingte und Unwiederholbare soll verstanden und erklärt werden. Überdies wurde im Sinne der „Internationalen Geschichte"[61] und der „Neuen Diplomatiegeschichte"[62] die Quellenbasis an wichtigen Punkten mehrperspektivisch erheblich erweitert, um Maltzans Tätigkeit vor dem Hintergrund der Entwicklung in der internationalen Politik besser einordnen und bewerten zu können. Insoweit galt es, nicht nur die deutsche Quellenlage umfassend zu nutzen, die sich inzwischen sowohl hinsichtlich kommentierter und unkommentierter wissenschaftlicher Quelleneditionen als auch in Bezug auf die verfügbaren Archivalien nochmals verbessert hat. Ebenso waren alle einschlägigen Quellen vor allem französischer und britischer, aber beispielsweise auch belgischer, italienischer, niederländischer und russischer Provenienz zu berücksichtigen, die zum Verstehen Maltzans bzw. der von ihm maßgeblich mitbestimmten frühen Weimarer Russlandpolitik beitragen.

Nach den zur Materialsichtung und -sicherung notwendigen Archivforschungen im In- und Ausland trat dann im Rahmen der *écriture historique* allerdings auch im Rahmen dieser Arbeit die vieldiskutierte Problematik zu Tage, ob und inwieweit eine detailorientierte, quellennahe Vorgehensweise im darstellenden Text zulässig und sinnvoll ist.[63] Der Verfasser hat sich bewusst zugunsten einer ausführlicheren Ausbreitung der Quellen entschieden, weil in der ungelösten Forschungskontroverse um die Deutung Rapallos seit geraumer Zeit vermittelnd die Ansicht

---

[56] Hier wird der Begriff „Internationale Politik" dem Begriff „Internationale Beziehungen" (vgl. u.a. Pfetsch, Internationale Politik; Schmidt, Wörterbuch zur Politik, S.329f.) vorgezogen, um die Perspektive des außenpolitisch handelnden Akteurs zu betonen.

[57] Vgl. dazu stellvertretend Pfetsch, Internationale Politik, S.101ff.; Girard; Dessler; Smith; Walker. Vgl. zur Kritik, dass die Biographieforschung in der Politikwissenschaft weiterhin „kaum mehr als einen randständigen Platz" einnimmt, jüngst Gallus, S.41 in Bezug auf Helms und vor allem Weinacht, S.61, der m.E. zu Recht anregt, dass klassische „politologische Dreieck aus *polity* (strukurelle Dimension), *politics* (prozessuale Dimension) und *policy* (inhaltliche Dimension der Politik) um eine personale Dimension (*politician/citizen*) zu erweitern."

[58] Meyers, Internationale Beziehungen/ Internationale Politik, S.227.

[59] Gall, S.710.

[60] Zur historischen Methode in der Geschichts- bzw. Politikwissenschaft vgl. die „Klassiker" Dilthey, S.247; Droysen, S.242ff. und S.248; Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, S.111 und Gadamer, S.174ff., historisch v.a. S.188-190 sowie die „Althoff-Fried-Kontroverse", in: HZ 260 (1995), S.107-130; Weber, Historische Methode, S.164 und die entsprechenden Ausführungen in den Einleitungen bei Schwarz, Adenauer; Funke, Sanktionen und Kanonen; Ritter, Kurt Schumacher; Twellmann; Weidenfeld, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns.

[61] Vgl. Loth/Osterhammel, Internationale Geschichte; Marcowitz.

[62] Zum Begriff siehe stellvertretend Sachsenmaier, S.429.

[63] Siehe zur kritischen Auseinandersetzung mit dieser Frage stellvertretend die Rezensionen von Wolfram Pyta zu Döring in: FAZ, 2.10.2001, S.12, von Udo Wengst zur Studie von Scheidemann, von Thilo Nowack zur Arbeit von Wolff-Rohé sowie von Hans-Heinrich Jansen zu Piehl, alle zu finden bei http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen.

vertreten wird, die Quellen seien eben einfach „unterschiedlich interpretierbar“.[64] Der Leserin und dem Leser war zur eigenen Urteilsbildung zumindest zum Teil ein fundierter Einblick in den Inhalt der einschlägigen Dokumente anzubieten.

Die Untersuchung wird theoriefrei argumentieren und den zusammengetragenen Quellen keine prädisponierende Interpretation auferlegen. Im behandelten Untersuchungsausschnitt gewann jedoch insbesondere der Begriff des *Interesses*[65] erhöhten Erklärungswert: Neben der begründeten Annahme, dass ein politisch Handelnder nach „Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung“ strebt und diesbezüglich um „Bundesgenossen“ und „freiwillige Gefolgschaft“ wirbt (Max Weber), liegt es bereits im Wesen der Politik und somit auch der Außenpolitik, den Faktor eigennütziger ‚Momente’ nachdrücklich zu beachten. Dies gilt ebenso für die internationalen Beziehungen in der frühen Weimarer Zeit.[66] *Diplomacy* ist in diesem Sinne zu Recht als Verhandlungskunst oder, in einem nüchterneren Sinne, als „conduct of business between states by peaceful means“ definiert worden.[67] Daraus ergab sich die Aufgabe zu prüfen, ob bzw. inwieweit sich ebenfalls der Diplomat Maltzan in einer Rolle als „Rechtsanwalt in außenpolitischen Fragen“ sah, vor allem auch, was rechtlich-finanzielle Inhalte betraf.[68]

Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel. Die Genese des Rapallo-Vertrages steht im Zentrum: Seine Vorbereitung vor der Konferenz von Genua wird in Kapitel III. abgehandelt, der Abschluss des Vertrages während der Konferenz von Genua in Kapitel IV. Die deutsche Sichtweise wird insbesondere hier mit der Sichtweise der anderen maßgeblich involvierten Parteien zuweilen direkt konfrontiert bzw. kontrastiert. Die letzten Vorgänge bis zum Vertragesabschluß am Ostersonntag werden detailorientiert nachvollzogen. Dies geschieht in einem Intensitätsgrad, der den Anspruch erhebt, über die kritische Quellennähe und die Ergebnisse der bisherigen Forschung an mehreren entscheidenden Stellen hinauszuragen.

Dieser Mittelpunkt der Studie ist von zwei zeitlich hinführenden und zwei zeitlich hinausführende Kapitel eingerahmt, die in ihrem Umfang jeweils etwa gleichgewichtet sind: Die ersten beiden Kapitel widmen sich der politischen Biographie Maltzans vor 1918/19 (I.) und seiner Tätigkeit in der frühen Weimarer Russlandpolitik bis etwa Ende 1921 (II.). Mit der von Maltzan wesentlich mitbestimmten deutschen „Rapallo-Rechtfertigung“ bis zur Ratifikation des Vertrages durch den Reichstag (V.) sowie mit dem Russland-politischen Denken und Handeln des Ministerialdirektors in der zweiten Jahreshälfte 1922 (VI.) befassen sich die beiden letzten Kapitel.

---

[64] Kolb, Die Weimarer Republik, S.203 (in der 2002 erschienenen 6. Auflage aus der Reihe “Oldenbourg Grundriss der Geschichte”, S.220).

[65] Vgl. z.B. Lexikon der Politik, Bd.7, S.280; Naßmacher, S.6ff. jeweils mwN.

[66] Siehe in Bezug auf die Zeit zwischen 1918 und 1945 u.a. Elz, S.332, Anm.67. Insoweit ist es m.E. notwendig, den allzu oft recht leichtfertig verwendeten Begriff der „Machtpolitik“ eher zu verlassen und wertneutraler den realpolitischen Begriff des nationalen politischen „Interesses“ an der jeweils einmaligen historischen Situation zu konkretisieren.
Die frühen 1920er Jahre mögen bereits von langfristig wirkungsmächtigen und zukunftsweisenden politischen Konzeptionen, Ideen und Visionen durchdrungen gewesen sein. Solche Vorstellungen waren allerdings noch zu vage, um verwirklicht zu werden, vgl. dazu vor allem Krüger, Die Außenpolitik, S.3.

[67] Vgl. Satow, S.1ff. Zur Reflexion über das Wesen der Diplomatie siehe u.a. Lauren, Diplomacy, u.a. S.3ff. sowie ‚Klassiker’ wie Callières; Nicholson; Gooch; literarisch James; oder auch Craig, On the Pleasure; ders., On the Nature.

[68] Vgl. dazu stellvertretend Morgenthau, S.542f. Zur epochenübergreifenden Bedeutung von Morgenthaus „Politics among Nations“ vgl. Brand, Ideas and Foreign Affairs, S.5 sowie Müller, Morgentau des Realismus. Im Verlauf der Forschungen hat sich herausgestellt, dass insbesondere rechtlich-finanzielle Aspekte sowohl für das Verstehen und Erklären des Inhalts und des Zeitpunkt des Rapallo-Vertrages als auch für die Beurteilung der Rolle Maltzans in der deutschen Russlandpolitik zwischen 1920 und 1922 unentbehrlich sind und in der Forschungsliteratur nicht selten untergewichtet oder nur unzureichend beachtet wurden.

c) Forschungsstand

Das Bild des deutschen Diplomaten Ago von Maltzan in der Geschichte der deutschen Außenpolitik und der internationalen Beziehungen ist bisher ausschließlich von der Rapallo-Forschung geprägt worden. Die quantitativ umfangreiche und qualitativ durchweg anspruchsvolle Ertragsfülle, welche die Zeitgeschichtsschreibung dazu in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorgelegt hat, kann an dieser Stelle nicht im Einzelnen aufgearbeitet werden. Zur Entlastung des hiesigen Manuskripts ist ein aktueller Bericht über die international weit verzweigte, hochdifferenzierte Rapallo-Forschung ausgelagert worden. Er wird als „Forschungsbericht Rapallo" an anderweitiger Stelle publiziert.[69]
Zur Bearbeitung der hier verfolgten Fragestellung − der deutsche Diplomat Ago von Maltzan als „Architekt von Rapallo" − ist hervorzuheben, dass Peter Alter bereits 1974 eine fehlende biographische Vorverständigung über Maltzan beklagt hat. Alter bezeichnete zahlreiche Einzelfragen und Deutungsprobleme innerhalb der Rapallo-Forschung als „weiterhin ungeklärt" oder „umstritten":

> „Dies gilt nicht zuletzt für die Frage nach der Rolle Maltzans, der auf deutscher Seite die Schlüsselfigur bei der Anbahnung der Beziehungen zu Sowjetrussland war. Graml bestätigt und verstärkt sogar noch das Bild von Maltzan als der treibenden Kraft hinter der deutschen Russlandpolitik, der skrupellos und zielbewusst seine Konzeption einer ‚aktiven' Russlandpolitik (was immer im einzelnen darunter zu verstehen ist) realisierte und gegenüber dessen Dynamik Rathenau oder auch Wirth ganz in den Hintergrund traten.[70]

Mit seinem Hinweis auf die „fast an eine Dämonisierung grenzenden Zeichnung" der Persönlichkeit Maltzans bei Graml[71] sprach Alter damit das Desiderat einer politischen Biographie über den Diplomaten Maltzan bzw. wenigstens einer Teilbiographie bis 1922 zwar deutlich an. Diese Lücke wurde jedoch bislang nicht ausgefüllt. Und dies ist umso erstaunlicher, da sich insbesondere der Teil der Forschung, der den Vertrag lautstark ‚verdammte', wesentlich auf die Persönlichkeit des Diplomaten und seine tatsächliche oder vermeintliche Rapallo-Rolle berief − trotz höchst bruchstückhafter biographischer Kenntnisse.
Das im Ganzen unwidersprochene Bild, dass dabei entstanden ist, kann verkürzt wie folgt resümiert werden: Seit den 1950er Jahren[72] war es nur selten „strittig"[73], dass Maltzan nicht nur im Rahmen

---

[69] Joeres, Forschungsbericht Rapallo – Zeitgeschichte einer Kontroverse.
[70] Alter, S.517.
[71] Vgl. Graml, Die Rapallo-Politik, S.369. Der Vertrag von Rapallo sei als „entscheidender Sieg der Revisions- und Restaurationspolitik" zu bezeichnen. Maltzan war demnach der zentrale „Einpeitscher und Chefarchitekt", der eine „kühl kalkulierte und zielstrebig durchgesetzte Störstrategie" gegen die Erfüllungspolitik durchführte, um Handlungsfreiheit zur Realisierung revisions- und restaurationspolitischer Ambitionen insbesondere auch gegenüber Polen zu erringen. Überdies behauptet Graml, Maltzan habe unmittelbar vor der Vertragsunterzeichnung in Rapallo „endlich die Chance (gesehen), seinen Außenminister vom Westkurs wegzulotsen und für den Separatvertrag mit der Sowjetunion zu gewinnen." Über die Persönlichkeit des Ministerialdirektors heißt es weiter, er sei „klug, fähig und keineswegs der Typ des konventionellen Diplomaten, aber doch der Gefangene einer außenpolitischen Tradition" gewesen „die ihn nun zum Denken in restaurationspolitischen Kategorien zwang", ebd., S.382.
[72] Vgl. u.a. Carr, S.63; Kochan, S.187, S.51ff.; Wheeler-Bennett, Die Nemesis der Macht, S.294; Holborn, S.169; Schieder, Die Probleme, S.19f., S.37ff.; Euler, S.331ff., S.334, S.336; Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.85; S.87, S.77ff. Noack, Rapallo- Wunsch und Wirklichkeit, S.38, S.41; Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.583f., S.545; Graml, Europa zwischen den Kriegen, S.137f., S.147, S.150; Schieder, Der deutsch-russische Rapallo-Vertrag, S.114; Hoyningen-Huene, S.259; Niedhart, Internationale Beziehungen 1917-1947, S.53f.; Mommsen, Die verspielte Freiheit, S.135f.; Krüger, „A Rainy Day", S.49; Pogge von Strandmann, Rapallo und die Legende, S.83; S.80, S.84f.; Unger, S.244.
[73] Anders Elz, S.345.

eines „machiavellistisch anmutenden Plans“ am Ostersonntag 1922 jenen deutsch-russischen Vertrag durchgesetzt habe, der die Welt an Kiderlen-Wächters „Panthersprung nach Agadir“ aus dem Jahre 1911 erinnerte.[74] „Immer wieder“ trat der Vorwurf hinzu, „Maltzan habe seinen Minister absichtlich ungenau informiert und schließlich düpiert.“[75] Gemeinsam mit Wirth sei es ihm gelungen, den Außenminister bei der „legendären ’Pyjama-Party’ in Rathenaus Hotelzimmer“ in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 von dessen Bestreben, den britischen Premier Lloyd George über die deutschen Absichten zu informieren, abzuhalten. Schließlich habe der Ministerialdirektor ein „*verschleierndes* [Herv.d.Verf.] Telegramm, das den Reichspräsidenten über die deutsch-russischen Gespräche unterrichten sollte, […] einen Tag lang zurückgehalten, damit der Reichspräsident keine Möglichkeit erhielt, den ohnehin zögernden Rathenau in seinem Widerstand gegen ein Abkommen mit den Russen zu bestärken“.[76] Rathenau sei „into Maltzan´s trap“gelaufen.[77]

Grunddeutungen dieser oder ähnlicher Ausrichtung zur Entstehungsgeschichte des deutsch-russischen Vertrages vom Ostersonntag 1922 beanspruchen bis in die jüngste Zeit[78] Bestandskraft. In Anlehnung an Klaus Hildebrand hat sich deshalb die Bezeichnung „Der Architekt von Rapallo“ durchgesetzt, um, zumeist mit sehr negativem Einschlag, auf die damalige Rolle des Diplomaten Maltzan einprägsam hinzuweisen.[79]

Demgegenüber ist die Forschung zum Werdegang Maltzans im kaiserlichen auswärtigen Dienst zwischen 1907 und 1918/19 im Ganzen blass. Hier konnte − im Gegensatz zur regelrechten Omnipräsenz Maltzans in der Literatur über die frühe Weimarer Russlandpolitik − nur an wenigen Stellen auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden.[80]

---

[74] Hildebrand, Das vergangene Reich, S.429; S.443.

[75] Kolb, Die Weimarer Republik, S.222 (2002); vgl. dazu auch 1999 Sendler, S.178.

[76] Winkler, Der lange Weg nach Westen, S.423ff. Bei Michalka, Rathenaus politische Karriere, S.83f. heißt es im Ganzen ähnlich, der Außenminister sei im Ergebnis „deutlich aufgrund einer *absichtlich* [Herv.d.Verf.] nicht vollständigen Unterrichtung durch Maltzan“ veranlasst und dann durch eine sich daran anschließende „russische Forcierung“ „weitergetrieben“ worden. Unter Berücksichtigung der ‚widrigen’ Gesamtumstände könne nicht davon ausgegangen werden, dass Rathenau den von ihm unterzeichneten, „in Rapallo beschlossenen“ „deutsch-sowjetischen Sonderweg“ auch tatsächlich „gutgeheißen“ habe.

[77] Salzmann, Great Britain, S.14f. Maltzan sei „personally responsible for the German-Russian understanding“, vgl. ebd., S.15. Die deutsche Nervosität hinsichtlich der „*secret* [Herv.d.Verf.] negotiations“ der Alliierten mit der sowjetrussischen Delegation sei zudem, wie die britischen Dokumente zeigen würden, unbegründet („unfounded“) gewesen, ebd., S.14. Vgl. auch Krüger, The European East and Weimar Germany, S.14; ders., „A Rainy Day“, S.59 und ders., Der Vertrag von Rapallo und die deutsche Außenpolitik, S.440.

[78] Vgl. Fleischhauer, S.374, wonach zur Rapallo-„Desperadopolitik“ angeblich „strengste Geheimhaltung, systematische Tarnung und weitestgehende Aktenvernichtung“ gehört habe. Hingegen entbehre die These Krügers, Maltzan habe den sich sträubenden Minister Rathenau u.a. mit „Psychoterror“ zur Vertragsunterzeichnung gedrängt, „jeder verifizierbaren Grundlage“, ebd., S.388. Im Widerspruch dazu heißt es bei ebd., S.391 bzw. S.399f. dann wiederum zustimmend, Maltzan habe im Rahmen seines „Verwirrspiels“ und seiner „koordinierten Unterlassungen“ Rathenau „nach Möglichkeit abgeschottet“: „Kontaktaufnahmen nach außen“ seien „erschwert oder vereitelt“ worden.

[79] Hildebrand, Das vergangene Reich, S.429. Vgl. ansonsten u.a. Schölzel, S.357; Brenner, S.402f., S.420, S.425ff.; Schulin, Walther Rathenau, S.125-129; Castellan, S.323; Niekisch, Die Legende, S.89; Dirksen, S.46f.; Gebhardt, Bd.4, S.126; McKenzie, S.113; Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland 1917-1922, S.252; Krüger, Struktur, S.132; Grupp, Maltzan, S.217; Krüger, Der Rapallo-Vertrag und die deutsche Außenpolitik, S.435; Allardt, Politik vor und hinter den Kulissen, S.204; Vincent, A Historical Dictionary of Germany´s Weimar Republic, S.300; Laqueur, S.155; Bonn, So macht man Geschichte, S.274; Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, S.137; Gatzke, Russo-German Military Cooperation, S.567; Mißtrauische Nachbarn, S.12; Sendler, S.178; Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.115; Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, S.359; Krüger, „A Rainy Day“, S.51, S.53; Linke, Rapallo, S.43, der Maltzan und Wirth als „eigentliche Väter des Vertrags von Rapallo“ bezeichnet; Walsdorff, S.44; NDB, S.744; Nekrich, S.5; Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.59; Kennan, Soviet Foreign Policy 1917-1941, S.45; Dorrmann, „Von kommenden Dingen“, S.418; Duroselle, S.74; Schulze Wessel, S.539; Smaldone, S.322; Larres, S.281 u. S.282; Salzmann, Great Britain, S.15, S.34; Grieser, S.106; Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918-1926, S.253; Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd.1, S.423; Elz, S.363.

[80] Zu nennen ist insbesondere der Beitrag von Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche mit Japan 1914/1915 sowie

d) Quellenlage

Eine „schwierige Quellenlage“[81] ist nur bedingt vorhanden. Obgleich der Privatnachlass Maltzans im April/ Mai 1945 auf dem heimatlichen Gut verloren ging, ist daraus letztlich kein Problem für eine politische Biographie abzuleiten. Zwar bietet der ‚dienstliche’ Nachlass des Diplomaten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts mit insgesamt acht Kartons, die jeweils vier bis sechs Aktenbände beinhalten, nur in Bezug auf die Arbeitszeit Maltzans als Staatssekretär und als Botschafter in Washington in den Jahren von 1923 bis 1927 eine relativ dicht dokumentierte Quellenbasis. Für den Werdegang Maltzans im kaiserlichen Auswärtigen Dienst ab 1906/1907 sowie in der frühen Weimarer Republik bis Ende 1922 liegt ein derartiger Nachlass zudem nicht vor. Jedoch erwies sich hier die kritische Auswertung der noch vorhandenen Personalakten Maltzans in vielen Punkten als einschlägig und fruchtbar.

Die vorhandene[82] „Memoiren- und Erinnerungsliteratur“[83] findet in die vorliegende Untersuchung nur in Teilen Eingang. So sind beispielsweise die nach dem Machtwechsel 1933 entstandenen Aufzeichnungen bzw. fragmentarischen Erinnerungen Wirths, die von der Forschung jüngst noch einmal recht unkritisch ‚für bare Münze genommen’ und überbewertet wurden, insgesamt als grundsätzlich unzuverlässig einzuordnen.[84] Zwar haben sich auch andere Zeitgenossen und Kollegen Rathenaus und Maltzans aus jeweils unterschiedlichen Motiven im Nachhinein mit der unmittelbaren Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages beschäftigt und ihre Auffassung dazu vorgelegt. Ihr Quellenwert ist jedoch ebenfalls eher gering: Zum dreißigsten Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags veröffentlichte Hans von Raumer seine Erinnerungen in der Deutschen Rundschau. Er verteidigte dabei das Vorgehen der deutschen Führungskräfte und wies sich selbst eine mitentscheidende Rolle zu, warum sich Außenminister Rathenau zu diesem Schritt durchgerungen habe.[85] Auch die undatierten, ebenso erst nach 1945 entstandenen „Rapallo“-Aufzeichnungen Karl Ritters, der erst kurz vor der Konferenz von Genua vom Reichsfinanzministerium in das Auswärtige

---

Forsbach, Kiderlen-Wächter. Zur Zeit des jungen Diplomaten Maltzan in Brasilien, Norwegen, St. Petersburg und als Vertreter des AA beim Oberkommando Ost 1917 fanden sich in der Literatur so gut wie keine Angaben. Die Studien von Frey und Bußmann boten zur deutschen Politik gegenüber den Niederlanden wichtige Hintergrundaspekte. Zum Forschungsstand über das „Deutsche Kaiserreich 1871-1918“ übergreifend vgl. stellvertretend den gleichnamigen Literaturbericht von Scholtyseck.

[81] Krüger, Schubert, Maltzan, S.19; Forsbach, S.752, Anm.13; Mommsen, Die Nachlässe, S.953 unter Nr. 6324. Zur Problematik eines fehlenden persönlichen Nachlasses vgl. u.a. auch Schober, S.27ff.

[82] Vgl. dazu auch Koza und Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.546. Hier heißt es u.a.: „Von den Hauptakteuren in Genua und Rapallo hat keiner Memoiren hinterlassen, weder Tschitscherin noch Walther Rathenau oder Ago von Maltzan und Joseph Wirth; Lloyd George behandelt diese Ära in seinen Memoiren nicht, nur von dem Mitglied der russischen Delegation A. Joffé existierten schon seit älterer Zeit inhaltlich nicht sehr ergiebige Erinnerungen (vgl. Joffe). Die wichtigsten Memoirenveröffentlichungen stammen alle von Männern aus dem zweiten Glied“; Schieder waren 1967 die Aufzeichnungen von Joseph Wirth aus den Jahren 1940/42 noch unbekannt, vgl. ansonsten Hilger/Meyer. Zu den Erinnerungen von sowjetrussischen Teilnehmern an die Konferenz von Genua 1922 vgl. insbesondere die 1963 in Moskau erschienene Veröffentlichung von Ljubimow/Erlich, mit Ausführungen in Bezug auf die Verhandlungen der sowjetrussischen Delegation mit den Alliierten am 14. und 15. April bei ebd., S.50ff. und zum deutsch-sowjetrussischen Vertrag am 16. April 1922 bei ebd., S.65ff.

[83] Zum Quellenwert dieser Quellengattung allgemein vgl. stellvertretend Egerton; Braubach, Zum Quellenwert.

[84] Vgl. gegenteilig Fleischhauer, u.a. S.371ff., wo beklagt wird, der Nachlass Wirths im BAK sei bisher angeblich ungenügend benutzt worden, vgl. dagegen die Arbeiten von Küppers; Hörster-Phillipps und Herbstritt. Ohne ausreichende Gewichtung bzw. Schlussfolgerung weist Fleischhauer zudem selbst auf die „Kampagne“ gegen Wirth nach 1933 hin, ebd., S.378. Der Verfasser der vorliegenden Studie bereitet einen Beitrag vor, der z.Zt. folgenden Arbeitstitel trägt: „(Selbst-)Entstellende Erinnerungen aus Anbiederung und/oder Furcht vor Verfolgung? - Die Aufzeichnungen des ehemaligen Reichskanzlers Joseph Wirth nach 1933“.

[85] Raumer, Dreißig Jahre nach Rapallo.

Amt übergetreten war, befassen sich vor allem mit der Frage der „Vaterschaft“ des Vertrages.[86] Hingegen mochte sich der langjährige Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Friedrich Gaus im April 1955 nicht zu einer Veröffentlichung seiner Sicht der Dinge entschließen.[87] Die Stimme eines weiteren Zeitzeugen, Moritz Schlesinger, der seit 1966 sogar alle anderweitigen beruflichen Tätigkeiten zurückgestellt haben will, lag primär darin zu beweisen, dass der „Rapallo-Politik keine Revanche-Politik“ zugrunde lag, womit die Grundtendenz vorgegeben war.[88]

Zur Tätigkeit des „jungen Diplomaten“ im „wilhelminischen“ Auswärtigen Amt bleibt die Quellenlage zum Teil fragmentarisch.[89] Zahlreiche Quellenfunde liegen zur fünfjährigen Tätigkeit

---

[86] PA, NL Ritter, Aufzeichnungen, 3ff. Ritter führte aus, Rathenau habe sich „innerhalb der deutschen Delegation einem Zusammengehen mit der Sowjet-Union bis zum Vorabend der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages widersetzt“. In diesem Kontext zeichnete dann auch Ritter das Bild von der entscheidenden Rolle des Ministerialdirektors, vgl. ebd., 7ff. Aus quellenkritischer Sicht sind diese Erinnerungen wenig geeignet, die Rolle der entscheidenden Verantwortlichen in uneingeschränkt zuverlässiger Weise zu skizzieren, zumal Informationslücken wiederholt sichtbar werden, vgl. anders Krüger, „A Rainy Day“, S.59. Ritter war auf der Konferenz in erster Linie mit Fragen im „Unterausschuß der Finanzkommission für Währungsfragen und für Fragen der Wechselkurse“ betraut worden, vgl. z.B. sein Tel. No.120, 20.4.1922, über eine Sitzung vom 19.4.1922, BAB, R 43, I/468 (MF3), 120-121.

[87] Zum Lebensweg von Friedrich Gaus (1881-1955) vgl. ADAP, Ergänzungsband zu den Serien A-E, S.440. Zur ablehnenden Antwort von Gaus vom 21.5.1955 auf ein Schreiben von Schlesinger an ihn vom 16.4.1955 (PA, NL Schlesinger, Bd.2, 050ff.), vgl. ebd., 053ff. Maltzan sei damals mit „Energie und Geschicklichkeit“ auf deutscher Seite der „absolute Protagonist in der Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen“ gewesen, ebd. 054.
Erst rund sechzehn Jahre später wurde eine Gaus posthum zugerechnete Aufzeichnung „über seine Erlebnisse beim Abschluß des Rapallo-Vertrages“, die dieser angeblich kurz vor seinem Tod dem ehemaligen US-Hauptankläger im Wilhelmstraßen-Prozess in Nürnberg, Robert M.W. Kempner, übergeben habe, im „Vorwärts“ veröffentlicht − mit der erklärten Intention, „klar“ zu „beweisen“, „dass Rapallo ‚kein Pendant’ zu den heutigen Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion“ bilde, vgl. Robert M.W. Kempner, „Die falsche Parallele“, Vorwärts, 7.10.1971. Schon aus diesen Angaben geht hervor, dass die 1971 an gleicher Stelle veröffentlichten „Rapallo-Erinnerungen“ („1922: Rapallo- wie es wirklich war“, Vorwärts, 7.10.1971) in den Kontext der politischen und publizistischen Auseinandersetzungen um die „Neue Ostpolitik“ der Regierung Brandt/Scheel einzuordnen sind. Auch in quellenkritischer und editionstechnischer Hinsicht erweist sich das hier abgedruckte Dokument als unzuverlässig. Teilweise ist nicht erkenntlich, welche Passagen angeblich von Gaus stammen und welche von dem Übermittelnden, dem Herausgeber oder den Redakteuren nachträglich ergänzt wurden. So bleibt es u.a. unklar, ob der erste Teil des vermeintlichen Artikels von Gaus nicht von Kempner oder von der Vorwärts Redaktion stammt, da dieser erst danach auf den Bericht des „Augenzeugen Gaus“ überleitet. Auch in diesem zweiten Teil (Erinnerungen nur an den 16. April 1922) macht der vermeintlich von Gaus stammende Text ebenfalls nicht kenntlich, dass diese Aufzeichnung von Gaus stammt, zumal dieser hier von sich lediglich in der dritten Person spricht. Weitere Details verstärken diesen Eindruck: So ist es fraglich, ob Gaus unzutreffende Tatsachen wie die Einordnung Maltzans als „ziemlich jungen“ Diplomaten oder dessen falsche Bezeichnung als „politischen Sachbearbeiter für juristische Fragen“ verbreitet hätte. Die „Erinnerungen“ von Gaus wurden im Auszug auch gedruckt bei: Gespräche mit Rathenau, S.360f.

[88] Schlesinger, S.109. Die Ausführungen Schlesingers tragen zwar viele Details zu den deutsch-russischen Beziehungen Anfang der 1920er Jahre bei. Insbesondere in der positiven Bewertung des Verhaltens Maltzans aber sind seine Erinnerungen zum Teil deutlich gefärbt. So heißt es bei ebd. u.a.: „Maltzan war sehr klug und gerissen, er paßte sich geschmeidig der gegebenen Situation an, war aber dann, wenn er sich ein Ziel gesetzt hatte, in der Wahl seiner Mittel nicht wählerisch. Er überragte bei weitem seine Kollegen. […] Er hat mich gefördert und gedeckt, mir manchen Sturm überstehen helfen. Später, als Staatssekretär, hat er mich, den größten Außenseiter, in den Auswärtigen Dienst berufen!“ Schlesinger hat frühe Forschungsarbeiten wie diejenige von Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, aber auch die von Gatzke, Dyck, Laubach, Zelt und Linke „bei ihrer Entstehung intensiv begleitet“, vgl. Unger, S.20f.
In den Erinnerungen von Treviranus heißt es, Wirth habe den Rapallo-Vertrag „gegen die Mahnung“ und „gegen den Wunsch“ Rathenaus abgeschlossen, vgl. Treviranus, S.82f. Demgegenüber heißt es in den unveröffentlichten Memoiren Karl Schnurres (1898-1993) u.a., der von Maltzan vorbereitete Vertrag sei „erst durch die schlechte Behandlung, die Deutschland und die Sowjetunion auf der Konferenz in Genua durch die Alliierten erfuhren“ am 16.4.1922 in Rapallo abgeschlossen worden, PA, NL Schnurre, Karl Schnurre, Aus einem bewegten Leben. Heiteres und Ernstes, Bad Godesberg 1986, S.69. Siehe zu Karl Schnurre auch die Erinnerungen von Schmid, Russische Jahre.

[89] Die Tätigkeit Maltzans war zumeist erst dann dokumentiert, wenn dieser kommissarisch Leitungsfunktionen innehielt. Eine enttäuschende Quellenlage ist insbesondere für die Monate Maltzans in der "Zentrale der deutschen Außenpolitik" unter Kiderlen-Wächter um 1910 in Berlin zu verzeichnen. Über das in der alten Edition von Eberhard Jäckh (siehe im Anhang unter Kiderlen-Wächter) vorliegende und in der Studie von Ralf Forsbach über Kiderlen-Wächter bereits interpretierte Material hinaus konnten keine Quellen ausfindig gemacht werden, die Aussagekraft hatten. Eine Durchsicht des Nachlasses (Yale, Kiderlen-Wächter Papers, Mss.312, Series I und II, Correspondence with others, Writings and Speeches, Box No.9, Folder 161, Congratulations bzw. die hschr. Aufzeichnungen Kiderlens u.a. aus den Jahren 1909-

Maltzans in China 1912-1917 vor. Mit Einschränkungen ist ein ansehnlicher Dokumentenfundus für die Tätigkeit Maltzan 1918/19 im Haag zu konstatieren. Dagegen bleiben die Hintergründe des schweren Konflikts Maltzans mit der Obersten Heeresleitung im Jahre 1917, die aus Maltzans Tätigkeit als Vertreter des Auswärtigen Amts beim Oberkommando Ost entsprangen, unterbelichtet.
Für die Darstellung der Tätigkeit Maltzans als Reichskommissar in Königsberg ab Herbst 1919 und anschließend im Russlandreferat des Auswärtigen Amts in Berlin (II.1.) liegen in ausreichendem Maße Dokumente vor. Die Personalakten verweisen nicht selten zudem auf weitergehende Aktivitäten und Dienstreisen Maltzans, wozu jedoch in den sachorientierten politischen Akten nicht selten eine inhaltliche Konkretisierung unterbleibt.
Für die Zeit ab 1920 stellte sich die bewährte Grundlagenedition „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ (ADAP)[90] eindeutig als die maßgeblichste und zuverlässigste gedruckte Quellensammlung heraus. Allerdings blieb auch hier eine Überprüfung der gedruckten Materialien anhand der Originale, insbesondere in Bezug auf die entscheidenden Archivquellen zur Vorgeschichte des Rapallo-Vertrags, unumgänglich, wenn es mehrere Fassungen bzw. Überarbeitungsschritte zum jeweiligen Dokument gab. Trotz erheblicher quellenkritischer Einwände erwies sich ebenfalls die 1970 vom Staatsverlag der DDR herausgegebene Edition von Dokumenten zu den deutsch-sowjetrussischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit zumindest zum Teil als ergiebig.[91] Schließlich beinhaltet die 1998 für die Jahre 1917 bis 1945 vorgelegte Edition von Horst Günther Linke „Quellen zu den deutsch-russischen Beziehungen“ eine willkommene, leicht zugängliche Auswahl.[92]
Aus den anderweitig konsultierten und im Anhang angegebenen „Gedruckten Quellen“ seien an dieser Stelle nur die dreibändigen, hier in der deutschen Ausgabe verwendeten Tagebuchaufzeichnungen D’Abernons[93] und die ebenfalls schon erwähnten Tagebücher Harry Graf

---

1912, bei ebd. (Mss. 312), Folio 11, outside materials) lieferte keine neuen Erkenntnisse.
Für die nachfolgende neunmonatige Tätigkeit Maltzans an der kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg ist die Quellenarmut z.T. begründet: Sie liegt darin, dass die Akten der dortigen deutschen Botschaft 1941 wahrscheinlich vollständig vernichtet wurden, PA, Findbuch der kaiserlichen Botschaft St. Petersburg, betreff. Vernichtung der Aktenbestände "1904-1914". Auch in der Russlandabteilung der Berliner Zentrale fanden sich keine Dokumente, die die Tätigkeit Maltzans in St. Petersburg konkretisierten.

[90] Vgl. dazu Elz, S.317ff.; Michalka, Die Außenpolitik von Weimar (I), S.391ff.; Kolb, Literaturbericht (1992), S.311ff.; Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit, S.65f.

[91] Deutsch-sowjetische Beziehungen. Die Kommentierung in den Anmerkungen ist völlig unzureichend, so z.B. der ohne weitere Angaben erfolgende Hinweis „ZSA Potsdam“ oder „Archiv des Außenministeriums Moskau“, der für den Leser nicht verifizierbar ist. Hier finden sich eine ganze Reihe von sowjetrussischen Dokumenten in deutscher Übersetzung, die ihrerseits in der bereits in den Jahren 1959 bis 1961 entstandenen Quellenedition „Dokumente der Außenpolitik der UDSSR (russ.)“ in den dortigen Bänden drei bis fünf veröffentlicht wurden, vgl. Dokumente zur Außenpolitik der UDSSR, Bd. V, Nr. 119, S.217-220. Gerade auch im Hinblick auf das in der Sowjetunion und in der DDR politisch angewiesene Interpretationsdogma, Rapallo im Sinne der deutsch-russischen Freundschaft positiv zu deuten, ist zu vermuten, dass diese Dokumentenauswahl „sicher nicht den ganzen Quellenbestand der Geschichte des Rapallovertrages ausmachen“ und „zudem noch zum Teil gekürzt“ waren, vgl. Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.545; Alter, S.511f.

[92] Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945. Siehe zu dieser Edition auch die Rez. von Jan Lipinsky in: Osteuropa, Heft 11/12 1999, S.1290 bzw. Elz, S.317. Es wäre wünschenswert gewesen, verstärkt sowjetrussische Archivalien in die Edition einzubinden und diese im Wortlaut abzudrucken, da die meisten hier zu findenden *deutschen* Dokumente in der Regel bereits an anderer Stelle gedruckt wurden.

[93] D’Abernon. Die Tagebücher D’Abernons boten auch für den Zeitraum 1920 bis Anfang 1923 eine gute faktische Ausgangsbasis, obwohl D’Abernon über den Rapallo-Vertrag nur als Unbeteiligter bzw. aus zweiter Hand berichten kann und er insgesamt betrachtet die britische Deutschlandpolitik z.T. tendenziös als „vernünftig, großzügig, ja sogar großmütig“ bzw. als europäische Friedenspolitik stilisiert, vgl. z.B. D’Abernon, Bd.1, S.50 o.a. S.70 bzw. Bd.2, S.20. Die in die Aufzeichnungen D’Abernons zumeist als Einleitung zu einem Kapitel vorausgeschickten „historischen Erläuterungen“ wurden von dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“, Gerothwohl, hinzugefügt.

Kesslers hervorgehoben. Die zuletzt genannte Quelle stellt ein „unschätzbares“, aber dennoch an zahlreichen Stellen kritisch zu beurteilendes „Zeugnis“ für jeden dar, „der sich mit der deutschen Außenpolitik dieser Zeit befasst“[94], wobei die hier für die frühe Weimarer Zeit verwendete Edition von Wolfgang Pfeiffer-Belli aus dem Jahre 1961 noch nicht überholt ist.[95]

Spätestens ab dem Frühjahr 1920 lassen sich die einzelnen Phasen im Auf und Ab der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen bis zum Beginn der politischen Vertragsverhandlungen, die zum Abschluss des Rapallo-Vertrages führten, anhand der gedruckten, insbesondere aber anhand der ungedruckten deutschen Quellen ohne größere Lücken nachvollziehen. Die Tätigkeit Maltzans in der frühen Weimarer Russlandpolitik zwischen 1920 und 1922 ist somit insbesondere durch die einschlägigen Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts – bis auf wenige Abstriche – gut dokumentiert.[96] Anspruch auf Vollständigkeit in der Auswertung kann allerdings nicht erhoben werden.[97]

Ungedruckte sowjetrussische Archivdokumente werden aus mehreren Gründen nicht in die Darstellung aufgenommen.[98] Der „politische Umbruch im östlichen Europa“ hat die Hoffnung in der Forschung auf einen freieren Zugang zu den sowjetischen Archiven“ bis heute eher enttäuscht.[99] Die „restriktiv gehandhabte Benutzungspraxis russischer Archivbehörden“ und eine insgesamt „kompliziert strukturierte Archivlandschaft“ in Russland, die unter „enormen finanziellen Nöten“ leidet[100], tragen dazu ebenso bei wie das fortlaufende Ringen um die Rückgabe des Rathenau-

---

[94] Grupp, Harry Graf Kessler als Diplomat, S.78..

[95] Vgl. Kessler, Tagebücher. Aus quellenkritischer Sicht ist zuweilen unklar, *wann* die einzelnen Tageseinträge von Kessler tatsächlich vorgenommen wurden, da ein nachträglicher Eintrag eine unmittelbare Nähe zu den Ereignissen u.U. auch nur noch suggerieren kann. So heißt es z.B. bei Kessler, Tagebücher, S.319 (17. Mai 1922): „Mein letztes Zusammensein mit Rathenau. Ich sah ihn erst ermordet wieder.“ Rathenau wurde jedoch erst am 22. Juni 1922 ermordet. Siehe zu Kesslers Erinnerungen „Gesichter und Zeiten“ hingegen Harry Graf Kessler, Bd.1.

[96] Siehe dazu die entsprechenden Akten im Quellenanhang. Trotz der ergiebigen Quellenlage ist festzuhalten, dass die Beamten (natürlich) „nicht jedes Gespräch, nicht jeden gelesenen Zeitungsartikel oder Aufsatz in den Akten“ vermerkten, „so dass nicht alle ihrer meinungsbildenden Quellen heute erfasst werden können.“ Überdies heißt es nicht selten, der weitere Vorgang sei „mündlich erledigt“ worden. Weiter war es des Öfteren schwierig oder unmöglich, die Authentizität Russland-politischer Nachrichten zu bestimmen, zumal die Nachrichtenauswertung bekanntermaßen ebenso von der Voreinstellung der Rezipienten abhängig ist, vgl. dazu auch Sütterlin, S.150, S.167ff. Zur eingeschränkten Bedeutung der sowjetrussischen Vertreter in Berlin als Russland-politische Informationsquelle vgl. ebd., S.160. Die mehrmals in der Woche vorgelegten Sammelberichte des Russischen Lektorats befinden sich zum größten Teil nicht mehr in den Akten, ebd., S.163, Anm.171.

[97] So konnten nicht die im PA vorhandenen Akten anderer Länder ausgewertet werden, für die Maltzan insbesondere als Ministerdirektor der Abt. IV. ebenfalls verantwortlich war, vgl. dazu das Inhaltsverzeichnis bei Kent I für die Seiten 269-474 mit u.a. Dänemark, Finnland, Norwegen, Danzig, China, Japan, Tibet, Memel etc.

[98] Dem Wunsch nach einer Miteinbeziehung sowjetrussischer Archivalien standen und stehen Hindernisse im Weg: So hat Stefan Creuzberger 1999 darauf hingewiesen, dass manche Fragen der sowjetrussischen bzw. sowjetischen Außenpolitik auch deshalb immer noch „nur unzureichend“ zu beantworten sind, da die hierfür erforderlichen Akten vor allem in Moskau nach wie vor „entweder gar nicht oder lediglich einem ausgewählten, kleinen Personenkreis zugänglich“ seien – ein Fazit, dass auch den hier schwerpunktmäßig behandelten Zeitraum zwischen 1920 und 1922 betraf, vgl. Creuzberger, S.91f. Ludmila Thomas hat in einem 2000 veröffentlichten Aufsatz die Ansicht vertreten, die vorhandenen Archivalien in Moskau gäben „bestenfalls über die Zweckmäßigkeiten des politischen Alltags“ Auskunft, siehe Thomas, Georg Tschitscherins Weg in die sowjetrussische Diplomatie, S.59, S.61. Vgl. hingegen zum Mangel der Nichtheranziehung sowjetrussischer Quellen u.a. die Rez. von Stefan Creuzberger zu Blumenhagen, in: Osteuropa 48 (1998), S.1235f., S.1236. Siehe auch Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945, S.169f., der 1987 die Ansicht vertrat, die „sonderbare“ Rapallo-Entstehungsgeschichte sei „infolge der Unzulänglichkeit der sowjetrussischen Akten nicht vollständig geklärt.“

[99] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.56, vgl. FAZ vom 29.9.1992; 19.4.1997, S.33 und 15.11.1997, S.9. Eine Fachtagung unter dem Titel „Selektion der Vergangenheit: Postsowjetrussische Archive zehn Jahre nach der Öffnung. Realität und Perspektiven“ fand vom 8. bis zum 10. Dezember 2000 in der Karl-Arnold-Stiftung in Bonn statt. Siehe dazu den Rundbrief der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde 2/2000, S.9. Siehe weiter jüngst Fleischhauer, S.369-371.

[100] Vgl. die Rez. von Klaus Hildebrand zu Besymenski, Stalin und Hitler, in: FAZ, 8.10.2002, S. L46.

Nachlasses, der rund 70.000 Blatt umfassen soll.[101] Entscheidend für den Verzicht auf eigene Archivforschungen in Moskau blieb jedoch die Tatsache, dass die maßgeblichen, bislang verfügbaren Quellen ohnehin bereits von fachkundiger Seite erschlossen, ausgewertet und 1997 im Wesentlichen der Forschung zugänglich gemacht wurden.[102] Die der Rapallo-Forschung bislang fehlenden Dokumente sind überdies in den einschlägigen und benutzerfreundlichen Archiven in Berlin, Paris und London sowie zum Teil auch in Brüssel und Rom zu finden.

„Mit dem weitgehend erfolgten Abschluß eines großen Projekts" liegt im Rahmen der „Documents on British Foreign Policy" seit den 1960er bzw. 1970er Jahren auch für die Zeit zwischen 1920 und 1922 eine Edition vor, die „von der Materialfülle her" die britische Außenpolitik „so breit dokumentiert wie die keines anderen Staates."[103] Dies betrifft ebenso für die von London aus geführte Russlandpolitik, wobei hier unter anderem die englisch-sowjetrussischen Verhandlungen in den Jahren 1920 und 1921 dokumentiert werden.

Stefan Martens gebührt unter der Mitarbeit von Martina Kessel das Verdienst, 1992/93 eine auf die französischen Diplomatenberichte aus Deutschland konzentrierte Auswahl aus den Archiven des Quai d'Orsay für das Jahr 1920 herausgegeben zu haben.[104] Das dadurch weiter angestoßene amtliche Editionsprojekt durch die Commission des Archives Diplomatiques des Ministère des Affaires Étrangères hat in den Jahren 1997, 1999, 2002, 2004 und 2005 den Zeitraum vom 10. Januar 1920 bis zum 31. Dezember 1921 mit inhaltlich umfassenden und überaus sorgsamen Quellenbänden erschlossen. Für das Jahr 1922 ist der entsprechende Band in Vorbereitung.[105]

Um eine wesentliche Verbreiterung der bisherigen Quellenbasis[106] anzustreben, wurden von dem Verfasser eigene Archivforschungen im „Ministère des Affaire Étrangères/ Direction des archives et de la documentation" und in der „Bibliothèque nationale de France/ Richelieu" in Paris[107] sowie im

---

[101] Siehe dazu den Artikel „Russland empört den ‚ehemaligen Feindstaat', Der Spiegel 3/2004, 12.1.2004, S.16 bzw. http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,281390,00.html sowie jüngst wiederum eine Meldung über die Fortsetzung der „Rathenau-Verhandlungen" in der FAZ vom 29.1.2004, S.37.

[102] Linke, Der Weg nach Rapallo, vgl. S.56, Anm.4. Aus den Ausführungen Linkes entsteht der Eindruck, dass die in Moskau lagernden Archivalien und die damit verbundenen Kenntnisse insbesondere auch über die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Akteuren innerhalb der sowjetrussischen Außenpolitik Auskunft geben. Bei PRO, FO 371/8209 finden sich in der zweiten Hälfte des Bandes zahlreiche Berichte über die z.T. offen in der Prawda und Izvestija kundgetanen Ansichten Trotzkis, Zinowiews und Radeks, u.a. in der Zeit Februar/ März 1922 während einer Tagung des „Executive Committee of the Communist International". Sie wurden v.a. von der British Commerical Commission in Moscow erstellt.

[103] Elz, S.322, der hier auch auf den „einmaligen Aktenbestand" der „Confidential Prints" verweist.

[104] Vgl. auch ebd. S.321f.

[105] Siehe dazu die entsprechenden Hinweise im Quellenanhang unter „Documents Diplomatiques Français". Die bislang vorliegende belgische Edition (DDB, Tome I.) erwies sich für die hier verfolgte Fragestellung als wenig ergiebig, vgl. zur belgischen Außenpolitik Zuylen. Die italienische Edition (I Documenti Diplomatici Italiani, Serie 6: 1918-1922, bislang zwei Bände bis zum 23. März 1919) erfassen diesen Zeitraum nicht; die „6. Serie der Documenti diplomatici italiani, die den Zeitraum vom 4.11.1918 bis 30.10.1922 umfassen soll, ist seit Jahrzehnten ‚in Vorbereitung'", Schreiben von Lutz Klinkhammer (DHI Rom) an den Verfasser vom 6.8.2003, vgl. zur italienischen Forschung bislang die Arbeiten von Petracchi. Auf eine eigene Auswertung der Akten der italienischen Genua-Delegation bzw. die Berichte des italienischen Botschafters in Berlin, die sich im „Archivio storico diplomatico" des „Ministero degli Affari Esteri" in Rom befinden und möglicherweise durch Privatnachlässe im „Archivio Centrale dello Stato" ergänzt werden, wurde aus zeitlichen und finanziellen Gründen verzichtet.

[106] Zum „Postulat einer erweiterten Quellenbasis" vgl. Niedhart, Die Außenpolitik (1. Aufl. 1999), S.45f.

[107] Zu den französischen Archiven, Bibliotheken und Quellen insbesondere in Paris vgl. Wilkens, Archivführer Paris, S.47ff. (MAE), S.117-120 (BN). Auf eine Sichtung der in Nantes liegenden Akten der französischen Botschaft Berlin wurde verzichtet, da sich alle wesentlichen, politisch bedeutsamen Berichte als Duplikat auch bei der damaligen Zentrale und damit bei den Akten des Quai d´Orsay in Paris befinden müssten. Die nur rudimentär durchgeführte Auswertung des Nachlasses von Poincaré in der „alten" „Bibliothèque nationale de France (Richelieu)" führte zu keinen weiterführenden Erkenntnissen. Insbesondere die dort zu findenden „Notes journalières" Poincarés beziehen sich nur auf die Jahre 1912-15,1919, 1924, 1929, vgl. BN, Papiers Poincaré, 16024-34. Auch aus der Korrespondenz bei ebd., 15992-16023 konnten

Archiv des Außenministeriums in Brüssel (BMAE), im „Public Record Office“ (PRO) und im House of Lords Record Office in London (HLRO) durchgeführt. Im Bundesarchiv an den Standorten in Koblenz[108], Berlin-Lichterfelde[109] und Freiburg[110] konnten Quellenbestände gesichtet und ausgewertet werden. Die Konsultierung der im Anhang aufgeführten Bestände im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, im Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad Adenauer Stiftung in St. Augustin und bei den anderen im Anhang genannten nationalen und internationalen Archiven und Bibliotheken ergänzten das zusammengetragene Material.[111] Gewichtig war die genaue Durchsicht und Auswertung des umfangreichen und unerwartet bedeutsamen Privatnachlasses Carl von Schuberts.[112]

Der *eigentliche* Ausgangspunkt einer quellennahen Darstellung und Interpretation der deutschen Ost- und Russlandpolitik zwischen 1919 und 1922 und der damit verbundenen Rolle Maltzans als „Architekt von Rapallo“ musste auch im Rahmen dieser Studie bei dem wenngleich nur teilweise zutreffenden Befund ansetzen, dass „unsere Kenntnisse über die letzten Vorgänge vor Rapallo fast ausschließlich auf Darstellungen Maltzans“ beruhen.[113] Ernst Laubach vertrat 1968 in seiner

---

keine ergänzenden Quellen herangezogen werden und Eingang in die Arbeit finden. Dies gilt bislang ebenso für die „Années 1921-1922 » bei ebd., 16042. Eine Auswertung des Privatnachlasses Barthous steht noch aus.

[108] Zum Nachlass von Reichskanzler Joseph Wirth vgl. die Vorbemerkungen im Findbuch bei BAK, NL 1342, S.IIIf., eine Kopie des russischen Findbuchs des in Moskau vorhandenen Teilnachlasses bei FA 1240, vgl. dazu auch Hörster-Philipps, Bedeutender Aktenfund in Moskau. Zum Schicksal der Rathenau- Papiere siehe die Angaben im Findbuch des BAK, NL 1048, S.2f. Der Bestand bei NL 1048 ist insbesondere in Bezug auf den Rapallo-Vertrag als nicht ergiebig einzuordnen. Der im ehemaligen Sonderarchiv Moskau verwahrte Teil des Nachlasses von Rathenau ist zwar seit 1995 im BAK auf Mikrofilm verfügbar. Allerdings ist die Verfilmung nicht nur schlecht lesbar, sondern in hohem Maße unvollständig. Es fehlen eine Vielzahl von im Findbuch angegebenen Aktenstücken, vgl. dazu die Auflistung „Zu den Kopien des Sonderarchivs Fond 634 Nachlaß Walther Rathenau“, dem Findbuch zu NL 1048 vorgeheftet. So konnte z.B. Nr. 386a nicht bei FC 7467 P ausfindig gemacht werden, Nr.428 und Nr.444 sind lt. Findbuch ohnehin nicht auf Mikrofilm vorhanden. Insbesondere die Dokumente zur Russlandpolitik Rathenaus und zur Konferenz von Genua sind offenbar an das Außenministerium in Moskau abgegeben worden und hier nicht vorhanden. Auf die unsicheren Arbeitsbedingungen in Moskau verwies im Gespräch mit mir am 6. Mai 2003 auch Herr Gregor Pickro (Bundesarchiv Koblenz). Die Rückgabeverhandlungen betr. Rathenau-Nachlass seien schwebend.

[109] Offen geblieben ist im Hinblick auf das hier gewählte Thema z.B. eine Erforschung folgender Bestände: Auswärtiges Amt, u.a. die Akten der deutschen (Gesandtschaft) in China (R 9208), der deutschen Gesandtschaft (Den) Haag (9209), sowie die Akten betr. Wiederaufnahme des Warenaustausches, Frieden II Wirtschaftliches, Baltenland Nr.4, Bd.3 (vgl. Hiden, The Baltic States, S.33) bzw. die Akten betr. Austauschgeschäfte Bd. 2 (65343), ebd., S.230, Anm.31.

[110] Hier musste eine Einsicht in den Nachlass Paul von Hintze (N 536) bislang offen bleiben, da zu dieser Einsichtnahme eine Genehmigung erforderlich war. Eine diesbezügliche Anfrage des Verfassers an die vom BAF genannte Adresse wurde bislang leider nicht beantwortet. Lt. Findbuch zu diesem Nachlass sind aber insbesondere die Bände 22, 26-32, 41, 55, 56, 69, 73, 75, 83, 84, 86, 88, 100, 106, 119 (Fotoalbum Peking), 120 (Fotoalbum Peking), 122 (Fotoalbum Tsingtau) und Bd.129-130 sowie Bd.156 und Bd.158 für die hier bearbeiteten Fragestellungen von z.T. größerem Interesse.

[111] Auf eine eigenständige, detaillierte Auswertung *publizistischer* Quellen konnte weitgehend verzichtet werden, weil in den Akten des Auswärtigen Amts, des Quai d´Orsay und des Foreign Office weitgehend alle für die hier bearbeiteten Fragen maßgeblichen Presseartikel bereits in direkter oder indirekter Form präsent sind - entweder durch die Einheftung des entsprechenden Zeitungsausschnitts im Original oder im Rahmen von Presseberichten. Siehe zur Auswertung der Publizistik überdies u.a. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.322f.; Müller, Russlandberichterstattung und Rapallopolitik; Marckwardt; für die russische Perspektive vgl. Grieser, Die Sowjetpresse, der insbesondere auf die Bedeutung der Izvestija und Pravda verweist, ebd., S.11f., sowie Scholz-Doutiné in Bezug auf die Hamburger Presselandschaft und den Beitrag von Asmuss im Hinblick auf die „Akzeptanz und Legitimation“ der Republik in der Tagespresse zwischen 1918 und 1923 insgesamt. Bournazel, Rapallo: Naissance d’un mythe, hat ebenfalls intensiv mit publizistischen Quellen gearbeitet. Siehe zu den ‚außenpolitischen’ Berichten der Ländervertretungen bzw. Gesandtschaften im übrigen die Studien von Höltje, Anhang, S.262 sowie mehrfach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22. Karl Dietrich Erdmann hat Materialien des Reichsfinanzministeriums im BAK ausgewertet, vgl. dazu auch Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.546.

[112] Politisch bedeutsame Teile des in Grünhaus bei Trier ‚beheimateten’ Nachlasses befinden sich zur Vorbereitung einer Edition bei Prof. Dr. Peter Krüger, Historisches Institut der Universität Marburg.

[113] Bei Krüger, „A Rainy Day“, S.51f. heißt es insofern, es sei bekannt, „that, up to now, nearly all important sources on the course of events that led to Rapallo can be traced back in one way or another to Maltzan.”

Marburger Dissertation die Auffassung, dass kein Anlass bestehen dürfte, an der grundlegenden „Glaubwürdigkeit“ dieser Aufzeichnungen Maltzans „zu zweifeln“[114]. Auch Theodor Schieder hatte 1967 die überragende Bedeutung dieser Quellen aus der Feder Maltzans markiert. Er trug allerdings vor, dass die von dem Ministerialdirektor „mit großer Überzeugungskraft“ vorgelegte „offiziöse Darstellung“ „die Hintergründe der Vorgänge manchmal mehr verschleiert als enthüllt und einige auffällige Unklarheiten“ enthalte.[115]

Mit dem seit den 1970er Jahre eingeleiteten Paradigmawechsel in der Rapallo-Forschung und der damit einhergehenden, harschen Negativdeutung des Vertrages wurde eine glaubhafte Aussagekraft dieser Ausführungen des deutschen Diplomaten dann weiter herabgemindert oder in ihrem Wert gänzlich herabgesetzt: Maltzans Bericht über die Geschehnisse erinnere, so führte Hermann Graml 1969 aus, in ihrer „raffinierten Mischung von Fakten und Fiktionen“ „wiederum an Kiderlen“, „etwa an dessen Rechtfertigung des ‚Pantherspruns nach Agadir’ in der Budgetkommission des Reichstags (17.11.1911).“[116] Hartmut Pogge von Strandmann fügte 1981 hinzu, “Maltzan, eager to make a good case for the German action, twisted the facts” und seine „accounts, which have formed the basis of the historiography about Rapallo for the last fifty years or so, seem too often incorrect”.[117] 1993 bezeichnete er die „später angefertigten Denkschriften“ Maltzans sogar allesamt als „apologetisch und unzuverlässig.“ Die in dieser „Verteidigungsschrift erschienene Version“ klinge viel „zu phantastisch, als das sie für bare Münze genommen werden könnte“. Sie sei, „da Maltzan auch noch Daten und Personen in seiner Schrift durcheinanderbringt“, für eine Deutung der „letzten Ereignisse vor Rapallo kaum noch brauchbar.“[118] Eva Ingeborg Fleischhauer fügt jüngst

---

[114] Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.201. Die in den Erinnerungen Rheinbabens angeführte Kurzversion Maltzans über die letzten Vorgänge vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages, die Maltzan dem Verfasser „erzählt und in die Feder diktiert“ haben soll, ist trotz oder gerade wegen der persönlichen Nähe Rheinbabens zu Maltzan quellenkritisch als sehr subjektive Erinnerung Rheinbabens einzuordnen, vgl. Rheinbaben, Viermal Deutschland, S.237f., gedruckt auch bei Gespräche mit Rathenau, S.358ff. Siehe zum Beitrag Rheinbabens zur Weimarer Außenpolitik auch Rheinbaben, Deutsche Ostpolitik in Locarno.

[115] Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.576f., hier S.577. Für die von Schieder nachfolgend durchgeführte Überprüfung „der Maltzanschen Bericht(e)“ ist heute eine viel breitere Quellenbasis verfügbar. Die sowjetische Geschichtsschreibung zog im Bemühen, eine „Überlegenheit“ der sowjetrussischen Diplomatie während der Konferenz von Genua zu belegen, die Darstellung Maltzans über die letzten Vorgänge vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages zum Teil ebenfalls in Zweifel, siehe z.B. Potjomkin, Bd.3, S.219f. Hier heißt es u.a.: „Kein Zweifel, dass Maltzahn [sic] den Vorgang etwas entstellt hat, um die Stellung der deutschen Delegation im günstigsten Lichte zu schildern und ihr doppelzüngiges Benehmen zu vertuschen. Er verschwieg, dass Rathenau, während er mit Tschitscherin Verhandlungen führte, nicht nur mit den Engländern Fühlung hielt, sondern auch der englischen Delegation insgeheim alles mitteilte, worüber mit den Russen gesprochen wurde. Maltzahn erzählte auch nichts davon, wie die Deutschen sich krümmten und wanden, bald die Verhandlungen abbrachen, bald voller Verzweiflung wieder zu Tschitscherin hinliefen, der ihnen ruhig zuredete, ihr Schwanken aufzugeben.“

[116] Vgl. stellvertretend für diese Interpretation der Aufzeichnungen Maltzans Graml, Europa zwischen den Kriegen, S.149.

[117] Pogge von Strandmann, Rapallo-Strategy in Preventive Diplomacy, S.132f.

[118] Pogge von Strandmann, Rapallo und die Legende, S.80f. Bei ebd., S.81f. heißt es u.a., die Angaben Maltzans für den Ostersonnabend bzgl. der Gerüchte über einen erfolgreichen Abschluss der alliierten Verhandlungen mit den Russen klängen „unwahrscheinlich“ und verstärkten „den Eindruck der Rechtfertigung der deutschen Sonderaktion“: „Insofern sind Maltzans später angefertigte Denkschriften apologetisch und unzuverlässig.“ Bei ebd., S.83f. heißt es schließlich, erst die „internationale Reaktion“ habe Maltzan veranlasst, „zu einem späteren Zeitpunkt zwei Memoranda auszuarbeiten, welche die deutsche Aktion verteidigen sollten.“ Dies berücksichtigt nicht, dass das kürzere „Memorandum“ Maltzans das Datum vom Ostermontag, 17. April 1922 trägt, also zu einem Zeitpunkt, als es noch gar keine internationale Reaktion auf den Vertrag gab, da dieser erst am Dienstag, den 18. April der internationalen Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Es heißt dann bei ebd. an gleicher Stelle dazu abschließend: „Beide Versionen [die Aufzeichnungen Maltzans über die letzten Vorgänge vor dem Abschluß des Rapallo-Vertrages, Anm.d.Verf.] tauchten später in der Literatur auf, so in den Memoiren Lord D’Abernons sowie in der Rathenau-Biographie von Graf Kessler. Auch in der wissenschaftlichen Literatur sind beide Versionen übernommen worden, ohne dass eine kritische Überprüfung des Wahrheitsgehaltes erfolgt ist. Insofern hat Maltzan die gewünschte Wirkung seiner Apologetik voll erreicht.“

hinzu, die Quelle erweise sich bei kritischer Prüfung als „widersprüchliche und nachweislich falsifizierende Darstellung des Geschehens.“[119]

Die Auseinandersetzung mit diesen Behauptungen wird in Kapitel IV. ausführlich geführt. Theodor Schieder hat 1967[120] die Rapallo-Darstellung durch den Ministerialdirektor im Ansatz zwar bereits einer Prüfung unterzogen. Diese blieb jedoch im Ganzen recht rudimentär und aufgrund mancher zeitlicher Sprünge teilweise recht unübersichtlich. Auch deshalb wird hier die wichtigste, „ausführliche“ Aufzeichnung Maltzans über die „letzten Vorgänge“ vor dem Vertragsabschluss der historiographischen Darstellung und Interpretation für jeden einzelnen Tag der ersten Woche der Konferenz von Genua in *kursiver* Form vorangestellt, in ihrem genauen Wortlaut offen gekennzeichnet und sodann Punkt für Punkt verifiziert bzw. falsifiziert.

Neben den Aufzeichnungen Maltzans über die letzten Tage vor der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages, deren Abfassungszeitpunkte von der Forschung zum Teil unzutreffend datiert wurden[121], liegen noch andere, ausführliche Begründungen vor, warum der Vertrag von Rapallo aus deutscher Sicht abgeschlossen wurde. Außer einer Gesamtchronik zum Verlauf der Konferenz von Genua existieren wenigstens zwei weitere Begründungen mit Denkschriftcharakter, die genauere Informationen dazu liefern und primär innenpolitisch ausgerichtet waren, um eine Ratifikation des Vertrages durch den Deutschen Reichstag nicht zu gefährden.[122]

Die sich von etwa Ende Mai bis Anfang Juli 1922 hinziehende Ratifikation des Vertrages im deutschen Parlament ist bis auf einige quellenimmanente Probleme[123] recht gut dokumentiert. Dies gilt trotz einiger Einschränkungen des Weiteren für die Quellenlage in Bezug auf die Tätigkeit Maltzans in der zweiten Jahreshälfte 1922. Die seit dem Herbst 1922 intensivierte Korrespondenz Maltzans mit dem seit dieser Zeit zum neuen deutschen Botschafter in Moskau ernannten Brockdorff-Rantzau[124] ermöglicht es, das Gesamtpanorama des Denkens und Handelns des

---

[119] Vgl. Fleischhauer, S.367 sowie S.395.

[120] Schieder, Die Entstehungsgeschichte.

[121] Zur Entlastung des vorliegenden Manuskripts wurde ein von dem Verfasser in dieser Hinsicht vorbereiteter Exkurs mit dem Titel „Zur quellenkritischen Datierung von Maltzans Aufzeichnungen über die letzten Vorgänge vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages“ ausgelagert und wird an anderer Stelle publiziert, vgl. bislang Laubach, Maltzans Aufzeichnungen. Auch Schölzel, S.356 geht fehl, wenn er der Ansicht ist, „beide Versionen dürften zwischen dem 17. und 19. April 1922 verfaßt worden sein.“ Die „Langfassung“ ist erst nach dem 22.5.1922 in der in den ADAP gedruckten, von Maltzan überarbeiteten Form entstanden.

[122] Zum einen ist eine Aufzeichnung von etwa Anfang Mai 1922 zu erwähnen, die in systematischer Weise zu den verschiedenen Vorwürfen und Protesten gegen „Rapallo“ Stellung bezog. Dieses Dokument trägt auf der nachfolgenden, noch zur Vorlage gehörenden Seite verschiedene handschriftliche Bemerkungen Maltzans, die kein genaues Datum tragen, vgl. PA, R 28206 (D 739092-99). Die Vorlage trägt am rechten Rand auf der ersten Seite eine Paraphe, die von Rathenau stammen könnte. Aus dem Zusammenhang ergibt sich, dass sie vor dem 8. Mai 1922 entstanden ist. Es ist zudem davon auszugehen, dass damit diejenige Stellungnahme gemeint war, die nachfolgend als „ausführliche Unterlage“ bezeichnet wurde. Darüber hinaus findet sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts eine zusammenfassende Stellungnahme zur Begründung des Vertragsabschlusses, die zeitlich in maßgebliche Gesichtspunkte der Russland-politischen Entwicklung „vor Genua“, „während Genua“ und „nach Genua“ eingeteilt ist, ebd., R 23688 (L096147-51). Die Vorlage ist undatiert und ungezeichnet. Nach einem hschr. Vermerk fehlt der Schluss der Aufzeichnung. Eine vollständige Abschrift der Vorlage findet sich auch bei QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10. Diese „Rapallo-Begründung“ wird in zeitlicher Hinsicht somit zuletzt erstellt worden sein, da hier bei den Ausführungen die bereits genannten anderen Stellungnahmen Erwähnung finden, PA, R 23688 (L 096150).

[123] Zwischen Mai und Juni 1922 sind in der Geheimakte ebd., R 31490k/31491k zahlreiche Dokumente stark beschädigt bzw. weggerissen, teilweise ist nur Maltzan mit seiner Paraphe bzw. Unterschrift erkennbar, so z.B. bei ebd., R 31490k/31491k (K 096442) mit Verweis zu IV Ru 6841/22.

[124] Zu Brockdorff-Rantzau (1869-1928) siehe insbesondere die Arbeiten von Scheidemann; Haupts und Wengst sowie Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd.1, S.291f. mwN., zu seiner Mission in Moskau vgl. Helbig, Die Moskauer Mission. Zum deutschen Botschafterposten in Moskau siehe Joost; zeitübergreifend Ruland.

Ministerialdirektors im Kontext der außen- und innenpolitischen Gesamtentwicklung in noch verbesserter Weise nachzuvollziehen. Auch insoweit kann nachfolgend über die Gründe und Motive für die Entscheidungen der frühen Weimarer Russlandpolitik in der Zeit „vor, in und nach Rapallo“ erstmals weithin umfassend informiert werden.

I. Der junge Diplomat

1. Herkunft und Ausbildung

In seiner Gedenkrede für den verstorbenen deutschen Botschafter in Washington am 5. Oktober 1927 betonte Gustav Stresemann, der Diplomat Maltzan habe „jene aus dem Elternhause stammende glückliche Mischung adligen und bürgerlichen Blutes der Eltern“ auf sich vereint, der es gelungen sei, „das Bodenständige [...] mit dem Vorwärtsschreitenden“ zu verbinden und eine „Synthese der Vergangenheit und der Gegenwart“ zu schaffen.[125] Einige Nachrufe sprachen von einer „mecklenburgischen Ursprünglichkeit und Unbekümmertheit“, die Maltzan zeit seines Lebens an den Tag gelegt habe.[126]

Der Name „Maltza(h)n“ steht in der deutschen Adelsgeschichte für eine jahrhundertealte Familientradition. Seit 1194 sind mit Bernhardus de Mulson, bischöflich ratzeburgischer Lehensträger, die ursprünglichen Wurzeln der Familie urkundlich nachweisbar. Mit Ludolf (1256-1283), Burgmann zu Gadebusch, beginnt die Stammreihe der Familie, die einundzwanzig Häuser und siebzehn Linien zählt und dessen mecklenburgische Linie 1530 den Titel des Freiherrn zu Wartenberg und Penzlin erhielt. Die Geschichte der Familie „Maltza(h)n“ ist insbesondere für die Zeit bis etwa 1914 erschlossen und gepflegt worden.[127] Die politisch tätigen Persönlichkeiten, die sie hervorbrachte, waren so verschieden, wie die Zeit und das Jahrhundert, in dem sie lebten.

Aus diesem weitgespannten familienhistorischen Panorama, das von „drei Maltza(h)nschen Gesandten Friedrichs des Großen“[128] bis zu Resistenzaktivitäten in der Zeit des Nationalsozialismus[129] und zu Vollrath von Maltzan, dem zweiten Botschafter Adenauers in Paris[130],

---

[125] Stresemann, Botschafter Ago von Maltzan zum Gedenken, S.577. Stresemann betonte des Weiteren, eben diese Vereinigung von Tradition und Fortschritt werde „immer das Glücklichste sein für ein Volk, das innerlich so zur Zerrissenheit neigt wie das deutsche“, ebd. Siehe dazu auch Walsdorff, S.44.
Gustav Stresemann soll von sich selbst einmal gesagt haben: „Ich wollte Brücke sein zwischen dem altem und neuem Deutschland”, zit. nach Baumgart, Stresemann und England, S.14, Anm.4.

[126] Vgl. z.B. Tägliche Rundschau nach dem Fränkischer Kurier 24.9.1927 sowie Kreuzzeitung, 27.9.1927, Ausschnitte bei PA, Personalakten Maltzan, Bd. „Zeitungsartikel und Bilder 1927“.

[127] Siehe dazu u.a. Die Maltza(h)n; Biereye; Schmidt, Geschichte des Geschlechts von Maltzahn und Maltzan; Lisch, Urkundensammlung zur Geschichte des Geschlechts von Maltzan sowie den umfangreichen Nachlass des Archivars und Historikers G.C.F. Lisch (1801-1883), Schwerin, NL Lisch (mit einem Online-Findbuch bei www.landeshauptarchiv-schwerin.de); Bieneck-Küster; Berthold; Maltzan, Christan von; vgl. auch Spruth, S.331. Zur Forschung über den deutschen Adel allgemein vgl. für die Weimarer Zeit insbesondere Malinowski sowie zeitlich übergreifender Wehler, Europäischer Adel 1750-1950; Hoyningen-Huene.

[128] Maltzahn, Drei Maltza(h)n’sche Gesandte Friedrichs des Großen.

[129] Maltzan, Maria Gräfin von, Schlage die Trommel und fürchte Dich nicht.

[130] Zum späteren Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium Vollrath von Maltzan (1899-1967) vgl. stellvertretend die entsprechenden Einträge im Register bei Heuss, Tagebuchbriefe. Vollrath von Maltzan wurde von 1955 bis 1958 deutscher Botschafter in Paris als Nachfolger von Wilhelm Hausenstein. In der Presse fand sich bei seiner Ernennung vereinzelt auch die Erinnerung an Ago v. Maltzan (z.B. Kölner Stadtanzeiger vom 26.1.1955, Le Monde, 20.1.1955), Ausschnitte in: QPH, NL Vollrath von Maltzan, Verschiedenes; siehe dazu auch: Der Abend, 10.2.1955, AdsD, Sammlung Personalia M (Maltza-Manc).
Vollrath von Maltzan war offenbar einer der ersten, die die Nachricht vom Flugzeugabsturz Ago von Maltzans Stresemann in Genf zu übermitteln hatten, vgl. 8 Uhr Abendblatt, 23.9.1927, Ausschnitt in: PA, Personalakten Maltzan, Bd. Zeitungsartikel und Bilder 1927. Wie eine kleine Ausstellung in den Archives du Quai d´Orsay anlässlich des 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages anhand von Originaldokumenten zeigte, war Vollrath von Maltzan u.a. an einem wichtigen Ausgangspunkt der politischen Gespräche beteiligt, die 1963 zum Elysée-Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland führen sollten, vgl. auch Lappenküper, u.a. S.831f.; zum aktuellen Stand der Forschung über den Elysée-Vertrag vgl. den Tagungsbericht von Ulrich Pfeil vom 9.2.2003 bei http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte.

reicht, mag hervorzuheben sein, dass ein Bruder von Ago von Maltzans Ur-Großvater, Landmarschall und Reichsfreiherr Ferdinand von Maltzan (1778-1868), aus Anlass des dritten Jahrestages der Völkerschlacht bei Leipzig am 18. Oktober 1816 auf seinen Gütern und erstmals in Mecklenburg die Leibeigenschaft aufhob. Zwar ist die Frage, ob dies „freiwillig“ und im Widerspruch zu vielen der eigenen Standesgenossen geschah, ebenso nicht ganz zuverlässig aufzuklären wie die persönlichen, politischen oder wirtschaftlichen Handlungsmotive des angeblich progressiven Gutsherrn, zumal die diesbezüglichen Vermutungen von „wirtschaftlicher Aufgeschlossenheit“ und erhöhter gutswirtschaftlicher Renditeerwartung bis hin zu einer Mischung aus religiösen und vaterländischen Verantwortungsgefühlen im Sinne der demokratischen Forderungen des Vormärz reichen. Vertraut man jedoch den familienhistorischen Stimmen[131], die sich trotz der schwierigen Quellenlage nachdrücklich um eine positive Darstellung dieses Vorgangs bemühen, so hatte hier ein Mitglied der Familie Maltza(h)n zumindest einen ersten „Schuss ins Bebelsche“ vorgenommen - um den bekannten Ausspruch von Woldemar in Theodor Fontanes Roman „Der Stechlin“ an dieser Stelle einmal zeitlich recht weit vorzudatieren.

Neben dem Diplomaten Ago von Maltzan waren die in der politisch wie ideologisch bewegten Weimarer Zeit öffentlich engagierten Persönlichkeiten aus der Familie in ihrer politischen Ausrichtung sehr verschieden.[132] Vielleicht war es jedoch nicht zuletzt ein Stück weit das von Ferdinand von Maltzan 1816 vorgebene, progressive Element aus einer insgesamt aber eher als streng-konservativ zu bezeichnenden Familientradition, die Ago von Maltzan später veranlassen sollte, einem „angenehmen und einträglichen Herren(leben)“ eine gewisse Portion Verächtlichkeit entgegenzubringen.[133]

Gesichert ist diese innere familienhistoriographische Verbindungslinie allerdings keineswegs. Denn in den vorliegenden Quellen finden sich nur wenige Angaben über das Herkunfts- und Traditionsbewusstsein Maltzans. Paul Scheffer behauptet zwar, der Diplomat habe einmal geäußert, er sei „ohne Prestige“ geboren worden. Allerdings wies er ihm zugleich auch „Würde in hohem Grade“ zu – eine Grundhaltung, die Maltzan nicht nur in Bezug auf die eigene Person, sondern insbesondere in dem von ihm gewählten Beruf selbstverständlich gewesen sei.[134] Maltzan selbst betonte hingegen zuweilen aber lediglich, dass er „Schweriner und nicht Strelitzer“ sei und dass er in seiner „doppelten Eigenschaft als deutscher Botschafter und A(g)rarier“ durchaus auch für sein

---

[131] Siehe dazu Schmidt, Geschichte (1926), S.202; Maltzan, Christian von, S.99. Zur Ehrung Ferdinand von Maltzans aus Anlaß des 175. Jahrestages der Aufhebung der Leibeigenschaft in Mecklenburg wurde am 19. Oktober 1991 in der Kirche zu Penzlin eine Gedenkfeier abgehalten; vgl. dazu Nordkurier Neubrandenburg, 21.10.1991 bzw. Wochenendkurier v. 19.10.1991. Siehe dazu auch die Rede Albrecht Frhr. Von Maltzans vom 19.10.1991 in der Penzliner Kirche, das als unveröffentlichtes Manuskript dem Verfasser vorliegt. Das 1916 errichtete Denkmal auf dem Mühlberg bei Penzlin konnte 1991 restauriert werden, vgl. Nolden, S.86ff.

[132] Zu Hans Jaspar von Maltzahn (1829-1929), dem Stresemann im Zentralvorstand der DVP im Oktober 1926 für dessen Vertrauen als Mitglied des Staatsrats im Jahre 1923 dankte, vgl. Nationalliberalismus in der Weimarer Republik, 2. Halbband, Nr.64, hier S.702 mit Anm.106. Zum Schlosser und Vorsitzenden der Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins Heinrich von Maltzahn (USPD bzw. „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“) (1884-1957) vgl. Handbuch für das Deutsche Reich 1922, S.6, S.23; Schumacher, M.d.R., Nr. 979, Französische Diplomatenberichte, Bd.1, S. 952 und Helfferich, Reichstagsreden 1920-1922, S.306 (Rede vom 23. Juni 1922, einen Tag vor der Ermordung Rathenaus), Gustav Stresemann, Reichstagsreden, S.162f., S.185. Zum Präsidenten des Deutschen Seefischereivereins, „Freiherr von Maltzahn, Berlin“, vgl. Handbuch für das Deutsche Reich 1922, S.249.

[133] Maltzan an AA, Nr.9, 13.9.1919, PA, R 21801, gedruckt als ADAP A II Nr.171, S.304-307.

[134] Zit. nach Margret Boveri im Vorwort zu Scheffer, Augenzeuge, S.18.

„liebes altes Mecklenburg“ wirken wolle. Ebenso die Teilnahme an dem bis in die heutige Gegenwart fortgeführten „Maltza(h)nschen Familientag“ war ihm offenbar selbstverständlich.[135]
In genealogischer Hinsicht stammte Ago von Maltzan aus dem Hause „Großen Luckow“. Sein Großvater Adolf (1809-1891), der zeitweise das Amt eines Vizelandmarschalls des Fürstentums Wenden bekleidete, erbte 1835 dort einen Gutshof, der sich aus heutiger Sicht zwischen Dahmen und Vollrathsruhe in Mecklenburg-Vorpommern befindet.[136] Ago von Maltzans Vater, Ulrich Karl Bernhard (1846-1931), war nach seinem Militärdienst im großherzoglichen Marstall in Schwerin als Stalljunker tätig gewesen, hatte am Krieg 1870/71 teilgenommen und am 30. Mai 1876 die in Wiesau/ Schlesien geborene Bürgerliche jüdischer Abstammung Adelheid Bierbaum, Tochter „des Gutsbesitzers Hermann Bierbaum auf Rosnowa“[137] in der Provinz Posen, geheiratet. Als erster Sohn aus dieser Ehe wurde am 31. Juli 1877 in Klein Varchow der spätere Ministerialdirektor, Staatssekretär und Botschafter in Washington geboren, der damit zu den Jahrgängen zwischen 1875 und 1880 gehörte, die insbesondere das Schicksal der Weimarer Republik in einem entscheidenden Maße mitprägen bzw. mittragen sollten. Das Kürzel „Ago“, so heißt es in einem handgeschriebenen Lebenslauf Maltzans zur Bewerbung für den kaiserlichen auswärtigen Dienst, setze sich aus den ersten drei Buchstaben seiner Einzelvornamen „Adolf Georg Otto“ zusammen. Damit sei es Maltzan möglich gewesen, so referierte dieser selbst, sich von seinen zahlreichen Cousins, die ähnliche Vornamen trugen, in einfacher Weise zu unterscheiden.[138]
Über die Kindheit Ago von Maltzans sind kaum Zeugnisse überliefert.[139] Die Familie siedelte 1892/93 nach dem Tode des Großvaters auf den Erbbesitz nach Großen Luckow über.[140] Nach seinem Lebenslauf erhielt der junge Gutsherrnsohn wie seine später geborenen drei Geschwister zunächst Unterricht von privaten Hauslehrern. Für den Gymnasialunterricht besuchte er hingegen vom Herbst 1890 bis Ostern 1896 das „Katharineum“ in Lübeck, eine traditionelle und renommierte Schulinstitution, die auch schon sein Vater besucht hatte.[141]

---

[135] Maltzan an Cronau, 10.2.1926, PA, NL Maltzan, Bd. Anh.1. Zur Krise der ländlichen Gesellschaft in Mecklenburg in der Weimarer Zeit vgl. Hempe. In einer geheimen Aufzeichnung bat Maltzan am 7. Oktober 1910 darum, ihn am „Sonnabend von 12 Uhr ab zwecks Teilnahme an dem hier stattfindenden Maltzanschen Familientage vom Dienst zu dispensieren“, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2.
[136] Vgl. Maltzahn, Wanderungen, S.28f. Der massive, z.T. im Tudorstil gefertigte Bau des Gebäudes soll demnach im Herbst 1843 vollendet und mit ausgedehnten Gartenanlagen umgeben worden sein.
[137] Schmidt, Geschichte, S.259.
[138] Lebenslauf für die Bewerbung zum auswärtigen Dienst in englischer und französischer Sprache, PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 010, 013f.
[139] Die später in einigen Privatbriefen und Tagebucheinträgen v.a. aus der Zeit Maltzans in China (1912-1917) hervortretende Zuneigung Ago von Maltzans zur Natur, zur Jagd und zur Reitkunst mag in seiner ländlicher Kindheit Ursprünge gehabt haben. Nachweisbar ist auch eine innere Verbundenheit Maltzans mit der Insel Helgoland, die offenbar seit frühester Jugend bestand. Siehe dazu u.a. Peking 1914-1917, S.7, S.8; Edith von Maltzan an Gruson, 4.5. 1915, ebd. S.96; Edith von Maltzan an Gruson, 13.12.1915, ebd. S.124; Ago von Maltzan an Gruson, 10.4.1916, ebd. S.142; Edith von Maltzan an Gruson, Montag, 20. und 23.9.1916, ebd. S.161; Ago v. Maltzan an Gruson, 30.12.1916, ebd., S.173f.
Zur Verbundenheit mit Helgoland vgl. auch Maltzan an Landrat Etzel, 17.11.1925, PA NL Maltzan, Bd. Anh.1. Bei ebd. heißt es u.a.: „Die Insel Helgoland ist quasi mit meiner Familie verwachsen. Schon mein Großvater hat im Jahre 1832 auf einem Segelschiff mit meiner Großmutter seinen ersten Kuraufenthalt dort genommen. Mein Vater war im Jahre 1876 mit meiner verstorbenen Mutter zum ersten Mal dort Kurgast und ich im Jahre 1885, als Helgoland noch englisch war und ich meine ersten englischen Brocken gelernt habe.“, vgl. auch Maltzan (Partenkirchen) an Landrat Etzel, 4.8.1926, ebd. In Helgoland soll nach 1927 zwischenzeitlich eine Gedenkplatte für Ago von Maltzan errichtet worden sein.
[140] Peking 1914-1917, S.7; Schmidt, Geschichte, S.249-259.
[141] Im Stadtarchiv Lübeck finden sich u.a. die Themen für die am 26. und 27. März 1896 durchgeführte Reifeprüfung, v.a. die gestellten Aufsätze im Fach Deutsch, AHL, LX 610, Programme des Katharineums 1891-1900. Maltzans Schulnoten lagen lt. verschiedener Klassenzeugnisse im Bereich von 2-3 und 2-1, während z.B. Thomas Mann in der Parallelklasse fast durchgängig eine „2-3“ zugeschrieben wurde, ebd. Über den nachfolgenden beruflichen Weg der Abiturienten führte

Nach dem Abschluss des Abiturs immatrikulierte sich Maltzan zum Sommersemester 1896 an der Universität Bonn im Fachbereich Rechtswissenschaft.[142] Wie sein Vater absolvierte er - offenbar teilweise parallel zum Studium - vom 1. Oktober 1896 bis zum 1. Oktober 1897 den Militärdienst beim ebenfalls dem in Bonn stationierten Husarenregiment. Darüber hinaus wurde er aktives Mitglied im so genannten „weißen" kaiserlichen Studentenkorps, der „Borussia zu Bonn", wobei ihm ein „Biographisches Corpsalbum" in den Jahren 1896 bis 1898 ein herausgehobenes Engagement mit Leitungsfunktionen zuwies. Im Juni 1897 wurde der Student Maltzan dem Kaiser bei dessen Besuch in Bonn als einer der führenden Delegierten der Bonner Borussen vorgestellt.[143]

Für Maltzans konkrete Rolle bei der Borussia liegen im Urteil gefärbte Äußerungen vor, sowohl in negativer wie in positiver Ausrichtung: Harry Graf Kessler unterstellte dem Korpsstudenten Maltzan im Nachhinein artifizielle, überhöfliche Züge. Dagegen berichtet der Journalist Erich von Salzmann in seinem Nachruf über Studien- und Regimentskameraden Maltzans, die sich erinnert hätten, „wie sich der intelligente, jugendliche M(altzan), der Witz und Geist in hohem Maße hatte, unter den Gleichaltrigen benommen" habe. Schon damals habe Maltzan eine „starke Neigung zum Zynismus" an den Tag gelegt.[144]

Nachweisbar ist, dass Maltzan sich auch in späteren beruflichen Dienstjahren „alten landsmannschaftlichen Traditionen" verbunden zeigte, allerdings nicht in einer anmaßenden oder missbräuchlichen Haltung.[145] Vielmehr verstand es der spätere Staatssekretär im Auswärtigen Amt durchaus ausgewogen, Vorwürfe zu widerlegen, die Führung in der Wilhelmstraße habe bei ihrer Einstellungspolitik bewusst eine Überproportionalisierung von Beamten mit einem derartigen studentischen Korpshintergrund zugelassen. Gegenüber der damit verbundenen Kritik des „Vorwärts" an der Führung des Auswärtigen Amts setzte Maltzan sich jedenfalls durchaus überzeugend und mit Erfolg zur Wehr, wobei er weder das Überlieferte noch das Progressive grundsätzlich zu sanktionieren oder zu prämieren schien:

> „Aus eigener Kenntnis der Verhältnisse werden Sie überzeugt sein, dass heutzutage ein Corpsstudent, der im öffentlichen Dienste steht, genau wie jeder andere Staatsbürger seine Schuldigkeit tut und der Neugestaltung und Weiterentwicklung seines Vaterlandes volles Verständnis entgegenbringt."[146]

---

das Katharineum Buch. Es existiert ein Verzeichnis von ehemaligen Schülern, „die im späteren Leben eine hervorragende Stellung eingenommen" haben. Hier werden u.a. Theodor Storm, Kurt von Schlözer sowie Heinrich und Thomas Mann aufgelistet. Auch der weitere Werdegang Ago von Maltzans wurde bis zu seinem Eintritt in das Auswärtige Amt festgehalten, vgl. Genzken, S.74; Eschenburg, Das Katharineum, bei AHL, LX 614/15. Am 16. September 1917 wurde Maltzan vom „Senat der freien und Hansestadt Lübeck" das Hanseatenkreuz verliehen, vgl. Maltzan an Hertling, 20.8.1918, PA, Personalakten Maltzan Bd.2, 183. Zu Thomas Mann und das Katharineum vgl. FAZ, 16.2.2002, S.53.

[142] In Maltzans Studienbuch sind neben rechtswissenschaftlichen Vorlesungen und Seminaren auch staats- bzw. im heutigen Sinne politikwissenschaftliche sowie agrarwirtschaftliche Vorlesungen eingetragen worden, vgl. Uni-BN, Amtl. Personalverzeichnis der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Sommer-Halbjahr 1896: Immatrikulation Maltzans am 29.4.1896; Exmatrikulation am 26.3.1898. Maltzan betonte später in seinem Lebenslauf zum Auswärtigen Dienst, er habe „sur les conseils du curateur, Exzellenz von Rothenburg" auch Studienveranstaltungen der Nationalökonomie und der Wirtschaftspolitik besucht, Personalakten Maltzan, Bd. 1, 010f. Zur Geschichte der Universität Bonn vgl. stellvertretend Braubach mit weiteren Literaturangaben.

[143] PA, Personalakten Maltzan, Bd. 1, 010f., 014. Siehe zum Bonner Husarenregiment später auch einen Bericht Maltzans über das Leben eines brasilianischen Rekruten in diesem Regiment, Maltzan an Bülow, 15.2.1909, ebd., R 16546. Zur geschichtlichen Entwicklung des „Bonner Corps" vgl. Gerhardt (1926), ansonsten Devens.

[144] Vgl. Grupp, Harry Graf Kessler, S.265f., Anm.72; Salzmann, Maltzan (1929), S.206.

[145] Maltzan an Ahrens, 7.6.1926, PA, NL Maltzan, Bd. Anh.1. Siehe zum ‚Korpsgeist' Maltzans u.a. auch dessen Brief an Brockdorff-Rantzau vom 10.3.1923, NL Brockdorff-Rantzau, Az.40 (H 224846-51).

[146] Maltzan an den Chefredakteur des „Vorwärts", Friedrich Stampfer, 3.4.1923, ADAP A VII, Nr.176, vgl. auch Krüger, Struktur, S.124, Anm.45. Zur trotzig anmutenden Antwort Stampfers siehe dessen Schreiben an Maltzan vom 4. April 1923, ADAP A VII, Nr.176, Anm.3. Siehe zu den Vorwürfen einer überproportionalen Aufnahme von Corpsstudenten in

Ob diese nachträgliche Herabminderung der mit dem Corps- und Burschenschaftswesen zweifellos einhergehenden persönlichen Netzwerke auch in der Kaiserzeit der Ansicht des Bonner Studenten Maltzan entsprochen hätte, mag allerdings eher zu bezweifeln sein. Vielmehr liegt es nahe, dass sich dieser von seinem Engagement bei den Bonner Borussen natürlich ganz bewusst verbesserte Einstellungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, insbesondere im öffentlichen Dienst, versprach.

Mit Datum vom 26. März 1898 wurde Maltzan an der Universität Bonn exmatrikuliert. Über die Zeit unmittelbar danach macht der von ihm selbst erstellte Lebenslauf bis zum 8. Oktober 1898, als Maltzan in das Erste Grossherzöglich-Mecklenburgische Dragoner Regiment Nr.17 in Ludwigslust eintrat, keine genaueren Angaben. Fest steht, dass Maltzan das juristische Studium an der Universität Breslau fortsetzte und dieses am 12. November 1900 mit dem Referendarexamen abschloss.[147] Für die nachfolgende Zeit als Rechtsreferendar leistete er dann am 30. Januar 1901 am Amtsgericht Peiskutscham einen Eid auf die Verfassung und trat auf eigenen Wunsch seinen Dienst am Amtsgericht in Köpenik an, angeblich auch „in order to have the opportunity of perfecting myself through private lessons in Berlin in the French and English languages.“[148]

Maltzans Personalakten weisen weiter aus, dass er sich laut einer Notiz von Ende November 1901 zu diesem Zeitpunkt schon zum zweiten Mal beim Auswärtigen Amt vorstellte und dabei einen „intelligenten und geeigneten Eindruck“ hinterließ.[149] Der zuständige Referent vermerkte zudem, dass Maltzan erklärt habe, über die „erforderlichen“ finanziellen „Mittel“ für einen Eintritt in das Auswärtige Amt zu verfügen, jedoch zunächst noch sein Assessorexamen absolvieren wolle. Der Berufswunsch, Diplomat zu werden, muss daher bei Maltzan schon spätestens seit dem Antritt seiner Tätigkeit als Referendar vorhanden gewesen sein.

Vom 30. Januar 1901 bis zum 1. August 1905 absolvierte Maltzan „den vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst, und zwar bei den Amtsgerichten Peiskutscham, Köpenick und Breslau, anschließend bei verschiedenen Rechtsanwälten und einem Notar in Breslau sowie beim Land- und Oberlandesgericht und bei der Staatsanwaltschaft, ebenfalls in Breslau. Für den Abschluss seines zweiten Examens soll er allerdings länger gebraucht haben, als es damals allgemein üblich war.[150] Ob dies zumindest zum Teil an der bei den dortigen Behörden angeblich vorherrschenden Atmosphäre missgünstigen menschlichen Kleinmuts gelegen haben mag, die Maltzan, wie Erich von

---

den auswärtigen Dienst u.a. auch die Aufzeichnung Sthamers von 8. Februar 1926, verfilmt im PA unter K 652/K 170 907-08.

[147] PA, Personalakten Maltzan Bd.1, 014 (Lebenslauf in englischer Sprache). Dort sei er als „Secondlieutnant der Reserve“ eingetreten, um später mit dem Dienstgrad eines Rittmeisters der Reserve diese Dienstzeit zu beenden, Peking 1914-1917, S.8. Im französischen Lebenslauf wird von Maltzan für den Tag des Referendarexamens der 15. November 1900 angegeben, PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 011. Unklar bleibt bislang, ob Maltzan promoviert hat oder nicht. Auf einer Visitenkarte, die einer Notiz des Auswärtigen Amts vom 27. November 1901 beigeheftet ist, findet sich die Bezeichnung „Leut. d. R. im 1. Grossherz. Mecklbg. Drg. Reg. 17, Dr. iur. u. Referendar“, PA, Personalakten Maltzan Bd.1, 1901-1909, 004. Später wird Maltzans Name in den offiziellen Dokumenten und Schreiben des Auswärtigen Amts allerdings nicht mehr mit diesem Doktortitel geführt.

[148] PA, Personalakten Maltzan Bd.1, 1901-1909, 014f.

[149] Aufz. AA, 31.10.1906, PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 005; siehe auch eine Notiz zu Maltzans Visitenkarte bei ebd., 004 vom 27.11.1901.

[150] Einstellungsfragebogen des Auswärtigen Amts, bei ebd. Über die von Maltzan absolvierten Dienstzeiten liegt eine detailbezogene Aufzeichnung des Auswärtigen Amts aus dem Jahre 1921 vor, die bei der zuvor von Maltzan erbetenen (G.A. Maltzan, 7.9.1921, ebd., Personalakten Maltzan/GA, Bd.2, 187) Bestimmung seines Besoldungsdienstalters bzw. der Besoldungsgruppe kritisch bemerkte, dass Maltzan bereits am 28. Oktober 1905 „der Justizprüfungskommission zur Prüfung überwiesen“ worden sei und durchaus zeitlich in der Lage gewesen sein könnte „die grosse Staatsprüfung um 13 Monate () früher al(s) geschehen, also am 15. August 1905 ab(zu)lege(n)“, Aufz. mit nicht identifizierter Unterschrift, 8.9.1921, ebd., 190f.

Salzmann im Nachhinein berichtet, im Rückblick mit einem „gewissen Sarkasmus“ bedachte, lässt sich anhand anderweitiger Quellen nicht stützen.[151] Am 27. September 1906 bestand Maltzan jedenfalls das Assessorexamen, nach dem er zuvor am 27. März 1906 zum „jugde lateral“ bzw. „assesseur“ ernannt worden war.[152]

Die frühe berufliche Kontaktaufnahme mit dem Auswärtigen Amt zahlte sich offenbar aus: Bereits am 4. November 1906 wurde Maltzan vom Präsidenten des Oberlandsgerichtes in Breslau informiert, dass er als Anwärter für den diplomatischen Dienst zugelassen worden sei. In Beantwortung eines diesbezüglichen Erlasses vom 4. November 1906 überreichte er am 13. November im Rahmen dieser Anwärterschaft dem Auswärtigen Amt einen ausgefüllten Fragebogen und zwei handgeschriebene Lebensläufe in englischer und in französischer Sprache.[153] Am 1. Dezember 1906 trat Maltzan dann im Alter von 29 Jahren seinen Dienst in der Wilhelmstraße in Berlin an. Die nachfolgende Tätigkeit im Auswärtigen Amt erfolgte zunächst für drei Monate ‚auf Probe‘[154]. Im weiteren Verlauf waren noch diplomatische Prüfungen zu bestehen. Eine strukturierte Attachéausbildung gab es nicht, stattdessen die unmittelbare Konfrontation mit der beruflichen Praxis.

Ago von Maltzan ist als ein klassischer Kandidat für den Einstieg in den kaiserlichen auswärtigen Dienst zu bezeichnen. Er erfüllte bei seiner Bewerbung[155] die Qualifikationsanforderungen und Zugangskriterien[156] in besonderem Maße, sowohl vor dem Hintergrund seiner sozialen Provenienz als auch im Hinblick auf seine rechtswissenschaftliche Studienausbildung, seinen militärischen Dienst in anerkannten Regimentern und sein Engagement in einem renommierten Studentenkorps. Fest integriert in die gesellschaftliche Oberschicht des deutschen Kaiserreiches hat er in seiner Jugend- und Studienzeit die „normale Entwicklungsreihe des jungen Aristokraten der wilhelminischen Periode“ durchlaufen.[157] Quellenzeugnisse, die modifizierende Schlussfolgerungen nach sich ziehen könnten, liegen nicht vor.

---

[151] Salzmann, Maltzan (1929), S.206. Zum Journalisten Erich von Salzmann vgl. dessen ausführliche politische Briefe an Brockdorff-Rantzau in der Akte PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.11.

[152] In seinem französischen Lebenslauf leitet Ago v. Maltzan das zeitlich früher liegende Datum mit „ensuite“ ein, PA, Personalakten Maltzan Bd.1, 012.

[153] Ebd., 018.

[154] Ebd. unter Punkt 3).

[155] Vgl. dazu die Bewerbung Maltzans mit Anlagen bei ebd., 009ff.

[156] Siehe dazu ausführlicher z.B. Philippi, S.56, S.71; Doß, Köster, S.110; Cecil, The German Diplomatic Service, S.21ff; S.58ff. sowie ders., Der diplomatische Dienst im kaiserlichen Deutschland.

[157] Salzmann, Maltzan (1929), S.205f. Bei PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 015 heißt es in dem in englischer Sprache verfassten hschr. Lebenslauf u.a. auch: „On the occasion of the marriage festivities of His Royal Highness, the Grand-Duke of Saxony, who had continued to take a gracious interest in me ever since our student days (,) spent together, I was distinguished by being invested with the Order of the White Falcon and with the Schaumburg Princely Cross of Honour IV class.“

Zur Genealogie Ago von Maltzans[158]

Stamm A (Maltzahn) I. Linie (Cummerow) II. Linie (Sarow)
Stamm B (Maltzan) I. Linie (Militsch) II. Linie (Penzlin)
|
Stammvater:
Frhr. Johann Bernhard (1597-1667)
3. Ast 2. Ast 1. Ast

Hans-Heinrich von Maltzan
Frhr. zu Wartenberg und Penzlin (1640-1706)
|
Otto-Julius von Maltzan
Frhr. zu Wartenberg und Penzlin (1697-1745)
|
Joseph Christian Heinrich von Maltzan,
Frhr. zu Wartenberg und Penzlin (1735-1805)
|
Nikolaus Friedrich Rudolf v. Maltzan
Frhr. zu Wartenberg und Penzlin (1783-1864)

|

Adolf Albrecht August Helmuth (1809-1891) | Johann B. | Friedr. Carl Ernst | Wilh. J. Ludwig | Vollrath Levin (1838-1904) | Dr. iur. Vollrath von Maltzan (1899-1967)[159]

1. Ehe: Luise von Treuenfels (1819-1858) 2. Ehe: Elisabeth von Bülow (1836-1911)
|
Ernst Friedrich | Ulrich Carl Bernhard (25.8.1846 - 4.4.1931) | Gottlieb Friedrich
|
Adelheid Bierbaum
(29.4.1857-10.8.1924)
Tochter von Hermann Bierbaum, Baron auf Rosnowo, später auf Wiesau (bei Glogau in Schlesien) & Maria v. Bötticher

|

<u>Adolf Georg Otto (Ago)</u>
<u>Freiherr zu Wartenberg & Penzlin</u> (31.7.1877 - 23.9.1927) | Margarethe (1880-1961) | Ursula Marianne (1881-1967) | Ulrich[160] (1885-30.4.1945) Erbfeldmarshall zu Wenden
|
Heirat in Magdeburg
am 4.4.1914 mit Edith Gruson (1.2.1886-11.10.1976)
|
Edith Carola (geb. am 6.10.1919 in Magdeburg)

---

[158] Zusammengestellt nach GHdA Bd.59, IX (1975) Freih. Häuser. Literatur: GHdA, Grf. Häuser A, VI (1970), freiherrliche Häuser II (1956); Deutsches Geschlechter Buch, Bd.39, S.411; Angaben ansonsten nach Lisch, Schmidt, Biereye sowie nach einer unveröffentlichten „Ahnentafel“ Ago von Maltzans, die dem Verfasser freundlicher Weise von Christian Freiherr von Maltzan (Schüttorf) zur Verfügung gestellt wurde.
[159] Deutscher Botschafter in Paris (1956-59).
[160] Vgl. dazu Abschrift A 3282 vom 27.11.1918, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 187f.

2. Erste Auslandsposten in Brasilien und Norwegen (1907-1909); zweimalige Arbeitszeit in der Berliner Zentrale (1910/11)

Nach einer zweimonatigen Dienstzeit in der Abteilung II wurde Maltzan am 2. Februar 1907 mit der kommissarischen Verwaltung der Position des Legationssekretärs an der Kaiserlichen Gesandtschaft in Rio de Janiero betraut und am 4. März 1907 zum Attaché ernannt.[161] Eine „definitive Übernahme in das Auswärtige Amt" blieb jedoch vorerst offen. Zudem tat sich der Laufbahnanwärter mit einer Prüfungsarbeit in französischer Sprache schwer[162] – eine „peinliche" Abhängigkeit gegenüber „verhältnismäßig niedrigen Beamten", über die bereits Karl Treutler 1894 geklagt hatte, der wenige Jahre später in Norwegen Maltzans Vorgesetzter werden sollte.[163]

Die Einstellungschancen des Attachés blieben damit vorläufig unsicher, wenngleich sich Maltzan weiterhin eindringlich darum bemühte, diese zu erhöhen. Aus Petropolis bat er daher im folgenden Oktober 1907 um ein unterstützendes Votum des Auswärtigen Amts beim preußischen Justizministerium für eine Verlängerung seines am 1. Dezember 1907 auslaufenden Urlaubs, falls bis dahin eine „definitive Übernahme in das Auswärtige Amt" nicht würde erfolgen können.[164] Praktische Erfordernisse der Personalabteilung beschleunigten aber schon bald Maltzans weiteren Einstellungsverlauf: Mit Datum vom 5. August 1908 wurde er zum Legationssekretär ernannt, am 29. August 1908 vereidigt und schließlich am 29. Dezember 1908 endgültig in den auswärtigen Dienst übernommen.[165]

In seiner 1971 veröffentlichten Dissertation hat Gerhard Brunn die Entwicklung der deutschen Politik gegenüber Brasilien bis 1914 dargestellt und dabei hervorgehoben, dass die „eigene unabhängige Prestigepolitik Brasiliens und der vorherrschende politische Einfluß der USA" in dieser Zeit „einem ungehemmten wirtschaftlichen Expansionismus" der europäischen Länder entgegenstanden haben soll. Jedoch auch aus anderweitigen Gründen hatte inbesondere die deutsche Gesandtschaft in Rio bzw. Petropolis keinen leichten Stand. Denn aufgrund der „ausgesprochenen Unpopularität Deutschlands", die nach Brunn „ihren Grund nicht zuletzt in der Person Kaiser Wilhelms und seinen als anachronistisch empfundenen absolutistischen Allüren als Oberhaupt eines

---

[161] Ebd., 018, 021. Maltzans erstes „Personalzeugnis" vom 6. Februar 1907 hatte dem jungen Laufbahnanwärter bescheinigt, den ihm zugeteilten Arbeiten „Interesse und Verständnis" entgegengebracht und „zur Zufriedenheit" seines Vorgesetzten ausgeführt zu haben, ebd., 022; vgl. auch Maltzan an AA, 4.3.1907, ebd., 023.

[162] So wurde eine historisch-politische Prüfungsarbeit Maltzans mit dem Titel: „La déclaration de l'indépendance du Brésil, 7.9.1822" am 28.10.1907 als nicht ausreichend bewertet. Mit Schreiben vom 15.5.1908 reichte Maltzan unter dem Titel „Le Brésil sous Dom Pedro II" eine „neue französische Probearbeit" ein, die im Vergleich zur ersten Ausarbeitung wesentlich umfangreicher ausgearbeitet war und betonte, nach dem zuvorigen „Misserfolg" den Lerneinsatz erheblich erhöht und dabei u.a. eine „eifrige Lektüre" französischer Literatur durchgeführt zu haben. Jedoch fiel auch hier die Würdigung von drei Prüfern unter den Paraphendaten vom 13.6., 21.6. und 18.7.1908 skeptisch aus, wobei die Prüfung mit „allenfalls ausreichend", aber dennoch als bestanden anerkannt wurde. Beide schriftlichen Arbeiten Maltzans liegen den Personalakten bei, vgl. PA, Personalakten Maltzan, (Neunummerierung 009429-31), siehe ansonsten ebd., Personalakten Maltzan, Bd.1, 036, 037f., 042, 048ff., 052f.

[163] Siehe dazu Die graue Exzellenz, S.68f. Hier heißt es u.a. auch: „Leider vollzog sich mein Examen nicht mehr in Bismarckscher Zeit und daher auch nicht mehr unter seiner großzügigen Auffassung des Examens. (…) Für mich wäre diese Beurteilung der Arbeit bei einem Haar verhängnisvoll geworden."

[164] PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 040.

[165] Bereits am 10. Juni 1908 bat der Gesandte Reichenau wegen einer „voraussichtlich längeren" Erkrankung des „Herrn Schönherr" um eine „Ermächtigung", „aufgrund des § 20 des Konsulargesetzes vom 8. November 1967 zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden für Herrn Frhrn. v. Maltzahn (sic)", vgl. PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 054, 064f. bzw. die Verfügung vom 29.12.1908 bei PA, Personalakten Reichenau Bd.7/8. Zu dem seit 1886 in das Auswärtigen Amt eingetretenen Franz von Reichenau (1857-1940) vgl. den Lebenslauf bei ebd., Bd.6/7.

modernen Staates hatte“, sei in nahezu „jeder Nachrichtensaison“ der Verdacht aufgetaucht, das Reich wolle die deutschen „Kolonisten in Südbrasilien zu politischen Zwecken ausnützen“. Es habe deshalb für die deutschen Vertreter in Brasilien „kaum Möglichkeiten“ gegeben, „stärkeren Einfluß auf die Förderung der deutschen Wirtschaftsinteressen zu erlangen.“ Selbst der Abschluss eines Handelsabkommens oder einer Konsularkonvention kam nicht zustande.[166]

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen vollzog sich auch die Tätigkeit des jungen deutschen Diplomaten Maltzan, der zwischen Dezember 1908 und April 1909 an der deutschen Gesandtschaft in Brasilien die Verantwortung als kommissarischer Geschäftsträger übernahm. Freilich war und blieb persönlicher Handlungsspielraum trotzdem vorhanden. Dies betraf zum Beispiel das Anliegen, auf die brasilianische Presse Einfluss im Sinne deutscher Interessen zu nehmen. So verhinderte Maltzan die Veröffentlichung bzw. die Übersetzung von Pressemeldungen, die gegen Kaiser Wilhelm II. gerichtet waren - wenngleich „(n)ur mit grösster Mühe“ und „auf Grund persönlicher Beziehungen [...]“. Auch den bereits geplanten Abdruck einer Übersetzung von zwei in der „Zukunft“ am 7. und 14. November erschienenen Artikeln „Gegen den Kaiser, I. und II.“ in dem nicht gerade deutschfreundlichen „Journal do Commercio“ konnte der deutsche Geschäftsträger verhindern.[167] Im Vordergrund stand jedoch eindeutig die Förderung von deutschen Wirtschaftsinteressen. Maltzan legte unter anderem eine detaillierte Bewertung der Lebenshaltungskosten für deutsche „Instruktionsoffiziere“ vor, die im Rahmen der von Deutschland erstrebten wirtschaftlichen Beteiligung an der geplanten brasilianischen Heeresreform in das Land entsandt werden sollten.[168]

Ein besonderer Stellenwert kam Ehrenfragen zu, die wiederholt politische Verwicklungen verursachten. Dies war zum Beispiel der Fall, als während des Besuchs des deutschen Kriegsschiffes „S.M.S. Bremen“ in Santos ein deutscher Offizier und seine Mannschaft tätlich angegriffen wurden.[169] Maltzan oblag in diesem Zusammenhang die Aufgabe, eine Vermittlung und Deeskalation dieses Vorgangs herbeizuführen. Er stellte insoweit unter dem Datum des 31. Dezember 1908 fest, er halte weitergehende, auf Genugtuung gerichtete deutsche Forderungen „vorläufig für unzweckmässig“, da die „gute Laune der Regierung und der Presse gesichert bleiben“ müsse. In dieser Hinsicht habe er in seinem Schreiben an den brasilianischen Außenminister daher auch absichtlich eine „milde Form“ gewählt und dieses mit der „größten Höflichkeit“ seiner Forderungen versehen. Denn nur auf diese Art und Weise könne bei Baron Rio Branco überhaupt „etwas“ erreicht werden, da dieser sich besonders gegenüber Geschäftsträgern „sehr wenig entgegenkommend“ verhalte. Einer „hetzerischen Ausbeutung des Zwischenfalls in der deutschen Presse“, so Maltzan weiter, sei vorbeugt worden.[170]

Ob dem jungen Diplomaten schon allein aufgrund derartiger Berichte ein sorgsames Bewusstsein für eine deutsche Interessen wahrende, systematische oder gar strategisch reflektierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zugewiesen werden kann, darf man bezweifeln. Deutlich erkennbar wird aber,

---

[166] Vgl. Brunn, S.66ff, hier S.76ff.
[167] Maltzan an Bülow, 4.12.1908, PA 16592.
[168] Maltzan an Bülow, 11.12.1908, ebd., R 16546.
[169] Maltzan an Bülow, 15.12.1908, ebd., R 16608, eine Abschrift befindet sich in R 16546 sowie Maltzan an AA, 27.12.1908 und 29.12.1908, R 16583.
[170] Maltzan an AA, 27.12.1908, 31.12.1908, 6.1.1909, 15.2.1909, PA, R 16583; Maltzan an Bülow, 2.1.1909, ebd., R 16570.

dass Maltzan immer wieder auf eine Entschärfung derartiger außenpolitischer und publizistischer Störfälle bedacht war. Deshalb scheute er nicht zurück, zumindest zwischen den Zeilen eine kritische Haltung gegenüber der deutschen Marineleitung zu beziehen. So stellte Maltzan mit Datum vom 7. Januar 1909 resümierend fest, dass die Entscheidung für einen Besuch des deutschen Kriegsschiffes an der brasilianischen Küste „diesmal nach jeder Richtung hin“ sehr ungünstig gewesen sei.[171]

Die Pflege persönlicher Beziehungen, die Maltzan engagiert betrieb, wirkte sich günstig auf die Förderungen deutscher Wirtschaftsinteressen in Brasilien aus: Mit Datum vom 19. Januar 1909 regte der Legationssekretär an, den Sohn und die Tochter des brasilianischen Außenministers Baron Rio Branco nach der Überfahrt mit dem Hapag-Dampfer „König Wilhelm II.“ nach Berlin zu empfangen und bevorzugt zu behandeln.[172] Am 3. Februar 1909 meldete er daran anschließend, dass der brasilianische Kriegsminister ein offenbar von Maltzan angeregtes persönliches Telegramm Kaiser Wilhelms II. erhalten habe. Die „hierdurch hervorgerufene freudig angeregte Stimmung“, so Maltzan weiter, „dürfte immerhin dazu beigetragen haben, dass der Kriegsminister“ „bedeutende [...] Lieferungen mit den Vertretern von Krupp und Loewe abgeschlossen“ habe.[173]

Im Ganzen handelte es sich um ein Auftragsvolumen von 10,75 Millionen Reichsmark. Dabei erhielt die „Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik (ehemalige Firma Loewe)“ einen Auftrag für Handfeuerwaffen in Höhe von 3,4 Millionen Reichsmark, bei „Weyersberg & Kirschbaum“ in Solingen wurden Stahlrohr-Lanzen und Mannschaftssäbel im Wert von 450 000 Reichsmark bestellt, während die Firma Krupp einen Auftrag zur Lieferung von Feldgeschützen, Feldhaubitzen und Schußmunition im Wert von 6,9 Millionen Reichsmark verbuchen konnte.[174]

Im Rahmen des ihm obliegenden Auftrags, deutsche Interessen zu wahren und wenn möglich Sympathien für das Reich zu schaffen, die diesem Ziel dienen konnten, ordnete Maltzan darüber hinaus ebenfalls der Kulturvermittlung einen nicht unerheblichen Stellenwert zu. So notierte er unter dem Datum des 6. Februar 1909 offenbar mit Blick auf nicht zuletzt von ihm eingeleitete Maßnahmen, „dass die gebildeten Kreise Brasiliens allmählich aufhören (mögen) blindlings nur die romanische Kultur anzubeten“ und dass er auch weiterhin eine seiner Aufgaben darin sähe, „dass sie allmählich anfangen, Verständnis und Liebe für deutsche Wesensart zu gewinnen.“[175]

Ein weiteres Element in der Berichterstattung Maltzans konzentrierte sich in völkerrechtlicher Hinsicht auf die Frage zukunftsweisender Verständigungs- und Streitschlichtungsmuster. Im Februar 1909 war es in der deutschen Presse zu offener Kritik an der Abneigung der kaiserlichen Regierung gegenüber Schiedsgerichtsverträgen gekommen. Der Vorwurf lautete, das Reich bleibe „nicht nur als Kulturnation“ „hinter anderen Kulturländern zurück“, sondern erfahre durch seine Zurückhaltung eine internationale „Isolierung“[176] – ein Vorgang, der auch im Wirkungs- und Verantwortungsbereich Maltzans eine Rolle spielen sollte: Am 14. Februar 1909 berichtete der Legationssekretär in diesem Zusammenhang nämlich nach Berlin, dass der französische Gesandte Baron d´Anthouard „seit etwa einem Jahre“ auf den Abschluss eines Schiedsgerichtsvertrags zwischen Frankreich und Brasilien hinarbeite und nach dem brasilianisch-amerikanischen

[171] Maltzan an Bülow, Petropolis 7.1.1909, ebd., R 16583.
[172] Maltzan an Bülow, 19.1.1909, ebd., R 16560.
[173] Maltzan an Bülow, 3.2.1909, ebd., siehe dazu auch Maltzan an Bülow, 3.2.1909, ebd., R 16546.
[174] Maltzan an Bülow, 25.2.1909, im Anschluss an den Bericht vom 3.2.1909, ebd.
[175] Maltzan an Bülow, Petropolis, 6.2.1909, ebd., R 16583.
[176] „Wo bleibt der deutsch-amerikanische Schiedsvertrag?“, Kölnische Zeitung, 17.2.1909, Ausschnitt in: ebd., R 2578.

Schiedsgerichtsvertrag nun der Abschluss eines solchen brasilianisch-französischen Vertrags kurz bevor stände. Ein fast wortgleicher Vertragsentwurf sei zudem nunmehr auch den Vertretern der übrigen europäischen Mächte zur Weitergabe an ihre Regierungen vorlegt worden. Hierzu seien von den diplomatischen Kreisen in Rio im Ganzen freundliche Signale ausgegangen.
Maltzan schlug der kaiserlichen Regierung in Berlin daraufhin eine verständigungsorientierte Aufnahme dieser schiedsvertraglichen Gestaltungsideen vor. Er bat, einen Anschluss an die vorherrschende internationale Meinung zu erwägen - wenngleich im Hinblick auf das Klima der deutsch-brasilianischen Beziehungen eher aus pragmatischen Gründen als aus idealistischen Vorstellungen über die zukünftige, möglichst friedliche Gestaltung der internationalen Beziehungen:

> „Auch nach meinem gehorsamen Erachten dürfte sich im Prinzip eine wohlwollende Aufnahme des vorliegenden Entwurfs empfehlen. Wenn man einen solchen Vertrag zwischen Brasilien und Deutschland auch vorläufig keine grosse politische Bedeutung beimessen darf, würde eine ablehnende Haltung den alten Baron, den Spezialisten für Schiedsverträge, persönlich kränken und leicht von Konkurrenzstaaten als Hochmut oder Unfreundlichkeit gegen Brasilien ausgelegt werden können.“ [177]

Offenbar ging es dem jungen Diplomaten in erster Linie darum, dem Vorwurf eines deutschen Sonderweges, der isolierende Tendenzen nach sich ziehen könnte, von vorneherein zu begegnen. Gegenüber der Führung der deutschen Außenpolitik und der dort eventuell herrschenden Skepsis argumentierte er durchaus geschickt und plädierte für eine Herauslösung der parlamentarischen Zustimmungsnotwendigkeit zugunsten eines „jedesmal abzuschliessenden Spezialvertrages“, durch den „der Streitgegenstand und die materielle und formelle Zuständigkeit festgelegt“ werden sollte. Maltzan hielt es insofern im Sinne der deutschen Interessen für „zweckentsprechender und praktischer“, „wenn dieser Spezialvertrag unter Ausschaltung der Legislative jedesmal durch Notenaustausch von Regierung zu Regierung geregelt würde.“ Für diese Haltung hatte sich Maltzan darüber hinaus mit seinem englischen Kollegen verständigt, der gegenüber seiner Regierung in London die gleiche Position bezog.
Trotz der vermittelnden Tätigkeit Maltzan stieß die Initiative Rio Brancos in Berlin weiterhin auf Ablehnung - nicht zuletzt deshalb, weil „die Rechtsabteilung schon wegen des formlosen Drängens der Brasilianer verärgert reagiert hatte.“[178] Dass Maltzan dies möglicherweise als persönliche Zurückweisung auch seiner eigenen Vorstellungen empfand, ist zwar anhand von Urkunden nicht nachweisbar, kann aber zumindest nicht ausgeschlossen werden. Ohnehin aber war die kommissarische Geschäftsträgerzeit des jungen Diplomaten mit dem Eintreffen des neuen deutschen Gesandten, Graf von Arco-Valley, schnell beendet.[179]
Unabhängig von der Frage eines deutsch-brasilianischen Schiedsgerichtsvertrages hatte Maltzan bereits am 1. Februar 1909 um einen „fünf-monatigen Erholungsurlaub, ausschließlich der Reisezeit,

---

[177] Maltzan an AA, 14.2.1909, ebd., R 16583. Abschrift auch bei ebd., R 16530. Brasilien schloß im Jahre 1909 Schiedsverträge mit Costa Rica, Portugal, England und 1910 mit Österreich ab, vgl. Maltzan an Bülow, 12.3.1909 bzw. auch Arco an Bülow, 8.5.1909, beide Schreiben bei ebd., R 16583.
[178] vgl. Brunn, S.79 mit Anm.92 mwN. und u.a. in Bezug auf zwei Schreiben Maltzans vom 14.2. und 12.3.1909.
[179] Vgl. PA, Personalakten Arco-Valley, Bd.3. Zur Biographie Graf von Arco-Valleys (1852-1909) vgl. ebd. Arco war bereits ab 1898 schon einmal Gesandter in Rio gewesen und ab 1900 Gesandter in Tokio geworden. Siehe zur Beliebtheit Arcos auch Brunn, S.79, Anm.93, zur Würdigung Arcos nach seinem plötzlichen Tod am 13.7.1909 vgl. Reichs- und Staatsanzeiger vom 15.7.1909, Ausschnitt bei PA, Personalakten Arco-Valley, Bd.3.
Der Name „Graf Arco-Valley“ wird vielfach mit dem Mord an dem USPD-Politiker Kurt Eisner am 7.4.1919 durch einen gleichnamigen adligen Offizier assoziiert, vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd.4, S.400.

nach Grossen-Luckow bei Vollratsruhe (sic) in Mecklenburg“ gebeten und seinen Urlaubsantrag damit begründet, dass er Ende April 1909 „fast zwei und einhalbes Jahr ohne Unterbrechung im Dienst des Auswärtigen Amts“ stehe und sich nun „über zwei Jahre in diesem tropischen und ungesunden Klima“ befände. Zudem ließen öfter auftretende, fiebrige Krankheitssymptome „nach Ansicht der Aerzte das schleunige Aufsuchen eines gesunderen [sic] und kühleren Klimas durchaus notwendig erscheinen.“[180]

Solche Äußerungen wiesen allerdings keineswegs auf ein eingeschränktes oder gar schwerfälliges oder unzureichendes Engagement Maltzans hin. Im Gegenteil: Der neue Gesandte Arco-Valley erfuhr bei der Amtsübergabe „in Anwesenheit Rio Brancos“ aus seiner Sicht „einen nie dagewesenen triumphalen Empfang“[181], was durchaus als einer der seltenen, wenngleich bescheidenen Prestigeerfolge für die deutsche Diplomatie in Brasilien in jener Zeit gelten kann. Und dieser Erfolg war im Wesentlichen der Tätigkeit Maltzans zu verdanken. Unter dem 20. Februar 1909 berichtete jedenfalls dieser selbst von der „einstimmigen Begeisterung und Freude“, die dem neuen Gesandten von „den sonst so uneinigen Mitgliedern der Colonie in rührender Weise und nicht um mindesten unter den Brasilianern“ entgegengebracht worden sei“, wobei Maltzan mit den beiliegenden Zeitungsausschnitten indirekt auch seine eigenen Leistungen hervorzuheben wusste. Sein Bericht über den Empfang des Gesandten Arco in Brasilien wurde in Berlin unter anderem Kaiser Wilhelm II. vorgelegt, der nach einigen erfreuten Randkommentaren auf dem Dokument ein Gratulationsschreiben an Arco anordnete.[182]

Es war nur folgerichtig, dass auch Arco am 23. Februar 1909 die Leistungen des jungen Diplomaten wohlwollend würdigte. Maltzan habe in seiner Geschäftsträgerzeit „mit grossem Takt und Geschick, aber auch mit „grosser Kraftanstrengung gearbeitet“. Insbesondere aber müssten in diesem Zusammenhang auch seine gesellschaftlichen und organisatorischen Fähigkeiten hervorgehoben werden, die zu seiner „ausserordentlich grossen Beliebtheit, ebenso bei Deutschen wie bei den Brasilianern und Diplomaten“ geführt habe:

> „Mich selbst hat er [Maltzan] durch einen ausserordentlich freundlichen und sorgfältig vorbereiteten Empfang sowie durch vortreffliche Informationen zu grossem Danke verpflichtet. Wenn ich nicht in seinem Interesse wünschen müsste, dass er nach dieser letzten Kampagne, in der er so sehr bewährt hat, höher aufsteigt, so wäre mir vom persönlichen Standpunkte aus seine Rückkehr nach dem hiesigen Posten in höchstem Grade erwünscht.“[183]

Auch in seinen Berichten vom 9. März und vom 13. April 1909 betonte Arco nochmals die ausgezeichnete Arbeit seines jüngeren Kollegen. Maltzan hinterlasse in „Regierungskreisen, bei der deutschen Kolonie und in der brasilianischen Gesellschaft“ „ein sehr gutes Andenken“. Seinen

---

[180] PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 070f. Hier heißt es u.a., Maltzan wolle dieses Gesuch auch dem Grafen Arco nach seinem Eintreffen am 18. Februar 1909 vorlegen, sich aber mit dem Zeitpunkt seiner Abreise nach den Wünschen des neuen Gesandten richten und ihm bis Mitte April „bei der Einarbeitung in die hiesigen Geschäfte insbesondere bei der Erledigung der zahlreichen Schulunterstützungsgesuche und beim Abschluss des Postpacketvertrages nach Möglichkeit behilflich“ sein.

[181] Vgl. Brunn, S.79, Anm.99.

[182] Maltzan an v.d. Busche, 20.2.1909 bzw. Hansen an Wilhelm II, 22.3.1909, beide bei PA, R 16583. Die Randkommentare Wilhelms II. lauten u.a. „bravo, sehr erfreulich!, zu gratulirn (sic) Arko zu ihrem Anfang“. Das Gratulationsschreiben an Arco ist auf den 24.3.1909 datiert, ebd.

[183] Arco an Flotow, 23.2.1909, ebd., Personalakten Maltzan Bd.1, 072f.

Dienstgeschäften habe er sich durchweg „mit grossem Eifer und Erfolg angenommen“. Weiter würdigte der deutsche Gesandte die Unterstützung Maltzans für die Kolonisationsgesellschaft „Hansa“, „für die bekanntlich der Kongress noch in letzter Stunde eine Subvention bereitgestellt“ habe.[184]

In zwei dem Bericht vom 13. April 1909 beigefügten Zeitungsartikeln wurde Maltzan zudem noch weiteres Lob zuteil: So hatte das „Jornal do Commercio“, eine Zeitung, die in den Jahren zuvor eine weitgehend antideutsche Haltung eingenommen hatte, bereits am 11. April 1909 in Bezug auf Maltzan festgestellt, „der sympathische und energische Sekretär der deutschen Gesandtschaft“ besitze auch „in der Gesellschaft von Rio aufrichtige Sympathien“. Die Zeitung „O Paiz“ zählte den jungen Diplomaten unter dem gleichen Datum darüber hinaus sogar zu den „bedeutendsten Persönlichkeiten des bei unserer Regierung beglaubigten diplomatischen Korps“, der durch „seine musterhafte Erziehung, seine hohe geistige Bildung und den feinen Takt“ sowie „mit seinem praktischem Sinn und seiner Beobachtungsgabe gründlich unsere kommerzielle, industrielle und wirtschaftliche Lage erfasst“ habe.[185]

Hier trat somit ein bemerkenswertes Talent des jungen Diplomaten zu Tage, dessen Beruf nicht nur schon früh zu einer Art Berufung zu werden schien. Auch die in späteren Jahren wiederauftauchende Begabung Maltzans, neben der Verfolgung deutscher Interessen gleichzeitig die damit in Konkurrenz stehenden anderweitigen Interessen zu achten und zugleich Sympathien für das eigene Vorgehen zu gewinnen, war in Grundzügen bereits 1909 erkennbar. Und zweifellos war das ihm dabei zuteil gewordene Lob überdies eine solide, vielversprechende Basis für den Beginn einer eigenen, erfolgreichen Karriere im deutschen auswärtigen Dienst.

Nach seiner Rückmeldung in Berlin am 8. Mai 1909 verbrachte der Legationssekretär einen Heimaturlaub auf dem elterlichen Gut in Großen Luckow. Am 9. Juni 1909 bestätigte er einen Erlass des Auswärtigen Amts, dass er als Legationssekretär an die deutsche Gesandtschaft in Kristiania beordert worden sei, und trat dort am 15. Juni seinen Dienst unter dem Gesandten Karl von Treutler an.[186] Dieser war „gleichzeitig Vertreter des Auswärtigen Amts während der Reisen des Kaisers“ und mußte daher seinen Dienst als deutscher Gesandter in Norwegen, das seit 1905 ebenfalls verstärkt in das Blickfeld der deutschen Außenpolitik getreten war[187], des Öfteren unterbrechen.[188]

Bereits am 17. Juni 1909 berichtete Maltzan vertraulich an Reichskanzler Bülow[189], dass sich der Gesandte Treutler „heute unmittelbar vor seiner Abreise ins Kaiserliche Hoflager“ im Beisein von Maltzan von dem norwegischen König verabschiedet habe. In dem damit verbundenen Gespräch erwähnte der junge Diplomat aber nicht nur die „auffallende Offenheit und Rücksichtslosigkeit“ in

---

[184] Arco an Bülow, 9.3.1909, ebd., R 16584.

[185] Arco an Bülow, 13.4.1909, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.1, 077-078f., Anlage (Übersetzung aus dem Portugiesischen). Auch Maltzan selbst soll, so berichtet Erich von Salzmann in seinem Nachruf, immer „gern und lebhaft“ von seinem ersten Auslandsposten in Brasilien erzählt haben, vgl. Salzmann, Maltzan (1929), S.206.

[186] Maltzan an AA, PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 085, 086. Zum Gesandten Treutler (1858-1933), siehe Webersinn, u.a. S.380. Vgl. auch ein Beileidstelegramm von Maltzan an Treutler mit Datum vom 8.3.1924, PA, NL Maltzan, Anh.4. Ago von Maltzan soll über seine Versetzung nach Norwegen geäußert haben, dass er nun „endlich in gesünderer und kühlerer Atmosphäre“ arbeiten könne, zit. nach Salmon, S.9.

[187] Zur Geschichte Norwegens nach 1905 aus der Perspektive des AA siehe z.B. den Bericht bei ADAP A VIII, Nr.124, der von dem späteren Staatssekretär Maltzan am 29.8.1923 abgezeichnet wurde. Zur vorausgegangenen deutschen Nordeuropapolitik um 1905 siehe stellvertretend Hubatsch.

[188] Die graue Exzellenz, S.87.

[189] Zu Reichskanzler Bernhard von Bülow (1849-1929) vgl. Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd.1, S.324ff. mwN. sowie die Arbeiten von Fesser, Lerman und Winzen.

der Erörterung von „Tagesfragen der inneren norwegischen Politik“.[190] Der weitere Verlauf seines Berichtes zeigte an, dass die Wirtschafts- und Investitionspolitik ein zentrales Thema seiner Tätigkeit bei der deutschen Gesandtschaft in Norwegen werden würde. Und diese Dimension deutscher Außenpolitik sollte für Maltzan auch in Zukunft erkennbar stärker im Vordergrund stehen als macht- oder militärpolitische Ambitionen, die sich zu dieser Zeit zum Beispiel auf die Kommandierung deutscher Offiziere zu militärischen Skimanövern bei einer norwegischen Spezialeinheit beschränkte. Hier versuchte der Legationssekretär zudem wohlwollendes Einvernehmen mit den anderen Nationen zu erzielen.[191]

Eine ernsthafte deutsch-französische Annäherung auf ausgewählten Politikgebieten hingegen schien zu dieser Zeit offenbar ebenfalls für Maltzan kaum vorstellbar. „Allzudurchsichtige“ französische Erwiderungsreden auf eine dementsprechende Anregung von norwegischer Seite lehnte er in einem Bericht vom 1. August 1909, der an alle wichtigen deutschen Auslandsvertretungen zur Kenntnisnahme weitergeleitet wurde und die Anwesenheit einer französischen Delegation in Norwegen unter der Führung des französischen Senators Baron Constans d´Etournelles behandelte, jedenfalls eindeutig ab. Er bezeichnete eine derartige Kooperation als „lediglich in geistvolle Worte gekleidete Illusionen“ – eine Aussage, die daraufhin auch Zustimmung in Berlin fand: Ein handschriftlicher Randkommentar auf der Vorlage würdigte schon allein die Idee einer Zusammenarbeit der Erbfeinde östlich und westlich des Rheins lapidar als „Quatsch!“ herab. Maltzans abweisendes Fazit wurde mit dem Wortlaut „richtig!“ und „so wird es auch immer bleiben“ kommentiert.[192]

Auf der anderen Seite war Maltzans Berichterstattung wiederholt zu entnehmen, dass er auch in diesem Kontext deutsch-französischer Rivalität und Konkurrenz eine „durchaus praktische und nicht sentimentale“ Sichtweise begrüßte und favorisierte. Eine grundsätzliche antifranzösische Haltung war bei ihm keineswegs erkennbar – zum Beispiel in denjenigen Passagen seiner Berichterstattung, in denen er den französischen Gesandten in Kristiania gegenüber Kritik aus dessen eigenem Lager verteidigte. So bescheinigte er Delavaud „taktvolle Zurückhaltung“, die allerdings bei seinen französischen „Landsleuten“ bedauernswerter Weise „kein Verständnis“ finde.[193]

Anderweitige politische Berichte Maltzans aus dieser Zeit, die unter anderem einen gewerkschaftlich organisierten Generalstreik in Norwegen zum Gegenstand hatten[194], spiegeln ebenfalls eine arbeitsintensive Auseinandersetzung des jungen Diplomaten mit den an ihn herantretenden Aufgaben wider. Und ebenso das damit verbundene Engagement mag dazu beigetragen haben, dass dem Legationssekretär kurze Zeit später erneut ein erhöhtes Maß an Verantwortung zukam: Nach einer zwischenzeitlichen Verwendung als Legationssekretär bei der Königlichen Gesandtschaft in Stuttgart während der Zeit einer kaiserlichen Manöverübung[195] wurde Maltzan ab Ende Oktober 1909

---

[190] Maltzan an Bülow, 17.6.1909, PA, R 8368, vgl. dazu auch eine zusammenfassende Abschrift bei ebd., R 8387.

[191] Vgl. Maltzan an Bülow, 30.6.1909 bzw. auch Maltzan an Bethmann Hollweg, 6.12.1909, beide bei ebd., R 8389.

[192] Maltzan an Bülow, 1.8.1909, ebd., R 8401. ebd.

[193] Ebd. Siehe in diesem Kontext wenige Monate später dann auch den Bericht Maltzans über die Verlängerung einer 1904 zwischen Norwegen und Frankreich abgeschlossenen Konvention um weitere fünf Jahre, Maltzan an Bethmann-Hollweg, 3.11.1909, ebd.

[194] Vgl. z.B. Maltzan an Bethmann-Hollweg, 4.8. und 8.8.1909, PA, Gesandtschaft Kristiania, innere Politik 1905-1910.

[195] Mit Datum vom 24. August 1909 wurde Maltzan „für einige Zeit in kommissarischer Verwendung die Stelle des Legationssekretärs bei der Königlichen Gesandtschaft in Stuttgart“ übertragen. Er möge daher seinen Urlaub unterbrechen und dort noch „vor Ablauf diesen Monats“ unter dem Gesandten von Below-Rutzau seinen Dienst antreten, vgl. ebd., Personalakten Maltzan, Bd.1, 090f. Maltzan bestätigte diesen Erlass am 29. August und kündigte seinen Dienstantritt in

abermals mit der Übernahme der kommissarischen Geschäftsträgertätigkeit in Kristiania betraut. Insbesondere schiedsvertragsrechtliche Fragestellungen spielten nachfolgend eine Rolle.[196]
Insgesamt betrachtet konzentrierte sich seine politische Berichterstattung primär auf die Innenpolitik, insbesondere auf die norwegischen Parlamentswahlen von 1909. In dieser Hinsicht teilte Maltzan am 12. November 1909 im Anschluss an einen Bericht vom 23. Oktober 1909 über die norwegischen Parlamentswahlen mit, dass die diesbezüglichen „Stichwahlen" „jetzt bis auf 2 beendet" worden seien und die „schon jetzt das unbestreitbare Übergewicht der „Rechten und Liberalen" ergeben hätten. „Mit dem ‚erfreulichen und rapiden Zug nach links in Norwegen', den der neue dänische Ministerpräsident dem Berichterstatter des Berliner Tagesblattes gegenüber mit Behagen konstatiert hat", so Maltzan weiter, sei es „also vorläufig noch nichts."[197]
In den Akten wird deutlich, dass sich der junge Diplomat gegenüber „Vermutungen und Hoffnungen", die sich bislang „in einem flüssigen Aggregatszustand" bewegten und „noch keine festen Formen angenommen"[198] hatten, äußerst skeptisch und zurückhaltend verhielt – eine Eigenschaft, die auch nachfolgend in der von Maltzan eingenommenen politischen Haltung immer wieder auftauchen sollte.
Des Weiteren kann Maltzan ebenfalls in Norwegen ein gewisses Talent zum Aufbau persönlich geprägter, politisch-sozialer Kontakte zugesprochen werden - eine diplomatische Arbeit, die sich teilweise bis tief in die Nacht erstrecken konnte. So meldete der kommissarische Geschäftsträger zum Beispiel, dass er sich in dieser Hinsicht vom designierten Ministerpräsident Michelsen in Bergen „mit besonderer Liebenswürdigkeit" behandelt gefühlt und hierbei weiterführende Interna erhalten habe:

> „Wie ich ferner erfuhr, kommt als Minister des Auswärtigen in erster Linie der Bergenser (Gruppe entstellt) Konow in Betracht, ein sehr freundlicher, jugendfrischer, älterer Herr, der mit uns Sekretären bis morgens um 6 Uhr zusammensass und zum erster Frühstück Sekt trank."[199]

Schließlich ist zu erwähnen, dass die von dem Legationssekretär nach Berlin gesandten Schreiben trotz einer offenbar vorerst unvollstellbaren deutsch-französischen Kooperation nichtsdestotrotz in der Lage waren, die Leistung französischer Persönlichkeiten in der internationalen Politik seiner Zeit anzuerkennen und in einer neutralen, angemessen anmutenden Weise zu würdigen: Im Rahmen seiner Berichtungserstattung über die Verleihung des Friedensnobelpreises von 1909, den sich der

---

Stuttgart für den 31. August an, ebd., 091. Siehe dann auch die Schreiben Maltzan an Bethmann-Hollweg, 3.11.1909, PA, Personalakten Maltzan, Bd.1, 107 und vom 5.12.1909, ebd., 111. Unter dem 17. September teilte Maltzan dem Auswärtigen Amt von der Königlichen Preussischen Gesandtschaft für Würtenberg aus mit, das er sich „nach Schluss des hiesigen Kaisermanövers" am 18.9.1909 „zunächst nach Gross Luckow (sic)" zurück begeben würde, ebd., 096f. Am 23. Oktober 1909 trat Maltzan wiederum seinen Dienst unter dem Gesandten Treutler in Norwegen an, ebd., 103.

[196] Siehe dazu Maltzan an Bethmann-Hollweg, 22.10.1909, ebd. (PA), R 8373; 3.11.1909, ebd., R 8374 und schließlich 6.11.1909, ebd., R 8359, (113). Markant waren Bemerkungen, die die sachliche Darstellung eines Vorgangs zuweilen mit kalkulierter Ironie zu vermischen schienen. So skizzierte der Diplomat z.B. die Stimmung des norwegischen Außenministers Christopheren als derzeit „nicht siegesfreudig, sondern eher wehmütig mit einem Stich ins entsagungsvolle", vgl. Maltzan an Bethmann-Hollweg, 22.10.1909, ebd., R 8373.

[197] Maltzan (Kristiania) an Bethmann Hollweg, „Die Wahlen in Norwegen", 12.11.1909, ebd., R 8387, Abschrift auch in: R 8370.

[198] Ebd. Zum Ergebnis von zwei noch offenen Stichwahlen siehe Maltzan an Bethmann Hollweg, 14.11.1909, ebd., R 8387.

[199] Maltzan an Bethmann Hollweg, 12.11.1909, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.1, 108 und Maltzan an Bethmann Hollweg, 5.12.1909, ebd., R 8373, eine bei R 8370.

„gewandte Impresario [sic] der französischen interparlamentarischen Friedensgruppe, Baron d´Estournelles de Constant“ und der „belgische Staatsminister Beernaert“ teilten, erschienen Maltzan die Verdienste um den Weltfrieden, die der französische Politiker erbracht habe, jedenfalls ungleich bedeutender als die seines belgischen Kollegen. Daher vertrat er die Ansicht, Constant hätte die Ehrung eigentlich „allein bekommen müssen“. Durch dessen „politische Triebkraft“ sei allerdings zuvor unter anderem auch Frankreichs Bündnis mit Russland und die Entente mit England entstanden, wenngleich er zu Recht als „Urheber und Vermittler der beginnenden Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich“ gelten könne[200] - eine Bemerkung, die Maltzan ebenfalls nicht als Gegner von Verständigungsbemühungen zwischen Berlin und Paris erscheinen ließ.

Nach einem mehrwöchigen Heimataufenthalt[201] erhielt der Diplomat am 10. Februar 1910 einen Erlass, der ihn im Rahmen einer Urlaubsvertretung für einige Wochen aushilfsweise in (die) politische Abteilung des Auswärtigen Amts beorderte, wo er sich am 13. Februar 1910 zum Dienstantritt meldete.[202] Maltzan wurde daraufhin zwar bis zum 16. April 1910 in Berlin beschäftigt. Allerdings sind seine dortigen Tätigkeiten nach den hier vorliegenden Quellen nicht mehr im Einzelnen nachvollziehbar. Die Arbeit wird sich primär auf Verwaltungstätigkeiten im engeren Sinne beschränkt haben, obgleich vereinzelt erkennbar ist, dass der Legationssekretär während der Leitung des Auswärtigen Amts durch Staatssekretär von Schoen offenbar auch Zugang zu vertraulichen Dokumenten hatte. Mit Paraphe vom 19. März fertigte Maltzan insoweit eine handschriftlich ausgearbeitete Vorlage für den „Unterstaatssekretär“ an, mit der „ein Bericht des Militärbevollmächtigten am Kaiserlich Russischen Hofe vom 7. d.M., betr. das Ergebnis des Bulgarischen Besuchs in St. Petersburg“ zur vertraulichen, rein persönlichen Information den leitenden Stellen der deutschen Botschaften in St. Petersburg und Wien zur Verfügung gestellt wurde.[203]

Nach der persönlichen Rückmeldung an der deutschen Gesandtschaft in Kristiania am 18. April 1910[204] übernahm Maltzan ein weiteres Mal die kommissarische Leitung der Dienstgeschäfte.[205] Neben dem Hinweis auf zahlreiche Verwaltungstätigkeiten im engeren Sinne finden sich bei den Akten unter anderem Berichte Maltzans über die Entwicklungen im diplomatischen Korps und in der inneren Politik Norwegens.[206] Hierbei kam eine weitere Grundhaltung des engagierten und offenbar auch von der politischen Abteilung in Berlin geschätzten Nachwuchsdiplomaten zum Vorschein:

---

[200] Maltzan an Bethmann Hollweg, „Der Nobelpreis 1909“, 10.12.1909, ebd., R 8359, 115. Der Bericht fand an maßgeblicher Stelle in Berlin Beachtung gefunden; von Wilhelm II. finden sich dazu hschr., z.T. ironische Randkommentare.

[201] Am 17.12.1909 bat Maltzan mit Genehmigung des Gesandten Treutler um die Bewilligung eines Urlaubes für den Zeitraum 23.12.1909 bis zum 14.1.1910, den er ebenfalls in „Gross-Luckow (sic) bei Vollratsruhe“ verbringen wollte, Maltzan an Bethmann Hollweg, 17.12.1909, ebd. (PA), Personalakten Maltzan, Bd.1, 113. Mit Datum vom 14. Januar (das Schreiben wurde zunächst irrtümlich auf den 14. Oktober datiert) bat Maltzan dann wiederum mit Einverständnis seines Gesandten vom Hotel Esplanade in Berlin aus, diesen Urlaub „aus wichtigen Familiengründen um vier Wochen hochgeneigst verlängern zu wollen.“, Maltzan an Bethmann Hollweg, ebd., Bd.2, 005.

[202] Ebd., 010, die Bestätigung Maltzans vom 12.2.1910, bei ebd., 011.

[203] Vorlage v. 20.3.1910, ebd., R 11093.

[204] Ebd. (PA), Personalakten Maltzan, Bd.2, 014.

[205] Ebd., Personalakten Maltzan, Geldangelegenheiten, Bd.1; ebd., NL Treutler, Bd.3, 1907-1910.

[206] Vgl. z.B. Maltzan an Bethmann Hollweg, 29.4.1910, ebd. (PA), R 8364, auch in R 16563 oder auch Maltzan an AA, 7.5.1910, R 8368 bzw. Maltzan an Bethmann Hollweg, 8.5.1910, ebd., R 8364. Gelegentlich korrigierte der Diplomat auch Pressemeldungen, wie zum Beispiel einen Artikel im ‚Berliner Lokal-Anzeiger’ vom 14. Mai 1910, „derzufolge von der gesetzgebenden Kammer des Stortings ein Gesetz, betreffend die Verleihung des allgemeinen kommunalen Stimmrechts an Frauen, beschlossen worden sein soll“, Maltzan an Bethmann Hollweg, No. 394, 16.5.1910, ebd., R 8359, 134-135.

Maltzan war kein Idealist. In weiten Teilen seiner Berichterstattung zeigte sich eine Abneigung gegenüber launenhafter politischer Unzuverlässigkeit und die Ablehnung „blinder Begeisterung“, „impulsivem“ Handeln oder „verletzender“ „politischer Agitation“. Derartige Untugenden waren für ihn zudem auch nicht durch vermeintlich „edle Motive“ zu entschuldigen oder im Nachhinein zu heilen.

Deutlich wird diese Haltung zum Beispiel an zwei Berichten, die Maltzan der Zentrale in Berlin mit Datum vom 4. Mai 1910 zum Tod des norwegischen Dichters Björnsons übersandte: Alle Betrachtungen über das Werk und Wirken Björnsons seien nach seiner Ansicht „mehr oder weniger zu dem Resultat“ gekommen, dass dessen politische Botschaften „zwar von den edelsten Motiven getragen waren, in ihrer blinden Begeisterung aber meist das Ziel verfehlt hätten“, zumal der Dichter „weder in der inneren noch in der äusseren Politik dauernd eine bestimmte Richtung verfolgt“ habe und insofern als wankelmütig bezeichnet werden müsse.[207]

Nach dem Wiedereintreffen des Gesandten Treutler am 19. Mai 1910 kehrte Maltzan abermals nach Berlin zurück, um dort ab dem 21. Mai 1910 seine „kommissarische Tätigkeit in der politischen Abteilung“ des Auswärtigen Amts wieder aufzunehmen[208] - ein deutlicher Hinweis darauf, dass seine Tätigkeit in Norwegen ähnlich wohlwollend bewertet worden war wie seine vorherige Arbeitszeit in Brasilien.[209] Seine vorangegangenen guten Leistungen führten den jungen Diplomaten erneut in die Schaltzentrale der deutschen Außenpolitik.

Es war die persönliche, aber zugleich auch die deutsche Politik insgesamt maßgeblich mitbestimmende Unberechenbarkeit des Kaisers, die im Juni 1910 die Versetzung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amts, von Schoen, als Botschafter nach Paris nach sich zog.[210] Schoens Nachfolger, Alfred von Kiderlen-Wächter, den das Berliner Tageblatt schon zuvor als den „Herrn mit der gelben Weste“ karikiert hatte[211], oblag aber nicht nur die Umsetzung der seit Anfang 1910 vielfach und breit diskutierten Dienstreform des Auswärtigen Amts.[212] In den viel aufreibenderen außenpolitischen Fragen sollte der neue Staatssekretär in der Folgezeit selbst gegenüber Reichskanzler Bethmann Hollweg[213] für sich eine sehr weitgehende Handlungsfreiheit in Anspruch nehmen.[214] Und in diese

---

[207] Maltzan an Bethmann Hollweg, 4.5.1910, No. 60 und No. 61, ebd., R 8370.

[208] Maltzan (Berlin) an Bethmann Hollweg, 21.5.1910, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.1, 048; Notiz vom 21.5.1910, ebd., Bd.2, 018. Am 9. Juni 1910 verzichtete Maltzan „mit Bestallung vom 4. Oktober 1909“ auf die erworbenen Rechte und Bezüge seiner bisherigen Stelle „als Legationssekretär bei der Kaiserlichen Gesandtschaft in Kristiania“ (Erklärung vom 9.6.1910, ebd., 020) und bestätigte unter dem 17. Juni 1910 den Empfang eines Erlasses vom 4. Juni 1910 betreffend seiner „weiteren Verwendung in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts.“, ebd., 022.

[209] Am 1.9.1910 ging eine Verbalnote der „Légation Norvège“ beim Auswärtigen Amt ein, in der mitgeteilt wurde, „sa Majesté le Roi ayant dernièrement nommé M. le baron von Maltzan, ancien secrétaire de la Légation Impériale d´Allemagne à Christiania, chevalier de première classe de l´ordre de St. Olave“, vgl. ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 029, siehe dazu dann auch Maltzan an Bethmann Hollweg, 14.10.1910, ebd., 036.

[210] Forsbach, Teilband 1, S.369. Zur Biographieforschung über Wihelm II. vgl. Balfour; Schüssler sowie die Arbeiten von Röhl und jüngst Baechler, Guillaume II d'Allemagne. Zur wesentlich von Wilhelm II. verantworteten deutschen Kolonial- und Weltpolitik zwischen 1890 und 1914 vgl. Fröhlich, Imperialismus; zeitlich noch übergreifender und im Hinblick auf Europa insgesamt Görtemaker, Geschichte Europas.

[211] Siehe Berliner Tageblatt, Kiderlen-Wächter, 1.7.1910, Ausschnitt in PA, R 1169.

[212] „Die Umgestaltung des Auswärtigen Amts“, Vossische Zeitung, 8.7.1910, Ausschnitt in ebd., R 1124. Zur Forschung über Alfred von Kiderlen-Wächter vgl. insbesondere Forsbach; Oncken; Gutsche, Ein Kaiser im Exil, S.136f.; Zipfel, Kritik, S.157ff. Zur Herkunft (väterlich- wie mütterlicherseits) aus einer bürgerlichen schwäbischen Familie vgl. Schwäbischer Merkur, 2.1.1913, Ausschnitt in: Yale, Kiderlen-Wächter Papers, Mss. 312, Writings and Speeches-Subject File-Biographical Material, Box 10, Folder 187 (Biographical Material IV).

[213] Zu Bethmann Hollweg vgl. stellvertretend Gutsche, Aufstieg und Fall; Wollstein, Bethmann Hollweg; Vietsch, Bethmann Hollweg.

[214] Vgl. dazu Rosen, Bd.2, S.81, der Bethmann Hollweg als wenig unterrichtet bezeichnet, und bereits 1925 Andreas,

Zeit fiel schließlich auch die Entsendung des deutschen Kanonenbootes „Panther“, das am 1. Juli 1911 in der Bucht von Agadir in Südmarokko vor Anker ging.[215]

Im Gegensatz zur ersten Marokkokrise, mit der Deutschland durch die Landung Wilhelms II. in Tanger sechs Jahre zuvor in spektakulärer Weise gegen die französische Marokko-Politik protestiert hatte, beinhaltete der „Agadirzwischenfall für den Parti colonial“ in Frankreich „keine besondere Überraschung mehr“; der Vorfall habe ohnehin „kaum mehr als eine Zuspitzung der sowieso schon gespannten Lage“ bedeutet.[216] Nach einer mühsamen Beilegung der dadurch entstandenen internationalen Krise, in dessen Verlauf unter anderem der britische Schatzkanzler David Lloyd George drei Wochen nach dem „Pantherspring“ „in seiner Mansion-House-Rede so scharfe Warnungen“ gegen das deutsche Vorgehen aussprach, wurde schließlich am 4. November 1911 der deutsch-französische Marokkovertrag unterzeichnet.[217]

Die Forschung hat wiederholt behauptet, Maltzan sei in dieser Zeit sowohl charakterlich als auch im Hinblick auf seine späteren diplomatischen Methoden entscheidend von Kiderlen-Wächter geprägt worden.[218] Bevor nach den faktischen Grundlagen für diese These gesucht wird, ist jedoch zunächst einmal darauf hinzuweisen, dass gerade auch in der Diplomatiegeschichte der Begriff von politischen „Schülerschaften“ ohnehin recht häufig verwendet wird und zuweilen recht inflationär erscheint. Dies gilt auch in dem hier zu analysierenden Kontext: So wird zum Beispiel nicht nur Graf von der Schulenburg als ein Schüler von zwei so verschiedenen Persönlichkeiten wie Maltzan und Brockdorff-Rantzau bezeichnet.[219] Da Rudolf von Scheliha zwei Jahre „in engster Berührung“ mit dem Staatssekretär Maltzan „in dessen Vorzimmer“ gearbeitet habe, wurde auch in dieser Hinsicht eine ähnliche gelagerte These vertreten, zumal Scheliha später angab, von der „Persönlichkeit Maltzans“ „sehr beeindruckt“ gewesen zu sein und Maltzan als „einen der fähigsten Leute im Amt“ bezeichnete, der ihm „für sein berufliches Leben Vorbild“ wurde. Manche spätere Verhaltensweisen Schelihas hätten, so der Verfasser Ulrich Sahm – selbst ein bedeutender deutscher Diplomat – weiter, zudem mit denjenigen Maltzans sichtlich übereingestimmt, unter anderem in der Hinsicht, kein reiner „Akten- und Verwaltungsmensch“ gewesen bzw. geworden zu sein.[220]

Biographisch charakteristische Vergleichs- und Verbindungslinien dieser Art wirken allerdings zumindest zum Teil konstruiert und sind sicherlich nicht als uneingeschränkt zuverlässig zu

---

Kiderlen-Wächter, Randglossen zu seinem Nachlaß, S.264.

[215] Siehe dazu ausführlich Oncken; Meyer, „Endlich eine Tat, eine befreiende Tat [...]“; Forsbach, Teilbd. 2, S.418ff. sowie Rosen, Bd.1, S.338ff. Zur Haltung Rathenaus dazu vgl. Wilderrotter, „Die neue Ära“, S.354-357. Zur DDR-Geschichtsschreibung über den „Pantherspring“ vgl. stellvertretend die „Dokumentation“ von Gutsche, Zu Hintergründen und Zielen.

[216] Grupp, Deutschland, Frankreich und die Kolonien, S.191. Vgl. zur französischen Perspektive sowie zur Tätigkeit Cambons. das Kapitel „Coup d´Agadir“ bei Barlow, S.207ff., hier S.217; ansonsten Villatte, La République des diplomates.

[217] Gebhardt, Bd.16, S.394. Zur Dokumentation der Zweiten Marokkokrise vgl. GP, Bd. 29, zu den deutsch-französischen Vertragsverhandlungen S.359ff. Das Marokkoabkommen (und das Kongoabkommen) zwischen Deutschland und Frankreich vom 4. November 1911 ist in seiner vollständigen Fassung in französisch und deutsch gedruckt bei ebd., S.413ff., das deutsch-französische Marokkoabkommen auszugsweise auch in: Handbuch der Verträge, S.123ff.

[218] Vgl. an dieser Stelle stellvertretend Winkler, Geschichte der ersten deutschen Demokratie, S.162 sowie Graml, Die Rapallo-Politik, der dies recht redundant gleich drei Mal ins Feld führt, um sein negatives Rapallo- und Maltzanbild zu unterstreichen, ebd., S.383f., S.385 und S.388.

[219] Wheeler-Bennett zit. nach Fleischhauer, Der Pakt, S.29. Siehe auch Hilger, S.213, der die Ansicht vertrat, Dirksen verkörpere die „Schule von Maltzan und den Geist von Rantzau“. Zu dem späteren Botschafter in Moskau, Herbert v. Dirksen, siehe u.a. die Angaben bei Sütterlin, S.33 bzw. dessen Erinnerungen, Dirksen, Moskau-Tokio-London.

[220] Vgl. Sahm, S.21, der hierzu wohl unbemerkt Peter Krüger als einen uneingeschränkt „positiven“ Interpreten der Persönlichkeit und Rolle Maltzans als Leiter der Ostabteilung wie als Staatssekretär anführt.

bewerten: Denn das eigentlich Wertvolle und Erwähnenswerte einer solchen Tätigkeit in der Nähe eines bedeutenden Staatssekretärs - wie z.B. Maltzan in Bezug auf Kiderlen oder Scheliha im Hinblick auf Maltzan - lag in einem viel schlichteren Sinne vor allem darin, die „seltene Gelegenheit“[221] zu bekommen, schon als junger Diplomat einen persönlichen Einblick in die Entscheidungsstrukturen und in das Machtzentrum des Auswärtigen Amts zu gewinnen. Die Behauptung, dass schon allein dadurch spätere inhaltliche politische Ansichten und Verhaltensweisen in einer tief einprägsam anmutenden Weise angelegt oder gar prädestiniert wurden, erscheint hingegen schon in allgemeiner Hinsicht fraglich und gewiss nicht zwingend.

Zu beachten ist allerdings, dass Ago von Maltzan auch schon in den 1920er Jahren von Zeitgenossen als „Schüler“ Kiderlen-Wächters bezeichnet wurde. Allerdings gingen damit – im Gegensatz zur Historiographie nach 1949 - eher positive Konnotationen einher. D’Abernon zum Beispiel bezeichnete Kiderlen-Wächter als einen Schüler Bismarcks und stellte ihn im Rückblick sogar als „wahrscheinlich einen der weisesten Ratgeber“ dar, „den Deutschland je besaß.“[222] Und auch den direkten Vergleich zwischen Maltzan und Kiderlen führte D’Abernon deutlich in einem wohlwollenden Sinne, wenngleich er mit feingezogener Ironie in erster Linie nicht die Übereinstimmungen, sondern die Unterschiede in der Beschreibung von Charakteristika beider Persönlichkeiten hervorhob: Bei Maltzan, so führte der langjährige britische Botschafter in Berlin in seinen Erinnerungen aus, habe es im Gegensatz zu Kiderlen-Wächter eine anmaßende, mit dem Hauch von Arroganz verbundene Selbstpräsentation nie gegeben, „keine Spur von der Bismarckschen Tradition, keinerlei Schroffheit der Manieren, keinen Hund als dauernden Begleiter, weder ein Glas Bier auf dem Tisch, noch die historische Mischung von Schnaps und Burgunder“. Maltzan sei zudem viel eher „Husar“ als „Kürassier“ gewesen.[223]

Darüber hinaus findet sich die ansonsten oftmals auch im Rahmen der Rapallo-Forschung zu findende Behauptung, der Diplomat könne als „Schüler“ Kiderlen-Wächters gelten, noch an weiteren Stellen: Maltzan habe sich nicht selten, so wird ohne weitergehende Belege konstatiert, „gerne als Schüler von Kiderlen“ bezeichnet oder müsse angeblich deshalb als ein solcher bezeichnet werden, da er schon während dieser Zeit ein „verstärktes Interesse für die Ostpolitik“ gezeigt habe. Und dass Maltzan nach dem Abschluss seiner Tätigkeit in der politischen Abteilung in Berlin nach St. Petersburg versetzt wurde, hänge im Rahmen der angesprochenen Schülerschaft eben in erster Linie damit zusammen, dass Kiderlen-Wächter als junger Diplomat ebenfalls in St. Petersburg tätig gewesen war.[224]

Eine kritische, quellennahe Überprüfung tut sich ebenso mit dieser Herstellung biographischer Verbindungslinien schwer. So ist schon auf den ersten, um Tatsachen bemühten Blick zu bedenken, dass Maltzan überhaupt nur wenige Monate in unmittelbarer Nähe Kiderlen-Wächters tätig war. Vom 10. August bis 10. September 1910 absolvierte der junge Diplomat eine militärische Übung im Grossherzöglichen Mecklenburgischen Dragoner Regiment Nr. 17[225] und im Anschluss daran wurde

---

[221] Ebd.

[222] D’Abernon, Bd.2, S.56.

[223] Ebd., S.56f., vgl. auch Forsbach, Teilband 1, S.56. Zur angeblich „üblichen derben Art“ Kiderlens, der den Kaiser zuweilen als „alten Trottel“ bezeichnet habe, vgl. ebenfalls Rosen, Bd.2, S.82.

[224] Vgl. Blücher, S.95; Salzmann, Maltzan (1929), S.207; Kiderlen-Wächter, Bd. 2, S.112 in der dortigen Anm. 1 des Herausgebers Eberhard Jäckh. Siehe auch Pourtalés an Bethmann Hollweg, 30.7.1910, PA, R 1169.

[225] Ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 012. Bereits am 24. Februar 1910 hatte Maltzan dem Auswärtigen Amt in Bezug auf sein Schreiben vom 5. Dezember und einen Erlass vom 10. Dezember 1909 gemeldet, dass er „vom 10(.) August bis

ihm bis zum 25. September 1910 ein „nach Gross Luckow“ erbetener Urlaub bewilligt.[226] Damit verminderte sich die ohnehin auf weniger als ein Jahr zu bemessende Zeit Maltzans in der räumlichen Nähe von Staatssekretär Kiderlen-Wächter also noch zusätzlich um mindestens sechs Wochen.

Schon dieses zeitliche Argument dürfte die These einer als intensiv zu deutenden Beziehung Maltzans zu Kiderlen zumindest nicht unterstützen. Zwar ist es unzweifelhaft, dass eine bleibende menschliche Prägung und politische Erfahrung im Sinne einer vermächtnishaften „Schülerschaft“ natürlich auch in dieser kurzen gemeinsamen Dienstzeit entstanden sein kann. Doch auch die hierzu berufenen Quellenhinweise bieten für eine derartige These keine zuverlässigen Anhaltspunkte. Denn dass Kiderlen-Wächter sich in einem Schreiben vom 9. September 1910 lobend über Maltzan geäußert haben soll, er sei

> „(…) froh, dass mein ‚junger Mann’ ein tüchtiger Kerl ist: begabt, in allen Sätteln gerecht und unermüdlich“[227],

ist aufgrund des problematischen Editionsverfahrens des Herausgebers Ernst Jäckh von der Forschung bereits in Zweifel gezogen worden. Hierzu ist zudem noch kritisch zu ergänzen, dass der Journalist Jäckh zumindest in seinen Erinnerungen den Diplomaten Ago von Maltzan offenbar mehrfach mit einem „Adjutanten des Kronprinzen Freiherrn von Maltzahn“ verwechselte.[228] Und schon aufgrund dieser recht fragwürdigen Argumentations- und Quellenlage ist daher Ralf Forsbach zuzustimmen, dass Kiderlen-Wächter keine Diplomaten hinterließ, „die durch seine ‚Schule’ gegangen wären“.[229]

Dass mögliche „charakterliche Parallelen“, eine ähnlich gelagerte soziale Herkunft oder auch die angeblich „von Maltzan verfochtene Politik, durch Druck, vor allem mit Hilfe einer Annäherung an Russland, Deutschlands Verhältnis zu Großbritannien zu bessern, gewisse Ähnlichkeiten mit Kiderlens Vorgehensweise“ aufgewiesen habe, dürfte hingegen auch nicht „im übertragenen Sinne“ ausreichen, Maltzan als Schüler Kiderlen-Wächters zu bezeichnen. Eine solche außenpolitische Denkhaltung war für jeden leitenden Diplomaten in der deutschen Außenpolitik eine natürlich

---

10(.) September [...] zu einer Übung im Grossherzgl. Mecklbg. Dragoner Regiment Nr. 17“ eingezogen worden sei, ebd.

[226] Ebd., 023. Am 30.11.1910 teilte Maltzan mit, dass er „vom Grossherzoglichen Bezirkskommando in Waren zur Ableistung einer achtwöchentlichen Dienstleistung für das Jahr 1911 einberufen“ worden sei. Maltzan bat in dieser Hinsicht um ein Unabkömmlichkeitsattest, da er „bereits in diesem Jahre eine militärische Dienstleistung abgeleistet habe“, ebd., 038f. Der Bericht trägt irrtümlicher Weise das Jahresdatum „1911“.

[227] Kiderlen-Wächter, Bd.2, S.112 (Kiderlen-Wächter an Hedwig Krypke, 9.9.1910). Die ersten beiden Absätze finden sich nach Forsbach, Teilband 2, S.752, Anm.14 im Original des Briefes nicht (Yale, Kiderlen Papers, Folder 105). Angesichts des problematischen Editionsverfahrens sei es nach Forsbach nicht auszuschließen, dass Jäckh Kiderlens Feststellungen zu Maltzan in einer anderen Quelle gefunden und lediglich falsch zugeordnet hat.

Eine über die Quellenedition von Jäckh 1925 in der Historischen Zeitschrift veröffentlichte Rezension, zu der im Auswärtigen Amt nach einem Stempel am 13. November 1925 offenbar ein Auszug angefertigt wurde, nimmt auf eine angeblich schülerhafte Verbundenheit von Maltzan mit Kiderlen-Wächter keinen Bezug, Auszug aus der Rez. von W. Andreas in: PA, R 1170. Gelegentlich wurde offenbar auch der ebenfalls seit 1906 in den auswärtigen Dienst eingetretene Carl von Schubert als „junger Mann“ bezeichnet, vgl. Krüger, Schubert, S.18.

[228] Siehe das Namensregister bei Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, S.503, wobei sich hier lediglich der Verweis auf S.192 tatsächlich auf Ago von Maltzan bezieht. Der ehemalige Chefredakteur der Neckar-Zeitung, Eberhard Jäckh, gab in den Jahren 1924 und 1925 diese Briefsammlung Kiderlen-Wächters heraus.

[229] Forsbach, Teilband 2, S.751. Zur persönlichen Haltung Jäckhs gegenüber Kiderlen vgl. auch Jäckh an Kiderlen, 24.10.1910, Yale, Kiderlen-Wächter Papers, Mss. 312, Writings and Speeches-Subject File-Biographical Material, Box 10, Folder 178 (Morocco 1910-1911). Hier heißt es u.a.: „Möge es unserem Vaterland vergönnt sein, von Ihrer Klugheit und Kraft noch recht lange profitieren zu können, zum Segen Deutschlands.“

anmutende Denk- und Handlungsoption und wies weder in der Kaiserzeit noch in der Zeit der Weimarer Republik eine erwähnenswerte Besonderheit auf.[230]

Die Durchsicht der verfügbaren Bestände ermöglicht allerdings zumindest einige allgemeine Anhaltspunkte und Aussagen über den Inhalt der Arbeit Maltzans in der Zentrale der deutschen Außenpolitik um 1910/11. Die hierbei aufzufindenden Belege gehen jedoch über eine Paraphe des Legationssekretärs zu dem einen oder anderen Schreiben bzw. Dokument nur selten hinaus und sind in politischer Hinsicht kaum aussagefähig.[231] Erwähnenswert erscheint allenfalls die in der Edition von Jäckh geschilderte Teilnahme Maltzans an einem von Kiderlen-Wächter unter dem 18. Oktober 1910 festgehaltenen „Diner für Schoen, hauptsächlich wegen der dummen Zeitungsredereien". Hieran nahm, wie Kiderlen mit einem Hauch von überlegener Ironie die einzelnen Mitglieder „seiner" „politischen Abteilung des Amts" beschrieb, auch „ein Maltzan" teil – allerdings ohne Kenntlichmachung von persönlichen Präferenzen für oder gegen den jungen Diplomaten.[232]

Nachweisbar ist hinsichtlich der Arbeitszeit Maltzans im direkten Umfeld Kiderlen-Wächters des Weiteren zumindest die Berührung des Legationssekretärs mit der an die Zentrale in Berlin gerichteten Berichterstattung aus Moskau sowie mit ostpolitischen Fragen, insbesondere in Bezug auf Polen.[233] Zudem nahmen Spionagefragen einen größeren Stellenwert ein, wobei Kiderlen bzw. Maltzan zumeist ein vermittelndes, deeskalierendes Bemühen zugewiesen werden kann.[234]

---

[230] Vgl. Forsbach, Teilband 2, S.752. Der Autor entwirft mit dieser Aussage wohl zumindest indirekt auch die Rapallo-These, dass Maltzan durch den Abschluss des deutsch-russischen Vertrages vom 16. April 1922 letztlich für eine Verständigung mit London wirken wollte. Bei Schieder, Die Probleme, S.19 heißt es m.E. zutreffend, die Ostpolitik Maltzans sei „jedenfalls als solche kein Kiderlensches Erbes" gewesen.

[231] Die Paraphe Maltzans findet sich z.B. bei Oberndorff an Bethmann Hollweg, 28.7.1910, PA, R 1169, ein hschr. Vermerk Maltzans „An den Minister des Innern" auf einem Manuskript vom gleichen Datum (Kiderlen an Minister des Inneren, 28.7.1910) bei ebd., R 10502.

Maltzan verfasste zwischen Dezember 1910 und April 1911 zudem verschiedene Konzepte und Entwürfe, die unmittelbar für Kiderlen-Wächter bestimmt waren und durchaus auf das Thema „Marokko" Bezug nahmen, vgl. z.B. ein Konzept Maltzans für Kiderlen-Wächter vom 1.12.1910 über Erörterungen mit dem „hiesigen spanischen Botschafter" zur „Gerichtsbarkeit des Kaid" in Marokko, oder Maltzans Entwurf vom 28.12.1910, beide bei ebd., R 15720. Bei den Akten befinden sich des Weiteren auch eine geheime Vorlage Maltzans für Kiderlen an den Generalstab mit Datum vom 18.10.1910, bei der anliegend in Abschrift auch ein Bericht des Generalkonsulats in Warschau übersandt wurde, ebd., R 10771. Unter dem 1. November 1910 fertigte Maltzan mit Paraphe vom 31. (Oktober) die Vorlage für ein Schreiben Kiderlen-Wächters an den deutschen Botschafter in St. Petersburg, Pourtalés an, die den Vermerk „Sicher. in doppeltem Couvert, inneres mit der Aufschrift: ‚persönlich' " trug. Mit diesem Schreiben wurden zur „streng vertraulichen, lediglich persönlichen Information zwei Berichte des dortigen Militärbevollmächtigten, Kapitän z. See v. Hintze" vom 20. und 21. Dezember 1910 übersandt, ebd., R 11093.

[232] Vgl. Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, Bd.2, S.116.

[233] Bei diesen Berichten handelte es sich zum einen um die Skizzierung der politisch-revolutionären Verhältnisse in Russland, die das Russische Reich derzeit aber angeblich nicht wirklich erschüttern würden, vgl. Hintze (St. Petersburg) an Wilhelm II., Nr. 220, 20.12.1910, PA, R 11092. Zum anderen übersandte Hintze dem Kaiser militärische Einzelinformationen über das „Grodno´sche Husaren Regiment", Hintze (St. Petersburg) an Wilhelm II, Nr. 222, 21.12.1910, ebd., vgl. in diesem Zusammenhang auch Kohlhaas (Moskau) an Bethmann Hollweg, 24.11.1910, PA, R 10779, wonach der Tod Tolstoijs die Erbitterung breiter Volkskreise und die politischen Gärungen in Russland verschärfte. Unter dem 2.1.1911 fertigte Maltzan z.B. eine hschr. Vorlage für ein geheimes Schreiben an den Chef des Generalstabs sowie eine Vorlage für ein Schreiben an die Gesandtschaft in Warschau an, die von Kiderlen-Wächters abgezeichnet wurden und einer „Compromittierung (des) Generalconsulats" entgegenwirken sollten, die offenbar durch die Tätigkeit eines Informanten bereits entstanden war oder noch verstärkt entstehen konnte, ebd., R 10771. Unter dem 26. April erstellte Maltzan für Kiderlen-Wächter eine geheime Vorlage an den Generalkonsul in Waschau, die eine Abschrift „eines Schreibens des Chef des Generalstabs der Armee vom 11. April, betr. die Spionageaffäre Bendiger" übersandte, ebd., R 10771. Die Vorlage trägt am linken Rand u.a. den hschr. Vermerk Maltzans „durch gel(egentlich) sichere Gelegenheit. Dopp(elter) Umschlag (,) der Innere mit dem Vermerk ‚Eigenhändig' ".

[234] Mit Datum vom 25.1.1911 erstellte Maltzan hschr. für Kiderlen-Wächter eine Vorlage, die an den Kriegminister gerichtet werden sollte und sich mit zwei der Spionage verdächtigten und inhaftierten englischen Offizieren befasste. Dabei ging es um die Frage, ob diesen evtl. durch die „Vermittlung der englischen Admiralität" „amtliche und private Schreiben sowie Geldbeträge übersandt werden können." Ebd., R 947. Unter dem 2.3.1911 formulierte Maltzan in einem

Anderweitige Tätigkeiten Maltzans in der Berliner Zentrale mögen hingegen überwiegend administrativer Art im engeren Sinne und daher ebenfalls mit nur geringfügigem politischem Aussagewert gewesen sein, auch wenn sie teilweise unmittelbar für den Chef des deutschen Generalstabs bestimmt waren.[235] Offensichtlich hat Maltzan in dieser Zeit darüber hinaus einen nicht ganz unerheblichen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Beitrag zu den deutsch-japanischen Beziehungen geleistet, der jedoch bislang im Einzelnen unbekannt bleibt.[236]
Insgesamt betrachtet können damit keine Belege zum persönlichen Verhältnis zwischen Maltzan und Kiderlen Wächter und nur wenige Hinweise über den genauen inhaltlichen Verlauf der Tätigkeit Maltzans in der Berliner Zentrale in dieser Zeit ausgemacht werden. Eine „Schülerschaft" in einem engeren Sinne bleibt damit zwar grundsätzlich möglich, ist jedoch in Bezug auf Primärquellen nicht verifizier- oder konkretisierbar.
Die den Personalakten Maltzans zu entnehmenden zeitlichen Fakten liefern demgegenüber zuverlässige Anhaltspunkte, ab wann sich die Arbeitszeit Maltzans im näheren Umfeld des Staatssekretärs Kiderlen-Wächter dem Ende zuneigte: Mit Datum vom 15. Mai 1911 wurde eine Bestallungsurkunde ausgefertigt, die Maltzan „den Posten des zweiten Sekretärs" bei der Kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg übertrug und deren Empfang Maltzan am 17. Mai 1911 ungeklärter Weise offenbar aus Paris bestätigte.[237] Dies kann zudem als ein Zeichen für weitere gute Arbeitsleistungen des jungen Diplomaten gewertet werden. Denn die deutsche Botschaft in St. Petersburg galt in allgemeiner Sicht als „eine der laufbahnförderlichsten Auslandsvertretungen"[238]. Und diese Bedeutung fand indirekt nunmehr unter anderem auch Ausdruck darin, dass die Versetzung Maltzans dorthin in der Presse erwähnt wurde.[239]
Eines ist an dieser Stelle allerdings bemerkenswert. Gerade durch den Zeitpunkt der Versetzung Maltzans nach St. Petersburg wird der in der Forschung nicht selten berufene Vergleich zwischen dem ‚Pantherspring Kiderlens' und dem ‚Rapallo Maltzans' noch in einer anderen Hinsicht recht nachhaltig in Zweifel gezogen. Denn nachweisbar ist, dass Maltzan seinen Dienst in St. Petersburg bereits am 7. Juli 1911 antrat.[240] Rechnet man die Reisevorbereitung und Reisezeit in der damaligen

---

ähnlichen Zusammenhang für Kiderlen-Wächter hschr. eine Vorlage für ein Schreiben des Staatssekretärs an den „Staatssekretär des Reichjustizamts", in der es u.a. heißt, „die hiesige Französische Botschaft [...] (habe) meine Vermittlung dafür in Anspruch genommen", dass einem Vertreter des Französischen Generalkonsulats in Leipzig gestattet werde, an der dort „bevorstehenden Verhandlung" gegen einen französischen Hauptmann teilzunehmen, ebd. Siehe dazu auch eine geheime Aufzeichnung Maltzans mit Paraphe vom 12. März, die festhielt, dass die Nachricht des Reichsjustizamtes über den Zeitpunkt der Hauptverhandlung für den 16.3. erwartet werde, ebd. Siehe des Weiteren auch den von Maltzan hschr. vorbereiteten Entwurf für ein Schreiben Kiderlen-Wächters an die französische Botschaft vom 15.3.1911, ebd.

[235] Vgl. neben den oben bereits erwähnten Schreiben z.B. unter dem 15.5.1911 das Schreiben bei ebd., NL Pourtalès, Bd.1. Unter dem 6. März 1911 erstellte Maltzan diesbezgl. für Kiderlen-Wächter eine geheime Vorlage ebd., R 10771.

[236] Ebd. (PA), Personakten Maltzan, Bd.2, 041 (Ersuchen um eine Genehmigung „zur Anlegung des mir anlässlich des Besuchs des Prinzen Kumi von Japan vom Mikado verliehenen „Offizierskreuzes des Ordens der aufgehenden Sonne").

[237] Ebd., 044, 046.

[238] Vgl. Sütterlin, S.31. Vgl. zum von Kiderlen-Wächter genehmigten Neubau der deutschen Botschaft in St. Petersburg auch Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang, S.160 bzw. PA, NL Schüler, Lebenserinnerungen, S.89.

[239] Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 14.5.1911. Es heißt hier u.a.: „Wie verlautet, ist der bisherige Botschaftsrat bei der Botschaft in St. Petersburg, Graf v. Mirbach-Harff, zum vortragenden Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts ernannt. An dessen Stelle rückt der bisherige zweite Sekretär in St. Petersburg, Legationsrat v. Lucius, zum ersten Sekretär auf, während der letztere durch den bisher im Auswärtigen Amt beschäftigten Legationssekretär Freiherr Ago v. Maltzan ersetzt wird.", Abschrift in: ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 045.

[240] Pourtalès an Bethmann Hollweg, 8.7.1911, ebd., 052. Pourtalès stellte am 6. Juni 1911 in einem Schreiben an Bethmann Hollweg fest, dass es ihm „aus dienstlichen Gründen [...] erwünscht" wäre, „wenn der Legationssekretär Maltzan (,) Freiherr zu Wartenberg und Penzlin (,) seinen Dienst [...] nicht später als am 10. Juli d.J. anträte.", Pourtalès an

Zeit hinzu, wird man also zumindest nicht in einem engeren Sinne davon ausgehen können, dass Maltzan an der Entsendung des am 1. Juli 1911 in Agadir eintreffenden deutschen Kanonenbootes in direkter, persönlicher Weise beteiligt war.[241]
Wenn überhaupt ein historiographischer Vergleich zwischen Maltzan und Kiderlen-Wächter geführt wird, so scheint dies - auf einer dazu eigens zusammenzutragenden Quellenbasis - in einem anderweitigen, positiv ausgerichteten Sinne anzuregen sein: Wie Kiderlen-Wächter[242] hat sich auch der spätere „Architekt von Rapallo“ Ago von Maltzan anhaltend um ein gutes deutsch-britisches Verhältnis als ein Grundaxiom in der deutschen Außenpolitik seiner Zeit bemüht. Und dies wird in Bezug auf Maltzan in den folgenden Kapiteln noch weiter auszuführen sein.

3. St. Petersburg und Peking: 1911-1913

Maltzans nachfolgende Dienstzeit an der kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg war ebenfalls recht kurz bemessen. Sie blieb im Wesentlichen auf den Zeitraum zwischen dem 7. Juli und dem 3. Dezember 1911 beschränkt.[243] Doch gerade im Hinblick auf die spätere Russlandpolitik Maltzans stellen sich in diesem Zusammenhang einige nicht unerhebliche Fragen: Mit welchem Russland wurde der junge Diplomat während seiner Tätigkeit an der kaiserlichen deutschen Botschaft in St. Petersburg konfrontiert? Welches politische und persönliche Russlandbild hat sich in dieser Zeit bei ihm eingeprägt und welche konkrete Russland-politische Haltung verfolgte das Reich in dieser Zeit und inwiefern war Maltzan daran beteiligt?[244]
Auch diese Fragen lassen sich unter Verweis auf Primärquellen nicht hinreichend beantworten.[245] So erscheint es zwar glaubhaft, dass Maltzan bisweilen mit einer gewissen Begeisterung aus dieser Zeit in St. Petersburg berichtet hat.[246] Allerdings schrieb Erich von Salzmann in einem Nachruf aus dem Jahre 1929 in gleichem Zusammenhang ebenso, dass Maltzan im Rahmen von Erzählungen über dortige Zeit an der deutschen Botschaft „bei einem senilen, aber sehr vornehmen Grafen, der eigentlich nur eine repräsentative Figur war“, „regelmäßig ein Gesicht“ geschnitten habe.[247] Gesichert erscheint somit zunächst einmal nur, dass mehrere persönliche Bekanntschaften mit

---

Bethmann Hollweg, 6.6.1911, ebd., 047.
Die bei Jäckh (Kiderlen-Wächter, Bd.2, S.92, Anm.1) geschilderte, anekdotenhafte Gegebenheit, nach der Maltzan als angeblich „ständiger Begleiter Kiderlens“ die sog. „Autoszene mit dem Botschafter Cambon“ gegenüber dem Herausgeber geschildert haben soll, kann sich daher wohl nur in der ersten Jahreshälfte 1911, also weit vor dem „Pantherspring“ ereignet haben, was Jäckh nicht ausdrücklich vermerkt. Die Betonung Jäckhs, dass diese Bestätigung von dem „jetzigen Staatssekretär Freiherr von Maltzan“ erfolge, unterstützt zudem die oben bereits erwähnten quellenkritischen Bedenken Ralf Forsbachs gegenüber der angesprochenen Edition und weist tendenziell daraufhin, dass Jäckh u.U. eine Schülerschaft zwischen Kiderlen-Wächter und Maltzan nachträglich konstruiert haben mag.
[241] Das deutsche Kanonenboot landete dort am 1. Juli 1911 – offiziell um deutsche Staatsangehörige im Süden des Scherifenreiches zu schützen, vg. Hildebrand, Das vergangene Reich, S.263.
[242] Vgl. dazu z.B. die Berichterstattung Kühlmanns über Nachrufe auf Kiderlen-Wächter in London. Hier heißt es u.a.: „Fast alle Blätter heben sein (Kiderlen´s) Eintreten für die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen während der gegenwärtigen Krise hervor, Kühlmann an Bethmann Hollweg Nr. 1187, 31.12.1912, PA, R 1170.
[243] Vgl. dazu Sütterlin, S.37, der von knapp neun Monaten spricht bzw. Peking 1914-1917, S.9, wo von „eineinhalb Jahren“ die Rede ist.
[244] Zur Literatur vgl. stellvertretend Hutchinson; Hillgruber, Deutsche Russland-Politik 1871-1918.
[245] Vgl. dazu die entsprechenden Ausführungen zur Quellenlage in der Einleitung in Bezug auf den Verlust der Akten der deutschen Gesandtschaft in St. Petersburg.
[246] Vgl. auch Peking 1914-1917, S.9. Hier heißt es u.a.: „Auch aus jener sehr interessanten Zeit kannte meine Mutter Episoden und Erlebnisse aus Agos Schilderungen von seinem Leben dort zur Zarenzeit und den mehr als phantastischen ‚Petersburger Nächten’ und Fahrten auf der Newa zu den Inseln.“
[247] Salzmann, Maltzan (1929), S.207.

Diplomaten anderer Länder aus dieser Zeit herrührten und Maltzan sich bei diesem Auslandsaufenthalt wenigstens gute Grundkenntnisse der russischen Sprache aneignete, die ihm auch noch in den Jahren danach zumindest eine Kommunikation auf Alltagsniveau ermöglichten.[248]
Die konkreten politisch-administrativen Fragen im Rahmen der seit 1905 von wachsender Konfrontation zwischen beiden Ländern gekennzeichneten deutsch-russischen Beziehungen[249], mit der Maltzan während seiner Tätigkeit in St. Petersburg konfrontiert wurde, können nur noch hilfsweise rekonstruiert werden. Zwar ist nicht nachweisbar, dass Maltzan als zweiter Sekretär an der Bearbeitung von wichtigen Botschaftsberichten vielfach unmittelbar oder zumindest mittelbar beteiligt war. Wahrscheinlich aber ist, dass unter anderem auch Maltzans Russland-politische Denk- und Handlungsperspektive während seiner Arbeitszeit in St. Petersburg vor allem von der deutschen Berichterstattung über die Politik Stolypins beeinflusst wurde, der zwischen 1906 und 1912 das Amt des Premiers und des Innenminister innehatte. Er übte wie keine andere politische Figur des Zarenreiches auf Zeitgenossen und Nachgeborene eine starke Faszination aus und soll den radikalen politischen Kräften als Sprachrohr des Zaren und Totengräber der Revolution gegolten haben.[250]
Nach Berichten zum Beispiel vom 1. April und vom 16. Juni 1912, die Maltzans Botschafter Pourtalès unterzeichnete, regierte Stolypin zudem mit besonders „starker Hand". Im Rahmen der Innenpolitik habe er sich dabei „vor allem auf die nationalistische Idee" gestützt und im Bereich der Außenpolitik unter anderem die Verhältnisse in China mit wachsender Besorgnis wahrgenommen.[251]
In diesem Kontext muss sodann *ein* krisenhaftes, geschichtsträchtiges Ereignis in besonderer Weise hervorgehoben werden, das sich kurze Zeit später anschloss: Am 15. September 1911 wurde Stolypin Opfer eines sozialrevolutionären Attentäters. Zwar erachtete die deutsche Botschaft in St. Petersburg diese und die nachfolgende innere Entwicklung in Russland keineswegs grundsätzlich oder für deutsche Interessen als bedrohlich.[252] Die sich daran anschließende heftige politische Grundsatzdebatte, die sich vorerst darin konzentrierte, wie sich der neuernannte russischer Ministerpräsident, Kokowzow, zu den „Linkisten und „Oktobristen" verhalten würde, aber letztlich

---

[248] Vgl. z.B. in Bezug auf den späteren russischen Gesandten in Peking, Prinz Kondackeff, (Edith von) Maltzan an Gruson, 10.4.1916, Peking 1914-1917, S.143, vgl. auch ebd., S.14. Hier heißt es unter dem 31.5.1914 u.a.: „Vor 24 Stunden verließen wir Warschau, und nun sollen wir gleich in Moskau sein! Ich bin so gespannt! Sobald man hier aussteigt, kommt man, ohne Russisch zu können, sehr schlecht aus, da gleich ab der Grenze kein Mensch etwas anderes versteht. Wie gut, dass Ago von seiner Petersburger Zeit her noch so gut Russisch kann."
Siehe zur Thema „Fremdsprachenkenntnisse" auch Sütterlin, S.40; das hier im Anhang bei ebd., S.243 zu findende Fragezeichen kann daher wohl zumindest in dem Sinne, dass Maltzan sich auf Alltagsniveau recht gut verständigen konnte, gestrichen werden. In der dortigen Tabelle müssten zudem in Bezug auf die Tätigkeit Maltzans in der „Russischen Abteilung" das Symbol „MD" für den Dienstrang und das Symbol „k" (1919/20-1922) für die Dienstdauer verwendet werden. Die hier angegebene Anzahl der „Analysen + Memos" bzw. „Infos", die Maltzan in dieser Zeit angefertigt haben soll, erscheint mir stark untertrieben.
[249] Vgl. zu den „deutsch-russischen Beziehungen 1871-1914" den gleichnamigen Aufsatz von Dülffer.
[250] Vgl. hierzu u.a. die Rez. von Jörg Baberowski zu Ascher, in: HZ 277 (2003), S.231-232, hier S.231.
[251] Siehe hierzu Pourtalès an Bethmann Hollweg, 1.4.1911, PA, R 10737 und Pourtalès an Bethmann Hollweg, 13.6.1911, ebd.
[252] Vgl. dazu u.a. auch Lucius an AA, 15.9.1911, PA, R 10737. Bemerkenswert ist m.E. auch ein Bericht, in dem es u.a. heißt, dass Stolypin „nicht das mindeste Verständnis für die Geschichte, Kultur und Religion der ganz verschiedenartigen Völker, die das riesige Reich bilden" gehabt habe und eben „darüber [...] gefallen" sei. Zum Schluss heißt es hier: „Wir verlieren mit Stolypin sehr wenig und können die Weiterentwicklung der Verhältnisse mit aller Ruhe beobachten.", Lucius an Bethmann Hollweg, 18.9.1911, ebd.. Positiv gegenüber Stolypin vgl. dagegen den Berliner Lokal-Anzeiger, 19.9.1911, Ausschnitt bei ebd. Pourtalès sprach am 4.12.1911 von „gegenwärtigen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland", Pourtalès an Kiderlen-Wächter, 4.12.1911, ebd., R 10738, während in der Presse u.a. auch ein angebliches Ruhebedürfnis Russlands konstatiert wurde, nach dem die Großmacht im Osten einer „Verwicklung in Europa höchst abgeneigt" sei, Magdeburgische Zeitung, 9.12.1911, Ausschnitt in: ebd., R 10068.

bis zur Revolution von 1917[253] anhalten sollte, beschäftigte die deutschen Vertreter nichtsdestoweniger intensiv.[254]

Nach einem Heimaturlaub vom 1. bis zum 12. Januar 1912[255] kehrte Maltzan nur noch einmal für rund sechzehn Tage nach St. Petersburg zurück.[256] Mit Datum vom 3. Februar 1912 wurde er mit der kommissarischen Vertretung des beurlaubten Ersten Sekretärs bei der Gesandtschaft in Peking beauftragt und am 2. März 1912 zum Legationsrat ernannt.[257] Als Nachfolger von Graf Luxburg trat der junge Diplomat damit ab dem 10. März 1912 in einen anderen, turbulenten Strudel politischer Ereignisse ein: in das von der Revolution schwer gezeichnete China. Und in diesem Zusammenhang war bislang allen Großen Mächten unklar, ob die junge chinesische Republik die Fähigkeit besitzen werde, das alte chinesische Reich in seinem bisherigen Bestande überhaupt zusammenzuhalten.[258]

Zwar mochte Maltzan nach den Erinnerungen Hentigs – eines zu dieser Zeit ebenfalls dort stationierten Nachwuchsdiplomaten – aus dessen Sicht bereits „vor allem aus Petersburg und dem Amt, wo er dem Staatssekretär v. Kiderlen zugeteilt war, viel Diensterfahrung“ mitgebracht haben. Unter Berücksichtigung von auch persönlich einschneidenden und prägenden Ereignissen begann Maltzans Laufbahn jedoch, wie Erich von Salzmann zutreffend festgehalten hat, „tatsächlich erst“ in Peking – allerdings nicht unbedingt in einem der eigenen Karriere im deutschen auswärtigen Dienst förderlichen Sinne.[259]

Die deutsche Gesandtschaft in Peking war kein ferner Außenposten, an dem die damalige Öffentlichkeit im weltpolitisch ehrgeizigen Reich Kaiser Wilhelms II. nur selten Notiz genommen hätte. Zwar gab es eine deutsche Ostasienpolitik offiziell bereits seit 1861. Die wirtschaftspolitischen Ambitionen und hierbei vor allem der Eisenbahnbau waren jedoch erst seit Ende der 1890er Jahre als engagiert zu bezeichnen: Nach der Inbesitznahme der Kiautschou-Bucht am 14. November 1897 - zugleich symbolischer Beginn der deutschen Weltpolitik der Wilhelminischen Ära[260] - pachtete

---

[253] Vgl. zum Stand der Forschung z.B. Wade sowie die Rez. v. Manfred Hildermeier in: HZ 277 (2003), S.242f.

[254] Pourtalès an Bethmann Hollweg, 23.11.1911, ebd., R 10738, vgl. des Weiteren auch Behrmann (Korrespondent der Täglichen Rundschau) an Botschaft St. Petersburg, 16. bzw. 29.9.1911, Anlage/Abschrift zu Lucius an Bethmann Hollweg, , 30.9.1911, ebd., R 10737.

[255] Pourtalès an Bethmann Hollweg, 9.12.1911, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 053. Pourtalès teilte dem Auswärtigen Amt auf einen Erlass vom 13.12.1911 mit, dass der „Legationssekretär Freiherr von Maltzan heute vom Urlaub“ nach St. Petersburg zurückgekehrt sei, Pourtalès an Bethmann Hollweg, 14.1.1912, ebd., 056. Bei der Datierung des Schreibens wurde irrtümlich das Jahr 1911 angegeben.

[256] Am 24.1.1912 teilte Pourtalès dem Auswärtigen Amt mit, im Zusammenhang mit einem Privatbrief Maltzans werde dieser ab dem 29. Januar 1912 einen zweiwöchigen Urlaub antreten, ebd., 057, Bestätigung des AA bei ebd., 063.

[257] Maltzan an Bethmann Hollweg, 6.12.1912, ebd., 064. Zum Amtsantritt Maltzans in Peking vgl. Haxthausen an Bethmann Hollweg, 10.3.1912, ebd., 075 bzw. Salzmann, Maltzan (1929), S.207; allerdings war Maltzan bei Dienstantritt genaugenommen noch 34 Jahre alt. Siehe zum Amtsantritt Maltzans in China auch Hentig, Mein Leben, S.31, der als Attaché Maltzan beim Einrichten seiner Wohnung geholfen haben will.

Vgl. in diesem Zusammenhang auch schon eine Aufzeichnung Kiderlen-Wächters vom 14.3.1912 u.a. in Bezug auf Yuanshikai, PA, R 18022. Unter dem 2. März 1912 zeichnete Bethmann Hollweg einen „Antrag des Auswärtigen Amts auf Verleihung des Charakters als Legationsrat“ ab, in dem es heißt, dass „der Legationssekretär von Maltzan [...] „sich in allen von ihm bekleideten Stellungen durch Pflichttreue und gute Leistungen bewährt“ habe und er auch nach „Lebens- und Dienstalter für die Verleihung des Charakters als Legationsrat in Betracht kommen“ könne, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 067-069. Das Patent für die Ernennung Maltzans zum Legationsrat vom 4.3.1912 befindet sich bei ebd., 070, siehe dazu auch die Meldung im Reichs- und Staats-Anzeiger vom 9.3.1912, ebd., 074.

[258] vgl. Haxthausen an Bethmann Hollweg, 15.4.1912, PA, R 18058; The Shanghai Mercury, 14.2.1912, Ausschnitt bei: ebd., R 17724. Zur russischen Haltung vgl. auch Pourtalès an Bethmann Hollweg, 29.7.1912, ebd., R 17730, zur Haltung Englands u.a. Kühlmann an Bethmann Hollweg, 6.8.1912, ebd.

[259] Salzmann, Maltzan (1929), S.207; Hentig, Mein Leben, S.31. Zu Werner Otto von Hentig (1886-1984) vgl. ADAP, Ergänzungsband zu den Serien A-E, S.451.

[260] Mommsen, Kolonialherrschaft und Imperialismus, S.208.

Deutschland den chinesischen Landstreifen von 560 Quadratkilometern auf 99 Jahre, wobei der Ausdruck ‚Pacht' nur eine „diplomatische Umschreibung für den wahren Tatbestand der Annexion" war. Der damit einhergehende deutsch-chinesische Staatsvertrag konkretisierte in seinem zweiten Teil insbesondere Eisenbahn- und Bergwerks-Konzessionen und vereinbarte unter anderem den Bau von bestimmten Bahnlinienstrecken in der Provinz Schantung. Die wichtigste Stadt in diesem Gebiet, Tsingtau, blühte daraufhin zu einer geradezu musterhaften Handelskolonie auf. Sie fungierte als „Experimentierfeld für verbesserte Kolonialpolitik" und machte sich als auch „Brighton of China" genanntes Seebad einen Namen.[261]

Schon vor diesem Hintergrund war klar, dass auch die deutsche Presse über die seit dem Sturz der Mandschu-Dynastie 1911 eingetretenen Irrungen und Wirrungen der chronischen Revolution in China bereits fortlaufend und intensiv berichtet hatte.[262] Und dadurch ergaben sich für die in Peking tätigen deutschen Diplomaten zum einen eigene Profilierungsmöglichkeiten, wenngleich deutsche „Weltpolitik" und damit auch deutsche Chinapolitik letztlich natürlich in Berlin konzipiert und geführt wurde.[263] Zum anderen blieb die dortige Vertretung deutscher Interessen durch die revolutionären Verhältnisse besonders schwierig, so dass die damit verbundenen Erfolgsaussichten in der labilen politischen Lage insgesamt als eher bescheiden zu bewerten waren. Das Wachsen der innenpolitischen Spannung" in China wurde zudem mittlerweile unüberhörbar, was die Tätigkeit Maltzans direkt betreffen sollte: Um einer weiteren Verschärfung der Revolution nicht schutzlos ausgeliefert zu sein, sicherten sich verschiedene Mitglieder der kaiserlichen Familie bei befreundeten Nationen oder in deren Konzessionen Asyl. Und nach Hentig sei in das „geräumige Haus des Herrn v. Maltzan" in diesem Zusammenhang zwischenzeitlich sogar ein „Prinz ersten Ranges" namens „Tsai tao mit seiner sehr anziehenden Frau und einigen Kindern" eingezogen.[264]

Kurz vor und in den Monaten nach dem ersten Jahrestag der Chinesischen Republik im Oktober 1912 wurde der deutschen China-Politik dann aber auch noch in der deutschen Publizistik ganz explizit ein „enormer Prestigeverlust" sowie politische Erfolgs- und Einflusslosigkeit

---

[261] Vgl. Biener, S.9, S.170; leider ohne Personenregister, aber mit detaillierten Ausführungen über Tsingtau als Militär-, Handels- und „Modellkolonie". Zu Kiautschou bzw. Tsingtau als ein Kapitel deutscher Kolonialgeschichte und deutsch-chinesischer Geschichte vgl. Mühlhahn sowie den Ausstellungskatalog Tsingtau, mit zahlreichen weiteren Kurzbeiträgen. Zum deutschen „Start in die Weltpolitik" mit der „Okkupation von Kiautschou (1897/98)" vgl. Canis, S.256ff. oder auch die Einleitung zu Kapitel 2 in der Quellensammlung „Musterkolonie Kiautschou", S.105ff., die für die Zeit zwischen 1913 und 1914 unergiebig ist und Maltzan im Personenregister nicht erwähnt. Siehe insbesondere zur militärischen Bedeutung der „Festung Tsingtau" die Studie von Artelt, hier S.9. Der Kiautschou-Vertrag zwischen Deutschland und China vom 6. März 1898 ist gedruckt in: Handbuch der Verträge, S.77f., vgl. ansonsten Gründer, Geschichte, S.188; Wippich, S.117 sowie Schmidt, Die deutsche Eisenbahnpolitik in Shantung 1898-1914. Zur übergreifenden „Bedeutung Chinas in der deutschen Ostasienpolitik (1911-1917)" siehe Peter, Die Bedeutung.

[262] Siehe unter anderem General Anzeiger der Stadt Frankfurt a.M., 28.8.1912, Ausschnitt in: PA, R 17976. Siehe dazu weiter auch Kölnische Zeitung, 10.7.1913, Ausschnitt in: ebd., R 17737; „Deutschland und die Lage in China", Berliner Tageblatt, 29.3.1912, Ausschnitt in: ebd., R 17976; „Chinas äußere Lage", Frankfurter Zeitung, 6.7.1913, sowie Berliner Tageblatt, 8.7.1913, beide als Ausschnitte in: ebd., R 17737. Im Mittelpunkt stand dabei die politische Stärke und Schwäche des chinesischen Präsidenten Yuanshikai, vgl. zu diesem u.a. die Tägliche Rundschau, 7.10.1913, 7.10.1913, Ausschnitte in ebd., R 18023; „Asien", Kölnische Zeitung, 15.8.1913, Ausschnitt in: ebd., R 17739 sowie den Artikel von Erich v. Salzmann im Berliner Lokal-Anzeiger, 27.8.1912, Ausschnitt in: ebd., R 17730. Zur Anwesenheit des Bruders des Kaisers, Heinrich Prinz von Preußen, in Tsingtau siehe ein Schreiben vom 6.10.1912 bei ebd., R 18005 sowie einen Artikel von Erich v. Salzmann im Berliner Lokal-Anzeiger vom 2.11.1912, Ausschnitt in: ebd., R 17731.

[263] Vgl. Der ostasiatische Lloyd, 11.10.1912, Ausschnitt in ebd.; Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.62. Zur Selbstpräsentation „Deutscher Leistungen und Ziele in Ostasien" vgl. die Festausgabe der Zeitschrift „Der Ostasiatische Lloyd" zum 25jährigen Jubiläum der Regierung Kaiser Wilhelms II., ein Exemplar befindet sich bei PA, R 18075. Siehe zur Bedeutung der deutschen Chinapolitik auch Franke Otto zu Wertheimer (1913); Vosberg-Rekow (1914) sowie Kähler (1914).

[264] Hentig, Mein Leben, S.36f.

vorgeworfen.[265] Wohl ebenso in dieser Hinsicht war es daher nicht verwunderlich, dass man an der deutschen Gesandtschaft in Peking alsbald sogar von einer gänzlich „aussergewöhnlichen Geschäftslage“ sprechen musste.[266]

Am 31. Mai 1913 übernahm Maltzan dort zum ersten Mal die kommissarische Leitung der Gesandtschaft.[267] Seine politische Berichterstattung nahm dabei inhaltlich einen recht breiten Raum ein, der von „japanisch-russische Intriguen“ gegen den chinesischen Präsidenten[268] über den aktuellen Stand der militärische Lage zum Beispiel im Yangtse-Tal[269] oder an der mongolischen Grenze[270] bis zu der Frage der „Zulassung chinesischer Offiziere an den deutschen Militär-Bildungsanstalten“[271] reichte. Hinzu kam die Berichterstattung über personelle Entwicklungen im Diplomatischen Corps[272], über praktische Einzelfragen der deutschen Pressearbeit[273] sowie ein Antrag zur Bereitstellung von Mitteln „für geheime Pressezwecke“. Hierbei ging es um die „Beschaffung geheimer Nachrichten und zur Lancierung von wünschenswerten Artikeln“, in der sich die deutsche Gesandtschaft gegenüber der „russischen, japanischen, englischen und französischen Gesandtschaft“ im Nachteil befände – ein Anliegen, das von der Zentrale in Berlin genehmigt wurde.[274]

Ein großer Stellenwert kam Außenhandels- und Wirtschaftsfragen zu. Hier wurde aus deutscher Sicht insbesondere eine Regulierung schwebender Fragen hinsichtlich des von deutschen Firmen durchgeführten Eisenbahnbaus[275] angestrebt und unter anderem auch die Errichtung eines Eisenwerkes unter deutscher Leitung als Ziel verfolgt. So berichtete Maltzan am 6. Juni 1913, dass die Firma Carlowitz & Co nunmehr einen größeren Auftrag unter anderem über „Kriegsbedarf in Höhe von Mk 296344,78“ erhalten und die chinesische Zentralregierung eine Genehmigung zu diesem Waffenkauf erteilt habe.[276] Und dass der Geschäftsträger Maltzan in dem gleichen oder in einem ähnlichen Zusammenhang mehrere deutsche Forderungen durch „zähe und geschickte

---

[265] Vgl. dazu auch Tägliche Rundschau, 27.9.1912, Ausschnitt in PA, R 18074 und die Berliner Neuesten Nachrichten vom 11.7.1913 mit dem Titel „Deutschlands chinesische Politik“, Ausschnitt in: ebd., R 17737.

[266] Vgl. Maltzan an AA, Nr. 109, 1.10.1912, Abschrift in ebd., R 17909; Maltzan an Bethmann Hollweg, 31.5.1913, ebd., R 18075. „Mit Rücksicht auf die gegenwärtige außergewöhnliche Geschäftslage“ wurde Maltzan zusammen mit Freiherr von Riedesel z.B. von der Anfertigung einer aufgrund eines Runderlasses vom 12.1.1912 zum 1.7.1912 fällig gewordenen „wirtschaftlichen Arbeit“ befreit, Zimmermann an Haxthausen, 8.2.1913, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 086.

[267] Ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 090; Maltzan an Bethmann Hollweg, A 112, 1.6.1913, ebd., R 17976; in einem beiliegenden Artikel von Erich v. Salzmann im „Tageblatt für Nord-China“ ebenfalls vom 1.6.1913, den Maltzan hiermit nach Berlin sandte, erfolgte auch in der Presse die Richtigstellung, dass die Abreise von Haxthausen aus gesundheitlichen Gründen erfolgt sei, vgl. dazu auch das Schreiben Salzmanns an Maltzan vom 16.2.1922, PA, R 23696.

[268] Maltzan an Bethmann Hollweg A 114 vom 2.6.1913, ebd., R 17736

[269] Maltzan an Bethmann Hollweg, 5.6.1913, ebd., R 17909.

[270] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 124, 10.6.1913, A 135, 24.6.1913 und A 140, 27.6.1913, alle bei ebd.

[271] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 125, 12.6.1913, ebd., R 17909.

[272] Maltzan an Bethmann Hollweg, 6.6.1913, ebd., R 18034.

[273] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 123, 10.6.1913, ebd., R 18084.

[274] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 141 (geheim), 26.6.1913, ebd. Siehe „zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens“ des Weiteren auch Maltzan an Bethmann Hollweg, No. 178, 5.8.1913, ebd.

[275] Zum Hintergrund des Baus der Schantung-Eisenbahn vgl. ausführlicher Biener, S.170ff.

[276] Maltzan an Bethmann Hollweg, B 128, 6.6.1913, ebd., R 17909. Vgl. dazu auch Maltzan an Bethmann Hollweg, 31.5.1913, ebd., R 17736 sowie Maltzan an Bethmann Hollweg, 6.6., 28.6., 30.6., 11.7.1913 (mit drei umfangreichen Memoranda als Anlage), alle bei ebd., R 17875 sowie einen Bericht Maltzans vom 9.7.1913 mit detaillierten Informationen zu einem in der chinesische Presse veröffentlichten, „angeblich zwischen Russland und der Regierung in Urga abgeschlossenen Vertrag über den Bahnbau Urga-Kiachta“, der „in gleicher Weise“ gebaut werden solle, „wie die transsibirische Bahn, bei ebd., R 17845 mit einer Abschrift vom 23.7.1913. Siehe ferner dazu Maltzan an Bethmann Hollweg, A 126, 12.6.1913, ebd., R 17736; dieser Bericht wurde am 28.6.1913 vom Auswärtigen Amt zur vertraulichen Kenntnisnahme an Krupp v. Bohlen und Halbach, Villa Huegel, Essen gesandt, ebd.

diplomatische Arbeit“ schon nach „wenigen Monaten“ durchsetzen konnte, wurde ebenfalls in der deutschen Presse in besonderer Weise gewürdigt und hervorgehoben.[277]

Hält man an dieser Stelle kurz inne, so waren auch bezüglich der Berichterstattung Maltzans aus China zumindest einige wenige grundlegende Charakteristika auszumachen. Erkennbar ist, dass die vorliegenden Dokumente weder in direkter noch in indirekter Form von einer macht- bzw. kolonialpolitisch überzogenen oder gar chauvinistischen Tendenz durchzogen waren. Der Diplomat bemühte sich stattdessen sichtlich um eine sachliche, nüchterne Betrachtungsweise der vorhandenen politischen Phänomene und Probleme. In erster Linie ging es ihm auch in dieser Zeit vor allem um ein abgewogenes und, wie er es zuweilen nannte, „ruhiges Denken“[278] – letztlich jedoch damit in erster Linie um eine durchdachte, vernünftige Wahrung deutscher Interessen.

Diese Grundhaltung manifestierte sich darin, dass Maltzan bei unkonsolidierten Verhältnissen der außenpolitischen Führung in Berlin wiederholt die Einnahme einer vorsichtigen, abwartenden oder auch möglichst neutralen Haltung empfahl. Dies betraf zum Beispiel die Forderung, eine kritische, zuverlässige Prüfung von Anschuldigungen der chinesischen Regierung in Bezug auf „geheime“, gegen die Republik gerichtete „Umtriebe des Prinzen Kung in Tsingtau“ durchzuführen, bevor deutscherseits dazu eine Stellungnahme erfolge. Zudem wies der deutsche Geschäftsträger die Regierung in Peking in rechtlicher Hinsicht darauf hin, „dass einer Auslieferung völkerrechtliche Grundsätze entgegenständen; höchstens käme gegebenenfalls Ausweisung in Betracht.“[279]

Konstant blieb in diesem Rahmen allerdings immerzu das Streben nach einer wirtschaftlich möglichst fruchtbaren deutsch-chinesischen Zusammenarbeit: Gerade sie bildete in dieser Zeit das zentrale Element im Rahmen der diplomatischen Einflussnahme des Legationsrates auf die ihm anvertrauten Politikbereiche. Dass Maltzan dabei politische Sensibilitäten „delikater Natur“ sorgfältig berücksichtigte[280], mag zwar als selbstverständlich einzuschätzen sein. Eines wird aber auch hier wiederholt sichtbar: Politisches Wunschdenken, das die eigenen Kapazitäten überschreiten konnte, lag Maltzan fern. Überlegungen und Ausformungen dieser Art zogen bei ihm eine zynisch vorgetragene Mischung aus unterschwelliger Kritik, Empörung und Unverständnis nach sich.

Ein recht illustratives Beispiel für die Denkhaltung des jungen Diplomaten bildete die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der chinesischen Republik. Dazu gab es auf deutscher Seite zunächst unterschiedliche Voten: So hielt Prinz Heinrich in einem Schreiben an Wilhelm II. vom 15. April 1913[281] eine Anerkennung der Republik durch Deutschland „besonders im jetzigen Augenblick, nicht für wünschenswert“. Staatssekretär von Jagow erklärte hingegen im Reichstag, dass nach der Wahl des Präsidenten die Anerkennung der chinesischen Republik nunmehr durchaus in Erwägung zu

---

[277] Münchener Neueste Nachrichten, 24.9.1913, Ausschnitt in: PA, Personalakten Maltzan, Bd. Zeitungsartikel und Bilder 1927.

[278] Siehe die Verwendung dieses Begriffs z.B. bei Maltzan an Bethmann Hollweg, 17.6.1913, PA, R 17736. Eine Abschrift vom 24.6.1913 befindet sich bei ebd., R 18022.

[279] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 121, 9.6.1913, Abschrift vom 22.6.1913 in: ebd., R 17736; der Bericht ging vorab auch als Kurztelegramm Nr. 57 am 10.6.1913 beim Auswärtigen Amt ein, ebd. Die Übersetzung der von der chinesischen Regierung als Beweisstücke eingestuften Schriftstücke oblag dem Legationsrat und „Sprachenwunder“ Emil Krebs (1867 - 1930), vgl. hierzu Matzat, Krebs.

[280] Maltzan an AA, No. 78, Ankunft 12.7.1913, PA, R 17737. Hier heißt es u.a.: „Halte Eingehen auf chinesischen Wunsch aus politischen Gründen für Festigung deutscher Stellung bei Yüanshihkai und mit Rücksicht auf Aussichtslosigkeit (einer Rückkehr der) Mandschu [- Dynastrie, Anm.d.Verf.] dringend geboten. Ob und wie weit Erfüllung von chinesischem Entgegenkommen [gegenüber den deutschen, Anm.d.Verf.] Pukouwünschen abhängig zu machen, habe ich bei delikater Natur hiesiger Entscheidung überlassen.“

[281] Prinz Heinrich an Wilhelm II., 15.4.1913, ebd., R 17734.

ziehen sei. Erst müssten allerdings „gewisse Fragen“ einer Lösung zugeführt worden sein.[282]
Maltzan favorisierte in diesem Zusammenhang einen gemeinsamen Akkord der Großen Mächte, den er im Rahmen von diplomatischen Kanälen offenbar insbesondere im Zusammenwirken mit dem englischen Gesandten in Peking zu erreichen hoffte. So stellte er in einem Gespräch am 5. Juni 1913 dem britischen Gesandten in Peking, John Jordan, anheim,

> „ob es der Würde und der hier notwendigen Solidarität der europäischen Mächte nicht mehr entsprechen würde, wenn die hiesigen Vertretungen, die gleichlautende Instruktionen hätten, sich über einen gemeinsamen, unmittelbar nach erfolgter Wahl gleichzeitig vorzunehmenden Modus der Anerkennung einigten. Japan würde sich schon aus Eitelkeit dem Vorgehen der weissen Rasse anschliessen, und die Solidarität der Mächte würde auf die Chinesen einen heilsamen Eindruck machen. Andernfalls könne leicht das unerfreuliche Bild entstehen, dass in einem unwürdigen Rennen ein Missionschef dem anderen bei Abgabe der Erklärung zuvorzukommen suche.“[283]

Jordan habe Maltzan daraufhin „lebhaft mit dem Bemerken“ beigepflichtet, „auf der englischen Gesandtschaft würde ein solches solidarisches Vorgehen stets Entgegenkommen und Unterstützung finden.“[284]
Im Anhang zu einem Bericht vom 9. Juni 1913 übersandte Maltzan darüber hinaus einen Artikel des deutschen Journalisten Erich von Salzmann im „Tageblatt von Nordchina“ vom 8. Juni 1913[285], wo ebenfalls die Frage erörtert wurde, ob China für die neue republikanische Regierungsform überhaupt „reif“ sei. Der Diplomat bemerkte in Bezug auf diesen Artikel, dass dieser durchaus eine „objektive und zutreffende Beurteilung der Lage“ enthalte, „wie sie hier von den meisten ruhig denkenden und maßgebenden Persönlichkeiten geteilt“ würde. Er schlug insofern vor, den Beitrag von Salzmann „gegebenenfalls der heimischen Presse“ zugänglich zu machen.[286]
Grundlegende, freilich sich darin jedoch nicht erschöpfende Denk- und Handlungskategorien Maltzans wurden nachfolgend aber auch an machtpolitischen Konflikten deutlich: Das aufstrebende Japan war nicht gewillt, auf eine eigene Machterweiterung gegenüber dem geschwächten China zu verzichten.[287] Mit Bericht vom 20. Juni 1913 stellte Maltzan in dieser Hinsicht fest, die japanische Regierung würde „langsam aber zielbewusst ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss in China zu stärken suchen“ und „dem Präsidenten dadurch unbequem [...] werden, dass sie sein immerhin gespanntes Verhältnis zum Süden und zu den Kuomintangs für ihre Zwecke auszunutzen“ suche. Den Erfolg dieser japanischen Politik sah er zunächst darin, „dass treu dem chinesischen Sprichwort ‚Bissige Hunde muss man füttern, artige Hunde gehorchen von alleine‘, Japan von China stark umworben“ werde. Die Einflussmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik schätzte Maltzan hingegen aufgrund der eigenen schwachen Position abwägend als begrenzt ein. Mit einem illusionsfrei anmutenden Blick hieß es von seiner Seite aus dazu, die deutsche Außenpolitik sei „im Gegensatz zu den Mächten der Triple-Entente und Japan mit Rücksicht auf unsere geographische,

---

[282] Vgl. dazu den Artikel „Die Anerkennung Chinas“, Frankfurter Zeitung, 4.6.1913, Ausschnitt in: ebd., R 17736.
[283] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 119, 6.6.1913, ebd., R 17736.
[284] Ebd. Vgl. zu den Kooperationsbemühungen Maltzans mit der britischen Außenpolitik z.B. auch Maltzan an Bethmann Hollweg, A 138, 27.6.1913, ebd., R 17737 sowie die Abschrift eines Privatschreibens von Morrison an Maltzan vom 26. Juni 1913, Anlage zu ebd.
[285] Ausschnitt bei ebd., R 18075.
[286] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 122, 9.6.1913, ebd., R 18075
[287] Siehe dazu Maltzan an Bethmann Hollweg, A 137, 27.6.1913, ebd., R 17737.

politische und finanzielle Lage nicht imstande, einen etwa angedrohten Druck im gleichen Maße wie diese Mächte zu verwirklichen“. Zudem würde ein mögliches „Versagen“ des „angedrohten Drucks“ „sofort gegen uns ausgenutzt werden, und der beabsichtigte Erfolg“ könne dann sehr „leicht ins Gegenteil umschlagen.“ [288]

Einzig Erfolg versprechend schien dem Legationsrat daher eine flexibel zu gestaltende Handlungsoption zu sein, die sich auch in diesem Punkt um einen Akkord mit den anderen Mächten bemühte. Erneut favorisierte Maltzan zur Wahrung der deutschen Interessen eine noch verstärkte Anlehnung an der Haltung der englischen Außenpolitik:

> „Wir müssen eben weiter lavieren und, nachdem Amerika seine hiesigen Geschäfte augenscheinlich liquidiert hat, so gut es geht, in Übereinstimmung mit den übrigen Anleihe-Mächten und womöglich mit engerem Anschlusse an England jede sich bietende Gelegenheit zur Erweiterung unseres wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses ausnutzen.“[289]

Eine Orientierung an der Position Londons und ein politisches „Lavieren“ bei schwachen eigenen Kapazitäten nahm auch nachfolgend mehrfach eine Grundkonstante im außenpolitischen und diplomatischen Koordinatenfeld Maltzans ein. Gleichwohl war dieses „Lavieren“ nicht gleichzusetzen mit Formen sichtbar tendenziöser politischer Anbiederung. Der Legationsrat empfahl gerade im Hinblick auf den Umstand, dass „Freundlichkeiten“ in China „leicht als Zeichen von Schwäche ausgelegt“ werden, mit freundschaftlichen Versicherungen überaus behutsam umzugehen.[290] Dennoch warf Maltzan wenig später die Frage auf, ob drei Söhnen von Yuanshikai, die auf einer Europareise unter anderen Deutschland besuchten, nicht doch „besondere Aufmerksamkeiten erwiesen werden“ könnten.[291] Und über die Bereitstellung medizinischer Hilfe und Beratung für den seit einem „Sturz mit dem Pferde an Lähmungserscheinungen erkrankten, 36-jährigen Sohn Yuan Ko ting“, sah Maltzan bereits zuvor „eine weitere günstige Gelegenheit“, „indirekt auf die Entschlüsse des Präsidenten Einfluss zu gewinnen, und wichtige Informationen aus dem Palais zu bekommen.“[292] Des Weiteren signalisierte er Yuanshikai im Rahmen der anstehenden chinesischen Wahlen vertraulich seine Unterstützung.[293]

Die allgemeine politische Lage hatte sich in der Zwischenzeit weiter verschärft: Japan und auch Russland[294] verfolgten ihre Interessen nach Maltzans Perzeption und Berichterstattung im Sinne von klassischer Macht- und Gewaltpolitik, wobei der Legationsrat diesbezüglich unter anderem

---

[288] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 130, 20.6.1913, ebd.
Zur deutschen Haltung gegenüber Japan vgl. auch Rex an AA, Tel. No.34, Ankunft 24.7.1913, ebd., R 17738. Hier empfahl der deutsche Botschafter in Tokio dem Auswärtigen Amt, dass eine „etwaige heimliche Parteinahme Japans für Süd-China in deutschen Zeitungen nicht allzu sehr angegriffen“ werden sollte. „Solche Auslassungen“ seien „nutzlos“, schafften eine „Animosität der Japaner“ gegenüber Deutschland und „bereiten uns Schwierigkeiten“.

[289] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 130, 20.6.1913, ebd., R 17737.

[290] Ebd.

[291] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 146, 4.7.1913, ebd., R 18022.

[292] Abschrift A 16311 vom Bericht Maltzans vom 27.7.1913, ebd., R 18022; eine Abschrift befindet sich auch in ebd., R 17976.

[293] Maltzan an Bethmann Hollweg, A 144, 2.7.1913, ebd., R 17737. Der letzte Satz in Maltzans ursprünglichem Telegramm, das ebenfalls bei den Akten liegt, findet sich in der genannten Abschrift nicht mehr und wurde zuvor hschr. gestrichen. Es lautete: „Präsident erhält ohne Gefahr Kompromittierung durch sicheren Gewährsmann täglich deutsche drahtlose Meldungen und Ratschläge.", ebd., R 17738. Zur Unterstützung Yuanshikais mit Informationen vgl. auch Maltzan an Bethmann Hollweg, 23.7.1913, ebd., R 17739.

[294] Zum japanisch-russischen Geheimvertrag vom 8. Juli 1912 in Bezug auf China vgl. Rosen, (Bd.2), S.80f.

berichtete, dass man sich im chinesischen Außenministerium und in der Umgebung des Präsidenten „sehr indigniert“ über russische Erpressungsversuche und Drohungen geäußert habe.[295] Die „offiziöse“ ‚Peking Daily News’ machte zudem nunmehr ganz offen die Japaner für die revolutionäre Bewegung im Süden verantwortlich.[296]

Am 15. Juli 1913 übersandte Maltzan dem Auswärtigen Amt einen Bericht des Militärattachés vom 14. Juli 1913 über die Lage im Yangtse-Gebiet, und führte dabei aus, die Lage sei für Yuanshikai „umso schwieriger, als er die an der mongolischen Grenze in der Nordmandschurei stationierten Truppen mit Rücksicht auf die jüngste russische Haltung kaum nach dem Süden wird konzentrieren können.“[297] Mit Eingang vom 16. Juli 1913 meldete er nach Berlin, der Abfall der Südprovinzen stände unmittelbar bevor.[298]

Die damit einhergehende „Revolution in Südchina“ verstärkte die politischen Wirren abermals[299], wobei sich Maltzan offenbar um zuverlässige Informationen bemühte: Nach Erich von Salzmann habe er jedenfalls in dem „sehr heißen, schwülen“ Sommer 1913, als sich „das total reaktionär altchinesische, anti-revolutionär eingestellte Diplomatische Corps für die Abreise ins Seebad Peitaiho“ rüstete, von diesem „als Journalist“ immerzu sachliche Informationen gefordert, und zwar „Nachrichten ohne Schminke, ohne chinesische Intrige, ohne Details“. „Herr von Salzmann“, so habe Maltzan in diesem Kontext erklärt, „geben Sie mir Nachrichten, telefonieren Sie mir jeden Tag, aber bitte keine Ansichten, sondern positive, greifbare Nachrichten.“[300]

Der Diplomat warb nachfolgend zwar um einen gemeinsamen Einspruch der Mächte gegen die Politik Japans, das die Aufständischen in Südchina systematisch unterstütze. Allerdings, so berichtete er am 20. Juli 1913, müsse von vorneherein vermieden werden, dass „England damit die Früchte einer eventuellen Demarche allein zufallen.“[301] Das stetige Bemühen um eine nachdrückliche Wahrung deutscher Interessen war also für Maltzan bei aller Orientierung an der englischen Haltung selbstverständlich - eine Denkhaltung, die auch nachfolgend immer wieder zu Tage trat. Maltzan ergriff wohl nicht zuletzt deshalb verschiedene, insbesondere auch rüstungspolitische Unterstützungsmaßnahmen zu Gunsten der chinesischen Regierung, die allein deutsche Handschrift trugen.[302]

---

[295] Maltzan an Bethmann Hollweg, No. 161, 14.7.1913, ebd., R 17993, eine Abschrift bei ebd., R 17738. Zu den Spannungen zwischen China und Japan vgl. auch Maltzan an Bethmann Hollweg, 1.8.1913, ebd., R 18034.

[296] Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 165, 15.7.1913, ebd., R 17738 mit Eingangsdatum vom 27.7.1913, vgl. dazu auch das Telegramm Nr.81, das bereits am 15.7.1913 beim AA in Berlin einging, ebd., R 17737.

[297] Ebd., R 17910 Diese Nachricht war durch ein Telegramm Maltzans (Nr.80) bereits am 14.7.1913 beim Auswärtigen Amt in Berlin eingegangen, vgl. ebd., R 17737.

[298] Maltzan an AA, Nr.83, Ankunft 16.7.1913, PA, R 17737.

[299] Vgl. Berliner Tageblatt, 17.7.1913, Ausschnitt in: ebd sowie Maltzan an Bethmann Hollweg, 18.7.1913, ebd., R 17910 und Maltzan an AA, No. 84, Ankunft 18.7.1913, ebd., R 17737. Siehe des Weiteren Maltzan an AA, o.D., Ankunft 19.7.1913, ebd., R 17738 und Maltzan an Bethmann Hollweg, No. 170, 21.7.1913, ebd., R 17739.

[300] Salzmann, Maltzan (1929), S.207f.

[301] Maltzan an Bethmann Hollweg, 20.7.1913, PA, R 17739.

Zum außenpolitischen Hintergrund vgl. z.B. Kühlmann an Bethmann Hollweg, 13.4.1912, ebd., R 17726 sowie Kühlmann an Bethmann Hollweg, 12.6.1912, ebd., R 17728. Zur Haltung Russlands vgl. auch Berliner Tageblatt, 23.7.1913, Ausschnitt in: ebd., R 17738.

[302] In Bezug auf die Abhilfe bei dem eingetretenen Munitionsmangel durch einen Vertreter der Firma Krupp vgl. das Telegramm Maltzans No.89, das am 22. Juli 1913 beim Auswärtigen Amt einging, ebd.. Auch diese Mitteilung Maltzans wurde von Staatssekretär Jagow mit Telegramm vom 23.7.1913 Wilhelm II. in hschr. Abschrift zugänglich gemacht, Jagow an Wilhelm II., No. 204, ebd. Zur Sicherung „umfangreicher Munitionsersatzlieferungen“, vgl. dann Maltzan an AA, No.96, Ankunft 26.7.1913, ebd., R 17910. Auch dieses Telegramm wurde von Staatssekretär Jagow mit Datum vom 27.7.1913 unter der No.223 Kaiser Wilhelm II. zur Kenntnis übermittelt, vgl. dazu auch das Telegramm No. 88, o.D., ebenfalls bei ebd.

Die Situation selbst blieb jedoch weiterhin kritisch, wenngleich sie sich im Ganzen für den regierungsfreundlichen chinesischen Norden aussichtsvoll entwickelte.[303] Ein auf Gewalt verzichtender Kompromiss im Rahmen dieser Auseinandersetzung zwischen der Regierung in Peking und den chinesischen Südprovinzen hielt zudem auch Maltzan zu diesem Zeitpunkt für völlig unmöglich.[304]

Die klare deutsche Position zur Unterstützung der chinesischen Republik im Sinne eines politischen *do ut des* zog nachfolgend positive Tendenzen für die Durchsetzung deutscher Interessen nach sich: So bat Maltzan mit Datum vom 24. Juli 1913 Berlin um die Ermächtigung zu Verhandlungen mit der chinesischen Regierung im Hinblick auf die Zusage, dass diese „sich schriftlich verpflichten" wolle, bei der in Aussicht genommenen „Finanzierung und Ausbau Pukowhafens unter ausländischer Beteiligung [...] sich nicht an fremde Industrie oder Finanz zu wenden, ohne gleichzeitige Berücksichtigun(g) deutscher Offerten".[305] In der Hoffnung auf bald ruhigere Verhältnisse hielt Maltzan allerdings in allgemeiner Hinsicht eine geduldige, abwartende Vorgehensweise deutscherseits nach wie vor für notwendig:

> „Diese Zurückhaltung schien mir zunächst geboten, da der Chinese gegen alles, was ihm mit einem zu großen Eifer angeboten wird, einen gewissen Argwohn hat. Er erinnert darin auffallend an den Charakter einer Frau, die auch bei einem zu lebhaften Entgegenkommen die Passion verliert."[306]

Im Rahmen seiner Analyse der politischen Gesamtentwicklung mit Datum vom 30. Juli 1913 konnte Maltzan daher auch zwischenbilanzierend festhalten, dass sich der Einfluss der deutschen Gesandtschaft in der gegenwärtigen revolutionären Krise verbessert und in seinem Wert gesteigert habe. Das russische und französische Verhalten skizzierte er hingegen als opportunistisch und gegen einen deutsch-englischen Akkord ausgerichtet.[307] Die sich somit hier abermals andeutende Zusammenarbeit insbesondere zwischen der deutschen und englischen sowie teilweise auch der amerikanischen Chinapolitik aber schien für den Legationsrat ebenso eine grundlegende Orientierungsfunktion in der auswärtigen Politik Deutschlands zu beinhalten, wenngleich er dies nicht explizit deutlich machte: „Während der ganzen bisherigen Krisis" aber hätten, so führte Maltzan ergänzend aus, „die deutsche, englische und zuletzt auch amerikanische Gesandtschaft im engen Einverständnis gehandelt." Und hierbei seien alle möglicherweise zu ergreifenden

---

[303] Bereits am 15.7.1913 hatte Maltzan einen Bericht des deutschen Militärattachés vom 14.7.1913 über die Lage im Yangtse-Gebiet übersandt, ebd., R 17910, Maltzan an AA, Tel. No. 94, ebd., R 17738, siehe dazu auch Jagow an Wilhelm II, No. 217, 25.7.1913, ebd. Zur Dramatik der Situation in Schanghai vgl. Maltzan an AA, Tel. No. 92, Ankunft 23.7.1913; Tel. No.95, Ankunft 26.7.1913; Tel. No.98, 29.7.1913, alle bei ebd. sowie Maltzan an Bethmann Hollweg, 23.7.1913 und an AA, No.101, Ankunft 2.8.1913, beide bei ebd., R 17739.

[304] Vgl. Maltzan an Bethmann Hollweg, 21.7.1913 sowie Peking Daily News, 19.7. und 20.7.1913, Ausschnitt ebenfalls bei ebd.

[305] Maltzan an AA, Tel. No.93, 24.7.1913, ebd., R 17738.

[306] Abschrift A 16311 zum Bericht Maltzans vom 27.7.1913, ebd., R 18022, eine Abschrift befindet sich auch bei PA, R 17976. Siehe auch Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr.118, 11.7.1914, ebd., R 18023 in Bezug auf Freundlichkeiten gegenüber einem Sohn von Yuanshikai. Vgl. dazu auch die Vorlage für ein Schreiben an den Kriegsminister vom 31.7.1914, das auf ein damit verbundenes Buchgeschenk über deutsche Militär-Uniformen Bezug nahm, ebd.

[307] Vgl. Maltzan an Bethmann Hollweg, 30.7.1913, ebd., R 17739. Siehe auch Maltzans Wahrnehmung zum Verhalten des russischen bzw. französischen Gesandten bei Maltzan an Bethmann Hollweg, 30.7.1913, ebd. Am linken Rand der letzten beiden Sätze findet sich ein bislang nicht vollständig entzifferter hschr. Randvermerk, der vermutlich lautet: „(Für) einen Gallier paßt (das alles) zusammen!".

Maßnahmen „insbesondere zwischen der deutschen und englischen Gesandtschaft vorher eingehend besprochen worden“.[308]

Im Einzelnen verwies Maltzan in dieser Hinsicht unter anderem auch auf eine finanzpolitische Zusammenarbeit zwischen der englischen Honkong Bank und der Deutsch-Asiatischen Bank, deren Zusammenwirken es Yuanshikai „hauptsächlich zu verdanken (habe), dass die Situation zunächst günstig für den Norden aussieht.“ Allerdings war er nunmehr zugleich bemüht, die damit für beide Länder paritätisch erreichte Sicherung von politischen und wirtschaftlichen Vorteilen in China zu unterstreichen – ansonsten, so lautete seine Analyse, würde es England „bei einem endgültigen Sieg Yuanshihkai´s [sic] […] sicher nicht verfehlen, die günstige Konjunktur für sich auszunutzen“, obgleich Deutschland „zum mindesten ein gleiches Recht auf Berücksichtigung“ habe. Darüber hinaus dürfe es in der nächsten Zeit „mithin gegebenenfalls ganz besonders“ angebracht sein, „deutschen Wünschen bei der chinesischen Regierung eine günstige Aufnahme zu sichern.“[309]

Den wichtigsten chinesischen Akteur in dieser Zeit, Präsident Yuanshikai, deutete Maltzan als „im Grunde seines Herzens“ „Anhänger des monarchischen Systems“, der sich „nur durch die Ereignisse getrieben und weil ihn die Mächte nach der Schlacht bei Hankau im November 1911 im Stich ließen“ zur Übernahme der Präsidentschaft bereit erklärt habe. Sein Urteil über die bisherige Tätigkeit der chinesischen Parlamentarier fiel dagegen geradezu vernichtend aus:

> „Die unwürdige und erfolglose Tätigkeit des Parlaments und die letzten Aufstände im Süden haben zur Genüge gezeigt, dass die republikanische Staatsform und eine parlamentarische Regierung, abgesehen von allen anderen im chinesischen Volkscharakter schlummernden religiös-monarchischen Gefühlen, für China nicht geeignet ist.“[310]

Der Geschäftsträger in Peking hatte jedoch seine sachliche Begründung für diese Einschätzung nicht auf spürbar emotionalen, persönlichen staatstheoretischen Präferenzen, sondern im Hinblick auf die Frage aufgebaut, welche Lösung deutschen Interessen am besten gerecht werden konnte: „Falls Yuanshikai weiter siegreich bleibt und Nanking fällt“, so führte Maltzan in diesem Zusammenhang weiter aus, erscheine sogar „der Moment geeignet, der Revolution dadurch ein Ende zu machen, dass Yuanshikai selbst das Kaiserreich in der angedeuteten Form wieder proklamiert.“ Den Interessen Deutschlands würde „dadurch nur gedient sein, da ja die tatsächliche Regierungsgewalt Yuanshikais hierdurch gestärkt und gefestigt würde.“ Wenn der Sohn Yuanshikais ihm, Maltzan, gegenüber also „gelegentlich diese Möglichkeit“ erwähne, so werde er „nicht verfehlen, dieselbe als eine für alle Teile erfreuliche Lösung zu bezeichnen.“[311]

Die militärische Lage begünstigte in der Zwischenzeit weiterhin die chinesische Republik und die sie derzeit in überragendem Maße prägende Persönlichkeit: Am 6. Oktober 1913 wurde Yuanshikai

---

[308] Maltzan an Bethmann Hollweg, 30.7.1913, ebd., R 17739. Am linken Rand der letzten beiden Sätze befindet sich die hschr. Randkommentierung „gut“.

[309] Ebd. Hier heißt es u.a. Auch hier findet sich am linken Rand des letzten Satzes der in Berlin entstandene hschr. Randkommentar „gut“.

[310] Maltzan an Bethmann Hollweg, 1.8.1913, ebd., R 17739. Eine Abschrift (A 16779) befindet sich bei ebd., R 18005. An höchster Stelle in Berlin wurde zu dieser Textstelle Maltzans der hschr. Randkommentar ergänzt, die republikanische Staatsform sei „auch für andere Staaten nicht!“ geeignet.

[311] Ebd. Hierzu lautete die hschr. Kommentierung am linken Rand „gut“ bzw. „ja“. Der Bericht Maltzans wurde auch an die Vertretungen in London, Washington, Petersburg und Tokio weitergeleitet. Zur Debatte, ob sich die republikanische Staatsform für China eigne, vgl. bereits Kühlmann an Bethmann Hollweg, 16.9.1912, ebd., R 17731.

offiziell „im dritten Wahlgang mit 507 Stimmen auf fünf Jahre zum Präsidenten der chinesischen Republik gewählt".[312] Die vorherige deutsche Haltung zahlte sich nunmehr aus: Auch wenn die chinesische Regierung eine teilweise nicht unproblematische „gemeinsame deutsch-englische Ausführung" von Wirtschaftsprojekten anstrebte, so zog Maltzan im Ganzen doch eine positive Bilanz für die Entwicklung deutscher Wirtschaftsinteressen, insbesondere im Hinblick auf den Eisenbahnbau.[313] Allerdings kam ihm dieser Erfolg nicht alleine zu. Von Seiten der deutschen Presse wurde in diesem Zusammenhang eher die Tätigkeit des Gesandten Haxthausen und des ebenfalls an der deutschen Gesandtschaft in Peking tätigen deutschen Diplomaten Seckendorff lobend gewürdigt.[314]

Am 19. November 1913 trat Maltzan einen Heimaturlaub an, der ihn über Sibirien nach Deutschland zurückführte.[315] Zwar war die damit verbundene Übernahme der Geschäftsträgertätigkeit durch Seckendorff offenbar schon seit längerem einvernehmlich vorbereitet worden. Dennoch wurde der Wechsel bzw. Urlaubsantritt Maltzans nach dessen eigenen Angaben von bestimmten politischen und publizistischen Kräften in Peking „als Desavouierung bisheriger Yuan-shih-kai wohlwollender Politik ausgenutzt".[316]

Die Würdigung der Arbeitsleistung des jungen Diplomaten beschädigte dieser Sachverhalt freilich nicht, zumal seine Tätigkeit in Peking schon in den Monaten zuvor mehrfach Lob gefunden hatte. So hieß es in einem Schreiben Seckendorffs vom 12. August 1913, der chinesische Präsident habe geäußert, dass ihn „die moralische Unterstützung der Kaiserlichen Regierung in dieser ganzen Zeit mit besonderem Dank" erfülle und er dabei „der freundschaftlichen Haltung und dem klaren Verständnisse des bisherigen Kaiserlichen Geschäftsträgers Freiherrn von Maltzan Worte besonderer Anerkennung" entgegenbringen wolle.[317] Und mit Datum vom 15. Oktober 1913 sollte Maltzan in einem von der Zentrale des Auswärtigen Amts zu entscheidenden Ordensantrag ebenfalls Lob in Bezug auf seine bisherige Arbeit in China zuteil werden, wobei hier zugleich darauf hinwiesen wurde, dass sich Maltzan auch auf seinen anderen „bisherigen Auslandsposten wohl bewährt" habe:

---

[312] Vgl. Maltzan an AA, Tel. No.103, 3.8.1913 und No. 104, 5.8.1913, ebd. (PA, R 17739). Siehe in diesem Zusammenhang auch Kölnische Zeitung, 7.8. und 15.8.1913 und Täglichen Rundschau, 18.8.1913, Ausschnitte bei ebd., den Artikel mit dem Titel „Zur chinesischen Krisis, Peking Anfang August", Frankfurter Zeitung, 26.8.1913, sowie Kölnische Zeitung, 29.8.1913 u.a. mit dem Kommentar „das alles sieht nach einer künftigen Militärdiktatur aus", Ausschnitte bei ebd., R 17740 und dann weiter auch die Tägliche Rundschau, 7.10.1913, Ausschnitt bei ebd., R 18023.
Zur offiziellen Beisetzung des am 14.11.1908 verstorbenen Mandschu-Kaisers am 13.12.1913 „nach altem mandschurischen Ceremoniell" und mit dem „Stempel einer nationalen Trauerfeier", die dem chinesischen Präsidenten eine „sehr günstige" Beurteilung eingebracht habe, vgl. Haxthausen an Bethmann Hollweg, 15.12.1913, ebd., R18006. Die Anerkennung der chinesischen Republik durch sämtliche Großmächte wurde für den darauffolgenden Tag erwartet.

[313] Maltzan an AA, No.102, ebd., R 17739 (Abschrift A 15808). Zum Eisenbahnbau vgl. z.B. die Abschrift einer G.A. Maltzans für den Gesandten v. Haxthausen vom 29.12.1913, ebd., R 17876. Siehe auch „Neue deutsche Bahnbauten in China", Frankfurter Zeitung v. 23.12.1913, Ausschnitt bei ebd. (mit Landkarte), dazu an gleicher Stelle auch Haxthausen an Bethmann Hollweg, 8.1.1914. Vgl. dann weiter ebenso den Artikel „Ein deutscher Erfolg in Schantung", Leipziger Neueste Nachrichten, 20.1.1914, Ausschnitt bei ebd.

[314] Vgl. Berliner Tageblatt, 20.2.1914, Ausschnitt in: ebd., R 17877 sowie Kölnische Zeitung, 25.1.1914, Ausschnitt in: ebd., R 17876.

[315] Haxthausen an Bethmann-Hollweg, 19.11.1913, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 1910-1919, 100. Siehe in diesem Zusammenhang auch bereits Maltzan an AA, 6.5.1913 unter Bezugnahme auf eine Privatkorrespondenz mit dem Personalreferenten, dem Grafen Botho Wedel, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 087 sowie Maltzan an Bethmann Hollweg, 27.7.1913, ebd., 091.

[316] Maltzan an AA, Tel. No. 90, Ankunft 23.7.1913 sowie Maltzan an Bethmann Hollweg, 24.7.1913, ebd., R 17976.

[317] Vgl. Seckendorff an Bethmann Hollweg, 12.8.1913, ebd., R 18022.

> „In Peking ist es ihm gelungen, enge Fühlung mit den neuen Machthabern zu gewinnen und insbesondere die besten persönlichen Beziehungen zu Yuanshikai zu unterhalten. Diese guten Verbindungen v. Maltzans haben wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland bei der Besetzung der fremden Beraterstellen in weitgehendem Maße mitberücksichtigt ist und dass die Verhandlungen über die Regelung der schwebenden Schantungbahnfragen voraussichtlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Die Gesandten Freiherr von Seckendorff und von Haxthausen befürworten die Dekorierung von Maltzans aufs wärmste.“[318]

Ein weiterer erfolgreicher Weg im kaiserlichen auswärtigen Dienst schien vor diesem Hintergrund also für Maltzan vorprogrammiert zu sein.

Auch das Privatleben des jungen Diplomaten erfuhr kurze Zeit später eine glückliche Fügung und Entwicklung, die zusätzliche innere Zufriedenheit und Stabilität versprach: Während seines Urlaubes gab Maltzan unter dem 19. Januar 1914 dem Auswärtigen Amt seine Verlobung bekannt, wenige Monate später heiratete er.[319] Auf der danach erfolgenden Rückreise nach China mit dem Zug trafen Maltzan und seine Frau einige Stunden hinter Charbin, „kurz nach Mittag des 12. Juni 1914“ mit dem deutschen Gesandten in Peking, von Haxthausen, zusammen, der mit dem „aus Peking kommenden Zug in Richtung Moskau auf der anderen Perronseite“ einfuhr. Da sich der Gesundheitszustand Haxthausens zu diesem Zeitpunkt bereits „rapide verschlechtert“ hatte, wurde nunmehr Maltzan erneut die kommissarische Geschäftsträgerschaft übertragen.[320] Nach seiner Wiederankunft in Peking übernahm der Legationsrat daraufhin ab dem 13. Juni 1914 die „ganze Verantwortung“[321], zumal Haxthausen kurz darauf verstarb, offenbar „gerade noch in Berlin angekommen“.[322] Maltzan soll zudem, so hieß es in den Tagebuchaufzeichnungen seiner Frau, schon wenige Tage später „furchtbar überlastet“ und „fast Tag und Nacht ohne rechte Ruhe“ gewesen sein.[323]

---

[318] Ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 1910-1919, 093ff.
Siehe dazu auch das Schreiben Maltzans aus „Gross Luckow“ an Bethmann Hollweg vom 6.12.1913, ebd., Bd.2, 102. Zur „Genehmigung zur Annahme des mir vom Präsidenten der Republik China verliehenen Chia ho Ordens II. Klasse“, Maltzan an AA, 1.12.1913, ebd., 104.

[319] Vgl. Maltzan an Bethmann-Hollweg, 19.1.1914, ebd., 107. Maltzan hatte seine Frau, Edith Gruson, Tochter des Magdeburger Stahlindustriellen Hermann Gruson (insofern unzutreffend Kochan, S.45), bereits „vier Jahre zuvor“ bei einem Ski-Urlaub in St. Moritz kennen gelernt, Peking 1914-1917, S.11; zur Verlobungsanzeige siehe ebd., 108. Unter dem 24. Januar 1914 bat Maltzan um eine Verlängerung seines Urlaubes bis zum 1. Mai, ebd., 110. Siehe auch das Schreiben v. Wedel an H. Gruson vgl. 25.5.1914 Magdeburg bzgl. des Wunschs einer Versetzung Maltzans nach Europa, ebd., 114.
Zur Persönlichkeit und zum Kunstverständnis Edith von Maltzans vgl. Peking 1914-1917, 28.7.1914, 2.2.1915, S.38, S.79; zur Selbstbeschreibung als Diplomatengattin z.B. ebd., 14.7.1914, S.34f.; zur Harmonie der Ehe z.B. ebd., 24.6., 8.10., 25.12.1914, 7.4.1915 (1.Hochzeitstag), S.28f., S.53, 65f., 91f.; zur Beschreibung der Wohn- und Lebensverhältnisse in Peking z.B. ebd., 11.2.1916, 12.2.1916, 5.3.1916, S.134, S.136, S.138. Zur Geburt der Tochter am 6. Oktober 1919 siehe auch PA, Personalakten Maltzan, Bd.3, 1919-1943, 027.

[320] Zur Reisebeschreibung via Warschau, Moskau, Pensa, Onfa, durch den Ural, Krasnojask, Irkutsk, Baikal, Mandschuria bis nach Charbin und Chang Chun und von dort aus mit einem „excellenten japanischen Zug“ weiter auf der von den Japanern gepachteten Bahnstrecke“ siehe im einzelnen Peking 1914-1917, S.12ff. Hier heißt es unter dem 4.6.1914 bzgl. der Weiterfahrt nach der Station in Moskau: „Wir haben es jetzt besonders angenehm, da wir von der Bahnverwaltung, auf besonderen Hinweis von Agos russischen Freunden gestern bei der Abfahrt in Moskau nun zwei Coupés zugeteilt bekamen [...]“, Peking 1914-17, 4.6.1914, S.14.

[321] Ebd., 13.6. und 15.6.1914, S.23.

[322] Ebd., S.20f.

[323] Vgl. u. a. ebd., 17.6.1914, S.26. Hier heißt es u.a.: „Gestern war er [Maltzan, Anm.d.Verf.] von 8 Uhr früh bis in die Nacht um 1:30 teils im Büro, teils mit anderen Gesandten und bei den hiesigen Ministerien.“

4. „Aber zu unserem größten Bedauern hatte man in Berlin für dies friedliche Arrangement überhaupt keinerlei Verständnis!“ – China im Weltkrieg

Als deutscher Geschäftsträger war Maltzan zunächst bemüht, die vorherigen politischen Stützungsmaßnahmen, die der chinesischen Republik zuvor von deutscher Seite aus zuteil geworden waren, nun auch in konkrete, insbesondere wirtschaftliche und finanzielle Erfolge umzusetzen: So verhandelte er in der Zeit vom 17. bis zum 26. Juni 1914 offenbar erfolgreich mit dem Sohn Yuan-shi-kai´s, Yuan-ku-ting, über eine Entschädigung für die deutscherseits durch die Revolutionsunruhen entstandenen Schäden.[324] Mit der Abfahrt zur Sommer-Residenz im „europäisch“ wirkenden Seebad Peitaiho ab dem 29. Juni 1914[325] übermittelte der Legationsrat dem Auswärtigen Amt zudem einen Abschlussbericht über die „kommissarische Verhandlungen zur Regelung der Einzelheiten der Schantung-Eisenbahnfragen“[326], die am 24. Juni abgeschlossen worden seien. Maltzan machte demnach der chinesischen Regierung klar, „Deutschland habe sich bisher mit Rücksicht auf seine besonders freundschaftlichen Beziehungen zu China, trotz des Drucks der öffentlichen Meinung, mit formellen Kompensationsforderungen zurückgehalten und sich lediglich darauf beschränkt, bei der chinesischen Regierung seine späteren Eisenbahnwünsche anzumelden.“ Neben der Einhaltung von Zusagen seitens des Finanzministers in Peking erscheine es jetzt aber ausgeschlossen, „dass die chinesische Regierung gerade eine von Deutschland mit Rücksicht auf die englischen Bahnkonzessionen erbetene Bahnstrecke an eine englische Gesellschaft aushändigen werde.“ Aus den Akten geht des Weiteren hervor, dass die Bedeutung dieser Projekte für die gesamte deutsche Chinapolitik in Berlin von den dort zuständigen Referenten dem Kaiser erläutert wurde.[327]

Die innerchinesische Entwicklung, die gegenwärtig eine Wiederbelebung „dynastischer Anzeichen“ erfuhr, bezeichnete Maltzan in Bezug auf China als „Rückkehr zu gesünderen konservativen Ideen.“ Doch auch hier ließ sich aus einer solchen Aussage nicht zugleich auch die eigene politische oder verfassungspolitische Präferenz des Berichterstatters erkennen: „Die neue chinesische Verfassung“, so führte Maltzan ohne grundsätzliche Abneigung gegenüber demokratischen Elementen aus, sei ja bereits ohnehin „monarchischer“ „als die deutsche“. Ein Element der persönlichen Einstellung Maltzans ließ sich allenfalls indirekt aus seiner Analyse der Position Yuanshikais entnehmen. Denn hierbei sprach der Diplomat der chinesischen Führung vor allem auch dahingehend Anerkennung aus, dass diese seiner Ansicht nach bislang überlegt und behutsam vorgegangen sei:

> „Bei den bisherigen geschickten, zielbewussten und spontanen Handlungen auffallend abgeneigten Politik Yüan Shih kai´s darf man in seinem und Chinas Interesse hoffen und annehmen, dass er die anscheinend beabsichtigte Rückbildung zur monarchischen Staatsform ebenso vorsichtig und allmählich wie alle seine bisherigen Pläne durchführen wird. Von einer tatsächlichen Wiedereinsetzung der Mandschus kann meiner Ansicht (nach) dabei allerdings keine Rede sein. Dazu ist der Hass Yüan Shih

[324] Vgl. ebd., 17.6.1914, S.26; 19.6.1914, S.27; 26.6.1914, S.29.
[325] Siehe ebd., 24.6.1914, S.29 und 2.7.1914, S.30f.
[326] Eine Abschrift dieses Berichtes findet sich unter der Nr. A 13714 bei PA, R 17878
[327] Vgl. dazu die Telegramme Maltzans vom 16.6., 19.6 und 24.6.1914 sowie die zeitlich dazwischen liegenden Instruktionen des AA vom 20. und 22.6.1914, alle Schreiben bei ebd. Siehe dann weiter auch Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 119, 10.7.1914 sowie Maltzan an Brackle, 10.7.1914, beide bei ebd. und Maltzan an Foerster, 25.7.1914, ebd., R 17879.

> kai´s zu unversöhnlich und seine und seiner Familie Herrscherfreude bereits zu gross.“[328]

Ingesamt betrachtet war die in der ersten Hälfte 1914 zu konstatierende Ausgangslage für die künftige deutsche Chinapolitik zumindest aus der Perspektive Maltzans durchaus als günstig und viel versprechend zu bezeichnen. Diese positiven allgemeinen politischen Voraussetzungen und Ansatzpunkte sollten allerdings wenig später durch den tiefen welthistorische Einschnitt in Frage gestellt werden, der alle bis dato bekannten politischen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Großen Mächten in den Schatten stellte.

Von der Einmündung der Juli-Krise 1914 in den Ersten Weltkrieg erfuhr Maltzan während eines Aufenthalts in der Sommer-Residenz der deutschen Gesandtschaft im Seebad Peitaiho, was seine sofortige Rückreise nach Peking notwendig machte.[329] Die Kriegserklärung der „nervösen Großmacht“[330] Deutschland an Russland und der Beginn des deutschen Eindringens durch Luxemburg und Belgien nach Frankreich war für das Ehepaar Maltzan in Peking dabei alles andere als mit Enthusiasmus verbunden: „All (das) Schreckliche in Europa“ zog vielmehr tiefe Sorgen nach sich.[331] Niedergeschlagenheit und Unverständnis über die Entscheidungen der eigenen außenpolitischen Führung in Berlin und den erschütternden, „grauenhaften Krieg“ äußerten sich zudem auch nachfolgend mehrfach. Ein Beispiel dafür war unter anderem die Versenkung der „Lusitania“ Anfang 1915.[332]

Für die deutsche Position in China drohte jetzt ganz offen Gefahr. Denn die japanische Regierung begann nunmehr mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht, „den himmlischen Segen auszukosten“, der, so drängte einer der älteren Staatsmänner, Regierungschef Ôkuma, im Sommer 1914, „uns durch die europäischen Wirren zuteil wird.“[333] Und eine für die deutsche Chinapolitik maßgebliche Entwicklung war in diesem Kontext zudem im Grunde in klarer Weise prognostizierbar: Würde Japan auf der Seite der Alliierten in den Weltkrieg eintreten, so war der Fall des deutschen Pachtgebietes Kiautschou sowie die Vernichtung der deutschen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Position in China nur noch eine Frage der Zeit.

Maltzan hatte diese Situation offenbar schon früh und illusionsfrei erkannt. Nach dem Nachruf Erich von Salzmanns aus dem Jahre 1929 verhandelte er seit dem 1. August 1914 mit der chinesischen Regierung: und zwar über eine rechtzeitige, einvernehmliche Rückgabe Kiautschous bzw. Tsingtaus

---

[328] Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 124, o.D., PA, R 18023. Zur „Verminderung der japanischen und englischen Besatzungstruppen in Nordchina siehe Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 122, o.D., ebd., R 17911. Zur Tibet-Problematik vgl. Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 107, 18.6.1914, ebd., R 18059.

[329] Vgl. Peking 1914-1917, 1.7., 28.7. und 31.7.1914, S.30, S.38, S.39. Zur Entstehung des Ersten Weltkrieges bzw. zur Juli-Krise 1914 vgl. den Beitrag von Schröder, „Ausgedehnte Spionage“, u.a. S.430f. sowie ders., Das deutsche Reich und die Verhandlungen über eine anglo-russische Marinekonvention am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Siehe ansonsten u.a. Landon, The Long Debate; Bestuschew; Hamilton/Herwig; Neitzel; Schöllgen, Flucht in den Krieg?; Berghahn, Der erste Weltkrieg und die Edition „Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges“.

[330] Vgl. den entsprechenden Haupttitel bei Ullrich, Die nervöse Großmacht.

[331] Peking 1914-1917, 3.8.1914, S.40ff. Zur Überweisung von Geldbeträgen an Edith v. Maltzan durch ihren Vater Hermann Gruson siehe die Korrespondenz mit dem AA vom 30.9., 4.10. und 5.10.1914 und vom 10.1.1915, PA, Personalakten Maltzan, Geldangelegenheiten, Bd.1, 095ff. bzw. 105ff. Siehe zur Beruhigung des Schwiegervaters auch das Schreiben Maltzan an Gruson vom 8.3. 1915, Peking 1914-1917, S.87f. sowie vom 4.5.1915, ebd., S.95f.

[332] Peking 1914-1917, 4.8. und 5.8.1914, S.40f; 10.5.1915, S.99; 12.10.1915, S.118. Zur Kriegserfahrung in Deutschland übergreifend vgl. hingegen den Sammelband von Thoß/Volkmann.

[333] Tominaga, S.145, nachfolgend zu den politischen und wirtschaftlichen Hintergründen der japanischen Kriegszielpolitik.

an China - aufgrund der unterbrochenen Telegrammleitungen allerdings vorübergehend ohne Rücksprachmöglichkeit mit der außenpolitischen Führung in Berlin. Maltzan verfolgte dabei vor allem das Ziel, „China aus dem Weltkrieg herauszuhalten und ihm jeden, auch den leisesten Grund zum Eintritt zu nehmen.“[334]

Gleiches galt im Grunde ebenso für Japan. Denn in Bezug auf die aggressive Politik der japanischen Regierung strebte diese Strategie eine politisch schmerzhafte, kontrollierte Reduzierung der deutschen Position in China an, die aber dadurch insgesamt weiterhin Gewicht behalten und beanspruchen konnte: Würde Deutschland Tsingtau und das Pachtgebiet Kiautschou freiwillig an China zurückübertragen, so konnte Japan keinen Grund angeben, militärische Maßnahmen gegen die renommiertesten deutschen Stützpunkte in China zu ergreifen, zumal eine militärische Verteidigung gegen einen japanischen Angriff aufgrund der eingeschränkten deutschen Kapazitäten vor Ort ohnehin von vorneherein aussichtslos schien.[335]

Die hier vorliegenden Quellen bestätigten diese nachträglichen Ausführungen des Journalisten Salzmann zumindest teilweise: Allerdings schlug der deutsche Geschäftsträger genau genommen Yuanshikai vertraulich vor, die chinesische Regierung solle selbst eine Rückgabe der Pachtgebiete offiziell anregen. Bei den Akten befindet sich insoweit ein Telegramm Maltzans vom 4. August 1914, in dem er der Zentrale in Berlin mitteilte, der chinesische Präsident habe ihm vertraulich seine Absicht mitteilen lassen, „bei den Mächten (eine) Neutralisierung der drei Pachtgebiete Kiautschou, Wei-hai-wei und Kuang chou-wan zu beantragen“, wobei ihn ein Mitglied des chinesischen Auswärtigen Amts „offiziös“ um Deutschlands Ansicht dazu gebeten habe. Maltzan antwortete demnach, er glaube, dass Deutschland diesem Plan nur näher treten könne, „falls alle interessierten Mächte zustimmten und Garantie für wirksame Durchführung (einer) Neutralisierung geben würden.“[336]

Maltzan berichtete weiter, er habe die deutschen Verantwortlichen in Tsingtau benachrichtigt und darüber hinaus auch mit dem englischen Gesandten die Frage einer Neutralisierung der Konzessionen in Tientsin, Schanghai und Hankau besprochen. Diese zuletzt genannte „Maßnahme“ wollte er allerdings „mit Rücksicht auf Dringlichkeit ohne weitere Rückfrage im Diplomatischen Korps vertreten“, womit sich ein zwischenzeitlich über Umwege doch aus Berlin eingegangenes Antworttelegramm einverstanden erklärte.[337]

Auch hier geht aus der Haltung des Diplomaten insgesamt hervor, dass er sich aufgrund der schwachen deutschen Lage in China um eine ihm aus realpolitischen Gründen notwendig erscheinende Abkühlung des Krisenherdes bemühte. Die politische Einsamkeit Maltzans im Rahmen dieser Überlegungen blieb jedoch vorerst bestehen: Der Legationsrat war zu dieser Zeit nach eigenen Angaben der „einzige deutsche diplomatische Vertreter im ganzen fernen Osten“, der wohl auch vor diesem Hintergrund im August 1914 aus der Sicht seiner Frau „rasend“, „entsetzlich viel“ und „Tag

---

[334] Salzmann, Maltzan (1929), S.210.

[335] Vgl. zu Tsingtau als „casus belli“ und insbesondere auch zum militärischen Verlust des „Japanese Siege of Tsingtau“ die Studie von Burdick, die Maltzan nicht namentlich erwähnt.

[336] Tel. Maltzan Nr. 54, 4.8.1914, PA, R 21301. Die Vorlage trägt links den mschr. Randvermerk: „Den vier Militärstellen mitgeteilt.“

[337] AA an Gesandtschaft Peking, „Antwort auf Tel. No. 54“, ebd. Die Vorlage trägt u.a. die Paraphe Montgelas vom 4.8. und eine Paraphe wohl von Jagow vom 5.8.(1914).
Zu Adolf Graf von Montgelas (1872-1924), ab 1920 deutscher Botschafter in Mexiko, vgl. Bringmann, Handbuch der Diplomatie 1815-1963, S.125.

und Nacht zu tun“ hatte. Dennoch, so schrieb Edith von Maltzan Mitte August 1914 an ihre Eltern, blieb es „recht fraglich“, ob ein Angriff der Japaner noch zu vermeiden sei.[338]

Diese Skepsis war berechtigt: Mit Ablaufdatum vom 15. August 1914 hatte Japan Deutschland ein Ultimatum gestellt, „das die Zurückziehung der deutschen Kriegsschiffe aus den japanischen und chinesischen Gewässern und die Auslieferung des deutschen Pachtgebietes Kiautschou forderte“. Ein Telegramm Bethmann Hollwegs, das dieser am 17. August 1914 aus Koblenz zunächst an den Unterstaatssekretär Zimmermann in Berlin sandte, beachtete diese Ablauffrist nicht und reagierte damit auf den über die Sondierungen Maltzans vermittelten Vorschlag negativ, „den fernen Osten zu neutralisieren“ - obgleich auch den Vereinigten Staaten ein großes Interesse zugesprochen wurde, „dass Kiautschou nicht an Japan fällt“.

Demgegenüber erklärte der deutsche Reichskanzler - in Bezug auf die tatsächliche militärische Stärke Deutschlands in Ostasien mit einer geradezu sinnlos und naiv anmutenden Fehlprognose - , es sei „hier beschlossen worden, im Falle des Nichtzustandekommens der Neutralisierung des Ostens Kiautschou so lange als möglich zu halten, sowohl des moralischen Eindrucks wegen, als weil es nicht ausgeschlossen erscheint, dass die Ereignisse in Europa vor dem schließlichen Fall Kiautschous eine Änderung der Lage herbeiführen.“ Eine Übergabe an Japan käme jedenfalls auf keinen Fall in Frage und „auch die ebenfalls erwogene Übergabe an China würde den definitiven Verlust bedeuten“. „Beim Versuch des Haltens“ blieben dagegen angeblich noch gewisse „Möglichkeiten offen“.[339]

Die Vermittlungsbemühungen Maltzans blieben bei den Verantwortlichen in Berlin ebenso nachfolgend ohne entscheidenden Nachhall, Einfluss oder Durchsetzungsvermögen, auch wenn gewisse, China-politisch und landeskundlich gut informierte Stimmen in Berlin[340] offenbar eine ähnliche Empfehlung wie Maltzan abgaben. So hieß es in einem am 18. August 1914 vom deutschen Botschaftsrat in Washington, Haniel von Haimhausen, an Montgelas in die Zentrale nach Berlin weitergeleiteten Telegramm Maltzans unter anderem, der deutsche Geschäftsträger in Peking drahte, „that landlord [gemeint war offenbar die chinesische Regierung, Anm.d.Verf.] has charged representative in Berlin to propose him return lease territory on account of present difficulties regarding expected engagement with Miss Butterfly”[341], womit also offenbar die japanische Regierung bezeichnet und die Zustimmung Pekings zu dem Vorschlag des deutschen Geschäftsträgers signalisiert wurde.

Während Maltzan die aus seiner Sicht inhaltlich entscheidenden Verhandlungen am 21. August 1914 offenbar in Anwesenheit der beiden Sekretäre der amerikanischen Gesandtschaft mit Vertretern der chinesischen Regierung führte und dabei zudem den Wunsch verfolgte, „die Neutralen, wie Amerika, die Holländer und Dänen, jetzt besonders (zu) soignieren“ und in diesen Vorgang miteinzubinden[342],

---

[338] Peking 1914-1917, 15.8. und 18.8.1914, S.43.

[339] Tel. Bethmann Hollweg Nr. 1, 17.8.1914, PA, R 21301.

[340] Bei den Akten befindet sich auch ein hschr. entziffertes Tel. ebenfalls vom 18. August 1914, dass von “Carl A. Landau“ offenbar an das AA gerichtet wurde. Hier heißt es u.a.: „(A)ls alter Ostasienkenner erlaube ich mir sofortige Übergabe oder Verkauf Kiautschou(s) an China in Anregung zu bringen.“, ähnlich auch ein Tel. von „Werner Schmid“ sowie ein Schreiben des „Vaterlandsfreundes Dr. Erb“ vom 19.8.1914, ebd., die ebenfalls von Montgelas abgezeichnet wurden. In dem zuletzt genannten Schreiben heißt es u.a., im gegenwärtigen Moment einen Krieg gegen Japan um Kiautschou zu führen, „würde vollständig irrig sein.“

[341] Ebd., R 21301.

[342] Maltzan an Gruson, 30.8.1914, Peking 1914-1917, S.47.

kam es innerhalb der deutschen Diplomatie dann auch noch zu verzögernden, gravierenden Fehlmeldungen: So musste die „ganz geheime“ Meldung des Chef des Admiralstabes der Marine vom 20. August 1914, der Geschäftsträger in Peking halte eine Übergabe Kiautschou´s an China für „aussichtslos wegen Protestes seitens Japans und Englands“ noch am gleichen Tag als eine „falsch chiffrierte“ Mitteilung korrigiert werden. Maltzan habe hingegen genau das Gegenteil, die deutsche Rückgabe von Kiautschou an China, vorgeschlagen.[343]

Jedoch fiel auch diese erneute und nachdrückliche Empfehlung des Legationsrates, einer sofortigen Umsetzung der von ihm erwirkten und geführten Vorverhandlungen hinsichtlich einer so bald wie möglich vorzunehmenden deutschen Rückgabe Tsingtaus an China zuzustimmen, bei der Führung in der Berlin auf keinen fruchtbaren Boden. In der Deutschen Tageszeitung vom 22. August 1914 hieß es diesbezüglich dann sogar einfach lapidar, „auf die Forderungen Japans“ habe die „deutsche Regierung keine Antwort zu geben.“[344]

Am 23. August 1914 erklärte Japan Deutschland den Krieg und trat damit auf Seiten der Alliierten in den sich damit auch auf Ostasien ausweitenden Weltkrieg ein.[345] Maltzan meldete diese für ihn sicherlich nicht mehr überraschende Entwicklung durch ein verschlüsseltes, aber gewiss nicht, wie Salzmann es im Nachhinein tat, „als harmlose Verlobungsanzeige“ zu charakterisierendes Telegramm. Denn die von ihm hierbei verwendete, markante Wortwahl ging letztlich durchaus mit einer gewissen Zynik insbesondere gegenüber der in Berlin entschiedenen Ablehnung seiner vorangegangenen Vorschläge einher:

„Meine Verlobung mit Miss Butterfly ist gelöst!“[346]

Gustav Stresemann verwies in seiner Gedenkrede 1927 in erster Linie auf die vorangegangenen, vergeblich um rechtzeitige Deeskalation bemühten Handlungsvorschläge des jungen Diplomaten. Er betonte dabei insbesondere die für jede praktische Politik unentbehrliche Tugend und Fähigkeit zur versierten, begründeten und niemals selbstüberschätzenden *Prévoyance*, wenn er zurückblickend anmerkte, dass Maltzan eben in jenen Jahren „draußen im fernen Osten der kühne Erfasser der Situation, der Verkünder neuer Ideen gewesen“ sei.[347]

---

[343] Siehe dazu die entsprechenden Dokumente bei PA, R 21301.

[344] „Die Antwort an Japan“, Deutsche Tageszeitung, 24.8.1914, Ausschnitt in: PA, R 21301.

[345] Vgl. Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.359. Siehe dazu auch die Äußerungen von Giichi Tanaka vom Generalstab der japanischen Armee im August 1914: „Wenn wir nicht bei dieser goldenen Gelegenheit das China-Problem, das wichtigste im Fernen Osten, lösen und eine dauerhafte Grundlage für unser Reich legen, werden wir für immer die Chance verpassen.“, zit. nach ebd., S.363. Vgl. dazu auch Tel. Reichenau Nr. 118, PA, R 21301 sowie den Artikel von Otto Hoetzsch in der Neuen Preußischen Zeitung vom 20.8.1914 unter dem Titel „Japans Ultimatum“, Ausschnitt bei ebd., sowie die Frankfurter Zeitung, 26.8.1914 unter dem Titel „Japans Raubzug“ und die Deutsche Tageszeitung vom 29.8.1914 mit dem Titel „Der Wortlaut der Japanischen Kriegserklärung“, Ausschnitte bei: ebd., R 21302.

[346] Zit. nach Salzmann, Maltzan (1929), S.209. Siehe dazu auch Vossische Zeitung, 24.9.1927, Ausschnitt in: PA, Personalakten Maltzan, Bd. Zeitungsartikel und Bilder 1927. Das Original des Telegramms Maltzans ist vom Verfasser nicht in den Akten gefunden worden.

[347] Stresemann, Botschafter Ago von Maltzan zum Gedenken, S.3. Erich v. Salzmann sprach im Nachhinein davon, „welch verzweifeltes Rückzugsgefecht M(altzan) durch drei Jahre hindurch Tag und Nacht“ geschlagen habe, „um die Kriegsteilnahme Chinas und damit viel Vernichtung der deutschen Wirtschaftsstellung in Ostasien zu verhindern“, Salzmann, Maltzan (1929), S.210f.

Im kriegszuversichtlichen, tief durch den „Wilhelminismus“[348] gekennzeichneten Deutschland des Jahres 1914 wurden diese sachkundigen Empfehlungen eines Legationsrats jedoch weithin ignoriert. Und zweifellos sollte insbesondere ebenso diese Erfahrung nicht nur den aktuellen, sondern auch den weiteren beruflichen Lebensweg Maltzans mitprägen: Ein Ende August 1914 verfasstes Privatschreiben zeigte den jungen Diplomaten enttäuscht und verbittert. Aus seiner Perspektive war es nicht nachvollziehbar, eine „für uns doch verlorene militärische Position (nicht) durch Vertrag gegen Gewährung von anderseitigen Compensationen zurückzugeben“:

> „Aber zu unserem größten Bedauern hatte man in Berlin für dies friedliche Arrangement überhaupt keinerlei Verständnis! Tschingtau [sic] wird nun auf das Äußerste verteidigt werden müssen, aber ich fürchte und weiß, dass wir die meisten dieser tapferen Männer nicht wiedersehen werden.“[349]

Erkennbar wird hiermit, dass ein weisungsgebundener Beamter im kaiserlichen auswärtigen Dienst eine gegen die eigene Regierung gerichtete, kritische Sachposition im Grunde nicht deutlicher vortragen konnte – auch wenn dies, wie hier, lediglich privatim geschah.

Die Entscheidung der außenpolitischen Führung in der Wilhelmstraße zog unmittelbar danach aber auch noch weitere bedenkliche Entwicklungen und Entscheidungen nach sich: Denn ab sofort bekam die doch in den Monaten zuvor sich freundlich entwickelnde chinesische Haltung gegenüber der zuvor von Maltzan maßgeblich mitgeprägten deutschen Politik erste Risse. Der außenpolitische Kurs der republikanischen chinesischen Regierung nahm sich von nun an insbesondere gegenüber Deutschland mehr und mehr erkennbar unsicher aus.[350]

Als die sicherheitspolitische Situation für das deutsche Kolonialgebiet Kiautschou immer bedrohlicher wurde, gab Maltzan Anfang Oktober nach seinen Angaben „in Übereinstimmung mit dem Militärattaché“ die Anordnung, „die Schantungeisenbahn auch westlich (von) Weihsien (sic) in ihren vitalen Teilen zu zerstören“. Der Grund dafür lag für ihn darin, dass „die Besetzung der Bahn durch die Japaner unvermeidlich war“ und dass „die Japaner unter allen Umständen daran gehindert werden mussten, das westlich (von) Wei-hsien vorläufig in Sicherheit gebrachte rollende Material und die Maschinen zu weiteren Truppen- und Munitionstransporten gegen Tsingtau zu verwenden.“[351]

---

[348] Vgl. zu der umstrittenen Definition des Phänomens „Wilhelminismus“ und zu der damit einhergehenden „Röhl-Wehler-Kontroverse“ stellvertretend Stöber, S.275f.

[349] Maltzan an Gruson, 30.8.1914, Peking 1914-1917, S.45ff., S.46. Offenbar fand die Position Maltzans am 18. August 1914 Unterstützung bei Konsul Cordes. Das Wortlaut dieses offenbar erst am 3. September 1914 in Berlin eingetroffenen Telegramms lautete: „Es unterliegt keinem Zweifel, dass, wenn den Japanern gestattet wird, Tsingtau mit Militärgewalt zu nehmen, die Japaner auch in alle Deutschen Concessionen, die chinesische Provinz Schantung und das Hinterland betreffend, einrücken werden. Um solches zu verhindern, würde es besser sein, Tsingtau in die Luft zu sprengen und die Ruinen an China zu übergeben, ehe der erste Schuss gefeuert wird.“, PA, R 21302.

[350] Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 155, 14.9.1914, ebd., R 18023. Bei der hier zitierten Vorlage handelt es sich um eine Abschrift mit der Nr. A 32407; vgl. auch Peking 1914-1917, 10.10.1914, S.54 bzw. Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 161, 13.10.1914, PA, R 17848.

[351] Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 176, 3.11.1914, ebd., R 17879. Bei der zitierten Vorlage handelt es sich um eine Abschrift vom 6.1.1915. Unter dem 7.12.1914 bemerkte Maltzan zusätzlich zu den Vorgängen in der Provinz Schantung während der japanischen Invasion, dass „Herr Cordes Mitte August unter ausdrücklichem Hinweise auf das Einverständnis der Gesandtschaft der Direktion telegraphisch vorgeschlagen hat, die ganze Eisenbahnanlage Herrn Eggeling, der damals noch Engländer war, fiduciarisch zu übertragen.“ Die Direktion habe den Vorschlag aber als „nicht diskutabel“ bezeichnet, Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 195, 7.12.1914, ebd. Zu Vorwürfen gegenüber der Schantung-Eisenbahngesellschaft siehe auch Betz an Maltzan, 17.12.1914, Anlage zu einem Bericht Maltzans (Nr.206) vom 22.12.1914, ebd.

Im Anschluss an einen Bericht des deutschen Konsuls in Tsinanfu vom 12. Oktober 1914 machte der deutsche Geschäftsträger aus seiner Verständnislosigkeit über die Position seiner eigenen Regierung in Berlin abermals keinen Hehl: „Da von den zuständigen Stellen eine entsprechende Entscheidung nicht getroffen war“, so hieß es von Seiten Maltzans dazu, habe er „wie bereits anderweitig gemeldet, auf meine eigene Verantwortung hin telegraphisch am 5.d.M. angeordnet, dass die Brücken westlich Weihsien gesprengt würden und auch sonst der Bahnkörper in seinen vitalen Teilen zerstört würde.“ Allerdings konnte diese Anordnung nicht in die Realität umgesetzt werden, weil Sprengmaterial in ausreichendem Maße nicht mehr vorhanden war.[352]

Gewiss war es unter anderem auch diese Negativerfahrung, die das Denken und Handeln des Diplomaten von nun an bewusst oder unbewusst mitprägte - vor allem dann, wenn Maltzan für die vernünftige Wahrung deutscher Interessen zügige und vorausblickende Entscheidungen notwendig erschienen.

Die zur „äussersten Verteidigung“[353] mahnenden Durchhalteparolen, die der Kaiser hingegen zum Beispiel mit Telegramm vom 19. August 1914 an die Führung der deutschen militärischen Kräfte in Tsingtau richtete, waren hingegen wirklichkeitsverkennend und mussten den deutschen Monarchen, um hier einen chinesischen Ausdruck zu variieren, zumindest aus Sicht Maltzans vor Ort als „Narr erster Klasse“[354] erscheinen lassen. Und auch Walther Rathenau erinnerte sich nach D’Abernon später an ein Gespräch mit Wilhelm II., in dem er darauf hinwies, dass er nicht recht einsähe, „wie Majestät in der Lage sein werden, Kiautschou im Fall eines Krieges gegen England oder Japan zu halten.“ Der Kaiser habe jedoch mit einer Fülle von zum Teil irreführenden Einzelkenntnissen die Ansicht vertreten, dass das deutsche Pachtgebiet angeblich gar nicht angegriffen werden könne. Und niemand habe den Mut aufgebracht, den deutschen Monarchen unter anderem auch auf diese Fehlvorstellung hinzuweisen.[355]

Tatsächlich kam es bei den am 7. November 1914 beginnenden Kämpfen um Tsingtau bereits nach wenigen Tagen zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Kolonie. Viele deutsche Offiziere gerieten bis 1919 in japanische Kriegsgefangenschaft; auf deutscher Seite waren 224 Tote und 400 Verletzte zu beklagen.[356] Bei den Kämpfen kam auch ein diplomatischer Mitarbeiter der Gesandtschaft, Freiherr von Riedesel, sowie Maltzans langjähriger Diener ums Leben.[357]

---

[352] Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 162, 14.10.1914, ebd. (PA, R 17879). Siehe dazu auch schon Betz an Maltzan, 12.10.1914, Anlage zu ebd.

[353] Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts an Staatssekretär AA, 18.8.1914, No. 3848, ebd., R 21301.

[354] Vgl. Peking 1914-1917, 27.10.1914, S.58

[355] Siehe D’Abernon, Bd.1, S.113f. Das Gespräch mit Rathenau „über Kiautschou“ fand bei einem Frühstück am 4. März 1922 statt, vgl. ebd., S.294f.

[356] Peking 1914-1917, 7.11.1914, S.58; Musterkolonie Kiautschou, S.498, wo u.a. auch festgehalten wird, die Kämpfe hätten, nachdem Japan am 15.8. die bedingungslose Räumung bis zum 19.9. verlangt hätte und am 27.8. japanische und englische Schiffe eine Seeblockade gegen Kiautschou errichteten, am 17.9.1914 begonnen.
Das kurze Kapitulationsschreiben des Kaiserlichen Festungskommandanten Meyer Waldeck vom 7.11.1914 ist gedruckt bei ebd., Nr.147, ein Verweis auf „deutsche Trivialliteratur und politische Populärliteratur“ im Hinblick auf die Schilderung der japanischen Belagerung und des vermeintlich „heroischen Widerstands der deutschen Truppen“ findet sich bei ebd., S.498, Anm.40. Nach deutschen Angaben hätten die Verluste auf japanischer Seite dagegen „12.000 Mann“ betragen, ebd., Anm.41 in Bezug auf Artelt, S.255, was m.E. unglaubwürdig wirkt. .

[357] Vgl. zum Tod Baron Riedesels auch Burdick, S.98. Nach Hentig, Mein Leben, S.31 sollen Riedesel und Maltzan „ideale Kameraden“ gewesen sein, bei denen gegenseitige Hilfe „selbstverständlich“ war. Der gewaltsame Tod des betreffenden Herrn mit dem Vornamen Jakob, der als Bediensteter bei Maltzan arbeitete, traf Maltzan nach der Wahrnehmung seiner Frau „besonders seelisch hart“, vgl. Peking 1914-1917, 23.11. und 26.11.1914, S.59f.

In Bezug auf das Verhalten der Japaner räumte Maltzan im Nachhinein allerdings ein „dass die ritterliche Haltung, die Hioki im Herbst 1914 als japanischer Gesandter in Peking nach dem Fall von Tschingtau [sic] den deutschen Kriegsgefangenen und ihren in Peking befindlichen Familienmitgliedern erwiesen“ habe, ihm noch in bester Erinnerung sei.[358] Er machte zudem klar, dass er zahlreiche Reichsdeutsche und Tsingtau-Flüchtlinge in ihrer Notlage in der deutschen Gesandtschaft in Peking teilweise monatelang aufnahm und versorgen musste. Zudem hätte nicht nur die „Sammlung für die Sibirienhilfsaktion, für die Gefangenen in Japan und das rote Kreuz“ immer wieder zusätzliche Ausgaben erfordert. Mit Rücksicht auf die „exponierte Stellung“ der deutschen Gesandtschaft in Peking sei es darüber hinaus „eine politische Notwendigkeit“ gewesen, „den gesellschaftlichen Verkehr“ mit neutralen Diplomaten und Journalisten sowie insbesondere mit den Chinesen nicht einzuschränken, sondern „mindestens auf gleicher Basis wie im Frieden aufrecht zu halten.“ Bis Mitte 1916 bestritt der Diplomat „diese sonst selbstverständlichen Ausgaben [...] wie bisher“ offenbar von seinem „Privateinkommen“.[359]

Der Fall der Festung Tsingtau und der damit einhergehende Verlust Kiautschous war, wie die Forschung bereits in zutreffender Weise festgestellt hat, „ebenso unvermeidlich wie logisch“, weil es die deutsche „Politik und Strategie (…) versäumt hatten, Kiautschou politisch und militärisch zu sichern.“[360] Weitere Negativfolgen aber kamen hinzu, hatte diese Entwicklung doch geradezu vernichtende Auswirkungen auch auf die politische und wirtschaftliche Gesamtstellung Deutschlands in China sowie auf die gesamte deutsche Süd-Shantung-Mission inklusive der deutschen Kultur- und Schulpolitik.[361]

Auch in der nachfolgenden Zeit blieb die chinapolitische Lage instabil und insbesondere für die deutsche Position bedenklich. Es war insofern nicht verwunderlich, dass in Berlin nunmehr sogar im Hinblick auf ganz Ostasien das kaum mit propagandistischer Siegeszuversicht und Durchhalteparolen zu übertünchende Gefühl einer ernsthaften Verunsicherung und Orientierungsschwäche zum Tragen kam. Und diese allgemeine Unsicherheit betraf insbesondere den neuen, im Grunde selbst heraufbeschworenen und gegen Deutschland gerichteten Kriegsfaktor Japan sowie die damit zu erwartenden Auswirkungen auf den Verlauf des Weltkrieges insgesamt: Reichskanzler Bethmann Hollweg zeigte sich jedenfalls am 4. September 1914 „über Nachrichten von einer möglichen Entsendung japanischer Truppen nach Europa ‚sichtlich beunruhigt’“.[362] Maltzan erhielt daraufhin aus Berlin neue Instruktionen: Bethmann Hollweg und Staatssekretär von Jagow forderten ihn unter dem Datum des 21. November 1914 auf, er solle seinen japanischen Kollegen in Peking „vorsichtig darauf hinweisen, dass Japan auf das falsche Pferd gesetzt“ habe. Schon die eigenen japanischen Interessen machten es doch notwendig, sich nicht der „Möglichkeit

---

[358] G.A. Maltzan, 9.3.1920, PA, R 2029 (MF 14976).

[359] Maltzan an Ministerialdirektor o.A., 19.1.1920, PA, Personalakten Maltzan/GA, Bd.2, 087ff.

[360] Vgl. Salewski, Die Preußische und die Kaiserliche Marine in den ostasiatischen Gewässern, S.83.

[361] Stenz an Maltzan, 9.12.1914, zit. nach Rivinus, S.147f.; Huang, S.142. Zur deutschen Schulpolitik in China siehe Reinbothe; übergreifend zur deutschen auswärtigen Kulturpolitik die Arbeiten von Kloosterhuis.

[362] Bethmann Hollweg wird zit. nach Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.359 (in Bezug auf Hugo v. Pohl.) Der Chef des deutschen Generalstabs, Falkenhayn, trug am 18. November 1914 Bethmann Hollweg vor, man müsse versuchen, Russland auch deshalb von der gegnerischen Koalition „abzusprengen“, da man Frankreich und England auch dann noch besiegen könne, „selbst wenn die Japaner über See nach Frankreich kämen und wenn England immer neue Nachschübe ins Feld schickte.“ Ein Vorrücken japanischer Hilfskräfte über Russland aber könne für Deutschland „sehr bedenklich“ werden, vgl. dazu ausführlicher ebd., S.359f.

einer Verständigung mit uns zu verschließen“[363] – eine Weisung der Verantwortlichen in Berlin, die „wie bei allen deutschen Friedens- und Verständigungssondierungen im Ersten Weltkrieg“ auch nach dem Verlust Kiautschous „jeden Anschein von Schwäche“ vermeiden wollte. Ob mit einem derartigen Vorgehen allerdings nicht genau das Gegenteil erreicht werden musste, sei an dieser Stelle dahingestellt. Nachweisbar ist, dass Jagow Maltzan anwies, es müsse „unter allen Umständen verhindert werden, dass Japan mit Truppen in Europa in (den) Krieg eingreift“. Dahinter, so die sichtbar angespannte Forderung weiter, müssten selbst „unsere wirtschaftlichen Interessen in China zur Zeit zurücktreten“. Maltzan solle jedenfalls, „selbst auf die Gefahr eines Bruchs mit China und Japan“, in diesem Zusammenhang „antijapanische Strömungen“ in China soweit wie möglich unterstützen und im Rahmen seiner Einflussbereiche anfachen, damit „Japan von Truppensendungen nach Europa abgehalten“ werde.[364]

Im November und Dezember 1914 traf Maltzan daraufhin „mindestens zweimal“ mit dem japanischen Gesandten zusammen und signalisierte weisungsgemäß „die deutsche Bereitschaft“, „Japan als Gegenleistung für ein Bündnis die politische Hegemonie über China zu überlassen.“ Der Inhalt dieser Sondierungen, eine Entwicklung, die sich die außenpolitische Führung in Berlin im Grunde hätte denken können, wurde von Hioki allerdings ebenso unter anderem mit dem russischen Botschafter in Peking besprochen und gelangte darüber hinaus auch noch in die Presse.[365]

Aus dem in diesem Zusammenhang russischerseits entstandenen Bericht geht des Weiteren hervor, dass der „deutsche Geschäftsträger“ den japanischen Gesandten „unter dem Vorwande persönlicher Angelegenheiten“ besucht, diesem aber in recht unbestimmter Form den deutschen Wunsch nach einem Bündnis zwischen Deutschland und Japan mitgeteilt habe. Bemerkenswert erscheint, dass Maltzan „dabei zu verstehen gegeben (habe), dass er nicht seine persönliche Ansicht äußere“, sondern dass er hierbei lediglich „der Dolmetsch(er) der Anschauungen Kaiser Wilhelms selbst sei.“[366]

Ob auch dies möglicherweise ein weiterer Beleg dafür war, dass Maltzan die Chinapolitik Berlins in einigen ganz wesentlichen Grundzügen in dieser Zeit nicht befürwortete, ist zwar nicht zweifelsfrei beantwortbar. Zugleich aber zeigte sich deutlich, wie begrenzt die Wirkungsmöglichkeiten des deutschen Geschäftsträges nach den sichtbaren Fehlentscheidungen der kaiserlichen Regierung nunmehr waren, wenngleich er sich den ihn erreichenden Weisungen zu fügen hatte.

Mit Datum vom 1. Dezember 1914 konnte der Diplomat im Sinne seiner Dienstherrn in Berlin zumindest melden, es sei vorerst nicht mit japanischen Truppentransporten nach Europa zu rechnen. Diese Einschätzung, so Maltzan weiter, stände allerdings unter dem Vorbehalt der Ungewissheit, wohin „Eitelkeit und Großmachtdünkel sowie die Versprechungen der Alliierten“ Tokio noch treiben werden.[367]

Ob Maltzan trotz des Wortlauts seiner Berichterstattung an eine verständnisvolle Aufnahme der deutschen Sondierungen bei dem Gesandten Hioki persönlich glaubte, ist ebenso zweifelhaft. Denn der Diplomat schränkte auch an dieser Stelle sogleich wieder modifizierend ein, dass das japanische

---

[363] Ebd.
[364] Ebd.
[365] Vgl. dazu Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.366, Anm.2.
[366] Tel. Krupenski an den russischen Außenminister Nr.15, 24./11. Januar 1915, Die Internationale Beziehungen, Reihe II, Band 7, 1. Halbband, Nr.74, S.66, vgl. auch Paul von Hintze, Nr.88, Anm.2 (S.366).
[367] Maltzan an Zimmermann, 1.12.1914, zit. nach ebd., S.361 mit Anm.10.

Außenministerium bekanntermaßen „dauernd englandfreundlich“[368] sei. Und schon insoweit war es daher nur folgerichtig, dass die Sorge vor der Entsendung eines japanischen Expeditionskorps nach Europa auch im Dezember 1914 bei Bethmann Hollweg und im Auswärtigen Amt in Berlin ungebrochen blieb.[369]

Mit Telegramm vom 24. Dezember 1914, das offenbar erst durch ein Sammeltelegramm von Lucius vom 19. Januar 1915 an das Auswärtige Amt weitergegeben wurde, teilte Maltzan den Verantwortlichen in Berlin mit, er habe sich in einer weiteren Unterredung mit Hioki nicht mit dem unverbindlichen Hinweis auf die Vorteile einer deutsch-japanischen Verständigung begnügt, sondern eine spätere wirtschaftliche Verständigung in China unter Überlassung der politischen Vormachtstellung an Japan vorgeschlagen.[370] Das war keineswegs überraschend und damit allein trat Maltzan sicherlich noch nicht aus der von Bethmann Hollweg empfohlenen Reserve heraus, die meinte, die deutsche Chinapolitik könne ihre Position ohne konkretes Geben und Nehmen erfolgreich verfolgen bzw. verteidigen.[371] Denn ohnehin stellte sich an dieser Stelle - also im Rahmen der enstandenen misslichen deutschen Lage in China, die zuvor eindeutig verbohrten, uneinsichtigen Entscheidungen der außenpolitischen Führung in Berlin zuzuweisen waren - eine grundsätzliche praktische Frage: Wie sollte die von Berlin aus verfolgte und offenkundig sehr einfältig wirkende Strategie einer viel zu späten Annäherung an Tokio von den deutschen Vertretern in Peking im Rahmen der diplomatischen Praxis umgesetzt werden? Die von der Zentrale verordnete Taktik nahm sich doch für alle Akteure viel zu offensichtlich aus, als dass der deutsche Geschäftsträger vor Ort wie von Berlin verlangt in der Lage gewesen wäre, auch in diesem Punkt eine Position der Stärke einzunehmen. Klare, realitätsbezogene und angebotsorientierte Botschaften waren aus der Sicht Maltzans daher in einem persönlichen Gespräch mit dem japanischen Gesandten in Peking notwendig, wenn deutschen Sondierungen in Richtung Tokio via Hioki überhaupt irgendwelche Erfolgschancen zukommen sollten. Eine Bewertung, die Maltzan in der zweiten Jahreshälfte 1914 im Nachhinein und unter Bezug auf Kessler „ohnehin“ eine Neigung „zu eigenmächtigen Entschlüssen“[372] unterstellt, erscheint daher im Ganzen zu einseitig. Hierbei bliebe zudem die Frage unberücksichtigt, ob das von Maltzan verfolgte Politikangebot an für sich nicht vernünftig war. Denn der deutsche Geschäftsträger konnte zudem, wie oben dargestellt, auch schon in den Jahren zuvor für sich in Anspruch nehmen, dass er vor Ort die „politischen Verhältnisse im Fernen Osten besser beurteilen und situationsangemessener darauf reagieren“ könne, als die Regierung in Berlin. Und die Anerkennung des japanischen Hegemonialanspruches in Ostasien hat Maltzan auch nach dem Fall Tsingtau nicht „weiter gesteckt als Reichskanzler und Auswärtiges Amt“[373]. Nachweisbar ist hingegen, dass der Diplomat in erster Linie darum bemüht war, weiterhin in einem illusionsfreien Sinne so zu handeln, dass deutsche Interessen sachorientiert und möglichst

[368] Maltzan an AA, 28.11.1914, zit. nach ebd. mit Anm.12.
[369] Vgl. ausführlicher dazu Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.361.
[370] Maltzan an AA, 24.12.1914, zit. nach ebd., S.362.
[371] Gegenteilig ebd.
[372] Ebd.
[373] Ebd. Volker Ullrich verweist hier mit Anm.19 auf ein Gespräch Maltzans mit einem chinesischen Gesandten, dass jedoch erst mehrere Wochen nach dem Eintreffen des neuen Gesandten Hintzes in Peking stattfand, der, wie der Autor selbst bei ebd., S.363, darlegt, schon wenige Tage nach seiner Ankunft gewillt gewesen sein soll, „die politische Vorkriegskonzeption des Tirpitz-Kreises fortzuführen, d.h. die deutsche Ostasienpolitik auf einen projapanischen und damit zugleich strikt antibritischen Kurs zu dirigieren“. Maltzan wurde daher offenbar bereits von Hintze und insofern von Berlin dazu instruiert.

weitgehend begünstigt bzw. gewahrt wurden. Über den ihm zustehenden und durch Weisungen zusätzlich beschränkten Rahmen ging er dabei insgesamt betrachtet nicht hinaus. Bei der Möglichkeit, weisungsfrei zu handeln, wäre er allerdings anders, das heißt von Anfang deeskalierender vorgegangen und hätte die eigenen Kapazitäten in China nicht so sträflich überschätzt, wie es die deutsche Führung in Berlin tat.

In den Quellen wird zudem deutlich, dass die von dort aus verordneten Linie erfolglos bleiben musste. Denn natürlich erkannte die japanische Diplomatie die dahinter liegenden deutschen Intentionen sofort: Nach dem bereits erwähnten Telegramm Krupenskis vertrat Hioki jedenfalls die Ansicht, der deutsche Schritt erkläre sich doch ganz einfach dadurch, dass Deutschland „die Entsendung japanischer Truppen“ nach Europa „sehr befürchte“. Und die Berücksichtigung dieser Äußerung zeigte nur allzu deutlich auf, wie unzutreffend die Vorstellung war, eine „vorsichtige“, mit „Reserve“ vorgetragene deutsche Sondierung bei Japan könne in irgendeiner Weise dem Eindruck der eigenen strategischen wie strukturellen Schwäche verdecken.[374]

Deutschland blieb im Grunde genommen nur, Entschädigung zu fordern: So erklärte Maltzan Anfang Januar 1915 gegenüber dem chinesischen Außenminister, die deutsche Regierung habe durch den amerikanischen Botschafter in Tokio Japan „die Forderung der Verluste“ vorgelegt, welche durch die kriegerischen Maßnahmen entstanden seien. Und der aus der Sicht Krupenskis dabei „erstaunlicher“ Weise erfolgte Zusatz, „falls Japan sich weigere, die Verluste zu vergüten, falle die Verantwortung für diese auf China“[375], war ebenfalls auf eine entsprechende Weisung aus Berlin zurückzuführen, wenngleich diese Position sowohl rechtlich als auch politisch zumindest bedenklich erschien.

Bereits Seit Ende November 1914 hatte sich die Arbeit Maltzans in China bewusst zugleich wieder anderen China-politischen Feldern zugewandt[376], so zum Beispiel dem neuen Gesetz über die Wahl und die Amtsdauer des Präsidenten der chinesischen Republik.[377] Zudem führte er im Winter 1914/15, wie der Diplomat im Nachhinein festhielt, mit Hioki wiederholt Gespräche über „die Möglichkeit einer deutsch-russisch-japanischen Orientierung nach dem Kriege“[378] – eine Haltung, die somit den von der eigenen außenpolitischen Führung aus angewiesenen Sondierungen in Richtung Tokio aus realpolitischen Gründen keine Erfolgschancen einräumte.

Belegbar ist weiter, dass der Diplomat innerlich nach wie vor enttäuscht und verletzt war und bei ihm insoweit eine kritische Analyse der vorangegangenen China-politischen Fehlentscheidungen Berlins vorherrschend blieb. Allerdings war Maltzan im Februar 1915 zugleich in der Lage, bereits ein wenig selbstdistanzierter auf seine zurückliegende, aufreibende „siebenmonatige Geschäftsführung“ zurückblicken. Er betonte jedenfalls nunmehr auch die allgemeine politische Ausnahmesituation der zurückliegenden Krise, in der er im Ganzen dann wohl doch noch „sehr viel Glück gehabt“ habe, zumal er ja „wochenlang ohne Draht-Verbindung mit Berlin und bei jeder Entscheidung quasi auf ein eigenes Urteil gestellt“ gewesen sei und somit „ohne Instruktionen von Berlin alle Anordnungen

---

[374] Tel. Krupenski an den russischen Außenminister Nr.15, 24./11. Januar 1915, Die Internationale Beziehungen, Reihe II, Bd.7, 1. Halbband, Nr.74, S.66.

[375] Krupenski an den russischen Außenminister, 18./5. Januar 1915, ebd., Nr.33, S.30ff., hier S.32.

[376] Vgl. Peking 1914-1917, 16.12.1914, S.63.

[377] Maltzan an Bethmann Hollweg, 27.11.1914, PA, R 20337, das Tel. vom 5.12.1914 bei ebd., R 17848 sowie Maltzan an Bethmann Hollweg, 17.12.1914, Nr. 203, ebd., R 10198 und Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 210, 31.12.1914, ebd., R 18023 bzgl. einesvgl. dazu Frankfurter Zeitung, 5.5.1915 mit dem Titel „Jüanschikai, lebenslänglicher Präsident“, Ausschnitt bei ebd.

[378] G.A. Maltzans v. 23.11.1921, ADAP A V, Nr. 191.

betreffs Tsingtau, Japan, der Kriegsgefangenen in Sibirien und Japan, dann die Unterbringung der Tsingtauer hier und unsere ganze Haltung bei dem chinesisch-japanischen Konflikt selber entscheiden und bestimmen“ musste. Schließlich seien, so Maltzan auf den ersten Blick recht vermittelnd weiter, durch den Krieg ohnehin alle „Kombinationen eines Revirements“ unweigerlich „verschoben“.[379]

Der bittere Beigeschmack, der in dem persönlichen Rückblick Maltzans aber ebenso an dieser Stelle seiner Analyse zu Tage trat, war allerdings bleibend. Er fand einen maßgeblichen Grund in der direkten Frontalkritik an seiner Person durch Teile der nationalistisch aufgeladenen deutschen Presse. Der deutsche Geschäftsträger hätte, so hieß es von dieser Seite aus, „einen Krieg zwischen Japan und China entfachen“ bzw. gegenüber China „energischer auftreten sollen und auch dieses Land mit einer deutschen Kriegserklärung (über)decken müssen“.[380]

Die Antwort des Diplomaten auf derartige Vorhaltungen, die in eklatanter Weise Mangel an außenpolitischem Realismus und Sachverstand offenbarten und sich abermals in selbstüberschätzendem machtorientierten Wunschdenken verloren, machte nicht nur Maltzans persönliche Verbitterung deutlich, die zum Teil zynische Züge trug. Der Legationsrat setzte sich jedenfalls - in Bezug auf den öffentlichen Raum allerdings sichtbar vergeblich und erfolglos - zumindest privatim scharf gegen die in Berlin eingeleitete, halboffizielle Instrumentalisierung seiner Person als Sündenbock zur Wehr:

> „Dabei übersehen die guten Leute dort, dass es gerade für unsere hiesigen Interessen das einzig Gute war, einen japanisch-chinesischen Krieg zu vermeiden, ganz abgesehen von der Utopie einer deutschen Kriegserklärung an China! - Tsingtau war von vornherein ein verlorener Posten und dass es die Japaner bei der nächsten guten Gelegenheit von uns nehmen würden, habe ich ganz ruhig auf dem Hofball v.J. der maßgebendsten Persönlichkeit nach meiner Meldung mitgeteilt. Nun will man die Schuld an seinem Fall auf mich abwälzen.“[381]

Am 17. Januar 1915 traf der neue deutsche Gesandte, Admiral Paul von Hintze (1864-1941), in Peking ein, nachdem sich dessen Ankunft zuvor mehrfach verzögert hatte. Im Rückblick mag Hintze dabei zwar als Krisendiplomat auf beinahe verlorenen Außenposten erscheinen. Allerdings ist zu berücksichtigten, dass es Bethmann Hollweg und Jagow nach den Erinnerungen Großadmirals von Tirpitz nicht auf Dauer gelang, den ihnen politisch teilweise gefährlich erscheinenen „Mann abzuschieben“. Dennoch genoß der ehemalige Marineoffizier in besonderem Maße das Vertrauen des Reichsmarineamts und nach einem Bericht Maltzans vom 26. November 1914 war ihm auch schon in Peking der „aus japanischen Quellen genährte Ruf eines ‚beissend scharfen Gesandten’ und ‚alten Fuchses’“ vorausgeeilt.[382]

---

[379] Maltzan an Gruson, 15.2.1915, Peking 1914-1917, S.82-84, S.83.

[380] Ebd.

[381] Ebd., S.84. vgl. dazu auch Salzmann, Maltzan (1929), S. 210, der darlegt, dass der Fall von Tsingtau „viel Herzweh bei manchen Patentpatrioten“ hervorgerufen habe.

[382] Peking 1914-1917, 19.11.1914, S.59; 26.11.1914, S.60f; 18.1.1915, S.74; Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.62; Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.362f. Maltzan berichtete in diesem Kontext zudem unter anderem auch über einen entsprechenden, „diskreditierenden“ Artikel von Seiten einer in Peking erscheinenden japanischen Zeitung, die nach seiner Ansicht jedoch „keinerlei Bedeutung“ habe. Der Artikel könne „höchstens (…) Zeugnis dafür ablegen, wie man sich in japanischen Kreisen vor den bekannten Fähigkeiten des neu ernannten Kaiserlichen Vertreters und seinem Einfluss“ fürchte. Er zeige auf, „mit welchen Waffen unsere Gegner uns bekämpfen.“, vgl. Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 190, 26.11.1914, PA, R 2067 (MF 15323).

Für die immer noch „angespannte“[383] Tätigkeit Maltzans war mit dem Arbeitsbeginn Hintzes allerdings keineswegs eine grundlegend anmutende Aufgabenentlastung verbunden, wenngleich ein für den Legationsrat entschärfender Verantwortungsübergang auf den Gesandten unverkennbar war. Denn zumindest nach der Wahrnehmung der Frau Maltzans ging Hintze seine Aufgabe offenbar durchaus nicht uneingeschränkt „mit großer Tatkraft“[384] an: Der neue deutsche Gesandte in Peking lebte demnach nämlich „sehr zurückgezogen“ und musste wegen häufiger Krankheit des Öfteren von Maltzan vertreten werden.[385]

In politischer Hinsicht gewannen hingegen die am 18. Januar 1915 von Japan an die chinesische Regierung überreichten, so genannten „21 Forderungen“, „die einer völligen Durchdringung Chinas gleichkamen“, zentralen Stellenwert. Hierbei verfolgte Tokio - offenkundig die von Berlin aus verfolgenden deutschen Intentionen weiter beschädigend und in Frage stellend - unter anderem das Ziel, deutsche Interessen und Wirtschaftsrechte zurückzudrängen.[386] Und die Analyse der Haltung der anderen Großen Mächte gegenüber der damit einhergehenden japanischen Imperialpolitik und das wohlgemerkt „nicht ungeschickte Lavieren des militärisch hilflosen Chinas zur Rettung seiner Souveränität“ bildete somit ab sofort auch für die deutschen Vertreter den wichtigsten politischen Handlungshintergrund. Da zudem die „Interessenkollisionen quer durch alle Fronten“ gingen und sich auch Gegensätze zwischen England und den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die „japanische Aggressionspolitik“ auftaten, verblieben sowohl der chinesischen als auch der deutschen Diplomatie immer noch einige Optionsmöglichkeiten.[387]

Der deutsche Gesandte suchte daher im Sinne der Führung in Berlin weiterhin nach einer „possibility of detaching Japan from the Allies“[388]. So erklärte er zum Beispiel gegenüber dem Korrespondenten einer japanischen Zeitung, Deutschland wünsche nachdrücklich ein Bündnis mit Japan und werde ihm im Falle eines deutschen Sieges auf dem europäischen Kontinent im Fernen Osten „volle Handlungsfreiheit“ lassen.[389]

Hierbei verfolgte Hintze zwar offenkundig das Ziel, dass ein solches Angebot auch bald in der japanischen Presse erschien und insofern Druck auf Tokio ausüben sollte. Dennoch musste die

---

[383] Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.65.

[384] Gegenteilig vgl. ebd., S.62.

[385] Peking 1914-1917, 20.6.1916, S.154, ähnlich auch zuvor 20.5. und 26.5.1915, S.101, S.103; 11.2.1916, S.133. Unter dem 7. Juni 1915 spricht Edith von Maltzan von einem „so anstrengenden Beruf in diesen schwierigen Zeiten“, den ihr Mann habe, ebd., 7.6.1915, S.106. Vgl. auch Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 9, 13.1.1915, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 121.

[386] Vgl. dazu ausführlicher Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.363ff.; ansonsten Peking 1914-1917, 31.1.1915, S.78. Zum Ultimatum Japans an China am 7.5.1915 vgl. Lucius an AA, Nr. 596, ebd., R 17848, ein Exemplar befindet sich auch in ebd., R 17879. Der Krieg konnte erst nach massiver Intervention der anderen Mächte und einer noch stärkeren japanischen Durchdringung Chinas vermieden werden. Japan sicherte sich dabei eine weitreichende Durchdringung Chinas, vor allem auf Kosten deutscher Interessen oder Rechte.

[387] Vgl. Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.62. Zur „Doppelstrategie“ des Gesandten Hintzes, einerseits „der Stützung Chinas gegen Japan, um sich Peking zu verpflichten, das Land neutral zu halten und die deutsche Stellung über den Krieg zu retten“, andererseits soll Hintze aber auch „jederzeit“ bereits gewesen sein, „die von ihm geförderten deutsch-chinesischen Beziehungen einer Verständigung mit Japan zu opfern“, vgl. ebd., S.62ff. mit dem Hinweis auf die entsprechenden Quellen. Siehe zur passiven Haltung der USA, Russlands und England und zu den damit verbundenen Gründen auch Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.364.

[388] Siehe dazu insbesondere auch in Bezug auf die Rolle von Lucius in Stockholm und den dortigen deutsch-japanischen Gesprächen sowie mit einer Einordnung in den übergreifenden außenpolitischen Zusammenhang auch den Beitrag von Iklé, S.63ff. Es heißt hier abschließend allerdings erkennbar positiv überzogen: „Throughout World War I Japan profited greatly from Germany´s desire for peace, and its diplomacy had been both exceedingly clever and brilliantly successful.“, ebd., S.76.

[389] Vgl. Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.363.

deutsche Chinapolitik auch ihre hiermit verbundenen, vagen und nicht minder einfältig gestrickten Hoffnungen schon bald erneut nachdrücklich dämpfen, zumal auch Hintze bereits unter dem 31. Januar 1915 eingesehen hatte, dass ernsthafte „Sonderabmachungen“ mit Japan gegenwärtig geradezu „unmöglich“ seien, „da wir ihm heute nichts zu bieten haben und es uns nicht zu fürchten braucht“.[390] Und mit Datum vom 12. Februar 1915 lehnte der deutsche Gesandte eine abermalige Kontaktaufnahme mit Hioki sogar ganz ab, da sie die Stellung der deutschen Außenpolitik im Allgemeinen und in China im Besonderen nur unnötig desavouieren würde.

Drei Tage zuvor hatte Hintze in dieser Hinsicht die Zentrale in Berlin bereits um Instruktionen für das weitere Vorgehen gebeten. Die von seinem Kollegen Maltzan in den vergangenen Monaten weisungsgebunden durchgeführte „Wiederaufnahme geheimer Beziehungen zu hiesigem japanischen Gesandten“ hätte Deutschland doch „ohne Nutzen“ nur „bloßgestellt“, insbesondere nachdem sogar die chinesische Presse solche Bestrebungen gemeldet habe. Sollte die deutsche Chinapolitik, so Hintze weiter, aber nach wie vor versuchen wollen, den „augenblicklichen“ englisch-japanischen Gegensatz auszunutzen, so müsse dies „besser durch (einen) Mittelsmann in Japan“ geschehen.[391]

Auch hier zeigte sich im Grunde deutlich an, wie bedenklich das deutsche „Doppelspiel“ war, das darin lag, einerseits die freundschaftlichen Beziehungen zu Peking fortzuführen, „um China neutral zu halten und die deutschen Restpositionen in China zu sichern“, gleichzeitig aber eine Verständigung mit Japan zu suchen, „die nur auf Kosten Chinas erreicht werden konnte.“ Die daraus der deutschen Gesamtposition möglicherweise erwachsenden, weiteren Nachteile waren jedoch nicht durch das „Bekanntwerden der Maltzan-Hioki-Gespräche“ an sich bedingt. Sie lagen primär in der von Berlin aus den deutschen Vertretern in Peking verordneten, verfehlten Strategie, da Maltzan, wie oben beschrieben, und vermutlich auch Hintze bei einem größeren eigenen Entscheidungsermessen anders gehandelt hätten. Nahe liegend war darüber hinaus, dass die inneren Widersprüche der deutschen Chinapolitik nicht nur von den Diplomaten der anderen Mächte, sondern ebenso von Regierungsstellen in Peking erkannt wurden: Zwei politische Berater des chinesischen Präsidenten hätten, so berichtete der russische Gesandte Krupenski im April 1915 nach Moskau, bereits nachdrücklich auf das deutsche „Liebäugeln“ mit Japan hingewiesen, was im direkten Widerspruch stehe zu allen zuvor von deutscher Seite gegenüber der neuen chinesischen Regierung „reichlich verausgabten Freundschaftsversicherungen“.[392]

An diesen Quellen wird somit ebenfalls erkennbar, dass der von Maltzan im August 1914 vorgeschlagene und von der Führung in Berlin abgelehnte Weg - eine rechtzeitige Rückgabe des „Pachtgebietes“ Kiautschou an China - glaubwürdiger, aufrichtiger und für die deutsche Position in China insgesamt günstiger und ertragreicher gewesen wäre. Nun aber wollte sich Präsident Yuanshikai, offenbar zu erhöhter kritischer Wachsamkeit ermahnt, über die deutsche Haltung ein noch genaueres Bild machen und bat die deutschen Vertreter in diesem Zusammenhang um Stellungnahme. Der von ihm dazu entsandte General, Munte, so berichtete Krupenski nach Volker

---

[390] Hintze an AA, 31.1.1915, zit. nach Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.365 mit Anm.32. Nach ebd. telegraphierte Zimmermann bereits am 4. Februar 1915 sein Einverständnis.

[391] Hintze an AA, ca. 9.2.1915, gedruckt bei: Paul von Hintze, Nr.88, S.365f. Volker Ullrich datiert dieses Schreiben auf den 12.2.1915, Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.365, Anm.35. Zu den Überlegungen Jagows, Bethmann Hollwegs und Zimmermanns in Berlin sowie zu den sog. „Stockholmer Sondierungen (Januar-Mai 1915)“ im Rahmen weiterer deutscher Verständigungsversuche mit Japan siehe ebd., S.365f.

[392] Krupenski an Sasonow, 14./1.4.1915, Die Internationale Beziehungen, Reihe II, Bd.7, 2. Halbband, Nr.533, S.532f.; vgl. Ullrich, Die deutschen Verständigungsversuche, S.365.

Ullrich an seine Regierung in St. Petersburg, habe eine „Unterredung mit dem deutschen Ersten Sekretär Baron von Maltzan“ geführt, „mit dem er in sehr guten Beziehungen“ stehe.[393]
Es war also wiederum Maltzan, der offenbar über die tragfähigsten persönlichen Beziehungen zur chinesischen Regierung verfügte und von dort aus konsultiert wurde, aber durch die Instruktionen der kaiserlichen Außenpolitik und Diplomatie nunmehr erneut in eine recht missliche Lage geriet. Nichtsdestoweniger schien dem Diplomaten die schwierige Balance offenbar zumindest ansatzweise zu gelingen: Denn es war nicht Hintze, sondern ebenfalls Maltzan zu verdanken, dass in Peking dann doch noch direkte deutsch-japanische Sondierungen zustande kamen, da er „seine guten Beziehungen zu Hioki auch nach dem japanischen Kriegseintritt“ aufrechterhalten hatte.[394]
Jedoch stand auch diese Entwicklung unter keinem guten Stern. Und im Grunde hatten die deutschen Verantwortlichen in Peking nach wie vor lediglich das „auszubaden“, was die von Berlin aus instruierte Ostasienpolitik angerichtet hatte - auch wenn ein „hohes Maß an Eigeninitiative“ aufgrund der „schwierigen Nachrichtenübermittlung“ für alle deutschen Diplomaten in Peking weiterhin „nicht nur möglich, sondern sogar notwendig“ blieb.[395]
Im Gegensatz zu manchen bisherigen Beurteilungen gehörte Maltzan in diesem Zusammenhang aber sicherlich gerade nicht zu dem Kreis deutscher Diplomaten an der Gesandtschaft in Peking, die eine deutsche Ostasienpolitik „als Vorstufe zu einer deutsch-russisch-japanischen Dreierallianz mit Stoßrichtung gegen das britische Weltreich“[396] verfolgten. Selbst Hintze können derartig weitreichende Ambitionen wohl eher nicht unterstellt werden. Wie aus seinem Gespräch mit General Munte im März/Anfang April 1915 nach der Berichterstattung des russischen Gesandten hervorging, war Maltzan hingegen bemüht, gegenüber der chinesischen Regierung die deutschen verständigungsorientierten Sondierungen bei den Japanern abzumildern und verständlich zu machen, um das zuvor auch von ihm bei den Regierungsstellen in Peking mitangesammelte deutsche Vertrauenskapital zumindest vor einer weiteren schweren Beschädigung zu bewahren:

> „Baron von Maltzan begann mit Versicherungen, als läge die ganze Initiative des hier zwischen den Deutschen und den Japanern stattgehabten Meinungsaustausches bei den letzteren, und er erwähnte den wiederholt von den Japanern ausgesprochenen Wunsch, sich nicht als unversöhnliche Feinde Deutschlands zu zeigen, so zum Beispiel in der Frage der Behandlung der deutschen Gefangenen in Japan. Dann gab er jedoch zu, dass, wie auch immer der gegenwärtige Krieg enden werde, Deutschland nach diesem im Fernen Osten keine eigenen politischen Ziele mehr verfolgen werde, weil es im Fall einer Niederlage hierfür zu sehr geschwächt sein würde, im Falle eines Sieges aber werde es allzu stark von der Konsolidierung seiner Hegemonie über Europa in Anspruch genommen werden. Daher werde Deutschland nach dem Kriege in jedem Fall bereit sein, sich Japan zu nähern, weil es darauf rechne, in ihm einen Verbündeten gegen Russland zu finden.“[397]

---

[393] Ebd., S.371.
[394] Ebd.
[395] Ebd., S.372, was m.E. nicht ganz widerspruchsfrei zu den Maltzan bei ebd., S.362 vorgeworfenen „Eigenmächtigkeiten“ ist.
[396] Ebd., S.373. Zu derartigen Vorstellungen des sog. „Tirpitz-Kreises“ und der Kritik an der Reichsleitung durch Stimmen in der Forschung, „nur ein Zusammenstehen der drei Mächte Deutschland-Russland-Japan wäre stark genug gewesen, der Übermacht der angelsächsischen Mächte auf die Dauer entgegenzutreten“, vgl. ebd., S.373f. in Bezug auf die Studien von Becker, Der Ferne Osten (im Anhang bei zeitgenössischer Literatur) und Hölzle, Die Selbstentmachtung Europas.
[397] Krupenski an den russischen Außenminister, 14./1. April 1915, Die Internationale Beziehungen, Reihe II, Bd.7, 2. Halbband, Nr.533, S.532f., hier S.533.

Die Wiedergabe solcher Bemerkungen Maltzans führten den russischen Gesandten allerdings noch zu weiteren kritischen Reflexionen: Die deutsche Außenpolitik glaube, so folgerte Krupenski in durchaus zutreffender Weise, offenbar an einen zukünftigen Bruch im Bündnisverhältnis zwischen England und Japan. Sie wolle sich daher letztlich die „Freundschaft Japans“ dadurch „erkaufen“, in dem es Tokio politische Handlungsfreiheit in China anbiete. Allerdings gab der russische Gesandte seiner Regierung ebenso zu bedenken, dass wohl selbst diese Äußerungen Maltzans gegenüber den ohnehin als „germanophil“ einzuschätzenden Munte wenn dann nur in abgemilderter Form veranlassen würden, Yuanshikai eine kritischere Position gegenüber Deutschland zu empfehlen. Und vor dem Hintergrund dieser Einschätzung zeigte sich der russische Diplomat daher weiterhin fest entschlossen, Präsident Yuanshikai und „andere chinesische Würdenträger“ „bei jeder sich bietenden Gelegenheit (…) auf das Doppelspiel Deutschlands und auf die Lügenhaftigkeit der Beteuerungen seiner Freundschaft für China hinweisen.“[398]

Aber auch schon aufgrund der inneren Schwäche der gegenwärtigen deutschen Position war die Gefahr unvermeidlich, dass die chinesische Regierung unter Umständen schon bald zu massiven antideutschen Maßnahmen zu bewegen war. Darüber hinaus war im Gegensatz zu der von Maltzan in den Jahren zuvor verfolgten deutsch-englischen Kooperation durch den Krieg natürlich nunmehr auch das Verhalten der englischen Gesandtschaft in Peking immer stärker *gegen* die deutschen Vertreter ausgerichtet. Seit Ende 1915 wurde für deutsche Reichsangehörige die Lage in China sogar grundlegend unsicher: Eine Notiz Maltzans vom 2. Dezember 1915 resümierte die Brisanz der Lage dahingehend, dass London China „den Anschluß an die Entente angeboten (habe), um uns hier loszuwerden!“[399]

Tatsächlich stand die Frage, ob China in den Krieg eintreten oder neutral bleiben sollte, bereits seit Ausbruch des Weltkrieges im Raum – eine Grundsatzentscheidung, die sich somit sämtlichen kriegsführenden Parteien ebenso wie den Chinesen stellte.[400] Die diesbezüglichen Fronten und Interessen vermischten sich. Dem auf der einen Seite zu findenden Ziel der „Ententeagitation Ende 1915 für den Kriegseintritt Chinas“ mussten - im Hinblick auf die „damit verbundene Aufwertung“ der chinesischen Regierung - auf der anderen Seite wesentliche japanische Interessen zuwiderlaufen. Und dies führte dann wiederum den deutschen Gesandten Hintze verstärkt zu „dringenden Vorstellungen“, „die Chance zur Verständigung mit Japan unter Preisgabe Chinas zu nutzen, ehe Deutschland von Peking preisgegeben werde.“ Doch auch derartige deutsche Sondierungen mit dem japanischen Gesandten Hioki verliefen letzten Endes ergebnislos und wurden im Juni 1916 von Hintze erneut abgebrochen[401] - auch wenn es die gegenwärtige Lage weiterhin erforderte, deutsche Interessen in China weiterhin den so genannten „Kriegsnotwendigkeiten“ unterzuordnen und möglicherweise sogar äußerst weitgehend zugunsten denjenigen Japans aufzugeben, um „Japan mit dem Köder China aus der Feindeskoalition zu lösen“. Gleichzeitig war man deutscherseits bemüht, unter anderem mit dem amerikanischen Gesandten Reinsch zu einer „deutsch-amerikanischen Interessengemeinschaft in China“ zu gelangen.[402]

---

[398] Ebd.
[399] PA, R 2067 (MF 15323). Siehe auch das Schreiben der Gattin Maltzans an ihre Schwiegereltern vom 13.12.1915, Peking 1914-1917, S.123.
[400] Tominaga, S.152.
[401] Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.63; vgl. auch die überzeugende Interpretation bei Wippich, S.122f.
[402] Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.64f.; vgl. Reinsch, An American Diplomat in China.

Unterdessen kamen die ebenfalls nach wie vor sehr unsicheren innerchinesischen Machtverhältnisse nicht zur Ruhe: Ein „stellvertretendes“ chinesisches Parlament beschloss Ende 1915 einstimmig die Einführung einer konstitutionell-monarchischen Regierungsform und Präsident Yuanschikai ernannte sich daraufhin am 12. Dezember 1915 selbst zum Kaiser. Bereits unter dem 1. November 1915 hatte die Vossische Zeitung in diesem Kontext mit einem kurzen Artikel aus Kopenhagen unter dem Titel „China auf dem Rückweg zur Monarchie“ gemeldet, dass „das Zeremoniell der Wiederherstellung der Monarchie [...] bereits beschlossen“ worden sei. Ein „Manifest an das Volk“ werde berichten, „unter welchen Umständen Juanschikai [sic] sich ‚gezwungen‘ sah, die Krone anzunehmen“.[403]
Maltzans persönliche Bilanz hinsichtlich des Schicksals der chinesischen Nation innerhalb der Gemengelage aus „chronischer Revolution“ und den Interessen der Großen Mächte fiel durchaus selbstkritisch aus. Ein zu dieser Zeit in Deutschland immer noch verbreitetes kolonialpolitisches Sendungsbewusstsein lag ihm persönlich fern, was Maltzans Diplomatie und Chinapolitik ebenfalls nicht in einen überlieferten Macht-, Traditions- bzw. Missionsanspruch mit der „wilhelminischen“, von Berlin aus geführten deutschen Welt-, Kolonial- und Kriegspolitik stellte:

> „Die armen Chinesen können einem wirklich leid tun. Sie sind so friedliche stille Menschen und kommen doch nie zu Glück und Ruhe, seitdem sie von der europäischen Kultur berührt worden sind!“[404]

Auch mit seinen persönlichen Lebensverhältnissen schien der Diplomat mittlerweile alles andere als zufrieden zu sein, wobei dies erneut auch Gehalts- und Versetzungsfragen betraf. Darüber hinaus waren seine dienstlichen Beziehungen zu dem Gesandten Hintze offenbar „unterkühlt“, was allerdings ebenfalls für das übrige Gesandtschaftspersonal zutraf und später in Berlin zum Beispiel zu einer „sehr scharfen und persönlich geführten Auseinandersetzung“ zwischen Hintze und dem Gesandtschaftsmitglied Hentig führen sollte, der inzwischen zum Legationssekretär ernannt worden war. Belegbar ist insoweit jedenfalls, dass auch Maltzan nicht zu der Liste gehörte, mit der Hintze, der im Juli 1918 für zweieinhalb Monate als Staatssekretär sogar noch kurzzeitig an die Spitze des Auswärtigen Amts rückte, im Nachhinein Auszeichnungen für Beamte vorschlug, die in China während seiner Amtszeit tätig gewesen waren.[405]
Im Jahre 1916 war der Grad an persönlicher Frustration auf Seiten des mit 39 Jahren immer noch recht jungen Diplomaten Maltzan aber auch noch aus einem weiteren, eher psychologischen Grund hoch: Die Dauer des Weltkrieges und das räumliche Abseitsstehen von den schicksalhaften Entscheidungen in Europa wirkte sich auch für Maltzan und seine Gattin zermürbend aus.[406] Insoweit

---

[403] Ausschnitt in: PA, R 18023. Allerdings mußte Yuanshikai schon kurze Zeit später wiederum auf die Kaiserwürde verzichten, täglich neue Provinzen hätten sich vor allem im Süden von ihm losgesagt und vielfach seien diese Unruhen auch von den Japanern „angezettelt und unterstützt worden“, vgl. Peking 1914-1917, 6.4.1916, S.140ff. Maltzans hielt dazu am 10.4.1916 fest, dass sich Yuanshikai „nur eine Woche ‚als Kaiser glücklich fühlen‘ konnte“, nun habe er „den Comparativ ablegen müssen.“, Maltzan an Gruson, 10.4.1916, ebd., S.142f.
[404] Peking 1914-1917,, S.143. Zu einer Begegnung Maltzans mit dem obersten Lama vgl. ebd., 29.4.1916, S.147. und 5.5.1916, S.149.
[405] Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.65f. Zum Konflikt zwischen Hintze und Hentig siehe ebd., S.66 mwN. bei Anm.165. Zum Vorwurf der „Eitelkeit“, des „Snobismus“, der „Geziertheit“ gegenüber Hintze und seiner angeblich „zur Verachtung neigenden Menschenkenntnis“ bzw. seines „schroffen Verhaltens gegenüber Untergebenen“ vgl. ebd., S.73 mit Anm. 184 in Bezug auf einen Brief Edith von Maltzans an ihre Mutter vom 18.1.1915.
[406] Siehe z.B. Maltzan an Gruson, 2.1.1916, Peking 1914-1917, S.132; PA, Personalakten Maltzan Bd.2, 150, 153 sowie Peking 1914-1917, 1.1.1916, S.129 und einen Privatbrief Maltzans vom 5.1.1916, dessen Adressat unklar bleibt, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 123-125. Die hier benannte Vorlage ist eine hschr. von Maltzan am 4.3.1916 erstellte

nahm für sie der Aufenthalt in Peking nur bedingt den „Charakter einer friedlichen Insel“ an, „auf der das ferne Schlachtgetöse nicht vernehmbar“[407] gewesen wäre. Und der plötzliche Tod des chinesischen Präsidenten Yuanshikai Anfang Juni 1916[408] zog ebenfalls keine Verbesserung der deutschen Lage nach sich, auch wenn Maltzan unmittelbar nach den Begräbnisfeierlichkeiten versuchte, ebenfalls zu dem neuen chinesischen Präsidenten Li-Juan-Hung persönliche Kontakte aufzubauen.[409] Denn die allgemeinen Verhältnisse im Land der Mitte blieben äusserst unsicher. Zuweilen wurden die „inneren Umwälzungsprozesse in China“ „in mancher Hinsicht mit der französischen Revolution“ verglichen.[410]

Die deutsche Chinapolitik blieb aufgerufen, weiterhin zu lavieren und zu improvisieren: Höhere Geldwerte zur direkten oder indirekten Begünstigung deutscher Interessen spielten dabei nachfolgend offenbar ebenfalls eine mehr oder weniger gewichtige Rolle, um überhaupt noch Einfluss auf die chinesischen Entscheidungsträger ausüben zu können. So übergab Maltzan noch im Juni 1916 im Sommerbad Peitaiho dem chinesischen Minister Lon-Tsen-Tsiang eine größere Menge Bargeld.[411] Der genaue Sachverhalt und die damit einhergehenden deutschen Intentionen sind jedoch nach den bislang hierzu vorliegenden Quellen nicht mehr eindeutig rekonstruierbar.[412]

Doch auch derartige, weithin verzweifelt und reaktiv wirkende deutsche Maßnahmen auf diplomatischem Gebiet blieben ohne Erfolg: Seit dem Februar 1917 begann die Lage für die deutsche Außenpolitik erneut „kritischer [...] auszusehen“. Der Druck der Alliierten, Wilsons und der Neutralen auf die chinesische Regierung steigerte sich stetig.[413] Und deutlich erkennbar war dies unter anderem an folgendem Vorgang: Nach dem Beginn der Blockade Englands durch die deutsche U-Boot-Flotte überreichte die chinesische Regierung am 9. Februar 1917 der Gesandtschaft des Reiches eine Note, „wonach China mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, falls Berlin diese Kriegsmaßnahmen nicht zurücknehme.[414]

Mit Datum vom 19. Februar 1917 telegraphierte Hintze darüber hinaus über Stockholm nach Berlin, dass die japanische Regierung die chinesische Regierung „kategorisch zur Kriegserklärung gegen Deutschland“ aufgefordert habe. Im Falle einer Weigerung drohe sie Peking mit „Zwangsmaßregeln“.[415] Es nutzte wenig, dass die deutsche Gesandtschaft daraufhin offenbar

---

Abschrift. Siehe dann weiter Peking 1914-1917, 11.1.1915, S.71; 6.4.1916, S.140ff. bzw. Maltzan an Gruson, 10.4.1916, ebd., S.142f.

[407] Vgl. dazu gegenteilig die Darstellung von Johannes Hürter, in: Paul von Hintze, Einleitung, S.65.

[408] Zum Tod Yuanshikais vgl. die Note des stellvertretenden Staatssekretärs im chinesischen Außenministerium, Tsao, vom 10.6.1914 an Hintze, in der u.a. Dank dafür ausgesprochen wurde, dass „der Legationssekretär von Maltzan zum Waichiaopu gekommen sei, um das Beileid der Kaiserlich Deutschen Regierung [...] zu übermitteln, Anlage zum Bericht Nr. 26 v.14.6.1916, PA, R 18024. Siehe auch Münchener Neueste Nachrichten, 7.6.1916, Frankfurter Zeitung und Kölnische Volkszeitung vom 8.6.1916.

[409] Peking 1914-1917, 26.6.1916, S.162. Siehe zu Li-Juan-Hung auch Maltzan an AA, 7.7.1916, PA, R 18024 sowie den Artikel in der Vossische Zeitung vom (15).6.1916, unter dem Titel „Liyuanhung“, den Erich von Salzmann verfasste, alle im Ausschnitt bei ebd. sowie eine Aufzeichnung o.D. und o.U. (Abschrift Nr. A 20942 v. 7.8.1916).

[410] Kühlmann an Bethmann Hollweg, 31.8.1916, PA, R 17977 (Abschrift A 23656 v. 2.9.1916).

[411] Vgl. Peking 1914-1917, 10.6.1916, S.153.

[412] Nach den Erinnerungen Cordes könnten aber zu dieser Thematik der Gesandte Paul von Hintze und „vielleicht auch Herr von Maltzan“ Auskunft geben, vgl. Cordes, S.23. Zu dem Bankdirektor Heinrich Cordes (1866-1927) vgl. Matzat, Cordes.

[413] Siehe Peking 1914-1917, 6.2.1917, S.177; 7.2.1917, S.178 sowie den Artikel in der Times vom 15.3.1917, Ausschnitt bei PA, R 17977.

[414] Peking 1914-1917, 9.2.1917, S.178.

[415] Lucius an AA, Nr.494, 23.3.1917, PA, R 17977. Zur weiteren Verschärfung der Lage vgl. auch Peking 1914-1917, 1.3.1917, S.179. 10.3.1917, S.179f. sowie den Artikel „Der Streit in China“, Frankfurter Zeitung, 29.5.1917, Ausschnitt bei PA, R 17978.

versuchte, die deutsche Antwort auf die chinesische Note, die „unter dem Druck der Amerikaner, Japan und der Entente bzgl. Unterseebootkrieg an Deutschland gestellt“ worden war, mit der chinesischen Regierung zuvor abzusprechen[416]: Am 14. März 1917 wurde der deutschen Gesandtschaft eine Note der chinesischen Republik über den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland überbracht, verbunden mit der Aufforderung, alle deutschen Vertreter hätten binnen achtundvierzig Stunden das Land zu verlassen.[417] Schutzmacht für die deutsche Gesandtschaft wurden einen Tag später die neutralen Niederlande[418] und in Berlin wurden zur Sicherheit für die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft in Peking chinesische Gesandtschaftsmitglieder als Geiseln festgehalten, wogegen sodann wiederum der chinesische Außenminister gegenüber der niederländischen Regierung protestierte.[419]

Die Dramatik und Gefährlichkeit der Situation für die deutschen Vertreter in China verminderte sich dadurch aber offenbar kaum. So erhob Maltzan im Nachhinein schwere Anschuldigungen gegen den damaligen französischen Gesandten in Peking: Letzten Endes sei es lediglich dem Einfluss des niederländischen Gesandten in Peking, der spätere Bürgermeisters von Haarlem und niederländische Außenminister Beelaerts van Blokland, zu verdanken gewesen, „die Deportation der Deutschen zwecks Internierung in Australien durch die Drohung zu verhindern (…), dass die Chinesen in Niederländisch-Indien hierfür büßen“ würden.[420]

Die nachfolgende, zum Teil politisch wie persönlich-emotional sehr aufreibende Rückfahrt der Mitglieder der deutschen Gesandtschaft vollzog sich unter niederländischem Schutz zunächst mit dem holländischen Dampfer „Rembrandt“, der aus Batavia kommend über Japan und Honolulu nach San Francisco fuhr. Durch die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten gegen Deutschland mit zusätzlichen Verunsicherungen belastet, vollzog sich die Rückführung daran anschließend mit einer Zugfahrt quer durch die USA und einer Ausschiffung gemeinsam mit der „ganzen deutschen Botschaft aus Washington und sämtlichen Consuln, auch (denjenigen) von Österreich-Ungarn“. Erst am Morgen des 23. Mai 1917 traf Maltzan wieder in Berlin ein[421], während für die deutsche Außenpolitik mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Peking der Verlust jeden politischen und wirtschaftlichen Einflusses auf die Verhältnisse in China vorerst auf Dauer eine unwiederbringliche Tatsache war.

Durch diese Entwicklung waren unter anderem auch zahlreiche persönliche Nachteile zu beklagen: Der Diplomat musste gegenüber dem Auswärtigen Amt noch Jahre lang auf gravierende finanzielle

---

[416] Hintze an AA, 1.3.1917, ebd., R 17977.

[417] Siehe hierzu auch eine rückblickende Denkschrift bei ebd., R 28710 sowie Schacht an Bethmann Hollweg, Nr. 10, 20.3.1917, ebd., R 17978. Zu dem z.T. zynischen Kommentaren in der deutschen Presse siehe z.B. Braunschweiger Neueste Nachrichten, 14. März 1917, Ausschnitt bei ebd., R 17977, vgl. des Weiteren auch die betr. Artikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, 24./25.3.1917 und betr. der Kriegserklärung Chinas an Deutschland die Meldung in der Frankfurter Zeitung vom 19.8.1917, beide bei ebd.

[418] Siehe Rosen an AA, Nr.211, 3.4.1917, ebd., R 17978.

[419] Vgl. Rosen an AA, Nr.243, 17.4.1917, und Nr.252, 19.4.1917, beide bei ebd., R 17978. Siehe dazu weiter dann auch die deutsche Verbalnote vom 27.4.1917, ebd., die ein „unverzügliches, unbefristetes und sicheres Geleit“ für den deutschen Gesandten und sein Gefolge verlangte.

[420] Siehe dazu Maltzan (Haag) an das AA, 28.3.1919, ebd., R 18034.

[421] Zum genauen Reiseverlauf siehe PA, Geldangelegenheiten Maltzan, Bd.1, 141f. sowie Peking 1914-1917, S.183ff. Vgl. dazu auch die Erinnerungen von Grosse, S.283ff.

Negativfolgen verweisen, die teilweise mit erheblichen Einbussen und Wertverlusten einhergingen.[422] Ein deutsch-chinesischer Kriegsschadenausgleich kam erst 1924 zustande.[423]
Im Rückblick fasste Maltzan seine rund fünfjährige Dienstzeit in Peking als eine Tätigkeit zusammen, die von ihm „zum Teil unter schwierigsten Verhältnissen"[424] geleistet worden sei. Und zweifellos war seine Arbeitszeit in China die bislang prägendste Erfahrung seiner Laufbahn im kaiserlichen auswärtigen Dienst gewesen.
Schon aufgrund des Konfliktes mit der eigenen außenpolitischen Führung in Berlin war es allerdings in der Sache unzutreffend, seinen Aufenthalt in Peking als „Sprungbrett" im Sinne einer sich vermeintlich schon bald ergebenden Möglichkeit zu einem amtsinternen Aufstieg bezeichnen zu wollen, wie es in manchen späteren Nachrufen auf Maltzan zu lesen war. Und ob der junge Diplomat in dieser Zeit durch eine „hohe Schule"[425] gegangen sei, muss insgesamt betrachtet ebenfalls relativiert werden.
Viel eher sind die durchaus gravierenden politischen und persönlichen Konfliktlinien zu betonen, die Maltzan in China des Öftern und insbesondere im Herbst 1914 inhaltlich sogar in einen direkten Gegensatz zu den Entscheidungsträgern der deutschen Außenpolitik in Berlin gesetzt hatten. Der Legationsrat erfuhr in Peking im Grunde aus eigener Anschauung und durch die nachträgliche Kritik an seiner Person in der deutschen Presse und Politik darüber hinaus sozusagen auch noch am eigenen Leibe, wie man deutsche Außenpolitik wohl besser nicht führen und betreiben sollte. Es waren insgesamt betrachtet diese Negativerfahrungen, die lehrhaften Charakter hatten und auch nachfolgend Maltzans außenpolitische Grundhaltung in einem erheblichen Maße mitprägten, weil der Diplomat eine „Politik der Voraussicht, der Prognose"[426] und der rechtzeitigen, versierten Deeskalation im entscheidenden Moment vergeblich vertreten und damit bei den „wilhelminisch" geprägten Führungskräften in Berlin kein Gehör gefunden hatte.
Das daraus resultierende Unverständnis gegenüber der Chinapolitik der eigenen kaiserlichen Regierung bildete keinen Einzelfall. Es dauerte nur eine relativ kurze Zeit, bis die außenpolitische Vorstellungen des Diplomaten Maltzan erneut mit einigen maßgeblichen politischen und militärischen Führungsorganen des deutschen Kaiserreichs kollidierten: Mit Datum vom 31. Mai 1917 wurde der Legationsrat vom Heeresdienst befreit und als Vertreter des Auswärtigen Amtes dem Armeeoberkommando Ost in Brest-Litowsk zugeteilt.[427]

---

[422] Vgl. Maltzan an AA 31.5.1917, PA, Personalakten/GA Maltzan, Bd.1, 105-6 sowie die Reisekostenaufstellung vom 9.7.1917, ebd., 149ff. Die mühseligen Fragen der Abrechnung der Reisekosten, der Erstattung von erlittenen Kurs- und Vermögensverlusten sowie die Folgewirkungen einer Deponierung von Privatguthaben durch Maltzan bei einer Bank in San Francisco „zwecks Vermeidung der Konfiskation durch die englischen Behörden" sollten sich von Ende 1917 noch bis Mai 1922 hinziehen, siehe Maltzan an Reichskanzler, 23.11.1917, ebd., 181ff. Mit Erlaß vom 31.1.1918 wurde die Erstattung von erlittenen Kurs- und Vermögensverlusten vom Auswärtigen Amt abgelehnt. Siehe dazu anschliessend Maltzans dreieinhalbseitiges Schreiben an Hertling aus dem Haag vom 4.3.1918, ebd., 197ff., sowie eine Abschrift dazu bei ebd., 205. Vgl. dann weiter die erneute Antwort des AA vom 15.4.1918, ebd., Bd.2, 001f, die für Maltzan ebenfalls negativ ausfiel sowie Maltzan an AA, 20.11.1920, ebd., Bd.3 (009439), 123. Siehe dann auch die Schwierigkeiten mit der Bezahlung des Spediteurs Knauer hinsichtlich Maltzans „Umzug Peking-Haag nach Berlin", ebd. (PA), Personalakten Maltzan/GA, Bd.2, 119, 127, 187, 152, 165. Maltzan war auch insoweit keineswegs „independently wealthy" (vgl. anders z.B. Vincent, A Historical Dictionary of Germany´s Weimar Republic, S.300).
[423] Vgl. dazu Boyé an AA, 10.6.1924, ADAP A X, Nr.132.
[424] Maltzan an Rosen, 13.1.1919, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 195-196.
[425] Salzmann, Maltzan (1929), S. 205.
[426] Vossische Zeitung, 24.9.1927, Ausschnitt in: PA, Personalakten Maltzan, Bd. Zeitungsartikel und Bilder 1927.
[427] Vgl. PA, Personalakten Maltzan Bd.2, 139. Siehe auch Maltzan an Bethmann Hollweg, 5.6.1917, ebd., 142. Maltzan kündigte von „Gross Luckow" aus an, am 8. Juni in Berlin im Hotel Esplanade einzutreffen und sich weisungsgemäss im Auswärtigen Amt zu melden. Als Vortragender Rat verließ er Berlin am 16. Juni 1917, in Bresk-Litowsk erhielt er dann

5. Der Konflikt Maltzans mit der Obersten Heeresleitung (Sommer/Herbst 1917)

Im Verlauf seiner neuen Tätigkeit im Rahmen der deutschen Ost- und Randstaatenpolitik führte Maltzan zahlreiche Dienst- und Informationsreisen zwischen dem Baltikum und Berlin durch, deren räumlicher Verlauf noch recht präzise nachvollziehbar ist: So berichtete Maltzan unter dem Datum des 20. Juni 1917, er habe „auf Wunsch des Herrn Oberbefehlshabers Ost [...] an der am 22. und 23. d. Mts in Warschau stattfindenden Konferenz des Gouvernements zwecks Information" teilzunehmen[428], wobei der Zweck der damit verbundenen Dienstreise von Brest-Litowsk nach Warschau die Teilnahme an Besprechungen sei, die zwischen Vertretern der Reichsämter und Reichsministerien mit dem Generalgouverneur in Warschau und Vertreter des Hauptquartiers Ost „über den Schutz der Deutschen in den besetzten Gebieten der Ostfront" stattfinden sollten. Maltzan kündigte des Weiteren an, den Reichsinnenminister und den Reichsfinanzminister auf einer vom 29. Juni bis 5. Juli dauernden „Informationsreise zu begleiten", die von Brest aus unter anderem nach Kowno, Wilna und Litan durchgeführt werde.[429] Hierbei sah sich der Diplomat offenbar bisweilen inhaltlich verschiedenen Weisungen gegenüber.[430]

Über die politischen Hintergründe und Inhalte seiner Gespräche mit lokalen Amtsträgern und mit deutschen politischen und militärischen Behörden und Führungsorganen bieten die Quellen zwar insgesamt kaum Anhaltspunkte. Jedoch wies die Tatsache, dass Maltzan als Vertreter des Auswärtigen Amts sowohl den Innenminister, den Finanzminister als auch Reichskanzler Michaelis bei Informationsreisen in den besetzten Ostgebieten begleitete, zumindest indirekt darauf hin, dass der Legationsrat mit den höchsten politischen Stellen in Kontakt stand. Der Wirtschaftsagent Katzenstein erinnerte in einem 1920 verfassten Schreiben an Maltzan zudem an die Zeit im Jahre 1917, in der er mit diesem in Wilna „in meiner kleinen Bretterbude zusammensass" und die schwierigen Ostfragen erörtert habe. Das „Gewurstel" des Auswärtigen Amts, der Obersten Heeresleitung und die Politik der Heeresgruppe Kiew, die jeweils gegeneinander gearbeitet hätten, sei Maltzan nach Katzenstein dabei „ja leider nur zu gut bekannt" gewesen.[431] Weitere Konflikte

---

weitere Instruktionen.

[428] Maltzan an Bethmann-Hollweg, Nr.2, 20.6.1917, ebd., 145.

[429] Maltzan an AA, 25.6.1917, ebd., Personalakten Maltzan, Geldangelegenheiten, Bd.1, 157f. Siehe auch Maltzan an Bethmann Hollweg, Nr. 9, 7.7.1917, ebd. 154f. und Nr.11, 10.7.1917, ebd., 155ff.
Zu weiteren Dienstreisen Maltzans ab dem 11. Juli 1917 siehe Maltzan an Michaelis, Nr.34, ebd., 163ff., Nr. 66, 23.10.1917, ebd., 175ff, Nr.44, 10.9.1917, ebd., 170ff. sowie Maltzan an AA, 6.12.1917, ebd., 187f. Demnach war Maltzan am 30. August von Brest nach Bialystok und Wilna gereist, um dort politische Besprechungen mit den Militärbehörden zu führen; vom 31. August bis Ende September war er in Wilna tätig. Am 27. September trat er von Wilna aus einen geplanten Urlaub in Richtung München an, den er am 30. September aber dienstlich unterbrechen musste, „zwecks Dienstreise von München nach Berlin" mit der „Teilnahme an Ausschuss-Sitzung des Reichstags". Er kam am 1. Oktober in Berlin an und reiste nach diesem Termin am Abend des gleichen Tages wieder zurück nach München, um dort am 7. Oktober seinen Urlaub zu beenden. Nach dieser Aufzeichnung traf Maltzan dann am 8. Oktober wieder in Berlin ein „zwecks Begleitung des Herrn Reichskanzlers Michaelis nach Ober-Ost" ab dem 14. Oktober, wobei er den Reichskanzler über Wilna, Mitau, Riga, Goldingen, Libau, Insterburg wieder nach Wilna zu einer „Besprechung mit dem litauischen Landesrat" begleitete. Am 27. Oktober sei Maltzan wiederum in Berlin eingetroffen, zur „Teilnahme an den Verhandlungen über Ober-Ost und Besprechung im A(A)".

[430] Mit Datum vom 23.10.1917 telegraphierte Maltzan „aus dem Felde", er habe dem Oberquartiermeister auf dessen Befehl, sofort eine Wohnung in Kowno zu beziehen, geantwortet, er sei vom Auswärtigen Amt angewiesen, bis zur „endgültigen Entscheidung Oberster Heeresleitung" in Wilna zu bleiben., PA, R 21708.

[431] Katzenstein an Maltzan, 20.8.1920, PA, R 31488k/31489k (K 096063-70).

innerhalb der verschiedenen, dort tätigen deutschen Akteure und Gruppen schienen also zu dem damaligen Zeitpunkt geradezu vorprogrammiert.

In die sachlichen Vorbereitungen für eine ab dem 6. November 1917 geplante Konferenz in Lausanne, die über die weitere deutsche Randstaatenpolitik beraten sollte, war Maltzan ebenfalls unmittelbar involviert. Ende Oktober 1917 wurde in diesem Kontext eine Zusammenkunft mit den deutschen regionalen und lokalen Amtsträgern in Aussicht genommen, die sich unter anderem mit der geographischen, politischen, rechtlichen und militärischen Neugestaltung des Raumes zwischen Litauen, Kurland und Polen befasste.[432]

Ein ausführlicher Bericht Maltzans vom 24. Oktober 1917 über „eine Versammlung sämtlicher Kreishauptleute Litauens", die „über die Neu-Orientierung der deutschen Politik in Litauen" beraten hätten, zeigte jedoch bereits zuvor an, dass Maltzan sich um eine Neuausrichtung der deutschen Baltikumspolitik sowie um die Durchsetzung einer zumindest etwas verständigungsorientierteren Haltung bemühte. So empfahl er „aus politischen und praktischen Gründen" gegenüber den dort tätigen deutschen Beamten und sonstigen Verantwortlichen unter anderem, verstärkt einen „fakultativen und nicht den obligatorischen" Deutsch-Unterricht in litauischen Volksschulen anzubieten, auch wenn dieser Vorschlag seinerseits schon in Gesprächen zuvor auf „fast einstimmige Ablehnung" getroffen sei. Dass Maltzan von sentimentalen politischen Ansichten wenig hielt, sondern darum warb, der konkreten politischen Faktenlage ins Auge zu sehen, wird aus seinem Bericht ebenfalls deutlich.

Seine Ausführungen zeigten insoweit, dass der Diplomat einer einseitigen Germanisierungspolitik in den besetzten Baltikum-Gebieten abgeneigt war und diese im Ergebnis sogar als schädlich für die deutschen Interessen ablehnte: Bei dem „Oberquartiermeister von Brandenstein" zum Beispiel habe sich, so führte Maltzan diesbezüglich aus, wiederum „mehr persönlich" als sachlich „die Neigung" geltend gemacht, „Litauen durch deutschen Zwangsunterricht zu germanisieren, während Oberst Hoffmann gelegentlich des Kanzlerbesuchs Küglei´s u(nd) meinem Standpunkt beigepflichtet" habe. Es erscheine ihm aber nach wie vor „nicht ausgeschlossen, dass die ‚stramme' Richtung der Kreishauptleute in der Versammlung vom 30. Oktober in Berlin zwecks Beibehaltung des Zwangs-Unterrichts ausgenutzt werden wird", zumal sich unter anderem auch in der Frage der „geplanten Beteiligung von Litauern in der kommunalen Verwaltung auf Grund von Wahlen" bereits in diesen deutschen Kreisen deutlicher „Widerspruch" erhoben habe.[433]

Der Legationsrat setzte sich aber nicht nur für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten und für eine konstruktive, verständigungsvolle Kooperation mit den litauischen Vertretern ein. In seinem Bericht an das Auswärtige Amt trat des Weiteren recht offen Kritik an der außenpolitischen Führung Deutschlands insgesamt zu Tage. Denn für Maltzan war das, was sich in der deutschen Randstaatenpolitik abspielte, geradezu symptomatisch für den Gesamtcharakter der von Berlin aus verfolgten politischen Gesamtausrichtung:

> „Kurz, es spielen sich hier im Kleinen wie zu Hause im (G)rossen die gleichen Gegensätze zwischen „Annexionisten" u(nd) Anhängern einer Verständigungspolitik

[432] Vgl. die „ganz geheimen" Tagesordnungspunkte bei ebd., R 21708 „für Dienstag den 30. und Mittwoch den 31. Oktober 1917".

[433] Maltzan an AA Nr.65, Wilna, 24.10.1917, ebd; die siebenseitige Vorlage ist hschr. verfasst.

> ab. Nur sind letztere hier in der numerischen Minderheit. Wir werden uns jedenfalls auf einen ziemlichen Widerstand in der Berliner Konferenz vorbereiten müssen."[434]

Maltzan vertrat das Argument, dass eine verständnisvollere deutsche Haltung gegenüber den Bedürfnissen der Randstaaten zu einer ersten spürbaren Entspannung in der politischen Atmosphäre führen könne. Schon in den letzten Wochen habe, so lautete seine Ansicht in diesem Kontext, die offenbar von ihm selbst eingeleitete und vertretene „Milderung der deutschen Vorschläge" bei den litauischen Vertrauensleuten „eine angenehme Überraschung hervorgerufen".[435]

Aus einem weiteren, achtseitigen handschriftlichen Bericht Maltzans geht hervor, dass eine von ihm offenbar in der Sache befürwortete litauische Denkschrift von Vertreter der alten Baltikums- bzw. Randstaatenpolitik als „unheilvolle Wirkung unserer schwachen Politik des Entgegenkommens" aufgefasst wurde. Die Frage des obligatorischen Deutsch-Unterrichts werde, so beklagte der Diplomat, von den Kreishauptleuten als „höchstpersönliche Prestigefrage behandelt", wobei die Diskussion „stark unter dem Einfluss parteipolitischer, insbesonderer alldeutscher Ansichten" stehe. Die von Maltzan hiergegen angeführten Tatsachen seien von diesem Kräften bereits als „künstliche Mache bezeichnet" worden.[436]

Auch das aus dieser Vorlage hervortretende Bild der von dem Legationsrat Maltzan favorisierten Außenpolitik und Diplomatie wies zumindest vorsichtig darauf hin, dass er im Gegensatz zu den aggressiv ausgerichteten Attributen wilhelminischer Welt- und Kriegspolitik eher für eine verständigungsorientierte Vorgehensweise eintrat. Und dies geschah insbesondere dann, wenn ihm Maßnahmen dieser Art aus realpolitischen Gründen viel geeigneter erschienen, deutsche Interessen auch mittel- und langfristig in vernünftiger, möglichst ausgewogener und auch präventiver Weise zu wahren.

Eine derartige Argumentation konnte allerdings bei vielen anderen deutschen, von Maltzan als „Annexionisten" etikettierten Akteuren nicht durchdringen, was gewiss nicht überraschte. Erkennbar wird weiter, dass die Konflikte des Diplomaten mit diesen Kräften nicht nur ungelöst und schwebend blieben, sondern sich nachfolgend noch erheblich verschärften. Ebenfalls am 24. Oktober 1917 meldete der Legationsrat aus dem Hauptquartier Ost jedenfalls einen gegen seine Person gerichteten Gegenschlag: Zwar habe ihm Oberst Hoffmann nach einer mündlichen Äußerung des Reichskanzlers zuvor sein „Verbleiben in Wilna zugesagt." Die allerdings jetzt erfolgte entgegengesetzte Anordnung sei ihm, so Maltzan im Hinblick auf seine oben beschriebene Haltung in Bezug auf die verwendete kategorische Wortwahl wenig überzeugend weiter, angeblich „unerklärlich".[437]

In zwei geheimen Aufzeichnungen mit Datum vom 1. November 1917 machte der Legationsrat seiner Auffassung von einer besseren und künftig umzusetzenden deutschen Randstaatenpolitik noch

---

[434] Ebd.

[435] Ebd.

[436] Maltzan an Michaelis Nr. 70, 26.10.1917, ebd. Es heißt hier u.a. weiter: Selbst „die hiesigen Polen(,) die noch vor kurzem mit allen Mitteln die leise Annäherung Litauens an uns zu bekämpfen versuchten", hätten „ihre Propaganda seit etwa 3() Wochen merklich eingestellt und in vertrauten Kreisen geäussert, die lokale deutsche Politik würde die Litauer am besten davon überzeugen, dass wir falsches Spiel mit ihnen getrieben (hätten)."
Siehe zur Förderung der Anhörung der litauischen Vertreter auch das Tel. Maltzan Nr.45, ebenfalls vom 26.10.1917, ebd. Hier heißt es u.a.: „(Die) Landesräte Smetona, Kairies, Schaulis, Staugitis, Doridaitis, Macilewitsch treffen auf Durchreise nach Lausanne Sonnabend abend gegen 5 Uhr Berlin Bahnhof Friedrichstraße ein." Sie beabsichtigten, am Sonntag Geheimrat Nadolny aufzusuchen.

[437] Vgl. Tel. Maltzan Nr. 44, 24.10.1917, ebd. (PA, R 21708).

einmal unmissverständlich deutlich. Zwar habe, so hieß es hier, die „wirtschaftliche Lage in der Heimat und die Rücksicht auf Erreichung der Kriegsziele (…) bisher eine restlose Erfassung der vorhandenen Rohmaterialien, Getreides und des übrigen lebenden und toten Inventars der Bevölkerung in Litauen nötig gemacht“ und diese Politik sei unter der Führung durch den Fürsten Isenburg mit Erfolg und zur großen Entlastung der Heimat durchgeführt worden. Dieser Umstand aber dürfe nicht dazu führen, mit Kritik an der bisherigen deutschen Politik zu sparen. Hingegen stellte Maltzan die Klagen litauischer Bevölkerungskreise als durchaus berechtigt dar:

> „Es ist erklärlich, dass diese Beschlagnahme(n) insbesondere durch die Unterorgane nicht immer mit der nötigen Rücksicht durchgeführt wurde und in dem Volke eine starke Erbitterung hervorgerufen haben. Diese Erbitterung hat sich im ganzen Lande gegen den Fürsten Isenburg konzentriert, und aus verschiedenen Kreisen der Bevölkerung, insbesondere seitens der Geistlichkeit, ist mir mit aller Hochschätzung für den Fürsten Isenburg zu verstehen gegeben worden, dass man ohne Änderung der Person an eine Änderung des Systems nicht glauben kann, und dass Litauen erst dann sich für eine Angliederung an Deutschland entschließen wird, wenn in der Person des Verwaltungschefs eine Änderung eintritt. (…) Die Erbitterung des Volkes gegen die Verwaltung spiegelt sich am besten wieder in der Euerer Exzellenz eingereichten Denkschrift des Litauischen Landesrats. Die dort mitgeteilten Tatsachen dürften zum größten Teil schwer widerlegt werden können. Auch zeigt sich beim Fürsten neuerdings wieder die scharfe Neigung, den Litauern in ihren Wünschen, betreffend Schulwesen, und Zuständigkeit des Landesrats, möglichst wenig entgegen zu kommen.“[438]

Maltzan ging im Rahmen seiner gegen deutsche Führungskräfte gerichteten, kritischen Haltung zudem sogar soweit, er habe den Eindruck, dass Isenburg mittlerweile selbst an eine anderweitige Verwendung denke.

Zwar mochte eine solche Äußerung sicherlich über die Maltzan in Wilna zugewiesene Position hinausgehen. Dennoch zögerte der Diplomat nicht, nachfolgend sogar auch noch Grundlinien hinsichtlich der Personalauswahl für einen Nachfolger vorzutragen: Hierbei wäre zu berücksichtigen, „dass katholische Religion, unabhängige Stellung, Erfahrung im Verwaltungswesen und Fühlungnahme mit parlamentarischen Kreisen und der katholischen Kirche erwünscht“ erscheine.[439]

Auch in der Folgezeit nahm Maltzan im Rahmen dieser kritischen Haltung kaum ein Blatt vor den Mund. Er vertrat seine Ansichten offen, ungeschmickt und ein Stück weit sogar recht provokant - auch wenn diese heftigen Widerstand von Seiten der damit von ihm direkt oder indirekt angegriffenen Persönlichkeiten geradezu hervorrufen mussten: So präzisierte der Legationsrat zum Beispiel im Rahmen der innerdeutschen Debatte um die „Zukunftsmöglichkeit“ Kurlands und Litauens am 1. November 1917 seine „persönliche“ Auffassung komplementierend dahingehend, er halte „die Zukunft Litauens als Bundesstaat unter einem deutschen katholischen Herrscher für durchaus unbedenklich und sogar unter gewissen Umständen für wahrscheinlich.“ „Eine Zusammenfassung Litauens mit Kurland“, wie es derzeit diskutiert werde, betrachtete er dagegen „aus politischen, wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Gründen als ein gefährliches Experiment“, das nicht im deutschen Interesse zielführend und daher abzulehnen sei.[440]

---

[438] G.A. Maltzan, 1.11.1917, ebd.. Die Vorlage trägt am oberen Rand der ersten Seite den Stempel A 36262.

[439] Ebd.

[440] G.A. Maltzan, 1.11.1917, ebd. Die Vorlage trägt am oberen Rand der ersten Seite den Stempel A 36263. Nach den Erinnerungen Joh. Viktor Bredts erwähnte Maltzan in einer Aufz. vom 1. November 1917, dass Oberst Hoffmann und Prinz Leopold von Bayern für die Zukunft von Litauen und Kurland auch die Anbahnung eines späteren bundesstaatlichen

In der Zwischenzeit war die schwere innerdeutsche Auseinandersetzung um den richtigen Weg in der Randstaatenpolitik offenbar bereits ebenfalls auf anderen Ebenen ausgebrochen: In den Erinnerungen Philipp Scheidemanns[441] findet sich der Eintrag über eine Besprechung, die am 18. November 1917 im Beisein von „Kanzler von Hertling, von Westarp und Heydebrand“ stattfand. Scheidemann hielt dazu im Rückblick fest, dass eine „wiederholte Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Völker [...] aus dem Munde Hertlings mehr als verdächtig“ geklungen habe. „Uns Abgeordneten“ sei, so Scheidemann weiter, hingegen bekannt gewesen, dass die Oberste Heeresleitung in der Person des Fürsten Isenburg und des Generals von Freytag-Loringhoven der litauischen Deputation „mehr einheizend“ mit der Forderung einer neuen strategischen Grenze gedroht hatte, falls Litauen einer Anlehnung an das Deutsche Reich nicht „freiwillig“ zustimme:

> „Dass es sich nicht um leeres Gerede handelte, wurde mir von dem damaligen Legationsrat von Maltzan, dem späteren Botschafter in Washington, der aus Wilna nach Berlin gekommen war, ausdrücklich bestätigt. Aus seinen Darlegungen, so heißt es in meinen Aufzeichnungen vom 30.11.1917, gewann ich den Eindruck, dass er im Einverständnis mit Herrn von Kühlmann handelte, um mich zur Vorsicht zu mahnen gegenüber der OHL.“[442]

Diese Ausführungen Scheidemanns machen deutlich, dass es zwischen der Außenpolitik des Auswärtigen Amt und der deutsche Militärführung in Ost- bzw. Randstaaten-politischen Fragen offenkundig nicht nur einige erhebliche, sondern auch ganz grundlegende Differenzen gab. Allerdings kam der OHL zweifellos immer noch der „überragende Einfluss auf die Außenpolitik“ zu, was sich zum Beispiel an einem anderen, insgesamt viel gewichtigeren Vorgang widerspiegelte: Am 18. Februar 1918 nahm die deutsche Militärführung die Kampfhandlungen gegen Russland wieder auf, worauf das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei unter Führung von Lenin beschloss, dass deutsche Ultimatum anzunehmen. Und auch angesichts der als Vertrag von Brest-Litowsk am 3. März 1918 unterzeichneten inhaltlichen Fassung der Vertragsbestimmungen wurde dann noch einmal überaus deutlich, wie „ohnmächtig“ die Reichsregierung und das Auswärtige Amt gegenüber der OHL waren.[443]

Im Übrigen hatte bereits zuvor der von Maltzan im Grunde selbst heraufbeschworene Konflikt mit der militärischen Führung nicht zuletzt für den Diplomaten selbst gravierende Folgen nach sich gezogen. Denn mit Datum vom 1. Dezember 1917 war die Auseinandersetzung endgültig eskaliert: General Ludendorff[444] erhob gegen den Legationsrat, der aus seiner Sicht offenbar auch Teilen der Presse mittlerweile recht freizügig Auskünfte erteilt und auch hierbei aus seiner kritischen Haltung gegenüber der Randstaatenpolitik der OHL keinen Hehl gemacht hatte, in einem Schreiben an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Kühlmann, massive Anschuldigungen:

Verhältnisses mit Deutschland erörterten, vgl. Erinnerungen und Dokumente (im Anhang bei Quellensammlungen), S.129, Anm.161.

[441] Zur Biographie Scheidemanns vgl. stellvertretend die Skizze von Gellinek; zu dessen Haltung im Rahmen der Verhandlungen, die zum Frieden von Brest-Litwosk führten, vgl. Schmersal, S.129ff.

[442] Scheidemann, Bd.2, S.121f. Siehe in diesem Zusammenhang auch die zweckoptimistisch anmutende Rede Reichskanzler Hertlings vor dem deutschen Reichstag am 29.11.1917, abgedruckt in; Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 30.11.1917, Ausschnitt bei PA, R 22034.

[443] Schmersal, S.131, S.136; Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, S.60. Siehe zum Frieden von Brest-Litowsk u.v.a. Lademacher, Der Friede von Brest-Litowsk.

[444] Zu Ludendorff (1865-1937) vgl. stellvertretend Wettler-Uhle; Venohr; Fresser, Erich Ludendorff.

> „Als unbedingt zuverlässige Mitteilung, deren Urheber ich indessen, wie ich bemerken möchte, nicht näher bezeichnen werde, ist mir dienstlich gemeldet worden, dass Legationsrat Freiherr v. Maltzan im Kreise von Herren der Firma Ullstein in längerem Vortrage sich über unsere außenpolitische Lage geäussert hat. Bei seinen Ausführungen über Litauen und Kurland hat Herr v. Maltzan, wie er selbst zugeben wird, mein, des Generals Hoffmann und des Fürsten Isenburg politisches Verständnis abfällig beurteilt.[445]

Ludendorff legte in sehr scharfer Weise dar, dass er sich in diesem Zusammenhang gegen den Gedanken „sträube", Maltzan habe diese „weitgehende Mitteilungen über die außenpolitische Lage" mit Wissen und Einverständnis der Führung des Auswärtigen Amts gemacht, also mit Deckung durch Staatssekretär Kühlmann gehandelt.
Doch damit war der Frontalangriff Ludendorffs gegen den Diplomaten noch nicht beendet: Denn der General wollte in Maltzans außenpolitischen Äußerungen darüber hinaus sogar „die Erklärung für die Widerstände" gefunden haben, auf die man aus deutscher Sicht in Litauen[446] stoße. Er forderte jedenfalls ebenso vor diesem Hintergrund mit allem Nachdruck Maltzans sofortige Absetzung. Und die dabei angeführte Charakterisierung, dass die von Ludendorff in führender Weise vertretenenen Randstaatenpolitik in den besetzen Ländern angeblich mühevoll um Verständnis werbe, entbehrte nicht einer gewissen Zynik:

> „Wenn ein Beamter des Auswärtigen Amtes, der durch seine Mission zu unbedingter Zusammenarbeit mit den deutschen Verwaltungsstellen in einer von seinem Vorgesetzten gutgeheissenen und befohlenen Richtung verpflichtet ist, sich nicht scheut, das politische Verständnis der amtlichen Stellen mit dieser Offenheit abfällig zu beurteilen, so ist alle unsere Mühe, ein misstrauisches Volk für uns zu gewinnen, umsonst. Ich darf Euerer Exzellenz das Weitere überlassen."[447]

Offenbar als Reaktion auf diese schwerwiegenden Vorwürfe telegraphierte der Legationsrat bereits zwei Tage später, am 3. Dezember 1917 aus Vollrathsruhe in Mecklenburg, dass er am „Mittwoch Abend" in Berlin eintreffen werde.[448] Ohne Maltzans Ankunft in Berlin abzuwarten, beschloss Kühlmann jedoch bereits ebenfalls am 3. Dezember, Maltzan der deutschen Gesandtschaft im Haag „zu aushilfsweiser und kommissarischer Beschäftigung" unter dem Gesandten Rosen zuzuteilen. Maltzan möge sich in dieser Hinsicht, so lautete die Weisung, „so einrichten, dass (er) alsbald im Haag eintreffen könne".[449]
Es war unverkennbar, dass diese Versetzung des Diplomaten nicht zu einer Eskalation der zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon bestehenden, schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Auswärtigen

---

[445] Ludendorff an Kühlmann, Nr.125, geheim & persönlich, 1.12.1917, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 167. Bei der zitierten Vorlage handelt es sich um eine Abschrift A 2496 vom 3.12.1917.
[446] Am linken Rand ist hschr. dieser und der Beginn des folgenden Satzes vertikal angestrichen und ohne Paraphe handschriftlich mit einem Fragezeichen versehen worden.
[447] Ebd. Zu den „Grenzfragen im Osten", dem „erstrebten Anschluß Kurlands und Litauens" und zur „Politik in Litauen und Kurland" aus der Sicht Ludendorffs vgl. dessen bereits im Juni 1919 abgeschlossenen Kriegserinnerungen, Ludendorff, S.416ff., S.426ff.
[448] Maltzan an AA, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 164.
[449] Ebd., Personalakten Maltzan/Geldangelegenheiten, Bd.1, 191. Am 6. Dezember 1917 bestätigte Maltzan zunächst einen Erlass vom 3.12.1917, der seine Versetzung an die Gesandtschaft im Haag angeordnet hatte, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 171. Zu „Richard von Kühlmann und die Niederlande" vgl. den Beitrag von Bußmann. Zum deutsch-niederländischen Verhältnis im 20. Jahrhundert siehe Lademacher, Zwei ungleiche Nachbarn.

Amt und der OHL beitragen sollte. Dass die Entscheidung Kühlmanns allerdings keineswegs gegen Maltzan persönlich gerichtet war, verdeutlichte ein Schreiben, mit dem der Staatssekretär des Auswärtigen Amts unter dem 4. Dezember 1917 General Ludendorff nicht ohne provozierenden Einschlag mitteilte, Maltzan habe „selbstverständlich" mit seiner Zustimmung und seinem Wissen gehandelt.[450] Und der Legationsrat selbst erhielt von Kühlmann unter dem Datum des 5. Dezember 1917 ein als geheim eingestuftes Schreiben, mit dem ihm unter der Anrede „Lieber Baron Maltzan"[451] das von Ludendorff an den Staatssekretär gerichtete Schreiben vom 1. Dezember als Abschrift übermittelt und er „umgehend" zu einer „ausführlichen und genau schriftlichen" Stellungnahme aufgefordert wurde.[452]

Die Rechtfertigung Maltzans war auf den ersten Blick um Vermittlung bemüht, fiel aber in der Sache fest und von der Richtigkeit der eigenen Argumente überzeugt aus. Er wies mit Datum vom 6. Dezember 1917 zunächst darauf hin, dass er während seines Aufenthalts in Berlin „wiederholt mit den mir bekannten Vertretern der Berliner Presse" zusammengekommen sei, „darunter auch mit Herren der Vossischen Zeitung". Es habe ihm „aber fern gelegen, diesen oder anderen Herren einen längeren Vortrag über unsere außenpolitische Lage zu halten":

> „Dieses würde mir nicht nur mein Taktgefühl, sondern die einfache Überlegung verboten haben, dass den genannten Kreisen hierfür kompetentere amtliche Stellen zur Verfügung stehen. Ich habe im Gegenteil bei allen Unterhaltungen, bei denen das politische Gebiet jetzt schwer zu vermeiden war, auf gewisse Anfragen regelmäßig betont, dass ich über die Außenpolitik amtlich nicht orientiert sei und in den speziell litauischen Fragen meine persönliche Ansicht äußern könne."[453]

Der „Gegenstand dieser rein privat(en) Unterhaltungen" seien lediglich in der Presse bereits behandelte, (ak)tuelle Tagesfragen gewesen, „insbesondere auch der Hoetzsch(e)[454] Vortrag über die Ostfragen und der litauische Abend (im) Hotel Adlon." Zeugen könne er für diese Aussagen „jederzeit beibringen". Des Weiteren zeigte sich Maltzan „nicht bewußt, im V(er)lauf dieser Unterhaltungen das politische Verständnis von Exzellenz Ludendorff, General Hoffmann oder Für(st) Ysenburg abfällig beurteilt zu haben". Er würde aber „Exzellenz Ludendorff dankbar sein, wenn er mir seinen Gewährsmann, nötigenfalls unter vier Augen nennen würde".[455]

Die Vorstellung, der Legationsrat habe im Rahmen dieser Ausführungen klein beigegeben, ist allerdings unzutreffend. Im Gegenteil: Seine Antwort blieb durchaus nicht frei von einer ausgeprägten Trotzhaltung, in der zugleich auch die persönliche Erbitterung Maltzans über den Vorgang zu erkennen war. Und diese trat zumindest zwischen den Zeilen unter anderem in einer kaum verklausulierten Wortwahl hervor, die darauf hinwies, General Ludendorff und die gesamte OHL müsse sich im Hinblick auf die von dort aus verfolgte, fehlerhafte Politik inhaltliche Kritik durchaus gefallen lassen. Fest steht jedenfalls, dass der Diplomat von seiner eigenen politischen Sachauffassung letzten Endes keinen Deut abwich. Für ihn verdiente ebenso die abweichende

---

[450] Kühlmann an Lersner, Nr.1935, 4.12.1917, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 165f.
[451] Die Vorlage trägt keine Unterschrift, aber zwei Paraphen vom 4.12.1917. Sie wurde an Maltzan, Hotel Esplanade, adressiert, ebd., 169ff.
[452] Ebd.
[453] Maltzan an Graf, geheim, 6.12.1917, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 172f.
[454] Zu Otto Hoetzsch (1876-1946), 1920 bis 1925 MdR (DNVP), 1925-1935 Herausgeber der Zeitschrift „Osteuropa", vgl. Sütterlin, S.159, Anm.164; Liszkowski; Kuebart.
[455] Maltzan an Graf, geheim, 6.12.1917, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 172f.

Auffassung eines Rangniedrigeren politisches Gehör. Begründeten, direkten Widerspruch hielt er in diesem konkreten Fall nach wie vor für durchaus angebracht und berechtigt:

> „Dieser Vorwurf ist mir um so unverständlicher, als ich mich genau erinnern kann, im Laufe der verschiedenen Unterhaltungen mich dahin geäußert zu haben, Exzellenz Ludendorff sei eine überragende Persönlichkeit, die auch *Widerspruch* [Herv.d.Verf.] vertragen könne, General Hoffmann würde nicht nur militärisch, sondern auch politisch als ein Mann der Zukunft bewertet, und dem Fürsten Ysenburg müsse die Heimat für Ernährung in schwerer Zeit besonders dankbar sein.“[456]

Allerdings ist in der Tat anzunehmen, dass Maltzan sich offenbar bereits zuvor bei Staatssekretär Kühlmann für sein Vorgehen abgesichert hatte bzw. ihm eine Unterstützung von dieser Seite im Rahmen des im Grunde von ihm selbst heraufbeschworenen Konflikts mit der Führung der OHL gewiss war. Und für diese konzeptionelle interne „Schlacht“ zwischen den beiden für die Außenpolitik des Reiches bedeutendsten Behörden über den richtigen Weg in der deutschen Ost- und Randstaatenpolitik hatte er den richtigen Verbündeten gewählt: Kühlmann selbst beschrieb noch in seinen Erinnerungen seine eigenen, gravierenden Auseinandersetzungen mit Ludendorff in ausführlicher Weise – sowohl vor als auch im Rahmen der in Brest-Litowsk stattgefundenen, deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen.[457]

Die hiermit von dem Legationsrat Maltzan im Jahre 1917 gezeigte Konfliktbereitschaft und sein Eintreten und Festhalten an seiner Überzeugung in der Sache - auch unter der Inkaufnahme von persönlichen Nachteilen - mag, wenngleich dies behutsam vorzutragen ist, zudem ein weiteres Merkmal dafür gewesen sein, welche außenpolitischen Grundwerte dem Diplomaten Maltzan wichtig waren und wie er seit den Erfahrungen von 1914 und 1915 darauf reagierte, wenn er diese verletzt sah: Aus seinen Argumenten, seinen Klagen und seinem Verhalten im Rahmen von Auseinandersetzungen dieser Art ging jedenfalls zum einen hervor, dass Maltzan immer auch mittel- bzw. langfristig vernünftige und zukunftsweisende Kriterien außenpolitischen und diplomatischen Handelns im Rahmen der Analyse wichtig und gewichtig erschienen. Zum anderen tritt hervor, dass der Diplomat die von den gegenwärtig maßgeblichen Entscheidungsträgern in der kaiserlichen Außen- und Kriegspolitik vertretene, einseitige „militärisch-annexionistische Richtung“[458] vehement ablehnte und sich nicht scheute, diese Politik sogar offen und öffentlich zu kritisieren.

Bereits im November 1917 war Maltzan unter Aufgabe seines etatmäßigen Postens in Peking offenbar hinsichtlich der daraus erwachsenden Ansprüche formal und vorübergehend in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.[459] Nach eigenen Angaben sicherte ihm zwar der

---

[456] Ebd.

[457] Vgl. Kühlmann, Erinnerungen, u.a. S.535ff. Zur deutschen Ostpolitik unter Kühlmann und insbesondere auch zur „vollen Schärfe“ des Konfliktes zwischen Kühlmann und Ludendorff, der „nicht nur auf ihre ostpolitischen Ansichten beschränkt“ blieb, vgl. ausführlicher Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, S.60ff. Siehe zur „Kontroverse“ und Schärfe der „Diastase“ zwischen dem AA und der OHL „über das Verhältnis des Deutschen Reiches zu den russischen Randstaaten und den Bolschewiki“ auch Borowsky, Sowjetrußland in der Sicht, S.28f. und Doering-Manteuffel, S.205. Zur Kollision der Kosakenpolitik der OHL mit der Russlandpolitik des AA vgl. Gehrmann.

[458] Siehe insofern später einen Artikel im Berliner Tageblatt, 4.11.1921, Ausschnitt bei PA, Personalakten Maltzan Bd.3, 050.

[459] Durch eine kaiserliche Verfügung waren bereits am 30. Juli 1917 sämtliche diplomatische und konsularische Beamten für China unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt worden.“, AA an Maltzan, 20.8.1917, PA, Personalakten Maltzan/Geldangelegenheiten, Bd.1, 160f. Siehe dazu auch die Anweisung des AA an die Legationskasse, ebd. 162f.

„Personaldezernent Graf Wedel“ nach seiner von Ludendorff erzwungenen Versetzung mündlich zu, er, Maltzan, könne „bestimmt“ auf eine „demnächstige etatmäßige Anstellung im Haag rechnen“ und sich daher „dementsprechend einrichten“.[460] Dieses Versprechen realisierte sich vorerst aber nicht, auch wenn im Auswärtigen Amt eine Ernennung Maltzans zum Botschaftsrat erwogen wurde.[461]

6. Von der Abdankung Kaiser Wilhelms II. zur Weimarer Republik

Maltzan übernahm auch an der deutschen Gesandtschaft im Haag zeitweise die Leitung der Geschäfte. Der Posten war eine vielschichtige Herausforderung. Die neutralen Niederlande blieben insbesondere in der Endphase des Ersten Weltkriegs ein Zentrum diplomatischer Aktivitäten aller Art, inklusive zahlreicher geheimer Kontakte und Spionagetätigkeiten.[462]

Zwar unterlag die niederländische Politik in ihrer allgemeinen politischen Stimmung gegenüber Deutschland beträchtlichen Schwankungen. Um die Niederlande aber weiterhin im Weltkrieg neutral zu halten, durfte aus deutscher Sicht die dortige öffentliche Meinung auf keinen Fall unnötig verstimmt werden.[463]

Diese Hauptaufgabe der deutschen Vertreter im Haag wurde allerdings zuweilen durch eine im Ergebnis kontakarierende Politik der deutschen Führung beeinträchtigt: Mit Datum vom 14. Februar 1918 berichtete Maltzan, dass durch „die Homburger Rede seiner Majestät des Kaisers [...] die günstige Stimmung, deren sich Deutschland bei der Beurteilung der Friedensfrage in Holland gerade in der letzten Zeit erfreuen durfte, infolge der Verbreitung beider verschiedenen Wolff-Fassungen dieser Ansprache stark zu unseren Ungunsten beeinträchtigt“ worden sei.[464] Das Unverständnis des Diplomaten gegenüber derartigen missverständlichen oder missverstandenen öffentlichen Äußerungen Wilhelms II. war hierbei zumindest indirekt unter anderem an den Zusatz zu erkennen, dass sich die in seinem Bericht genannten Blätter „sonst keiner antideutschen Stellung befleissigen, sondern auf durchaus neutralem Boden“ ständen.[465]

Die Berichterstattung Maltzans aus dem Haag seit etwa Januar 1918 widmete sich allerdings in erster Linie wirtschaftlichen Einzelfragen, deren Lösung im Hinblick auf die sensible niederländische Neutralität besondere Umsicht und Behutsamkeit erforderte.[466] So teilte der kommissarische Geschäftsträger zum Beispiel mit Datum vom 11. Januar 1918 seinem sich in Berlin aufhaltenden Gesandten Rosen mit, die Oberste Heeresleitung habe am 10. Januar 1918 gedrahtet, „dass sie im

---

[460] Maltzan an Koch, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 114ff., zur Reise nach dem Haag, ebd., 173.

[461] Mit Datum vom 10. Dezember 1918 liegt den Personalakten insofern eine kurze Notiz bei, die auf einen Privatbrief des Gesandten Rosen vom 6.12.1918 hinwies und die Frage der Erteilung des Titels „Botschaftsrat“ an den Legationsrat von Maltzan behandelte, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 188.

[462] Vgl. Krüger, Schubert, Maltzan, S.16; Köhler, Novemberrevolution, S.136; Schröder, „Ausgedehnte Spionage“, S.428. Zur Neutralität und internationalen Stellung der Niederlande zwischen 1914 und 1918/19 vgl. mwN. die Studien von Frey und Roowaan, S.30ff.

[463] Mit Datum vom 15. Januar übersandte Maltzan eines Bericht des deutschen Militärattachés (Maltzan an AA, 15.1.1918, ebd., Abschrift A 2417 v. 17.1.1918), der darauf hinwies, dass Deutschland, um Holland neutral zu halten, „ein Interesse daran (habe), die öffentliche Meinung in Holland nicht zu verstimmen.“, Schweinitz (Militärattaché) an AA, 1(4).1.1918, ebd. (PA, R 8327). Zum englischen Druck auf die Niederlande und die damit verbundenen deutschen Maßnahmen vgl. u.a. auch Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 7.3.1918, Ausschnitt bei ebd.

[464] Maltzan an Hertling, A 581, 14.2.1918, ebd.

[465] Ebd.

[466] Vgl. z.B. Maltzan an AA, Nr.458, 4.8.1918, ebd., R 8330 bzw. Rosen an Reichskanzler Michaelis, 26.8.1917, ebd., R 8326.

Grundsatz mit Lieferung von schweren Geschützen an Holland ohne Bedingung über Verwendung einverstanden ist, über Umfang und Zeit der Lieferung aber noch keine Angaben machen“ könne.[467] Darüber hinaus berichtete Maltzan über den Abschluss eines Wirtschaftsabkommens zwischen den Niederlanden und der Entente[468], wobei ein Vertreter der niederländischen Regierung ihm in diesem Zusammenhang erklärt habe, „dass die Abmachungen der Holländer mit England und Amerika“ „nichts enthielten“, „wogegen wir grundsätzlich Widerspruch erheben könnten“.[469]

Nach den Angaben des Legationsrats war die niederländische Regierung zwar weiterhin auf deutsche Getreidelieferungen angewiesen. Dennoch schienen sich nachfolgend die Spannungen im deutsch-niederländischen Verhältnis auch in diesem Bereich zu vergrößern. Nicht zuletzt durch einen vermittelnden Beitrag Maltzans konnten jedoch zumindest einige Streitpunkte bald wieder beigelegt oder vorübergehend entschärft werden.[470]

Während Maltzan im Juli 1918 einen Heimaturlaub antrat[471], gab es in der Führung des Auswärtigen Amts in Berlin maßgebliche Veränderungen. Nach seiner Rückkehr an die deutsche Gesandtschaft im Haag berichtete der Diplomat mit Datum vom 10. August 1918 insoweit, in den Niederlanden habe man den aus dem Amt scheidenden Staatssekretär Kühlmann als eine Persönlichkeit bezeichnet, die einem Verständigungsfrieden offen gegenüber stand. Nun aber herrsche nach Ansicht der öffentlichen Meinung in Holland in der Wilhelmstraße mit dem neuen Staatssekretär von Hintze allerdings in einem negativen wilhelminischen Sinne wiederum ein „neuer Geist“, der abermals die „noch aus der Lychnowskyzeit [sic] stammende“ gute deutsche Tugend einer geradezu „ängstlichen Rücksichtnahme auf England über Bord geworfen“ habe.[472]

Im August 1918 nahmen im Rahmen der Tätigkeit Maltzans an der deutschen Gesandtschaft im Haag aufreibende wie komplizierte Spionageangelegenheiten zu.[473] Zudem ging das Gerücht um, die niederländische Regierung habe gewisse Vorkehrungen für eine eventuelle Aufgabe ihrer Neutralität und einen Anschluss an die Alliierten getroffen.[474]

Maltzan war daraufhin bemüht, einer derartigen, für die deutsche Position in den Niederlanden katastrophalen Entwicklung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. So berichtete er am 19. Oktober 1918, dass er an diesem Tag gegenüber dem niederländischen Außenminister, van Karnebeek, das in diesem Kontext gewichtige amerikanische Kohlenangebot zur Sprache gebracht und von diesem eine im deutschen Sinne positive Antwort erhalten habe. Einem

---

[467] Maltzan an AA, Nr.25, 11.1.1918, ebd., R 8327 (Abschrift A 1684 v. 12.1.1918).

[468] Maltzan an AA, Nr.34, 14.1.1918, ebd., R 8327

[469] Maltzan an AA, 14.1.1918, (Nr.)(39), ebd.

[470] Siehe dazu Maltzan an Hoesch, 25.3.1918, ebd.; Maltzan an AA, Nr.242, 30.4.1918, ebd., R 8329; Maltzan an Hertling, A 1609, 3.5.1918, ebd., Maltzan an AA, 5.5.1918 (Telegramm), PA, R 8332 (Abschrift) sowie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 6.5.1918, 13.5.1918 und 2.8.1918, Ausschnitte bei ebd., R 8330.

[471] Maltzan an Hertling, 3.6.1918, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 178.
„Zur Regelung von Familien- und geschäftlichen Angelegenheiten“ bat Maltzan um einen Urlaub nach „Großen (sic) Luckow“ bei Vollratsruhe in der Zeit vom 5. bis zum 20. Juli 1918. Maltzan hielt sich nach eigenen Abgaben und unter der Bitte, an ihn gerichtete Post entsprechend zu dirigieren, schliesslich vom 6. bis zum 16. Juli 1918 dort und vom 17. bis zum 19. Juli in Berlin auf. Er traf am Sonntag, 21. Juli 1918 wieder im Haag ein, ebd., 180 (Abschrift vom 3.7.1918).

[472] Maltzan an Hertling, A 2809, 10.8.1918, PA, R 17971. Zur Enttäuschung und Niedergeschlagenheit Kühlmanns bei seinem Rücktritt am 13. Juli 1918 vgl. Kühlmann an Michaelis, 13.7.1918, ebd. (PA), NL Brockdorff-Rantzau, Az.27, 069; zur Tätigkeit Hintzes als Staatssekretär die Einleitung von Johannes Hürter in Paul von Hintze, S.75ff.

[473] Siehe dazu unter dem Titel „Spionage in Holland“ z.B. Maltzan an Hertling, A 1990, 4.6.1918, PA, R 8329; B 3059, 5.8.1918; A 2804, 14.8.1918 sowie Maltzan an Prinz Max von Baden, A 3657, 14.10.1918 und A 3544, 16.10.1918, alle bei PA, R 8330.

[474] Vgl. Maltzan an Hertling, A 2850, 14.8.1918 bzw. Maltzan an AA, Nr. 605, 8.10.1918, ebd. und Nr. 635, 12.10.1918, ebd., R 8350.

öffentlichen, voreiligen Frohlocken aus Berlin wollte er allerdings rechtzeitig entgegenwirken, da er dadurch eine Kompromittierung und innenpolitische Schwächung des Ministers befürchtete. Auch hier schien ihm vorerst ein äußerst behutsames diplomatisches Vorgehen angebracht.[475]

Ob Maltzan unterdessen den schon seit geraumer Zeit in der deutschen Politik und Diplomatie kursierenden Vorschlag, eine internationale Fühlungnahme für einen Friedensschluss im Westen anzubahnen, in seinem Verantwortungskreis wirkungsvoll unterstützte, lässt sich anhand der vorliegenden Quellen nicht eindeutig bestimmen. Fest steht jedoch, dass der Diplomat am 12. Oktober 1918 mit Bezug auf entsprechend positiv ausgerichtete Äußerungen seitens der amerikanischen Gesandtschaft im Haag in diesem Zusammenhang empfahl, diesen Faden besonnen, aber energisch aufzugreifen. Die deutsche Regierung möge zudem, so Maltzan weiter, so bald und so eindringlich wie möglich wenigstens ihr Bedauern hinsichtlich der Torpedierung eines Passagierdampfers mit dem Namen „Leinster", bei der offenbar viele Frauen und Kinder ums Leben kamen, in aufrichtiger öffentlicher Weise zum Ausdruck bringen. Ansonsten werde die Wirkung von deutschen Friedensschritten „in diesem psychologischen Moment verhängnisvoll" sein und von „amerikanischen Journalisten und Chauvinisten ausgeschlachtet". Und mit Blick auf die Presse in den Niederlanden hegte der Diplomat ähnliche Befürchtungen.[476]

Die viel zu spät von Berlin aus eingeleiteten Friedenssondierungen zogen allerdings ohnehin nur wenige, erfolgversprechende Entwicklungen nach sich. Unter dem 15. Oktober 1918 berichtete Maltzan über die Ausführungen eines ihm bekannten britischen Staatsangehörigen, dessen Namen er mit „Sir Francis Oppenheimer" angab und der in kleinem Kreise erklärte habe, Lloyd George wünsche den Krieg noch um weitere zwei Monate zu verlängern, „weil dann Deutschland derartig besiegt sei, dass es, was man ihm auferlegen (werde), einfach annehmen müsse." In dieser Hinsicht werde Lloyd George, so die Einschätzung Maltzans, derzeit eher „solche Bedingungen stellen, die Deutschland nicht annehmen könne". Und klar wäre ohnehin, dass man seitens der britischen Außenpolitik unter der in jedem Fall geforderten „Abschaffung der Autokratie" in Deutschland insbesondere auch die Abdankung des Kaisers verstehe.[477]

Allgemeine kriegsverlängernde Tendenzen dieser Art schienen sich nachfolgend zu bestätigen, wenn Maltzan wenige Tage später meldete, er habe den „bestimmten Hinweis", dass der englische Gesandte im Haag, Walter, in der niederländischen Presse absichtlich Nachrichten über eine angebliche Zunahme „deutscher militärischer Widerstandskraft" lanciere:

> „Sir Walter deutete holländischen Journalisten die folgenden Motive hierfür an: Wenn Deutschland jetzt Frieden schliesst, wird es Gebietsverluste tragen müssen, kann aber noch militärisch und wirtschaftlich wieder erstarken. Ausserdem wird es jetzt Schwierigkeiten wegen der Herausgabe der Flotte machten. England hat daher (ein) Interesse daran, dass Deutschland weiter kämpft, bis wir es in einigen Wochen vollkommen vernichtet haben.
> Der Entschluss zum Weiterkämpfen und Ablehnung der nächsten voraussichtlich nicht milderen Wilsonschen Vorschläge würde Deutschland erleichtert werden, wenn seine

[475] Maltzan an Prinz Max von Baden, A 3827, 19.10.1918, ebd., R 8348.

[476] Tel. Maltzan, 12.10.1918, z.T. verstümmelt, AdsD, NL Adolf Köster, Mappe 17, Nr.94. Ähnlich auch Montgelas an v. Haniel, 15.10.1918, ebd., Nr.96 sowie Tel. Rhomberg, 14.10.1918, ebd., Nr.94. Lerner schlug mit einem Tel. vom 17.10.1918 aus dem Grossen Hauptquartier, ebd., Nr.99 vor, den ganzen U-Boot- und Kreuzerkrieg einzustellen, um die „Stellung (Wilsons) zu stärken."

[477] Tel. Maltzan, 15.10.1918, ebd., Nr.64. Siehe zu englischen Forderungen u.a. hinsichtlich einer Veröffentlichung der Abdankungsurkunde z.B. den Bericht Nr. 315 bei BAB, NL Herbert v. Dirksen, 46, 93ff., hier S.103ff.

> militärische Lage in der neutralen und englischen Presse als nicht aussichtslos hingestellt würde, ausserdem könne England diese fiktive Stärke als Argument zum weiteren Kämpfen Wilson gegenüber verwenden.“[478]

Maltzan empfahl daher vor diesem Hintergrund, deutscherseits nun so zügig wie möglich einen Waffenstillstand herbeizuführen - und stand damit zu diesem Zeitpunkt offenbar erneut in einem diametralen Gegensatz zu den Empfehlungen General Ludendorffs.[479]

Zwar beschrieb Maltzan unter dem 22. Oktober 1918 den Eindruck der letzten deutschen Note im Kontext der Friedenssondierungen als „bisher gut“. Dieser Eindruck werde jedoch abgeschwächt durch die unzureichende Aufklärung über die damit verbundenen Verzögerungen, die selbst in deutschen Zeitungen zu der Befürchtung Anlass gegeben hätten, dass bei den deutschen Führungsorganen „wieder unverantwortliche Kräfte am Werke“ seien, die einen Waffenstillstand verhinderten. Nichtsdestoweniger aber werde „der Eindruck von Gothein(s) Artikel über die Entmündigung des Militarismus (…) zusehends stärker“[480] – eine zutreffende Prognose, die schon kurze Zeit später in offenen revolutionären Erscheinungen in Deutschland Bestätigung finden und dann endlich in das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 einmünden sollte.[481]

Darüber hinaus lässt sich fortlaufend eine Diskussion über die Bedeutung der Russischen Revolution und des Bolschewismus ganz allgemein belegen. Während der britische Gesandte Walter nach Maltzan darin eine zunehmende Bedrohung für den europäischen Kontinent, nicht aber für England sah, verwies auch der deutsche Diplomat eindringlich auf die Gefahr, die sich daraus für ganz Europa ergeben konnte. Denn nach seiner Ansicht hatten sich kommunistische Ideen mittlerweile selbst bei den einfachen Soldaten im französischen Heer mehr und mehr verbreitet.[482]

Für den Legationsrat ergab sich aus dieser Analyse aber ebenso eine grundlegende Mahnung, die es aus seiner Sicht insbesondere gegenüber London und Paris zu kommunizieren galt: Eine Isolierung des künftigen deutschen Staatsgebildes, die zu einer Bolschewisierung führen könne, werde für die Ententemächte möglicherweise selbst erhebliche politische Gefahren beinhalten. Mit Datum vom 23. Oktober 1918 bat er das Auswärtige Amt in Berlin in diesem Kontext jedenfalls verstärkt um die Übersendung von Berichten über „bolschewistische Greuel besonders aus Polen, Bulgarien und Randstaaten“, um so zumindest in einem bescheidenen Maße dazu beizutragen, den Westen von dem Beschluss einer existenzbedrohenden Unterwerfung Deutschlands abzubringen.[483]

Trotz des damit verbundenen Bemühens, aus deutscher Sicht Voraussetzungen für einen möglichst milden, jedenfalls nicht existenzgefährdenden Friedensschluss zu schaffen und zu unterstützen, wies Maltzan dem Bolschewismus in der Sache ein überaus großes politisches Gefahrenpotential für die Zukunft Deutschlands und Europas zu und auch diese Haltung dürfte für die von ihm in den nachfolgenden Jahren geführte frühe Weimarer Russlandpolitik nicht unbeachtlich sein. Sichtbar

---

[478] Tel. Maltzan, 19.10.1918, AdsD, NL Adolf Köster, Mappe 17, Nr.106.

[479] General Ludendorff erklärte am 17. Oktober 1918 bei einer Sitzung des erweiterten Kriegskabinetts: „Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir ‚fein heraus’. Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von ausserordentlichem militärischen Werte sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu verbessern.“, ebd., Nr.108, S.17.

[480] Tel. Maltzan, 22.10.1918, AdsD, NL Adolf Köster, Mappe 17, Nr.114.

[481] Krüger, Außenpolitik, S. Zur „Vorgeschichte des Waffenstillstands“ vgl. auch die zahlreichen Aufzeichnungen, Berichte und Protokolle bei ebd. (AdsD, NL Adolf Köster, Mappe 17).

[482] Maltzan an AA, Nr.728, 23.10.1918, PA, R 447.

[483] Ebd., vgl. dazu auch Köhler, Novemberrevolution, S. 136.

wurde zudem, dass sich der Diplomat schon in dieser Zeit intensiv mit den genauen politischen Ausformungen und Charakteristika des Kommunismus in seinen verschiedenen Schattierungen befasste, zumal ebenso in den Niederlanden die Frage aktuell blieb, welche politische Bedeutung der bolschewistischen Bewegung und ihren revolutionären Zielsetzungen insgesamt zukünftig zukäme.[484]

In der Zwischenzeit hatten sich Gerüchte des Inhalts verstärkt, dass eine Aufgabe der niederländischen Neutralität kurz bevorstände und sich die Regierung im Haag bei einem offenen Konflikt mit Deutschland ohnehin schon festgelegt habe. So berichtete Maltzan kurz vor Kriegsende bzw. vor dem Ausbruch der Revolution in Deutschland mit Datum vom 8. November 1918 an die Nachrichtenabteilung in Berlin, ein „Sir Harry Johnston" habe zwar nach einem Reuter-Telegramm aus London vom 5. November 1918 in der „Westminster Gazette" bereits kurz nach Kriegsausbruch behauptet, „Holland habe zur Sicherung seines Kolonialbesitzes einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen." Ihm, Maltzan, sei jedoch im niederländischen Außenministerium erklärt worden, „dass diese Meldung völlig erfunden sei und dass zwischen Holland und Amerika keinerlei derartige Abmachungen bestünden." Man sei von dort sogar mit der ausdrücklichen „Versicherung" an ihn herangetreten, „dass Holland den Vereinigten Staaten gegenüber während des Krieges große Zurückhaltung bewahrt habe."[485]

Diese Vorstellung, die Maltzan offenbar für glaubwürdig und glaubhaft hielt, war in der Sache allerdings unzutreffend, was aus deutscher Sicht aber offenbar erst Ende 1918 erkannt und aufgeklärt wurde. Die Niederlande hatten demnach bereits tatsächlich kurz nach dem Kriegsausbruch aus präventiven, primär sicherheitspolitisch orientierten Gründen einen Geheimvertrag mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen.[486]

Unterdessen entstand in Deutschland aus der Novemberrevolution die erste Demokratie auf deutschem Boden. Die sich daran anschließende Neuordnungsdebatte[487] wurde vor allem von der politischen Publizistik der SPD und USPD geprägt. Ab Februar 1919 erörterte die einberufene Nationalversammlung nicht nur Fragen, die mit dem Waffenstillstand und den Friedensverhandlungen zusammenhingen. Sie diskutierte ebenso über Selbstverständnis und Schwerpunkte der zukünftigen, republikanischen deutschen Außenpolitik.[488]

Für den mecklenburgischen Diplomaten adliger Provenienz stand es nach einem Aufenthalt in der Weihnachtszeit in der Heimat[489] offenbar außer Frage, insbesondere für die damit zu schaffende und

---

[484] Zur bolschewistischen Bewegung in Holland vgl. Maltzan an AA, 12.2.1919, ebd., R 8247, mit Bezügen zu den Tätigkeiten Maltzans in diesem Zusammenhang auch Rosen an AA, A 293, 30.1.1919, ebd., R 8330 und schließlich ausführlich Maltzan an AA, 31.3.1919, ebd., R 8247.

[485] Maltzan an Prinz Max von Baden, A 4252, 8.11.1918, ebd. (PA, R. 8348). Eine Durchschrift befindet sich auch in PA, R 8350.

[486] Unter dem 4.12.1918 findet sich bei den Akten eine Abschrift, die am Schluss nur das Kürzel „Hpm" trägt. Danach sei ein Geheimvertrag zwischen den Niederlanden und den Vereinigten Staaten „bald nach Beginn des Krieges abgeschlossen" worden. Amerika hätte demnach den Niederländern „den (B)esitz seiner ost- und westindischen Kolonien" garantiert, „falls Holland durch eine andere Macht angegriffen werden sollte." Die Bedingungen seien „nicht gegen Japan, sondern gegen Deutschland und Grossbritannien gerichtet" gewesen, ebd.

[487] Siehe dazu immer noch sehr verständig die sorgsame Studie von Lehnert.

[488] Siehe dazu näher Boden.

[489] Am 14.12.1918 bat Ago von Maltzan für Ende Dezember um einen siebentägigen Urlaub ohne Reisetage, um in „Groß-Luckow" „notwendige geschäftlicher und Familienangelegenheiten" erledigen zu können, wobei der Urlaubsantritt im Einvernehmen mit Rosen „von den hiesigen politischen und dienstlichen Verhältnissen abhängen" solle, PA, Personalakten Maltzan, Bd.2, 185. In den Akten ist auch vermerkt, dass Maltzan wiederum am 3.1.1919 im Haag eintraf, Maltzan an AA, B 4783, 14.12.1918, ebd. 189.

auch in die diplomatische Praxis umzusetzende neue, inhaltlich aber noch nicht näher bestimmte deutsche Außenpolitik einen eigenen Beitrag leisten zu wollen: Bereits am 13. Januar 1919 hatte Maltzan Rosen gebeten, bei dem zuständigen Staatssekretär in Berlin zunächst einmal erneut seine „etatsmäßige Anstellung beantragen zu wollen", da er ansonsten „durch eine längere kommissarische Verwendung [...] in (s)einen Pensionsansprüchen sehr geschädigt" werde, wobei Maltzan eine „möglichst baldige definitive Regelung" einforderte.[490] Rosen übersandte diesen Antrag daraufhin unter dem Datum des 16. Januar 1919 an das Auswärtige Amt und führte dazu aus, er befürworte den Antrag unter anderem auch deshalb in besonderer Weise, „weil Freiherr von Maltzan seit mehr als Jahresfrist mit bestem Erfolg diesen schwierigen und verantwortungsreichen Posten bekleidet und sich mit außergewöhnlicher Gründlichkeit in die hiesigen Verhältnisse eingearbeitet" habe. Außerdem erachte er es für falsch, „jahrelang einen etatmäßigen Posten in absentia bekleiden zu lassen, während diejenigen Beamten, welche ihn tatsächlich ausfüllen, mit einem Ruhegehalt oder mit Remunerationen sich begnügen und auch auf die sonstigen mit dem Posten verbundenen Emolumente verzichten müssen."[491]

Am 24. Februar 1919 erhielt Maltzan die Nachricht, er werde bei der bevorstehenden Einteilung des Auswärtigen Amts der Länderabteilung IV zugeteilt[492] - somit eine Rückeinberufung des Diplomaten in die Zentrale nach Berlin, deren Umsetzung sich aber vorerst noch verzögern sollte. Belegbar ist darüber hinaus, dass der Diplomat in den zurückliegenden Monaten an der Abdankung Wilhelms II. maßgeblich beteiligt war – ein bemerkenswerter Vorgang, der daher hier nachfolgend einen zeitlichen Sprung zurück in den November 1918 rechtfertigt.

Als am Nachmittag des 9. November 1918 in Spa bekannt wurde, dass der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreichs, Max von Baden, den Sozialdemokraten Friedrich Ebert[493] mit der Bildung einer republikanischen Regierung trugen, rieten Hindenburg, Groener und andere Persönlichkeiten, die für die deutsche Politik und Kriegsführung im Ersten Weltkrieg maßgeblich Verantwortung getragen hatten[494], dem Kaiser zur Flucht in die Niederlande.[495] Am 11. November 1918, dem Tag des Waffenstillstandes, verließ Wilhelm II. sein Hauptquartier in Spa, um zunächst im Schloß des Grafen Bentinck Unterkunft zu finden. Der Zufluchtsort war ihm von der niederländischen Regierung zugewiesen worden, was diese daraufhin von Seiten der Alliierten außenpolitisch in Bedrängnis brachte.[496]

Im Auftrag der Reichsregierung war nicht nur Maltzan selbst an den nachfolgenden Fragen, die das Exil des deutschen Kaisers betrafen, leitend beteiligt. Auch seine Frau kam in diesem

---

[490] Maltzan an Rosen, 13.1.1919, ebd., 195f.
[491] Rosen an Staatssekretär AA, B 185, 16.1.1919, ebd., 194.
[492] Ebd., Bd.3, 1919-1943, 031.
[493] Zu Friedrich Ebert vgl. stellvertretend Maser; Witt sowie www.reichspraesident-friedrich-ebert-gedenkstaette.de. Walter Mühlhausen (Heidelberg) bereitet eine politische Biographie Eberts vor, die im August 2006 erscheint.
[494] Zur Politik und Kriegsführung am Ende des Kaiserreichs vgl. stellvertretend Mai sowie Hischfeld/Krumeich/Renz. Siehe zum Psychogramm des untergehenden Kaiserreiches auch Rossner, zur biographischen Forschung den Sammelband von Fröhlich, Das Kaiserreich. Zu Wilhelm Groener (1867-1939) vgl. Persönlichkeiten der Verwaltung, S.296ff., hier S.298, zu Hindenburg siehe Wheeler-Bennett, Hindenburg, The Wooden Titan.
[495] Ullrich, Die nervöse Grossmacht, S.571. Bereits am 20. Oktober 1918 hatte der Kaiser den Gesandten Friedrich Rosen bei seinem Aufenthalt in Berlin darum gebeten, der niederländischen Königin „Allerhöchst seine Grüße" zu übermitteln und ihr für die Neutralität und die Freundschaft des Nachbarn in den vergangenen Jahren zu danken, Aus einem diplomatischen Wanderleben, S.210f. Zu den hektischen Reisevorbereitungen vgl. Gutsche, Ein Kaiser im Exil, S.12-22 bzw. Frey, S.334.
[496] Frey, S.334.

Zusammenhang eine diplomatische Funktion zu: Nachdem der Sozialdemokrat Hermann Molkenbuhr[497] die Kaiserin aus Sicherheitsgründen bis zur deutsch-holländischen Grenze begleitet hatte, wurde sie dort unter anderem von der „Gattin des Ersten Sekretärs Freiherrn von Maltzan" empfangen.[498] Entscheidend aber war ab sofort die Frage, ob, wie und wann Kaiser Wilhelm II. offiziell abdanken würde.[499]

Zwar hatte der Gesandte Rosen bereits mit Datum vom 26. Oktober 1918 nach Berlin telegraphiert, die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen werde „höchstens ganz geringe Verbesserung der Bedingungen"[500] für einen Friedensschluss herbeiführen. Ob jedoch auch Maltzan dieser Ansicht war, ist eher zweifelhaft. Seine nachfolgende Rolle bei der Unterschrift der Abdankungserklärung durch Wilhelm II. sollte jedenfalls später – vor allem in Nachrufen auf den Botschafter Maltzan 1927[501] – als überragend hervorgehoben werden, wenngleich dem Gesandten Friedrich Rosen bei diesem Vorgang eine politisch und diplomatisch bedeutsamere Funktion zukam.[502]

Andererseits ist die Tatsache einer unmittelbaren Beteiligung Maltzans an den Vorgängen, die in formaler Hinsicht den Untergang des Deutschen Kaiserreichs[503] endgültig besiegelten, in zuverlässiger Weise nachweisbar. Denn hierüber berichtete der Legationsrat in einem Privatschreiben vom 19. Januar 1919 Brockdorff-Rantzau ausführlich – ein bemerkenswertes, mit großer Unmittelbarkeit und Authentizität gezeichnetes Zeitbild, dass bislang in der Forschung noch keine Beachtung gefunden hat:

> „Vor einigen Tagen war ich in dienstlicher Angelegenheit in Amerongen. Ich hatte das Kaiserpaar seit einem Jahr nicht mehr gesehen. I(hre) M(ajestät) macht sich über das Schicksal der Monarchie keine Illusionen u(nd) behält trotz ihres schwer leidenden Zustandes auch bei der unvermeidlichen Erwähnung ihr peinlicher Momente logische Objektivität. Ganz (a)nders S(eine) M(ajestät). Der Gesichtsausdruck ist erschreckend verändert, schlaffe Züge, statt des sonst glänzenden Auges einen unruhigen stehenden Blick.
> Die Unterhaltung sprunghaft, gereizt, ohne klare Linie, voller Anklagen gegen Diplomaten, Generäle, Inder, Katholiken, die ihn systematisch belogen u. ins Unglück getrieben hätten(,) (nur Hintze lässt er gelten.) [sic]. Voller unmöglicher Combinationen der Vergangenheit u(nd) Zukunft. Ich halte ihn seelisch z.Z. für sehr krank. Die äussere wie innere Veränderung ist tragisch."[504]

---

[497] Die Kaiserin Auguste Viktoria wurde von dem verdienten Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr „als Sicherheitsgarant" in die Niederlande und zwar bis zur deutsch-holländischen Grenze bei Emmerich begleitet, die zu Recht als „ungewöhnliche", „sogenannte historische" „diplomatische Mission" angesehen werden kann, vgl. Braun, Hermann Molkenbuhr, S.330ff., siehe dazu auch Arbeiterführer. Parlamentarier, Parteiveteran, S.333. Zu Molkenbuhrs angeblichen Äußerungen gegenüber der Kaiserin beim Abschied auf dem Bahnsteig vgl. Rosen, Bd.III/IV, S.242.

[498] Vgl. ebd.; Die Maltza(h)n, S.307. Am 28. November 1918 wurde die Kaiserin dann in Maarsbergen von Edith von Maltzan, Herrn Koester und „anderen Herren der deutschen Gesandtschaft" in Empfang genommen, Peking 1914-1917, S.204.

[499] Siehe dazu ausführlicher Schüssler, S.117f.

[500] Tel. Rosen, 26.10.1918, AdsD, NL Adolf Köster, Mappe 17, Nr.134. Zu den Erinnerungen des Kronprinzen vgl. Rosner.

[501] Siehe unter anderem The Observer v. 25.9.1927, ebd., Personalakten Maltzan, Bd. Zeitungsartikel und Bilder 1927 bzw. Enterprise Beaumont, 25.9.1927, in: ebd., Bd. ‚Karton amerikanische Nachrufe' (Zeitungsausschnitte) sowie S.F. Chronicle, 25.9.1927 und Examiner, 25.9.1927, in: ebd., Personalakten Maltzan, Geldangelegenheiten, Bd.1 (6/ 11), 292 und 296.

[502] Siehe Rosen, Bd.III/IV., Teil V: Der Kaiser, S.209ff.

[503] Vgl. dazu u.a. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd.4, S.198ff.

[504] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 18.1.1919, ebd. (PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.11), (H233868-70).

Dem Diplomaten Maltzan kam in dieser historischen Situation jedoch keineswegs die Funktion eines bloßen Vollzugsbeamten oder eines unpolitischen Beobachters zu. Nach den Erinnerungen des letzten Flügeladjutanten des Kaisers, Sigurd von Ilsemann, überzeugte zudem eben erst Maltzan Kaiser Wilhelm II. davon, die Unterzeichnung der ihm vorliegenden Abdankungserklärung auch tatsächlich vorzunehmen. In dem damit verbundenen Gespräch erklärte der Legationsrat dem Monarchen „sehr offen", „dass er es für ausgeschlossen halte, dass in Deutschland in den nächsten Jahren die Monarchie zurückkehren würde". Und über diese zur Einsicht in die Realitäten mahnende Offenheit, mit der Maltzan „in allem seine Ansicht sagte", habe sich Ilsemann innerlich gefreut. Der Kaiser hingegen teilte hiernach dem Diplomaten beim Abschied lediglich resignierend mit:

> „'Vergessen Sie nicht: ex oriente lux'."[505]

Ob Wilhelm II. mit diesem zuletzt zitierten Satz einen seiner eigenen außenpolitischen Kardinalfehler von 1894 - denn trotz der unbestreitbaren Tatsache, dass das Bismarck'sche System schon seit Jahren marode war, mag die fehlende Verlängerung des von Bismarck 1887 als Rückversicherung installierten deutsch-russischen Vertrages so zu bezeichnen sein - erkannte und bereute, mag an dieser Stelle dahin gestellt bleiben. Das zukünftige außenpolitische Verhalten des Diplomaten Maltzan wurde durch diesen Ratschlag des Monarchen, der zu dieser Zeit ein „gebrochener Mann"[506] war, in inhaltlicher Hinsicht jedenfalls nicht prädestiniert. Zudem stand Maltzan in der gegenwärtigen Phase des Übergangs vom Kaiserreich zur Republik[507] schon seit Oktober 1918 in engerem Kontakt mit dem nun zwischenzeitlich zu maßgeblicher außenpolitischer Bedeutung aufgestiegenen Graf Brockdorff-Rantzau. Und diese Verbindung intensivierte Maltzan nun mit einem Privatschreiben vom 18. Januar 1919[508] anlässlich von Brockdorffs Ernennung zum Leiter der deutschen Friedensdelegation[509] zukunftsweisend. Dabei sparte er erneut nicht mit offener Kritik an dem immer noch aktiven machtpolitischen Auftreten einiger ‚Militärs':

> „Von verschiedenen führenden holländischen Kreisen der Politik, des Handels u. der Gesellschaft wird wiederholt ein gewisses Befremden geäussert, dass der Marine Attaché, dessen alldeutsche[510] Richtung u. Betätigung hier allgemein so scharf kritisiert u(nd) peinlich empfunden wurde, noch keine Consequenzen aus der veränderten Lage gezogen habe. (…) Es wäre politisch erwünscht, wenn in dieser Frage bald eine Klärung erfolgte, u. wenn die vielen atavistischen Begleiterscheinungen des Admiralstabs u. der Abt. III.b. hier verschwinden würden, bevor sie sich u(nd) andere noch mehr compromittieren."[511]

---

[505] Ilsemann, Bd.1, S.89, vgl. auch Aufz. o.U., 6.4.1919, PA, R 8331. Rosen erwähnt diese Tatsache der Beteiligung Maltzans bei der Abdankung des Kaisers in seinen Erinnerungen, Bd.III/IV nicht.

[506] Zit. nach Ullrich, Die nervöse Grossmacht, S.573, vgl. auch Balfour, S.450 und Rosen, Bd.III/IV, S.220.

[507] Vgl. dazu umfassender Doß, Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik.

[508] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 18.1.1919, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.11 (H233865-72.) Hier heißt es u.a., die Ernennung Brockdorffs sei in amerikanischen Kreisen mit „grosser Befriedigung" aufgenommen worden. Bemerkenswerter Weise heißt es dabei auch: „Dagegen begegnet man der Ernennung des St.S. Scheidemann wie bisher mit Misstrauen. Man hält E.E. für einen überzeugten Demokraten, Scheidemann immer noch für einen „Kaiser-Sozialisten"(,) der durch seine Unterstützung des alten Regimes belastet sei." Volles Vertrauen geniesse dagegen u.a. Friedrich Ebert.

[509] Die Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen liefen spätestens seit dem 21. Februar 1919 sämtlich über die „Geschäftsstelle (des A.A.) für die Friedensverhandlungen" vgl. dazu Grupp/Jardin, hier S.457.

[510] Zum Einfluss des 1890 gegründeten Alldeutschen Verbandes auf die politische und außenpolitische Kultur des Kaiserreichs vgl. Hering und dazu die Rez. von Volker Ullrich, Eliten des Hasses, in: Die Zeit, 5.2.2004.

[511] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 18.1.1919, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.11 (H233871-2).

Im Hinblick auf die damit verbundene, gegenwärtige „Affaire“ befürchtete Maltzan des Weiteren, das damit verbundene diplomatische „Spiel“ deutscherseits abermals „nicht fein genug gespielt“ werde. Und eben dies, so lautete in diesem Zusammenhang seine Befürchtung, könne möglicherweise „von England ausgenutzt werden, um Amerika zu zeigen, dass wir immer noch Zick/Zack steuern“[512] – ebenfalls ein Anhaltspunkt dafür, dass sich der Diplomat Maltzan schon seit vielen Jahren einen höheren Grad an Zuverlässigkeit und Verständigungsorientierung in der Ausrichtung und Umsetzung der deutschen Außenpolitik und Diplomatie gewünscht hätte und hierbei zugleich seine Abneigung gegen die in den letzten Jahren in Berlin getroffenen außen- und auch kriegspolitischen Grundentscheidungen zum Ausdruck brachte.

Ebenso in der Folgezeit war und blieb die Arbeit Maltzans im Haag nicht von Verwaltungstätigkeiten im engeren Sinne bestimmt.[513] Sein politischer Einflussbereich schien sich hingegen weiter zu erhöhen, wobei sich der Legationsrat in erster Linie Brockdorff-Rantzau verpflichtet sah: So machte Maltzan im März 1919 dem deutschen Außenminister auf möglicherweise schädliche „’Gegenwirkungen’ Erzbergers“ aufmerksam, der sich auch „auf einer deutsch-englischen Konferenz im Haag“ ohne ausreichende Absprache mit dem Auswärtigen Amt für die Unterzeichnung eines „künftigen Friedensvertrages“ einsetze.[514]

Am 12. Mai 1919 berichtete der Diplomat der Nachrichtenabteilung in Berlin zudem über die Aufnahme des von den Alliierten vorgelegten Entwurfes zu einem Friedensvertrag in englischen Zeitungen. Hierbei zeigte Maltzan sich offenbar von den „führenden liberalen Blättern“ in England enttäuscht, hätten diese insgesamt doch lediglich „Proteste von teilweise recht lauem Char(a)kter“ gegenüber den dort zu findenden, für Deutschland überaus harten Bedingungen an den Tag gelegt. Die erhoffte „schroffe Ablehnung“ des damit einhergehenden alliierten Vorgehens konnte der Diplomat jedenfalls lediglich in den Beiträgen der „Nation“ und des „Daily Herald“ erkennen, die von entsprechenden „Manifesten der Labour Party und Independent Labour Party“ unterstützt worden seien, deren Haltung Maltzan ausführlich würdigte. Insgesamt aber, so der Diplomat weiter, sei in der englischen Presse niemand so recht zufrieden: Während das führende Arbeiterorgan „Daily Herald“ „entrüstet“ erklärt habe, dass von den Alliierten „jedes gegebene Wort [...] gebrochen“ worden und Wilson „geschlagen“ worden sei, habe sich selbst die „imperialistische“, geradezu einen Vernichtungsfrieden fordernde Publizistik mit Ausnahme der Kriegsschuldfrage[515] und der Entschädigungsforderungen gegen Deutschland über die Friedensvertragsvorschläge nur sehr „durchschnittlich“ „befriedigt“ gezeigt.[516] Wie aber der Diplomat selbst zu der gerade auf deutscher Seite weit verbreiteten, einseitigen Fehlperzeption eines „Verrats“ des amerikanischen Präsidenten

[512] Maltzan an Roediger, 12.3.1919, ebd. (H 234057-60).
[513] In Bezug auf Passfragen z.B. Maltzan an AA, Nr. 266, 2.4.1919, ebd., R 8331.
[514] Zit. nach Stern-Rubarth (1929), S.63.
[515] Zur Diskussion der Kriegsschuldfrage in Deutschland 1918/19 vgl. Dreyer/ Lembcke.
[516] Maltzan an AA, 12.5.1919, PA, R 22000 (Abschrift A 14421). In einem weiteren Bericht unter dem gleichen Datum referierte Maltzan den Text einer Resolution, den die Independent Labour Party zum Friedensvertrag veröffentlicht habe. Dort habe es geheißen, „these terms violate the conditions of the armistice, they are opposed to every public statement of the allied aims in the way they expose the real aims of the Allies and the reason for the prolongation of the war as being the complete smashing to Germany both politically and economically.“ Nach dieser Resolution seien die Friedensbedingungen eine „gänzliche Verleugnung (des) demokratischen Gedankens“, sie wären „kapitalistisch, militaristisch, imperialistisch.“, Maltzan an AA, 12.5.1919, ebd. (Abschrift A 14422). Maltzan beschrieb hier auch die Äußerungen einzelner Arbeiterführer und Gewerkschaften, ebd., die ähnlich gelautet hätten.

stand, die die Handlungszwänge Wilsons und die „Situationsbedingtheit“ seiner damit einhergehenden „Konzessionen“ nicht berücksichtigte[517], dazu liegen auch in der Folgezeit keine Quellen hervor.

Auf den bekannt gewordenen Entwurf des Friedensvertrages nahm unterdessen jedoch ebenso die niederländische Presse Bezug. Und hierbei bezeichenten weite Teile die den Deutschen aufgezwungenen Bedingungen nach den Angaben Maltzans als „groteske Persiflage der Prinzipien Wilsons“, wobei die fehlende Durchsetzungskraft der amerikanischen Ideen offenbar nicht zuletzt auch aufgrund ihrer eingeschränkten europäischen Nachrichtendienst- und Pressearbeit verursacht wurden und die Verantwortlichen in Washington aus deutscher Sicht diesbezüglich viel zu spät eine Korrektur anstrebten[518]: Die Forderungen der Alliierten seien jedenfalls, so Maltzan über die Resonanz in der niederländischen Publizistik weiter, „größer als (das) ganze deutsche Volksvermögen“ und „wollten offenbar Deutschland unbarmherzig zu ihren Gunsten ausbeuten.“ Darüber hinaus habe das „Handelsblad“ am 11. Mai 1919 sogar bemerkt, man habe die „Völker der Welt [...] betrogen“ und könne „in einer von Gei(st) dieses Vertrages erfüllten Welt“ des Weiteren ebenso „keine dauernde Eini(g)keit jetziger Alliierter erwarten.“[519]

Die anschließend ultimativ oktroyierte deutsche Unterzeichnung des Versailler Vertrages[520], die in erster Linie der von britischer Seite nur mühsam abgeschwächten französischen Deutschlandpolitik zuzurechnen war[521] und den zu dieser Zeit amtierenden deutschen Außenminister Brockdorff-Rantzau noch auf dem Sterbebett zu den Worten veranlassen sollte, man habe ihm bereits damals damit „alles zerschlagen“[522], schränkte zwar die außenpolitische Bewegungsfreiheit der Republik von Anfang an stark ein. Dennoch blieben der „deutschen Außenpolitik im Schatten von Versailles“[523] zukünftig beachtenswerte Entwicklungschancen, nicht zuletzt deshalb, weil die konkrete politische Umsetzung der vertraglichen Einzelbestimmungen in vielen Bereichen noch völlig offen war und Nachverhandlungen zweifellos notwendig machte.[524]

Die Tätigkeit des Diplomaten Maltzan, der die auswärtige Politik der ersten deutschen Demokratie in den Folgejahren mit einem stetig größer werdenden Maß an persönlicher Verantwortung mitgestalten sollte, wurde unterdessen im Haag bis zuletzt von außergewöhnlichen Umständen belastet: So berichtete der Rosen am 30. Juni 1919, an seinen Kollegen Maltzan, den der deutsche Gesandte hier als „Botschaftsrat“ bezeichnete, sei durch die Vermittlung eines gewissen Hauptmanns von

---

[517] Vgl. Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Friede, S.9, S.652f. Zum deutschen Wilsonbild vgl. stellvertretend bereits Berg, Deutschland und Amerika, S.9ff., zur Biographie Wilsons stellvertretend Thompson, ansonsten Schwabe, Woodrow Wilson und das europäische Mächtesystem in Versailles.

[518] Zur Frage der Gründung eines „selbstständigen amerikanischen Nachrichtendienstes, da die Amerikaner einsehen – leider viel zu spät – dass sie durch Reuter vollkommen ins Hintertreffen geraten sind“, vgl. Breithaupt an Roediger, 10.3.1919, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.12, 20-21. Aus dem Brief geht hervor, dass der Verfasser auch in offenbar engerem Kontakt mit Maltzan stand.

[519] Maltzan an AA, 12.5.1919, PA, R 22000 (Abschrift A 14423). Siehe dazu auch den Runderlaß des Wirklichen Legationsrats von Stumm, 18.11.1918, ADAP A I, Nr. 27 und das Antworttelegramm Maltzans Nr. 920, 22.11.1918, vgl. ebd., S.43, Anm.5.

[520] Zur Bewertung des Versailler Vertrages siehe stellvertretend Spencer; Krumeich; Ménudier; Rößler; Sharp, The Versailles Settlement.

[521] Zur französischen Deutschlandpolitik 1918-1919 siehe stellvertretend Köhler, Novemberrevolution. Zur englischen Deutschlandpolitik 1918/19 vgl. Newton.

[522] Vgl. das Einleitungszitat in der Studie von Scheidemann, S.11.

[523] Siehe hierzu v.a. Grupp, Deutsche Außenpolitik, vgl. hierzu Michalka, Die Außenpolitik von Weimar (I), S.396ff. Siehe auch Krüger, Versailles; Schwabe, L´Allemagne à Versailles.

[524] Vgl. dazu bis heute unübertroffen Krüger, Die Aussenpolitik, S.3ff.

Trützschler von einem „Herrn Houtzager“ „ein grober Erpressungsbrief“ gerichtet worden, der „unbeantwortet“ blieb.[525] Unter dem Datum des 2. Juli 1919 hieß es sodann in den Akten, Maltzan werde bereits „Ende dieser Woche zur dienstlichen Vorstellung“ in Berlin eintreffen. Und für Rosen war mit Blick auf dieses Schreiben „auf große Eile“ zu schließen, da ihm diese Absicht der neuen außenpolitischen Führung zuvor „nur telegraphisch mitgeteilt“ worden war.[526]

[525] Rosen an AA, A 2188, 30.6.1919, PA, R 8331.
[526] Rosen an AA, Nr. 692, 4.7.1919, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 202. Siehe dazu auch Rosen an AA, Nr. 682, 2.7.1919, ebd., Personalakten Maltzan/Geldangelegenheiten, Bd.2, 021 sowie des Weiteren die Schreiben bei ebd., 015 bzw. 022.

II. Russlandpolitik als Beitrag zur außenpolitischen „Mittellinie“

1. Maltzan als Reichskommissar für den Osten (Herbst-Winter 1919/20)

Den politischen Hintergrund für die eilige Abberufung Maltzans aus dem Haag bildete der aufgrund von Artikel 433 des Versailler Vertrages zu erfolgende, schwierige Rückzug der deutschen Truppen- bzw. Resttruppenkontingente aus den zuvor besetzten Ostgebieten und die damit verknüpften, aufreibenden politisch-militärischen Entwicklungen.[527]

Zwar hatte sich die deutsche Regierung gegen die Umsetzung dieser Waffenstillstandsbedingung von Anfang nicht gewehrt und die Ansicht vertreten, sie könne den Rückzug bereits ohne Zeitfestsetzung der Alliierten beginnen. Allerdings sollten die Ententemächte, die damit in militärischer Hinsicht eine vorläufige Schutzfunktion für den europäischen Kontinent gegenüber dem Bolschewismus verbanden, durch ihre schwankende Haltung in Bezug auf den Zeitpunkt, in dem sie den Truppenrückzug anordnen wollten, erhebliche Verwicklungen herbeiführen. Nachweisbar ist jedenfalls, dass sich die neue Regierung in Berlin nicht etwa einer Rückzugsforderung widersetzte, sondern unter dem 28. Mai 1919 nunmehr wiederholt ihre Berechtigung betonte, die Räumung dann durchzuführen, sobald sie dazu in der Lage sei.[528]

Auf einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußischen Staatsministerium am 30. Juli 1919 in Weimar wurde in diesem Zusammenhang erörtert, ob „eine geeignete Persönlichkeit“ als Kommissar in das Baltikum, insbesondere in das Gebiet der neu entstandenen Republiken Lettland und Estland[529], entsandt werden sollte, „um dort geeignete Maßnahmen zum Schutze Ostpreußens vor Sowjettruppen und Banden zu treffen“. Der Sozialdemokrat Hermann Müller (1876-1931), der im Anschluss an die Demission Brockdorff-Rantzaus zum Außenminister ernannt worden war und zusammen mit Verkehrsminister Bell am 28. Juni 1919 den Versailler Vertrag unterzeichnet hatte, stimmte schließlich trotz einiger Bedenken deshalb zu, weil ein für diese Aufgabe qualifiziert erscheinender Vertreter dort zumindest die Auffassungen des Auswärtigen Amtes vertreten und über alle militärischen und wirtschaftlichen Fragen genauere Informationen senden könnte.[530] Ein weiterer Grund für diese Entscheidung lag darüber hinaus darin, dass der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen, General von der Goltz, dessen Abberufung Anfang August 1919 von den Alliierten

---

[527] Siehe dazu in allgemeiner Sicht Urkunden und Folgen, Bd.3, Nr.784-800. Zum militärgeschichtlichen Rückblick vgl. Die Rückführung des Ostheeres (1936) mit den entsprechenden Karten und Skizzen. Zur misslungenen deutschen Baltikumsräumung im Juli bis September 1919 vgl. Purkl, S.92ff., S.95.
Zur Kritik an der deutschen Übersetzung des Art. 433 VV vgl. Zitelmann, S.96 bzw. seine dazugehörigen Ausführungen zum Art. 433 VV, ebd., S.95-98. Bereits im Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 hatte es in Art. XII der deutschen Fassung geheißen: „Alle deutschen Truppen, die sich gegenwärtig in Gebieten befinden, die vor dem Kriege zu Rußland gehörten, müssen in die deutschen Grenzen zurückkehren, wie diese am 1. August 1914 bestanden, sobald die Alliierten den Augenblick für gekommen betrachten, unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete.“ Dies entsprach auch dem Punkt VI des „Programmes des Weltfriedens“ in der Kongreßrede Wilsons vom 8.1.1918, vgl. ebd., S.96f.

[528] Siehe dazu ausführlicher Purkl, S.97f., unter Bezug auf den diesbgzl. Notenaustausch seit dem 27.12.1918.

[529] Zur Entstehung der Republik Lettland und Estland „wenige Tage nach dem deutschen Zusammenbruch“ und dem damit verbundenen völkerrechtlichen „Schwebezustand“ vgl. Ribhegge, S.134ff., S.145, S.151 sowie Hehn/Rimscha/Weiss, zum militärischen und geographischen Hintergrund, ebd., S.159ff. sowie die Arbeit von Stage. Siehe zur Außenpolitik Lettlands zeitübergreifender Nies.

[530] Vgl. AdR, Das Kabinett Bauer, Nr. 29, Nr. 35 mit Anm.13, Nr. 52, Nr.53; die „Urkundensammlung betreffend Räumung des Baltikums“, o.D. (ca. November 1919), PA, R 21807.

gefordert wurde[531], sowie der oberste diplomatische Vertreter des Reiches im Baltikum, August Winnig, in den Monaten zuvor „Positionen“ vertreten hatte, die den Ansichten Müllers und „dem Bemühen der Reichsregierung um eine baldige Räumung dieses Gebietes zuwiderliefen“.[532]
Mit der ebenso in diesem Kontext notwendigen Vertretung des Deutschen Reiches bei der lettischen und estnischen Regierung wurde nunmehr der Diplomat Maltzan kommissarisch beauftragt, am 11. August 1919 „zum Wirklichen Legationsrat und vortragenden Rat“ ernannt und zugleich wieder „in eine etatmäßige Stelle des Auswärtigen Amts versetzt.“[533] Er übte diese Tätigkeit als Nachfolger Winnigs dann mindestens bis zum November 1919 aus - „in Lettland vertreten durch A.M. Schmidt, in Estland weiterhin durch Max Vogl, der auf Verlangen Revals am 16. September 1919 ausdrücklich in seinen Funktionen bestätigt wurde.“[534] Die Quellenlage ist insgesamt betrachtet zwar als kaum ausreichend zu bezeichnen. Es liegt jedoch unter anderem eine Aufzeichnung vom 10. Oktober 1919[535] vor, die von Maltzan selbst stammte oder an der er eng beteiligt war und zumindest einen Überblick über die nachfolgende, aufreibende Entwicklung zulässt.
Belegbar ist, dass vom 18. bis zum 21. August 1919 in Kolberg, Weimar und Berlin zwischen dem Reichspräsidenten, dem Außenminister, dem Reichswehrministerium und den verantwortlichen Truppenkommandeuren Besprechungen über die militärische Räumung des Baltikums und die weitere politische, militärische und finanzielle Unterstützung der weißrussischen Bermondt-Truppen[536] stattfanden. Maltzan nahm an diesen Gesprächen teil, laut entsprechendem Protokoll allerdings offenbar nicht an einer Besprechung bei Reichspräsident Ebert am 20. August und an einer Kabinettssitzung am 22. August 1919.[537]
Als der Botschaftsrat am 26. August 1919 in Königsberg eintraf, hatte sich die Lage im Baltikum bereits weiter zugespitzt. Nach einem Bericht Groeners vom 28. August 1919 war sie sogar bereits „vollkommen außer Kontrolle geraten“[538]: Seit dem 24. Juli 1919 hatte die so genannte „Eiserne Division“, die sich auf vertragliche Abmachungen mit Lettland berief[539], unter ihrem Führer, Major

---

[531] Vgl. zum Wortlaut eines dementsprechenden Tel. der Waffenstillstandskommission Düsseldorf vom 3.8.1919 in Bezug auf ein Tel. Fochs vom 1.8.1919 sowie einer Note der Alliierten vom 2.8.1919 Zitelmann, S.107.
[532] Vgl. Purkl, S.100ff.
[533] AdR, Das Kabinett Bauer, Nr. 35, S.155, Anm.16. Unter dem 13.8.1919 teilte Müller Maltzan mit, dass er ihn „zum Bevollmächtigten des Auswärtigen Amts für Estland und Lettland mit dem Amtssitze in Königsberg i.Pr.“ bestelle, unter der Ermächtigung, „sich jeweils an dem Orte Ihres Amtsbezirks aufzuhalten, an dem Ihnen Ihre Anwesenheit bei Wahrnehmung Ihrer Geschäfte gegenüber den militärischen Dienststellen und sonstigen Behörden erforderlich erscheint.“, Müller an Maltzan, 13.8.1919, PA, Personalakten Maltzan, Bd.3, 028. Müller bat dabei um beschleunigte Übernahme der Amtsgeschäfte. Siehe des Weiteren auch ebd., Personalakten Maltzan, Bd.2, 048 und Bd.3, 010.
[534] Volkmann, S.399; Purkl, S.108.
[535] Aufz. „Die Räumung des Baltikums durch die deutschen Truppen“, 10.10.1919, ebd., R 21806; siehe zu dem Vorgang, der zur Ernennung Maltzans führte, ebd. S.4.
[536] Zum Vorgehen und Verhalten Bermondts und Virgolichs vgl. insbesondere Bienhold, S.320ff.
[537] Vgl. AdR, Das Kabinett Bauer, Nr.52 mit Anm.7 sowie Nr.53 mit insbesondere Anm.4.
Aus einer Reisekostenabrechnung Maltzans geht hervor, dass Maltzan in der Zeit vom 18. bis zum 20.8.1919 die genannte Dienstreise von Berlin nach Weimar durchgeführt hat, Maltzan an AA, Nr.1, PA, Personalakten Maltzan/GA, Bd.2, 023ff. Unter dem 18. August 1919 telegraphierte Maltzan nach Weimar, dass er nach Absprache mit dem Außenminister am Dienstag dort eintreffe, Maltzan an Saumier, o.D., ebd., Personalakten Maltzan, Bd.3, 015. Die Vorlage trägt am oberen linken Rand neben dem Vermerk „(E)ilt“ eine Paraphe mit Datum vom 18. August 1919.
[538] Vgl. Purkl, S.106. Bei den Akten befindet sich eine Telegrammabschrift für die Kommandostelle in Kolberg mit Datum vom 25.8.1919, nach der mit der Zeichnung durch Graf von der Goltz an das „O.K. Nord“ gemeldet worden sei, der Führer der „eisernen Division“, Major Bischoff, habe „den Transport seiner Division angehalten“, PA, R 21806. Siehe ansonsten Maltzan an AA, Nr.1, o.D., PA, Personalakten Maltzan/GA, Bd.2, 023; Maltzan an AA, 27.8.1919, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.3, 035; Maltzan an AA, Nr.3, 31.8.1919, ebd., R 21800.
[539] Zum Freikorpseinsatz, zur „Geburtsstunde“ der sog. „Eisernen Division“ und zum deutsch-lettischen Siedlungsvertrag vgl. ausführlich Ribhegge, S.170ff., der von Winnig und Ulmanis unterzeichnete Vertrag findet sich im Wortlaut bei

Bischoff, den „Befehl auf Abzug“ verweigert. Dieser Haltung, die Bischoff in einem Schreiben „an das Generalkommando des VI. Reservekorps“ am 24. August 1919 zu begründen versuchte, schlossen sich „sämtliche andere Freikorps“ an. Zwar distanzierte sich Goltz von diesem Vorgehen Bischoffs zumindest in rhetorischer Form. Dessen Forderungen unterstützte der General allerdings letzten Endes „in allen wesentlichen Punkten“. „Moralische und politische Unterstützung“ erhielten die „meuternden Soldaten“ darüber hinaus von dem Sozialdemokraten August Winnig, „dem neuen Oberpräsidenten von Königsberg“, der sich ebenfalls über den angeblichen lettischen Vertragsbruch entrüstet zeigte.[540]

Auch die Haltung der lettischen Regierung wurde „zunehmend feindlicher“[541], was die Reichsregierung in Berlin nochmals unter Zugzwang setzte. Sie bemühte sich zwar weiterhin um eine einvernehmliche Lösung und drückte am 2. September 1919 gegenüber den Alliierten ihr Bedauern über das „Stocken der Räumung“ aus, wobei die „Eigenmächtigkeit der Truppen“ verurteilt wurde. Andererseits wies man aber zugleich auch darauf hin, „dass sie durch die von den Alliierten auferlegten Beschränkungen außerstande sei, durch militärische Machtmittel Gehorsam der Truppen zu erzwingen.“ Und wenngleich insbesondere die Übergriffe deutscher Truppen gegen Letten „nachdrücklichst verurteilt“ würden, so seien diese an sich doch „als eine Angelegenheit der Deutschen und Lettischen Regierung zu betrachten“[542] – eine Auffassung, die auf Seiten der Siegermächte insbesondere von Frankreich nicht geteilt wurde.[543]

An der schon recht zerfahrenen Lage änderte diese vermittelnde und doch um die eigene Souveränität bedachte Position allerdings nichts: Unter dem 7. September 1919 telegraphierte Maltzan an das Auswärtige Amt, dass er am Tag zuvor in Mitau und an diesem Tage in Riga eingetroffen sei. Durch die „gegenwärtige Spannung“ werde die deutsche Gesandtschaft mit „deutschen und lettischen Reklamationen“ völlig überlastet, es werde zusätzlich Personal gebraucht.[544] Zwei Tage später drahtete der Botschaftsrat darüber hinaus nach Berlin, dass sich die „antideutsche Stimmung [...] durch wiederholte Uebergriffe deutscher Truppen“ nunmehr noch einmal verstärke. Der lettische Ministerpräsident, Karlis Ulmanis[545], habe sich zu der „gewünschten Verhandlung“ zudem nur unter der Voraussetzung bereit erklärt, „sobald Abtransport deutscher Truppen aus Lettland erfolgt sei.“[546] Dabei hatte Maltzan diesem tags zuvor noch mitgeteilt, dass „voraussichtlich etwa 7.000 Reichsangehörige gegen den Willen der Regierung in Lettland und Litauen bleiben würden.“[547]

S.180f.; vgl. dazu auch Goltz, S.266f.

[540] Vgl. Ribhegge, S.187f. sowie den Artikel „Das lettische Versprechen“, Deutsche Allgemeine Zeitung vom 6.9.1919, Ausschnitt in: ebd., R 21800.

Zur „Gehorsamsverweigerung vom 24. August“ und den sich daran anschließenden „Verhandlungen“ und der nachfolgenden „Krisis“ mit ihren „dramatischen Tagen“ aus der Sicht Generals von der Goltz vgl. Goltz, S.245ff., der diese bereits 1920 erschienenen Darlegungen in sein Gesamtkapitel mit dem Titel „Die Tragödie im Baltikum“ einfügt. Siehe dazu auch Bischoff, Die letzte Front, S.189ff. und S.196ff.

[541] Siehe dazu ausführlicher Volkmann, S.400. Zur Kabinettssitzung in Berlin über die Situation in Lettland am 5. September 1919 vgl. Purkl, S.108. Zum Schreiben Meierovics an Maltzan vom 18.9.1919, vgl. Purkl S.111, Anm.1.

[542] „Urkundensammlung betr. Räumung des Baltikums“, o.D. (ca. November 1919), PA, R 21807 (Punkt 66.)

[543] Zum französischen Wortlaut eines entsprechenden Tel. der Wako Düsseldorf an das Auswärtige Amt vom 28.8.1919 in Bezug auf eine Note der Alliierten vom 27.8.1919 vgl. Zitelmann, S.109f.

[544] Maltzan an AA, 7.9.1919, PA, R 21801, vgl. auch Maltzan an AA, Nr.7, 4.9.1919, ebd., R 21800.

[545] Zu Karlis Ulmanis vgl. die biographischen Angaben bei Ribhegge, S.139, Anm.181.

[546] Maltzan an AA, 9.9.1919, PA, R 21801.

[547] Zit. nach Purkl, S.108f.; DBFP, 1st Series, Vol. III, No.85, S.98. Eine englische Übersetzung der Rede “of the commanding General of the 6th Reserve Corps, Graf von der Goltz, on the occasion of the parade of the Iron Division”

Nach seiner Rückkehr nach Königsberg am 13. September 1919[548] übersandte Maltzan dem Auswärtigen Amt noch am gleichen Tag einen ausführlichen Bericht über seine bisherigen politischen Unterredungen und Eindrücke. Er vertrat in dieser Hinsicht offenbar im Anschluss an Äußerungen Außenminister Müllers, die dieser gegenüber der Redaktion der „Frankfurter Zeitung" vom 9. September 1919 gemacht hatte[549], zum einen eine klare Rechtsauffassung. Zum anderen verwies der Diplomat auf sein vorangegangenes Gespräch über „die verworrene Lage" mit Ulmanis in Riga, dem er als Antwort auf dessen Erregung bezüglich „Ausschreitungen und Gewalttaten der Eisernen Division" eine praktische Lösung vorgeschlagen habe. Des Weiteren wurde in dem Bericht das Bemühen Maltzans deutlich, eine Lösung zu finden, die ebenso in psychologischer Hinsicht eine Annahme der beteiligten deutschen Truppenteile erleichterte. Denn während seiner Dienstreise nach Riga habe er am 6. September in diesem Kontext bereits eine „lange Besprechung" mit Goltz geführt und diesem dringend dazu geraten, „der Truppe gegenüber noch einmal folgende Punkte klarzulegen", wobei schon der Begriff der „Siedlung" – in ihrer Form als „Soldatensiedlung" „ursprünglich" als deutsche „Kolonisationsmaßnahme für den baltischen Osten gedacht"[550] – fortan ohnehin ganz erheblichen definitorischen und vor allem politischen Schwierigkeiten unterlag:

> „1. Die lettische Regierung hat nur Einbürgerung, nicht Siedelung versprochen.
> 2. Durch den Waffenstillstand sind wir zur Räumung der Randstaaten verpflichtet. Der Friedensvertrag erklärt Deutschlands Verträge mit den Randstaaten für nichtig. Die Enttäuschung der Truppen ist verständlich. Sie sind aber lediglich in ihrer Hoffnung auf späteren Besitz enttäuscht worden, während unsere Landsleute im Westen und Osten in den Abtrennungsgebieten ererbten und überkommenen Besitz, Haus, Hof und Heimat verlieren.
> 3. Selbst bei Erfüllung des Einbürgerungsvertrages durch die Letten würden die Deutschen de facto nur als lettische Bürger II. Klasse behandelt werden. Die deutsche Regierung würde de jure außer Stande sein, diese bisherigen deutschen, dann lettischen Staatsbürger zu schützen und für ihre vermeintlichen Rechte der lettischen Regierung gegenüber aufzutreten.
> 4. Bei weiterer Gehorsamsverweigerung würde die Regierung die Meuterer preisgeben müssen."[551]

Weil aus der Sicht des Botschaftsrates zudem nachdrücklich zu berücksichtigen war, dass in Bezug auf die den Gehorsam verweigernden Truppenteile doch „eine Menge guter und ordentlicher Jungens (…) leider durch den Einfluss zahlreicher schlechter Elemente verführt" worden seien, hielt Maltzan es im Interesse dieser guten Elemente für erwünscht, einen Kompromiss zu finden. Und dieser Vorschlag sah auf den ersten Blick in durchaus geschickter Weise vor, einen „Teil der Truppe, der nicht nach Deutschland zurück will, an die Bolschewistenfront südlich Dünaburg auf litauischem Gebiete einzusetzen", was der Diplomat auch gegenüber Ulmanis befürwortete.[552]

Eine Verbesserung der Situation konnte trotzdem nur mühsam erreicht werden. Goltz, den Maltzan im Gegensatz zum „reaktionären" „größten Teil der Truppenoffiziere der Eisernen Division" im Ganzen als „loyal" einschätzte, habe am 10. September 1919 noch einmal die Führungsleute der

---

vom 1. September 1919 ist gedruckt als Appendix I zu ebd., S.102f.

[548] Maltzan an AA, Nr. 8, 13.9.1919, ebd., siehe dazu auch seine Reisekostenabrechnung vom 15.9.1919 bei ebd., Personalakten/GA Maltzan, Bd.2, 043f.

[549] Vgl. Purkl, S.109.

[550] Siehe dazu näher Ludwig, Die nationalpolitische Bedeutung, hier S.41.

[551] Maltzan an AA, Nr.9, 13.9.1919, PA, R 21801, gedruckt als ADAP A II Nr.171, S.304-307.

[552] Ebd.

Freicorps und Vertrauensleute der Eisernen Division versammelt, ihnen die Sichtweise der Reichsregierung, die auch er vertrete, mitgeteilt sowie die von Maltzan ausgearbeiteten vier Punkte vorgelegt. Deren trotzige Haltung werde jedoch nicht nur durch das vorangegangene, vielleicht noch unbewusst vorhandene „einträgliche Leben in Kurland unterstützt“. Viele der Beteiligten einfachen deutschen Soldaten ließen sich durch ihre tiefe Enttäuschung über die nicht eingehaltenen Versprechen der lettischen Regierung, durch irreführende Schlagwörter, durch die weit verbreitete Propaganda gegen zum Beispiel Erzberger oder Scheidemann und schließlich aus Sorge vor einer Rückkehr in „unbequeme Verhältnisse“ in Deutschland negativ beeinflussen. Wenn alsbald kein geeigneter Krompromiß zustande käme, so konstatierte Maltzan warnend, so würde man möglicherweise ganz gravierenden, „unkontrollierten Ausschreitungen einer führer(losen) Soldateska von 6-8000 Mann“ gegenüberstehen, „deren Betätigungsdrang sich aber wohl mehr gegen die lettischen Lo(kal-) und Zentralbehörden als gegen Ostpreußen richten“ werde.[553]

Die bisherige Vorstellung, Maltzan habe im Rahmen einer angeblich bereits zu dieser Zeit vorhandenen, „prorussischen Orientierung“ „wohl kaum etwas gegen eine russische Annektion des Baltikums gehabt“[554], ist nicht überzeugend. Sie entsprach den politischen Vorstellungen des Diplomaten nicht. Im Gegenteil ist aus den Quellen für den Herbst 1919 noch überhaupt keine Russland-politische Grundhaltung Maltzans in irgendeiner konkret anmutenden Form erkennbar. Vielmehr wird - offenbar im Akkord mit Außenminister Müller - auch hier sein Bestreben deutlich, eine grundlegende Abkehr von der in den Jahren zuvor durchgeführten Annexionspolitik der OHL im Baltikum anzustreben, was, wie oben gezeigt, seinerzeit den schweren Konflikt Maltzans mit Ludendorff verursacht hatte.

Dieser Politik, die eine zukunftsorientierte Liquidation der jahrelangen Fehlleistungen der alten kaiserlichen Außenpolitik anstrebte, lagen jedoch zahlreiche und letzten Endes sogar unüberwindbare Steine im Weg: Die litauischen Noten vom 14. September 1919 und ein Vertrag von Goltz mit dem konterrevolutionären russischen General Bermondt am 21. September 1919 verschärften die allgemeine Lage abermals.[555] Und nachdem der lettländische Außenminister Meierovics Maltzan unter dem 18. September vorwurfsvoll gefragt hatte, „ob die deutsche Regierung überhaupt wisse, dass immer noch deutsche Soldaten in Lettland stünden, wie viel es wären und mit welchem Recht sie blieben“, wies Maltzan ihn schließlich darauf hin, dass nicht zuletzt auch durch die von der lettischen Regierung zu verantwortenden Verschärfungen zwischen Deutschland und Lettland nunmehr „zwar nicht de jure, aber de facto Kriegszustand“ bestehe.[556]

Alle diese Entwicklungen blieben der französischen Außenpolitik und Diplomatie natürlich keineswegs verborgen: Unter dem Datum des 15. September 1919 berichtete der französische Vertreter in Berlin, Professor Emile Haguenin[557], ausführlich über die „révolte de la Division de Fer“ und die Politik des dortigen deutschen Reichskommissars Winnig[558] in den baltischen Provinzen. Im Rahmen einer Analyse der verschiedenen Formen sowjetrussischer, rechtsrussischer und „liberaler“

---

[553] Ebd. Vgl. auch Grupp, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles, S.132.
[554] Purkl, S.109 in Bezug auf Grupp, Maltzan, S.217.
[555] Die litauischen Noten vom 14.9.1919 sind in deutscher Übersetzung zu finden bei PA, R 21801.
[556] Siehe Volkmann, S.400f.; Purkl, S.110f. Zum Telegramm von Meierovics und Ulmanis an Lloyd George vom 21. September 1919 vgl. ebd., S.111.
[557] Vgl. zu Haguenin und dessen Mission in Berlin auch Wolff, Die Wilhelminische Epoche, S.290ff. sowie Grüner, S.98.
[558] Siehe zur Tätigkeit des Sozialdemokraten August Winnig die Studie von Ribhegge, S.156, S.191.

russischer ‚*Propaganda*'[559] in Berlin stand für Haguenin allerdings eine andere Frage bereits im Vordergrund - eine Tendenz, die in den nächsten Jahren einen Grossteil der Berichterstattung innerhalb der französischen Diplomatie einnehmen sollte. Denn Haguenin sorgte sich um eine Annäherung zwischen der Weimarer Republik und Russland – allerdings in diesem Fall um eine deutsch-rechtsrussische Allianz zur gemeinsamen Bekämpfung des Bolschewismus:

> „Le moment paraît favorable pour tenter un rapprochement entre la Russie et l´Allemagne. Les deux pays sont vaincus, menacés par le danger bolchévique, et ne peuvent se relever qu´en se prêtant un appui mutuel. Il s´agit de poser les principes d´un vaste programme dont l´exécution comprenait deux phases: acquérir la collaboration efficace de l´Allemagne dans la lutte contre le bolchévisme, et faciliter ultérieurement, grâce à cette unité d´action, l´alliance d´une Russie fortement centralisée et d´une Allemagne réorganisée économiquement et militairement. [...] Ainsi, le terrain est libre, la Russie est une fiancée trahie qui attend un épouseur nouveau, et celui-ci se présente sous les formes de l´officier prussien."[560]

Aus französischer Perspektive musste eine derartige politische Prognose durchaus einleuchten. Entscheidender aber war, dass sich in diesem Kontext Voreingenommenheit gegenüber jeder Ausformung künftiger deutscher Russlandpolitik aufbaute. Denn die Analyse Haguenins war insoweit tendenziös, als sie letztlich die Annahme vertrat, die Russland- und auch die allgemeinen ostpolitischen Ambitionen der deutschen Republik würden sich zukünftig im Grunde kaum von denjenigen des wilhelminischen Deutschlands unterscheiden.

In Bezug auf Maltzan ist zunächst einmal nachweisbar, dass der Diplomat bei seiner Analyse der „gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage der lettischen Republik" nicht nur mit Vorwürfen gegenüber der vorherigen Ost- und Randstaatenpolitik der kaiserlichen „Militär- und Okkupationsbehörden" sparte und zugleich eine zum Teil geradezu vernichtende Kritik an den neuen lettischen Staatsstrukturen vortrug, obgleich Maltzan eine gewisse Sympathie gegenüber dem lettischen Ministerpräsidenten Ulmanis nicht verbergen wollte. Offenkundig im Hinblick auf die bislang in ungeklärter Weise schwebende „russische Frage" der deutschen Außenpolitik mahnte er seine Regierung in Berlin nachdrücklich zu einer flexiblen, reaktionsfähigen Haltung im Rahmen der in der nächsten Zeit zu etablierenden, zukünftigen außenpolitischen Weichenstellungen Deutschlands:

> „Wir haben nur insoweit ein Interesse an der inneren und äußeren Gesundung der lettischen Republik, als sie für uns später einen Durchgangsposten für Russland bilden kann. An einem von Russland später unabhängigen Lettland haben wir kein Interesse und daher auch keine Eile, die Anerkennung de jure auszusprechen oder durch Ernennung eines Gesandten äußerlich zu dokumentieren. [...] Bei den dauernd wechselnden Konstellationen und der Aussichtslosigkeit einer Gesundung Lettlands durch eigene Volkskraft müßte sich die Zentrale alle Wege für eine künftige Orientierung noch offen halten."[561]

---

[559] Zur „Entdeckung der Propaganda" als seit 1918 „allgegenwärtiger Modebegriff" vgl. insbesondere Schivelbusch, S.256ff. Zur rechtsrussischen Publizistik vgl. auch die finnische Studie von Suomela.

[560] Bericht Haguenin, 25.9.1919, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 315, 54ff., hier 54f. und 58. Siehe ähnlich auch das Tel. No. 868 Claudels (Kopenhagen) vom 30.9.1919 in Bezug auf Tendenzen zur Verwirklichung einer „alliance russo-(allemande) et une restauration de la monarchie en Allemagne et en Russie.", ebd. 88. Siehe auch den ungezeichneten Bericht vom gleichen Datum, ebd. 94-95. Hier heißt es einleitend: „La liaison russe-allemande se précise de plus en plus." Zur Perzeption der „Revolte" der Eisernen Division durch Haguenin siehe u.a. dessen Bericht v. 15.9.1919, bei ebd., 47ff.

[561] Maltzan an AA, Nr.11, 14.9.1919, PA, R 21801.

Maltzan wies an dieser Stelle im Rahmen einer historischen Argumentation darüber hinaus darauf hin, dass „der Hass der Letten gegen Russland“ auch deshalb langsam „abgeblaßt“ sei, „als nach Kündigung des deutschen Rückversicherungsvertrages die russische Regierung in den (18)90er Jahren das lettische Volksempfinden gegen das Deutschtum im Baltikum ausspielte und der lettische Chauvinismus in der Revolution von 1905 gegen die deutschen besitzenden Klassen des Baltikums mit Erfolg aufgepeitscht“ wurde. Die deutschen „Militär- und Okkupationsbehörden“ hätten „diesem Chauvinismus“ zudem in grundlegend fehlerhafter Weise „weitere Nahrung gegeben, da sie ihre Politik lediglich auf die deutsche Minderheit, der allerdings das Land allein seine innere und äußere Kultur verdankt, stützten und glaubten, die Wünsche der breiten Maße des Volkes unberücksichtigt lassen zu können.“[562] Aber auch in grundsätzlicher Ausrichtung lehnte der Botschaftsrat deutsche „Aspirationen auf das Baltikum und die Narvalinie“ als unrealistisches Wunschdenken ab.[563]
Der Konflikt um den verzögerten Rückzug deutscher Truppen zog unterdessen allerdings weitere schwere politische Spannungen nach sich: Das Kabinett Bauer entschloss sich am 25. September 1919, „Goltz abzuberufen und die Zahlung an die Baltikumskämpfer einzustellen.“[564] Außenminister Müller schlug gegenüber den Alliierten vor, eine „gemischte Deutsch-Interalliierte Kommission“ in das Baltikum zu verlegen[565], zumal die verzögerte deutsche Räumung Lettlands Lloyd George zu der Äußerung veranlasst habe, „die Deutschen im Baltikum“ halte er sogar „für gefährlicher“ als die Bolschewisten. Am 27. September 1919 kam es zu einer ultimativen Note der alliierten und assoziierten Mächte, die der deutschen Regierung vorwarf, sie suche nur einen Vorwand, um sich den Verpflichtungen des Waffenstillstandsvertrages zu entziehen. Blockadeaktionen bezüglich der Nahrungsmittelversorgung wurden ebenso angedroht wie die Einstellung sämtlicher finanzieller Hilfsmaßnahmen. Falls Artikel XII des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 nicht sofort und ohne weitere Unterbrechungen umgesetzt werde, würden weitere Zwangsmaßnahmen angeordnet.[566]

---

[562] Vgl. ADAP A II Nr.171, S.307, Anm.4 und Hiden, The Baltic States, S.136.
[563] vgl. die G.A. Maltzan, 10.3.1920, PA, R 2029, MF 14976. Die hier genannte Vorlage ist eine Abschrift einer bei ebd. vorhandenen hschr. Vorlage Maltzans.
[564] Purkl, S.111.
[565] Unter dem 25.9.1919 vertrat Außenminister Müller die Auffassung, die deutsche Regierung habe „positiv Menschenmögliches getan“, „um die widersetzlichen Truppen“ aus dem Baltikum und Litauen abzuziehen und „die Räumung des Baltikums zu beschleunigen.“ Graf Goltz habe dabei „tatsächlich alle Instruktionen der Regierung befolgt“ und er werde jetzt nur abberufen, „weil er die Regierungsbefehle nicht durchsetzen konnte.“, Müller an den Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Versailles, Lersner, 25.9.1919, PA, R 21802.
[566] Der französische Wortlaut ist gedruckt bei Zitelmann, S.111f., in der deutschen amtlichen Übersetzung bei ebd., S.112f., im englischen bei: DBFP, First Series, Vol. I, Appendix E to No.66, S.818f., vgl. dazu auch die Note der Deutschen Friedensdelegation vom 26. September 1919, gedruckt bei ebd., Appendix C to No. 66, S.816f. sowie die „Notes of a Meeting of the Heads of Delegations of the Five Great Powers“ am 27.9. 1919 unter Punkt 3, ebd., S.808ff.
Zum Ultimatum der alliierten und assoziierten Mächte vom 27.9.1919 vgl. Purkl, S.110. Für die Darstellung der Vorgänge aus deutscher Sicht vgl. die Aufz. „Urkundensammlung betreffend Räumung des Baltikums“, o.D. (ca. November 1919), PA, R 21807 (Punkte 77, 85, 86 u. 87). Siehe im Widerspruch dazu den Bericht Haguenins über „La revolte des troupes allemandes à Mitau, l´attitude du general von der Goltz et l´opinion du gouvernement“, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 315, 28ff., mit einer Würdigung der deutschen Pressestimmen. Hier heißt es zum Schluss, ebd., 34, trefflich: « On s´aperçoit bien en retraçant l´histoire de ces évènements que, pour le gouvernement allemand, le danger n´a pas cessé d´être à gauche. » Zur britischen Denkschrift « The Baltic States,Germany and Russia » vom 1.10.1919 vgl. ausführlich Purkl, S.112. Zur massiven Kritik in Deutschland an der Nahrungsmittelversorgung durch die Alliierten in den unmittelbaren Jahren nach dem Waffenstillstand vgl. die bislang wenig beachtete Dissertation von Vincent, The Post-World War I Blockade of Germany.

Die in Bezug auf den oben skizzierten Sachverhalt zuweilen geäußerte Interpretation, die (weder innen- noch außenpolitisch konsolidierte) republikanische Reichsregierung habe sich „völlig unfähig“ gezeigt, „die Bedingung des Waffenstillstands von Strasdenhof, nämlich die deutsche Räumung Lettlands, durchzusetzen“[567], überzeugt nicht. Vielmehr wird hier bereits ein grundlegendes Phänomen deutlich, was die Weimarer Außenpolitik auch in den Folgejahren immer wieder belasten sollte. Denn den Verantwortlichen in Berlin blieb nur der Spagat, einerseits auf den massiven Druck der ihr nach dem Waffenstillstandsabkommen und dem allerdings erst am 10. Januar 1920 in Kraft tretenden Versailler Vertrag obliegenden außenpolitischen Verpflichtungen reagieren zu müssen und andererseits verpflichtet zu sein, ihre innenpolitische Autorität vor allem auch mit Hilfe einer loyalen Reichswehr zu festigen. Insoweit war es daher auch nicht verwunderlich, dass die deutsche Antwort auf das alliierte Ultimatum im Ton recht scharf ablehnend ausfiel, aber ebenso hilflos wirkte: Die deutsche Führung protestierte jedenfalls energisch, insbesondere „against the severe measures contained in Marshal Foch´s note, the object of which is the renewal of the blockade of Germany with a view to cutting off supplies.“ Derartige Maßnahmen würden neben dem weiteren Leiden der Zivilbevölkerung nur die Demokratie in Berlin schwächen. Die Konstituierung einer gemischten Kommission aus Vertretern der deutschen Regierung und der alliierten und assoziierten Mächte sei daher nach wie vor notwendig.[568]

Die alliierte Antwort blieb demgegenüber allerdings abweisend, obgleich der Bildung einer Kommission für das Baltikum im Ergebnis zugestimmt wurde. Bei der Abberufung Generals von der Goltz habe sich die Regierung in Berlin, so die alliierte Position, einer politischen Verzögerung und militärisch-diplomatischen Unterlassenstatbeständen schuldig gemacht.[569] Während Stresemann in einer Debatte der Nationalversammlung zu dieser Frage hingegen von einem Vertragsbruch der lettischen Regierung ausging, wies Außenminister Müller im Sinne der oben zitierten Aufzeichnung Maltzans erneut darauf hin, dass den Soldaten von lettischer Seite keine Ansiedelung versprochen worden sei. Schon das Selbstbestimmungsrecht der Völker gebiete die deutsche Räumung.[570] Und bereits am 26. September 1919 hatte Maltzan festgehalten, dass man sich auch in Berlin über die Schwierigkeiten jetzt „vollkommen klar“ sei und nun „endlich“ versuche, „den deutschen Truppen gegenüber energisch aufzutreten“, auch wenn er nach wie vor mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die lettische Regierung rechnete.[571]

---

[567] Purkl, S.111.

[568] Die von Wachendorf gezeichnete deutsche Note vom 3.10.1919 ist in englischer Übersetzung gedruckt bei: DBFP, First Series, Vol.I, Appendix A to No.70, S.872f. Bei Zitelmann, S.98 heißt es in diesem Zusammenhang u.a.: „Auf die wiederholten Anschuldigungen der Verbandsmächte, daß Deutschland den Rückzug der Truppen absichtlich verzögere und sich so der Erfüllung der ihm im Waffenstillstandsvertrag auferlegten Bedingungen entzöge, schlug die Deutsche Regierung Anfang Oktober 1919 die Bildung einer aus deutschen und alliierten Vertretern zusammengesetzten Kommission zur Überwachung der Räumung vor. Durch Note der Alliierten vom 11. Oktober 1919 wurde der Vorschlag mit der Maßgabe angenommen, daß eine nur aus Vertretern der Verbandsmächte zusammengesetzte Kommission zu diesem Zwecke entsendet werden sollte.“ Zur deutschen Note an die interalliierte Wako vom 4.10.1919, vgl. ebd., S.113f. Offenbar wurde auch im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Reichstages die Beantwortung der Noten Fochs beraten, vgl. dazu das Tel. Haguenins vom 14. Oktober 1919, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 315, 137ff. bzw. bzgl. der Reaktion der deutschen öffentlichen Meinung auf die Noten der Entente „relatives à la question baltique et au blocus de la Russie“, ebd., 148ff.

[569] Purkl, S.113; DBFP, First Series, Vol. I, Appendix to No.71 D und E, S.890f. bzw. Zitelmann, S.114f.

[570] Vgl. Purkl, S.113. Zur deutschen Note an die Interalliierte Wako vom 16.10.1919 und der damit verbundenen Zustimmung zur Einsetzung einer interalliierten Räumungskommission vgl. Zitelmann, S.117.

[571] Maltzan an Schmidt, 26.9.1919, PA, R 21802. Vgl. diesbzgl. Auch schon die Aufz. Zitelmanns, 6.7.1919, ebd., R 2025, MF 14957.

Am 27. September wurde das Generalkommando von Goltz offiziell aufgelöst.[572] Zwei Tage später telegraphierte Maltzan nach Berlin, dass er „wiederholt Angehörige der Eisernen Division", die nach ihrer Rückkehr in die Heimat einen enormen sozialen Abstieg befürchteten, auf Arbeitsmöglichkeiten „beim Wiederaufbau im Westen hingewiesen" habe. Einzelne „Deputierte der Mannschaften" hätten ihm jedenfalls den Truppenabzug zum 1. Oktober zugesichert, „falls ich ihnen Arbeitsmoeglichkeit im Westen vermittelte." Mit „Rücksicht auf moralischen Eindruck und Nachahmung" bat Maltzan daher die zuständigen Stellen in Berlin, ihm und Goltz drahtlich eine zuständige Dienststelle mitzuteilen, „die diesen Arbeitswilligen Arbeit beim Wiederaufbau vertraglich zusichert."[573] Auch er selbst verlegte seinen Sitz als Reichskommissar wenig später in die deutsche Hauptstadt.[574]

Eine durchschlagende Lösung für den deutschen Truppenabzug aus dem Baltikum blieb jedoch vorerst weiterhin nicht in Sicht: Nach seiner Abberufung übte Goltz an der deutschen Regierung harsche Kritik. Er warf ihr in einem Interview vor, die jetzigen Machthaber in Berlin seien „morally weak and without dignity in their actions".[575]

Dies zog weitere Negativfolgen nach sich: Einige deutsche Truppen fühlten sich nach wie vor dazu berufen, sowjetrussische Angriffe abzuwehren. Die militärische Lage blieb kompliziert und auch die Schärfe der lettischen Gegenreaktionen auf deutsche Ausschreitungen potenzierte sich abermals.[576] Obgleich Maltzan weiterhin zu vermitteln versuchte[577], wurde nunmehr selbst die Lage für das deutsche diplomatische Personal brisant und in Bezug auf Leib und Leben gefährlich: Bei den Akten befindet sich insoweit ein Auszug aus einem Bericht Maltzans vom 4. Oktober 1919, in dem der Botschaftsrat festhielt, dass er „für den Fall, dass das Leben der Gesandtschaftsmitglieder durch einen erwarteten Angriff der Truppen des Generals Bermondt auf Riga und die dann befürchteten Repressalien der Letten gegen dortige beamtete Deutsche gefährdet erscheinen sollte", Konsul Schmidt geraten habe, „sich mit dem Personal rechtzeitig, aber unauffällig auf Mitau zurückzuziehen." Zur Übermittlung dieser Weisung habe er den morgen dort eintreffenden Konsul Schönberg entsandt.[578]

---

[572] Aufz. „Die Räumung des Baltikums durch die deutschen Truppen", 10.10.1919, ebd., R 21806, S.6.

[573] Maltzan an AA, 29.9.1919, ebd. (PA), R 21802 (Abschrift A 25961).

[574] Zur Rückkehr Maltzans nach Berlin vgl. Maltzan an AA, Nr. 19, 25.9.1919, ebd., Personalakten Maltzan, Bd.3, 026 (Neunummerierung 009436); ebd., Personalakten/GA (009439), 049 (Anzeige der Geburt seiner Tochter vom 7.10.1919). Siehe weiter ebd., Personalakten Maltzan/Geldangelegenheiten, Bd.2, 029. Vgl. dazu auch die Kostenaufstellungen betr. der Tätigkeit als Reichskommissar bei ebd., o.S., die geheime Kalkulation Maltzans bei ebd., 084 sowie Maltzan an AA, 9.11.1919, ebd., 064f. Siehe dann weiter auch Maltzan an Vogl, 8.11.1919, ebd., R 21808. Hier heißt es, Maltzans Aufenthalt in Berlin bliebe aufgrund der „so schwierigen Finanzlage und die noch vollkommen ungeklärten Verhältnisse im Baltikum", den diffizilen Verkehrsverhältnissen und die jetzt in Berlin „aktuelle baltische Frage" erforderlich.

[575] 'An Interview with Count von der Goltz, Second extra edition of the „Trommel" of October 9th, 1919', DBFP, First Series, Vol III, Appenix 2 to No.139, S.169f.

[576] Vgl. Purkl, S.114 in Bezug auf ein weiteres Schreiben von Ulmanis und Meierovics an Lloyd George vom 8.10.1919, DBFP, First Series, Vol.III, No.122, S.137f. Zu den Beurteilungsschwierigkeiten des Foreign Office, ebd., No.125, S.140ff. Siehe in diesem Zusammenhang u.a. auch den Artikel mit dem Titel „Für die Befreiung vom Bolschewismus", Deutsche Allgemeine Zeitung v. 7.10.1919, Ausschnitt in: PA, R 21803 sowie den Wochenbericht des „Beauftragten des Deutschen Gesandten in Estland", 4.10.1919, ebd., R 21806.

[577] Siehe dazu auch „Der deutsche Gesandte bei den Regierungen Lettlands und Estlands" an AA, Geh. Tgb.Nr.78, 16.10.1919, ebd., R 21806, S.9.

[578] Tagebucheintrag Nr. 131 v. 4.10.1919 / I. G. Gericht Nr. 25, in: ebd., R 21803 (Abschrift A 26626). Siehe dazu Schmidt an AA, 16.10.1919, ebd., R 21806. Hier heißt es u.a. „Am 5.10.(1919) schickte ich mittels Flugzeug Herrn Assessor Dr. v. Erdmannsdorff nach Königsberg, um den Herrn Reichskommissar v. Maltzan vollständig über die Lage im Baltikum aufzuklären." Herr v. Erdmannsdorff habe Konsul Schmit am 6. Oktober mitgeteilt, dass Maltzan „alle seine Maßnahmen vollständig" gebilligt habe, ebd., S.9. Vgl. des Weiteren auch die G.A. Maltzans vom 7.11.1919, ebd., R

In der Zwischenzeit waren aus dem Lager der Alliierten Stimmen zu vernehmen, die der deutschen Regierung durchaus Loyalität gegenüber ihren Waffenstillstandsverpflichtungen und keine mutwillige Verzögerung des deutschen Truppenabzuges zuwiesen: So berichtete der englische General Malcolm dem Foreign Office[579] unter dem 18. Oktober 1919, die Reichsregierung in Berlin sei „thoroughly disturbed". Sie bemühe sich nach Kräften, sei aber gegenüber den Truppen im Baltikum in ihrem Durchsetzungsvermögen einfach de facto „recht schwach".[580] Am 28. Oktober 1919 drängte die deutsche Außenpolitik vehement auf eine beschleunigte Entsendung der interalliierten Kommission, die offenbar von französischer Seite inzwischen zugesagt worden war.[581] Ab sofort müsse „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" „endlich die Räumung" erzwungen werden.[582]

Im Rahmen der insoweit deutscherseits angestrebten, einvernehmlichen Lösung mit den Westmächten wurde unter der Beteiligung des Reichskommissars Maltzan „eine Zusammenstellung aller Urkunden" vorbereitet, „die über die Stellungnahme der Reichsregierung und des Auswärtigen Amts zur Frage der Räumung des Baltikums Auskunft geben" und der Ententekommission für das Baltikum vorgelegt werden sollte.[583] Der Diplomat legte hierbei allerdings Wert darauf zu betonen, „dass die Ententekommission die Reise nach dem Baltikum auf ausdrücklichen Antrag der Reichsregierung" antrete. Die Ergebnisse der Reise, so schätzte Maltzan mit einem skeptischen Blick vor allem in Bezug auf die Haltung Frankreichs ein, „dürften" „von großer politischer Bedeutung sein". „Schon aus diesem Grunde" sei ein deutsches „Entgegenkommen notwendig."[584]

Dieses gegenüber der lettischen Republik keineswegs als „überheblich"[585] einzuschätzende Bemühen der republikanischen Regierung in Berlin, Einvernehmen in Bezug auf den noch nicht gelungenen

---

21808. Hier teilte Maltzan u.a. dem Reichsminister mit, die Unterstützung des Baltischen Bureaus mit 50 000 Mark monatlich stehe „in keinem Verhältnis zu den Leistungen." Zu Otto von Erdmannsdorff (Jg. 1888-1978) und Fritz Schönberg (Jg. 1878) als Vertreter des AA in Lettland vgl. Sütterlin, S.132, insbesondere Anm.75 bzw. bzgl. Erdmannsdorffs auch ADAP, Ergänzungsband zu den Serien A-E, S.435.

[579] Zum Foreign Office zwischen 1919 und 1922 allgemein vgl. Sharp, The Foreign Office in eclipse; Maisel.

[580] Zit. nach Purkl, S.115.

[581] Müller an Lersner, 28.10.1919, PA, R 21806 (Abschrift A 28133). In der Telegrammvorlage heißt es u.a., das „baldige Eintreffen" der „in letzter französischer Note in Aussicht gestellten" interalliierten Kommission sei besonders erwünscht. Im Rahmen seiner hschr. Korrekturen hatte Maltzan das hier ursprünglich aufgeführte Verbum „geboten" durch „erwünscht" ersetzt; das Original der Vorlage mit den dazugehörenden hschr. Korrekturen und Paraphen befindet sich ebenfalls bei ebd.

[582] Unterstaatssekretär an Schmidt bzw. Zimmerle, 1.11.1919, ebd., R 21807. Die hschr. Korrektur Maltzans hatte hier anstatt „Wunsch" „Willen" vermerkt und am Kopf der Vorlage ergänzt, dass das Telegramm neben der Information auch zur „Verwertung in der Presse" und „zur Regelung Ihrer Sprache" bestimmt sei. Vgl. dazu auch den Artikel „Letzte Mahnung an die Truppen im Baltikum", in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 2.11.1919, Ausschnitt in: ebd., R 21807.

[583] G.A., 1.11.1919, ebd. Darüber hinaus existiert eine von Maltzan in Aussicht gestellte, ausführliche Aufz., die eine verständigungsbereite Haltung der deutschen Regierung offenlegt, vgl. „Urkundensammlung betreffend Räumung des Baltikums (Übersicht)", o.D. (ca. November 1919), PA, R 21807. Diese Vorlage hielt die Entwicklung vom 27.12.1918 bis zum 1.11.1919 auf 23 Seiten fest.

[584] Zu einem für den Unterstaatssekretär zur Zeichnung vorgesehenen Tel. vom 3. November 1919 an den Minister für öffentliche Arbeiten und zur Kenntnisnahme durch das Reichswehrministerium, ebd., nahm Maltzan in den ersten beiden Sätzen zwei kurze hschr. Korrekturen vor. Im ursprünglichen Text hatte es an Stelle von „Antrag" „Veranlassung" sowie „werden von großer politischer Tragweite sein" geheißen. Die Vorlage trägt am Ende die Paraphe Maltzans vom 2. November 1919.

[585] Anders insofern Purkl, S.115ff. Für eine solchen, recht gravierend anmutenden Vorwurf führt der Autor jedenfalls keinen überzeugenden Beleg an, auch wenn Koch von einer inkonsequenten Haltung „unsererseits" sprach. Purkl beruft sich im Rahmen seiner Interpretation m.E. zudem zu oft und zu unkritisch auf Äußerungen von Vertretern der USPD, bleibt jedoch insgesamt noch durchaus ausgewogen dadurch, dass er bei ebd., S.117 in Bezug auf DBFP, First Series, Vol. III, Nr.171 und 172 auch auf die zu Unrecht z.B. von litauischer Seite geführten Anschuldigungen hinweist, Berlin habe „selbst die militärischen Aktionen gegen Lettland und Litauen gebilligt". Zu den Schwierigkeiten und möglichen Informationsdefiziten in Berlin vgl. ausführlicher ebd., S.117ff.

Truppenabzuges aus dem Baltikum herzustellen, stieß jedoch bei den Alliierten mehrheitlich abermals auf harsche Kritik und Distanz. Dies war auch durch Berichte französischer Diplomaten über allgemeine, deutlich regierungsferne Russland-politische Initiativen in Deutschland bedingt, die zum Teil sichtbar auf Gerüchten aufbauten und in atmosphärisch schädlicher Weise abermals einer angeblichen deutsch-russischen Allianz im Rahmen dieser noch völlig ungeklärten internationalen Verhältnisse das Wort redeten.[586] Auch Maltzan erfuhr nachfolgend eine in der Sache nur bedingt berechtigte Zurückweisung: Bei einer Begegnung mit dem französischen General Niessel wies dieser nach Maltzans Angaben darauf hin, die deutsche Regierung habe die Entscheidungen der Kommission ohne Einwände anzunehmen, „widrigenfalls würde über weitere Maßnahmen in Paris beraten werden."[587] Der deutschen Ostpolitik blieb damit nichts anderes übrig, als sich zu fügen – mochten sie deutscherseits zumindest in der äußeren Wirkung zum Teil willkürlich erscheinen. Ansonsten blieb weiterhin nur der mühsame Weg sachlicher Überzeugungsarbeit in Richtung der Alliierten zumindest möglicherweise aussichtsvoll, was sich an einigen Vorgängen konkretisieren lässt.[588]

Schon in der Anfangsphase der sich gerade erst mühsam formierenden Weimarer Außenpolitik zeigte sich damit ein außenpolitisch-diplomatischer Grundsachverhalt und zugleich ein ebenso politisch-psychologisches, atmosphärisches Grundmuster, das in gewisser Weise auch in den kommenden Jahren mehrfach Wirkung und Wirksamkeit entfalten sollte: Die sich auf bekundeten deutschen Kooperationswillen in Berlin gründende Hoffnung auf abschwächende Modifizierung der als vielfach ungerecht empfundenen alliierten, insbesondere französischen Forderungen stellte sich vorerst als illusionär heraus und fand kaum unterstützende Anhaltspunkte. Oftmals war eine solche Haltung für die deutsche Außenpolitik zudem nur dann Erfolg versprechend, wenn es gelang, britische Verantwortliche in der Sache zu gewinnen und zu einem Frankreich mäßigenden Einfluss zu bewegen. So hielt Maltzan zum Beispiel am 12. November 1919 fest, ein „Gewährsmann" habe „gestern vor Abreise der Kommission noch eine Besprechung mit den einzelnen Mitgliedern u(nd) dem General Malcolm" geführt. Daraufhin sei „auf englischen und amerikanischen Einfluss" hin eine „Milderung" in der Auffassung des französischen Generals Niessel eingetreten. Die Kommission sei jedenfalls nunmehr zu der Überzeugung gekommen, dass die Reichsregierung durch „lokale militärische Stellen behindert worden sei" und habe eine „generelle Rückberufung unserer diplomatischen Vertreter im Baltikum" fallengelassen.[589]

Die Notwendigkeit einer außenpolitischen Orientierung an den Vorstellungen Londons deutete sich damit offenbar bereits an, war es doch in dem hier angesprochenen Politikfeld Ende 1919 zumindest

---

[586] Siehe dazu stellvertretend das Tel. No. 884 Claudels vom 7. Oktober 1919, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S., 315, 112. Eine recht differenzierte Sicht der Dinge findet sich demgegenüber allerdings in einem kurzen Geheimtelegramm des Marineministeriums an den Quai d´Orsay, ebd., 120-121.

[587] G.A. Maltzan, 7.11.1919, PA, R 21808. Vgl. auch Unterstaatssekretär an Reichswehrministerium, 8.11.1919, ebd., mit den Paraphen Maltzans und Dirksens vom 6.11.1919.

[588] In Bezug auf die Forderungen der Ententekommission nach einem „Rückberufungsbefehl für das gesamte diplomatische Personal und die Zivilbeamten" aus den baltischen Provinzen vgl. Reichsaußenminister an Zimmer bzw. Schmidt, 11.11.1919, ebd. Zu dieser Vorlage bat Maltzan hschr. u.a. um die Namen und die Anzahl der diplomatischen Personen, die aus der Okkupationszeit oder „aus anderen ehemaligen militärischen Formationen übernommen" worden seien. Es heißt hier auch, Maltzan habe von einem Vertrauensmann gehört, „bei diesem äusserem Zeichen des Entgegenkommens, falls es rasch gegeben wird", würde „die Kommission auf ihrer ursprünglichen Forderung nicht bestehen."

[589] Vgl. stellvertretend z.B. G.A. Maltzan, 12.11.1919, ebd.

vorübergehend gelungen, insbesondere einige britische Mitglieder der nunmehr von den Alliierten ernannten so genannten Baltikums-Kommission von der Loyalität der deutschen Außenpolitik weithin zu überzeugen.[590]

Insgesamt betrachtet jedoch blieb dieses allgemeine Verständigungsangebot, das unter anderem zum Beispiel auch die Absetzung belasteter deutscher Verwaltungspersönlichkeiten in den ehemaligen Ostgebieten betraf[591], ohne rechte Erwiderung: Aus deutscher Sicht setzte insbesondere die französische Außenpolitik die antideutsche Politik und Propaganda unvermindert fort. Und die britische Außenpolitik schien durch politische Absprachen mit osteuropäischen Staaten in der Ostpolitik ebenfalls in erster Linie das Ziel zu verfolgen, den gesamten deutschen Einfluss sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht zu vernichten[592], obwohl man deutscherseits, wie Maltzan es zuweilen formulierte, bei jeder außenpolitischen Lebensäußerung geradezu peinlich genau darauf achtete, den Alliierten bloß keinen Anlass für die Feststellung einer „politisch untunlichen" Haltung Deutschlands zu geben.[593]

Mit Paraphendatum vom 11. Dezember 1919 notierte Maltzan für Blücher handschriftlich eine Antwort unter ein Telegramm, mit dem das Reichswehrministerium unter dem 9. Dezember das Auswärtige Amt um Auskunft gebeten hatte, wie dem Militär-Attaché in Helsingfors geantwortet werden solle, der „von dritter Seite" eine Anfrage erhalten habe, „ob eine Unterstützung der Armee Judenitsch durch Deutschland möglich wäre." Maltzan hatte gegen eine allgemeine Unterstützung dieser antibolschewistischen Elemente auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Zarenreiches offenbar „keine Bedenken". Der Frage einer Unterstützung solle jedoch nur, so hielt er diesbezüglich in Bezug auf die anderweitigen deutschen Interessen nachdrücklich fest, näher getreten werden, „falls Entente Antrag unterstützt und ermöglicht".[594] Und selbst deutsche Proteste bei der lettischen Regierung wurden nachfolgend offenbar nicht selten gemeinsam mit der Ententekommission erörtert.[595]

Die allgemeine Situation im Baltikum schien sich jedoch auch dadurch nicht grundlegend zu verbessern. Im Gegenteil: Für einzelne deutsche Behörden, für die offenbar Maltzan personelle Verantwortung trug, blieb die Lage regelrecht dramatisch.[596] Selbst als im November 1919 die

---

[590] Vgl. Nadolny an Maltzan, 12.11.1919, ebd. (PA, R 21808). Den Inhalt dieses Schreibens bezeichnete Maltzan in einer hschr. geheimen Aufzeichnung am Schluss der Vorlage als Bestätigung für die Mitteilung seines Gewährmannes und setzte u.a. den Reichsminister und den Unterstaatssekretär davon in Kenntnis. Siehe in diesem Kontext auch Dirksen an AA, Nr.4, 14.11.1919, ebd. Zur „sehr umfangreichen Denkschrift" des Foreign Office vom 15.11.1919 mit dem Titel „The Batic States and Germany" vgl. Purkl, S.119f.

[591] Vgl. z.B. Admiralität an AA, 12.11.1919, ebd., R 21808 mit einem hschr. Vermerk Maltzans am linken Rand. Siehe in diesem Zusammenhang auch Maltzan an Dirksen, 15.11.1919, ebd. sowie die Notiz Maltzans u.a. zur Weiterleitung an die Wolff-Presse, wo die entlassenen Personen auch namentlich aufgeführt aufgeführt wurden.

[592] Der Chef der Admiralität an AA, 8.11.1919, PA, R 21808. Die Vorlage liegt in einer Abschrift vor und trägt die Paraphe Maltzans vom 13. November. Es heißt hier u.a. „In recht geschickter Weise werden in die Presse aller Richtungen Nachrichten lanciert, die darauf hinzielen, Deutschland die Schuld an der üblen Lage im Osten in die Schuhe zu schieben." Maltzans Kommentar am unteren Rand der Vorlage auf der zweiten Seite lautete schlicht, „wir brauchen für Bermondt nicht einzutreten." Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Aufz. o.U. v. 18.11.1919, ebd., R 10200. Am linken Rand ist im unteren Teil neben derjenigen Müllers auch noch Maltzans Paraphe zu erkennen. In der „Urkundensammlung betreffend Räumung des Baltikums heißt es, General Gough habe bereits am 13.7.(19)19 bei einer Besprechung mit Landeswehr-Vertretern geäußerte, dass der gesamte deutsche Einfluss im Baltikum ausgerottet werden müsse, Aufz. „Urkundensammlung betreffend Räumung des Baltikums", o.D. (ca. November 1919), ebd., R 21807 (Punkt 28.)

[593] Vgl. zu dieser Wortwahl die mit Paraphe vom 14.11.1919 von Maltzan erstellte Vorlage für ein Brieftelegramm an das Reichswehrministerium zur Zeichnung durch den Unterstaatssekretär, ebd. (PA, R 21808).

[594] Reichswehrministerium an AA, 9.12.1919, ebd., R 2027, MF 14967.

[595] Maltzan an Dirksen, 15.11.1919, ebd., R 21808.

[596] Vgl. Schmidt an AA, Nr. 325, 12.11.1919, ebd. Maltzan notierte als Vorlage für die Antwort mit Paraphe vom 13.

deutscherseits angebotene „Rückführung der Beamten aus Okkupationszeit“ begann, blieb die politische Anspannung zunächst noch bestehen.[597] Auch das Verhalten von Goltz wirkte sich weiterhin schädlich aus: Am Abend des 22. November 1919 kritisierte er in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vehement die Ostpolitik Lloyd Georges, der eine weitere militärische Bekämpfung des Bolschewismus in verantwortungsloser Weise ablehne[598] - eine Kritik, die sich für das deutsche Gesamtinteresse, London als Mäßigungsfaktor gegen Paris zu gewinnen, natürlich nur negativ auswirken konnte.

Am 26. November 1919 erklärte Lettland Deutschland den Krieg – eine Entwicklung, die aus deutscher Sicht ihren Grund vor allem in der möglichen Beteiligung Lettlands an Reparationsansprüchen gegenüber Deutschland fand.[599] Führende lettische Vertreter forderten aber offenbar bereits seit dem 22. Dezember 1919 zugleich eine Neugestaltung der deutsch-lettischen Beziehungen. Maltzan fand für diese Vorgehensweise deutliche Worte. Er hatte zudem schon am 15. Dezember 1919 in einem Gespräch mit Dirksen und Blücher darauf hingewiesen, die deutsche Diplomatie müsse von nun an der lettischen Regierung den Eindruck vermitteln, dass sie die künftige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen viel nötiger habe als die deutsche Außenpolitik, da dies ansonsten als weitere Schwäche Berlin ausgelegt werden würde.[600] Erst mit Datum vom 2. Januar 1920 stellte Dirksen fest, dass die Rückführung der deutschen Truppen aus dem Baltikum beendet sei und damit „der Forderung der Entente Genüge geschehen“ sei.[601]

Unterdessen war Maltzan schon unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Berlin - unter weitgehender Beibehaltung seines bisherigen Verantwortungsbereichs als „Reichskommissar für den Osten“ - seit dem 25. Oktober 1919 in das Russische Referat des Auswärtigen Amts eingetreten. Er befand sich damit in der entscheidenden Abteilung für die Formulierung der Weimarer Russlandpolitik, die er in den darauf folgenden Wochen und Monaten „de facto sofort“ übernahm, obwohl er erst am 8. Januar 1920 den „in Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. August 1919 (R.G.Bl. S.1419) vorgeschriebenen Eid“ auf die Weimarer Reichsverfassung leistete[602] und die Leitung des Referats formell erst im März 1920 erhielt. Zwar erscheint die Ansicht übertrieben, dass die Persönlichkeit und „Initiativkraft“ des Botschaftsrats die anderen dort tätigen Mitarbeiter in dieser Hinsicht

---

November, dass die Anwesenheit Schmidts in Mitau, das bald in der Kampfzone liegen würde, beim Eintreffen der Kommission nicht erforderlich sei.

[597] Siehe dazu das Fernschreibergespräch zwischen Maltzan (Berlin) und dem Generalbevollmächtigten des Deutschen Reichs für Litauen, Zimmerle (Kowno) am 15.11.1919, gedruckt als ADAP A II Nr.229 sowie Dirksen an Maltza()n, 18.11.1919, PA, R 2027, MF 14965. Siehe auch Müller an Dirksen (z.Zt. Tilsit), 24.11.1919, ADAP A II Nr.239 und den Bericht „Über die Vorgänge bei meiner Abreise aus Kowno“, Zimmerle an AA, 25.11.1919, Akten der Abt. I A, WK 20d Nr., Bd.48, vgl. ADAP A II, Nr. 229, S.407, Anm.8. Zu den Berichten des deutschen Generalbevollmächtigten in Litauen, Zimmerle, aus Kowno (Kaunas) vgl. Sütterlin, S.129.

[598] Vgl. Tel. Haguenins vom 23.11.1919, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 315, 257-258, hier 257.

[599] Aufz. Dirksen, 23.12.1919, ADAP A II, Nr.266, S.472f. Vgl. zur lettischen Kriegserklärung ausführlicher Volkmann, S.401f. Zur Frage der lettischen Reparationsansprüche und der Bestrafung von deutschen Soldaten, „die die Mitglieder der Kommission beleidigt, bedroht oder sogar angegriffen hatten“ vgl. Purkl, S.121.

[600] ADAP A II, Nr.266, S.472, Anm.3. Auch nach Maltzan erhoffte sich Lettland damit Entschädigungsvorteile und in diesem Sinne eine Beteiligung an den Reparationsregelungen des Versailler Vertrages. Siehe dazu den Zusatz Maltzans zu einer G.A. von Dirksen, die lettischen „Vorschläge sind keine geeignete Verhandlungsbasis, da Deutschland eine Schadensersatzpflicht für die von den Bermondt-Truppen verursachten Schäden nicht anerkennt.“, vgl. ebd., S.473, Anm.4.

[601] Aufz. Dirksen, 2.1.1920, ADAP A III, Nr.1.

[602] PA, Personalakten Maltzan Bd.3, o.N. Der Eid lautet im Wortlaut: „Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“

eigentlich nur noch zu „Nebenfiguren in der Russlandpolitik“ degradiert habe.[603] Im Vergleich mit der Tätigkeit des jungen Diplomaten im kaiserlichen auswärtigen Dienst aber gab es offenbar zumindest eine Kontinuität: Erneut lag ein wesentliches Element für den Erfolg Maltzans in seinem Talent zur Schaffung und Pflege von politischen, netzwerkähnlichen Beziehungen mit persönlicher Note.[604]

Des Weiteren gelang es Maltzan, sich mit allen aktuellen Ost- und Russlandfragen in intensiver Weise vertraut zu machen. Allein schon die Anzahl der von ihm unter Abzeichnung mit seiner Paraphe in den verschiedenen Akten dieser Politikbereiche gelesenen Dokumente dürfte den damit verbundenen Arbeitsfleiß eindeutig ausweisen. Und trotz der zum Teil äußerst schlechten und mühseligen Nachrichtenlage erwiesen sich dabei unter anderem Kontakte Maltzans als hilfreich, ergiebig und fruchtbar, die seit seiner Arbeitszeit im Haag Bestand hatten. Sie ermöglichten zusätzliche Informationen über die Entwicklung in Russland und über die Interna innerhalb der verschiedenen russischen und sowjetrussischen Gruppierungen. So wurde zum Beispiel ab dem November 1919 für einige Monate ein Agent an der deutschen Gesandtschaft Haag bezahlt und von Maltzan gefördert, der Nachrichten über die Lage in Russland lieferte und dem Botschaftsrat direkt und persönlich berichtete.[605]

Maltzan wurde insoweit mit folgender Lage konfrontiert: Das Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrussland war seit geraumer Zeit „von Grund auf zwiespältig“.[606] Nur etwa vier Monate nach der Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litowsk am 3. März 1918[607] war am 6. Juli 1918 in

---

[603] Vgl. dazu Sütterlin, S.36f., S.72. Zur „Entwicklung von Geschäftsverteilung und Arbeitsorganisation in der Zentrale der Russischen Abteilung“ ab 1918 im einzelnen siehe ebd., S.71ff. Zur Klage über die Personal- und Arbeitsverhältnisse in der Abteilung IV. vgl. stellvertretend Aufz. o.U., 14.9.1921, PA, R 94263. Zum Botschafts- und Konsularnetz vor dem Ersten Weltkrieg und zur Wiedereinrichtung der Missionen allgemein vgl. Sütterlin, S.80ff. Zur Festsetzung des künftigen Diensteinkommens Maltzans siehe die hschr. Notiz Maltzans mit Paraphendatum v. 3.12.1919, PA, Personalakten Maltzan/GA, Bd.2, 084.

[604] Zum Teil gibt hierüber die Akte PA, R 94330 Auskunft, die auf die Fülle der von Maltzan verfassten oder an ihn gerichteten Korrespondenz zumindest verweist, vgl. stellvertretend Maltzan an Staatssekretär (August Müller), 30.8.1920; Stähler an Maltzan, 11.4.1921; Maltzan an Tiesler, 12.4.1921; Aufz. Maltzan, 26.4.1921 betr. Rückkehr des Abgeordneten Koenen aus Russland; Hoesch an Maltzan, 26.4.1921; Wesendonk (Deutsche Allgemeine Zeitung) an Maltzan, 20.5.1921; Dressel (American Commissioner) an Maltzan, 18.10.1921; Maltzan an Stähler, 28.12.1921; Warburg (Hamburg) an Maltzan, 28.12.1921; Bernhard (als Vorsitzender des Vereins Berliner Presse) an Maltzan, 16.3.1922; Maltzan an Koester, 26.5.1922; Baur (Krupp AG) an Maltzan, 21.10.1922, alle in ebd.

[605] Zu der damit verbundenen Rolle Wolfgang Breithaupts, der sowohl mit Maltzan als auch mit Scheidemann gut bekannt gewesen sein soll, vgl. Sütterlin, S.137, Anm.96.

Zu Maltzans Kontakten zu anderweitigen „Informationslieferern“ (sic), siehe ebd., S.151f, insbesondere, S.152, Anm.139 in Bezug auf seine Kontakte zu Biskupskij, Taube und Knorring bzw. S.156, Anm.153 in Bezug auf das Einverständnis Maltzans zu dem Angebot des italienischen Korrespondenten Giuntini, Berichte aus Russland für die deutsche Presse zu schreiben. Zu Maltzans Kontakten zur russischen Emigration in allgemeiner Hinsicht siehe die Quellenangaben bei ebd., S.176, Anm.21.

[606] Gebhardt, Bd.4, S.125.

[607] Siehe zu den „Verträgen von Brest-Litowsk, wie sie in Abs. 2 des Artikels 116 (VV) gedacht sind“, die entsprechende Präzisierung bei Zitelmann, S.16. „Der Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits vom 3. März 1918“, der deutsch-russische Zusatzvertrag vom 3. und 7. März sowie der deutsch-russische Ergänzungsvertrag bzw. das deutsch-russische Finanzabkommen und das deutsch-russische Privatrechtsabkommen zur Ergänzung des deutsch-russischen Zusatzvertrages vom 27. August 1918 sind gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome X, Nr. 220, S.773-797, Nr. 221, S.797-811, Nr.222, S.811-818, Nr.223, S.818-825 und Nr.224, S.825-835. Siehe auch Konferenzen und Verträge, Teil II, S.266 sowie Die Friedensverträge, I. Die Ostfrieden (1918), 229ff. mwN, u.a. auch zur zeitgenössischen Auslegung durch die deutsche Regierung und den Reichstag.

Vgl. zur Vorgeschichte dieser Verträge und zu deren Inhalt im Einzelnen ausführlich, detailorientiert und sachkundig, jedoch z.T. spürbar einseitig und emotional (z.B. S.33 „krasse“ bzw. „reine“ „Vergewaltigung Deutschlands“) aus deutscher Sicht insbesondere Zitelmann, S.17-31. Zum Gang der Verhandlungen im Einzelnen vgl. Der Friede von Brest-Litowsk.

Eine nähere Beteiligung Maltzans (vgl. Peking 1914-1917, S.204) an den Verhandlungen bzw. seine Anwesenheit bei der

Petersburg der deutsche Botschafter Mirbach ermordet worden.[608] Der nachfolgende Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrussland durch die letzte kaiserliche Regierung am 5. November 1918 war jedoch nur zum Teil durch diesen Vorgang bestimmt. Denn bereits seit dem Herbst 1918 blieben die Verantwortlichen in Berlin tief von der Sorge geprägt, die sowjetrussische Propaganda könne in der Lage sein, Deutschland ganz im Sinne der von den Kommunisten erstrebten Weltrevolution zu erschüttern, auch wenn Art. 2 des Vertrages von Brest-Litowsk die vertragsschließenden Parteien verpflichtet hatte, sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung des anderen Teils zu enthalten.[609] Mit einer Erklärung vom 11. November 1918 und durch intensive Unterstützung der Spartakisten hatte sich die Regierung in Moskau jedenfalls nicht gescheut zu versuchen, die aufgewühlte deutsche Bevölkerung gegen die deutsche Regierung aufzubringen, wogegen ein von Solf und Kautsky unterzeichnetes Telegramm der deutschen Reichsleitung an das russische Volkskommissariat vom 18. November 1918 und am 17. Januar 1919 in Bezug auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands scharfen Protest einlegte. Dennoch rief Karl Radek auf dem Gründungsparteitag der KPD am 30. Dezember 1918 in Berlin zum Sturz der „Scheidemänner“ und zu einer Vereinigung mit den französischen Arbeitern auf. Nach der kaiserlichen Regierung nahm daher auch die Regierung der Volksbeauftragten den diplomatischen Verkehr mit der revolutionären Regierung in Moskau nicht wieder auf. Sie war zudem „schon gar nicht dazu zu bewegen“, den sowjetrussischen „Wunsch nach einem ‚Schutz- und Trutzbündnis’ zu willfahren.“[610] Hingegen führte die stark belasteten Beziehungen im Oktober/ November 1918 zu der in diesem Fall von dem Vorstandsvorsitzenden der AEG, Walther Rathenau, ausgesprochenen allgemeinen Ansicht, dass eine erfolgreiche Bekämpfung der Gefahr kommunistischer Umsturzversuche in Deutschland vorerst die drängendste Herausforderung sei.[611]

Unterzeichnung des Vertrages ist nicht nur aufgrund fehlender Anhaltspunkte in den Quellen unwahrscheinlich bzw. unzutreffend. Nach dem oben zitierten Bericht war Maltzan bis spätestens zum 14.2.1918 im Haag. Zwei weitere Quellen belegen seine Anwesenheit im Haag auch für den 4.3.1918, vgl. Maltzan (Haag) an AA, 4.3.1918 PA, Personalakten Maltzan/GA, Bd.1, 197ff. sowie das Schreiben bei ebd. 205.

[608] Vgl. Sütterlin, S.13. Zum Mord an Mirbach-Harff vgl. die eindringliche Schilderung bei Hilger, S.11ff.

[609] Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer und Herbst 1918 insgesamt vgl. ausführlich und quellennah die Studie von Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, S.258ff. Für die sich anschließende Zeit u.a. auch Schüddekopf, Deutschland zwischen Ost und West. Zur Befürwortung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen unter anderem durch den unabhängigen Sozialdemoraten Hugo Haase, der nach dem Zusammenbruch der kaiserlichen Regierung im Rat der Volksbeauftragen die Führung der Auswärtigen Angelegenheiten als Nachfolger von Solf übernahm, siehe ebd., S.27ff.

[610] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.59; Linke, Deutschland und die Sowjetunion, S.26.

[611] Vgl. Rathenau an Erzberger, o.D., BAK, NL Rathenau, Allgemeines, Bd.2; siehe in diesem Kontext auch die entsprechenden Quellenverweise bei: Die Regierung der Volksbeauftragten, Zweiter Teil, Register, S.400f. Siehe zu den „Kommunisten in der Weimarer Republik“ und ihrer Sozialgeschichte den Beitrag von Mahlmann. Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918 bzw. zwischen Oktober 1918 und Februar 1919 vgl. ausführlicher auch Gatzke, Dokumentation sowie insbesondere Borowski, Die „bolschewistische Gefahr“ und Meyer, Sowjetrussland und die Anfänge der Weimarer Republik, der bei ebd., S.89 die Vielschichtigkeit in Mitteln, Wegen und Methoden der politischen Aktivitäten Sowjetrusslands vom November 1918 bis zum Frühjahr 1919 konstatiert, deren unmittelbaren Auswirkungen aber häufig überschätzt worden seien. Zu den innenpolitischen Hintergründen und Auswirkungen des deutsch-russischen Verhältnisses 1917/18 vgl. auch den Beitrag von Geyer, Krieg und Revolution; zum Kampf der Rechtspresse gegen den Bolschewismus siehe die Arbeit von Doeser.

2. Das deutsch-russische Verhältnis: Ein vertragsloser Zustand

Wie aber hatte das Auswärtige Amt vor dem Dienstantritt Maltzans in der ‚Russischen Abteilung' auf diese schweren Zerwürfnisse im deutsch-russischen Verhältnis reagiert? Das Russische Referat war seit dem Sommer 1917 von verschiedenen Beamten, zunächst von Nadolny, dann von Rhomberg und schließlich von Zitelmann geleitet worden.[612] Während man auch hier seit der Gründung der Republik unter der allgemeinen „Orientierungslosigkeit" litt[613], setzte sich in der Wilhelmstraße insgesamt die Erwartung durch, die sowjetrussische Regierung werde sich nicht allzu lange an der Macht halten. Deren Präsenz in Moskau sei eine „vorübergehende Erscheinung". Nach Hilger unterstützte man daher in den ersten Monaten des Jahres 1919 deutscherseits jene politischen Kräfte, die auf einen Sturz des seit dem 7. November 1917 an die Macht gelangten Regimes hinwirkten.[614] Von Anfang an gab es zudem vielseitige und divergierende Empfehlungen, in welche Richtung sich die künftige deutsche Politik gegenüber Russland bewegen sollte. Und die damit einhergehenden Erörterungen vollzogen sich keineswegs nur in Amtskreisen oder in ‚geheimen Zirkeln'. Denn durchaus konkrete Russland-politische Vorschläge konnten nicht nur im Auswärtigen Amt[615], sondern überall in der deutschen Politik und Publizistik[616] verfolgt werden. Unzweifelhaft war damit

---

[612] Zu Rudolf Nadolny (1873-1953) vgl. auch Nadolny, Mein Beitrag; Bringmann sowie Handbuch der Diplomatie 1815-1963, z.B. S.151 sowie Meyer, Nadolny und Russland. Im PA, NL Nadolny, Bd.57, heißt es u.a.: „Wenn man heute 10 gebildete Deutsch fragt: „Wer ist der Mann, der für die Rapallo-Politik verantwortlich war?", dann antworten 8: Nadolny. Ich wollte hier die Geschichtsauffassung richtig legen und die Verantwortung auf den legen, der sie tatsächlich trägt, auf Maltzan." Zu Nadolnys Erklärung vom 25. August 1949, „ein allgemeines Rapallo zwischen Ost und West (…) (sei) die beste Lösung für den Weltfrieden" vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, 1949, Veröffentlichte Dokumente, S.48, Anm.8. Zu Konrad Gisbert v. Rhomberg (1866-1939) und Franz Zitelmann (Jg. 1872) vgl. Sütterlin, S.42, Anm.51, S.37, Anm.39, S.44.

[613] ebd., S.171ff.

[614] Hilger, S.28. Vgl. auch die Denkschrift Brockdorff-Rantzaus vom April 1919, gedruckt bei: Ursachen und Folgen, Bd.3, Nr.687. Zu Gustav Hilger vgl. Sütterlin, S.51f. Die Ansicht, die russischen Bolschewiki hätten „keine grosse Überlebenschance", soll auch im Rat der Volksbeauftragten vorherrschend gewesen sein und wurde Ende 1918 z.B. von Kautsky geäußert, vgl. Ribhegge, S.153, Anm.278.

[615] Seit etwa April 1919 finden sich bei den Akten Erörterungen über die „Möglichkeit zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur Russischen Regierung", vgl. die Vorlage A 12466 vom 23.4.1919 bei PA, R 2024, MF 14952. Hier heißt es u.a.: „Obwohl unser politisches und wirtschaftliches Interesse uns unzweifelhaft auf eine nahe Verbindung mit Russland und besonders auch darauf hinweist, die von der Entente beabsichtigte Trennung der beiden Länder durch ein dazwischen geschobenes Groß-Polen zu überbrücken, so erscheint doch der Sowjetregierung gegenüber die allergrößte Vorsicht geboten. [...] Wir dürfen nicht vergessen, dass in Russland noch die gleichen Männer das Staatsruder führen, die sich uns gegenüber in feierlichen Verträgen verpflichtet hatten, jede Propaganda und Agitation in Deutschland zu unterlassen (,) (s)päter aber ohne jede Scham damit prahlten, welche Verdienste um die Ausbreitung des Bolschewismus sich ihre amtliche Vertretung unter Joffé in Berlin vermittels ihrer Propaganda erworben hat." Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Aufz. Zitelmann, 6.7.1919, ebd., R 2025, MF 14957. Die Vorlage ist u.a. auch gedruckt bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.30, S.77f. Bei den Akten befindet sich des Weiteren z.B. ein Tel. Brockdorff-Rantzaus aus dem Jahr 1919, in dem es u.a. heißt, „Deutschland hat die Wahl, zwischen Westen und Osten zu vermitteln oder für ihren Kampf das Schlachtfeld herzugeben". Eine „amtliche Anknüpfung mit Russland" könne erst dann und in den Politikfeldern geboten sein, „wo die Forderungen der Entente eine Verständigung unmöglich erscheinen lassen.", ebd., MF 14953. Die Vorlage trägt lediglich die mschr. Unterzeichnung durch „Rantzau".

[616] Siehe zum Beipiel die Berliner Börsenzeitung vom 3.4.1919 unter dem Titel „Und abermals die russische Orientierung", wo es u.a. heißt: „Seit einiger Frist regen sich wieder allerhand Federn, die diesem schwer geprüften deutschen Volk, das an Händen und Füßen gefesselt zurzeit überhaupt keine auswärtige Politik machen kann, als Weg ins Freie den Anschluß an Russland empfehlen.", Ausschnitt in: ebd., MF 14950. Zur Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Russlandpolitik hatte Otto Wels in der Nationalversammlung bereits am 1. Juli 1919 festgestellt, es sei „nicht ausschlaggebend", „welche Staatsform in irgendeinem Lande herrscht". Die sozialdemokratische Partei lehne es deshalb ab, „die Beziehungen zu Russland davon abhängig zu machen, wer in Petersburg und wer in Moskau regiert.", Protokolle der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd.328, S.1988, vgl. Adolph, S.201. Der Bankier Paul von Schwabach (vgl. Schwabach, Aus meinem Leben) soll nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags empfohlen haben, „balancing the influence of the United States and the Western powers by a cautious rapprochement with Russia.", vgl. Krüger, A Rainy Day, S.58.

zugleich, dass diese in aller Öffentlichkeit geführte Debatte um die künftige deutsche Russlandpolitik somit auch der Perzeption durch die englische oder französische Diplomatie von Anfang an offen stand.

Maltzans Vorgänger, Konsul Zitelmann, hatte Außenminister Müller in diesem Kontext bereits auf das „täglich in Wort, Schrift und Druck an uns herantretende Gewirr von Ansichten über diesen Gegenstand“ hingewiesen. Zitelmann kam aus der „Prüfung dieser Ansichten“ bei seiner gleichzeitig vertretenen Grundhaltung, dass die deutsche Außenpolitik die Unterstützung Russlands brauchen würde, dennoch weiterhin zuvorderst zu dem Ergebnis, „dass der Bolschewismus in seiner jetzigen Gestalt in Russland als Regierungsform verschwinden“ werde.[617] Auf der anderen Seite aber fanden nachfolgend in „Anknüpfung privater und namentlich genossenschaftlicher Handelsbeziehungen zwischen deutschen und russischen Geschäftskreisen“ verschiedene Gespräche mit dem sowjetrussischen Unterhändler Victor Kopp[618] statt, der sich als Bevollmächtigter für Kriegsgefangenenangelegenheiten[619] in Deutschland aufhielt. Offiziell aber beschloss die deutsche Regierung am 1. September 1919, sich - unter dem Vorbehalt einer selbstständigen Russlandpolitik - bezüglich der Frage einer künftigen deutschen Russlandorientierung zunächst weiterhin abwartend zu verhalten.[620] Obwohl die alliierte Waffenstillstandskommission unter dem Datum des 11. Oktober 1919 die deutsche Regierung aufforderte, sich an der Handelsblockade gegen Sowjetrussland zu beteiligen, war Berlin daher auch dazu mit Erklärung vom 29. Oktober 1919 nicht bereit. Deutscherseits zog man sich auf die Position zurück, dass eine „antibolschewistische Strömung“ nicht durch „wirtschaftliche Absperrung“ gestärkt werde, sondern vielmehr dadurch, „dass sich der daniederliegenden russischen Volkswirtschaft die Aussicht auf baldige Hilfe“ eröffne. Und für den angestrebten, „ruhigen Wiederaufbau Europas“ sei auch die Wiederherstellung der Kontakte „zwischen den Völkern und Russland“ zweifellos notwendig, da sich nur hieraus „eine Angleichung des politischen Lebens in Russland an die europäischen Demokratien“ ergeben könne.[621]

Damit war freilich noch lange nicht die grundsätzliche Frage geklärt, wie sich die deutsche Außenpolitik gegenüber den neuen, bolschewistischen Machthabern tatsächlich und in konkreter Form verhalten sollte.[622] Unter dem 2. November 1919 stellte Außenminister Müller - offenkundig im Hinblick auf die Negativerfahrungen seit dem Herbst 1918 - gegenüber Kopp klar, dass Deutschland „keine politischen Beziehungen“ mit Moskau wolle und „an dem Standpunkt der Nichteinmischung“ festhielte. Müller teilte dem sowjetrussischen Vertreter jedoch zugleich mit, dass Deutschland an den vorgeschlagenen Blockademaßnahmen durch die Ententemächte nicht

---

[617] Aufz. Zitelmann, 7.7.1919, ebd. Hier heißt es „zur Ermittelung der Richtlinie für unsere Politik gegenüber Russland“ u.a.: „Gebieterisch weisen uns unsere politischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten auf ein eng freundnachbarliches Verhältnis zu Russland hin.“ Vgl. hierzu auch Sütterlin, S.174.

[618] Vgl. zu Kopp u.a. AdR, Kabinett Bauer, Nr. 56, S.232, Anm.18. Kopp war im Herbst 1918 wegen bolschewistischer Propagandatätigkeit zur persona non grata ernannt worden. Zur „Empfangspraxis“ Kopps in der Fasanenstrasse 27 in Berlin vgl. u.a. auch den vertraulichen Bericht eines „agent généralement bien informé“ bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 318, 4-5. Es heißt hier u.a. : « Kopp me dit enfin que l´alliance russo-allemande était indispensable, qu´elle devait venir et qu´il y travaillait. »

[619] Zum Problem der Kriegsgefangenen Williams, Russian War Prisoners and Soviet-German Relations; die Ausführungen in der Arbeit von Zelt sind z.T. offenkundig in ideologischer Weise gefärbt.

[620] AdR, Das Kabinett Bauer, Nr. 169, S.602f., Anm.4. Siehe dazu auch die Quellenangaben bei Sütterlin, S.174, Anm.11.

[621] Ursachen und Folgen, Bd.3, Nr.682-685, Nr.688 u. 688a.

[622] Vgl. Hilger, S.28. Zur Bedeutung z.B. des Konsulats im finnischen Viborg und der Berichte Bartels vgl. Sütterlin, S.123f., bei ebd, S.123, Anm.48 in Bezug auf eine Aufz. Maltzans vom 6.11.1919.

teilnehmen werde, weil man „sowohl die rechtlichen Voraussetzungen nicht als vorliegend“ erachte, „als auch die angedrohten Maßnahmen selbst für unzweckmäßig“ halte.[623]

Die gegenseitigen Handelsbeziehungen hingegen bildeten eine andere Ebene: Hier wurde eine weitere, gemeinsame Entwicklung zumindest nicht ausgeschlossen. Kopp äußerte diesbezüglich den Wunsch, dass im Auswärtigen Amt „ein Mann bestimmt würde, mit dem er vertrauensvoll über diese Dinge reden könne.“[624] Diese Rolle sollte von nun an Maltzan ausfüllen. Dieser trat allerdings auch im weiteren Verlauf des Jahres 1920 keineswegs für ein leichtfertig anmutendes „Arrangement“[625] mit der revolutionären Regierung in Moskau ein, die sich im russischen Bürgerkrieg derzeit nur mühsam behaupten konnte.

Ein inhaltlicher Ausgangspunkt der künftigen Tätigkeit Maltzans in der frühen Weimarer Russlandpolitik - wenige Wochen vor dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages - war damit im Grunde fixiert. Zugleich blieb aber die immer noch vorhandene, zumindest indirekte deutsche Unterstützung von antibolschewistischen Kräften für die deutsche Außenpolitik ein politisch unsicheres wie gefährliches Terrain, wobei in dieser Hinsicht die Hauptsorge der Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Russland gelten musste. Darüber hinaus konnte es gerade in der Frage der Kriegsgefangenen jederzeit auch zu Konflikten mit den Alliierten kommen, die seit dem Januar 1919 die Oberaufsicht über alle noch in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen übernommen hatten und nunmehr die Rückkehr russischer Gefangener nach Russland untersagten – angeblich, um diese Soldaten in Verbänden gegen das bolschewistische Regime zu verwenden.

Moritz Schlesinger[626], der mit Maltzan seit Ende 1917/1918 persönlich bekannt war und unter der politischen Verantwortung des sozialdemokratischen Abgeordneten Stücklen die Anfang 1919 von der deutschen Regierung gegründete „Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene“ leitete, versuchte nach Hilger[627], diese Absicht so gut es ging zu durchkreuzen. Denn klar war, dass mit einer solchen Vorgehensweise von Seiten der Alliierten natürlich zugleich mit dem Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Russland gespielt wurde. Diese Gefahr wurde auch von Maltzan anerkannt[628] und von der sowjetrussischen Reaktion bestätigt: So hieß es am 30. November 1919 in

---

[623] Aufz. Müller, 2.11.1919, PA, R 2027, MF 14964. In Bezug auf die deutsche „Antwortnote an Russland wegen der Blockadeandrohungen der Entente“ vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 31.10.1919, Ausschnitt in: ebd., MF 14963 (R 2026).

[624] Aufz. Müller, 2.11.1919, ebd., R 2027, MF 14964. Die Aufz. trägt auf der ersten Seite unter einem wohl von Haniel am 4.11. paraphierten hschr. Verweis an „Maltzahn“ darunter u.a. auch die Paraphe Maltzans, allerdings erst vom 18. November.

[625] Vgl. das entsprechende Kapitel Sütterlin, S.175ff. Meines Erachtens spiegelt der Begriff „Arrangement“ zudem nicht ausreichend die Unsicherheiten des Jahres 1920 wider. Sütterlins Charakterisierung Maltzans, ebd., S.175f., referiert im übrigen weithin die in der Literatur bzw. aus den Erinnerungen Blüchers bekannten Auffassungen.

[626] Zum „Sonderberater“ Moritz Schlesinger (1886-1974), der die russische Sprache fließend beherrschte und als Jude 1933 in die USA emigrierte, vgl. die Studie von Unger sowie Sütterlin, u.a. S.50, Anm.73, S.52 bzw. S.178f. Zur privatdienstlichen Anstellung Schlesingers als Berater des Auswärtigen Amts, die offenbar auf Initiative Maltzans erfolgte, siehe die entsprechenden Quellen bei ebd., S.74, Anm.15.
Vgl. zur Biographie Schlesingers weiter die Einführung zum Nachlass Schlesingers, Yale, Moritz Schlesinger Papers.

[627] Hilger, S.31f.; Schlesinger, Erinnerungen, S.87. Hilger trat im Frühjahr 1919 in die Reichszentralstelle ein. Im ersten Halbjahr 1920 wurde diese dann damit betraut, mit der Sowjetregierung über die „Wiederaufnahme des Austausches von Kriegs- und Zivilgefangenen“ zu verhandeln, die dazu ebenfalls den schon offiziell in Berlin präsenten Viktor Kopp bevollmächtigte.

[628] Vgl. Vermerk, streng geheim, 5.11.1919, PA, R 2027, MF 14964. Auf einer Vorlage vom 11. Dezember findet sich am linken Rand ein hschr. Vermerk Maltzans, der festhielt, dass eine „Weiterleitung der Russen zu Denikin“ der Entente überlassen bleiben müsse, da Deutschland dies „mit Rücksicht auf unsere Kriegsgefangenen in Sowjetrussland [Herv.d.Verf.] nicht veranlassen“ könne. Die Vorlage war unter dem 11.12.1919 an das Reichswehrministerium gerichtet worden, ebd., R 2028, MF 14968. Siehe in diesem Zusammenhang auch die Notiz Maltzans mit Paraphe vom 3. Januar

einem Schreiben des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten an die deutsche Regierung. Sie scheine „die Ententemächte nicht darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass, falls die Sowjetregierung zu Repressalien zu schreiten gezwungen wird, die Verwendung deutscher Kriegsgefangener gegen die Entente oder gegen von ihr unterstützte Truppen oder politische Gruppierungen letzten Endes der Entente zu Nachteil gereichen wird.“[629]

Die gereizte Stimmung zwischen Berlin und Moskau musste sich vor diesem Hintergrund weiter verschärfen und die Frage des Austausches von Kriegsgefangenen und sonstigen Häftlingen blieb daher auch in der Folgezeit eine größere, mit zahlreichen Sensibilitäten beladene Belastung von hoher Priorität.[630] Und hierbei nahm insbesondere der Austausch des kommunistischen Revolutionärs Karl Radek, der sich in erheblichem Maß unter der Verantwortung Maltzans vollzog, einen gewichtigen Stellenwert ein. Denn Radek war seit dem 12. Februar 1919 in Berlin inhaftiert und sollte gegen die Freilassung deutscher Geiseln nach Moskau entlassen werden.

Maltzan konnte in diesem Zusammenhang daraufhin zunächst durchsetzen, dass Radek dabei in den Privathaushalt „Sigismundstraße 5“ eines ihm „angeheirateten Onkels“, Freiherr Egon von Reibnitz, unter polizeilicher Überwachung überführt wurde. Dem Revolutionär wurde zudem Gelegenheit gegeben, „mit bekannten Persönlichkeiten der deutschen Großindustrie, wie Rathenau und Deutsch von den AEG, ausführliche Gespräche zu führen.“[631]

Dies mochte die Austauschfrage zwar positiv begünstigen, war jedoch wiederum ein sehr zweischneidiges Schwert und führte zu weiteren Problemen und Verwicklungen: Denn die Furcht vor der kommunistischen Propaganda in Berlin verdeutlichte sich unter anderem auch daran, dass sich der Berliner Polizeipräsident über die Verzögerung der Abreise Radeks im Hinblick auf seinen Einfluss auf die linksradikale Agitation in Deutschland sehr beunruhigt zeigte. Er sandte unter dem Datum des 15. Dezember 1919 jedenfalls ein Schreiben an das Auswärtige Amt, in dem es hieß, es wäre doch mittlerweile ganz unverkennbar, „dass Radek seine Anwesenheit in Berlin benutzt, um die hiesige linksradikale, insbesondere die kommunistische Bewegung im Sinne der russischen Sowjetregierung zu beeinflussen“ – schwere Anschuldigungen, die auch in der Presse für die deutsche Regierung negativen Widerhall fanden.[632] Bis zum endgültigen Austausch Radeks gegen

---

1920 zum Schreiben von Brück an AA, Nr. 786, 25.12.1919, ebd., MF 14969.

[629] Volkskommissariat an Maltzan, Nr.11/1695, ebd., R 2028, MF 14969ebd. Maltzan notierte mit Paraphendatum vom 12. Januar 1920 am linken Rand dieser Vorlage und zur Kenntnisnahme für Konsul Zitelmann, dass er General Niessel von diesem Telegramm Kenntnis gegeben habe. Siehe dann weiter auch Volkskommissariat an Maltzan, 30.12.1919, ebd., R 2028, MF 14969, die Vorlage trägt am linken Rand die Nummer 11/1696, sowie Tschitscherin an AA, 4.12.1919, ebd., R 2027, MF 14966, die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans ohne Datum.

[630] Siehe Aufz. Müller, 2.11.1919, PA, MF 14964 (R 2027) sowie 29.11.1919, ebd., MF 14966 (R 2027); Aufz.o.U., 16.12.1919, ebd., R 2028, MF 14968. Siehe dann weiter auch den Vermerk mit der Kennzeichnung „Sofort“ und mit Paraphe Maltzans vom 18.12., ebd.

[631] Schlesinger, Erinnerungen, S.109f.; ausführlicher zum Aufenthalt Radeks in Berlin 1919 und zuvor mit den entsprechenden Hintergründen sowie mit der Aussage, die Ansicht, dass Reibnitz ein angeheirateter Onkel Maltzans sei, wäre zu bezweifeln, vgl. Schüddekopf, Karl Radek, S.98f. Kurze Zeit später musste Radek jedoch schon in die „Wohnung des Schöneberger Polizeikommissars Gustav Schmidt“ übersiedeln. Jedoch sei er auch dort von Leuten geradezu „überschwemmt“ worden, vgl. Goldbach, S.47 mit Anm.52.

[632] Polizeipräsident an AA, 15.12.1919, PA, R 2044 (Abschrift 32244/19). Zur Meldung der Kreuz-Zeitung vom 27. Dezember 1919, dass Radek „in der Montagssitzung der revolutionären Obleute“ wieder in Berlin „agitiert“ habe, notierte Maltzan mit Paraphendatum vom 28.12. mit dem Vermerk „eilt“ an Herrn Kalisch, diese Meldung bitte zu überprüfen, Ausschnitt in: ebd., R 2044. Vgl. ähnlich auch Becker an AA, 30.12.1919, ebd. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans, vermutlich vom 3.1.1920.

Siehe dann weiter auch das Telegramm des sowjetrussischen Volkkommissariats an Maltzan vom gleichen Datum, in dem nach der Durchreiseerteilung durch die polnische Regierung Radeks „Herreise“ „unverzüglich“ erwartet würde, ebd. Diese Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom 1.1.(1920). Mit Paraphe vom 30. Dezember legte Maltzan ein Telegramm

deutsche Geiseln und seinem Eintreffen auf sowjetrussischem Gebiet Ende Januar 1920 blieb der Leiter des Russischen Referats in der Wilhelmstraße daher noch mit zahlreichen Turbulenzen hinsichtlich der Rückführung Radeks und der daraus resultierenden Freigabe deutscher Geiseln konfrontiert[633], wobei auch die französische Diplomatie über diesen Vorgang recht ausführlich berichtete.[634]

Unterdessen wurde die Entwicklung der Demokratie in Deutschland, das auch in dieser Hinsicht eine „weltpolitische Sonderstellung" einnahm, in vielfacher Hinsicht durch den „materiellen und psychischen Druck" des Versailler Vertrages[635] belastet. Beinahe jede außen- und innenpolitische Regung Deutschlands fand daher zunächst einmal in dem am 10. Januar 1920 in Kraft tretenden Vertragswerk ihren unmittelbaren Ausgangs- oder Bezugspunkt.[636] Und dies galt in hohem Maße ebenso für die frühe Weimarer Russlandpolitik, vor allem auf rechtlich-finanziellem Gebiet. Denn der Vertrag sah ebenfalls insoweit eine ganze Reihe Russland-politischer Bestimmungen vor, auch wenn es - aus völkerrechtlicher Sicht - im Hinblick auf die „Nichtbeteiligung von russischer Seite an den Friedensverhandlungen in Versailles" nahe gelegen hätte, Regelungen, die Russland und russische Staaten betrafen, überhaupt nicht in den Vertrag aufzunehmen. Die gegenteilige Tatsache, solche Bestimmungen „zum Gegenstand des Deutschland von seinen Gegnern aufgezwungenen Friedensvertrags von Versailles" zu machen, schloss auf der anderen Seite „die Erwartung der Verbandsmächte in sich, die Regierungen Russlands oder seiner Teilgebiete, soweit sie von dem

---

Tschitscherins an das Auswärtige Amt vom 26. Dezember „zu den Akten", dass im Hinblick auf die polnische Durchreiseverweigerung für Radek die Überzeugung darlegte, dass dieser „die jetzt geschaffene anormale Lage nicht dulden" werde. Die Vorlage trägt am oberen linken Rand die No.30, ebd., MF 14969 (R 2028).

[633] Vgl. zum Ablauf des Geiselaustauschs dann auch Volkskommissariat an AA, 11.12.1919, PA, R 2044. Die Vorlage trägt im linken unteren Teil die Paraphe Maltzans vom 12.12.(1919). Eine Verfügung mit Datum vom 13. Dezember, die im unteren Teil u.a. die Paraphe Maltzans trägt, stellte dem „russischen Staatsangehörigen Karl Radek", der „mit Genehmigung des Auswärtigen Amts im Flugzeug nach Russland" reise, einen dazugehörigen, von Viktor Kopp lt. einem oberhalb der Verfügung stehenden Vermerk beantragten Ausweis mit Lichtbild aus, ebd. Am 14. Dezember ging beim Auswärtigen Amt ein Telegramm des sowjetrussischen Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten ein, das am unteren Rand mschr. an Maltzan adressiert wurde. In dem Tel. heißt es u.a.: „Das gefertigte (sic) Volkskommissariat war seinerzeit behindert (,) die Namen sämtlicher 7 von der ukrainischen Sowjetregierung als Geiseln für Karl Radek festgenommenen deutschen Staatsangehörigen genau anzugeben [...] Nunmehr befinden sich hier noch nachstehende aus Kiew als Geiseln evakuierte deutsche Staatsbürger Kleinow Franz, Bethmann Adolf, Muskat Kart, Schanz Leo, Schanz Max und Heinze Ottmar.", Volkskommissariat an AA, Nr. A 31052, 9.12.1919, ebd., MF 14968 (R 2028). Zu den Erinnerungen eines deutschen Austauschgeisels für Radek vgl. Stratz (1920).

Auf einer Vorlage mit Datum vom 6.1.1920 findet sich schließlich eine hschr. Korrektur Maltzans, die auf darauf hinwies, dass „Radek voraussichtlich demnächst seine Ausreise nach Russland antreten" würde, Müller an Frau Cleinow, 6.1.1920, ebd., R 2044. Schließlich hiess es in einem Funkspruch an das sowjetrussische Volkskommissariat des Auswärtigen unter dem 20. Januar, der von Maltzan mit hschr. Randvermerk, dem Reichsaußenminister „zur Genehmigung geh(eim) vorgelegt" wurde, dass Radek am 18. Januar 1920 „von deutschen Beamten begleitet an der polnischen Grenze eingetroffen" sei. Die deutsche Regierung sähe nun der Freilassung der deutschen Geiseln entgegen" und erwarte, „dass die Sowjet-Regierung für den persönlichen Schutz „bis zum Verlassen russischen Gebiets" sorge. Nach dem Eintreffen der deutschen Geiseln in Deutschland würde dann der Rückreise des Kommunisten Axelrods nach Russland nichts mehr im Wege stehen, AA an Volkskommissariat des Auswärtigen, Moskau, 20.1.1920, ebd. Siehe auch die geheime Aufz. vom gleichen Datum unter dem Titel „(Die R)ückreise Radek´s nach Russland", ebd., die auch auf Informationen über einen drohenden sowjetrussisch-polnischen Krieg hinwies. Diese Aufz. trägt im linken unteren Teil der ersten Seiten die Paraphe Maltzans vom 28.1.(1920). Unter dem 25. Januar 1920 drahte Tschitscherin an das Auswärtige Amt, dass Radek nun „im Sowjetgebiet glücklich angekommen" sei. Tschitscherin an AA, 26.1.1920, ebd., MF 14971 (R 2028). Damit konnte auch die Heimkehr der deutschen Geiseln beginnen.

[634] Siehe dazu Marcilly an Millerand, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 316, 98-99, der hiermit einen Berichts Haguenins aus Berlin weiterleitete, der u.a. auch das am 19. Dezember 1919 im Rahmen der Freilassung Radeks vereinbarte Abkommen näher erläuterte.

[635] Der Versailler Vertrag ist gedruckt in: RGBL 1919, Nr. 140, S.687-1350, französische Fassung bei: Martens, S.323-677.

[636] Conze, Deutschlands weltpolitische Sonderstellung; ders., Das deutsch-russische Verhältnis, S.44.

Vertrag berührt werden, später zum Beitritt zu diesem veranlassen zu können.“[637] Zwar blieben die sich daraus ergebenden Regelungen für eine Regierung Russlands oder eines anderen Staatsgebildes, das auf dem ehemaligen russischen Reichsgebiet entstanden war oder noch entstehen würde, „ohne jede Verbindlichkeit“. Jede deutsche Regierung aber war und blieb grundsätzlich an die entsprechenden Artikel des Versailler Vertrages gebunden, wenngleich die grundsätzliche Freiheit Deutschlands zum Abschluss von vertraglichen Vereinbarungen mit diesen Völkerrechtssubjekten unberührt blieb.[638]

In allgemeiner politischer Hinsicht wurde in diesem Zusammenhang aber vor allem Eines deutlich: Die Ententemächte verfochten mit dem Versailler Vertrag neben ihren anderen politischen und wirtschaftlichen Interessen zugleich eben auch das Ziel, Deutschland und Russland möglichst auf Dauer voneinander zu trennen. Deshalb wurden mit den Artikeln 116, 117, 292, 293 und 433 des Versailler Vertrages die wichtigsten Verträge, die zwischen St. Petersburg und Berlin bzw. zwischen Moskau und Berlin noch Bestandskraft hatten, von deutscher Seite aus aufgehoben. In einem in den „Europäischen Gesprächen“ 1923 veröffentlichten Artikel wurde auf diese Entwicklung rückblickend verwiesen: Der Vertrag von Versailles habe nicht nur „rechtlich“, sondern vor allem auch „konkret-politisch, einen höchst unübersichtlichen Zustand“ zwischen Deutschland und Russland geschaffen - „ein Zustand, der nicht nur die primitivsten zwischenstaatlichen Regelungen sehr unerfreulich erschwerte, sondern sogar eine latente Bedrohung des effektiven Friedenszustandes enthielt.“[639]

Freilich war dies vom Auswärtigen Amt auch schon im Jahre 1919 konstatiert und bedauert worden: Eine diesbezügliche Aufzeichnung hielt jedenfalls bereits wenige Tage vor dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 die künftige Rechtsunsicherheit und Gestaltungsoffenheit im Verhältnis zwischen beiden Ländern folgendermaßen fest:

> „Durch den im Waffenstillstand Artikel 1 ausgesprochenen Verzicht auf den Vertrag von Brest-Litowsk und die im Friedensvertrag Artikel 116 nochmals wiederholte endgültige Anerkennung der Aufhebung dieses Vertrags ist nicht etwa der Kriegszustand mit Russland wieder eingetreten, sondern ein vertragsloser defacto Zustand geschaffen.“[640]

Ein mit Datum vom 23. Januar 1920 von Friedrich Gaus[641] verfasstes Gutachten resümierte einleitend in ähnlicher Weise, dass sich Deutschland nach der Veröffentlichung des Versailler

---

[637] Vgl. Zitelmann (1920), Vorbemerkung des Verfassers sowie ebd., S.2.

[638] Ebd. Zitelmann führte die aus seiner Sicht vorhandenen, „leitenden Gedanken in den Bestimmungen des Abschnitts XIV (VV)“ bzw. die vermeintlichen Russlandpolitischen Ziele noch weiter aus, vgl. ebd., S.2f. Bei ebd., S.2 heißt es insofern u.a. auch: „Deutschland soll verhindert werden, irgend welchen Einfluß in oder auf Rußland zu gewinnen, der zur politischen und wirtschaftlichen Wiedererstarkung Deutschlands beitragen könnte. Deshalb soll jede Annäherung Deutschlands an Rußland tunlichst erschwert und die Gestaltung des Verhältnisses beider Länder zueinander völlig von den Wünschen und Bedürfnissen der Verbandsmächte abhängig gemacht werden. Als Mittel hierzu wird einerseits ein vollkommen vertragloser Zustand zwischen Deutschland und Rußland geschaffen und andererseits Deutschland die Verpflichtung auferlegt, in Blankform für alle Zukunft jede Abmachung als für sich verbindlich anzuerkennen, die von den Alliierten und Assoziierten Regierungen mit Gesamtrußland oder ehemals russischen Gebieten getroffen wird.“

[639] „Asecretis“, 1923, S.25.

[640] Aufz. mit bislang nicht zugeordneter Unterschrift, 6.1.1920, PA, R 2028, MF 14968. Maltzan notierte mit Paraphendatum offenbar vom 17. Januar 1920, Legationsrat Hey möge „bitten den Westen mündlich“ über diese Aufzeichnung, die der Abteilung A unter dem 6. Januar von der Rechtsabteilung vorgelegt wurde, informieren.

[641] Zu Friedrich Gaus (1881-1955) vgl. Grupp, Gaus, in: Benz/Graml, Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, S.99.

Vertrages im Reichsgesetzblatt, der dadurch innerstaatliches Recht geworden war, „in einem vertraglosen Zustande unterbrochener diplomatischer Beziehungen, aber nicht im Kriegszustande“ mit Sowjetrussland befände.[642]

Gaus führte in seiner Würdigung der Rechtslage im Hinblick auf die „russischen Fragen“ nachfolgend die Qualität dieser bedenklichen Rechtsoffenheit zwischen Deutschland und Russland zudem noch weiter aus. Er fasste dabei die rechtlichen Verpflichtungen erstmalig zusammen, die der Weimarer Außenpolitik im Hinblick auf ihre Russland-politische Bewegungsfreiheit seit dem Waffenstillstand von den Alliierten auferlegt wurden. Und die Argumentation der Vorlage, wonach die „künftige Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Russland“ bereits „in gewisser Weise durch den Vertrag von Versailles festgelegt“ sei, blieb in den kommenden Monaten und Jahren das zentrale Grundaxiom, an dem sämtliche Russland-politischen Reflexionen - auch diejenigen Maltzans - von amtlicher deutscher Seite aus anknüpften.[643]

Darüber hinaus ist noch eine weitere deutsche Stellungnahme mit dem Titel „Russland im Friedensvertrag von Versailles“ hervorzuheben. Als Mitglied im Redaktionsausschuss für den von Walter Schücking herausgegebenen deutschen „Kommentar zum (Versailler) Friedensvertrage“ war Gaus auch hieran zumindest bei ihrer Endfassung beteiligt. Es handelte sich dabei um eine rechtswissenschaftliche Abhandlung, die Ende Februar 1920 abgeschlossen und in der „Reihe der Vorveröffentlichungen aus dem Kommentar zum Friedensvertrag“ publiziert wurde. Die ebenso für die alliierte Diplomatie einsehbare deutsche Studie[644] nahm dabei insbesondere auf die oben bereits genannten, ebenso in ihrem englischen und französischen Wortlaut[645] differenzierend und kritisch zu betrachtenden Artikel 116, 117, 292, 293 und 433 VV Bezug – zuweilen allerdings spürbar in einer politisch nicht emotionsfreien Form. Verfasser war der promovierte Jurist und Konsul Carl Franz Zitelmann, „seinerzeit Referent im Auswärtigen Amt für die russischen politischen Angelegenheiten“. Und der von ihm ausgearbeitete „Kommentar nebst einschlägigen Noten“ sprach sämtliche rechtlich-finanzielle Fragen an, die für die nachfolgende Russland-politische Entwicklung aus deutscher Sicht entscheidende Relevanz haben sollten. Zu Recht hat schon die frühe bundesrepublikanische Rapallo-Forschung daher in Bezug auf die Artikel 116 Abs. 3 / 117 VV darauf hingewiesen, dass sich darin „ein wichtiges, vielleicht das entscheidende Problem“[646] der frühen Weimarer Russlandpolitik konkretisierte. Denn zum einen verdeutlichten die Anfang 1920 in Kraft getretenen Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages die Notwendigkeit

---

[642] Aufz. Gaus, 23.1.1920, ADAP A III, Nr.16, gedruckt bei Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.33, S.82f.

[643] Ebd. Die Aufz. wurde von Außenminister Müller mit einem hschr. Vermerk oberhalb des Titels der Vorlage in Abschrift zur Kenntnisnahme an den Reichspräsidenten und an den Reichskanzler verwiesen. Hier heißt es u.a. auch: „In den Artikel 116, 259 Nr. 6 und 292 haben wir anerkannt, dass alle mit Russland oder irgend einem Staate oder irgend einer Regierung, deren Gebiet früher ein Teil Russlands bildete, vor dem 1. August 1914 oder nach diesem Tage bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrags von Versailles geschlossenen Verträge, Übereinkommen oder Abmachungen aufgehoben sind und bleiben.“ Siehe dazu auch AdR, Das Kabinett Bauer, Nr. 169, S.602f., Anm.4. Theodor Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.557 erwähnt zu der bedeutsamen Frage des Art. 116 ein Gutachten Zitelmanns bereits vom 23.4.(!)1919 sowie eine Denkschrift von Gaus vom 22.12.1921, nicht aber das hier beachtete Gutachten vom 23.1.1920.

[644] Zitelmann (1920). Siehe zu diesem angeblich „vorzüglichen Kommentar der Russland-Bestimmungen des V.V.“ auch Epstein, Zur Interpretation, S.318.

[645] Der englische, französische und deutsche Wortlaut der zentralen Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages (Art. 116, 117, 259 Nr.6, 260, 292, 433) ist auch gedruckt bei: Der Vertrag von Versailles, S.71f., S.135f., S.147.

[646] Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.55, mit weiteren Ausführungen und Hinweisen zur Interpretation und Motivlage der Russland-politischen Bestimmungen im Versailler Vertrag bei ebd., S.55f.

einer rechtlichen Neufassung und inhaltlichen Neugestaltung der deutsch-russischen Beziehungen. Zum anderen war es offensichtlich, dass ein solcher Neuanfang schon aufgrund der geopolitischen Lage beider Länder und ihrer traditionellen Handelsbeziehungen in den Folgejahren ausgehandelt werden musste. Schließlich war bereits Anfang 1920 erkennbar, dass die finanziellen Auswirkungen des vorherigen Kriegszustandes zwischen beiden Mächten und damit auch zahlreiche rechtlich-finanzielle Probleme, die mit der bolschewistischen Revolution und den damit verbundenen Enteignungen von Privateigentum einhergingen, noch einer Lösung zugeführt werden mussten. Das Russlandreferat in der Wilhelmstraße stand also insoweit vor ganz konkreten politisch-rechtlichen und finanziellen Fragestellungen, Problemen und Herausforderungen. Und dies galt damit ebenfalls für Maltzan, für dessen Tätigkeit als Reichskommissar im Osten schon Artikel 433 VV geradezu konstituierend gewesen war. Nunmehr aber bildete ebenso der Inhalt der anderen Russland-politischen Bestimmungen den entscheidenden Hintergrund für sein Denken und Wirken in diesem Politikbereich.

Die beiden Russland-politischen Artikel des Versailler Vertrages, denen eine überragende Bedeutung, Funktion und Intention zugewiesen werden musste, wurden von den Alliierten im Abschnitt XIV unter der Überschrift „Russland und russische Staaten“ niedergelegt. Sie hatten in der amtlichen deutschen Fassung, die in der Abhandlung von Zitelmann allerdings in manchen Passagen zuweilen kritisiert bzw. korrigiert wurde, folgenden Wortlaut:

> „Art. 116 (VV).
> (Abs.1) Deutschland erkennt die Unabhängigkeit aller Gebiete, die am 1. August 1914 zum ehemaligen russischen Reich gehörten, an und verpflichtet sich, diese Unabhängigkeit als dauernd und unantastbar zu achten.
>
> (Abs.2) Gemäß den Vorschriften der Artikel 259 [Punkt 6., Anm.d.Verf.] und 292 Teil IX (Finanzielle Bestimmungen) und Teil X (Wirtschaftliche Bestimmungen) des gegenwärtigen Vertrags erkennt Deutschland endgültig die Aufhebung der Verträge von Brest-Litowsk sowie aller anderen Vereinbarungen und Übereinkommen an, die es mit der maximalistischen Regierung in Russland abgeschlossen hat.
>
> (Abs. 3) Die alliierten und assoziierten Mächte behalten ausdrücklich die Rechte Russlands vor, von Deutschland alle Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrages entsprechen.
>
> Art. 117 (VV).
> Deutschland verpflichtet sich, die volle Gültigkeit aller Verträge und Vereinbarungen anzuerkennen, die von den alliierten und assoziierten Mächten mit den Staaten abgeschlossen werden, die sich auf dem Gesamtgebiete des ehemaligen Russischen Reiches, wie es am 1. August 1914 bestand, oder in einem Teile desselben gebildet haben oder noch bilden werden. Deutschland verpflichtet sich ferner, die Grenzen dieser Staaten so, wie sie danach festgesetzt werden, anzuerkennen.“[647]

Zitelmann verdeutlichte im Rahmen seiner Kommentierung in diesem Kontext insbesondere die „materielle Bedeutung des Artikels 116 (VV)“: Er führte insoweit aus, dass dessen Unterbestimmungen „es Deutschland unmöglich machen (sollen), aus den Folgen der Auflösung des ehemaligen russischen Reiches irgendwelchen Nutzen zu ziehen, sei es durch den Versuch, die auf

[647] Dokumente der deutschen Geschichte und Politik, Bd.3, Nr. 9, S.45; Der Vertrag von Versailles, S.71f., hier findet sich auch der Wortlaut der französischen und englischen Fassung. Zu den weiteren Russland-politischen Bestimmungen Art. 259 Punkt 6., 260 und 292 VV vgl. ebd., S. 134ff. und S.147.

russischem Gebiet entstandenen einzelnen Staatsgebilde politisch oder wirtschaftlich von sich abhängig zu machen (Abs. 1), sei es durch eine Auswertung des mit der maximalistischen Regierung seinerzeit geschaffenen Vertragsverhältnisses (Abs. 2).“ „Durch den Vorbehalt (Abs. 3)“, so heißt es hier weiter, „wonach Rußland gegebenenfalls von Deutschland Entschädigungen erhalten soll, sichern sich die Verbandsmächte einerseits ein weiteres Mittel, um Deutschland wirtschaftlich zu schwächen, andererseits ein wertvolles Pfand, vermöge dessen sie bei späteren Verhandlungen mit Rußland gegebenenfalls von diesem auf Kosten Deutschlands hohe Gegenleistungen erlangen können.“[648]

Die deutsche Regierung hatte frühzeitig - im Rahmen der deutschen Gegenvorschläge im Anschluss an den von den Alliierten vorgelegten Friedensvertragsentwurf vom 29. Mai 1919[649] - gegen diese Fassung von Artikel 116 VV protestiert. Die Bestimmungen des Artikel 116 Abs. 1 VV waren allerdings für diesen Protest nur am Rande maßgeblich. Nach Zitelmann hatte Außenminister Müller in einer Erklärung vom 19. November 1919 diesbezüglich die Ansicht seiner Regierung unterstrichen, dass man die Gültigkeit des Grundsatzes der Nichteinmischung und des Selbstbestimmungsrechts aller Völker schon aus eigenem Interesse respektiere.[650]

Auch Artikel 116 Abs. 2 VV war im Grunde nicht von überragender Bedeutung. Schon die deutsche Friedensdelegation in Versailles hatte am 29. Mai 1919 in diesem Kontext darauf hingewiesen, dass die deutsche Regierung auf Ansprüche aus den Friedensverträgen von Brest-Litowsk sowie aus den damit verbundenen Zusatzverträgen bereits in Art. XV des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 verzichtet habe. Da Sowjetrussland und die Ukraine aber an dem Versailler Vertrag „völlig unbeteiligt“ waren, könne eine derartige Aufhebung, so Zitelmann weiter, „im Verhältnis Deutschlands zu diesen Regierungen nicht unmittelbar wirksam“ sein, was zu gravierenden Nachteilen in Bezug auf die Rechte und Pflichten des Reiches aus diesen Verträgen führe.[651] Der deutsche Kommentator vertrat daher die Ansicht, dass die durch den Versailler Vertrag erfolgte Aufhebung „mangels der Zuziehung Rußlands und der Ukraine keine absolute“ sein könne, sondern „nur im Verhältnis Deutschlands zu den Verbandsmächten“ bestehe[652] - eine allerdings in

---

[648] Vgl. Zitelmann, S.4. Zu erwähnen war aus der Sicht Zitelmanns darüber hinaus u.a. der für Deutschland nachteilige, in Art. 116 Abs.1 VV verwendete Terminus „Unabhängigkeit“, der demnach aus Sicht der Entente natürlich lediglich eine Unabhängigkeit von Deutschland, aber nicht von den Alliierten und Assoziierten Mächten oder von einer russischen Zentralgewalt beinhalten sollte, vgl. ebd., S.4f.

[649] Siehe zum Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge vom 29. Mai 1919 in Bezug auf die Artikel 116 und 117 Berber, S.934. Zur englischen Fassung vgl. Luckau, Document 56 (Convering Letter of the German Counterproposals of May 29, 1919) und Document 57 (German Counterproposals of May 29, 1919), S.302ff. und S.306ff., in Bezug auf Russland dort Nr. 12, S.343f.. Zur Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919 siehe ebd., Document 60, S.433.

[650] Vgl. Zitelmann, S.7-12.

[651] Ebd., S.15. Es hierzu dann bei ebd. auch: „Seine Bedeutung (des Art. 116 Abs. 2 VV) besteht vielmehr darin, daß Deutschland danach gegenüber den alliierten und assoziierten Mächten verpflichtet worden ist, keine irgendwie gearteten Ansprüche auf Grund der Brester Verträge zu erheben, während ihm andererseits eine Befreiung von seinen Verpflichtungen aus diesen Verträgen darin nicht gewährleistet wird, vgl. ebd., S.15f.
Zitelmann kritisierte darüber hinaus auch die „ungenaue“ deutsche Übersetzung in Bezug auf den einleitenden Wortlaut „gemäß den Bestimmungen“ und wies auf die Differenzen zwischen der Termini „Nichtigkeitserklärung“ und „Aufhebung“ bzw. „annulation“ und „abrogation“ in der französischen und englischen Fassung des Wortlautes von Art. 116 Abs. 2 VV hin, ebd., S.12ff.

[652] Vgl. ebd., S.16-31. Es heißt hier, dass als Verträge von Brest-Litowsk im Sinne des Art. 116 Abs. 2 VV folgende Verträge zwischen Deutschland und der sowjetrussischen Regierung in Frage kämen: „I. a) Der Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits vom 9. Februar 1918. b) Der deutsch-ukrainischen Zusatzvertrag (zu dem bei I. a) genannten Vertrag). II. a) Der Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Rußland andererseits vom 3. März 1918. b) Der deutsch-russische Zusatzvertrag (zu dem bei II.a) genannten Vertrag)“ sowie als

völkerrechtlicher Hinsicht ebenfalls unklare und unsichere Situation, die auf die Notwendigkeit weiteren Auslegungs- und Klärungsbedarfes verwies.

Das zumindest aus deutscher Sicht in diesem Zusammenhang zwischen Deutschland und Russland aufgehobene Vertragsnetz der zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte erschöpfte sich darin längst nicht: Denn in Artikel 292 VV hatte die deutsche Republik anzuerkennen, dass sämtliche „*von Deutschland* [Herv.d.Verf.]“[653] „mit Rußland oder irgendeinem Staate oder irgendeiner Regierung, deren Gebiet früher einen Teil Rußlands bildete, sowie mit Rumänien vor dem 1. August 1914 [also vor dem Beginn der Kampfhandlungen zwischen Deutschland und Russland, Anm.d.Verf.][654] *oder* [Herv.d.Verf.] seit diesem Tage bis zum Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags geschlossenen Verträge, Übereinkommen und Abmachungen aufgehoben sind und bleiben“. Damit stand die deutsche Republik also vor einer niemals zuvor dagewesenen „Tabula-rasa-Situation“[655] vertraglicher Abmachungen mit Russland!

Schon in der „Anlage a zur Note der deutschen Friedensdelegation vom 29. Mai 1919“ hatten die deutsche Friedensdelegation ihre Protesthaltung auch gegen diese Bestimmung des Versailler Vertrages konkretisiert und hierzu argumentiert, „die durch Artikel 292 geforderte Außerkraftsetzung der Verträge Deutschlands mit Rußland und Rumänien“ könne „in dieser Allgemeinheit nicht zugestanden werden, weil dadurch die Wiederaufnahme und Erhaltung geordneter Beziehungen zu diesen Staaten aus schwerste gefährdet würde.“ Die alliierten und assoziierten Mächte wiesen die deutschen Einwände zurück. Sie vertraten die Ansicht, dass die „in Artikel 292 bezeichneten Verträge“ „in erster Linie zu den Verträgen“ gehörten, „deren Abschluß Deutschland durch missbräuchliche Ausnutzung der Umstände, die es selbst geschaffen hatte, des Druckes, den es ausgeübt hat, oder der zeitweiligen Stärke seiner Waffen erlangt“ habe. Diese Verträge könnten daher auch „unmöglich nach Abschluß eines Friedensvertrages in Kraft bleiben, der auf den Grundsätze der Gerechtigkeit aufgebaut“ sei - „was auch immer die Folgen ihrer Aufhebung für Deutschland sein mögen.“[656]

„andere, mit der maximalistischen Regierung getroffene Übereinkommen“ „I. der Waffenstillstandsvertrag der Vierbundmächte mit Rußland vom 15. Dezember 1917 (…) II. Die deutsch-russischen Ergänzungsverträge vom 27. August 1918, ratifiziert am 6. September 1918, nämlich: a) Deutsch-russischer Ergänzungsvertrag zu dem Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits(,) b) das deutsch-russische Finanzabkommen zur Ergänzung des deutsch-russischen Zusatzvertrages zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits“, und schließlich „c) das deutsch-russische Privatrechtsabkommen zur Ergänzung des deutsch-russischen Zusatzvertrages zu dem Friedensvertrage zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits.“

[653] In der amtlichen deutschen Übersetzung wurde dieser Hinweis ausgelassen, so dass Zitelmann, S.38, daher auch kritisierte, die deutsche Übersetzung enthalte dadurch eine „sinnstörende Ungenauigkeit“, da sie im Gegensatz zur französischen oder englischen Fassung nicht zum Ausdruck bringe, dass nur die von Deutschland abgeschlossenen Verträge gemeint sein können und nicht, „wie es nach dem deutschen Wortlaut scheinen könnte“, alle Abmachungen umfasst werden, „die von irgend einer Macht mit Rußland, russischen Staaten und Rumänien getroffen worden sind, wodurch also Rußland und Rumänien als vollkommen vertraglos hingestellt würden.“

[654] Zur sachlichen „Bedeutungslosigkeit des 1. August 1914 für den Inhalt des Artikels 292“ vgl. Zitelmann, S.38f. Hier heißt es u.a.: „Die Einteilung in die vor und nach dem 1. August 1914 – dem Tage des Ausbruchs der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Rußland – geschlossenen Vereinbarungen erscheint überflüssig, da sofort darauf die beiden Vertragsklassen doch wieder gleichmäßig der Aufhebungsvorschrift unterworfen werden; sie erscheint im Hinblick auf Rumänien völlig unangebracht, da der 1. August 1914 im Verhältnis Deutschlands zu Rumänien ohne Bedeutung ist (und) der Kriegszustand zwischen beiden Mächten vielmehr erst am 28. August 1916 eingetreten ist.“

[655] Vgl. Michalka, Die Außenpolitik von Weimar (I), S.400 in Bezug auf Horst Günther Linke.

[656] Vgl. Zitelmann, S.39. Die Vorstellung, dass hiermit durch den Versailler Vertrag ein seit Jahrhunderten überliefertes, z.T. detailliert ausgestaltetes Rechtsverhältnis zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten, vor allem Russland, aufgehoben wurde, ist jedoch weiter zu differenzieren. Zitelmann wies insofern daher auch darauf hin, dass die „Verträge,

Offenkundig war, dass durch das Zusammenwirken von Art. 116 Abs. 2, Art. 259 Nr. 6 und Art. 292 VV[657] aus deutscher Sicht ein nahezu völlig vertragsloser Zustand im Verhältnis zu Russland zu beklagen war. Insgesamt handelte es sich um 252 Verträge, denen Rechtsgültigkeit mehr zugewiesen werden konnte.[658] Darüber hinaus bestimmte Artikel 293 VV die Hinfälligkeit von sämtlichen „Konzessionen, Vorrechten und Begünstigungen", deren Gewährung „Rußland oder einem Staat oder einer Regierung, deren Gebiet früher einen Teil Rußlands bildete", seit dem 1. August 1914 von Deutschland durch „militärische Besetzung oder mit anderen Mitteln oder aus anderen Gründen" aufgenötigt worden sei, wobei nach Zitelmann schon diese Bestimmung selbst offen lasse, ob solche Fälle überhaupt „tatsächlich vorhanden" seien.[659]

Des Weiteren war erkennbar, wie eng die Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages untereinander verzahnt waren und auch dadurch ihren Grad an rechtlicher und somit auch

---

Übereinkommen und Abmachungen, die von Deutschland vor dem 1. August 1914 mit Rußland geschlossen worden sind" schon durch den Krieg zwischen beiden Mächten als aufgehoben angesehen wurden, vgl. ebd. Hier heißt es weiter, „am deutlichsten" käme diese Auffassung im deutsch-finnischen Friedensvertrag vom 7. März 1918 in Artikel 5 zum Ausdruck, der lautete, dass die „infolge des Krieges außer Kraft getretenen Verträge zwischen Deutschland und Rußland (…) für die Beziehungen zwischen den vertragsschließenden Teilen tunlichst bald durch neue Verträge ersetzt werden, die den veränderten Anschauungen und Verhältnissen entsprechen." Im Übrigen sei die „Frage, ob alle oder verneinendenfalls welche Staatsverträge durch den Ausbruch eines Krieges außer Kraft treten(,) (…)in der Theorie und Praxis des Völkerrechts viel umstritten", ebd., S.40 mwN. Ebenfalls bedeutsam ist die Feststellung, dass durch den deutschen Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk in Artikel XV vom Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 und in den Artikel 116 Abs. 2 und 259 Nr.6 VV wiederum auch „die sämtlichen deutsch-russischen Abmachungen, die durch den Krieg zwischen den beiden Mächten außer Kraft getreten waren, von neuem ihre Gültigkeit verloren." Zitelmann vertrat insoweit die Ansicht, dass es daher gar keiner Bestimmung wie des Art. 292 VV bedurft hätte, „um diese durch Artikel 116 [Abs.2, Anm.d.Verf.] herbeigeführte Rechtswirkung zu erzielen", ebd.

[657] Da schon im Wortlaut des Art. 116 Abs. 2 VV der direkte Zusammenhang mit Art. 259 Nr. 6 VV und Art. 292 VV hergestellt wird, erfolgte von Seiten Zitelsmanns hier der Hinweis, dass es sich bei Art. 116 Abs. 2 VV um eine Sondervorschrift im Sinne eines „lex specialis" handele, während Art. 292 VV dazu die allgemeine, übergreifende Vorschrift im Sinne eines „lex generalis" darstelle, vgl. dazu ebd., S.14f. Es heißt hierzu u.a.: „Die Fassung der Bestimmung [des Art. 116 Abs. 2 VV, Anm.d.Verf.] erweckt den Anschein, als ob bei ihrer Formulierung die unrichtige Vorstellung geherrscht habe, daß die Verträge von Brest-Litowsk lediglich mit der russischen maximalistischen Regierung geschlossen worden seien. Die Frage ist indessen, solange Art. 292 des Friedensvertrages besteht, nur von untergeordneter praktischer Bedeutung, da durch Artikel 292 zweifellos alle in Brest-Litowsk geschlossenen Verträge umfaßt werden." Siehe zum „lex generalis"-Charakter des Art. 292 VV und zu seinem Verhältnis zu den Artikeln 116 Abs. 2 und 259 Nr. 6 VV auch ebd., S.38.

[658] Nach Zitelmann waren insoweit zu nennen: Neunundzwanzig zwischen Russland und dem Deutschen Reich, zweiundneunzig zwischen Russland und den deutschen Bundesstaaten, insbesondere mit Preußen, siebenundfünfzig „Kollektivverträge", die nach der Ansicht Zitelmanns „im Verhältnis von Deutschland zu Rußland dauernd aufgehoben werden" sowie schließlich zweiunddreißig „Kollektivverträge, die im Verhältnis von Deutschland zu Rußland wiederhergestellt werden können" und zusammen mit den zuvor genannten alle vor dem 1. August 1914 noch in Geltung waren. Hinzukamen elf „deutsch-russische Verträge seit dem 1. August 1914", darunter die acht Verträge, die zwischen dem Deutschen Reich und der maximalistischen Regierung seit 1917 geschlossen wurden, des Weiteren sechs „kraftlos gewordene Verträge zwischen Deutschland und Rumänien", zwölf „Kollektivverträge, an denen Deutschland und Rumänien beteiligt sind und die im Verhältnis beider Mächte zueinander durch den Krieg aufgehoben und später nicht wiederhergestellt wurden" und schließlich in Bezug auf Art. 282 VV dreizehn „Kollektivverträge", die allerdings zwischen Deutschland und Rumänien wieder in Kraft träten. Da Deutschland in Art. 292 VV die Aufhebung aller Verträge anzuerkennen hatte, die es vor dem Ausbruch der Kriegshandlungen mit Russland mit dem Zarenreich unterzeichnet hatte, waren nach Zitelmann darüber hinausgehend auch „alle Kollektivverträge davon betroffen, insoweit darin das Verhältnis der beiden Mächte zueinander in Betracht kommt.", ebd., S.72. Siehe dazu v.a. ebd., S.40ff., die Verträge vor dem 1. August 1914 bei ebd., S.42-48 („Die vom Deutschen Reiche mit Russland geschlossenen Verträge"), bei S.48-71 („Die von deutschen Bundesstaaten [insbesondere von Preußen, Anm.d.Verf.] abgeschlossenen Verträge mit Russland") sowie bei S.72-77 (Kollektivverträge). Die deutsch-russischen Verträge bzw. deutsch-finnischen Verträge (mit einem bislang unveröffentlichten „Abkommen über die Aalands-Inseln) seit dem 1. August 1914 werden bei ebd., S.77-85 aufgezählt und z.T. inhaltlich beschrieben (vgl. ebd., S.16 in Bezug auf die acht mit der sowjetrussischen, „maximalistischen" Regierung abgeschlossenen Verträge, wobei Zitelmann die drei deutsch-russischen Ergänzungsverträge vom 27.8.1918 jeweils als eigenen Vertrag zählt). Zu den verschiedenen Einzel- und Kollektivverträgen mit Rumänien vor und nach dem 1.8.1914 vgl. ebd., S.86-92.

[659] Vgl. dazu die ausführlicheren Ausführungen bei ebd., S.92-94.

politischer Bedeutung steigerten: Zitelmann machte nachfolgend aber insbesondere eine Verkettung deutlich, die für die nachfolgende Russlandpolitik des Auswärtigen Amts einen überaus gewichtigen Stellenwert einnahm: Denn der Versailler Vertrag hatte für die deutsche Seite unter anderem auch Artikel V des „Friedensvertrages zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits vom 9. Februar 1918“ aufgehoben, wo zuvor der „beiderseitige Verzicht der Vertragsschließenden auf Ersatz von Kriegskosten und Kriegsschäden“ vereinbart worden war. Und da Artikel IX des „Friedensvertrages zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits vom 3. März 1918“ - also der so genannte Vertrag von Brest-Litowsk - die gleiche Vertragsbestimmung wie die vorgenannte beinhaltete, so war damit, wie die Forschung zu Recht bereits seit langem festgestellt hat, im Verhältnis Deutschlands zu Russland und der Ukraine das zuvor vertraglich vereinbarte „Prinzip eines Friedens ohne Reparationen und Kontributionen“ hinfällig worden.[660]
Doch damit nicht genug: Dieses aufgehobene Prinzip, so Zitelmann in seiner Publikation weiter, hatte nun durch den Versailler Vertrag gemäß dem oben im Wortlaut zitierten Artikel 116 Abs. 3 VV zudem „eine wesentliche Änderung“ erfahren. Und diese Veränderung lag in dem hier von den Alliierten formulierten und durchgesetzten „Vorbehalt der Verbandsmächte“, „von Deutschland im Interesse Rußlands Wiederherstellung nach den Grundsätzen des Friedensvertrages“ fordern zu können. Des Weiteren galt die Außerkraftsetzung der gegenseitigen deutsch-russischen Verzichtserklärungen in Bezug auf Kriegskosten und Kriegsschäden ebenfalls im Hinblick auf „Großrußland“ und die Ukraine „analog“[661], was die Problematik somit noch einmal zusätzlich sowohl räumlich wie inhaltlich erweiterte und verschärfte.
Der Art. 116 Abs. 3 VV beinhaltete allerdings nicht nur eine finanziell-rechtliche, sondern natürlich ebenso eine enorme politische Bedeutung. Seine Funktion ging über das bilaterale Verhältnis Deutschlands zu Russland oder zu den anderen russischen Nachfolgestaaten weit hinaus und betraf die außenpolitische Lage der Mittelmacht insgesamt. Denn die rechtliche Voraussetzung für eine Realisierung derartiger finanzieller Ansprüche gegen Deutschland bildete - da das Reich seine Willenserklärung ja dazu bereits mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages abgegeben hatte - eine vertragliche Vereinbarung zwischen dem Begünstigten, also insbesondere Russland, und den Alliierten. Und klar war, dass dieser Umstand aus der Sicht Berlins eine enorme, gesamtaußenpolitische Tragweite gewinnen musste, weil Moskau dadurch - für Deutschland nachteilig - in das System des Versailler Vertrages eingebunden werden konnte:

> „Der Vorbehalt, wonach Rußland gegebenenfalls von Deutschland Entschädigungen erhalten soll, stellt sich als ein Pactum in favorem tertii (Vertrag zugunsten eines Dritten) dar, zu dem der begünstigte Dritte, Rußland, zunächst nicht hinzugezogen worden ist. […] Voraussetzung für eine Erhebung russischer Ansprüche aber ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, daß Rußland dem Friedensvertrage zum mindesten (in) dieser Bestimmung beitritt. Dies kann nur durch eine Vereinbarung mit den Vertragsschließenden geschehen […]. Bei den Verbandsmächten ist deshalb offenbar der leitende Gedanke bei Aufnahme der Bestimmung gewesen, daß sie später mit

[660] Siehe Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.557f. Der genaue Wortlaut der Bestimmung lautete demnach: „Die vertragsschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, d.h. der staatlichen Aufwendungen für die Kriegsführung, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d.h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.“, zit. nach ebd., S.557, Anm.29.
[661] Zitelmann, S.20, S.26.

> Rußland ein Abkommen schließen und ihm dabei das Anerbieten machen werden, dieser Bestimmung des Friedensvertrages beizutreten.“[662]

Für Zitelmann ließ sich die Begründung für ein solches Recht Rußlands auf Wiedergutmachung allerdings „weder aus einer Bestimmung oder Übung des Völkerrechts noch aus der allgemeinen Rechtslogik, weder aus der Billigkeit noch dem Rechtsgefühl herleiten“.[663] Für ihn war es darüber hinaus zweifelhaft, was unter „Rußland“ im Wortlaut dieser Bestimmung überhaupt zu verstehen sei. Es sei jedenfalls „auffallend“, so Zitelmann weiter, „daß von Rußland (la Russie, Russia) schlechthin die Rede ist, während sonst in den Vertragsbestimmungen regelmäßig entweder von ‚Rußland und den Staaten’ oder allein von den Staaten gesprochen wird, ‚die sich auf dem ehemals russischen Gebiete gebildet haben oder bilden werden (Artikel 117, 292, 293) oder von den ‚Gebieten, die am 1. August 1914 zum ehemaligen Russischen Reiche gehörten (Artikel 116 Abs. 1).“ Der Verfasser vertrat daher die Ansicht, der Wortlaut in Art. 116 Abs. 3 VV könne nur so auszulegen sein, dass „nicht etwa allen bestehenden oder sich bildenden russischen Einzelregierungen von den Verbandsmächten Rechte auf Entschädigung zugebilligt werden, sondern nur der Regierung ‚Rußlands’, d.h. Großrußlands.“[664]

Schon zuvor war in der internationalen Politik allerdings deutlich geworden, dass diese einschränkende Auslegungsversion längst nicht überall geteilt wurde: So hatte die polnische Regierung – „vom Grundsatz gemeinsamer Haftung ausgehend“ – seit dem 11. März 1919 begonnen, im Rahmen der Dismembration aus dem ehemaligen russischen Zarenreichs ebenfalls Schadensersatzansprüche gegen Deutschland zu erheben. Und im Rahmen eines polnischen Memorandums vom 5. Dezember 1919 geschah dies dann wenige Monate später mit dem unverkennbar „drohenden Unterton“, dass eine Weigerung der alliierten Mächte, ebenfalls „Polen Schadensersatz zuzubilligen, zu bedenklichen Rückwirkungen auf die pro-französische und pro-alliierte Einstellung der polnischen Öffentlichkeit führen werde.“[665]

Auch vor diesem Hintergrund lag es nahe, dass die deutsche Außenpolitik von Anfang an schwere Bedenken gegen die Fassung des Artikels 116 Abs. 3 VV erhoben hatte. In „Anlage 2 zu der Note der Deutschen Friedensdelegation vom 29. Mai 1919“ wurde daher auch deutlich zum Ausdruck

---

[662] Ebd., S.31, u.a. in Bezug auf Hellwig (1899).

[663] Ebd., S.32. Hier heißt es u.a. auch: „Insbesondere kann Rußland gegenüber nicht von einem völkerrechtswidrigen Angriff durch Deutschland die Rede sein, aus den etwa gemäß Artikel 231 Fr.V. (…) und der Wilsonschen Auffassung – Note des Staatssekretärs Lansing an die Deutsche Regierung vom 5. November 1918, vorletzter Absatz – ein Ersatzanspruch gestützt werden könnte. Auch moralisch ist jeder derartige Anspruch Rußlands völlig unberechtigt. Deutschland hat, obwohl es Rußland gegenüber siegreich geblieben ist, im Brester Frieden keine Kriegsentschädigung, namentlich auch keine Wiederherstellung und Wiedergutmachung der in Ostpreußen angerichteten Schäden verlangt (…). Es erscheint deshalb geradezu ungeheuerlich [Herv.d.Verf.], daß das von Deutschland besiegte Rußland nunmehr durch den auf Deutschland ausgeübten Druck der Entente, der Rußland zur Zeit des Friedensschlusses gar nicht mehr angehörte, die Anwartschaft auf eine deutsche Entschädigung erhält.“ Vgl. nachfolgend auch ebd., S.33 mit einer Kritik an der deutschen Übersetzung, die „ungenau und irreführend“ sei.

[664] Ebd., S.31f. Hierzu heißt es bei ebd., S.32 u.a. auch: „Für diese Auffassung spricht auch der Umstand, daß im Vertragstext unmittelbar vorher, am Schluß des Abs. 2 des Artikels 116 ebenfalls das Wort „Rußland (Russie, Russia) – offenbar im Sinne von Großrußland gebraucht wird. Dafür, daß nur Großrußland und nicht die aus dem ehemaligen Rußland hervorgegangenen Einzelstaaten auf Grund der Bestimmung des Abs. 3 des Artikels 116 Forderungen gegen Deutschland herleiten dürfen, spricht weiter die Tatsache, daß für einen dieser Einzelstaaten, nämlich Polen, die ganze Materie an anderer Stelle des Friedensvertrages (Artikel 92ff.) erschöpfend geregelt wird, ohne daß in Artikel 116 Abs. 3 in irgendeiner Weise hierauf Bezug genommen wird.“

[665] Vgl. dazu ausführlicher, Epstein, S.322ff. Dies führte innerhalb der alliierten, mit Reparationsfragen befassten Gremien zu weiteren Konflikten.

gebracht, dass „ein Recht Rußlands, von Deutschland Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erlangen, (…) von der Deutschen Regierung nicht anerkannt werden könne.“[666]
Die schon unter anderem mit Blick auf Art. 292 VV erwähnte Antwort der Ententemächte vom 16. Juni 1919 wies jedoch ebenso diese deutschen Einwände brüsk zurück: Man vertrat in diesem Kontext abermals die Auffassung, „dass keiner der Vorbehalte und keine der Bemerkungen, die von der deutschen Delegation in Bezug auf Russland vorgebracht werden“ auch nur „die geringste Veränderung in den diesbezüglichen Klauseln des Friedensvertrages notwendig“[667] mache. Die Tatsache, daß die Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages von sowjetrussischer Seite[668] zu dieser Zeit weithin mit Skepsis wahrgenommen wurden, änderte daran nichts.
Die Bedeutung des Artikels 116 Abs. 3 VV lag damit keineswegs nur im theoretischen Bereich. Und sie ist des Weiteren auch aus rückblickender Sicht keineswegs dahingehend abzumildern, dass diese Norm „auf Wunsch Frankreichs nur vorsorglich und zudem für ein zaristisches Russland“ in dem Vertragswerk von Versailles verankert worden war, was in Bezug auf den Wortlaut der Bestimmung der Sache nach unzutreffend war.[669]
Es war der USPD-Abgeordnete Oskar Cohn, der bereits im August 1919 gegenüber dem sozialdemokratischen Reichswirtschaftsminister Schmidt im Rahmen seiner Vorschläge für „eine allgemeine politische Verständigung zwischen Deutschland und Russland“ auf die Bedeutung dieses Artikels für die Reparationsansprüche Russlands und der Randstaaten aufmerksam gemacht hatte. Cohn vertrat die Auffassung, man müsse sich auf jeden Fall rechtzeitig mit Russland über einen Verzicht auf Art. 116 Abs. 3 VV verständigen, bevor die Alliierten diesen Passus als eigenes Verhandlungsgut in bilaterale Verhandlungen mit Moskau einbringen könnten.[670]
Darüber hinaus waren aus deutscher Sicht noch weitere Entwicklungen zu beklagen, die die Relevanz des Artikel 116 Abs. 3 VV potenzierten. Denn Paris wies dieser Bestimmung erhebliche praktische Bedeutung für das weitere Vorgehen der alliierten Russland- und Deutschlandpolitik zu: Eine in den britischen Parlamentsdrucksachen veröffentlichte Note der französischen Regierung an die britische Regierung hatte jedenfalls bereits unter dem 25. November 1920 den Standpunkt vertreten, „dass bei der allgemeinen internationalen Auseinandersetzung mit Russland der Artikel 116 berücksichtigt werden müsse, und zwar in der Weise, dass Deutschland eine Reparationspflicht gegenüber Russland anzuerkennen habe und dass alle etwaigen Ansprüche Deutschlands gegen Russland durch Aufrechnung gegen die deutschen Reparationszahlungen getilgt werden sollten.“[671]
Schließlich war aus deutscher Sicht in diesem Zusammenhang ebenfalls Artikel 117 VV eindringlich zu beachten – eine Bestimmung, die in politischer Hinsicht insbesondere im Hinblick auf ihre Unbestimmtheit erkennbar gefährlich und zudem völkerrechtlich bedenklich war. Zitelmann führte in

---

[666] Zitelmann, S.32.
[667] Zit. nach Berber, S.934f., vgl. auch Epstein, Zur Interpretation, S.318 und Zitelmann, S.32 u.a. mit der Zitierung des frz. Wortlauts. Die Mantelnote Clemenceaus an Brockdorff-Rantzau zur Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge ist in deutscher Übersetzung auch gedruckt bei: Der Friedensschluss von Versailles, Nr. 130, S.357ff.
[668] Zur Erörterung der „russischen Frage“ während der „Tragödie von Versailles“ aus sowjetrussischer Sicht vgl. Die Kerenski-Memoiren, u.a., S.534ff.
[669] Siehe gegenteilig z.B. Küppers, Joseph Wirth, S.159 oder auch Kochan, S.51, der die Ansicht vertritt, „this fear was completely groundless.“
[670] Vgl. dazu Erdmann/Grieser, S.408. Zum Rechtsanwalt Oscar Cohn (1869-1934), der 1922 in die SPD zurückkehrte, siehe Heid sowie dazu auch die Rez. von Eberhard Kolb, HZ 277 (2003), S.487-488, der u.a. die „nahezu distanzlose Bewunderung des Autors für seinen Helden“, ebd., S.487, kritisiert.
[671] Zit. nach Zitelmann, S.33.

dieser Hinsicht Ende Februar 1920 sogar aus, dieser Artikel stelle „überhaupt keine Rechtsbestimmung“, sondern im Grunde eine „krasse“ bzw. „reine Vergewaltigung“ Deutschlands dar:

> „Durch die im Artikel 117 Fr(iedens)-V(ertrag) der Deutschen Regierung auferlegten Verpflichtungen wollen die Verbandsmächte von vornherein jede Einwendung von deutscher Seite gegen Abmachungen irgendwelcher Art, einschließlich der Grenzfestsetzungen, ausschalten, die die Alliierten und Assoziierten Regierungen später mit Rußland oder russischen Staaten abzuschließen beabsichtigen. Ein solche Bindung Deutschlands, zukünftige, noch in keiner Weise feststehende Vereinbarungen, gleichgültig welchen Inhalts, als rechtsgültig anzuerkennen, widerspricht allen Grundsätzen des Völkerrechts und des Rechts überhaupt, jeder Rechtsübung und jedem Rechtsgefühl.“[672]

Für Zitelmann war diese Bestimmung somit ein besonders markantes, negatives Beispiel dafür, dass über dem Versailler Vertrag in erster Linie ein Signum stehe, das unzweifelhaft siegermachtspolitischen Inhalts sei: „Macht geht vor Recht“, so führte er diesbezüglich in bitterer Weise aus und verwies dabei auf gewisse Parallelen in den Artikeln 31, 40, 99, 118, 155 und 434 VV, die ebenfalls „ähnliche Bindungen Deutschlands zur Anerkennung noch ungewisser Entschließungen der Entente“ enthielten.[673]

Darüber hinaus hatte schon der Protest der deutschen Friedensdelegation von Ende Mai 1919 den Alliierten im Hinblick auf Artikel 117 VV die (völker)rechtliche Selbstverständlichkeit entgegen gehalten, dass die deutsche Regierung „Verträge und Vereinbarungen zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und den Staaten, die sich auf dem Gebiete des ehemaligen russischen Reiches gebildet haben oder noch bilden“ unzweifelhaft doch erst anerkennen könne, „wenn ihr der Inhalt dieser Abmachungen bekannt ist und sie die Überzeugung gewonnen haben wird, dass ihr die Anerkennung dieser Abmachungen nicht unmöglich gemacht wird“. Auch hierzu lautete die Antwort der Ententemächte jedoch lapidar, die deutschen Bemerkungen und Einwände machten nicht die „geringste Veränderung in den diesbezüglichen Klauseln des Friedensvertrages notwendig“.[674]

Es war unverkennbar, dass damit die rechtlichen Grundvoraussetzungen für die künftige, wesentlich von Maltzan mitgeprägte frühe Weimarer Russlandpolitik aus deutscher Sicht nur als niederschmetternd bezeichnet werden konnten: Die Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages insgesamt implizierten jedenfalls einen Grad an politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen, die zum Teil inhaltlich im Einzelnen sogar noch völlig unbekannt waren und daher die deutsche Außenpolitik dauerhaft zu größter Sorge und Wachsamkeit anhalten musste.

Entscheidend blieb ab sofort die Tragweite der Kombination aus Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV, deren Wirkung von den Artikeln 259 und 292 VV noch einmal konkretisiert, erweitert und verstärkt wurde. Ebenfalls der in Zukunft maßgeblichste Justitiar im Auswärtigen Amt, Friedrich Gaus, der im Mai 1923 zum Leiter der Rechtsabteilung aufsteigen sollte, hatte auf diesen Sachverhalt bereits im

---

[672] Ebd.

[673] Vgl. ebd., S.33f., mit zahlreichen weiteren Ausführungen in Bezug auf Art. 117 VV.

[674] Berber, S.934; Zitelmann, S.34, vgl. zur russischen Frage auf der Friedenskonferenz auch Stein, Die „Russische Frage“. Siehe zum Wortlaut der Stellungnahme zu den Russlandparagraphen des VV in der „zusammenfassenden Stellungnahme der Deutschen Friedensdelegation zu den gegnerischen Friedensbedingungen vom 29. Mai 1919“ auch Epstein, Zur Interpretation, S.317f. sowie The Germans at Versailles 1919, S.98ff. und Der Friedensschluss von Versailles, Nr.110, S.278ff.

Januar 1920 eindringlich hingewiesen. Merklich nüchterner als der Kommentar von Zitelmann und in fachkundiger Hinsicht präziser fasste er hierbei die gegenwärtig zentrale Russland-politische Herausforderung Deutschlands leitmotivartig wie folgt zusammen:

> „Im Artikel 116 Abs. 3 [VV] haben die Alliierten und Assoziierten Mächte ausdrücklich die Rechte Russlands vorbehalten, von Deutschland jede Wiederherstellung und Wiedergutmachung zu erhalten, die den Grundsätzen des Vertrages von Versailles entspricht. Ferner haben wir uns im Artikel 117 verpflichtet, die volle Gültigkeit *aller* [Herv. durch den Verf.] Verträge und Vereinbarungen anzuerkennen, die von den Alliierten und Assoziierten Mächten mit den russischen Staaten abgeschlossen werden.“[675]

Gaus vertrat hinsichtlich dieser Artikel zwar die Rechtsauffassung, dass die völkerrechtlich bedenkliche inhaltliche Reichweite dieser beiden Vertragsnormen doch nur einschränkend ausgelegt werden könne. Er verkannte allerdings keineswegs die politische Dimension der damit zusammenhängenden Fragen: Denn eine Garantie zu einer solchen inhaltlichen Begrenzung war auch nach seiner Ansicht in diesem Zusammenhang durchaus nicht gegeben, wobei ihm bewusst war, dass gerade auch in der internationalen Politik jederzeit eine interessenorientierte, politische oder persönliche Entscheidung durch eine vordergründig juristisch anmutende Entscheidung und Argumentation legitimiert werden konnte.[676]

Unzweifelhaft war, dass insbesondere das Zusammenwirken des Artikels 117 VV mit der konkreten reparationspolitischen Bedrohung des Artikel 116 Abs. 3 VV wie ein Damoklesschwert über der Russland-politischen Zukunft der Weimarer Republik hing. Die deutsche Demokratie wurde des Weiteren damit von Beginn an mit einem zusätzlichen, parallel laufenden reparationspolitischen Szenario konfrontiert. Denn über die noch festzulegende Reparationssumme hinaus, die Deutschland den Siegermächten schuldete, drohte eine Einbindung Russlands in das „System von Versailles“ – mit allen zusätzlichen finanziellen und politischen Belastungen und wiederum mit deren Konsequenzen.

Für die deutschen Verantwortungsträger in Berlin stand als Gegenmaßnahme letzten Endes nur ein Weg offen. Zu Recht hatte Zitelmann in seiner Analyse zu Artikel 116 Abs. 2 VV bzw. Art. 292 VV deutlich hervorgehoben, „daß Deutschland nicht etwa die Berechtigung aberkannt werden sollte, nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages neue Verträge mit Rußland oder einem russischen

---

[675] Aufz. Gaus, 23.1.1920, PA, R 2064.

[676] Ebd. Hier heißt es insofern: „Die Frage, ob und inwieweit wir durch diese beiden Bestimmungen in der Freiheit unserer Verhandlungen mit Russland beschränkt sind, kann an sich nach dem Wortlaut der Bestimmungen zweifelhaft sein. Wir können und müssen in dieser Hinsicht aber wohl folgenden Standpunkt vertreten: Wenn die Alliierten und Assoziierten Mächte die Rechte Russlands auf Wiedergutmachung vorbehalten haben, so ist damit keineswegs von Deutschland anerkannt, dass ein solches Recht Russlands tatsächlich besteht. Dem Vorbehalt darf nur die Bedeutung beigemessen werden, dass die Bestimmungen des Vertrages von Versailles der Frage des Bestehens oder Nichtbestehens eines solchen Rechtes Russlands nicht präjudizieren sollen. Ebenso muß davon ausgegangen werden, dass die künftigen Verträge zwischen den Alliierten Mächten und Russland, deren Gültigkeit wir im Artikel 117 ohne weiteres anerkennen, sich nicht schlechthin auf jede beliebige Frage erstrecken können. Der Artikel kann nicht den Sinn haben, dass die Alliierten befugt wären, ohne unsere Mitwirkung auch diejenigen Fragen zu regeln, die ausschließlich und unmittelbar deutsche Interessen betreffen. Wenn auch der Umfang der den Alliierten in Artikel 117 zugestandenen Kompetenz im einzelnen zweifelhaft sein mag, so wird doch angenommen werden dürfen, dass z.B. die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland sowie die durch den Krieg und die Maßnahmen der Sowjetregierung notwendig gewordene Auseinandersetzung der beiden Staaten auf vermögensrechtlichem Gebiet einer Intervention der Entente nicht ausgesetzt ist.“

Zu dieser Frage finden sich auch im Rahmen der Frage nach der „Völkerrechtswidrigkeit des Zustandekommens und des Inhalts des Versailler Vertrages“ bei Würtenberger/Sydow keine konkreten Anhaltspunkte.

Teilstaat abzuschließen.“ Und die damit einhergehende außenpolitische Souveränität des Reiches sei ebenso von den alliierten und assoziierten Mächten zum Beispiel in ihrer Note vom 16. Juni 1919 bei den Bemerkungen zu Artikel 292 ausdrücklich zugesichert worden. Insoweit berührte der Vertrag von Versailles nämlich „nicht die Freiheit Deutschlands, in neue Unterhandlungen mit diesen Staaten zum Abschluß von neuen Vereinbarungen einzutreten, die den veränderten Bedingungen angepasst sind.“[677] Es müsse jedenfalls „scharf betont“ werden, „daß Deutschlands Freiheit, nach Inkrafttreten des Friedensvertrages seinerseits neue Verträge mit Rußland und russischen Staaten zu schließen, in keiner Weise beschränkt“ sei. Für die zukünftige Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen käme es daher vor allem auf die Position an, „die Rußland sich entschließen wird, gegenüber Deutschland und gegenüber den Ententemächten einzunehmen.“[678] Eine genauere Bestimmung des sich daraus ergebenden Problemgehalts der Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV sollte daher - neben einer Regelung auch anderer seit Anfang 1920 erneut offener vermögens- und schuldrechtlicher Fragen[679] - vorerst die zentrale Aufgabe früher Weimarer Russlandpolitik markieren.

Aus alliierter Sicht wiederum lagen dieser Russland-politischen Ausgestaltung des Versailler Vertrages in erster Linie sicherheitspolitische Befürchtungen zugrunde. Denn bereits wenige Tage nach der Novemberrevolution 1918 in Deutschland war es zu Gerüchten über den Abschluss einer „véritable alliance“ zwischen der deutschen Republik und dem sowjetrussischen Revolutionsstaat gekommen. So gab zum Beispiel die amerikanische Regierung in dieser Zeit im Rahmen der „War Information Series“ in Washington eine Broschüre heraus, die die zurückliegende „German-Bolshevik-Conspiracy“ von Brest-Litowsk ebenso für die Zukunft beschwor.[680] Weitere Entwicklungen spielten ebenfalls eine Rolle: Spätestens seit dem März 1918 wurde in Frankreich die seit etwa 1893/94 vorhandene russophile Atmosphäre mehr und mehr verdrängt. Eine negative Grundhaltung gegenüber den Bolschewisten, die Frankreich im Hinblick auf seine Auslandsinvestitionen erhebliche Verluste verursacht hatten, trat in Paris nunmehr direkt an die Seite der überlieferten, feindbildartigen „Germanophobie“.[681] Dennoch bleibt es im Hinblick auf die offenkundigen deutsch-sowjetrussischen Brüche vom Herbst 1918 und den damit einhergehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau auf den ersten Blick verwunderlich, mit welcher Intensität die französische Diplomatie schon im Jahre 1919 über die bereits oben skizzierte Position Haguenins hinaus wiederholt die Gefahren eines vermeintlich herannahenden „rapprochement germano-russe“ beschwor – allerdings nach wie vor zuvorderst in der Variation, dass sich eine derartige Verbindung „dans le sens tsariste et réactionnaire“, also

---

[677] Zitelmann, S.14, S.39 (hier wird die kursiv gedruckte Passage durch Zitelmann auch im Text hervorgehoben).

[678] Ebd., S.37.

[679] Vgl. dazu die Ausführungen im Gutachten von Gaus 23.1.1920, PA, R 2064. Hier heißt es insofern: „Bei der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit Russland handelt es sich einmal um die Regelung aller Fragen, die sich aus der Kriegsgesetzgebung der zaristischen Regierung und den deutschen Vergeltungsmaßnahmen ergeben, sowie ferner um die Regelung der Fragen, die durch die sozialistischen Maßnahmen der Sowjetregierung gegen das deutsche Privateigentum in Russland getroffen worden sind. Die Auseinandersetzungen wegen der beiderseitigen Kriegsgesetzgebung war im Vertrage von Brest Litowsk sowie in dem Finanzabkommen vom 27. August 1918 grundsätzlich auf der Basis vollkommener Gegenseitigkeit erfolgt. Die tatsächliche Lage der Verhältnisse [...] führte allerdings zu dem Ergebnis, dass sich [...] bei der Abrechnung ein erheblicher Aktivsaldo zu Gunsten Deutschlands ergab.“

[680] Tel. Conty, No.680, 17.11.1918, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 314, 22. Die vom (U.S.) „Committee on Public Information“ herausgegebene Broschüre befindet sich bei ebd., 23ff.

[681] Siehe zur „Russophilie et germanophobie en France et en Russie entre 1878 et 1918 » den gleichnamigen Aufsatz von Hogenhuis-Seliverstoff.

zwischen Deutschland und einem konterrevolutionären Russland, realisieren würde.[682] Und gut einen Monat nach der auch vor diesem Hintergrund nachvollziehbaren alliierten Zurückweisung der oben skizzierten deutschen Einwände gegen die Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages wies der französische Diplomat Delavaud seinen Außenminister in Paris, Millerand, darauf hin, durch eine Mission von deutschen Industriellen und Bankiers in Moskau sei das befürchtete „l´établissement de relations germano-russes“ angeblich bereits in die entscheidende Phase („une phase décisive“) eingetreten.[683] Nicht weniger vorauseilend nahm sich etwa zur gleichen Zeit auch ein von gleicher Seite am 25. Juli 1919 rezipierter Artikel aus, der in der Times bereits am 17. Juli 1919 erschienen war und zu dem Glauben anhielt, „Allemands et Bolcheviks poursuivaient un but identique“. In jedem Fall, so wurde somit schon kurz nach dem Konflikt mit der deutschen Friedensdelegation über die Russland-politische Ausgestaltung des Versailler Vertrages mit großer, misstrauischer Voreingenommenheit festgehalten, würden die Deutschen in der Frage der „reconstitution de la Russie“ mehrere „Spiele“ gleichzeitig spielen.[684]

Auch hieran war eindeutig erkennbar, dass die außenpolitischen Erfahrungen insbesondere des Jahres 1917 und der ersten Monate des Jahres 1918 in der alliierten Politik und Diplomatie eine grundlegende Furcht vor einem Zusammengehen Deutschlands mit der neuen revolutionären Kraft in Moskau nach sich zogen. Und diese Sorge bekam eben ihre konkrete Gestalt im Inhalt der oben angesprochenen Bestimmungen des Versailler Vertrages. Sie hatten für die Ententemächte zugleich eine sicherheitspolitische Präventivfunktion.[685]

Diese politisch-atmosphärische Grundstimmung hatte, vermischt mit umherlaufenden Gerüchten, zudem noch weitere Folgen, entstand doch durch die stetig heraufbeschworene deutsch-russische Bedrohung in der kommenden Zeit auf alliierter Seite ein Bild, das sich mehr und mehr verselbstständigte: Auch einem demokratischen Deutschland wurden jedenfalls von Anfang an unselige Russland-politische Bestrebungen zum Schaden der alliierten Mächte unterstellt – und zwar bereits zu einem Zeitpunkt, bevor sich die deutsche Republik über sich selbst und über ihre zukünftige außenpolitische Rolle und Identität klar geworden war bzw. werden konnte.

Darüber hinaus hatte dieser Grundzug in der alliierten Perzeption des deutsch-russischen Verhältnisses gravierende Auswirkungen auf die künftige Gestaltung der internationalen

---

[682] Vgl. dazu MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S., und dort die Nummern 314ff., die für diese Studie bis Nr. 335 (1925) verfolgt wurden. Für das Jahr 1919 stellvertretend der ungezeichnete Bericht der französischen Mission in Berlin vom 1.5.1919, ebd., 314, 88-95. Bereits hier heißt es einleitend, ebd., 88, u.a.: « Le problème de la reprise des relations économiques avec la Russie est un de ceux qui préoccupent le plus les Allemands de tous les partis. » Zur reaktionären Dimension einer angeblich zu erwartenden deutsch-russischen Allianz siehe auch das Tel. Contys vom 16.6.1919, ebd. 150. Zur Befürchtung eines deutsch-sowjetrussischen Zusammengehens vgl. u.a. anlässlich eines Aufenthalts Krassins in Berlin des weiteren das Geheimtelegramm des frz. Marineministeriums an den Quai d´Orsay vom 18./19.6.1919 bei ebd., 155-156.

[683] Delavaud an Millerand, 21.7.1919, ebd. (MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 314), 172. Vgl. ders. an Millerand auch am 25.7.1919, ebd., 192. Hier heißt es einleitend: „La nouvelle d´une entente entre l´Allemagne et le gouvernement des soviets prend de la consistance.“

[684] Siehe die entsprechende Übersetzung bei ebd., 198ff. mit Datum vom 25.7.1919 sowie den ungezeichneten Bericht der französischen Gesandtschaft in Bern an das MAE vom 29.7.1919, ebd., 204. Ein Artikel mit ähnlich suggestiver Wirkung und dem Titel „Les plan secrets des germano-bolchéviks“ findet sich ebenfalls bei ebd., hier 221f. Vgl. ebenso den diese warnende Tendenz innerhalb der französischen Außenpolitik notwendiger Weise verstärkenden Artikel in der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. Juli 1919 mit der Überschrift „Reicht dem Russen die Hand!“, ebd., 241.

[685] Siehe Französische Diplomatenberichte aus Deutschland, z.B. Bd.1, Nr.37, 62 oder Bd.2: Nr. 313, 326, 335, 355, 402, 419, 426. Zum Thema „L´opinion allemande et les affaires russes“ vgl. auch das entsprechende Archivdokument zu Marcilly an Millerand, 4.2.1920, bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 316, 121ff. Die Russland-politische Zurückhaltung des Vorwärts erschien dem Autor dabei lediglich „hypnotisé par le danger révolutionnaire“, ebd. 122.

Beziehungen, da sie zu grundsätzlichen, unter dem Leitbegriff „Sécurité d'abord"[686] rigoros vollzogenen Deutschland-politischen Richtungsentscheidungen beitrug und in der Gefahr stand, eine zukunftsorientierte alliierte Politik gegenüber der ersten Demokratie auf deutschem Boden von Anfang zu beschädigen, wenn nicht zu untergraben. Die schon in dieser Zeit nach Paris und London gemeldeten Russland-politische Prophezeiungen und zum Teil sichtbar wilden Spekulationen verstärkten zudem abermals das durch den gerade beendeten Krieg ohnehin vorhandene tiefe Misstrauen zwischen den europäischen Mächten. Ein aus rückblickender Sicht wünschenswert gewesenes, konstruktives Politikangebot aus dem „Westen", wie ein „neues", demokratisches Deutschland von außen- und auch Russland-politischen Alleingängen abgehalten und trotz der schrecklichen Kriegsereignisse an die „westliche" Staatengemeinschaft heranführt und integriert werden konnte, wurde auch dadurch gelähmt oder teilweise sogar ganz verhindert.

3. Eine Russland-politische Programmatik? (Januar/Februar 1920)

Ende 1919 oder Anfang 1920 hatte der Hinweis auf den Artikel 116 Abs. 3 VV in der Wilhelmstraße auch schon konkrete, praktische Relevanz beansprucht. Deutsche Munitionslieferungen an rechtsrussische Truppen waren zwar grundsätzlich von den Ententemächten nicht unerwünscht. Dieser Umstand sollte aber nach dem Willen der Alliierten offenbar nicht dazu führen, dass diese deutschen Leistungen auf eventuelle russische Reparationsansprüche gegenüber Deutschland angerechnet werden konnten.[687]

Unter dem 18. Dezember 1919 erstellte Maltzan eine Aufzeichnung, die ebenfalls auf den Kontext der Russland-politischen Bestimmungen im Versailler Vertrag Bezug nahm und ebenfalls eine frühe Beschäftigung mit der Problematik des Artikels 116 Abs. 3 VV darstellt, also noch bevor der Vertrag in Kraft getreten war. In dieser Vorlage zur Versendung an das Reichsschatzministerium informierte der Botschaftsrat Außenminister Müller über eine in Abschrift beiliegende Note des Marschalls Foch vom 9. Dezember 1919. Er beklagte dabei, dass der Versailler Vertrag bereits vor seiner Rechtswirksamkeit die deutscherseits in Aussicht genommene, wirtschaftliche Unterstützung rechtsrussischer Kräfte behindere, die doch eigentlich auch im Interesse der Ententemächte liegen müsste:

> „Die in dem ersten Absatz der Note erteilte Ermächtigung zum Verkauf von russischer Gewehrmunition an die Vertreter des Generals Tscherbatscheu, des Pariser Vertreters von Judenitsch und Denikin, wird in dem letzten Absatz durch Hinweis auf die Bestimmungen der Artikel 169 und 116 des Friedensvertrages so eingeschränkt, dass die Realisierung dieser Verkäufe mir praktisch schwer durchführbar erscheint.
> Ganz abgesehen von den politischen Gründen, die eine amtliche Protektion irgend einer russischen Regierung zurzeit unerwünscht erscheinen lassen, würde ich bei dem

[686] Vgl. den Titel bei Vaïsse.

[687] Bei den Akten befindet sich insoweit die Abschrift zu einem Vermerk, der festhielt, dass Vertreter Denikins „sich seit (l)ängerer Zeit von Stockholm aus bemüht" haben sollen, aus Deutschland „Heeresmaterial anzukaufen". Den Vertretern sei es nun zwar gelungen, von der Entente den Ankauf von Gewehrmunition in Deutschland zu erlangen. Etwaige Lieferungen sollten aber nicht als „Abschlagszahlung" auf die nach Artikel 116 Abs. 3 VV „von Deutschland übernommene Verpflichtung der Wiederherstellung und Wiedergutmachung gegenüber (Ru)ßland zu gelten haben.", Vermerk o.D. und o.U., PA, MF 14968 (R 2028). Die Seite links neben dem auf Mikrofilm vorliegenden Vermerk trägt einen hschr. Zusatz Maltzans und am unteren rechten Rand eine Paraphe Maltzans offenbar vom Dezember (1919).

> gedachten Verkauf einen wirtschaftlichen Vorteil für das Reich nicht erblicken können.“[688]

Der allgemeinen Sensibilität des Themas, die ein behutsames Vorgehen deutscherseits erforderte, war sich der Diplomat bewusst. Es erschien ihm insoweit allenfalls „unbedenklich“, etwaige rechtsrussische Auftraggeber „an Privatfirmen zu verweisen“ und mit Blick auf die westpolitischen Interessen Deutschlands „den betr(effenden) Privatfirmen anheimzustellen, sich vor Erlangung der Ausfuhrbewilligung eine Bescheinigung des General Duponts zu verschaffen, wonach der Abschluss des betr(effenden) Waffengeschäfts den Bestimmungen der vorliegenden Note vom 9. Dezember entspricht.“[689]

Nichtsdestoweniger blieben Vorverdächtigungen im Raum.[690] Von Anfang an geriet die Wilhelmstraße unter den Generalverdacht, Russland-politisch alsbald und gewiss zum Schaden der Siegermächte handeln zu wollen. Maßnahmen, die gegen diese zuweilen widersprüchlichen[691] Verdachtsmomente ausgerichtet waren, blieben mühselig, ungeeignet oder erkennbar aussichtslos.[692]

Auf deutscher Seite stellte sich auch vor diesem Hintergrund die Frage, wie die Beziehungen zu Moskau in Zukunft zu gestalten waren. Eine Antwort aber war, solange die Verhältnisse im bürgerkriegszerrütteten Russland politisch noch immer derart unsicher waren, eigentlich nicht möglich. Außenminister Müller stimmte jedenfalls vorerst keiner inhaltlichen Erweiterung der deutsch-russischen Verhandlungen zu, die über das Problem der noch in Russland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen hinausging.[693] Zudem herrschte ganz allgemein in Europa immer noch die Hoffnung vor, der bolschewistische „Spuk“ im Osten würde ohnehin alsbald ein Ende nehmen.

---

[688] Aufz. Maltzan für R.M., 18.12.1919, PA, R 2028, MF 14968. Zur Reise des Russlanddeutschen Emigranten Johannes Schleunig (1879-1961) mit Unterstützung des AA u.a. in das von General Denikin beherrschte Gebiet vgl. Sütterlin, S.157.

[689] Ebd. Zur Sammlung rechtsrussischer Kreise in Berlin vgl. z.B. einen unter dem 14. Januar von der deutschen Gesandtschaft in Bern dem Auswärtigen Amt übermittelten Artikel der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 13. Januar 1920, Müller an AA, Nr. 41, 14.1.1920, PA, R 2028, MF 14971. Siehe in diesem Kontext auch die G.A. Maltzan vom 12.1.1920, ebd. und vom 20.11.1919, ebd., R 2027, MF 14965.

[690] Nach einer Aufz. Haguenins seien zahlreiche deutsche Mehrheitssozialisten „favorables à un accord avec la Russie“, DDF, 1920, Bd.1, No. 67, Anm.1 (S.103). Unter dem 22. November setzte Maltzan seine Paraphe unter ein Tel. aus Helsingfors vom 15. November, das über Anschuldigungen des General Wassiljkowski in der Presse berichtete, Deutschland habe „den Bolschewismus organisiert [...] und fortlaufend unterstütz(t).“, Brück an AA, Nr. 676, 15.11.1919, PA, R 2027 (MF 14965). Mit Datum vom 3.12.1919 ging beim Auswärtigen Amt von der Grenzpolizeistelle Eydtkuhnen ein Telegramm ein, dass von Verdächtigungen von Seiten der englischen Mission berichtete, die deutsche Regierung stände in geheimen Verbindungen mit der Sowjetregierung und die Reichsbank habe ihr „unter einer bestimmten Voraussetzung“ angeblich fünfzig Millionen Reichsmark geliehen, Eisenbacher an AA, 3.12.1919, ebd. (MF 14966). Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom 4.11.1919.
Mit Paraphe vom 11. Dezember bestätigte Maltzan am linken unteren Rand der ersten Seite der Vorlage die Kenntnisnahme eines Schreibens der deutschen Gesandtschaft in Helsingfors, das offenbar von alliierter Seite erhobenen Behauptung widersprach, die Bolschewisten hätten in ihrem Kampf um Petersburg „ihre Tanks von den Deutschen, u.a. von den Truppen des Grafen Goltz erhalten“, Brück an AA, Nr.654, 3.11.1919, PA, R 2027, MF 14965; siehe in diesem Zusammenhang auch Basewitz an AA, 12.1.1920, ebd., R 2028, MF 14971. Die Vorlage trägt am linken unteren Rand die Paraphe Maltzans ohne Datum.

[691] Mit Datum vom 29. Dezember liegt den Akten ein Auszug „aus dem Protokoll der Sitzung des Reichsministeriums“ bei, die auf eine Rede des französischen Generals Niessel in Tilsit Bezug nahm. Hier heißt es, nachdem General Niessel dort erklärt habe, „Deutschland sei nach wie vor der Feind Russlands“, sei er inzwischen bereit einzuräumen, „dass er nur als Privatmann gehandelt habe.“ In Paris solle aber trotzdem eine formelle Beschwerde gegen Niessel erhoben werden, „jedoch ohne die ausdrückliche Forderung der Abberufung zu stellen.“, PA, R 2028, MF 14970.

[692] Vgl. dazu die hschr. Notiz Maltzans wohl vom 13. November 1919 auf einem Telegramm aus Kristiania vom 5. November, Mutius an AA, A Nr. 671, 5.11.1919, ebd., R 21808.

[693] Aufz. Müller, 10.10.1919, ebd. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom gleichen Datum.

Auch Maltzan hatte sich bei seinen ersten Arbeitstätigkeiten[694] in seinem neuen Aufgabenbereich eng an diesem, den möglichen Aktionsradius stark einschränkenden Unsicherheitsfaktor zu orientieren. Doch fand sich gerade darin eine Perspektive, die sich möglicherweise zu einem außenpolitisch zumindest Unterstützung versprechenden, positiven Gut entwickeln konnte: Denn im Rahmen der innerhalb der Wilhelmstrasse geführten theoretischen Reflexionen über das Verhältnis der deutschen Republik zu Sowjetrussland wurde schon früh der keineswegs „paradox klingende Schluss" gezogen, „dass Russland nicht nur in Zukunft Deutschlands gegebener Verbündeter ist, sondern dass Sowjetrussland schon im gegenwärtigen Moment, und vielleicht wider Willen, Deutschland Bündnisdienste leistet." Es sei nämlich, so wurde behauptet, „in erster Linie das russische Problem [...], welches die alliierten und assoziierten Mächte langsam, aber sicher" auseinander treibe.[695] Unter zwei Paraphen offenbar vom 6. Januar und vom 10. Januar 1920 unterstrich Maltzan zudem mehrere Satzpassagen zu einem Schreiben aus Odessa vom 27. September 1919[696], dass die Bedeutung Englands als Russland-politischer Konkurrent hervorhob.

Zunächst waren allerdings Aufgaben zu bearbeiten, denen an sich bislang noch keine erhöhte politische Sensibilität zuzuweisen war: Diese betrafen zum Beispiel die Auswanderung deutscher Arbeitskräfte nach Sowjetrussland[697] oder die Anwesenheit von russischen Handelsschiffen in deutschen Häfen. So übersandte der Botschaftsrat mit Paraphe vom 17. Dezember 1919 eine von ihm erstellte Aufzeichnung zur Stellungnahme an die Abteilungen II und III, wonach „Herr Weretenikoff, hiesiger Delegierter des russischen Roten Kreuzes" „heute persönlich" an Maltzan die Frage gerichtet habe, welche Behandlung russische Handelsschiffe erfahren würden, die von Ententehäfen in deutsche Häfen einliefen. Der Referatsleiter vertrat daraufhin seine „persönliche Ansicht" dahingehend, „dass im allgemeinen gegen den Besuch derartiger aus Ententehäfen mit Rohstoffen zu

---

[694] Vgl. z.B. seine Aufzeichnung vom 8.11.1919, ebd., R 2027, MF 14964 sowie Maltzan an Brück, 13.11.1919, ebd., R 10200. Unter dem 7. Dezember 1919 erstellte Maltzan hschr. für den Außenminister den Entwurf für ein Tel. an Adolf Müller, in dem es heißt: „Das auf Antrag hiesiger Ententevertreter gesperrte russische Rote Kreuz Guthaben ist nicht freigegeben, Zahlungen aus demselben waren daher unmöglich u. sind nicht erfolgt.", R.M. an Müller, 7.12.1919, ebd., MF 14967. In einem weiteren Tel. an Adolf Müller in Bern, das am rechten unteren Rand auch die Paraphe Maltzans trägt, wurde unter dem 14. Dezember 1919 festgestellt, dass „die Sperre über das beschlagnahmte Guthaben der russischen Sowjetregierung" zurzeit noch bestehe. Im Übrigen wurde auf ein beiliegendes Dementi durch W.T.B. verwiesen, das erklärte, „dass die Deutsche Regierung zu keiner der russischen Regierungen, weder zu Lenin noch zu Koltschak, Beziehungen unterhält, (Maltzan) an Müller, ebd., PA, R 2028, MF 14968. Vgl. dazu auch Aufz. Maltzan o.D. (5.2.1920), ebd., R 2029, MF 14973 sowie ein Schreiben vom 15.3.1920 bei ebd., MF 14976. Die Vorlage trägt u.a. die Paraphe Maltzans vom 13.3.1920.

Des weiteren verwies Maltzan mit Paraphendatum vom 10. Januar eine Vorlage, die unter dem 7. Januar an Außenminister Müller gerichtet worden war, u.a. zur Stellungnahme an die Abteilung III. Am linken Rand auf der zweiten Seite des Schreibens verneinte Maltzan dabei u.a. die Frage, „ob der Rat der russischen Volkskommissare in Deutschland als rechtmäßige Vertretung der russischen Regierung angesehen" werde, Schreiben mit unbekannter Unterschrift an Müller, 7.1.1920, ebd., MF 14970. Die Vorlage trägt auf der ersten Seite im oberen Teil den hschr. Vermerk „eilt". Eine gewisse Zusammenarbeit mit der „Westabteilung" wird u.a. auch hier deutlich.

[695] Mutius an AA, Nr. 743, 12.12.1919, ebd., R 2028, MF 14968. Die Vorlage trägt am unteren Teil der ersten Seite die Paraphe Maltzans vom 22.12.1919, am rechten Rand diejenigen von Müller vom 21.12.1919 und von Haniel. In der Vorlage heißt es unter dem Titel „Deutsch-russische Beziehungen" u.a. auch: „Die Uferlosigkeit aller der Weltbeherrschungs- und Weltordnungspläne der Entente offenbart sich am deutlichsten gegenüber der immer noch in ihrer Selbstständigkeit sich behauptenden Sovjetregierung." Siehe in diesem Zusammenhang u.a. Becker an Generalkonsul o.A., 27.9.1919, ebd.

[696] Becker an Generalkonsul o.A., 27.9.1919, ebd., MF 14968. Zu dieser Vorlage wurde am 11. Dezember 1919 unter der Nummer A 31688 auch eine Abschrift erstellt, die am linken Rand beim ersten Abschnitt auch die Paraphe Außenminister Müllers vom 5. (Januar) trägt.

[697] Am 14. Januar 1920 fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung der „Interessengemeinschaft der Auswanderer nach Sowjet-Russland" mit Außenminister Müller statt, die um Förderung ihrer Anliegen bat und bereit sei, „sich unter (die) Aufsicht der deutschen Regierung zu stellen.", Greiner (u.a.) an Müller, 14.1.1920, ebd., MF 14971. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom 16.1.(1920).

uns kommender Schiffe keine Bedenken vorlägen und diese freundschaftlich nach dem für andere mit uns nicht im Kriege befindlicher Nationen geltenden Vorschriften behandelt würden.“[698]

Einer konkreten Annäherung hingegen stand weiterhin erhebliche Bedenken entgegen: Außenminister Müller wies Kopp darauf hin, dass die „erste Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der politischen Beziehungen ohnehin diejenige sei, „dass die kommunistische Agitation in Deutschland in keinster Weise mehr materiell unterstützt würde“. Kopp habe dies zwar „schon des öfteren“ „leichthin“ zugesagt.[699] Doch eine solche revolutionäre Enthaltsamkeit legten die verschiedenen, weiterhin zum Teil in massiver Form unterstützten kommunistischen Propaganda- und Umsturzaktivitäten in Deutschland im Gegenteil ganz und gar nicht an den Tag. Hierüber erhielt unter anderem auch Maltzan fortlaufend Informationen.[700]

Russland-politische Skepsis und Zurückhaltung blieb daher von vorneherein angebracht. Schon im November 1919 hatte Volkskommissar Tschitscherin zumindest für das Jahr 1919 öffentlich in der Izvestija „resümiert“, die sowjetrussische Außenpolitik verschmelze „immer mehr mit dem weltweiten Kampf zwischen der revolutionären und der alten Welt“ und habe „ihren Stempel“ bereits „der gesamten sowjetrussischen Außenpolitik des Jahres 1919 aufgedrückt.“ Und Mitte September 1919 hatte sein Gegenspieler Joffe in Moskau gegenüber der „Führung der RKP (B)“ sogar noch beklagt, man müsse „eine über Appelle und Aufrufe hinausgehende aktive Revolutionierungspolitik“ betreiben und insoweit zielführender vorgehen.[701]

Darüber hinaus gab es aber noch weitere, scheinbar unüberwindbare Hindernisse, die selbst einem theoretisch so berechtigt wie einfach klingenden Wunsch nach deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen behindernd und belastend im Wege standen: Ambitionen auf diesem Gebiet unterlagen nicht nur deshalb einer großen Skepsis, weil klar war, dass der „russische Handel“ selbst ohne eine geringfügige ideologische Modifizierung der kommunistischen Prinzipien vollständig und dauerhaft „unter Staatskontrolle bleiben“ würde.[702] Auch aktuelle politisch-militärische Spannungen kamen hinzu und standen der Förderung des wirtschaftlichen Austausches schon in atmosphärischer Hinsicht schwergewichtig entgegen. So verfügte die sowjetrussische Führung vereinzelt Repressivmaßnahmen, weil die deutsche Republik angeblich „dem Wunsche der Entente entsprechend die Bermondt-Truppen an anti-bolschewistischen Fronten befördere.“ Und Kopp scheute sich in dieser Hinsicht nicht auszuführen, es käme seiner Regierung in Moskau „gar nicht darauf an, gegebenenfalls einige hundert deutsche Offiziere und Balten erschießen zu lassen.“[703]

Dass Drohungen dieser Art in Berlin durchaus sehr ernst genommen wurden, bedarf keiner Ausführungen. Ohnehin war die politische und persönliche Gefährlichkeit und Skrupellosigkeit sowjetrussischer Führungskräfte wie Radek oder Kopp in der Wilhelmstraße nachdrücklich bekannt.

---

[698] Aufz. Maltzan, 17.12.1919, ebd.

[699] Aufz. Müller, 1.1.1920, ebd. (PA, R 2028), MF 14969. Die Vorlage trägt auf der ersten Seite am linken Rand u.a. die Paraphe Maltzans vom 4.1.1920.

[700] Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung an Maltzan, 23.12.1919, ebd., MF 14969. Siehe dazu auch mit Paraphe vom 18. Dezember 1919 die Kurznotiz Maltzans an Kalisch. Ebd., R 2044.
Zum Informationswert der Nachrichten von Polizei und Staatsschutz für das Auswärtige Amt vor allem hinsichtlich kommunistischer Aktivitäten in Deutschland vgl. näher Sütterlin, S.145ff.

[701] Siehe dazu Linke, Der Weg nach Rapallo, S.59f mwN.

[702] Aufz. Müller, 1.1.1920, PA, R 2028, MF 14969.

[703] G.A., 3.1.1920, ebd., R 2044. Die Vorlage trägt auf der ersten Seite die Paraphe Maltzans. Der zuletzt zitierte Satz wurde am linken Rand hschr. mit einem gleichen Stift angestrichen, mit dem offenbar auch Maltzan seine Paraphe zeichnete.

Es waren also im Grunde also zwei Bürden, die sich addierten und die Ausgangsposition der frühen Weimarer Russlandpolitik in überragender Weise prägten: Zum einen der Versailler Vertrag mit seinen einzelnen Russland-politischen Bestimmungen und allgemeinen innenpolitischen Folgeschäden, zum anderen die kommunistische, von Moskau aus unterstützte Propaganda in Deutschland, wie sie sich beispielsweise bei einem Putsch am 13. Januar 1920 in Berlin äußerte, der durch die Reichswehr niedergeschlagen werden musste. Fraglich war darüber hinaus, ob und inwieweit eine Verständigung mit Polen[704] und den Alliierten möglich war.

Maltzan gehörte zu denjenigen Akteuren in der Weimarer Außenpolitik, die auch in der Russland-Politik zu grundlegenden Übereinstimmungen mit den Ententemächten gelangen wollten. Derartige Bestrebungen und Wünsche erhielten allerdings schnell erste tiefe Risse. Im Auswärtigen Amt wurde alsbald von illusionären Vorstellungen gesprochen.[705] Nach den Erinnerungen Blüchers hatte nichtsdestoweniger auch Maltzan seit Anfang 1920 ein Einvernehmen mit den alliierten Mächten gesucht, wobei es durchaus nicht überzogen erscheint, dies als „evidence“ dafür einzuordnen, „that even Baron Ago von Maltzan was at one time attracted by the possibility of an Entente-German action against the Bolsheviks.”[706] Hiernach machte der Botschaftsrat „einen geheimen Versuch, eine gemeinsame „Intervention“ der Entente und Deutschland gegen die Sowjetregierung zustande zu bringen. Er führte dazu „streng vertrauliche Besprechungen mit Engländern, Amerikanern und Franzosen“, „die sich im dienstlichen Auftrage in Berlin aufhielten.“ Mit dem englischen Vertreter, General Malcolm, seien diese Gespräche zunächst „durchaus hoffnungsvoll“ angelaufen, während die Amerikaner „unentschieden“ waren und von französischer Seite „klarer Widerstand zu spüren“ gewesen sei. Schließlich aber wären, so heißt es bei Blücher weiter, die „wochenlangen“ Besprechungen dann von alliierter Seite „ziemlich abrupt abgebrochen“ worden. In einer „einflußreichen Londoner Zeitung“ habe man zudem sodann lesen können, dass England „zwischen Ludendorff und Lenin“ zu entscheiden habe und „selbstverständlich den viel ungefährlicheren Lenin wählen“ würde. Noch klarer sei darüber hinaus eine Äußerung des französischen Botschaftsrates gewesen, der „unumwunden“ erklärt habe, „Le Rhin sera la meilleure frontière contre le bolchévisme.“[707]

Inwieweit dieser nachträgliche Vortrag im Einzelnen glaubhaft ist, lässt sich anhand von Primärquellen bislang nicht nachvollziehen. Sicher aber scheint, dass die Alliierten deutsche Kooperationsangebote im Bereich der Russlandpolitik letztlich in der Tat umfänglich ablehnten, was

---

[704] Siehe Brück (Helsingfors) an AA, Nr. 81, 2.2.1920, PA, R 10200. Die Vorlage trägt auf der ersten Seite am unteren, linken Rand die Paraphe Maltzans, deren Datum nicht mehr eindeutig rekonstruierbar ist (wahrscheinlich v. 15.2.1920). Siehe ähnlich auch die Aufz. Zitelmanns, 6.7.1919, ebd., R 2025, MF 14957. Hier heißt es u.a.: „Die maßgebende Grundlage für unser Verhältnis zu Polen wird nun der Friedensvertrag. Wir sind entschlossen, die von uns unterzeichneten Bedingungen nach besten Kräften zu erfüllen und hoffen, dass die Polnische Regierung alles daran setzen wird, zu friedlichen nachbarlichen Beziehungen zu uns zu gelangen. [...] Unsererseits wird alles geschehen, um die mit der Räumung unserer Ostprovinzen verbundenen Schwierigkeiten und Härten überwinden zu helfen.“

[705] In einer Aufz. des Russlandreferats o.D. und o.U., ebd., R 2026, MF 14961, mit dem Titel „Unser Weg zu Russland“ heißt es u.a.: „Die Illusion, als würde der gemeinsame militärische Kampf gegen den Bolschewismus uns der Entente näher bringen, wurde von Einsichtigen von Anfang an als trügerisch bezeichnet. Die Entente sah es gerne, dass wir uns einerseits militärisch binden und andererseits politisch kompromittieren; sie war jedoch von Anfang an entschlossen, uns in dem Moment, da wir irgendwo Fuss zu fassen versuchen, mit aller Deutlichkeit abzuschütteln.“ Die Vorlage trägt auf der ersten Seite am unteren Rand die Nummerierung „A 24466/19“.

[706] Vgl. Korbel, S.75f.

[707] Blücher, S.96f. Siehe dazu auch Hilger, S.72 sowie Marcillys an Millerand, 11.6.1920, Französische Diplomatenberichte, Bd.1, Nr. 251, der über einen angeblichen Vorschlag Ludendorffs berichtet, militärisch gemeinsam gegen Sowjetrussland vorzugehen.

an sich keine neue Entwicklung darstellte und im Wesentlichen nachvollziehbaren, historisch geprägten politischen Vorurteilen entsprang: Sowohl die britische Führung als auch insbesondere französische Politiker und Militärs hatten bereits in der Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen „Warnungen der deutschen Delegation vor der ‚bolschewistischen Gefahr' als Bluff bezeichnet", „der nichts weiter bezwecke, als den Alliierten bessere Bedingungen abzuhandeln." Und für die Forschung hat Peter Borowsky bereits zu Recht festgehalten, dass Russland-politische Bemühungen dieser oder ähnlicher Art für Deutschland gleich in doppelter Hinsicht negativ waren. Denn schon die Haltung des Rates der Volksbeauftragten, eine „Politik der diplomatischen und militärischen Konfrontation gegenüber Sowjetrussland" durchführen zu wollen, hatte „nicht nur die Ostziele verfehlt, sondern auch die diplomatische Position Deutschlands bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen" geschwächt.[708]

Die von Maltzan seit der Jahreswende 1919/20 mitbeeinflusste Politik des Russlandreferats sah sich also nachfolgend auch vor diesem Hintergrund auf eigene Wege verwiesen, wenn nach eigenem Ermessen überhaupt die Notwendigkeit zum Russland-politischen Handeln bestand. Zwar schien eine grundlegende konzeptionelle Reflexion über die noch verbliebenen Formen der russischen Optionsmöglichkeiten einer künftigen republikanischen Außenpolitik nach wie vor unverzichtbar. Doch eine dafür notwendige, an den politischen Fakten ausgerichtete Bestandsaufnahme blieb unter anderen auch deshalb schwierig, da das genaue Ausmaß der künftigen alliierten Deutschlandpolitik unbekannt und die internationalen Verhältnisse von allgemeiner Unsicherheit über das Kommende geprägt waren.

Der Botschaftsrat war in seinem Arbeitsbereich zunächst einmal bemüht, in systematischer Weise bessere Informationen über die politischen Verhältnisse in Sowjetrussland zu gewinnen: So erstellte er zum Beispiel mit Datum vom 7. Januar 1920 eine geheime Aufzeichnung, die festhielt, dass ein italienischer Journalist mit dem Namen „F. P. Giuntini", „der [...] mir aus dem Haag bekannt ist", sich angeboten habe, „bei einer Reise nach Sowjet Russland zwecks Berichterstattung für italienische Zeitungen auch hierher Berichte, Nachrichten und Zeitungen liefern zu wollen." Maltzan bat darum, 8000 Mark aus einem dafür bestimmten Fonds „zur Auszahlung an Herrn Giuntini umgehend zu beantragen."[709] Darüber hinaus vermittelte er ein erstes Gespräch von deutschen Verantwortlichen mit Kopp und mit dem in der Zwischenzeit erneut von Moskau nach Berlin entsandten Radek. Das Gespräch fand daraufhin am 10. Januar 1920, also an dem Tag, an dem der Versailler Vertrag formell in Kraft trat, zwischen den beiden sowjetrussischen Vertretern einerseits sowie Deutsch, Simon und dem ebenfalls im Russlandreferat beschäftigen Hey andererseits statt. Und bei den Akten findet sich insoweit eine von Maltzan nachträglich als geheim eingestufte Aufzeichnung Heys vom 10. Januar 1920 über einen Besuch bei Radek, bei der im Hinblick auf die Abreise Radeks Verabredungen bezüglich Gepäck und Abreiseroute getroffen wurden. Bei dem Besuch kam es zwischen Radek, Kopp, Deutsch (AEG) und Bankdirektor Simon (Unabhängiger Sozialdemokrat) zu einer „lebhaften Aussprache", wobei Hey sich als Vertreter des Auswärtigen Amts „im allgemeinen passiv verhielt und nur auf die „Rücksichten" hinwies, die „Deutschland in seinen Beziehungen zu

[708] Borowsky, Die „bolschewistische Gefahr", S.402f.
[709] Vgl. PA, R 2064, MF 15079. Die Vorlage trägt am linken oberen Rand den hschr. Vermerk „dringend".

Russland auf die Entente“ zu nehmen habe – eine Haltung die Maltzan als Vorgesetzter offenbar teilte. [710]

Maltzans Russland-politisches Ausgangsfazit ließ daraufhin persönliche politische Präferenzen, nähere taktisch-strategische Erwägungen bzw. ideologische Orientierungen weitgehend beiseite. Er konzentrierte sich sachbestimmt darauf, wie vorläufig auf die gegenwärtig sichtbaren deutschen Wirtschaftsinteressen sowie auf die auch in Zukunft zu erwartende wirtschaftspolitische Konkurrenz zwischen den europäischen Mächten in Bezug auf den russischen Markt zu reagieren sei. Eine deutliche Differenz gegenüber der zuvor in der Wilhelmstraße mehrheitlich vertretenen Ansicht war allerdings festzustellen. Der Botschaftsrat ging davon aus, dass sich die revolutionäre Regierung in Moskau weiterhin an der Macht werde halten können:

> „In Anbetracht der Tatsache, dass der Bolschewismus für mindestens 3-4 Jahre ein Faktor ist, mit dem wir rechnen müssen u(nd) auf den unser Wirtschaftsleben angewiesen ist, halte ich es für politisch u(nd) wirtschaftlich im deutschen Interesse, privaten wirtschaftlichen Bestrebungen mit Sowjet-Russland keine amtlichen Schwierigkeiten mehr zu machen. Es besteht sonst die Gefahr, dass England uns zuvorkommt. Eine ähnliche Besprechung findet mit einem russischen Großindustriellen u(nd) Warburg-Melchior am 12. Januar in Hamburg statt.“[711]

Die Forschung hat insoweit von einem „politischen Programm“ gesprochen worden, dass Maltzan hiermit entwickelt und verfolgt habe. Und dessen Inhalt habe im Wesentlichen darin gelegen, „in einer vorsichtigen, aber alle Möglichkeiten nutzenden Annäherung an Sowjetrussland allmählich wieder politischen Handlungsspielraum und wirtschaftliche Entfaltung für Deutschland“ zu gewinnen.[712]

Dieser Interpretation Peter Krügers ist in ihrer behutsamen Form zweifellos zuzustimmen, zumal sich darin ja durchaus ein nicht ungewöhnlich anmutender Zielhorizont eines in dieser Zeit unmittelbar nach dem Versailler Vertrag für die deutsche Ostabteilung zuständigen Ministerialdirektors spiegelte. Fraglich ist jedoch, ob damit zugleich die hier eingangs problematisierte These bestätigt werden kann, die in einer inhaltlich davon durchaus stark abweichenden Weise besagt, Maltzan habe im Rahmen der kontroversen Debatte über die künftige deutsche Russlandpolitik letztlich eine Position bezogen, die den großmachtpolitisch-militärischen[713] Ambitionen zum Beispiel eines General Seeckt nicht unähnlich gewesen sei.

Die Quellen zeigen, dass eine derartige These sicherlich zu weit geht: Im Gesamtpanorama der frühen Weimarer Außenpolitik war die dem Diplomaten Maltzan persönlich zuzurechnenden Überlegungen und Maßnahmen zunächst einmal als erste, vorläufige Reaktion auf die Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu betrachten. Zwar wird der Botschaftsrat damit die deutscherseits weitgehend als Allgemeingut zu bezeichnende Zielvorstellung verbunden haben,

---

[710] Aufz. Hey für Maltzan, 10.1.1920, ebd., R 2044. vgl. ADAP A III, Nr. 8, S.16, Anm.1.

[711] Hschr. Randvermerk Maltzans vom 10.1.1920 zur genannten Aufz. Heys, ebd., vgl. in Bezug auf Maltzan auch Borowsky, Sowjetrußland in der Sicht, S.32. Sütterlin setzt hier eine Zäsur in den Russland-politischen Vorstellungen des Auswärtigen Amts an und spricht davon, Maltzan sei hier für eine „vorsichtige Wiederaufnahme der Beziehungen“ eingetreten, Sütterlin, S.171.

[712] Vgl. stellvertretend Krüger, Schubert, Maltzan, S.17.

[713] Nach z.B. Sütterlin, S.176, sei es - im Rahmen der Übernahme eines von Zitelmann und Brockdorff-Rantzau schon 1919 entwickelten Gedankens - Maltzans „Grundmotiv“ gewesen, „Deutschlands Wiederaufstieg zur europäischen Großmacht zu befördern“. Dafür hätten ihm „seine flexiblen Aktionen“ gedient; Maltzan habe, so könne man daraus entnehmen, „also traditionelle Großmachtpolitik“ betrieben.

durch aktive Russlandpolitik zukünftig zur Wiedergewinnung außenpolitischer Selbstständigkeit beizutragen. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass hier ein ausgefeiltes „Programm“ oder eine mehr oder minder theoretisch geschlossene Russland-politische Strategie zugrunde lag. Im Gegenteil: Die Russland-politischen Aufzeichnungen und Maßnahmen Maltzans erscheinen inhaltlich bis dato durchweg unspektakulär und in „taktischer Hinsicht“ behutsam wie zurückhaltend. Was Maltzan daher im Russlandreferat im Auswärtigen Amt verfolgte, war von Anfang an und, wie noch zu zeigen sein wird, auch nachfolgend in erster Linie praktische Diplomatie im engeren Sinne. Gemeint ist eine Haltung, die der eigenen Funktion gemäß von Tag zu Tag sachbestimmt um die bestmögliche Wahrung deutscher Interessen in einer wechselhaften, unsicheren Russland-politischen Gesamt- und Alltagssituation rang. Allerdings sei es, wie Karl Radek rückblickend in einem Artikel in der Prawda vom 15. Oktober 1921 festhielt, insbesondere Maltzan gewesen, der bereits zur Jahreswende 1919/20 erkannte, „dass die Aussichten auf die Wiederherstellung eines weißgardistischen Regimes in Russland sehr gering seien“. Der Diplomat habe seit dieser Zeit begonnen, „in bezug auf Russland Realpolitik zu machen“[714], was zu prüfen sein wird.

Unter dem 14. Januar 1920 hielt Maltzan in einer Aufzeichnung für Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Müller „auf Grund der neuesten Berichte von Gewährsleuten“ fest, dass die sowjetrussische Regierung nach der momentanen innenpolitischen Stabilisierung in weiten Teilen des Landes nunmehr verstärkt die katastrophale wirtschaftliche Situation in Russland verbessern wolle. Mit einer Annäherung des sowjetrussischen Systems zumindest an die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Menschewiki und der Sozial-Revolutionäre sei daher, so lautete die Einschätzung Maltzans, möglicherweise zu rechnen.[715]

Darüber hinaus gingen von sowjetrussischer Seite bereits Sondierungen zur Aufnahme von politischen Beziehungen aus: Maltzan beantwortete dies mit dem Hinweis, Deutschland habe derzeit allenfalls ein Interesse an der „Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen“ und insoweit an der „Einführung amtlicher Handelsagenturen“. Die Realisierung dieser beiden Elemente sah er jedoch nach einer geheimen Aufzeichnung als zügig geboten an, da England zur gleichen Zeit in Kopenhagen mit sowjetrussischen Vertretern auch über handelspolitische Fragen verhandelte.[716]

Dennoch zielten die Vorschläge Kopps auch nachfolgend und offenbar weisungsgemäß auf eine baldige Wiederaufnahme der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland. Der sowjetrussische Vertreter legte insoweit, unter anderem in Bezug auf ein Gespräch mit Außenminister Müller am Tage zuvor, Maltzan Grundsätze vor, die seiner Ansicht nach „als Basis zur sofortigen Regelung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sowjet-Republik“ geeignet sein könnten. Der Botschaftsrat notierte allerdings handschriftlich zum ersten Punkt im Schreiben Kopps, dass dieser in einem weiteren Gespräch mit ihm nunmehr zumindest „die Schwierigkeit u(nd) Bedenklichkeit der ‚öffentlichen Aufnahme’ eingesehen“ habe.[717]

---

[714] Zit. nach Goldbach, S.46, Anm.47.

[715] Aufz. Maltzan für Ebert und Müller, 14.1.1920, zit. nach ebd., S.177, Anm.22.

[716] G.A. Maltzans, 17. 1. 1920; PA, R 2064; vgl. ADAP A III, Nr. 8, S.30, Anm.5. Die Vorlage trägt u.a. am linken Schlussrand die Paraphe Müllers. Zu einem angeblichen Schreiben von Schuberts (London) an Rechberg in diesem Zusammenhang siehe das ungezeichnete, vertrauliche Tel. an Marschall Foch vom 19.2.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 316, 198.

[717] Vgl. Kopp an Maltza()n, 18.1.1920, PA, R 2064, vgl. ADAP A III, Nr. 8, S.30, Anm.4.

Ende Januar 1920 schien sich die wohl eher als vorsichtig-offen zu bezeichnende, Russland-politische Grundauffassung Maltzans zunächst einmal durch Auslandsberichte zu bestätigen: Der deutsche Gesandte in Prag, Saenger, berichtete, der tschechoslowakische Premier Tusar und Außenminister Benes hätten die Erwartungshaltung geäußert, „dass die auf eine Anerkennung der Sowjetregierung folgenden Handelsbeziehungen“ das derzeit dort herrschende „System evolutionieren würden“. Aus diesem Grund werde gegenwärtig eine Kontaktaufnahme zur Sowjetregierung über die tschechoslowakische Sozialdemokratie nicht abgelehnt, sondern sogar gefördert.[718]

Die in diesem Kontext zugleich an die deutsche Russlandpolitik ausgesprochene Empfehlung, private Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland zu fördern, war allerdings noch keineswegs der Beginn einer programmatischen und zielorientierten Außenpolitik auf diesem Gebiet. Auch ein leichtfertiges Drängen auf stärkere diplomatische Aktivitäten kann Maltzan zumindest nicht in einer pauschal anmutenden Weise unterstellt werden, wenngleich die damit einhergehende Kritik grundsätzlich durchaus Beachtung verdient.[719]

Denn nachweisbar ist, dass der Diplomat zunächst einmal danach strebte, von vielen Seiten möglichst zuverlässige und aussagekräftige Informationen zu sammeln und diese sorgfältig und kritisch auszuwerten, um sich ein in der Sache verbessertes Bild machen zu können: Für diese allgemeine Informationsbeschaffung in der russischen Frage war zum Beispiel die Tätigkeit des deutschen Gesandten in Bern, Adolf Müller, von erheblicher Bedeutung. Mit einer Reise eines deutschen Kaufmanns, der mit Namen Knoll angegeben wurde und sich mit dem Angebot von beschlagnahmten oder ausfuhrverbotenen Medikamenten „bei den zuständigen Stellen in Sowjet-Russland“ einführen sollte, nahm das Auswärtige Amt nach einem Aktenvermerk vom 13. Februar 1920, der am Schluss am rechten Rand unter anderem die Paraphe Maltzans vom gleichen Datum trägt, aber ebenso in Aussicht, „sich über die letzten politischen Vorgänge in Sowjetrussland“ noch ein weiteres, möglichst „objektives Urteil zu bilden“, wobei die Kosten mit 30.000 Mark veranschlagt wurden.[720] Und mit Paraphendatum Maltzans vom 18. Februar 1920 findet sich schließlich ein Vermerk bei den Akten, der die Fortsetzung „der früheren Tätigkeit des Konsulats in Wiborg in beschränktem Umfange“ empfahl, „um zunächst bolschewistische Zeitungen zu beschaffen und zum anderen, um dort einen Gewährsmann zu haben, welcher über die heimlichen Grenzübergänge nach Petersburg und über die Verhältnisse in dieser Stadt informiert ist.“ Hierzu notierte der Diplomat dann noch ergänzend, „bei der Wichtigkeit der russischen Frage“ und der „Notwendigkeit“, die Entscheidungen der Regierung „durch möglichst zuverlässige Information zu erleichtern“, müssten ohnehin alle Quellen erschlossen und insoweit „alle aussichtsreichen

---

Zur Bevollmächtigung Kopps vgl. Tschitscherin an AA, 29.1.1920, ebd., R 2028, MF 14972. Die Vorlage trägt am rechten unteren Rand die Paraphe Maltzans vom 31.1.(1920). Mit Paraphendatum vom 17. Februar erstellte Maltzan eine von Müller unterzeichnete Bestätigung für Kopp, „dass die Deutsche Regierung (ihn) als Bevollmächtigten der russischen Sowjetregierung für die Regelung von Kriegsgefangenenangelegenheiten“ anerkennen würde. Das Schreiben v. 17.2.1920 trägt die Unterschrift Müllers und wurde per Einschreiben an Kopp, Fasanenstr. 27, Berlin gesandt, ebd., R 2029, MF 14974.

[718] Siehe dazu Sütterlin, S.137, Anm.95 in Bezug auf die Berichte Saengers vom 22.1., 27.1. und 23.2.1920.

[719] Gegensätzlich vgl. z.B. Krüger, Außenpolitik, S.115.

[720] Aktenvermerk v. 13.2.1920, PA, R 2029, MF 14973. Die Vorlage ist als geheim und mit „eilt sehr“ gekennzeichnet. Über ein wohl ebenso in diesem oder einem ähnlichen Zusammenhang stehenden „Zahlungs- und Verrechnungsverfahren“ „bei K.Mosk“ siehe auch die Aufz. vom 14.2.1920, ebd., R 2064, die Maltzan an Bartels verwies.

Gelegenheiten benutzt werden.“[721]

Die Maltzan zuzurechnende allgemeine Haltung blieb unterdessen vorerst konstant: Eine Wiederaufnahme der „amtlichen Beziehungen in vollem Umfange“, so stellte er zu dem ersten Punkt des bereits oben angesprochenen und sechs Punkte umfassenden Vorschlags Kopps als seine Empfehlung für eine entsprechende Entscheidung des Kabinetts fest, läge derzeit „nicht im beiderseitigen Interesse“ und trug dazu eine einsichtige Erklärung vor: Die Ententemächte würden „aus einem derartigen offiziellen Beschluß für beide Teile unangenehme Konsequenzen ziehen“.[722]

Ein wesentlicher Grund für diese merkliche Russland-politische Zurückhaltung lag jedoch auch darin, dass die Machthaber in Moskau weiterhin die kommunistische Agitation in Deutschland unterstützten. Der Botschaftsrat hatte insoweit schon in der erwähnten Aufzeichnung vom 20. Januar 1920 festgestellt, dass „Sowjetrussland sich zu der jetzigen deutschen Regierung sehr unfreundlich gestellt hätte und Lenin in seiner letzten Neujahrsbotschaft die Einführung der Räterepublik in Deutschland als Ziel bezeichnet hätte.“[723] Bei den Akten befindet sich des Weiteren eine Aufzeichnung vom 4. Februar 1920, die nach einem handschriftlichen Vermerk im Kopfteil der Vorlage von Rosenberg stammte und die Maltzan zu den Akten legen ließ. Hier wurde nachdrücklich der Ansicht Ausdruck verliehen, dass die Friedensbereitschaft der revolutionären Regierung in Moskau nur als „erheuchelt“ bezeichnet werden könne und es ja allseits bekannt sei, „dass der russische Bolschewismus erobernd nach Westen vordringen“ wolle.[724]

Aufgrund der ablehnenden alliierten Haltung zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Deutschland in dieser Frage sowie aufgrund der Notwendigkeit von gegenseitigen Handelsbeziehungen schien es dem Diplomaten gleichwohl geboten, eine „russische Option“ Deutschlands trotz des revolutionären Charakters der sowjetrussischen Außenpolitik nicht grundsätzlich zu verneinen und für die Zukunft offen zu halten. Abwägend hieß es daher dann in diesem Kontext zugleich auch, „trotz aller Bedenken“ erscheine es „nicht klug, dies Sowjetangebot rundweg abzulehnen“. Maltzan schlug insoweit vor, „auf Antrag II prinzipiell mit der Modifikation einzugehen, dass dem privaten Handel zwischen Deutschland und Sowjetrussland keine Schwierigkeiten mehr in den Weg gelegt werden und, da Sowjetrussland zunächst nur den Regierungshandel gestattet, statt der von Kopp gewünschten amtlichen Handelsagenturen in beiden Ländern Vermittlungsstellen zwecks technischer Durchführung und Verrechnung einzurichten.“ Diese Vertretungen hätten den „Vorzug, dass sie keine Exterritorialität genießen und deshalb besser kontrolliert werden“ könnten.[725]

---

[721] Ebd. Der Vermerk trägt den Zusatz „zu K.Mosk.28, Ang.24“. Siehe dazu auch G.A. Maltzan, 16.3.1920, ebd., R 31657 (K 103645-47) sowie zuvor schon die Aufz. mit unbekannter Unterschrift v. 9.2.1920, ebd., R 2064. Die Vorlage trägt am unteren Rand der letzten Seite auch die Paraphe Müllers o.D.
Mit Paraphendatum vom 10. Februar 1920, ebd., vermerkte Maltzan unter diesem 9 1/2-seitigen Bericht „zusammenfassend“, dass die dortigen „Angaben mit Ausnahme einiger Übertreibungen sich mit meinen Informationen genau decken.“ Am linken Rand der Aufzeichnung finden sich zudem zahlreiche Bemerkungen von der Hand Maltzans. Hier bestätigte er u.a. die Bemerkung, dass die „Agitation“ in Polen „geschickt und, wie es scheine, mit einem gewissen Erfolg [...] arbeite“, am linken Rand der Vorlage mit einem hschr. „ja“. In der Vorlage wurde zudem die Befürchtung geäußert, dass Polen möglicherweise ab der ersten Märzhälfte 1920 überrannt werde, dass die bolschewistische Armee dann „wenige Märsche vor Berlin stände“ und das isolierte Ostpreußen einem Angriff „nicht lange stand halten könnte“. Dies kommentierte Maltzan recht kühl mit der Bemerkung, sobald dies einzutreten drohe, „müsste man sich rechtzeitig arrangieren.“

[722] Aufz. Maltzan, 20.1.1920, ADAP A III, Nr. 13, gedruckt u.a. auch bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.32, S.78-82.

[723] Aufz. Maltzan, 20.1.1920, ADAP A III, Nr. 13.

[724] Aufz. o.U., 4.2.1920, PA, R 2029, MF 14973.

[725] Aufz. Maltzan, 20.1.1920, ADAP A III, Nr. 13.

Der Botschaftsrat brachte darüber hinaus gewichtige, tatsachenorientierte Argumente hervor. Er trug vor, die „militärischen Erfolge Sowjetrusslands“ hätten „ohne Zweifel die konterrevolutionären Armeen Judenitschs, Koltschaks und Denikins erledigt“. Zudem sei ein „wirksames“ militärisches Vorgehen der Entente gegen Sowjetrussland in praktischer Hinsicht „undurchführbar“. Absehbar sei daher, dass man „für die nächste Zeit mit Sowjetrussland oder mit einer aus ihm durch die Verschiebung nach rechts entwickelten Staatsform rechnen müsse“, zumal es Anzeichen gebe, „dass Sowjetrussland das starre System verlassen hat.“ London habe dies bereits erkannt und auch von Seiten deutscher Firmen und Interessentenkreise seien verschiedene Anträge gestellt worden, „ihnen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten wie den Engländern in Russland zu schaffen“ – eine Forderung, die Maltzan schon aufgrund der bekannten „Notwendigkeit, für unsere Volkswirtschaft unentbehrliche Rohstoffe in Russland zu sichern“, weitgehend teilte und unterstützte.[726]
Des Weiteren markierte der Diplomat an dieser Stelle ebenso allgemeine außenpolitische Interessen, die durch eine aktive deutsche Russlandpolitik Unterstützung finden sollten. Für ihn war jedenfalls klar, dass auch die schon vorhandene bzw. zu erwartende alliierte, insbesondere die britische Russlandpolitik eine Gegenreaktion erfordere. Den Bedenken, die gegen eine Zulassung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Sowjetrussland sprächen, müsse daher vor diesem Hintergrund entgegengehalten werden,

> „dass das Vorgehen Englands uns selbst zu dieser Konzession gezwungen hat und dass unsere Position der Entente gegenüber durch gradweises Ausspielen unserer Beziehungen zu Russland gestärkt werden kann. [...] Der Lauf der Kopenhagener Verhandlungen [zwischen England und Vertreter der sowjetrussischen Regierung, Anm.d.Verf.] ist hier eingehend verfolgt worden, und es erschien mit Rücksicht auf das englische Spiel notwendig, auch unsererseits die Fühlung mit dem Osten zu behalten.“[727]

Dieses Plädoyer für eine „Annäherung an Sowjetrussland in vorsichtiger Form“[728] - in erster Linie in der Form einer Förderung deutsch-russischer Wirtschaftsbeziehungen - war somit von Anfang an nicht losgelöst von den Bestrebungen anderer großer Mächte, insbesondere Großbritanniens, zu deren Aktivitäten ebenfalls Informationen[729] eingeholt wurden. Es gewann im Auswärtigen Amt

---

[726] Ebd.
[727] Ebd. Siehe in diesem Kontext auch Aufz. Maltzans vom 30. Januar 1920, PA, R 2028, MF 14972. Hier heißt es u.a., dass die Sowjetregierung mittlerweile „ernstlich an die Durchführung ihrer Pläne betreffs Revolutionierung von Zentral-Asien und Indien denken“ könne. Die Ereignisse der letzten Monate hätten „infolgedessen die englische Öffentlichkeit aufs lebhafteste beunruhigt“ und seit dem November vorigen Jahres mache „sich in englischen politischen Kreisen das deutliche Bestreben bemerkbar, die Verbindung mit Sowjet-Russland aufzunehmen.“
[728] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.63.
[729] Siehe hierzu z.B. eine Aufz. vom 10. Februar 1920, die besagte, „Karl von Jaroszynsky“ sei derzeit „der wichtigste und einflußreichste Berater der Entente in russischen Fragen“, PA, R 2029, MF 14973. In Bezug auf anderweitige ostpolitische Aktivitäten der Ententemächte ließ Maltzan mit einem hschr. Randvermerk und Paraphendatum vom 17. Januar 1920 eine Konferenz der Randstaaten, zu deren „(Abschluss)Festlichkeiten“ Ententevertreter eingeladen worden seien, mit „besonderer Auf(me)rksamkeit“ verfolgen, Brück an AA, 15.1.1920, ebd., R 10200. Vgl. des Weiteren Henkel an Maltzan, 13.2.1920, ebd., sowie Hentig, Mein Leben, S.224f., nach dessen Erinnerung Maltzan ihm den „Versuch“ anheimgestellt habe, „die De-jure Anerkennung Estlands von Zugeständnissen in der Agrarreform abhängig zu machen.“ Bei ebd., S.227, heißt es dazu u.a. auch: „Mit einem Handels- und Freundschaftsvertrag schlossen wir nach knapp zwei Jahren die Festigung unseres anfangs so wenig glücklichen Verhältnisses ab. (…) Die Besserung unserer Beziehungen an Ort und Stelle war aber auch im vollen Maße ein Verdienst unserer verständnisvollen Ostabteilung, in erster Linie von Maltzan (…) (u.a.) zuzuschreiben.“

zudem immer dann an Zuspruch und in Richtung Moskau an erhöhter Kompromissbereitschaft, wenn sich „ausländischer Konkurrenzdruck“ verstärkte.[730]
Allerdings barg diese, von Maltzan vorformulierte Grundhaltung durchaus erhebliche Risiken. Und das diesbezüglich auch nachfolgend immer wieder thematisierte Argument lautete, eine Verbesserung der Beziehungen zu Sowjetrussland werde die Gefahr „erhöhter Propaganda der Sowjets in Deutschland“ weiter erhöhen.
Der Diplomat wies die damit einhergehenden innenpolitischen Gefahren jedoch zu diesem Zeitpunkt zurück: Eine starke kommunistische Propagandatätigkeit fände ja „schon jetzt statt“ und sei ohnehin „bei der schwachen Grenzkontrolle nicht zu verhindern“. Zudem werde man, so lautete in diesem Kontext sein Gegenargument, durch geregelte Handelsbeziehungen stattdessen viel eher die Möglichkeit haben, „die bekannten Handelsvertreter der Sowjets zu überwachen.“[731]
Als „Ausgangspunkt“ für die vor diesem Hintergrund einzuleitenden deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen schlug Maltzan vor, „die Frage des Austausches der Kriegsgefangenen“ zu wählen. Eine abwartende Haltung könne sich Berlin jedoch nicht leisten. Vielmehr sei ab sofort Aktivität und Initiative zu fordern:

> „Auf alle Fälle gestattet die jetzige Situation nicht, dass wir die weitere Entwicklung der Verhandlungen der Entente mit Sowjetrussland abwarten, ohne auch unsererseits aktive Stellung zu nehmen und dem hiesigen Vertreter auf seine offizielle Anfrage möglichst bald eine derartige Antwort zu geben, die uns alle Möglichkeiten einer baldigen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland sichert.“[732]

Diese Argumentationsbasis fand bei Staatssekretär Haniel allerdings zunächst nur bedingt Zustimmung: Die sowjetrussische Regierung, so lautete sein grundlegender Einwand, würde ihre nach Berlin entsandten Vertreter „trotz aller Versprechungen doch zu einer bolschewistischen Propaganda“ anhalten. Darüber hinaus sei zu befürchten, „dass bei der bekannten Stellung der französischen Regierung zur Sowjetregierung und bei ihrem Misstrauen gegen Deutschland die Aufnahme offizieller Beziehungen mit Russland unser Verhältnis zu Frankreich noch mehr belasten“ werde. Und auch wenn die „Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen nicht zu umgehen“ sei, so müsse „diese tunlichst der privaten Initiative überlassen“ bleiben. Die deutsche Regierung werde jedenfalls „keine offizielle wirtschaftliche Vertretung Sowjetrusslands in Deutschland“ gestatten und in der Öffentlichkeit sollte über die „ganze Angelegenheit der Aufnahme der Beziehungen mit Russland“ möglichst gar nichts bekannt werden.[733]
Ob Maltzans demgegenüber offenere Russland-politische Position, die ja auch in dem von Haniel skizzierten Kontext keineswegs unvorsichtigen Schritten das Wort redete, gegenüber diesem eher ablehnenden Votum des Staatssekretärs unterliegen würde, blieb noch völlig offen. Jedoch soll, so heißt es in den Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, ebenfalls am 20. Januar 1920 „unter dem Vorsitz des Reichskanzlers“ „wahrscheinlich“ eine „Chefbesprechung“ über die „Russische Frage“ stattgefunden haben, an der offenbar alle derzeit maßgeblichen Akteure in der Weimarer

---

[730] Vgl. Perrey, S.35.
[731] Aufz. Maltzans, 20.1.1920, gedruckt u.a. bei Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.32, S.78-82, S.82.
[732] Ebd.
[733] Der entsprechende Randvermerk Haniels ist u.a. gedruckt bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.32, S.78f., Anm.a.

Außenpolitik teilnahmen. Und das Ergebnis dieser Sitzung trug Außenminister Müller auf, ein Rechtsgutachten über die Vereinbarkeit einer deutschen Aufnahme wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu Russland mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages durch das Auswärtige Amt vorbereiten zu lassen.[734]

Im Rahmen dieser vorerst abwartenden und doch aktiven Haltung war die Fortsetzung ergänzender konzeptioneller Reflexionen in der russischen Frage zweifellos geboten, zumal sich die innenpolitische Lage auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches fortlaufend veränderte. So übermittelte Maltzan mit Datum vom 10. Februar 1920 gemeinsam mit Hey Außenminister Müller einerseits im Einklang mit seiner bereits zuvor geäußerten Einschätzung die Nachricht, dass möglicherweise tatsächlich mit einer Annäherung der Bolschewiki an die Sozialrevolutionäre und mit einer Reformierung des Wirtschaftssystems zu rechnen sei.[735] Zugleich aber versicherte der Botschaftsrat in einem Gespräch mit dem englischen General Malcolme in der Sache durchaus zutreffend, dass es derzeit keine konkreten deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen außerhalb der Kriegsgefangenenfrage gebe. Und zugleich machte er seinem Gesprächspartner mit zynischem Unterton deutlich, dass Deutschland aufgrund der fortgesetzten Schwächung durch die Alliierten mittlerweile ja ohnehin nicht in der Lage sein würde, „der roten Flut Widerstand zu leisten“, falls die Bolschewisten Polen tatsächlich überrennen würden. [736]

Diese Bitterkeit war keine Einzelerscheinung. Aus deutscher Sicht ließen die Alliierten eine positive, konstruktive Unterstützung zur Stabilisierung der deutschen Demokratie vermissen: So wirkte sich zum Beispiel eine scharfe Rede des Vorsitzenden der Interalliierten Kommission für das Baltikum, General Niessel, vor dem Kammerausschuss in Paris am 12. Februar 1920 auf die Stimmung in Berlin äußerst negativ aus. Denn hier wurden im Grunde alle vorherigen, als aufrichtig zu bezeichnenden deutschen Verständigungsbemühungen zunichte gemacht, die auch Maltzan im Gleichklang mit der neuen deutschen Regierung in Berlin bei der Lösung des deutschen Truppenabzuges aus dem Baltikum durchaus mit Loyalität gegenüber den Ententemächten an den Tag gelegt hatte. In der diesbezüglich in der Wilhelmstraße angefertigten Vorlage hieß es jedenfalls, Niessel sei „mit keinem Wort auf die Mission“ eingegangen, „mit der der General in Deutschland lediglich beauftragt war“, nämlich mit der Räumung des Baltikums. Dagegen habe er auf eine angebliche „ungeheure Verschwörung in Deutschland zur Umgehung des Friedensvertrages“ hingewiesen und auf die weitgehende militärische Organisation Deutschlands sowie die fortgesetzte Fabrikation von Kriegsmaterial aufmerksam gemacht, die Deutschland – dank seines angeblich revanchelustigen Generalstabs – jederzeit zur Wiederholung seiner Angriffe befähigen würde. Darüber hinaus habe der französische General behauptet, die deutsche Regierung spiele mit dem Bolschewismus und Spartakismus, obwohl Niessel am 13. Januar 1920 selbst in Berlin gewesen sei,

---

[734] Vgl. Dazu ADAP A III, Nr. 8, S.29, Anm.3 in Bezug auf AdR, Kab. Bauer, Nr. 169. Demnach sollen Einladungen an die Minister Müller, Schiffer, Hell, Schmidt und Erzberger ergangen sein. Ein Protokoll der Besprechung konnten die Bearbeiter nicht ermitteln.

[735] Aufz. Maltzan und Hey, 10.2.1920, PA, Ru 61, Bd.182, zit. nach Sütterlin, S.177, Anm.23, der m.E. nicht überzeugend behaupten kann, eine „kritische Überprüfung“ von positiven Russland-politischen Nachrichten sei von Maltzan und Hey vernachlässigt worden. Die Nachrichtenlage war offenkundig komplex und kompliziert.

[736] Mit Paraphe vom 12.2.1920 übermittelte Maltzan u.a. dem Reichsminister, dem Staatssekretär und seinem Ministerialdirektor eine Aufzeichnung über ein Gespräch, dass er mit General Malcolme geführt habe, Aufz. Maltzan, PA, R 2029, MF 14973. Darin heißt es u.a. „Malcolme kam dann auf die Bolschewisten-Gefahr zu sprechen und deutete an, dass er sich doch in der Kraft der Bolschewisten sehr getäuscht habe. Ich hielt ihm vor, dass die militärischen Erfolge hauptsächlich von dem Zeitpunkt des Beginns der Unterhandlungen in Kopenhagen ab datierten.“

als der Putschversuch der Unabhängigen durch die Sicherheitswehr niedergeschlagen wurde. Die Vorlage warf Niessel daher auch insoweit Verblendung und „Deutschenhaß“ vor, da er schon allein daraus hätte erkennen können, „wie haltlos die Verdächtigung ist, die Reichsregierung benütze den Bolschewismus als Vogelscheuche gegenüber der Entente.“[737]

Die Rede Niessels blieb für die deutsche Russlandpolitik nicht ohne Wirkung. Denn unmittelbar danach war in Berlin so etwas wie eine außenpolitische Trotzreaktion zu spüren: In der Kabinettssitzung vom 13. Februar 1920 trug Wirtschaftsminister Robert Schmidt vor, jetzt sei der Augenblick gekommen, wirtschaftliche Beziehungen mit Russland anzuknüpfen. Er regte an, den sich in der deutschen Hauptstadt zum Zwecke von Handelsstudien aufhaltenden Vertreter der Sowjetregierung halboffiziell als Bevollmächtigten zur Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen anzuerkennen, während Deutschland einen Vertreter mit ähnlichen Vollmachten nach Moskau entsenden solle.

Außenminister Müller stimmte diesen Ausführungen zu. In Handels- und Industriekreisen, so lautete sein Votum, dränge man neuerdings ohnehin auf eine Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten. Es sei des Weiteren wichtig, in dem zeitlichen Augenblick an Russland heranzutreten, in dem es daran ginge, sein Transportwesen zu reorganisieren. Man werde im Ganzen einen ähnlichen Weg beschreiten, wie dies England mit seinen Verhandlungen mit der sowjetrussischen Regierung in Kopenhagen vorgeführt habe. Falls die Herstellung der wirtschaftlichen Beziehungen von der Moskauer Regierung doch politisch missbraucht würde, müsse die „Tür“ eben „wieder zugeschlagen“ werden.[738] Das Kabinett erklärte „nach eingehender Aussprache“ sein Einverständnis. Widerspruch gegen die beabsichtigte Wiederanknüpfung von Beziehungen zu Sowjetrussland wurde „von keiner Seite geltend gemacht“. Und die Gründe hierfür lagen nunmehr im Wesentlichen in der Annahme, dass zum einen ein baldiger Sturz der Bolschewisten nicht zu erwarten sei, und zum anderen in der Auffassung, dass eine „Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu Russland zu spät“ erfolgen könnte. „Falls uns die Entente hieraus Vorwürfe“ mache, so hielt Müller in einer Aufzeichnung vom 16. Februar 1920 fest, würde man deutscherseits darauf hinweisen, dass Berlin lediglich „ähnliche Verhandlungen“ führe, „wie sie in Kopenhagen schon längere Zeit zwischen Vertretern Englands und Sowjetrussland“ stattfänden. Da „die Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen die bolschewistische Propaganda im Inland“ jedoch unterstützen könne, sei insbesondere diesbezüglich „Vorsorge“ zu treffen. Die Beziehungen zu Sojwetrussland wären jedenfalls nur „in vorsichtiger Form“ wieder aufzunehmen, „und zwar zunächst in der Gefangenenfrage“.[739]

Hierüber geben weitere Dokumente Auskunft: Nach einer Aufzeichnung Maltzans vom 16. Februar 1920 fand an diesem Tag ein Gespräch zwischen Müller und Kopp statt, wobei der deutsche Außenminister im Hinblick auf die Schwierigkeiten im russisch-deutschen Gefangenenaustausch direkte Verhandlungen forderte, wozu die Verhandlungen Englands mit dem Bevollmächtigten der

---

[737] Aufz. Haniel, 15.2.1920, ADAP A III, Nr. 33. Der Entwurf der Aufz. stammte von Dirksen; Maltzan verwies die Vorlage mit Paraphe vom 15.2. an Haniel „für Pressekonferenz“.

[738] AdR, Kab. Bauer, Nr.169 unter dem 2. Tagesordnungspunkt mit dem Titel: „Wiederanknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zu Russland“. Siehe dazu auch die über das Protokoll hinaus von Reichsinnenminister Koch in einer Tagebuchaufzeichnung vom 13.2. mitgeteilten Einzelheiten, BAK, NL Koch-Weser, Nr. 21, Bl. 84 f., vgl. auch Zeidler, S.32.

[739] Aufz. Reichsaußenminister Müller, 16.2.1920, ADAP A III, Nr. 35.

Sowjetregierung in Kopenhagen einen analogen Vorgang böten.[740] Nichtsdestoweniger wollte man sich in der Wilhelmstraße noch nicht mit einer fortwährenden Präsenz *sowjet*russischer Verhandlungspartner abfinden: So berichtete Müller unter dem 20. Februar 1920 nach einem Entwurf Maltzans vom gleichen Datum Reichswehrminister Noske[741], dass ein „Herr von Braun" dem Auswärtigen Amt die Dienste eines „Herrn (v)on Römmer" angeboten habe, „um Beziehungen mit den russischen Generälen Russilow, Everth und Iwanow aufzunehmen. Er habe auf die „große Bedeutung einer Verbindung mit der russischen Militärpartei" hingewiesen, „die über kurz oder lang doch die Herrschaft der Bolschewiki ablösen würde."[742]

Die bisherige Forschung hat hinsichtlich der Reflexionen innerhalb der deutschen Außenpolitik Anfang 1920 aber vor allem eine anderweitige Aufzeichnung mehrfach hervorgehoben: Die auf den 4. Februar 1920 zu datierende, so genannte Ostdenkschrift General von Seeckts.[743] Demgegenüber muss an dieser Stelle aber bereits darauf hingewiesen werden, dass der hier zu findende, offensiv und zum Teil sogar aggressiv anmutende Vortrag weder die Russland- noch die allgemeine Ostpolitik *des Auswärtigen Amts* charakterisierte und ihr insgesamt betrachtet fern stand.

Aus der Sicht der Wilhelmstrasse viel relevanter, praxisbezogener und schon insoweit bedeutsamer war hingegen eine Denkschrift vom 17. Februar 1920[744], die Maltzan offenbar eindringlich zur Kenntnis nahm und die von John Hiden zu Recht als einflussreiche, „earliest and clearest justification for an ‚active' Weimarer *Ostpolitik*" interpretiert worden ist.[745] Und die darin enthaltenen Vorschläge von Industriemanagern wie Walther Rathenau und Felix Deutsch sowie des Bankiers Alexander von der Deutschen Orient-Bank waren gegenüber den rückwärtsgewandten großmachtpolitischen Illusionen Seeckts durch ausgewogene Russland-politische Erwägungen gekennzeichnet.

---

[740] ADAP A III, Nr.34. Nach ebd., S.63, Anm.2 stamme der Entwurf der Vorlage von Maltzan, vgl. dazu auch die Vorlage im Original bei PA, R 2029, MF 14974.

[741] Zu Gustav Noske siehe die Biographie von Wette.

[742] Müller an Noske, 20.2.1920, ebd., R 2064. Maltzan hielt Braun allerdings für einen „absolut nicht ernst zu nehmenden Schwätzer, der durch seine Schiebertätigkeit im Zusammenhang mit der Deutsch-Russischen Handelsgesellschaft bei Deutschen und Russen schwer kompromittiert" sei. Die Vorlage trägt am Schluss am rechten unteren Rand die Paraphe Maltzans vom gleichen Datum. ADAP A III Nr. 39, S.70 weist Maltzan hier lediglich eine Abzeichnung der Vorlage zu. Das Schreiben stammt jedoch ursprünglich von Maltzan, Müller hat es nach einigen hschr. Korrekturen und Ergänzungen v.a. auf der ersten Seite und am Schluss abgezeichnet.

[743] Vgl. Meier-Welcker, Seeckt, S.294f.; Zeidler, S.32; Linke, Der Weg nach Rapallo, S.62, mit Anm.18., hier mit weiteren Literaturangaben. Bei der Schrift handelt es sich um eine Niederschrift General Hans v. Seeckts vom 4. Februar 1920 mit dem Titel „Deutschland und Russland", das hschr. Orginal bei BAF, NL Seeckt, N 247, Bd.92. Bisweilen wird auch die Aufzeichnung Seeckts vom 26. Juli 1920, ADAP A III, Nr.218 bzw. Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.38, S.89ff. als einschlägiges Denkbeispiel amtlicher deutscher Russlandpolitik berufen. Zur außenpolitischen Haltung Seeckts vgl. auch Seeckt, Deutschland zwischen Ost und West (1933).

[744] Die hier nachfolgend aufgrund ihrer Bedeutung ausführlicher zitierte Vorlage ist entnommen aus PA, R 2029, MF 14974 und trägt am linken unteren Rand die Paraphe Maltzans vom 18. Februar 1920. Vgl. auch AdR, Kabinett Bauer, Nr. 169: Kabinettssitzung vom 13.2.1920, S.602f., Anm.4-8. Die Denkschrift ist mit fünfzehn Seiten recht umfangreich.

Bei Linke, Der Weg nach Rapallo, S.62, heißt es zu abschwächend, die Vorlage sei angeblich mit den Denkschriften Seeckts seit Februar 1920 vergleichbar gewesen, nur habe dieser „das machtpolitische Kalkül schärfer und einseitiger betont." Die Kritik von Zeidler, S.31, der sich auch Scheidemann, S.537 anschließt, in der Vorlage von Rathenau, Deutsch und Alexander sei die Vorstellung vorherrschend, „dass man Regierung und Partei in Russland trennen könne" und hier wäre daher „Sowjetrussland in den alten Mustern einer nationalstaatlichen Psychologie" gedeutet worden, überzeugt m.E. nur bedingt. Bei Pogge von Strandmann, Rathenau zwischen Politik und Wirtschaft, S.99 heißt es, diese „erste Anregung zur Erneuerungen der Beziehungen mit Sowjetrussland nach dem Ersten Weltkrieg scheint von Rathenaus Kollegen in der AEG, Felix Deutsch, herzurühren. Es war jedoch Rathenau, der sich sehr dafür eingesetzt hat und schließlich den Rapallovertrag mit Russland unterzeichnete."

[745] Hiden, The Baltic States, S.33f. Vgl. dazu auch Schölzel, S.238f.

Die Unterzeichnenden legten in diesem Zusammenhang Gründe für ihre Ansicht vor, „dass ein politisches und wirtschaftliches Zusammenwirken mit unseren östlichen Nachbarn das Ziel der deutschen Politik sein sollte“. Das „bisherige abwartende Verhalten der deutschen Politik zu den östlichen Problemen“ sei, so argumentierte die Vorlage, „nicht mehr aufrecht zu erhalten“. Zudem bestehe auch unter der Respektierung des Versailler Vertrages nach Artikel 292 VV für die deutsche Demokratie jedenfalls in Russland-politischer Hinsicht durchaus eine weitgehende außenpolitische Vertragsfreiheit, zumal die Entente bereits selbst „eine Verständigung mit Sowjet-Russland suche“, wenngleich diese „jedoch mit diplomatischem Geschick erst auf allen möglichen Wegen vorbereitet“ werde, „bevor sie auch offiziell die Verhandlungsfähigkeit des Bolschewismus anerkennt.“ Und schließlich sei bekanntermaßen auch deshalb dringend Handlungsbedarf angezeigt, weil die grundsätzlich bestehende deutsche Vertragsfreiheit wieder aufgehoben werde „durch die Bestimmungen im Artikel 117 des Friedensvertrages, die Deutschland im voraus verpflichten, alle die Verträge anzuerkennen, die von Ententestaaten mit solchen Staaten abgeschlossen werden, die sich auf dem Gesamtgebiet des ehemaligen russischen Reiches gebildet haben oder noch bilden werden“:

> „Auf den Inhalt dieser Verträge kommt alles an; es besteht die theoretische Möglichkeit, dass die Entente Verträge abschliesst, die den Verkehr zwischen Deutschland und russischen Staaten verbieten oder doch wenigstens einschränken.“[746]

Rathenau und die beiden anderen Verfasser dieser Denkschrift vertraten insofern die Auffassung, „dass gerade die Bestimmungen im Artikel 117 Deutschland veranlassen sollten, auf eine beschleunigte Inverbindungtretung mit den russischen Staaten bedacht zu sein“.[747]
Das Votum für eine aktivere Russlandpolitik wurde also bereits Anfang 1920 unter anderem von dem späteren Außenminister Walther Rathenau vertreten, und zwar aus sachlich begründeter und intensiv reflektiert anmutender Perspektive. Der Hauptgegenstand der Argumentation kristallisierte sich in der Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen und nicht in macht- bzw. großmachtpolitischen Wünschen, Einflüssen oder Zielvorstellungen. „Wie wichtig besonders für Deutschland die Frage der Versorgung mit Rohstoffen aus den russischen Bodenschätzen ist“, so hieß es hier unter anderem, bedürfe doch an für sich „keines besonderen Hinweises“:

> „Es mag aber betont werden, dass schon jetzt seitens der Sowjet-Regierung die Frage von Konzessionserteilungen für Bergwerke und dergleichen an fremde Unternehmer mit russischen Beteiligungen ins Auge gefasst wird, und dass es für die deutsche Industrie von grösster Wichtigkeit ist, hierbei nicht ins Hintertreffen zu geraten.“[748]

Nichtsdestoweniger brachte die Denkschrift auch „nahezu alle zentralen Probleme deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik gegenüber Sowjetrussland und der späteren Sowjetunion zum Ausdruck“[749]: Es komme jetzt darauf an, so trug Rathenau gemeinsam mit Deutsch und Alexander des Weiteren vor, im Rahmen einer „natürlichen Interessengemeinschaft“ eine „tragfähigere Brücke auch zu künftigen Konstellationen in Russland“ zu bilden und die bisherige Zurückhaltung

[746] PA, R 2029, MF 14974.
[747] Ebd.
[748] Ebd.
[749] Vgl. Perrey, S.36.

deutscherseits aufzugeben. Denn „die deutsche Politik“ habe ja gerade „im gegenwärtigen Augenblick Russland gegenüber keine Zeit mehr zu beschaulichem Abwarten“. Und ohnehin müsse sie sich alsbald „entscheiden“, da ihre zukünftigen außenpolitischen Möglichkeiten „einzig und allein durch die Art ihrer Politik“ im aktiven Sinne geprägt werden würden und „nicht durch irgend eine wie auch immer gestaltete Passivität“:

> „Denn das ist das Entscheidende: Deutschland wird entweder eine Kolonie der europäischen Ententestaaten [...] oder es gelingt ihm, die im Osten Europas vorhandenen politischen Möglichkeiten zu verwirklichen und ein bescheidenes Maß von Selbstständigkeit und Freiheit zu erringen, das es vor den schlimmsten Entbehrungen und Bedrückungen schützt. Zu den nachbarlichen Beziehungen und den wirtschaftlichen Ergänzungen, die Mittel- und Osteuropa miteinander verbinden, treten die gemeinsamen Nöte und bei Russland und Deutschland das gemeinsame Schicksal der Besiegten hinzu. Die hier gegebenen Berührungspunkte klug und sorgfältig auszunutzen und durch ihren Ausbau ein tragfähiges Gerüst deutscher Außenpolitik zu schaffen, das ist das Gebot, dessen Bedeutung wohl niemals stärker empfunden wurde, als in diesen Tagen, in denen das Auslieferungsgebot der Entente den deutschen Namen mit einem unaustilgbaren Schandmal für Jahrhunderte zu beflecken sucht.“[750]

Ein Revanchismus oder offensiv ausgestalteter Revisionismus gegenüber dem System von Versailles ging mit dieser eindringlichen Forderung zur Schaffung eines „tragfähigen Gerüstes“ für das deutsch-russische Verhältnis allerdings nicht einher. Vielmehr ist deutlich zu betonen, dass die drei Verfasser versuchten, diesbezüglich eine ausgewogene außenpolitische Positionierung anzuempfehlen, die zugleich den wirtschaftlichen Bedürfnissen der deutschen Industrie gerecht wurde. Darüber hinaus versprach eine derartige Haltung in der russischen Frage nicht zuletzt deshalb Aussicht auf Erfolg, da eine deutsche Vermittlerrolle und Brückenfunktion in Richtung Russland ebenso für den „Westen“ politische und wirtschaftliche Vorteile nach sich zöge, die die alliierten Hauptmächte in Europa und auch die Vereinigten Staaten nicht ohne Weiteres verleugnen könnten.[751] Diese Empfehlungen, deren praktische Umsetzung insbesondere Rathenau in der Folgezeit förderte[752], wurden auch vom Russlandreferat des Auswärtigen Amts in Berlin als überzeugend und

---

[750] PA, R 2029, MF 14974. Mit letzterem Satz sprachen die Verfasser offenbar die in Art. 233 VV festgelegte Kriegsschuldfrage an. Ein Bericht bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 122, bezeichnete diese Bestimmung am 5.4.1921 sogar als „la base juridique du Traité de Versailles“, während zur gleichen Zeit (Frühjahr 1921) die von Benno von Siebert hrsg. Edition „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre“ erschien. Diese sollte aus deutscher Sicht den Beweis liefern, dass die Ententemächte am Kriegsausbruch zumindest mitschuldig waren, vgl. dazu u.a. Schröder, „Ausgedehnte Spionage“, S.436ff., mwN. auch zur zeitgenössischen Diskussion in der Geschichts- und Politikwissenschaft.
Zu den späteren Äußerungen Rathenaus zu Kriegsschuldfrage vgl. Simson an Schubert, 9.5.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10. Rathenau habe u.a. ausgeführt, es sei Deutschland „leider der Mund augenblicklich verschlossen“, „wir erwarteten (jedoch) das Urteil der Geschichte, aber mit voller Ruhe, und wären der festen Überzeugung, dass wir keinesfalls die allein Schuldigen wären.“ Des Weiteren wäre es ohnehin doch „immerhin sinnlos, ein ganzes Volk für schuldig zu erklären“.

[751] PA, R 2029, MF 14974. Es heißt hier insoweit u.a.: „Die Wiedererweckung des deutschen Einflusses in Russland bietet aber auch zugleich die Möglichkeit für Deutschland, Vermittler zwischen Russland und anderen Staaten, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika, zu sein. Diese Staaten rufen nach dem deutschen Mittlerdienst, weil die englisch-amerikanische Psyche noch weiter entfernt ist von der russischen Volksseele, als die deutsche, die wenigstens noch über die reiche Erfahrung der Vorkriegszeit verfügt. Dass ein solches wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Amerika auf russischem Boden auch andere außenpolitische Konsequenzen haben könnte, mag nur in Parenthese bemerkt sein, als ein Grund, der für die Wiederbelebung des russisch-deutschen Verkehrs und der russisch-deutschen Beziehungen spricht.“

[752] Vgl. Koenen, Die „Völkerwanderung von unten“, S.270f. in Bezug auf die Erwartungen Rathenaus. Hierzu wird dannein dann ein Brief Rathenaus an Professor Hoffmann vom 10. März 1920 zitiert, in dem es u.a. heißt: „Ich hoffe, dass die Arbeiten der Kommission die erste und entscheidende Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete bringen werden,

gewichtig eingeschätzt. Maltzan jedenfalls leitete die Denkschrift bereits am 18. Februar 1920 an alle maßgeblichen Stellen der deutschen Außenpolitik zur Kenntnisnahme weiter und machte sich im Rahmen seiner weiteren Tätigkeit auf Russland-politischem Gebiet fortan einige Wesentliche der dort formulierten grundsätzlichen Überlegungen zu Eigen. Zudem sollte aus seiner Sicht der in der Denkschrift von Seiten der Autoren vorgetragene Vorschlag zur Entsendung einer volkswirtschaftlichen Studienkommission nach Russland in der Tat einer näheren Prüfung unterzogen werden. So hielt der Diplomat mit Datum vom 6. März 1920 fest, dass an diesem Tag „Herr Geheimrat Deutsch, Dr. Alexander und Herr Regierungsbaumeister Pohl“ dem „Unterstaatssekretär Boyé“ über den „Plan der Entsendung einer privaten Studienkommission nach Sowjetrussland“ berichtet hätten. Dabei sei die Zusammensetzung der Kommission erörtert und mit dem 21. März 1920 die erste Zusammenkunft „in der Räumen der A.E.G.“ verabredet worden. Das Auswärtige Amt werde aber „dabei nicht vertreten sein, um den privaten Charakter des Unternehmens zu wahren.“ Die Abreise der Kommission sei etwa in vierzehn Tagen zu erwarten, die Öffentlichkeit solle darüber aber vorerst nicht weiter informiert werden.[753]

Auch von anderer, in dieser Zeit maßgeblicher publizistischer Seite wurde mittlerweile eine wirtschaftspolitische Kooperation mit Sowjetrussland nunmehr nicht mehr bekämpft, sondern deutlich unterstützt: Der mehrheitssozialdemokratische „Vorwärts“ sprach nach einem Bericht des französischen Vertreters Haguenin vom 24. Februar 1920 davon, Deutschland solle zwar keine intimen Beziehungen mit den Bolschewisten eingehen, jedoch zumindest die Konditionen untersuchen, unter denen - bei einer gleichzeitigen, möglichst effektiven Bekämpfung der kommunistischen Propaganda in Deutschland - eine pragmatische Lösung möglich sei. Dabei wollte man in Berlin, so Haguenin in Bezug auf weitere Stimmen aus dem gleichen politischen Lager weiter, jedoch unbedingt den Eindruck einer „Allianz“ mit Sowjetrussland vermeiden, um die deutsche, grundsätzlich verständigungsorientierte Politik gegenüber den Westmächten nicht zu kompromittieren.[754]

Außenminister Müller stellte allerdings weiterhin die wichtigste, auf deutscher Seite nach wie vor vorhandene Sorge in den Vordergrund, die die Wahrung wirtschaftlicher Interessen kontakarierte: Er betonte in einem Gespräch mit dem englischen Geschäftsträger in Berlin, Lord Kilmarnock, seine Auffassung, dass doch „die Sowjetregierung ihr Ziel, die Weltrevolution zu verbreiten, nicht aufgegeben habe“, was schon daraus erkennbar sei, dass die Regierung in Berlin nach wie vor in

---

denen diejenigen auf politischem Gebiet sich hoffentlich anschließen.“

[753] Aufz. Maltzan, 6.3.1920, PA, R 2029, MF 14976. Die Vorlage trägt u.a. die Paraphe Müllers. Zu Adolf Boyé (1869-1934) vgl. Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes, Bd.1, S.243f.; ADAP, Ergänzungsband zu den Serien A-E, S.423.

Unter dem 28.2.1920 findet sich bei den Akten eine Aufzeichnung Bartels für Maltzan, nach der Kopp, wie „von absolut zuverlässiger Stelle“ mitgeteilt worden sei, „die Verbindung mit Deutschen Vertretern der Wissenschaft und Industrie aufgenommen“ habe. Kopp beabsichtige, „zunächst eine Kommission namhafter Persönlichkeiten zusammenzustellen, die später nach Russland reisen sollen.“, G.A. Bartels, 28.2.1920, PA, R 2064. Mit Paraphendatum vom 29.2.1920 verwies Maltzan diese Mitteilung u.a. an den Reichsminister und Staatssekretär.

Zur Entsendung „d´une Commission allemande étudier la situation générale en Russie“ vgl. auch den ungezeichneten Bericht eines französischen Vertreters in Berlin, der die Entsendung einer solchen Studienkommission auch für die französische Russlandpolitik als unbedingt notwendig erachtete, Bericht No.517, 1.3.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 317, 4-7. Hier heißt es zum Schluss u.a.: « En tout cas, nous voulons savoir. Il est grand temps que nous voyions de nos yeux ce qui se passe dans cette terre inconue. Les expédiences que nous pourrons y faire profiteront aussi au reste de l´Europe. »

[754] Aufz. Haguenin, 4.3.1920, ebd., 25. Zu einem entsprechenden Antrag der Mehrheitssozialisten im Preußischen Landtag vom 22.2.1920 vgl. ebd., 26.

übelster Weise „von der Sowjet-Regierung ja fortwährend beschimpft werde.“ Dennoch werde es „in dem künftig reorganisierten Russland“ genug Platz „für die Betätigung aller westlichen Völker“ geben, zumal das „Drängen der Industrie nach Anknüpfung der Beziehungen“ in England „genau so vorhanden“ sei wie in Deutschland.[755]

4. Der neue Leiter des Russlandreferats im Auswärtigen Amt

Unterdessen beobachtete die französische Diplomatie die ersten Russland-politischen Schritte und Überlegungen der deutschen Republik weiterhin mit Argusaugen. Zuweilen wurde selbst jeder mehr oder weniger verdächtig erscheinende Flug deutscher Staatsangehöriger nach oder auch nur in Richtung Russland an das Quai d'Orsay gemeldet.[756]
Zwar versäumte Haguenin es im Rahmen seiner diesbezüglichen Berichte nicht, zu der am 3. Januar 1920 in der Zeitschrift „Die Glocke“ gestellten Frage, ob ein deutsch-russisches Abkommen nicht wünschenswert sei, ebenso die kritischen Stimmen in Deutschland zu referieren, die sich gegen eine derartige „politique d´expectative et d´incertitude“ mit Sowjetrussland wandten. Jedoch gebe es in der jetzigen deutschen Regierungskoalition gewichtige Stimmen, die die Notwendigkeit für eine solche vertragliche Vereinbarung mit Moskau sähen. Und diese Kräfte argumentierten, so Haguenin weiter, insbesondere mit Hilfte der Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV, die bekanntermaßen erhebliche deutsche Interessen auf diesem Gebiet bedrohten.[757]
Dass Deutschland dieses Bedrohungspotential als schwebend und gravierend einschätzte, war demnach also zwei Tage nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages in Paris bekannt. Haguenin empfahl seiner Regierung allerdings nicht, diesen Umstand für die Ausrichtung und für das konkrete Handeln der zukünftigen deutschen Russlandpolitik zu berücksichtigen. Die Berichterstattung des französischen Chefs „de la mission française d´information en Allemagne“ verbreitete letzten Endes Voreingenommenheit. Und noch ehe Maltzan überhaupt eine international beachtenswerte Position in der „Russischen Abteilung“ des Auswärtigen Amts in einem leitenden, verantwortlichen Sinne eingenommen hatte, lieferte Haguenin bereits einen erheblichen Beitrag zur Verbreitung von politischen und persönlichen Verdachtsmomenten gegen dessen Person und Politik. Er skizzierte den Botschaftsrat jedenfalls als konservativen, gefährlichen Diplomaten, unter dessen Einfluss schon in naher Zukunft eine gefährliche deutsche Russlandpolitik erwachsen könne:

> „Il est autrement franç par exemple, que le Baron Ago von Maltzan, « wirklicher Legationsrat », à présent rapporteur à la Wilhelmstrasse pour les affaires russes et baltiques. Maltzan, avec qui j´entretiens d´ailleurs de bonnes relations, est habile et bien informé, mais imprégné de l´ancien esprit, secret, défiant, insaisissable, dressé aux atermoiements, aux échappatoires, aux faux-fuyants, à tous les procédés de cette politique ambitieuse et sournoise faite d´intrigues à triple détente et à centuples détours, de propagande indirecte, etc. qu´il nous sera si malaisé désormais d´extirper de la Wilhelmstrasse et qui nous prépare tant de pièges, tant de surprises, tant de déceptions.“[758]

[755] Aufz. Müller, 23.2.1920, PA, R 2029, MF 14974. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans.
[756] Vgl. stellvertretend z.B. den Bericht bei MAE, Corr. Pol. et Com. , Série Z, U.R.S.S., 317, 107-110.
[757] Aufz. Haguenin, 12.1.1920, ebd., 316, 76-80, hier 76, 78.
[758] Vgl. Haguenin an Quaiy d'Orsay, 30.1.1920, DDF 1920, Bd. I, No. 67, Anm.2, (S.101). Im Hinblick auf die Position Haguenins heißt es in Anm.1, der französische Außenminister habe die „mission d´information en vue du ravitaillement éventuel de l´Allemagne“ im Februar 1919 geschaffen, « avec un maximum de liberté, une étiquette qui lui permettre de

Unabhängig von der Berechtigung dieser Meldung war eines klar: Die Präsenz einer negativen Erwartungs- und Misstrauenshaltung dieser Art stärkte im Quai d'Orsay bzw. in der französischen Politik die Vertreter einer rigorosen Außenpolitik gegenüber der deutschen Demokratie, zumal innerhalb der französischen Diplomatie bereits ab Ende 1919 die Auffassung vertreten wurde, Deutschland habe mit der „pénétration économique" Russlands angeblich bereits begonnen.[759]
In der kommenden Zeit unterlag das Votum Haguenins allerdings noch Modifikationen: Unter dem Datum des 31. Januar 1920 forcierte der französische Vertreter nach einem weiteren Gespräch mit Maltzan jedenfalls nicht mehr einseitig die zuvor von ihm vorgetragenen Warnmeldungen. Stattdessen mahnte er nunmehr die französische Außenpolitik zumindest zur Prüfung des eigenen Vorgehens: Wenn man in Paris und London ein deutsch-russisches Zusammengehen verhindern wolle, so argumentierte er, dann sei ein positives Signal von Seiten Frankreichs und Englands gegenüber dem demokratischen Deutschland alsbald unbedingt notwendig. Eine verschärfte alliierte Deutschlandpolitik müsse in diesem Kontext schädlich wirken, zumal wenn dadurch das „sentiment national allemand" noch weiter gedemütigt werde, als dies bereits geschehen sei.[760] Und am 7. Februar 1920 informierte Haguenins Kollege, de Marcilly, das Quai d'Orsay des Weiteren über „einen Aufruf Karl Radeks für engere deutsch-russische Handelsbeziehungen", und dementsprechende Gespräche nicht nur mit Maltzan, sondern offenbar auch schon mit anderen Persönlichkeiten, unter anderem „mit Rathenau von der A.E.G."[761]
Ein weiterer Bericht vom 20. Februar 1920 widmete sich ebenfalls den „Relations Germano-Russes": Hier wies Marcilly in Bezug auf die Erörterung des deutsch-sowjetrussischen Verhältnisses in der deutschen Presselandschaft allerdings auch darauf hin, dass selbst regierungsnahe Presseorgane den Beginn von Verhandlungen über ein wirtschaftliches Abkommen reserviert aufgenommen hätten. Der „Vorwärts" habe Berichte aus reaktionären Kreisen sogar vehement dementiert, die sich bereits eine deutsch-russische Allianz gegen die Ententemächte als Revanche für den verlorenen Krieg erhofft hätten. Andererseits befände sich mittlerweile aber selbst der Widerstand Außenminister Müllers gegen eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrussland „en voie de disparaître". Die russische Option habe zudem im Auswärtigen Amt bereits ohnehin viel an „terrain" gewonnen und solche Indizien würden insbesondere von denjenigen politischen Gruppen mit Unruhe wahrgenommen, die strikt in ihrer politischen Abneigung gegenüber jeglichem Arrangement mit dem Bolschewismus verharrten.[762]

---

fonctionner sans soulever d´objections de la part des autorités allemandes ».

[759] Vgl. hierzu z.b. das ungezeichnete und vertrauliche Tel. eines französischen Vertreters in Bern vom 24.1.1920 bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 316, 101-102.

[760] Aufz. Haguenins über ein Gespräch mit Maltzan, Confidentiel, 31.1.1920, DDF, 1920, Bd.I, No. 67. Das Dokument ist auch gedruckt bei: Französische Diplomatenberichte, Bd.1, Nr. 37, S.319ff., hier S.320.

[761] Zit nach ebd., Nr.62, S.368, Anm.2. Zum Artikel Radeks in der Zukunft vom 7.2.1920 mit dem Titel „Russland und Deutschland" und zu seinen Gesprächen u.a. mit Rathenau, Deutsch und „le baron de Maltzahn (sic)" vgl. ders. an Millerand, 7.2.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 316, 138-139 bzw. den Bericht Haguenins vom 10.2.1920, ebd., S.154ff.
Zum Artikel in der „Germania" vom 13.2.1920 siehe den Bericht Haguenins vom gleichen Tag, ebd., 179-181, zum Bedrohungsgefühl der deutschen öffentlichen Meinung in Bezug auf die sowjetrussische Propaganda und die Rezeption der Verhandlungen über die Kriegsgefangenenfrage mit Kopp in der deutschen Presse hingegen u.a. Marcilly an Millerand, 13.2.1920, ebd., S.181-182 und 20.2.1920, ebd., 202-204 bzw. die Berichte Haguenins vom 21.2.1920 und 24.2.1920, ebd., 206-212 bzw. 220-225 mit den Titeln „La presse conservatrice" und „La presse libérale".

[762] De Marcilly an Millerand, 20.2.1920, ebd., S.366ff. Zur Einschätzung der Russland-politischen Einstellung in deutschen liberalen Kreisen durch Haguenin vgl. den Hinweis auf die entsprechenden Archivalien bei ebd., S.369, Anm.7.

Es kam zu weiteren Gerüchten über eine Allianz zwischen Berlin und Moskau: So übersandten die französischen Vertreter kurze Zeit später sogar den Wortlaut eines angeblich bereits am 19. Dezember 1919 zwischen Deutschland und Russland abgeschlossenen Vertrages nach Paris, der in Wirklichkeit überhaupt nicht abgeschlossen wurde. Zwar wurde diese Nachricht mit der Einschränkung übermittelt, man glaube nicht daran, dass diese Informationen in dieser Form zutreffend seien bzw. die Wiederaufnahme dieses gefährlichen „Spiels" aus deutscher Sicht zum jetzigen Zeitpunkt erwünscht wäre.[763] Unter dem 10. Februar 1920 war Marcilly dagegen aber wiederum der Ansicht, die Überlegung zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und auch der politischen Beziehungen mit Russland erlange mehr und mehr die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung. Maltzan sei in dieser Sache schon längst kein Einzelkämpfer mehr.[764] Tatsache war, dass sich nach den Niederlagen der rechtsrussischen Armeen Denikins und Koltchaks die Hoffnungen auf einen baldigen Sturz der bolschewistischen Regierung in Moskau weiter reduzierten. Sein allgemeiner Eindruck sei der, so berichtete Hauguenin am 3. Februar 1920 nach Paris, dass sich die russische Frage nunmehr in einer noch viel intensiveren Form stelle - « d´une façon nouvelle et tout à fait nette: la ruine des armées anti-révolutionnaires place l´Europe devant l'alternative de conclure la paix avec les Soviets ou d'organiser énergiquement la lutte contre le bolchévisme. »[765]

Auch in Paris wurde diese Debatte geführt. Außenminister Millerand legte am 6. Februar 1920 dazu eindringlich seine Position dar, die sich in der Folgezeit auch in einer französischen Note vom 10. Februar 1920 wiederspiegelte. Hier wurden die Bemühungen Londons, Frankreich möge ebenfalls in Verhandlungen mit der sowjetrussischen Regierung eintreten, zurückgewiesen. Vielmehr müsse jede Form einer Annäherung an die „kriminelle, brutale und vertragsbrüchige" Regierung vermieden werden. Insoweit wurde insbesondere das Leid französischer Bürger in russischen Gefängnissen, der im Rahmen der Russischen Revolution entstandene schwere materielle Schaden für die französischen Wirtschaft, die Nichtanerkennung der „dette extérieure russe" sowie insbesondere auch der sowjetrussische Verrat „aux alliances solennelles et la répudiation de tous les principes sur lesquels reposent les pays civilisés" thematisiert.[766]

Allerdings machte diese ablehnende Position nachfolgend nicht die ganze inhaltliche Bandbreite der französischen Russlandpolitik aus: So wies Millerand schon am 1. März 1920 mit deutlich veränderter Tonalität darauf hin, dass Frankreich weder eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands beabsichtige noch diplomatische Beziehungen mit der sowjetrussischen Regierung aufnehmen werde. Wirtschaftliche Beziehungen „par intermédiaire des coopératives" mit dem „peuple russe" seien aber durchaus wünschenswert. Und nach einem Beschluss des Obersten Rates der Alliierten vom 25. Februar 1920, so der französische Außenminister weiter, könne man den Nachbarstaaten Russlands ohnehin nicht empfehlen, den Kriegszustand entgegen ihren eigenen

---

[763] Marcilly an Millerand, 21.1.1920, ebd., Bd.1, Nr.18, S.285ff., hier S.286. Offenbar wurde von den französischen Vertretern mehrere führende deutsche Persönlichkeit im Hinblick auf ihr Verhältnis zum Bolschewismus bewertet. Siehe insofern z.B. zum Thema „Général Hoffmann et le Bolchevisme" bereits den Bericht Haguenins vom 21.11.1919, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 315, 253ff.

[764] Marcilly an Millerand, 10.2.1920, ebd., 316, 157f.

[765] Aufz. Haguenin, No. 474, 3.2.1920, ebd. (316), (117)-120, hier 117, sowie ebd., 317, 9-12, hier 9.

[766] Note „Paix avec les bolcheviks", o.U. (service des affaires russes), 10.2.1920 (Abschrift), MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 347, 7-10. Zur Russland-politischen Position Millerands am 6.2.1920 vgl. bei ebd. den aufgrund der gegenwärtigen Aktennummerierung nur bedingt ausreichenden Hinweis auf Z/619/20.

Interessen aufrechtzuerhalten, wenngleich sie bei einem Angriff der Roten Armee von den Ententemächten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt werden würden.[767]
Darüber hinaus drängte eine ungezeichnete, vertrauliche Aufzeichnung im Quai d'Orsay zu einer gewissen Modifikation der französischen Grundposition auf Russland-politischem Gebiet. Denn auch hier wurde es als einen großen Mangel angesehen, „rien de précis" über die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Russland zu wissen und die Entsendung einer Studienkommission zur neutralen Beurteilung der Verhältnisse nach Russland anempfohlen. Die Vorlage argumentierte in bemerkenswerter Weise, dass über kurz oder lang eine französisch-deutsche Kooperation in der russischen Frage ohnehin geboten und notwendig sei:

> « Au point de vue économique, l´Allemagne va devenir le principal couloir qui unira la France et la Russie. Un accord économique avec les Soviets, qui règlera l´échange de marchandises ne peut se concevoir sans un accord parallèle avec l´Allemagne. Enfin, l´Allemagne va être le champ clos où les commerçants de toutes les nations, Américains, Anglais, Italiens, Russes, Français ... vont rivaliser. Tôt ou tard, les chefs des commissions françaises envoyée en Russie seront appelés à collaborer avec des Allemands. Il y aurait intérêt à établir ces relations le plus tôt possible. »[768]

Zwar konnte diese auf Kooperation ausgerichtete Aufzeichnung in Paris mehrheitlich kaum ernsthafte Chancen auf eine wohlwollende politische Aufnahme beanspruchen. Dennoch konstatierte sie unmissverständlich die nahe liegende Tatsache, dass eine gewisse Parallelität der deutschen und der russischen Frage erkennbar war. Und die damit einhergehende Empfehlung implizierte im Grunde die Möglichkeit, das zukünftige Verhältnis von Paris zu Moskau nicht in der Konfrontation mit der deutschen Republik zu gestalten, sondern insbesondere in diesem Politikfeld zu gemeinsamen Schritten zu gelangen.
Dies entsprach zudem einer Haltung, die nun offenbar der französische Vertreter in Berlin vertrat: Haguenin hielt jedenfalls unter dem 1. März 1920 in diesem Kontext die maßgeblichsten deutschen Kräfte in der Industrie und im Handel für Frankreich-freundlich. Er befürwortete ebenfalls eine deutsch-französische Zusammenarbeit zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands, nicht zuletzt deshalb, weil Paris dadurch weitere Einflussmöglichkeiten in Deutschland zur Geltung bringen könne.[769]
Außenminister Millerand bemühte sich allerdings demgegenüber primär um eine einheitliche Haltung der Alliierten gegenüber Russland. Zudem könne und werde es keine normalen Wirtschaftsbeziehungen mit einem Land geben, „basée sur le principe de la confiscation des bien privés et la monopolisation générale."[770] Schließlich kursierten im französischen Kriegsministerium

[767] Rundtel. Millerand, 1.3.1920, ebd. (MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 347), 15 bzw. 16/17.
[768] Vgl. Note confidentielle, 1.3.1920, ebd., 20ff., das letzte Zitat bei 21-22.
[769] Auszug/Kopie aus einem Brief Haguenins vom 1.3.1920, ebd., 19. Hier heißt es u.a.: « Il serait souhaitable que nos tentatives en ce sens fussent tenue aussi longtemps que possible à l´abri des curiosités publiques. Nous pourrions procéder comme le gouvernement allemand [...] Dès à présent, je suis sûr que les commissions expédiées par l´Allemagne en Russie comprendront des hommes favorables à une orientation française de la politique allemande, et liés à ma mission par une habitude déjà longue et des preuves indiscutables de confiance. Habilement et activement exploitées, la question russe et la question des reconstructions peuvent nous aider à mettre la main sur une partie au moins du monde allemand, la partie la plus active et jusqu`à présent la moins maniable, - industrie, finance, commerce – que le parti démocrate représente en politique. »
[770] Tel. Marcilly, 4.3.1920, ebd., U.R.S.S. 317, 20. Zur Entsendung einer „Mission Commerciale" nach Russland durch Dänemark und Schweden vgl. Claudel an Leygues, 12.10.1920, ebd., U.R.S.S. 321, 34 mit den entsprechenden Berichten bei 35-43. Zur Russland-politischen Position Millerands am 8.4.1920, 13.4.1920 und 13.5.1920 vgl. die entsprechenden

weiterhin Gerüchte, Deutschland und Russland hätten das gemeinsame Interesse, „de s´unir complètement“[771], was die Regierung in Paris ebenso zur Distanz mahnte.
Die Frage der Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland stelle sich, so berichtete Haguenin ebenfalls mit Datum vom 1. März 1920, für Deutschland jedoch nunmehr eindringlich und die ganze Welt wisse, dass weitere Gespräche deutscher Verantwortlicher mit Kopp einen ersten Schritt auf dem Weg zumindest zu einer „entente économique“ zwischen Moskau und Berlin bilden würden. Außenminister Müller zögere jedoch noch - angeblich, weil er die Sorge habe, dass Beamte des Auswärtigen Amts eine solche Entwicklung für ein eigenmächtiges Vorgehen in diese Richtung ausnutzen könnten. Dies beträfe insbesondere diejenigen Diplomaten mit einem „d´esprit conservateur et intransigeant“, wie er insbesondere „le baron de Maltzan“ zu Eigen sei.[772]
Für diese anhaltende Negativeinschätzung des deutschen Diplomaten ließen sich weitere Belege anführen: So wurde innerhalb der französischen Diplomatie ebenso nach Paris berichtet, Außenminister Müller sei doch letzten Endes nur „un homme de paille“. „La direction véritable“ der deutschen Russlandpolitik, wenn nicht sogar aller bedeutsam einzuschätzender Aspekte der deutschen Außenpolitik insgesamt befände sich mittlerweile doch völlig in den Händen Staatssekretär Haniels und Maltzans:

> « Ce dernier joua un rôle important à Brest-Litovsk et se trouvait en Russie du temps de Mirbach et d´Helfferich. Toute la politique générale concernant l´Entente est dans les mains de von Haniel : toute ce qui touche à l´est et spécialement à la Russie, est dirigé par von Maltzan. Les hommes de confiance de Maltzan pour l´Est sont : le consul Feigel et Zietelmann [sic]. Ces deux derniers ont pour tâche d´être en relations les plus étroites avec les Russes vivant à Berlin et d´exécuter tout ce qui concerne la Russie. »[773]

Darüber hinaus meldete ein französischer Agent aus Gesprächen mit Feigel und Maltzan den „Eindruck“, „que l´on travaille à une alliance Russie-Italie-Japon-Allemagne-Autriche-Turquie contre l´Entente, la Yougo-Slavie et la Pologne“.[774] Aus der Perspektive der französischen Vertreter in Berlin war damit klar, dass sich die amtliche deutsche Russlandpolitik in einer geradezu pauschalen Weise mit dem aus ihrer Sicht vor allem negativ zu besetzenden Namen Maltzan verband.
Tatsächlich nahm sich die in Aussicht genommene deutsche Russlandpolitik viel unspektakulärer aus, als dies manche Berichte innerhalb der alliierten oder französischen Diplomatie im Hinblick auf

---

Schreiben bei ebd., U.R.S.S. 347, 31-32, 36 und 55f. Zur Feststellung der Abnormalität der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland vgl. den RE des französischen Außenministers vom 12.6.1920, ebd. 68-70, hier 68.

[771] Colonel du Boucher (Kopenhagen) an Kriegsministerium, 1.3.1920, ebd. (MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z), U.R.S.S. 317, 2.

[772] Aufz. Haguenin, No.521, 4.3.1920, ebd., 22-28, hier 22f.

[773] Auszug aus einem Informantenbericht betr. „Situation en Allemagne“, Henri Martin (Kopenhagen) an M. le Ministre de Affaires Etrangères, 4.3.1920, MAE, Corr. Pol. et Com. , Série Z, U.R.S.S. 317, 29ff., hier 36.

[774] Ebd., 39, 41. Mit ähnlicher Tendenz vgl. auch einen Bericht des französischen Militärattachés in Kopenhagen, Radek habe u.a. davon gesprochen, dass Deutschland reaktionär bleibe und in dem Hass gegen England und Frankreich geeint sei, Anlage zu Marcilly an Millerand, 15.3.1920, ebd., 90ff., insbesondere 91. Zur politischen Offenheit der deutschen Position gegenüber Russland vgl. dagegen Delavaud (Stockholm) an Millerand, 4.3.1920, ebd. (U.R.S.S., 317), 45f., der allerdings behauptet, ein dementsprechender Artikel von Radek in der Izvestija sei von Haniel und Maltzahn (sic) angeregt worden und dabei den gleichen Informantenbericht wie Martin (siehe oben) beruft, ebd. 47 (Rückseite). Zur Zusammenfassung des Izvestija-Artikels vom 20.2.1920 vgl. ebd. 49-50. Siehe dazu auch Marcilly an Millerand, 11.3.1920, ebd., 78ff. Hier heißt es zum Schluss, ebd., 80 u.a.: „Du côté allemand on ne sait encore à quoi se résoudre [...] on cède avec hésitation et inquiétude. » Die französische Berichterstattung macht insofern einen recht widersprüchlichen Eindruck.

eine möglicherweise zu befürchtende deutsch-russische Annäherung prognostizierten. Nach vielen Schwierigkeiten mit seiner eigenen Anstellung konnte Maltzan Mitte März 1920 offiziell die Leitung des Russlandreferats im Auswärtigen Amt übernehmen, und zwar innerhalb der neugegründeten Länderabteilung IV.[775] Eine seiner ersten Handlungen als Referatsleiter lag zudem in der Auseinandersetzung mit der Frage, ob ein abgefangenes Telegramm Radeks, der offenkundig bemüht war, bolschewistische Propagandamaßnahmen in Deutschland wieder zu intensivieren, veröffentlicht werden sollte oder nicht. Meldungen solcher oder ähnlicher Art sollten die Arbeit Maltzans nachfolgend fortlaufend begleiten. Die „enge Beziehung der kommunistischen Internationalen zur Sowjetregierung" war dem Botschaftsrat dabei bekannt.[776] Darüber hinaus schienen vielfach zunächst einmal Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne den Tagesablauf Maltzans wesentlich mit zu bestimmten. Als Referatsleiter kam die Notwendigkeit der Kenntnisnahme aller maßgeblichen Geschäftsvorgänge hinzu. Insoweit zeichnete der Diplomat zum Beispiel mit Paraphendatum vom 26. März 1920 ein Schreiben an die „Russische Delegation für Angelegenheiten der russischen Kriegsgefangenen und Rückwanderer in Deutschland" ab, das darauf hinwies, „dass es sich bei der ihr kürzlich erteilten Ermächtigung nur um [...] Passbefugnisse, nicht dagegen um die Ausübung sonstiger konsularischer Funktionen handeln kann."[777] Und die in diesem Kontext geführten deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen mündeten kurze Zeit später in eine erste, dringend benötigte vertragliche Form: Mit Datum vom 19. April 1920 unterzeichnete das Deutsche Reich mit der RSFSR eine Übereinkunft über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die am 31. Mai 1920 in Kraft trat.[778]

Diese deutsch-russische Vereinbarung stellte in Europa an für sich keine Ausnahmeerscheinung dar. Bereits am 12. Februar 1920 hatte für die britische Regierung James O´Grady und für die sowjetrussische Regierung Maxim Maximowitsch Litwinow (1876-1951) in Kopenhagen ein

---

[775] Staatssekretär Haniel verfügte unter dem 13. März 1920, dass die „Bildung der Länderabteilung IV [...] am Montag, dem 15. März" durchgeführt werde. Die einstweilige Leitung des Referats werde Maltzan übertragen, PA, Personalakten Maltzan Bd.3, 032. Aus einem Briefkopf ergibt sich, dass Maltzan sein Büro bei der „Ländergruppe 4" in „Berlin, Wilhelmstrasse 74" hatte, Haussmann an Maltzan, 3.8.1920, ebd., R31966.
Vgl. zu den vorausgegangenen dienstrechtlichen und finanziellen Klagen Maltzans, die u.a. mit seiner nicht etatmäßige Anstellung bei der deutschen Gesandtschaft im Haag 1918/19 zusammenhingen, die G.A. Maltzan, 9.1.1920, ebd., Personalakten Maltzan/Geldangelegenheiten, Bd.2, 101ff. sowie Maltzan an AA, 5.2.1920, ebd., 114ff. Siehe in diesem gleichen Zusammenhang dann auch die durch Kursverluste der Mark entstandenen finanziellen Schwierigkeiten Maltzans bzgl. eines Personalkredites bei der Deutsch-Asiatischen Bank vgl. Maltzan an Ministerialdirektor o.A., 19.1.1920, ebd., 087ff. Hier heißt es u.a.: „Die Unmöglichkeit aber einen so hohen Betrag jemals zurückzahlen zu können und die durch diese unerwartete Kurssteigerung hervorgerufene chaotische Unsicherheit meiner pekuniären Lage zwingt mich, das Auswärtige Amt zu bitten, uns in gleicher Weise zu Hilfe zu kommen, wie diese bei den in gleicher Zwangslage befindlichen Beamten in Aussicht genommen ist." Siehe dann dazu weiter auch Maltzan an AA, 20.11.1920, ebd., 123.

[776] Vgl. den hschr. Vermerk Maltzans vom 30.3.1920 bei ebd. (PA), R 83377, 012 sowie eine weitere Tagesmeldung vom 31.3.1920, zu der Maltzan in einem hschr. Randvermerk notierte, er habe Kopp „heute auf diese Propaganda hinweisen" müssen, ebd., 018. Zur von Maltzan abgezeichneten „Fortsetzung der Sammlung Russischer Funksprüche, die russische Propaganda gegen Deutschland betreffen", vgl. ebd. 028ff. Siehe zu gleichen Thema des Weiteren ebenso die G.A. Maltzan für den Reichsaußenminister, 10.5.1922, ebd., 065 sowie ebd., 069-070, mit der Paraphe Maltzans vom 15.5.(1920).

[777] Siehe dazu PA, R 2029, MF 14976.

[778] Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, No.93; das „Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten" ist auch gedruckt bei: Martens, Troisième Série, Tome Xl, 5. 843-845.
Zur französischen Berichterstattung über die damit verbundenen deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen siehe stellvertretend den Bericht Haguenins vom 18.2.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 316, 187-190 sowie das Telegramm Marcillys, No.770, 20.4.1920, ebd., U.R.S.S. 317, 189.

englisch-russisches Abkommen zum Austausch der Kriegsgefangenen unterzeichnet.[779] Allerdings waren beide Parteien des deutsch-russischen Vertrages gemäß Artikel 8 berechtigt, auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei eine Fürsorgestelle für Kriegs- und Zivilgefangene einzurichten. Und nach einer weiteren diesbezüglichen Vereinbarung vom 7. Juli 1920 wurden diese Fürsorgestellen jeweils von einem „besonders designierten Bevollmächtigten" geführt, dem „persönliche Immunität" zustanden. Des Weiteren erhielten beide Bevollmächtigten das Recht, „Kurierverkehr mit ihren Regierungen zu unterhalten, eine Chiffre zu benutzen und gewisse konsularische Befugnisse auszuüben."[780] Zum Leiter der Fürsorgestelle wurde deutscherseits Gustav Hilger, russischerseits Viktor Kopp bestimmt, wobei Hilger in seinen Erinnerungen vor allem die internationale Dimension des Kriegsgefangenenproblems betonte und dabei unter anderem auf eine diesbezügliche Konferenz des Völkerbundes in Kowno im September 1920 unter dem Hohen Kommissar für das gesamte Gefangenenwesen in Europa, Fridtjof Nansen, hinwies.[781]

Starken Widerspruch gegen dieses, für die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten beinahe existentielle Abkommen hatte es zuvor nicht auf Seiten der Alliierten, sondern in Deutschland gegeben. Ein Argument konzentrierte sich auf die Darstellung der Gefährlichkeit und Verschlagenheit Kopps, der „zu den gefährlichsten Propagandisten der Sowjetregierung" gehöre: So legte zum Beispiel Dirksen unter dem Datum des 23. Februar 1920 Maltzan eine geheime Aufzeichnung vor, die durch einen Vertrauensmann überbrachte, biographische Informationen über Kopp referierte. Danach war „Koppelionwicz" „Koppe" bzw. „Kopp" nicht nur ein ehemaliger Sekretär Joffés in Berlin und ein „intimer Freund Lenins und Trotzkis". Er halte derzeit „den Posten eines Kontrollkommissars in der besonderen Abteilung für Spezialaufträge nach dem Ausland in Moskau" inne, werde „nur zu ganz geheimen Missionen verwandt" und arbeite zudem mit dem „Vertrauensmann der Sowjetregierung bei der Zentralleitung der K.P.D." in Berlin, Alexandrowski, zusammen, der „nie öffentlich" hervortrete, „um jede Aufmerksamkeit der Behörde(n) von sich abzulenken", aber „tatsächlich der Führer der hier in der Zentralleitung tätigen Russen" sei.[782] Maltzan sollte in den kommenden Wochen darüber hinaus aber auch noch in direkter Weise mit einer gewissen Unverfrorenheit und deutlichen Selbstüberschätzung Kopps Bekanntschaft machen, als dieser sich nicht scheute anzudeuten, er werde für den zu erwartenden Fall einer kommunistischen Räteregierung in Deutschland sich Maltzan gegenüber „gern erkenntlich zeigen" und ihn „unter seinen besonderen Schutz nehmen" – offenkundig mit dem Wunsch nach gewissen und insoweit schon vorab zu erbringenden Gegenleistungen.[783] Und während der französischen Diplomatie die deutsch-russischen Konfliktlinien nicht verborgen blieben[784], gab es ebenso in der Folgezeit Meldungen, dass Kopp deutsche Revolutionäre dazu anhielt, „endlich Ernst zu machen". Das war

---

[779] Siehe hierzu z.B. Debo, Lloyd George, S.429, S.434. Zu Litwinow vgl. stellvertretend Roberts.
[780] Hilger, S.33.
[781] Vgl. ebd., S.42ff. Zum angeblichen Versuch einer in Paris erscheinenden Zeitung, die Stellung Hilgers in Moskau zu untergraben, siehe ebd., S.55f.
[782] PA, R 2064. Mit Paraphendatum Maltzans vom 24.2. wurde die Vorlage an den Reichsminister und an alle anderen maßgeblichen Stellen weitergeleitet. Zu Kopp siehe dann weiter auch die Aufz. Maltzans vom 9.3.1920, ebd., R 2029, MF 14976, nach der Schlesinger telefonisch mitgeteilt habe, nach Angaben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung habe Kopp während der Botschafterzeit Joff(é)s „mit grossen Mitteln Propaganda unter den russischen Kriegsgefangenen zu betreiben versucht", sowie die Aufz. Maltzans vom 5.7.1922, PA, R 83365.
[783] G.A. Maltzans vom 16.4.1920, ADAP A III, Nr. 112.
[784] Zum Schreiben de Marcillys an Millerand in Bezug auf Äußerungen Kopps vgl. Deutsch-französische Diplomatenberichte, Bd.1, Nr.67, S.381f.

eine Entwicklung, die jede politische Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau immer wieder von Grund auf in Frage stellte.[785]

Trotz des von Radek seit dem Frühjahr 1920 propagierten Appells für eine Zusammenarbeit Sowjetrusslands mit der aus seiner Sicht langsam „sterbenden kapitalistischen Welt", war vor diesem Hintergrund daher aus deutscher Sicht weiterhin klar, dass die schon bald wiederholt suggerierte „Schicksalsgemeinschaft" zwischen Deutschland und Russland von sowjetrussischer Seite von Anfang an nicht von aufrichtigen Motiven, sondern von mittel- und langfristigen Revolutionierungszielen der Machthaber in Moskau geprägt war.[786] Und während manchem Zeitgenossen in Deutschland der Ruf nach einer Kooperation mit Sowjetrussland in dieser Zeit durchaus als ein „Schlüsselwort für die Zukunft" galt, wähnte Lenin die geschwächte und innenpolitisch brodelnde deutsche Republik durch die „deutsche Kornilowiade" in der Form des „Kapp-Lüttwitz-Ludendorff Putsches"[787] „am Vorabend" der von Moskau erhofften roten Revolution - vor allem auch deshalb, weil im weiteren Verlauf des März 1920 der „Rechtsputsch in einen Aufstand der enttäuschten Linken überzugehen" schien.[788]

Zwar war selbst Maltzan nach Schlesinger von der Intensivität dieser Putsch-Vorgänge überrascht und soll zu diesem Zeitpunkt befürchtet haben, vielleicht „sitze schon jemand anderes auf seinem Stuhl."[789] Letzten Endes aber war es neben weiteren innenpolitischen Wirren in Russland in erster Linie der am 25. April 1920 beginnende Angriff Polens auf Weißrussland und die Ukraine mit der am 6. Mai 1920 folgenden Besetzung Kiews sowie die darauf erfolgende sowjetrussische Gegenoffensive ab Mitte Mai 1920, die einen Aufbau geordneter Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sowjetrussland und Deutschland vorerst unmöglich machten, auch wenn sich Maltzan am 26. April 1920 noch skeptisch gezeigt hatte, ob es überhaupt zu einer sowjetrussischen Frühjahrsoffensive käme.[790]

Die Bedeutung der dann aber doch eingetretenen Offensive auch für Deutschland sollte der Botschaftsrat allerdings dann schon zwei Tage später dafür umso deutlicher hervorheben: Er wies bei einem Referat im Reichsratausschuss für Auswärtige Angelegenheiten am 28. April 1920 darauf hin,

---

[785] Aufz. Maltzan, 17.6.1920, PA, R 31488k/ R 31489k (KO 95856). Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom 22.6. Es heißt hier u.a., nach zuverlässiger Mitteilung habe am 14. Juni abends bei dem Vorsitzenden der russischen Kriegsgefangenendelegation Victor Kopp in der Fasanenstrasse eine Besprechung mit kommunistischen Funktionären in Deutschland stattgefunden. Kopp habe dabei dargelegt, „es sei die höchste Zeit, dass die deutschen Revolutionäre endlich Ernst machen, Regierung und Verfassung stürzten und ein enges Zusammengehen Deutschlands mit Russland in die Wege leiten [Herv.d.Verf.]." In diesem Zusammenhang musste die von Kopp vermittelte (Kopp an Maltzan, 22.6.1920, ADAP A III, Nr.163, Original bei PA, 83377, 125f.) und mit Nachdruck vertretene Mitteilung Tschitscherins, dass alle Gerüchte über die feindlichen Absichten Russlands Deutschland gegenüber, „jeder, aber auch jeder Grundlage entbehren" auf Maltzan wie blanker Hohn wirken. Es heißt hier bei ebd. u.a.: „Diese [sowjetrussische, Anm.d.Verf.] Politik ist die Politik des Friedens mit allen Völkern der Erde." (L 198980).

[786] Zu dem Zitat Radeks vgl. Zeidler, S.30. Zur Verwendung des Begriffs „Schicksalsgemeinschaft" auch durch Brockdorff-Rantzau bzw. Stresemann vgl. u.a. Sütterlin, S.185, Anm.50 bzw. Schieder, Die Probleme, S.56, Anm.114. Zur „Propagande bolcheviste en Allemagne" vgl. stellvertretend auch Marcilly an Millerand, 28.3.1920, MAE, Corr. Pol. et Com. , Série Z, U.R.S.S. 317, 140f.

[787] Zum Kapp-Lüttwitz-Putsch, der im März 1920 Heer und Marine „erneut in eine tiefe Krise" stürzte, „noch ehe der organisatorische Neubau der Armee abgeschlossen werden konnte", vgl. Zwischen Revolution und Kapp-Putsch, Einleitung XIIf. und Nr.183, S.348f. bzw. Könnemann/Schulze; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd.4, S.402ff. sowie das Tagebuch van den Berghs, „Aus den Geburtsstunden der Weimarer Republik", S.123ff.

[788] Siehe Zeidler, S.30 in Bezug auf einen Artikel Parvus-Helphands in der „Glocke" vom März 1920 und insofern auf die Rede Lenins bei der Eröffnung des IX. Parteitages am 29.3.1920. Diese Rede Lenins ist gedruckt bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.34, S.85.

[789] Schlesinger, Erinnerungen, S.118.

[790] Aufz. Maltzan, 26.4.1920, ebd., R 83377, 052-56.

dass die Offensive der Roten Armee bei einer vollständigen Niederwerfung Polens möglicherweise sogar über die deutsche Grenze hinweg den Feldzug in Richtung Westen ohne Weiteres fortsetzen könnte.[791]

Unter derartigen politischen und militärischen Rahmenbedingungen war und blieb es natürlich beinahe unmöglich, Schritte einzuleiten, die zu einer zukunftsweisenden Gestaltung des deutsch-russischen Verhältnisses beitrugen. Zudem stellte der im Referat Maltzans beschäftige Attaché Stähler[792] in einer ausführlichen „Aufzeichnung zur deutsch-russischen Wirtschaftspolitik" zu Recht fest, dass dieser Politikbereich in einem ganz wesentlichen Maße durch die Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages bedingt sei: Aufgrund der Artikel 116, 117, 292, 293, 433 VV fehle der deutschen Ostpolitik jedenfalls regelrecht zwangsläufig „bisher jede Richtlinie". „Durch die Polenpolitik" hätten die Alliierten des Weiteren bereits versucht, „das natürliche Wirtschaftsverhältnis Deutschlands und Russlands zu durchbrechen", was jedoch nicht nur zu einer „Abschließung Russlands von Westeuropa", sondern zugleich zu einer „Expansion nach dem Osten und im besonderen, das englische Lebensinteresse gefährdend, nach Indien geführt" habe. Die Regierungen in London und Paris hätten sich zwar dennoch bemüht, „des Ostproblems ohne Mitwirkung Deutschlands Herr zu werden", aber „bis jetzt nur Mißerfolg zu verzeichnen gehabt". Schließlich lasse sich die „deutsche Entschädigungsfrage, die demnächst in Spa, wenn auch angeblich in engbegrenztem Umfange aufgerollt werden soll", „von der Frage der deutschen Ostpolitik nicht trennen, da Deutschlands Leistungsfähigkeit in erster Linie durch die Loslösung des Ostproblems bedingt wird." Es könne „sich jedoch bei einem gemeinsamen Vorgehen nicht um ein Mandat seitens der Entente handeln, sondern um eine bestimmte deutsch-russische Vertragspolitik, bei der Deutschland die notwendige Bewegungsfreiheit gewährleistet werden" müsse.[793]

Maltzan hatte im Gegensatz dazu allerdings wenig Hoffnung, „dass Frankreich sich in Spa zu der angeregten objektiven Beurteilung verstehen" werde. Er plädierte daher primär für eine allgemeine außenpolitische Flexibilität und Offenheit, die deutsche Interessen auf Russland-politischem Gebiet künftig erst dann zu wahren beabsichtigte, wenn diese in einem virulenten, maßgeblichen Grade an aktueller Bedeutung gewannen:

> „Wir müssen uns deswegen stets die Möglichkeit offen halten, mit Russland, ohne Rücksicht auf die innenpolitische Haltung seiner Regierung, eine direkte Verständigung herbeizuführen."[794]

Allerdings dürfte es nur bedingt überzeugend sein, Maltzan aufgrund dieser Ausführungen zu unterstellen, er habe zu diesem Zeitpunkt „für eine direkte Annäherung mit Russland ohne Rücksicht auf dessen Innenpolitik"[795] geworben. Eine Initiative des Diplomaten in Richtung einer unmittelbaren Verbindung mit der revolutionären Regierung in Moskau gab es nicht.

Der französische Vertreter in Berlin, Haguenin, berichtete demgegenüber am 3. Mai 1920 nach Paris, es sei in erster Linie Maltzan, der sich den seit etwa zwei Monaten in Deutschland aufkommenden,

---

[791] Vgl. Höltje, S.24, Anm.5; G.A. Maltzans vom 4.5.1920, ADAP A III, Nr.125 und vom 15.5.1920, PA, R 83377, 079.
[792] Zu Paul Stähler vgl. Sütterlin, S.54.
[793] Aufz. Stähler, 23.5.1920 ADAP A III, Nr.144, Original bei PA, R 83377, 098-102f., hier einleitend 098.
[794] Hschr. Vermerk Maltzans vom 30. Mai 1920 zur Aufz. Stählers, ebd., R 83377, 102f. Maltzan stellte dabei fest, dass er die Ausführungen Stählers „im Prinzip" teile.
[795] Vgl. Sütterlin, S.177.

unter anderem von Rathenau vorgetragenen Russland-politischen Ambitionen *entgegenstelle*. Durch seinen Widerstand gegenüber zu schnellen wirtschaftspolitischen Schritten und insbesondere auch gegenüber einer eventuellen rüstungspolitischen Zusammenarbeit wolle es der Referatsleiter angeblich vermeiden, durch die sowjetrussische Regierung schweren Enttäuschungen ausgesetzt zu werden und ihr neue Mittel der revolutionären Propaganda an die Hand zu geben. Und nach den negativen Erfahrungen Deutschlands im Baltikum, wo General Niessel die deutschen Truppen von einer Zusammenarbeit mit den Alliierten in der Bekämpfung der Sowjetregierung ausgeschlossen hatte, schließe der Diplomat jetzt eine gemeinsame militärische Aktion Deutschlands mit der Entente gegen Sowjetrussland aus, da dies ohnehin nur zu weiteren Reklamationen und Ressentiments der Alliierten führe.

Ob diese Beschreibung zutraf, mag zunächst dahingestellt bleiben. Tatsache ist, dass Maltzan – vielleicht nicht zuletzt im Hinblick auf die französischerseits gegen ihn zuvor bereits entstandenen Vorverdächtigungen – Haguenin zumindest zwischenzeitlich den Eindruck vermitteln konnte, dass er nicht derjenige sei, der in Deutschland einer offensiveren deutschen Russlandpolitik das Wort rede:

> „Aujourd´hui, le conflit entre M. von Maltzan et les partisans du rapprochement germano-russe s´est apaisé. [...] M. de [sic] Maltzan a fait tout récemment, avec l´appui du nouveau Ministre des Affaires Etrangères, Köster, triompher deux principes : 1.) la Commission, si elle se constitue, n´aura aucun caractère officiel ; aucun représentant du Ministère des Affaires Entragues n´en fera partie ; - 2. le gouvernement allemand ne prendra à l´égard de la Russie aucune initiative, avant que l´Entente, ou out au moins l´Angleterre [sic], n´en ait donné le signal. »[796]

Die Berichterstattung der französischen Diplomatie insgesamt blieb allerdings widersprüchlich. Denn der aus französischer Perspektive an sich ja keineswegs irrationale und durch entsprechend hörbare Überlegungen in Teilen der deutschen Politik ja durchaus nicht unbegründete Topos von der deutsch-russischen Gefahr hatte natürlich trotz dieser neueren Anmerkungen Haguenins nach wie vor Bestand und lässt sich an mehreren Beispielen belegen: So berichtete z.B. der „Consul de France à Mayence“, Bruère, Außenminister Millerand unter dem 31. Mai 1920 über seinen vermeintlich auf seriösen Quellen beruhenden Glauben an eine Allianz „entre la Prusse réactionnaire et la Russie bolchevique“, die von Ludendorff vorangetrieben werde.[797] Und auch die „London Times“ hatte sich am 26. Mai 1920 mit einer möglichen „Russo-German Alliance“ beschäftigt.[798]

Unterdessen wurde im Russlandreferat des Auswärtigen Amts die Russland-politische Gesamtproblematik unter Führung Maltzans nicht zuletzt auch mit Blick auf die oben diskutierte Aufzeichnung von Rathenau, Deutsch und Alexander vom 17. Januar 1920 weitaus vielschichtiger und tiefgreifender analysiert. So war der oben erörterte „Kommentar von Konsul Zitelmann“ geeignet, „als Grundlage für die Auslegung des Friedensvertrages zu dienen.“ Ob es hingegen

---

[796] Aufz. Haguenin, 3.5.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 317, 209ff., hier 210f. Ähnlich auch Marcilly an Millerand, 17.5.1920, ebd., 246ff., 246. Zur Ablehnung Maltzans gegenüber deutschen Bestrebungen, zur Unterstützung der Konter-Revolution mit Zustimmung der Entente Truppenteile in Südrussland zu entsenden, vgl. Aufz. o.U., 7.5.19200, No. 566, ebd. 217ff., insbesondere (220). Vgl. zur angeblichen Würdigung Rathenaus in Moskau das isolierte Tel. Colonel Reboul, 15.5.1920, bei ebd., 243.

[797] Bruère an Millerand, 31.5.1920, DDF, 1920, Bd.2, Nr.52. Es heißt hier abschließend: « Si l´Europe occidentale ne réussit pas à empêcher ce peu rassurant ajustage, par l´interposition du corps isolant polonais, il ne lui restera guère d´autre ressource que le blindage fédéral allemand. »

[798] Siehe dazu ein offenbar an Sthamer gerichtetes Schreiben vom 29.5.1920, zu finden bei PA, R 83377, 083-084.

„zweckmaessig“ wäre, „durch deutsche Veroeffentlichungen im Auslande ausdruecklich darauf hinzuweisen, in welcher Weise der Friedensvertrag Deutschland bei einer Loesung des Ostproblems die Haende“ binde, dies erschien Hauschild[799], einem weiteren maßgeblichen Mitarbeiter in dem von Maltzan geleiteten Russlandreferat, in einer Aufzeichnung vom 5. Juni 1920 doch „mindestens zweifelhaft“. Letztlich sei dafür aber ohnehin die Presseabteilung zuständig – eine Argumentation, die in Bezug auf die deutsche Russlandpolitik insgesamt nicht ganz überzeugte. Denn schon mit Blick auf den weit verbreiteten Topos einer deutsch-russischen Verschwörung schien doch bereits jetzt erkennbar zu sein, dass eine strategisch ausgerichtete, politische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erforderlich war:

> „Eine derartige Veroeffentlichung muesste, um wirken zu koennen, die Festlegung der Ostpolitik durch den Versailler Vertrag jedenfalls unter einem Gesichtspunkt darlegen, der das allgemeine Interesse an freier Betaetigung im Osten darlegt und auf diesem Wege von selbst den Leser zu dem Schluss bringt, dass Deutschlands Mitarbeit unumgaenglich notwendig ist, und dass es sich in Russland nicht um ein Problem handelt, das ohne Beteiligung Deutschlands geloest werden kann.“[800]

Allerdings sollte die systematische Durchführung einer derartigen, Presse-gestützten Präventivmaßnahme in der Wilhelmstraße auch in der nachfolgenden Zeit vorerst nicht konkret reflektiert werden.

Mittelpunkt der Russland-politischen Überlegungen in der Wilhelmstraße blieb hingegen in erster Linie die Auseinandersetzung mit folgender Ambivalenz: Die von Maltzan nach einem Entwurf Hauschilds verantwortete Aufzeichnung vom 5. Juni 1920 zeigte auch auf, dass sich die künftig noch weiter zu konkretisierenden deutschen Interessen auf Russland-politischem Gebiet zwischen dem „wirtschaftlichen Absatzbedürfnis sowie der Notwendigkeit einer Steigerung der Produktion im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen“ auf der einen Seite sowie der einfachen, ernüchternden Einsicht auf der anderen Seite bewegten, dass der Bolschewismus für Deutschland „eine innerpolitische Bedrohung darstellt.“[801]

Vor diesem Hintergrund lag das Interesse an einer Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen aus deutscher Sicht also zunächst einmal lediglich darin, den russischen Markt für die deutsche Wirtschaft zumindest in allgemeiner Hinsicht vorzubereiten. Von einer grundsätzlichen, umfassenden und somit auch politischen Wiederaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen war diese Haltung allerdings weit entfernt. Für einen solchen Schritt mangelte es zudem bislang an einer „befriedigende Regelung der Affäre Mirbach“[802] - ein weiteres, gravierendes Hindernis auf dem Weg zu einem aus Sicht der Weimarer Außenpolitik sinnvollen, innenpolitisch mehrheitsfähigen und außenpolitisch befriedigenden deutsch-sowjetrussischen Verhältnis, zumal unter anderem auch die Spannungen mit Kopp weiterhin nicht nachließen. So sah sich Maltzan am 9. Juni 1920 sogar genötigt, Kopp darauf aufmerksam zu machen, dass die in seinen letzten Schreiben von ihm gewählte

---

[799] Zu Herbert Hauschild (1880-1928) vgl. u.a. die biographischen Angaben bei Sütterlin, S.43f.
[800] Aufz. Hauschild, 5.6.1920, PA, R 83377, 104 (L198959). Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom 6.6.1920.
[801] Ebd.
[802] Siehe dazu u.a. G.A. Maltzan, 20.7.1920, PA, R 31488k/ R 31489k (K095865). Vgl. auch Simons an Tschitscherin, 22.7.1920, ADAP A III, Nr. 212 bzw. Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.110, S.232ff., offenbar nach einem Entwurf Maltzans vom 21. Juli und weiter dann auch die G.A. Maltzans, 27.7.1920, PA, R 31488k/ R 31489k (K 281/K095877-81).

„Form“ und der „Ton“ „in einem Verkehr eines auswärtigen Delegierten zu einem Reichsminister bisher nicht üblich war und auch wohl kaum der gegenseitigen Stellung entsprechen dürfte.“[803]
Eine weitere Einsicht war und blieb im Auswärtigen Amt ebenfalls vorherrschend: Ost- und Russland-politische Schritte sollten - wenn möglich und sinnvoll - insbesondere mit der britischen Außenpolitik abgestimmt werden. Und dazu bot sich aus der Sicht Maltzans vorerst vor allem eine enge Fühlungnahme mit Carl von Schubert an, der zu dieser Zeit an der deutschen Botschaft in London als Botschaftsrat tätig und mit dem er offenbar bereits seit längerer Zeit befreundet war.
Die daraus zu entnehmende und sich nachfolgend weiter entwickelnde Zusammenarbeit wurde zunächst unter anderem an praktischen Dingen deutlich. So kündigte Maltzan in einem Schreiben an Schubert vom 23. Juni 1920 zum Beispiel die Übersendung eines Pakets durch einen Kurier an, das „Handelsnachrichten von Kopp an Krassin“ enthalte. Der Grund dafür läge darin, Kopp sei „seinerzeit zugesagt worden, seinen diesbezüglichen Verkehr mit Krassin, der bisher in Kopenhagen weilte, zu erleichtern“, allerdings enthielten diese Pakete „nichts verfängliches“. „Ob und inwieweit“ Schubert selbst diese Möglichkeit zum Ausbau von persönlichen Beziehungen benutzen wolle, müsse er zwar diesem selbst „unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse überlassen.“ Auf einen Grundsatz aber könne er sich verlassen:

> „In unserer russischen Linie verfolgen wir nach wie vor denselben Kurs unter Beobachtung der englischen Verhandlungen stets bereits zu sein, auch unsererseits die wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Russland aufzunehmen und zwar *fünf Minuten später als England, aber keineswegs vorher* [Herv.d.Verf.].“[804]

Auch hier war somit erkennbar: Der strategische Ausgangs- und Anknüpfungspunkt der Russland-politischen Tätigkeit Maltzans manifestierte sich nicht in einem inhaltlich festgelegten und unter Umständen auf machtpolitischen Gewinn zielenden Programm. Vielmehr nahm der Leiter des Russlandreferats in Aussicht, auf die künftige Entwicklung der russischen Frage weiterhin flexibel zu reagieren. Eine Rücksichtnahme und Orientierung an der Haltung der britischen Regierung schien ihm dabei im Rahmen der von ihm vorgetragenen „Fünf-Minuten-danach-Klausel“ leitmotivartig geboten zu sein.
Allerdings beinhaltete eine derartige Herangehensweise nicht unerhebliche Risiken: Schubert warnte Maltzan jedenfalls bereits vor: „Da man nie weiss, was Lloyd George eigentlich vor hat und dieser seine Absichten haeufig im letzten Moment aendert“, so stellte er in seiner Antwort an Maltzan klar, sei es doch immer wieder „sehr schwer, sich ein Bild ueber das Chaos zu machen“[805] – womit letzten Endes nicht nur die persönliche Haltung des britischen Premiers, sondern die alliierte Deutschlandpolitik insgesamt gemeint war. Und im Vorausblick auf die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages im April 1922 war dies eine durchaus gewichtig anmutende Feststellung, der es für das

[803] Siehe ein von Maltzan entworfenes Schreiben vom 9.6.1920, PA, R 83377, 108.
[804] Maltzan an Schubert, 23.6.1920, QpH, NL Carl von Schubert, Politisches Tagebuch, II, vgl. auch Krüger, The European East and Weimar Germany, S.12. Siehe dazu dann die Antwort von Schubert vom 1.7.1920, ebd. Hier heißt es u.a.: „Es war mir nicht moeglich in der Zwischenzeit das Kopp´sche Material Herrn Krassin zuzuleiten.“ Vgl. dann weiter auch die Antwort Maltzans vom 5.7.1920, ebd.: Hier heißt es u.a.: „Betreffend die Übermittelung der Korrespondenz an K. so werde ich versuchen, hier von hier aus (sic) einen farblosen Mittelsmann in London zu finden, dem die Stücke ohne Kompromittierung ausgehändigt werden können. Wie Du aus unserem Zirkularerlass gesehen hast, ist dem hiesigen K(opp) eine gewisse Erleichterung in seinem rein wirtschaftlichen Briefwechsel mit London zugesichert worden.“
[805] Ebd. Siehe dann weiter dazu auch Schubert an Maltzan, 3.7.1920, ebd., womit Schubert Maltzan das Kopp´sche Material nach der Abreise Krassins zurückschickte.

künftig von Maltzan gewählte Reaktionsverhalten gewiss nicht an Ausstrahlungskraft gefehlt haben wird. Darüber hinaus aber waren zugleich auch die Verhältnisse in Berlin nach wie vor sehr unsicher. Für den Referatsleiter erschien die innenpolitische Gesamtwetterlage sogar „verworrener denn je." Es bestehe zudem, so schilderte Maltzan Schubert besorgt, „die große Gefahr, dass Unabhängige und Kommunisten die jetzige Blutleere der Regierung für einen gewaltsamen Umschwung ausnutzen" könnten."[806]

In Paris wurden die mithin durchaus von einer gewissen Behutsamkeit und Vorsicht geprägte Ausformung von Russland-politischen Überlegungen in Berlin allerdings nicht oder nur bedingt wahrgenommen. Im Gegenteil: Hier bevorzugte man, den seit 1919[807] beinahe kontinuierlich gepflegten deutsch-russischen Gefahrentopos weiter auszumalen und Ängste vor einer Allianz zwischen Berlin und Moskau mit propagandistischer Einfachheit und Klarheit zu bedienen. Dabei hatte die französische Außenpolitik am 20. April 1920 in Kopenhagen gerade erst selbst ein Abkommen mit Sowjetrussland und der Ukraine abgeschlossen, das aus zehn Artikeln und drei Zusatzartikeln bestand und wie das zeitgleich erzielt deutsche Abkommen vor allem konkrete Vereinbarungen zur Rückkehr von eigenen Staatsangehörigen, Militärangehörigen oder zivilen Personen, zum Gegenstand hatte.[808]

Dennoch schien es für viele Kräfte in Frankreich außer Frage zu stehen, dass sich Deutschland angeblich schon bald zu einer neuen Form von Macht- und Revanchepolitik rüsten würde: Im „L´Eclair" vom 17. Juni 1920 lautete die plakative, wirkungsmächtige Überschrift in Bezug auf die Veröffentlichung eines vermeintlichen Geheimschreibens Ludendorffs an Hoffmann vom 28. November 1918 jedenfalls bereits zu diesem Zeitpunkt im Sinne eines auch gegen die deutsche Republik gerichteten Pauschalverdachts: „L´Allemagne a favorisé le bolchevisme".[809]

5. Während des polnisch-russischen Krieges (Sommer-Herbst 1920)

Mitte 1920 nahm sich die Antwort auf die Probleme und die Herausforderungen, die deutscherseits in der russischen Frage bereits erkannt und formuliert worden waren, weiterhin eher zurückhaltend, vorsichtig und vorläufig aus. Eine einseitige Orientierung der amtlichen, von Berlin aus geführten auswärtigen Politik blieb ausgeschlossen. Die deutsche Republik bemühte sich, trotz ihrer schwachen Position in der internationalen Politik und der Bereitschaft, die ihr zukommenden Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag zu erfüllen, auch ihre außenpolitischen Interessen im Osten so weit wie möglich zu wahren.

---

[806] Maltzan an Schubert, 23.6.1920, ebd.

[807] In den Akten bzgl. „Les relations entre l´Allemagne et l´U.R.S.S." tauchen seit 1919 immer wieder Berichte mit dem Titel „Les intrigues germano-russes" o.ä. auf, siehe stellvertretend MAE, U.R.S.S. 321, 115-116, 289 oder U.R.S.S. 320, 137ff. Gerüchte über mögliche Allianzen und Bündnisse tauchten dabei geradezu ständig auf.

[808] In einer Zusatzerklärung wurde hier französischerseits eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands im Austausch mit der Zusage versichert, „à annuler immédiatement tout procédures entamée ou toutes condamnations prononcés contre les Français actuellement en Russie". Zur Reaktion Millerands auf den im Rahmen dieser Verhandlungen geäußerten Wunsch Litwinows, von Frankreich eine formelle Versicherung zu erhalten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Russlands einzumischen und keine konterrevolutionären Akte zu unterstützen, vgl. Millerand an Duchesne (Kopenhagen), 14.4.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 347, 37. Das Abkommen zwischen der französischen und der sowjetrussischen und ukrainischen Regierung befindet sich mit den entsprechenden Zusatzartikel bzw. Zusatzerklärung bei ebd., 38-45.

[809] Ein Exemplar des nicht unmittelbar zuzuordnenden Artikels befindet sich bei ebd., U.R.S.S., 318, 47. Ein ungez. Bericht, der sich in der Akte daran anschließt, trägt die Überschrift „provocation allemande envers la Pologne", ebd., 48ff.

Maltzan stand in seinem Verantwortungsbereich weiterhin in engem Kontakt mit Schubert in London. In einem weiteren Privatbrief vom 23. Juni 1920 legte er diesem gegenüber im Rahmen seiner Informationen über den gegenwärtigen Stand des polnisch-russischen Krieges dar, auf die „anfänglichen ‚Siege' gegen die Bolschewiken" seien für die Polen nunmehr „mehrere Rückschläge gefolgt". „Wie die Dinge weiter laufen werden", sei „schwer zu übersehen."[810]

Schubert wiederum teilte kurz darauf Maltzan eine ebenso für die weitere Entwicklung der frühen Weimarer Russlandpolitik nachfolgend durchaus gewichtige Einschätzung mit, die den deutschen Akteure trotz der Orientierung an der Position Londons erhöhte Wachsamkeit verordnete: Der „maßgebende" Privatsekretär von Lloyd George, Kerr, habe dem ukrainischen Vertreter Margolin kürzlich erklärt, „dass der Bolschewismus in Russland im Volke Anerkennung gefunden habe und dass die Englaender mit dieser Tatsache rechnen und auch nichts daran aendern koennten, da sie nicht gewillt und auch nicht in der Lage seien, gegen das bolschewistische Russland mit Waffengewalt zu Felde zu ziehen." Kerr habe darüber hinaus durchblicken lassen, „dass England gewillt sei, mit Sowjetrussland eine Verstaendigung zu suchen", während sich Margolin darüber nur „sehr wenig erfreut" gezeigt und ausgeführt habe, „dass man sich gar kein Bild mehr ueber die Ostpolitik Englands machen koenne". Lloyd George würde ja mittlerweile „seine Politik je nach Bedarf wechseln".[811]

Maltzan hatte auch in den Tagen zuvor über die künftige deutsche Haltung in der Ost- und Russlandpolitik reflektiert: In einem Beitrag „über das politische Verständnis zu den russischen Gebieten" vom 21. Juni 1920, die als Anlage einem Runderlass Staatssekretär Haniels vom 23. Juni 1920 beigefügt wurde, kristallisierte sich für ihn dennoch vor allem die Erkenntnis heraus, dass bei jedem maßgeblichen Russland-politischen Schritt deutscherseits in balancierender Weise zugleich auch die Interessen der Weimarer Außenpolitik in der Westpolitik nachdrücklich berücksichtigt werden mussten. Das Votum des Diplomaten empfahl in dieser Hinsicht vorerst eine abwartende, wachsame Haltung. Oberstes Ziel sei es allerdings, nicht weiter isoliert zu werden:

> „In unserem Verhältnis zu Sowjetrussland müssen wir gleichfalls die Stellungnahme der Entente und neutraler Staaten berücksichtigen. Zwischen beiden in Deutschland befindlichen Strömungen: vollkommene Ablehnung von Sowjetrussland und sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, haben wir bisher die *Mittellinie* [Herv.d.Verf.] eingenommen und uns jederzeit die Möglichkeit offen gelassen, unser Verhältnis zu Sowjetrussland zu legalisieren. […] Bei diesen und künftigen Schritten in unserer russischen Politik sind wir uns darüber klar, dass wir irgendeine nennenswerte Warenzufuhr von Russland in nächster Zeit nicht erwarten dürfen, dass wir aber in unserer politischen Haltung unserem östlichen Nachbarn gegenüber mit Rücksicht auf die […] Haltung der Entente und neutraler Mächte nicht isoliert werden dürfen."[812]

---

[810] Maltzan an Schubert, 23.6.1920, QpH, NL Carl von Schubert, Politisches Tagebuch, II, insbesondere mit Ausführungen zur ukrainischen Staatsbildung, die sowohl bei einem polnischen als auch bei einem sowjetrussischen Sieg erfolgen würde.

[811] Schubert (London) an Maltzan, 25.6.1920, ebd.
Siehe daran anschließend auch Schubert an Maltzan, 1.7.1920; Maltzan an Schubert, 5.7.1920; Schubert an Maltzan, 7.7.1920 sowie Maltzans an Schubert vom 13.7.1920, alle ebenfalls bei ebd.

[812] Aufz. Maltzan, 21.6.1922, ADAP A III Nr. 165 (PA, R 83377, 120ff.), auch bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.36, S.86ff., hier S.87. Die Vorlage wurde allen auswärtigen Vertretungen und den Abteilungsdirektoren der Zentrale zur „streng vertraulichen, ausschliesslich persönlichen Information" übermittelt, vgl. den Vermerk Maltzans für Haniel vom 7.8.1920 bei PA, R 83377, 119.

Ein im Rahmen dieser Analyse wesentlicher, von Maltzan nachfolgend auch in praktischer Hinsicht geprägter Begriff ist an dieser Stelle klar zu betonen: Denn aus der zuletzt zitierten Quelle wird ersichtlich, dass der Botschaftsrat nachdrücklich dafür eintrat, die deutsche Außenpolitik habe im Kontext der Argumente für und gegen die russische Option eine „Mittellinie“ einzunehmen – eine Wortwahl, die schon ihrem Inhalt nach in gewisser Weise auch zukünftig eine differenzierte Behandlung dieser Thematik durch den Leiter des Russlandreferats nahe legte.
Im Hinblick auf die zu wahrenden deutschen Wirtschaftsinteressen blieben diejenigen Argumente maßgebend, die Rathenau in seiner gemeinsam mit Deutsch und Alexander verfassten Denkschrift vom 17. Februar 1920[813] vertreten hatte. Über die damit einhergehende, amtsinterne Haltung hinaus versicherte Maltzan aber wenige Wochen später auch dem italienischen Botschafter de Martino in dieser Sache nicht ohne Rücksprache mit und vor allem nicht „gegen den Willen Englands zu arbeiten“, was für Deutschland schon aufgrund seiner eigenen außenpolitischen Schwäche als Gebot geltend müsse. Nichtsdestoweniger wäre Berlin ebenso mit Italien zu einer Kooperation auf Russland-politischem Terrain bereit:

> „Unsere Politik Sowjetrussland gegenüber sei bisher in jeder Hinsicht von den Maßnahmen der Entente abhängig gewesen, und wir hätten uns im allgemeinen das Verhalten Englands zur Richtschnur gemacht. Es wäre uns eine große Befriedigung, nunmehr mit Italien in einen vertraulichen Gedankenaustausch über unsere gemeinsame zukünftige Haltung Russland gegenüber eintreten zu können. Unser Grundprinzip hierbei sei, möglichst abzuwarten, ob England die wirtschaftlichen Beziehungen aufnehmen würde, und dann sich diesem Schritt anzuschließen.“[814]

Bevor derartige Ansätze weiterverfolgt werden konnten, überschlugen sich die internationalen Ereignisse: Im Juni, Juli und August 1920 wurden die polnischen Streitkräfte aus den von ihnen okkupierten russischen Gebieten bis kurz vor Warschau und damit weit hinter die eigenen Landesgrenzen zurückgetrieben.[815]
Für Maltzan kam diese Entwicklung allerdings nicht unerwartet: Er wurde seit Februar 1920 durch persönliche Gespräche mit sowjetrussischen Mittelsmännern über die kriegerischen Bestrebungen der Roten Armee informiert und hatte bereits am 28. April 1920 die „bange Frage“ gestellt, was eine Bolschewisierung Polens für Deutschland bedeuten würde.[816]
Ein Privatbrief des deutschen Geschäftsträgers in Kowno an Maltzan vom 10. Juni 1920 stellte die dramatische militärische Situation der Polen dann noch einmal genauer dar. Schönberg wies darauf hin, es müsse unter Umständen mit einem weiteren Vordringen der Russen bis an die Ostgrenze

---

[813] Siehe oben Anm.889.
[814] G.A. Maltzan, 25.6.1920, ebd., 130-131f. (L 625/ L198 982-85), siehe auch ADAP A III, Nr.165, S.295, Anm.4. Nachfolgend besprach Maltzan mit Martino die möglichen Einzelheiten für eine solche deutsch-italienische Kooperation. Es heißt hier u.a. auch: „Zum Schluß schlug ich dem Botschafter vor, dass er auch die in Betracht kommenden Vertreter italienischer Wirtschaftskreise sondieren möchte und dass diesen evtl. Gelegenheit geboten werden könne, mit den Vertretern deutscher Interessengemeinschaften in einen Gedankenaustausch zu treten. (…) Schließlich erwähnte ich noch die Möglichkeit, als vorläufige Basis für unsere Verhandlungen in den bevorstehenden Notenaustausch über unsere Wirtschaftsbeziehungen einen Passus aufzunehmen, der die Bereitwilligkeit zur gemeinsamen Behandlung der russischen wirtschaftlichen Fragen enthielte.“, PA, R 83377, hier 131.
[815] Zum polnisch-russischen Krieg vgl. ausführlicher u.a. Wagner, Deutschland und der polnisch-sowjetrussische Krieg 1920 sowie die Studie von Jena, S.21ff.. Siehe u.a. auch Französische Diplomatenberichte, Bd.1, Einleitung, S.115ff. sowie die entsprechenden Dokumente bei DDF 1920, Bd.2, in der Übersicht dort bei XVIff.: A. Europe Orientale/ „1. Guerre polono-russe“ und „2. Pologne“.
[816] Wagner, Deutschland und der polnisch-sowjetrussische Krieg, S.54; Korbel, S.28f.

Kongresspolens gerechnet werden und in einem solchen Fall könne eine bolschewistische „Masseninfektion“ ohne weiteres auf Deutschland übergreifen. Die Gefahr werde bislang lediglich dadurch gemildert, dass Russland „noch vor dem Winter unbedingt Frieden brauche, um einer Katastrophe zu entgehen.“[817]

Die Berichterstattung „über die Lage an der russisch-polnischen Front“ beanspruchte auch nachfolgend einen hohen Stellenwert.[818] Unter dem Datum des 10. Juli 1920 vertrat Schönberg in einem weiterem Schreiben an Maltzan die Ansicht, es müsse nunmehr tatsächlich mit einem weiteren Vordringen der Roten Armee „bis zur Ostgrenze von Kongresspolen gerechnet werden.“ Erst danach würden die russischen Absichten definitiv deutlich: „Machen sie an dieser Linie halt, so besteht für Deutschland keine unmittelbare Gefahr.“[819] Unter dem 20. Juli 1920 erkundigte sich Maltzan daher, ob sich der Vormarsch der Roten Armee nach wie vor auch in Richtung auf die deutsche Grenze bewege. Er verfolgte unterdessen in Berlin das „Hauptanliegen“, in Gesprächen mit Kopp verpflichtende Erklärungen über die Unverletzlichkeit der deutschen Grenze zu erhalten.[820] Andere Quellen wiesen zwar darauf hin, dass eine sicherheitspolitische Verletzung deutschen Gebiets nicht unmittelbar zu erwarten sei.[821] Dennoch regte der Diplomat vorsorglich die Entsendung eines deutschen Verbindungsoffiziers an, der etwaige Grenzzwischenfälle im Einvernehmen melden, mit den lokalen deutschen Behörden bereits unmittelbar vor Ort regeln und politisch ausschließlich dem Auswärtigen Amt unterstehen sollte.[822]

Innerhalb der französischen Diplomatie wurde auch über die deutsche Wahrnehmung dieser dramatischen militärischen Entwicklung im polnisch-sowjetrussischen Krieg berichtet: Marcilly warnte unter dem Titel „L’opinion allemande et les affaires de Pologne“ Außenminister Millerand, die möglicherweise bevorstehende Wiederaufnahme einer ambitionierten Ostpolitik durch die deutsche Republik nach wie vor nicht zu unterschätzen, auch wenn die Mehrheit der öffentlichen Meinung in Deutschland sich gegenüber Empfehlungen, die auf eine abenteuerliche Politik in diesem Bereich hinausliefen, abweisend zeige.[823] Denn letzten Endes, so stellte auch der französische Botschafter in Berlin wenige Tage später in einem Schreiben nach Paris in grundsätzlicher Hinsicht fest, würde in Deutschland das natürliche „Gefühl“ präsent sein, „que l’Allemagne doit rester toujours à portée du monde russe“.[824]

---

[817] Schönberg an Maltzan, 10.6.1920, ADAP A III, Nr.194.

[818] Vgl. u.a. Aufz. Maltzan, 5.7.1920, PA, R 83365, auch in der Ukraine sei die Lage “chaotischer denn je”.

[819] Schönberg an Maltzan, 10.7.1920, ADAP A III, Nr.194, das Original ist zu finden bei PA, R 83377, 155-157f.

[820] Siehe Wagner, Deutschland und der polnisch-sowjetrussische Krieg, S.84.

[821] Vgl. Oberndorff (Warschau) an AA, 4.8.1920, PA, R 31488k/ 31489k (K095890) sowie Haniel an Hilger, 9.8.1920 (K 281/ K 095 898). Zudem bat die deutsche Regierung bei Tschitscherin die Interessen deutschstämmiger Bewohner zu berücksichtigen und deutschen Durchgangsverkehr nach Ostpreußen nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten.“ Hierzu überwogen aus Moskau positive Signale, ADAP A III, Nr.246, S.497, Anm.6.

[822] Siehe Maltzan an Schubert (Reichswehrministerium), 7.8.1920, ADAP A III, Nr.238, in den Anmerkungen mit weiteren Verweisen. Die von Maltzan für „Major Dr. Wilhelm Schubert“ unterzeichnete Vollmacht ist verfilmt unter PA, K 281/K095 895. Zur Tätigkeit Wilhelm Schuberts vgl. Zeidler, S.48f.

Vgl. in diesem Kontext auch D’Abernon, Bd.1, S.92. Hier heißt es u.a.: „Falls die Sowjetheere Warschau einnehmen sollten, wäre ein Ausbruch des Kommunismus in ganz Deutschland zu erwarten und jede finanzielle Erholung auf Monate und Jahre hinaus vereitelt. Die(se) Gefahr (…) für ganz Mitteleuropa (…) wird in London und in geringerem Maße in Paris gewaltig unterschätzt.“

[823] Marcilly an Millerand, 14.7.1920, Abschrift bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 318, 138ff., 140f.

[824] Laurent an Millerand, 18.7.1920, Französische Diplomatenberichte, Bd.2, Nr.313, S.769f., S.770.

Diese Ansicht führte Charles Laurent, der ansonsten einen wesentlichen Schwerpunkt seiner Berichterstattung auf die deutsche Wirtschaft- und Finanzpolitik zu legen schien[825], nachfolgend noch weiter aus: In zwei aufeinander folgenden Telegrammen sah er es als signifikant an, dass sich in Deutschland nunmehr selbst die „konservativen" Zeitungsorgane, die sonst einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus das Wort redeten, die Aufnahme von direkten Verhandlungen mit der sowjetrussischen Regierung forderten. Allerdings verhalte sich die Wilhelmstrasse, « où le Baron Maltzahn (sic) dirige le Département des Affaires russes avec une extrême prudence », gegenüber solchen Ideen doch sehr zurückhaltend – eine wohlwollende Deutung der Rolle Maltzans, die mit den bisherigen Ergebnissen der Forschung in Bezug auf seine Person ebenfalls nicht im Einklang stehen dürfte.[826]

Während Außenminister Millerand auf eine interalliierte Beschäftigung mit den Konditionen für eine Regelung der finanziellen Entschädigungspflichten Russlands drängte[827], blieb der tiefe, sowohl historisch als auch mental und sicherheitspolitisch begründete Grundverdacht gegenüber allen Russland-politischen Aktivitäten der Weimarer Republik innerhalb der französischen Außenpolitik und Diplomatie mehrheitlich jedoch bestehen: Die deutsche Regierung arbeite, so hieß es „comme on le sait", nicht nur mit den Bolschewisten, sondern gleichzeitig auch mit den reaktionären Russen zusammen. Und das auf deutscher Seite dabei verfolgte Hauptziel läge angeblich darin, möglichst alle „letzten Kontakte", die Russland an Frankreich bänden, zu zerstören. Dies beträfe neuerdings ebenfalls die Beziehungen zu den russischen Intellektuellen.[828]

Befürchtungen dieser Art waren in der Sache nur bedingt berechtigt. Maltzan war im Rahmen der von ihm zuvor verkündeten „Mittellinie" bemüht, den alliierten Mächten möglichst wenige Angriffspunkte in Bezug auf die Russlandpolitik der deutschen Republik zu bieten. Er führte in einem Schreiben an Schubert vom 5. Juli 1920 zum Beispiel aus, dass man sich in Berlin vor der Konferenz von Spa und „auch mit Rücksicht auf unsere Wiederaufbauverpflichtungen finanziell nicht durch Leistungen an Fernerstehende", wie an den ukrainischen Vertreter in Berlin, Margolin, „kompromittieren" dürfe.[829]

Die Mahnungen insbesondere Haguenins, der deutschen Republik mit Blick auf die russische Frage gegenwärtig nicht noch weitere außenpolitische Enttäuschungen zuzufügen, verhallten jedoch weithin, was zum Beispiel auf der Vorbesprechung der Ententemächte für die Konferenz von Spa deutlich wurde, die schließlich vom 5. bis zum 16. Juli 1920 stattfand.

Hier stritten zum einen die alliierten Mächte untereinander, wie die finanziellen Forderungen gegenüber Deutschland aufzuteilen wären. Zum anderen führte ein aus Sicht der Alliierten vollkommen ungenügendes, von Außenminister Walter Simons[830] am 11. Juli 1920 vorgelegtes deutsches Reparationsangebot zu einer akuten Krise. Unter dem Druck der Ententemächte, der auf

---

[825] Vgl. insoweit u.a. seine Sammlung von finanzpolitischen Statistiken (insbes. die Bilanzen der Reichsbank und die Kurse der Reichsmark) im Zeitraum 1920-1922 bei MAE, Papiers d´Agents, Laurent, Bd.1.

[826] Tel. Laurent No. 1351 und 1352, 23.7.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 318, 185-186. Siehe zum Konvervatismus in der Weimarer Republik allgemein die Studie von Bussche.

[827] Vgl. dazu Millerand an Cambon und Barrère, 1.6.1920, DDF, 1920, Bd.2, Nr.59, S.71. Siehe zum gleichen Thema nachfolgend auch ebd., Nr.83, 91, 306, 326.

[828] Siehe dazu u.a. die Abschrift eines Informantenberichts aus Berlin vom 10.7.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 318, 144 bzw. den ungez. Bericht aus Kopenhagen vom 21.7.1920, bei ebd., 166f.

[829] Maltzan an Schubert, 5.7.1920, QpH, NL Carl von Schubert, Politisches Tagebuch II, Juni-Juli 1920. Siehe zur „ukrainischen Frage" umfassend Milow.

[830] Zur Biographie vgl. Gründer, Walter Simons.

deutscher Seite überaus emotionale Reaktionen auslöste, mussten die deutschen Vertreter am 16. Juli 1920 einem besonderen Kohlenprotokoll zustimmen.[831]

Die Konferenz von Spa war für die deutsche Ostpolitik bedeutsam, und zwar in rechtlich und finanziell ganz konkreter Weise: Denn hier wurde nicht nur die polnische Bitte um alliierte Unterstützung gegen den Einbruch der Roten Armee erörtert und diskutiert. In dem am 16. Juli 1920 von Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Portugal unterzeichneten Abkommen behielten die Alliierten ausdrücklich „Polens Rechte auf Ersatz der Kriegsschäden, die es als Teil des ehemaligen russischen Kaiserreichs erlitten habe" gemäß Art. 116 (Abs. 3) VV vor, obgleich diese Anspruchsgrundlage juristisch hoch umstritten war und selbst nicht im Einklang mit der Auffassung der Rechtsabteilung der Reparationskommission stand, die Anfang 1920 betont hatte, die Russland-Paragraphen des Versailler Vertrages hätten „nichts mit den Rechten Polens oder polnischer Staatsangehöriger zu tun". Die polnische Regierung bestätigte in einem Brief an den Obersten Rat vom 16. Oktober 1920 jedoch nun ausdrücklich, sie habe von dem Spa-Abkommen vom 16. Juli 1920 Kenntnis genommen und tat auch im Folgenden „alles, was in ihren Kräften stand, um die in dem Spa-Abkommen enthaltene Anerkennung ihres Anspruchs auf Grund des Artikels 116 zu betonen." Und am 12. Februar 1921 sandte sie schließlich der alliierten Reparationskommission eine „provisorische Schätzung der polnischen Kriegsschäden", die von Deutschland zu ersetzen seien, zu, wobei sich die Gesamtsumme auf „21 Milliarden, 913 Millionen, 269,740 Goldfrancs plus eine halbe Milliarde Deutsche Mark" belief. [832]

Weiteres Konfliktpotential kam aber schon im Juli 1920 hinzu: Zeitgleich zu den in Spa erhobenen Ansprüchen Polens aufgrund Art. 116 Abs. 3 VV hatte die Regierung in Warschau mit Datum vom 14. und 15. Juli 1920 durch die Verabschiedung von Gesetzen, die eine Liquidation privaten deutschen Vermögens regelten, zusätzlich für Spannungen zwischen Berlin und Warschau gesorgt.[833]

Als dann Dirksen unter dem Datum des 25. Juli 1920 berichtete, er habe vertraulich erfahren, „dass man polnischerseits Verordnungen über Erleichterungen im Durchgangsverkehr nach Ostpreußen plane", telegraphierte Maltzan an die deutsche Friedensdelegation in Paris, die „einseitige polnische Verordnung" werde abweichend von dieser Annahme den „deutschen Wünschen keineswegs Rechnung tragen." Er vermutete des Weiteren, dass „Polen hierdurch Verhandlungen über (den) Korridor abermals hinauszögern" wolle und drängte „auf baldige Verhandlungen".[834]

Aus der Sicht Maltzans hatten die negativen Ergebnisse der Konferenz von Spa[835] für seinen Verantwortungsbereich Folgen: In einem Schreiben an Schubert vom 10. Juli 1920 wies er darauf hin, dass seine Bemühungen, Russland-politisch eher zurückhaltend zu agieren, dadurch mehr und mehr durchkreuzt würden, obwohl ihm vorerst ein weiteres Abwarten empfehlenswert erscheine:

---

[831] Zur Konferenz von Spa vgl. auch D'Abernon, Bd.1, S.71ff. Hierzu heißt es bei ebd., S.78 unter dem 7. Juli 1920 u.a. auch: „Bei der heutigen Sitzung hat sich eine peinliche Szene ereignet (…) [Der deutsche Reichskanzler, Anm.d.Verf.] Dr. Fehrenbach rief mit offensichtlicher Ehrlichkeit aus: ‚Ich bin ein alter Mann, der bald vor dem obersten Richter erscheinen wird. Ich bitte mir daher Glauben zu schenken, wenn ich sage, dass ich den ehrlichen Wunsch habe, die übernommenen Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, - man soll jedoch nichts Unmögliches von uns verlangen.'"

[832] Vgl. Epstein, Zur Interpretation, S.326f. Die Reparationskommission entschloss sich bei ihrer Weitergabe der polnischen Schadensliste nachfolgend auch, lediglich „als Briefträger" an die deutsche Regierung zu fungieren und sich vorerst „jeglicher Stellungnahme über die Berechtigung der polnischen Forderungen zu enthalten, siehe ebd., S.327.

[833] Vgl. dazu ausführlicher Wagner, Deutschland der polnisch-sowjetrussische Krieg, S.149.

[834] Zit. nach ebd., S.149 mit Anm.45.

[835] Zur Reichstagsdebatte über die Konferenz von Spa vgl. auch die Telegrammserie Marcillys vom 28. Juli 1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 318, 238-247.

> „Es wird Dich interessieren zu hören, dass die von Deutsch, Rathenau und verschiedenen anderen Großindustriellen geplante russische Studienkommission unter Leitung von August Müller demnächst nach Russland gehen wird. Auch die Unabhängigen entsenden morgen in Gestalt von Stoecker, Krispin, Däumig und Dittmann eine Parteikommission nach Moskau. Wir haben jetzt in Gestalt eines Mitgliedes der Kriegsgefangenenzentrale Herrn Hilgers einen ständigen Vertreter für Gefangenenaustausch in Moskau. Dies alles hätte sich bei etwas mehr Einsicht in Spa vermeiden lassen. *Meine Bemühungen, derartige Annäherungen nach Möglichkeit hinauszuziehen* [Herv.d.Verf.], sind durch die Situation in Spa sehr erschwert.“[836]

Darüber hinaus hatten die militärischen Erfolge der Roten Armee im Sommer 1920 politische Relevanz: Offenkundig beflügelt von dieser Entwicklung teilte Kopp Maltzan mit, dass er am Freitag, 23. Juli 1920 nach Moskau reisen werde, um an den Besprechungen über einen angeblich bereits in Aussicht stehenden russisch-polnischen Friedensschluss teilzunehmen. Unter voreiligen Andeutungen, dass bei einem solchen Friedensvertrag möglicherweise auch die polnische Korridorfrage sowie die Grenz- und die oberschlesische Frage zu Gunsten Deutschlands gelöst werden könnten, wolle seine Regierung bereits jetzt eine „Stellungnahme Deutschlands“ einholen.[837] Maltzan beschränkte sich allerdings daran anschließend darauf, diese Meldung Kopps an seine politische Führung weiterzugeben. Gegenüber den tendenziös anmutenden Angeboten und Andeutungen Kopps bewahrte er weiterhin Distanz.[838]

Zwar gab es Gerüchte, dass die Alliierten aufgrund der dramatischen Lage in Polen von Deutschland fordern könnten, Soldaten gegen Russland einzusetzen und dafür sogar eine Rückgabe Oberschlesiens ohne Plebiszit an Deutschland in Erwägung zogen.[839] Jedoch blieb es aus deutscher Sicht bei der bereits am 20. Juli 1920 in Bezug auf den Krieg zwischen Polen und Russland verkündeten Neutralität, wobei Maltzan in dieser Hinsicht alle beteiligten Ministerien zur Teilnahme an einer Besprechung am 28. Juli 1920 über die Durchführung der Neutralitätserklärung anhielt.[840] Der französische Botschafter Laurent verdeutlichte die damit verbundene deutsche Position gegenüber dem Quai d´Orsay zu Recht dahingehend, die deutsche Regierung berufe sich hierbei in erster Linie auf die Haager Landkriegsordnung von 1907 und somit auf die Freiheit, Waffentransporte durch das eigene Territorium zu untersagen. Zudem verpflichte der Versailler Vertrag Deutschland nicht, die Neutralität aufzugeben[841], was auch im britischen Parlament so festgestellt wurde.[842] Dennoch kam es nachfolgend gegen den Willen der Reichsregierung vereinzelt zu alliierten Truppen- und Materialtransporten durch deutsches Gebiet.[843]

---

[836] Maltzan an Schubert, 10.7.1920, QpH, NL Carl von Schubert, Politisches Tagebuch II, Juni-Juli 1920.
[837] G.A. Maltzan, 19.7.1920, ADAP A III, Nr.207.
[838] Ebd.
[839] Korbel, S.111.
[840] Vgl. PA, R 83378, 107. Zur Verordnung über das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs nach Polen und Russland vgl. RGBL Jahrgang 1920, Nr. 158, Ausschnitt bei PA, R 83377, 158 mit einen hschr. Randvermerk Maltzans offenbar u.a. vom 25.7.1920, der die „Neutralitätserklärung“ zu den Akten wies.
[841] Laurent an Quai d´Orsay, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 318, 202. Zur gegenteiligen Rechtsauffassung siehe Millerand u.a. an Laurent, 27.7.1920, ebd., 234f.
[842] Vgl. den Auszug aus den „Parliamentary Debates“ No. 92 vom 6.7.1920 bei PA, R 83377, 143 sowie ein Tel. Sthamers vom 2.8.1920, ebd., 173. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans.
[843] Siehe z.B. das Tel. Marcillys No. 1455, 6.8.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 319, 42-43.

Aus deutscher Sicht war durch die Entwicklung im polnisch-russischen Krieg erkennbar, dass Russland derzeit eine „starke Stellung“ gegenüber der Entente einnahm. Der deutsche Gesandte in Stockholm, Nadolny, äußerte insoweit die Ansicht, weder die „Schaukelpolitik von Lloyd George“ noch die „starre reaktionäre Abweisung von Millerand“ werde dieser Tatsache lange standhalten können.[844] Es schien daher geboten, den Kommunikationsfaden in Richtung Moskau nicht abzubrechen. Außenminister Simons hielt in einem von Maltzan entworfenen Schreiben gegenüber Tschitscherin nunmehr sogar „die Zeit für gekommen“, mit der Russischen Sowjet-Regierung in amtliche Gespräche über die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Russland einzutreten.[845] Allerdings hat die jüngere Forschung anhand von sowjetrussischen Archivalien an dieser Stelle zugleich darauf hingewiesen, dass eine militärische Offensive bis zum Rhein tatsächlich nicht außerhalb der Vorstellungswelt der Verantwortlichen in Moskau lag.[846] Und primär in diesem Unsicherheitskontext bat die deutsche Regierung die Alliierten, präventive deutsche Abwehrmaßnahmen gegen eine mögliche Gefährdung der Ostgrenzen durch Angehörige der Roten Armee zu billigen - „zur Wahrung der Neutralität, zur Sicherung der Grenzen und zur Beruhigung der Bevölkerung“.[847]

Auch diese nur geringfügig modifizierte Positionierung Deutschlands in der russischen Frage wurde von den französischen Vertretern in Berlin wahrgenommen: Nach einem Telegramm Marcillys war in Paris seit dem 28. Juli 1920 bekannt, der deutsche Außenminister Simons habe sich im Reichstag dahingehend eingelassen, lediglich der Mord an dem deutschen Botschafter Mirbach habe im November 1918 die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen unterbrochen. Die völkerrechtliche Anerkennung Deutschlands gegenüber Sowjetrussland an sich sei dagegen durch die in Versailles erfolgte Aufhebung des Vertrags von Brest-Litowsk keineswegs aufgehoben worden, zumal der Versailler Vertrag in dieser Hinsicht eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland ohnehin nicht verbiete. Allerdings, so Marcilly weiter, habe Simons zugleich auch betont, würde sich die deutsche Außenpolitik keineswegs in die Arme Sowjetrusslands werfen, zumal Polen für Deutschland eine Art sicherheitspolitische Barriere gegen einen Angriff der Roten Armee bilde.[848] Der französische Vertreter in München, Dard, berichtete zudem, dass die bolschewistische Propaganda in Deutschland durch die Erfolge der Roten Armee in Polen nunmehr mit neuer Brennkraft wieder aufgelebt sei. Außenminister Simons habe aber trotzdem die Auffassung vertreten, man könne langfristig die Moskauer Führung nicht als vulgäre Kriminelle behandeln, sondern müsse zu einem „oeuvre positive“ mit praktischen Resultaten gelangen[849] -

---

[844] Vgl. Nadolny (Stockholm) an AA, 29.7.1920, ebd., 247-248. Die Vorlage trägt u.a. zweimal die Paraphe Maltzans. Nadolny führt hier u.a. aus, er sei nach wie vor der Ansicht, es sei entscheidend „in unserem Verhältnis zu Sowjetrussland die Dinge ohne Nervosität und mit aller Reserve an uns herankommen (zu) lassen“ und „vor allem an unserer eigenen innenpolitischen Plattform“ zu arbeiten., ebd., 247.

[845] Vgl. Simons an Tschitscherin, 22.7.1920, gedruckt u.a. bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.37, S.88.

[846] Vgl. dazu näher Linke, Der Weg nach Rapallo, S.65, mit den entsprechenden sowjetrussischen Archivalien bei Anm.31. Nach ebd., S.66 soll Lenin offenbar im Juli 1920 den Führer der KPD, Paul Levi, gefragt haben, wie lange es nach dem Einzug der sowjetrussischen Truppen in Warschau noch dauern würde, bis in Deutschland die Revolution ausbräche.

[847] Vgl. die Note Göpperts an Millerand, 21.7.1920, im PA verfilmt unter 9855/H 317 523-24, gedruckt bei Purlitz, 1920, II. Bd., Ausland, S.13, vgl. ADAP A III, Nr.209, Anm.3.

[848] Siehe die Telegrammserie Marcillys an den Quai d´Orsay, No. 1376-1382, 27.7.1920, ebd., 227-233.

[849] Zur bolschewistischen Propaganda vgl. Dard (München) an Quai d´Orsay, 28.7.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 318, 248-249 bzw. Claudel an Quai d´Orsay, No.357, 3.8.1920, ebd., 17.

ebenfalls ein deutlicher Hinweis, dass es in nächster Zeit zum Abschluss eines politisch und wirtschaftlich ausgerichteten Vertrages zwischen Deutschland und Russland kommen könne.
Diesen Aspekt vertiefte die französische Diplomatie nachfolgend noch weiter und machte deutlich, dass die deutsche Republik schon vor dem Hintergrund des Artikels 117 VV aus ihrer Sicht ohnehin möglichst bald zu einer grundlegenden Lösung der damit verbundenen „Ostfragen" gelangen müsse. Marcilly berichtete insoweit über öffentliche Äußerungen des deutschen Außenministers im Berliner Tageblatt, die aus deutscher Sicht unter anderem vortrugen, in Moskau werde derzeit durchaus diskutiert, „à rétablir des relations normales avec les puissances occidentales et notamment avec l´Angleterre".[850] Des Weiteren vertrat der französische Diplomat die Ansicht, Kopp trage gegenwärtig « un projet de traité de commerce entre l´Allemagne et la Russie » nach Berlin und verhandele darüber mit Maltzan, der dies im Namen der deutschen Regierung jedoch ebenfalls von einer befriedigenden Lösung der Mirbach-Angelegenheit abhängig mache.[851]
Am 8. August 1920 gab der deutsche Außenminister in der „Freiheit" ein Interview und konkretisierte dabei die deutsche Position in der russischen Frage noch einmal in aller Öffentlichkeit. Simons trug hierbei vor, die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands zu Russland werde ab sofort „von einem weniger bureaukratischen Standpunkt" behandelt, zumal derzeit, soweit er es einschätzen könne, „weder im Kabinett noch bei irgendeiner Partei Bedenken gegen die Wiederherstellung" dieses Zustandes beständen. Im Gegenteil hätten „sämtliche Parteien" „in letzter Zeit diesen Gedanken als äußerst sympathisch und für die deutsche Zukunft dringend notwendig begrüßt". Allerdings halte er es auf der anderen Seite zugleich aber auch für seine „Pflicht", eindringlich davor zu warnen, „dass man an diese deutsch-russische Verständigung politische Hoffnungen knüpft, die entweder geeignet sind, uns in den Verdacht zu bringen, als ob wir auch nur im geringsten die Absicht hätten, uns den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages mit russischer Hilfe zu entziehen, oder auf eine grundlegende Aenderung der deutschen Staats- und Wirtschaftsverfassung hinzielen."[852]
Trotz dieser „unbürokratischen", also politisch geprägten Herangehensweise in der Russlandpolitik, die inhaltlich ja erkennbar offen und unbestimmt war, blieben demnach zunächst einmal im Wesentlichen die Bestimmungen des Versailler Vertrages entscheidungserheblich. Artikel 117 VV kam dabei auch in allgemeiner ostpolitischer Hinsicht besondere Ausstrahlungskraft zu: So hieß es in dem „vorläufigen Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland" vom 15. Juli 1920, das auf deutscher Seite von Ministerialdirektor Behrendt, von Maltzan und von Gaus unterzeichnet wurde, in dem dortigen §2, Deutschland erkläre sich bereit, „Lettland auch de jure anzuerkennen, sobald eine der im Friedensvertrag von Versailles genannten alliierten Hauptmächte die Anerkennung ausgesprochen hat".[853] Die Denkschrift zu dem Abkommen sah einen wesentlichen Grund für diese abwartende Haltung in der Präsenz des Artikels 117 VV, mit dem sich die Alliierten „freie Hand für die zukünftige Regelung der politischen Gestaltung" auch

[850] Tel. Marcillys, No. 1434, 3.8.1920, ebd., U.R.S.S. 319, 15-16, 16.
[851] Vgl. Tel. Marcilly 1458, 6.8.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 319, 45 bzw. ders., Tel. 1474, 7.8.1920, ebd., 54.
[852] Ausschnitt bei PA, R 83377, 246f., der die Paraphe Maltzans vom gleichen Datum trägt.
[853] Vgl. PA, R 28710, 473. Das Abkommen ist gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome XI, S.861-864. Zwei Verhandlungsentwürfe sind zu finden bei BAB, R 1501, Bd. 119323.

dieser Gebiete des ehemaligen Zarenreiches vorbehalten hätten. Schon deshalb sei es „zweckmäßig“, „zunächst das Vorgehen einer der alliierten Hauptmächte abzuwarten“.[854]

In London, Paris oder Brüssel blieben demgegenüber weiterhin Gerüchte über deutsch-sowjetrussische Verschwörungstendenzen vorherrschend, wobei „alle diese Verdächtigungen“ letzten Endes auf die Unterstellung hinausliefen, „Deutschland wolle Polen vernichten, die ihm auferlegten Reparationen nicht zahlen, sich gegenüber der Entente revanchieren und den Versailler Vertrag zerreißen“ – an sich eine durchaus nachvollziehbare Sorge und Sichtweise, da ja Ansichten dieser Art in der deutschen, v.a. reaktionären Publizistik durchaus verbreitet waren. Englische, französische und belgische Blätter überboten sich geradezu darin, von einer Allianz „Boche-Bolchévique“ zu sprechen, unter anderem mit der Behauptung, das Datum der sowjetrussischen Juli-Offensive sei - angeblich, um die Konferenz von Spa zu beeinflussen - zwischen Moskau und Berlin abgesprochen gewesen.[855]

Doch damit nicht genug, denn in der alliierten Presse kursierten darüber hinaus regelrecht „groteske“ Fälschungen: Der „Petit Parisien“ und die „Times“ veröffentlichten am 5. August 1920 den Text eines angeblich durch Maltzan im Auftrage der deutschen Regierung und Herrn Kopp im Auftrage der Sowjetregierung vereinbarten Vertragsentwurfs über wirtschaftliche und politische Abmachungen zwischen Deutschland und Russland in Verbindung mit der militärischen Lage im Osten. Demnach habe sich Deutschland Moskau gegenüber „zur Lieferung von Eisenbahnmaterial, Ausrüstungen zur Erdölgewinnung und zur Entsendung von technischen Spezialisten verpflichtet“, während Sowjetrussland im Gegenzug zugesagt habe, den Korridor zu besetzen und wieder an Deutschland zurückzugeben.[856] Und diese Meldung wurde dann auch noch von Teilen der französischen Diplomatie[857] direkt oder indirekt unterstützt.

Die französischen Vertreter in Berlin - in die von Paris aus geführte Polen- und Tschechoslowakei-Politik nicht direkt eingebunden[858] - wirkten diesen weit hergeholten Falschmeldungen und propagandistischen Verzerrungen allerdings im Ganzen entgegen. Außenminister Simons, so berichtete Marcilly bereits unter dem 3. August 1920 nach Paris, habe zwar erneut gegenüber der deutschen Presse erklärt, man müsse sich eben schon in Bezug auf Artikel 117 VV vergegenwärtigen, dass sich Deutschland neben dem Abschluss eines Friedensvertrages mit den Vereinigten Staaten auch eines Tages gegenüber den Ostfragen öffnen müsse.[859] Ein handschriftlicher Randvermerk zu einem französischen Geheimtelegramm vom 25. August 1920, das ebenfalls die vorangegangenen Gerüchte über einen deutsch-sowjetrussischen Vertrag unterstützte und dabei insbesondere die Rolle Maltzans in negativem Sinne betonte[860], wies jedoch eindringlich

---

[854] Denkschrift zum vorläufigen Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland v. 15.7.1920, PA, R 28710, 480. Zu den Hintergründen ausführlicher Volkmann, S.403ff. Zur deutschen Lettlandpolitik in der Weimarer Zeit insbesondere die thematisch breit angelegte Dissertation von Purkl, die bemüht ist, die „Grundzüge der deutschen Außenpolitik im östlichen Europa“ insgesamt darzulegen, vgl. Purkl, S.34ff.

[855] Siehe dazu Wagner, Deutschland und der polnisch-sowjetrussische Krieg, S.183.

[856] Ebd. Zur Dementierung vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung, 6.8.1920, Ausschnitt bei: PA, R 31488k/31489k (K095891) sowie Frankfurter Zeitung, 9.9.1920, Ausschnitt bei ebd., (K096146).

[857] Vgl. Französische Botschaft in Bern an Mitterand, 12.8.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 319, 78, der angebliche Vertrag bei 79-80. Siehe dazu auch einen ungez. Bericht aus Kopenhagen vom 13.8.1920, ebd., 86bis - 86ter. Hier heißt es u.a.: „L´influence des Allemands à Moscou augmente de jour en jour“.

[858] Vgl. dazu Wandycz.

[859] Marcilly an Millerand, 3.8.1920, Französische Diplomatenberichte, Bd.2, Nr.340, S.823f., S.824.

[860] Tel. o.U., 25.8.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 321, 70.

darauf hin, Botschafter Laurent bestätige eine derartige Entwicklung nicht. Schließlich erstellten verschiedene Berichte Marcillys aus Berlin ebenfalls kein Bild, mit dem auf eine aggressive deutsche Haltung in der russischen Frage geschlossen werden konnte. Hier hieß es im Gegenteil, der deutsche Außenminister hege den Wunsch, „de négocier sa coopération diplomatique avec l´Entente dans les affaires russes“.[861]

Die unmittelbare Bedrohung des polnischen Staates durch die sowjetrussischen Truppen hatte zumindest aus der Perspektive Maltzans Auswirkungen auf die alliierte Deutschlandpolitik, die offenbar Zugeständnisse in Aussicht stellte, wenn Berlin seine neutrale Haltung aufgebe. „Die Entente bemüht sich“, so schrieb er am 6. August 1920 an Brockdorff-Rantzau, der sich zwar ins Privatleben zurückgezogen hatte, aber von Maltzan weiterhin mit amtsinternen Informationen versorgt wurde[862], „direkt und indirekt durch Versprechungen und Drohungen uns zum Verlassen der Neutralität zu bewegen.“ Er und die anderen Verantwortlichen in der Wilhelmstraße aber würden „fest bleiben“ und könnten es auch, „da die Stellung des Ministers sich nach seinem letzten Auftreten im Parlament sehr gefestigt hat.“ Abgesehen von den Deutschnationalen stehe „das Parlament geschlossen hinter ihm“. Auch im Kabinett sehe sich Simons „keinem Widerspruch” gegenüber.[863]

Unter dem Datum des 9. August 1920 berichtete der Referatsleiter dann im gleichen Grundtenor weiter, Frankreich scheine seine militärischen „Vormarschabsichten mit Rücksicht auf die geschlossene Haltung Deutschlands und die russischen Nebenabsichten Lloyd Georges“ nunmehr aufzugeben. Die gegenwärtige Russland-politische Haltung der britischen Außenpolitik interpretierte Maltzan dabei zumindest teilweise als wohlwollend und sah die in London mehrheitlich vorhandene Haltung durchaus im Einklang mit den deutschen Interessen. Würde die britische Außenpolitik, so führte er aus, zudem weiterhin auf ein entspannteres Verhältnis zu Moskau hinwirken, so könne sich daraus möglicherweise auch neuer Handlungsspielraum für die deutsche Politik gegenüber Sowjetrussland ergeben:

> „Es sieht ferner so aus, als ob England in den nächsten Tagen mit Russland zu einer Verständigung zu kommen sucht. Die Verständigung wird wohl so lange hinausgeschoben werden bis Warschau gefallen ist und dann sehr viel leichter sein. Ich glaube, dass unsere Position, nachdem England die moralische Verantwortung des ersten Schrittes von uns genommen hat, Russland gegenüber leichter und noch freier sein wird.“[864]

---

[861] Marcilly an Millerand, 7.8.1920 und 13.8.1920, Französische Diplomatenberichte, Bd.2, Nr.349, S.838ff., S.840 und Nr. 355, S.854ff. Siehe auch Laurent an Legygues, 30.9.1920, der in kritischer Haltung den aus polnischer Quelle („Légation de Pologne à Berne“) stammenden Wortlaut dieses angeblichen „Traité secret Germano-Bolcheviste“ nach Paris weitergibt, vgl. Französische Diplomatenberichte, Bd.2, 429. Das Original befindet sich bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 320, 296-297. Hier heißt es bei 296 (Rückseite) in Bezug auf den polnischen Gesandten Szebeko, „qui n´est jamais à court de documents secrets“.

[862] Zur Korrespondenz zwischen Maltzan und Brockdorff-Rantzau vgl. PA, NL Brockdorff-Rantzau, insbesondere Az.27 sowie in Az.34 (9/5), 127ff. Hier befinden sich z.B. auch der hschr. Entwurf eines Briefes Brockdorffs an Maltzans vom 12.8.1920 sowie drei Briefe Maltzans vom 14., 16. und 18. August 1920, die aufzeigen, dass Maltzan den sich auf „Annettenhöh“ zurückgezogenen Brockdorff zumindest zeitweise laufend über die von ihm in seinem Umkreis wahrgenommene außenpolitische Entwicklung informierte und mit Material versorgte. So heißt es im Schreiben vom 18.8.1920 bei ebd., 131 (Rückseite, H 236826) u.a.: „Die beiden Aide-Mémoires sind zu Ihrer Verfügung. Alle übrigen Akten (sind) hier für Sie aufgehoben.“

[863] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 6.8.1920, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.27. Die Vorlage ist gedruckt als ADAP A III, Nr. 237 (H 237050-52).

[864] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 9.8.1920, ebd. Az.27 (H 237053-54); vgl. ADAP A III, Nr.237, S.486, Anm.9.

Spekulativ anmutende Überlegungen und Prognosen dieser Art unterlagen freilich zunächst einmal der Voraussetzung, dass die Roten Armee in Polen weiterhin siegreich sein würde. Davon ging Maltzan offenbar zu diesem Zeitpunkt aus: Unter dem 10. August 1920 führte ihn die aktuelle militärische Lage, die nach wie vor zu Gunsten Russlands sprach, daher auch zu der Ansicht, es erscheine „nicht zweckmäßig“[865], den sowjetrussischen Vorschlag, in eine Aussprache über die Wiederaufnahme der unterbrochenen Beziehungen einzutreten, rundweg abzulehnen.
Der Nachteile im Rahmen einer derartigen Vorgehensweise war sich Maltzan allerdings bewusst und ein vorheriger Akkord mit London in dieser Frage schien ihm deshalb nach wie vor unabdingbar. Die daraus zu folgernde Russland-politische Übereinstimmung zwischen Berlin und London durfte aus seiner Sicht nur dann realisiert werden, wenn die Gleichberechtigung Deutschlands zumindest in diesem Kontext garantiert blieb – ein für die deutsche Republik erst noch anzustrebender, allgemeiner außenpolitischer Status, der in der Prioritätenliste des Diplomaten offenkundig weit oben stand:

> „Es muss vor(zu)ziehen sein, einen derartigen Schritt mit England gemeinsam, natürlich gleichberechtigt, zu tun. Aus diesem Grunde würden wir jederzeit bereit sein, an einer Konferenz, wie sie in London geplant ist, teilzunehmen.“ [866]

Die durch den Krieg zwischen Polen und Sowjetrussland hervorgerufene Lage bot Maltzan damit in gewisser Hinsicht neuen Russland-politischen Handlungsspielraum, wenngleich dieser stark begrenzt blieb. Skepsis war zudem geboten. Denn es mangelte weiterhin nicht an Vorwarnungen[867] über die nicht zu unterschätzende innenpolitische Gefahr, die der Weimarer Republik aus einem Russland-politischen Engagement drohte. Der Referatsleiter bezeichnete die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrussland daher in einer Aufzeichnung vom 26. August 1920 als eine „Grundlage“, die wenn überhaupt erst zukünftig erreicht werden könne.[868] Russland-politische Passivität ging damit aus der Sicht Maltzans aber nicht einher: In Bezug auf die immer noch ungelöste „Mirbachfrage“ deutete er jetzt sogar an, dass man nun selbst „wegen der Form der Genugtuung [...] mit sich reden lassen” werde. Diese Frage werde jedenfalls „kein Grund für das Scheitern der wichtigeren anderen Verhandlungen“ mit Sowjetrussland sein.[869]

---

[865] Aufz. Maltzan, 10.8.1920, PA, R 83377, 259f. (L199044-45).
[866] Ebd.
[867] Vgl. z.B. den offenbar aus Rom abgesandten Brief eines unbekannten Autors an Maltzan vom 17.8.1920, ebd., R 31488k/31489k (K096060-62). Hier heißt es warnend u.a.: „Jeder Contract, jeder Vertrag mit den Moskauer Banditen bringt Unglück und Elend ins eigene Haus“. Siehe zur Frage der kommunistischen Propaganda auch die Aufz. Maltzans in Bezug auf ein Gespräch mit Clara Zetkin, 27.8.1920, ebd., R 83378, 10f.
[868] Aufz. Maltzan, 26.8.1920, ebd., R 84244, K 510014-17. Die Vorlage wurde neben Rosenberg und Behrendt auch Schubert zur Kenntnisnahme vorgelegt.
Zu den Politischen Beziehungen Deutschlands zur Ukraine bzw. zu den von Berlin aus in dieser Hinsicht ergriffenen Maßnahmen, die hier nicht im Einzelnen dargestellt werden, vgl. die Akte PA, R 84244 mit zahlreichen Paraphen Maltzans Dokumente betr. 1920 sowie u.a. Aufz. Maltzan, 25.11.1920 PA, R 84241, K 509770-701. Siehe dazu dann u.a. auch die Abschrift einer G.A. Maltzans, 6.9.1920, ebd. (ohne Filmnummer) sowie Aufz. Maltzan, 5.1.1921, ebd., K 510085-87, Maltzans Schreiben an den Preußischen Justizminister vom 20.10.1921, ebd., K 510141-44 sowie Maltzan an Wiedenfeld, 26.11.1921, ebd., K 510160-61 und Aufz. Maltzans, 14.12.1921, ebd., K510162-63, hier -62.
[869] Vgl. Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 9.8.1920, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.27. sowie die hschr. Bemerkung am Schluss seines Briefes an Brockdorff vom 6.8.1920, ebd. Siehe weiter auch die G.A. Maltzans, 12.8.1920, ADAP A III, Nr.246, die in der Anlage ein Schreiben Tschitscherins an Außenminister Simons vom 2.8.1920 enthält, ebd., S.498-500. Nach ebd., Anm.8, bezeichnete Simons dieses Schreiben des sowjetrussischen Volkskommissars als „hinhaltend“. Vgl dazu auch die G.A. Maltzans vom 13.8.1920, ebd., Nr.247. Nach ebd., Anm.8, wies Simons das Referat an, die „Genugtuungsfrage im Sinne des Koppschen Vorschlags zu erledigen und dann in materielle Verhandlungen einzutreten, wobei die Entscheidung über ehemals deutsche Gebiete ausdrücklich der Verständigung mit (der) Entente vorzubehalten

Andererseits blieb es offenkundig, dass Maltzan die bekannten Befürchtungen, ostpolitische Regungen aus Berlin könnten in London oder Paris gravierende Negativwirkungen in Bezug auf die weitere alliierte Deutschlandpolitik entfalten, nachdrücklich zu beachten hatte. Die seit dem 5. August in der alliierten Presse verstärkt verbreiteten Gerüchte dementierte er zudem energisch: „Französische und englische Meldungen über (ein) geheimes Abkommen zwischen Sowjet-Russland und Deutschland", so hielt er in einem Telegramm an Solf mit Paraphe vom 12. August 1920 fest, seien ganz und gar „frei erfunden". Russland habe vor drei Wochen lediglich Fühlung hinsichtlich der Wiederherstellung normaler Beziehungen genommen.[870]

Die vorhandenen Falschmeldungen über eine vermeintliche deutsch-sowjetrussische Allianz aber hatten für Deutschland noch in einem anderweitigen Sinne negative Folgen. In Moskau war das „extreme Misstrauen"[871] Frankreichs gegenüber der deutschen Republik ebenfalls Gegenstand von politischen, wiederum auch in Paris bekannten Überlegungen. Der Diplomat Claudel berichtete dem Quai d´Orsay am 16. August 1920 aus Kopenhagen, Lenin schließe mittlerweile einen Akkord der Entente und Deutschlands zur Bekämpfung des Bolschewismus aus, da der Hass gegen Deutschland die französischen Verantwortlichen geradezu blind mache[872] - eine Einschätzung, die die Verhandlungsposition Maltzans natürlich eher schwächte.

Derartige Berichte änderten freilich nichts an der Tatsache, dass in der französischen Hauptstadt Spekulationen über ein Arrangement zwischen Berlin und Moskau nicht verstummten: Unter dem 14. September 1920 wurde wiederum unter zum Teil haarsträubenden Phantastereien die Existenz eines „Traité Germano-Russe" beschworen, der angeblich bereits im Frühjahr 1920 abgeschlossen worden sei.[873] Und dies bestärkte die französische Außenpolitik in ihrer Deutschland-politischen Haltung, sie müsse sich jetzt „essentiellement" darauf konzentrieren, „à faire exécuter strictement les stipulations de Versailles"[874], wobei die Russland-politischen Bestimmungen des Vertrages von diesem allseits bekannten Willen natürlich nicht ausgenommen waren.

Russland-politische Differenzen innerhalb der deutschen amtlichen Außenpolitik und Diplomatie waren unterdessen nur bedingt auszumachen: Außenminister Simons stimmte einem von Maltzan ausgearbeiteten „Verhandlungsprogramm mit Russland" zu - allerdings unter dem nicht unwichtigen Vorbehalt, auf Einzelheiten zurückzukommen. Kopp sei zudem als dauerhafter russischer Verhandlungspartner zu vermeiden, da er „zuviel auf dem Kerbholz" habe. Schließlich müssten die

---

ist." Die Lösung der „Mirbach-Frage" gehörte jedoch auch nachfolgend zu dem Arsenal an Problemen, die eine große Belastung für die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Berlin und Moskau darstellten, siehe insofern Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 16.8.1920, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.34 (9/5), 130f. (H236823-24). Zur von Maltzan gegenüber Simons vorgeschlagenen „Formel der Genugtuung" vgl. Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 18.8.1920, ebd., 131-132. Auch Staatssekretär Simsons soll dazu sein Einverständnis bekundet haben. Es heißt hier jedoch u.a. auch: „Bei der starken Nervosität, die überall herrscht, können ungeahnte Zwischenfälle in einigen Tagen das Bild vollkommen verändern." Siehe dann weiter auch die Aufz. Maltzan, 20.8.1920, ADAP A III, Nr. 256 sowie Maltzans „Aktennotiz laut mündlicher Mitteilung des Herrn Reichsministers vom 1. September 1920, ebd., Anm.3.

[870] Maltzan an Solf (Tokio), Entwurf, 12.8.1920, ebd., R 83377, 263. Siehe dazu auch die Aufz. Maltzans für die Presseabteilung, 13.8.1920, in Bezug auf Meldungen in der polnischen Presse, es gäbe Beweise für ein zwischen Deutschland und Russland bestehendes „Einverständnis". Es heißt hier u.a.: „Die Tendenz dieser Nachricht ist ebenso naiv wie einleuchtend. Auf gleichlautende Behauptungen der französischen Presse hat diese ihr Anerbieten, die angeblich geheimen deutsch-russischen Dokumente veröffentlichen zu können, bisher mit verlegenem Stillschweigen beantwortet."

[871] Spivak, S.226.

[872] Tel. Claudel, 16.8.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 347, 103-104.

[873] Fouchet an Millerand, 14.9.1920, ebd. (Série Z, U.R.S.S. 320), 180 und 185-186. Der angebliche deutsch-russische Vertrag, der nach Artikel I.9. eine Gültigkeit von zehn Jahren habe, und aus drei großen Abschnitten und einem Annex bestehe, findet sich bei ebd., 181-184.

[874] Millerand an Dard (Geheim), 14.9.1920, DDF, 1920, Bd.2, Nr.460, hier S.608.

Ententemächte weiterhin informiert und „besonders Frankreich wie ein rohes Ei“[875] behandelt werden, da sich die deutsche Außenpolitik bei einer „Hohen Politik mit Russland“ ansonsten „zu leicht die Finger in dem Räderwerk zerquetschen“ könne. Er wolle insoweit den „Herren des Ostdepartements“ erst einmal lediglich die „ersten wirtschaftlichen Verhandlungen mit einem Mann zweiter Garnitur wie Kopp überlassen“.[876]

Genau in diesem Punkt aber konkretisierte sich die in erster Linie von Maltzan vorsichtig ins Leben gerufene, praktische Weimarer Russlandpolitik vor 1922: Um „hohe“ Politik in einem ambitionierten politischen Sinne ging es dem Botschaftsrat und Referatsleiter zu diesem Zeitpunkt noch längst nicht. Sein Schwerpunkt lag auf der behutsamen Schaffung von möglichst zukunftsweisenden ökonomischen Verflechtungselementen im Verhältnis zu Sowjetrussland, das aus seiner Sicht militärisch derzeit nicht zu schlagen war – eine Grundhaltung und Ausrichtung, die von manchem Wirtschaftsvertreter durchaus als „klug, loyal und klarsehend“ gewürdigt wurde.[877]

Das waren Vorstellungen, die mit denjenigen des sowjetrussischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten durchaus korrespondierten. Entscheidend, so schrieb Tschitscherin am 2. September 1920 an Kopp, seien in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland nicht politisch emotionsbehaftete „Unsinnigkeiten“, sondern die Formulierung und Realisierung von politischen und wirtschaftlichen „Interessen“, „die die beiden Seiten veranlassen, sich in bestimmter Beziehung gegenseitig Unterstützung zu erweisen“. Die Außenwirtschaftspolitik könne daher gegenwärtig als das leitende „Axiom“ auch für die sowjetrussische Außenpolitik bestimmt werden[878] - eine interne Sichtweise, die sich in Moskau zwar wiederholt als nur bedingt mehrheitsfähig erweisen sollte, die aber der Leiter des Russlandreferats in Berlin durchaus zu schätzen gewusst hätte.

Insgesamt betrachtet blieb das Jahr 1920 aus der Perspektive Maltzans jedoch eindeutig von einer sich selbst bewusst auferlegten Zurückhaltung geprägt. In der russischen Frage bestand weiterhin erheblicher Diskussionsbedarf: Alle „Einzelheiten und Umsetzungen“, so äußerte sich der Diplomat in einer Aufzeichnung vom 13. August 1920, müssten daher „mit Rücksicht auf den flüssigen Zustand der wirtschaftlichen und staatlichen Gestaltung in Russland und mit Rücksicht auf die sich aus der Praxis ergebenden Bedürfnisse und Erfahrungen“ noch „einzelnen Kommissionen vorbehalten werden.“[879]

Ein weiterer Punkt war in diesem Kontext erkennbar: Was für Maltzan zählte, waren keine konzeptionell oder theoretisch angelegten Pläne oder Präferenzen. Für ihn blieb das „aus der Praxis sich ergebende“ außenpolitische Handeln - also ein Ringen von Tag zu Tag um die derzeit beste diplomatische Lösung - das entscheidende Orientierungskriterium. Insoweit sah er die Zukunft in seinem Verantwortungsbereich vor allem dadurch bestimmt, dass Deutschland möglicherweise schon bald vor der inhaltlich schwierigen „Aufgabe einer Verständigung zwischen einem noch demokratisch kapitalistischen und (einem) bereits kommunistischen Staate“ stehe. In diesem Zusammenhang prognostizierte er eine Kooperation zwischen „Staaten, bei denen die demokratische

[875] Privatbrief Simons an Haniel, 13.8.1920, PA, R 31488k/31489k, verfilmt unter K 096044-45.
[876] Ebd.
[877] Katzenstein (Daimler- Motoren- Gesellschaft) an Maltzan, 20.8.1920, PA, R 31488k/31489k (K096063-70).
[878] Vgl. Tschitscherin an Kopp, 2.9.1920, u.a. gedruckt bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.40, S.93f.
[879] Aufz. Maltzan, 13.8.1920, ADAP A III, Nr.247.

Linie sich scheinbar nach links und die kommunistische Linie sich scheinbar etwas nach rechts entwickeln“ werde.[880]

Trotzdem erhoben sich *in concreto* natürlich Zweifel, ob eine Zusammenarbeit zwischen politischen Systemen mit so grundlegend verschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung überhaupt möglich sein werde. Die Entwicklung einer geschlossenen Konzeption blieb jedenfalls unmöglich. Maltzan schien es daher sinnvoll, auch in Zukunft erst einmal wachsam abzuwarten und flexibel zu bleiben:

> „Bei diesem fluktuierenden Zustand wird es nicht möglich sein, derartig bisherige traditionelle Rechtsbegriffe und Normen, die für beide Staaten gleichmäßige praktische Anwendung finden können, festzulegen. Insbesondere steht in Russland das Staatsmonopol und die Negierung des Eigentums unseren Rechtsbegriffen und Wirtschaftsmaxmimen schroff gegenüber.“[881]

Auch andere europäische Länder stellten sich unterdessen der immer deutlicher zu Tage tretenden Tatsache, dass der russische Bolschewismus von nun an ein Faktor in der internationalen Politik war: Italien suchte in dieser Hinsicht nach der Interpretation Maltzans merklich stärker als zuvor die deutsche Zusammenarbeit für den Aufbau eigener wirtschaftlicher Beziehungen mit Russland. Diesem Wunsch stimmte der Referatsleiter allerdings nach einer Aufzeichnung vom 26. August 1920 nur insofern zu, als nach seiner Ansicht vor jeder „nach außen hin notwendigen Materialisierung unserer Ideen England ins Vertrauen“ gezogen werden müsse.[882] Und eine weitere geheime Aufzeichnung mit Datum vom 30. August 1920 machte ebenso noch einmal deutlich, dass Russlandpolitik für den Botschaftsrat nach wie vor grundsätzlich über London nach Moskau führte und dieser Grundbaustein wurde mittlerweile indirekt auch von britischer Seite gewürdigt. Maltzan erfuhr in dem damit angesprochenen Gespräch mit dem ukrainischen Gesandten des Weiteren, dass England nach Informationen des Privatsekretärs von Lloyd George, Philipp Kerr, seine Ostpolitik „jetzt ganz anders“ führen wolle. Denn aufgrund der Tatsache, dass die „Bevölkerung in Russland [...] zwei Jahre lang den Bolschewismus geduldet habe, könne England nichts dagegen tun und müsse eben mit Krassin und Kamenow verhandeln.“ Das Verhalten der jetzigen deutschen Regierung sei von Kerr nach den Angaben Margolins zudem als bislang „tadellos“ bezeichnet worden.[883]

Die nachfolgende militärische Wendung, in dessen Rahmen es den polnischen Truppen nach ihrem am 16. August begonnenen Gegenangriff im so genannten „Wunder von der Weichsel“[884] gelang, die sowjetrussischen Truppen zurückzuschlagen, veränderte die tastend wie abwartend eingenommene Grundposition der deutschen Russlandpolitik ebenfalls nicht mehr wesentlich. Dass bei Maltzan nunmehr grundlegende Zweifel „an seiner pro-sowjetrussischen Option“ aufgetreten seien, die einen

---

[880] Ebd.
[881] Ebd.
[882] G.A. Maltzans, 26.8.1920, PA, R 31488k/31489k (K 096053-54).
[883] G.A. Maltzans 30.8.1920, ebd., (K096071-72).
[884] Vgl. dazu ausführlicher Zeidler, S.48; D’Abernon, Bd.1, S.84ff. u.a. in Bezug auf seine Beteiligung an der ab dem 22. Juli 1920 nach Warschau entsandten alliierten Mission, vgl. dazu auch Bryant, u.a. zum Hintergrund der Ernennung D’Abernons „as diplomatic head of the Anglo-French mission“ in Warschau, ebd., S.527. Zur französischen Berichterstattung über den „Victoire polonais“ siehe u.a. Weygaud an Foch, 19.8.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 319, 144 bzw. das Schreiben der englischen Botschaft in Paris an den Quai d´Orsay vom 27.8.1920, ebd., 191. Maltzan hatte zuvor darauf bestanden, dass für „alle aus dem Rahmen der gewöhnlichen Gottesdienste fallenden Messen“ in Berlin, insbesondere diejenigen, die einen „Bittgottesdienst für Wrangel“ darstellten, „vorher die Genehmigung de Auswärtigen Amtes einzuholen“ sei, vgl. Aufz. Maltzan, 31.8.1920, PA, R 83378, 073

wesentlichen Grund in der „sowjetrussischen Niederlage im Krieg gegen Polen“ gefunden hätten[885], ist aber nur bedingt anzunehmen. Denn im Rahmen eines Gesprächs mit einem rechtsrussischen Vertreter am 28. August 1920 in Berlin verlieh Maltzan seiner bewusst noch unentschiedenen Haltung gerade auch in Bezug auf die künftige innenpolitische Entwicklung in Russland erneut Ausdruck. Seinen realpolitischen und streng interessenorientierten Pragmatismus in der russischen Frage bekannte der Diplomat dabei ganz offen und sah sich auch insoweit im Einklang mit der Haltung der Verantwortlichen in London:

> „Deutschlands Blicke richten sich ebenso nach dem Osten wie seine [Gutschkows, Anm.d.Verf.] nach dem Westen, doch seien wir in unseren russischen Tendenzen unbeeinflusst von irgendeiner inneren politischen Richtung in Russland. Wir betrachten das russische Volk als ein ganzes und würden mit jeder Regierung arbeiten, die sich eine gewisse politische und wirtschaftliche Basis in Russland geschaffen hätte. An der nunmehr fast dreijährigen Existenz einer zufällig bolschewistischen Regierung würden wir ebenso wenig vorbeigehen können, wie an einer Regierung, die sich unter General Wrangel zeitliche und örtliche Geltung verschaffen würde. Diese reale Auffassung würde ja auch von England geteilt, welches längst vor uns mit Sowjetrussland in Besprechungen über Kriegsgefangenenaustausch eingetreten sei und deren wirtschaftliche Emissäre schon vor einem Jahre in Moskau empfangen (worden) seien.“[886]

Allerdings sollte die Regierung des rechtsrussischen Generals Wrangel auch in der Folgezeit nicht die Anerkennung Deutschlands finden können.[887]

Unterdessen setzte die französische Diplomatie ihre Berichterstattung über die Entwicklungen in der deutschen Russlandpolitik fort. Mit Datum vom 2. September 1920 berichtete Botschafter Laurent über die erneute, energische Dementierung eines deutsch-russischen Geheimabkommens durch den deutschen Außenminister.[888] Rund vierzehn Tage später meldete er, zwar hätten zwischen Maltzan und Kopp Gespräche in Berlin stattgefunden und es seien insoweit verschiedene Kooperationsprojekte im Bereich der Wirtschaft, Industrie und der technisch-hygienischen Zusammenarbeit zu erwarten. Eine Vertragsunterzeichnung dieser Art aber habe bisher nicht stattgefunden. Die deutsche Regierung müsse sich in diesem Kontext Handlungsfreiheit vorbehalten, umso mehr deshalb, weil ein solcher Schritt in Frankreich als Provokation empfunden werden könnte.[889]

---

[885] Siehe Sütterlin, S.177.

[886] Aufz. Maltzan für Reichsminister, 28.8.1920, ebd., 078ff., hier Rückseite von 078 (L 199089).

[887] Zur Nichtanerkennung der Regierung Wrangel vgl. das geheime Schreiben Maltzans vom 21.10.1920, ebd., R 83379, 058. Ein hschr. Randvermerk Maltzans zu einem an ihn unter dem 6.12.1920 gerichteten Privatschreiben lautet bzgl. der Behauptung, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen werde die „materiellen Energien Sowjet-Russlands stärken, ohne die (konter)revolutionären Energien zu schwächen: „viele Bourgeois Russen aus (sic) Sow(jet)-Russl(and) sagen das Gegenteil“, vgl. ebd., 199.
Siehe zuvor auch den von Behrendt gezeichneten Tagesbericht der Abteilung IV vom 19. Oktober 1920, in dem es u.a. heißt, nach einer Meldung der deutschen Botschaft in Paris habe ein französisches Bankkonsortium mit Genehmigung und unter Bürgschaft der französischen Regierung eine Anleihe für die Regierung Wrangel in Höhe von 100 Millionen Francs übernommen, ebd., NL Haniel von Haimhausen, Tagesberichte der Ländergruppen, Bd.2, 304. Zur Frage der Anerkennung der Regierung Wrangel durch Deutschland, „und zwar dann, wenn Japan und Amerika Frankreich in der Anerkennung gefolgt seien“ vgl. Dirksen (Warschau) an Blücher, 21.10.1920, BAB, NL Herbert v. Dirksen, 48, 168-170.

[888] Tel. Laurent, No. 1629, 2.9.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 320, 7-9, hier 7.

[889] Laurent an Millerand, 15.9.1920, ebd., Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 320, 187-188f., gedruckt auch bei Französische Diplomatenberichte, Bd.2, Nr. 402.

Aus der Sicht D'Abernons änderte dies an der von ihm als „rücksichtslose ungezügelte Shylockhaltung" bezeichneten französischen Deutschlandpolitik jedoch nichts: Da sich die deutsche Westpolitik, so führte der britische Botschafter aus, derzeit in einer „Stimmung dunkelster Verzweiflung" befände, bemühe sich gegenwärtig zumindest das Russlandreferat des Auswärtigen Amts unter der Führung Maltzans, durch erste vertragliche Abmachungen mit sowjetrussischen Vertretern zu einer vorläufigen Arrangierung mit den bestehenden Verhältnissen zu finden, auch wenn an die Zuverlässigkeit der bolschewistischen Machthaber dabei nicht geglaubt werde.[890]
Diese Wahrnehmung lässt sich im Ganzen als zutreffend bestätigen. Bei den deutschen Akten befindet sich mit Datum vom 4. September 1920 ein in der Tendenz ähnlich ausgerichtetes Aide-Mémoire über ein eventuelles deutsch-russisches Abkommen hinsichtlich der wirtschaftlichen und privatrechtlichen Beziehungen.[891] Die vorhandenen Dokumente belegen allerdings, dass die Bedeutung der Gefahr einer durchschlagungskräftigen kommunistischen Propaganda in Deutschland von einigen deutschen Diplomaten inzwischen etwas geringer eingeschätzt wurde. So hieß es in einem Schreiben vom 4. September 1920 an Maltzan, falls die Spaltung der USPD wirklich Tatsache werde, sei „die innerbolschewistische Gefahr für uns wohl endgültig überwunden und wir haben Moskau gegenüber eine erheblich günstigere Position"[892] – eine Hoffung, die sich nachfolgend nicht erfüllte.

6. Bis zum britisch-russischen Handelsvertrag vom 16. März 1921

Es war wenig überraschend, dass die deutsche Reaktion auf die Niederlage der Roten Armee vor Warschau insbesondere von der französischen Diplomatie genau beobachtet wurde: Die deutsche Republik, so berichtete Saint-Quentin am 6. Oktober 1920 aus Berlin nach Paris, habe sich in ihrer Russlandpolitik in Bezug auf die Konsequenzen der bolschewistischen Niederlage in Polen nicht weniger schnell und opportunistisch angepasst als in ihrer Frankreichpolitik. Dies erklärte der Berichterstatter einerseits als Ausdruck des unberechenbaren, wendigen Charakters, den die deutsche Außenpolitik seit jeher an den Tag legen könne. Andererseits habe aber die Unsicherheit der Position Moskaus dazu geführt, dass Deutschland zumindest einen Moment lang sämtliche Ambitionen, sich an Sowjetrussland zu binden, fallen gelassen habe.[893]
Im Rahmen dieser französischen Perspektive erfolgte auch der Hinweis, insbesondere Referatsleiter Maltzan und Außenminister Simons bemühten sich angeblich verstärkt um politischen Einfluss in den baltischen Staaten sowie um die rechtsrussischen Kräfte, die sich zuvor aus Enttäuschung über

---

[890] Vgl. D'Abernon, Bd.1, S.93 bzw. S. 96. In Bezug auf Wirth heißt es bei ebd., S.100 u.a., dieser habe sich bei, D'Abernon, „bitter" darüber beklagt, „dass Deutschland dauernd unter der Drohung der Ruhrinvasion gehalten werde (…) Frankreich sei so militaristisch, dass es die klarsten wirtschaftlichen Tatsachen und seine eigenen Interessen vernachlässige. Es sei unendlich viel militaristischer, als Deutschland jemals gewesen ist." D'Abernon schien zumindest z.T. für die niedergeschlagene Stimmung auf deutscher Seite Verständnis zu zeigen und hielt insbesondere die französische Forderung nach einer vollkommenen Entwaffnung der Einwohnerwehr und ähnlicher Organisationen für „hirnverbrannt", ebd., S.104. Es heißt dazu u.a.: „Die Franzosen scheinen nicht zu verstehen, dass der Höhepunkt der militärischen Gefahr überwunden ist und dass die wirkliche Gefahr in Deutschland durch kommunistische Unruhen droht.", vgl. ähnlich auch ebd., S.109f.
[891] PA, R 31488k/31489k (K095971-82). Die Paraphe Maltzans vom gleichen Datum befindet sich auf einer sich anschließenden Seite mit der Filmnummer K 095983.
[892] Vgl. das Schreiben o.U., 4.9.1920, ebd. (K096087-91).
[893] Saint-Quentin an Leygues, 6.10.1920, Französische Diplomatenberichte, Bd.2, Nr.426, S.988ff. Das Original befindet sich bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 321, 16-18f.

die deutsch-sowjetrussischen Kontakte eher in Richtung der Entente bzw. Frankreichs orientiert hätten. Zwar dränge die Wilhelmstrasse nicht auf eine Wiederaufnahme von politischen Beziehungen mit der sowjetrussischen Regierung, wobei sie ohnehin eindringlich darum bemüht sei, sich nicht mit schriftlichen Abmachungen dieser Art gegenüber den Alliierten zu kompromittieren. In den Wirtschaftsbeziehungen dagegen sehe die Situation aber anders aus: Hier förderten die Verantwortlichen in der deutschen Russlandpolitik insbesondere « les gens d´affaires qui cherchent à vendre en Russie locomotives et machines agricoles.“[894]

Spekulationen über die vermeintliche Gefährlichkeit der zukünftigen deutschen Russlandpolitik waren aber weiterhin nicht aus der Welt geschafft: Bereits wenige Tage später meldete Saint-Quentin nach Paris, deutsche Presseberichte über die französische Russlandpolitik könnten möglicherweise doch auf die Existenz eines „accord positif“[895] zwischen Moskau und Berlin hinweisen. Botschafter Laurent hob zudem ihm offenbar verdächtig erscheinende „paroles de sympathie chaleureuse pour le peuple russe“ hervor, die Außenminister Simons am Ende einer Rede im Deutschen Reichstag vorgetragen habe.[896]

Für die durchaus nahe liegende Alternative - eine englisch-französisch-deutsche Kooperation zur Bekämpfung des Bolschewismus - war man auf französischer Seite allerdings ebenso wenig offen. Durch das tief greifende Misstrauen gegenüber der künftigen Weimarer Russlandpolitik standen die Verantwortlichen in Paris solchen Überlegungen skeptisch gegenüber.[897]

Demgegenüber gab es aus der Sicht Maltzans auf britischer Seite zumindest eine Stimme für eine Integration Deutschlands in die alliierte Außen- und Interessenpolitik hinsichtlich der russischen Frage: Nach einer Aufzeichnung des Referatsleiters vom 4. Dezember 1920[898] schlug der britische General Malcolm vor, im Rahmen einer neuen militärischen Offensive gegen Russland auch eine deutsche Armee mit einzubinden. Zudem habe er Ludendorff und Hoffmann in die von ihm ausgearbeiteten Pläne zur gemeinsamen Bekämpfung des Bolschewismus eingeweiht. Die Pläne zum Sturz der revolutionären Regierung in Moskau, die von rechtsrussischen Vertretern offenbar unterstützt wurden, wurden von Maltzan jedoch weithin als illusionär betrachtet.[899]

Die Fragwürdigkeit der pauschal gegen die Russlandpolitik der deutschen Demokratie gerichteten Gerüchte wurde unterdessen auch in einem Bericht Dufours vom 18. September 1920 deutlich: Der britische „New Statesman“ habe kritisch darauf hingewiesen, dass die seit der deutschen Unterstützung für Lenin während des Krieges vorhandene Legendenbildung von einem deutsch-russischen Zusammengehen „geflissentlich weiter verbreitet“ worden sei. Insbesondere die Polen

---

[894] Ebd.

[895] Saint-Quentin an Leygues, 12.10.1920, Französische Diplomatenberichte, Bd.2, Nr.434, hier S.1002.

[896] Tel. Laurent No. 1936, 22.10.1920, ebd.72.

[897] Siehe dazu mit skeptischer Haltung Dard an Leygues, 15.11.1920, Französische Diplomatenberichte, Bd.2, Nr.474, S.1085, hier in Bezug auf den angeblichen Vorschlag Rechbergs, « une union de l´Allemagne avec Angleterre et la France » zu bilden, « en vue de combattre le bolchevisme et ensuite d´exploiter en commun la Russie. » Deutschland müsse in einem solchen Fall erst einen vollständigen Abbruch seiner Beziehungen mit der sowjetrussischen Regierung und eine Ausweisung der russischen Propagandaagenten vollziehen.

[898] Vgl. Aufz. Maltzan (ganz geheim), 4.12.1920, PA, R 28276k, 131-132.

[899] Zu den „antibolschewistischen Bestrebungen“ des rechtsrussischen Vertreters Taube vgl. insoweit die Aufz. Maltzan (ganz geheim) vom 7.12.1920, ebd., 141-143. Es heißt hier in recht markanter Weise u.a.: „Ich habe dem Baron Taube für sein Vertrauen gedankt und habe mich nicht berufen gefühlt, ihm seine schon oft getäuschten Illusionen zu rauben.“, ebd., 142. Taube sprach am 8.12.1920 offenbar auch mit Reichsminister Simons, ebd. 150-151. Siehe dazu auch die hschr. Anmerkungen Maltzans zu ebd., 144ff., einem englischsprachigen Bericht über die Bestrebungen von rechtsrussischer Seite.

hätten viel zu dieser „Wiederbelebung“ beigetragen, obwohl dafür überhaupt keine Beweise vorlägen. Im Gegensatz zur „Times“ glaube - nach Dufour - jedoch zumindest der „New Statesman“ nicht an eine deutsch-russische Gefahr und halte dies „fuer ebenso unwahrscheinlich wie eine deutsch-amerikanische Allianz gegen die Entente.“[900]

Maltzan legte bei seinen weiteren Russland-politischen Sondierungen vor diesem Hintergrund zu Recht weiterhin großen Wert auf eine möglichst enge Abstimmung mit England: In einem Gespräch mit dem „Mitinhaber des ‚Observer‘“, Belleton, wies er darauf hin, dass es im deutschen Interesse sei, „jede Spaltung innerhalb der Entente zu vermeiden“, da sich die alliierten Länder dann doch „schliesslich wieder auf unsere Kosten verständigen würden“. Andererseits aber habe, so Maltzan weiter, die „Erfahrung“ in erster Linie gelehrt, „dass auf die Dauer wirtschaftliche Notwendigkeiten sich durch momentane politische Passionen nicht eindämmen liessen.“ Deutschland und England hätten jedenfalls ein gleich ausgerichtetes Interesse am Wiederaufbau Russlands und „eine gemeinsame Tätigkeit auf diesem Gebiete würde England und seine Alliierten am allerbesten davon überzeugen, dass ein friedlicher Handelsverkehr ohne künstliche Schranken nach dem Osten nötig sei.“[901]

Maltzans Bestrebungen fanden nicht nur bei Belleton ein positives Echo. In London erkenne man, so heißt es in einer Aufzeichnung Blüchers vom 26. Oktober 1920 angeblich „die Notwendigkeit einer deutschen wirtschaftlichen Betätigung im Osten“ „durchaus“ an. Die „loyale Haltung der Deutschen Regierung“ sei hierbei „insbesondere auch in den letzten Verhandlungen des Lokomotivverbandes mit Lomonossoff bei Lloyd George und in der englischen City durchaus gewürdigt“ worden.[902] Darüber hinaus wurde Maltzan mit einem Artikel in der „Morning Post“ aus der Feder ihres Berliner Korrespondenten in Verbindung gebracht, der so „merkwürdig vernünftig“ sei, das der an der deutschen Botschaft in London tätige Vietinghoff Maltzans „Inspirationen dahinter witterte.“[903]

Wohlgemerkt luden die internationalen Verhältnisse nicht dazu ein, eine allgemeine Verständigungsorientierung zwischen den Alliierten und Deutschland in der russischen Frage praktische Realität werden zu lassen. Zudem führte schon allein die Präsenz des Leiters der deutschen Auslandsstelle für Kriegsgefangenenfragen in Moskau, Gustav Hilger, bei den sowjetrussischen Feierlichkeiten am 3. Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1920 in Moskau zu einem „politischen Sturm“ der Empörung, und zwar sowohl in innen- wie in außenpolitischer Hinsicht: Im Reichstag zog sie eine gegen jede Zusammenarbeit mit Moskau gerichtete Interpellation nach sich und in der internationalen Politik und Presse heizte sie Gerüchte über eine deutsch-sowjetrussische Geheimallianz abermals an.[904] Zudem ergriff die französische Außenpolitik unter dem Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen des Versailler Vertrages bereits vorab Gegenmaßnahmen gegen eine eventuelle deutsch-britische wirtschaftliche Kooperation

---

[900] Dufour an AA, 21.9.1920, ebd. (PA), R 83378, 245-247.
[901] Aufz. Maltzan, 10.9.1920, ebd., R 31488k/31489k (K096149-52), vgl. dazu auch Elz, S.319.
[902] Siehe dazu u.a. die Aufz. Blüchers, 26.10.1920, im PA unter der Filmnummer 6612/ E 498315-18.
[903] Vietinghoff an Maltzan, 10.12.1920, ebd., R 31488k/31489k.
[904] Siehe dazu auch Deutsche Tageszeitung vom 22. Dezember 1920 und die dazu gehörende Notiz Maltzans vom 24. Dezember 1920, ebd. sowie eine Meldung der britischen „Morning Post“ vom 14.12.1920, letzterer Ausschnitt bei ebd., R 83379, 260. Hier wurde u.a. das Gerücht verbreitet, Deutschland „is secretly represented in Moscow by an Ambassador“. Im Gegensatz zur Meldungen in der Presse, Hilger sei ein „Geheim-Gesandter“ in Moskau, hielt Maltzan hingegen fest, dieser werde lediglich „für Aufträge und Auskünfte wirtschaftlicher und privatrechtlicher Natur gelegentlich genutzt.“, vgl. Sütterlin, S.84, Anm.38. Nach ebd., S.84 hatte Hilger für seine Tätigkeit in Moskau bereits im September 1920 konsularische Befugnisse erhalten., vgl. ansonsten die Erinnerungen von Hilger.

zum Wiederaufbau Russlands: Eine französische Note vom 25. November 1920, die der britischen Botschaft in Paris übergeben wurde, stellte jedenfalls unmissverständlich klar, dass Frankreich weder die Nichtausführung noch eine Abwandlung auch nur einer einzigen Bestimmung des Versailler Vertrags akzeptieren werde – eine rigorose Haltung ebenso hinsichtlich der russischen Frage, die, wie Maltzan 1922 rückblickend bemerkte, allerdings aus deutscher Sicht in erster Linie darauf hinwies, welche Bedeutung Paris dem Artikel 116 und insoweit dem dort in Absatz 3 verankerten, Russland gegenüber Deutschland vorbehaltenen Reparationsanspruch „dauernd beimesse“.[905]
Diese französische Position hatte zudem durchaus Folgen: Noch im November 1920 wies Karl Radek die Ententemächte ebenfalls ganz unverhohlen und öffentlich daraufhin, er sehe durch ihr Verhalten mittlerweile geradezu zwangsläufig „eine deutsch-russische Interessengemeinschaft“ heranreifen.[906] Und in konkreter Hinsicht wurde nach monatelangen Verhandlungen mit Kopp in Berlin und mit Krassin via Stockholm und Kopenhagen mit dem „Lokomotivabschluss“ zwischen der Firma Krupp und der Regierung in Moskau kurz darauf in der Tat das „erste greifbare Resultat“ in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen realisiert.[907]
Inhaltlich war diese Entwicklung jedoch durchaus nicht überzubewerten. Bereits mit Datum vom 20. September 1920 hatte Moritz Schlesinger in einer offenbar an Maltzan gerichteten Vorlage aus seiner Sicht die ganze Unzuverlässigkeit der sowjetrussischen Verhältnisse ungeschminkt dargestellt: Er verwies dabei eindringlich auf die gegenwärtige Unmöglichkeit russischer Vertragserfüllung und auf die mangelnde russische Vertragstreue, wie sie schon hinsichtlich der im April 1920 abgeschlossenen Vereinbarung zum Austausch der Kriegsgefangenen festzustellen sei. Die politische Zukunft einer deutschen Russlandorientierung skizzierte er vor diesem Hintergrund daher auch dementsprechend düster und selbst ein Handelsvertrag stand für Schlesinger vorläufig noch auf unabsehbare Zeit außerhalb jeder ernsthaften und konstruktiven politischen Erwägung:

> „Wie soll sich das Verhältnis erst gestalten bei wirtschaftlichen und politischen Verträgen, wo von vornherein erkennbar ist, dass die Sowjetregierung keine Möglichkeit hat, die Gegenseitigkeit aufrecht zu erhalten und sich mit diesem Vertrage nur einen Rechtstitel für erweiterte politische Tätigkeit sichert. Die Losung der Sowjetregierung ist klar: Durch nationale Verträge zur internationalen Weltrevolution — oder anders ausgedrückt: Abschluß der Staatsverträge durch die Sowjetregierung und mit deren Einverständnis ihre Sabotage in Russland und ihre Ausnutzung in Deutschland durch die kommunistischen Parteien.“[908]

Schlesingers Vorschläge beschränkten sich insoweit auf die Empfehlung, vorerst strenge Neutralität zu wahren und auf die Entsendung diplomatischer Vertreter nach Moskau zu verzichten. Andererseits müsste die Förderung privater Wirtschaftsbeziehungen fortgesetzt und die Entsendung

---

[905] Vgl. Aufz. Maltzan, Ende Mai 1922, ADAP A VI, Nr. 59, S.125, Anm.10. Demnach wurde diese französische Note in den britischen “Parlamentspapieren” veröffentlicht.
[906] Zit. nach Zeidler, S.33.
[907] Vgl. dazu ausführlicher ebd., S.47. Zu Leonid Borisovich Kras(s)in (1870-1926) vgl. Karpova. Volkskommissar Krassin war von 1920-1924 nicht als sowjetrussischer „Botschafter“ in London tätig (vgl. insofern nicht ganz zutreffend Küppers, Joseph Wirth, S.168, Anm.558). Die britische Regierung erkannte die sowjetrussische Regierung im Februar 1924 de jure an.
[908] Aufz. o. U., 20.9.1920, ADAP A III, Nr.288. Nach der Edition (ebd., Anm.1) stammt die Vorlage in Bezug auf einen Durchschlag (L 639/L 203 004-10), der am Ende den Vermerk von der Hand Maltzans trägt, offenbar von Schlesinger. Zur gegenteiligen Wahrnehmung Schlesingers in der französischen Diplomatie, dieser sei angeblich ein Mann „à tendances „bolchevisantes“, sinon bolchevistes“, vgl. Laurent an Briand, 21.1.1921, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 321, 290-291, hier 290.

einer Kommission zur Prüfung der Vertragstreue hinsichtlich der Kriegsgefangenenfrage durchgeführt werden.

Schlesingers beratende wie warnende Skepsis war in der Gesamtsumme durchaus nicht überzogen, auch wenn Hilger „manchen Brief“ an Schlesinger und Maltzan geschrieben haben will, um dementsprechende „Alarmnachrichten über Russland ins rechte Licht zu setzen“, und immerzu betonte, dass die „Sowjetregierung“ – wenngleich unter manchen Erschütterungen wie beispielsweise der jüngste Bauernaufstand – „fest im Sattel säße“.[909] Und für die Forschung hat Ingmar Sütterlin in diesem Zusammenhang bereits zu Recht darauf hingewiesen, dass auch Schlesinger dem deutsch-russischen Verhältnis keineswegs grundlegend eine politische Zukunftsfähigkeit absprach: Ausgehend von der „Grundthese“, die deutsche Wirtschaft sei vom russischen Markt in einem erheblichen Maße abhängig, prognostizierte er bei einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen die schleichende Evolutionierung des sowjetrussischen Systems. Durch die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau Russlands müsse, so lautete eine seiner zentralen Thesen, die deutsche Außenpolitik zudem unbedingt „sicherstellen, dass Russland von der Entente nicht zu einer deutschfeindlichen Politik genötigt werde“[910] – eine gerade für Maltzan in rechtlicher und finanzieller Hinsicht überaus beachtenswerte Empfehlung, die insbesondere im April 1922 im Rahmen der Vorgänge in Genua und Rapallo noch virulent werden sollte.

Auf der anderen Seite lagen dem Russlandreferat in der Wilhelmstraße ganz im Sinne der negativen Russland-politischen Einschätzung Schlesingers Meldungen vor, die darauf hinwiesen, wie „ziemlich chaotisch“ neben den katastrophalen wirtschaftlichen und sanitären Verhältnissen zum Beispiel die „Verhältnisse im Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten“ in Moskau waren.[911] Bekannt war ebenso, dass Volkskommissar Tschitscherin über diese Defizite, die der Regierung in Moskau im Grunde eine internationale Anerkennung immer noch absprachen, bereits eindringlich und wiederholt geklagt habe, ohne das eine Verbesserung bei der administrativen Untermauerung der sowjetrussischen Außenpolitik eingetreten sei.[912]

Dennoch schätzte Maltzan im Anschluss an ein weiteres Gespräch mit Kopp in Berlin die Gesamtlage dahingehend ein, dass ein baldiger Zusammenbruch der Sowjetregierung nach wie vor nicht zu erwarten sei. Im Rahmen der allgemeinen politischen Offenheit der Verhältnisse musste er zwar weiterhin zumindest in Erwägung ziehen, dass auch ein erneuter Machtwechsel in Moskau nicht außerhalb des Möglichen stand. Kritik von rechtsrussischen Vertretern, die vielfach nach Berlin geflohen waren und fehlende deutsche Initiativen mit diesem Ziel beklagten[913], wies er aber zurück.[914] Seine Unterstützung bei der Förderung des allgemeinen kulturellen Verständnisses

---

[909] Hilger, S.61. Zur Landwirtschaftskrise in Russland, S.65ff.

[910] Siehe Sütterlin, S.178, der hier in Anm.29 festhält, die zwischen Oktober 1920 und Februar 1921 entstandene Denkschrift Schlesingers (Fundort: PA, Ru Po 5 C) sei bis dahin von der Forschung noch nicht beachtet worden. Die Aufz. trägt die Paraphen Maltzans und Staatssekretär Boyés.

[911] Vgl. den unter dem 11.11.1920 verfassten hschr. Bericht bei PA, R 31657k (K 103575-79). Der nachfolgende Bericht eines angeblich als zuverlässig bekannten Vertrauensmanns, der auf Grund gemeinsamer ost-asiatische Beziehungen u. sinologischer Studien in persönliche Beziehungen zu Krachan stehe, trägt die Paraphe Maltzans, ebd., R 31657k (K 103580-88). Der Bericht hat neun Seiten und trägt den Titel „Ueber Behörden und Beamte der Sowjet-Regierung“.

[912] Thomas, Georg Tschitscherins Weg in die sowjetrussische Diplomatie, S.62. Vgl. auch die G.A. Maltzans, 24.11.1920, PA, R 28276k, 102-103 in Bezug auf ein Gespräch mit einem „aus Moskau zurückgekehrten türkischen Gewährsmann“.

[913] Zum russischen Leben in Berlin in der Zwischenkriegszeit vgl. stellvertretend den Sammelband „Russen in Berlin“ oder z.B. auch die Arbeit von Franke.

[914] Vgl. G.A. Maltzan für Reichsminister, 13.11.1920, PA, R 28276k, 89.

zwischen Russen und Deutschen[915] ließ der deutschen Außenpolitik für die Zukunft, unabhängig von der weiteren innenpolitischen Entwicklung in Russland, Gesprächs- und Unterstützungsoptionen in jede Richtung offen.

Diese Ausrichtung lässt sich ebenfalls aus einer Aufzeichnung des Diplomaten vom 19. November 1920 über ein erneutes Gespräch mit Kopp entnehmen: Ohne dass er der Entscheidung seines Außenministers vorgreifen wolle, so führte Maltzan hier aus, habe er den sowjetrussischen Vertreter im Anschluss an einen von diesem vorgetragenen Wunsch mit Aufzeichnungsdatum vom 19. November 1920 darauf aufmerksam gemacht, „dass, solange der Frieden von Wilna nicht ratifiziert sei, an eine Rückgabe des russischen Heeresmaterials nicht gedacht werden könne." Darüber hinaus müsse sich die deutsche Regierung „mit Rücksicht auf unsere bisher strikt durchgeführte Neutralitaet, die nicht zum wenigsten Russland zu Gute gekommen sei" „irgendwelchen weiteren Plänen, die etwa auf Abschub der internierten Russen nach Litauen hinzielten" vorerst ganz „verschliessen", auch wenn Deutschland die Sympathien für Litauen mit Russland umso mehr teile, „da das Vorgehen Zeligowski's gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in krassestem Widerspruch" stände. Selbst eine Anerkennung der ukrainischen Regierung würde, so Maltzan weiter, „ein Heraustreten aus unserer bisherigen Zurückhaltung bedeuten", was „durch die Sachlage" gegenwärtig „zunächst noch nicht" begründet sei. Zudem hätte die Behandlung der Mirbach-Angelegenheit durch die sowjetrussische Seite sowie die „Propagandatätigkeit Sinowjews" dementgegenstehend derzeit in Berlin ohnehin erneut eine starke, politisch-atmosphärische Negativwirkung auf die deutsche Haltung gegenüber Moskau verursacht, an der auch er als Referatsleiter nicht vorbeigehen könne.[916]

Diese Belastungsfaktoren im deutsch-sowjetrussischen Verhältnis gewannen auch im weiteren Verlauf des November 1920 an Gewicht: Ein „soeben von mehrmonatigem Aufenthalt in Moskau zurückgekehrter türkischer Gewährsmann" teilte Maltzan nach eigenen Angaben streng vertraulich mit, „die Tendenz der Sowjet-Regierung" sei „nach wie vor aggressiv" - sowohl „militärisch wie propagandistisch".[917]

Horst Günther Linke hat darauf hingewiesen, dass die „umstürzlerischen, gewaltverherrlichenden" Auftritte Sinowjews – und zwar „formal nicht als Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, sondern sogar als offizieller Vertreter Sowjetrusslands" – auch weiterhin zu starken Verstimmungen und schließlich zu seiner Ausweisung führten. Auch habe Maltzan Kopp etwas vorgehalten, was bei diesen offenbar durchaus Wirkung zeigte: In offenkundig persönlicher Konkurrenz zu Sinowjew und mit sarkastischen Seitenhieben auf die öffentlichen

---

[915] Siehe in diesem Kontext z.B. die Aufz. Maltzans vom 6.12.1920, ebd., R 83379, 215f. in der es u.a. heißt, der Herr Reichsminister habe „seiner Zeit die Anregung gegeben, dass alle Bestrebungen, kulturelles Verständnis zwischen Deutschland und Russland wiederherzustellen, zu fördern seien." Auch gegenüber einem entsprechenden Anliegen von Hoetzsch, Stresemann und Müller bzgl. der finanziellen Unterstützung der Studien-Gesellschaft für den Osten hatte Maltzan „gemeinsame deutsch-russische kulturelle Bestrebungen" gegenüber Reichsminister Simons befürwortet, Aufz. Maltzan, 1.12.1920, ebd., R 28276k, 127.

[916] G.A. Maltzan, 19.11.1920, ebd., R 83379, 144-145f. Zu einem sich daran anschließenden Gespräch Kopps mit Reichsminister Simons vgl. die Aufz. Maltzans, 25.11.1920, ebd., 167f.

[917] G.A. Maltzans, 24.11.1920, ebd., R 31657k (K 103590-91). Hier heißt es u.a. auch: „In der [sowjetrussischen, Anm.d.Verf.] Regierung selbst sei eine östliche und eine westliche Richtung vertreten. Die östliche erstrebe die Weltherrschaft über Armenien, Georgien, Indien und China durch Aufpeitschung der nationalistischen Momente, die westliche durch militärisches Vorrücken gegen Polen und durch die kommunistische Propaganda in Deutschland und (in dem) übrigen Westeuropa." Nach Ansicht des Gewährsmannes werde aber „zunächst die östliche Richtung sich durchsetzen."

Aufrufe der Kommunistischen Internationalen meldete Kopp nach Moskau, „die deutsche Politik der Annäherung an Sowjetrussland“ habe durch diese, die Ziele der realpolitisch orientierten sowjetrussischen Außenpolitik schwer beschädigenden Maßnahmen „einen ‚schweren Schlag’ erhalten“, von dem sich die wohlwollenden deutschen Vertreter in Berlin „nicht so schnell erholen“ würden.[918]

Dennoch wurde die politische Stabilisierung der deutschen Republik auch nachfolgend nicht nur von der extremen Rechten, sondern ebenso durch zahlreiche kommunistische Aufstände, die sich bis zum vorläufigen Höhepunkt, dem so genannten mitteldeutschen Aufstand im März und April 1921 steigern sollten, erschüttert und vergiftet.[919] Innerhalb der französischen Diplomatie hieß es bereits unter dem 12. Oktober 1920, die sowjetrussische Vertretung in Berlin fungierte gegenwärtig als „centre du Bolchevisme international“[920] – eine grundlegende Problematik im deutsch-sowjetrussischen Verhältnis, die weiterhin größte atmosphärische Belastungen schuf und jeder Form aufrichtiger Kooperation entgegenwirkte.

In diesem Zusammenhang blieb auch Maltzans persönliche, praktische Verhandlungserfahrung mit Vertretern der sowjetrussischen Regierung in Berlin in erster Linie geprägt von Misstrauen, Verzögerungen und Kleinkriegen. Denn das eigentliche, mittelfristige außenpolitische Hauptziel Moskaus lag in der Bolschewisierung der deutschen Republik. Und dem stand eine wirtschaftlich prosperierende Entwicklung in Deutschland letzten Endes entgegen. Ein öffentlich bekannter Vorgang wie derjenige, dass Kopp und sein Vertreter Reich über sowjetrussische Vertreter in Stockholm angeblich Waffen angekauft hatten, wirkte insoweit ebenfalls vertrauensbeschädigend. Die Berliner Justiz hatte in diesem Kontext unter anderem gegen einen deutschen Spediteur ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, was die Deutsche Tageszeitung unter dem 7. Dezember 1920 in spektakulärer Aufmachung thematisierte.[921]

Mit deutlicher Gereiztheit hatte Maltzan Kopp bereits Anfang Dezember 1920 zusammenfassend mitgeteilt, „dass die Vorkommnisse der letzten Wochen (zunehmende Propaganda in den Internierungslagern, Nachrichten über pekuniäre Unterstützung kommunistischer Vereinigungen, Rede Sinowjews usw.)“ die „Atmosphäre“ für eine „offizielle Wiederaufnahme“ der wirtschaftlichen und handelspolitischen Verhandlungen sehr „ungünstig beeinflußt hätten“. Trotzdem schien der sowjetrussische Vertreter aber nach Maltzan in einem eigennützigen Repräsentations- und Statussinn besonderen Wert auf „einen nach außen sichtbaren Austausch von Handelsvertretern“ in Berlin bzw. Moskau zu legen. Dies lehnte Maltzan jedoch erst einmal ab. Er machte unmissverständlich klar,

---

[918] Vgl. ausführlicher Linke, Der Weg nach Rapallo, S.68f. mit dem entsprechenden sowjetrussischen Archivdokument bei Anm.39. Vgl. zur Haltung der verschiedenen sowjetrussischen Akteure – mit den damit verbundenen tagespolitischen und publizistisch ausgetragenen Diskussionen, Orientierungsmodellen, Bezugssystemen und persönlichen gedanklichen Schattierungen – ausführlicher die Arbeit von Eichwede.

[919] Vgl. z.B. Ursachen und Folgen, Bd.4, Nr. 848-885 bzw. Nr.892-907 sowie u.a. die Arbeiten von Schurmann und Röpenack.

[920] MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 321, 85. Zu einem der französischen Diplomatie vorliegenden Schreiben Tschitscherins „aux Chefs communistes de l´Europe Centrale“ vom 25. Oktober 1920 vgl. ebd., 87ff. Hier heißt es in Bezug auf die von Moskau erwünschte „alliance économique“ mit Deutschland bei ebd., 88f. u.a., Tschitscherin sei sich sicher, dass ein solcher ökonomischer Block „mettre la France capitaliste sous notre dépendance ou, du moins, la placera dans une situation économique défavorable.“ Ein solcher Schritt beinhalte daher aus Sicht Moskaus einen „prorevolutionären Charakter“.

[921] Vgl. einen entsprechenden von Maltzan abgezeichneten Bericht vom 13.1.1921 sowie die Entwürfe von Maltzans Schreiben an den Reichsschatzminister und den Preussischen Justizminister vom 1. Februar 1921 bei ebd., R 83380, 019-021f.

dass er sich auch nicht „durch einen kleinen, wenn auch noch so freundlichen Erpressungsversuch“ in seiner Russland-politischen Haltung beeinflussen lassen werde.[922] Allerdings war der Referatsleiter offenbar zu kleineren Zugeständnissen bereit, wie zum Beispiel zur Zulassung einer von Kopp herausgegebenen Lagerzeitung in russischer Sprache, deren Inhalt sich auf amtliche Bekanntmachungen der Sowjetregierung zu beschränken hatte.[923]

Wie die weitere Entwicklung zeigen sollte, rissen ähnlich gelagerte politische und persönliche Sticheleien mit insgesamt durchaus gefährlichem Inhalt auch nachfolgend nicht ab. Dennoch empfahl der Referatsleiter abermals, sich in naher Zukunft zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet zu einigen konstruktiven, zukunftsweisenden Schritten durchzuringen, da positive Tendenzen durchaus im Raum standen: Im Ganzen nämlich sei in Russland, so hieß es in einer Meldung, zukünftig doch eine gemäßigtere Politik zu erwarten. Des Weiteren müsse die deutsche Außenpolitik in wirtschaftlicher Hinsicht eindringlich berücksichtigen, dass die sowjetrussischen Wirtschaftsverhandlungen mit England nicht nur fortgesetzt, sondern trotz bestehender Schwierigkeiten voraussichtlich doch erfolgreich beendet werden würden.[924]

Die von Maltzan angeregten Verhandlungen zur Förderung der gegenseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen wurden jedenfalls entgegen aller atmosphärischen Widrigkeiten wieder aufgenommen - ein Thema, mit dem sich allerdings zugleich auch das deutsche Parlament befasste. So wies Maltzan Ministerialdirektor Behrendt und Staatssekretär Haniel unter dem Datum des 1. Dezember 1920 darauf hin, er habe aus „linksstehenden parlamentarischen Kreisen“ vertraulich gehört, dass eine demnächst auf der Tagesordnung stehende Interpellation betreffend die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjet-Russland „nur der Auftakt zu einer intensiveren Aktion bilden“ werde. Die Beantwortung dieser öffentlichen parlamentarischen Interpellation, die zweifellos auch in Paris und London bekannt war, würde, so der Diplomat weiter, unter anderem Rudolf Breitscheid übernehmen, und zwar durchaus in einem regierungsnahen Sinne.[925]

Der Vorgang führte dennoch zu Komplikationen. Maltzan hielt am 8. Dezember 1920 fest, ihm liege „die vom Kabinett genehmigte formelle Beantwortung der Aderholdt´schen Anfrage“ noch immer nicht vor. Aus innenpolitischen Gründen sei aber in jedem Fall eine offene Informationspolitik gegenüber dem Reichstag anzuraten – eine Empfehlung, die aufzeigte, wie intensiv der Referatsleiter die parteipolitischen Kräfteverhältnisse berücksichtigte und auch insoweit taktisch agierte und agieren musste:

---

[922] G.A. Maltzan, 1.12.1920, ADAP A IV, Nr.65. Es heißt hier u.a. auch: „Kopp schien dies nicht zu genügen, er wollte anscheinend durch die Entsendung Stählers alle Möglichkeiten äußerlich sichtbarer und moralisch wirkender Vorteile für seine hiesige Stelle erpressen.“ Zum Drängen von Kopp siehe weiter seinen Brief an Simons vom 3. Dezember verfilmt unter PA, K 462/ K132977-78 sowie eine weitere Aufz. Maltzans vom 1. Dezember, ebd., K 462/ K132981-84, vgl. ADAP A IV, Nr.65, Anm.2 und 7.

[923] Vgl. PA, R 31488k/ R 31489k (K096171).

[924] Siehe dazu die Aufzeichnung 15.12.1920 ebd., R 31488k/ R 31489k (K096172). Vgl. auch die Aufz. vom 10.1.1921 über ein weiteres Gespräch mit Kopp bei ebd., R 31488k/ R 31489k (K096184-85). Zum Gang und zur Qualität der Meldung Nadolnys vgl. Sütterlin, S.127, Anm.62. Zur Berichterstattung Dirksens aus Warschau vgl. ebd., S.133f. Zu einem von Maltzan abgezeichneten Schreiben des Reichskommissars für öffentliche Ordnung in Bezug auf Äußerungen eines „Bolschewikiführers“ in Bezug auf die weiteren Pläne Moskaus siehe ebd., R 83380, 117ff.

[925] Aufz. Maltzan, 1.12.1920, ebd., R 83379, 195, auch bei ebd., R 28276k, 126. Der Wortlaut der von „Aderhold und Genossen“ bzw. von „Ledebour und Fraktion“ eingebrachten Interpellation (Reichstag, I. Wahlperiode 1920, Nr. 961) findet sich bei ebd., 189 und lautet: „Ist die Reichsregierung gewillt, die diplomatischen wie die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland unverzüglich aufzunehmen, um endlich die für Deutschland wie für Russland gleich vorteilhafte und notwendige Zusammenarbeit beider Länder herbeizuführen?“

> „Sollte die Begründung der Interpellation ein stärkeres Eingehen auf Einzelheiten erfordern, so würde ich vorschlagen, dass insbesondere unsere letzten Verhandlungen und Pläne betreffend Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen dem Hause mitgeteilt werden. Durch das Zugeständnis an die Linke, welches in der Entsendung Stähler´s[926] und in der prinzipiellen Genehmigung der Wirtschaftskommission zum Ausdruck gebracht wird, wird man der Interpellation ein gut Teil der gewollten Spitze gegen das Kabinett nehmen können. Andererseits wird es erwünscht sein, dass man zur Beruhigung der Rechten gewisse Zusicherungen hinsichtlich der Sühnung des Gesandtenmordes und der Verhinderung der bolschewistischen Propaganda in Deutschland macht.“[927]

Darüber hinaus machte der Botschaftsrat weitere Argumente geltend: Bei der parlamentarischen Auseinandersetzung müsse der Blick auch auf die Russland-politische Tätigkeit der anderen europäischen Staaten gerichtet werden. Er empfehle insoweit, deren Aktivität als „Hauptmotiv“ für die „beabsichtigte Wiederaufn(a)hme der Handelsbeziehungen ins Feld zuführen“. Denn an dem „Vorbild“ Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens könne man trotz der notwendigen Rücksichtnahme „auf parteipolitische Sonderwünsche“ ab sofort „nicht vorübergehen“.[928]
Unter dem 9. Dezember 1920 reichte Maltzan einen ihm in diesem Zusammenhang vorgelegten Redeentwurf zurück an Außenminister Simons und verlieh dabei indirekt auch seinen eigenen derzeitigen Russland-politischen Ansichten Ausdruck. Den zentralen Grund für die von ihm empfohlene, aktivere Vorgehensweise sah Maltzan vor dem Hintergrund seiner Informationen jedoch erneut in erster Linie durch die Politik der Großen Mächte bedingt – ein Hinweis, der sich nach Auffassung des Diplomaten argumentativ zugleich gegen die innenpolitischen Gegner weiterer wirtschaftlich und politisch orientierter Verhandlungen mit Moskau verwenden ließe:

> „Ich habe mir erlaubt, Vorschläge zur Änderungen rein rhetorischen Charakters mit Bleistift an dem Rand zu vermerken. Um die Missstimmung (sic) der Rechten gegen jede Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland zu entkräften, dürfte es sich meines gehorsamen Erachtens empfehlen, auf die sehr intensiven englisch-russischen Verhandlungen sowie auf die belgischen, französischen und italienischen Annäherungsversuche hinzuweisen.“[929]

Auf der von Maltzan bearbeiteten Vorlage wird darüber hinaus deutlich, wie intensiv die „Frage der Wiederanknüpfung der normalen Beziehungen mit Russland“ zumindest innerhalb des Auswärtigen Amts erörtert wurde. Denn auch die anderen dem Reichsminister unterstellten Ressorts hätten die diesbezügliche Angelegenheit nicht nur, wie es in dem ursprünglichen Entwurf hieß, „eingehend“, sondern, wie Maltzan handschriftlich ergänzte, „ernsthaft“ geprüft und „erwogen“.[930] Auf einem weiteren Redemanuskript Simons hob der Diplomat zudem noch hervor, Deutschland und Russland

---

[926] Stähler wurde schließlich im Frühjahr 1921 zum „Vertreter des Auswärtigen Amts für Handelsfragen in Moskau“ berufen, vgl. die Telegramme von Rauscher und Maltzan vom 28.4. und 31.5.1921, PA, R 84107.
[927] G.A. Maltzan für Reichsminister, 8.12.1920, ebd. (PA, R 28276k), 194-195. Maltzan fügt einen „Entwurf dieser Zusatz-Antwort“ bei, dazu ebd., 196ff.
[928] Ebd.
[929] Vermerk Maltzan, 9.12.1920, PA, R 28276k, 152, der Redeentwurf bei ebd., 153ff. mit der Paraphe Maltzans vom 8.12.1920 und hschr. Ergänzungen.
[930] Ebd., 153.

könnten sich nur durch gemeinsame Arbeit von ihrer schweren wirtschaftlichen Krise erholen. Und dies sei schließlich durchaus „im Interesse Europas“.[931]

Am 21. Dezember 1920 hielt Außenminister Simons im Deutschen Reichstag eine ebenfalls unter der Beteiligung Maltzan entstandene Grundsatzrede zur deutschen Außenpolitik. In einem von Maltzan angefertigten und von Ministerialdirektor Behrendt abgezeichneten Runderlass hieß es einen Tag später dazu, Simons habe hierbei nicht nur zugleich die „unabhängige Interpellation über Wiederaufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Russland“ in einem zukunftsweisenden, positiven Sinne beantwortet. Wie nunmehr aus der Morgenpresse ersichtlich sei, hätten „sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunisten“ dem vorgetragenen „russischen Programm“ zugestimmt.[932] Des Weiteren fand die Ausführungen in der Öffentlichkeit und von Seiten der alliierten Diplomatie reges Interesse. Die zentralen Punkte der dadurch angeregten, allgemeinen Russland-politischen Debatte aber waren im Grunde schon am 15. Dezember 1920 in der Zeitschrift „Das neue Europa“ veröffentlicht worden, war doch auch hier schon über die „Aufgaben der deutschen Außenpolitik“ reflektiert und die „Notwendigkeit“ von „Initiativen“ des demokratischen Deutschland zur „Wiedergutmachung als Kernstück der Außenpolitik“ einerseits und zum „Frieden mit Russland“ andererseits betont worden.[933]

Trotz dieser insgesamt ausgewogen und balancierend wirkenden außenpolitischen Grundsatzüberlegungen verstärkte die Wahrnehmung der französischen Diplomatie und Außenpolitik allerdings nach wie vor eher die bereits zuvor mehrfach heraufbeschworene Vorstellung von einer „menace germano-russe“: Unter dem Datum des 12. Dezember 1920 betonte ein ungezeichneter Bericht aus Kopenhagen gegenüber dem Quai d’ Orsay, die Regierung in Berlin sei angeblich weiterhin bereit, „à reprendre immédiatement les relations avec la Russie des Soviets“[934]. Nach einem Bericht Claudels vom 14. Januar 1921 unternahm Referatsleiter Maltzan darüber hinaus in dieser Zeit sogar selbst eine angeblich als bedeutsam einzuschätzende geheime Skandinavienreise, wobei zunächst darauf hinzuweisen ist, dass Kopenhagen und Stockholm nach wie vor als Drehscheibe von Verhandlungen verschiedenster europäischer bzw. skandinavischer Länder mit sowjetrussischen Vertretern fungierten.[935]

Diese Reise des Botschaftsrats stand aus Sicht der französischen Diplomaten in dem Kontext, dass sich nicht nur die deutsche Industrie, sondern auch die deutsche Russlandpolitik über eine größere Anzahl von sowjetrussischen Bestellungen bei der englischen Industrie, „notamment à l´usine Armstrong“, beunruhigt gezeigt habe. In diesem Zusammenhang hob Delavaud unter dem 19. Januar 1921 gegenüber Außenminister Briand insbesondere die führende Rolle Maltzans hervor:

> « En strict incognito, l´un des plus importantes fonctionnaires de la Wilhelmstrasse, le Baron von Maltzan, a été dépêché à Stockholm pour prendre contact avec les chefs des délégations bolchéviques, les professeurs Lomonossof et Juan. D´après les renseignements que me communique un informateur généralement très bien renseigné, le baron von Maltzan, pendant les jours qu´il a passé à Stockholm, a conféré à plusieurs reprises avec les deux plénipotentiaires des soviets, en présence de M. Nadolny,

[931] Hschr. Randvermerk am linken Rand bei ebd., 164 (D 552035).
[932] Runderlass Behrendt/Maltzan, 22.1.1921, ebd., 027f. mit dem entsprechenden gedruckten Auszug aus der 53. Sitzung des Reichstages vom 21.1.1922 bei 037ff. (S.1988 C).
[933] Ausschnitt bei ebd., 167ff.
[934] Bericht o.U. aus Kopenhagen, 10.12.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 321, 183ff., hier 183.
[935] Tel. Claudel, 14.1.1921, ebd., 272.

> Ministre d´Allemagne en Suède. Ces conférences ont porté surtout sur les commandes du gouvernement bolchévik en Allemagne ainsi que sur l´éventualité d´une extension encore plus considérable des relations commerciales germano-russes. Lomonosof a confirmé à (v)on Maltzan la signature du contrat avec la Maison Armstrong qui se serait engagée à exécuter les commandes à des prix qui se ne seraient pas supérieures à ceux de l´Allemagne. »[936]

Ohne dass er dies verifizieren könne, so der französische Diplomat über die deutsch-britische Konkurrenz auf dem russischen Markt weiter, habe zudem zuvor die britische Regierung ihrerseits gegen gewisse Aufträge der sowjetrussischen Regierung an deutsche Firmen protestiert. Dies habe dann wiederum die Befürchtungen der deutschen Industriellen vergrößert und die eilige Entsendung Maltzans nach Stockholm motiviert.[937]

Aus den deutschen Akten geht hingegen lediglich hervor, dass der Referatsleiter bereits unter dem 20. November 1920 seinen Minister darauf hingewiesen hatte, ein Verbindungsmann von Krassin habe ihm erneut dessen Wunsch zu einem Treffen in Stockholm oder Kopenhagen Mitte Dezember 1920 mitgeteilt. Da man deutscherseits diesem Wunsch bereits im September zugestimmt habe, schlug Maltzan vor, „jetzt den gleichen Standpunkt einzunehmen.“[938] Die von der französischen Diplomatie gemeldete geheime Skandinavienreise des deutschen Diplomaten zum Zwecke der Förderung der deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen und zur Behauptung gegenüber der britischen Konkurrenz auf diesem Gebiet scheint tatsächlich durchgeführt worden zu sein.

Damit stieg spätestens zur Jahreswende 1920/21 in der russischen Frage ein auch nachfolgend überaus beachtenswerter Faktor mehr und mehr zu maßgeblicher politischer Wirksamkeit auf: Die traditionelle, wirtschaftliche Konkurrenz der europäischen Mächte um den russischen Markt. Die britische Außenpolitik, die mit Sowjetrussland in Kopenhagen seit 1919 verhandelt hatte, eroberte hierbei in Bezug auf den Exportanteil Englands gegenüber allen anderen europäischen Staaten schnell die Spitzenposition und übernahm damit den führenden Platz, den Deutschland vor 1914 eingenommen hatte.[939]

Dieses Thema trieb in den folgenden Monaten ebenfalls die französische Diplomatie um: Der französische Botschafter berichtete am 21. Januar 1921, dass im Rahmen dieser wirtschaftlichen Konkurrenzsituation Berlin London voraussichtlich den Vortritt lassen werde. Jedenfalls bestätige sich der Eindruck, so Laurent weiter, « que l´industrie allemande n´attend que la signature définitive de l´accord commercial entre la Grande Bretagne et les Soviets pour reprendre sur une large échelle les relations économiques avec la Russie. »[940] Zwar hatte es einen Tag zuvor in der französischen Diplomatie zugleich geheißen, Außenminister Curzon verzögere eine wirtschaftsbezogene „l´entente

---

[936] Delavaud an Briand, 19.1.1921, ebd., 285-286.

[937] Ebd.

[938] G.A. Maltzan (ganz geheim), 20.11.1920, PA, R 28276k, 125.
Zu Nutzung der internationalen Beziehungen Gravenhoffs trotz seiner „Abneigung gegen den Reichsminister“ vgl. G.A. Maltzan für Reichsminister, 23.12.1920, ebd., 187-188.

[939] Siehe zu den Zahlen im Einzelnen auch die Angaben in der von der „Russian Trade Delegation hrsg. „Russian Information and Review“ vom 1. Oktober 1921, PRO, FO 371/6878, 142ff., 150. Die hier angegebenen Importzahlen wiesen England mit 30.6% den ersten Platz vor Deutschland mit 18.8%, den USA mit 16.4%, Estland, Schweden und Holland zu. Vgl. auch die von Heinz Lemke 1991 herausgegebenen und 1988 mit weiteren Literaturhinweisen eingeleiteten Dokumente für den Zeitraum von 1906 bis 1914 bei: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen 1906-1914 sowie im einzelnen den Vortrag vom Trautmann im Auswärtigen Amt vom 11. Dezember 1911, gedruckt bei ebd., Nr.1, S.21ff., S.21.

[940] Laurent an Briand, 21.1.1921, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 321, 290-291.

russo-anglaise“, und zwar unter dem Hinweis, Großbritannien führe seine Außenpolitik nicht nach aktueller wirtschaftlicher Tagessituation. Von den deutschen Industriellen seien aber nunmehr Walther Rathenau und Oppenheimer persönlich nach London gereist, nicht nur, um sich ein genaueres Bild über den Zustand der englisch-russischen Verhandlungen zu machen. Sie suchten ebenso Gespräche mit britischen Industriellen und Bankiers „concernant l´activité anglo-allemand en Russie sur les bases d´une concurrence libre“.[941]

Auch diese Form der Interessenvertretung führender deutscher Industrieller war eine Entwicklung, die zum einen aufzeigte, dass Rathenau von Anfang an nicht nur mit einem konzeptionellen, sondern auch mit einem praktischen Beitrag an den Russland-politischen Aktivitäten Deutschlands beteiligt war. Zum anderen ist hervorzuheben, dass auch diese Vorgänge keine von französischen Diplomaten ausgemachten, angeblichen Geheimaktionen, sondern allseits bekannt waren. Diese Reisen wurden im Rahmen der in Deutschland stattfindenden außenpolitischen Generaldebatte jedenfalls auch in Berlin intensiv diskutiert und von Außenminister Simons im Deutschen Reichstag verteidigt, worüber die französische Diplomatie ebenfalls berichtete.[942]

Aus den britischen Akten wird allerdings deutlich, dass die zurückhaltende Position Curzons in London offenen Widerspruch fand und insgesamt betrachtet nicht mehrheitsfähig war: Für Lloyd George war es schon in Bezug auf die hohe Arbeitslosigkeit in England, die bei über 25%[943] lag, notwendig, einen wirtschaftspolitischen Akkord auch mit einer revolutionären Regierung in Moskau zu befürworten. Russland wurde jedenfalls von Lloyd George „perceived as a key hope for the revitalization of markets for British exports and for those of the rest of Europe“, wenngleich seine Regierung dazu mehr die Zustimmung der „City“, also der britischen Finanz- und Handelswelt, als den guten Willen der anderen Alliierten benötigt habe.[944] Die Russlandpolitik des englischen Premiers blieb insoweit zweifellos „ohne übermäßig starke Berücksichtigung ideologischer Komponenten“ relativ „flexibel“. Sie war nach Gottfried Niedhart zudem eindeutig mehr von nationalen wirtschaftlichen Interessen als von einer zu positiv anmutenden „liberalen Friedensstrategie“ geprägt[945] - eine für die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages ebenfalls nicht unbedeutende allgemeine Feststellung. Das grundlegend negative Bild hingegen, dass im Vergleich dazu lange Zeit von der französischen Außen- und Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg gezeichnet wurde, ist mittlerweile ausgewogeneren Darstellungen gewichen.[946] Schließlich spielte der so kurz nach dem Krieg vorhandene, blanke Hass gerade bei den einfachen Soldaten gegenüber den „Boches“ ebenso eine gewichtige Rolle wie das nicht nur bei dieser

---

[941] Delavaud an Briand, 20.1.1920, ebd., 287-288, hier 287f. Bei Laurent an Briand, 29.6.1921, ebd., U.R.S.S. 322, 274-275f, heißt es bei 275 in Bezug auf Rathenau u.a. auch: « M. de Rathenau serait un partisan convaincu de la politique du commerce et de concessions en Russie. »

[942] Vgl. dazu Laurents Tel. No. 150, 22.1.1921 und insbesondere seinen Bericht an Briand vom 24.1.1921 bzgl. der Debatte im Reichstag über die deutsch-russischen Beziehungen und die entsprechenden Stimmen in der deutschen Presse, ebd. (Série Z, U.R.S.S. 321), 292-294 bzw. 295-297f. Zur zeitgenössischen Literatur und breitenwirksamen Russland-politischen Diskussion vgl. stellvertretend Harich; Immanuel; Pohle; Ungern-Sternberg.

[943] Williams, The Genoa Conference of 1922, S.30.

[944] Siehe ebd., S.31,

[945] Vgl. Niedhart, Zwischen Feindbild und Wunschbild: Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung, S.108. Auch die deutsche Frage war insoweit zugleich ein „Aspekt der englischen Innenpolitik, d.h. (die) Arbeitslosigkeit (in Großbritannien) wurde in erster Linie als Folge des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft und dieser als Folge des Reparationsproblems gesehen“, vgl. Schmidt, Außenpolitik und Kriegsziele Englands 1905-1922, S.363f. in Bezug auf Lowe/Dockrill, Bd.2.

[946] Vgl. Dülffer, Die französische Deutschlandpolitik, S.594.

gesellschaftlichen Gruppe vorherrschende Gefühl, der Frieden von Versailles sei „undankbar“ und „uneffektiv“.[947] Das tief in der Geschichte wurzelnde Revanchegefühl verstärkte diese Ausrichtung und zog Negativfolgen nach sich, die auf lange Sicht spätestens in der Zeit nach 1933 wiederum auf Frankreich selbst zurückfallen sollten. Denn schon Anfang der 1920er Jahre trug die vor diesem Hintergrund von Paris aus durchgesetzte, rigorose Siegermachtspolitik zur inneren Schwäche der deutschen Demokratie bei. Zugleich stärkte sie in der Wilhelmstraße in Berlin die Überzeugung, möglicherweise weiterführende Russland-politische Schritte nicht grundsätzlich auszuschließen.

In diesem Kontext ist zudem zu berücksichtigen, dass insbesondere Stimmen aus dem Lager der französischen Militärs, die aus deutscher Sicht als existenzgefährdend wahrgenommen wurden, die Situation seit geraumer Zeit wiederum verschärft hatten. Und hierbei fand nun abermals und wiederholt ein propagandistisches Element Verwendung, dass letztlich darauf ausgerichtet war, ein rigoroses politisches Vorgehen gegenüber der deutschen Republik zu forcieren: Der erneute Hinweis auf angebliche Geheimabsprachen zwischen Deutschland und Russland. So hatte bereits ein Telegramm vom 30. September 1920 Informationen über einen angeblich am 17. Juli 1920 zwischen Maltzan, Kopp und Radek unterzeichneten Vertrag verbreitet, „que précédait une convention militaire ». Eine Depesche aus Kopenhagen fügte unter dem 12. Oktober hinzu, die Intellektuellen in Deutschland wollten den Vertrag von Versailles mit Hilfe der Sowjets annulieren.[948] General Niessel schwor die französische Außenpolitik darauf ein, die „liaison germano-bolchevique“ sei „indéniable“. Ihr sei mit aller Schärfe entgegenzutreten.[949]

Im Gegensatz zu den von Maltzan behaupteten französischen, belgischen und italienischen „Annäherungsversuchen“ in Richtung Moskau schien sich unterdessen in Paris allerdings die allgemeine Russland-politische Haltung eher in einem negativen Sinne zu behaupten: Bereits am 28. November 1920 hatte der Staatssekretär im Quai d’Orsay, Peretti, mit einem Runderlass seine ebenso im Auswärtigen Ausschuss der Kammer vertretene Grundpositionierung erläutert: Die sowjetrussische Regierung werde schon deshalb von Frankreich nicht anerkannt, weil diese sich bislang weigere „tous les engagements antérieurs de la Russie“, also insbesondere die zaristischen Schulden anzuerkennen. Die interessierten Teile der französischen Wirtschaft müssten daher vorerst allein die Risiken tragen, wenn sie Handelsbeziehungen in Russland eingehen wollten.[950]

Die Tatsache intensiver Wirtschaftverhandlungen zwischen London und Moskau hatte der Leiter des Russlandreferats im Auswärtigen Amt in seinen oben erwähnten Anmerkungen zu dem Redeentwurf Simons demgegenüber jedoch recht zutreffend geschildert: Lloyd George strebte, wie bereits skizziert, nachdrücklich an, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland mit Hilfe amtlicher bzw. administrativer Unterstützung nicht nur wieder aufzunehmen, sondern so weit wie möglich zu fördern. Das verstärkte die allgemeine Konkurrenzsituation in der russischen Frage auch innerhalb der Alliierten. So zeigte sich zum Beispiel der belgische Außenminister Jaspar[951] darüber ungehalten.

---

[947] Siehe ausführlicher den Beitrag von Cabanes; zu den „Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919“ Steinmeyer.

[948] Vgl. Dülffer, Die französische Deutschlandpolitik, S.535, Anm.1.

[949] Niessel an Lefèvre, Foch und Panafieu, 31.12.1920, DDF, Tome III, No. 376, S.375f.

[950] Rundtelegramm Peretti, 28.11.1920 (Kopie), MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 347, 111-112.

[951] Zu Jaspar vgl. auch die biographischen Angaben bei PRO, CAB 31/1, 191. Hier heißt es: „Minister for Foreign Affairs. Catholic Deputy for Li(è)ge, he entered the Belgian Chamber for the first time in the 1919 General Elections. By profession a lawyer, he was little known before the war but came to the front owing to his work on the National Committee for Food Supplies. He became Minister of Economic Affairs in M. Delacroix´s Cabinet in 1919 and later

Man müsse diesbezüglich, so lautete seine Empfehlung aus Brüssel an die Regierung in Paris, bei den Verantwortlichen in London so schnell wie möglich intervenieren, damit dieses Vorgehen der britischen Außenwirtschaftspolitik für die anderen Ententemächte zumindest akzeptabel gestaltet werde. Zudem sei in jedem Fall ein Mittel zu finden, « de ne pas laisser les Allemands seuls s´implanter en Russie pour le plus grand détriment présent et à venir des Alliés. »[952]
Ebenfalls vor diesem Hintergrund sichtbarer Wirtschaftskonkurrenz der Großen Mächte um den russischen Markt lag eine weitere, politisch motivierte und auch publizistisch geförderte Tradierung des Topos von der deutsch-russischen Gefahr natürlich nahe. Eine fortgesetzte Wiederbelebung dieser sicherheitspolitischen Sorge, die sich zugleich als vorteilhaft für eigene Wirtschaftsinteressen in der russischen Frage erweisen konnte, ließ daher auch nicht lange auf sich warten: Gemäß einer nicht näher identifizierbaren elfseitigen Aufzeichnung wurde im Quai d´Orsay die Auffassung kund getan, die Niederlage General Wrangels sei nicht nur ein Sieg der Bolschewisten, sondern „aussi une victoire de l´Allemagne sur l´Entente." Die deutsche Republik spiele jedenfalls jetzt, so wurde hier voreilig, unter Berücksichtigung des Verlaufs des zurückliegenden Weltkriegs jedoch durchaus nachvollziehbar konstatiert, „sa carte bolcheviste dans son jeu". Unter dem vordergründigen Vorwand, den Bolschewismus in Russland zu bekämpfen, werde die deutsche Republik zudem möglicherweise schon bald versuchen, sich erneut zu mobilisieren, in Polen einmarschieren und sich mit den bolschewistischen Truppen vereinigen. Die größte Gefahr für Europa sei insoweit daher nach wie vor ein vermeintlich in jedem Fall zu erwartendes „rapprochement germano-russe."[953]
Allerdings gab es auf französischer Seite zugleich auch Überlegungen, die auf eigene Rußland-politische Aktivität verwiesen: Denn nach einer Aufzeichnung vom 3. Januar 1921 über die Möglichkeit von Beziehungen zwischen Frankreich und Russland deuteten die sowjetrussischen Machthaber in Moskau mittlerweile an, über „la dette de la Russie" und über „la propagande bolchévique" in Verhandlungen mit Paris einzutreten.[954] Konkrete und offenbar durchaus ernstzunehmende Angebote der durch Gonetsky und Joffe vertretenen sowjetrussischen Regierung an Frankreich erfolgten nach einem am 18. Februar an Bethelot über den französischen Senat weitergegebenen Schreiben vom 4. Februar 1921 und daran anschließend offenbar in Riga. Zwar verbot Peretti unter dem 25. Februar 1921 den französischen Gesandten und Botschaftern, sowjetrussische Repräsentanten eigenmächtig und offiziell zu empfangen.[955] Jedoch wurde eine sehr skeptische, aber insgesamt nicht zukunftsverneinende Russland-politische Position in Paris bereits am 10. Februar 1921 als offizielle Haltung formuliert: Die französische Regierung habe bereits wirtschaftliche Kontakte zu Russland eingeleitet, bestehe aber weiterhin darauf, dass zuerst die Frage der russischen Schulden und erst dann die Frage der Wirtschaftsbeziehungen behandelt werden, da nur so beide zentralen Problembereiche zu lösen seien und ansonsten jede wirtschaftliche oder finanzielle Operation in Russland prekair und unsicher bleibe.[956]

---

became Minister of the Interior in M. Carton de Wiart´s Cabinet in 1920. He was a strong candidate for the Premiership in December last. His foreign policy is, as far as possible, to play the role of mediator between England and France."

[952] Tel. Margerie No. 743, 29.11.1920, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 347, 126.

[953] Aufz. „C.H.", 20.12.1920, ebd., 142-152.

[954] Note « Possibilités de relations entre la France et la Russie bolchévique », geheim, 3.1.1921, ebd., 348, 1-3.

[955] Ebd., 8-14. Der Entwurf und eine Kopie des entsprechenden Rundtelegramms Perettis vom 25.2.1921 befindet sich bei ebd., 16-17.

[956] Note du service financier. Étude sur les mesures à prendre en vue du recouvrement des créances étrangères sur la Russie, DDF 1921, Tome I, Nr. 98.

Das Argument Maltzans, die Großen Mächte seien auf Russland-politischem Terrain ebenfalls nicht passiv, war daher nur bedingt zutreffend. Denn für die französische Regierung stand letzten Endes die Furcht vor den „unabsehbaren Folgen einer Niederwerfung Polens und ebenso Rumäniens durch Sowjetrussland“ im Vordergrund. Sie lähmte bislang jede weiterführende, von Paris aus geführte konstruktive Russlandpolitik. Das Quai d'Orsay beabsichtige in diesem Kontext, so hatte Botschafter Mayer bereits am 8. Januar 1921 nach Berlin berichtet, „Rumänien, die baltischen Randstaaten und Finnland zu einem militärischen Defensivbündnis gegen Sowjetrussland zu vereinigen.“[957]

In der Zwischenzeit blieben in Berlin die gravierenden Spannungsmomente im deutsch-sowjetrussischen Verhältnis bestehen. Das öffentlich zur Schau getragene „Koexistenzdenken“, das Karl Radek bereits seit Ende 1919 entwickelt und vordergründig als Möglichkeit eines modus vivendi propagiert hatte[958], war vorerst nichts anderes als die Maskierung kommunistischer Revolutionsbestrebungen in Deutschland. Und die aus seiner Sicht bestehende allgemeine Zwangslage für die Weimarer Außenpolitik war schließlich schon vorformuliert worden: Deutschland befände sich, so stellte Lenin schlicht fest, „geknebelt durch den Versailler Vertrag, in unmöglichen Existenzbedingungen“. Diese Lage dränge Deutschland „natürlicherweise“ zu einem Bündnis mit Russland und die damit vor allem auch einhergehenden ökonomischen Ursachen hätten bereits gegen den Willen der „deutschen bürgerlichen Regierung“ mit ihrem „wütenden Haß gegen die Bolschewiki“ erste „politische Schranken“ durchbrochen.[959]

Unterdessen legte Maltzan gegenüber Kopp dennoch gegenwärtig kaum Entgegenkommen an den Tag: In Bezug auf dessen hart vorgetragene Beschwerde über eine angeblich mutwillige Erschießung von kommunistischen Internierten durch deutsche Einsatzkräfte warf Maltzan diesem diplomatische Unfähigkeit vor und führte aus, die „Form und der Ton seines Schreibens“ hätten ihn doch „höchst peinlich überrascht“.[960] Auch insgesamt betrachtet war der Referatsleiter über die gegenwärtige Entwicklung in der russischen Frage abermals verärgert. Er ging dabei sogar so weit, offen damit zu drohen, man werde auf deutscher Seite „die Konsequenzen daraus ziehen“ müssen, wenn die sowjetrussische Außenpolitik in einer Weise verfahre, die Deutschland als „quantité négligeable“ betrachte.[961] Am 19. Januar 1921 lehnte Maltzan eine von Kopp erwünschte Weitergabe von Kriegsmaterial zur Unterstützung Litauens „im Kampf gegen Zeligowski“ vor dem Abschluss eines polnisch-sowjetrussischen Friedens ab und verwies dabei auf die deutsche Neutralität, die „nicht zum wenigsten Russland zugute gekommen sei.“[962] Des Weiteren war eindeutig erkennbar, dass eine sowjetrussischerseits in Deutschland unterstützte kommunistische Propagandatätigkeit nicht eingestellt wurde[963] und den deutschen Vertretern zudem nach wie vor große sicherheitspolitische Sorgen bereitete. So wurde Anfang 1921 gemeinsam vom Russischen Referat des Auswärtigen Amts und vom Staatskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung ein eigener

---

[957] Mayer an AA, 8.1.1921 (Durchschlag), PA, R 70656. Die Vorlage träg die „J.Nr.A62“ und die „K.Nr.36“.
[958] Scheffer zit. nach Margret Boveri im Vorwort zu Scheffer, Augenzeuge, S.20; vgl. Zeidler, S.29.
[959] Rede Lenins in der Sitzung der Fraktion der KPR (B) des VIII. Sowjetkongresses, im Auszug gedruckt bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.41, S.94ff.
[960] G.A. Maltzan , 4.1.1921, ebd., R 31488k/ R 31489k (K 096186-92).
[961] Aufzeichnung o.U., 17.1.1921, ebd. (K096197-99). Die Vorlage hat am unteren Rand einen Brandschaden. Aus dem Zusammenhang geht hervor, dass Maltzan der Verfasser ist.
[962] Vgl. Wagner, Deutschland und der polnisch-sowjetrussische Krieg 1920, S.271f.
[963] Zu Vorgängen, die damit direkt oder indirekt zusammenhingen, stellvertretend die Entwürfe Maltzans bei PA, 83379, 063, 088, 099.

Gewährsmann nach Moskau entsandt. Hiermit nahm die deutsche Russlandpolitik in Aussicht, weitere, möglichst zuverlässige Informationen über die sowjetrussische Vorgehensweise zu sammeln - zusätzliche Informationsquellen, die sich neben der Reiseberichterstattung von zum Beispiel Hentig[964] durch die Entsendung von deutschen Pressekorrespondenten auch in allgemeiner Hinsicht nachfolgend noch erweiterten.[965] Schlesinger gründete darüber hinaus eine international offene, sowohl von der deutschen Bank Molling als auch von englischen und französischen Handelsgruppen finanzierte Studiengesellschaft, die eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland vorbereiten solle. Und wie Laurent gegenüber Briand hierzu am 21. Januar 1921 festhielt, wurden diese Initiative Schlesingers auf britischer Seite wohlwollend aufgenommen. Zudem habe Schlesinger gegenüber dem Leiter der Wirtschaftsabteilung der französischen Botschaft in Berlin, Gilles, seine Hoffnung ausgedrückt, dass sich weitere französische Industrielle, Händler und eventuelle auch Bankiers beteiligen würden, was auf französischer Seite „naturellement“ mit großer Reserve beantwortet worden und mit größter Vorsicht weiterzubeobachten sei.[966] Die deutsche Seite ersuchte also insoweit die alliierte Seite um Kooperationsbereitschaft. Zudem warnte Schlesinger unter dem Datum des 29. Januar 1921 Maltzan aus Moskau erst einmal „eindringlichst“, wenigstens vorläufig auf keinen Fall „irgend welche Verträge“ mit der russischen Regierung abzuschließen.[967]
Aus deutscher Perspektive aber hatte die den Alliierten angebotene wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Russland-politischem Terrain nachfolgend keine Aussicht auf Erfolg: Selbst für den Fall einer deutschen Beteiligung an einer militärisch-politischen Intervention des „Westens“ gegen Moskau, so hatte offenbar zunächst Referatsleiter Maltzan und dann Staatssekretär Haniel mit Datum vom 21. Januar 1921 in einem Telegramm an die deutsche Gesandtschaft im Haag gleichlautend festgehalten, beständen „hier keinerlei Anhaltspunkte“ für ein Entgegenkommen der Entente gegenüber der deutschen Republik.[968] Die amtliche Weimarer Russlandpolitik fühlte sich also - trotz des durch Schlesinger übermittelte Kooperationsangebots und der in der russischen Frage ansonsten vorhandenen Negativa - weiterhin auf eigene Wege verwiesen, zumal die größten außenpolitischen Belastungen auf die deutsche Republik nicht aus dem Osten, sondern nach wie vor aus dem Westen einschlugen.
Bereits in der Zeit vom 16. bis zum 22. Dezember 1920 war es, unter anderem auf einen Vorschlag der Brüsseler Weltfinanzkonferenz, zu einer Zusammenkunft der Reparationssachverständigen der Alliierten und Deutschlands in der belgischen Hauptstadt gekommen, wobei die damit verbundene Erklärung des deutschen Vertreters Bergmann am 17. Dezember 1920 nach D’Abernon zunächst durchaus „vollkommen zufrieden stellend“ verlaufen sei und „weit über die französisch-belgischen Erwartungen“ hinausging. Einen Tag später stellte der französische Botschafter fest, er habe den Eindruck, „dass die Deutschen sich mit Recht in vielen Fällen über eine schlechte Behandlung“ durch die Alliierten beklagen würden.[969] Die sich daran anschließende Konferenz in Paris vom 24.

---

[964] Zum Bericht des Legationssekretärs Hentig, der nach Maltzan „beachtenswerte Eindrücke aus Sowjetrussland mitgebracht habe“, vgl. G.A. Maltzan, 4.1.1921, PA, R 28277k, 8, der Bericht Hentigs vom 10.1.1921 bei ebd., 9ff.
[965] Vgl. dazu Sütterlin, S.147, Anm.124. Zur ersten Moskau-Reise des deutschen Journalisten Bernhard Waurick vgl. u.a. Bartels an Maltzan, 16.3.1921, mit einer Notiz Maltzans und den Bericht Wauricks an Maltzan vom 29. Juni 1921 Verweise bei ebd., S.158, Anm.159.
[966] Laurent an Briand, No. 44, 21.1.1921, DDF 1921, Tome I, Nr.21.
[967] Schlesinger an Maltzan, 4.1.1921, PA, R 28277k, 111ff. (D 552179-80).
[968] Haniel an Gesandtschaft im Haag, 21.1.1921, ebd., R 83380, 025.
[969] D’Abernon, Bd.1, S.121.

bis zum 30. Januar 1921, im Grunde eine Plenarsitzung des Obersten Rates der Alliierten, tagte unter dem Vorsitz des neuen französischen Regierungschefs Briand, der Nachfolger des einem Linkskabinett vorstehenden Ministerpräsidenten Leygues geworden war. Letzterer war nach D'Abernon neben der schlechten Finanz- und Wirtschaftslage in Frankreich unter anderem deshalb gestürzt worden, da er sich zu nachsichtig gegenüber Deutschland und auch gegenüber England gezeigt habe.[970]

Am 28. Januar 1921 wurden der deutschen Regierung konkrete Reparationsforderungen mitgeteilt. Die Forderungen wirkten in ihrer politischen Tonart jedoch noch deshalb zusätzlich verschärfend, weil entgegen einer ausdrückliche Absprache mit den anderen Alliierten von französischer Seite aus zugleich auch die in Aussicht genommenen Sanktionen in der Presse veröffentlicht wurden, auf welche sich die Alliierten zuvor geeinigt hatten. Darüber hinaus übergaben die Ententemächte den deutschen Vertretern eine ausführliche Note, die sich auf die angebliche Nichterfüllung der Entwaffnungsklauseln des Versailler Vertrages durch Deutschland bezog.[971] D'Abernon sollte sogar von einer Deutschland-politischen Positionierung der Alliierten sprechen, die aus deutscher Sicht wie die „Sprache eines blinden, rücksichtslosen Gläubigers" wirkte, „der nur auf eine schnelle Auszahlung seiner Schuld dringt, ohne die Lage oder die Zahlungsfähigkeit des Schuldner zu berücksichtigen"[972], was allerdings nur bedingt zutreffend erscheint.

Für die hier verfolgte Fragestellung entscheidender war, dass sich diese westpolitischen Vorgänge und Grundtendenzen natürlich auch auf die Russlandpolitische Debatte in Berlin auswirkten: Dadurch wurde jedenfalls die Argumentation unterstützt, „in normalisierten Beziehungen zu Sowjetrussland" zumindest ein gewisses „außen- und sicherheitspolitisches Gegengewicht" zu dem außenpolitischen Druck der Ententemächte zu suchen und möglicherweise auch finden zu können. Insoweit stellte Außenminister Simons im Anschluss an die Argumentation Maltzans im Januar 1921 nunmehr grundsätzlich fest, Deutschland sei „gar nicht in der Lage, die Aufnahme von Beziehungen zu Russland einfach zu unterlassen", „weil jedes andere Land allmählich mit Russland in Handelsbeziehungen" käme.[973]

Diese Wechselwirkung zwischen Ost- und Westpolitik wurde kurze Zeit später auch von der französischen Diplomatie vertieft, allerdings eher im Sinne einer auch anderweitig nachweisbaren Tradierung[974] der Gerüchte um eine deutsch-sowjetrussische Allianz zum Schaden der Alliierten: Hier hieß es zum Beispiel am 1. Februar 1921, Kopp, der im Rahmen seines persönlichen

---

[970] Siehe ebd., S.129.
Zu Aristide Briand (1862-1932) vgl. als biographischen Kurzüberblick Baumont; sonst u.a. Geigenmüller; Siebert, Aristide Briand.

[971] Vgl. Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle, S.151f.

[972] Vgl. D'Abernon, Bd.1, S.134.

[973] Zit. nach Perrey, S.37.

[974] Zu den anhaltenden Verdächtigungen in Bezug auf eine deutsch-russische Gefahr vgl. u.a. MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 26-28 bzw. 38ff. Bei dem letzterem Bericht mit hschr. Datum vom 14.2.1921 heißt es einleitend u.a., nach der Absicht der deutschen Regierung werde der Abschluss eines Vertrages mit Sowjetrussland angestrebt, « dans le but d´exploiter la force militaire russe et de faire une politique extérieure commune avec la () Russie. » Bei ebd., 48, heißt es in Bezug auf einen Bericht des französischen Vertreters in München vom 21.2.1921 : « Après la paix de Brest-Litovsk, l´exploitation de la Russie d´Europe et d´Asie par l´Allemagne fut à l´ordre du jour. » Bei ebd., 77, ist in Bezug auf eine Meldung vom 19.2.1921, nach der das Gerücht, die deutsche Regierung würde alsbald die Anerkennung der sowjetrussischen Regierung aussprechen, klarzustellen, dass diese bereits bei der Unterzeichnung des Vertrages von Brest-Litowsk erfolgt war. Es müsste insofern genaugenommen Weise heißen, „la reprise des relations". In der gleichen Akte befindet sich zudem ein polnisches Memoire in Form einer Broschüre, in dem es u.a. heißt: « L´Allemagne ne s´est jamais résignée à accepter loyalement les conséquences de sa défaite et à respecter les clauses du traité de paix. »

Opportunismus und seiner Eigenschaft als „ancien menchevik“ selbst für die bolschewistische Regierung in Moskau auf Dauer kaum zuverlässig sei, habe ausgeführt, dass es Deutschland durch die Spannungen insbesondere in den deutsch-französischen Beziehungen und in der polnischen Frage gegenwärtig fast unmöglich sein werde, „de se mettre en opposition directe avec les Soviets et l´obligent à ménager en eux un allié éventuel.“[975]

Das aus deutscher Sicht festzuhaltende Zwischenergebnis der laufenden deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsverhandlungen blieb jedoch trotz der Förderung einzelner kaufmännischer Projekte[976] auch nachfolgend enttäuschend. Zwar wurde nunmehr selbst auf Seiten der Sozialdemokratie zum Teil offenes Wohlwollen zu Gunsten einer Zusammenarbeit auch mit einem sowjetrussischen Russland aus wirtschaftlichen Gründen deutlich.[977] Und ohnehin bot die russische Frage Stoff für außenpolitische Visionen, wie z.B. die Hoffnung auf eine deutsch-amerikanische Wirtschaftskooperation in Russland. Bei den Akten findet sich in diesem Zusammenhang eine Aufzeichnung über die Möglichkeit zu einem „Deutsch-amerikanisches Zusammenarbeiten in Russland“ vom 18. Dezember 1920, die argumentierte, dass „der Wiederaufbau Deutschlands [...] für die Weltwirtschaft ein akutes Problem, „der Wiederaufbau Russlands (jedoch) ein Problem für die Gestaltung der Weltwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten“ sei[978] Mit Datum vom 17. Februar 1921 teilte Maltzan dem mittlerweile nach Moskau entsandten Stähler unmissverständlich mit, wenn die sowjetrussische Seite dem bisherigen deutschen „Entgegenkommen“ in diesem Kontext weiter „dauernd mit Nichtachtung“ begegne, so werde er sich ebenso „gezwungen“ sehen, sich „künftig vollkommen passiv zu verhalten.“ Denn insgesamt betrachtet gehe die deutsche Außenpolitik auch schon ohne den insoweit belastenden Beitrag Moskaus sehr „schwierigen Zeiten entgegen“.[979]

Letzteres war zweifellos eine zutreffende Prognose: Lloyd George überreichte am 3. März 1921 ein von Außenminister Simons am 7. März abgelehntes Ultimatum, das eine ausführliche Liste angeblicher deutscher Verfehlungen bei der Erfüllung von Verpflichtungen des Versailler Vertrages unter der Androhung von sofortigen territorialen und wirtschaftlichen Sanktionen enthielt. Am 8. März besetzten alliierte Truppen daraufhin die Rheinhäfen von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort[980], was den allgemeinen Aufruhr in der deutschen öffentlichen Meinung noch einmal verschärfte, während sich die deutsche Regierung am 10. März mit der Bitte um Intervention gegen das aus ihrer Sicht rechtswidrige Vorgehen ebenso vergeblich an den Völkerbund wandte wie am 23. März 1921 an die amerikanische Regierung.[981]

---

[975] Laurent an Briand, 1.2.1921, ebd., 1 (Rückseite).

[976] Aufz. Hauschild, 16.12.1920, vgl. ADAP A III, Nr.234, S.483, Anm.6.

[977] Siehe das Protokoll zum Parteitag der SPD in Kassel 1920, S.33f. bzw. die Rede Wels vor dem Reichstag am 21. Januar 1921, Reichstagsprotokolle, Bd.346, S.1996-2001.

[978] Aufz. o.U., 18.12.1920, PA, R 31966 (H 118903-06). Obwohl die Vorlage nicht die Paraphe Maltzans trägt, diese aber für die Abteilung IV. bestimmt und nicht als geheim gekennzeichnet war, werden die dortigen Ausführungen Maltzan wohl direkt oder indirekt bekannt gewesen sein.

[979] (Maltzan) an Stähler, 17.2.1921, geheim, PA, R 83380, 075ff.

Zur Kritik an dem alliierten Vorgehen und Sympathiebekundungen gegenüber Deutschland vgl. u.a. Eybert (Reval) an Briand 10.2.1921, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 32ff.

[980] Siehe dazu für die französische Seite z.B. Tirard an Briand, 8.3.1921, DDF 1921, Nr. 184. Zur britischen Besatzungszeit nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Williamson, The British in Germany.

[981] Vgl. dazu ausführlicher u.a. Krüger, Die Außenpolitik, S.122ff.; Kaiser, S.65ff. sowie D'Abernon, Bd.1, S.123, S.136, S.138, S.142, S.145, S.163, S.165, S.173f. Bei ebd., S.146, heißt es in Bezug auf den 1. März 1921 u.a., Lloyd George habe gegenüber D'Abernon die Ansicht vertreten, die Franzosen könnten „sich nie darüber klar werden, ob sie Zahlungen wollen oder die Freude an der Demütigung Deutschlands durch die Besetzung der Ruhr oder irgendein anderes militärisches Gewaltmittel vorziehen.“ Nach ebd., S.166 soll dabei sogar ein aus alliierter Sicht unvorteilhafter Bericht

Unterdessen machten sich auf der „Ostseite“ der Weimarer Außenpolitik weiterhin keine positiven Anzeichen bemerkbar.[982] Eine erfreuliche Erwartungshaltung gab es weder zur Jahreswende 1920/21 noch in den darauf folgenden Wochen. Hingegen kann in Bezug auf das deutsch-russische Verhältnis in dieser Zeit von einem fortlaufenden „Staccato“[983] gesprochen werden, wobei die sowjetrussische Außenpolitik „zweigleisig und ambivalent“ blieb, wenngleich sie charakterlich doch einer gewissen Weiterentwicklung „auf einer revolutionär-ideologischen und einer klassisch-diplomatischen Ebene“ unterlag. Zwar wurde sie dadurch aus deutscher Sicht nicht „annehmbar“, aber zumindest ein Stück weit kalkulierbar.[984]

Für diese gewisse Modifikation lagen Gründe vor: Ende Februar 1921 brach im russischen Kronstadt ein Aufstand aus, der von den gleichen radikalen Matrosen getragen wurde, die 1917 eine entscheidende Rolle gespielt hatten. Im Zusammenwirken mit der Krise in der Landwirtschaft führte diese Entwicklung dazu, dass die ganze Welt und auch das Auswärtige Amt in Berlin erwarteten, jetzt habe „die Stunde der Bolschewiken geschlagen“.[985] Auch diese Hoffnung entpuppte sich jedoch als politisches Wunschdenken, da die Rückschlagskraft und Durchsetzungsfähigkeit der sowjetrussischen Machthaber erneut unterschätzt wurde. Die sich nunmehr ebenso daran anschließende Neue Ökonomische Politik (NEP) sollte zudem nachfolgend zumindest teilweise zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Russland beitragen. Der Kriegskommunismus war endgültig beendet.

Aus der Perspektive Maltzans in Berlin ließen sich jedoch daraus vorerst keine grundsätzlichen Änderungen in der Deutschlandpolitik Moskaus erkennen: Verschiedene Agentenmeldungen bestätigten nach wie vor die Unaufrichtigkeit und Aggressivität der sowjetrussischen Strategie gegenüber der deutschen Republik.[986] Berichte über gegenrevolutionäre Tendenzen und Instabilitäten in Russland und schwere innenpolitische Bedenken über die Frage, ob einer sowjetrussischen Vertretung auch in verminderter Form überhaupt ein Status der Exterritorialität gewährt werden könne, schränkten die Idee einer zukunftsträchtigen wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der deutschen Demokratie und Sowjetrussland in der Praxis ebenfalls in erheblichem Maße ein.[987]

---

eines belgischen Statistikers der Reparationskommission in Bezug auf die deutsche Zahlungsfähigkeit aus offenkundig politischen Gründen „zurückgezogen und vernichtet“ worden sein.

[982] Vgl. Sütterlin, S.180ff., die hier zu findende Periodisierung ist m.E. jedoch nur bedingt überzeugend.

[983] Vgl. denn in einem anderen Zusammenhang verwendeten Begriff bei ebd., S.186.

[984] Siehe dazu auch die Ausführungen bei Perrey, S.38.

[985] Vgl. Hilger, S.69ff.

[986] Zur Arbeit Maltzans mit Agentenmeldungen vgl. u.a. Schieder, Die Entstehung, S.551. Zur aggressiven Revolutionierungspolitik der Sowjetregierung siehe z.B. auch das Schreiben Karachans an einen Gesandten in Lettland, PA, R 31657k (K 103612-15), etwa vom 3.3.1921. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans o.D. Siehe auch die Agentenmeldung vom 4.3.1921, ebd., R 31488k/ R 31489k (K096213) mit der Paraphe Maltzans und einer angeblichen Instruktion Tschitscherins für die Sowjetvertreter im Ausland vom 6.2.1921, ebd., R 31488k/ R 31489k (K096214-216).
Maltzan hatte allerdings auch Kenntnis von einem internen Bericht Kopps offenbar etwa vom 2. Februar 1921, in dem es in Bezug auf dessen Bolschewisierungsarbeit in Deutschland mit geradezu großer Frustration u.a. heißt: „Das Phlegma der Deutschen, ihr ‚Bierpatriotismus’ und ihr Hängen an den Traditionen zerstört die systematische und langwierige Arbeit der Sowjetagitation und Propaganda.“ „Die Forderungen des Augenblicks hier in Deutschland“, so schrieb Kopp, „diktieren der Sowjetregierung ein Maximum der Vorsicht in der Außenpolitik und die Notwendigkeit einer Umgehung aller Konflikte in der Innenpolitik.“ Nur unter diesen Voraussetzungen werde die „Sowjetregierung in der Lage sein, die ihr (auf)erlegte Aufgabe zu erfüllen.“, ebd., R 31488k/ R 31489k (K096223-224). Weitere versteckte „Evolutionszeichen“ einer Minderung der Aggressivität der sowjetrussischen Politik blieben allerdings ebenfalls eher selten, vgl. dazu Weissmann an Reichsminister des Auessern, 1.3.1921, ebd., R 31657k (K 103602-11, hier -10). Die Vorlage hat eine Anlage mit zwei dechiffrierten Briefen.

[987] Zu den grausamen Wirren in Russland u.a. Welsmann an Simons, 10.3.1921, verfilmt unter ebd. (PA), 2860/D 552 198-203, mit Anlagen. Siehe ansonsten die G.A. Maltzans, 16.3.1921, ADAP A IV, Nr. 195 bzgl. der Sozialrevolutionäre

Was für den Referatsleiter daher weiterhin allenfalls zählte, waren Russland-politische Denkansätze, die wirtschaftlich orientiert und praktisch realisierbar waren. Im Hinblick auf eine neunseitige Schrift über „Die Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens und seine Hauptaufgaben“[988] stellte er in einer Aufzeichnung für den Reichsminister in Bezug auf derartige Projektvorschläge in Russland fest, dass er theoretische Wunschvorstellungen ohnehin als nicht sehr hilfreich empfände. Maltzan forderte insoweit eindringlich größeren Realismus und Realitätsbezug ein:

> „Das Projekt ist Theorie. Herr von Berg besitzt nach Angaben meiner Gewährsleute weder genügende Initiative noch Einfluss, um solche Projekte durchzuführen. Immerhin habe ich veranlasst, dass es bei einem Vortrag von Zuckermann (Deutsch-Russischer Wirtschaftsbund) über dessen wohl am meisten durchdachten Organisationsplan für den Handelsverkehr zugezogen wird.“[989]

Auf der anderen Seite analysierte der Botschaftsrat aber auch andere ostpolitische Fragen unter dem seiner Verantwortung obliegenden, „übergeordneten Ziel der Wegfreischaffung in Richtung Russland“. Die Vision und die künftig zu erwartende Realisierung eines positiven deutsch-russischen Wirtschaftsverkehrs bildeten jedenfalls bereits zu diesem Zeitpunkt unter anderem in der Memel-Frage einsetzbares Argumentationskapital.[990] Zudem bemühte sich Maltzan um eine zukunftsweisende Verbesserung der Verwaltungsvorgänge in seinem Verantwortungsbereich.[991]
In der Zwischenzeit kam es darüber hinaus zu einer gewissen Dynamisierung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen: Volkskommissar Krassin betonte am 2. März 1921 in einem Gespräch mit Ministerialdirektor Berendt in Berlin, er wünsche sich, die „von Herrn Schlesinger und Herrn Stähler in Moskau mit den Vertretern der Sowjetregierung aufgesetzten Abkommen baldmöglichst abzuschließen, damit der neu ernannte wirtschaftliche Vertreter auf dieser Basis seine Geschäfte abschließen könne und nicht mehr wie Kopp im eigenen Namen handeln brauche.“[992] Kopp selbst schien ebenfalls eindringlich darum bemüht zu sein, Maltzans noch immer vorhandene, distanzierte Haltung wenigstens ein wenig abzumildern.[993]
Der Aufenthalt des für den Außenhandel Sowjetrusslands zuständigen Volkskommissars in Berlin blieb den alliierten Regierungen nicht verborgen. Nach der Wahrnehmung der französischen Diplomatie agierte Moskau zudem mehrgleisig: Volkskommissar Krassin suchte demnach nicht nur die Initiative zum Abschluss von Verträgen mit der deutschen Industrie. Er knüpfte offenbar schon seit Wochen über Mittelsmänner ebenfalls Kontakte zum französischen „service économique“. Am 1. März 1921 kam es zu einem politische Fragen einschließenden Gespräch zwischen dem technischen Leiter der französischen Botschaft in Berlin, Arnaud, mit Volkskommissar Krassin – aus französischer Sicht Ausfluß einer bislang unbeantworteten sowjetrussischen „campagne d’approche

---

in Kronstadt. Hier heißt es in Bezug auf einen Vertrauensmann u.a., dass sich „der Bolschewismus aus der jetzigen Krisis noch einmal sich retten“ und nachfolgend wahrscheinlich „sowohl den Wünschen der Bauern und den Wünschen der Sozialrevolutionären Konzessionen machen würde.“ Vgl. des Weiteren auch Lewald an Albert, 25.3.1921, AdR, Kab. Fehrenbach, Nr.217, S.605-607.

[988] PA, R 31966. Der Autor, Hermann von Berg, verfasste danach die Schrift im Januar 1921.

[989] Aufz. Maltzan, 4.2.1921, ebd.

[990] Vgl. z.B. die Aufz. Dirksens vom 20.2.1921 (ebd., Filmnummer K 2360/ K 668 758) über eine Unterredung Maltzans mit der memelländischen Delegation am gleichen Tage sowie die Aufz. Maltzans vom 3.2.1920, ADAP A IV, Nr.151.

[991] Zur allgemeinen „Beschleunigung des Geschäftsverkehrs“ in verwaltungspraktischer Hinsicht siehe den Vermerk Maltzans vom 11. März 1921, PA, R 94263.

[992] Aufz. Behrendt, 2.3.1921, ADAP A IV, Nr.179, S.382-384, S.383.

[993] G.A. Maltzan, 17.3.1921, PA, Personalakten Maltzan, Bd.3, 035, vgl. auch ebd., 037.

menée depuis plusieurs semaines auprès de notre service énonomique".[994] „Notre vif désir", so betonte Krassin nach Saint-Quentin gegenüber Arnaud, sei der Abschluss eines möglichst baldigen „accord commercial" mit Frankreich, analog zu demjenigen, den die sowjetrussische Regierung in nächster Zeit mit England unterzeichnen werde.[995]

Die Ankündigung eines weiteren Abkommens zwischen London und Moskau sollte sich als zutreffend erweisen. Und aus deutscher Sicht war es vor allem die damit einhergehende, fest und zielorientiert anmutende Russland-politische Positionierung der britischen Außenpolitik, die nunmehr umso nachdrücklicher zu einem konkreten, vertraglich orientierten Handeln in der russischen Frage mahnte, um deutsche Zukunftsinteressen auf diesem Gebiet nicht zu gefährden: In London wurde am 16. März 1921 ein britisch-russischer Handelsvertrag[996] unterzeichnet, wobei dieser Schritt jetzt endgültig einer de facto - Anerkennung der revolutionären Regierung in Moskau durch die britische Regierung gleichkam.

Während der deutsche Außenminister Simons bei seinem Besuch in London in Bezug auf die Reparationsproblematik keine positiven Ergebnisse erzielte und auch der britische Premier diese Entwicklung in aufrichtiger Weise bedauerte[997], baute England damit seine Stellung im Warenaustausch mit Russland weiter aus. In Paris führte dies nachfolgend zu Beruhigungen in Bezug auf die eigenen, insbesondere finanziellen Interessen in Russland. Mit Datum vom 31. März 1921 bedankte sich der französische Regierungschef jedoch dann beim britischen Botschafter in Paris für von Briand dabei ausdrücklich im Wortlaut zitierte Klarstellungen Lloyd Georges. Dieser hatte zudem schon am 22. März in einer Rede darauf hinwiesen, dass Frankreich viel mehr Geld als die britische Seite in Russland investiert habe, die Frage der Wiedergutmachung bzw. der russischen Schulden daher in Paris eine äußerst wichtige Frage sei und man deshalb britischerseits der französischen Regierung die Versicherung gegeben habe, dass dieses Problem noch eine grundlegende Diskussion nach sich ziehen werde.[998]

7. Die deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921

Der Abschluss des Handelsvertrages zwischen London und Moskau wirkte hinsichtlich des weiteren Verlaufs der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen wie eine Initialzündung. Bereits einen

---

[994] Saint-Quentin an Briand, Nr. 114 (Secret), 1.3.1921, ebd., Nr. 163. Arnaud verband demnach aufgrund seiner vorangegangenen langen Jahre in Russland mit Krassin eine freundschaftliche Beziehung.

[995] Ebd. Das Schreiben findet sich im Original bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 348, 18-20, hier 18 (Rückseite). Vgl. dazu auch das Schreiben der französischen Botschaft in Rom an Briand vom 8. April 1921, ebd., 35-36.

[996] DBFP, 1st Series, Vol.XII, Dok. Nr.845, S.838-841. Zu den englisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen 1921 in der entscheidenden Phase im einzelnen siehe v.a. PRO, FO 371/6878, ab ca. ebd., 104ff. auch über die Entwicklung der Handelsbeziehungen nach dem Abkommen. Der britisch-russische Handelsvertrag ist auch gedruckt in : Martens, Troisième Série, Tome XVIII. S.684-689. Zur damit verbundenen de facto Anerkennung der sowjetrussischen Regierung vgl. z.B. Harmsworth an Davies, 9.12.1921, PRO, FO 371/6856, 182-183. Zum „Agreement between Moscow and Angora" ebenfalls vom 16.3.1921, das auch für die weiteren Verhandlungen der Ententemächte mit der Türkei bedeutsam war, vgl. den Zeitungsausschnitt bei PRO, FO 371/8206, 130.

[997] Vgl. Simons an Lloyd George, 8.3.1921, HLRO, LG Papers, F/53/3/7. womit sich der deutsche Außenminister für die bei seinem Besuch in London angeblich erwiesene Gastfreundschaft bedankte. In der Antwort von Lloyd George vom gleichen Tag, ebd., F/53/3/8, heißt es u.a.: „I view with great regret the failure of the Conference to arrive to an understanding in regard to reparations. [...] Such failure is a discouragement to those who believe in conciliation, and an encouragement to those who believe in force, in all countries."

[998] Briand an Hardinge, 31.3.1921, DDF 1921, Tome I, Nr.259. Am 22. März 1921 hatte Peretti Laurent um die Übermittlung eines angeblichen Vertrages zwischen Moskau und Berlin vom 18.2.1921 gebeten, vgl. ebd., S.409, Anm.1.

Tag später, am 17. März 1921, schlug Kopp seinen deutschen Gesprächspartnern vor, „der deutschen und russischen Presse ein übereinstimmendes Communiqué zu übermitteln, wonach auch zwischen Deutschland und Russland in Moskau ein Protokoll über den Ausbau der bereits bestehenden Handelsbeziehungen sowie über die Erweiterung unserer gegenseitigen Delegationen aufgestellt worden“ sei. Auch Maltzan hielt dies „mit Rücksicht auf die Kritik, die seitens der deutschen Presse über die angeblich zu passive Haltung des Auswärtigen Amts nunmehr geübt werden wird“, durchaus für sinnvoll und „opportun“.[999]

Ein Runderlass vom 19. März 1921 informierte nachfolgend näher über diese Entwicklung. Hier hieß es, dass in der letzten Zeit im Rahmen der Erwartung, dass die Verhandlungen zwischen England und Sowjetrussland zu einem Ergebnis führen würden, bereits Vorbereitungen getroffen worden wären, „um auch unsere Beziehungen zur Räteregierung vorläufig zu regeln.“ Nach „unverbindlichen Besprechungen“ in Moskau war es demnach bereits am 18. Februar 1921 zur Aufstellung eines „vorläufigen Protokolls“ gekommen, wenngleich eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen „zunächst nicht“ vorgesehen war. Vielmehr werde lediglich angestrebt, die genauen „Rechte bereits bestehender gegenseitiger Vertretungen festzulegen“ und dem gegenseitigen Wirtschaftsverkehr eine rechtlich verbindliche Grundlage zu geben. Der britisch-russische Vertrag würde Deutschland nun des Weiteren dazu zwingen, „auch unserem Protokoll nach erforderlicher Billigung durch (die) zuständigen Stellen (die) Form (eines) Abkommens zu geben“.[1000] Insoweit lud Maltzan ebenfalls am 19. März 1921 die Führung der verschiedenen Reichsministerien dazu ein, für die weitere Erörterung „am Montag, 21. März nachm(ittag) 4 ½ Uhr (in das) Auswärtige Amt, Zimmer No. 66“ kurzfristig einen Vertreter zu entsenden.[1001]

Der diplomatische Reflex auf deutscher Seite vollzog sich zudem nun ohne die zuvor mehrfach beklagten Verzögerungen oder Querschläge. Den vorausgegangenen politischen wie persönlichen Ärgernissen Maltzans über das Verhalten der sowjetrussischen Seite kamen jedenfalls vor dem Hintergrund realpolitischer Handlungsnotwendigkeit zumindest vorübergehend keine grundsätzliche Bedeutung zu. Allerdings gewann offenbar zugleich auch die Frage der „rechtsrussischen Emigration“ an Relevanz. So hielt Maltzan eine „beiderseitig zufriedenstellende Lösung der Frage, die russische Emigration betreffend“ am 24. März 1921 für eine weitere Aufgabe, die „zweifellos eine grosse Rolle in der Entwickelung (sic) der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland spielen“ werde.[1002] Unter dem 3. April 1921 bekannte der Referatsleiter in einem Brief an einen Vertreter antibolschewistischer russischer Interessen, zwar wisse dieser doch, dass er seine „Sympathien stets auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Russland gerichtet habe“. Er könne daher „nur wiederholen“, dass er „alle Möglichkeiten, die zu diesem Ziele führen können, ohne Rücksicht auf persönliche oder innerpolitische Vorurteile aufgreifen werde.“ Allerdings werbe er ebenso um Verständnis für die „Konzessionen“, die er „gewissen Realitäten

---

[999] G.A. Maltzan, 17.3.1921, PA, R 83380, 146f., gedruckt als ADAP A IV, Nr.197.

[1000] Der offenbar von Maltzan ausgearbeitete RE vom 19.3.1921 trägt u.a. die Paraphe Haniels, PA, R 83380, 153 (L199279).

[1001] Vgl. den Entwurf Maltzans an die Reichsministerien bei ebd., 154 (L199280).

[1002] Siehe dazu das Schreiben bei ebd., 155 (L199281). Zu diversen Artikeln mit dem Vorwurf, „Deutsche Gelder bei Lenin“ in der russischen Emigrantenpresse vgl. ebd., 168ff. bzw. 222ff. und 234 mit Paraphen und hschr. Anmerkungen Maltzans. Zur angeblichen Unterstützung von solchen Stimmen durch die französische Außenpolitik vgl. Müller an AA, 12.4. und 16.4.1921, ebd., 200-202, ebenfalls mit der Paraphe Maltzans, bzw. 204-205 sowie 209’af’. (L199318-19), der an die gesamte Führung der deutschen Außenpolitik zur Kenntnis gegeben wurde.

machen“ müsse, womit in erster Linie die weitere innenpolitische Festigung der sowjetrussischen Regierung in Moskau gemeint war.[1003]

Außenminister Simons trug diesen, mit Blick auf das Russland-politische Vorgehen der britischen Außenpolitik weitgehend reaktiven deutschen Schritt, der keineswegs eine grundlegende Neuausrichtung beinhaltete, ohne erkennbare Vorbehalte mit. Selbst der mitteldeutsche Aufstand im preußischen Sachsen, ein Umsturzversuch der KPD im März 1921 mit Zentrum im Bezirk Halle-Merseburg, veränderte die zumindest in der Wilhelmstraße eingeschlagene Haltung in der russischen Frage nachhaltig nicht. Allerdings entbehrte es durchaus nicht einer gewissen Ironie, dass gerade Kopp dieser revolutionären Aktion wenig später in einem Schreiben an Tschitscherin „ungeachtet des äußerlich drohenden Anscheins“ keinen „seriösen Charakter“ zuwies, da die Position der KPD enttäuschender Weise doch ohnehin „äußerst wacklig“ sei.[1004] Und in Bezug auf weitere Agentenmeldungen über kommunistische Umsturzbestrebungen in Deutschland wies Maltzan unter dem 28. April 1921 Stähler in Moskau an, er möge dort zumindest „unter der Hand“ klar machen, „dass eine derartige Einmischung“ in innerdeutsche Angelegenheiten „für eine weitere Festigung des deutsch-russischen Verhältnisses nicht gerade sehr förderlich erscheint.“[1005]

Nachfolgend wurden also trotz dieser abermals sichtbaren Ambivalenz und Doppelbödigkeit in den Beziehungen zu der Regierung in Moskau auf deutscher bzw. sowjetrussischer Seite Entwürfe für einen die Wirtschaftsbeziehungen betreffenden Vertrag vorbereitet und diskutiert. Diese Entwicklung war auch in Paris bekannt: Der französische Außenminister wies seinen Botschafter in Berlin unter dem 21. März 1921 sogar an, ihm unbedingt den Vorentwurf eines Vertrages zwischen der deutschen Republik und dem Sowjetrussland vom 18. Februar zu übersenden, damit die dort zu findenden Bestimmungen - „au point de vue de nos intérêts en Russie et en comparaison avec les clauses de l´accord commercial anglo-russe signé à Londres“ - genauer geprüft werden könnten.[1006] Die französische Außenpolitik und Diplomatie hatte offenbar genaue Kenntnisse über den Stand der deutsch-russischen Verhandlungen und beschaffte sich sorgsam weiterführende Informationen.

Unterdessen signalisierte die Tatsache einer neuen ökonomischen Politik in Sowjetrussland Maltzan weiterhin die Notwendigkeit, den Handelsbeziehungen möglichst rasch eine grundlegende rechtliche Basis zu geben. Bereits am 19. März 1921 hatte er einen Bericht Stählers aus Moskau vom Tage zuvor dahingehend interpretiert, man möge in der Presse den sowjetrussischen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Agrarpolitik nachdrücklich „als Zeichen beginnender Evolution aufzunehmen“.[1007]

Kurzzeitige Hoffnungen auf eine evolutionäre, positive Entwicklung aber wurden sogleich wieder kontakariert. Höchst unsicher war zum Beispiel die Frage, ob nach der Volksabstimmung vom 20. März 1921 das traditionelle, große Industriegebiet in Oberschlesien[1008] in Zukunft dem deutschen

---

[1003] Maltzan an Knorring, 3.4.1921, ebd. (PA, R 83380), 167.

[1004] Zit. nach Linke, Der Weg nach Rapallo, S.69. Zum mitteldeutschen Aufstand vom März 1921 vgl. stellvertretend Dittmann (Bd.2), S.806ff. sowie zur Enttäuschung Lenins z.B. Rosenberg, S.387.

[1005] Maltzan an Stähler, 28.4.1921, PA, R 83380, 220.
Zur Schärfe der deutsch-sowjetrussischen Spannungen vgl. auch ebd., 236. Das hier zu findende, offenbar von Maltzan erstellte Telegramm. des Reichsministers an Stähler vom 30.4.1921 behielt sich „Vergeltungsmaßnahmen“ vor.

[1006] MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 104. Zur Antwort Laurents vom 1. April 1921, siehe sein Schreiben bei ebd., 118-121. Vgl. dazu auch DDF 1921, Tome I, S.30, Anm. 1 sowie S.409, Anm.1, wo ein diesbezügliches Schreiben Perettis vom 22.3.1921 erwähnt wird.

[1007] Notiz für Pressereferenten Feigel, zit. nach Sütterlin, S.180, Anm.34.

[1008] Zum „Ringen um Oberschlesien“ siehe neben den Angaben bei Ursachen und Folgen, Bd.4, Nr.823-847 für die Forschung die Beiträge von Tooley; Heideking, Areopag der Diplomaten, S.84ff.; Kaiser, Lord D’Abernon, S.189ff.;

Staatsgebiet erhalten blieb. Die damit einhergehende Anspannung ging ebenfalls an Maltzan nicht spurlos vorüber und fand im Rahmen seiner Überlegungen schon seit längerer Zeit Berücksichtigung: Um die Entscheidung in der Oberschlesienfrage „nicht zu gefährden", so hatte der Leiter des Russlandreferats bereits mit Datum vom 6. Januar 1921 ausgeführt, sei es derzeit unter anderem „nicht zweckmäßig" „durch die Presse offen betonen zu lassen, dass Memel deutsch ist und deutsch bleibt." Man setze sich damit andernfalls nur „in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages, deren Befolgung wir gerade jetzt von der Entente in der oberschlesischen Frage verlangen müssen."[1009]

Des Weiteren vermochten die Argumente für einen vertraglichen, wirtschaftspolitischen Schritt in Richtung Sowjetrussland längst nicht alle maßgeblichen Akteure in der deutschen Außenpolitik zu überzeugen und auf eine einheitliche Linie festzulegen. Denn trotz der in objektiver und sachlicher Hinsicht zumindest nicht grundlegend in Zweifel zu ziehenden Berechtigung und Notwendigkeit eigenen Russland-politischen Handelns manifestierten sich in Berlin erneut starke Widerstände, die sich gegen jegliche vertragliche Regelung mit der sowjetrussischen Regierung wandten. Und diese grundlegende und tiefe Russland-politische Ablehnung und Abneigung war nicht etwa nur bei einzelnen Politikern oder Beamten anzutreffen. Sie fanden sich beim Reichspräsidenten Friedrich Ebert, also an höchster politischer Stelle des Weimarer Staatswesens wieder.[1010]

Daraus ergab sich für die im Auswärtigen Amt in Aussicht genommene Politik gegenüber Moskau natürlich unmittelbar Konsequenzen: Die Argumente Maltzans fanden zwar in den entscheidenden politischen Gremien weiterhin aufmerksames Gehör. Jedoch entschied das Kabinett in seiner Sitzung vom 26. März 1921 offenbar auf direkte Intervention von Ebert, die Entscheidung über die deutsch-russischen Handelsvereinbarungen mit Rücksicht auf den mitteldeutschen Aufstand zunächst hinauszuschieben. Die sich dahinter manifestierende Argumentation war an sich durchaus nachvollziehbar und überzeugungskräftig, zumal selbst Simons und Hilger dieser ablehnenden Einstellung übereinstimmend einen plastischen Ausdruck gaben: Es sei eben, so hieß es in diesem Kontext, schon bei den Verhandlungen in Moskau in den Wochen zuvor „höchst eigenartig" gewesen, „mit Leuten zu verhandeln, die uns buchstäblich das Dach über dem Kopf anzustecken versuchten." Dennoch bezog Simons nachfolgend wiederum auch seine alte, mit derjenigen Maltzan weithin übereinstimmende Position. Die laufenden Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern müssten, so äußerte er sich gegenüber Staatssekretär Haniel unter dem 29. März 1921, nunmehr zu Ende geführt werden.[1011]

Am 22. März 1921 machte Maltzan im Rahmen einer Ressortbesprechung den Anwesenden „eindringlichst" deutlich, dass die vorliegenden deutsch-sowjetrussischen Vertragsentwürfe „nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sondern lediglich eine Regelung des gegenseitigen

---

Nitsche, Der Reichstag; zeitübergreifender Hitze. Vgl. zur damit einhergehenden allgemeinen politischen Anspannung auch D'Abernon, Bd.1, S.161, S.222; zur deutschen Minderheit in Polen vgl. die Studie von Blanke.

Die am 20. März 1921 nach Art. 88 VV durchgeführte Volksabstimmung in Oberschlesien fiel aus deutscher Sicht im Ergebnis zutiefst enttäuschend aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 97% stimmten zwar 59,64% für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland und nur 40,36 % für eine Eingliederung in den polnischen Staatsverband. Andererseits stimmten mehr Gemeinden für Polen als für Deutschland.

[1009] Aufz. Maltzans, 6.1.1921, ADAP A IV, Nr.111.

[1010] Bereits am 25. März 1921 ging Haniel von Ebert eine Notiz zu, in der der Reichspräsident dargelegte, er habe gegen den Entwurf eines Handelsabkommens „zur Zeit große Bedenken aus innerpolitischen Gründen". Eine Abschrift befindet sich bei BAK, R 43, I/131, 179.

[1011] Vgl. Hilger, S.72 bzw. Simons an Haniel, 29.3.1921, zit. nach Linke, Der Weg nach Rapallo, S.73f.

Geschäftsverkehrs“ darstellten. „Eine rasche und reibungslose Einigung der Ressorts“, so führte er jetzt mehr und mehr drängend aus, „sei mit Rücksicht auf den russisch-englischen Vertrag sowie mit Rücksicht auf die Auswirkungen der Londoner Konferenz nötig“. „Gerade der vorliegende Vertrag“ gebe den „inneren Ressorts“ zudem „ein gewisses Aufsichtsrecht und eine gewisse Handhabe, ihre innerpolitischen Wünsche im gewissen Umfange zu realisieren“[1012] – wobei mit der zuletzt genannten Bemerkung zweifellos in erster Linie eine wirksamere Bekämpfung der kommunistischen Propaganda in Deutschland gemeint war. Darüber hinaus legte der Referatsleiter Führungsstärke an den Tag, die sich ebenso in einer um die Integration aller Beteiligten bemühten Bemerkung manifestierte: Für den Fall, dass hinsichtlich seiner Vorschläge in der russischen Frage innerhalb der deutschen Behörden eine Einigung jetzt nicht zustande komme, wies er darauf hin, er habe bereits „bestimmte Anzeichen dafür, dass die Mehrheit des Parlaments sowie wichtige Personen aus unserem Wirtschaftsleben mit Rücksicht auf den russisch-englischen Vertrag eine sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland verlangen würden“. Er vertraue daher in diesem Punkt auch insoweit „auf die außenpolitische Klugheit der Beteiligten“ und bäte deshalb eindringlich darum, „ressortmäßige Bedenken im eigenen Interesse zurückzustellen.“[1013]

Mit Datum vom 26. März 1921 bekräftigte Maltzan sein Bestreben, deutsche Wirtschafts- und Handelsinteressen auf Russland-politischem Gebiet zu wahren, und mahnte erneut zur Eile. Für diesen, der britischen Außenpolitik lediglich nachfolgenden Schritt, dürfte die gegenwärtig existierende „Majorität des Reichstages, angefangen von der extremsten Linken und zum Teil auch in den Rechtsparteien“ auf keinen Fall gefährdet werden. Denn gerade jetzt, so argumentierte er unzufrieden über die offenbar immer noch bestehenden innenpolitischen Widerstände, sei eine erfolgreiche deutsche Annäherung an Moskau nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich. Neben einer Gewährung von Rechtssicherheit für deutsche Handelsvertreter in Moskau würde die Zeit ebenso aufgrund des Tagungszyklus des Reichstages drängen. Schließlich wäre „die vorstehende Formulierung der beiden Vertragsentwürfe“ „auf Grund sorgfältiger Prüfung unserer Vertreter in Moskau erfolgt“ und stelle derzeit „das Maximum dar, welches zur Zeit zu erreichen ist“. „Neue Konzessionen“ an die sowjetrussische Regierung seien hingegen nicht vorgesehen.[1014]

Maltzans Votum für ein unter seiner Ägide, aber inhaltlich wesentlich von Moritz Schlesinger in Moskau[1015] ausgearbeitetes deutsch-russisches Handelsabkommen thematisierte an dieser Stelle aber auch noch weitere, im engeren Sinne außenpolitisch ausgerichtete Argumente: Jedenfalls wies der Leiter des Russlandreferats jetzt eindringlich ebenfalls darauf hin, dass der britisch-russische Vertrag, „dessen Bestimmungen viel weiter wie die der vorliegenden Verträge gefaßt“ seien, sowie die Initiativen anderer Länder eine Fortsetzung der „bisherigen Zurückhaltung“ Deutschlands in der russischen Frage „nicht mehr gestatten“ würden. Eine weiterführende, energische Initiativkraft schien ihm nunmehr absolut unabdingbar, zumal London mittlerweile selbst den Handel mit militärischen Ausrüstungsgütern erlaube:

[1012] G.A. Maltzan, 22.3.1921, ADAP A IV, Nr.204.
[1013] Ebd.
[1014] Aufz. Maltzan, 26.3.1921, ebd., Nr. 211.
[1015] Hilger, S.70.

> „Ebenso wie England steht Schweden, Norwegen und Italien in Vertragsverhandlungen. Alle diese Länder mit Ausnahme Norwegens haben bereits offizielle Sowjet-Delegationen zugelassen. […] Insbesondere enthält der englische Vertrag die Bestimmung, dass alle britischen Untertanen in Russland sofort die Erlaubnis erhalten, in ihre Heimat zurückzukehren, sowie volle Wiederaufnahme des Handels unter Aufhebung aller bisherigen Schwierigkeiten auch in betreff des Handels mit Waffen und Munition.“[1016]

Maltzans realpolitisch und interessenorientiert ausgerichtete Argumentation erhielt nachfolgend von der Führung des Auswärtigen Amts weiterhin Zustimmung: Außenminister Simons deutete die „Art von Evolution“ in Russland dahingehend, dass man begrifflich und politisch möglicherweise von nun an doch „zwischen Partei und Regierung“ in Moskau unterscheiden müsse. Darüber hinaus betonte er unter dem Datum des 30. März 1921 gegenüber Ministerialdirektor Behrendt, dass sich die in Aussicht genommene Vorgehensweise in der russischen Frage ebenso für die Westpolitik Deutschlands als positiv und zukunftsweisend erweisen könne. Denn für den Fall, dass sich „an einen Sturz der Bolschewisten anarchische Zustände anschließen sollten“, sei es zum einen schon in allgemeiner Hinsicht „nützlich, dass schon Vertragsbeziehungen vorliegen, auf die man zurückgreifen kann“. Zum anderen werde dieser Schritt Deutschland nicht nur im Rahmen „eines konkurrierenden Vorgangs mit England Vorteile bringen, sondern auch bei einem gemeinsamen Unternehmen mit den Vereinigten Staaten.“ Zwar setzte er auf „Harding und Amerika“ keine „große Hoffnungen“. Er glaube jedoch fest, „dass die Politiker und Geschäftsleute Nordamerikas, die sich für Russland nachweisbar ganz besonders interessieren, bei ihren Plänen die deutsche Mitarbeit in Rechnung gestellt haben“ und dass, wenn Deutschland bereits über „eigene Vertragsrechte“ in Russland verfüge, es seine „Mitarbeit zu besseren Bedingungen zusagen“ könne, „als wenn die Amerikaner uns nur ins Schlepptau nehmen“, zumal ein Alleingang deutscherseits ja ohnehin nicht geplant sei.[1017]

Dennoch blieb es weiterhin fraglich, welche in Berlin vorhandene Russland-politische Grundauffassung - einerseits die vorsichtige, insbesondere auf Förderung der Wirtschaftsbeziehungen ausgerichtete Haltung Maltzans oder andererseits die strikte Negierung jeglicher Zusammenarbeit mit der sowjetrussischen Regierung in Moskau im Sinne Eberts - sich innerhalb der Weimarer Außenpolitik durchsetzen würde. Jedenfalls kann zu dieser Zeit in Berlin im Ganzen gesehen nicht von einer „nahezu geschlossenen Einheit“[1018] zu Gunsten einer ergänzenden Ostorientierung der deutschen Republik gesprochen werden, auch wenn dies von der französischen Diplomatie so wahrgenommen und in dieser Form nach Paris gemeldet wurde: Botschafter Laurent kündigte mit Blick auf einen entsprechenden Artikel im „Vorwärts“ vom 7. April 1921 gegenüber

---

[1016] Aufz. Maltzan, 26.3.1921, ADAP A IV, Nr. 211.
Zum „recently negotiated Swedish Russian Agreement“ vgl. z.B. Ramsay an Curzon No.149, 27.3.1922, PRO, FO 371/8187, 42. Siehe zu den Verhandlungen anderer Länder mit der sowjetrussischen Regierung u.a. bereits die von der „Russian Trade Delegation“ in Moskau hrsg. Ausgabe „Russian Information and Review“, No. 1 vom 1. Oktober 1921. Hier heißt im Kapitel „Soviet Russia´s Foreign Relations“ u.a.: „The next task of the foreign policy of the Russian Republic was the re-establishment of more or less normal relations with the other countries of the West. At the present moment these relations have been regulated in the shape of trade agreements with Great Britain, Germany, Sweden, Italy and Norway; while with a number of other countries – Czecho-Slovakia, Austria, and others – relations are being maintained in less normal channels through special or temporary means. To this must also be added the resumption of relations and conclusions of treaties with a number of countries in the Near and Middle East – Turkey, Persia, Afghanistan, Bokhara.”, vgl. PRO, 371/6878, 142ff., hier 149.
[1017] Simons an Behrendt, 30.3.1921, PA, Filmnummer 2860/D 552 215-16.
[1018] Vgl. Zeidler, S.31.

dem Quai d´Orsay schon einmal prognostizierend wie präventiv „la conclusion prochaine de l´accord commercial germano-russe“ an.[1019]

Eine solche Meldung ließ außen vor, dass Berlin vor der Realisierung eines derartigen Schrittes immer noch erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten gegenüberstand. So erhob zum Beispiel ein so einflussreiches Reichstagsmitglied wie Gustav Stresemann in einem Schreiben an Maltzan vom 1. April 1921 gravierende Bedenken. Stresemann begründete seine vorerst noch abweisende Haltung an dieser Stelle mit einem ihm bekannten, ganz konkreten wirtschaftlichen Negativbeispiel. Man müsse, so argumentierte er, die Sowjetregierung nämlich erst einmal „zwingen, bestehende Privatverträge zu erfüllen, ehe wir irgendwelche bindenden Abmachungen über Wirtschaftsverkehr mit ihr abschließen.“[1020] Des Weiteren war auch den alliierten Vertretern und Beobachtern klar, dass die fortgesetzte martialische Revolutionierungsrhetorik der Kommunistischen Internationalen, die mit der Sowjetregierung unzweifelhaft in engster politischer Verbundenheit stand, jede ernsthafte deutsch-sowjetrussische Zusammenarbeit, selbst auf wirtschaftlichem Gebiet, weiterhin beinahe grundsätzlich in Frage zu stellte.[1021]

Belastungen dieser Art zeigten jedenfalls erneut nur allzu offenkundig auf, vor welchen Hindernissen die inhaltlich weitgehend von Maltzan geführte amtliche deutsche Außenpolitik in der russischen Frage stand: Unter dem Datum des 29. April 1921 hielt der Botschaftsrat fest, er habe Kopp, der nach eigenen Angaben nach seiner jetzigen Abreise zur Berichterstattung in Moskau voraussichtlich nicht mehr nach Berlin zurückkehren werde, klar gemacht, dass jede weitere „materielle Veränderung des vorliegenden paraphierten Vertragsentwurfes einen definitiven Abschluß des Abkommens sehr erschweren würde.“[1022] Schließlich sei es in der letzten Zeit erst nach zahlreichen Besprechungen mit den Ressorts der anderen Reichsministerien zu einer Überwindung der damit einhergehenden „unendlichen Schwierigkeiten“ gekommen. Der jetzige, „auch von der Sowjetregierung schon einmal mit wenigen redaktionellen Änderungen genehmigte Entwurf“ böte daher „das Äußerste unseres Entgegenkommens“. Darüber hinaus würde eine „erneute Beteiligung der Ressorts“ nur noch „wenig Aussicht auf eine glatte Erledigung bieten.“[1023]

Erkennbar wird hier erneut, wie wenig die damit auf deutscher Seite verbundenen Russland-politischen Überlegungen und praktischen Maßnahmen zumindest bis zu diesem Zeitpunkt von ambitionierten geschweige denn machtgewinnorientierten bzw. revanchistischen außenpolitischen Visionen oder Gesamtstrategien gekennzeichnet waren. Die frühe Weimarer Russlandpolitik blieb bislang durch Verhaltensmuster bestimmt, die sich bewusst im Anschluss an die britische Politik

---

[1019] Tel. Laurent, 7.4.1921, MAE, Corr. Pol. et Com. , Série Z, U.R.S.S. 322, 124,

[1020] Stresemann an Maltzan, 1.4.1921, PA, R 31966. In dem konkreten Fall handelte sich darum, dass „die Sowjetregierung „neuerdings“ einen „rechtsgültig bestehenden Lieferungsvertrag die Abnahme der seinerzeit verlangten Waren“ hinauszögere, „ohne dass die Ernemann-Werke ein Mittel haben, die Abnahme, wie bei einem Privatkunden, zu erzwingen“. Stresemann sah dies als einen der „typischen Fälle“ in den deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen an.

[1021] G.A. Maltzan, 1.5.1921, ADAP A V, Nr.1. Zur ‚weltrevolutionären’ Mentalität „Moskauer Kreise“ vor und während des X. Kongresses der kommunistischen Partei vgl. einen „Agentenbericht“ vom 7. April 1921, PA R 31657 (K 103662-77), mit hschr. Bemerkungen Maltzans.

[1022] Aufz. Maltzan, 29.4.1921, PA, R 31972 (Filmnummer K 462/ K 133 447-49). Vgl. auch ein Tel. Maltzans vom 3. April 1921, das abschriftlich an den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung weitergeleitet wurde, ebd., R 31657k (K 103690-91). Hier wurde u.a. auch dargelegt, dass in kommunistischen Kreisen in Moskau angeblich gegenüber Kopp Misstrauen gehegt würde. Zur Ersetzung Kopps durch Scheinmann siehe ebenso den ungezeichneten Bericht vom 24.5.1921 bei: MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 172.

[1023] Aufz. Maltzan, 29.4.1921, verfilmt unter PA, Filmnummer K 462/ K 133 447-49.

gegenüber Moskau an der Wahrung nationaler Interessen insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht orientierten. Maltzan gab jedenfalls seine nachvollziehbar begründete und im Ganzen immer recht behutsam anmutende Grundüberzeugung nicht auf, das republikanische Deutschland müsse zumindest eine einigermaßen erträgliche wirtschaftspolitische Basis und konkurrenzfähige Positionierung in seinem Verhältnis zu Sowjetrussland anstreben.

Die außenpolitischen und innenpolitischen Gesamtverhältnisse sollten ihm dieses Bestreben wenigstens zwischenzeitlich in gewisser Weise erleichtern. Denn es war erneut die scharfe Deutschlandpolitik der Alliierten, insbesondere aber der französischen Außenpolitik[1024], die es dem Referatsleiter in der Wilhelmstraße schließlich ermöglichte, eine erste handelspolitische Vereinbarung mit Sowjetrussland auch gegen die immer noch erheblichen, innenpolitischen Widerständen in Berlin durchzusetzen: Nachdem Briand gegenüber Lloyd George für Frankreich endlich „Realitäten“ eingefordert[1025] und die Reparationskommission gemäß Art. 233 VV den Gesamtbetrag der finanziellen Ansprüche an Deutschland am 27. April 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt hatte, tagte der Oberste Rat der Alliierten vom 30. April bis zum 5. Mai 1921 in London. Als neues Ultimatum an die deutsche Regierung zogen die Siegermächte in Erwägung, im Fall einer Weigerung Deutschlands mit der Hauptsanktion, der Besetzung des Ruhrgebietes zu beginnen, wozu Frankreich bereits am 2. Mai 1921 Mobilisierungsmaßnahmen durchführen ließ. Zwar brachte D’Abernon im Gespräch mit einem „führenden französischen Staatsmann“ am 3. Mai 1921 erneut die durchaus selbstkritische Feststellung vor, die Alliierten hätten ihr Versprechen nicht gehalten, eine demokratische Regierung in Deutschland im Gegensatz zu einer monarchischen zu bevorzugen und ihr bessere Bedingungen einzuräumen. Nichtsdestoweniger überwog auch auf Seiten der britischen Außenpolitik das Bestreben, hinsichtlich der nach D’Abernon als inneralliiert hochumstrittene[1026] „Kuchenfüllung“ bezeichneten deutschen Reparationsleistungen in erster Linie die eigenen finanziellen Forderungen durchzusetzen. Die Reparationskommission wurde jedenfalls wenige Tage später kurzerhand aufgefordert, sich mit dem so genannten Londoner Zahlungsplan des Obersten Rates vom 5. Mai einverstanden zu erklären. Als die alliierte Note am 6. Mai 1921 Berlin übermittelt wurde, war die deutsche Regierung jedoch bereits zurückgetreten.

Reichspräsident Ebert konnte Finanzminister Joseph Wirth[1027] nachfolgend nur mühsam zur Bildung einer neuen Regierung bewegen, die mit Billigung des Reichstages am 11. Mai 1921, vierundzwanzig Stunden vor Ablauf des alliierten Ultimatums, die damit einhergehenden Bedingungen vorbehaltlos annahm. Auch Stresemann, der offenbar schon zu dieser Zeit kurz vor der Übernahme des Reichskanzleramtes stand, hatte zuvor vergeblich zumindest um eine beruhigende Erklärung der britischen Außenpolitik sowie um eine für Deutschland wohlwollende Behandlung der

---

[1024] Vgl. dazu z.B. die unnachgiebige Haltung Berthelots in Telegramm No. 703 vom 15.4.1921, DDF 1921, Tome I, Nr. 291, die nach ebd., Anm.2 auch der Haltung Briands entsprach und von Laurent D’Abernon zu übermitteln war.

[1025] Siehe DDF 1921, Tome I, Nr.316, S.501f.

[1026] Vgl. dazu dann auch das detaillierte „Arrangement du 13 août 1921“, DDF 1921, Tome II, Nr.97.

[1027] Siehe zum Wirken Joseph Wirths als Reichsfinanzminister u.a. Hörster-Philipps, Joseph Wirth, S.71ff. Bei D’Abernon, Bd.1, S.192 heißt es, er „ziehe Wirth als Reichskanzler jedem anderen, mit Ausnahme von Stresemann, vor.“ Zur Persönlichkeit Reichskanzler Wirths auch ebd., S.193 sowie bereits S.99. Hier heißt es bei ebd. u.a.: „Er hat fortschrittliche demokratische Ideen und macht einen günstigen Eindruck durch seine Offenheit und Ehrlichkeit.“ Unter dem 19. Mai 1921 stellte D’Abernon zudem fest: „Die deutsche Regierung scheint soweit entschlossen, die von ihr übernommenen Verpflichtungen des Ultimatums energisch und ohne Einschränkungen durchzuführen. (…) In vierzehn Tagen ist unter Wirth ein größerer Fortschritt erzielt worden als in einem Jahr unter Fehrenbach und Simons.“, ebd., S.197f.

oberschlesischen Frage gebeten, da auch diese Problematik geradezu existentielle deutsche Wirtschafts- und Lebensinteressen berühre.[1028] Zwar war es aufgrund der unsicheren strukturellen Rahmenbedingungen konsequent, dass beim Regierungsantritt des ersten Kabinetts Wirth jede „zielgerichtete Linie“ in der auswärtigen Gesamtpolitik Deutschlands in weiter Ferne lag.[1029] Mit Blick auf die Bedrängung der Republik aus dem Westen war aber eine Entwicklung konsequent: Die von Maltzan in wirtschaftlicher Hinsicht favorisierte, erste bedeutsame deutsch-russische Vereinbarung schien zumindest in innenpolitischer Hinsicht in erleichterter Weise durchzusetzen sein. Die zähen Verhandlungen jedenfalls, die seit Anfang Februar 1921 in Moskau von Schlesinger, Stähler und Hilger auf deutscher Seite sowie zum Teil von Kopp, vor allem aber von Karachan, Radek und Tschitscherin auf sowjetrussischer Seite geführt worden waren, mündeten jetzt in die erfolgreiche Ausarbeitung sowohl eines „deutsch-russischen Abkommens über die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen“ als auch eines „Ergänzungsabkommens zu dem am 19.4.1920 geschlossenen Abkommen über die Heimschaffung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten“. Die Vertragsentwürfe wurden am 6. Mai 1921 von Ministerialdirektor Behrendt, Maltzan und Gaus auf deutscher sowie von dem Vertreter Kopps, dem sowjetrussischen Delegationsleiter Scheinman, in Berlin unterzeichnet.[1030]

Der Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung hatte zumindest in seiner Außenwirkung durchaus politische Symbolkraft: Die deutsch-russischen Abkommen wurden just an dem Tag unterzeichnet, als die alliierte Note in Bezug auf den „Londoner Zahlungsplan“ nach Berlin übermittelt wurde. Und unabhängig von der Frage, ob dies vielleicht nur ein Zufall war oder ob hier eine bewusste Synchronisation auf deutscher Seite vorlag - eindringlicher konnte der Welt im Grunde kaum aufgezeigt werden, dass die bisher nur wirtschaftlich ausgerichtete deutsche Russlandpolitik in politischer Hinsicht in hohem Maße eine direkte Reaktion auf die aus deutscher Sicht rigoros durchgeführte Deutschlandpolitik der alliierten Siegermächte war.

In der deutschen Presse sollte 1923 rückblickend darauf hingewiesen werden, im Vergleich zu dem „Lärm um den Rapallovertrag“ sei insbesondere das „deutsch-russische Abkommen über die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen“ vom 6. Mai 1921 für die Praxis der deutschen Russlandpolitik „viel wichtiger“ gewesen als der deutsch-russische Vertrag vom 16. April 1922.[1031] Zwar überzeugt diese Ansicht nicht. Jedoch ist festzuhalten, dass das genannte, aus siebzehn Artikeln bestehende und auch als vorläufiger Handelsvertrag bezeichnete Abkommen vom 6. Mai 1921 durchaus einen bedeutsamen Einschnitt in den bis dahin „vertraglosen de facto Zustand“

[1028] Vgl. ebd., S.175ff., S.179ff., S.185, S.187ff., S.193.

[1029] Hörster-Philipps, Joseph Wirth, S.160 bzw. ebd., Anm. 58.

[1030] Vgl. dazu stellvertretend Sütterlin, S.85, Anm.40. Die beiden Abkommen sind u.a. gedruckt bei: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr. 187 und 188, ersteres Abkommen im Auszug auch bei Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.42; siehe dazu auch PA, R 28710, 349 bzw. R 23702, 008ff. Zur Veröffentlichung vgl. Reichsgesetzblatt 1921, S.929f. Eine französische Übersetzung dieser siebzehn Artikel des deutsch-russischen Abkommens über die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen ist zu finden bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 143-150 bzw. 160-168. Siehe dazu auch die Berichte Laurents vom 10.5.1921 und 17.5.1921, ebd., 156-157 bzw. 159. Nach dieser Akte (Série Z, U.R.S.S. 322) wurden die einzelnen Artikel des Handelsabkommens auch in der italienischen Presse nach der Übersetzung im Wortlaut abgedruckt, ebd., 221-222.
Bereits am 7. Mai 1921 hatte das WTB die Presse über den Abschluss dieser Abkommen unterrichtet, vgl. insofern z.B. den Vorwärts Nr. 214 vom 8. Mai 1921. Die Deutsche Allgemeine Zeitung druckte unter dem 8. Mai 1921 beide Abkommen in ihrem Wortlaut ab. Zu den Abkommen vgl. insbesondere auch die bis ins Detail kundigen Ausführungen bei Linke, Beziehungen, S.127ff, 137f. und Sütterlin, S.85, Anm.40.

[1031] Asecretis, 1923, S.29.

im deutsch-russischen Verhältnis darstellte: Hier wurde in Artikel 1 „das Tätigkeitsgebiet der bereits bestehenden Delegationen für Kriegsgefangenenfürsorge“ erheblich erweitert und insoweit die gegenseitigen Vertretungen in Moskau und Berlin nicht nur „mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsangehörigen betraut“. Ihnen sollten „bis zur vollständigen Wiederaufnahme der normalen Beziehungen“ „zur Pflege der Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihren Ländern“ eben nunmehr auch „Handelsvertretungen angegliedert“ werden. In Bezug auf die gegenwärtigen, realen politischen Machtverhältnisse in Russland erkannte Deutschland zudem an, dass die sowjetrussische Vertretung als „einzige Vertretung des russischen Staats in Deutschland zu betrachten“ sei, was zwar eine weitere Verärgerung rechtsrussischer Kreise nach sich ziehen musste, aber aus der Sicht Maltzans durchaus gängiger völkerrechtlicher Praxis entsprach.[1032]

Einzelne Bestimmungen des Vertrages waren ebenfalls von Gewicht. So wurde zum Beispiel aus Sicht der deutschen Wirtschaft nachfolgend insbesondere die positive Bedeutung des Artikels 13 hervorgehoben.[1033] Art. 8 Abs. 3, Art. 10 sowie Art. 12 Abs. 2 des angesprochenen Vertrages vom 6. Mai 1921 sollten zwar ebenfalls nur sehr bedingt „jeder für sich“ den einzelnen Bestimmungen des späteren Rapallovertrages „gleichwertig“ sein, womit zugleich die 1923 in der deutschen Publizistik zu findende Behauptung obsolet wird, die alliierten Mächte hätten ja bereits im Mai 1921 gegen die deutsche Russlandpolitik protestieren können.[1034] Schon aufgrund des Inhalts des Vertrages aber war unzweifelhaft deutlich geworden, dass zwischen Deutschland und Russland bislang lediglich Grundlagen vereinbart worden waren, die auf wirtschaftlichen Austausch zur gegenseitigen Wertschöpfung ausgerichteten und nur ein erstes Grundelement für eine in nächster Zeit zu vollziehende gesamtinhaltliche Wiederaufnahme und Neugestaltung ihrer Beziehungen darstellten. Insoweit beinhalteten die deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921 in der Tat zumindest eine politische Signalwirkung, die für alle alliierten Mächte unübersehbar war.

Aus sowjetrussischer Sicht - um ebenso an dieser Stelle einen weiteren Perspektivwechsel und dadurch eine bessere Einordnung der Position Maltzans bzw. der Weimarer Russlandpolitik zu ermöglichen - ging dieser Schritt noch stärker als die außenpolitische Debatte in Deutschland mit grundsätzlichen, strategischen Erörterungen einher: Darüber gab zum Beispiel ein Brief Tschitscherins an Lenin vom 2. Mai 1921 Aufschluss, der „zu den aufschlussreichsten Quellen“ hinsichtlich der Gestaltung und Natur der sowjetrussischen Außenpolitik in den Jahren 1919 bis 1922 gezählt wird.[1035] Allerdings sprach hierbei „nur“ der in seiner politischen Macht letztlich eng begrenzt agierende sowjetrussische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten - auch wenn

---

[1032] Siehe dazu das Schreiben o.U. an Maltzan vom 30.6.1921, PA, R 31490k/31491k (K 096229-230). Einige rechtsrussische Vertreter hatte zu Anfang des Monats aber offenbar durchaus Verständnis für die deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921 gezeigt, vgl. Aufz. Maltzan 4.6.1921, ebd., R 83381 in Bezug auf ein Gespräch mit „Herr(n) de Piltzoff aus Paris“ am Tage zuvor.

[1033] Vgl. die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zum Rapallo-Vertrag, ebd., R 83436, 101 (Rückseite). Dieser Artikel 13 lautet im Wortlaut: „Die Russische Regierung verpflichtet sich, mit deutschen Staatsangehörigen, deutschen Firmen und deutschen juristischen Personen Rechtsgeschäfte auf dem Gebiete der R.S.F.S.R. und der mit ihr durch einen staatlich festgesetzten Import- und Exportplan verbundenen Staaten nur mit Schiedsgerichtsklauseln abzuschließen. Für die in Deutschland abgeschlossenen Rechtsgeschäfte und deren wirtschaftliches Ergebnis unterwirft sich die Russische Regierung den deutschen Gesetzen, für privatrechtliche Verbindlichkeiten der deutschen Gerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung jedoch nur, soweit es sich um Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften mit deutschen Staatsangehörigen, deutschen Firmen und deutschen juristischen Personen handelt, die nach Abschluss dieses Abkommens eingegangen sind. Unberührt bleibt das Recht der Russischen Regierung, auch die in Deutschland abgeschlossenen Rechtsgeschäfte mit der Schiedsgerichtsklausel zu versehen.“

[1034] Anders Asecretis, 1923, S.30f.

[1035] Thomas, Georg Tschitscherins Weg in die sowjetrussische Diplomatie, S.61.

dieser für seine Person deutlich machte, dass er selbst weitgehend ideologiefrei dachte und einer weiteren Fortsetzung der zu der offiziellen Regierungspolitik parallel verfolgten revolutionären Propaganda kritisch gegenüberstand:

> „Die Kompliziertheit unserer Lage zwischen den Geboten legaler staatlicher Außenpolitik, die wegen der Notwendigkeit von Handelsbeziehungen absolut erforderlich ist, und den Forderungen der illegalen Kominternpolitik wird immer größer und verdient größte Aufmerksamkeit. (…) Es besteht kein Zweifel daran, dass dieser Widerspruch bald ein katastrophales Ausmaß annehmen und sich in (der) Form größerer Konflikte entladen wird.“[1036]

Diese Grundhaltung, die sich sichtbar um eine Veränderung in der weltrevolutionären, ideologisch festgelegten Offensivität der sowjetrussischen Außenpolitik bemühte, vertrat Tschitscherin ebenso in der kommenden Zeit: Wenn wir in revolutionstechnischer Hinsicht, so schrieb er wenige Wochen später ergänzend an Lenin, jetzt abermals „anfangen, Fenster zu zerschlagen“, liefen der sowjetrussischen Regierung die entscheidenden und für die Handelsbeziehungen und Anleihen dringend benötigten „Kapitalisten“ davon. Und ein hartes, frontales Aufeinanderprallen der „zwei unversöhnlichen Welten“ würde die gegenwärtig notwendige Beachtung „jeder ökonomischen Vernunft unmöglich machen“.[1037]

Allzu viel Gewicht aber war diesen außenpolitischen Ausführungen des Volkskommissars trotz seiner bedingt exponierten amtlichen Position innerhalb der sowjetrussischen Außenpolitik und Diplomatie jedoch nicht zuzuweisen: In der realen Praxis der von Moskau aus verfolgten „Weltpolitik“ blieben „die Kompetenzen von Außenministerium und Kommunistischer Internationale“ weiterhin „scharf voneinander getrennt“. Dabei war es sogar die mehr oder weniger erklärte Absicht aller sowjetrussischen Akteure, die damit verbundenen, zuweilen deutlich differierenden „Handlungsziele“ keiner einheitlichen bzw. stringenten Koordination zuzuführen. Nach den Forschungsergebnissen von Horst Günther Linke ist zudem selbst Tschitscherin letzten Endes keineswegs als „Gralshüter einer von subversiver kommunistischer Propaganda freien (sowjetrussischen) Außenpolitik zu würdigen“.[1038] Denn auch die Deutschland-politische Haltung des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten war durchaus nicht von einem voraussetzungslos ideologiefreien und grundlegendem kooperativen Wohlwollen gegenüber der deutschen Demokratie bestimmt. So hatte Tschitscherin bereits unter dem 7. März 1921 gegenüber Kopp beklagt, „in ihrer Gesamtpolitik rühre die deutsche Regierung keinen Finger für Sowjetrussland“. Sie sei des Weiteren „absolut unzuverlässig“ und müsse erst einmal „in äusserst radikaler Weise ihre Haltung zu uns ändern“, wenn Deutschland „irgend etwas von uns“ erwarten wolle.[1039]

Unterdessen schien die französische Diplomatie und Politik insgesamt betrachtet - ganz im Gegensatz zu der Reaktion auf den Rapallo-Vertrag rund ein Jahr später - gegenüber den vereinbarten deutsch-russischen Vertragsbestimmungen keine unmittelbaren sachlichen Einwände erheben zu können bzw. zu wollen. In der soeben erst in der französischen Kammer geführten

---

[1036] Tschitscherin an Lenin, 2.5.1921, zit. nach ebd.
[1037] Zit. nach ebd., S.62.
[1038] Vgl. ausführlicher Linke, Der Weg nach Rapallo, S.70-73 mit Bezug zu den entsprechenden sowjetrussischen Archivalien.
[1039] Zit. nach ebd., S.75.

Debatte über die auswärtige Politik der Regierung zeigte sich auf französischer Seite gegenwärtig viel eher „großes Mißbehagen über das Ergebnis der Londoner Konferenz und das Verhalten Englands".[1040] Der deutsch-russische Handelsvertrag, so hieß in einer Note des Quai d´Orsay am 26. Mai 1921 wertneutral, sachbezogen und ohne grundsätzliche Kritik an dem deutschen Vorgehen, « présente dans son ensemble les mêmes caractéristiques que l´accord anglo-russe. »[1041]

Dennoch war es nicht verwunderlich, dass nachfolgend zumindest teilweise gewichtige außenpolitische Befürchtungen zu Tage traten. Beunruhigt zeigte sich zum Beispiel der französische Botschafter in Berlin: Laurent wies nachdrücklich auf derzeit kursierende Gerüchte hin, die besagen würden, « une convention économique trilatérale serait sur le point ». Eine solcher trilateraler Vertrag könne möglicherweise schon bald zwischen London, Berlin und Moskau gemeinsam abgeschlossen werden, „pour délimiter les champs d´action respectifs de l´Angleterre et de l´Allemagne en Russie."[1042] Bereits zuvor war darüber hinaus - angeblich „émanant d´une source sûre" - aus Rom nach Paris gemeldet worden, möglicherweise sei nunmehr von dem baldigen Zustandekommen einer „entente politique entre la Russie bolcheviste, l'Allemagne et l'Italie" ausgehen.[1043]

Entscheidend aber war letzten Endes auch in diesem Kontext die politische Perspektive: Paris sei derzeit gezwungen „mit anzusehen", so berichtete der deutsche Botschafter in Paris am 7. Juni 1921 nach Berlin, „wie ein Staat nach dem andern die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem jetzigen Russland wieder aufnimmt, während es selber bei Seite steht." „Verstimmt" habe die Franzosen in diesem Zusammenhang „insbesondere das englisch-russische Abkommen", was trotz der beschwichtigenden Rede Lloyd Georges vom 22. März 1921 nach wie vor zutreffend sei.[1044] Mayer führte dazu aus, zwischen Paris und London habe in dieser Hinsicht schon ein „scharfer Notenwechsel" stattgefunden, „in dem Frankreich gegen den Artikel 9 des englisch-russischen Abkommens und die englische Rechtsprechung protestierte, die neuerdings die Rechtsgültigkeit der Regierungshandlungen der Sowjetregierung anerkannt und damit englische Interessenten von der Notwendigkeit der Berücksichtigung der von Frankreich beanspruchten alten Eigentums- und Konzessionsrechte befreit" habe.[1045] Dies musste und sollte die Verantwortlichen im Quai d'Orsay weiterhin zu intensiven Reflexionen über die Frage führen, wie die französische Außenpolitik

---

[1040] Mayer an AA, 21.5.1921, PA, R 70472.

[1041] Vgl. MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 178-179, hier 178. Hier heißt es u.a.: „La question de la reconnaissance de facto du Gouvernement bolchevique ne se posait pas pour le Gouvernement allemand, ce dernier considérant que l´annulation du traité de Brest-Litovsk par le traité de Versailles n´entraînait pas l´annulation de cette reconnaissance. » Der Bericht war u.a. der Ansicht, « que les intérêts des ressortissants allemands" mit Artikel VIII viel effektiver gesichert worden seien als in dem englisch-russischen Abkommen, „tandis que l´accords de Londres () ne paraît accorder les mêmes garanties aux citoyens anglais, que sous réserve de la législation bolcheviste. »

[1042] Laurent an Briand, 2.6.1921, ebd. (U.R.S.S. 322), 196-197, hier 197. Siehe dazu (« la nouvelle d´un traité anglo-allemand en vue d´une coopération industrielle et commerciale en Russie ») auch das Schreiben des französischen Gesandten in Kopenhagen an Briand, 11.6.1921, ebd., 228-229.

[1043] Tel. Barrère an das Quai d'Orsay, No.956 („très secret"), 3.6.1921, ebd., 202.

[1044] Vgl. zur distanzierten, rechtlich-finanzielle und moralische Fragen diskutierenden Position der französischen Regierung hinsichtlich des britisch-russischen Vertrages vom 16. März 1921 Briand an Hardinge, 25.5.1921, DDF 1921, Tome I, Nr. 414.

[1045] Mayer an AA, 7.6.1921, PA, R 70472, L 153657-68, hier -66f. Es heißt hierzu dann u.a. weiter: „Die englische Antwort soll angeblich dem französischen Einspruch nicht Genüge leisten. Sollte sich zwischen Russland und denjenigen Staaten, die gewillt sind, mit ihm in Handelsverkehr zu treten, ein wirklich ergiebiger Güteraustausch entwickeln, so wird für Frankreich die Weiterbeobachtung seiner passiven Haltung und die Weiterverbreitung seiner vermeintlichen Rechte mit wachsenden Schwierigkeiten verbunden sein." Zu den außenpolitischen Ausführungen Briands, der am 11. Juli 1921 vor der Kammer „erneut erfolgreich abgeschnitten" haben soll, vgl. Mayer an AA, 12.7.1921, ebd. (L153669-73).

nunmehr auf diese neuerlichen Herausforderungen reagieren wolle – wobei Krassin am 6. Juni 1921 in London erneut französische Wirtschaftsvertreter anhielt, Druck auf die Regierung in Paris hinsichtlich der Erneuerung der französisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen auszuüben.[1046]
Unterdessen traten jedoch aus deutscher Sicht ernsthafte Zweifel über die Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit der sowjetrussischen Außenpolitik abermals deutlich zu Tage. Bei der Begründung des deutsch-russischen Abkommens, die Maltzan wenig später noch einmal präzisierte, wurde von ihm neben der Vorläufigkeit des Erreichten insbesondere diejenigen Bestimmungen des vertraglichen „Provisoriums“[1047] hervorgehoben, die zumindest eine allgemeine rechtliche Handhabe gegen kommunistische, von Angehörigen der sowjetrussischen Außenpolitik direkt oder indirekt unterstützten Propaganda- und Revolutionierungsaktivitäten in Deutschland gewährleisten sollten:

> „Dieses Abkommen enthält eine vorläufige Regelung des deutsch-russischen Handelsverkehrs, der praktisch schon seit einem Jahre bestand. Eine der wichtigsten Bestimmungen ist, dass die Russische Regierung sich für die getätigten Verträge der deutschen Gerichtsbarkeit unterwirft, dass sie sich jeder Propaganda enthält und dass die beiderseitigen Vertretungen legalisiert und ausgebaut werden.“[1048]

Zugleich skizzierte Maltzan noch einmal explizit den Rahmen, in dem sich die deutsche Russlandpolitik nachfolgend bewegen sollte: Eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sei bislang nicht vorgesehen und werde „zunächst nicht beabsichtigt“. Zudem stellten die deutlichen innenpolitischen Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit der sowjetrussischen Regierung sowie die immer noch ungelöste „Mirbach-Frage“ auch aus seiner Sicht schwierige Herausforderungen dar. Insbesondere zu letzterer Problematik machte der Botschaftsrat deutlich, dass „formell (…) die Genugtuung für den Mord an dem Grafen Mirbach noch nicht erfolgt“ ist, der „Mörder im Gegenteil frei herumlaufe, Sowjetangestellter“ sei und angeblich „öffentliche Vorträge“ halte, „in denen er seine Tat verherrlicht.“ Nur wenn „dringende politische Rücksichten“ dazu zwängen, so konstatierte Maltzan in pragmatischer, realpolitischer Sicht, würde er dazu „raten, dieses ethische Moment nicht zu berücksichtigen.“[1049]
Ein noch zentraleres und Priorität beanspruchendes Anliegen bildete für Maltzan jedoch erneut die Fortführung einer engen Abstimmung Russland-politischer Schritte mit der britischen Außenpolitik. In diesem Kontext machte der Referatsleiter seinen Willen zu einer Kontinuität der von ihm schon zuvor verfolgten Linie einer engen Orientierung an der Haltung Londons noch einmal eindringlich deutlich:

> „Wir haben unsere Verhandlungen mit Russland in engster persönlicher Fühlungnahme mit England gemacht und haben mit den Engländern stillschweigend vereinbart, dass wir in unseren Beziehungen zu Russland nicht über die englisch-russischen Beziehungen hinausgehen würden. Deshalb würde eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen von einer vorherigen Fühlungnahme mit England abhängen.[1050]

[1046] Krassin an Maréchal, 6.6.1921, DDF 1921, Tome I, Nr. 488. Pierre Maréchal war neben zahlreicher anderer Funktionen u.a. auch der Repräsentant von Otto Wolff in Frankreich, ebd., S.712, Anm.1.
[1047] Perrey, S.42. Den provisorischen Charakter insbesondere des Handelsabkommens betont auch White, The Origins of Détente, S.147, S.150.
[1048] G.A. Maltzans, 25.5.1921, PA, R 31490k/31491k (K096273-75).
[1049] Ebd.
[1050] G.A. Maltzans, 25.5.1921, PA, R 31490k/31491k (K096273-75), vgl. auch Linke, Der Weg nach Rapallo, S.76.

Kritische Vorbehalte gegenüber der bolschewistischen Regierung waren und blieben allerdings auch bei Maltzan präsent: Die Demokratie in Deutschland, so fügte der Leiter des Russlandreferats nachdrücklich hinzu, sei „innerpolitisch noch nicht stark genug, um die rote Fahne auf dem Botschaftsgebäude Unter den Linden als Symbol zu dulden und dort einen exterritorialen Zufluchtsort für die Kommunisten zuzulassen". Gerade auch vor diesem Hintergrund müsse die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Grunde von dem Abschluss eines „definitiven Handelsvertrages unter Wahrung der verletzten deutschen Eigentumsrechte in Russland abhängig" gemacht werden.[1051]

Diese Position verwies zwar zugleich auf weitere, inhaltlich schwierige Verhandlungen mit den sowjetrussischen Machthabern in Moskau. Insgesamt betrachtet aber war mit den Abkommen vom 6. Mai 1921 deutscherseits schon einiges erreicht worden. Denn zweifellos war die Existenz dieser Verträge ein ebenso inhaltlich bedeutender außenpolitischer Schritt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die von Hilger bzw. Kopp geführten „Fürsorgestellen" in Moskau und Berlin damit in der diplomatischen Praxis „de facto zu politischen und konsularischen Missionen" wurden.[1052] Letztere Entwicklung aber sollte insbesondere den Kräften in Berlin missfallen, die schon zuvor ihre Skepsis dazu unmissverständlich vorgetragen hatten. Trotz einer insgesamt sicherlich als provisorisch und im Grunde als recht behutsam durchgeführten Grundpositionierung der deutschen Demokratie auf Russland-politischem Terrain kam es daher nunmehr zu schweren Verstimmungen mit denjenigen Akteuren, denen die vollzogene, England nachfolgende Ausrichtung viel zu voreilig und zu risikoreich erschien. Eine ablehnende Haltung nahm insbesondere Reichspräsident Friedrich Ebert ein.

In verfassungs- und kompetenzrechtlicher Hinsicht überzeugten die in diesem Zusammenhang vorgetragenen Einwände und Bedenken des Reichspräsidenten allerdings nur bedingt.[1053] Gleiches galt im Ganzen gesehen auch für die politischen bzw. wirtschaftspolitischen Aspekte der causa: Die deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921 waren offenkundig im Rahmen einer intensiven innen- und außenpolitischen Güterabwägung unterzeichnet worden, die zunächst einmal Außenminister Simons verantwortete. Zwar war eine formale Kritik an dem Vorgehen der beteiligten Beamten durchaus angemessen, zumal in den Quellen offenbart wird, dass das „handstreichartige"[1054], „schnelle Durchdrücken des Zustandekommens des Abschlusses dieser Verträge und die Unterzeichnung selbst" letzten Endes erst „infolge der Londoner Beschlüsse und des bevorstehenden Rücktritts des Kabinetts"[1055] innenpolitisch möglich wurde. Für die grundlegende, materielle Verfassungskonformität war es trotz der Interventionen des Reichspräsidenten jedoch entscheidend, dass auch das neu gebildete Kabinett Wirth den Verträgen

[1051] G.A. Maltzans, 25.5.1921, PA, R 31490k/31491k (K096273-75).

[1052] Hilger, S.72f., hier u.a. auch mit Ausführungen zum Inhalt der einzelnen Artikel. Siehe in diesem Zusammenhang auch Hilger an Maltzan, 26.5.1922, PA, R 83381, 042-44, wo sich Hilger einleitend bei Maltzan für dessen „freundliche und wertvollen Zeilen v. 11. Mai" bedankte, „die mich über die Gesamtsituation wieder ins Bild setzten, was mir bisher so gefehlt hat."

[1053] Ein diesbezüglicher Exkurs wurde zur Entlastung des Manuskripts ausgelagert. Der selbstständige Beitrag ist unter dem Arbeitstitel „Reichspräsident Friedrich Ebert und die Handhabung der auswärtigen Gewalt in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Verfassungsgeschichte" in Vorbereitung.

[1054] Mühlhausen, Das Büro, S.97.

[1055] Fischer an Schlesinger, 9.5.1921, AdR, Kab. Fehrenbach, Nr. 251, S.670, Anm.6. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans.

zustimmte, was am 9. Juni 1921 in Bezug auf das deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in den Akten der Reichskanzlei dokumentiert ist[1056], aber nachfolgend offenbar auch für das deutsch-russische „Handelsabkommen“ in dieser Form vollzogen und erreicht wurde. Zudem verlieh selbst ein führender Sozialdemokrat wie Otto Wels am 2. Juni 1921 seiner Genugtuung über das mit Russland abgeschlossene Mai-Abkommen Ausdruck und stellte sich damit stillschweigend in einen merklichen Gegensatz zu der Haltung Eberts.[1057] Nachdem Maltzan nach einer in quellenkritischer Hinsicht etwas unzuverlässig anmutenden Randbemerkung aus dem Büro des Reichspräsidenten auf gewisse Kommunikationsschwierigkeiten mit Außenminister Simons hingewiesen hatte, sah schließlich auch der Reichspräsident von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit ab.[1058]

Die durch Ebert vorgetragenen Russland-politischen Bedenken sollten sich aber ebenso in praktischer Hinsicht nachfolgend als unberechtigt erweisen. Denn die Umsetzung des deutsch-russischen Vertrages vom 6. Mai 1921, der durch die erweiterten Tätigkeitsgebiete der gegenseitigen Vertretungen auch als „vorläufiges Handelsabkommen“ bezeichnet wurde, ging man nach Hilger auf deutscher Seite anschließend ohnehin nur mit großer „Zurückhaltung“ an.[1059] Und daran änderte selbst die „schreckliche Hungersnot“ nichts, die Mitte 1921 in Russland auftrat und in dessen Verlauf die Sowjetregierung sich entschloss, das Ausland offen um Hilfe zu bitten. Allerdings sah Hilger gerade auch in dieser Entwicklung die Chance, dass die Verantwortlichen in Moskau von nun an zu einer weiteren Evolution der eigenen Wirtschaftspolitik und zu größeren Konzessionen bereit sein würden.[1060] Darüber hinaus hielt Maltzan im Rahmen der von ihm vertretenen Grundlinie nach wie vor fest, mit den deutsch-russischen Mai-Abkommen den von England vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmen nicht durch eigenständige politische Initiativen zu überschreiten. Aufgrund der Nichtexistenz eines diplomatischen Rechtsstatus für die sowjetrussische Vertretung in Berlin war es auch deshalb zwingend, dass der Diplomat noch einmal ausdrücklich klarstellte, die Sowjet-Vertretung in Berlin sei nicht befugt, „die Sowjetflagge zu hissen“. Das Hissen des Hoheitszeichens eines fremden Staates sei den *diplomatischen* Vertretern des betreffenden Staates vorbehalten.[1061]

In merklichem Einklang mit der Argumentationsrichtung des Reichspräsidenten war in Berlin die allgemeine politische Skepsis über die Wirkung des deutsch-russischen Mai-Abkommens jedoch

---

[1056] Vgl. AdR, Kabinette Wirth I und II, Bd.1, Nr.24, TOP 3. Der Wortlaut dieses Vertrages ist gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome Bd. XI, S. 929-933.

[1057] Vgl. Verhandlungen des Reichstages, Bd.348, S.3729. Zu den Äußerungen von Otto Wels zum deutsch-sowjetrussischen Verhältnis siehe Adolph, S.201ff.

[1058] AdR, Kabinette Wirth I und II, Bd.1, Nr.25, Anm.3, S.57. Hier heißt es in einer Marginalie des Ministerialrats Arnold Brecht (vgl. zu seiner Person und Sichtweise auch dessen Erinnerungen, Brecht) vom 16. Juni 1921, Ebert habe auf mündlichen, von hier aus telefonisch veranlaßten Vortrag erklärt, dass er von weiteren Maßnahmen absehen wolle. Nach „Auskunft des Frhr. v. Maltzan hat seinerzeit Minister Simons ihm gesagt,die Bedenken des Kabinetts seien beseitigt, der Vertrag solle jetzt abgeschlossen werden. Wie dieser Irrtum von Simons zu erklären ist, weiß er nicht.“ Eine Äußerung von Seiten Simons dazu, die eine solche Bemerkung Brechts überzeugender machen würde, findet sich bei den Akten offenbar nicht.

[1059] Hilger, S.74, hier auch in Bezug auf die „völlig unpolitische“ Persönlichkeit Wiedenfelds, des späteren Leiters der „Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amts“, der im September 1921 nach Moskau reiste.

[1060] Zu den internationalen Hilfen und zur sog. „Nansenhilfe“ vgl. Erdmenger, Diener zweier Herren?, S.147ff.; Nansen, Rußland und der Friede (1923); Hilger, S.46ff., zum „Kampf gegen den Flecktyphus“ in Russland durch das Deutsche Rote Kreuz, ebd., S.50ff. Zum Aufruf zu Hilfeleistungen für die Hungernden in Russland siehe ebenso die entsprechenden Dokumente bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.45, S.101f.

[1061] Maltzan an Litwinow, 9.6.1921, Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.195. Zur angeblichen Verärgerung Maltzans über Scheinman und seinen Glauben an eine Rückkehr Kopps nach Berlin vgl. das Tel. Laurents an Paris, No.1233, 11.6.1921, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 227.

weiterhin groß: Dies betraf nicht nur die bekannte Befürchtung verstärkter kommunistischer Propaganda zum Beispiel durch die „Einrichtung des unmittelbaren regelmäßigen Schiffsverkehrs zwischen Deutschland und Sowjet-Russland".[1062] Ein ganz offener, überaus „aggressiver Komintern Aufruf, der die Unterschriften Lenins, Trotzkis und Bucharins trug" entzog jeder vertrauensvollen Zusammenarbeit den Boden. Selbst der an die eigene außenpolitische Führung gerichtete Hinweis Lutowinows, der seit Ende März/Anfang April 1921 an der sowjetrussischen Vertretung in Berlin tätig war, konnte an dieser ideologisch bestimmten Zweigleisigkeit der von Moskau aus geführten Außenpolitik nichts ändern. Dennoch wies er unter dem Datum des 30. Mai 1921 nachdrücklich darauf hin, „wenn wir mit den bürgerlichen Staaten weiterhin ein friedliches Verhältnis unterhalten wollen, dann müssen wir, meiner Meinung nach, auf solche Demonstrationen verzichten."[1063]
Unabhängig davon blieb es im Rahmen der deutscherseits vorliegenden Bedrohungswahrnehmung aber offenkundig, dass das in erster Linie eindeutig von der sowjetrussischen Außenpolitik zu verantwortende, tiefe Misstrauen zwischen Moskau und der deutschen Demokratie auch durch die Tatsache der deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921 zumindest zu diesem Zeitpunkt nicht abgemildert, geschweige denn ausgeräumt wurde.
Vor diesem Hintergrund vertrat das unter der Führung Maltzans tätige Russlandreferat des Auswärtigen Amts mit Datum vom 4. Juni 1921 die zuvor eingeschlagene Grundlinie: Eine von Hauschild entworfene Aufzeichnung Maltzans stellte nicht nur mit der notwendigen kritischen Haltung fest, dass zumindest die Möglichkeit einer Evolution des sowjetrussischen Wirtschaftssystems und damit durchaus Chancen für die deutsche Wirtschaft bei dem unzweifelhaft notwendigen Wiederaufbau Russlands beständen - und zwar unabhängig davon, ob diese Art der Öffnung der sowjetrussischen Wirtschaft aus opportunistischen Erwägungen erfolge oder nicht. „Es ist, wie die Verhältnisse liegen", so hieß es hier ebenfalls, „für Deutschland auch im Osten weder wünschenswert noch möglich, Politik auf eigene Faust, ohne eine Rückversicherung gegenüber der Entente durchzuführen." Auch die künftig deutscherseits zu erwägenden Russland-politischen Schritte müssten vor diesem Hintergrund insbesondere der Regierung in London weiterhin bewusst den „Vortritt" lassen und sich „innerhalb der durch das englisch-russische Abkommen gezogenen Grenze" bewegen. Abschließend verwies die Aufzeichnung zudem darauf, dass mit dem britisch-russischen Handelsvertrag bereits „zweifellos mindestens eine de facto-Anerkennung Russlands" in der internationalen Politik vorhanden sei. Die deutsche Außenpolitik könne sich also in jedem Fall von dem Vorwurf entlastet sehen, den Bolschewismus außenpolitisch „hoffähig" zu machen.[1064]
Zwar wird auch hier sichtbar, dass der frühen Weimarer Russlandpolitik keine „Vision" zugrunde lag und sich das Auswärtige Amt in diesem überaus unsicheren Fahrwasser im Grunde in erster Linie um stabilisierende Maßnahmen zur Wahrung der eigenen Interessen bemühte. Dennoch verfügte

---

[1062] Siehe dazu z.B. das Schreiben des preußischen Ministeriums des Innern an das AA, 22.6.1921, Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.196.
[1063] Zit. nach Linke, Der Weg nach Rapallo, S.69. In einer G.A. Maltzans vom 25.5.1921, PA, R 84085, heißt es u.a., „zum Schluss habe ich Herrn Scheinmann noch auf die Entgleisung des Kommunistischen Executiv-Komitees in Moskau (Aufruf in der „Roten Fahne") hingewiesen und ihn dringend gebeten, bei Tschitscherin darauf hinzuwirken, dass durch derartige Zwischenfälle die bestehende vertrauensvolle Atmosphäre nicht gestört würde."
[1064] Aufz. Maltzan, 4.6.1921, ADAP A VI, Nr.42, gedruckt auch bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.43, S.98ff., das Zitat auf S.99. Die Aufzeichnung war offenbar für die Zustimmung des Kabinetts zu dem vorläufigen deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen bestimmt. Zu den englisch-russischen Verhandlungen siehe DBFP, First Series, Vol. VIII, S.280-306.

Deutschland in Moskau insbesondere mit dem deutsch-russischen Handelsabkommen vom 6. Mai 1921 nunmehr über eine recht privilegierte Position, was Maltzan unter anderem mit Blick auf Forderungen nach einer aktiveren Ost- und Russlandpolitik hervorhob, die ebenfalls an ihn herantraten und dazu aufriefen, die wichtigen Entscheidungen in der russischen Frage nicht immer zu verschieben.

Der sozialdemokratische Journalist und Diplomat Ulrich Rauscher[1065] zum Beispiel hatte bereits im März 1921 in Bezug auf die Situation in Georgien immerzu mutigere Schritte in Richtung einer Verbesserung der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen angemahnt und den Referatsleiter unter dem 13. Mai 1921 um weitergehende Informationen gebeten.[1066] Maltzan wies in seiner Antwort vom 13. Juni 1921 darauf hin, dass aus deutscher Sicht mittlerweile doch zumindest teilweise eine Verbesserung der Situation vor allem auch im Hinblick auf die Gewinnung von Russland-politischen Informationen erreicht worden sei. Diese begrüßenswerte Tatsache werde sich zukünftig günstig auswirken:

> „Ihre Annahme, dass wir in Tiflis einen Gesandten unterhalten und in Moskau keinen, entspricht, nachdem inzwischen das deutsch-russische Abkommen vom 6. Mai angefangen hat, seine Folgen zu entwickeln, nicht mehr ganz den Tatsachen. Auf Grund des Abkommens wird in Moskau eine Vertretung eingerichtet, die die Vorrechte der diplomatischen Missionen geniesst.“[1067]

Darüber hinaus stellte der Botschaftsrat aber auch in allgemeiner Hinsicht fest, dass selbst von rechtsrussischer, antibolschewistischer Seite, die politisch und wirtschaftlich ebenfalls nach wie vor zu berücksichtigen war, mittlerweile zugegeben werde, dass eine „internationale Kooperation [...] den Wiedereintritt Russlands in die politische Gemeinschaft der Völker am schnellsten die Wege ebnen“ würde.[1068]

Von sowjetrussischer Seite aus wurde allerdings gerade diese mögliche internationale Ausformung in der künftigen Entwicklung durchaus nicht ohne Bedenken und Sorgen betrachtet: Es müsse jedenfalls, so stellte Tschitscherin am 14. Juli 1921 gegenüber Lenin fest, unter allen Umständen verhindert werden, „dass ein Block gebildet wird von Deutschen, Engländern und Franzosen zum Zwecke der Ausbeutung Russlands nach dem Rezept von Stinnes.“ Von der durch das Abkommen vom 6. Mai 1921 aufgewerteten sowjetrussischen Vertretung in Berlin hänge in diesem Zusammenhang „im bedeutenden Maße das Schicksal unserer Sache ab.“[1069]

[1065] Zu Ulrich Rauscher (1884-1930), nachfolgend deutscher Gesandter in Warschau von 1922 bis 1930, vgl. Doß, Zwischen Weimar und Warschau sowie Grupp, Ulrich Rauscher, in: Benz/Graml, Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, S.264f.

[1066] Rauscher an Maltzan, 12. März 1921, PA, R 84107 über die dortige dramatische Lage. Es heißt hier u.a. aber auch: „Ich hoffe, Ihnen ein einigermaßen klares Bild der Situation gegeben zu haben. Welchen Einfluss wir hätten nehmen und wie sich das Bild unserer Politik im nah()en Orient gestaltet hätte, wenn unsere Politik gegenüber Russland anders, vielleicht aktiver gewesen wäre, das zu erörtern ist nicht meine Sache.“
Siehe auch Rauscher an Maltzahn (sic), 13.5.1921, ebd., u.a. mit der Frage, welche „Absichten allgemein politischer Natur (…) man in Berlin mit uns“ vorhabe.

[1067] Maltzan an Rauscher, 13. Juni 1921, ebd.

[1068] Ebd. Zur diplomatischen Berichterstattung über einen rechtsrussischen Kongress, der vom 29. Mai bis zum 15. Juni 1921 in Reichenhall stattfand, vgl. u.a. Laurent an Direction Politique et Commerciale, 15.6.1921, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 264-272. Hier heißt es abschließend, « tous ces faits donnent à croire que les monarchistes russes sont incapables, en tant que parti, de jouer un rôle utile dans la reconstruction de la Russie. »

[1069] Tschitscherin an Lenin, 14.7.1921, gedruckt u.a. bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.44, S.100. Zur Biographie von Hugo Stinnes (1870-1924) vgl. Wulf und vor allem Feldman, Stinnes, dessen Arbeit u.a. bei Pyta, Teil II, S.695 ausführlicher gewürdigt wird. Zu seinem Verhältnis zu Rathenau vgl. Hentzschel-Fröhlings,

Während sich Maltzan über das auch hier indirekt angesprochene, „weltrevolutionäre“ Aggressivitätspotential der sowjetrussischer Außenpolitik weiterhin im Klaren war[1070], zeigte das in der Zwischenzeit von den Alliierten übermittelte Londoner Ultimatum den Verantwortlichen in Berlin nur allzu eindringlich auf, wie eingeschränkt die eigene außenpolitische Position war und blieb: Von der seit dem 5. Mai 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzten deutschen Reparationsschuld sollten „50 Milliarden mit 5% verzinslich und mit 1% zu tilgen“ sein, „während die Restsumme vorläufig unverzinslich“ blieb.[1071]

Allein schon mit Blick auf diese, jede vernünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik sichtbar überbürdende Last lag es nahe, dass die deutsche Regierung in der gegenwärtigen Lage und Stimmung aus dem Blickwinkel des britischen Botschafters tatsächlich „more than ready“ war, „to take advice from England and seem, indeed, prepared to let us direct their whole foreign policy.“[1072]

Darüber hinaus aber drückte insbesondere die Oberschlesienfrage abermals Gemüt und Zukunftshoffnung in Deutschland erheblich nieder. Aus deutscher Sicht schien es klar, dass die polnische Regierung nach wie vor „dafür sorgen (würde), dass der Kampf um ganz Oberschlesien nicht zur Ruhe“ kommt.[1073] Die diesbezügliche französische Politik aber rief auch in der britischen öffentlichen Meinung, für die die wirtschaftliche Malaise in England ursächlich im „Chaos“ in Zentral- und Osteuropa zu suchen war, Feindseligkeit hervor und könne, so der französische Botschafter in London, die Entente in eine noch größere Krise stürzen.[1074]

Innerhalb der vom Auswärtigen Amt geführten deutschen Russlandpolitik entstand unterdessen durch eine anderweitige Initiative eine gewisse Unruhe: Im Reichswehrministerium in Berlin hatte General von Seeckt offenkundig im Anschluss an seine Ostdenkschrift vom Februar 1920[1075] im Winter 1920/21 die so genannte Sondergruppe „R“ (Russland) gegründet, die eine geheim zu haltende rüstungspolitische Zusammenarbeit mit den sowjetrussischen Machthabern Moskau anstrebte. Zwar wies der von Volkskommissar Krassin im November 1920 nach Berlin entsandte Vertreter Brygkov dem damit verbundenen Ziel, zu verbindlichen Waffenexportgeschäften zu gelangen, bislang nur einen völlig „zufälligen und unbestimmten Charakter“ zu. Tschitscherin hatte zudem offenbar bereits unter dem 7. Januar 1921 einen von Oskar Ritter von Niedermayer (1885-1948)[1076], der für General von Seeckt auch in der nachfolgenden Zeit als Mittelsmann eingesetzt

---

Walther Rathenau und Hugo Stinnes. Der „Industrieführer“ Hugo Stinnes war seit Juni 1920 Mitglied des Reichstags.

[1070] Siehe dazu z.B. eine Aufz. o.U. vom 12. Mai 1921, die die Paraphe Maltzans trägt, PA, R 31657k (K103704-06). Hier heißt es u.a., es könne nicht wahrgenommen werden, „dass der militärische Geist in der Roten Armee in der letzten Zeit zurückgegangen ist“. Es sei von vorneherein klar, dass die Unterscheidung zwischen Internationale und Sowjetregierung dabei nur ein künstliches Konstrukt sein würde. Dies sei schon daran ersichtlich, als „die führenden Mitglieder dieser Regierung, Lenin, Trotzki und Bucharin (…) in dem Exekutiv-Komitee die erste Rolle“ spielten. Vgl. ähnlich auch eine Aufzeichnung o.D. und o.U. mit dem Titel „Russische Politik“, ebd., (K103707-09). sowie Weissmann an Haniel, 20.5.1921, ebd., R 31490k/31491k (K096249-51), in Bezug auf einen Aufruf des Moskauer Exekutiv-Komitees der kommunistischen Internationale vom 19. Mai 1921. Siehe dazu dann weiter Maltzan an Weissmann, o.D, ebd., K096268-69 sowie das Schreiben Maltzans vom 24. Mai 1921, ebd., K 304/K 105261-62.

[1071] Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, S.108 mit weiteren Details.

[1072] D’Abernon, Diary, 20th July 1921, HLRO, LG Papers, F/54/1/34.

[1073] Aufz. o.U. und o.D. „Die Wilnafrage und Polen“, ebd. (PA), R 31657k (K103718). Im Mai 1921 war es zu blutigen Kämpfen zwischen polnischen Freischaren und deutschen Freiwilligenverbänden gekommen. Höhepunkt war das Gefecht um den Annaberg am 21. Mai.

[1074] Saint-Aulaire an Briand, Tel. Nr. 399-403 (Urgent), 14.5.1921, DDF 1921, Tome I, Nr.382. Vgl. zur französischen Oberschlesienpolitik die Übersichten bei DDF 1921, Tome I, XXIVff. und Tome II, XLVIIff.

[1075] Aufz. Seeckt, 4.2.1920, BAF, NL Seeckt, N 247, Bd.92, vgl. oben Kapitel II.3.

[1076] Zur Biographie und zum Wirken Niedermayers vgl. die Arbeit von Seidt, siehe zu dessen Tätigkeit im Weltkrieg den Beitrag von Vogel. Das Archivalienverzeichnis für den Nachlass, BAF, Findbuch zu N 122 (Oskar Ritter von

wurde, vorgetragenen Vorschlag abgelehnt, schon vor einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zumindest den Austausch von Militärattachés zu erwägen. Allerdings erhielt Niedermayer von Tschitscherin zumindest die Erlaubnis, nach Moskau zu reisen. Die sowjetrussische Regierung meinte, damit dazu beitragen zu können, eine weitere enge Orientierung der deutschen Außenpolitik an dem Vorgehen Londons verhindern, wobei man in Moskau von der Gefahr sprach, in Berlin könne sich die „Churchillsche Richtung" durchsetzen. In diesem Kontext wurde aber weniger das Zustandekommen einer militärischen Zusammenarbeit Deutschlands mit den Westmächten gegen Sowjetrussland befürchtet als vielmehr die „Vereinigung aller kapitalistischen Staaten zu einem Monopolblock mit dem Ziel, Sowjetrussland ökonomisch auszubeuten".[1077]

Der wenngleich noch sehr oberflächlich und rudimentär anmutende Kooperationsversuch mit Vertretern des deutschen Reichswehrministeriums zog innerhalb der sowjetrussischen Außenpolitik und Diplomatie nach dem des 6. Mai 1921 aber auch noch weiterführende Überlegungen nach sich: Nach Horst Günther Linke wies Lutovinow in einem Brief an Tschitscherin vom 20. Mai 1921 darauf hin, die deutsche Republik könne trotz der Bedingungen des Versailler Vertrages durch eine solche rüstungspolitische Zusammenarbeit zumindest teilweise eine gewisse militärische Kampffähigkeit wiedererlangen. Dies böte durchaus Vorteile. Denn dadurch bleibe eine „unbestimmte Haltung" Berlins und möglicherweise sogar eine erneute, direkte Konfrontation mit den Ententemächten auf Dauer gesichert, was für die sowjetrussischen Interessen insbesondere auch in der Hinsicht wertvoll sei, als ja in ideologischer Sicht letzten Endes nur der „ununterbrochene Krieg" zwischen den kapitalistischen Mächten geeignet wäre, „die soziale Revolution" auch in Deutschland tatsächlich hervorzurufen. Allerdings beklagte Lutovinow unter dem 30. Mai und 3. Juni 1921 zugleich, die diesbezüglichen Ansprechpartner Kopps seien in den militärischen Kreisen Berlins doch bislang lediglich als eine „militärisch-abenteuerhafte Gruppe" zu bezeichnen, die über keinen nennenswerten politischen Rückhalt verfüge.[1078]

General von Seeckt entschloss sich unterdessen, eine Unterstützung von maßgeblichen außen- und Russland-politischen Verantwortungsträgern zumindest im Grundsatz sicherzustellen, zumal die „Finanzierungsfrage" seiner Projektvorstellungen auf diesem Gebiet der deutsch-russischen Beziehungen „inzwischen dringlich geworden" war. Ende Mai / Anfang Juni 1921 wurden mit der Bitte um politische und finanzielle Unterstützung „Reichskanzler Wirth, Reichswehrminister Gessler[1079] und Maltzan informiert".[1080]

Die schwierige Quellenlage ermöglicht allerdings kaum gesicherte Aussagen darüber, was der Leiter des Russlandreferats im Auswärtigen Amt zu dieser Zeit über das damit verbundene Anliegen der beteiligten deutschen Militärs und deren konspirative Zielvorstellungen im Jahr 1921 selbst dachte: Aus einer rund drei Jahre später entstandenen Aufzeichnung des Staatssekretärs Maltzan vom 18. März 1924 geht zwar hervor, dass dieser schon etwa im Frühjahr/Sommer 1921 diese Form des „Wiederaufbaus" von „gewissen deutschen und russischen Industrien" durchaus im allgemeinen

---

Niedermayer), weist allerdings aus, dass dieser ab dem 1. Juni 1920 beim „Heereswaffenamt" und erst in der Zeit von 1924 bis 1932 offiziell bei der „Leitung der militärischen Arbeit in Russland" eingesetzt worden sei. Im BAF sind zudem lediglich Aktenstücke vorhanden bzw. bestellbar, die aus der Zeit etwa ab Ende 1939 datieren.

[1077] Vgl. dazu Linke, Der Weg nach Rapallo, S.77-79.

[1078] Ebd., S.79f. in Bezug auf die entsprechenden sowjetrussischen Archivalien.

[1079] Zum „Lebensweg", zu den „Memoiren" und zu „Dokumenten" des Reichswehrministers vgl. Gessler (im Anhang unter Erinnerungen).

[1080] Vgl. Linke, Der Weg nach Rapallo, S.81; Zeidler, S.52; Hecker, S.493; Blücher, S.153.

„Interesse der deutsch-russischen Politik“ bezeichnet haben will, was in allgemeiner wirtschaftspolitischer Hinsicht durchaus als nicht verwunderlich erscheint. Jedoch äußerte sich Maltzan zumindest im Nachhinein gegenüber der damaligen Initiative der „zwei führenden Herren des anderen in Betracht kommenden Ministeriums“ deutlich distanziert und zurückhaltend. Er hob jedenfalls rückblickend in Bezug auf ein von ihm angeblich im Anschluss an diese militärpolitische Erstinformation vom Frühsommer 1921 erstelltes „politisches Gutachten über die Nützlichkeit“ dieser Form „des gedachten Wiederaufbaus“ eindringlich hervor, dass er in diesen Bestrebungen für die vom Auswärtigen Amt durchgeführte Außenpolitik ganz erhebliche Risiken sah.
Ob sich hierbei einerseits bewusst oder unbewusst ein gewisser Ressortegoismus bzw. ein recht starker Russland-politischer Alleinvertretungsanspruch Maltzans innerhalb der deutschen Außenpolitik manifestierte, scheint nicht zuverlässig aufzuklären zu sein. Andererseits steht fest, dass Maltzan offenbar letztlich keine Einwände erhob bzw. aufgrund seiner eigenen Position erheben konnte, die auf ein strenges Verbot dieser rüstungspolitischen Aktivitäten hinzielten. Der Diplomat zog sich im Nachhinein offenbar darauf zurück, er habe diese Aktivitäten zunächst stillschweigend toleriert und sich darum bemüht, dass die Russlandpolitik des Auswärtigen Amts damit nicht in Verbindung gebracht werden könne. Insoweit habe er schon im Jahre 1921 Folgendes betont:

> „Mit den einzelnen technischen Durchführungen des Planes darf weder das Auswärtige Amt, noch unser Vertreter in Moskau befasst werden. Der jeweilige Außenminister und ich, solange ich Referent für Russland bin, müssen jedoch über die allgemeine Weiterentwicklung auf dem Laufenden erhalten werden, damit diese mit eventl. Nuancierungen unseres Verhältnisses zu Russland in Uebereinstimmung bleiben. Die Beteiligten erklärten sich mit dieser Basis einverstanden, meine Tätigkeit beschränkte sich zunächst lediglich darauf, den Herren, die zur Anbahnung der technischen Verhandlungen nach Moskau gesandt wurden, die nötigen Einreiseerleichterungen zu gewähren.“[1081]

Vor diesem Hintergrund ist es also im Ganzen zutreffend, dass das Auswärtige Amt „die zentrale Institution des Reichs zur Vorbereitung, Regelung und Durchführung aller Aspekte der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen - mit Ausnahme der militärischen Kooperation - “[1082] war und blieb. Allerdings ist mit Blick auf die zitierte Aufzeichnung Maltzans vom 18. März 1924 in Bezug auf den weiteren Verlauf des Jahres 1921 zugleich hervorzuheben, dass der Referatsleiter diese anfängliche Tolerierung schon bald bereuen sollte. Denn das Vorgehen der beteiligten Militärs, so hieß es aus seiner Sicht in der Rückschau, habe bei ihm schließlich sogar zur offenen Entrüstung über nicht eingehaltene Absprachen sowie zu einer tiefen Verärgerung über das aus seiner Sicht teilweise geradezu dilettantische Verhalten des von Seeckt beauftragen Emissärs Niedermayer geführt.[1083]

[1081] G.A. Maltzan, 18.3.1924, PA, R 29286, 74-79 (E 162585-90).
[1082] Nach Sütterlin, S.14.
[1083] Bei G.A. Maltzan, 18.3.1924, PA, R 29286, 75 (E 162586) heißt es u.a. auch: „Nach meiner Ernennung zum Ministerialdirektor und nach Entsendung des Dr. Wiedenfeld als Geschäftsträger nach Moskau habe ich meinem Nachfolger, Herrn Hauschild, sowie Herrn Wiedenfeld mitgeteilt, dass Abmachungen in der oben angedeuteten Art beständen, dass aber weder unser Geschäftsträger noch andere (Per)sönlichkeiten im Auswärtigen Amt mit Einzelheiten befasst werden sollten. Die künftigen Außen- und Finanzminister sind von ihren Vorgängern, insbesondere aber von dem Vertreter des betreffenden Fachministeriums über obige Abmachungen auch im einzelnen orientiert worden. (…) Von dem Fachministerium war schon zur Zeit des Geschäftsträgers Wiedenfeld Herr N(iedermayer) nach Moskau entsandt worden. Aus dieser Zeit wurde mir ein Brief des genannten Herrn N. an unseren Konsul in Libau bekannt, in welcher er ihm, ohne Kenntnis des Auswärtigen Amtes, unter Hinweis auf obige Pläne darum ersuchte, seine persönlichen Kenntnisse in den Dienst des Unternehmens zu stellen. Ob der Brief, der mir voller Entrüstung von dem Libauer Konsul übermittelt wurde, auch anderen Persönlichkeiten bekannt geworden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe das

Relativ gesichert ist, dass zwischen Maltzan und den beteiligten Militärs bereits im Jahre 1921 starker Argwohn bestand und erhebliche Kommunikationsdefizite hinsichtlich des konkreten Vorgehens auftraten.
In allgemeiner Russland-politischer Hinsicht jedoch ist in Bezug auf die Gesamtbedeutung dieser militärisch-rüstungspolitischen Bestrebungen in dieser Zeit festzuhalten, dass Erfolg versprechende Ergebnisse der von Seeckt parallel zu der Politik des Auswärtigen Amts eingeleiteten, nebengleisigen Aktivitäten vorerst in keiner Weise zu erreichen waren[1084]: Nach offenbar sehr „konditionierten Zusicherungen" Lenins und der Kontaktaufnahme zu der „seit langem eng mit staatlichen und insbesondere militärischen Instanzen" in Russland zusammenarbeitenden Firma Krupp kam es zwar im Juli und August 1921 zu einer ersten, mehrmals verschobenen Inspektionsreise Niedermayers nach Russland, der vor allem den Zustand von Gebäuden und Anlagen der zu begutachtenden Werften und Rüstungsbetriebe prüfen sollte.[1085]
Zwar wurden auf alliierter Seite - in diesem Kontext also durchaus zu Recht! - auch zu dieser Zeit Verdachtsmomente in Bezug auf eine potentielle deutsch-russische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet weiterhin thematisiert[1086], womit sich ebenso die Sorge Maltzans vor einer möglichen Kompromittierung der amtlichen Weimarer Russlandpolitik durch das rüstungspolitisches Vorgehen deutscher Militärs bestätigte. Allerdings verliefen diese ersten deutschen Betriebsbesichtungen in Russland in inhaltlicher Hinsicht offenbar „mehr als ernüchternd"[1087], so dass der angestrebten Kooperation zunächst lediglich ein noch gänzlich unreifes, von der Realität weit entferntes Moment anhaftete.

8. „Nervenzusammenbruch" bei der Zerteilung Oberschlesiens; Rücktritt und Neubildung des Kabinetts in Berlin (Oktober/ November 1921)

Ab der zweiten Jahreshälfte 1921 bildete neben der Reparationsproblematik die Oberschlesienfrage nicht nur in der Ostabteilung des Auswärtigen Amts, sondern in ganz Deutschland die wichtigste und aufreibendste außenpolitische Thematik. In einer Sitzung am 7. Juni 1921 hatte das deutsche Kabinett beschlossen, auch weiterhin der britischen Regierung entgegen zu kommen.[1088] Laut einer Aufzeichnung vom 10. Juni 1921 wies Maltzan in einem Gespräch mit dem japanischen Botschaftsrat Debuchi darauf hin, dass der bislang von England vertretene Oberschlesien-Plan „im strikten Widerspruch zu dem Abstimmungsergebnis und dem Versailler Friedensvertrag stände" und in Deutschland „als starke Ungerechtigkeit angesehen werden würde". Dem Referatsleiter erschien

---

Fachministerium damals auf das Ueberschreiten der Befugnisse des Herrn N. hingewiesen und um grössere Vorsicht gebeten."
[1084] Vgl. ähnlich White, The Origins of Détente, S.149.
[1085] Siehe dazu ausführlicher Linke, Der Weg nach Rapallo, S.81 mit den entsprechenden sowjetrussischen Archivalien.
[1086] Vgl. z.B. D'Abernon, Bd.1, S.209.
[1087] Zeidler, S.52. Nach ebd., S.52ff. soll bzgl. der Finanzierungsfrage in der „nicht so recht" vorankommenden militärischen Zusammenarbeit erst an der Jahreswende 1921/22 zumindest eine vorläufige Lösung erreicht worden sein. Nach Zeidler blieben jedoch insgesamt betrachtet auch hier „schnelle Ergebnisse" aus: die „deutsche Schwerindustrie war viel zu vorsichtig, um sich übereilt auf unkalkulierbare Russlandengagements einzulassen." Zur Sorge Maltzans vor einer Kompromittierung der deutschen Russlandpolitik durch die Versprechungen und Unvorsichtigkeit von deutschen Militärs vgl. auch ebd., S.60. Zur sowjetrussischen Perzeption insbesondere auch derjenigen Kopps und Tschitscherins vgl. detailliert und anhand der entsprechenden sowjetrussischen Quellen Linke, Der Weg nach Rapallo, S.82ff., der dieser Dimension in den deutsch-sowjetrussischen Beziehungen bis Rapallo großen Erörterungsraum zumisst.
[1088] AdR, Kab. Wirth, Bd.1, Nr.23, siehe dazu auch ebd., Nr.33. und Nr.34b.

dieses Vorgehen selbst aus Sicht der Ententemächte politisch unvernünftig. Sollte eine für die deutsche Republik ungünstige Oberschlesienentscheidung erfolgen, so argumentierte er, würde dies seiner Meinung nach den Alliierten kaum zum Vorteil gereichen können:

> „Ich setzte ihm [Debuchi, Anm.d.Verf.] ferner die wirtschaftlichen Gründe auseinander, welche gegen eine Trennung des Industriegebietes von Deutschland sprechen und betonte, dass eine derartige Entscheidung den Untergang des ganzen oberschlesischen Wirtschaftslebens und damit eine Beeinträchtigung Deutschlands und der Entente, die wolle, dass wir unsere Schuld bezahlen, bedeuten würde.“[1089]

Dennoch war die Regierung in Berlin bemüht, eine Eskalation zu vermeiden. Unter der Beteiligung des Botschaftsrats wurde in diesem Kontext dazu „eine Deputation, bestehend aus Freiherrn von Maltzan für das Auswärtige Amt, Reichsminister a.D. Köster, Herrn Abgeordneten Schulte und Herrn Abgeordneten Pohlmann, nach Oberglogau“ entsandt, „um auf General Hoefer und die Zwölferkommission dahin einzuwirken, dass sie dem Räumungsplan der Interalliierten Kommission keinen Widerstand entgegensetzen.“[1090] Am 21. Juni 1921 kündigte Maltzan zudem an, dass er am Mittwoch und eventuell am Donnerstag, 22. bis 23. Juni „dienstlich in Oppeln“ sei. Die Leitung der Abteilung IV übernähme in dieser Zeit Herr von Kessler, die Leitung des „Referats IV Ru“ obliege Herrn Hauschild.[1091]

Das Vorgehen der Reichsregierung blieb jedoch aus deutscher Sicht nur bedingt erfolgreich und nützlich: So hatte bereits zuvor der britische Botschafter in Berlin unter dem Datum des 2. Juni 1921 festgestellt, es sei nicht ganz unzutreffend, dass die Alliierten im Grunde „nichts getan haben, um ihre Anerkennung der Wirthschen Bemühungen“, die beträchtlich gewesen seien und für die sich im Reichstag eine große Mehrheit gefunden habe, zu beweisen.[1092] Im Ganzen ist zwar erkennbar, dass die damit zumindest indirekt auch von D'Abernon anerkannte, grundsätzliche deutsche Verständigungsbereitschaft von den Regierungen in London und Paris nach wie vor so gut wie keine überzeugende und konstruktive politische Unterstützung erfuhr. Allerdings darf andererseits auch nicht verkannt werden, dass *gerade* die Oberschlesienfrage bereits zu diesem Zeitpunkt erheblich dazu beigetragen hatte, die Beziehungen zwischen den Alliierten zu verschlechtern. Es kam in der Folgezeit zu massiven Verstimmungen im englisch-französischen Verhältnis, in deren Verlauf Lloyd George Paris offen Parteilichkeit zugunsten der polnischen Seite vorwarf.[1093]

[1089] G.A. Maltzan, 10.6.1921, ADAP A V, Nr.50. Maltzan wies hier u.a. auch darauf hin, „dass Deutschland stets betont habe, dass der Wiederaufbau Russlands Angelegenheit sämtlicher beteiligter Nationen sei, die alle ein gleichmäßiges Interesse an der Gesundung dieses Staates hätten“. Deutschland strebe zudem „bei der Notwendigkeit und dem festen Vorsatz, das Londoner Ultimatum zu erfüllen“, an, „auf Unterstützung aller Länder“ rechnen zu können, „die seiner schwierigen Lage ein wohlwollendes Verständnis“ entgegenbrächten.

[1090] Siehe dazu dann weiter auch die Aufz. Rosens, 21.6.1921, ADAP A V, Nr.56, der dies „sowohl dem englischen Geschäftsträger als auch dem französischen Botschafter eröffnet“ habe.

[1091] Aufz. Maltzan, 21.6.1921, PA, R 94263. Siehe zur Beteiligung Maltzans an der Oberschlesienproblematik auch seine Paraphen in der Akte PA, R 81485, 033, 043 sowie schließlich sein Schreiben an das Preußische Innenministerium vom 13.3.1922, ebd., 052, in Bezug auf die Problematik der Beteilung „von allen übrigen Reichs- und Preussischen Ressorts“ an diesen Verhandlungen.

[1092] D'Abernon, Bd.1, S.201. Zur Haltung D'Abernons in der Oberschlesienfrage vgl. ebd., S.159. In Bezug auf ein Gespräch mit Reichskanzler Wirth am Abend des 5. Juli 1921 heißt es bei ebd., S.204f. u.a.: „(Wirth:) Man gebe nur den deutschen Arbeitern zu essen, lasse die öffentliche Meinung einsehen, dass die demokratische Politik das Schicksal des Vaterlandes gebessert hat, und alles wird in Ordnung sein. (D'Abernon:) Der erste Eindruck, den ich vom Reichskanzler bekam, bestätigt sich, ich halte ihn für einen sehr ehrlichen Menschen mit großem Mut, der vor eine fast unlösbare Aufgabe gestellt wird, bei der er eine Unterstützung braucht und verdient.“

[1093] Vgl. DDF 1921, Tome II, Avertissement, XI. Siehe zur Forschung ansonsten Struve mwN.; zur alliierten Präsenz in

Unterdessen verbesserte sich das deutsch-sowjetrussische Verhältnis auch weiterhin nicht. Die anhaltenden Spannungsmomente führten selbst bei der Auswahl der Persönlichkeiten, die im Rahmen der seit dem 6. Mai 1921 vertraglich erweiterten Befugnisse und Tätigkeitsgebiete der gegenseitigen Vertretungen nach Moskau bzw. nach Berlin entsandt werden sollten, zu schweren Irritationen. Man mag Maltzan im Rahmen der damit einhergehenden Sondierungen möglicherweise eine gewisse „Verkennung sowjetrussischer Empfindlichkeiten“ vorwerfen können.[1094] Entscheidender aber ist, dass gereizt und misstrauisch die Stimmungslage insgesamt in den Beziehungen zwischen Moskau und Berlin sowohl vor als auch nach dem 6. Mai 1921 blieb.

Die sowjetrussische Regierung bemühte sich durch die Forderung nach einer Entsendung eines anerkannten Karrierediplomaten um eine Aufwertung ihrer eigenen internationalen Stellung.[1095] In einer deutschen Aufzeichnung vom 25. Mai 1921 wurde darauf hingewiesen, August Müller sei als SPD-Mitglied der sowjetrussischen Regierung „nicht genehm“, da den gegenseitigen Beziehungen „durch einen Fachmann alten Stils“ besser gedient sei. Kopp habe insofern „unumwunden“ geäußert, „dass man in Berlin nicht glauben solle, der Sowjet-Regierung damit entgegenzukommen, dass man ihr einen Angehörigen einer verwandten Partei“ senden würde.[1096]

Auf deutscher Seite versteifte man sich im Rahmen der Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit hingegen schließlich auf den Ministerialdirektor Professor Wiedenfeld[1097], der als ausgewiesener Wirtschaftsfachmann galt. Maltzan erklärte, Hilger möge bitte Kopp auf seinen Privatbrief vom 19. Mai 1921 mitteilen, dass der bekannte Chef der hiesigen Außenhandelsstelle, Ministerialdirektor Wiedenfeld, „zum deutschen Vertreter in Moskau ausersehen“ worden sei und dort Anfang Juli eintreffen würde.[1098] Dies stieß in Moskau allerdings durchaus nicht auf Gegenliebe: Mit Telegramm vom 13. Juni 1921 berichtete Hilger, im „Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten“ sei die allgemeine „Enttäuschung“ über diese deutsche Entscheidung unverkennbar, „da die Persönlichkeit Wiedenfelds nach außen nicht genügend bekannt“ wäre.[1099]

Auf deutscher Seite lagen für diese Zurückhaltung Gründe vor: Maltzan versuchte, insbesondere gegenüber der französischen Außenpolitik Reminiszenzen zu vermeiden, die möglicherweise auf eine Wiederaufnahme der alten, „kaiserlichen“ Russlandpolitik durch die deutsche, republikanische Außenpolitik hindeuten könnten. So teilte er einem Mitarbeiter der französischen Botschaft in Berlin mit, der deutscherseits erfolgte Schritt läge trotz des Widerstands der sowjetrussischen Regierung gegenüber den deutschen Personalvorschlägen darin, dass die deutsche Regierung es bewusst ablehne, die von der Sowjetregierung gewünschte „personnalité considérable d´ancien régime“ nach Moskau zu entsenden.[1100] Ob daraus entnommen werden kann, dass Maltzan es ebenso in grundlegend anmutender Weise anstrebte, sich möglichst weit von der alten kaiserlichen deutschen Außenpolitik zu distanzieren, bleibt allerdings nicht näher belegbar.

Oberschlesien Eichner.

[1094] Vgl. Sütterlin, S.85.

[1095] Siehe dazu z.B. das hschr. Schreiben Kopps an Maltzan, 19.5.1921, PA, R 31488k/31489k (K096124-25).

[1096] Aufz. vom 25.5.1921, PA, R 31657 (K 103677).

[1097] Zu Kurt Wiedenfeld (1871-1955) vgl. Sütterlin, S.48, Anm.66, S.181 und die Erinnerungen Wiedenfelds, u.a. an das damit verbundene Gespräch mit Außenminister Rosen im „herrlichen Park“ des AA, Wiedenfeld, S.81ff.

[1098] ADAP A V, Nr.36 und Nr.37. Mit Tel. Nr. 207 vom 6. Juni 1921 (PA, Filmnummer L 667/L 210 478).

[1099] Tel. Nr. 298 vom 13. Juni, ebd. Filmnummer L 667/L 210 489.

[1100] Siehe Laurent an Paris, Tel. Nr. 1316, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 322, 250.

Nachweisbar ist hingegen, dass sich der Referatsleiter über die inzwischen erneut sichtbar gewordene ambivalente Deutschland-politischen Haltung Moskaus erbost und ungehalten zeigte: Die von sowjetrussischen Vertretern vorgebrachte Ausrede, es gäbe in Bezug auf die kommunistischen Propagandaaktivitäten in Deutschland eben einen letztlich nicht auflösbaren „Gegensatz zwischen Partei und Regierung", lehnte er als „sophistische Spitzfindigkeit" ab und drohte bei einer Wiederholung von weiteren Zwischenfällen mit der endgültigen Einstellung von sämtlichen „vertrauensvollen" Verhandlungen.[1101] Die sowjetrussische Vorgehensweise beinhaltete für Maltzan darüber hinaus zugleich „eine schwere Verletzung der von der Russischen Regierung im Art(ikel) 15 des vorläufigen Abkommens vom 6. Mai d.J. übernommenen Verpflichtung".[1102]

Einzig in der „gemässigten Richtung des Bolschewismus" schien daher nachfolgend wenigstens noch der Ansatz zu einer konstruktiven wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen der deutschen Republik und Sowjetrussland liegen zu können: Nach einer geheimen Aufzeichnung Maltzans, die etwa auf Ende Mai / Anfang Juni 1921 zu datieren ist, betonte Volkskommissar Krassin bei einem Gespräch mit dem neuen deutschen Außenminister Rosen die „Notwendigkeit einer vertrauensvollen deutsch-russischen Zusammenarbeit" „insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet", wobei vor allem die Naphtha- und Holzindustrie Gesprächsgegenstand war. Zudem führte Krassin aus, in Moskau sei jetzt angeblich „eine starke Abkehr von den kommunistischen Theorien" vorhanden. Die Mehrheit der dortigen Verantwortlichen zeige sich zudem immer mehr davon überzeugt, „dass man ohne Hilfe des westländischen Kapitalismus und ohne Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Nachbarn eine Gesundung nicht würde erreichen können."[1103]

Vage Andeutungen und bloße, unkonkrete Versprechen dieser Art konnten bei den deutschen Akteuren allerdings nur mühsam eine zuversichtlichere Russland-politische Einstellung hervorrufen. Und diese Zweifel konzentrierten sich nicht nur auf die Frage, ob die sowjetrussische Außenpolitik ihre ideologische Grundausprägung tatsächlich abmildern würde. Denn in allgemeiner Hinsicht, so führte der damalige Osteuropaexperte Otto Hoetzsch aus, verfolge insbesondere auch „der merkwürdige bolschewistische Außenminister aus aristokratischem Haus", Tschitscherin, „in bolschewistischer Umhüllung" lediglich „alte russische Machtpolitik."[1104] D'Abernon schlussfolgerte daher durchaus zu Recht, dass auch nach den Unterredungen mit Krassin „in der deutschen Brust" nicht gerade die Hoffnung „auf einen Wiederaufbau Russlands mit Hilfe der deutschen Industrie" erwacht sei. Insbesondere aus Sicht der Wirtschaft werde hingegen eine Beteiligung Englands und Amerikas an der Durchführung von deutschen Wirtschaftsprojekten in Sowjetrussland angestrebt.[1105]

[1101] G.A. Aufzeichnung Maltzan o.D., PA, R 31490k/31491k (K096263-65). Siehe in diesem Zusammenhang auch die G.A. Maltzans, 25.5.1921, PA, R 31490k/31491k (K096273-75). Es heißt hier zum Schluss: „Die russische kommunistische Partei in Moskau, in deren Vorstand (Executiv-Komitee) die Volkskommissare Lenin, Tschitscherin und Trotzki sind, erlässt unter dem Schutzmantel der Partei aufreizende Kundgebungen in deutschen kommunistischen Zeitungen zum Sturze der bestehenden Deutschen Regierung und zur Vereinigung Räterusslands mit Rätedeutschland. Ich würde dankbar sein, wenn Krassin auf den beiliegenden Aufruf der „Roten Fahne" hingewiesen würde." Es müsse eindringlich betont werden, „dass ein derartiges Verhalten der mit der Sowjetregierung hinsichtlich der Personen identischen Parteileitung für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten Deutschlands und Russlands sehr hinderlich sei."

[1102] In einem Schreiben an Hilger hielt Maltzan am 24. Mai 1921 fest, dass die Rote Fahne „in blutrünstigen Phrasen zum Sturz der Deutschen Regierung" auffordere und dies in Moskau dringend zur Sprache gebracht werden müsse, ebd., R 31490k/31491k (K096266-67), vgl. Sütterlin, S.84, Anm.39.

[1103] G.A. Maltzan, o.D., ADAP A V, Nr.27.

[1104] Hoetzsch, Die Außenpolitik Sowjetrusslands (1922), S.231.

[1105] D'Abernon, Bd.1, S.198f.

Das Misstrauen zwischen der deutschen und der sowjetrussischen Außenpolitik blieb somit kontinuierlich hoch: Während eigentlich organisatorische Sachfragen im diplomatischen Alltag der deutschen Vertretung in Moskau zu lösen waren[1106], hatte Maltzan D'Abernon in einem Gespräch am 9. Juni 1921 Informationen zur Verfügung gestellt, die darauf hinwiesen, dass die Regierung in Moskau nach wie vor erhebliche finanzielle Mittel für die Propaganda in Deutschland aufwandte, was der britische Botschafter auch unter dem 3. Juli 1921 noch einmal bestätigte.[1107] Vor diesem Hintergrund war es einsichtig und folgerichtig, dass der Referatsleiter auf einer Kabinettssitzung am 23. Juni 1921 empfahl, dass dem Antrag der Sowjet-Regierung auf Überlassung des ehemaligen russischen Botschaftsgebäudes ‚Unter den Linden' zur Unterbringung der sowjetrussischen Handelsvertretung *nicht* entsprochen werden solle. Diese sei vielmehr in dem Hause Potsdamer Privatstraße 121 b unterzubringen, womit sich auch das Kabinett einverstanden erklärte. Maltzan hielt, offenkundig in direkter Kontinuität mit seiner oben darstellten geheimen Aufzeichnung vom 25. Mai 1921, die deutsche Republik innenpolitisch immer noch nicht stark genug, als dass die sowjetrussische Fahne jetzt sogar „Unter den Linden" wehen könne.[1108]

Die Verärgerungen über belastende Momente wie Prestige-, Personal- und Organisationsfragen sollten die vorhandene Erbitterung Maltzans nachfolgend noch verfestigen, auch wenn der Referatsleiter dies mit diplomatischer Höflichkeit und zum Teil wohl auch mit Ironie zu überspielen versuchte. Und dies betraf unter anderem die Verzögerung der Antwort auf den deutschen Antrag betreffend einer einfachen Einreiseerlaubnis für Wiedenfeld nach Russland, die in Berlin offenkundig „einen höchst unangenehmen Eindruck" machen musste und „geeignet sei, einen Schatten über unsere sonst so guten persönlichen und dienstlichen Beziehungen zu werfen". Es entspräche jedenfalls nicht „diplomatischen Gebrauch", so hieß es in einer offenbar von Maltzan verfassten geheimen Aufzeichnung vom 25. Juni 1921 weiter, „derartige bedeutende Angelegenheiten mit so großer Passivität zu behandeln."[1109]

Auch deutscherseits scheute man sich allerdings nicht, noch weiteres Öl in diese von gegenseitigen Sticheleien entflammte Feuer zu gießen, wobei es im Grunde nicht relevant war, welcher Vorgang Ursache und welcher Wirkung war: Denn die Erklärung der deutschen Regierung, der als sowjetrussischer Vertreter in Berlin in Aussicht genommene Krestinski sei keine persona grata, weil er „ein zu prominentes Mitglied der Kommunistischen Partei" sei, fasste man nach Hilger im Kreml als „schweren Affront" auf und sollte Lenin persönlich verärgern.[1110] Die Situation ließ sich zwar durch eine Vermittlung Radeks abmildern.[1111] Unverkennbar blieb jedoch, dass sich die Frage des

---

[1106] Maltzan an Hilger, 11.6.1921, PA, R 83381, 045-046.
[1107] D'Abernon, Bd.1, S.212.
[1108] Vgl. AdR, Kab. Wirth, Bd.1, Nr. 35 sowie G.A. Maltzans, 25.5.1921, PA, R 31490k/31491k (K096273-75), wie oben in Kapitel II.7.
[1109] Vgl. die G.A. o.U., 25.6.1921, PA, R 31490k/31491k (K 096226-8). Siehe dann auch Aufz. Maltzan, 6.9.1921, verfilmt unter ebd. (PA), L 667/L 210 535, in der Maltzan erklärte, dass Wiedenfeld seitens der Sowjetregierung nunmehr in Moskau erwartet würde. Wiedenfeld konnte erst am 13. September in Moskau eintreffen und übernahm am selben Tage die Amtsgeschäfte, vgl. ebd., Filmnummer L 667/ L210552-58. Vor dem Eintreffen Wiedenfelds in Moskau soll es nach Sütterlin, S.85ff. dann aber auch noch zwischen den Vertretern des Auswärtigen Amts und der Kriegsgefangenen-Fürsorgestelle ein „unschönes Gerangel um Kompetenzen" gegeben haben. Es erscheint jedoch unzulässig, Maltzan dafür verantwortlich zu machen, der im Gegenteil mit Schreiben vom 17. Februar 1921, vgl. Linke 1970, S.126, über die Kompetenzabgrenzungen entschieden hatte. Zu den Instruktionen Maltzans für Wiedenfeld, dieser soll die Wirtschaftsbeziehungen erneuern und keine politischen Verhandlungen führen, vgl. Wiedenfeld an seine Frau, 9.10.1921, zit. n. Sütterlin, S.86, Anm.48. Zu den Schwierigkeiten Wiedenfelds z.B. ebd., S.87.
[1110] Hilger, S.76f.
[1111] Vgl. ebd., S.77ff

Agréments für Krestinski zu einer Prestigefrage hochsteigerte, die geeignet war, die „mühsam angebahnten Verbindungen zwischen Deutschland (und Russ)land wieder zu zerreißen und die ganze Arbeit, die d(as Aus)waertige Amt in den letzten 1 ½ Jahren in dieser Richtu(ng) geleistet hat, zunichte zu machen.“[1112]

Während die Vereinigten Staaten am 25. August 1921 in Berlin mit Deutschland einen separaten Friedensvertrag unterzeichneten[1113], zogen diese schwerwiegenden deutsch-sowjetrussischen Differenzen in der Folgezeit natürlich weitere, bedeutsame atmosphärische Negativwirkungen nach sich. So hieß es nach weiteren Schwierigkeiten von Seiten Stählers schließlich unter dem 5. September 1921 sogar deutlich resignierend, die „politische Arbeit Sowjetrusslands im gesamten Osten“ werde ohnehin „das nicht halten, was sie versprochen hat“[1114] – eine Enttäuschung, die nicht nur die deutsche, sondern ebenso die britische Außenpolitik betraf: Unter dem 7. September 1921 richtete der britische Außenminister eine Note an Tschitscherin mit dem Vorwurf, eine massive sowjetrussische Propagandatätigkeit die Bestimmungen des englisch-russischen Wirtschaftsabkommens verletze. Nach einem späteren Memorandum erklärte Curzon dabei ausdrücklich, „dass es unmöglich ist, weiter mit der Sowjetregierung zu arbeiten, weil diese sich nicht an den Handelsvertrag gehalten, sondern weiter bolschewistische Propaganda in England getrieben“ habe.[1115]

Vor diesem Hintergrund lag es nahe, dass auch die weiteren unter der Leitung Maltzans durchgeführten deutschen Maßnahmen bezüglich der russischen Frage von Zurückhaltung und Vorsicht geprägt waren. Die deutsche Außenpolitik blieb in diesem Punkt jedenfalls trotz des Willens zur Wahrung deutscher Interessen eher reaktiv ausgerichtet und berücksichtigte dabei insbesondere die Haltung der Regierung in London. Für die Monate nach den deutsch-russischen Abkommen vom Mai 1921 ist insgesamt betrachtet daher von einer anhaltend offenen Schwebelage in den Beziehungen zwischen Berlin und Moskau zu sprechen. Inhaltlich war die Gestaltung des Verhältnisses zu Sowjetrussland noch völlig unkonsolidiert.

In der Wortwahl des Referatsleiters wurden die zurückliegenden und gegenwärtigen Russland-politischen Negativerfahrungen ebenfalls nicht kaschiert. Maltzan resümierte derzeit lediglich, dass sich „die Richtlinien unserer Politik Russlands gegenüber“ auch in der letzten Zeit nicht verändert hätten. Diese Grundlinien gingen konzeptionell

> „ (…) nach wie vor von dem Grundsatz aus, dass ohne Rücksicht auf die innerpolitische Entwicklung Russlands das Land als solches als nächster Nachbar Deutschlands unser allergrößtes Interesse verdient, dass Russland in erster Linie durch deutsche Betätigung in nicht aufdringlicher Weise wiederhergestellt werden kann und dass Deutschland mit Rücksicht auf die Erfüllung der harten Friedensbedingungen zu diesem Wiederaufbau Russlands auch schon im Interesse seiner Gläubiger gezwungen ist. Dabei wollen wir uns, wie unsere Haltung gezeigt hat, durchaus nicht vordrängen, in der äußeren Führung

[1112] Vgl. dazu die erst am 21.10.1921 eingegangene, streng geheime Aufzeichnung Schmidt-Rolkes aus Moskau, ebd., R 31490k/ 31491k (K 096307-17). Die Vorlage ist an beiden Seitenrändern stark beschädigt.

[1113] Siehe zur aufgeregten französischen Reaktion z.B. DDF 1921, Tome II, Nr.119.

[1114] Stähler an Maltzan, 5.9.1921, persönlich, PA, R 31490k/31491k (K096233-34).

[1115] Memorandum vom Februar 1922, o.U., ebd., R 23696, zit. wurde aus der Seite 3, verfilmt unter der Nummer L 096667. Zur Antwortnote Tschitscherins an Curzon vom 27. September 1921 vgl. ebd., R 31490k/31491k, K 096-295-303. Siehe in Bezug auf englisch-russische Spannungen u.a. auch Schoen (Warschau) an das AA, 4.10.1921, ebd., K 096240-43 sowie den Verweis auf eine Übersendung der sowjetrussischen Stellungnahme „regarding breaches of Anglo-Russian Trade Agreement“ bei PRO, FO 371/6856, 140, 145, 150ff. Zur Belastung der britisch-russischen Beziehungen durch sowjetrussische Propaganda vgl. zeitübergreifend den Beitrag von Andrew, The British.

> überlassen wir ruhig England die Initiative. Wir haben unseren Vertrag erst nach dem englischen abgeschlossen und unseren Vertreter erst nach Eintreffen des englischen nach Moskau entsandt.“[1116]

Allerdings wies der Diplomat hier zugleich ebenso darauf hin, dass sich „neuerdings“ angeblich gewisse „Anregungen von französischer und amerikanischer Seite“ verstärkten, „die gleichfalls auf dem deutschen Rücken nach Russland getragen werden“ wollten. Sein weiteres Vorgehen in der russischen Frage blieb also auch in diesem erweiterten außenpolitischen Gesamtzusammenhang in hohem Maße von dem Russland- und Deutschland-politischen Verhalten der Alliierten abhängig.

Tatsächlich begann sich die französische Haltung gegenüber der sowjetrussischen Regierung langsam, aber stetig zu verändern: Der französische Staatssekretär im Quai d´Orsay, Philippe Berthelot (1866-1934), zeigte sich in einem Schreiben an den französischen Botschafter in London Mitte Juli 1921 über die nächsten militärischen Ambitionen der Roten Armee verunsichert.[1117] Eine in Paris unter dem 5. August 1921 erstellte, ungezeichnete Note sprach wenig später einleitend jedoch davon, dass der Quai d´Orsay in einer ganzen Reihe von Fragen seine Russland-politische Position überprüfen müsse - nicht zuletzt schon deshalb, da sich die ökonomische Gesamtsituation in Russland für die Bevölkerung abermals gravierend verschlechtert habe. Eine Teilnahme Frankreichs an humanitärer Hilfe in Zusammenarbeit mit amerikanischen Initiativen sei insoweit mindestens zu empfehlen.[1118]

Auch ernsthafte Gespräche über die Frage der Anerkennung der russischen Schulden durch die revolutionäre Regierung in Moskau wurden nach dieser französischen Vorlage nicht mehr ausgeschlossen: Die Mehrzahl der Nationen, so hieß es hier, insbesondere aber die Vereinigten Staaten würden mittlerweile ohnehin der Ansicht sein, « que des modifications profondes devaient être apportées aux méthodes actuellement appliquées en Russie pour rendre possible et féconde la collaboration étrangère ». Die französische Regierung teile diese Ansicht voll und ganz. Selbst Grundelemente, die in einen interalliiert oder auch bilateral ausgearbeiteten grundlegenden Vertrag mit Sowjetrussland aus französischer Sicht auf jeden Fall mit einbezogen werden müssten, wurden in Paris vorformuliert. Hierbei wurde auch die Aufnahme von politischen Klauseln nicht ausgeschlossen.[1119] Darüber hinaus aber herrschte in Frankreich hinsichtlich der russischen Frage mittlerweile ohnehin Aufruhr: In der „L´Humanité“ vom 15. August 1921 wurden auf der ersten Seite mit einem übergroßen Bild Tschitscherins dessen angebliche Konditionen für die Wiederaufnahme von Beziehungen zwischen Frankreich und Russland vorgetragen, die mit einem Vertrag zwischen Paris und Moskau einhergehen sollten. Hier erging zudem ganz offen die herausfordernde Kritik an die französische Regierung, man könne doch wohl kein Volk von 140 Millionen Einwohnern einfach von der Landkarte löschen und mit ihm überhaupt keine Beziehungen mehr pflegen.[1120]

Solche Forderungen in Frankreich waren in der Wilhelmstraße und somit auch Maltzan schon aus der Presseberichterstattung der Deutschen Botschaft Paris zweifellos bekannt. Eine durchschlagende Veränderung der französischen Russlandpolitik wurde hierdurch aber vorerst nicht eingeleitet. Denn

---

[1116] Maltzan an Dufour, 20.9.1921, ADAP A V, Nr. 134, S.282-284, S.283.
[1117] MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 348, 58-59. Zu Berthelot vgl. Barré.
[1118] Ebd., 60-65.
[1119] Ebd.
[1120] Ausschnitt bei ebd. 67-68.

die Spannungsmomente zwischen Paris und Moskau blieben ebenfalls gravierend. Insbesondere die von der Regierung in Paris erneut offen publik gemachte Unterstützung Polens und Rumäniens im Falle von weiteren Feindseligkeiten mit Sowjetrussland verschärfte die Situation. Gerüchte über angeblich neue Interventionsbestrebungen Frankreichs in Sowjetrussland, die darüber hinaus geplant seien, wurden zwar von Briand unter dem 17. September 1921 abermals dementiert. Sie führten aber nachfolgend zu weiteren bilateralen Belastungen zwischen Paris und Moskau und waren Anfang Oktober 1921 noch nicht ausgeräumt.[1121] Nichtsdestotrotz drängte die Sowjetregierung nach weiterer Anerkennung auf internationaler Bühne. Regierungschef Briand zum Beispiel hielt in dieser Hinsicht unter dem 25. Oktober 1921 gegenüber seinem Gesandten in Riga fest, dass die Emissäre Moskaus nach wie vor jeden Vorwand benutzten, „pour entrer en conversation avec nous". Sie versuchten dabei in erster Linie aufgrund ihrer anderweitigen außenpolitischen Interessen, eine vorbereitende Stimmung zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Paris zu suggerieren.[1122]

Unabhängig davon aber sollte sich „le vrai souci" der französischen Verantwortlichen, die mittlerweile eine militärische Intervention in Russland endgültig ausschlossen, Warschau zur Mäßigung und die jungen Republiken im Kaukasus im Hinblick auf die bolschewistische Bedrohung zu einer Union mit der Türkei Kemals anhielten, auch in der zweiten Jahreshälfte 1921 erneut auf das seit 1919 immer wieder vorgetragene Szenario richten: Auf die „éventualité d'un rapprochement germano-soviétique pour la reconstruction de la Russie, qui pourrait déstabiliser l'Europe des traités."[1123]

In der Zwischenheit hatte es in Berlin eine Entwicklung gegeben, die die französische Sorge – ebenso vor einer weitgehenden wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Sowjetrussland – unter Umständen etwas vermindern konnte: Im Mai 1921 war Walther Rathenau als Wiederaufbau-Minister in das Kabinett Wirth eingetreten, gab in der Wirtschaft sämtliche Ämter auf und plädierte gemeinsam mit Erzberger für die „Erfüllungspolitik", um die Undurchführbarkeit des Versailler Vertrages zu beweisen. Der „Präsident" der AEG galt als ausgewiesener Fachmann für wirtschaftlich-industrielle Fragen und war in der Lage, sich mit den unerträglich belastenden rechtlich-finanziellen Einzelfragen fachkundig auseinanderzusetzen. Sein erster Schritt ging diesbezüglich aber eben nicht in Richtung Moskau, sondern in Richtung Paris. Im Juni kam es zu ersten, nicht nur aus seiner, sondern zum Teil auch aus französischer Sicht konstruktiven Gesprächen mit dem französischen Minister für die befreiten Regionen Loucheur in Wiesbaden.[1124] Und bei den sich anschließenden Gesprächen und Konferenzen in London, Paris und Cannes bemühte sich Rathenau um eine „grundlegende Neuregelung" der deutschen Reparationspflichten.[1125]

Maltzan schilderte die Zusammenarbeit mit dem neuen Reichsminister aus seiner Sicht schon nach wenigen Wochen als eng und vertraut. Die damit auch erneut belegbare, enge Beachtung der westpolitischen Interessenlage Deutschlands zeigte auf, dass die von ihm geleitete Politik des

---

[1121] Vgl. dazu stellvertretend Saint-Aulaire (London) an Briand, 22.9.1921, ebd. 99f. bzw. Briand an Cachin, 4.10.1921, ebd. 130f.

[1122] Briand an Riga, 25.10.1921, ebd.132.

[1123] DDF 1921, Tome II, Avertissement, XII.

[1124] Vgl. Dazu u.a. Briand an Laurent, Tel. No. 1421-1422 (Secret), 16.6.1921, ebd., Tome I, Nr.476 und Laurent an Briand, Tel. No. 1289-1291, 19.6.1921, ebd. Nr. 482. Siehe dann weiter ebd., Tome II, Nr. 57

[1125] Zum Dank Reichspräsident Eberts für die Tätigkeit Rathenaus als Wiederaufbauminister siehe Ebert an Rathenau, 16.1.1922, BAK, NL Walther Rathenau (N1048), Nr.2, 2.

Russlandreferats (natürlich) keineswegs eine „Alternative“ zur westpolitisch orientierten „Erfüllungspolitik“[1126] bildete und aufgrund der sichtbaren gemeinsamen Erörterungen innerhalb der deutschen Außenpolitik auch nicht bilden konnte und sollte. Nach Auffassung Maltzans fügte sich Rathenau insoweit in die mehrheitlich in Berlin verfochtene „Mittellinie“ einer Balance zwischen Ost und West nahtlos ein. Hervorzuheben ist des Weiteren, dass der Referatsleiter ebenfalls an dieser Stelle, genau genommen unter dem Datum des 20. September 1921 in einem Schreiben an den an der Botschaft in London tätigen Dufour, deutlich machte, dass er weiterhin und grundsätzlich ein Zusammengehen mit London in der russischen Frage anstrebe:

> „Auch aus dem intimen Zusammenarbeiten Rathenaus mit Loucheur brauchen keine anderweitigen Konsequenzen gezogen werden. Rathenau billigt vollkommen die von uns eingeschlagene Richtung über London nach Moskau, muß natürlich mit Rücksicht auf seinen Spezialauftrag auch andere Möglichkeiten berücksichtigen.“[1127]

Damit stand Maltzan nicht allein: Nach einem Tagebucheintrag D’Abernons bekräftigte ebenso der frühere Außenminister Simons in einem Gespräch über die allgemeine Gesamtlage eine ähnliche, offensichtlich weit verbreitete Grundhaltung innerhalb der frühen Weimarer Außen- und Russlandpolitik. Deutschland könne ohne das „englische politische Prestige“ auf keinen Erfolg in Russland rechnen. Darüber hinaus müsse eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland, England und auch Amerika in Russland anvisiert werden.[1128]

Ende September 1921 schien dann auch ein Großteil der öffentlichen Meinung in Deutschland einer solchen Integration von Ost- und Westbeziehungen positiv gegenüber zu stehen: Gefordert wurde eine Forcierung der Handelsbeziehungen sowohl zu den Vereinigten Staaten als auch zu Russland. Zu der dabei diskutierten Form des gemeinsamen wirtschaftlichen Engagements mehrerer „westlicher“ Staaten in Russland äußerte sich Maltzan allerdings zurückhaltend: Ein sich möglicherweise aus einer multilateralen Zusammenarbeit speisendes internationales Konsortium zum Wiederaufbau in Russland fand seine Zustimmung jedenfalls nur bedingt. Die zu erwartenden Konflikte über die Führungsstruktur solcher Initiativen würden sich, so argumentierte er, für Deutschland insbesondere auch in finanzieller Hinsicht nachteilig auswirken. Er wollte daher diese Entwicklung unter der gleichzeitigen Favorisierung eines bilateralen Akkordes zwischen Berlin und London bei diesen Fragen von seiner Seite aus eher dilatorisch behandeln, allerdings ohne diese multilaterale Kooperationsidee offen brüskieren zu wollen:

> „Ich halte also nach wie vor ein englisch-deutsches Zusammengehen in Russland für besser und für deutsche Zwecke dienlicher als ein Kuratorium, durch das evtl. Erfolge Deutschlands sofort auf Reparationen oder andere Forderungen verrechnet werden würde. Unsere internationale Lage erlaubt es uns allerdings nicht, uns derartigen Anträgen gegenüber ablehnend zu verhalten, aber gerade durch die Form der Annahme kann man evtl. Wirkungen leichter hinausschieben und damit unschädlich machen.“[1129]

[1126] Vgl. anders akzentuiert Grupp, Maltzan, in: Benz/Graml, S.217-218, S.217. Hier heißt es, Maltzan habe „ab Oktober 1921 in enger Abstimmung mit Reichskanzler Wirth die Annäherung an Russland als Alternative zur sog. Erfüllungspolitik“ forciert.

[1127] Maltzan an Dufour, 20.9.1921, ADAP A V, Nr. 134, S.282-284, S.283.

[1128] D’Abernon, Bd.1, S.235f.

[1129] Maltzan an Dufour, 20.9.1921, ADAP A V, Nr. 134, S.282-284, S.283. Zur Diskussion um das internationale Konsortium vgl. ferner den Artikel im „Le Temps“ vom 31.12.1921 mit dem Titel „Le consortium pour la Russie“, Ausschnitt bei BMAE, 10.991 (I.-II.).

Diese taktische Überzeugung führte der Referatsleiter in der Folgezeit noch weiter aus, wobei eine klare, um Selbstständigkeit bemühte Prioritätensetzung überaus deutlich wurde: Der „wichtigste Grundsatz“, wie Maltzan auf einer ungezeichneten, offenbar Ende September/ Anfang Oktober 1921 entstandenen Denkschrift mit dem Titel „Gedanken“ am linken Rand ergänzend kommentierte, müsse für die zukünftige deutsche Russlandpolitik ab sofort stärker denn je darin liegen, „uns die Russen nicht zu vergrämen“ und uns von Frankreich nicht in „antibolschewistisches Fahrwasser“ drängen zu lassen.[1130]

Zur Wahrung der deutschen Interessen auf Russland-politischem Gebiet plädierte Maltzan damit insgesamt betrachtet also weiterhin für eine zweckorientierte, pragmatische Betrachtungs- und Vorgehensweise: Aus seiner Sicht schien nur eine um Eigenständigkeit bemühte, selbst unter Berücksichtigung der kommunistischen Umsturzbestrebungen ideologiefreie und insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht zukunftsorientierte Politik in Richtung Moskau erfolgversprechend zu sein.

Diese Haltung ähnelte zumindest in ihrer grundlegenden Form durchaus der Position einiger alliierten Vertreter: Der britische Botschafter D’Abernon kritisierte seinen Stellvertreter in Berlin in diesem Zusammenhang dahingehend, Addison stehe zwar mit dem Leiter des Russlandreferats in der Wilhelmstraße in einem lobenswerten, „regelmäßigem Gedankenaustausch“. Er, Addison, lasse sich aber in seiner eigenen Russland-politischen Stellungnahme immer noch viel zu stark von einer persönlichen, rein auf moralischen Kategorien fußenden Abneigung gegenüber den „ungewaschenen“ sowjetrussischen Vertretern leiten.[1131]

Ob der Leiter des Russlandreferats im Auswärtigen Amt allerdings auch in der nachfolgenden Zeit der Gesprächspartner der britischen Diplomaten in Berlin sein würde, schien vorerst ausgeschlossen. Denn Maltzan erklärte sich im Rahmen des im Wesentlichen durch die anstehende Kabinettsumbildung hervorgerufenen Personalwechsels in Berlin mit einer Versetzung an die deutsche Gesandtschaft nach Athen einverstanden. Zudem war der sichtbar auch von ihm selbst gewollte Wechsel nach einer rund zweijährigen Tätigkeit in der Berliner Zentrale im Rahmen der Laufbahn eines Diplomaten gewiss nicht ungewöhnlich.[1132]

Diesem Einverständnis Maltzans lag - abweichend von einigen Stimmen in der bisherigen Forschung[1133] - kein oder zumindest kein in ausschlaggebender Weise relevanter Konflikt mit dem neuen Außenminister Rosen zu Grunde, der noch aus der Zeit der Tätigkeit Maltzans an der Gesandtschaft im Haag von Ende 1917 bis etwa Mitte 1919 resultierte. Fragwürdig ist in diesem Zusammenhang des Weiteren die Vorstellung, dass Maltzan, Schlesinger und auch Hilger in dieser Zeit von den deutsch-russischen Angelegenheiten mehr und mehr ausgeschaltet wurden oder ausgeschaltet werden sollten: Zwar machte Rosen in seinen Erinnerungen aus seiner persönlichen

---

[1130] PA, R 31966. Die Aufz. trägt am Schluss eine Paraphe vom 4.10.1921.

[1131] D’Abernon, Bd.1, 238.

[1132] Mit Paraphendatum vom 21.9.1921 teilte Maltzan dem Staatssekretär Politik und Ministerialdirektor Gneist geheim eine ihm privatim zugegangene Nachricht mit, „man sei in Athen über die vom Auswärtigen Amt getroffene Wahl sehr befriedigt“ und hoffe, „die mit der Anerkennung des Königs verbundenen Formalitäten so beschleunigen zu können, dass ich nach dem Empfang des englischen und französischen Gesandten Anfang Januar in Athen eintreffen könne.“, PA, Personalakten Maltzan, Bd.3, 041.

[1133] Siehe z.B. Krüger, Außenpolitik, S.150; Freund, S.91; Hiden, The Baltic States, S.86. Auch die Behauptung, Rosen habe „alle russischen Andeutungen“, die auf ein „Zusammengehen mit Deutschland“ hindeuteten, „überhört“, ist m.E. nur bedingt überzeugend, vgl. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.180.

Abneigung gegenüber Maltzan keinen Hehl.[1134] Unter Beachtung des kurzen Verbleib Rosens im Amt des Außenministers sowie des späteren Aufstiegs Maltzans zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt bzw. zum Botschafter in Washington erscheinen die Ausführungen des Diplomatenkollegen Rosen aber als eine Art persönlicher Abrechnung, die aufgrund der in der Folgezeit erlittenen beruflichen Niederlagen im Nachhinein vorgetragen wurde. Schon vor diesem Hintergrund der Konkurrenzsituation zwischen beiden Karrierediplomaten bieten die Ausführungen Rosens, der Maltzan erst rückblickend schon während seiner Tätigkeit im Haag Intrigen unterstellte, aus quellenkritischen Gründen zumindest nicht genügend zuverlässige Anhaltspunkte, um einen Konflikt zwischen Rosen und Maltzan im Herbst 1921 in ernsthafter Weise zu konstatieren, aus dem eine Ablösung Maltzans und dessen Versetzung nach Athen resultiert habe.

Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass der kurzzeitige Außenminister die von Maltzan bislang wesentlich mitbestimmte und auf einer sachlichen Argumentation basierende Linie in der russischen Frage auch noch in seinen Erinnerungen inhaltlich durchaus befürwortete. Glaubt man der im Anhang zu den Erinnerungen Rosens angeführten „Vorbemerkung" zu einer Russland-politischen Denkschrift aus dem Winter 1920/21, so befand sich Rosen zumindest insoweit „in voller Übereinstimmung" mit dem Referatsleiter. Auch die hier zu findende, eher irreführende Darstellung, die vermeintlich bereits zu dieser Zeit festgelegte „Grundlage der Politik" gegenüber Moskau habe in den nachfolgenden Monaten zum Abschluss des Rapallo-Vertrages geführt, „dessen eigentlicher Autor Maltzan" gewesen sei[1135], wirkt jedoch erkennbar nachträglich aufgesetzt. Hilger vertrat im Nachhinein zudem die Ansicht, er habe bei Rosen schon damals „das erwartete Interesse und Verständnis für die Bedeutung des Sowjetproblems und die Wichtigkeit einer Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen" vermisst.[1136]

Die zeitgenössischen Quellen zeigen, dass eine mögliche Ablösung Maltzans in der deutschen Presse intensiv diskutiert wurde: So referierte die Vossische Zeitung unter dem Titel „Das Auswärtige Amt und Sowjetrussland" am 4. Oktober 1921 eine Nachricht des Berliner Tageblattes, dass dieser „Personalwechsel auch einen gewissen Wechsel unseres politischen Kurses Sowjetrussland gegenüber bedeute, und dass man nach den geringen Ergebnissen der bisherigen handelspolitischen Annäherung in Zukunft Moskau gegenüber größere Zurückhaltung üben werde." Das Medium hielt den in Aussicht genommenen Wechsel aber insgesamt für einen Vorgang von „durchaus normaler, dienstlich-persönlicher Natur" und hätte „nichts mit einem politischen Frontwechsel der Abteilung zu tun".[1137] Auch die Deutsche Allgemeine Zeitung vom gleichen Datum wies die Kombination des Berliner Tageblattes mittels einer ironischen Spitze als „haltlos" zurück.[1138]

Im Gegensatz zur Vossischen Zeitung aber übten sich weitere Artikel recht vehement in kritischen Äußerungen gegenüber Maltzan und seine Kollegen in der Wilhelmstraße: Es sei jedenfalls, so schrieb die Deutsche Zeitung unter dem 4. Oktober 1921, im Rahmen der zu beklagenden Inaktivität

---

[1134] Siehe dazu die negativen Äußerungen bei Rosen, Bd. III/IV, S.334ff., die z.B. dadurch unglaubwürdig wirken, als Maltzan in dieser Zeit sicherlich nicht sofort zum „Staatssekretär des Auswärtigen Amts" hätte befördert werden können, da er zu dieser Zeit ja bislang nur Abteilungsleiter war, vgl. ebd., 334. Dass Wirth Maltzan zum Staatssekretär in der Reichskanzlei machen wollte, kann hingegen zumindest als möglich gelten.

[1135] Vgl. den „Anhang" bei Rosen, Bd. III/IV mit dem Titel „Denkschrift für das Auswärtige Amt über eine Verständigung mit Russland", S.409ff.; die „Vorbemerkung am Kopf des Exemplars der Denkschrift" bei ebd., S.409.

[1136] Siehe Hilger, S.75

[1137] Ausschnitt bei PA, Personalakten Maltzan, Bd.3, 045.

[1138] Ausschnitt bei ebd., 044.

der deutschen Außen- und Russlandpolitik allein „mit der Ausbootung des Herrn von Maltzan noch nicht getan“. Die „gesamte Ostpolitik“ könne „eine genaue Durchsicht sehr gut gebrauchen“.[1139] Die zugleich intensiv diskutierte Nachfolgerschaft[1140] für das offenkundig als gewichtig und bedeutsam eingeordnete Amt der Leitung des Russlandreferats in der Wilhelmstraße zeigte zudem an, wie offen die weitere inhaltliche Ausrichtung der frühen Weimarer Russlandpolitik zu diesem Zeitpunkt war.
Diese Offenheit und Unsicherheit in der weiteren Entwicklung der von Berlin aus gesteuerten Politik in der russischen Frage wirkte sich natürlich auch auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrussland negativ aus. Den daraus resultierenden, gegenwärtigen atmosphärischen Tiefstand in den beiderseitigen Beziehungen manifestierte sich im Rahmen eines Artikels, den Radek in der Prawda vom 15. Oktober 1921 veröffentlichte und der nicht nur „mit der Feststellung schloss, Deutschland sei völlig an die siegreichen westlichen Alliierten verkauft“.[1141] Der in mehrfacher Hinsicht repräsentative Revolutionär wurde hier sogar noch „respektloser und polemischer“ als sonst: „Die deutsche Bourgeoisie, die vor der Entente ‚auf dem Bauche krieche’ und nicht begreife, dass die Alliierten desto mehr mit Deutschland rechnen würden, je stärker und dauerhafter die Position Deutschlands im Bezug auf Russland ist’, erwecke ganz den Eindruck, dass zwar ‚alle Ochsen nach Frankreich ausgeführt, aber alle Esel im Auswärtigen Amt geblieben seien’.“ Einzig Maltzan behandelte Radek mit Respekt, wobei er vermutete, der Referatsleiter sei „durch Amtsintrigen an der Weiterführung seiner ‚Realpolitik’ gehindert worden.“[1142]
Die Favorisierung des bisherigen Referatsleiters als Verhandlungspartner wurde von Moskau aus zudem auch nachfolgend fortgeführt. Mit Datum vom 25. Oktober 1921 teilte Wiedenfeld, der mittlerweile seine Amtsgeschäfte angetreten hatte, streng vertraulich mit, Radek habe ihm mitgeteilt, die Sowjetregierung sei angeblich im Besitz von Dokumenten der französischen Botschaft in Berlin“ aus denen hervorgehe, dass insbesondere die „französische Regierung (die) Entfernung Maltzan(s) von seinem Berliner Posten gefordert“ habe. Dies stellte sich jedoch schon bald als unzutreffend heraus.[1143] Für Laurent lag am 22. Oktober 1921 der tatsächlich noch unklaren Versetzung hingegen ein innerdeutscher Konflikt zugrunde, und zwar zwischen Maltzan einerseits, der im Akkord u.a. mit Rathenau „la convention économique germano-russe vom 6. Mai 1921 verhandelt und von dem die französische Botschafter erst jüngst detaillierte Informationen über die Verhältnisse in Russland erhalten habe, und Behrendt andererseits, der nur ein wie auch immer gelagertes deutsches Zusammengehen mit einem monarchischen Russland favorisiere und dem Maltzan viel zu unabhängig geworden sei. Letzterer habe zudem eine deutsch-französische wirtschaftliche

[1139] Ausschnitt bei ebd., 043.
[1140] Siehe dazu z.B. auch Blücher an Rosen, 14.10.1921, ebd., NL Nadolny, Bd.58.
[1141] Hilger, S.80. Befürchtungen dieser Arten sollten auch in der nachfolgenden Zeit auftreten. Ende 1922 wurde offenbar über eine Versetzung Hauschilds nach Brüssel nachgedacht. Hier soll die sowjetrussische Seite angeblich ebenfalls geschlossen haben, Deutschland wolle mit den Westmächten „endgültig“ eine Einheitsfront gegen Russland bilden, vgl. Dufour an Maltzan, 15.12.1921, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.6.
[1142] Zit. nach Goldbach, S.104f. Eine Übersetzung der Artikel von Radek in der Prawda Nr. 232 vom 15.10.1921 mit dem Titel „Die deutsch-russischen Beziehungen“ und vom 30.10.1921 „über die französische Regierung in Deutschland“ befinden sich bei PA, R 83381, 267ff. bzw. bei ebd., R 83382, 013ff.
[1143] Vgl. ebd., Personalakten Maltzan, Bd.3, 046 sowie Goldbach, S.105, Anm.60. Bei den Akten findet sich auch die Abschrift eines Schreibens Haniels an die deutsche Vertretung in Moskau vom 26. Oktober 1921, die dazu erklärte, dass die von Radek vorgelegten Dokumente gefälscht sein müssten. Von „französischen Forderungen“ sei nichts bekannt und man würde für die Überlassung einer Abschrift des betreffenden Dokuments dankbar sein, PA, Personalakten Maltzan, Bd.3, 047.
[1143] Vgl. ebd., Personalakten Maltzan, Bd.3, neben 043-045 auch 050, 051, 052.

Zusammenarbeit in Russland nicht ausgeschlossen, die allerdings aufgrund der sowjetrussischen Haltung im Hintergrund bleiben müsse:

> « Le baron de Maltzan saisit l'occasion pour montrer qu'il était très au fait des projets de collaboration franco-allemande en Russie et de l'intérêt qu'y attachaient certains milieux français. Il se déclara complètement acquis en principe, mais non sans formuler aussitôt de sérieuses réserves. L'association devrait rester ignorée du gouvernment bolcheviste qui, dans sa xénophobie foncière, acceptait de traiter avec un gouvernement étranger, mais refuserait certainement d'avoir affaire à un syndicat de gouvernements. Et on pouvait, en l'espèce, assimiler aux gouvernements les puissants groupements qui se formaient sous les auspices des pouvoirs publics pour représenter les intérêts nationaux dans tel ou tel pays étranger. L'Allemagne était donc toute disposée à travailler pour la France en Russie, mais à condition d'apparaître seule. »[1144]

In einer Art Gesamtbilanz über die bisherige Strategie Maltzans vertrat der französische Botschafter die Ansicht, dieser vertrete offenkundig die Tendenzen derjenigen Industriellen, die am meisten national seien, die ausländisches Kapital gewinnen und anbieten würden, es zu vermehren, aber vortäuschen würden, dass die ganze Arbeit nur die deutschen Fabriken übernähmen – eine Doktrin, die die „nécessité d'ententes pour la répartition de la production" genau berücksichtige und von allen Anhängern einer sofortigen Aktion in Russland wie zum Beispiel Rathenau und der AEG weithin geteilt werde. Insoweit habe man, vorausgesetzt, die These von einer definitiven Etablierung des bolschewistischen Regimes in Moskau werde geteilt, die Tendenz, Maltzan im Ganzen Recht zu geben, zumal die Sowjets mittlerweile deutlich signalisiert hätten, politische und wirtschaftliche Fragen zu verbinden, wobei ihnen die Herkunft des Kapitals egal sei.[1145]

Allerdings zog bereits eine andere Mitteilung gravierende Negativfolgen nach sich, die insbesondere die deutsch-französischen Beziehungen in allen Bereichen verschlechtern mussten: In die skizzierte, hinsichtlich der Tätigkeit Maltzans personalpolitische, aber ansonsten auch ganz allgemeine Russland-politische Schwebelage platzte am 12. Oktober 1921 die Bekanntgabe der Entscheidung bezüglich der Oberschlesienfrage, die aus deutscher Sicht seit der Pariser Konferenz im August 1921 in einer zermürbend unsicheren Weise offen und ungeklärt geblieben war. Am 13. August 1921 hatten sich die Siegermächte entschlossen, die Frage der Grenzlinie dem Völkerbundsrat gemäß Artikel 13 der Völkerbundssatzung zu unterbreiten, der dazu einen Ausschuss einsetzte. Beruhend auf einem interalliierten Kompromissvorschlag wurde eine Trennungslinie durchgesetzt, die das alte deutsche Industriegebiet durchschnitt. Dafür erhielt der eingesetzte Ausschuss am 20. Oktober 1921 die Zustimmung des Völkerbundsrates und am 21. Oktober die der Botschafterkonferenz.

[1144] Laurent an Briand, No. 506, 21.10.1921, DDF 1921, Tome II, Nr. 283, S.439-443, das Zitat auf S.442. Hier heißt es dann u.a. weiter: « L'objection que certains groupes allemands intéressés aux affaires de Russie paraissaient avoir obtenu des concours étrangers, hollandais, américains, voir même anglais, n'embarrassa pas le baron de Maltzan. Il nia formellement que les industriels allemands se fussent associés pour les entreprises russes avec les industriels d'aucun autre pays. Il écarta de même toute coopération financièreanglo-allemande et reconnut seulement que des pourparles étaient en cours avec certaines banques hollandaises – notamment Muller – et américaines – entre autres les maisons Schiff et Speyer. »

[1145] Ebd. Zur ablehnenden Haltung bzgl. sowjetrussischer Annäherungsversuche gegenüber Paris, u.a. mit der Aussage, keines solcher Projekte habe und werde auf absehbare Zeit die Billigung der französischen Regierung erhalten, vgl. die Aufz. des „service financier" vom 29.10.1921, ebd., S.443, Anm.1, die von Peretti gebilligt wurde. Siehe zur Beunruhigung von Le Creusot hinsichtlich gewisser Wiederaufbauprojekte, „comme la reconstruction du port de Petrograd par Stinnes et Armstrong", sowie zur Frage „de réorganiser l'entreprise franco-russe de Krivoï-Kog" ebd., S.442, Anm.1.

Zwar hatte D'Abernon in einem Deutschland-politisch eine erste Zwischenbilanz ziehenden Tagebucheintrag vom 30. September 1921 noch konstatiert, die deutsche Regierung setze sich „energisch für eine Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen" ein.[1146] Auch die Militärkontrolle in Deutschland sei inzwischen als überaus wirksam anzusehen.[1147] Außenminister Rosen hatte Außenminister Curzon überdies noch persönlich gewarnt, dass eine in der Oberschlesienfrage für Deutschland negative Entscheidung schwerste innenpolitische Folgen hätte und dass die Stellung derjenigen Kräfte in Berlin, „who are working for a sincere and durable understanding with England", dadurch grundlegend angegriffen und geschwächt würde.[1148] Dennoch stand nunmehr die Zerteilung Oberschlesiens fest. Und dies führte in Deutschland nahezu einheitlich zu der emotional höchst aufgeladenen Wahrnehmung, es sei wiederum ungerecht und auch in diesem Fall zugunsten Polens entschieden worden.[1149]

Nicht nur für die deutsche Politik, sondern ebenso für das Verhältnis zwischen Frankreich und England hatte die Oberschlesien-„Affaire" erhebliche, negative Konsequenzen. Denn sie versetzte nicht nur den positiven Signalen in den deutsch-französischen Beziehungen, die von den Begegnungen von Wiederaufbauminister Rathenau mit dem französischen Minister für die befreiten Gebiete, Louis Loucheur, am 12. Juni und 7. Oktober 1921 im Rahmen des Wiesbadener Abkommen[1150] ausgegangen waren, einen brutalen Schlag. Sie trug ebenfalls dazu bei, die schon zu diesem Zeitpunkt keineswegs mehr gute „entente franco-britannique" weiter zu beschädigen.[1151] Auf deutscher Seite hingegen mag man hinsichtlich der Oberschlesienfrage zwar deutlich übersteigerte Hoffnungen und wenig Einsicht in die realpolitischen Machtverhältnisse konstatieren können. Erkennbar aber war ebenso, dass der Gesamtvorgang schon aufgrund seiner allgemeinen, von der überragenden Mehrheit in Deutschland als destruktiv wahrgenommenen Ausrichtung große Bitterkeit und Enttäuschung hervorrufen musste. Nach der umstrittenen Annahme des Londoner Ultimatums erschien die Erfüllungspolitik jedenfalls vorerst abermals in einem entscheidend geschwächten und diskreditierten Licht. Es war geradezu unausweichlich, dass sich die unkonsolidierten Nachkriegsverhältnisse in Europa erst einmal weiterhin nicht entzerren konnten.

Abermals hatte die erste deutsche Demokratie im Vertrauen auf den „Westen" eine insbesondere auch in innenpolitischer und sozialpsychologischer Hinsicht katastrophale außenpolitische Niederlage erlitten. Sie wurde von D'Abernon nunmehr mit den Begriffen „Selbstmordmanie" und „schwerer Nervenzusammenbruch" in Deutschland charakterisiert[1152]. Auch diese Entscheidung trug

---

[1146] D'Abernon, Bd.1, S.237ff., S.249f.

[1147] Vgl. Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle, S.186ff.

[1148] Privatschreiben Rosen an Curzon, 6.10.1922, HLRO, LG Papers, F/53/3/10.

[1149] Vgl. D'Abernon, Bd.1, S.223f. Zur positive Rezeption der Haltung Londons in der deutschen öffentlichen Meinung aus der Sicht D'Abernons, vgl. ebd., S.227. Bereits unter dem 1. Juli 1921 hatte der britische Botschafter und sein italienischer Kollege in Berlin zudem den Verdacht geäußert, dass die Franzosen in Oberschlesien bereits die „erforderlichen Vorkehrungen getroffen hätten, um die polnische Unfähigkeit auf dem industriellen Gebiet durch die eigene Kompetenz zu ersetzen" und „eine für Deutschland ungünstige Oberschlesienentscheidung den Sturz der Wirthschen Regierung bedeuten würde". Danach sei für Deutschland „Chaos" zu warten, „dass alle Fortschritte, die auf dem Wege der allgemeinen Befriedung der Lage" die in der letzten Zeit erzielt wurden, „verschlingen" werde, siehe ebd., S.211, S.214, S.217, vgl. auch S.216 und S.226 in Bezug auf die „Zusammenarbeit Frankreichs und Italiens in Oberschlesien".

[1150] Vgl. hierzu ausführlicher jüngst Michalka, Rathenaus politische Karriere, S.77f.

[1151] Siehe DDF 1921, Tome II, Avertissement, XIf.

[1152] Bei D'Abernon, Bd.1, S.244 heißt es u.a.: „Die wirtschaftlichen Konzessionen, die (…) als eine Entschädigung für die ungünstige Entscheidung in der Grenzfrage gelten sollen, sind ziemlich wertlos und wurden Deutschland noch außerdem in einer so diktatorischen Form mitgeteilt, dass sie sich kaum von einer Beleidigung unterscheiden."

jedenfalls nicht dazu bei, auch die junge Republik auf deutschem Boden in gewisser Weise „safe for democracy“[1153] zu machen. Insbesondere der deutsche Wiederaufbauminister zeigte sich nach Angaben des britischen Botschafters in der Folgezeit über die deutsche Lage besonders niedergeschlagen. Rathenau habe insoweit geäußert, er sei mittlerweile ohne Vertrauen in eine mäßigende Wirksamkeit der britischen Außenpolitik gegenüber dem rigorosen Vorgehen Frankreichs.[1154]

Am 22. Oktober 1921 trat die Regierung Wirth aus Protest gegen die Oberschlesienentscheidung der Alliierten zurück.[1155] Im Rahmen der zugleich erfolgten Bildung eines zweiten Kabinetts unter der Führung von Reichskanzler Wirth kam es zu weiteren erheblichen Personalentscheidungen: Außenminister Rosen schied aus dem Kabinett aus. Der alte und neue Reichskanzler, der nunmehr ebenso das Amt des Außenministers übernahm, verwarf die Versetzung Maltzans nach Athen und behielt ihn in Berlin.

Dieser Schritt war keineswegs auf irgendein geheimes „Betreiben“ Schlesingers zurückzuführen, der einen derartigen personalpolitischen Einfluss nicht besaß.[1156] Zwar hatte Schlesinger bereits seit dem Sommer 1921 zuweilen von einer gewissen „Waffenbrüderschaft“ zwischen Maltzan und Wirth gesprochen.[1157] Für die Entscheidung Wirths vom 3. November 1921, Ministerialdirektor Behrendt „auf seinen Antrag von der Leitung der Abteilung IV“ zu entbinden und den Laufbahndiplomaten zum neuen Leiter dieser Abteilung zu ernennen[1158], aber lag vor allem ein Grund vor. Maltzan war „Wirths Mann“. Er erhielt zudem jetzt im Zuge einer organisatorischen Neustrukturierung die „Leitung einer Hälfte der anfangs noch halbierten Ostabteilung.“[1159]

Die allgemeine außen- und Russland-politische Bedeutung des Verbleibs Maltzans in der Zentrale des Auswärtigen Amts in Berlin ist von der bisherigen Forschung zu Recht betont worden. Allerdings wirken Vorausdeutungen im Kontext mit dem späteren Abschluss des Rapallo-Vertrages nur bedingt berechtigt, wenngleich es zweifellos zutreffend ist, dass die Ministerialdirektoren seit dieser Zeit erleichterte Aufstiegsmöglichkeiten bis zum Amt des Staatssekretärs gewannen.[1160] Ob

---

[1153] Vgl. dazu ursprünglich die Rede von Woodrow Wilson, „The world must be made safe for democracy“, Washington D.C., 2.4.1917, gedruckt in: MacArthur, S.59-62. Siehe zur Verwendung dieses Begriffs für die Charakterisierung der anglo-amerikanischen Grundposition zwischen 1913 und 1923 auch die Arbeit von Gardner.

[1154] Vgl. D’Abernon, Bd.1, S.251, insgesamt ähnlich auch in Bezug auf Wirth bei ebd., S.256.

[1155] Eine Abschrift des Schreibens Wirths an Ebert zur Demission des Kabinetts vom 22.10.1921 befindet sich bei BAK, NL Joseph Wirth (N1342), Nr.70. Es heißt hier u.a.: „Niemals wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es wehrlos hinnehmen muss, verschmerzen.“ Zur Ablehnung der Fraktion der DVP, an der neuen Regierungsbildung teilzunehmen, vgl. Stresemann an Ebert, 25.10.1921, ebd.

[1156] Vgl. anders z.B. Zimmermann, S.119; Kochan, S.45.

[1157] Die entsprechende Aufz. Schlesingers ist gedruckt bei Krummacher/Lange, S.475ff., vgl. dazu auch Alter, S.515 mit Anm.36. Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.211 spricht von einer „nachgewiesenen Waffenbrüderschaft Maltzan-Wirth“, Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich, S.423 von einem „Einverständnis“ zwischen Wirth, Maltzan und Seeckt.

[1158] PA, Personalakten Maltzan, Bd.3, 048. Zur Meldung seiner neuen Amtsübernahme vgl. auch das Tel. Maltzans, 4.11.1921 bei PA, R 94263 (K 266916) und Maltzan an Rauscher, 5.11.1921, ebd. (K 266917).

[1159] Krüger, Außenpolitik, S.150. Die Abteilung IV wurde im Januar 1922 umorganisiert und danach als Abteilung IVa geführt.

[1160] Siehe Krüger, Struktur, S.149 sowie Doß, Das Deutsche Auswärtige Amt im Übergang, S.272f. Bei ebd. heißt es u.a.: „Vergleicht man diesen Stellenbesetzungsplan, der ausschließlich die Handschrift Schülers trägt, mit der entsprechenden Übersicht aus dem Jahre 1922, so fällt als erstes auf, dass jetzt zwei wichtige Abteilungen von Männern besetzt sind, die aus der alten I A –Laufbahn kamen und nun in kürzester Zeit bis zur Staatssekretärsebene aufsteigen sollten. Es sind dies der Abteilungsleiter III (Großbritannien und Amerika), Ministerialdirektor Dr. v. Schubert, und der Abteilungsleiter IV a (Sowjetrussland, Nord- und Nordosteuropa), Ministerialdirektor Ago Freiherr v. Maltzan.“

Nach Paul Gordon Lauren hatten allerdings auch alle Beamte, „occupying the central administration´s important posts of Ministerialdirektor – Gneist, Mutius, Rümellin, Schubert, Maltzan, Knipping, Köpke, and Heilbron – (…) long experience

Maltzan aber der „kommende Mann“ in der deutschen Außenpolitik und Diplomatie sein würde oder nicht, blieb zunächst noch völlig offen. Denn dies war nachfolgend auch von zahlreichen anderen, noch im Einzelnen unbekannten außen- und innenpolitischen Faktoren und Entwicklungen abhängig.[1161]

Maltzan selbst nahm seine Ernennung zum Ministerialdirektor unterdessen erst einmal skeptisch auf, allerdings dabei mit der ihm eigenen Ironie, zumal er indirekt erneut darauf hinwies, dass er mit einer Versetzung in die griechische Hauptstadt an sich durchaus einverstanden gewesen wäre. Er habe eben, so schrieb er unter dem Datum des 6. Dezember 1922 an Dufour nach London, „den schönen Athener Posten nur schweren Herzens aufgegeben“, „hoffe aber immer noch mich einmal dorthin zurückziehen zu können, wenn die hiesige Abteilung IV mit ihren verschiedenen Untiefen und Klippen mich mehr oder weniger glücklich zu Fall gebracht haben wird.“[1162]

In der Presse wurde die Wiedereinsetzung und sichtbare Aufwertung Maltzans innerhalb der deutschen Außenpolitik insgesamt betrachtet positiv gewürdigt.[1163] Am 21. Dezember 1921 erklärte sich das Kabinett damit einverstanden, die „Geheimräte im Reichsministerium des Auswärtigen Köpke, Schubert und Freiherr von Maltzan zu Ministerialdirektoren“ zu ernennen.[1164] Damit waren zwei Berufsdiplomaten im Auswärtigen Amt – Ago von Maltzan und Carl von Schubert[1165] – zu leitender Verantwortung aufgestiegen, denen auch in den nachfolgenden Jahren für das Denken und Handeln in der amtlichen Außenpolitik der Republik in nahezu allen Facetten maßgebliche Bedeutung zukam. Zudem blieben beide Ministerialdirektoren in ihrer Arbeit zu einem ganz

---

in the foreign service.“, Lauren, Diplomats and Bureaucrats, S.141, Anm.96.

[1161] Vgl. zum Beispiel Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.57; Krummacher/Lange, S.475ff., Anhang, S.477; Krüger, Struktur, S.149 Anm.80.

[1162] Maltzan an Dufour, 6.12.1921, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.6.

[1163] Vgl. Berliner Tageblatt, 4.11.1921, Ausschnitt in: ebd., Personalakten Maltzan, Bd.3, 050. Hier heißt es u.a.: „Vor einiger Zeit hieß es bekanntlich, dass er (Maltzan) als Gesandter nach Athen gehen werde. Diese Mission kann bis auf weiteres für erledigt gelten und Freiherr v. Maltzahn [sic] kann, dank dem ministeriellen Beschluß, den Posten einnehmen, für den er nach seiner bisherigen Tätigkeit als die geeignete Persönlichkeit erscheint und der unter den heutigen Umständen von sehr erheblicher Wichtigkeit ist.“ In der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 4. November 1921 hieß es: „Im Interesse der Führung einer einheitlichen deutschen Ostpolitik ist es zu begrüßen, dass Freiherr v. Maltzan in Berlin bleibt und hier eine Verwendung bekommt, die es ihm ermöglicht, seine Tatkraft, Kenntnisse und politische Geschicklichkeit im Interesse Deutschlands, an den richtigen Stelle, nutzbringend zu verwerten.“, Ausschnitt in: ebd., Personalakten Maltzan, Bd.3, 052.
Unter dem 5. November 1921 berichtete Schoen aus Warschau, dass „die Veränderungen in der Ostabteilung des Auswärtigen Amts von einem Zeitungsorgan als Zeichen der „Wiederaufnahme einer aktiven Wirtschaftspolitik gegenüber Sowjetrussland“ gedeutet würden. Im polnischen Aussenministerium sei zudem die Nachricht, dass v. Dirksen das politische Referat übertragen worden sei, „mit Befriedigung aufgenommen worden“. Man glaube „darin offenbar den Beweis erblicken zu dürfen, dass das Referat in einem für Polen freundlichen Sinn geführt werde.“, Schoen an AA, 5.11.1921, ebd. R 83382, 005 bzw. in ebd., R 94263. Die Vorlage bei ebd. trägt am rechten Rand die Paraphe Maltzans. Hier finden sich auch weitere osteuropäische Zeitungsmeldungen über den „Personalwechsel im Auswaertigen Amt in Berlin“, die insbesondere von lettischer Seite aus gegenüber Maltzan eher freundlich waren. Siehe zur Perzeption der Veränderungen in der Ostabteilung des AA in Polen auch Schoen an AA, 5.11.1921, Dagegen heißt es in einem Schreiben Benndorfs (Warschau) vom 3.12.1921, ebd., u.a., die polnische Presse habe „mehrfach von der Rückberufung des Herrn v. Maltzan in das Auswärtige Amt Notiz genommen und dies stets kommentiert, dass Deutschland infolge der ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien zu der früheren Politik des Herrn v. Maltzan zurückkehre, eine gegen Polen gerichtete Annäherung an Russland anzustreben.“ In einem Leitartikel des „Czas“ vom 1. Dezember soll Maltzan sogar als Hauptvertreter der deutsch-.russischen Annäherung bezeichnet worden sein, „der die Verbindung mit Russland über die Ostseestaaten herstellen und Polen dadurch einkreisen wolle.“

[1164] AdR, Kab. Wirth I, Nr.171. Mit Datum vom 22.12.1921 wurde Maltzan die „Bestallung als Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt“ ausgestellt, PA, Personalakten Maltzan, Bd.3, 054.

[1165] Nach Krüger, Außenpolitik, S.150 war Schubert bereits „im Sommer 1921 die Leitung der stark erweiterten Abteilung III zugesagt worden.“ Siehe dazu u.a. auch Schubert an Haniel, streng vertraulich und persönlich, 30.6.1920, QpH, NL Carl von Schubert, Politisches Tagebuch, II.

erheblichen Teil eng aufeinander angewiesen, was nicht zuletzt durch ihre persönliche Freundschaft, die in den Folgejahren im Ganzen ungetrübt weiterbestand, erleichtert wurde.
In der Zwischenzeit verbreitete Radek im Rahmen eines Artikels in der Prawda vom 11. November 1921 zumindest als erste Reaktion auf die neue personelle Entwicklung in Berlin vorsichtigen Deutschland-politischen Optimismus. Zugleich aber machte die Argumentation des revolutionären Intellektuellen - „wie so manche Äusserung Radeks in diesen Tagen“[1166] - ebenso eine aus deutscher Sicht nach wie vor bedrohliche, alternative Vorgehensweise für die sowjetrussische Außenpolitik deutlich: Ein Arrangement zwischen der RSFSR und Frankreich unter Ausnutzung des Artikels 116 Abs. 3 VV.[1167]
Unzweifelhaft war in jedem Fall, dass ein derartiger Schritt deutsche Interessen nicht nur finanziell auf dem Gebiet der russischen Fragen, sondern möglicherweise auch in gesamtpolitischer Perspektive – sowohl außen- als auch innenpolitisch – schwer schädigen konnte. Die erhebliche Virulenz dieser Russland-politischen Bestimmung des Versailler Vertrages blieb nach wie vor erhalten. Und dies war eben vor allem auch dem für die deutsche Ost-, Russland- und Nordeuropapolitik zuständigen Ministerialdirektor bewusst: Mit Datum vom 18. November 1921 teilte Maltzan Brockdorff-Rantzau privatim mit, Tschitscherin habe in seinen Gesprächen zuvor Rathenau den „Vorwurf“ gemacht, „durch das Loucheur-Abkommen in Wiesbaden“ Russland zumindest indirekt „als Mittel für deutsche Reparationspflicht angeboten zu haben.“ Jetzt aber, so interpretierte er, sei es eben Tschitscherin, der „die Rollen scheinbar vertauscht“ habe - auch wenn sich Maltzan zu diesem Zeitpunkt nicht vorstellen konnte, dass der Volkskommissar „tatsächlich ein grosses Interesse an unserer Erfüllungspolitik haben sollte.“[1168]
Schon vor diesem Hintergrund musste Maltzan auch in seinem neuen, ostpolitisch stark erweiterten Verantwortungsbereich um eine behutsame und im Hinblick auf das Gesamtpanorama der deutschen Außenpolitik um eine ausgewogene Russland-politische Haltung bemüht sein. Es war daher auch keineswegs einfach so, wie die Vossische Zeitung bereits unter dem 4. November 1921 vermutet hatte, dass die Ansicht wohl nicht fehl gehe, „wenn man aus dieser Umbesetzung [...] schließt, dass der Kabinettswechsel eine Aenderung des in der letzten Zeit vom Außenminister Dr. Rosen eingeschlagenen Kurses in den Ostfragen zur Folge haben soll“.[1169] Maltzan bewegte sich zumindest vorerst weitgehend in den schon in den Monaten zuvor auch mit Rosen im Ganzen einvernehmlich verfolgten, vorsichtigen Russland-politischen Bahnen.
Der Ministerialdirektor blieb zudem eindringlich auf Sicherungsmaßnahmen gegenüber kommunistischen, von sowjetrussischer Seite unterstützten Umsturzbestrebungen in Deutschland bedacht: So fragte er schon am 11. November 1921 bei der deutschen Vertretung in Moskau an, „ob vielleicht die zur Zeit von den Fürsorgestellen ausgeübte konsularische Tätigkeit durch ein beschränktes Personal ohne die für die Abwehr des Kommunismus schädlichen Nebenwirkungen im Reichsinteresse fortgesetzt werden könnte, zumal da die Errichtung amtlicher deutscher Konsulate

[1166] Vgl. Goldbach, S.107.
[1167] Zum Artikel Radeks in der Prawda vom 11.11.1921, der die Ernennung Maltzans thematisierte, siehe auch Eichwede, S.148 mit Anm.62.
[1168] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 7, 18.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.40 (H 225 154-5).
[1169] Ausschnitt in: Personalakten Maltzan, Bd.3, 053.

anstelle aller bestehenden Fürsorgestellen aus Gründen der Gegenseitigkeit vorläufig noch auf Schwierigkeiten stoßen wird.“[1170]

Nichtsdestoweniger sollte die wirtschaftliche Dimension der russischen Frage zukunftsweisend unterstützt werden: Drei Tage zuvor hatte Maltzan in diesem Kontext gegenüber den einzelnen Referaten in seiner Abteilung IV verfügt, eingehende Berichte über wertvolle wirtschaftliche Nachrichten „in möglichst weitem Umfange den Interessenten, insbesondere dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsverband der deutschen Industrie so weit unbedenklich zukommen zu lassen“.[1171] Dies entsprach ebenfalls der schon verfolgten Intention, eine möglichst breite amtliche, politische und gesellschaftliche Basis für das weitere ost- und Russland-politische Vorgehen Deutschlands zu schaffen und zu gewinnen. Maßgebliche Führungskräfte aus der deutschen Wirtschaft und Industrie[1172] wurden ebenfalls erneut an den Entscheidungsprozessen beteiligt. Und diese Entwicklung wurde im Ganzen auch von der französischen Diplomatie nach Paris gemeldet: Botschafter Laurent teilte Briand am 22. November 1921 mit, seitdem Maltzan, der trotz Kritik im Hinblick auf die ungelöste Mirbach-Frage und die anhaltende kommunistische Propaganda in Berlin sowohl mit Karachan als auch mit Krestinski gute Beziehungen unterhalte, Direktor in der Wilhelmstrasse sei, « les rapports paraissent se resserrer entre l’Allemagne et le gouvernement des Soviets. » Es sei zudem unwahrscheinlich, dass die Gegenstimmen aus dem rechtsextremen Lager Maltzan dazu drängen würden, „à modifier la ligne de conduite qu’il s’est tracée et qu’il paraît décidé à suivre jusqu’au bout.“[1173]

Des Weiteren waren aus der Sicht des neuen Direktors weitere organisatorisch-administrative Maßnahmen im Sinne eines effektiven, auf die alltäglichen Amtsvorgänge gerichteten Verwaltungsmanagements geboten: In einer Aufzeichnung vom 29. November 1921 hielt Maltzan in Bezug auf die Vorlage von Meldungen, die unter anderem dem Staatssekretär Politik und dem Staatssekretär Wirtschaft vorzulegen waren, fest, dass er „regelmässig von 8:45 Uhr früh bis 6 Uhr abends, manchmal auch bis 7:30 Uhr im Amte anwesend“ sei. Es komme jedoch „mit Rücksicht auf die deutsch-polnischen Verhandlungen“ gegenwärtig vor, „dass dringende Telegramme des Referats IV Po während meiner Teilnahme an ausserhalb des Amtes stattfindenden Sitzungen oder nach 6 Uhr abgesandt werden müssen.“ Dabei handele es sich um eilbedürftige Telegramme, „die eine prinzipielle Stellungnahme des Staatssekretärs Pol. oder W. nicht erfordern“ würden. Der Ministerialdirektor bat insofern darum, „dass Chiffrierbüro zu ermächtigen, derartige eilbedürftige Telegramm nach 6 Uhr abends mit der Unterschrift des Herrn von Dirksen anzunehmen.“ Diese Telegramme würden ihm dann „am nächsten Morgen zur Kenntnisnahme vorgelegt werden“.[1174] Den

---

[1170] Maltzan an deutsche Vertretung Moskau, 11.11.1921, geheim, ADAP A V, Nr. 176, S.361f., S.362. Siehe in diesem Zusammenhang auch die Chefbesprechung mit dem bayrischen Gesandten vom 5. Dezember 1921, AdR, Kab. Wirth I, Nr. 162.

[1171] Aufz. Maltzan, 8.11.1921, PA, R 94263. Siehe zum Reichsverband der Deutschen Industrie insbesondere die Arbeit von Wolff-Rohé.

[1172] Mit Datum vom 3. Dezember 1921 lud Maltzan Melchior zu einer Besprechung beim Staatssekretär von Simson ein, an denen auch Wiedtfeld und Deutsch teilnehmen würden, PA, R 31966 (H119003).

[1173] Laurent an Briand, No. 573, 22.11.1921, DDF 1921, Tome II, Nr. 386. Vgl. auch Panafieu (Warschau) an Briand, No. 305, 24.11.1921, ebd., Nr. 391, der eindringlich vor der deutschen Politik in Russland und Polen warnte. Hier heißt es u.a.: « En même temps qu’ils s’assuraient des collaborations en Pologne même, les Allemands faisaient savoir en Angleterre, en Amérique, en France, qu’ils verraient avec plaisir des capitalistes anglais, américains ou français entrer avec eux en Russie. […] Au surplus, ils inspiraient les notes de Tchitcherine dans lesquelles les Soviets se déclaraient prêt à discuter la question de la reconnaissance des dettes contractées par le gouvernement tsariste. »

[1174] Aufz. Maltzan, 29.11.1921, PA, R 94263. Siehe dazu auch einen inhaltlich ähnlichen Vermerk Maltzans, der das

Geheimakten der Abteilung kam dabei besondere Bedeutung zu. So gab Maltzan mit Datum vom 17. Januar eine Verfügung in Umlauf, die besagte, es sei „im Interesse der Geheimhaltung [...] unbedingt erforderlich, dass die Geheimakten nicht über Nacht in den Zimmern der Herren des Referates liegen bleiben, auch nicht unter Verschluss, da sie bei Abwesenheit des betreffenden Herrn dann nicht zur Hand sind.“ Er regte diesbezüglich an, „die durch ein rotblaues Kreuz kenntlich gemachten Akten stets am selben Tag zum Bureau zwecks Aufbewahrung zurückgeben zu wollen.“[1175]

Der erheblich erweiterte Verantwortungsbereich des Diplomaten versetzte Maltzan darüber hinaus in die Lage, auch in anderen ostpolitischen Themenfelder eigene Akzente zu setzen. Allerdings führte Maltzan zum Beispiel in der Frage des Memelgebietes unter dem Datum des 14. November 1921 abermals aus, dass sich die deutsche Außenpolitik auch in diesem Punkt nur streng „auf dem Boden des Friedensvertrages“ bewegen könne und alle deutschen Beeinflussungsversuche „für irgendwelche Entscheidung über Memelland von der Entente als deutsche Intrige aufgefaßt und ausgenutzt werden“ würden.[1176]

Trotzdem ging es ebenso hier um eine sinnvolle, sorgsame Wahrung deutscher Interessen: Schon mit Blick auf die deutsch-russischen Beziehungen müsse, so argumentierte der Ministerialdirektor, verhindert werden, dass Memel durch ein „französische Protektorat ein französisches Gibraltar werden“ würde. Denn dann werde die Regierung in Paris die Möglichkeit haben, „von Memel aus unseren täglich zunehmenden Wirtschaftsverkehr nach dem Osten zu kontrollieren und nötigenfalls zu unterbinden.“ Maltzan hielt in diesem Zusammenhang daher einen Anschluss des Memellands an Litauen für vernünftig, was „im Rahmen unserer gesamten Ostpolitik auch noch den Vorteil“ habe, „dass durch die gemeinsame Grenze Litauens mit Russland unsere Verbindung nach Russland über Memel nach Litauen gesichert und ausgebaut wird“. Dies sei eine Möglichkeit, die bei unseren bekannten wirtschaftlichen Notwendigkeiten unter keinen Umständen unterschätzt werden“[1177] dürfe – eine Sichtweise, die aufzeigte, wie eng ost- und Russland-politische Fragen verknüpft waren. Bereits in den Wochen zuvor hatte der Diplomat in Bezug auf ein Gespräch mit dem estnischen Außenminister unter anderem ausgeführt, die nachfolgend von Seiten der deutschen Diplomatie zu thematisierende „Andeutung, dass Deutschland [...] seinen Handelsverkehr nach Russland auch über andere Plätze als Reval lenken“ könne und „dass insbesondere die Aufnahme eines direkten Verkehrs über Petersburg in Frage“ käme, würde die Esten möglicherweise in Zukunft „geneigter machen, unseren Wünschen in der Agrar- und Valutafrage entgegenzukommen.“[1178]

Die Polenpolitik nahm ebenfalls einen großen Stellenwert ein. Zwar erscheint es fraglich, ob die diesbezügiche Position des Ministerialdirektors für das damalige, mehrheitliche außenpolitische Denken in Berlin repräsentativ war und in den Folgejahren Bestand hatte. Jedoch lehnte der Ministerialdirektor zumindest gegen Ende 1921 eine Konfrontationshaltung gegenüber Warschau

---

hschr. Datum vom 21. Dezember 1921 trägt, ebenfalls bei ebd.

[1175] Aufz. Maltzan, 17.1.1922, ebd.

[1176] G.A. Maltzan, 14.11.1921, ADAP A V, Nr. 177.

[1177] Ebd.

[1178] Aufz. Maltzans 21.10.1921, ADAP A IV, Nr. 160. Siehe dann weiter auch die Aufz. o.U., 22.11.1921, ebd. Nr. 192 über den gegenwärtigen Stand der Memelfrage, die die Paraphe Maltzans vom gleichen Datum trägt. Siehe zur gleichen Thematik dann weiter ebd., Nr. 212, sowie den Erlaß Maltzans vom 15.7.1922, PA, Akten der Abt. IV, Memel, Pol. 1, Bd. 3 oder die Aufz. Zoepffel-Quellensteins, 26.10.1922, ADAP A VI, Nr. 220. Zur Beteiligung Maltzans an diesen Fragen siehe dann ebenso das vom ihm am 20.10.1922 weitergeleitete Telegramm sowie seine hschr. Unterstreichungen mit blauem Stift zu einer ungezeichneten und einer ihm am 23.10.1922 vorgelegten entsprechenden Aufzeichnung bei PA, R 85040 bzw. Tel. Maltzans an die deutsche Botschaft in London Nr.62, 22.1.1923, ebd., R 85041.

strikt ab. Er war hingegen mit dem sowjetrussischen Volkskommissar Karachan der Auffassung, dass von nun an jede „aggressive Tendenz“ gegenüber Polen unbedingt zu vermeiden sei. Die deutsche Außenpolitik müsse unbedingt versuchen, sich mit dem polnischen Nachbarn schon „mit Rücksicht auf Oberschlesien auf friedlichem Wege zu verständigen“.[1179]

In einer von Maltzan abgezeichneten und offenbar inhaltlich geteilten, wahrscheinlich jedoch von Dirksen stammenden Vorlage wurde diese Position weiter konkretisiert. Deutlich ging aus der hierbei zu findenden, thesenartigen Argumentation hervor, dass den Russland-politischen Fragen und Herausforderungen Priorität zu gewähren war:

> „Die Zukunft Deutschlands hängt in hohem Maße von unseren Beziehungen zu Russland ab. Der Rücksicht auf das Verhältnis zu Russland muß daher unsere Politik gegenüber Polen subordiniert sein. Das heißt indessen nicht, dass wir Polen gegenüber keine Politik treiben sollten. Die Ansicht, dass Polen nur als Saisonstaat anzusehen wäre, ist nicht zu teilen.“[1180]

Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass diese Haltung allein dem Gedankengut der beteiligten Beamten entsprach. Denn in dieser Zeit erhöhte sich auch der Druck „einflussreicher Industrieller, auch von Kreisen um Stinnes“ auf die Wilhelmstraße, zumindest „eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen herzustellen“.[1181]

Eine allgemeine Verständigungs- und Entspannungsbereitschaft Maltzans ist schließlich noch in weiteren ostpolitischen Themenfeldern der frühen Weimarer Außenpolitik nachzuweisen. Die deutschen Vertreter in Tiflis zum Beispiel bat der Ministerialdirektor unter dem Datum des 23. Dezember 1921 nachdrücklich, im Rahmen der Notwendigkeit eines weiteren „Ausbaus freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und (den) Kaukasusrepubliken“ dort einen Bruch zu vermeiden - wenngleich ebenso hier sichtbar wurde, wie schwierig gerade die Beziehungen zu den zahlreichen neuen sowjetrussischen Regierungen blieben, die im direkten Einflussbereichs Moskau auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Zarenreiches entstanden waren.[1182]

Zuweilen aber mahnte die gegenwärtige Lage bislang zu wachsamem Abwarten: Bei der „neusten Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Russland“, so hielt Maltzan es im Hinblick auf die gegenwärtige deutsche Ukraine-Politik fest, sei es derzeit lediglich sinnvoll zunächst einmal, einen deutschen „Beobachtungsposten“ zu schaffen.[1183]. Auch insoweit war erkennbar, dass eine auf möglichst zuverlässigen Informationen beruhende und weithin

---

[1179] Aufz. Maltzan o.U., o.D., streng vertraulich, ebd., R 31490k/31491k (K 096335-37), gedruckt als ADAP A V, Nr. 184.

[1180] Siehe dazu die Aufz. o.D. bei ebd., Nr. 217, die u.a. auch die Paraphe Maltzans trägt. Siehe dazu auch Jena, S.47f., der diese Denkschrift auf Ende 1921 datiert und bei ebd., S.48, Anm.32 u.a. ebenfalls auf die Paraphen Maltzans hinweist.

[1181] Siehe Schattkowsky, S.192. Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen Anfang 1922 vgl. ebd., S.194. Demnach soll Maltzan allerdings den Gesandten Schoen zunächst instruiert haben, die von Skirmunt geforderte „sofortige Aufhebung der Wirtschaftssperre“ vorerst abzulehnen. Der polnische Sejm ratifizierte am 24. Januar 1922 das deutsch-polnische Korridorabkommen, wobei Maltzan z.B. bereits zuvor die Abschrift von einem Tel. Schoens abgezeichnete hatte, der am 19.1.1922 auf die entsprechende Genehmigung durch den Sejmausschuß für Äußeres meldete, vgl. PA, R 81535, 009 (L 172401).

[1182] Maltzan an Gesandtschaft Tiflis, 23.12.1921, ebd. (PA), R 84107. Unter dem 10. Januar 1922 stellte Maltzan Hauschild anheim, die Regierung Moskau auf eine Einwirkung auf die georgische Regierung zu veranlassen, ebd. (mschr. Vermerk Maltzans zu einem über Rom (Quirinal) vermittelten Tel. Rauschers vom 10.1.1922). Siehe dazu auch Maltzan an deutsche Vertretung Moskau, 13.1.1922, ebd., R 84086, wo es ebenfalls heißt, „bitte Abbruch (der) Beziehungen wenn irgend möglich vermeiden.“

[1183] Vgl. Maltzan an Schmidt-Rolke (Moskau), 31.12.1921, PA, R 84244, K 510164-68, hier -64. Zur Frage der Anerkennung der Ukraine vgl. die unter den Filmnummern (PA), K 1964/ K 510 160-01 und K 1964/ K 510 162-63 zu findenden Aufzeichnungen Maltzans, der aufgrund der noch völlig „unkonsolidierten Verhältnisse“ zum Abwarten riet.

konfliktvermindernd ausgerichtete Außenpolitik der Haltung und Grundlinie des Diplomaten entsprach und von ihm verfolgt wurde.

III. Der Architekt von Rapallo

1. Maltzans Sorge vor einer französisch-russischen Annäherung

Es waren in erster Linie drei katalytisch wirkende Faktoren, die nachfolgend eine inhaltliche Ausweitung der deutschen Russlandpolitik nach sich zogen: Die Nachwirkungen der Entscheidung der Alliierten bzw. des Völkerbunds über die Oberschlesienfrage, die Ankündigung einer neuen ökonomischen Politik in Moskau und die ungebrochene Brisanz der Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV.
Bereits mit Datum vom 5. November 1921 hatte das Auswärtige Amt im Auftrag Maltzans einen Runderlass vollzogen, der die außenpolitische Lage nach der „oberschlesischen Entscheidung" darlegte. Entgegen dem Mehrheitsvotum der Bevölkerung vom 20. März 1921 läge, so führte Maltzan darin aus, eine schwere Verletzung des auch im Versailler Vertrag garantierten nationalen Selbstbestimmungsrechts vor. Zudem sei die Übertragung von Kompetenzen an die Botschafterkonferenz und an den Rat des Völkerbundes rechtlich unzulässig.[1184]
Zwar waren die in der Oberschlesienfrage zu Tage tretenden Lösungsvorschläge und Entscheidungen im Ganzen gesehen durchaus von einem Geist der Fairness durchzogen. Aus historiographischer Sicht aber bleibt die zeitgenössische Wirkung auf deutscher Seite entscheidend. Und die allgemeine, schwere Enttäuschung in Deutschland über die damit verbundene Behandlung durch die Alliierten Mächte war indirekt ebenfalls in Russland-politischer Hinsicht bedeutsam - allerdings keineswegs als Gedanke einer baldigen Revanche, die in einer Allianz mit den Machthabern in Moskau zu verwirklichen sei: Die Oberschlesienentscheidung setzte aus deutscher Sicht ein weiteres Negativzeichen, auf welche politisch wie rechtlich umstrittene Art und Weise einzelne Formulierung von Artikeln des Versailler Vertrages in die Praxis umgesetzt wurden.
Neben dem daraus weiterhin resultierenden Misstrauen gegenüber dem zukünftigen Vorgehen der alliierten Deutschlandpolitik mussten vor diesem Hintergrund daher unter anderem auch die Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zusätzlich an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus war es in der Tat eine „Binsenwahrheit", dass Deutschland und Russland den Weg einer wirtschaftlichen Annäherung weiterverfolgen mussten und ein „dauerndes Ausgeschiedensein" Russlands „die Weltwirtschaft unerträglich belasten würde".[1185]
Deutsche Wirtschafts- und Finanzkreise forderten das Auswärtige Amt zu einer mutigeren Russlandpolitik, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, auf. Zugleich wurde angeregt, alsbald auch „eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen herzustellen."[1186] Insoweit formierte sich eine ost- und Russland-politische Interessengemeinschaft, die innenpolitisch eine konstante Mehrheit zum Beispiel in der DNVP und der DVP erhalten und behalten sollte sowie von bürgerlichen Zeitungen

---

[1184] Runderlass vom 5. November 1921 i.A. Maltzans, ADAP A V, Nr. 170. In diesem RE vertrat Maltzan u.a. die Ansicht, eine Zerreißung Oberschlesiens wäre von polnischer Seite erst verfolgt worden, nachdem jeder Anspruch auf das gesamte oberschlesische Gebiet durch die Volksabstimmung vom 20. März geschwunden war. Ein „durch deutsche Arbeit zur Blüte gelangtes, Jahrhunderte lang zu Deutschland gehörendes Gebiet" sei jedenfalls „gegen den Willen der Mehrheit seiner Bewohner und gegen wirtschaftliche Vernunftgründe einem fremden Staate zugewiesen worden" und die formale Unzulässigkeit könne nicht dadurch beseitigt werden, „dass man Deutschland und Polen ein Übergangsregime aufzwang, das im Vertrag von Versailles keine Stütze findet."
[1185] Aufz. Strube, 8.11.1921, ebd., Nr. 173 bzw. Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.46, S.102f, hier S.102.
[1186] Schattkowsky, S.192.

aller Richtungen weithin unterstützt wurde.[1187] Ob allerdings eine amtliche „Intensivierung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ ab dem November 1921 in Berlin zugleich auch „von nahezu allen Parteien befürwortet“ wurde, ist zweifelhaft.[1188]

Maltzan war in diese Aktivitäten, die sich zunächst auf die Gründung mehrerer deutsch-russischer Gesellschaften[1189] und die Russsland-politische Beratung von deutschen Unternehmen konzentrierte, schon aufgrund seiner exponierten Position als Ministerialdirektor in der Ostabteilung von Anfang an eng eingebunden.[1190] Er machte aber weder „Arkanpolitik“[1191] noch formierte sich um ihn herum in der Folgezeit eine „kleine verschworene Kampfgemeinschaft“, die eine „Masse von Uneingeweihten, Skeptikern und Gegnern“[1192] letztlich nicht über Details und tatsächliche Motive informierte. Russlandpolitik wurde hingegen erneut in aller Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Des Weiteren wurden Maltzan geradezu unablässig Denkschriften und Empfehlungen hinsichtlich der Notwendigkeit einer weiterführenden Zusammenarbeit Deutschlands mit Sowjetrussland unterbreitet.[1193]

[1187] Vgl. zur Presse im Einzelnen u.a. ebd., S.182 mit weiteren Literatur- und Memoirenverweisen; Hoyningen-Huene, S.259. Nach Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.593, sei Hoetzsch eine der stärksten Stützen der Politik Maltzans im Parlament gewesen, ähnlich auch Baechler, Gustav Stresemann, S.552 und Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland 1917-1922, S.190. Zur Rolle der Großindustrie innerhalb der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen in den 1920er Jahren siehe Pogge von Strandmann, Großindustrie; Perry (vgl. hierzu auch die Rez. von Walter Schmid in: Osteuropa (1986), S.328) und allgemein Holtfrerich.

[1188] Siehe dazu Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.182 mwN.

[1189] Mit Datum vom 7. November 1921 wurde ein Vertrag zwischen der russischen Handelsvertretung und der Deutsch-Osteuropäischen Kreditbank, Elberfeld, unterzeichnet und zwar über eine kreditbasierte Warenbestellung bei deutschen Firmen im Wert von 200 Millionen Reichsmark, wobei nach dem hier vereinbarten §10 zugleich aber die deutsche Reichsbank „durch offiziellen Beschluss ihres Direktoriums die fest zugesagten Kredite genehmigen“ müsse, PA, R 31967 (H 119157-61). Im November 1921 fand die Gründung der (zivilen) „Deutsch-russischen Luftverkehrsgesellschaft (Deruluft)“ statt, an der die HAPAG, die AEG und der Zeppelin-Konzern beteiligt waren, und schon zuvor die Gründung der „deutsch-russ(ischen) Transportgesellschaft (Derutra)“, gleichfalls unter Beteiligung der HAPAG und des Bankhauses Warburg, vgl. dazu z.B. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.182f. unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Schlesingers und Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland 1917-1922, S.350f.

[1190] Unter dem 24. November 1921 bat ein Direktor der „Deutsch-Ueberseeischen Wirtschaftsaktiengesellschaft“ um einen Gesprächtermin bei Maltzan, um über Einzelheiten bzgl. der Entsendung „eines Vertrauensmannes“ nach Russland zu sprechen, PA, R 31966. Siehe dazu das Antwortschreiben Hauschilds vom 25.11.1921, ebd. Zudem wurden Möglichkeiten erwogen, wie man deutschen Kolonisten in Südrussland wirksam helfen könne, vgl. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.182f. mwN. Mit Datum vom 5. Dezember 1921 schrieb von Wesendonk als Mitglied der Schriftleitung der Deutschen Allgemeinen Zeitung „sehr vertraulich“ und in Duzform an Maltzan über die Notwendigkeit und die Schwierigkeit der Auswahl von russischen Persönlichkeiten als Berater für deutsche Wirtschaftsunternehmen, die nach einem Gewährsmann entscheidender seien, als der Kontakt zu Politikern und Militärs, Wesendonk an Maltzan, 5.12.1921, PA, R 31966. Zu Wesendonk siehe Sütterlin, S.31, Anm.19. Bei den Akten findet sich schließlich ebenso eine Einladung für den 6. Dezember 1921 zu einem Vortrag des Geheimrates Deutsch von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft mit dem Titel „Die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland“. Dieser Vortrag werde abends 8 Uhr im Club der Landwirte, Dessauerstrasse 14 stattfinden, PA, R 31966 (H 119004). Die Vorlage trägt den hschr. Vermerk Maltzans, der dem Referat IV eine Teilnahme „tunlichst“ anheim stellte. Bei einem Vortragsabend im Reichstag am 29. Dezember wurde Maltzan von einem Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie gebeten, an einer Sitzung ihres „deutsch-russischen Ausschusses“ teilzunehmen, da gerade Maltzans „Teilnahme die grösste Aufmerksamkeit der Ausschussmitglieder finden“ würde. Diese Sitzung wurde in der Geschäftsstelle des Reichsverbandes, Königin-Augustastr. 29, für den 10. Januar 1922 um 11 Uhr angekündigt. Nach einer angefügten Einladung würden auch Herr Wiedenfeld als Vertreter Deutschlands in Moskau und „Herr Staatssekretär a.D. Prof. Dr. August Müller“ teilnehmen, Schneider an Maltzan, 30.12.1921, ebd., R 31967.

[1191] Siehe anders z.B. Hoyningen-Huene, S.259; Graml, 1969, S.137.

[1192] Vgl. Krüger, Außenpolitik Weimar, S.166f.

[1193] Mit Datum vom 5. November 1921 wurde Maltzan zum Beispiel eine von einem Berliner Rechtsanwalt und Notar, Herrn Dr. Eduard Fränkel, unterzeichnete Denkschrift mit dem Titel „Dem Wiederaufbau der Handelsbeziehungen zu Russland“ übersandt, die „genaue Kenner der derzeitigen russischen Verhältnisse“ verfasst hätten. Von diesem „Plan“ habe der Reichspräsident bereits „Kenntnis erhalten und die Weiterleitung an den Herrn Reichswirtschaftsminister zur Prüfung angeordnet“, (Fränkel) an Maltzan, 5.11.1921, PA, R 31966.

In dieser Hinsicht kamen Vorbehalte allerdings erneut von Reichspräsident Ebert. Maltzan bemühte sich deshalb, das „Informationsbedürfnis“ des Reichspräsidenten in der russischen, aber auch in anderen ostpolitischen Fragen, wie zum Beispiel in der georgischen Frage, zu befriedigen.[1194]
Sachbezogene Argumente für eine Ausdehnung der deutschen Wirtschaftstätigkeit nach Osten wurden weiterhin artikuliert. So hatte der deutsche Botschafter in London, Friedrich Sthamer, bereits unter dem 3. November 1921 berichtet, ein Mitglied der britischen Handelsdelegation in Moskau habe ihm mitgeteilt, dass in Russland durchaus „eine langsame Rückkehr zu kapitalistischer Wirtschaftsweise“ erwartet werden könne.[1195] Nach Hartmut Pogge von Strandmanns hatte der internationale Handel mit Russland ohnehin schon „seit geraumer Zeit“ eingesetzt. Im Vergleich zu der Zeit vor 1914 war dabei der „traditionelle Handelspartner Russlands“, Deutschland, im Hinblick auf die „jetzt vorliegenden Zahlen über den Import Sowjetrusslands für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Oktober 1921“ nunmehr schon recht weit hinter England zurückgefallen.[1196] Während in London die deutsche Bedeutung in der russischen Volkswirtschaft auch in historischer Sicht eindringlich Erörterung fand[1197], waren konkrete wirtschaftliche Abschlüsse deutscher Firmen in Russland daher ebenso aus dieser Perspektive legitim, erwünscht und notwendig. Trotz des gerade in Deutschland nach den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre allgegenwärtigen „Schreckbilds“[1198] des Kommunismus/ Bolschewismus lag es somit für die Verantwortlichen in Berlin und insbesondere für Maltzan nahe, nach wie vor und soweit wie möglich eine vorsichtige und abwägende Grundpositionierung der deutschen Außenpolitik zu vollziehen, die eine weitere wirtschaftliche und auch politische Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen zumindest nicht kategorisch ausschloss, sondern situations- und interessenbedingt von den zahlreichen anderen Faktoren und Entwicklungen abhängig machte.[1199]
Einer dieser im Hinblick auf die politische, wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungskraft bislang nur schwer überschaubaren Faktoren lag nachfolgend in der Tatsache, dass sich die sowjetrussische Regierung in Moskau aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage in Russland entschloss, „den Westmächten in ihrer dringlichsten Forderung entgegenzukommen und grundsätzlich die Anerkennung der Vorkriegsschulden anzubieten“.[1200] Tschitscherin sollte dazu, so hieß es unter anderem auch innerhalb der französischen Diplomatie, Ende Oktober 1921 und erneut am 28. November 1921 die Möglichkeit gewisser politischer Zugeständnisse andeuten, allerdings « à

[1194] Siehe dazu u.a. den Vermerk Maltzans vom 12.12.1921, mit dem er Haniel einen dementsprechenden Bericht übersandte, PA, R 84085. Zu den Spannungen in Tiflis siehe auch Maltzan an deutsche Vertretung Moskau, 23.12.1921, ebd. sowie 13.1.1922, ebd., R 84086.
[1195] Zit. nach Sütterlin, S.138, Anm.98. Zu dem in Groß Weeden bei Ratzeburg geborenen Friedrich Sthamer (1856-1931), erster Bürgermeister in Hamburg und ab 1920 Gesandter bzw. Botschafter in London vgl. u.a. ADAP, Ergänzungsband zu den Serien A-E, S.513 sowie Sütterlin, S.138, Anm.98.
[1196] Vgl. Pogge von Strandmann, Rapallo und die Legende, S.72. Zum „ziemlich starken Ansteigen der (russischen) Importziffern“ in dieser Zeit vgl. ebd.
[1197] Zur Diskussion im englischen Parlament, wie viel deutsches Kapital in Russland vor dem Krieg investiert worden war, vgl. PRO, FO 371, 8208, 129. Hier auch der Verweis auf das 1913 in Berlin erschienene Buch von Ischchanian mit dem Titel „Die Ausländischen Elemente in der russischen Volkswirthschaft“. Zu den Export- und Importzahlen im Jahr 1913 und dem Hinweis auf die Unterschiedlichkeit der deutschen und der russischen Angaben dazu vgl. die Zusammenfassung bei ebd., 130.
[1198] Vgl. hierzu wie einleitend bereits ausgeführt u.a. die Arbeiten von Merz; Wagner, Das Bild Sowjetrusslands in den Memoiren deutscher Diplomaten der Weimarer Republik sowie O´Sullivan. Zum Bild Sowjetrusslands aus der Perspektive des AA und der Reichswehrführung zwischen 1918-1923 siehe u.a. Borowsky, Sowjetrußland in der Sicht.
[1199] Siehe dazu u.a. auch schon die Rede Müllers im Reichstag, 26.10.1921, RT Bd.351, S.4738, vgl. W. Maehl, S.46
[1200] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.89.

condition que le Gouvernement des Soviets fut reconnu par les Puissances et qu´une conférence internationale fut convoquées à l´effet de régler la reprise des relations officielles. »[1201] Ein weiterer Grund für den Zeitpunkt dieser Ankündigung lag in der im November 1921 stattfindenden Konferenz von Washington[1202]: Die sowjetrussische Außenpolitik verfolgte insoweit die Intention, auch die Vereinigten Staaten „politisch und ökonomisch" für den Wiederaufbau in Russland verstärkt zu interessieren und wirtschaftliche Konkurrenzen innerhalb der kapitalistischen Mächte zu forcieren. In diesem Zusammenhang wurde nunmehr auch eine internationale Wirtschaftskonferenz vorgeschlagen.[1203]

Ob dieses Vorgehen aus sowjetrussischer Sicht auf erfolgsversprechende Resonanz oder Wirkung traf, blieb zunächst unklar. Jedoch sollte auch die britische Außenpolitik Mitte November 1921 ihren alliierten Partnern in Paris empfehlen, Russland-politisch jetzt aktiver zu werden. Allerdings sei dabei als unbedingte Voraussetzung für die Aufnahme „ernster" Beziehungen mit Sowjetrussland eben zunächst einmal die Durchsetzung einer Anerkennung aller russischen Schulden durch die Regierung in Moskau einzufordern.[1204]

Eine solche Russland-politische Entwicklung war natürlich auch aus deutscher Sicht „kaum zu überschätzen"[1205]. Zudem lässt sich die Stellung Berlins im Rahmen dieser außenpolitischen Überlegungen in Moskau heute anhand von sowjetrussischen Archivalien genauer bestimmen. So hatte zum Beispiel der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, unter dem 7. November 1921 ausgeführt, „über eine Kombination mit Deutschland" solle erst „in dem Fall ernsthafter nachgedacht werden, wenn die Verbündeten in Washington uns gegenüber eine unversöhnliche Position einnehmen oder für uns unerfüllbare Forderungen stellen."[1206] In der Tat ist damit zumindest zu diesem Zeitpunkt von einer recht klar hervortretenden, „nachgeordneten Bedeutung der Weimarer Republik" für die Interessen der sowjetrussischen Außenpolitik zu sprechen.[1207]

Demgegenüber stand eine aktuelle, möglichst grundlegende Russland-politische Selbstverständigung aus deutscher Sicht immer noch aus. Eine Aufzeichnung mit Datum vom 24. November 1921[1208], die in der Ostabteilung des Auswärtigen Amts unter der Gesamtverantwortung Maltzans für eine Sitzung des Kabinetts konzipiert wurde, schien allerdings darum bemüht, eine allgemeine Orientierungsfunktion in diesem außenpolitischen Politikbereich zumindest teilweise einzunehmen und die damit einhergehende Lagebeurteilung zu erleichtern. Hier wurde vor allem die „immer klarer

---

[1201] Zur Wiedergabe der Äußerung Tschitscherins vgl. die Kopie einer ungezeichneten Aufz. vom 25.11.1921 bei ebd., 137-139, hier 138. Siehe dazu auch Noulens an Briand, 2.2.1922, ebd., Série Z, U.R.S.S. 349, 7-10, 8, der sich auf eine entsprechende Äußerung Tschitscherins von Ende Oktober 1921 bezieht.

[1202] Siehe zum Verlauf und Ergebnis der Washingtoner Konferenz und die daraus unmittelbar resultierenden Auswirkungen auf Deutschland jüngst die Dissertation von Doepgen, S.91ff.

[1203] Zur sowjetrussischen Note an England, Frankreich, Italien, Japan und die USA mit der Idee einer internationalen Konferenz vgl. Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.60 und Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.180f.

[1204] Die Übersetzung der englischen Note vom 16.11.1921 befindet sich bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 348, 135.

[1205] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.89.

[1206] Ebd.

[1207] Zit. nach ebd., S.89f.

[1208] Aufz. o.U., 24.11.1921, PA, R 31966 (H 118997-99). Ein weiteres Exemplar, das keine Filmnummerierung hat, trägt am Ende die Paraphe Maltzans und im oberen Teil der ersten Seite u.a. die hschr. Bemerkung Maltzans „nächste Kabinettssitzung" bzw. „25 Exemplare [...]".

zutage tretende Neueinstellung der russischen Wirtschaftspolitik“ als deutsches Handlungsmotiv und Aktivitätsgebot hervorgehoben, die „die handeltreibenden Kreise sämtlicher Produktionsländer“ zu diesem „gewaltigen Absatzgebiet“ lenken würden. England sei in diesem Zusammenhang jedenfalls „auch weiterhin bestrebt, Fühlung mit der russischen Wirtschaft zu nehmen und sich niemanden andern zuvorkommen zu lassen.“ Ebenso sei der Einfluss der Vereinigten Staaten „durch seine mit Wirtschaftskräften durchsetzte und vorzüglich organisierte Hilfsaktion im europäischen Russland, sowie auch in der Republik des fernen Ostens in stetem Wachsen“ und ebenfalls Italien suche „im Süden Russlands und der Ukraine sich wirtschaftlich festzusetzen.“ Trotz des „Strebens nach internationaler Verständigung“ gehe es aus deutscher Sicht daher in erster Linie darum, „zunächst (,) unseren Einfluß nicht durch Mächtigere verdrängen zu lassen.“[1209]

In ähnlicher Weise argumentierte eine Aufzeichnung Maltzans vom Tag zuvor: Hier führte der Ministerialdirektor aus, „dass Lenin das Fehlschlagen der kommunistischen Ideen nicht nur zugegeben, sondern durch konkludente Handlungen bewiesen habe“. Dies gäbe nunmehr eben auch anderen Ländern wie Japan zu denken, wobei der japanische Botschafter in Berlin anerkannt habe, dass „die seit zwei ‚Jahren im Auswärtigen Amt geführte Russenpolitik trotz mancher scheinbarer Schwankungen durch die heutige Entwicklung in Russland“ weitgehend als richtig bestätigt worden sei. Japan sehe sich „nun ebenso wie wir gezwungen, den Tatsachen in die Augen zu blicken“. Ein einseitiges, allzu selbstständiges deutsches Vorgehen müsse dabei zwar tunlichst vermieden werden. Letztlich aber gehe es um die Sicherung deutscher Interessen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet:

> „Einmal sind wir als kapitalarmes Land genötigt, Hand in Hand mit den übrigen Nationen zu arbeiten und müssen auch aus anderen Gründen alles vermeiden, was nach einer *Sonder-Aktion* [Herv.d.Verf.] in Russland aussehen könnte. Andererseits – und das wohl noch mehr – haben wir Rücksicht auf die Stimmung in Russland zu nehmen. Diese ist nach übereinstimmender Mitteilung aus sämtlichen Quellen uns durchweg günstig. Nur von Deutschland wird die Hilfe erwartet und gern genommen in dem Vertrauen, dass der Deutsche sich mit maßvollem Gewinn für seine Leistungen begnügen werde.“[1210]

Vor diesem Hintergrund müsse, so führte Maltzan seine Argumentation weiter, sein Votum Gültigkeit und Umsetzung beanspruchen, die gegenwärtige prodeutsche „Stimmung“ in Russland wirtschaftspolitisch „für uns auszunutzen und bei der bereits stark einsetzenden Konkurrenz den Vorsprung nicht zu verlieren, den wir in Russland haben.“ Mit Ausnahme der Aufstockung des Personals an den gegenseitigen Wirtschaftsvertretungen, was die Gefahr weiterer kommunistischer Propaganda in Deutschland erhöhen könne, sei daher „jede andere Möglichkeit“ zu nutzen, „unser Dasein und unsere Hilfsbereitschaft auch äusserlich zu dokumentieren“.[1211] Und dazu gehörte zum Beispiel die Überwinterung des Reichsdampfers „Triton“ in Petersburg, die bei der Anwesenheit von Schiffen anderer Mächte sowohl „aus symbolisch-politischen“ als auch aus „wirtschaftspolitischen und medizinischen Gründen“ durchgeführt werden müsse.[1212] Darüber hinaus war aber bereits

---

[1209] Ebd.
[1210] G.A. Maltzan, 23.11.1921, ADAP A V, Nr.191.
[1211] Ebd.
Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.182 und AdR, Kab. Wirth I, Nr.159 (Kabinettssitzung vom 30.11.1921, mit der Teilnahme Maltzans).
[1212] Vgl. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.182 und AdR, Kab. Wirth I, Nr.159 (Kabinettssitzung vom 30.11.1921, mit der Teilnahme Maltzans).

absehbar, dass zugleich die volle Wiederaufnahme der politischen und diplomatischen Beziehungen, die Moskau bereits mit Polen, Lettland, Estland und Finnland realisiert hatte, über kurz oder lang ebenfalls auf der Tagesordnung der deutsch-russischen Beziehungen stand und insoweit möglicherweise schon bald an Aktualität gewinnen könne.[1213]

Ob der deutschen Seite jedoch überhaupt die Zeit und Möglichkeit blieb, die Zügel derart selbstbestimmt in der Hand zu behalten, blieb aufgrund der allgemeinen Schwäche der Republik auf dem internationalen Parkett fraglich. Dies sollte auch Maltzan erneut nachdrücklich bewusst werden. Im Rahmen der Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Stellvertreter Krestinskis hielt der Ministerdirektor am 24. November 1921 nicht nur fest, Bratmann-Brodowski habe durchaus ganz offen zugegeben, dass von sowjetrussischer Seite aus „nach der Washingtoner Konferenz Besprechungen mit der Entente über die Anerkennung der Vorkriegsschulden stattfinden könnten", obgleich dazu durch den Einfluss von London und Rom erst in Paris eine Änderung der sehr ablehnenden Haltung gegenüber der Regierung in Moskau angebahnt werden müsse. Die von dort aus gesteuerte Außenpolitik formulierte ihren in der Sache schlagkräftigen Verhandlungstrumpf aus dem Versailler Vertrag aber nunmehr ganz ungeschminkt. Bratmann-Brodowski habe, so heißt es in den Ausführungen Maltzans darauf hingewiesen, dass „die Stellung Russlands der Entente gegenüber, insbesondere in Bezug auf den Versailler Friedensvertrag" „sehr erleichtert" werden würde, „falls vorher mit Deutschland ein Ausgleich über die noch schwebenden gegenseitigen Kriegsschuldenforderungen hergestellt werden könnte." Ein solcher Vertrag könne für Russland möglicherweise auch „eine geeignete Basis sein gegen event(uelle) Versuchungen der Entente auf Grund Artikels 116 (Abs. 3) / 117 des Versailler Vertrages".[1214]

Das finanzielle und zugleich hochpolitische Gewicht dieser Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages, das seit 1919 „ganz auf der Linie" der französischen Außenpolitik lag, Deutschland und Russland möglichst vollständig „voneinander getrennt zu halten"[1215], wurde damit erneut unterstrichen. Es war offenkundig, dass Maltzan an dieser Tatsache auch in Zukunft nicht vorbeigehen konnte. Dennoch erwiderte er Bratmann-Brodowski in Bezug auf den „Ausgleich der durch Aufhebung des Brest-Litowsker Vertrages beseitigten Regelung der gegenseitigen Kriegsschäden" an dieser Stelle zunächst lediglich, die russische Seite möge ihm „eine unverbindliche Liste der russischen Wünsche aufstellen". Von deutscher Seite aus könnten dann

---

[1213] Siehe Aufz. Simson, 6.12.1921, ADAP A V, Nr. 211. Nach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.182 und Klein, Die diplomatischen Beziehungen, S.87f. wurde die Aufnahme „normale Beziehungen" mit Sowjetrussland von den kommunistischen Kräften in Deutschland natürlich bereits „seit langem" gefordert.

[1214] G.A. Maltzan, 24.11.1922, ADAP A V, Nr. 194, das Original bei PA, R 83382, 063.

[1215] Ursprünglich hatte der französische Finanzminister Klotz am 24. Februar 1919 in der zehnten Sitzung der Vorbereitenden Reparations-Kommission beantragt, auch „eine Schätzung der von Deutschland in Russland angerichteten Schäden" vorzulegen, und mit Artikel 13 des französischen Vorschlag zu den finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages vom 28. März 1919 darüber hinaus versucht, „das Prinzip deutscher Kriegsentschädigung auf Deutschlands neue östliche Nachbarn auszudehnen". Regierungschef Clemenceau schlug daraufhin am 4. Mai 1919 dem Rat der Vier einen Paragraphen über Russlands Recht auf Schadensersatz vor, der nur noch von der Redaktionskommission in die oben erwähnte Fassung des Art. 116 Abs. 3 VV abgeändert wurde, vgl. Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.99f.
Siehe dazu ausführlicher ebenso Epstein, Zur Interpretation, S.317; S.319f.; S.321. Nach ebd. lautete der Wortlaut dieses ursprünglichen „Art. 13" in deutscher Übersetzung: „Deutschland erkennt das Recht der Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Kaiserreichs, wie es vor dem Kriege bestand, an, Ersatz für Kriegsschäden sachlicher und persönlicher Art zu verlangen. Die alliierten und assoziierten Regierungen behalten sich ausdrücklich vor, in ihre Entschädigungsforderungen solche einzuschließen, die dem Eigentum und den Interessen ihrer Staatsangehörigen auf dem Gebiet des früheren russischen Reichs zugefügt worden sind." Siehe in diesem Zusammenhang auch die Memoiren von Klotz, De la guerre à la paix, S.219.

unter Umständen ebenfalls „entsprechende Vorschläge“ vorbereitet werden. Zugleich betonte Maltzan zwar grundsätzlich die „gemeinsamen Interessen“ zwischen Berlin und Moskau in dieser Frage. Für eine auf Deutschland bezogene „Vertretung russischer Wünsche in der Öffentlichkeit, im Parlament und im Kabinett“ müsse jedoch von der Regierung in Moskau aus mehr geschehen. Zudem wusste der Ministerialdirektor eine harte Verhandlungshaltung auf deutscher Seite aber auch noch in anderweitiger Hinsicht zu untermauern. So forderte er für die von sowjetrussischer Seite angestrebte „Einräumung des Botschaftergebäudes“, also die Überlassung der alten kaiserlichen russischen Botschaft ‚Unter den Linden’, handfeste Gegenleistungen: Zum einen die „Gewißheit für ein Aufhören der russischen Propaganda“ und zum anderen „positive russische Leistungen in Gestalt von garantierten Konzessionen und anderer wirtschaftlicher Ausgleiche“. Seine Gesamtanalyse hingegen fiel merklich abwägend aus. Es gehe jetzt und in der kommenden Zeit letztlich darum, die deutsche Russlandpolitik dahingehend sinnvoll zu positionieren, so dass die eigenen Interessen sowohl in der Ost- als auch in der Westpolitik keinen gravierenden Schaden nähmen:

> „Meines Erachtens zwingt uns unsere innerpolitische und außenpolitische Lage, an den Entwicklungsmöglichkeiten der beginnenden Evolution in Russland nicht achtlos vorüberzugehen, zu starke Passivität würde der Entente die Möglichkeit geben ihre Beziehungen mit Russland zu unserem Nachteil in Ordnung zu bringen. Andererseits müssen wir in Rechnung stellen, ob eine Einräumung der Botschaft aus ‚wohnungstechnischen’ Gründen unseren westlichen Nachbarn gegenüber politisch tragbar ist.[1216]

Maltzan sollte diese Position zudem nachfolgend noch weiter präzisieren und dafür weitere Gründe ins Feld führen: Mit Privatbrief datiert vom 28. November 1921 stellte er Rheinbaben[1217] „in der Eile zusammengesetztes Material“ für einen Vortrag in Stuttgart zur Verfügung, der dort als „Leitmotiv“ seiner Ausführungen insbesondere die „Gefahr des Zusammenschlusses Russlands (mit der) Entente über Deutschland hinweg“ behandeln solle. Denn schließlich habe Radek in einem Artikel in der Iswestija vom 9. November 1921 schon öffentlich die Möglichkeit „ventiliert“, „dass Russland durch die Entente gezwungen würde, den Versailler Frieden und somit auch Artikel 116 und 117 anzuerkennen und auf Grund der genannten Artikel an die Entente die Kriegsschädenforderungen gegen Deutschland in Höhe der russischen Vorkriegsschulden abzutreten“. Und Maltzan nahm dieses mögliche Russland-politische Szenario als eine Frage von beinahe existentieller Bedeutung wahr:

> „Wenn Deutschland auch nicht zahlen könne, so würde Deutschland hierdurch noch mehr der Willkür Frankreichs preisgegeben und eine endgültige politische und

[1216] G.A. Maltzan, 24.11.1922, ADAP A V, Nr. 194. Maltzan schlug hier abschließend vor, dass „unter dem Vorsitz der Herren Staatssekretäre oder des Herrn Reichskanzlers eine Aussprache zwischen den zuständigen Abteilungsleitern“ stattfände und dass „der Herr Reichskanzler am kommenden Montag im Auswärtigen Ausschuß die Möglichkeiten, Notwendigkeiten und evtl. Folgen dieser Entwicklung dem Auswärtigen Ausschuß zur vertraulichen Kenntnisnahme vorlege.“ Von einer eigenmächtigen Russland-politischen Vorgehensweise Maltzans kann daher auch hier keine Rede sein.
Siehe zu dieser Aufz. auch Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.181 und Linke, Der Weg nach Rapallo, S.102, wo die Ausführungen Maltzans im Rahmen der Feststellung, „dass Deutschland in seiner Ostpolitik ‚wohl noch mehr’ als das Einvernehmen mit den Westmächten die Einstellung Sowjetrusslands zu berücksichtigen habe“ etwas zu stark aus dem Kontext gerissen werden. Der hier vorhandene Zusammenhang im Hinblick auf Art. 116 Abs. 3 VV muss jedoch unbedingt aufgezeigt werden. Zudem eignet sich die Aufz. schon in zeitlicher Hinsicht sicherlich nur sehr bedingt, über die Motive Maltzans am 14./15. April 1922 Auskunft zu geben.

[1217] Zu Werner Freiherr v. Rheinbaben (1878-1970) vgl. Sütterlin, S.140, Anm.103. Rheinbaben bezeichnet seinen Schulkameraden Maltzan in seinen Erinnerungen als lebenslangen Freund, Rheinbaben, Viermal Deutschland, S.235f.

> wirtschaftliche Trennungslinie zwischen Russland und Deutschland gelegt werden. Das Schicksal Deutschlands, dessen einzigste Entwicklungsmöglichkeit zur Zeit noch nach dem Osten zu berücksichtigen ist, würde damit besiegelt sein.“[1218]

Auch an dieser Stelle wird daher, wie bereits mehrfach nachgewiesen, deutlich, dass die Aktivitäten der amtlichen frühen Weimarer Russlandpolitik zwar interessen- und insofern auch machtorientiert, ihre Motive und Intentionen aber nicht grundlegend revanchistisch geprägt waren. Denn die deutsche, anhand der Tätigkeit Maltzans ablesbare Russlandpolitik, war - zumindest bis zu diesem Zeitpunkt - eher von einer Art intuitiver Furcht sowohl vor der von Paris als auch von London aus zukünftig geführten Politik gegenüber Moskau geprägt. Ob sich diese Befürchtungen aber konkret verifizieren und daraufhin ein unmittelbares, reaktives Vorgehen nahe legen sollten, blieb bislang noch völlig offen.

Nichtsdestotrotz war es nachvollziehbar, dass Maltzan die bisherige zurückhaltende Rolle bereits jetzt ein wenig modifizieren wollte, zumal dann, wenn sich aus seiner Sicht der Druck auf die deutsche Außenpolitik auch in der russischen Frage noch erhöhen würde. Erkennbar war jedenfalls, dass es dem Ministerialdirektor in seiner Funktion als „Rechtsanwalt“ der diesbezüglichen deutschen Interessen darum ging, vor allem eine tatsächliche Realisierung insbesondere der in finanzieller Hinsicht bedrohlichen Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verhindern. Drei zentrale Punkte, die eine strenge Passivität und abwartende Haltung ausschlossen, waren dabei für ihn gegenwärtig die „Quintessenz“. Sie sollten höchste Relevanz beanspruchen. Und die von ihm insoweit entwickelte Handlungsempfehlung stellte zwar kein geschlossenes programmatisches Leitbild dar. Die strategischen Herausforderungen und Russland-politischen Ziele wurden aber aus deutscher Sicht wenigstens in recht klarer Weise kurz zusammengefasst und fanden sich in den kommenden Wochen und Monaten in nahezu allen Grundzügen der vom Auswärtigen Amt gestalteten deutschen Russlandpolitik wieder:

> „1. Wir müssen uns wirtschaftlich unter stiller Beteiligung event. von Amerika und England in Russland so gut verankern, dass Russland und die obersten Mächte der Entente kein Interesse daran haben, unsere Stellung in Russland durch Art. 116 [Abs. 3, Anm.d.Verf.] und 117 zu erledigen.
> 2. Wir müssen uns politisch an die Idee gewöhnen, dass wir mit Sowjetrussland normale Beziehungen wieder aufnehmen, um so mehr als sämtliche Randstaaten von Finnland bis Polen in geregeltem diplomatischen Verkehr mit Sowjetrussland stehen.
> 3. Wir müssen versuchen, mit Russland vor der Ententekonferenz, an der wir sicher nicht teilnehmen, zu einem Ausgleich über die gegenseitigen Schulden zu kommen, dies wird natürlich politische Opfer kosten.“[1219]

[1218] (Maltzan) an Rheinbaben, 28.11.1921, PA, R 83382, 065-066, die drei Anlagen bei 067ff. In der Einleitung zu Anlage 1, die offenbar ebenfalls von Maltzan stammt, heißt es einleitend, der langjährige Korrespondent des Berliner Tageblattes im Haag, Paul Scheffer, sei für seine „manchmal etwas skeptische(,) aber im allgemeinen zutreffende Kritik und Beurteilung der politischen Zusammenhänge bekannt“. In dem hier von Maltzan wiedergegebenen Privatbrief an ihn von Scheffer aus Moskau heißt es u.a.: „Ich glaube aber nicht, dass das westlich-alliierte Kapital sich zu wirklichen Schritten für Russlands Aufbau aufrafft. In diesem Fall ist die grosse Chance für Deutschland gegeben, das sich mit Russland sozusagen ‚durchhungern’ kann und sich auf diese Weise eine Position in Russland schüfe, die fest genug wäre, um auch bei günstigerer Stimmung in den Westmächten sich zu behaupten (sic). Ein wichtiger Factor wäre in dieser Entwicklung das zweifellos bestehende enorme Misstrauen gegen England in Russland.“, ebd., 068. Zum Artikel Rheinbabens im „Der Tag“ vom 1(?)6. Dezember 1921 vgl. den Ausschnitt bei ebd., 073, der auch die Paraphe Rathenaus und mehrere Anstreichungen offenbar von der Hand Rathenaus trägt.

[1219] (Maltzan) an Rheinbaben, 28.11.1921, ebd., 065-066, zit. u.a. auch bei Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.181.

In praktischer Hinsicht war es im Rahmen dieser Grundausrichtung sinnvoll, zunächst an den wirtschaftspolitischen Arbeitsgebieten anzuknüpfen, die sich durch den gemeinsamen vorläufigen „Handelsvertrag“ vom Mai 1921 und die Entwicklung in den letzten Monaten herauskristallisiert hatten. Russland-politischen Aktivitäten von seinerzeit exponierten Verantwortlichen der kaiserlichen Außenpolitik wie von Seiten seines ehemaligen Vorgesetzten in China, Staatssekretär von Hintze, stand Maltzan hingegen nicht nur „zwiespältig“, sondern deutlich ablehnend gegenüber.[1220]

In Paris wiederum blieb unterdessen die Vorstellung von einer möglicherweise sich bereits entwickelnden deutsch-russischen Annäherung und der daraus resultierenden „menace germano-russe“ weit verbreitet. Der „Petit Parisien“ titelte im Rahmen der damit einhergehenden, fortgesetzten Beschwörung eines eventuell sogar schon unmittelbar bevorstehenden deutsch-russischen Zusammengehens unter dem 21. November 1921, „L´Allemagne inaugure une politique de rapprochement avec les soviets“. Den ‘Beweis’ dafür sah das Pariser Blatt jedoch schon in dem Russland-politischen Personalwechsel, der in der Berliner Wilhelmstraße vollzogen werde. Denn Ministerialdirektor Behrendt folge nunmehr „baron Agon von Maltdahm (sic)“ nach, „qui, libéré de préjugés, poursuit ouvertement une politique probolcheviste“. In der Grundorientierung des zentralen Verantwortungsträgers in der amtlichen deutschen Ost- und Russlandpolitik sei damit zwar eine Veränderung festzustellen. Diese probolschewistische Ausrichtung aber habe sich in der letzten Zeit zum einen aus der Überzeugung Maltzan ergeben, dass mit einer dauerhaften Präsenz einer sowjetrussischen Regierung in Moskau zu rechnen sei. Zum anderen stelle sie eine an sich nachvollziehbare Reaktion auf die enttäuschende Oberschlesienentscheidung dar:

> « Cette politique ne plairait pas du tout aux milieux de la grande industrie, si l´on en juge par certaine campagne faite par des Allemands notoires auprès des représentants de l´Entente contre l´activité de M. von Maltdahm [sic]. Quoi qu´il en soit, la Wilhelmstrasse est aujourd´hui probolcheviste. Cette nouvelle conviction lui vient, dit-on, de sa foi en la durée du régime des soviets; d´aucuns n’avaient affirmé cependant que c´est la décision relative au partage de la Haute-Silésie qui a déterminé cette évolution. »[1221]

In der Vehemenz und in der inhaltlichen Argumentation unterschiedliche Vorverdächtigungen gegenüber der von Berlin aus verfolgten Russlandpolitik wurden ebenso in London lanciert. Auch hier spielten die Assoziationen, die vermeintlich mit dem Namen des neuen deutschen Ministerialdirektors in der Ostabteilung des Auswärtigen Amts einhergingen und diesem vorauseilten, eine Rolle. Maltzan zeigte sich jedenfalls über eine Meldung der „Kölnischen Zeitung Nr. 822 vom 3. Dezember“ beunruhigt, „wonach der ‚Daily Telegraph’ angeblich meldet, dass ich die Russenpolitik im Gegensatz zu England und zur Entente zu machen beabsichtige“. Er fühlte sich dabei insbesondere im Hinblick auf die aus seiner Sicht immerzu beachtete Orientierung an einer

---

[1220] Zur Rolle Hintzes in den deutsch-chinesischen und deutsch-russischen Beziehungen 1921/22 vgl. Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.113ff. Hintze führte zwischen dem 1. November und 1. Dezember 1921 in Moskau offenbar mehrere Gespräche mit Tschitscherin, Trotzki und Radek und sprach sich dabei für eine „Solidarität der Besiegten“ aus. Zwar wurde seine private Russlandreise vom Auswärtigen Amt toleriert. Es lag aber letztlich im Sinne Maltzans, dass Hintze sich dort bzgl. konkreter Politikinhalte ohne einen offiziellen amtlichen Auftrag „nicht weiter festlegen“ konnte und wollte, vgl. ebd., S.115f. Die Haltung Tschitscherins z.B. in der sowjetrussischen Chinapolitik bezeichnete Hintze als „zögernd & vorsichtig“.

[1221] Ausschnitt bei PA, R 83382, 141.

zustimmenden Haltung Londons missverstanden und sah den Inhalt seine bisherigen Russland-politischen Maßnahmen inhaltlich schwer entstellt:

> „Ich darf in diesem Zusammenhang auf die bekannte Tatsache hinweisen, dass jeder meiner russischen Schritte in vertraulicher Übereinstimmung mit hiesigen englischen Kreisen gemacht worden ist. Ebenso ist es bekannt, dass die Reisen von Deutsch und Stinnes in England, die ja gerade die englische Beteiligung am russischen Geschäft zum Ziele haben, bestimmt nicht ohne mein Wissen geschehen sind. Diese Reisen haben auf russischer Seite sogar schon gewisse Verdachtsmomente gegen mich ausgelöst. Sie sehen, ich b(i)n noch nicht in Griechenland, aber immerhin bereits zwischen Scylla und Charybdis.“[1222]

Maltzan warb daher über Dufour darum, die britische Außenpolitik möge sich selbst von der Unrichtigkeit dieser Gerüchte und Vorurteile überzeugen.[1223] Über diese Wahrnehmung seiner Politik in London, die Dufour nachfolgend im Ganzen bestätigte[1224], schien er sogar ein Stück weit in persönlicher Weise bestürzt und verletzt zu sein.

Dufour hegte allerdings nachfolgend zumindest indirekt den Verdacht, das Ganze sei lediglich ein aus britischer Sicht als präventiv einzuordnendes diplomatisches Spiel und im Hinblick auf die Frage eines eigenmächtigen Vorgehens der deutschen Außenpolitik müsse insgesamt ohnehin davon ausgegangen werden, dass sich „nicht nur die Russen, die der Sowjetregierung zuneigen, sondern auch alle anderen Russen mit einem einheitlichen Vorgehen Deutschlands mit Frankreich und England gegenueber Russland“ sicherlich nicht einverstanden erklären würden.[1225] Zwei Tage später stellte er gegenüber Ministerialdirektor Schubert zudem heraus, dass die „Frage, die Maltzan angeschnitten“ habe, in London „einen eigentuemlichen Verlauf“ nehme. Ob es ihm überhaupt wie bisher möglich sein werde, eine ausgewogen und balancierend anmutende Positionierung der deutschen Russlandpolitik zwischen Deutschlands Interessen im Osten und im Westen durchzuhalten, sei aber auch in allgemeiner Hinsicht zweifelhaft:

> „Es wird ausserordentlich schwierig sein, zwischen den Westmächten und Russland so zu lavieren, dass wir es mit keinem der beiden verderben und doch unser Ziel erreichen. Nur ist es schade, dass die Sowjetregierung momentan auf so schwachen Fuessen steht,

---

[1222] Maltzan an Dufour, 6.12.1921, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.6.

[1223] Bei ebd. heißt es insofern u.a.: „Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie Ihre englischen Freunde privatim darauf hinweisen könnten, dass ich für russische Angelegenheiten nach wie vor zu ihrer Verfügung stehe. Es genügt aber nicht, dass ich jedes Mal die Initiative ergreife, es würde sich empfehlen, dass auch einmal von englischer Seite und zwar nicht nur von parlamentarischer (Kenworthy), sondern auch einmal von hiesigen amtlichen Stellen eine gewisse Gedankenverbindung mit mir gesucht wird. Letztere vermisse ich aber seit dem Abgange Kilmarnocks.“

[1224] In den dortigen Regierungskreisen hege man, so lautete die entsprechende Antwort Dufours an Maltzan aus London, in der Tat die „Vermutung, dass Sie ganz besonders gute Beziehungen zur Sowjetregierung haben und eher dazu neigten, mit der Sowjetregierung allein in Beziehungen zu treten, als sich einer Kollektivaktion der westeuropaeischen Maechte anzuschliessen. (…) D’Abernon soll geantwortet haben, dass die Deutsche Regierung, worunter er wahrscheinlich in der Hauptsache den Reichskanzler versteht, gern bereit waere, auf eine solche Kooperation einzugehen, dass es aber gewisse Elemente im deutschen Auswaertigen Amt gebe, wo er Ihren Namen genannt haben soll, die von einer gemeinsamen Arbeit mit England() nichts wissen wollten.“, vgl. Dufour an Maltzan, 15.12.1921, ebd. Die Vorlage trägt am oberen Rand den hschr. Vermerk „streng vertraulich“. In der zitierten Passage wurde das Wort „allein“ offenbar hschr. unterstrichen, möglicherweise von Schubert.

[1225] Dufour an Maltzan, 17.12.1921, ebd. Es heißt hier u.a., aus einem Bericht des Foreign Office gehe hervor, „ dass nicht nur D’Abernon, sondern auch der franzoesische Botschafter in Berlin, (Laurent), ueber Sie und Ihre vermeintliche Taetigkeit in sehr deutlichen Worten an den Quai d´Orsay berichtet habe. Unter anderem wird gesagt, dass Sie in enger Fuehlung staenden mit dem Vertreter der Sowjetregierung in Warschau, Carachan (…) und dass Sie gelegentlich Carachan’s Besuch in Berlin mit diesem die Moeglichkeit eines Offensiv- und Defensiv-Buendnisses mit der Sowjetregierung gesprochen haetten. Ich habe natuerlich gesagt, dass ein Irrtum vorliegen muesse.“

> bzw. dass in Russland keine staerkere Regierung am Ruder ist, mit der man gern und mit einem Gefuehl der Sicherheit Beziehungen ankuepfen koennte. Jedenfalls ist sehr grosse Vorsicht am Platze, und ich nehme an, dass auch Sie sich eingehend mit dieser Frage, die unsere Politik England gegenueber meines Erachtens sehr eng beruehrt, befassen werden.“[1226]

Zusätzliche Schwierigkeiten entstanden dadurch, dass sich die mit den „russischen Angelegenheiten“ befassten britischen Vertreter Wise und Gregory gegenüber Dufour aus dessen Sicht gegenwärtig „ziemlich zugeknoepft“ zeigten. Die deutsche Außenpolitik hingegen bemühte sich offenbar unter Beteiligung Maltzans unter anderem darum, durch Gespräche mit dem für die britische Presse in Berlin arbeitenden Journalisten Poliakoff den insbesondere im „Daily Telegraph“ präsenten „schroff antideutschen und außerordentlich pro-franzoesischen Standpunkt“ schrittweise zu verändern. Selbst bei einem diesbezüglichen Misserfolg dürfe dieser Umstand aber, so hielt Dufour nicht zuletzt in selbstaufmunternder Weise fest, „uns meines Erachtens nicht irre machen.“[1227]

Durchaus ernst zu nehmende Unsicherheiten auf Russland-politischem Gebiet entstanden demgegenüber weiterhin auf deutscher Seite: Das künftige Vorgehen der sowjetrussischen bzw. alliierten Außenpolitik im Kontext der allseits bekannten und Russland-politisch allgegenwärtigen Art. 116 Abs. 3 und 117 VV blieb nach wie vor unklar. In einer Aufzeichnung vom 2. Dezember 1921 bemerkte Maltzan, ein Mitglied im Führungszirkel der sowjetrussischen Delegation, Lomonossow, habe in einem Gespräch ihm gegenüber betont, „dass Russland niemals den Versailler Frieden anerkennen würde“. Maltzan will den Vertreter der Regierung in Moskau daraufhin erstaunt gefragt haben, „wie er überhaupt auf eine derartige Idee z.Z. kommen könne, wo Frankreich öffentlich die russische Regierung als die eines unzivilisierten Volkes bezeichnet habe.“ Auf die sich daran schließende, vage Andeutung von Seiten Lomonossows, „dass ein sehr ernsthafter Gedankenaustausch über diese Frage zwischen der Entente und Russland z.Z. stattfände“ und dass angeblich „Tschitscherin und Lenin [...] eine gemeinsame Konferenz und Anerkennung seitens der Entente sehr verführerisch“ erscheine, reagierte Maltzan kühl: „Die Anerkennung des Friedensvertrages seitens Russland“, so habe er unumwunden klar gestellt, „würde für die Entwicklung unseres gemeinsamen Wirtschaftsverkehrs und für den Wiederaufbau Russlands vernichtend sein.“ Zudem wäre damit für Russland eine militärische Abhängigkeit von Frankreich ebenso verbunden wie bereits für Polen.[1228]

Die schon in mehrfacher Weise manifestierten Russland-politischen Befürchtungen im Kontext der einschlägigen Versailler Vertragsbestimmungen, die schon vor dem Hintergrund der allgemeinen, unbedingten reparationspolitischen Durchsetzungsbestrebungen Frankreichs als nachvollziehbar zu bezeichnen sind und aufrichtig wirkten, thematisierte Maltzan auch in seinem Privatbrief an Dufour

---

[1226] Dufour an Schubert, 17.12.1921, ebd.

[1227] Dufour an Schubert, 22.12.1921, ebd. (QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.6). Es heißt hier u.a. auch: „Aber Wise gab doch zu verstehen, dass in der Unterredung, die Lloyd George mit Krassin gehabt hat, nicht sehr vielseitige Punkte beruehrt worden sind. Er scheint Krassin zu verstehen gegeben zu haben, dass an eine de jure Anerkennung der Sowjetregierung nur dann zu denken sei, wenn die Sowjetregierung sich ausdruecklich bereit erklaere, die Vorkriegsschulden und die Privatschulden an auswaertige Glaeubiger anzuerkennen. Auch die sogenannten Munizipalschulden, unter welchen besonders die Forderungen der Firma Baring Bros. an verschiedene Grosstaedte Russlands zu verstehen sind. Lloyd George soll bei der Gelegenheit angeblich besonders an das Mitleidsgefuehl Krassins () b()zw. der Sowjetregierung in Bezug auf die kleinen franzoesischen Rentner, die ihr Geld in russischen Werten angelegt haben, appelliert haben. Krassin soll erwidert haben, er sei von sich aus nicht in der Lage, irgendwelche bindende Erklaerung abzugeben, aber er werde sich sofort mit Moskau in Verbindung setzen und sehen, was sich tun liesse.“

[1228] PA, Filmnummer K 279/ K 095 360. Die Vorlage trägt die Paraphe Wirths.

vom 6. Dezember 1921. Dabei sind - außerhalb der recht konstruiert wirkenden These, Maltzan habe trotz seiner insgesamt bislang gewiss als recht negativ zu bezeichnenden Russland-politischen Erfahrungen damit eine künstlich die Möglichkeit zu einer aktiveren Russlandpolitik forcieren wollen - keine überzeugenden Gründe erkennbar, dass die von ihm hier vorgebrachten, offenkundig zumindest auch auf zahlreichen Hinweisen und Indizien beruhenden Aussagen lediglich vorgespielt gewesen sein könnten:

> „Grosse Sorge macht mir die Ententeannäherung, insbesondere Frankreichs, an Russland. Ich brauche Sie nicht auf die verheerenden Folgen einer Anerkennung von Versailles durch Russland mit Rücksicht auf Artikel 116 [Abs. 3, Anm.d.Verf.] und 117 hinzuweisen.
> Der französische Kurier ist bereits am 2. Dezember in Moskau eingetroffen. Adolph [sic] Müller berichtet von sehr weitgehenden Besprechungen, die eine französische Kontrolle unseres russischen Handels beabsichtige, zwischen Russen und Franzosen in Genf. Ich glaube, dass eine so intensive französisch-russische Annäherung auch den Engländern auf die Dauer unbequem werden könnte.“[1229]

Zwar verringerten sich die Spannungen, wie sie sich unter anderem aus den von dem preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Robert Weissmann, ergriffenen Gegenmaßnahmen gegen die anhaltende kommunistische Propaganda in Deutschland ergaben[1230], nachfolgend auch weiterhin nicht. Dennoch erhoben sich zugunsten einer aktiveren Russlandpolitik jetzt erneut gewichtige Stimmen. Sie kamen den von Maltzans verfolgten und schriftlich dargelegten Bestrebungen entgegen oder wurden von ihm sogar selbst in dieser Form angeregt: Beispielsweise mahnte Paul Scheffer im Berliner Tageblatt am 4. Dezember 1921 nachdrücklich und für die gesamte europäische Öffentlichkeit sichtbar, es sei nunmehr an der Zeit, „offen über die deutsch-russischen Beziehungen zu sprechen und reinen Tisch zu machen.“ Schließlich habe es ja auch schon im Kaiserreich eine Sowjetvertretung in Berlin gegeben. Und ein „russisches Canossa“ mit dem Ziel, Deutschland zu einer wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeit in Russland zu drängen, könne für die deutschen Interessen auf diesem Gebiet recht leicht auch zu einem „zweiten Versailles“ werden.[1231]
Zu einer aktiveren Haltung gegenüber dem Gefahrenpotential einer möglichen französisch-russischen Annäherung mahnte nachfolgend auch ein Schreiben des deutschen Gesandten in Bern, Adolf Müller. Dieser führte mit Datum vom 5. Dezember 1921 aus, möglicherweise stehe eine für Berlin gefährliche Veränderung in der französischen Russlandpolitik unmittelbar bevor. Ein baltischer Gewährsmann habe ihm nähere Angaben „über die französische Mission“ gemacht, „die Anfang November im Auftrag der französischen Regierung nach Moskau gegangen ist, um dort offiziöse Verhandlungen mit der Sowjetregierung zu führen“. Dieses Projekt stände aber „nicht nur

---

[1229] Maltzan an Dufour, 6.12.1921, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.6.
[1230] In der „Prawda“ veröffentlichte Radek am 2. Dezember 1921 einen Artikel mit dem Titel „Provokation der Scheidemannleute im Interesse der Entente“, der sich besonders gegen Weissmann richtete. Selbst die deutsche Vertretung in Russland hielt es mit Telegramm vom 3. Dezember 1921 sogar für „sehr wünschenswert, wenn durch (ein) offizielles Dementi des Herrn Weissmann Radek die Möglichkeit genommen würde, seine Lügen betr. Kartenspiel des Herrn (weiss)mann ständig zu wiederholen“, ebd., R 31490k/ 31491k (K 096343). Hier wurde zudem ergänzt, Weissmann habe bei den vielfältigen Agententätigkeiten in den Taktiken der Sozialdemokratie, der Bürgerlichen und der Kommunisten ohnehin „nicht immer ein glückliche Hand im Kartenspiel“, ebd. Seite K 096350.
Zu Robert Weissmann (1869-1942), der der SPD nahe gestanden haben soll, vgl. Sütterlin, S.147, Anm.123.
[1231] Der Artikel in gedruckt bei: Scheffer, Augenzeuge, S.66ff, hier S.67f. Zur „hohen Qualität“ der Analysen des Korrespondenten des Berliner Tageblatts in Moskau, Paul Scheffer, der in privatem Briefwechsel mit Maltzan und Schlesinger stand, vgl. Sütterlin, S.159, S.162, S.165, S.168.

im Kontext der von Moskau zur Sicherheit für die Rückzahlung der ‚russischen Schuld' angebotenen Platin-Konzessionen im Ural". Frankreich strebe zugleich auch Verhandlungen mit der sowjetrussischen Regierung über die Konzessionen an, die diese „deutschen Interessengruppen gewähren will", wobei „40% des von den deutschen Konzessionären erzielten Reingewinnes (…) von Frankreich als Amortisation auf die russische Schuld erhoben" und dazu deutsche Unternehmungen in Russland an Ort und Stelle von französischen Kontrollkommissionen überwacht" werden sollten. Darüber hinaus würde Paris bei diesen Verhandlungen in Moskau im Kontext der Russland-politischen Bestimmungen des Versailler Vertrages finanzielle Ziele verfolgen, die deutsche Interessen schwer schädigen könnten:

> „Weiter soll die französische Mission der Sowjetregierung wegen der Abzahlung eines Teiles der russischen Schuld Vorschläge in der Richtung machen, dass Russland an Frankreich seine ihm aus dem Versailler Vertrag zustehenden Ansprüche auf eine deutsche Kriegsentschädigung abtritt. Nach den Informationen meines Gewährsmannes sind diese Vorschläge für die Sowjetregierung sehr vorteilhaft und einige der führenden russischen Staatsmänner, darunter namentlich Litiwinow und Tschitscherin, (seien) geneigt, darauf einzugehen."[1232]

Der Gesandte Müller hatte in diese ihm plausibel erscheinenden Informationen Vertrauen. Sein diesbezüglicher Gewährmann fügte nachfolgend zudem noch weitere, sachlich nachprüfbar wirkende Angaben und Tatsachen hinzu.[1233]

Dem Bericht wurde in Berlin erhebliche Bedeutung zugemessen. Maltzan telegraphierte noch im Dezember 1921 an die deutsche Vertretung in Moskau sowie an die deutschen Botschaften in Paris und London, auch von „maßgebender amerikanischer Seite" verlaute, die französische Kommission habe der sowjetrussischen Regierung die de jure Anerkennung angeboten, wenn diese den Versailler Vertrag sowie sämtliche Schulden an Frankreich „einschliesslich 21 Milliarden Goldfrancs-Anleihe für strategische Bahnen" anerkenne. Russland solle demnach dann Entschädigungsansprüche an Deutschland gemäß Art. 116 Abs. 3 VV stellen, während Frankreich seinerseits mit den „von Deutschland zu zahlenden Geldern" befriedigt werde. Auch der britische Botschafter Lord D'Abernon sei über „diese neue Eigenmächtigkeit Frankreichs angeblich sehr erregt."[1234]

[1232] Müller an AA Nr.298, 5.12.1921, PA, R 70656 (K503254-57). Die Vorlage wurde offenbar mit drei Durchschlägen übersandt. Zum „praktisch doppelten Außenseiter", Adolf Müller (1865-1943), von 1919-1933 Gesandter in Bern, vgl. auch NL Müller, insbesondere Bd.3 sowie die Arbeit von Pohl, Adolf Müller sowie Sütterlin, S.54.

[1233] Nach Müller an AA Nr.298, 5.12.1921, PA, R 70656 (K503254-57) sei die Entsendung dieser französischen Mission nach Moskau vom französischen Handelsministerium im Einvernehmen mit dem Quai d´Orsay beschlossen worden. Die Initiative dazu stamme vom Grafen Chevilly, „dem Handelssachverständigen für die russischen Länder und Leiter des französischen Außenhandelsamtes." Für diese „Schwenkung" der französischen Russlandpolitik seien nach Müller u.a. mündliche Angebote Krassins an den französischen Botschafter in London im letzten August sowie ein „ausführlicher" Bericht des Grafen Ignatiew, eines frühen russischen Militärattachés verantwortlich. Dieser habe u.a. angeregt, „deutsches Kapital unter französischer Kontrolle und unter der Voraussetzung einer Besteuerung der deutschen Gewinne in Russland zu Gunsten der Reparationsforderungen Frankreichs mitarbeiten zu lassen, um dadurch sowohl Deutschland unschädlich zu machen, als auch gleichzeitig die deutsche und die russische Schuld wenigstens teilweise einzutreiben.", vgl. ebd. (-56). Es heißt hier sogar u.a. weiter: „Nach den Angaben meines Gewährsmannes sind gegenwärtig die chauvinistischen und nationalistischen Kreise Frankreichs mit Poincaré an der Spitze die eifrigsten Anhänger einer Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich; sie sehen darin das beste Mittel zu einer weiteren Schwächung Deutschlands und gleichzeitig zur Kontrolle sämtlicher deutscher Unternehmungen in Russland", ebd. (-56f.). Siehe auch die Aufz. offenbar von Hauschild, 10.12.1921, ebd. (K503258-59), die u.a. Maltzan zur Kenntnisnahme übermittelt wurde. Hier heißt es u.a.: „Hiernach ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass die französischen Fühler mit Moskau auf eine politische Verständigung Russland, Frankreich, Angora hinauslaufen."

[1234] Tel. Maltzan (geheim), Dezember 1921 (Kopie), ebd., R 70656 (K503260).

Trotz dieser noch unzuverlässig anmutenden Informationslage war es daraufhin nachvollziehbar, dass sich Wirth, der noch einige weitere Wochen sowohl das Amt des Reichskanzlers als auch des Außenministers bekleidete, am 12. Dezember 1921 gegenüber Krestinski auf dessen Bitte zu einer deutschen Positionsbestimmung nun zu einer auch politische Fragen einschließenden Aufnahme von Verhandlungen grundsätzlich bereit zeigte - „unter der Hoffnung", „dass dabei gleichzeitig auch andere Fragen wie die Eigentumsfragen u.a., die mit dem Kriege im Zusammenhang stehen, besprochen werden."[1235]

Dies war nunmehr eindeutig eine direkte Reaktion auf die tatsächlich oder vermeintlich drohenden Gefahren der Art. 116 Abs. 3 und 117 VV. Denn klar schien ebenso, dass ebenso die Regierung in London der tatsächlichen Realisierung dieser Vertragsbestimmung letzten Endes mittragen würde, zumal die Alliierten am 13. Dezember 1921 in einem Vier-Mächte-Abkommen[1236] abermals ihre grundsätzliche Kooperation erneuerten. Maltzan stellte in einer Aufzeichnung vom 15. Dezember 1921 für eine tags darauf angesetzte Sitzung des „ständigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten"[1237] des Reichstags jedenfalls fest, nach seinen Informationen würden französische Unterhändler in Moskau verhandeln. Letzte vertrauliche Mitteilungen hätten darüber hinaus zu erkennen gegeben, dass „Briand und Loucheur persönlich dem Gedanken der Anbahnung eines Weges nach Russland nicht abgeneigt" seien, jedoch „Garantien für die wirkliche Bezahlung der russischer Schulden zu erhalten wünschen."[1238] Und auch der an die deutsche Vertretung in Moskau entsandte junge Diplomat Schmidt-Rolke[1239] habe diese Tendenzen weitgehend bestätigt und dabei unter dem 17. Dezember 1921 mitgeteilt, dass das Eintreffen der „Franzosen" zwecks Verhandlungen mit der Sowjetregierung „einen sehr starken Eindruck in Moskau hervorgerufen habe". Zudem beabsichtige der russische Gesandte in Warschau, Karachan, in der nächsten Zeit nach Paris zu fahren, wo zwischen der französischen und russischen Regierung Verhandlungen wegen des Beitritts Russlands zum Versailler Friedensvertrag stattfinden sollten.[1240]

Eine weitere, ungezeichnete Aufzeichnung in der von Maltzan geleiteten Abteilung wies in Bezug auf das „Verhältnis Russlands zu anderen Staaten" ebenfalls darauf hin, Frankreich führe nunmehr „inoffizielle Verhandlungen" mit Moskau.[1241] Nach einem Schreiben Schoens an Maltzan vom 13. Dezember 1921 gab es gegenwärtig selbst zwischen Warschau und Moskau Signale der Entspannung.[1242]

Bei den maßgebenden politischen Verantwortlichen in Berlin musste diese Entwicklung die Überzeugung stärken, eine aktivere deutsche Russlandpolitik sei nicht nur berechtigt, sondern notwendig. Auch der deutsche Wiederaufbauminister bestand auf der Aufnahme einer möglichst

---

[1235] Aufz. Hauschild, 14.12.1921, ADAP A V, Nr. 219.
Siehe dazu auch: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.47, S.103f. bzw. PA, R 31490k/ 31491k (K 096356-58) über ein Gespräch von Krestinski mit Wirth, Simson, Maltzan. Das Gespräch verblieb mit der Ankündigung, dass Krestinski nach der Rücksprache in Moskau ein Programm vorlegen werde.
[1236] Gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome XII, S.832-36.
[1237] Vgl. Art. 35 WRV. Zum damit in allgemeiner Hinsicht verbundenen, „für die Parlamentarisierung der (deutschen) Außenpolitik" zumindest in verfassungsrechtlicher Hinsicht „qualitativen Sprung nach vorne" vgl. die Einleitung von Hölscher, in: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages 1949-1953, 1. Halbbd., S.XIff.
[1238] Aufz. Maltzan, 15.12.1921, ADAP A V, Nr.223, Anm.2.
[1239] Zu Schmidt-Rolke, der 1920 mit 29 Jahren ins Auswärtige Amt eintrat und zunächst Attaché bei Maltzan wurde, vgl. Sütterlin, S.56, Anm.56.
[1240] ADAP A V, Nr.223.
[1241] Vgl. PA, R 83382, 153 (L196648).
[1242] Zit. nach Jena, S.98 mit Anm.276.

„engen Verbindung mit Moskau“ und zumindest aus der Sicht D’Abernons vom 18. Dezember 1921 schien Rathenau dies sogar geradezu „selbstverständlich“ zu sein. Weitere positive Signale lagen darüber hinaus darin, dass die Ideen von Stinnes hinsichtlich der „künftigen Zusammenarbeit mit Russland“ bei einer ganzen Reihe von Politikern in London „Beifall gefunden“ hätten.[1243] Und Schubert teilte die letztlich von Wirth verantwortete außenpolitische Ausrichtung ebenfalls: Er schrieb unter dem 17. Dezember 1921 an Sthamer, er müsse immer wieder betonen, „dass die Entente alle Ursache hätte, Herrn Wirth und seinem Kabinett wenigstens einen kleinen äusseren Erfolg zu gönnen.“ Nur dann werde das Kabinett in Berlin einigermaßen „imstande sein, in angemessenen Grenzen das auszuführen, was die Entente von uns verlangt.“ Der Ministerialdirektor in der Westabteilung zeigte sich fest davon überzeugt, dass ein ausweisbarer außenpolitischer Erfolg es der Regierung Wirth ermöglichen würde, die Erfüllungspolitik „mit viel grösserem Nachdrucke durchzuführen“. Das würde zudem „ durchaus im Interesse der Entente liegen.“[1244]
Mit solchen Äußerungen war zudem keineswegs nur politisches Wunschdenken aus deutscher Sicht verbunden. Während der vom 19. bis 22. Dezember 1921 stattfindenden interalliierten Konferenz in London vertrat Lloyd George gegenüber Briand die Ansicht, dass die deutsche Frage sich immer wieder in einem Problem der Exporte kristallisieren werde. Wenn Deutschand insoweit wie in der Vergangenheit aus den internationalen Märkten erfolgreich sei und ein Teil davon in die Reparationszahlungen fließe, dann könnten die Ansprüche Frankreichs ohne Weiteres befriedigt werden. Und nach dem französischen Protokoll der Gespräche am 19. Dezember befürwortete der britische Premier insbesondere in diesem Kontext aus eigennützigen Motiven eine aktivere deutsche Russlandpolitik, womit sich auch der französische Regierungschef grundsätzlich einverstanden erklärte:

> « Comment accroître les exportations [allemandes] ? En ouvrant un champ d’affaires à l’est, où elle [Allemagne] s’est toujours dirigée. Si nous pouvons ouvrir à Allemagne l’Europe centrale et la Russie. Et si l’on affectait les 2/3 aux réparations, cela permettrait de faire un emprunt. Il faut quelque chose de concret à offrir aux financiers. Si une combinaison telle était faite, l’Allemagne ferait le principal. On trouverait du crédit. Actuellement, one ne reçoit que de petites sommes, réparations en nature, qui sont insuffisantes. Pour trouver de l’argent, il faut un grand emprunt et pour cela, il faut une base, qui serait la Russie. »[1245]

Bereits unter dem 15. Dezember 1921 hatte Dufour Maltzan aus London mitgeteilt, die Tatsache, „dass die Franzosen bereits Kuriere nach Moskau schicken, scheint in hiesigen Regierungskreisen bekannt zu sein.“ Der britischen Diplomatie sei dabei aber offenbar nicht bekannt, dass Krassin neulich in Paris gewesen sein soll“, wobei Dufour allerdings nicht „kontrollieren“ könne, ob diese Meldung überhaupt „auf Richtigkeit“ beruhe.[1246] Darüber hinaus bestätige Dufour sowjetrussische Drohgebärden mit Art. 116 Abs. 3 VV: Kopp habe nach Äußerungen des „Wiener Berichterstatters

---

[1243] Ebd. Zur Skepsis D’Abernons gegenüber Wirtschaftsprojekten in Russland, vgl. ebd., S.258f.
[1244] Schubert an Sthamer, 17.12.1921, streng persönlich und vertraulich, QpH, NL Carl von Schubert, Privat-Briefe, Bd.6.
[1245] DDF 1921, Annexes, No.125 (Notes sur un entretien à Downing Street, 19.12.1921, 11h), S.949ff., S.951. Es heißt hier dann u.a. weiter : « M. BRIAND. - Admettons-cela, mais les résultats seraient lointains. […]. M. LLOYD GEORGE.- Il y a beaucoup de politique intérieure dans cela. L’Allemagne a un gouvernement démocratique et le magnats financiers veulent un retour à une autocratie dont ils seraient. Le gouvernement est un gouvernement pacifique. Les autres représentent l’esprit de revanche. […] M. BRIAND.- J’ai fait crédit au Dr. Wirth publiquement en disant croire à sa bonne foi. Mais, par faiblesse, il a fini par se mettre dans les mains de Stinnes et des industriels. »
[1246] Dufour an Maltzan, 15.12.1921, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.6.

des Berliner 'Tageblattes', Dr. Lederer", für den Fall, dass Deutschland „erst eine Einigung mit den Westmaechten" anstrebe und sich „solidarisch mit diesen der Sowjetregierung gegenueber erklaeren" würde, angekündigt, dass dann „die Sowjetregierung genoetigt sein (werde), sich ihrer Rechte aus dem Versailler Vertrag zu erinnern." Dufour stellte dazu fest, die Situation sei „ausserordentlich schwierig", was zweifellos für die außenpolitische Lage der deutschen Republik insgesamt fast uneingeschränkt Gültigkeit beanspruchen sollte. Von London aus lasse sich jedenfalls „nicht recht sehen, wie sich Deutschland herauswinden kann, ohne sich eventuell nach beiden Seiten hin zu schaedigen, es sei denn, dass die Aeusserungen Kopps lediglich als ein Bluff anzusehen sind."[1247]

Vor diesem schwer einzuschätzenden Hintergrund lag es nahe, dass Maltzan bemüht blieb, zuverlässigere und politisch tragfähigere Beziehungen in Richtung Moskau herzustellen. Den „permanenten", insbesondere von Radek gebrauchten Hinweis auf Art. 116 Abs. 3 VV nahm er allerdings sehr ernst. Dies geht unter anderem aus einer Aufzeichnung vom 15. Dezember 1921 hervor, die sich ebenfalls mit einer möglichen Verbesserung der Beziehungen zwischen Paris und Moskau beschäftigte. Darin nannte Maltzan als deutsche Gegenmaßnahmen sowohl das Angebot einer „Erweiterung der wirtschaftlichen und karitativen Unterstützung Russlands" als auch den „politischen Ausbau" des Vertrages vom 6. Mai 1921. Er zeigte zudem die Notwendigkeit einer „dauernden Fühlungnahme mit Sowjetvertretern" an, „die Träger einer Annäherung an Deutschland" seien, insbesondere mit Karachan, Krestinski, Radek und Trotzki. Ebenso der „Gedankenaustausch" zwischen Reichskanzler Wirth und Krestinski solle und müsse nach der Rückkehr des sowjetrussischen Vertreters „im Januar in Berlin weitergeführt werden."[1248]

Andererseits war es offenkundig, dass auch die sowjetrussische Außenpolitik unter Druck stand. Paul Scheffer berichtete Maltzan mit Datum vom 17. Dezember 1922 in diesem Zusammenhang, maßgebliche Vertreter in Moskau hätten darüber geklagt, dass es mit Deutschland überhaupt „keine Entfaltungsmöglichkeit" gäbe, und dabei zugleich vor einem gemeinsamen Auftreten Deutschlands mit England in Russland gewarnt. Scheffer stellte dazu in seiner Analyse fest, einerseits sei „natürlich das Bedürfnis Russlands" vorherrschend, „seine diplomatische Isolation zu durchbrechen". Andererseits glaubten die sowjetrussischen Verantwortlichen „immer noch", dafür „nicht jeden Preis zahlen zu müssen." Daher setze man „die Politik der Schroffheiten" nicht nur gegenüber Berlin, sondern auch gegenüber London fort.[1249]

Dieses aus eigener Anschauung heraus erstellte Bild der sowjetrussischen Motivlage führte Scheffer in der genannten Vorlage dazu, noch weitere Aspekte hinzuzufügen: Im Ganzen gesehen gelte Deutschland der sowjetrussischen Außenpolitik im Gegensatz zu den politischen Anknüpfungen mit Frankreich, die doch noch sehr „vager Natur" seien, nach wie vor „als höchst erwünschte wirtschaftliche und politische Reserve". Auf der anderen Seite würde man in Russland aber „infolge der Erfahrungen seit drei Jahren wenig (von) der Konsequenz und Zielbewusstheit" der deutschen Außenpolitik halten. Er gäbe in den Moskauer Regierungskreisen insoweit andauernd Diskussionen, ob die deutsche Republik überhaupt zu „irgendwelcher aktiver Politik" fähig sei. Die Schlussfolgerung Scheffers fiel aber letzten Endes doch ermutigend aus. Er vertrat gegenüber

---

[1247] Ebd.

[1248] Vgl. Goldbach, S.107 mit Anm.76 in Bezug auf eine Aufz. Maltzans vom 15.12.1921 (PA, Pol. Abt. IV, Pol 3, Beziehungen Frankreich-Russland, Bd.1, Filmnummer L 205 252-60.)

[1249] Scheffer (Moskau) an Maltzan, 17.12.1921, ADAP A V, Nr. 224. Siehe dazu auch das Vorwort von Margret Boveri zu Scheffer, Augenzeuge, S.29.

Maltzan die Ansicht, mit Blick auf den zukünftig nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch bedeutsamen „status nascendi“ Sowjetrusslands sei nunmehr der wichtige „psychologische Moment“ gekommen, an dem „kleine Gaben selbst für eine lange Zeit die Grundlage (für) große Sympathien schaffen“ könnten.[1250]

Dieses Votum verkannte allerdings nicht, dass in Moskau mit jeder neuen Nachricht und jedem neuen Gerücht starke Stimmungsschwankungen auftreten konnten. Zentral war dabei die Sorge der sowjetrussischen Verantwortungsträger vor einer gemeinsamen westlichen Front, die zwar zum Wirtschaftsaufbau in Russland bereit war, aber doch erheblichen wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Machthaber in Moskau hätte ausüben können. Unter dem Datum des 19. Dezember 1921 fügte Scheffer daher hinzu, im Kreml herrsche derzeit eine „grosse Aufregung“ darüber, dass Stinnes möglicherweise ein „englisch-deutsches Einverständnis“ erzielt habe und Lloyd George nun „eine engli(sch)-französisches Creditoperation für Russland“ wolle. Sollte somit eine gemeinsame westliche Wirtschaftspolitik in Russland in Aussicht genommen werden, dann sei auch „der Faden zwischen Moskau und Berlin entzwei.“ Regierungskreise in Moskau hätten allenfalls auf ihr Verständnis für eine „deutsch-amerikanische Cooperation“ in Russland verwiesen, die für sie noch akzeptabel wäre. Scheffer skizzierte diese Informationen allerdings lediglich als „Impressionen“, für die Maltzan in Berlin letztlich „den grossen Rahmen“ habe.[1251]

In dieser auf sowjetrussischer Seite vorhandenen Sorge aber lag aus deutscher Sicht im Grunde ein unter Umständen wertvolles Verhandlungskapital. Denn die damit in Moskau einhergehenden Befürchtungen bildeten zumindest einen gewissen Schutz gegen eine Anwendung der Art. 116 Abs. 3/117 VV, die deutschen Interessen auf Russland-politischem Gebiet möglicherweise schweren Schaden zufügen würden und dem deutsch-russischen Verhältnis ohnehin jede Grundlage entzogen hätte. Aber auch Russland werde, so Maltzan, dadurch „in erster Linie“ seiner „freien Willensbestimmung“ beraubt. Gegenüber Reichskanzler Wirth forderte der Diplomat daher nachdrücklich eine „prinzipielle Klärung dieser Frage“, die mit den sowjetrussischen Vertretern an einem „gemeinsamen Verhandlungstisch [...] unbedingt nötig“ sei. Die Russische Abteilung Anfang Januar 1922 werde mit der Regierung in Moskau in einen Gedankenaustausch eintreten. Vorläufig blieb es allerdings noch bei allgemeinen, „freundnachbarlichen“ Versicherungen und dem von Maltzan formulierten Hinweis, dass Deutschland eben „in seiner Gesamtpolitik [...] gewisse Rücksichten zu nehmen“ habe und die Enthaltung „jeder Einmischung“ in die innenpolitischen Verhältnisse des anderen Landes weiterhin die „unumgängliche Basis des gegensei(tigen) Vertrauens“ einer Zusammenarbeit mit Sowjetrussland sei.[1252]

Unterdessen blieb die französische Wahrnehmung der deutschen Russlandpolitik nach wie vor von starkem Misstrauen und einem ausgesprochen negativen Erwartungshorizont geprägt. Es gab jedoch durchaus Modifikationen. So berichtete ein in Washington stationierter französischer Diplomat, Karachan sei jüngst bei einem Empfang in Berlin von Ebert, Bauer und Müller „une grande réception

---

[1250] Scheffer (Moskau) an Maltzan, 17.12.1921, ADAP A V, Nr. 224. Nach Scheffer stehe man in Russland zudem vor einer „kulturellen Aufgabe“, da man „in diesem Augenblick noch die hiesige Auffassung über den Versailler Frieden etc, rein durch Zugänglichmachen von Büchern etc. in unserem Sinne festlegen“ könne. Der „Gedanken- und Bücherhunger [...] hier unbeschreiblich und wendet sich vor allem zu uns.“ Maltzan stimmte dieser Anregung mit dem Verweis an „Schubert“ und der Bemerkung zu, dass die Kulturabteilung (Abt. IX) entsprechend zu informieren.

[1251] Scheffer an Maltzan, 19.12.1921, PA, R 31490k/ 31491k (K 096366).

[1252] Vgl. Aufz. Maltzan für Wirth vom 19. Dezember 1921, ebd. (K 096369-71), „Unterlage“ für eine Unterredung mit Krestinski.

organisée sous un prétexte charitable“ gewidmet worden. Der sowjetrussische Volkskommissar habe dabei zwar geäußert, er sähe die Zukunft der beiden Länder in einer „entente germano-russe et l´invasion du territoire russe par les industriels et les commerçants allemands“. Jedoch richte Moskau Fühlungsversuche nicht nur gen Berlin aus. Die sowjetrussische Regierung stände schwierigen innenpolitische Zeiten gegenüber und versuche die eigene Existenz ebenso auch dadurch zu verlängern „qu´en obenant de la France son pardon et sa reconnaissance au moins sur le terrain économique.“[1253] Auch der französische Vertreter in Stockholm, Delavaud, hielt unter dem 17. Dezember 1921 fest, die bolschewistische Presse hätte sich bislang noch nie so stark der französischen Politik und Diplomatie zugewendet, wie es gegenwärtig der Fall sei.[1254] Dennoch stellte Briand unter dem 21. Dezember 1921 zumindest in seiner offiziellen Russland-politischen Haltung noch einmal ausdrücklich klar, dass es nach wie vor keine Veränderung in der französischen Haltung gegenüber Sowjetrussland gebe, „bien que les agent bolcheviks muliplient leur efforts depuis quelque temps pour faire croire le contraire.“[1255]

Diese Position zog zwar unter anderem auch in den Baltikumsstaaten, die ökonomisch auf einen Akkord mit Russland angewiesen waren, Unverständnis nach sich[1256] und auch in der Forschung ist darauf hingewiesen worden, dass maßgebliche Verantwortungsträger in Paris es bereits Mitte 1921 in keinem Fall zulassen wollten, dass Deutschland Russland ohne eine entsprechende, massive und versierte Gegenwehr Frankreichs wirtschaftlich durchdringen könne, „sans quoi nous risquerons de voir se former plus tard un consortium germano-russe qui serait aussi dangereux pour la paix économique de l´Europe que pour sa paix politique“. [1257] Die französische Außenpolitik schien sich aber derzeit in eine solche, primär von politisch-moralischen Erwägungen geprägte Positionierung gegenüber Moskau zumindest vorerst noch leisten zu wollen und leisten zu können.

Schon aufgrund der eigenen außenpolitischen und militärischen Schwäche sah dies für die deutsche Republik hingegen anders aus: Denn im Gegensatz zur französischen Berichterstattung verstärkte eine abermalige Behauptung wie diejenige, die Karachan Maltzan in einem Gespräch unterbreitete, in Berlin das Grundgefühl, auf Russland-politischem Gebiet könnten deutsche Interessen alsbald möglicherweise unmittelbar gefährdet sein: Die Entente habe sich, so hieß es jedenfalls in einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors aus dieser Zeit, trotz gegenteiliger Beteuerungen „in den letzten Monaten Russland vertraulich genähert“ und mit Rücksicht auf die „unbestimmte Haltung Deutschlands“ sei eine solche Annäherung von Russland „nicht abgelehnt“ worden.[1258] Zwar bestätigte sich ein konkreter Abschluss von angeblich in Genf stattfindenden französisch-russischen Verhandlungen nicht[1259], zumal insoweit ohnehin der Verdacht einer russischen ‚Finte’ nahe lag, um

---

[1253] Panafieu (Warschau) an Briand, 16.12.1921, MAE, Corr. Pol. et Com. , Série Z, U.R.S.S. 348, 151-153.

[1254] Delavaud (Stockholm) an Briand, 17.12.1921, ebd., 154-155, 154.

[1255] Briand an Berlin, 21.12.1921, ebd. 158. Vgl. dazu auch die Nachricht von Cambon an Briand vom gleichen Tag, ebd., 159, der eine Anerkennung der Sowjets, „même déguisée et indirecte“ als „une faute et un péril“ ansehe.

[1256] Vgl. dazu Binet an Briand, 21.12.1921, ebd., 161-162.

[1257] Siehe stellvertretend Girault, S. 126.

[1258] Aufz. Maltzan o.U. und o.D., PA, R 31490k/ 31491k (K 096335-37). Zu Karachan heißt es bei PRO, FO 371/8185, 193 (ungez. Bericht aus Warschau vom 8.2.1922) u.a.: „Monsieur Karachan (…) is an intellectual, good-looking man of the business type who might be a bank manager. He may be the wrong side of 40, is scrupulously neat in personal appearance and has exceptional manners.”

[1259] Maltzan bat am 17. Dezember 1921 die deutsche Vertretung in Moskau um eine Stellungnahme zu der Meldung, dass ein Vertrauensmann den Abschluss von französisch-russische Verhandlungen in Genf auf folgender Grundlage gemeldet habe: „1) Frankreich anerkennt Sowjetrussland als Staat, 2) Russland anerkennt den Versailler Vertrag, 3) Russland anerkennt Vorkriegschulden, 4) Frankreich verzichtet auf während des Krieges gemachte russische Schulden.“, vgl. sein

Druck auf Berlin auszuüben. Allerdings musste schon allein das faktisch unzweifelhaft vorhandene Potential einer künftig auch in inhaltlicher Hinsicht viel weitergehenden französischen Interessenpolitik gegenüber Moskau die deutsche Außenpolitik gerade auch vor dem Hintergrund der Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV zu präventiven Gegenmaßnahmen anhalten. Und an für sich lag darin nichts Neues. Schon Zitelmanns hatte am 23. April 1919 betont, dass daraus für Deutschland eine „bedrohliche Gefahr“ erwachse.[1260]

Der im Versailler Vertrag verankerte russische Reparationsanspruch gegen Deutschland nahm deshalb auch weiterhin die Funktion „als eine Art politischer Köder für Russland“[1261] ein. Zudem blieb es den Alliierten dadurch möglich, Russland in ihrem Sinne in das Versailler Gläubiger- und Schuldnersystem einzubinden. Und „relativ begrenzt“[1262] war das insbesondere immer wieder von Maltzan thematisierte Gewicht des Art. 116 Abs. 3 VV ebenfalls nicht, weil ihm auch erhebliche außen- und innenpolitische Gesamtbedeutung zukam. Auf dieser Basis konnte es in gewisser Weise sogar zu einer Wiederaufnahme der „französisch-russischen Entente ab 1894“[1263] kommen.

Vor diesem Hintergrund bleibt es letztlich zu eindimensional, lediglich von zwei alternativen „Entwürfen deutscher Außenpolitik – die prowestliche und antisowjetrussische auf der einen, die prorussische bzw. prosowjetrussische und antiwestliche auf der anderen Seite“[1264] zu sprechen, die in dieser Zeit als „Wahlchancen“ um eine grundsätzliche Entscheidung der jungen deutschen Demokratie gerungen hätten. Das Reich als Republik wurde sowohl aus dem Osten als auch aus dem Westen auf eine jeweils ganz unterschiedliche Art und Weise, aber in der allgemeinen, mittel- und langfristigen Wirkungsrichtung doch ähnlich existentiell bedrängt oder mit Blick auf die innere Stabilität der deutschen Demokratie schwer geschädigt. Die Regierung in Berlin war und blieb jedenfalls trotz der kommunistischen Umsturzversuche auf ein Arrangement mit den sowjetrussischen Machthabern in Moskau über die schwebenden finanziellen Fragen der Vergangenheit angewiesen, wenn es die tatsächlich durchaus vorhandenen finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Risiken des Art. 116 Abs. 3 und 117 zumindest ein wenig mindern wollte. Zugleich aber blieb es unweigerlich notwendig, die über jede eigenständige Regung im deutsch-russischen Verhältnis misstrauisch wachenden alliierten Siegermächte nicht zu provozieren und dadurch zu einer noch schärferen Deutschlandpolitik anzuhalten. Die deutsche Außenpolitik war in dieser Hinsicht insbesondere vom Wohlwollen Londons abhängig.

Tel. Nr. 541, ADAP A V, Nr.223, Anm.4, im PA verfilmt unter L 648/1 205 200. Schmidt-Rolke bezeichnete in Tel. Nr. 207 vom 21. Dezember 1921 die Nachricht eines bevorstehenden Vertragsabschlusses Russlands mit Frankreich jedoch als unzutreffend, da schon Russland selbst eine „derartige einseitige Bindung vermeiden“ wolle, bei ebd. verfilmt unter L 648/L 205 206.

[1260] Vgl. Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.556ff., das Zitat bei S.558. Schieder bezieht sich hier u.a. auch auf Epstein, Zur Interpretation, S.315ff., der m.E. allerdings den finanziellen und politischen Bedeutungsgehalt dieser Rechtsnorm nicht mit der Aussage abmildert, der Artikel 116 (Abs. 3) VV sei „ursprünglich in der Hoffnung in den Vertrag gelangt, dass ein anderes als das bolschewistische Regime in Russland wiederhergestellt werden könnte, mit dem Frankreich wie früher eine Allianz schliessen konnte.“

[1261] Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.566ff., S.558.

[1262] Anders ebd.

[1263] Vgl. zur jüngeren Forschung die entsprechenden Aufsätze bei Mieck/Guillen, S.109ff.

[1264] Hildebrand, Das vergangene Reich, S.421.

2. Die „persönliche Richtlinie“: Nach Moskau nur über London

Ende 1921 war sich Maltzan ebenfalls bewusst, dass die deutsche „Haltung“ in der Russlandpolitik nach wie vor möglichst „mit der Politik der übrigen Mächte in Einklang gebracht werden müsse.“[1265] Deutschland habe sich jedoch, so begegnete er dem Vorwurf, den „Bolschewisten Hilfe“ zu gewähren, bislang „Sowjet-Russland gegenüber [...] immer im Hintergrunde gehalten“ und „neidlos“ den Vortritt anderer Nationen, insbesondere Englands, anerkannt. Im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen im Kontext des Art. 116 Abs. 3 VV machte er allerdings jetzt darauf aufmerksam, dass es von der deutschen Außenpolitik zuviel verlangt sei, „wenn wir ruhig mit ansehen müssten, wie Frankreich sich anscheinend mit Russland über unsere Haut verständige.“ Die „bisherige Linie“, „nur gezwungen“, aber dann auch tatsächlich „aus der Reserve zu treten“, sei daher in Zukunft mehr denn je zu beachten.[1266]

Aus deutscher Sicht lag somit ein Ziel zwar in der Tat darin, ein „besonderes“[1267] Verhältnis zu Sowjetrussland abzusichern. Die Aufgabe Maltzans bestand allerdings vornehmlich darin, wirtschaftliche sowie rechtlich-finanzielle Interessen in diesem außenpolitischen Teilbereich zu wahren. Eine offensive, revanchistische Grundtendenz war insbesondere auch bei ihm bislang weiterhin nicht zu erkennen.[1268] Das tiefe Misstrauen, das Berlin und Paris gegenseitig in Bezug auf die Qualität der Russland-politischen Intentionen des anderen pflegten, blieb nichtsdestotrotz kontinuierlich auf der Tagesordnung. So vermutete zum Beispiel der französische Gesandte in Kopenhagen, Binet, dass die Streuung von Gerüchten, Frankreich werde die sowjetrussische Regierung demnächst anerkennen und die Beziehungen wieder aufnehmen, angeblich von Berlin aus vorgenommen werde.[1269] Und ein Artikel Theodor Wolffs im Berliner Tageblatt vom 19. Dezember 1921 über die vermeintlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrussland gab dem französischen Botschafter Laurent in Berlin Anlass, vor allem das Wirken Maltzans hinter diesen „flatteries envers la Russie“ zu sehen. Des Weiteren würden bei vielen Verantwortlichen in Berlin Wunschvorstellungen über eine Dreierformation mit England und Russland kursieren:

> « Theodor Wolff s´y fait l´écho des craintes qu´inspirent à M. de Maltzan et au service russe de la Wilhelmstrasse les bruites répandus avec persistance par la propagande bolcheviste d´un changement d´attitude du Gouvernement français dans les affaires russes. Parmi les conséquences qu´entraînerait un rapprochement économique entre la France et les Soviets, il redoute particulièrement le parti qui pourrait être tiré contre l´Allemagne de l´article 116 du Traité de Versailles, qui réserve ‘les droits de la Russie à obtenir de l´Allemagne toutes restitutions et réparations basées sur les principes du présent Traité’. »[1270]

[1265] Aufz. Maltzan, 20.12.1921, PA, R 31966.
[1266] Ebd.
[1267] Vgl. u.a. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.182, S.184f.
[1268] Bei Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.87 hießt es hingegen mit negativer Gesamttendenz u.a.: „Nachdem Rosen und Behrendt seine Tätigkeit nicht mehr zu hemmen vermochten, setzte er sich für dieses politische Ziel mit aller Kraft ein, auf der Grundlage des schon vorliegenden „Vorläufigen“ Vertrages vom 6. Mai 1921, mit den Russen ein Abkommen zu schließen, das eine beiden Teilen zugute kommende Zusammenarbeit ermöglichen sollte. Die gleiche Absicht der Russen half ihm dabei wesentlich.“ Siehe dazu im Ganzen ähnlich ebd. S. 52 und 57 sowie Felix, S.136, Zimmermann, S.119; Hiden, The Baltic States, S.86; Freund, S.91; Graml, Die Rapallo-Politik, S.568; Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.113, S.211; Die Extreme berühren sich, S.418.
[1269] Vgl. dazu Binet an Briand, 21.12.1921, MAE, Corr. Pol. et Com. , Série Z, U.R.S.S. 348, 160f.
[1270] Laurent an Briand, 23.12.1921, ebd., 165-166. In Bezug auf die Haltung Wolffs heißt es u.a. auch: « Theodor Wolff se demande si la France ne pouvait, par cette voie détournée, trouver le moyen de rentrer en possession des milliards prêtés

Die Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18. Dezember 1921 hatte demgegenüber zwar bereits festgestellt, „dass Russland die geheimen Angebote Frankreichs und Englands(,) in Sonderverhandlungen mit ihnen einzutreten, abgelehnt“ habe. Wie auch immer aber die Berichterstattung über die deutsche Wahrnehmung in Paris letztlich aufgenommen und bewertet wurde - eines ging aus dieser Beobachtung Laurents deutlich hervor: Neben der britischen war ebenso die französische Außenpolitik war über die deutschen Sorgen im Kontext von Artikel 116 Abs. 3 VV seit Ende Dezember 1921 in unzweifelhaft klarer Weise informiert.

Letzten Endes mochte die gegenwärtige Konstellation vor allem auf traditionellen ökonomischen Konkurrenzgefühlen der Großen Mächte beruhen. Im Ergebnis aber ergab sich im Ganzen gesehen eine recht eigenartige, vielfach eher intuitiv weitergesponnene als auf konkreten Belegen basierende und ständig von Gerüchten, Verdachtsmomenten und Vorurteilen durchzogene diplomatische Ausgangssituation herauf: Paris befürchtete die Verwirklichung einer deutsch-russischen Allianz, England eine französisch-russische Kooperation möglicherweise unter Einschluss Deutschlands und in Berlin traten trotz der wiederholten Dementierung durch die französische Außenpolitik die Sorgen vor einer Einigung zwischen Paris und Moskau auf der Basis des Art. 116 Abs. 3 VV immer mehr hervor. Moskau wiederum befürchtete, ohne Beziehungen zu Frankreich[1271] alleine einem deutsch-englischen Übergewicht im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands gegenüberzustehen.

Aufgrund der äußerst schwachen eigenen Position aber manifestierte sich das auf deutscher Seite bestehende Misstrauen besonders stark: Schlesinger schrieb unter dem 22. Dezember 1921 an Scheffer nach Moskau, er habe mit Simson und Maltzan und auch mit Wirth „gleichfalls lang und breit“ die gegenwärtige Situation erörtert. Auch sie sähen ein, „dass Russland bei der ersten internationalen Konferenz gezwungen sein wird uns aufzugeben“, wenn deutscherseits „bis dahin nicht irgend welche wirtschaftlichen Fakten, in der Art, wie ich sie vorgeschlagen habe“ geschaffen wurden. Schließlich sei die innenpolitische Autorität der Sowjetregierung mittlerweile sogar „vollständig von wirtschaftlichen Faktoren abhängig“.[1272]

Maltzan suchte daraufhin das Gespräch mit dem britischen Botschafter. Hierbei entstand eine geheime, undatierte Aufzeichnung über eine telefonische „Besprechung der russischen Angelegenheiten mit D’Abernon“, die Schubert Dufour unter dem 30. Dezember 1921 nach London übersandte. Es war zudem wohl dieses Gespräch, dass in den Erinnerungen D’Abernons zumindest rudimentär Bestätigung findet und demnach am 21. Dezember 1921 stattfand.[1273] Maltzan jedenfalls

---

au Gouvernement Impérial russe en même temps qu´elle priverait l´Allemagne des bénéfices de son action économique en Russie. C´est la première fois qu´un publiciste allemand exprime ouvertement cette crainte, déjà manifestée par M. Stresemann dans l´entretien dont a rendu compte la dépêche de M. de Saint-Quentin No.608 9 de ce mois. [...] Mais les véritables rancunes vont à l´Angleterre. Beaucoup envisagent dans l´avenir un rapprochement franco-russe, souvent d´ailleurs sous la forme utopique d´un groupement à trois qui comprendrait l´Allemagne. » Die französische Übersetzung des Artikels im Berliner Tageblattes vom 19.12.1921 bei ebd., 167-170.

Zur „Biographie und Selbstdarstellung“ Theodor Wolffs (1868-1943), langjähriger Chefredakteur des Berliner Tageblattes und Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei vgl. die Einleitung von Bernd Sösemann zu Wolff, Die Wilhelminische Epoche, S.VIIIff. bzw. Sösemann, Theodor Wolff und Köhler, Der Chef-Redakteur.

[1271] Vgl. dazu die Aufz. o.U., 30.12.1921, MAE, Corr. Pol. et Com. , Série Z, U.R.S.S. 348, 172f.

[1272] Schlesinger an Scheffer, 22.12.1921, PA, NL Schlesinger, Bd.1, 1ff.

[1273] D’Abernon, Bd.1, S.266. Hier heißt es, Maltzan habe ihm gegenüber versichert, „dass er immer mit den englischen Vertretern zusammengearbeitet habe und nie einen Schritt auf dem Wege der Annäherung an Russland unternahm, ohne dem englischen Beispiel gefolgt zu sein“. Maltzan habe trotz seiner Skepsis gegenüber einem internationalen Syndikat

will D'Abernon gegenüber seine persönliche Haltung in einer Weise skizziert haben, die zumindest keinen begründeten Anlass zu der Vermutung gab, dass die Ausführungen des Ministerialdirektors in irgendeiner Weise verstellend waren. Auch hier lässt sich vielmehr erkennen, dass Maltzan grundsätzlich eine enge Russland-politische Zusammenarbeit mit London favorisierte und seine diesbezügliche, geradezu wie ein persönliches Bekenntnis wirkende Aussage sicherlich nicht pauschal als unaufrichtig verworfen werden kann:

> „Meine persönliche Richtlinie, die im Amt durchaus geteilt würde, sei die, dass der Weg nach Moskau nur über London ginge. Diese Linie sei bisher befolgt (worden) und würde auch künftig beobachtet werden. Beweis: Malcolm und Kilmarnock seien dauernd von mir über die einzelnen Phasen der deutschen Pläne in Moskau orientiert worden, insbesondere hätten wir bei den Verhandlungen O´Grady´s und bei Abschluß eines Wirtschaftsvertrages England stets einen längeren Vortritt gelassen. Lord D'Abernon erkannte dies an."[1274]

Freilich konnte diese Orientierung an dem Verhalten der britischen Außenpolitik auch für Maltzan nicht dazu führen, dass dahinter jede selbstständige Wahrung deutscher Interessen vollkommen zurückgestellt wurde. Auch Maltzans misstrauische Skepsis gegenüber den weiteren Zielen der alliierten Deutschland- und insofern auch Russlandpolitik, insbesondere über die gegenwärtige und künftige Haltung der französischen Außenpolitik blieb offenkundig hoch. Und in Bezug auf die nachfolgende Entwicklung bis zum Abschluss des Rapallo-Vertrages erscheint es zudem bedeutsam, dass nach der oben zitierten Stimmung in der deutschen Publizistik im Kontext des Art. 116 Abs. 3 VV Maltzan die damit einhergehenden deutschen Sorgen auch dem Vertreter der britischen Außenpolitik Ende 1921 unmissverständlich zu Gehör brachte. Der Ministerialdirektor verwahrte sich dabei gegen ein Verhalten der alliierten Seite, dass die deutsche Russlandpolitik mit Vorverdächtigungen unter Druck setze und zugleich zielstrebig eigene wirtschaftliche, finanzielle und politische Interessen und Ziele auf diesem Gebiet verfolgte. Dabei stellte Maltzan D'Abernon nicht nur seine Sorge vor einer französisch-russischen Annäherung, sondern abermals nachdrücklich die deutsche Rechtsauffassung im Hinblick auf Art. 116 Abs. 3 VV dar:

> „Ganz besonders würde aber das angeblich einseitige Vorgehen Deutschlands in Russland von Frankreich betont, dies sei umso interessanter, als ich bestimmte Beweise habe, dass gerade Frankreich sich über den Art. 116 direkt mit Russland auf Kosten anderer Leute verständigen würde. Ich gab Lord D'Abernon die einzelnen Phasen dieses französischen Vorgehens mit Daten an (Angora-Vertrag durch Vermittelung des französischen Gesandten in Warschau und des polnischen Gesandten in Moskau,

---

zum Wiederaufbau Russlands die Absicht geäußert, auch weiterhin „in allen Punkten" mit der englischen Politik „konform zu gehen". Es heißt hier dann u.a. weiter: „Maltzan behauptet, dass die französischen Verhandlungen mit Russland, die seit dem Oktober fortdauern, nur auf das Ziel gerichtet sind, Deutschland an einer Annäherung mit Russland zu hindern. Die Franzosen haben die Russen aufgehetzt, Reparationsforderungen an Deutschland zu stellen. Deutschland lehnt es jedoch ab, den Vertrag von Versailles als bindend für Russland anzuerkennen. Die Russen sind sich über das französische Spiel vollkommen klar. Um die Deutschen über die Tatsache auf dem laufenden zu halten, dass Verhandlungen mit den Franzosen im Gange waren, ließen sie den französischen Kurier in demselben Abteil wie den deutschen von Riga nach Moskau reisen."

[1274] G.A. Maltzan, o.D., QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd. 6: Dezember 1921. Es heißt hier u.a. auch: „In der letzten Zeit machten sich Stimmen bemerkbar, dass diese Linie von mir nicht mehr klar innegehalten würde. (…) Ich könne ihm versichern, dass diese Vorwürfe unbegründet seien, verwies ihn auf die ‚Tägliche Rundschau', die mir andererseits vorhalte, dass die russische Politik im Amt lediglich von englischen Wünschen diktiert würde. Hinsichtlich Brüssel habe Lloyd George im Gegensatz zu Churchill ausdrücklich unsere Haltung als die richtige bezeichnet. Diese politische Linie würde auch von unserer Industrie befolgt (Deutsch, Stinnes, englisch-deutsches Holzunternehmen in Russland etc.)."

> Eintreffen der französischen Kuriere in Moskau etc.) (.) Insbesondere die polnisch-russische Vermittelung im Angora-Vertrag[1275] schien Lord D'Abernon sehr zu interessieren."[1276]

Wenngleich Maltzan betonte, die deutsche Russlandpolitik habe „keine Geheimnisse", so wurde im Rahmen seiner Ausführungen insgesamt eine logische Handlungskonsequenz im Grunde bereits zu diesem Zeitpunkt zweifelsfrei absehbar: Würden die deutscherseits bereits zu diesem Zeitpunkt artikulierten Befürchtungen im Kontext der Art. 116 Abs. 3 / Art. 117 VV von Seiten der britischen und französischen Außenpolitik nicht bald merklich abgeschwächt und entlastet werden, so musste sich die deutsche Außenpolitik zur Selbstbehauptung auf eigene, mit Moskau vertraglich geregelte Gegenmaßnahmen verwiesen sehen.
Zunächst aber stand für den Ministerialdirektor eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien auf Russland-politischem Gebiet im Vordergrund. Der damit einhergehende Vorschlag bildete zudem kein theoretisches Lippenbekenntnis, sondern wirkte auch vom praktischen Standpunkt überzeugend. Maltzan betonte, dass die Idee eines internationalen Konsortiums zum Wiederaufbau Russlands nicht zuerst von alliierter, sondern von deutscher Seite vorgebracht worden sei, womit er indirekt insbesondere auf die Tätigkeit Rathenaus verwies:

> „Auf eine spezielle Frage der Zusammenarbeit mit England gab ich Lord D'Abernon hierfür zwei Wege an. 1. Die von Deutschland angeregte Bildung eines internationalen Syndikats, welches meines Erachtens aber nicht gegen, sondern für Russland arbeiten müsse. 2. Vorhergehende Verständigung mit England betreffend getrennte Übernahme einzelner Arbeitsgebiete in Russland (Konzessionen, Fabriken, Wiederaufbau von Städten, Verkehrsmittel etc.), gemeinsame Interessenvereinigung, nachdem die betreffenden Syndikate Englands und Deutschlands in Russland festen Fuß gefasst hätten. 3. Regelmässiger Gedankenaustausch wie bisher zwischen Privatinteressenten, der hiesigen Botschaft und dem Auswärtigen Amt über weitere Entwicklungsmöglichkeiten."[1277]

Schließlich stand noch die von D'Abernon ventilierte Frage im Raum, wie sich Berlin zu dem Vorschlag „einer großen Weltkonferenz, an der Deutschland und Russland teilnehmen sollten", stellen würde. Und diese Idee war auf der Londoner Konferenz zwischen dem 18. und 22. Dezember 1921 ursprünglich gemeinsam von Lloyd George und Briand ins Spiel gebracht worden.
Hierzu signalisierte Maltzan ebenfalls grundsätzlich ein recht hohes Maß an allgemeiner Verständigungsbereitschaft. Allerdings schlug er „gleichfalls als persönliche Ansicht", vor, dass „*vor* [Herv.d.Verf.] einer derartigen internationalen Konferenz England sich gesondert mit Russland und Deutschland ins Benehmen setzen solle, damit Deutschland und Russland in der Lage seien, Englands Haltung zu erkennen, um sich selbst auf diese Konferenz vorzubereiten."[1278]

[1275] Französisch-türkischer Vertrag vom 20.10.1921, der die Differenzen zwischen Briand und Lloyd George verstärkte, die der französische Botschafter in London kaum befrieden konnte, vgl. DDF 1921, Tome II, Avertissement, XIIf.
[1276] G.A. Maltzan, o.D., QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd. 6: Dezember 1921. Es heißt hier u.a. auch: „Ich verwahrte mich (…) ausdrücklich gegen die französische Auslegung des Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.], wonach gegen unseren Willen eine dritte Partei dem Versailler Friedensvertrag beitreten könne und wonach ohne eine deutsch-russische Vereinbarung einseitig eine von Deutschland zu zahlende Kriegsentschädigung an Russland von der Entente festgesetzt werden könne. Lord D'Abernon ging den englischen Text des Artikels mit mir durch und gab mir Recht, dass die französische Auslegung künstlich sei und dass ohne eine deutsch-russische Verständigung keine Zwangsmaßnahmen aus dem Art. 116 gegen uns hergeleitet werden könnten."
[1277] Ebd.
[1278] Ebd.

Diese eindringliche Bitte Maltzans um Klarheit in der Äußerung der britischen Position sollte auch in der kommenden Zeit von großer Bedeutung sein. Was aber war nunmehr der Kern, den Maltzan seinem Dialog mit D'Abernon entnahm, und welche Schlussfolgerungen zog er daraus? Der deutsche Ministerialdirektor formulierte es folgendermaßen: Er hatte den Eindruck, „1), dass England die Lösung des russischen Problems intensiver als bisher in Angriff nehmen will, 2) dass er [D'Abernon, Anm.d.Verf.] die von Frankreich geplante Vergewaltigung Deutschlands und Russlands (Art. 116) durchaus ablehnt, 3) dass England sich eine Lösung des russischen Problems ohne ebenbürtige Teilnahme Deutschlands nicht mehr vorstellt."[1279]

Eine solche, trotz der eigenen schwachen Position um Zuversicht bemühte Russland-politische Gesamteinschätzung bewegte sich natürlich keineswegs auf gesichertem Boden. Es lag jedenfalls nahe, dass je nach Entwicklung der internationalen Lage und Politik der Alliierten sowohl untereinander als auch gegenüber Deutschland und Russland die Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV schon schnell wieder an tagespolitischer Aktualität gewinnen konnten. Damit drohte der deutschen Republik unter Umständen zwar kein „Über-Versailles"[1280], aber doch sehr wohl ein in finanzieller und reparationspolitischer Hinsicht überaus ungünstiges Voll-Versailles, das zweifellos weitere, erhebliche außen- und innenpolitische Nachteile und Härten nach sich gezogen hätte.

Eine Nachricht mit breiter politischer Signalwirkung blieb unterdessen für alle europäischen Mächte von gewichtiger Bedeutung: Nachdem Lenin bereits Ende November 1920 zum ersten Mal von einem „neuen Zeitabschnitt" Sowjetrusslands „im Geflecht der kapitalistischen Staaten"[1281] gesprochen hatte, setzte er sich auf dem neunten Kongress der kommunistischen Partei in Moskau im Dezember 1921 unter dem Druck der wirtschaftlichen Not und der sozialrevolutionären Aufstände noch einmal verstärkt für eine neue Wirtschaftspolitik ein. Damit war der „Kampf um den russischen Markt" nun auch offiziell eröffnet. Mit Datum vom 20. Dezember 1921 berichtete die Berliner Börsen-Zeitung, „das große Problem Russlands" werde offenbar „jetzt seiner Lösung zugeführt". Britische Zeitungen träten schon „für die Einberufung einer Konferenz ein, an der Deutschland und Russland teilnehmen sollen", womit „im wesentlichen die Grundlage für ein europäisches Übereinkommen" geschaffen werden könnte, „wie [auf der Konferenz von, Anm.d.Verf.] Washington für die Fragen des Pazifik." Auch Frankreich scheine „entschlossen", mit der „Interventionspolitik" in Sowjetrussland zu brechen. Der mächtige Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im französischen Parlament, Poincaré[1282], habe vor einiger Zeit in einem Artikel selbst die Frage aufgeworfen, ob Frankreich tatsächlich „beiseite stehen" solle, während seine „Bundesgenossen auf jener Seite des Kanals Russland ihre Waren für das Gold der russischen Staatskasse verkaufen, für das Gold, dass die Deckung der französischen Schuld bildete?"[1283]

Auch die belgische Wirtschaft drängte, zumal man sich in Belgien schon über die Resultate des Versailler Vertrages unzufrieden und enttäuscht gezeigt hatte[1284], ihre Regierung jetzt abermals zu einer verstärkten Russland-politischen Initiative.[1285] Und auch der tschechische Ministerpräsident

---

[1279] Ebd.
[1280] Zum Begriff „Über-Versailles" vgl. Hildebrand, Das vergangene Reich, S.422, S.429.
[1281] zit. nach Zeidler, S.30.
[1282] Siehe zur Biographie Poincarés u.a. Roth; Keiger.
[1283] Walter Aßmus, Der Kampf um den russischen Markt, Börsen-Zeitung, 20.12.1921, Ausschnitt in: PA, R 31966.
[1284] Vgl. dazu v.a. Marks, Innocent Abroad.
[1285] So war z.B. das « Comité de défense des intérêts belges en Russie » der Ansicht, es verfestige sich das Gerücht, „que dans la Conférence interalliée qui se tiendra à Cannes le 6 janvier prochain, la situation de la Russie sera envisagée à

und Außenminister Benês vertrat in der Prager Presse am 25. Dezember 1921 die Ansicht, die Russland-politische Haltung der tschechischen Regierung und die damit verbundene militärische Nichtinterventionspolitik und Bereitschaft zur Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen werde in Europa mehr und mehr anerkannt. Russland sei jetzt „für Europa zu öffnen."[1286]

Im Auswärtigen Amt wurden diese Zeichen ebenfalls als Beginn einer politischen Evolution in Russland und einer grundlegenden Modifizierung der radikalen kommunistischen Ideenwelt gedeutet. Nach Maltzan erreichenden Meldungen hielt Lenin am 23. Dezember 1921 eine bedeutsame Eröffnungsrede. Darin habe er unter anderem ausgeführt, dass zwar in den „kapitalistischen Ländern immer noch nicht" der Wunsch „abgestorben" sei, „die Sowjetrepublik totzudrücken". Nichtsdestoweniger sei man in Moskau aber nunmehr „politisch und militärisch gefestigt". Auf der politischen „Tagesordnung" stehe daher jetzt „die Befestigung der wirtschaftlichen Bedingungen" des neu entstandenen, kommunistischen Staates. Eine solche wäre jedoch „ohne gewisse gegenseitige Beziehungen mit der kapitalistischen Welt" „unmöglich". „De facto", so soll Lenin hier weiter ausgeführt haben, sei Russland ohnehin „bereits jetzt durch eine ganzen Reihe von Verträgen und gegenseitigen Handelsbeziehungen mit der kapitalistischen Welt verwachsen". Und die „Industrie der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder" würde Russland zudem ohnehin unterstützen, „trotz ihrer Antipathie" gegenüber den sowjetrussischen Machthabern.[1287]

Am 22. Dezember 1921 legte Ministerialdirektor Köpke Maltzan ein weiteres Rechtsgutachten aus der Feder von Friedrich Gaus vor. Das Justitiariat teilte mit, dass es beauftragt worden sei, sich mit den „verschiedenen Auslassungen, die in letzter Zeit von der Presse bei Erörterung der Frage der Annäherung zwischen der Entente und Sowjetrussland über die Tragweite der Artikel 116 und 117 des Versailler Vertrages gebracht worden sind", zu beschäftigen und „seine Auffassung über die durch diese beiden Artikel geschaffene Rechtslage noch einmal zusammenfassend darzulegen." Dabei gehe es insbesondere um die Problematik, ob „diese Artikel, insbesondere Artikel 116 Abs. 3 (VV), Sowjet-Russland einen formalen Rechtsanspruch gegen Deutschland auf Reparation gemäß dem Versailler Vertrage" zusprechen würden. Bis in die „inneren Ressorts" hinein sei eine zumeist bejahende Auffassung anzutreffen, obschon zur Realisierung eines solchen Anspruchs „der Beitritt Russlands zum Versailler Vertrag" erforderlich wäre.[1288]

Diese Rechtsauffassung hielt Gaus für „verfehlt". Er verneinte, dass Art. 116 Abs. 3 VV „zur Begründung einer rechtlichen Verpflichtung Deutschlands ausgestaltet worden" sei oder in diesem Sinne ausgelegt werden könne. Russland wäre nur dann in der Lage, gegen Deutschland Reparationsansprüche zu erheben, „wenn dafür eine andere Rechtsgrundlage als der Artikel 116 Abs.

---

nouveau. » Dort könnten dann bereits wichtige Vorentscheidungen fallen, « tant au point de vue de la reprise des relations commerciales et diplomatiques avec le Gouvernement des Soviets, qu´au point de vue de l´intervention des différentes puissances, notamment de l´Allemagne, dans la réorganisation de la Russie. », vgl. das Schreiben an Jaspar vom 29.12.1921, BMAE, 10.991 (I.-II.). Die Vorlage trägt links oben hschr. die Nummerierung 157.

Zum Treffen belgischer und britischer Industrieller in London im Hinblick auf eine Förderung der ökonomischen Restauration und Erholung in Europa vgl. das Schreiben des belgischen Generalkonsuls an Jaspar vom gleichen Tag, ebd.

[1286] Ausschnitt bei ebd., 10.991 (I.-II.).

[1287] Die Aufz. o.U. trägt den Titel „Lenin auf dem 9. Allrussischen Kongress der Sowjets über die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands", PA, R 31967 (H 119099-104). Siehe zu diesem Kongress auch den 9-seitigen Bericht Graaps vom 28.12.1921, BAB, R 43, I/132 (MF 1), 57ff.

[1288] Aufz. Gaus, 22.12.1921, ADAP A V, Nr. 225. Eine Abschrift der Vorlage befindet sich bei PA, R 23696 und bei PA, R 23702, 060ff. Hschr. am oberen Rand und links mit Datum vom 19.3.(22) notierte Maltzan dazu: „§116".

3 gegeben ist.“ Die Entente habe damit lediglich gewollt, „ihrem ehemaligen Bundesgenossen zu zeigen, dass [...] er moralisch für befugt gehalten werde, gegen das schuldige Deutschland Ansprüche nach dem Muster des Teils VIII des Versailler Vertrages zu erheben.“ „Diese andere Rechtsgrundlage“ könne aber „nur eine vertragliche Vereinbarung zwischen Deutschland und Sowjetrussland sein.“ Und daran würde auch der Artikel 117 VV nichts ändern, denn es leuchte „ohne weiteres ein, dass die künftigen Verträge zwischen den Alliierten und den russischen Staaten, deren Gültigkeit wir anzuerkennen haben, sich nicht schlechthin auf jede beliebige Frage erstrecken können.“ Nach Gaus wäre der zuletzt genannte Artikel sonst rechtlich sinnlos[1289] - eine Auffassung, die von den Westmächten erkennbar noch nicht einmal im Ansatz geteilt worden wäre. Das Gutachten besaß deshalb auch die Qualität und Güte, rechtliche Normen und politische Anwendungsmöglichkeiten zu differenzieren. Denn Gaus wollte mit seinen Ausführungen und Argumenten keineswegs einer unterschätzenden Erleichterung von den damit einhergehenden finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Sorgen das Wort reden. Er kam hingegen zu dem Ergebnis, dass „die tatsächliche Entscheidung“ über die hier auf Russland-politischem Gebiet unter Umständen schon bald drohende Gefahr „letzten Endes nicht von dieser rein rechtlichen Beurteilung abhänge“, sondern letztlich von den internationalen politischen Kräfteverhältnissen bestimmt werde. Gaus sah allenfalls die „Gelegenheit, auch die Rechtsfrage, die in diesem Falle wirklich günstig für uns ist, mit Nutzen in die Diskussion zu werfen.“[1290]

Es war damit offenkundig, dass die Bedeutung des „Damoklesschwertes“[1291] der Art. 116 Abs. 3 und 117 VV insbesondere für den von Maltzan betreuten außenpolitischen Verantwortungsbereich auch weiterhin nicht unterschätzt werden durfte. Der „Einfluss der Kabinette der drei großen europäischen Hauptmächte“, so wurde aus deutscher Sicht auch in diesem Zusammenhang beklagt, werde aber ohnehin lediglich „durch die recht beschränkte Notwendigkeit, den Schein des Rechts zu wahren und in etwas höherem Grade durch die notwendige Rücksicht auf wirtschaftliche Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeiten“ abgemildert.[1292]

Nachfolgend kam es wiederholt zu Zwischenfällen und zu weiteren Spannungen im deutsch-französischen Verhältnis. Ministerialdirektor Schubert verlieh insoweit seiner „Besorgnis“ Ausdruck, die gegenwärtige Entwicklung in der Reparationsfrage - auf deutscher Seite stark von dem Engagement des mehrfach nach Paris gereisten Rathenau geprägt[1293] - verliefe ingesamt gesehen negativ. Und die jetzt in Aussicht genommene Konferenz in Cannes[1294] werde Deutschland

---

[1289] Ebd. Es heißt hier u.a.: „Wenn auch der Umfang der den Alliierten in dem Artikel zugestandenen Kompetenz im einzelnen zweifelhaft werden kann, so zeigen doch die Schlußworte, welche Art von Verträgen allein in Betracht kommt. Es sind die Verträge, welche den künftigen Bestand der russischen Staaten regulieren. Wollte man auch die deutsch-russische Auseinandersetzung auf finanziellem Gebiet miteinbeziehen, so könnte man die Bestimmung mit demselben Recht auch auf solche Verträge erstrecken, in denen rein deutsch-russische Fragen, wie z.B. der deutsch-russische Handelsverkehr, geregelt werden.“

[1290] Ebd.

[1291] Vgl. Hilger, S.85.

[1292] Aufz. o.U. und o.D., PA, R 28399. Die Vorlage setzte sich mit den Gefahren eines möglichen deutschen Völkerbundsbeitritts auseinander.

[1293] Wie der britische Botschafter D’Abernon unter dem 5. Januar 1922 festhielt, sei der deutsche Wiederaufbauminister allerdings zumindest „in den ersten vier Tagen nach seiner Ankunft in Paris von den Franzosen vollkommen ignoriert“ worden, vgl. D’Abernon, Bd.1, S.269. Siehe zur Tätigkeit Rathenaus in Paris auch Schubert an Sthamer, 9.1.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.7.

[1294] Zur Konferenz in Cannes vom 9. bis zum 15. Januar 1922 vgl. die Aufz. Martius, ADAP A V, Nr. 245 oder auch die Ausgabe der „L´Europe Nouvelle“ vom 21. Januar 1922 mit einem chronologischen Ablauf und „textes officiels“, ein Exemplar findet sich bei BMAE, 10.991 (I.-II.). Die Rede Rathenaus am 12. Januar vor dem Obersten Rat auf der

möglicherweise gar kein „sehr befriedigendes Ergebnis“ bringen. Zudem lege nun auch die Regierung in London gegenüber der deutschen Außen- und insbesondere Russlandpolitik „vielleicht unter dem Einflusse Frankreichs, ein gewisses Misstrauen gegen uns“ an den Tag. Und durch das „recht undurchsichtige und dabei anscheinend sehr geschickte Spiel“ der sowjetrussischen Vertreter werde das „außerordentlich verwickelte“ „russische Problem“ gleichsam zu einer beachtlichen Belastung auch für die Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland.[1295]
Maltzan allerdings nahm Schubert vor dem Vorwurf, diese Entwicklung zu fördern, eindringlich in Schutz. Er betonte stattdessen die schwierige Balance zur Wahrung der eigenen Interessen im Westen wie im Osten, von der die Praxis der frühen Weimarer Außenpolitik auch aus seiner Sicht weiterhin geprägt sein musste:

> „Es kommt natürlich alles darauf an, dieses unberechtigte Mißtrauen auszuräumen. Andererseits ist es aber sehr misslich, eine Kooperation zwischen Deutschland und England allzu stark zu betonen, da dies wiederum von den Russen übel vermerkt wird, besonders auch deshalb, weil die Engländer, wie mir kürzlich von sehr autoritativer Seite bestätigt wurde, in Russland augenblicklich sehr unbeliebt sind.
> Vor allem darf natürlich nicht der im übrigen ganz unberechtigte Verdacht aufkommen, als ob vom Auswärtigen Amte selbst eine England abträgliche Sonderpolitik in Bezug auf Russland gefördert würde. Maltzan hat gestern bei Lord D’Abernon gefrühstückt und dieser hat ihn heute zu sich gebeten. Auf diese Weise wird Maltzan in der Lage sein, (D’Abernon) etwas eingehender über unsere Absichten zu informieren.“[1296]

Offenkundig stand Schubert mit Maltzan in der Frage, wie Russland- und Westpolitik in Einklang zu bringen war, in engem, direktem Einvernehmen. Darüber hinaus aber bestätigte er, dass sich auch andere maßgebliche Verantwortliche in der deutschen Außenpolitik über das vermeintliche oder tatsächliche Vorgehen der französischen Russlandpolitik verunsichert zeigten. „Vor einiger Zeit“, so hielt Schubert deshalb ebenso fest, hätten die Franzosen „allerlei mysteriöse Anknüpfungen mit Russland versucht“. Was dabei herausgekommen sei, darüber bestehe noch „nicht ganz“ Klarheit. Aber schon jetzt sei „die Gefahr nicht ganz von der Hand zu weisen, dass es den Franzosen gelingen könnte, zu irgendeiner Verständigung mit den Russen zu kommen und sie dazu zu bewegen, den Versailler Vertrag in gewissem Umfange anzuerkennen, wodurch es den Russen ermöglicht würde, auch ihrerseits uns gegenüber Entschädigungsansprüche in hohem Maße geltend zu machen.“ Auch wenn es „mit der Bezahlung solcher Entschädigungsansprüche seine guten Wege haben würde“, verfüge die Pariser Politik dann doch über ein „Mittel“, „um uns auch von Osten her je nach Bedarf zu zwicken.“ Andererseits aber könne auch „ein gewisses taktisches Manöver der Franzosen“ vorliegen, zum er bislang nicht recht einsehen könne, „auf welcher Basis die Russen und Franzosen sich so schnell einigen könnten, die beiderseits sehr viel aufgeben müssten, worauf sie bisher mit allem Nachdruck bestanden haben.“[1297]
In der Zwischenzeit hatte die „Dialektik der sowjetrussischen Verhandlungspartner“[1298] das deutsch-sowjetrussische Verhältnis abermals schwer belastet: In der Prawda vom 27. Dezember 1921 erneuerte Radek die Drohung, man werde sich bei einem Scheitern der deutsch-russischen

---

Konferenz von Cannes ist abgedruckt bei: Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922, S..39-44.
[1295] Schubert an Dufour, 30.12.1921, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.6.
[1296] Ebd.
[1297] Ebd.
[1298] Schmidt-Rolke an Maltzan, 29.12.1921, PA, Ru Po 5, Bd.10, Ru 203 (1922), S.-R., vgl. Sütterlin, S.86, Anm.46.

Beziehungen mit den Westmächten auf der Basis des Versailler Vertrages verständigen.[1299] Und diese Haltung konnte keineswegs als launenhafte politische „Verstimmung“[1300] abgetan werden. Schlesinger befürchtete bereits, dass „die deutsche Regierung zur Unzeit dem russischen Wunsche nachgeben“ und damit „schädliche Demonstrationspolitik“ mit weit reichenden Negativfolgen machen könne.[1301]

Aus sowjetrussischer Sicht lag es allerdings nahe, die sich bietende „Hebelwirkung des Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] gegenüber Deutschland“ weiterhin politisch auszunutzen. Die ursprüngliche Erwartung, dass der sowjetrussische Hinweis „auf das französische Angebot“ in Berlin zu einem größen Entgegenkommen führe, wurde zwar vorerst nicht erfüllt. Insbesondere diese Bestimmung des Versailler Vertrages konnte aber nun einmal weiterhin „als Waffe (…) und Propaganda“[1302] verwendet werden. Und der drohende Wink mit den Artikeln 116 Abs. 3 /117 VV lud die sowjetrussischen Vertreter dabei ebenso zum politischen „Bluffen“ ein wie zu einer tatsächlich möglichen und vorteilhaften Anwendung und Umsetzung der damit verbundenen finanziellen Vorteile. Nach Schmidt-Rolke hatte in Radek privatim bereits gedroht, dass Russland unter Umständen „gegen schwächsten Gegner vorgehen“ müsse und der Versailler Vertrag „biete hierfür genügend Handhabe“.[1303]

Maltzan zeigte sich gegenüber derartigen Äußerungen jedoch zumindest äußerlich unbeeindruckt. Auf Erpressungsversuche reagierte er empört und abweisend. Ein „Ausspielen von Paragraphen des Versailler Vertrages“ gegenüber der deutschen Russlandpolitik, so entgegnete er deshalb Radek kurz und knapp, käme „überhaupt nicht in Frage“. „Derartige Drohungen“ ließen die deutsche Außenpolitik „kühl“. Für Maltzan wiesen sie indirekt vor allem darauf hin, dass Sowjetrussland Angst vor einem deutsch-englischen-französischen Syndikat habe.[1304]

Auf den ersten Blick hatte Radek damit „sein Druckmittel“, den russischen Reparationsanspruch gemäß dem Versailler Vertrag „entschieden überstrapaziert“. Ob aber sein „Flirt mit Frankreich“ weitgehend „erfolglos“ blieb, dies war noch keineswegs absehbar.[1305] Denn auch die weitere Entwicklung in den deutsch-russischen Beziehungen wurde in hohem Maße von dem Verhalten der französischen und britischen Außenpolitik bestimmt.

Unterdessen zeigte sich die französische Diplomatie zum einen unsicher, welche genauen Russland-politischen Intentionen in Berlin verfolgt wurden.[1306] Zum anderen thematisierte Botschafter Laurent

---

[1299] Siehe die Erinnerungen von Hilger, S.81; Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.183.

[1300] Anders ebd.

[1301] Schlesinger an AA, 29.12.1921, PA, Handakten Schlesinger, zit. nach ebd.

[1302] Grieser, S.18f. Zu dementsprechenden Artikeln – von Radek, anonym oder von Smirnov - vom 3.1., 17.1., 29.1., 12.3. und 6.4.1922 vgl. im einzelnen ebd., S.19. Es heißt zu diesem Thema abschließend u.a.: „Die Pravda hatte die Vorgeschichte des Rapallo-Vertrages ausführlich kommentiert und durch mehr oder weniger eindeutige Verweise auf Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] mit beeinflusst.“, ebd., S.20.

[1303] Schmidt-Rolke (Moskau) an AA, 30.12.1921, ADAP A V, Nr. 232. Hier heißt es in Bezug auf eine „längere Unterredung“ mit Radek vom gleichen Abend u.a., allerdings wolle die Sowjetregierung „unbedingt vermeiden, den Trumpf des Versailler Vertrages auszuspielen, da ihr an der Herstellung möglichst inniger, von der Entente unabhängiger Beziehungen zu Deutschland ja so viel gelegen wäre.“ Sie könne jedoch angesichts der „rätselhaften Haltung der deutschen Regierung Russland gegenüber nicht dauernd im Nebel herumtappen, Deutschland müsse endlich klar Stellung nehmen.“ Vgl. in diesem Kontext auch Schmidt-Rolke (Moskau) an AA, 5.1.1922, ADAP A V, Nr. 234.

[1304] G.A. Maltzans, 31.12.1921, PA, R 31490k/ 31491k (K 096380-81). Die Vorlage wurde hschr. verfasst und ist an beiden Seitenrändern stark beschädigt.

[1305] Vgl. Goldbach, S.111.

[1306] Siehe dazu z.B. einen Bericht des französischen Gesandten in Kopenhagen vom 1.1.1922 über zwei Besuche Wiedenfelds in Berlin offenbar im Dezember 1921, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 1-2f. Hier heißt es bei 2 (Rückseite) u.a.: „Wiedenfeldt (sic) est persuadé que le moment est propice à l´Allemagne et à la Russie pour se

dabei erneut die deutschen Sorgen auf diesem Gebiet. Er berichtete insoweit nach Paris, es gäbe in den deutschen Medien vielfach Meldungen und Vermutungen, die seit dem 2. Dezember 1921 angeblich aufgenommenen Verhandlungen zwischen Frankreich und Sowjetrussland könnten letztlich nur zum Ziel haben, „que la France cherche à encercler l´Allemagne par l´Est et s´efforce de gagner le Gouvernement bolcheviste en soulevant la question des réparations dues par Allemagne à la Russie en vertu de l´article 116 du traité de Versailles, les sommes ainsi recouvrées devant d´ailleurs servir à l´amortissement de la dette russe envers la France ».[1307]

Zwar betrachtete der französische Botschafter derartige Meldungen als eine von interessierter Seite lancierte Kampagne. Er mahnte jedoch, dass Paris solche Gerüchte zur Beruhigung der deutschen Seite in offizieller Form verstärkt dementieren möge. Darüber hinaus tauchte in der französischen Diplomatie durchaus der Wunsch auf, durch direkte, persönliche Gespräche mit sowjetrussischen Vertretern zu mehr Klarheit zu gelangen. So fragte zum Beispiel der französische Gesandte in Reval in Paris nach, ob er erneut jegliche Kontaktaufnahme mit Litwinow ablehnen sollte.[1308]

Offenkundig war, dass die bisherige, zumindest offizielle Ablehnung derartiger Unterredungen auf französischer Seite zu Informations- und Einflussdefiziten geführt hatte, die nunmehr beklagt wurden. Aber auch in allgemeiner Hinsicht nahm sich die Position der französischen Außenpolitik keineswegs erfolgreich aus. Botschafter Mayer wies unter dem Datum des 3. Januar 1922 aus Paris in Bezug auf die allgemein in Paris vorhandene psychologische Grunddisposition darauf hin, „ganz besonders schmerzlich“ berühre die Franzosen eben „die Abnahme des französischen Prestiges in der Welt“, wobei er bereits zuvor von den „unglücklichen Wirkungen des französischen Auftretens“ im Rahmen der letzten Konferenz in Washington berichtet hatte.[1309]

Aus dieser Analyse der gegenwärtigen französischen Lage ließen sich allerdings nur bedingt Handlungsempfehlungen für die deutsche Außenpolitik ableiten: Es sei insgesamt doch „außerordentlich schwer“, so fügte Mayer in einem weiteren Schreiben ebenfalls vom 3. Januar 1922 hinzu, „ein zutreffendes Bild von den Richtlinien zu gewinnen, die Frankreich in Zukunft bei seiner Politik Sowjet-Russland gegenüber verfolgen“ werde - „schwer vor allem deshalb“, „weil diese Richtlinien anscheinend noch keineswegs festliegen, sondern sich noch im Zustand der Formung“ befänden. Zwar sei ein Großteil der bislang in dieser Hinsicht umherlaufenden Meldungen zumindest vom aktuellen Standpunkt aus nicht als authentisch und zuverlässig zu bewerten, da die „Fantasie (…) dabei vielfach den Ereignissen vorgegriffen“ habe und die französische Außenpolitik „in dem neuen Russenkurs in Frankreich“ noch keineswegs so weit „gediehen“ sei, „wie manche Nachrichten glauben machen“ wollten. Andererseits aber mahnte Mayer die Verantwortlichen in Berlin nachdrücklich zu erhöhter, unbedingter Wachsamkeit, gerade auch auf Russland-politischem Gebiet:

> „Eins aber lässt sich wohl feststellen, dass nämlich Frankreich den Standpunkt der reinen Negation verlassen hat und in der Furcht, anderen Staaten, insbesondere England

---

ménager des positions politiques et économiques beaucoup plus fortes qu´avant la guerre. Personne ne sait, naturellement, de quel côté sont tombées les décisions du Gouvernement d´Empire. On sait cependant que de pleins pouvoirs très entendus ont été donnés à Wiedenfeldt pour les négociations avec les Soviets. »

[1307] Tel. Laurent No. 10, 5.1.1922, ebd., U.R.S.S. 349, 5-6.

[1308] Vgl. Tel. Duchesne, 13.1.1922, ebd., 15 sowie C(G)ouget (Prag) an Briand, 15.1.1922, ebd., 16-17.
Siehe in diesem Zusammenhang auch die Kopie einer das Verhältnis der Alliierten zu Sowjetrussland resümierenden Aufz. vom 2.1.1922 bei ebd., 19-23 sowie die Erörterungen Briands in Bezug auf die Frage des u.a. über polnische Banken abgewickelten Finanzverkehrs zwischen Russland und Frankreichs; ebd., 13-14.

[1309] Mayer an AA, 3.1.1922, PA, R 70473 (L 153683-87, hier -85).

> und Deutschland gegenüber ins Hintertreffen zu geraten, sich einem positiveren Kurs zuzuwenden bestrebt ist.“[1310]

Diese Einschätzung konstituierte an sich freilich keine Neuigkeit und wurde selbst auf alliierter Seite seit langem in ähnlicher Weise hervorgehoben. Bereits im März 1920 hatte zum Beispiel der belgische Botschafter in Paris, Gaiffier, gegenüber seinem Außenminister in Brüssel, Hymans, festgestellt, Frankreich blicke bislang zurück auf eine fehlerhafte Russlandpolitik und sehe „avec amertume combien la Russie manque à son système d´alliance.“[1311]

Die von Mayer beschriebene, allgemeine Unzufriedenheit in Frankreich über die bisherigen außenpolitischen Misserfolge der Regierung erhöhte sich unterdessen weiter und sollte wenige Tage später zum Sturz der Regierung Briand führen. Eine große politische Mehrheit in Frankreich verlangte nach einer noch viel rigoroseren Deutschland-politischen Vorgehensweise. Am 13. Januar 1922 beauftragte Präsident Millerand[1312] Raymond Poincaré, bislang Senator und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, mit der Regierungsbildung. Während von britischer Seite die deutsche Lage zum Teil bereits mit ironischen Bemerkungen kommentiert wurde[1313], trat dessen Kabinett jetzt mit dem erklärten Ziel an, den Versailler Vertrag vollständig in die Realität umzusetzen, „fût-ce par la force“.[1314] Und dass der Jurist Poincaré mit Akribie und Leidenschaft in dieser Frage vorgehen würde, war absehbar. So hatte der neue Regierungschef bereits vor seiner Wahl in einem Artikel in der „Revue des deux mondes“ vom 1. Januar 1922 öffentlich erklärt, gegenüber Deutschland auf unumstößliche Härte bedacht zu sein.[1315] Eine Verschärfung des spätestens seit 1920 angeschwollenen englisch-französischen Gegensatzes[1316] schien ebenfalls vorprogrammiert. Der belgische Botschafter in London meldete, Lloyd George habe mit einer beiläufigen Bemerkung mit dem Inhalt, diejenigen, die internationale Konferenzen verabscheuten, seien „(des) esprits rigides qui

---

[1310] Mayer an AA, 3.1.1922, ebd., R 70656 (K503261-63, hier -61). Es heißt hier u.a. auch: „In meinem oben erwähnten Telegramm hatte ich bereits mitgeteilt, dass Briand und Loucheur persönlich dem Gedanken der Anbahnung eines Weges nach Russland nicht abgeneigt seien. (…) Es mag sein, dass der Verlauf der Verhandlungen in Cannes eine gewisse Präcision in die Russenpolitik der französischen Regierung bringt, und dass Frankreich sich dann auch zu grösseren Aktionen entschliesst, die bisher anscheinend nur den Inhalt von Gerüchten gebildet haben.“, ebd. (-62 und -63).

[1311] DDB, Tome I, Nr.56, S.175.

[1312] Zu Millerand vgl. u.a. den Beitrag von Martens, Millerand.

[1313] Schon unter dem 25. April 1921 hatte D’Abernon unter der Bemerkung, dies „may interest, and amuse, the Prime Minister“, eine Karikatur aus der Vossischen Zeitung übersandt, der einen nackten, mageren „deutschen Michel“ mit der Aussage abbildete, „Sie wollen mich am Kragen packen? Da bin ich neugierig, wie sie das machen wollen!“, vgl. D’Abernon an Hankey, 25.4.1921, HLRO, LG Papers, F/54/1/23. Bei den Lloyd George Papers befindet sich auch eine Karikatur in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 9.10.1921 mit dem Titel „Die Erdrosselung der deutschen Lebenskraft“, die die Bezahlung der alliierten Besatzungskosten in der Zeit vom 11. November 1918 bis zum 30. April 1921 durch das in Ketten liegende Deutschland thematisiert, ebd., F/54/2/3.

[1314] Vgl. Baumont, S.50; Mollier/George, S.467 sowie z.B. die Berichterstattung der belgischen Diplomatie, z.B. Tel. Gaiffier No.10, 19.1.1922, BMAE, 10.991 (I.-II.). Siehe dazu auch die französische Note vom 1. Februar 1922, die dies in scharfer Form wiederholte. Ein Exemplar befindet sich ebenfalls bei ebd. und trägt am oberen Rand den hschr. Vermerk „Mémorandum Poincaré“. Der hier zu findende Terminus, die existierenden Verträge seien « droit public européen » fand offenbar Eingang in die « Sous-Commission juridiques » auf der Konferenz von Genua, vgl. dazu den Annexe 1 bei BMAE, 10.991 (III.), S.2.

[1315] Vgl. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.185. Siehe zu Poincaré u.a. Roth; Bonnet, S.58f.; zur Diskussion, ob dessen Außen- bzw. Deutschlandpolitik letzten Endes unter die Überschrift „Poincaré-La-Guerre“ oder eher „Poincaré-La-Peur“ falle, Marks, Poincaré-la-peur; Keiger, S.275. Bei Baumont, S.47, heißt es, Poincaré habe schon 1921 geäußert, der Versailler Vertrag sei durch die Politik Briands mittlerweile „zu Fetzen zerrissen.“

[1316] Vgl. dazu u.a. Bonnet, S.51f. Nach D’Abernon legte Poincaré eine „eiserne Intransigenz“ an den Tag. Er ziehe „den finanziellen Ruin des Schuldners“ selbst dann vor, „wenn es seine vollkommene Zahlungsunfähigkeit bedeuten würde.“ D’Abernon befürchtete eine Entwicklung wie „nach dem Frieden von Tilsit“, vgl. D’Abernon, Bd.1, S.39, S.42, S.271, S.273f., Bd.2, S.36f. Eine „biographische Skizze“ über Poincaré findet sich bei ebd., Bd.2, S.34-41.

n´aiment pas d´être mis en face des réalités“, eine gehässige Bemerkung über die Haltung Poincarés gemacht.[1317]

Auch für Maltzan in Berlin trat mit dem Regierungswechsel in Paris natürlich eine neue Situation ein. Und die gewisse Erleichterung und Atempause, die er noch kurz vor der Ernennung Poincarés zum neuen Regierungschef verspürt hatte[1318], sollte sich damit schon sehr bald als überholt erweisen. Denn seine bereits ohnehin sichtbare Unsicherheit über die künftige Entwicklung der französisch-russischen Beziehungen verstärkte sich nachfolgend abermals, auch wenn Schmidt-Rolke unter dem 8. Januar 1922 vorsichtig von einem, wie ihm der Sekretär von Litwinow, Florinsky, erklärt habe, gegenwärtig „großen Sieg der ‚deutschen Richtung' innerhalb der Sowjetregierung“ berichtet hatte. Aus diesem Bericht geht vielmehr zugleich hervor, dass es weitere, Russland-politisch zumindest nicht unbedeutsam erscheinende Bestrebungen Frankreichs und Englands offenbar bereits gegeben hatte.[1319]

Darüber hinaus stand Maltzan vor weiteren innenpolitischen Widerständen und Querschlägern, die sich mit Blick auf die anhaltende kommunistische Propaganda in Deutschland[1320] vehement und durchaus nachvollziehbar gegen jede aktivere Form einer deutschen Russlandpolitik wandten - selbst wenn dies aus präventiven außenpolitischen Gründen vielleicht insgesamt betrachtet sinnvoll und notwendig erschien. So konstatierte der Ministerialdirektor am 9. Januar 1922 gegenüber Brockdorff-Rantzau, die „russischen Angelegenheiten“ entwickelten sich „immer noch nicht in der von mir gewünschten klaren Linie“. Zwar sei zumindest das Reichskabinett nach „unendlichen Schwierigkeiten jetzt auf eine Einheitsfront eingestellt“. Jedoch machten „das Preussische Staatsministerium und die ihm unterstellten inneren Behörden“ „unendliche Obstruktion“. Russlandpolitik sei mittlerweile „wirklich eine Sisyphus-Arbeit“.“[1321]

Die äußeren Vorzeichen dieser Belastungen aber verbesserten sich mittlerweile zumindest ein wenig: Schmidt-Rolke berichtete in dem bereits erwähnten Bericht vom 8. Januar 1922, das „Schwergewicht politischer Aktivität“ Moskaus verlagere sich gegenwärtig „auf den Orient“, auch wenn die Verantwortlichen eingesehen hätten, dass beim Wiederaufbau Russlands und bei der Durchführung der Orientpolitik ein enges Zusammengehen mit Deutschland unbedingt notwendig sei.[1322] Mit Datum von 10. Januar 1922 fügte der deutsche Vertreter des Weiteren hinzu, in Moskau sei „ein Signal erkennbar“, „dass diese Zusammenarbeit „ohne (ein) weiteres öffentliches Abkommen

---

[1317] Moncheur an Jaspar, 22.1.1922, ebd. Die Vorlage trägt am oberen Rand die hschr. Bemerkung „On a fait une circulaire“.

[1318] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 9.1.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.27 (H 237 141-431). Es heißt hier u.a.: „Die in den letzten Monaten drohende französisch-russische Gefahr ist mit vieler Mühe zur Zeit etwas abgeschwächt. Das egozentrische Vorgehen Frankreichs, welches ohne Rücksicht auf seine Bundesgenossen Deutschland an Russland verkaufen wollte und aus dem Art. 116 (Abs. 3 VV) sich Russlands Vorkriegsschulden durch uns bezahlen lassen wollte, hat wenig Gegenliebe bei England und Amerika gefunden. Die französischen Verhandlungen mit Russland sind zur Zeit noch keineswegs abgestellt, werden aber durch die bevorstehende Konferenz in Genua entschieden abgeschwächt werden.“

[1319] Schmidt-Rolke an AA, 8.1.1922, ebd., R 70656 (K 503266-70). Es heißt hier u.a.: „Die Französische Regierung scheint in ihren Verhandlungen mit der Russischen Regierung ganz besonderes Gewicht auf die Bedeutung der französischen Metallindustrie für den russischen Wiederaufbau gelegt zu haben (…).“, ebd., -68f.

[1320] Siehe z.B. in Bezug auf einen Streik in Berlin in dieser Zeit, der angeblich auf sowjetrussische Agitation zurückgehe und mit Geld aus Moskau unterstützt werde, wofür allerdings „keine haltbaren Beweise“ vorhanden seien, auch D'Abernon, Bd.1, S.286.

[1321] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 9.1.1922, ebd., NL Brockdorff-Rantzau, Az.27 (H 237 141-431).

[1322] PA, verfilmt unter K 279 / K 095 362-66. Der zuletzt genannte Teil der Vorlage wurde offenbar von Maltzan am Rand hervorgehoben.

möglich sei“. Die Sowjetregierung habe insoweit erkannt, „dass die schwierige politische Lage Deutschlands diese offene Stellungnahme für Russland im Augenblick unmöglich mache.“[1323]

Für die schwierigen Russland-politischen Herausforderungen kam schon bisher von einigen maßgeblichen Kräften in der deutschen Innenpolitik zumindest indirekt Unterstützung: Nicht nur von Seiten der exportabhängigen deutschen Wirtschaft erhielt Maltzan für seine grundlegende, wirtschaftlich orientierte Positionierung der deutschen Russlandpolitik verstärkt eine breite und nicht nur funktionärsgesteuerte Zustimmung, wenn der Hauptausschuss des Reichsverbands der Deutschen Industrie eindringlich „die Erschließung des russischen Marktes“ forderte.[1324] Auch Wiederaufbauminister Rathenau entwickelte im Rahmen seiner starken Russland-politischen Denktradition weitere Handlungsempfehlungen, wie die deutsche Wirtschaft am Wiederaufbau Russlands zu beteiligen sei.[1325]

Maltzan war mit Blick auf die geplante internationale Konferenz in Genua allerdings unterdessen ohnehin bereits bemüht, einen „positiven Gedankenaustausch“ mit dem für die weiteren deutsch-russischen Verhandlungen Bevollmächtigten, Karl Radek, herzustellen, und zwar mit dem Ziel, „vor Genua eine gemeinsame Verteidigungsfront“ zu haben.[1326] Nach seinen Angaben hatten sich die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen inzwischen so weit entwickelt, dass „russische Lieferungsaufträge über 12,5 Milliarden Papiermark nach Deutschland vergeben“ und „etliche Konzessionen zum Wiederaufbau Russlands an deutschen Firmen erteilt“ worden seien. Zudem schwebten „zwecks Wiederherstellung des russischen Verkehrsnetzes […] Verhandlungen zwischen einigen Banken und der russischen Staatsbank.“ Schlesinger, der nach Maltzan „in dem ewigen Kampf gegen Obstruktionen manchmal etwas moralische Unterstützung“ benötigen würde, habe aus Russland zudem durchaus „sehr gute Wirtschaftsprojekte mitgebracht, die realisiert werden müssen.“ Vor diesem Hintergrund setze man langsam eben „so einen Stein auf den anderen.“[1327]

Eine solche, zumindest in Teilen zuversichtlichere Haltung empfahlen deutsche Beobachter, die sich in Moskau selbst ein Bild machen konnten, auch weiterhin, und zwar abermals ebenso in langfristiger, strategischer Sicht. Denn im gegenwärtigen Russland, so führte zum Beispiel Paul Scheffer mit Datum vom 14. Januar 1922 aus, sei „eben noch nichts Tradition, alles im Werden,

---

[1323] PA, R 31490k/ 31491k (K 096385).

[1324] vgl. Pogge von Strandmann, Großindustrie und Rapallopolitik, S.293 mit weiteren Einzelheiten.

[1325] Zu Rathenaus Vorstellungen über die Beteiligung der deutschen Wirtschaft siehe auch den streng vertraulichen mschr. Vermerk Löwes vom 21. Januar 1922, im PA verfilmt unter 8701/ H 119049-52, vgl. auch Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.187, Anm.86. Zur Russland-politischen Strategie Rathenaus heißt es bei D’Abernon, Bd.1, S.283 u.a.: „Über Russland sagte er: ‚Es ist am besten, wenn die Privatgesellschaften dort einzeln ihr Glück versuchen; sobald sie eine genügende Anzahl von Kontrakten bekommen haben, wird das Sowjetsystem von selbst zusammenbrechen.“

[1326] Der genannte „Bevollmächtigte“ war Karl Radek, dem Maltzan nach einem hschr. Vermerk auf eine telegraphische Anfrage Schmidt-Rolkes aus Moskau vom 1. Januar 1922 bereits in Reval und Riga ein Visum für die Einreise hatte bereitstellen lassen, vgl. Tel. Schmidt-Rölke, 1.1.1922, PA, R 23696 (L 096599). Siehe dann auch das Tel. Schmidt-Rölkes vom 7.1.1922 und die G.A. Maltzans vom 8.1.1922 zur Dementierung von Gerüchten in der Presse, dass Radek in Begleitung französischer Offiziere in Düsseldorf und Berlin gewesen sei, ebd, auch bei BAB, R43, I/132 (MF 1), 19.
Mit Kurztelegramm vom 10. Januar 1922 teilte Schmidt-Rölke aus Moskau Maltzan persönlich mit, dass Radek an diesem Tag mit Krestinski nach Berlin abgereist sei, Schmidt-Rölke an Maltzan, 10.1.1922, PA, R 23696.

[1327] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 9.1.1922, ebd., NL Brockdorff-Rantzau, Az.27 (H 237 141-431). Es heißt hier u.a. auch: „Die Banken verdienen aber leider an Valutaspekulationen auf sicherere Art und Weise Geld, als dass sie für politische Zukunftsnotwendigkeiten, die nebenbei auch einträglich sind, etwas riskieren möchten. Nur Krupp scheint die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. In Petersburg werden wir Ende Januar das Generalkonsulat wieder eröffnen, hierfür ist Kessler, der bisherige Referent für Polen, in Aussicht genommen, ebenso soll Legationsrat Mey nach Charkow gehen.“
Siehe zu dieser Aufzeichnung Maltzans auch Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.183, u.a. mit dem Hinweis auf eine zustimmende Notiz Reichskanzler Wirth´s mit dem Wortlaut „Ja!“.

daher alles in viel groesserem Maße beeinflussbar als irgendwo sonst“. Und insoweit müssten die in dieser Hinsicht für Deutschland vorhandenen wirtschaftlichen und damit auch die politischen Chancen trotz aller Schwierigkeiten auf lange Sicht letzten Endes doch als „noch enorm“ eingeschätzt werden.[1328]

Die amtliche deutsche Russlandpolitik trat in ein neues Stadium ein: Am 23. Januar 1922 setzte sich Reichskanzler Wirth in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages für „korrekte Beziehungen“ zu Sowjetrussland ein. Radek sei seit dem 16. Januar 1922 wieder in Berlin und bereits am 18. Januar von ihm empfangen worden. Bisher, so fügte Wirth hinzu, hätten sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zwar zweifellos „nicht sehr günstig entwickelt“. Inzwischen habe aber „ein verstärktes Bemühen aller Völker um Russland eingesetzt“, wobei angeblich vorhandene, „französischen Annäherungsversuche am wichtigsten und gefährlichsten seien“. Das Ziel der französischen Außenpolitik laufe in diesem Zusammenhang darauf hinaus, „sich mit Russland über die Inkraftsetzung des Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] Versailler Vertrag zu einigen, wodurch der Ring um Deutschland vollständig geschlossen wäre.“ Unter der Zustimmung einer großen Mehrheit der Ausschussmitglieder kündigte der Reichskanzler daher an, dass bei dieser Sachlage „eine deutsche Aktivität unumgänglich“ sei, um zu einer freien Verständigung zu kommen und die „Einbeziehungen Russlands in den feindlichen Konzern“ zu verhindern. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau müssten insoweit „vielleicht schon in den nächsten Wochen“ wiederhergestellt werden“.[1329]

In westpolitischer Hinsicht unterlag die Aussicht auf eine Verbesserung der außenpolitischen Lage allerdings deutlichen Einschränkungen. Es gab zwar Faktoren, die dazu berechtigten, nun auf freundlichere Deutschland-politische Signale aus London zu hoffen. So wies zum Beispiel Schubert Sthamer in London auf seinen Eindruck hin, Wiederaufbauminister Rathenau habe auf der Konferenz in Cannes „wirklich vorzügliche Arbeit“ geleistet, schon allein dahingehend, dass es ihm dort gelungen sei, „ein Verhältnis zu Lloyd George und anderen maßgebenden Engländern herzustellen, das man beinahe als herzlich bezeichnen“ könne.[1330] Andererseits aber machte der

---

[1328] Mit Datum vom 14. Januar 1922 berichtete Scheffer aus Moskau, Maltzans Mitteilung, „dass an dem gegenwärtigen Vertretungszustand nichts geändert werden soll“, habe ihn nachdenklich gemacht: „Da hier alles „persönlich“ sei, so hielt Scheffer fest, hänge eben „alles von der Person dessen ab, der hier Deutschland vertritt, mehr als irgendwas sonst.“, Scheffer an Maltzan, 14.1.1922, PA, R 23696 (L 096606-09).

Nach einer anderen Aufz. wurde die Zurückhaltung Deutschlands bei bestimmten Wirtschaftsprojekten als „Machtlosigkeit und Abhängigkeit von der Entente ausgelegt.“ Hier wurde des Weiteren festgestellt, dass sich bei einer Erkaltung des „bisher starken Interesses für Deutschland“ „die Hinneigung zur Entente, die hier durch Unterhändler schürt“ wachse. Das „Eintreffen deutscher Bevollmächtigter“ erscheine daher „zwecks Bekundung des deutschen Interesses, zwecks Fühlungnahme und (zur) Klärung von etwaigen Kreditfragen als dringend notwendig.“, Aufz. o.U., 15.1.1922, ebd., R 31967 (H 119126). Siehe in diesem Zusammenhang auch Deutsche Vertretung in Moskau an AA, 14.1.1922, ebd. (H 119130). Hier heißt es in Bezug auf eine Meldung der Iswestija am 10. Januar, Maltzan habe als Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amts angeblich mitgeteilt, „dass die russischen Kreise den bereits ausgearbeiteten Plan betreffend die Überführung von fast 1 Million Deutscher nach Russland zum Zwecke des wirtschaftlichen Aufbaus unterstützen“ würden. Diese „Armee“ werde „ausschliesslich aus Deutsch(en) bestehen, welche früher in Russland gelebt haben und die russische Sprache kennen.“ Bei der zitierten Vorlage handelt es sich um eine Abschrift mit Eingang vom 23.1.1922.

[1329] Zit. nach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.184, der hierzu auf einen Bericht des württembergischen Gesandten (HStA Ludwigsburg, Rep. E 131, R 2/1 Band II, Abgabe 1946) bzw. Bericht No. 29 des stellvertretenden bayerischen Bevollmächtigten v. Papius verweist (GStA München Staatsministerium des Äußern, MA 1943 D.R., Nr.9).

Eine Skizze der Ausführungen Wirths ist im PA verfilmt unter L 622/L 196 638-48, vgl. ADAP A V, Nr. 265, Anm. 1.

[1330] Schubert an Sthamer, 16.1.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.7.

Siehe zu dem „grossen Eindruck“, den Rathenau „überall“ u.a. auch durch seine „Rednergabe“ gemacht habe, auch

Ministerialdirektor in der Westabteilung des Auswärtigen Amts unter Zurückweisung von gewissen Beschwerden Rathenaus über eine fehlende Unterstützung durch die deutsche Diplomatie und trotz einer durchaus auch bei Schubert spürbaren Zufriedenheit über den mit Cannes eingeschlagenen Weg allerdings ebenso deutlich, dass das „neue Kabinett Poincaré" natürlich nach wie vor „ein grosses Fragezeichen" bilde:

> „Ich glaube zwar, dass Poincaré zunächst sehr vorsichtig vorgehen wird; ich fürchte aber, da(ss) wir von Herrn Poincaré noch sehr unangenehme Überraschungen zu erwarten haben. Poincaré hat sich so festgelegt, dass er nicht viel billiger spielen kann, als er bisher in seinen vielen Artikeln und Reden zum Ausdruck gebracht hat, wenn er nicht selbst den Boden unter den Füssen verlieren will. Er ist ungeheuer gerissen und wird natürlich alles versuchen, um hintenherum den Engländern seine Ideen beizubringen. Er wird dabei mit allen Mitteln der alten Schule arbeiten, die er leider vollkommen beherrscht."[1331]

Allerdings sah auch Schubert kurz darauf die gegenwärtige Entwicklung als nicht gänzlich ungünstig an. Es lasse sich mittlerweile in begründeter Weise annehmen, so Schubert in einer weiteren Aufzeichnung aus dieser Zeit, dass es für die Politik der Regierung Lloyd Georges eine „Lebensnotwendigkeit" ist, eine Verständigung mit Russland und eine Verbesserung der Lage Deutschlands anzustreben. „Im großen und ganzen" sei deshalb zu „konstatieren, dass Lloyd George's Politik gegenüber Deutschland sich in einer stetig steigenden, für uns günstigen Kurve bewegt hat, (die) nur gelegentlich durch ein Sinken nach unten unterbrochen wurde, das meiner Ansicht nach stets durch taktische Rücksichten bedingt war."[1332]
Unabhängig von der künftigen inhaltlichen Weiterentwicklung des britischen und französischen Vorgehens schien sich für die deutsche Außenpolitik aber nun zumindest in einem Punkt eine gewisse Gleichberechtigung sichtbar anzudeuten: Sie wurde aufgerufen, das wesentlich durch den britischen Premier ins Leben gerufene Großprojekt mit dem Ziel, die Weichen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu stellen, mitzugestalten. So hatte die italienische Botschaft Reichskanzler Wirth am 23. Januar 1922 die bereits angekündigte Einladung zur Teilnahme an der internationalen Weltwirtschaftskonferenz übersandt, die am 8. März 1922 in Genua eröffnet werden sollte.

3. Der Beginn der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen (Mitte Januar 1922)

Zu allgemeinem Optimismus bestand aus deutscher Perspektive unabhängig von der geplanten Genueser Konferenz allerdings kein Anlass, insbesondere nicht in Russland-politischer Hinsicht. Paul Scheffer skizzierte unter dem 19. Januar und 14. Februar 1922 im Berliner Tageblatt die sowjetrussischen Wirtschaftsverhältnisse in merklicher Abweichung zu den Maltzan gegenüber

---

Schubert an Sthamer, 23.1.1922, streng geheim, ebd., mit dem Schubert seine ausführliche Aufz. vom 19.1.1922 sowie u.a. ein Tel. Müllers aus Bern vom 20.1. sowie ein undatiertes Tel., das Schmidt-Rolke aus Moskau Sthamer übersandte.

[1331] Schubert an Sthamer, 16.1.1922, ebd. Rathenaus hatte im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags beklagt, er habe bei seiner Reise im November nach England „das Terrain" durch die dortige deutsche Botschaft „wenig vorbereitet" gefunden, siehe kritisch dazu auch die Aufzeichnungen Schuberts vom 18. und offenbar fortgesetzt am 19.1.1922, bei ebd. Von Seiten Schuberts hieß es hier u.a.: „Diese Ausführungen des Herrn Rathenau sind m.E. geeignet, ein unrichtiges Bild der Sachlage zu geben, das zu einer falschen Beurteilung der Politik Lloyd Georges führen muß. Meiner Ansicht nach hat Herr Rathenau nur deshalb seine sehr erheblichen Erfolge erzielen können, weil das Terrain gut vorbereitet war."

[1332] Ebd.

geschilderten Zukunftschancen als „Mindestwirtschaft“, dessen wirtschaftlich erschreckender „Minimalismus“ als der „Schlüssel“ zum Verständnis der aktuellen Lage in Russland gelten könne. Jede wirtschaftliche Existenz sei gegenwärtig dort „verkrüppelt“ und werde von dem allgegenwärtigen „Trödelhaften“ getroffen. Insbesondere auch aus dieser völligen Erschöpfung des Landes zögen die sowjetrussischen Machthaber ihre „Machtvollkommenheit“.[1333]

Zugleich blieb das Verhalten der sowjetrussischen Regierungsvertreter ambivalent. Auch die anhaltenden Gerüchte über eine mögliche Einigung zwischen Moskau und der Entente auf Kosten der deutschen Republik verhinderten, daß sich die deutsche Russlandpolitik auf einer auch nur annähernd verlässlichen Basis sehen konnte.[1334]

Für Maltzan war in diesem Zusammenhang bedeutsam, dass nunmehr auch Radek behauptete, Poincaré habe vor drei Monaten die Verbindung zu Sowjetrussland aufgenommen. Frankreich verlange dabei von der sowjetrussischen Regierung „die Anerkennung der Vorkriegsschulden“, deren Zahlung über den Artikel 116 Abs. 3 VV „nach einer bestimmten Skala durch Deutschland geleistet werden solle“. England habe unter gewissen Vorbehalten angeblich seine Zustimmung signalisiert. Auch Russland sei hierzu „in gewissem Umfange bereit.“[1335] Und dass die Bereitschaft Maltzans im Rahmen seiner Verantwortung zur Sicherung deutscher Interessen auf Russland-politischem Gebiet zu Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern trotz gewisser Zweifel über die Richtigkeit solcher Nachrichten letztlich doch erhöht wurde, lag auf der Hand.

Am Abend des 18. Januar 1922, somit einen Tag nach dem Erscheinen des Artikels in der Prawda, wurde Radek im Beisein von Krestinski dem deutschen Reichskanzler vorgestellt.[1336] Und dieses Gespräch bildete den Startschuss für intensive Verhandlungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland, die nach rund drei Monaten letztlich am 16. April 1922 zur Unterzeichnung eines Vertrages in Rapallo führen sollten. Sie kreisten von Anfang an um die Präsenz und Bedeutung des im Versailler Vertrag Russland vorbehaltenden Reparationsanspruchs gegen Deutschland.[1337]

[1333] Gedruckt in: Scheffer, Augenzeuge, S.89ff.

[1334] Nach einer Meldung Schmidt-Rolkes aus Moskau mit Datum vom 21. Januar ließ Radek am 17. Januar 1922 in der Prawda veröffentlichen, dass die Vorstellung Poincarés, „Deutschland zur Zahlung zu zwingen“, „einen entschiedenen Misserfolg“ haben und zugleich den Abschluss eines englisch-französischen Vertrages und eine internationale Konferenz verzögern werde, PA, R 23696 (Abschrift) (L 096625). Diese Vorlage trägt im oberen Bereich den Verweis an „Herrn Maltzan“. Zu den „Negotiations for an Anglo-French Pact 1921-22“ vgl. ausführlich Orde, Great Britain, S.6ff.

[1335] Aufz. Maltzan, 17.1.1922, ADAP A V, Nr. 246.

[1336] Aufz. Maltzan, 19.1.1922, ebd. Nr. 249, auch bei BAB, R43, I/132 (MF 1), 67-70.

[1337] Aufz. Maltzan, 19.1.1922, ADAP A V, Nr. 249. Es heißt hier u.a. auch, Radek habe einleitend betont, er sei von seiner Regierung zwar befugt, „über die Formulierung gewisser Deutschland und Russland betreffender Fragen in einen Gedankenaustausch zu treten“ Andererseits wäre er sich aber „bewußt“, „dass weder Russland noch Deutschland zur Zeit vollkommene Handlungsfreiheit hätten“ und beide „auf die angelsächsische Berücksichtigung angewiesen“ seien. Da die Entente aber mit einem „einheitlichem Programm in Genua auftreten“ werde, sei es absolut notwendig, „dass auch Besiegte sich über gemeinsame Richtlinien verständigten“. Es müsse „unabhängig von der Tatsache, ob sie in Genua gemeinsam oder getrennt auftreten würden (eine) Einheitlichkeit über Gemeinsamkeit der Wünsche erzielt werden“, wobei Russland angeblich „weder antienglisch noch antifranzösisch“ sei. Die Stellung Russlands zu Frankreich habe sich „in den letzten Monaten bedeutend geändert“. Insofern sei von der französischen Politik angeblich jeder Gedanke an eine Intervention gegen Sowjetrussland fallengelassen und das Angebot erklärt worden, „die russisch-französische Vorkriegspolitik wieder aufzunehmen.“ Es stelle sich daher als erstes die Frage, wie der „akuten“ Gefahr einer „Ausnutzung des Art. 116 [VV] durch Frankreich“, der „einen wirtschaftlichen und moralischen Keil in die deutsch-russischen Beziehungen der Gegenwart und Zukunft bedeuten“ würde, begegnet werden könne. Die maßgebenden Elemente der russischen Regierung wollten zwar diese Gefahr „vermeiden“, aber auf eine „moralische Auslegung des Artikels käme es bei der bekannten Machtpolitik der Entente in diesem Falle nicht an“. Für „Deutschland und Russland bestände die Gefahr, dass sie sich einer Oktroyierung des Art. 116 ohne Rücksicht auf die Rechtsauslegung kaum widersetzen könnten.“

Reichskanzler Wirth begrüßte zunächst die sowjetrussische Verständigungsbereitschaft. Er wies die Sorge Moskaus zurück, wonach sich Rathenau im Hinblick auf die von den Ententemächten geäußerten Ideen, wie der wirtschaftliche Wiederaufbau in Russland zu gestalten sei, „zum Träger des Zwangssyndikats“ gemacht habe“. Im Ganzen sollten vielmehr nun die diesbezüglichen sowjetrussischen Vorschläge vom Auswärtigen Amt geprüft werden. Maltzan und Schlesinger wurden beauftragt, in den von Radek „gewünschten Gedankenaustausch einzutreten.“[1338] Nach einer ungezeichneten Aufzeichnung vom 25. Januar 1922 ließ Radek nachfolgend durchblicken, dass ihm auch an dem Abschluss eines - eventuell auch geheimen - Sonderabkommens zwischen Deutschland und Sowjetrussland gelegen sei.[1339]

Einseitig ostorientiert blieb die frühe Weimarer Außenpolitik im Rahmen dieses Vorgehens allerdings weiterhin nicht: Maltzan suchte zuvor erneut die Abstimmung mit der britischen Außenpolitik und fand dabei in Lord D’Abernon abermals einen in der Sache verständigen und verständnisvollen Gesprächspartner, was wenige Wochen später in Genua keineswegs auf alle britischen Akteure zutreffen sollte. Gerade in Bezug auf die später auch von England geführten Anschuldigungen gegen den Rapallo-Vertrag ist es bemerkenswert, wie explizit, unmissverständlich und in der Wortwahl sogar recht drastisch Maltzan bereits im Januar 1922 D’Abernon und damit der britischen Regierung gegenüber seine Russland-politischen Befürchtungen verdeutlichte:

> „Es sei ganz natürlich, dass wir versuchen müßten, die für uns entstehende Komplikationen vor Genua zu vermeiden, bevor in Genua das russisch-französische Agreement sanktioniert würde. Ich hoffte, aus seinen bisherigen Äußerungen glauben zu dürfen, dass es auch für England angenehmer sei, wenn wir eine französisch-russische Vergewaltigung Deutschlands vor Genua zu vermeiden versuchten.“[1340]

Nach Maltzan war auch D’Abernon erneut der „persönlichen Ansicht“, dass die „französische Auslegung des Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] VV“ „Nonsens“ sei. Dem Ergebnis der Konferenz in Genua würde es zuträglich sein, wenn die damit verknüpften „Wirkungen“ noch zuvor durch einen deutsch-russischen Ausgleich vermieden würden. D’Abernon soll darüber hinaus versichert haben, dass die Offenheit Maltzans „über russische Fragen“ die dortige britische Haltung „erleichtern“ könnte. Gegenüber der Bitte des britischen Botschafters, ihn auch weiterhin über den weiteren Verlauf der deutsch-sowjetrussischen Gespräche zu informieren, will Maltzan in Erwartung komplexer wie komplizierter Verhandlungen allerdings darauf hingewiesen haben, dass sich diese Gespräche noch „wohl sehr lange hinziehen dürften“.[1341]

Aufgrund dieses recht engen Kontakts zu D’Abernon befand sich Maltzan nicht in einer Ausgangssituation, die isoliert und mit Blick auf den russischen Reparationsanspruch gegen Deutschland aus dem Versailler Vertrag der sowjetrussischen Seite faktisch unterlegen war. Im Gegenteil: Er zeigte sich von der bekannten, nunmehr zum wiederholten Male vorgetragenen Drohung Radeks einer Realisierung des russischen Reparationanspruchs durch eine vertragliche Vereinbarung Sowjetrusslands mit den Alliierten unbeeindruckt. Sein Fazit lautete, dass sich die

---

[1338] Aufz. Maltzan, 19.1.1922, ADAP A V, Nr. 249. Demnach soll Radek den Wunsch geäußert haben, „zunächst mit Herrn von Maltzan allein über den Rahmen zu verhandeln“, bei technischen Einzelheiten würde er das sachverständige Urteil Schlesingers begrüßen. Maltzan bat am Ende der Aufzeichnung um Abstimmung mit Simson und Gaus.
[1339] Vgl. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.185.
[1340] G.A. Maltzan, 20.1.1922, ADAP A V, Nr. 250.
[1341] Ebd.

deutsche Außenpolitik „aus rechtlichen und sachlichen Gründen auf eine derartige Ausdehnung des Art. 116 keineswegs einlassen dürfe“. Die betreffende Bestimmung beinhalte aus seiner Sicht „lediglich einen platonischen Vorbehalt, wonach die etwaigen Forderungen Russlands durch den Versailler Vertrag nicht berührt werden sollten.“ Und dies sei von Frankreich „in den polnischen Verhandlungen“ und sogar von Russland bei einer entsprechenden „Anfrage Lettlands“ bestätigt worden und darüber hinaus auch „die Auffassung objektiver englischer Kreise.“[1342]

Derartige Ausführungen des deutschen Ministerialdirektors mochten mit Blick auf die schwebende, aber letztlich doch faktische Präsenz des russischen Reparationsanspruches gegen Deutschland in der internationalen Politik in der Sache zwar die sowjetrussische Seite weiterhin nicht durchschlagend beeindrucken können. Maltzan drohte dem Vertreter der Moskauer Regierung im Gegenzug allerdings jetzt auch konkret mit dem vollständigen Abbruch der wirtschaftlichen „Besprechungen eines großen Konzerns“. Deutschland werde sich jedenfalls, so fügte Maltzan abweisend hinzu, „nunmehr schwer hüten“, Russland, „dem wir in schwerer Zeit und ohne Rücksicht auf unsere inneren Schwierigkeiten dauernd persönliches, politisches und wirtschaftliches Entgegenkommen gezeigt hätten, weiterhin zu unterstützen und Russland Pfänder zu schaffen, die es als Sicherheit für seine unqualifizierbaren Forderungen auf Grund des Art. 116 mit Beschlag belegen könnte.“[1343]

Damit passte sich der Ministerialdirektor dem harten Verhandlungsstil Radeks also spürbar an. Und seine recht harsche Gegenreaktion erzielte durchaus Wirkung. Denn aus der Sicht Maltzans sei Radek „daraufhin erheblich bescheidener“ geworden und habe auf die weiteren deutsch-russischen „Entwicklungsmöglichkeiten vor und in Genua“ verwiesen. In sachlicher Hinsicht allerdings war selbst durch ein solches Verhandlungsgeschick Maltzans natürlich nicht von dem unverändert vorliegenden Faktum abzulenken, dass diese Argumentation inhaltlich keine wirksame Gegenmacht entfaltete, und zwar gegenüber der Tatsache, dass in Artikel 116 Abs. 3 VV für die sowjetrussische Außenpolitik auch nachfolgend ein willkommenes „Mittel der Druckausübung“ lag. Moskau könne sich, so führte zum Beispiel Lenin unter dem Datum des 3. Februar 1922 gegenüber Krestinski aus, „in dieser Beziehung nicht binden, solange die deutsche Regierung gegenwärtig eine uns feindliche Haltung einnimmt, (und) um so mehr noch, wenn Rathenau seine Reparationspolitik durchsetzt, die für Russland tödlich“ sei.[1344]

Eine ernsthafte inhaltliche Weiterentwicklung des deutsch-russischen Verhältnisses war daher vorerst - einmal abgesehen von der Wirkungsmacht künftiger Russlandpolitik durch Frankreich oder England - zu einem nicht unerheblichem Grad von dem persönlichen Verhältnis zwischen Maltzan und Radek abhängig. Denn vorerst nur hier konnte eine Lösung der sachlichen Fragen atmosphärisch vorbereitet und dadurch mitbestimmt werden. Und zwischen dem ehemaligen kaiserlichen Diplomaten adliger Provenienz auf deutscher und dem intellektuellen, jüdisch-bolschewistischen Revolutionär auf sowjetrussischer Seite sollte sich gerade auch deshalb eine ganz besondere Verhandlungsatmosphäre ergeben.

Maltzans Ansicht wirkte in diesem Kontext zwiespältig. Bei ihm herrschte der „Eindruck“ vor, dass sich Radek einerseits „der Stellung Frankreichs Russland gegenüber ganz sicher“ sei. Andererseits

---

[1342] Aufz. Maltzan, 17.1.1921, ebd., Nr. 246, hier S.502.
[1343] Ebd.
[1344] Lenin an Krestinski, 3.2.1922, gedruckt u.a. im Auszug bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr.48, S.104f.

ging für ihn auch Radek „im Falle der Anwendung des Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.]“ von einer unvermeidlichen wirtschaftlichen Trennung Deutschlands von Russland aus – mit der Konsequenz, dass sich Deutschland dann noch weiter an England anlehne.[1345] So waren die Gespräche zwischen den beiden Persönlichkeiten zwar einerseits von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Man bezeugte sich vor dem Hintergrund, letzten Endes doch wiederum aufeinander angewiesen zu sein, andererseits jedoch auch persönlich Respekt, zumindest insoweit es die die Nachvollziehbarkeit der Position des Anderen betraf. Und der daraus resultierende, grundsätzliche Wunsch nach einem kooperativen Einvernehmen, bei dem beide Seiten ihre eigenen Interessen wahren konnten, sollte sich nachfolgend als maßgeblich erweisen.[1346]

Am 22. Januar 1922 fasste Maltzan das „vorläufige Ergebnis“ seiner „mehrstündigen, zum Teil recht langwierigen Besprechungen“ mit Radek zusammen. Er erklärte sich dazu bereit, seiner Regierung die Vorschläge der russischen Regierung, „meinerseits sine obligo, zur Diskussion vorzulegen“. Man einigte sich auf zwei Verhandlungsebenen: Zum einen wurde angestrebt, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern näher auszugestalten. Hier sollte von deutscher Seite insbesondere die Versicherung erfolgen, sich nicht an einem internationalen Syndikat zum Wiederaufbau Russlands zu beteiligen. Zum anderen stand eine Erörterung der Frage einer „Aufrechnung gegenseitiger Schulden“ im Raum. Und durch diese Begriffswahl machte Maltzan zugleich klar, dass Deutschland mit Blick auf die russischen Reparationsansprüche aus Art. 116 Abs. 3 VV vor einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ebenfalls eine Regelung für eigene Schadensersatz- bzw. Wiedergutmachungsansprüche gegen Russland begehrte, und zwar in Bezug auf die russischerseits während des Weltkrieges oder im Verlauf der Russische Revolution von 1917 gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige verhängten Zwangsmaßnahmen.

Diese zweite Verhandlungsebene war in politischer Hinsicht zweifellos dringlicher und bedeutsamer als die erste. Maltzan repetierte die drei von Radek dazu überbrachten inhaltlichen Punkte allerdings zunächst ohne weiteren Kommentar. Offenbar schätzte er diese Formulierungen zumindest als eine erste, akzeptable Verhandlungsgrundlage ein:

> „a) Das Deutsche Reich und die RSFSR verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d.h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen einschließlich aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.
> b) Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der Zivilschäden, d.h. auf den Ersatz der Schäden, die den Angehörigen des einen Teils durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles verursacht worden sind.
> c) Die seit dem Frieden von Brest-Litowsk entstandenen deutschen Aufwendungen für russische Kriegsgefangene und Internierte werden, soweit sie die russischen Forderungen übersteigen, besonderen Abmachungen vorbehalten, evtl. sollen sie mit dem unter 1 erwähnten Warenkredit verbunden werden.“[1347]

[1345] Aufz. Maltzan, 17.1.1922, ADAP A V, Nr. 246, S.503. Zur „Vorwegnahme der Temperierung“ des Artikels 116 Abs. 3 VV siehe auch den hschr. Brief Hintzes an Maltzan, 18.1.1922, PA, R 23696 (L 096615-17).
[1346] Aufz. Maltzan, 17.1.1922, ADAP A V, Nr. 246.
[1347] Aufz. Maltzan, 22.1.1922, ebd. (ADAP A V), Nr. 251. Zu Einzelheiten behielt sich Maltzan in der Vorbemerkung zu dieser Aufz. aber noch einen mündlichen Vortrag vor.

Augenfällig ist hier zunächst die Betonung eines „Warenkredites“, zumal Maltzan dazu handschriftlich am Rande festhielt, dieser solle in einem Umfang von „250 Millionen“ (Reichsmark) diskutiert werden. In dem Warenkredit konkretisierte sich somit das herausragende sowjetrussische Interesse an einem Vertrag mit Deutschland.
Mit dem hier bei a) zitierten Wortlaut hingegen, der wenige Monate später als erster Satz des Artikel 1 a) unverändert in den deutsch-russischen Vertrag vom 16. April 1922 Eingang finden sollte, signalisierte die deutsche Republik ihr finanzielles Hauptinteresse im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung mit Sowjetrussland. Hiermit wurde „in erster Linie“ das Faktum angestrebt, dass Sowjetrussland „kein neuer Reparationsgläubiger“[1348] des Reiches werde. Inhalt und Abfassung der Bestimmung stellten allerdings keineswegs eine Neuerfindung dar. Sie waren lediglich ein Duplikat derjenigen - allerdings unter ganz anderen Gesamtbedingungen vereinbarten - Bestimmungen, die zuvor schon in Artikel 5 des Friedens zwischen der Ukraine und Deutschland vom 9. Februar 1918 und Artikel 9 des Vertrags von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 vereinbart[1349], aber durch den Versailler Vertrag wieder aufgehoben worden waren. Die oben unter b) zitierte Vorformulierung ging jedoch nunmehr über das 1918 vertraglich Vereinbarte hinaus und stellte eine entschädigungslose Hinnahme der durch die gegenseitigen Kriegsgesetze oder Gewaltmaßnahmen bei Zivilpersonen entstandenen Vermögensverluste zur Diskussion. Aus Sicht der deutschen Interessen mag dabei die Überlegung eine Rolle gespielt haben, die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen frühzeitig von Altlasten zu befreien, wie sie zum Beispiel mit Blick auf englische Pensionsansprüche oder den Wiederaufbau der zerstörten nordfranzösischen und belgischen Gebiete in geradezu verheerender Weise Eingang in den Versailler Vertrag gefunden hatten.
Sichtbar umstritten und ohne Lösungsansatz blieb in diesem Zusammenhang allerdings die Frage von Schadensersatz für die auch in Deutschland vorhandenen Staatsobligationen des ehemaligen russischen Zarenreiches sowie für die sowjetrussischen Sozialisierungsmaßnahmen im Anschluss an die Revolution von 1917, insoweit sie deutsche Staatsangehörige betrafen. Hier forderte Radek ebenfalls einen Verzicht seitens Deutschlands. Maltzan erklärte sich allerdings „hierzu unter keinen Umständen bereit“. Diese Problematik wurde daher auch zunächst offen gelassen. Mit Blick auf das in Russland errichtete kommunistische Wirtschaftssystem schien zudem bislang nur eine sehr allgemeine, ebenso vertagende Formulierung schriftlich fixierbar:

> „Der Ausgleich der zwischen den beiderseitigen Wirtschaftssystemen bestehenden Verschiedenheiten soll künftigen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Jedoch sind die beiden Regierungen schon jetzt darüber einig, dass jeder Teil den anderen Teil und seine Angehörigen nicht schlechter behandeln wird als irgendeinen dritten Staat und dessen Angehörige.“[1350]

Maltzan erschien der zweite Satz in dieser zuletzt zitierten Grundsatzformulierung inhaltlich höchst bedeutsam. Mit der „Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs auf der Grundlage des Meistbegünstigungsprinzips“ würde für die Weimarer Republik in Bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland ein bedeutender handelspolitischer Vorteil erzielt, zumal der Versailler Vertrag ansonsten „die einseitige Gewährung der Meistbegünstigung an die

[1348] Vgl. Perrey, S.41.
[1349] Vgl. Epstein, Zur Interpretation, S.329.
[1350] Aufz. Maltzan, 22.1.1922, ADAP A V, Nr. 251.

Ententemächte“ verlange. Maltzan wies Radek insoweit unmissverständlich darauf hin, dass die sowjetrussische Ablehnung einer solchen Grundkonstruktion möglicherweise „das Scheitern des ganzen Arrangements bedeuten würde“.[1351]

Unterdessen war auch die Lösung anderweitiger, durchaus diffiziler Einzelprobleme im deutsch-sowjetrussischen Verhältnis offen. Dazu zählte vor allem die immer noch fehlende Ausräumung der Mirbach-Angelegenheit, aber auch das angespannte Verhältnis beider Mächte zu Polen.[1352] Eine Diskussion über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Russland behielt sich Maltzan daher nicht zuletzt aus diesen Gründen derzeit noch ausdrücklich vor. Radek sei lediglich angedeutet worden, „dass dieser Punkt nach seinen eigenen Ausführungen nicht dringlich sei“ und Maltzan „deswegen eine Diskussion hierüber für unnötig hielte.“[1353]

Insgesamt betrachtet war es also zunächst einmal eine eher tastend ausgearbeitete, in engen Sachgrenzen gezogene erste Grundstruktur, mit der aus der Sicht Maltzans über eine inhaltliche Weiterentwicklung des deutsch-sowjetrussischen Verhältnisses verhandelt werden sollte. Es stand dabei in Aussicht, im Sinne eines außenpolitischen Geben und Nehmen eine zukunftsweisende Liquidation von belastenden finanziellen Fragen teilweise erneut vertraglich festzulegen oder auch ganz neu zu erreichen. Unzweifelhaft ist in politischer Hinsicht des Weiteren, dass beide Akteure für ihre Staaten dabei zugleich die Voraussetzungen für die Wiedergewinnung eines außenpolitischen Großmachtstatus verbessern wollten. Mit ersten Ansätzen zur langfristigen Vorbereitung zum Beispiel eines Revanchekrieges gegen die alliierten Siegermächte, für den gegenseitig Rückhalt zu gewähren sei, hatten diese Gespräche Maltzans mit Radek nach den hier vorliegenden Quellen hingegen nichts zu tun.

Unterdessen blieb die von Maltzan mehrfach formulierte, grundlegende Sorge vor einem Akkord zwischen Paris und Moskau bestehen. Sie wurde zudem offenbar auch von anderen maßgeblichen Kollegen im Auswärtigen Amt geteilt: Es war der Ministerialdirektor in der Westabteilung des Auswärtigen Amts, Carl von Schubert, der unter dem 23. Januar 1922 gegenüber dem deutschen Botschafter in London, Sthamer, die deutschen Befürchtungen in Bezug auf die künftige Entwicklung der französischen Russlandpolitik unterstrich. Und der hierbei von ihm mit „uns“ und „wir“ verwendete Plural weist zwar nicht zwingend auf eine enge Zusammenarbeit zwischen den an der West- und Ostpolitik beteiligten Abteilungen und Referaten im Auswärtigen Amt hin. Der von Schubert gewählte Wortlaut legte jedoch eine enge Kooperation oder zumindest eine Absprache zwischen Schubert und Maltzan in dieser Frage abermals nahe:

> „Grosse Sorgen macht uns zurzeit Russland. Wir haben gewisse Anzeichen dafür, dass die Franzosen Fühlung mit den Russen genommen haben. Auch wird behauptet, dass Poincaré besser zu den Russen stehe wie Briand. Ich glaube immer noch, dass die Franzosen in dieser Beziehung eine Chantage - und die Russen uns gegenüber eine

[1351] Ebd.

[1352] Ebd. In Bezug auf den Mord an dem deutschen Botschafter Mirbach soll sich Radek nach ebd. nunmehr zumindest „zu einem noch zu formulierenden Ausdruck des offiziellen Bedauerns über diesen Völkerrechtsbruch bei Austausch der event. Beglaubigungsschreiben“ für einen neuen deutschen Botschafter in Moskau bereit erklärt haben.
Vgl. zur deutschen Polenpolitik in dieser Zeit u.a. Schoen an AA, 23.1.1922 bzw. Schoen an Maltan, 25.1.1922, ADAP A V, Nr.255, Anm.2. Schoen berichtete mit Datum vom 26. Januar 1922 aus Warschau, ebd., Nr. 255, dass eine im auswärtigen Ausschuss des Sejm „von dem nationaldemokratischen Abgeordneten und Geistlichen Lutoslawski ausgegebene Parole ‚mit Frankreich gegen Deutschland‘ unwidersprochen geblieben wäre, und daher offenbar den Anschauungen weiter Kreise entspräche.“

[1353] Aufz. Maltzan, 22.1.1922, ebd., Nr. 251.

> Erpresser-Politik treiben. Aber es kann auch anders kommen und wir können plötzlich vor der Tatsache stehen, dass Franzosen und Engländer sich mit den Russen auf unsere Kosten geeinigt haben."[1354]

Für Berlin blieb natürlich insbesondere die Haltung Englands „sehr interessant". Schubert bat daher Sthamer, ein in Kopie übersandtes Telegramm aus Moskau in London einer inhaltlichen Überprüfung zu unterziehen. Nach diesem Schreiben wollte Schmidt-Rolke „aus ganz zuverlässiger Quelle" erfahren haben, „dass vom 11. bis 17. Dezember (ein) englischer Oberst als Vertrauensmann Lloyd Georges in Moskau mit (der) Sowjetregierung verhandelt" habe.[1355] Auch Wiedenfeld sollte am 23. Januar 1922 aus Moskau „über geheime russisch-englische Wirtschaftsverhandlungen im Dezember 1921" berichten.[1356] Ob es sich dabei um eine authentische Tatsache oder um sachlich unzutreffende Gerüchte handelte, dazu bleibt eine weiterführende Prüfung durch die Forschung anhand britischer Archivalien anzuregen. An dieser Stelle ist insbesondere für das nachfolgende Verhalten Maltzans entscheidend, dass auf deutscher Seite derartige Meldungen weiterhin existierten.

Wie weit und schwierig hingegen der Einigungsweg zwischen den deutschen und den sowjetrussischen Vertretern selbst über grundlegende wirtschaftliche Fragen noch war, zeigte am 25. Januar 1922 eine „Konferenz zwischen Vertretern des Auswärtigen Amts, der deutschen Industrie und der russischen Sowjetregierung". Hier wurde in geradezu frappierender Weise klar, wie „außerordentlich wenig Vertrauen" zwischen den Verhandlungspartnern nach wie vor bestand.[1357] Radek erneuerte in der ohnehin schon angespannten Atmosphäre zudem dann auch noch seine Drohung, Russland könne unter Umständen „eine derartige materielle Leistung" der französischen Angebote, wie sie in Art. 116 Abs. 3 VV verkörpert werde, nicht „lediglich der schönen Augen und des guten Willens der deutschen Regierung wegen" ablehnen. Maltzan erwiderte daraufhin ironisch, er „wolle Russland […] nicht daran hindern, wenn es sein Glück in französischen Armen suchen wolle" und mache „nur schon jetzt darauf aufmerksam, dass die Konsequenzen die sein würden, dass wir alle bisherige freiwillige wirtschaftliche Arbeit für Russland einstellen würden und uns nach dem physikalischen Gesetz der Schwere anderweitig orientieren müßten."[1358] Überzeugen konnte er damit in der Sache offensichtlich niemanden. Dies galt ebenso für seine abermalige Abwehrreaktion in

---

[1354] Schubert an Sthamer, 23.1.1922, streng geheim, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.7. Die genaue inhaltliche Unterscheidung Schuberts zwischen „Chantage" und „Erpresser-Politik" war für den Verfasser bislang nicht aufzuklären.

[1355] Ebd. (Anlage 3). Es heißt dazu dann weiter: „In (den) Verhandlungen, die nur 5 Mitglieder (der) Sowjetregierung bekannt (sind) und von denen (die) hiesige englische Mission nichts wusste, wurde vollständige Verständigung zwischen England und Russland erzielt. England zusicherte Einladung (der) Sowjetregierung zu internationaler Konferenz und Anerkennung. Kreditfrage soll im Zusammenhang über englische Konzessionen im Donkohlengebiet und Baku, die schon seit August geführt und jetzt abgeschlossen (wurden), besprochen (worden) sein. England bezeichnete jetzigen Zeitpunkt für Abrechnung mit Frankreich als überaus günstig."

[1356] Wiedenfeld an AA, 23.1.1922, PA, R 83365 (Filmnummer L 624/ L 198 005-08). Danach hätten diese Verhandlungen nach Mitteilung eines Gewährsmannes eine vollständige Verständigung zwischen England und Russland herbeigeführt. Die englische Regierung habe „bereits seit dem August v.J. hier in Moskau wie in London über Konzessionen auf Kohlenbergwerke im Dongebiet und Nephta-Vorkommen in Baku verhandelt, in denen jetzt eine Einigung erzielt worden" sei.

[1357] Aufz. Hauschild, 27.1.1922, ADAP A V, Nr. 256. Das Original der geheimen Aufz. Hauschilds vom 27.1.1922 befindet sich bei PA, R 83435, 001-008, das Original des hschr. Protokolls der Sitzung vom 25.1.1922 bei ebd., 011-015. Die in der Anlage (Filmnummer L 640/L 203 481) vorliegende Anwesenheitsliste weist folgende Gesprächsteilnehmer aus: als Vertreter des Auswärtigen Amts Simson, Maltzan und Hauschild; als Vertreter der deutschen Industrie Deutsch, Fehrmann, Melchior, Rathenau, Stinnes und Wiedfeldt; als Vertreter Russlands Krestinski, Römer (i.e. Karl Radek) und Stomonjakow.

[1358] Aufz. Maltzan, 27.1.1922, ADAP A V, Nr. 257.

Bezug auf die wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem russischen Reparationsanspruch aus Artikel 116 Abs. 3 VV, wenn Maltzan ausführte, „weder deutsche Arbeitgeber noch Arbeitnehmer würden sich zum Lohnsklaven Frankreichs in Russland hergeben." Des Weiteren verwies der Ministerialdirektor Radek darauf, er wisse doch, dass er, Maltzan, „in unseren ganzen langen Besprechungen niemals geblufft hätte, sondern ihm genau die Grenzen des Möglichen und Unmöglichen dargestellt habe". Wenn ihn, Radek, diese Vorgehensweise nicht überzeuge, dann müsse Russland eben „sehen, wie es allein mit französischer Liebe und französischem Golde fertig werden könne".[1359] Indirekt wies der Ministerialdirektor somit deutlich darauf hin, dass die sowjetrussischen politischen und ökonomischen Zwänge auf der einen Hand und das technische Leistungspotenzial der deutschen Wirtschaft auf der anderen Hand nun einmal deutlich ein doppeltes Verhandlungsgut zu Gunsten Deutschlands darstellten.

Es gelang Maltzan und Radek nachfolgend, sich zumindest auf ein inhaltliches „Programm"[1360] zu verständigen, das in einer konkreten Form zumindest die gegenwärtige Ausgangsposition beider Verhandlungspartner formulierte, wobei das letztlich überragende deutsche Interesse an den Verhandlungen im Grunde auch weiterhin recht einfach zu markieren war. Maltzan hatte aus seinem letzten Gespräch mit Radek jedenfalls den persönlichen „Eindruck", „dass im Falle eines günstigen Ausganges der Besprechungen mit der Industrie [...] eine Vereinbarung mit Russland möglich erschien, worin es auf die Anwendung des Art. 116 sowie auf die französische Hilfe verzichte(t)". Es ging Maltzan damit offenkundig in erster Linie darum, die mögliche materielle Anwendung der finanziell für Deutschland bedeutsamsten Russland-politischen Bestimmung des Versailler Vertrags zu verhindern. Letztlich plädierte er bei einer koordinierenden Sitzung mit Vertretern der Industrie, bei der ebenfalls Rathenau seine Sachkompetenz unter Beweis stellte, am 30. Januar 1922 dafür, bei allem berechtigtem Misstrauen gegenüber der sowjetrussischen Regierung und ihren Vertretern die deutsch-russischen Verhandlungen trotzdem mit der gebotenen Ernsthaftigkeit fortzusetzen. Die bedrängte deutsche Lage lasse eben einen anderen Weg nicht zu:

> „Es kommt darauf an, dass die Herren Industriellen jetzt verhandeln. Der Faden darf nicht abreissen. Wir werden eventuell gezwungen werden, das zu liefern, was wir jetzt noch freiwillig liefern können."[1361]

Eine von Stinnes[1362] bei dieser Sitzung angemahnten „Rückdeckung von englischer Seite", mit der nach Maltzan auch Radek einverstanden sei, sah der Ministerialdirektor in der Ostabteilung als selbstverständlich an. Zugleich betonte er, die deutsche Regierung hätte sich „darauf vor(zu)bereiten,

---

[1359] Ebd. Siehe zur Frage, „inwieweit Radek und ähnlichen Leuten zu trauen ist", auch Wesendonk an Maltzan, 27.1.1922, PA, R 23696 (L 096 632-34).

[1360] Aufz. Maltzan, 27.1.1922, ADAP A V, Nr. 257, S.536. Dieses „Programm" gliederte sich in folgende Unterpunkte: „a) mit der Formulierung der Aufhebung der gegenseitigen Kriegsschulden war er einverstanden; b) desgleichen mit dem gegenseitigen Verzicht auf Ersatz der Zivilschäden; c) betreffend der nach Brest-Litowsk entstandenen Kosten für Internierte und Kriegsgefangene, die unsererseits etwa eine Forderung von 200 Millionen Mark betrage, würde eine Verrechnung evtl. auf die Warenlieferung in Aussicht genommen; d) betreffend unsere Forderung wegen Sozialisierungsschäden und Schäden aus russischen Staatsobligationen machte (Radek) hinsichtlich der von mir bedingungslos geforderten Formel der Meistbegünstigung keine Einwendungen mehr; e) die Frage der Rückgabe der Schiffe soll mit Stomonjakow geregelt werden; f) betreffend Polen wurde verabredet, dass wir parallel mit einer möglichsten Erleichterung des Transitverkehrs durch den Korridor uns in freundschaftlichster Weise je nach unseren Kräften mit Polen verständigen wollen. Ein betreffender Passus soll nicht in das Vorabkommen aufgenommen werden."

[1361] Aufz. Hauschild, 30.1.1922, PA, R 23696 (L 096640-44).

[1362] Zur Rolle und zu den Motiven von Stinnes bei den Verhandlungen vgl. Feldman, S.750ff.

dass sie Garantien geben muss“, und derartige Gegenleistungen müssten „nach Lage der Sache auch später dem Parlament gegenüber zu rechtfertigen“ sein. Erneut bestätigte Maltzan also seine „persönliche Richtlinie“. Es ging ihm allerdings in diesem Sinne nicht nur darum, für deutsche Russland-politische Schritte vor allem über D’Abernon bei der britischen Regierung zumindest ein stilles Einverständnis zu erzielen. Er strebte ebenso eine überzeugende, breite innenpolitische Basis an.

Bei den sich anschließenden Unterredungen mit Radek am Nachmittag des 30. Januar 1922[1363], an denen Rathenau nunmehr als frisch ernannter Reichsaußenminister teilnahm und durchaus einen baldigen Abschluss mit der sowjetrussischen Regierung zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht zu befürworten schien[1364], präzisierte Maltzan, bei den künftigen Verhandlungen werde es um die konkrete Ausarbeitung von „zwei Verträgen“ gehen: Erstens um einen Vertrag Sowjetrusslands mit der deutschen Industrie, wobei er darauf hinweisen müsse, dass Deutschland nicht „etwa für die Rote Armee liefere“, und zweitens um einen politischen Vertrag zwischen der deutschen und der sowjetrussischen Regierung.[1365]

Eine weitere geheime Aufzeichnung Hauschilds fixierte mit Datum vom 31. Januar 1922 den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen für den in Aussicht genommenen politischen Vertrag noch in detaillierter, vertragsorientierter Form. „Vorbehaltlich einer späteren endgültigen Redaktion“, so hieß es hier, sei derzeit als „Ergänzung des für die deutsch-russischen Verhandlungen in Aussicht genommenen ersten Protokollentwurfs folgende Bestimmung in Vorschlag gebracht“ worden:

> „1) An Stelle des bisherigen Punkts III.:
> „Die Auseinandersetzung wegen der Rechtsfolgen, die sich aus der Anwendung der Gesetze der R.S.F.S.R. auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte in Russland, sowie aus den von der R.S.F.S.R. oder ihren Organen sonst gegen deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrecht getroffenen Maßnahmen ergeben, soll künftigen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Jedoch sind die beiden Regierung schon jetzt darüber einig, dass jeder Teil den anderen Teil und seine Angehörigen nicht schlechter behandeln wird als irgend einen dritten Staat und dessen Angehörige.“
> 2) Neu aufzunehmen wären folgende Punkte:
> I c. Die Verrechnung der in Art. 10 Abs. 1 des Ergänzungsabkommens vom 6. Mai 21 erwähnten Beträge, sowie die beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene bleibt vorbehalten. Für den Fall, dass sich ein Saldo zugunsten Deutschlands ergeben sollte, nehmen die beiden Regierungen in Aussicht, dessen Abdeckung gegebenenfalls in Verbindung mit der Frage der in Punkt IV erwähnten Wiederaufbaufrage zu regeln.
> IV. Die Deutsche Regierung ist gewillt, die Bestrebungen, die den Wiederaufbau Russlands zum Ziel haben, zu fördern. Sie wird jedoch keine Politik unterstützen, die eine Kolonisierung Russlands verfolgt.
> V. Die Deutsche Regierung nimmt Kenntnis von dem von der R.S.F.S.R. und einigen Privatfirmen abgeschlossenen Abkommens vom ….. [sic]“[1366]

[1363] Vgl. G.A. Hauschild, 2.2.1922, ADAP A V, Nr. 265.

[1364] Nachdem Radek für die sowjetrussische Außenpolitik nach ebd. mehr „politische Bewegungsfreiheit“ forderte, fragte Rathenau in allgemeiner Hinsicht, wogegen sich dessen Skepsis denn überhaupt richte. Radek soll geantwortet haben: „Ich unterschätze die Bedeutung der Vorschläge nicht, aber 4 Milliarden sind viel zu wenig. Konzessionsverhandlungen brauchen eine lange Zeit. Das ist alles nichts Greifbares für die russische Regierung.“ Nach der Aufz. Hauschilds erwiderte Rathenau daraufhin: „Die oben erwähnten 3 Arten des Wiederaufbaus: Hilfe für die Bauern, Konzessionsgeschäfte, Hilfe für die Staatsbetriebe, bilden die drei Hauptquellen, die auf ein [sic] Konto gehen. In jedem Augenblick kann nachgeprüft werden, ob die vereinbarte Summe vorhanden ist. Russland hat natürlich ein Recht auf Nachleistung, wenn sich ein Minus ergibt.“ Das Original des hschr. Protokolls befindet sich bei PA, R 83435, 028-033.

[1365] G.A. Hauschild, 2.2.1922, ADAP A V, Nr. 265.

[1366] G.A. Hauschild, 31.1.1922, ebd., R 83435, 034-35 (L 203513, die zweite Seite wurde offenbar irrtümlicher Weise nicht verfilmt). Siehe hier auch einen weiteren Entwurf zu einem „Protokoll“, in dem die sofortige Aufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen in Artikel II bestimmt wird und es bei Artikel III u.a. heißt, der

Damit war der inhaltliche Ausgangsrahmen der deutsch-russischen Verhandlungen nochmals erweitert und festgelegt worden, wobei diese Vorformulierungen in den kommenden Wochen allerdings sowohl sprachlich wie inhaltlich noch zahlreichen Modifikationen unterworfen sein sollten.

In der Zwischenzeit hatte der britische Botschafter in Berlin schon unter dem 20. Januar 1922 in seinen Lloyd George regelmäßig übersandten Tagebuchnotizen festgehalten, dass Radek in Berlin geheime Verhandlungen aufgenommen habe. D'Abernon bestätigte aus seiner Sicht, dass Paris vor drei Monaten an Moskau das Angebot gerichtet habe, auf der Basis von Artikel 116 Abs. 3 VV zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit zum Wiederaufbau Russlands zu finden. Auf Russland-politischem Terrain zeigte sich Paris jetzt durchaus ambitioniert. „There is no doubt a good deal going on between Paris and Moscow", führte der britische Botschafter aus und ergänzte, "Poincaré knew all about the pourparlers two months ago and will probably continue them." Sogar einige polnische Vertreter würden sich bereits in einem Alarmzustand befinden." Und vor diesem Hintergrund nahm D'Abernon die Gespräche zwischen Maltzan und Radek in Berlin daher auch eher gelassen wahr. Den Zwischenstand der deutsch-russischen Verhandlungen resümierte er dahingehend, dass Radek „ununterbrochen Besprechungen mit den deutschen Ministern, Beamten und Parteipolitikern" führe. Quasi im Weg einer „Erpressung" erzähle er hierbei „allen dieselbe Geschichte": Frankreich sei zu einem Geheimabkommen mit Russland bereit und habe Moskau „Handelskredite, die diplomatische Unterstützung in Angora, die wirtschaftliche Hilfe beim Wiederaufbau und die Zahlung einer Kriegsentschädigung durch Deutschland auf Grund des Artikels 116 des Versailler Vertrages versprochen". „Seltsamerweise" sei dieses Vorgehen, so fasste D'Abernon die Situation etwas kryptisch zusammen, aber eigentlich „gar nicht Radeks Politik", sondern diejenige Tschitscherins.[1367]

Auch die Diplomatie der anderen Alliierten war über den Beginn der Verhandlungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland informiert: Der belgische Botschafter in Berlin berichtete unter dem 23. Januar 1922 ebenfalls über Pressemeldungen zu den deutsch-russischen Gesprächen. Della Faille sagte Außenminister Jaspar unter dem Verweis auf seine vorherige Berichterstattung über die deutsch-russischen Abkommen vom Mai vorigen Jahres zudem noch weitergehende Informationen zu, da er diese Nachrichten bislang weder bestätigen noch dementieren könne. Zwei Tage später aber gewann auch der belgische Botschafter Klarheit: Della Faille verwies auf entsprechende Russland-politische Äußerungen Wirths und Maltzans im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, über die er informiert sei. Die deutsche Regierung strebe in diesem Kontext allerdings zugleich auch eine wirtschaftliche Kooperation mit anderen interessierten Staaten in Russland an.[1368]

„Ausgleich der zwischen den beiderseitigen Wirtschaftssystemen bestehenden Verschiedenheiten" solle „künftigen Verhandlungen vorbehalten bleiben." Offenbar war dies ein Entwurf von russischer Seite, der auf der zweiten Seite u.U. von der Hand Rathenaus kürzere Vermerke („keine Bedenken" zum Grundsatz der Gegenseitigkeit bei Art. I. und offenbar Änderungswünsche zu Art. III) zeigt, ebd., 037.

[1367] Vgl. D'Abernon Diary, January 20(th), 1922, HLRO, LG Papers, F/54/2/14, S.1, S.3 bzw. D'Abernon, Bd.1, S.280f.

[1368] Della Faille an Jaspar, 23.1.1922 bzw. 25.1.1922, BMAE, 10.991 (I.-II.). Beide Vorlagen tragen den Titel „Les relations russo allemandes". Beim Schreiben vom 25.1.1922 heißt es u.a.: „Le Directeur ministériel, Baron de Moltzau (sic) [Maltzan, Anm.d.Verf.] (,) qui est à la tête de la section russe du Département des Affaires Etrangères (,) a répondu aux différentes questions posées à la fin de la séance (.) M. Stinnes aurait fait entendre son avis. »

Die Regierung in Paris wurde in der Zwischenzeit ebenfalls über die Maßnahmen informiert, „prises par les Allemands pour développer les relations économique avec la Russie.“[1369] So hatte Botschafter Laurent bereits unter dem 21. Januar 1922 berichtet, in deutschen Zeitungen sei eine offizielle Note abgedruckt worden, nach der die sowjetrussische Regierung der deutschen Regierung vorgeschlagen habe, den Handelsvertrag vom 6. Mai 1921 auszuweiten „et d'examiner la question de la reprise des relations diplomatiques entre les deux pays.“[1370] Und das zeigte Wirkung. Die nachvollziehbare Sorge vor einer möglicherweise aus diesen Verhandlungen letztlich hervorgehenden politischen Allianz zwischen Berlin und Moskau nahm deshalb jetzt verstärkt und in zahlreichen politisch-publizistischen Ausformungen erneut Gestalt an. Aber nicht nur allgemeine Verdachtsmomente traten wiederum hervor. Sie wurden ab sofort auch in politischer Hinsicht massiv instrumentalisiert. Und dies galt in ganz eindeutiger Weise ebenfalls für die Führung der französischen Regierung. Denn bereits unter dem 24. Januar 1922 hatte Poincaré in seiner Funktion als Außenminister seine Gesandten in Budapest, Warschau, Stockholm, Kopenhagen und Prag darauf hingewiesen, der französische Botschafter in London « estime que l´opinion britannique ne manquerait pas d´être impressionnée si la presse française et celle des pays voisins de la Russie faisaient ressortir les collusions de l´Allemagne avec la Russie soviétique et la menace qui peut en résulter. »[1371]
Die politische Gesamtintention des französischen Regieurngschefs war unverkennbar. Das belastete Verhältnis zwischen Paris und London konnte durch die Beschwörung einer angeblichen deutsch-russischen Bedrohung in der britischen öffentlichen Meinung verbessert werden. In seiner Konzeption aber ging Poincaré noch weiter. Denn er strebte zugleich nachdrücklich an, sämtliche Teile der von der französischen Diplomatie beeinflussbaren internationalen Presselandschaft zu Gunsten der französischen Interessen einzubinden, weil gerade im Ausland veröffentlichte Pressemeldungen über die deutsch-russische Gefahr einen viel größeren Effekt erzielen könnten, als wenn diese sicherheitspolitische Bedrohung von Paris aus dargestellt und betont werden würde. In der bekräftigenden Forcierung und multiplikatorischen Weiterverbreitung von Meldungen dieser Art sah der französische Regierungschef für seine außenpolitischen Ziele jedenfalls erhebliche strategische Vorteile:

> « Je vous serais obligé d´user des moyens dont vous disposez pour provoquer dans la presse du pays de votre résidence des articles dans cet esprit. Mon Département s´efforce de son côté de développer ce point de vue auprès des journalistes étranger avec lesquels il est en contact, mais des correspondances de Paris, si bonnes soient-elles, n´auront jamais le même effet que des articles publiés en pays étrangers. »[1372]

[1369] Siehe das Schreiben des französischen Gesandten in Kopenhagen an Briand, 15.1.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 16-17f. Siehe dazu auch das offenbar noch von Briand in seiner Funktion als Regierungschef stammende, ungezeichnete Schreiben mit Datum vom 19.1.1922 bei ebd., 18-19.
[1370] Briand an Laurent, 20.1.1922, ebd., 20; Tel. Laurent an Paris, 21.1.1922, ebd., 24. In einem ungez. Bericht vom gleichen Datum heißt es u.a.: « Un télégramme de Varsovie du 19 janvier assure que les instructions de la Délégation russe à la Conférence de Gênes coïncideront avec celles de la Délégation allemande pour former un contrepois à l´Entente et particulièrement à la France. (…) L´Allemagne et la Russie sont les deux grandes vaincues de la guerre ; elles ont un intérêt commun à tenter de renverser la situation telle qu´elle est sortie du Traité de Versailles. », ebd., 21-23, ähnlich auch die Telegramme bei ebd. 26-28.
[1371] Tel. Poincaré, 24.1.1922, ebd., 29-30.
[1372] Ebd.

Diese Weisung Poincarés zur künftigen Grundausrichtung der amtlichen französischen Pressepolitik im Ausland stellte in dieser systematisierten, von taktischen Überlegungen durchzogenen Form zwar einen durchaus natürlich anmutenden außenpolitischen Vorgang dar. Schließlich war es nachvollziehbar, dass die neue französische Regierung bemüht war, ihre außenpolitische Position nach den bisherigen französischen Enttäuschungen über die Durchsetzbarkeit des Versailler Vertrages so weit wie möglich zu verbessern. Die Vorwegnahme der späteren, massiven französischen Proteste gegen den Rapallo-Vertrag war damit nicht prädestiniert. Bemerkenswert ist aber, dass die *deutsche* Außenpolitik und Diplomatie eine derartige, die eigenen Interessen entschlossen wahrende Presse- bzw. Informationspolitik bis dato nicht in vergleichbarer Weise in Aussicht nahm. Die Franzosen verfügten insoweit über einen politisch-strategischen und in gewisser Weise damit auch über einen technischen Kommunikationsvorsprung.

Überdies wurden nun auch die Bestrebungen zur Wahrung der französischen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen in Russland systematisiert. Eine diesbezüglich ins Leben gerufene Kommission trug den Namen „Protection des Intérêts Français en Russie“ und berichtete Poincaré mit Datum vom 26. Januar 1922 recht optimistisch, die Vorstellung sei überhaupt nicht berechtigt, dass den Russland-politisch bereits recht umtriebigen Deutschen wie vor 1914 unausweichlich erneut « un rôle privilégié dans la réorganisation économique de la Russie » verbleiben müsse. Die in dieser Hinsicht vorgelegten Statistiken seien irreführend.[1373] Zudem strebten die hier versammelten wirtschaftlichen und politischen Kräfte mit Unterstützung ihrer Regierung an, selbst im Wiederaufbau Russland eine entscheidende Rolle zu spielen und dieses möglicherweise lukrative ökonomische Feld weder London und erst recht nicht Berlin zu überlassen – eine Haltung, die seit geraumer Zeit ebenso in Belgien anzutreffen war.[1374]

Nicht zuletzt vor diesem ehrgeizigen wirtschaftspolitischen Hintergrund blieb man insbesondere auch in Paris bis zur höchsten politischen Ebene ständig und intensiv mit „toutes les nouvelles relatives à la collusion germano-bolchévique“[1375] befasst. Seit Januar 1922 trafen des Weiteren laufend Berichte ein, die auf das sowjetrussische Ziel Bezug nahmen, ein internationales Aufbausyndikat zu verhindern. Denn dann ständen - im Sinne der Interessen Moskaus - die kapitalistischen Staaten zueinander in einer „concurrence effroyable“, die für Russland nur vorteilhaft sein könne. Deshalb werbe die sowjetrussische Regierung mittlerweile auch öffentlich um eine „l´entente germano-soviétique“:

> „Nous pouvons conclure des accords séparés avec la France et l´Angleterre, écrivent les Iszvestia, mais sans nous lier les mains et en nous laissant la faculté de nous entendre librement avec l´Allemagne bourgeoise. »[1376]

[1373] Der Präsident der ‘Commission Générale pour la Protection des Intérêts Français en Russie’ an Poincaré, 26.1.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324), 32-34.

[1374] Zur Tätigkeit des „Comité de défense des intérêts belges en Russie“ vgl. u.a. ein an den belgischen Außenminister Jaspar gerichtetes Schreiben vom 3.7.1921, BMAE, 10.991 (I.-II.). Die Vorlage trägt den Eingangsstempel mit der No. 131287, weitere Schreiben z.B. vom 20. September und vom 17. Dezember 1921 bei ebd. Siehe im weiteren Verlauf auch die Resolution der „Commission générale pour la protection des intérêts français en Russie“ vom 13. Februar 1922 mit dem diesbezgl. Schreiben de Gaiffiers an Japsar vom 22.2.1922, ebd.

[1375] Delavaud an Poincaré, 30.1.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 39.

[1376] Ebd. Siehe auch das Schreiben des frz. Gesandten in Kopenhagen an Poincaré vom 31.1.1922, ebd., 42.

Im Hinblick auf die anstehende Konferenz von Genua mehrten sich unterdessen in Paris diejenigen Stimmen, die zwar zu bedenken gaben, in pragmatischer, realpolitischer Weise « les circonstances de fait et les motifs d´opportunité“ angemessen zu berücksichtigen, „qui peuvent justifier soit des accords immédiats avec le pouvoir soviétique », was somit die innere Haltung der französischen Politik in der russischen Frage weiter zu öffnen schien.[1377] Festzuhalten bleibt an dieser Stelle jedoch vor allem, dass sowohl die politische Führung in London als auch die Regierungen in Paris und Brüssel über den Beginn der deutsch-russischen Verhandlungen von Anfang an informiert waren. Die zu erwartende, spätestens ab Ende Januar 1922 sich verschärfende Konkurrenz der wichtigsten europäischen Industrie- und Handelsnationen um den „russischen Markt“ geht aus den hier vorliegenden Quellen jedenfalls eindeutig hervor - ein weiterer Grundzusammenhang, in dessen Rahmen die Darstellung des weiteren Russland-politischen Vorgehens Maltzans ebenfalls einzuordnen bleibt.

4. Zumindest ein erster Entwurf: Die „Punktationen“ vom 13. und 17.2.1922

Die Ernennung Walther Rathenaus zum deutschen Außenminister Ende Januar 1922 wurde auf britischer Seite positiv bewertet. Sie zog zumindest in Teilen der britischen Diplomatie eine verstärkt optimistische Grundstimmung nach sich. D'Abernon meldete mit Datum vom 3. Februar 1922, die in der deutschen Außenpolitik tätigen Verantwortlichen seien „very amenable to reason“. Sie legten derzeit keine zu kritisierende Haltung an den Tag, auch wenn die finanzielle Situation Deutschlands nach wie vor sehr prekär sei. Britischerseits könnte man zumindest in diesem Kontext begründete Hoffnungen in den neuen deutschen Außenminister setzen, der aufrichtige verständigungspolitische Ziele verfolge und über eine begrüßenswerte, ausgewogene „mobile intelligence“ verfüge. In Bezug auf die Beziehungen zu Moskau vertrete Rathenau die Ansicht, dass das sowjetrussische System zusammenbräche, wenn nur einmal eine genügende Anzahl von Wirtschaftsverträgen mit Unternehmen aus der westlichen Welt abgeschlossen worden seien.[1378]
In einem Tagebucheintrag vom 6. Februar 1922, der unmittelbar für Lloyd George bestimmt war, ergänzte der britische Botschafter darüber hinaus, er erwarte viel von der internationalen Konferenz in Genua: “as it might prevent political balkanization being followed by economic balkanization“. Rathenau habe insoweit allerdings bereits ausgeführt, ihm sei sehr wohl bewusst, dass Frankreich “politisch”, England jedoch eher “wirtschaftlich” denke.[1379]
In London wurden in der Zwischenzeit eigene Russland-politische Überlegungen forciert: Der Leiter der Russlandabteilung im Foreign Office, Gregory, wies darauf hin, im Rahmen der Erörterungen „of the Russia sub-Committee of the Genoa preliminary Committee” sei nunmehr der Moment gekommen, “when a decision is necessary regarding the vital question of the de jure recognition of the Soviet Government”. Und mehrheitlich werde diesbezüglich mittlerweile die Ansicht vertreten, dass eine andere Regierung in Moskau als diejenige der Bolschewisten in naher Zukunft nicht zu

[1377] Noulens an Briand, 2.2.1922, ebd., U.R.S.S. 349, 7-10, 7.
[1378] D'Abernon an Hankey, Vertraulich, 3.2.1922, HLRO, LG Papers, F/54/2/16, mit dem D'Abernon dem Foreign Office einen Auszug aus seinem Tagebuch vom 1.2.1922 über ein Gespräch mit Rathenau unmittelbar nach dessen Ernennung zum Außenminister zusandte, ebd.
[1379] D'Abernon an Hankey, 7.2.1922, mit Diary February, 6(th), 1922, ebd., F/54/2/17, jeweils mit dem Vermerk “Private and confidential”.

erwarten sei. Die bereits absehbare, beschleunigte Evolution des kommunistischen Systems hingegen gäbe nunmehr berechtigten Anlass, positive ökonomische Betätigungschancen in Russland für die britische Wirtschaft in erweitertem Umfang zu prognostizieren. Vor diesem Hintergrund müsse möglichst bald über eine völkerrechtliche Anerkennung der sowjetrussischen Machthaber in Moskau nachgedacht werden. Die sowjetrussische Regierung würde, um dieses Ziel zu erreichen, letztlich nahezu sämtliche alliierte Forderungen erfüllen.[1380]

Mit Datum vom 12. Februar 1922 zeigte sich Gregory über die Tatsache informiert, dass die sowjetrussische Außenpolitik insbesondere mit dem Versuch, eine Annäherung an Frankreich anzustreben, gegenwärtig starken Druck auf Berlin ausübe, womit sich der britische Diplomat offenbar intensiv beschäftigte. Und jetzt auf einmal wünschten die russischen Kommunisten auch eine enge und freundliche Zusammenarbeit mit Paris, was zweifellos einfach nur ein Manöver sei, „for being able to put pressure on Germany by threatening her with a rapprochement with France." Diese Theorie werde zudem geradezu bis zum Exzess in deutschen Tageszeitungen verbreitet, die Radek entweder kontrolliere oder beeinflusse. Ein weiteres Ziel der sowjetrussischen Seite könne aber auch darin liegen, Druck auf London auszuüben „and also to place the French Government in difficult position with the French working classes over the Genoa Conference."[1381] Für die britische Diplomatie stand jedenfalls fest, dass die russischen Annäherungsversuche in Richtung Paris an Intensität zunehmen.[1382]

Etwa zur gleichen Zeit wies der italienische Außenminister eindringlich darauf hin, dass Sowjetrussland auf der anstehenden Konferenz in Genua beabsichtige, „to raise point of Russian rights to reparation by Treaty of Versailles". Und auch aus der damit einhergehenden Meldung geht noch einmal unzweifelhaft hervor, dass die englische und die italienische Außenpolitik in Bezug auf das finanzielle wie politische Gewicht der Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV sensibilisiert waren und die Bedeutung dieser Problematik für die deutsche Seite nicht verkannten:

> „In the course of further conversation His Excellency [Marquis della Forretta, Anm.d.Verf.] said that he was well aware that the Russian delegates intended to bring up a variety of difficult and delicate points which might cause considerable embarrassment to the Allies. He knew (…) that the Soviet Delegation, once, as they hoped would bet the case, the Soviet Government in Russia had been recognised by the Powers, meant to raise the question of applying Articles 116 and 117 of the Treaty of Versailles. His Excellency drew my attention to paragraph 3 of Article 116 [...]. The German Government were perfectly aware of this intention and were disposed to encourage it as they considered that it would tend to still further confuse the question of reparations."[1383]

[1380] Aufz. Gregory, 1.2.1922, PRO, FO 371/8190, 2-4. Es heißt hier u.a.: "I think, that the Russians will be forced into making all the concessions we wish as a price for recognition. That indeed is the object of our Committee and the most stringent clauses are in process of being drafted the effect of which will be to tie the Russians down on nearly every conceivable point, political and economic. But without recognition we shall of course get nothing. The question is whether it is worth it. Economically it possibly is(,) politically it is doubtful. But the balance is on the whole in favour. Morally it is deplorable."

[1381] Aufz. Gregory, 12.2.1922, ebd., FO 371/8189, 176-184, 184.

[1382] Siehe dazu auch die Zusammenfassung eines Gesprächs des frz. Botschafters in London mit Crowe in Bezug auf ein Telegramm Poincarés „regarding persistant efforts of Moscow authorities to open up negotiations with France.", ebd., FO 371/8185, 124.

[1383] Graham (Rom) an Curzon, 14.2.1922, ebd., FO 371/8185, 163-165, die Zusammenfassung mit den Paraphen der Beteiligten bei 162.

Bereits am 7. Februar 1922[1384] hatte die sowjetrussische Presse vehement die Weiterentwicklung der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen gefordert. Diese Haltung entsprang weiterhin primär der von Tschitscherin und auch von Wiedenfeld vorgetragenen, tiefen Sorge, Sowjetrussland könne im Rahmen eines internationalen Wiederaufbaukonsortiums von einer kapitalistischen Einheitsfront zu einem „kolonialen Ausbeutungsobjekt" degradiert werden.[1385] Moskau fürchtete zudem nach wie vor militärische Schritte, die von Seiten der Allierten gegen die Existenz der bolschewistischen Regierung unternommen werden könnten.[1386] Und während britische Informationskanäle die eigene Regierung über die sowjetrussische Haltung auch in der Folgezeit kontinuierlich informierten[1387], wurde in Berlin die Lage so eingeschätzt, dass England weitere deutsche Schritte auf Russland-politischem Terrain natürlich „nicht aus christlicher Nächstenliebe" unterstützen würde. Eine aktive Zustimmung der britischen Verantwortlichen sei insoweit nur zu erzielen, wenn diese damit für ihr Land zugleich die Realisierung wirtschaftlicher Vorteile verfolgen könnten.[1388]

Vor diesem mehrdimensionalen internationalen Gesamthintergrund vollzog sich die weitere Russland-politische Arbeit Maltzans im Grunde in einem den Alliierten bekannten und inhaltlich recht begrenzten Rahmen. Der Ministerialdirektor war seit Anfang Februar 1922 erst einmal darum bemüht, zumindest einige der Verhandlungshürden zwischen Moskau und Berlin beiseite zu räumen.[1389] Maltzan forcierte dabei in erster Linie die Diskussion um die in Aussicht genommenen Wirtschaftsprojekte.[1390] Und in der deutschen Republik fand er gegenwärtig von gewichtiger

---

[1384] Vgl. den Leitartikel der Iswestija vom 7. Februar 1922, Ausschnitt in deutscher Übersetzung bei PA, R 31967.

[1385] Nach einem Bericht Wiedenfelds vom 6. Februar 1922, im PA verfilmt unter 1563/ 378 315-21, habe Tschitscherin u. a. erklärt: „Das angeblich in England entstandene Projekt, für den Wiederaufbau Russlands ein einheitliches internationales Konsortium zu bilden, (…) lasse vielmehr die Autorschaft Rathenaus vermuten, der ja mehrfach für so weitgehende Organisationsfragen eingetreten sei. (…) Die Sowjetregierung lehne jedes Monopol, in welcher Form immer es auftrete, auf das lebhafteste ab und werde sich niemals dazu hergeben, mit einem geschlossen auftretenden Finanzkonsortium irgendwie zu verhandeln."
Siehe des weiteren den Bericht Wiedenfelds vom 13. Februar 1922, ADAP A V, Nr. 276, nach der Tschitscherin „in großer Erregung" erklärt habe, „dass Sowjetregierung in Ernennung Rathenaus völlige Änderung bisheriger deutscher Russland-Politik erblicken müsse". Rathenau würde dort „als Gegner östlicher Orientierung und als eigentlicher Vater Monopolplans für internationales Finanzkonsortium gelten."

[1386] Vgl. Scheffer an Maltzan, 6.2.1922, PA, R 23696. Die Vorlage (L 096661-63) ist eine Abschrift, die auf der ersten Seite die Paraphe Maltzans wohl vom 14.2. trägt und hschr. das Schreiben an den Rathenau „persönlich" verweist, der das Schreiben am 15. Februar abgezeichnet hat. In der Vorlage führte Scheffer seinen „rein subjektiven, aber nach der ganzen Art Tschitscherins doch sehr bestimmten Eindruck" aus, „dass von Frankreich noch überhaupt nichts vorliegt." „Trotzki und die Seinen" seien durch einen „durchaus zuverlässigen" Informanten davon überzeugt, „dass ein Bund Rathenau Hoffmann (Ludendorff)-Paris (sic)" bestehe, „zwecks Niederwerfung Russlands im Frühling". Weiter heißt es, Trotzki sei daher „in die Nachrichtenneurose militärischer Agenten geraten, die überall Krieg oder Verschwörung sehen" würden.

[1387] In den Akten der britischen Diplomatie befindet sich in englischer Übersetzung z.B. auch eine Ausgabe der Prawda vom 17.2.1922, die im Hinblick auf den baldigen Beginn der "opening of Russo-German negotiations" betonte, Felix Deutsch habe geäussert, „that it was impossible to hope for a normal situation in Europe until confidence was created in the Soviet Government and in Russia´s capacity to pay.", PRO, FO 371/8208, 125.
D'Abernon übersandte London unter dem 19. Februar 1922 einen Artikel Radeks in der Roten Fahne vom Tag zuvor, siehe dazu PRO, FO 371/8185, 201ff. Es heißt hier einleitend, die Einladung Russlands zur Konferenz in Genua zeige schon als solche, dass das internationale Wirtschaftssystem nicht ohne die Teilnahme Russlands wiederbelebt werden könne.

[1388] Vgl. dazu die ungez. Aufzeichnug von etwa Anfang Februar 1922 bei PA, R 23696. Die Vorlage trägt auf der ersten Seite oben rechts den Vermerk „R.M. 172"

[1389] Vgl. Maltzan an Scheffer, 3.2.1922, PA, R 31490k/31491k (K 096403-4).

[1390] Insofern legte Maltzan im Hinblick auf eine Unterstützung „der zwischen der Sowjetrepublik und der Deutsch-Osteuropäischen Kreditbank gegründeten Aktiengesellschaft in Elberfeld" Finanzminister Hermes gegenüber dar, dass es nach seiner Ansicht „gerade der gegenwärtige Zeitpunkt [...] angezeigt erscheinen (lasse), den Gedanken eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus Russlands auch durch die Tat zu fördern.", Maltzan an Hermes, 9.2.1922, ebd., R 31967 (Abschrift) (H 119155-56). Es heißt hier u.a. auch: „Vom Standpunkt unserer Wirtschaftspolitik Russland gegenüber betrachtet ist jedes Unternehmen zu begrüssen, das es erreicht, den Handel mit Russland wieder zu beleben und dadurch die Wiederaufbaubestrebungen in Russland selbst zu stützen. Die Versuche der rheinischen Interessenten, Absatz für ihre

wirtschaftlicher und hoher politischer Seite eine doppelte Unterstützung. Der Deutsche Industrie- und Handelstag sprach sich für „eigenständige Geschäfte mit Russland“ aus, um letzten Endes zu vermeiden, „an dem russischen Geschäft nur als Unterlieferant der Entente beteiligt zu sein“.[1391] Eine Rede Wirths vom 8. Februar 1922 im Reichstag betonte im gleichen Kontext, dass der Wiederaufbau in Russland ohnehin nur im Einvernehmen mit der russischen Regierung und nicht als westliche Kolonialpolitik durchgeführt werden könne.[1392]

Nichtsdestweniger wurde der um Verständigung bemühte Dialog insbesondere mit London weitergeführt.[1393] Zudem blieben die Russland-politischen Bedenken und Zweifel nicht nur bei Maltzan, sondern auch bei Rathenau recht hoch.[1394] Darüber hinaus klagte der deutsche Außenminister am 6. Februar 1922 gegenüber D’Abernon aber auch in ganz allgemeiner Hinsicht, Deutschland werde gegenwärtig ohnehin „von fast allen geknechtet und gepresst“.[1395] Dies gelte ebenso für die Moskauer Politik, wenn Radek nach Hilger in der Prawda erneut „unmissverständlich“ betonte, Sowjetrussland könne jederzeit den Versailler Vertrag annehmen und gemäß dem Versailler Vertrag Anspruch auf Reparationsleistungen gegenüber Deutschland erheben.[1396]

D’Abernon bezeichnete zwar nachfolgend in einem Gespräch mit Schubert die Veröffentlichung Radek als „impudent“. Für Schubert stellte sich der Fall aber im Ganzen anders dar. Er führte dazu aus, er sei eigentlich „ganz froh, dass die teuflischen Pläne der Russen auf diese Weise das Licht des Tages erblickt hätten“. Gleichzeitig wurde der Leiter der Westabteilung im Auswärtigen Amt in Bezug auf die innenpolitische Lage in Deutschland nicht müde, dem britischen Botschafter klar zu machen, dass die deutsche Regierung - wie „übrigens jede andere“ auch - „nur dann im Innern stark auftreten und durchgreifen (könne), wenn die Regierung wenigstens einige ausse(n)politische Erfolge aufweisen könne.“[1397]

Die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Verhandlungen seit dem 10. Februar 1922 zog zunächst keine verbesserten Erfolgsaussichten nach sich. Insbesondere eine Einigung zwischen der sowjetrussischen Seite und deutschen Wirtschaftskreisen blieb in weiter Ferne. Auf der politischen Verhandlungsebene äußerten sich ebenfalls Spannungen. Zwar wurde „über die zwischen der

---

Fabrikate gegen Gewährung von Krediten unter tunlichster Herabminderung des Risikos zu schaffen, kann ich daher nur begrüssen.“

[1391] Zit. nach Linke, Der Weg nach Rapallo, S.96.

[1392] Siehe dazu auch das Schreiben Wiedenfelds an Litwinow vom 17.2.1922, gedruckt bei: Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, Nr. 49, S.105.

[1393] Vgl. die Aufz. Maltzans vom 6. Februar 1922, PA, R 95655 (Filmnummer K 1959/K 507 958-59) über ein Gespräch mit Addison und ein Gespräch Rathenaus mit Laurent.

[1394] G.A. Maltzan, 8.2.1922, ADAP A V, Nr. 272. Es heißt hier u.a., Rathenau habe in dem Gespräch mit Rakowski geäußert, es sei „nicht nur für ihn als Mensch, sondern auch für die deutsche Regierung eine starke Enttäuschung gewesen, dass Radek seine Verhandlungen unter dem Leitmotiv geführt habe: „Zahlt Ihr nicht mehr, so wenden wir mit Hilfe Frankreichs Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] gegen Euch an“. Nach Maltzans Angaben soll Rathenau dabei „eingehend die moralischen und materiellen Wirkungen dieser von Radek beliebten Haltung“ beleuchtet haben. Es ist somit unzutreffend, dass Radek und „der zuständige Staatssekretär [richtig: Ministerialdirektor]“ Maltzan den Rapallo-Vertrag „schon so gut wie abgeschlossen“ hatten, als Rathenau sein Amt antrat, vgl. anders Brenner, S.401. Siehe zu beiden jüngst erschienenen Rathenau-Biographien auch die Rez. von Wolfgang Elz, www.sehepunkte.de/2006/04/18013.html.

[1395] D’Abernon, Bd.1, S.284.

[1396] Hilger, S.81. Am 5. Februar 1922 sei in der „Iswestija“ zudem ein anonymer Artikel erschienen, der ausgeführt habe, „Sowjetrussland halte das Schicksal der deutschen Bourgeoisie in ihrer Hand, denn Sowjetrussland brauche nur auf der Basis des berühmten Artikels 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] zu Ungunsten Deutschlands mit der Entente zu gehen, um durch die daraus entstehende Verarmung das deutsche Proletariat in seinem Klassenkampf zu stärken.“, ebd., S.82. .

[1397] Aufz. Schubert, 13.2.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.8. Es heißt dann zu letzterem weiter: „Dem schien er zuzustimmen. Als ich ihm aber weiter sagte, dass uns überhaupt eine gewisse innere Beruhigung not täte, sagte er etwas höhnisch, ob eine solche Beruhigung denn überhaupt eintreten könne.“

deutschen und der russischen Regierung zu vereinbarenden Punkte“ „vorbehaltlich der Redaktion Einvernehmen erzielt“. Radek soll jedoch der deutschen Seite „unverblümt“ mitgeteilt haben, „dass er den Eindruck gewonnen habe, dass die deutsche Regierung nach Westen hin zu unfrei sei, um selbständige Entschlüsse nach Osten fassen zu können.“ Der sowjetrussische Vertreter drohte sodann ernsthaft mit dem Abbruch der Gespräche. Dies wiederum veranlasste Rathenau zu dem Randvermerk „Nein! Umgekehrt: Seydoux lehnt jede Verhandlung mit Russland ab!“.[1398]

Diese Reaktion des Außenministers zeigte deutlich, dass sich die deutsche Außenpolitik so leicht nicht erpressen oder manipulieren ließ. Maltzan seinerseits war aber auch in Bezug auf eine ganze „Reihe schwebender Fragen“ und in direkter Replik auf die Vorwürfe Radeks mit der „kleinlichen und schikanösen Verhandlungsweise der hiesigen Sowjetvertretung“ unzufrieden. Er entgegnete ihm daher kühl, „dass die von Russland geplante und in keiner Weise geleugnete Anwendung des Art. 116 [VV] eine fernere freundschaftliche Entwicklung zwischen Russland und Deutschland“ nicht zuließe, was seinen sowjetrussischen Verhandlungspartner sicherlich nicht beeindrucken konnte. Dies galt erneut ebenso für Maltzans weitere Ausführungen dazu: Solange „auch nur die Möglichkeit der Anwendung des Art. 116 in Russland“ gegen Deutschland bestehen bleibe − „wenn auch nur in der Form eines politischen Druckmittels“ − sei eine Verständigung mit Russland weder in wirtschaftlicher noch politischer Hinsicht möglich. Ohne eine gegenseitige Klärung der Stellung Russlands zum Versailler Vertrag könne es keine „vertrauensvolle Weiterarbeit“ zwischen Deutschland und Sowjetrussland geben.[1399]

Am Samstag, den 11. Februar 1922 fand um 16 Uhr eine weitere Besprechung in der „Angelegenheit des Vertrages mit Herrn Römer“ statt, wie der nicht wirklich kaschierte „Deckname“ Radekslautete. Es kam zu einem Treffen privatim bei Felix Deutsch, an dem von Seiten des Auswärtigen Amts neben Maltzan auch Hauschild teilnahm. Maltzan hatte inzwischen einen schon recht konkreten Entwurf zu einem Vertrag zwischen der deutschen Wirtschaft und der Regierung in Moskau erarbeitet. Radek nahm dazu detailliert und kritisch Stellung. Er bemängelte die gegenwärtige Fassung mehrerer Paragraphen. Aus seiner Sicht krankte der Entwurf insbesondere daran, dass das zentrale staatliche Handelsmonopol in Russland nicht wirklich anerkannt werde. Zudem sei die in dem Vertrag vorgesehene Investitionssumme viel zu niedrig bemessen und eröffne „Tür und Tor für ein internationales Konsortium“, was wiederum „praktisch die ganze Position der Sowjetregierung“ zerstören würde. Aufgrund dieser Einwände kündigte Maltzan an, einen „zweiten Entwurf“ zu erarbeiten.[1400]

[1398] G.A. Maltzan, 11.2.1922, ADAP A V, Nr. 275. Schölzel will hierin einen “Dissens” und die Andeutung der „Konflikte“ zwischen Rathenau und Maltzan erkennen, was nicht zu überzeugen vermag, Schölzel, S.343f.

[1399] G.A. Maltzan, 11.2.1922, ADAP A V, Nr. 275. Radek kündigte Maltzan an, am Dienstag, 14. Februar 1922 zusammen mit Krassin zur Berichterstattung nach Moskau zu reisen. Am 11. Februar 1922 telegraphierte Maltzan an Stinnes, dass Radek mit Krassin am Dienstag abend abreise, an diesem Tag aber noch eine Besprechung zwischen Radek, Deutsch und Bücher stattfände, Maltzan an Stinnes, 11.2.1922, PA, R 31967.

[1400] Aufz. o.U., 13.2.1922 (Durchschlag), ebd., R 83435, 038-040, hier 038. Aus dem Kontext geht hervor, dass diese Vorlage von Maltzan stammt. Der von Maltzan ausgearbeitete und aus zehn Paragraphen bestehende Entwurf für einen „Vertrag zwischen der (R.S.F.S.R.) (…) und den Firmen Allgemeine Elektricitiäts-Gesellschaft, Berlin, Friedrich Krupp A.G., Essen, Hugo Stinnes, Mülheim a.d.Ruhr (…)“ befindet sich bei ebd., 041-044. Dieser Vertragsentwurf ließ bei §4 die genaue Höhe des von den beteiligten deutschen Wirtschaftsfirmen Russland gewährten Kredit in „Milliarden Mark Papier“ noch offen, ebd., 042. Auch die Vertragsdauer bei §9 und ein Schiedsgerichtsparagraph bei §10 wurden hier noch nicht inhaltlich bestimmt.

Auch auf der politischen Verhandlungsebene spielte das aus sowjetrussischer Sicht vorhandene „Gespenst“ eines internationalen Wirtschaftskonsortiums zum Wiederaufbau Russlands eine Rolle. Hier versuchten sich Radek und Maltzan zwar darauf zu verständigen, ihren Regierungen und Berlin „ungefähr folgende Formel, die durch Notenaustausch festgelegt werden könne, zur Annahme zu empfehlen“:

> „Deutschland verspricht, sich an keinem internationalen Konsortium zum Wiederaufbau Russlands zu beteiligen ohne vorherige Rücksprache mit der russischen Regierung und lediglich im Einvernehmen mit der letzteren. Russland verpflichtet sich dagegen, weder den Versailler Friedensvertrag noch insbesondere den Artikel 116 [Abs.3, Anm.d.Verf.] gegen Deutschland in Anwendung zu bringen.“ [1401]

Allerdings stellte sich damit die Frage, ob die deutsche Regierung in diesem Kontext privaten Unternehmern überhaupt eine Beteiligung an einem internationalen Konsortium verbieten konnte. Zudem lag es nahe, dass Außenminister Rathenau einer derartigen deutschen Verpflichtung nicht zustimmen würde: Mit einem handschriftlichen Randvermerk machte er seine Ablehnung zu diesem Punkt jedenfalls ganz unmissverständlich deutlich, wenn er den ersten der beiden zitierten Sätze ausdrücklich mit einem „Nein!“ versah. Die zitierte Formel erwies sich somit als untauglich. Ein zügiger Verhandlungsverlauf war nicht zu erwarten.

In einer Aufzeichnung vom 13. Februar 1922 fasste der Ministerialdirektor eine „dreistündige Aussprache“ zwischen Rathenau und Radek am Nachmittag des 12. Februar 1922 zusammen, in der „sämtliche zwischen Deutschland und Russland bestehenden Fragen und Möglichkeiten offen und vertrauensvoll besprochen“ worden seien. Nach Maltzan habe der Außenminister hierbei „in überzeugender Form“ gegenüber Radek ausgeführt, „dass eine event. Anwendung des Art. 116 für Russland praktisch ohne Nutzen und nur schädlich sein würde.“ Rathenau wies demnach „insbesondere“ darauf hin, dass Frankreich eben gar „nicht in der Lage sei, Russland für jetzt oder später irgendwelche praktische Hilfe zu bringen“. Ferner betonte er das negative Echo in der französischen Öffentlichkeit, welches ein Interview Radeks dort nach sich gezogen habe. Schließlich führte der deutsche Außenminister nach Maltzan darüber hinaus aus, „dass der Beitritt Deutschlands zu einem internationalen Konsortium, welches nicht nur den Wiederaufbau Russlands, sondern sämtlicher notleidender Staaten umfassen solle, für Russland nur Vorteile haben könne.“ Zudem sei Deutschland aber nach wie vor bereit, „in einen Gedankenaustausch über ein derartiges Konsortium mit Russland einzutreten.“[1402]

Nach dieser Unterredung hatte Maltzan in einem weiteren Gespräch mit Radek den Eindruck, „als ob die Enttäuschung, die er vor etwa 14 Tagen über eventuelle Kolonisationspläne des Reichsministers gehabt hatte, durch diese fast freundschaftliche Aussprache nunmehr behoben sei“. Er vermutete weiter, Radek sähe einen „Beitritt Deutschlands zu einem Konsortium „nicht mehr mit solchem Argwohn“ wie bisher. Klar war allerdings, dass letzten Endes die Regierung in Moskau darüber zu entscheiden hatte. Nach Maltzan sollte Radek insoweit mitteilen, er würde „die mit dem Reichskanzler Wirth und mir bereits besprochenen Punktationen unter Ergänzungen der Ausführungen des Reichsministers sowie den Entwurf des Abkommens mit der deutschen Industrie

[1401] Vgl. D’Abernon, Bd.1, S.266; Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.185.
[1402] Aufz. Maltzan, 13.2.1922 für Reichskanzler und Reichsminister, PA, R 83435, 045f. (L 203523-24). Die Vorlage trägt die Paraphe Rathenaus vom 14.2. (1922).

zur Begutachtung nach Moskau bringen und von dort aus weiter mit uns in Gedankenaustausch bleiben."[1403]

Diese „Punktationen", über die der Ministerialdirektor „im grossen und ganzen Einvernehmen" mit Radek erzielte, stellte inhaltlich den zeitlich frühesten Entwurf für eine konkrete Formulierung einer deutsch-sowjetrussischen Übereinkunft dar, aus dem nach zahlreichen Überarbeitungsschritten wenige Wochen später die Regelungen des Rapallo-Vertrages hervorgingen:

> „Die beiden Regierungen sind darüber einig, dass die Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reiche und der R.S.F.S.R. über die Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Russland auf folgender Grundlage geregelt wird:
> I. a) Das Deutsche Reich und die R.S.F.S.R. verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d.h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen einschliesslich aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der Zivilschäden, d.h. auf den Ersatz der Schäden, die den Angehörigen des einen Teils durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles verursacht worden sind.
> b) Die durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, einschliesslich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teils geratenen Handelsschiffe, werden nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit geregelt.
> c) Die Verrechnung der in Art.10, Abs.1 des Ergänzungsabkommens vom 6. Mai 1921 erwähnten Beträge, sowie die beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene bleibt vorbehalten. Für den Fall, dass sich ein Saldo zu Gunsten Deutschlands ergeben sollte, nehmen die beiden Regierungen in Aussicht, dessen Abdeckung gegebenenfalls in Verbindung mit der Frage der in Punkt V erwähnten Wiederaufbaufrage zu regeln.
> II. Mit Rücksicht auf die unter I getroffene Verständigung werden die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der R.S.F.S.R. alsbald wieder aufgenommen. Über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen werden beide Regierungen sich verständigen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt.
> III. Die Auseinandersetzung wegen der Rechtsfolgen, die sich aus der Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der R.S.F.S.R. auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte sowie auf Rechte des Deutschen Reichs und der Länder gegen Russland, sowie aus den von der R.S.F.S.R. oder ihren Organen sonst gegen Reichsangehörige oder ihre Privatrechte getroffenen Maßnahmen ergeben, soll künftigen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Jedoch sind die beiden Regierungen schon jetzt darüber einig, dass jeder Teil den anderen Teil und seine Angehörigen nicht schlechter behandeln wird als irgend einen dritten Staat oder dessen Angehörige.
> IV. Die beiden Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, dass für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teils im Gebiet des anderen Teils und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll.
> V. Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr neuerdings mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern."[1404]

Zwar lag damit am 13. Februar 1922 der Entwurf für einen weiteren, auf eine Lösung der wesentlichen, seit 1914 und 1917 schwebenden finanziellen Fragen ausgerichteten Vertrag zwischen

[1403] Ebd.
[1404] Ebd., 051-055 (L203532-36). Diese „Punktuationen" wurde bislang nicht gedruckt.

Moskau und Berlin vor. Die hier niedergelegten Vorformulierungen markierten und systematisierten aber im Grunde lediglich die inhaltlich zum Teil noch ganz erheblich umstrittenen Bereiche, auf die sich die politische Ebene der bisherigen Verhandlungen fokussiert hatte.

In der Sache selbst ergab sich eher ein enttäuschendes Bild: Die deutsch-russischen Verhandlungen waren insbesondere auf der wirtschaftlichen Verhandlungsebene schon längst „festgefahren“[1405]. Eine atmosphärische Veränderung brachte da ebenfalls kein „Bierabend“, zu dem Maltzan am 13. Februar 1922 abends die sowjetrussischen Vertreter in seine Privatwohnung einlud, damit diese sich noch einmal „mit verschiedenen Führern des deutschen wirtschaftlichen und politischen Lebens aussprechen“ konnten.[1406] Die sowjetrussische Seite erklärte am 15. Februar 1922 eine Fortsetzung dieses Teils der Verhandlungen für aussichtslos, worauf auch die Gespräche auf politischer Ebene erst einmal „ergebnislos unterbrochen“ und ausgesetzt wurden.[1407]

In Bezug auf den Teil der Verhandlungen, der einen politischen Vertrag zwischen beiden Regierungen in Aussicht nahm, fertigte Maltzan aber nachfolgend trotzdem noch einen weiteren, überarbeiteten Entwurf an.[1408] Nach einer geheimen Aufzeichnung Maltzans vom 17. Februar 1922 hatte Radek ihm „bei seinem Abschiedsbesuch“ zudem mitgeteilt, dass er im Hinblick auf die „Punkte 1-4 des hier beigefügten Aide-mémoire“ weiterhin mit einer Paraphierung nur dann einverstanden sei, „falls im Artikel 5 die von ihm gewünschte Formel aufgenommen würde, wonach Deutschland sich verpflichte, nicht nur in einen vorherigen Gedankenaustausch über ein Konsortium mit Russland einzutreten, sondern auch diesen Beitritt nicht gegen den Willen Russlands vornehmen würde.“ Maltzan wies allerdings hier - in Loyalität mit der zuvor erfolgten, ablehnenden Auffassung seines Außenministers – dagegen darauf hin, dass Rathenau ja bereits ausdrücklich erklärt habe, dass „eine derartige Verpflichtung unsererseits nicht angängig wäre.“ Auch die im Gegensatz zu seinen andauernden Drohungen merklich widersprüchliche Auffassung Radeks, „dass die zwangsweise Anwendung des Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.]“ eigentlich gar „nicht im russischen Interesse läge“, konnte Maltzan jetzt natürlich nicht mehr zu einer Änderung seiner Ansicht bewegen.[1409]

In dem Wunsch, den Abschluss eines „politischen“ Vertrages zwischen beiden Ländern in naher Zukunft zu ermöglichen, einigte man sich aber nunmehr doch auf die offenbar bereits wenigstens einmal überarbeiteten „Punktationen“, die nun in unverbindlicher Weise bisweilen auch mit dem Begriff „Protokoll“ bezeichnet wurden. Insbesondere die hier formulierten Punkte bestimmten somit

---

[1405] Schlesinger an Hilger, 11.2.1922, im PA verfilmt unter 41329/ E 241 570-72.

[1406] Am 13. Februar 1922 telegraphierte Maltzan zudem an Wiedfeldt und Stinnes, dass die „letzte Besprechung“ am Donnerstag stattfinden würde und ihr Erscheinen „dringend erwünscht“ sei, Tel. Maltzan, 13.2.1922, ebd., R 31967.

[1407] I.K. Kobljakow, zit. nach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.189, Anm.92. Siehe dazu auch das ungezeichnete hschr. Protokoll der Verhandlungen vom 16. Februar 1922 zwischen der sowjetrussischen Delegation und deutschen Wirtschaftsvertretern, PA, R 83435, 047ff. (L 203526-35). Aus der Handschrift ergibt sich, dass Hauschild Verfasser des Protokolls ist, offenbar hat Maltzan nur bei 049 hschr. eine kleinere Anmerkung ergänzt, vgl. dazu auch Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.189f. und S.190, Anm.97.

[1408] Vgl. ebd., S.189; Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.603. Der Entwurf Maltzans, den er am 16.2.1922 an Radek übergab, findet sich bei PA, Deutsche Delegation in Genua (Römer/Radek) und ist veröffentlich bei Schieder, Entstehungsgeschichte, S.602, kommentiert S.565.

[1409] G.A. Maltzan, 17.2.1922, ebd., R 23696. Die Vorlage ist verfilmt unter der Nummer L311/ L 096688, gedruckt bei ADAP A V, Nr. 279 und trägt u.a. die Paraphe Rathenaus vom 18. Februar und Haniels vom 17. Februar 1922. Das von der Edition ADAP „nicht ermittelte“, zu Beginn der Aufz. erwähnte „Aide-mémoire“ ist offenbar mit diesem „vorliegenden Punktationen“ identisch, die in der Akte unmittelbar davor abgeheftet wurden (L 096685-86). Das „Protokoll“ bestand aus drei Hauptartikeln und enthielt zahlreiche hschr. Vermerke Maltzans. Zudem schlossen sich auf der folgenden Seite (L 096687) noch weitere, hschr. Bemerkungen bzw. Teilsätze an, die wohl skizzenartige Gedanken und Vorformulierungen zu dem erstellten Protokoll darstellen und ebenfalls von der Hand Maltzans stammen.

den Inhalt der künftigen Verhandlungsgespräche, die dadurch zumindest insofern eine gewisse Zielgerichtetheit erhielten, als die hier zu findenden Bestimmungen bereits als Vertragsklauseln vorformuliert worden waren. Auf diesem rudimentären Vorentwurf ließen sich jedenfalls weitere, detaillierte Verhandlungen aufbauen.
Ein konkreter inhaltlicher Diskussionsrahmen lag damit vor. Und vorausblickend bildeten eben diese, aus quasi abgebrochenen Verhandlungen entstandenen „Punktationen" das Grundgefüge des späteren Rapallo-Vertrages. Einleitend wurde dabei nunmehr von Seiten Maltzans festgehalten, die deutsche und russische Regierung wollten in dem „Wunsch (…), die aus der Zeit des Krieges zwischen Deutschland und Russland noch schwebenden Fragen zu erledigen und damit die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu schaffen", die nachfolgende „Auseinandersetzung [...] über die Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Russland" „auf folgender Grundlage" führen. Dabei wurde der oben zitierte Artikel Ia und der erste Satz in Artikel I b beibehalten, letzterem dann aber noch folgender Satz hinzugefügt:

> „(I. b.) (….)
> Beide Regierungen werden sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass die Einzelheiten der Auseinandersetzung auf dieser Grundlage möglichst bald endgültig geregelt werden."[1410]

Dagegen spiegelten insbesondere bei den Punkte II. und III. der Wortlaut dieser „Punktationen" im Grunde lediglich die bisherige Ergebnislosigkeit der deutsch-russischen Verhandlungen wider:

> „II. Mit Rücksicht auf die unter I getroffene Verständigung werden die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der R.S.F.S.R. alsbald[1411] wieder aufgenommen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt.
> III. Der Ausgleich der zwischen den beiderseitigen Wirtschaftssystemen bestehenden Verschiedenheiten soll künftigen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Jedoch sind die beiden Regierungen schon jetzt darüber einig, dass jeder Teil den anderen Teil und seine Angehörigen nicht schlechter behandeln wird als irgend einen dritten Staat und dessen Angehörige."[1412]

Für die Weimarer Außenpolitik blieb, wie bereits oben dargestellt, nach wie vor insbesondere die im ersten Satz des Artikel Ia angesprochene Regelung entscheidend: Durch den gegenseitigen Verzicht auf Kriegsschäden wurde der im Versailler Vertrag Russland vorbehaltene Reparationsanspruch obsolet. Im Gegensatz dazu lag die Verzichtserklärung im zweiten Satz des Artikel Ia in Bezug auf die zaristischen bzw. insbesondere sowjetrussischen Enteignungsgesetze wesentlich im Interesse der sowjetrussischen Regierung. Insgesamt ließ der Entwurf gegenüber der weiteren internationalen Entwicklung einen angemessenen Entscheidungsspielraum offen. So lag es ganz auf der von Außenminister Rathenau festgelegten politischen Linie, einen möglichen Beitritt Deutschlands zu

---

[1410] Ebd., L 096685f.
[1411] Das gedruckte Wort „sofort" wurde von Maltzan durchgestrichen und hschr. durch das Wort „alsbald" ersetzt (ebd., L 096686). Insofern erscheint es damit keineswegs von Anfang an „unstrittig", „dass mit dem förmlichen Vertragsabschluss die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen verbunden sein sollte.", vgl. Linke, Der Weg nach Rapallo, S.95, der sich hier auch auf Schieder, Die Entstehungsgeschichte bezieht.
[1412] PA, wie oben Filmnummer L 096686.

einem gemeinsamen, internationalen Konsortium zum Wiederaufbau Russland hier nicht zu erörtern oder einzuschränken. Vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages machte der Außenminister seine Zuversicht deutlich, dass die weiteren Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss geführt werden würden. Dies schien auch von Seiten der Ausschussmehrheit erwünscht zu sein. Rathenau stimmte der von einigen Ausschussmitgliedern vorgetragenen Forderung zu, auf der Konferenz von Genua mit den sowjetrussischen Delegierten ohnehin möglichst eng zusammenzuarbeiten.[1413]
Zugleich entsprach es - wiederum im Sinne der von Maltzan ausgegebenen „persönlichen Richtlinie" - dem Anliegen der frühen Weimarer Außenpolitik, im Rahmen der deutsch-russischen Verhandlungen in Berlin den Kontakt zur Führung der britischen Außenpolitik nach wie vor nicht zu verlieren und eine einvernehmliche Lösung der „russischen Frage" herzustellen. Nach Hartmut Pogge von Strandmann bemühte sich Rathenau insoweit, diese Problematik mit dem britischen Premier zwar intensiver zu erörtern. Eine erste Zurückweisung dieses Wunsches lag allerdings bereits darin, dass Lloyd George den Wunsch Rathenaus ablehnte, ihn dazu in London zu empfangen. Und auch der Besuch des daraufhin in die City entsandten Krupp-Direktors Wiedfeldt führte die Verantwortlichen in der Wilhelmstraße zu der Erkenntnis, dass die Idee eines internationalen Konsortiums zum Wiederaufbau Russlands nicht nur von sowjetrussischer Seite aus, sondern auch in einflussreichen britischen Kreisen mittlerweile skeptisch beurteilt wurde. Selbst die ursprünglich positive Haltung Lloyd Georges dazu schien sich inzwischen merklich abgemildert zu haben. Eine in dieser Hinsicht von Rathenau „angeregte Expertenbesprechung zwischen englischen und deutschen Beamten im März" 1922 verlief ergebnislos, weil „sich die Engländer weder binden lassen wollten noch konnten."[1414]
Fest steht, dass eine koordinierte Positionierung Londons und Berlins zur Frage eines internationalen Wirtschaftskonsortiums oder in der Russlandpolitik nicht gelang. Aus der Perspektive Maltzans aber blieben die „gegenwärtigen Verhältnisse"[1415] auf diesem Gebiet allerdings ohnehin undurchsichtig: Radek stiftete weiterhin Unruhe. Er war mit Äußerungen, die in der Presse veröffentlicht wurden, bemüht, die sowjetrussische Position zu verbessern.[1416] Nachrichten über eine mögliche Annäherung zwischen Moskau und Paris erneuerten sich somit oder blieben präsent: Im „Le Soir" erschien unter dem 10. Februar 1922 ein Interview mit Radek, der dort mahnte, „la France doit étudier la politique soviétique et décider si elle veut que nous restions dans le concert européen sans elle, contre elle ou avec elle. » Eine zügige Entscheidung von französischer Seite sei unbedingt erforderlich.[1417] Das Berliner Tageblatt gab am 15. Februar 1922 unter dem Titel „Krassin über die russisch-französische Freundschaft" überdies ein Interview Volkskommissar Krassins mit dem „Matin" wieder. Die

---

[1413] Vgl. Pogge von Strandmann, Rapallo und die Legende, S.76.
[1414] Ebd., S.76f.
[1415] Maltzan an Hentig, 15.2.1922, PA, R 84479 (Filmnummer K 2325/ K 662 137).
[1416] Bereits mit Datum vom 1. Februar 1922 stellte die „B.Z. am Mittag" zum Aufenthalt Radeks in Berlin u.a. fest, dass es bei der bekannten „Tatsache geheimer französisch-russischer Verhandlungen" jetzt auffallen würde, „dass also Radek für Russland genau wie Poincaré in diesem Augenblick nach besserer Vorbereitung und nach geheimen Einzelbesprechungen vor der Konferenz von Genua ruft.", Ausschnitt in ebd., R 28203. In Bezug auf England zitierte das Blatt die Äußerungen Radeks u.a. dahingehend, dass England „natürlich der Grundpfeiler auch der nächsten russischen Politik" bleiben werde. Radek soll geäußert haben, England habe „zuerst den Kampf gegen uns eingestellt und Handelsverträge mit uns geschlossen", obgleich das Ergebnis dieser Verträge „bisher nur ein geringfügiger Barhandel" gewesen sei. Aber Lloyd George habe „sozusagen zuerst eine Brücke nach Russland gebaut, hat sich dann aber draufgestellt und niemanden hinübergehen lassen.", ebd.
[1417] Ausschnitt bei BMAE, 10.991 (I.-II.).

Deutsche Allgemeine Zeitung sprach unter dem 18. Februar 1922 von einem konkreten „Angebot Räterusslands an Frankreich“.[1418]

In seinen Tagebucheinträgen vom 20. Januar, vom 12. Februar und vom 19. Februar 1922 teilte auch D’Abernon diese aus deutscher Sicht weiterhin Besorgnis erweckende Wahrnehmung. Der Besuch Radeks in Berlin habe sich, so hielt er fest, ja letztlich eben genau um die Frage gedreht, was Deutschland Russland als „Entgelt“ für dieses „vor drei Monaten übermittelte französische Angebot“ bieten könne, ein Vorschlag aus Paris, der besage, dass die von Deutschland nach Art. 116 Abs. 3 VV Russland zu leistenden Reparationszahlungen „zur Deckung der russischen Schulden an Frankreich“ verrechnet werden sollten. Und selbst wenn Außenminister Rathenau, so D’Abernon weiter, diesen „angeblichen Verhandlungen zwischen Paris und Moskau“ gegenwärtig nicht so viel Bedeutung zuschreibe, „wie Maltzan es tut“, so würde doch auch in den Kreisen der kleinen Entente die Annäherung zwischen Frankreich und Moskau mittlerweile durchaus „als sehr bedeutungsvoll angesehen“[1419] – eine Einschätzung, die auch von Ministerialdirektor Schubert geteilt wurde. Die deutsche Außenpolitik müsse, so legte dieser unter dem 14. Februar 1922 dar, in diesem Kontext „unbedingt versuchen(,) in möglichst natürlicher Weise zu Besprechungen mit den Engländern vor Genua zu gelangen“. Andererseits dürfe sich Berlin nicht vollständig von der Haltung Londons abhängig machen, weil dies schon zuvor mehrmals zu schweren Enttäuschungen geführt hatte:

> „Wenn wir in Genua wieder einmal vor ein uns unbequemes fait accompli gestellt werden, so hat die ganze Sache für uns natürlich kaum einen Wert. Dass die Franzosen hierauf hin arbeiten, wird ja immer klarer. Was die Frage einer Verständigung zwischen Russe(n) und Franzosen anlangt, so hat heute eine hier veröffentlichte Meldung des Pariser Korrespondenten des ‚United Telegraph’ bedeutendes Aufsehen erregt, nach dem Verhandlungen des Pariser Delegierten der Sowjetregierung Skobelew mit der Französischen Regierung nunmehr zum Abschluß eines Vertrages mit beiden Staaten geführt hätte. Über den Inhalt dieses einstweilen geheim gehaltenen Vertrages verlautete bisher nur soviel, dass Frankreich sich verpflichte(,) die Sowjetregierung anzuerkennen, während diese die Kriegs- und Vorkriegsschulden übernähme. Die Sowjetregierung verpflichte sich weiter, an Frankreich Aufträge an Waren und Industrie-Produktion im Werte von 8 Millionen Francs zu vergeben. Die endgültige Bezahlung dieser vorläufig von Frankreich kreditierten Waren solle auf Grund der Bestimmungen des Artikels 116 des Versailler Vertrages im Verrechnungswege für die in Russland angerichteten Kriegsschäden durch Deutschland erfolgen.“[1420]

Das finanzielle und politische Bedrohungsszenario thematisierte Schubert also in ähnlicher Weise wie Maltzan. Und dies belegt eindeutig, dass es nicht etwa der Direktor der Ostabteilung allein war, der einen solchen außenpolitischen Gefahrenhorizont ansprach oder vermeintlich selbst ‚inszenierte’, wie es in der bisherigen Rapallo-Forschung mehrfach behauptet wurde.

Darüber hinaus aber verwies der Ministerialdirektor nicht nur auf die diesbezügiche Zusammenarbeit mit seinem für die Ostpolitik zuständigen Kollegen. Er fasste ebenso die Russland-politische Unsicherheit im Auswärtigen Amt dahingehend zusammen, dass „wir (…) noch nicht recht (wissen),

---

[1418] Ausschnitte bei: PA, R 28278 k, 15 und 19.

[1419] D’Abernon, Bd.1, S.278, S.286. Bei ebd., S.279 heißt es u.a.: „Es geht ohne Zweifel mancherlei zwischen Paris und Moskau vor. Poincaré war über die vor zwei Monaten begonnene Fühlungnahme orientiert und wird wahrscheinlich die Verhandlungen fortsetzen.“ Bei ebd., S.290 wird in Bezug auf die Verhandlungen zwischen Russland und Frankreich auch der Inhalt einer Zusammenkunft zwischen Rakowski, Radek und Krassin in Berlin angeblich nach Auskunft „einer sozialistischen Bekannten“ D’Abernons referiert.

[1420] Schubert an Sthamer, 14.2.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.8.

was wir aus dieser Meldung“ über französisch-russische Einigungsbestrebungen auf Grundlage des Art. 116 Abs. 3 VV „machen sollen“. Zwar formulierte Schubert seine Sorgen in dieser Hinsicht im Vergleich zu Maltzan insgesamt zurückhaltender und ordnete die Gefahr für die deutschen Interessen wenngleich in etwas unsicherer Weise vom Stellenwert her merklich geringer ein.[1421] „Allerdings“ müsse man in der Politik nun einmal „sämtliche Möglichkeiten berücksichtigen“. Und D’Abernon schien ihm derzeit nicht in der Lage zu sein, die auf deutscher Seite herrschende Unsicherheit zu diesem Sachverhalt abzumildern:

> „Man könnte daher auf den Gedanken kommen, dass in der russischen Frage hinter den Kulissen eine französisch-englische Verständigung angebahnt worden ist oder angebahnt wird. Aus der hiesigen englischen Botschaft ist wenig heraus zu bringen. Lord D’Abernon äußerte sich mir gegenüber kürzlich eher in dem Sinne, dass auch er mehr oder weniger an eine französische Chantage glaube. Vielleicht hat er mich aber an der Nase herumführen wollen, vielleicht war er auch nicht orientiert, wie er überhaupt sich in letzter Zeit über andere wichtige Fragen merkwürdig ununterrichtet zeigt.“[1422]

Unterdessen hatte es sich Radek bei einem Interview mit dem „Matin“ nicht nehmen lassen, Frankreich zu einem ernsthaften Dialog mit der sowjetrussischen Regierung einzuladen.[1423] Daran entzündete sich jetzt in der französischen Politik abermals eine Debatte. So erörterte ein Artikel in der „Liberté“ am 11. Februar 1922 eindringlich das „Für und Wider“ einer Annäherung zwischen Paris an Moskau. Im „Interesse des Aufschwungs des Wirtschaftslebens Russlands“ kam der Verfasser zu dem Ergebnis, Frankreich möge „baldmöglichst den Kontakt mit der Sowjetregierung aufnehmen.“[1424]

Unbedeutsam war der Appell zweifellos nicht. Die deutsche Botschaft in Paris hielt Pressestimmen dieser Art mittlerweile „für ein weiteres Zeichen“, wie von regierungsnaher Seite „in der öffentlichen Meinung für die Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen mit Russland Stimmung gemacht“ werden sollte.[1425] Während die französische und belgische Industrie abermals eine politische Wahrung ihrer Wirtschaftsinteressen in Russland forderte[1426], wies Botschafter Mayer allerdings unter dem 22. Februar 1922 insgesamt vorsichtig daraufhin, die Haltung der französischen Regierung sei „noch keineswegs klar zu erkennen.“ „Im übrigen“ gehe in Frankreich „der leidenschaftliche Kampf für oder wider Sowjetrussland“ erst einmal weiter.[1427]

[1421] Bei ebd. heißt es insoweit u.a.: „Herr von Maltzan glaubt zwar nicht daran, dass ein Vertrag schon unterschrieben worden sei, er befürchtet aber, dass die Verhandlungen zwischen Frankreich und Russland doch schon zu positiven Ergebnissen geführt haben, etwa in dem in obiger Meldung wiedergegebenen Sinne. Ich selbst kann auch an diese Möglichkeit immer noch nicht recht glauben, wenn ich mir auch darüber klar bin, dass ich mich eventuell gründlich täusche. Ich bin nach wie vor der Ansicht, dass es sich da um ein – allerdings gefährliches – Erpressungsmanöver handelt, mit dem die Russen gegenüber Frankreich und die Franzosen gegenüber Russland und England operieren.“

[1422] Ebd.

[1423] De l´Escaille (Warschau) an Jaspar, 16.2.1922, ebd.. Die Vorlage trägt einen Eingangsstempel mit der No. 011679 vom 28.2.1922.

[1424] Vgl. Deutsche Botschaft Paris an AA, 11.2.1922, PA, PA, R 28278 (K 503271). Die Vorlage trägt den Titel „Frankreich und Russland“ und wurde an das Russlandreferat weitergeleitet.

[1425] Ebd. Siehe auch den Bericht Hoeschs vom 14.2.1922, ebd., (K 503272-73). Hier wurde über eine Versammlung der „französischen Gläubiger Russlands“ berichtet, die vor jeder Zusammenarbeit mit Moskau rigoros eine „Anerkennung der Staatsschulden und der Entschädigungspflicht gegenüber privaten Ausländern und russischen Gesellschaften mit fremden Kapital“ gefordert hätten.

[1426] Siehe stellvertretend das „Comité de défense des intérêts belges en Russie » an das Ministère des Affaires Étrangères in Brüssel vom 15.2.1922 in Bezug auf solche Forderungen ihrer französischen Schwesterorganisation, BMAE, Classement B35: URSS, Janvier-Mars 1922.

[1427] Mayer an AA, 21.2.1922, PA, R 70656 (K 503275-76), der dabei u.a. auf den „Excelsior“ vom 21.2.1922 und den „Temps“ vom 22.2.1922 verwies.

Nach einem weiteren Bericht Mayers vom 25. Februar 1922 hielt der „heftige Widerstreit der Meinungen“ zudem auch in der nachfolgenden Zeit an. In regierungskritischen französischen Kreisen, wie zum Beispiel von Seiten Léon Blums[1428], glaubte man zudem, dass ein französisch-russischer Vertrag bereits vorbereitet worden wäre oder möglicherweise sogar schon abgeschlossen worden sei:

> „Ich habe auch versucht, die stark mit Geheimnis umgebene Haltung des gegenwärtigen französischen Kabinetts zu dieser Frage nach Möglichkeit zu bestimmen. Es erscheint mir zweifellos, dass Poincar(é) das Problem der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrussland, insbesondere der wirtschaftlichen, mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und der Campagne derjenigen, die eine alsbaldige Lösung in irgendeiner Form wünschen, zum mindesten nicht entgegentritt. Ebenso ist es wohl sicher, dass er die Fäden, die die Regierung Briand in mehr oder weniger offiziöser Form angesponnen hatte, nicht vollständig abgebrochen hat.“[1429]

Sicher ist, dass sowohl die Gerüchte und Tendenzen einer möglichen französisch-russischen Annäherung als auch die öffentliche Reaktion in Deutschland darauf in der internationalen Politik und Publizistik weiterhin ein viel beachtetes Thema waren.[1430] Aus Sicht der Verantwortlichen in der Wilhelmstraße lag es damit nahe festzuhalten, dass sich die aus der Präsenz des russischen Reparationsanspruches gegen Deutschlands gemäß der Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV ergebende Bedrohung deutscher Interessen nicht nur theoretisch bestand. Sie konnte jederzeit in finanzieller wie in politischer Hinsicht real und akut werden. Dennoch war es gegenwärtig noch völlig offen, welche Richtung und Qualität die in Paris diskutierte Neuausrichtung der französischen Russlandpolitik tatsächlich haben würde.

5. Die Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV: Eine anhaltende Bedrohung

Über die deutsch-russischen Verhandlungen wurden die alliierten Führungsmächte auch nachfolgend fortlaufend informiert. Vermutungen, dass dieser Dialog über Wirtschaftsfragen hinausging, gab es insbesondere der französischen Berichterstattung. So war bereits Ende Januar 1922 in Bezug auf vertrauliche Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss, an denen unter anderem Wirth, Maltzan, Stinnes, Helferich, Rathenau, Bernstein, Scheidemann und verschiedene führende Industrielle und Parlamentarier teilgenommen hätten, nach Paris gemeldet worden, die deutsch-russischen Verhandlungen beschäftigten sich neben den Wirtschaftsfragen nunmehr auch mit einer Ausweitung

---

[1428] Vgl. Ziebura, Léon Blum.

[1429] Mayer an AA, Nr. 314, 25.2.1922, ebd. (K 503278-79). Die Vorlage wurde an den Reichsminister, an den Reichspräsidenten, an den Staatssekretär Politik und Staatssekretär Wirtschaft weitergeleitet.

[1430] Vgl. z.B. das Schreiben des belgischen Botschafters in Berlin, della Faille, an Außenminister Jaspar, 17.2.1922, BMAE, Classement B35: URSS, Janvier-Mars 1922. Es heißt hier u.a.: « J´ai déjà eu l´occasion de vous signaler [...] combien l´opinion publique et la presse allemande se préoccupent en ce moment des relations franco-russes. En vue de compléter les indications que les journaux allemands ont reproduit, déjà le 14 février, une information de l´United Telegraph, annonçant que les pourparlers menés à Paris par le délégué du Gouvernement des Soviets, Skobeleff, auraient conduit à la conclusion d´un traité entre la France et les Soviets. Cet accord se rapporterait à deux questions principales; la Russie s´engagerait à faire usage des droits qui lui sont reconnus par le Traité de Versailles au sujet des réparations et elle confierait à la France le soin de mettre pratiquement ce droit à exécution. » Die Vorlage trägt die No. 9966 und den Titel „Les relations franco-russes d´après la presse allemande“.
Bei ebd. befindet sich auch ein umfangreicher Bericht der „Section de l´Europe Orientale“ im Brüsseler Außenministerium vom 22. Februar 1922, der die Artikel in der deutschen Presse „au sujet de la Russie“ resümiert. Diese Vorlage trägt im linken oberen Kopfteil die Nummer PB. No. 411-316.

der politischen Beziehungen („l´élgargissement des relations politiques“).[1431] Die in Berlin kursierenden Gerüchte, es könne zu einer Annäherung zwischen Moskau und Paris kommen, nahm die französische Außenpolitik ebenfalls zur Kenntnis. Laurent vermutete in einem Telegramm vom 17. Februar 1922 allerdings erneut, dass diese Meldungen unter Umständen auch absichtlich gestreut würden, wobei er diesem „manoeuvre“ bereits einen gewissen Erfolg zubilligte.[1432]

Einen durchschlagenden Vorteil für die Befürworter der deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen sah der französische Botschafter in dieser Entwicklung allerdings nicht: In Deutschland müsse den Kräften, die sich dagegen wendeten, weiterhin großes Gewicht zugewiesen werden. Zudem hätten die letzten Arbeiterstreiks[1433], die eindeutig mit finanzieller Unterstützung durch sowjetrussische Quellen durchgeführt worden seien, dem Ansehen der Moskauer Regierung in Deutschland abermals schwer geschadet. Und dadurch würden « les partisans (de l´) Entente german(o)-russe, et notamment M. de Maltzan directeur (des) (Affaires) Orientales à la Wilhelmstrasse » in einem wesentlichem Maße an Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsvermögen verlieren. Andererseits hebe aber insbesondere der deutsche Ministerialdirektor immer wieder die aus seiner Sicht bestehende Bedrohung dahingehend hervor, « que la France et le Gouvernement des (S)oviets feront à Gênes leur voyage de noces dont l´Allemagne payera les frais.' »[1434] Die in diesem Punkt erkennbar defensiven Grundzüge der frühen Weimarer Russlandpolitik wurden somit ebenso von Laurent betont und durchaus als nachvollziehbar bewertet.

Verdachtsmomente gegen die deutsche Außenpolitik blieben jedoch vorhanden: Der belgische Botschafter in London warnte seinen Außenminister in Brüssel, „que la délégation russe à Berlin joue un rôle important dans les relations extérieures politiques ou commerciales de la Russie Soviétique“ und man möge die dortigen Verhandlungen keinesfalls unterschätzen.[1435]

Botschafter Laurent meldete in Bezug auf die deutsche und amerikanische Presse überdies am 18. Februar 1922 von sich aus nach Paris, die Verhandlungen zwischen Radek, Krassin u.a. einerseits und den deutschen politischen und wirtschaftlichen Repräsentanten andererseits hätten „une tournure favorable“ angenommen. Es sei daher anzunehmen, „que les deux partis ont bon espoir de parvenir à une entente.“ Und in dem Vorgang, dass gewisse Elemente aus der deutschen und amerikanischen Presse den sowjetrussischen Vertretern zumindest indirekt zu dieser Entwicklung gratuliert hätten, sah der französische Botschafter „sans doute“ Anzeichen für das Wirken Maltzans. Dessen Ziel sei es, „de donner à l´opinion l´espoir d´un accord économique concret entre Berlin et Moscou.“ Insgesamt aber wiesen, so der französische Botschafter in Berlin weiter, zuverlässige Informationen jedoch ebenso darauf hin, dass die Verhandlungsatmosphäre zwischen der sowjetrussischen Delegation und der Wilhelmstrasse in Wirklichkeit als getrübt bezeichnet werden müsse. Insbesondere Außenminister Rathenau zeige sich über die Höhe der von der sowjetrussischen

---

[1431] Vgl. dazu im Einzelnen den mit dem obigen Schreiben Delavauds am 31.1.1922 versendeten Bericht bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 43-44. sowie Panafieu an Poincaré, 6.2.1922, ebd., 51-52 und den ungezeichneten Bericht vom 15.2.1922 bei ebd., 84-86.

[1432] Vgl. dazu die Tel. Laurents, 15. bzw. 17.2.1922, ebd., 29-30 und 34-38 mit Bezug auf die verschiedenen Stimmen in der deutschen Presselandschaft, wonach u.a. die Volkszeitung, das Berliner Tageblatt und die Tägliche Rundschau die Authentizität der von der Telegraphen Union verbreiteten Telegramme bezweifelt hätten; siehe insoweit auch das Tel. Saint-Aulaires, 16.2.1922, ebd., 31-32.

[1433] Zu den Streiks im Jahre 1922 vgl. die Erinnerungen von Severing, S.339ff. sowie Dittmann, S.831ff. (Bd.2).

[1434] Tel. Laurent, 17.2.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 39-40.

[1435] Moncheur an Jaspar, 22.2.1922, BMAE, 10.991 (I.-II.). Die Vorlage trägt einen Eingangsstempel vom 24.2. mit der Nummer 10961.

Delegation geforderten Investitionen befremdet.[1436] Außerdem schwäche sich das sowjetrussischerseits gepflegte Druckmittel einer Annäherung an Frankreich mittlerweile ab[1437], wenngleich Laurent nicht den Eindruck machte, dass die Sorge vor einer Anwendung des Art. 116 Abs. 3 VV gegen Deutschland aus der Luft gegriffen oder inhaltlich unberechtigt sei.[1438]

Fraglich bleibt vor diesem Hintergrund jedoch, wie sich die derzeitige Russland-politische Position innerhalb der französischen Regierung tatsächlich entwickelte. Im Februar 1922 schien die Haltung Poincarés zwar äußerlich eindeutig zu sein. Der französische Regierungschef ließ die Vorstellung französisch-sowjetrussischer Gespräche weiterhin energisch dementieren; eine Lösung der ‚russischen Frage' setze, so führte er dabei aus, zunächst eine inneralliierte Erörterung voraus.[1439] Dennoch hielten Forderungen nach einer Neuausrichtung der Russlandpolitik in Frankreich mit Vehemenz an. Unzweifelhaft ist weiter, dass die damit einhergehenden, in der internationalen Politik und Publizistik präsenten Spekulationen ihre Wirkung auf die Außenpolitik der Mächte nicht verfehlten. Denn auch die Regierung in Paris konnte und sollte an den intensivierten Russland-politischen Appellen in ihrem Land nicht vorübergehen.

Yves Dénechère hat für die Forschung in diesem Zusammenhang vor allem die Bedeutung des Journalisten und späteren französischen Botschafters in Moskau, Jean Herbette, hervorgehoben. Insbesondere Herbettes „bulletins du jour" im „Le Temps" waren politisch einflussreich. Sie ermutigten seit Februar 1922 die Regierung Poincaré nachdrücklich, die diplomatischen Beziehungen zu Russland wiederaufzunehmen. Herbette betonte dabei insbesondere « les communautés d´intérêts », « qui existent entre les deux pays et ce quels que soient les régimes politiques en place ». Frankreich könne nicht auf wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Moskau verzichten, ganz egal ob es zaristisch oder bolschewistisch sei.[1440]

Poincaré selbst gab in einem Schreiben an Laurent vom 16. Februar 1922 ebenfalls zu erkennen, dass sich Paris mit dem „Prétendu" eines „accord entre la France et les Soviets" intensiv auseinander setzte. Er versicherte seinem Botschafter in Berlin eindringlich, die französische Regierung „n´a eu aucune conversation directe ou indirecte avec le Gouvernement des Soviets au sujet de la Conférence de Gênes ».[1441] Unklarheit äußerte sich letztlich allerdings nicht nur auf deutscher Seite: Der

---

[1436] Laurent an Paris, Tel. No. 366 und 367, 18.2.1922, bzw. Tel. No. 377-380, 20.2.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 89-90 bzw. 94-97. Bei ebd., 94 wird festgestellt, Radek, Krassin und Stomiakoff seien nunmehr nach Moskau abgereist „pour aller prendre à Moscou de nouvelles instructions".

[1437] Bei ebd., 96 heißt es u.a. : « (…) d´une part ils ont annoncé, comme le sait (V.E.) (sic), la signature ou tout au moins la négociation d´un accord franco-russe, nouvelle dont la Wilhelmstrasse affecte de s´inquiéter et qui, en tout cas, a profondément ému l´opinion. D´autre part, sans doute dans l´intention de faire pression sur M. Rathenau, ils se sont rapprochés de Stinnes qui, lui, ne s´embarrasse pas des réparations. » Zur angeblichen „rivalité de Stinnes et de Rathenau en Russie" vgl. auch Genoyer (frz. Consulat Düsseldorf) an Poincaré, 20.3.1922, ebd., 158-159.

[1438] Laurent an Paris, 20.2.1922, ebd., 97. Vgl. insgesamt ähnlich auch Della Faille an Jaspar, 14.2.1922 (Kopie), BMAE, Classement B35: URSS, Janvier-Mars 1922, dritte Seite des Schreibens sowie Della Faille an Jaspar, 20.2.1922 bzw. 21.2.1922, BMAE, 10.991 (I.-II.). Die Vorlage vom 20.2. trägt mschr. die Nummer PI No.1265/502 und den Titel „La Conférence de Gênes. Les pourparler franco-russe et germano-russes", die vom 21.2. die Nummer PI No.1317/519 mit dem Titel „L´opinion allemande et la Conférence de Gènes ».

[1439] Rundtel. Poincaré, 9.2.1922, ebd., Série Z, U.R.S.S. 349, 25-27, hier 26; vgl. auch Poincaré an London, 18.2.1922, ebd., 41. Siehe auch die Rundtelegramme vom 18.2.1922 bei ebd., 45f. und 46-48. Zu den tendenziösen Gerüchten und angeblich in Berlin vorhandenen „informations inexactes et complètement ridicule" vgl. auch die Kopie eines Schreibens Chevillys, 17.2.1922, ebd., 42-44.

[1440] Vgl. Dénechère, La nomination, S.104f. Herbette empfing seit Anfang und insbesondere seit Mitte März 1922 mehrmals sowjetrussische Vertreter wie z.B. Rakowski. Siehe zur Russland-politischen Debatte auch den „Le Temps" vom 6.2.1922 unter dem Titel „La France et la Russie" sowie am 22.2.1922 mit der rhetorischen Frage « Les alliés et la Russie, une nouvelle politique ? ».

[1441] Poincaré an Laurent, 16.2.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 349, 33f., 33. Es heißt hier u.a.: « Il

belgische Botschafter in Paris hielt in Bezug auf ein Gespräch mit einem ungenannten französischen Beamten fest, das Ziel der von Paris aus verantworteten Außenpolitik liege gegenwärtig zumindest darin, „procéder progressivement et expérimentalement vis-à-vis la Russie“.[1442] Und die Debatte um Relevanz und Bedeutung der Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV hielt ebenfalls an.[1443]

Im Auswärtigen Amt war man sich über die Aktualität der daraus unter Umständen erwachsenden Bedrohung nach wie vor nicht ganz einig. Ein von Maltzan initiierter Runderlass mit Datum 21. Februar 1922 ersuchte die deutschen diplomatischen Missionen in London, Paris, Riga, Reval, Kowno, Helsingfors, Warschau, Bukarest und Moskau nachdrücklich um genauere Aufklärung über die damit verbundenen Gerüchte und Befürchtungen[1444]. Die daraufhin erteilten Antworten boten im Ergebnis keine Entlastung.[1445] In einer gewissen Abweichung zu seiner vorherigen Haltung hielt Außenminister Rathenau demgegenüber jedoch am 21. Februar 1922 im Auswärtigen Ausschuss „die Sorge, Russland könne von Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] Gebrauch machen“ zumindest im Moment „für nicht gravierend“. Er vertrat die Ansicht, Deutschland könne „auf lange Sicht“ eine französisch-russische Verständigung ohnehin „nicht verhindern“. Man habe im Vertrauen auf eine wohlwollende Behandlung dieses Problems durch die Ententemächte Radek bereits entgegengehalten, „dass die d(eutsche) Reparationssumme festgesetzt sei und keinerlei Erhöhung mehr erfahren könne“. Außerdem sei es darüber hinaus „doch sehr zweifelhaft, ob die Ententemächte bereit seien, Russland etwas von ihren Anteilen abzutreten.“[1446]

Für Rathenau stand ein *politischer* Erfolg der in Kürze zu eröffnenden Konferenz von Genua an oberster Stelle. Denn auch wenn daraus in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht keine unmittelbaren, positiven Resultate erzielt werden sollten, bleibe politisch eine solche internationale Zusammenkunft, bei der alle europäischen Staaten gleichberechtigt für ein „gemeinsames Ziel“ arbeiteten, in symbolischer Sicht „von größter Bedeutung.“ [1447] Der Außenminister vertrat darüber hinaus gegenwärtig die Meinung, ganz offensichtlich sei es „russische Taktik“, „die einzelnen Staaten gegeneinander auszuspielen, um die Bildung einer gemeinsamen Front zu verhindern“. Die

---

cherche au contraire à se mettre préalablement d´accord avec ses Alliés et est résolu à ne pas se prêter aux manoeuvres des Bolchéviks qui ont évidemment intérêt à diviser les Alliés en leur faisant des offres séparées d´accords. »

[1442] De Gaiffier an Jaspar, 22.2.1922, BMAE, 10.991 (I.-II.).
Die Meldungen in der sowjetrussischen Presse, die die Kampagne von einer angeblich veränderten Haltung Frankreichs gegenüber Moskau in massiver Form fortsetzten, beunruhigte aus Sicht der französischen Diplomatie unterdessen aber sogar ebenfalls die Regierungen in Polen und Estland, vgl. dazu Martel (Riga) an Poincaré, 21.2.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 349, 57-67 mit französischen Übersetzungen von zwei in der Iswestija vom 9.2.1922 und der Prawda vom 7.2.1922 erschienenen Artikeln. Der Artikel in der Iswestija trug dabei die Überschrift „A propos d'un accord franco-russe“.
Zu konkreten sowjetrussischen ‚Lockangeboten' an Frankreich u.a. nach einer nach der Ansicht des französischen Hochkommissars in den Rheinprovinzen angeblich authentischen Aufzeichnung aus dem sowjetrussischen Außenministerium siehe auch die Kopie eines Geheimschreibens Tirards an Poincaré bei ebd. 70-77. Auch nach anderen Stimmen in der französischen Außenpolitik sollten strategische Überlegungen zum Wiederaufbau Russlands aus französischer Sicht zu „solutions nationales et parallèles“ tendieren, „d´autant plus que le pétrole est le seul secteur qui intéresse réellement la France, avec des offres séduisantes de concessions que Krassine a d´ailleurs aussi fait miroiter à Londres.“, vgl. Hogenhuis, La Russie, l´Europe et la France, S.326.

[1443] Zur anhaltenden Aktualität der Art. 116 Abs. 3/117 siehe ferner den Bericht Wallroths Nr. 16 bereits vom 8. Februar 1922, im PA verfilmt unter K 1959/K 507 943.

[1444] Runderlaß des Auswärtigen Amts, 21.2.1922, ADAP A V, Nr. 283.

[1445] Zu den Antworten auf den Runderlaß vom 21. Februar 1922 vgl. ebd., Anm.2-6.

[1446] Bericht Nr. 67 des bayrischen Gesandten v. 22.2.1922, zit. nach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.187, Anm.88 (GSTA München, Staatsministerium des Äußern, MA 1943 D.R., Nr.9).

[1447] Ebd.

deutsche Außenpolitik werde des Weiteren „nur die Entente eifersüchtig machen“, wenn sie in Russland „große Kapitalien“ investieren wolle, die zudem gar nicht vorhanden seien.[1448]
Hier überwog somit eindeutig das Bekenntnis, die deutsche Verständigungspolitik in Richtung Westen nicht durch voreilige Russland-politische Schritte zu gefährden. Allerdings schien der deutsche Außenminister die Strategie der sowjetrussischen Seite in der Sache zu unterschätzen, wenn er die Drohung mit Art. 116 Abs. 3 VV lediglich als Bluff Radeks abqualifizieren wollte: In Moskau sah Lenin die Aufgabe der sowjetrussischen Delegation für die bevorstehende Konferenz in Genua zwar darin, die „Frage der Anerkennung der Bedingungen von Cannes“[1449] möglichst zu umgehen. Falls dies jedoch nicht möglich sei und man der sowjetrussischen Außenpolitik ein „direktes Ultimatum“ stelle, dann sollten eben alle Länder gegenseitig ihre „Staatsschulden“ anerkennen und sich verpflichten, „die durch die Tätigkeit ihrer Regierungen verursachten Schäden und Verluste zu ersetzen.“[1450] Dass in einem solchen Fall russische Reparationsansprüche nach den Prinzipien des Versailler Vertrages erhoben werden würden, lag auf der Hand und verstärkte für Deutschland die Gefahr einer praktischen Anwendung gemäß Art. 116 Abs. 3 VV in Verbindung mit Art. 117 VV. Denn in finanzieller und somit auch in politischer Hinsicht blieben diese russischen Reparationsansprüche gegenüber Berlin für Moskau zweifellos ein vorteilhaftes Verhandlungskapital gegenüber den Alliierten, das durchaus von gewichtiger Bedeutung sein konnte.
Die Hoffnung Rathenaus, dass der internationale „Konferenzgedanke“[1451] konstruktive politische Lösungen nach sich ziehen müsse, wurde von der französischen Diplomatie wahrgenommen und thematisiert. Botschafter Laurent skizzierte gegenüber seiner Regierung in Paris die Russland-politische Option der deutschen Seite dahingehend, dass Berlin jetzt entweder im Rahmen eines internationalen Konsortiums am Wiederaufbau Russlands teilnehmen oder unverzüglich „dans la voie d´un arrangement particulier avec la Russie“ eintreten müsse. Zwar sei eine Entscheidung noch offen, jedoch hätte „la politique d´entente directe“ bereits in weiten deutschen Parlamentarierkreisen große Fortschritte erzielt. Die Regierung in Berlin scheine derzeit zu zögern. Insbesondere Rathenau stelle sich den damit verknüpften privaten Initiativen von Stinnes entgegen. Er tendiere - „sans je puisse garantir l´information“ - noch zu einer internationalen Lösung. Auch seine Ansicht über die sowjetrussische Taktik meldete Laurent erneut nach Paris: Die Vertreter Moskaus wollten „à tout prix séparer les Puissances afin de les mettre en concurrence“. Sie setzen trotz der französischen Dementis die deutsche Seite weiterhin mit Behauptungen über einen möglichen französisch-russischen Akkord auf der Basis des Versailler Vertrages unter Druck.[1452]

[1448] Ebd.
[1449] Zur Konferenz von Cannes vgl. stellvertretend Krüger, Die Außenpolitik, S.161ff.
[1450] Vgl. den Entwurf Lenins für einen Beschluss des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über die Aufgaben der sowjetrussischen Delegation, Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.249, hier S.524.
[1451] Runderlass Rathenau, 22.2.1922, ADAP A V, Nr. 285.
[1452] Laurent an Paris, Tel. 391-394, 23.2.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 102-105. Zur Instrumentalisierung eines möglichen französisch-russischen Akkordes in Berlin und auch in London vgl. ferner das Schreiben des frz. Gesandten in Kopenhagen an Poincaré vom 6. März 1922, ebd.128 mit der Anlage bei 129-131. Zu Warnungen vor einem deutsch-russischen Bündnis noch vor der Konferenz von Genua siehe ebenso das Dokument bei ebd., 132-133.
Auch unter dem 25. Februar 1922 hielt Laurent fest, Rathenau habe sich nach verlässlichen Informationen zwar geweigert, über eine deutsch-russische Vereinbarung zu verhandeln, der die deutsche Regierung jetzt schon binden würde. Er habe sich aber auch nach wie vor nicht gegen die derzeit laufenden Gespräche zwischen den sowjetrussischen Vertretern und der deutschen Industrie gewandt, vgl. Laurent an Paris, Tel. No. 413-414 (geheim), 25.2.1922, ebd., 110-110, hier 110. Zum Interesse Poincarés an den Verhandlungen Krupps und Stinnes vgl. sein Tel. vom 15.3.1922, ebd., 141.

Ende Februar 1922 erhielt Maltzan von Waurick die Nachricht, Russland werde möglicherweise „langsam und stetig in ein privatwirtschaftliches System“ zurückgeführt.[1453]Auch die ihm aus Moskau übermittelten Berichte des langjährigen Russlandexperten und Wirtschaftssachverständigen Carl Graap hielt er im Hinblick auf die damit einhergehende Bestätigung des vorhandenen wirtschaftlichen Zukunftspotentials für „aufschlussreich und wichtig“. Bereits am 22. Dezember 1921 hatte er Reichskanzler Wirth mitgeteilt, Graap melde, „dass die NEP nicht nur einen Wandel des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Systems in Sowjetrussland mit sich bringen würde.“ Die deutsche Politik gegenüber Sowjetrussland müsse „diesen *Wandel durch Annäherung* [Herv.d.Verf.]’ unterstützen“.[1454]

In der Tat schien die Ansicht, in Osteuropa könne bald die Phase einer Stabilisierung der Verhältnisse beginnen, berechtigt zu sein. Nach Informationen, die Maltzan erreichten und von diesem geprüft wurden, war die sowjetrussische Regierung nunmehr auch mit den Randstaaten sowie mit Finnland und Polen für kooperative politische und wirtschaftliche Lösungsansätze ein wenig offener.[1455] Und die Entwicklung in der internationalen Politik mahnte die deutsche Seite ebenfalls zu einer Verbesserung in den beiderseitigen Beziehungen: „Die Konferenzen von Washington zeigen”, so schrieb Schulenburg am 28. Februar 1922 aus Genf an Maltzan, „dass die großen Probleme der Politik ohne D(eutschland), R(ußland) und die Vereinigten Staaten nicht zu lösen sind und dass der V(ölker)b(und) nicht geeignet ist, bei dieser Lösung mitzuwirken, weil jene drei großen Staaten ihm nicht angehören.”[1456]

Diesen positiv anmutenden Faktoren standen allerdings weiterhin erhebliche, in gewisser Weise sogar grundsätzliche Russland-politische Unsicherheiten antipodisch gegenüber: Lenin hatte eingeschränkt, dass die NEP zwar „ernst und auf lange Zeit hinaus [...], aber nicht für immer“ betrieben werde. [1457] Bisweilen wurde sie „allenfalls“ als eine „Atempause“[1458] auf dem Weg zur Verwirklichung einer künftigen kommunistischen Wirtschaftspolitik mit höherem Reinheitsgrad bezeichnet. Waurick sprach zwar davon, es sei nach wie vor ein „langsames aber stetes Hineingleiten in das Privatwirtschaftssystem“ festzustellen.[1459] Die Beibehaltung des Außenhandelsmonopols aber schien lediglich „sogenannte gemischte russisch-ausländische Gesellschaften“ zuzulassen - ein

[1453] Vgl. Sütterlin, S.182f. in Bezug auf Waurick an Maltzan, 27.2.1922 (PA, GA, Ru Wi 1, Bd.1). Siehe auch Sütterlin, S.183 in Bezug auf einen gleichlautenden, ungezeichneten Bericht der deutschen Vertretung in Moskau vom 12. März 1922, PA, GA, Ru Po 5, Bd.11.

[1454] Vgl. dazu Borowsky, Sowjetrußland in der Sicht, S.40f. Siehe zur Tätigkeit und Bedeutung Carl Graaps für die „Formation of Weimar Foreign Policy Toward Soviet Russia from 1919 until Rapallo“ ausführlicher Cameron, der die in der „Russischen Abteilung des Auswärtigen Amts“ nur schwankend vorhandene Hoffnung auf eine wirkliche Evolutionierung der Sowjetsystems, die damit verbundenen wirtschaften Denkdimension und die Bedeutung der Berichte Graaps aus Moskau m.E. aber etwas überzieht. Wie die weitere Entwicklung zeigen wird, ging der deutsche „Weg nach Rapallo“ nicht primär aus derartigen Überlegungen hervor. Bei ebd., S.89, findet sich auch der Hinweis auf das erwähnte Schreiben Maltzans an Wirth vom 22.12.1921, PA, R 31966. Vgl. ähnlich auch Cameron, To Transform.

[1455] In einer Aufz. Maltzans vom 9.2.1922 heißt es u.a., Nadolny habe ihm telefonisch mitgeteilt, in Stockholm sei „nichts bekannt von einer erhöhten militärischen Tätigkeit der Randstaaten gegenüber Russland. Ebensowenig habe Herr Nadolny gehört, dass eine dritte Macht interventionistische, gegen Russland gerichtete Pläne in den Randstaaten verfolge.“, ebd., R 84394, K 510436. Am 20.3.1922 bat Maltzan die deutschen Vertreter in Kowno, Reval, Riga und Helsingfors um eine Bestätigung, ob Tschitscherin Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland zu einer Konferenz in Moskau eingeladen habe, die am 22.März 1922 beginnen solle, ebd., K 510450.

[1456] Schulenburg (Genf) an Maltzan, 28.2.1922, ebd., R 81860 bzw. R 83537.

[1457] Ebd.

[1458] Vgl. Sütterlin, S.147, Anm.125 in Bezug auf einen Bericht aus nichtbolschewistischer russischer Quelle vom 14. März 1922.

[1459] Waurick an Maltzan, 27.2.1922, PA, R 31960. Die später als geheim eingestufte Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom 6. März und wurde auch an Rathenau verwiesen.

weiterer Hinweis, wie unsicher die Ansicht auf eine wirkliche Evolutionierung des sowjetrussischen Wirtschaftssystems tatsächlich war.[1460]

Kennzeichnend war in dieser Hinsicht auch ein Schreiben Wesendonks an Maltzan vom 28. Februar 1922. Wesendonk teilte hier in Bezug auf einen Krassin nahe stehenden Vertrauensmann vertraulich mit, man dürfe sich in Deutschland „nicht einer trügerischen Hoffnung hingeben", „als ob es jetzt schon möglich wäre, den privaten Güteraustausch mit Russland sofort zu beginnen." Ein derartiger Güteraustausch ginge wegen Plünderungsgefahren „nur von Staats wegen", alles andere wäre eine „Utopie", zumal „bei dem derzeitigen niedrigen Stand des Rubels bei einem sofortigen freien Güterverkehr „ein Ausverkauf Russlands" einsetzen würde, der für jede Regierung in Russland untragbar ist. „Russische Wirtschaftskreise" seien zudem über die „Bildung des internationalen Syndikats in London ziemlich ungehalten".[1461]

Ohnehin blieb das deutsch-russische Verhältnis weiterhin belastet. So berichtete Wesendonk ebenso, die sowjetrussische Bewertung der bisherigen deutsch-russischen Verhandlungsergebnisse verlaufe eher negativ: „Leute wie Radek", so hieß es Ende Februar 1922, seien „wegen der angeblichen Intensität, mit der Dr. Rathenau die Bildung dieses Syndika(t)s in London betrieben hat, ziemlich skeptisch geworden" und „die zum Teil sehr abfallenden Aeusserungen, die Dr. Rathenau über Herrn Radek" angeblich gemacht habe, hätten in Moskau „lebhaft verstimmt."[1462] Auch nach den Angaben D'Abernons war das Verhältnis zwischen beiden Akteuren derzeit tatsächlich nicht besonders freundlich: Mit Datum vom 12. Februar 1922 berichtete der britische Botschafter, er habe das „Gefühl, dass Radek einen weniger guten Eindruck auf (Rathenau) gemacht hatte". Der deutsche Außenminister habe ihm gegenüber sogar erklärt, Radek sei „zweifellos klug und witzig, aber ein schmieriger Kerl, der echte Typus eines gemeinen Judenjungen."[1463]

Indirekt deutete diese Bemerkung vor allem darauf hin, dass Rathenau zu diesem Zeitpunkt der Westpolitik recht eindeutig Priorität einräumte. Allerdings wurde von britischer Seite bereits darauf hingewiesen, dass die Konferenz von Genua möglicherweise „für Deutschland keinerlei positive Ergebnisse zeitigen würde".[1464] Dies lag allerdings nicht an dem Willen der Regierung in London. Diese für die deutschen Hoffnungen ungünstigen Anzeichen entsprachen in hohem Maße der gegenwärtigen Spannungen in den englisch-französischen Beziehungen. Denn London und Paris standen mittlerweile sogar „au bord d´un conflit".[1465]

Bereits am 15. Februar 1922 hatte die französische Außenpolitik in einer ausführlichen Note ihre Ansichten über die geplante Konferenz von Genua vorgelegt.[1466] Paris artikulierte hierbei

---

[1460] Waurick an Maltzan, 9.3.1922, ebd. Siehe zum Außenhandelsmonopol ansonsten die Arbeit von Schneider.

[1461] Wesendonk an Maltzan, 28.2.1922, PA, R 31967.

[1462] Ebd.

[1463] Bei D'Abernon, Bd.1, S.286.

[1464] Horne an Melchior, 25.2.1922 (PA Büro RM, Akten betr. Genua, Bd. 1) sowie die dazugehörende Notiz Melchiors vom 25.2.1922, beide zit. n. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.175.

[1465] Hogenhuis, La Russie, l´Europe et la France, S.331. Vgl. zu französisch-englischen Verhandlungen im Vorfeld des Treffens zwischen Poincaré und Lloyd George vgl. auch de Gaiffier an Jaspar, 22.2.1922, ebd., 10.991 (I.-II.). Es heißt in Bezug auf die interalliierten Spannungen auf Seite drei u.a.: « On est irrité, aussi, à Londres de la divulgation donnée par le Quai d´Orsay au Memorandum du 30 Janvier. Cette divulgation était destinée à forcer la main à l´Angleterre et à l´obliger à répondre par écrit. Mais ce dessein fut vite pénétré et le Foreign Office est décidé à résister. »

[1466] Zur Einstellung Frankreichs gegenüber dem „Genua-Projekt" vgl. u.a. Gaiffier an Jaspar, 10.2.1922, BMAE, Classement B 35: U.R.S.S, Janvier-Mars 1922. Hier heißt es u.a. : « Les journaux de ce matin publient le texte à peu près intégral du Memorandum adressé par la France à la Grand-Bretagne, au sujet de la Conférence de Gênes. [...] J´y trouve la clarté et la précision de M. Poincaré et je pense bien qu´il en a rédige lui-même la plus grande partie. »

nachdrücklich erhebliche Bedenken und Einwände und verlangte mindestens drei Monate Vorbereitungszeit.[1467] Poincaré verschärfte damit die bereits in seiner Regierungserklärung vom 19. Januar 1922 geäußerten Bedingungen für eine Teilnahme Frankreichs.[1468] D'Abernon sprach unter dem 14. Februar 1922 überdies davon, die französische Deutschlandpolitik habe „wiederum eine Verhärtung" erfahren.[1469]

Der sich somit in mehrfacher Weise widerspiegelnde britisch-französische Gegensatz trat vierzehn Tage später sodann abermals deutlich zu Tage: Bei einem Treffen in Boulogne am 25. Februar 1922 war eine starke persönliche Missstimmung zwischen dem englischen und französischen Regierungschef unverkennbar. Nach D'Abernon machte Lloyd George gegenüber Poincaré seinem Ärger Luft und führte aus, „falls Frankreich die Genua-Politik nicht unterstützte, dann könne Großbritannien nicht gehindert werden, außerhalb der Entente seine Vereinbarungen mit Deutschland und Russland zu treffen."[1470] Und ein wesentlicher Grund für diese Konfliktlinien fand sich insbesondere auch darin, dass London unter wirtschaftlichem Druck stand und sich die Haltung der britischen Außenpolitik „weitgehend unter dem Blickwinkel der wirtschaftlich-innenpolitischen Probleme der Wiederherstellung des Handels- und Wirtschaftspotentials Großbritanniens und der Lösung des Arbeitslosenproblems" bestimmte.[1471]

Nicht zuletzt mit Blick auf eine Kabinettskrise in Rom[1472], die eine Verschiebung der Zusammenkunft ohnehin notwendig gemacht hatte, wurde beim englisch-französischen Treffen in

---

[1467] Zur Konferenz-Vorbereitung der französischen Außenpolitik durch umfangreiche theoretische, statistische und volkswirtschaftliche Reflexionen, u.a. auch in Bezug auf die englische Wirtschaft, zum Thema „La Russie et la Reconstitution economique de l´Europe" sowie zum Einfluss der Reparationen auf die deutsche Währung vgl. die ausführlichen Expertenberichte bei MAE, Relations Commerciales, B82, 91. Zu dem von Poincaré stammenden oder diesem unterbreiteten, jedenfalls von ihm hschr. überarbeiteten Entwurf von Instruktionen für die französische Genua-Delegation siehe ebd., 92, 71-82, die Reinschrift bei 83ff. Es heißt dort unter einer wiederholten Betonung der unbedingten Gültigkeit des Versailler Vertrages sowie der Vereinbarungen von Cannes und Erklärungen von Boulogne u.a.: „La Conférence de Gênes doit être seulement une Conférence d´odre économique et financier.", ebd., 72.

[1468] Vgl. Wippermann-Purlitz, Geschichtskalender 1922, Ausland Teil I, S.102f. Poincaré hatte bereits in seiner Regierungserklärung am 19. Januar 1922 klar gestellt, dass es Frankreich nicht dulden werde, wenn in Genua die Verträge, die die Grundlage des europäischen Rechtssystems bildeten, auch nur indirekt in die Diskussion einbezogen würden, Auszug bei ebd., S. 42ff.

[1469] Perrey, S.40; D'Abernon, Bd.1, S.287. Zum Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen vgl. Mayer, Die Weimarer Republik.

[1470] Vgl. stellvertretend D'Abernon, Bd.1, S.291f. Für „Boulogne" habe man nach ebd., S.296 den Ausdruck gefunden: „Ils sont d´accord; ils ne doivent pas se comprendre." Siehe zur Genese dieser Missstimmung u.a. Saint-Aulaire, S.595 in Bezug auf ein offenbar bereits im Herbst 1921zwischen ihm und Lord Curzon geführtes Gespräch. Lord Curzon soll dabei u.a. geäussert haben: „Le ton de vos journaux est épouvantable à l´égard de l´Angleterre, mais c´est M. Poincaré qui a le record de l animosité, sinon contre nous, du moins contre le Premier ministre. M. Lloyd George ne lui pardonne pas ses articles de la Revue des Deux Mondes et du Temps, surtout ceux où il utilise pour les besoins de sa cause des documents considérés ici comme confidentiels. » Im Rahmen eines Gesprächs Schanzers mit Lloyd George am 27. März 1922 in London, „British Secretary´s Notes", 27.3.1922, PRO, FO 371/8187, 86ff., 88 soll der britische Premier allerdings geäußert haben, „(that) he had quite an amicable talk with Poincaré at Boulogne."

[1471] Vgl. Bertram-Libal, S.97. Zur französisch-englischen Zusammenkunft in Boulogne-sur-mer vgl. auch Schultheß 1922, S.206f.; Bonnefous, S.289 sowie die DAZ, 27.2.1922. Siehe zu „Boulogne" auch eine Zusammenfassung vom 11.3.1922, nach der es Poincaré gelungen sei, „jede Diskussion einer Abänderung der in Frankreich geschlossenen Friedensverträge einschließlich der Reparationsverpflichtungen endgültig aus dem Konferenzprogramm für Genua auszuschließen", BAB, R 43, I/2451, hier zit. nach ebd. Vgl. weiter auch die treffende Interpretation bei Bournazel, S.228. Hier heißt es zur französischen Strategie: „Accepter le projet de Gênes constitue en définitive un compromis entre deux exigences contradictoires: limiter la place de l´Allemagne et de la Russie soviétique au sein de la conférence et satisfaire en même temps les souhaits britanniques pour obtenir en compensation des garanties accrues contre ces deux pays."

[1471] Vgl. Hildebrand, Das vergangene Reich, S.412.

[1472] Siehe dazu ein Schreiben an Maltzan vom 13. Februar 1922 bei PA, R 23696 (L 096682) sowie die Erinnerungen von Charles-Roux, S.163f. In einer Chefbesprechung am 30.1.1922 hatte Wirth bzgl. der Frage der Vertagung der Konferenz von Genua noch die Ansicht geäußert, dass die Engländer „durchaus für die Einhaltung des [ursprünglichen, Anm.d.Verf.] Konferenztermins seien.", BAB, R 43, I/2151 (MF 1), 61ff., 61.

Boulogne der Beginn der Weltwirtschaftskonferenz auf den 10. April 1922 festgesetzt. London musste Paris allerdings ausdrücklich zubilligen, dass auf der Zusammenkunft weder vertragliche Bestimmungen der bisherigen Friedensverträge noch die Art und Höhe der Reparationen zur Diskussion gestellt werden würden.[1473] Zu erwarten war in jedem Fall, dass die Regierung in Paris „mit starrer Unerbittlichkeit“ auf getreuer, „unbedingter“ Erfüllung jeder Norm des Versailler Vertrages beharrte und das „unstillbare Sicherheitsbedürfnis“ Frankreichs jederzeit auch in „selbstsüchtigen Imperialismus“ umschlagen konnte.[1474] Die Prawda beispielsweise sprach zudem am 1. März 1922 von einem klaren „Sieg Poincarés“, der Lloyd George auch in Boulogne bereits zu zahlreichen Konzessionen gezwungen habe.[1475]

Aus deutscher Sicht war hingegen zunächst einmal zu vermuten, dass auch die nächste anstehende Großkonferenz für die Interessen der Regierung in Berlin eher unter einem „ungünstigen Stern tagen“[1476] würde. Auch Rathenau trug jedenfalls in einer Rede vor, Poincaré habe den „Kampf gegen England“ aufgenommen, „und Boulogne hat uns gezeigt, dass dieser Kampf nicht ganz erfolglos“ gewesen sei[1477] - eine Äußerung, über die sich dann wiederum Lloyd George verärgert gezeigt haben soll.[1478]

Nichtsdestoweniger war zu konstatieren, dass die Versammlung der Welt in Genua für die deutsche Außenpolitik einen überragenden politischen Stellenwert behielt, weil sie im Ganzen doch erhebliche Chancen für Deutschland beinhalten konnte: Die Wiedergewinnung eines tatsächlich gleichberechtigten Status Deutschlands im Kreis der Großen Mächte konnte sich als innen- und außenpolitisch eminent wichtig erweisen. Der deutsche Außenminister drahtete mit Datum vom 2. März 1922 daher schon vorab an das deutsche Konsulat in Genua, dass „aus politischen Gründen auf gleichwertige Unterbringung mit anderen Grossmachtsvertretungen Gewicht gelegt werden“ müsse und bat eindringlich darum, auch die Botschaft in Rom entsprechend zu instruieren. Hoffnungen allerdings, dass in Genua eine Revision des Friedensvertrags erreicht werden könne, wies auch er abermals als vollkommen illusorisch zurück.[1479]

6. Intensive Diskussion um den Vertragsinhalt (März 1922)

Unterdessen hielt die Debatte in Deutschland um die Teilnahme an einem internationalen Konsortium zum Wiederaufbau Russlands an. Zunächst verstärkten sich diejenigen Stimmen, die sich gegen einen solchen Schritt wandten. Der Deutsche Industrie- und Handelstag distanzierte sich

---

[1473] Siehe das Tel. Wertheimers vom 25. Februar, im PA verfilmt unter L 989/L 285 276.
[1474] Vgl. Hildebrand, Das vergangene Reich, S.412.
[1475] Ausschnitt bei: PRO, FO 371/8186, 93-94.
[1476] Harms, S.215 (1927).
[1477] Rathenau Reden, S.377
[1478] Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.175.
[1479] Tel. Rathenau, 2.3.1922, PA, R 28203, 267 (Abschrift). Vgl. auch die bei Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.175 zitierten Ausführungen Rathenaus vor dem Auswärtigen Ausschluß am 26. Februar 1922 (in Bezug auf HstA Ludwigsburg, Rep. E 131, R 2/1, Bd.II, Abgabe 1946, Bericht vom 26.2.1922). Hier heißt es u.a.: „In Genua hätten wir wenigstens Gelegenheit, mit den anderen Nationen in unmittelbare Berührung zu kommen, wir könnten unsere Lage noch einmal klarlegen und zu einer Klärung der Situation beitragen. Diejenigen aber, die meinten, von Genua werde eine Revision des Friedens-Vertrages ausgehen, werden sich getäuscht sehen.“ Zur Vorbereitung der Konferenz z.B. bzgl. der Frage der Pressevertreter siehe Prittwitz an AA, 30.1.1922, PA, R 28203, 78f. (Abschrift), eine Auflistung der deutschen Journalisten in Genua bei PA, R 23704, die an Maltzan gerichtet war. Zur Vorbereitung der Konferenz allgemein vgl. BAK, R 43 1/2451, zur endgültigen Zusammensetzung der deutschen Delegation siehe auch PRO, FO 115/2737, 252ff.

„unabhängig von einigen Konzernen“ innerhalb der eigenen Organisation sogar „grundsätzlich von dem Konsortiumprojekt“. Hier vertrat man die Ansicht, es wäre für den deutschen Unternehmer günstiger, „wenn er sich möglichst abseits von jenen Mächten hält, die sich Russland zum Teil doch in der Stimmung eines Gerichtsvollziehers nahen, der Pfandobjekte für alte Schulden sucht.“ Gegen diese Position wandte sich die Börsen-Zeitung: Ohne eine Beteiligung Amerikas und der Ententestaaten könne Deutschland ohnehin „keine größere Kreditaktion“ in Russland übernehmen. Für die deutsche Wirtschaft sei es aber „von ausschlaggebender Bedeutung“, „nach dem Osten exportieren zu können“, „da der deutsche Export nach dem Westen beständig zurückgehe“.[1480]

Die Haltung im Auswärtigen Amt zu dieser Frage war ebenfalls nicht einheitlich: Rathenau zeigte sich über eine Bemerkung beunruhigt, nach der Lloyd George gegenüber dem Krupp-Direktor Wiedfeldt in London ausgeführt habe, „eine Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich und England“, die sich auf der Konferenz von Genua vollziehen könne, werde für Deutschland „nicht einmal besonders angenehm“ sein.[1481] Er vertrat jedoch nach wie vor die Idee des „Konsortiumprojekts“ und setzte weiterhin darauf, zu einer konstruktiven, aufrichtigen „Kooperation mit den Westmächten“ zu gelangen. Eine vertragliche Einigung mit Moskau hingegen erklärte der deutsche Außenminister für vorerst „nicht dringlich“; eine Ausnahme bildeten offenbar nur einzelne humanitäre Hilfsprojekte.[1482] Offenkundig war, dass Rathenau damit die Hoffnung verband, dass sich durch eine solche Haltung unter Umständen Erleichterungen in der alliierten Deutschlandpolitik aushandeln ließen.[1483] Konflikte sollte möglichst vermieden werden. So wurde zum Beispiel der Präsident der Botschafterkonferenz in Bezug auf einige, von deutscher Seite aus in Russland erwogenen Wirtschaftsprojekten um Rat gebeten, ob er bei diesen erwogenen Schritten eine Kollision mit Vertragsbestimmungen des Versailler Vertrages befürchte.[1484]

Allerdings standen dieser außenpolitischen Grundpositionierung im März 1922 in vielfacher Weise ebenso Stimmen entgegen, die eher zu reaktive deutsche Haltung auf Russland-politischem Gebiet nicht befürworteten und zu einer Modifizierung dieser Haltung mahnten: Die Deutsche Allgemeine Zeitung titelte unter dem 10. März 1922, das, was die Bemühungen der großen und kleinen Ententemächte zur Zeit „unverkennbar“ verfolgten, sei als eine „Abschnürung“ Deutschlands „vom Osten“ zu bezeichnen.[1485] Die „Osteuropäische Wirtschaftszeitung“, die den Untertitel „Industrie-, Export- und Handels-Zeitung“ trug, widmete ihre Ausgabe vom 16. März 1922 in erster Linie „Betrachtungen zum Wiederaufbau Russlands“. Auch sie mahnte zu einem größeren Maß an

---

[1480] Börsen-Zeitung, 3.3.1922, Ausschnitt in: PA, R 31967, u.a. mit Bezug auf eine Reise des „ehemaligen Staatssekretär Dr. August Müller und Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo“ über Riga nach Moskau zwecks „Informierung über frühere deutsche Industrieunternehmungen, über die Wiederanknüpfung von alten Handelsbeziehungen und über die dortige Zuckerindustrie“.

[1481] Vgl. Pogge von Strandmann, Großindustrie und Rapallopolitik, S.295f.

[1482] Zur humanitären Hilfe für „die Wolga- und Schwarzmeer-Kolonisten deutscher Abstammung“ auch unter dem innenpolitischen Aspekt, dass „der Gefahr einer Massenabwanderung nach Deutschland vorzubeugen“ sei vgl. Rathenau an Reichsregierung, eilt sehr, 1.3.1922, BAB, R43, I/132 (MF 2), 165ff., 165.

[1483] Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages hielt der deutsche Außenminister am 7. März 1922 eine deutsche Teilnahme an einem internationalen Syndikat in Russland auch gerade deshalb für notwendig, „weil wir wieder in Kooperation mit den Westmächten kommen müßten und uns von den großen europäischen Rekonstruktionsaufgaben nicht ausschließen dürfen, die sich durchaus nicht auf Russland beschränken.“, zit. nach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.179, der in diesem Zusammenhang auch auf das Berliner Tageblatt vom 8. März 1922 (M), Nr.113 und auf eine Kabinettssitzung vom 15. März 1922 verweist, wo sich Rathenau ähnlich geäußert habe.

[1484] Siehe dazu das Schreiben Mayers vom 16.3.1922, in frz. Übersetzung bei: MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 172-173.

[1485] Ausschnitt bei PA, R 83382, 193.

Aktivität, wobei ein Artikel laut einem handschriftlichen Randvermerk im Auswärtigen Amt von Schlesinger stammte.[1486] Paul Scheffer betonte im Berliner Tageblatt am 1. und 10. März 1922, dass die „außerordentlichen inneren Kräfte“ Russlands im Rahmen der „gefährlichen Phantasielosigkeit des Westens“ bislang noch keine angemessene politische Berücksichtigung gefunden hätten.[1487]
Des Weiteren rissen die Spekulationen über eine neue Ausrichtung der französischen Russlandpolitik nicht ab: Der britische Publizist Dillon behauptete im Märzheft 1922 der „Fortnightly Review“, Frankreich habe im Rahmen von „russisch-französischen Verhandlungen via Warschau in der zweiten Hälfte 1921“ das Angebot vorgetragen, Russland „für die Anerkennung des Versailler Vertrages auf Grund von Artikel 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.]“ Reparationen von Deutschland zu ermöglichen[1488], was mit Blick auf die hier vorliegenden französischen Archivalien in dieser Form nicht zutreffend war. Allerdings telegraphierte der deutsche Botschaftsrat Leopold von Hoesch mit Datum vom 8. März 1922 nach Berlin, ein „bisher nicht erprobter Vertrauensmann“ habe gemeldet, der französische Kommunistenführer „Marcel Cachin sei in geheimen Einverständnis mit Poincaré nach Moskau gegangen, um Geneigtheit der Sowjetregierung zu Verhandlungen mit Frankreich zu sondieren“. Demnach sei es zuvor auch zu Gesprächen zwischen Cachin und Radek in Berlin gekommen.[1489] Adolf Müller berichtete unter dem 13. März 1922 aus „zuverlässiger Quelle“, die militärischen Vorbereitungen Wrangels und Petliuras für eine Frühjahrsoffensive gegen die sowjetrussische Regierung seien „in Wirklichkeit ein auf Pariser Anordnungen ausg(e)führtes Manöver […], mit dem die Sowjets den Forderungen Frankreichs auf Gewährung von Privilegien und wirtschafts-politischen Vorteilen gefügiger gemacht werden sollen“.[1490]

[1486] Ein Exemplar der Zeitung findet sich bei ebd., R 31967. Mit Datum vom 28. Februar 1922 hatte das Osteuropa-Institut in Breslau sich bei Reichstagspräsident Paul Löbe darüber beklagt, dass es bislang nicht „zu den Verhandlungen über die Wiederaufnahme eines Wirtschaftsverkehrs mit Russland hinzugezogen worden“ sei, obwohl es in der Lage sei, wissenschaftliche „Unterlagen für derartige Verhandlungen zu schaffen.“ Ein Referent der Industrie-Abteilung sei vor einigen Monaten nach Moskau entsandt worden, es „würde also im eigensten Interesse [Deutschlands, Anm.d.Verf.] liegen, wenn wir bei den kommenden Verhandlungen mit Russland zu Rate gezogen würden.“, Osteuropa-Institut an Reichstagspräsident Löbe, 28.2.1922, ebd. H 119321-2 (Abschrift). Siehe dazu auch ein Schreiben Löbes an Maltzan vom 10. März 1922, ebd. H 119320, sowie ein Schreiben des Instituts an Rathenau vom 1.3.192(2), ebd. H 119267-8, das auf der ersten Seite die Paraphe Maltzans trägt. Ein nicht eindeutig zuzuordnendes hschr. „ja“ an dieser Stelle hat wohl daraufhin die grundsätzliche Zustimmung Maltzans zu einer Tätigkeit des Instituts signalisiert.
[1487] Gedruckt in: Scheffer, Augenzeuge, S.99ff., hier S.101.
[1488] Verweis bei Asecretis, S.33.
[1489] Tel. Hoesch, 8.3.1922, PA, R 70656 (K 503280-82). Es heißt hierzu allerdings auch: „Angesichts Bestrebens Sozialisten, die Kommunisten zu kompromittieren, welchem Zweck natürlich der Vorwurf des Zusammenarbeitens mit Poincaré gut dienen muß, erscheint fraglicher Meldung gegenüber Reserve geboten.“
Siehe dazu auch Tel. Hoesch Nr. 409, 11.3.1922, ebd. (K 503287). Hier heißt es u.a.: „Offen gelassen ist nur die Frage, ob Radek Cachin in Berlin eine Memoire für Poincaré anvertraut hat und ob Cachin hiermit nach Paris zurückgekehrt ist.“ Die Vorlage wurde sowohl an den Staatssekretär Politik und Wirtschaft wie auch am 18. März an Rathenau weitergeleitet, der sie abgezeichnet hat. Bei ebd. befinden sich auch die entsprechenden Ausschnitte vom März 1922 aus dem „Le Populaire“, der „L´Humanité“, dem „L´Atelier“ und dem „Le Peuple“. Siehe dazu weiter auch Hoesch an AA, nr. 435, 14.3.1922, ebd. (K 503288).
Die Reise des französischen Kommunistenführers Cachin nach Moskau und seine Kontakte mit Radek in Berlin fanden auch in der belgischen Diplomatie Beachtung, vgl. z.B. Gaiffier an Jaspar, 15.3.1922, BMAE, 10.991 (III.). Die Vorlage trägt einen Stempel mit der Nummer 14862. Die Vorlage befindet sich unter dem Titel „Les Soviets et la France“ auch bei ebd., Classement B35: URSS, Janier-Mars 1922.
[1490] Müller an AA, Nr.42 (Durchschlag), 13.3.1922, ebd., R 70656. Es heißt hier u.a. weiter: „Gelingt dieser Plan, so würde Frankreich eine vorherrschende Stellung in Russland gewinnen und zugleich jedes Interesse an der Konferenz von Genua verlieren. Nach Poincarés Absichten soll Genua ja überhaupt nur ein Abbild der Brüsseler Konferenz im Jahre 1920 werden und ebenso wie diese damit enden, dass die Akten der S.d.N. (Société des Nations) zum Studium übergeben werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muß Frankreich jedoch die russischen Delegierten von vornherein fest in der Hand haben.“

Auch die an Maltzan herantretenden Gerüchte über eine Annäherung Frankreichs an Russlands und die finanziellen Gefahren des Art. 116 Abs. 3 VV verstummten nicht. Im Gegenteil: Nach einem Bericht der deutschen Gesandtschaft in Warschau meldete der „Kurjer Poranny“ in Warschau im Rahmen eines Leitartikels, dass „nach englischen Quellen zwischen Frankreich und Sowjetrussland in der Zeit vom April bis Dezember v.J. in Paris, Warschau und an anderen Orten Verhandlungen“ auf folgender Basis schwebend gewesen seien:

> „Russland erkennt den Versailler Vertrag an und erhält Frankreichs Anerkennung der Sowjetregierung. Die russischen Vorkriegsschulden werden bezahlt durch Überweisung der auf Art. 116 des Versailler Vertrages gestützten russischen Ansprüche gegen Deutschland an Frankreich. Frankreich erhält 40% der Reingewinne aller deutschen Unternehmungen in Russland und das Recht, in Russland eine Kontroll-Kommission für die deutschen Unternehmungen zu errichten; fernen Platinkonzessionen im Ural.“[1491]

Inhaltlich war dies nicht nur eine deutliche Kontinuität zum Inhalt der Berichterstattung Adolf Müllers seit dem 5. Dezember 1921.[1492] Erkennbar ist vielmehr, dass Meldungen dieser Art konkreter wurden und dadurch an sachlicher Überzeugungskraft und Relevanz zunahmen. Maltzan jedenfalls wurde angehalten, eine größere Aktivität in der russischen Frage zu erwägen und insbesondere in Bezug auf die Entwicklung der russisch-französischen Beziehungen äußerst wachsam zu sein.[1493] Denn es lag auf der Hand, dass die Machthaber in Moskau aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage insbesondere im ländlichen Russland unter einem enormen politischen Druck standen und ihrerseits möglichst bald wirtschaftspolitische Erfolge vorweisen mussten.[1494] Die sowjetrussische Außenpolitik suchte aus deutscher Sicht deshalb im Vorfeld der Konferenz von Genua ihr „Heil in Einzelverhandlungen“.[1495]

Vor diesem inhaltlich mehrdimensionalen und schwer einschätzbaren Nachrichtenhintergrund blieb Maltzan bemüht, trotz der vorhandenen Spannungen den Fortgang der deutsch-russischen Verhandlungen sicher zu stellen. Privateinladungen „insbesondere“ auch an „Bekannte aus hiesigen russischen Kreisen“ benutzte er als ein politisches Mittel, das durch eine persönliche Note gewinnend wirken konnte.[1496] Die Fortsetzung des Dialogs mit sowjetrussischen Vertretern sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene war ihm zur Absicherung der deutschen Interessen auf Russland-politischem Terrain unentbehrlich.[1497] Er versuchte die bestehenden kleineren und größeren persönlichen und sachlichen Gegensätze abzumildern und Brücken zu bauen. In den Quellen hat sich

---

[1491] Benndorf an AA, Nr.252, durch Kurier, 22.3.1922, PA, R 70656 (K 503290). Die Vorlage trägt einen hschr. Randvermerk Hauschilds, der offenbar auf einen Bericht Müllers aus Bern verwies.

[1492] Müller an AA Nr.298, 5.12.1921, PA, R 70656 (K503254-57), vgl. oben Kap. III.1.

[1493] Vgl. Maltzan an Amory, 10.3.1922, ebd., R 94330.

[1494] Zur innenpolitischen Situation in Russland im März 1922 vgl. den streng vertraulichen „Rapport de département Information de l´O.G.P.U.“ vom April 1922, gedruckt bei: Werth/Moullec, S.95f.

[1495] Waurick an Maltzan, 9.3.1922, PA, R 31960.

[1496] Siehe stellvertretend die Einladung Maltzans an Theodor Wolff vom 26. Februar 1922. Es heißt dort u.a. „Am Montag den 29. Februar ab 9 Uhr abends haben wir einige Bekannte insbesondere aus hiesigen russischen Kreisen zum Tee und Balalaika Konzert eingeladen.“, BAK, NL Theodor Wolff (N 207), Bd.16.

[1497] Unter dem 6. März 1922 berichtete der an der dortigen deutschen Vertretung tätige Saucken aus Moskau, ebd., R 23696 (L 096 689-91), er habe entsprechend dem Wunsch Maltzans am 3. März Radek aufgesucht „und ihm mitgeteilt, dass die Vorschläge der deutschen Industrie für das russisch-deutsche Wirtschaftsabkommen in den nächsten Tagen in seine Hände gelangen würden.“ Radek habe angekündigt, dass er in etwa vierzehn Tagen wieder nach Berlin fahren würde. Die Vorlage, die nachträglich als geheim eingestuft wurde und auch von Rathenau abgezeichnet wurde, trägt die Paraphe Maltzans vom 10. März (1922).

diese Haltung zum Beispiel in einem Schreiben an seinen direkten Verhandlungspartner mit Datum vom 10. März 1922 niedergeschlagen, in dem sich Maltzan gegenüber Radek recht wohlwollend zeigte:

> „Auch der Reventlowsche Artikel im Reichswart vom 25. Februar[1498] dürfte Ihnen in Erinnerung an vergangene Tage ein freundliches Lächeln entlocken. [...] Überhaupt sehe ich Ihre hiesigen Herren leider weniger, als es mir nicht aus dienstlichen, aber aus Gründen der allgemeinen persönlichen Atmosphäre lieb wäre. Es ist im internationalen Verkehr so unendlich wichtig, ohne Rücksicht auf vorliegende aktuelle Schwierigkeiten von mehr oder weniger großer Bedeutung, in einem allgemeinen Gedankenaustausch über Fragen allgemeiner politischer Natur bleiben zu können. Ich bin vielleicht in dieser Hinsicht durch Sie, mein lieber Herr Radek, durch Herrn Kopp und Herrn Karachan zu sehr verwöhnt worden.“[1499]

Der Ministerialdirektor versuchte somit, durch die Aufrechterhaltung eines möglichst guten persönlichen Verhältnisses zu Radek zur Entzerrung der inhaltlich weithin festgefahrenen deutsch-russischen Verhandlungen beizutragen. Politische Höflichkeitsangebote wie das Angebot medizinischer Hilfe durch deutsche Ärzte kamen ebenfalls hinzu und verfolgten im Ergebnis das gleiche Ziel.[1500] Zudem hielt Maltzan einen Akkord der sowjetrussischen Regierung mit der deutschen Industrie weiterhin für möglich. Deshalb wies er Radek ebenso darauf hin, dass „nach unendlichen Schwierigkeiten“ nunmehr ein Vorschlag der deutschen Industrievertreter, der ja „in den von Ihnen und mir vereinbarten Punktationen“ angekündigt worden sei, fertiggestellt worden sei. Und die beiden insoweit vorliegenden Vertragsentwürfe[1501] schätzte Maltzan zumindest als eine „geeignete Basis für weitere Detailverhandlungen“ ein, und zwar „ohne Rücksicht darauf, ob Genua überhaupt noch oder in stark platonischer Form zustande“ komme oder nicht. Zudem betonte er die innenpolitische Durchsetzbarkeit dieser Vorschläge in Deutschland und meinte hierfür eine breite politische Unterstützung erwarten zu können, wobei er auch Rathenau ausdrücklich in diese angeblich vorhandene Kongruenz der Russland-politischen Kräfte in Berlin mit einbezog:

> „Wie Sie aus unserer Presse wohl ersehen haben, verstärkt sich im Reichstag die Überzeugung der Notwendigkeit einer aktiven Ostpolitik. Dies ist insbesondere in den letzten Ausschußsitzungen, ganz besonders aber in dem Hauptausschuß vom 7. März, zum Ausdruck gekommen. Außer den Kommunisten und dem Zentrum waren jetzt insbesondere Volkspartei und Deutsch-nationale (Hoetzsch) Träger dieser Idee. Das Interesse an dem Londoner Syndikat trat jedenfalls bei den Parteien stark in den Hintergrund im Vergleich zu dieser östlichen Orientierung. Aus dem beiliegenden Wortlaut der Rede des Reichsministers sehen Sie ja auch, dass er diesen Anregungen ausdrücklich gerecht geworden ist.“ [1502]

Eine solche Äußerung Maltzans gab freilich nicht die Unabhängigkeit der deutschen Außenpolitik im Sinne Außenminister Rathenaus auf, möglicherweise an einem eventuell doch noch zustande

---

[1498] Zu Reventlow siehe auch Dupeux, S.210f.

[1499] Maltzan an Radek, 10.3.1922, ADAP A VI, Nr.8. Zu Haltung Reventlows in der Zeit nach dem Abschluss des Rapallo-Vertrages vgl. Dupeux, S.210f.

[1500] Siehe dazu ein Telegramm o.D. zur Reise Geheimrat Klemperers und Sohn nach Moskau, PA, R 31490k/31491k (K 096413). Zum diplomatischen ‚Nachrichtenwert’ der deutschen Ärzte Klemperer und Borchardt vgl. auch Sütterlin, S.155 bzw. S.155, Anm.151.

[1501] Zu den Entwürfen für ein Wirtschaftsabkommen siehe ADAP A, V, Nr. 275, Anm. 2.

[1502] Maltzan an Radek, 10.3.1922, ebd. VI, Nr.8.

kommenden internationalen Konsortium zum Wiederaufbau Russlands teilzunehmen und insofern eine gemeinsame Haltung mit den Ententemächten anzustreben.
Maltzans Russland-politische Aktivitäten standen somit weiterhin nicht in einem Gegensatz zu einem notwendigen Ausgleich mit dem Westen. Im Gegenteil: Auch der deutsche Ministerialdirektor warb fortlaufend um eine Erwiderung der verständigungspolitischen Haltung der deutschen Außenpolitik durch die Ententemächte. Gegenüber dem Direktor der International Labour Organization, Thomas, argumentierte er am 21. März 1922 zudem, dass eine deutsche Arbeit in Russland auch für ganz Europa notwendig war.[1503] Für eine deutsch-französische Zusammenarbeit in Russland auf der Basis der Gleichberechtigung schien Maltzan ebenfalls offen zu sein.[1504] Im Hinblick auf ein dazu offenbar bereits angeregtes „gemeinsames deutsch-englisch-französisches Programm" wies er allerdings nachdrücklich darauf hin, dass eine solche Orientierung aus deutscher Sicht Russland nicht erst während der Konferenz in Genua vorgestellt werden könne, da ein „zu großes Mißtrauen" russischerseits die unmittelbare Folge dazu wäre. Andererseits müsse er darauf hinweisen, dass das deutsche Verhältnis zu Russland schon deshalb ein anderes als das der Alliierten sei, da Deutschland ja bereits am 3. März 1918 mit den Verträgen von Brest-Litowsk im Gegensatz zu Frankreich und England Russland de jure und de facto anerkannt habe. Schon vom rechtlichen Standpunkt aus würde man daher dem „veröffentlichten französischen Vorschlag, Russland vor einer derartigen Anerkennung eine 6-monatliche Probezeit aufzuerlegen, schwer entsprechen können."[1505]
Am 25. März 1922 lud Christian Rakowski[1506] Ministerialdirektor Maltzan und „einige Herren aus dem Russenreferat" sowie „die anderen anwesenden Vertreter der Sowjet-Delegation" in Berlin zum Frühstück ein. Radek und Legationsrat Hey[1507], der für die deutsche Vertretung in Charkow in Aussicht genommen war, nahmen ebenfalls teil. Rakowski schlug „in unverbindlicher Unterhaltung" einen weiteren „verständnisvollen Gedankenaustausch zwischen Deutschland und Russland vor, bei und nach Genua" vor. Nach der Aufzeichnung Maltzans habe er am gleichen Abend im Auswärtigen Amt aber auch noch einmal mit Radek alleine eine einstündige Unterhaltung geführt. Hierbei wurde es kaum mehr für möglich gehalten, dass der in Aussicht genommene Vertrag zwischen der deutschen Industrie und der sowjetrussischen Regierung noch vor der Konferenz von Genua unterzeichnet werden könne. Radek habe zudem erneut über das „Londoner Konsortium" und einige andere „von Reuter und Wolff verbreiteten Äußerungen" sowie über die Haltung Rathenaus „gejammert". Maltzan bezog daraufhin eindeutig auf der Seite seines Außenministers Position. Er warf Radek darüber hinaus indiskretes Verhalten vor, wodurch das deutsch-russische Verhältnis ohnehin schon schwer beschädigt worden sei:

[1503] Aufz. Maltzan, 21.3.1922, ebd., Nr. 23. Die Aufz. trägt die Paraphen Rathenaus vom 22. und Haniels vom 21. März. Sie hat auch Simson vorgelegen.
[1504] Bei ebd. heißt es insofern u.a. auch: „Thomas kam dann auf englische und französische Mitarbeit in Russland zu sprechen. Ich erwiderte, dass ich gleichartige Anregungen St. Quentins, Haguenins, Laurents, vom Oeuvre u.a. auf der Durchreise in Deutschland befindlicher prominenter Franzosen stets freudig begrüßt hätte. [...] Leider sei die französische Industrie unseren Detailvorschlägen schließlich mit der Begründung ausgewichen, die öffentliche Meinung in Frankreich ertrage eine derartige Zusammenarbeit noch nicht. Thomas gab dies ohne weiteres zu und versprach, sein möglichstes zu tun, in französischen Arbeiterkreisen mehr Interesse für eine tatsächliche Zusammenarbeit zu wecken."
[1505] Ebd.
[1506] Zu Rakowski, der hier im Anschluss an die Schreibweise in der ausführlichen ‚Rapallo-Aufzeichnung' Maltzans mit „i" geschrieben wird, vgl. Conte, Christian Rakovsky (1873-1941) sowie Pierre.
[1507] Zu Siegfried Hey (1875-1963) vgl. Sütterlin, S.48.

> „Ich habe ihm die absolut klare und entgegenkommende Stellungnahme des Herrn Reichsministers im Auswärtigen Ausschuß entgegengehalten und ihn ferner auf seine Indiskretionen in der Prawda und bei einem größeren Frühstück Wiedenfeld und Fehrmann[1508] gegenüber verwiesen. Indiskretionen, die gegen die Person des Außenministers in der rechtsstehenden Presse verwandt würden und die eine gedeihliche und vertrauensvolle Weiterentwicklung des deutsch-russischen Gedankenaustausches nicht gerade erleichterten.“ [1509]

Ohnehin hatte sich die bisherige Haltung Rathenaus nicht negativ auf die deutsch-russischen Beziehungen ausgewirkt. Volkskommissar Tschitscherin, der die Konferenz von Genua begrüßte[1510], zeigte sich nach Angaben Radeks, dem in der Folgezeit keine entscheidende Rolle in den Verhandlungen mehr zukam[1511], jetzt bereit, mit dem deutschen Außenminister persönlich „in einen Gedankenaustausch über einen vorläufigen politischen Vertrag“ einzutreten, „der auf der Basis der zwischen mir und Radek vereinbarten Punktationen“ aufzusetzen sei.[1512]

Das war zweifellos eine bedeutsame inhaltliche Verlagerung innerhalb der laufenden deutsch-russischen Verhandlungen: Von einem Vertrag zwischen der deutschen Industrie und der sowjetrussischen Regierung war vorläufig keine Rede mehr. Die wirtschaftspolitischen Hürden erwiesen sich als so hoch, dass die sowjetrussische Außenpolitik erwog, zunächst einmal einen allgemeinen *politischen* Rahmen auszuhandeln und zu fixieren, bevor das noch von zahlreichen offenen Rechtsfragen geprägte deutsch-sowjetrussische Verhältnis mit weitergehenden, vor allem wirtschaftspolitischen Bestimmungen geformt bzw. ausgefüllt werden konnte. Der von Tschitscherin in diesem Zusammenhang „in Aussicht genommene Gegenentwurf“ würde allerdings, so soll Radek betont haben, „in einigen Punkten“ durchaus von dem bisher erarbeiteten (politischen) Vertragsentwurf abweichen. Diese Vorlage werde insbesondere eine andere Fassung zur Frage der Meistbegünstigung im Kontext der Sozialisierungsschäden in der Nachfolge der Russischen Revolution von 1917 vorschlagen. Hier wiederum war jedoch für Maltzan kein Verhandlungsspielraum gegeben:

> „Ich habe Radek gegenüber keinen Zweifel gelassen, dass wir auf diese Meistbegünstigung, wie ich ihm schon angedeutet hätte, niemals verzichten könnten. Der Vertrag würde schon mit Rücksicht auf die Zustimmung des Parlaments ohne diese Klausel illusorisch sein. [...] Ohne diese Meistbegünstigung sei eine Verständigung ausgeschlossen.“[1513]

[1508] Karl Fehrmann „war und blieb (…) Stinnes´ Schlüsselfigur bei Geschäften mit den Russen.“, vgl. Feldman, S.748f. mwA. zur Person Fehrmanns.

[1509] G.A. Maltzan, 27.3.1922, PA, R 23696. Die Vorlage trägt die Paraphen von Wirth und von Rathenau.

[1510] Siehe zur Begrüßung der Genueser Konferenz durch Tschitscherin z.B. dessen Schreiben an die englische Regierung vom 15.3.1922, offenbar im französischen Original sowie in englischer Übersetzung bei PRO, FO 371/8186, 122-135.

[1511] Mit Telegramm Nr. 155 vom 22. März 1922, bei ebd. verfilmt unter L 622/L 196 668 hatte Wiedenfeld mitgeteilt, Radek verfüge diesmal über keine Verhandlungsvollmacht. Zur Tätigkeit Radeks in Berlin zwischen 1918 bis 1923 siehe im Ganzen die Studien von Goldbach und Möller, Karl Radek in Deutschland, der ihn als „Architekten von Rapallo“ bezeichnet, vgl. Wenzel, S.22. Vgl. zu den zeitgenössischen Veröffentlichungen Radeks stellvertretend die hier im Anhang genannten Schriften, zum Verzeichnis der Schriften Radeks insgesamt ebd., S.150ff. Der kommunistischen Geschichtsschreibung galt Karl Radek seit dem Moskauer Schauprozeß von 1937 bis weit in die 1960er Jahre hinein als „Unperson“, vgl. Goldbach, Vorwort, S.5. Zur Leitung des „International Propaganda Department of the Commissariat for Foreign Affairs“ durch Radek vgl. auch Tökés, S.61f., zur KPD in der Weimarer Republik die Hinweise bei Kolb, Literaturbericht (1994), S.523ff.

[1512] G.A. Maltzan, 27.3.1922, PA, R 23696.

[1513] Ebd.

Die aber von nun an beginnende Konzentration auf die zu gestaltenden politischen Fragen und Rahmenbedingungen im deutsch-russischen Verhältnis hatte weitreichende Folgen. Es folgte unmittelbar daran anschließend nunmehr die inhaltlich wichtigste Vorbereitungsphase für den deutsch-russischen Vertrag, der knapp drei Wochen später in Rapallo unterzeichnet werden sollte.
Offenbar wurden dabei zunächst einmal die bisher von deutscher und russischer Seite vorgelegten und erörterten Vorschläge zusammengefasst. Bei den Akten finden sich zwei Vertragsentwürfe, die kurz nach dem 27. März 1922 erstellt worden sein müssen. Beide Entwürfe tragen jeweils handschriftliche Korrekturen und Randvermerke Maltzans. Bei dem zeitlich späteren, zweiten Entwurf, der in der Akte vor den ersten Entwurf geheftet wurde, findet sich unter dem Punkt I. a) „Das Deutsche Reich und die R.S.F.S.R. verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden [...]“ am linken Rand der handschriftliche Randvermerk Maltzans mit dem Wortlaut „Erledigung Art. 116“ - ein klarer Hinweis, wie gravierend aus der Sicht Maltzans diese finanzielle Gefahr war und wog. Eine möglichst weit reichende Ausschaltung dieser Problematik blieb für ihn zudem offenkundig vor allem auch im Rahmen der seit Monaten kursierenden Gerüchte *das* zentrale Motiv, eine Einigung über die schwebenden finanziellen „Fragen der Vergangenheit“ als Grundvoraussetzung für eine volle Wiederherstellung und Neugestaltung der deutsch-russischen Beziehungen anzustreben.[1514] Vergleicht man diesen neueren Vertragsentwurf aber mit den oben zitierten „Punktationen“, die etwa am 17. Februar 1922 fixiert worden waren, so wurden nicht nur einige Veränderungen im Text selbst, sondern ebenso auch inhaltliche Erweiterungen durchgeführt. So war neben einer kleiner Wortlautänderung[1515] bei I. b) der zweite Satz weggefallen und mit I. c) ein neuer Abschnitt eingefügt worden. Dieser neue Unterartikel trug nunmehr den folgenden Wortlaut:

> „c) Die Verrechnung der der in Ar(tikel) (10) Abs.1 des Ergänzungsabkommens vom (6.5.)1921 erwähnten Beträge, sowie die (bei)derseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene bleibt vorbehalten. Für (den Fall,) dass sich ein Saldo zu Gunsten Deutschlands ergeben sollte, nehmen die b(eiden) Regierungen in Aussicht, dessen Ab(deckung) gegebenenfalls in Verbindung mit d(er) Frage der in Punkt 4 erwähnten Wie(der)aufbaufrage zu regeln.“

Des Weiteren fügte die neue Verhandlungsgrundlage noch einen gänzlich neu formulieren Artikel III. ein, der den alten Artikel in den „Punktationen“ ersetzte und sodann lautete:

> „III. Die Auseinandersetzung wegen der Rechtsfolgen, die sich aus der Anwendung der Gesetze der R.S.F.S.R. auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte sowie auf Rechte des Deutschen Reichs und der Länder gegen Russland, sowie aus den von der R.S.F.S.R. oder ihren Organen sonst gegen Reichsangehörige oder ihre Privatrechte getroffenen Maßnahmen ergeben, soll künftigen Verhandlungen vorbehalten bleiben. Jedoch sind die beiden Regierung schon jetzt darüber (einig), dass jeder Teil den

[1514] Diese undatierten Vertragsentwürfe können lt. Filmnummerierung im PA, R 23696 und unter der Voraussetzung, dass die chronologische Ordnung der Akte zuverlässig ist, kurz nach dem 27.3.1922 oder an diesem Tag entstanden sein (L 096723-9). Hierfür spricht m.E. die Tatsache, dass der Vertragsentwurf vom 17.2.1922 wesentlich kürzer und rudimentärer ist. Eine dagegen sprechende Paraphe am Schluss der Vorlage von der Hand Wirths wurde offenkundig fehlerhaft auf den 10. oder 14. Februar [Herv.d.Verf.] (1922) anstatt auf den 10. bzw. 14. April [Herv.d.Verf.] datiert. Der oben zitierte hschr. Randvermerk Maltzans „Erledigung Art. 116“ findet sich bei ebd. am rechten Rand auf der Seite mit der Filmnummer L 096723. In den ADAP finden sich zu dieser Frage keine Angaben.
[1515] Im Einleitungsteil heißt es im Vergleich zu der Version ca. vom 17.2.1922 nun „[...] geregelt wird“ an Stelle von „[...] stattzufinden hat.“

> anderen Teil (und) seine Angehörigen nicht schlechter behandeln wird als irgendeinen dritt(en) Staat und dessen Angehörige.“[1516]

Schließlich wurde als Erweiterung der bisherigen Verhandlungsgrundlage jetzt aber auch noch ein vierter Abschnitt vorformuliert, der zumindest in allgemein anmutender Sicht auf die wirtschaftspolitischen Fragen Bezug nahm und offenbar immer noch ein Abkommen der sowjetrussischen Seite mit der deutschen Industrie für möglich hielt. Der hier von Maltzan angeregte Wortlaut erfuhr jedoch von der Handschrift Rathenaus noch eine recht starke Abänderung, womit bei einem Blick auf die Originalquellen an dieser Stelle ebenfalls deutlich wird, dass sich sowohl Rathenau als auch Wirth an der Ausarbeitung der einzelnen Artikel des späteren Rapallo-Vertrages bis in den Wortlaut hinein beteiligten. Ursprünglich hatte Maltzan aber die folgende Fassung angeregt:

> „(IV.) Die beiden Regierungen werden ihre gegenseitigen wirtschaftlichen (Be)dürfnisse im Geiste wechselseitigen Entgegenkommens wohlwollend regeln (und vor) einer prinzipiellen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis w(e)rd(en) sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Insbesondere nimmt die Deutsche Regierung Kenntnis von dem der R.S.F.S.R. und einiger Privatfirm(en) abgeschlossenen Abkommen vom ..... (sic) (,) (sie) erklärt sich bereit, die in diesem Abkommen getroffene(n) Vereinbarungen n(ach) Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.“[1517]

Es war somit unverkennbar, dass Maltzan damit nach wie vor in Aussicht nahm, nach der jetzt zunächst einmal zu erreichenden Konkretisierung der politischen Vertragsverhandlungen auch den Faden für die wirtschaftspolitischen Gespräche zwischen der deutschen Industrie und der sowjetrussischen Regierung in Moskau zu einem Ergebnis zu führen.

Auch diese zweite Fassung des Entwurfes für einen deutsch-russischen Vertrages enthielt keine Bestimmungen, die über die finanziellen Sachfragen, die sich aus dem Kriegszustand und der Russischen Revolution zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrussland ergeben hatten, hinaus ging. Selbst die politische Frage, wann eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen durchgeführt werden solle, blieb noch unbestimmt. So heiß es auch in dem zeitlich späteren, zweiten Vorentwurf[1518] wie in den korrigierten Punktationen von Mitte Februar 1922, dass die Beziehungen „alsbald“ wieder aufgenommen werden sollen; „über den Zeitpunkt der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen“ würden sich beide Regierung dann noch verständigen. Im Gegensatz dazu hatte es im ersten Entwurf[1519] zunächst sogar noch geheißen, die Beziehungen sollten „sofort“ wieder aufgenommen werden.

Um das weitere Verhalten der Mächte und die daraus wiederum von Seiten Maltzans bzw. Rathenaus und Wirths resultierende Reaktion verstehen zu können, ist erneut die Frage zu sellen, wie man in

---

[1516] Zu diesem Absatz, der von Rathenau mit einem Doppelstrich am linken Rand hervorgehoben wurde und ihm daher offenbar wichtig erschien, notierte Maltzan am linken Rand hschr.: „Meistbegünstigung wegen aller nicht unter I a-c genannten Formulierungen“, Ebd. (PA, 23696), L 096725. Rechts daneben befindet sich die Paraphe Rathenaus, der hier zu Punkt „III.“ eine doppelte Anstreichung vornahm und in dem Satz, „die Auseinandersetzung wegen der Rechtsfolgen, die sich aus der Anwendung der Gesetze der R.S.F.S.R. auf deutsche Reichsangehörige (…)“ hinter „Gesetze“ hschr. ergänzte „und Maßnahmen“. Auch hier wird somit eine durchaus intensiv anmutende Auseinandersetzung Rathenaus mit den bisherigen Formulierungen des Vertragsentwurfs deutlich.

[1517] Ebd. L 096723-9. Siehe hierzu ADAP A, V, Nr. 279. Zum Inhalt der Punktationen siehe dort Anm. 3.

[1518] PA, R 23696, L 096723-26. Dieser Entwurf trägt auf der letzten Seite (L0967236) unten rechts die Paraphe Maltzans.

[1519] Ebd., Filmnummer L 096727-9.

Paris, Brüssel und London die gegenwärtigen Russland-politischen Vorgänge in Berlin wahrnahm. In Paris zeigte sich der „Temps“ bereits am 5. März 1922 unter der Überschrift „L´Allemagne et la Russie“ abermals über die deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen relativ genau informiert. Die hier daraus gezogenen Schlussfolgerungen wirkten allerdings recht gelassen: Mit offener Verächtlichkeit darüber, wie weit die Bolschewisten Russland wirtschaftlich in den Abgrund geführt hätten, stellte die offiziöse französische Zeitung fest, dass die sowjetrussische Regierung von internationaler Kapitalhilfe nun einmal abhängig sei. Man könne sich daher sicher sein, dass die sowjetrussischen Vertreter vor und während der Konferenz in Genua „bluffen“ würden.[1520]
Derartige Ansichten fanden sich auch in der diplomatischen Berichterstattung: Botschafter Laurent meldete mit Datum vom 6. März 1922 in Bezug auf einen Artikel im Lokal-Anzeiger, Radek habe sich bei seinem letzten Besuch in Berlin sogar schon erdreistet, mit gefälschten Vorverträgen den Abschluss eines französisch-russischen Vertrages zu suggerieren, um Druck auf Berlin auszuüben.[1521] Eine Meldung wie diejenige im Daily Telegraph unter dem 18. März 1922 hingegen, dass Deutschland und Russland eine erfolgversprechende Wiederbelebung ihrer Handelsbeziehungen in Aussicht nähmen, musste wiederum die alliierten Regierungen unter einen gewissen Handlungszwang setzen.[1522] Nach einem Bericht der deutschen Botschaft in Madrid seien auch in der dortigen Presselandschaft Gerüchte über einen angeblichen „deutsch-russischen Geheimvertrag“ aufgetaucht, der bereits am 18. April 1921 abgeschlossen worden sei.[1523]
Aus der Sicht der belgischen Diplomatie hingegen bemühte sich insbesondere Außenminister Rathenau seit Anfang des Monats um ein Einvernehmen mit den Alliierten auf Russland-politischem Gebiet: Botschafter della Faille berichtete am 3. März 1922, er habe mit dem deutschen Außenminister auch über das Thema Russland gesprochen. Rathenau befürworte - offenbar im Anschluss an ein am 25. Februar 1922 von Simson und Kempner in London ausgehandeltes Statut - weiterhin ein internationales Konsortium, allerdings mittlerweile ganz im Sinne Maltzans „à condition qu´il n´ait pas le caractère d´une entreprise destinée à exploiter la Russie comme une colonie.“ Um Russland politisch und wirtschaftlich wieder aufzubauen, werde man ohnehin viele Jahre und Jahrzehnte benötigen. Rathenau, so della Faille weiter, sei zudem davon überzeugt, dass die sowjetrussischen Vertreter in Genua letztlich doch wichtige und substantielle Konzessionen machen müssten.[1524] Darüber hinaus wies der belgische Botschafter in Berlin darauf hin, die deutsche

---

[1520] Ausschnitt in: ebd., R 31967. Im „Temps“ hieß es dazu im Wortlaut u.a.: „Mais pour jouer leur jeu [...] ils bluffent. Ils blufferont à Gênes, soyons-en sûrs. Ils se préparent à y jouer leur rôle. Ils veulent traiter d´égaux à égaux avec les autres nations. Ils s´efforceront, par leur insolence, de cacher leur faiblesse.“ Es heißt dann weiter auch: „Les solutions proposées par les Allemands sont nombreuses [Herv.d.Verf.]. Toutes ont un point commun: elles tendent à mettre la main définitivement sur la Russie et à payer les réparations auxquelles le Reich est astreint avec les bénéfices réalisés par la mise en valeur de l´empire soviétique. (…) Ce sont là les conditions à traiter avant de parler de la reconstruction de la Russie. Si nous le voulons, nous les imposerons aux bolchevistes. Il faut qu´ils sentent que leur pays est ruiné par leur faute, acculé à la misère, à la famine, pour qu´ils se rendent à Gênes renier leurs principes communistes, faire appel publiquement aux gouvernements capitalistes.“

[1521] Zum Verhalten Radeks siehe das Tel. Laurents, 6.3.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 349, 89. Auch Saint-Quentin meldete unter dem 27. März 1922 aus Berlin eindringlich nach Paris, „d´après des informations de bonne source, (Radek) joue plus imprudemment que jamais de l´amitié française pour faire pression sur la Wilhelmstrasse.“, Saint-Quentin an Paris, Tel. No. 583, 27.3.1922, ebd., 324, 176.

[1522] Ein Ausschnitt befindet sich bei: ebd., 144 mit der frz. Übersetzung bei ebd., 145-148 bzw. Saint-Aulaire an Poincaré, 18.3.1922, ebd.149. Über den Aufenthalt des Krupp-Direktors Wiedfeldt in London hatte der Daily Telegraph bereits am 4. März 1922 berichtet.

[1523] Langwerth an AA, 13.3.1922, ebd., 213.

[1524] Della Faille an Jaspar, 3.3.1922, BMAE, Correspondance Politique, Legations, Allemagne 12, Nr. 104 (No. 1606/643). Es heißt hier u.a. auch : « En ce qui concerne la reconnaissance des dettes russes d´avant guerre, M. Rathenau croit que les

Außenpolitik verfolge nicht die Absicht, die deutsch-belgischen Beziehungen oder auch das Verhältnis Deutschlands zu den Alliierten unnötig zu belasten.[1525] In einem weiteren Gespräch vom 17. März 1922 habe Rathenau abermals um eine verständigungsorientierte Erörterung der russischen Frage mit der Entente gebeten und dabei ausgeführt, schon die inhaltliche Komplexität dieser Problematik gebiete eine solche Haltung.[1526]

Die katastrophale wirtschaftliche Lage in Russland war unterdessen auch innerhalb der alliierten Diplomatie allseits bekannt.[1527] Die sowjetrussische Regierung wandte sich mittlerweile öffentlich mit einem „radiotélégramme“ an die Regierung in Paris: « Le message de Tchitcherine à Mr. Poincaré », so schrieb der belgische Botschafter in Paris, de Gaiffier, unter dem 20. März 1922 an Außenminister Jaspar, « est une des nombreuses tentatives auxquelles les soviets se livrent pour désarmer les préventions de la France, l´amener à les reconnaître et à collaborer avec eux. »[1528] In Berlin habe er hingegen die Mission, den deutschen Industriellen neue Angebote zu unterbreiten und mit der deutschen Regierung die unterbrochenen Verhandlungen fortzusetzen, « pour la conclusion d´arrangements relatifs aux relations entre les deux pays. »[1529] Und über diese Gespräche verfügte die britische Diplomatie noch über detailliertere Kenntnisse. So berichtete D'Abernon seiner Regierung nicht nur über Einzelheiten der von Maltzan und Radek diskutierten „Punktationen“, die er als „stipulations“ bezeichnete und die ihn in Artikel 1 und 3 an den „Turco-Ucrainian Treaty“ erinnerten. Bereits unter dem 1. März 1922 hatte er darüber hinaus betont, die sowjetrussische Seite hätte von den Deutschen gefordert, "that Germany should not conclude any agreement of a general character with another Power except after obtaining Russian assent".[1530] Dies habe die deutsche Regierung sofort zurückgewiesen. Jedoch warnte der britische Botschafter jetzt noch verstärkt davor, unnötigen Druck auf Berlin auszuüben[1531] - eine Mahnung, die in der Folgezeit zwar in London gehört, letztlich jedoch nur bedingt befolgt werden konnte. Um das weitere Handeln Maltzans und der deutschen Außenpolitik in der russischen Frage einordnen und verstehen zu können, ist deshalb

---

bolchévistes offriront d´en rembourser la valeur nominale en roubles dépréciés. Il y a là une manœuvre contre laquelle, me semble-t-il, il a y lieu de se mettre en garde. Dans ses relations économiques avec la Russie, l´Allemagne a réussi à y exporter des produits de son industrie pour des montants assez considérables [...] Ce mouvement est toujours relativement actif, mais a une tendance à ralentir. »

[1525] Ebd. Es heißt hier u.a.: « Le Ministre m´a assuré qu´aucune des négociations poursuivies par des maisons allemandes pour obtenir en Russie des concessions n´ont jusqu´à présent obtenue un résultat définitif. [...] En terminant l´entretien, M. Rathenau a vivement insisté pour que je ne néglige aucun effort pour persuader le Gouvernement du Roi de son sincère désir d´améliorer les rapports entre les deux pays [...] »

[1526] Ebd., Nr.127, hier Seite 5.

[1527] Zur katastrophalen Wirtschaftslage in Russland vgl. auch de Châteauneuf an Poincaré, 23.3.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 170, der hier darauf hinwies, Deutschland sei stark genug, um Russland zu helfen.

[1528] De Gaiffier an Jaspar, 20.3.1922, BMAE, Classement B35: URSS, Janvier-Mars 1922. Die Vorlage trägt die No. 3225/1507. In Bezug auf die französische Reaktion heißt es allerdings u.a.: „Au Quai d´Orsay, on n´a pas attaché à ce document une attention particulière parce qu´on regarde son auteur comme un des hommes les plus astucieux et les plus forbes du régime moscovite et qu´on pèse à sa juste valeur la sincérité de ses déclarations. » Vgl. dazu auch die Ausschnitte aus dem „Le Temps“, 19. März 1922 und aus dem „Journal“, 18. März 1922, bei PRO, FO 371/8186, 138-139.

[1529] Della Faille an Jaspar, 25.3.1922, BMAE, 10.991 (IV.). Die hier zu findende Kopie dieser Vorlage trägt einen Stempel mit der Nummer 16922.

Zur Perzeption der Anwesenheit Radeks in Berlin durch die belgische Diplomatie vgl. auch della Faille an Jaspar, 30.3.1922, ebd., Classement B35: URSS, Janvier-Mars 1922, der hier jedoch nur auf dessen Gespräche mit Stinnes eingeht.

[1530] D'Abernon an Curzon, No. 175, Confidential, 1.3.1922, PRO, FO 371/8208, 123.

[1531] Zu den dementsprechenden Berichten D'Abernons z.B. an Curzon seit spätestens dem 16. Januar 1922 vgl. zusammenfassend die entsprechenden Quellenverweise bei Conte, S.45f.

an dieser Stelle zunächst eine Skizze insbesondere auch der außenpolitischen Vorstellungen Lloyd Georges erforderlich.

7. Londoner Memorandum und „Nervenkrieg“ mit den alliierten Kontrollkommissionen

Bereits am 25. März 1919, wenige Tage nach dem „ungarischen Schock“, wie die Wirkung der Ausrufung der Räterepublik unter Belá Kuhn in Budapest auch genannt wurde[1532], hatte Lloyd George Grundsatzüberlegungen für die künftige britische Außenpolitik in seinem so genannten „Fontainebleau-Memorandum“[1533] zusammengefasst. Insbesondere verlieh er hierbei der Sorge Ausdruck, die deutsche Republik könne sich aufgrund der Härte der Friedensbedingungen dem Bolschewismus ergeben und seine industriellen und organisatorischen Kräfte revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen. Seit 1920 hatte der britische Premier aber nicht nur versucht, die französische Deutschlandpolitik zu mäßigen. Er strebte auch eine Änderung der von Paris aus geführten Politik gegenüber Moskau an, zumal er die „russische Frage“ mit der „deutschen Frage“ als „unauflöslich“ verbunden betrachtete und sein eigenes Russlandbild „viel weniger dogmatisch-ideologisch fixiert als pragmatisch auf das politisch Wünsch- und Machbare ausgerichtet“[1534] war.
Um der Russlandpolitik auf der geplanten Konferenz von Genua einen zentralen Stellenwert einräumen zu können, steuerte der britische Premier daher einen realpolitischen, „einen mittleren Kurs“[1535]. Allerdings hatte er, verärgert über die französische Haltung in dieser Frage, bereits im Februar 1922 festgestellt, es sei mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen, dass sich Italien mit England und Deutschland gegen den Willen Frankreichs zu einem gemeinsamen Abkommen mit Sowjetrussland veranlasst sähen.[1536] Um seinerseits Druck auf Paris auszuüben, sah er sich schließlich am 25. März 1922 veranlasst, seine Warnungen aus dem Fontainebleau-Memorandum zu wiederholen und dieses nun vollständig in der Presse zu veröffentlichen.[1537] Aus seiner Sicht war es darüber hinaus „dumm“, wenn man die politische Öffnung gegenüber Sowjetrussland nicht derart gestalten würde, dass Russland dabei wieder seinen Platz in der Gemeinschaft aller europäischen Nationen einnähme.[1538] Zudem lag aktive Russlandpolitik für Lloyd George, schon in Bezug auf die hochindustrialisierte und exportorientierte britische Wirtschaft, im nationalen Interesse.[1539] Während

---

[1532] Siehe dazu näher die Studie von Tökés.
[1533] Vgl. dazu Hildebrand, Das Deutsche Reich und die Sowjetunion, S.1, in Bezug ein inhaltlich ähnliches Schreiben des englischen Historikers James Headlam-Morley, Mitglied der britischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz 1919, vom 25. Juni 1919, sowie wDockrill/Goold, S.124 und Baumgart, Stresemann und England, S.92f.; Wendt, Lloyd George’s Fontainebleau-Memorandum. Eine „Kurzfassung“ wurde erstmalig am 31.3.1919 in der liberalen „Westminister Gazette“ in der Form eines Interviews mit einer „High British Authority“ veröffentlicht, ebd., S.42. Das „vielfach abgedruckte Schriftstück“ (vgl. ebd., S.27, Anm.2) ist in deutscher Übersetzung u.a. zu finden bei: Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Nr.58, S.156ff.
[1534] Wendt, Lloyd George’s Fontainebleau-Memorandum, S.36.
[1535] Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934-1939, S.294.
[1536] Lloyd George an Lord Derby, 18.2.1922, zit. nach Conte, S.57. Zur Aufz. Gregory´s vom 29.3.1922, ebd., S.59 mit Anm.61.
[1537] Vgl. Orde, British Policy, S.198 mwN. bei Anm.43; Conte, S.44f.; Hilger, S.83f. Zur britischen Furcht vor einer „reconciliation between Germany and Russia“ bereits im Jahre 1919 vgl. in Bezug auf Äußerungen Esmé Howards vom 24. April (1919) Dockrill/Goold, S.124. Hier heißt es u.a.: „A political entente between Germany and Russia is perhaps the greatest danger that threatens Europe and anything we can do to prevent it should be done now.“ Zu Stresemanns Haltung zum Fontainebleau-Memorandum vgl. Baumgart, Stresemann und England, S.92f.
[1538] Lloyd George an Chamberlain, 22.3.1922, zit. nach Conte, S.46.
[1539] Zit. nach ebd., S.55. Diese Haltung führte im britischen Kabinett allerdings zu schweren Auseinandersetzungen. Kolonialminister Churchill kündigte für den Fall der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der sowjetrussischen

im britischen Unterhaus über die Bedeutung der laufenden deutsch-russischen Verhandlungen in Berlin diskutiert wurde[1540], warnte Poincaré am 30. März 1922 London allerdings vor einer einseitigen völkerrechtlichen Anerkennung der sowjetrussischen Regierung. Er kündigte für diesen Fall den sofortigen Abzug der französischen Vertreter von der Konferenz von Genua an. Darüber war wiederum Lloyd George außer sich vor Wut.[1541]

Trotz der deutlichen britisch-französischen Divergenzen in der Frage, wie in der russischen Frage vorzugehen war, gab es - und dies sollte für das Handeln Maltzans bzw. der frühen Weimarer Russlandpolitik vor und während der Konferenz von Genua letzten Endes höchste Relevanz beanspruchen - auf diesem Gebiet bereits seit geraumer Zeit eine gemeinsame Initiative: Zeitlich parallel zu den laufenden deutsch-russischen Verhandlungen in Berlin waren von britischer Seite diesbezüglich bereits unter dem 8. März 1922 erste Vorschläge geheim an Giannini und Seydoux übermittelt worden.[1542] Ein Beratungsgremium von britischen, französischen, belgischen, italienischen und japanischen Experten unter dem Vorsitz des Briten Sydney Chapman wurde ins Leben gerufen. Mit Datum vom 18. März 1922 erteilte Poincaré seinem Verhandlungsführer Seydoux weitere Instruktionen.[1543]

Nach und nach blieb diese neue Entwicklung in der alliierten Russlandpolitik ebenso der Öffentlichkeit nicht verborgen. So widmete der „Temps“ der Tätigkeit der damit einhergehenden Tätigkeit der französischen Sachverständigen in London am 19. März 1922 einen Leitartikel.[1544] Und auch das Ergebnis dieser interalliierten Zusammenkunft, das so genannte „Londoner Expertenmemorandum“, blieb nicht etwa unbekannt. Es wurde unter anderem in der März/April 1922-Ausgabe der „Commission Générale pour la Protection des Intérêts Français en Russie“ im Wortlaut Punkt für Punkt veröffentlicht und war damit bereits vor der Genueser Konferenz jedermann zugänglich.[1545] Dies entsprach allerdings nicht dem Wunsch der französischen Seite: Verhandlungsführer Seydoux hatte sich bereits seit dem 17. März 1922 bei Poincaré darüber beklagt, dass der ursprünglich geheim zu haltende Vorbericht der englischen Experten „a été communiqué de

---

Regierung durch London nicht nur seinen Widerstand, sondern auch seinen Rücktritt an, vgl. dazu die entsprechenden Ausführungen und Quellenfunde bei ebd., S.46, S.48f., S.53.

[1540] Vgl. die entsprechenden Ausschnitte und hschr. Bemerkungen bei PRO, FO 371/8213, 133-134. So stellte zum Beispiel der Abgeordnete Alfred T. Davies am 30. März 1922 im Parlament die Frage, ob sich die britische Regierung denn darüber bewußt sei, „that negotiations have been proceeding between Germany and Soviet Government of Russia with a view to the resumption of mutual private trading and German recognition of the Soviet government; and whether representations have been made to Germany on the subject by His Majesty´s Government.” Der “Under Secretary of State for Foreign Affairs”, Harmsworth, antwortete demnach unter nachträglich erkennbarer Zustimmung des Leiters der Russlandabteilung im Foreign Office, Gregory, er habe “no official information respecting the first part of the question” - was in Bezug auf die Berichterstattung D’Abernons unzutreffend war. “The answer to the last part”, so führte er aus, sei “in the negative.” Die Fehldeutung des anfragenden Unterhaus-Abgeordneten wurde somit nicht ausgeräumt. Denn Harmsworth hätte bei seiner Antwort zumindest darauf hinweisen müssen, dass doch die Anerkennung der sowjetrussischen Regierung durch Deutschland bereits seit dem März 1918 mit dem Vertrag von Brest-Litowsk vollzogen worden sei. Auch dies war letztlich ein Ausweis dafür, dass Verdachtsmomente gegen die frühe Weimarer Russlandpolitik mittlerweile auch in London recht merkwürdige, von den britischen Verantwortlichen kaum korrigierte Züge annahmen.

[1541] Vgl. Conte, S.56 mwN. Demnach habe Lloyd George geäußert, er habe gegenüber Frankreich ohnehin schon zu viele Konzessionen gemacht. Unter der Androhung des eigenen Rücktritts verfestigte sich bei ihm der politische Wille, die Integration Russlands „comme une égale (…) dans la vie politique et économique du continent“ weiterhin voranzutreiben.

[1542] Siehe dazu ein von Moncheur unter dem 15. März 1922 an Jaspar versandtes geheimes „Summary of suggestions for articles of agreement to from the basis of a (economic and financial) Russian treaty” bei BMAE, 10.991 (III.).

[1543] Hierzu die Schriftstücke bei MAE, Relations Commerciales, B82, 115, 34ff.

[1544] Vgl. Mayer an AA, 20.3.1922, PA, R 23700, ein Ausschnitt aus dem „Bulletin du Jour“ vom 19.3.1922 bei 010. Zur Meldung, Sedoux habe strikte Weisung, das Memorandum zunächst nicht zu unterzeichnen, vgl. Tel. Mayer Nr. 246, 31.3.1922 (Abschrift), PA, R 23707. Auf der Rückseite finden sich hschr. Notizen Maltzans.

[1545] Siehe dazu ein Exemplar bei MAE, Relations Commerciales, B82, 94, 126ff.

différents côtes, notamment aux Allemands“. Seydoux selbst empfahl Regierungschef Poincaré nicht zuletzt deshalb, Paris müsse nun Farbe bekennen und eine konstruktive eigene Position formulieren und einbringen. Wenn Frankreich wieder bei der Politik « vis-à-vis la Russie » in passiver Weise abwarte, dann würde man riskieren, auf der Konferenz in Genua die gleiche, unbefriedigende Rolle einzunehmen, die Frankreich auf der Konferenz von Washington im Dezember 1921 zuteil geworden wäre. Der französische Verhandlungsführer mahnte deshalb dringend eine Änderung der französischen Russlandpolitik an:

> « La Russie est l´ancienne alliée de la France. Elle a versé dans la guerre beaucoup de sang que la plupart des autres pays ; elle a subi à ce moment un choc matériel et moral tel que tout son organisme en a été bouleversé, puis détruit. Il n´en est pas moins vrai que la Russie contient des ressources incalculables, une population nombreuse, et que si nous ne nous occupons pas d´elle, il viendra un jour où elle deviendra la proie de l´Allemagne, ce qui est le plus grand danger que nous puissions avoir à redouter dans l´avenir. »[1546]

Damit war in der französischen Haltung gegenüber der revolutionären Regierung in Moskau ein neues Kapitel aufgeschlagen worden.

Unterdessen wurde der Inhalt des Londoner Memorandums in der Wilhelmstraße analysiert. Das Justitiariat hob im Hinblick auf alliierte Schadensersatzforderungen gegenüber Russland hervor, die in dem Memorandum anvisierte Gegenseitigkeitsklausel könne insbesondere „für Deutschland sehr bedenklich werden, da sie die Frage des Ersatzes der Kriegssch(ä)den an Russland“ aufrolle.[1547] Und der Russland gemäß dem Versailler Vertag vorbehaltende Reparationsanspruch gegen Deutschland war in dem Gutachten sogar ausdrücklich hervorgehoben worden. In „Part I – Russia, Section II – Conditions under which foreign enterprise and capital can be enlisted fort he restoration of Russia“ waren dort unter anderem folgende Artikel formuliert worden:

> “Article 1
> The Russian Soviet Government shall accept the financial obligations of its predecessors, viz., the Imperial Russian Government and the Russian Provisional Government, towards foreign Powers and their nationals. [...]
>
> Article 5
> All inter-governmental debts liabilities and obligations of every sort which arose between the Russian Government on the one hand and a foreign Government of the other hand after the 1st August, 1914, shall be considered to be completely discharged by the payment of the net sums laid down in a schedule to be agreed.
>
> Article 6
> Without prejudice to the provisions of article 116 of the Treaty of Versailles, the net sums fixed under article 5 shall take into account all claims by Russian nationals for

[1546] Vgl. die Note Seydouxs für Poincaré unter dem Titel « Conférences de Londres et de Gênes. Politique de la France », 17.3.1922, ebd., Papiers d´Agents, Seydoux, 25, 51-52, 52. Zur ausführlichen Auseinandersetzung Seydouxs mit dem Londoner Memorandum in seiner Endfassung vgl. Seydoux an Poincaré, 30.3.1922, ebd., 53ff.

[1547] Aufz. Gaus, 30.3.1922, PA, R 23701, 039-40. Siehe zum „englischen Entwurf einer Auseinandersetzung mit Sowjetrussland in Genua“ ferner die Aufz. von Hauschild, 24.3.1922, ebd., 041ff. Zur amtlichen deutschen Übersetzung und zur französischen Fassung des Londoner Expertenmemorandums vgl. Material über die Konferenz von Genua, S.26ff., Artikel 1, 5 und 6 bei S.30ff. Eine „streng vertrauliche“ deutsche Übersetzung findet sich auch im Nachlass von Hugo Stinnes, ACDP, I-220-19/3, hier unter dem Titel „Vorbereitungen für die Konferenz von Genua“.

> loss or damage arising directly from hostile military or naval operations, or from other operations of a similar nature and any other claims specified at the time of the adoption of the schedule referred to in article 5."[1548]

Der Inhalt des Memorandums konzentrierte sich in Bezug auf die deutsche Interessen berührenden Punkte also darin, dass Artikel 5 sämtliche Ansprüche gegen Russland, die nach dem Eintritt des Kriegszustandes zwischen Russland und Deutschland (1.8.1914) entstanden waren, in einer Gesamtsumme zusammenfasste, die noch im einzelnen bestimmt werden sollte. Da Deutschland nicht als Verhandlungs- oder Vertragspartner vorgesehen war, nahm man also in Aussicht, damit möglicherweise einen Vertrag zu Lasten eines Dritten, des Deutschen Reiches, abzuschließen. Nach Artikel 6 des Memorandums aber sollte diese von den Alliierten noch konkret auszuarbeitende Forderungsliste nunmehr darüber hinaus in einer direkten Beziehung „zu den Bestimmungen des Artikels 116 VV" stehen, womit wiederum vor allem der dortige dritte Absatz - der Vorbehalt von Reparationsansprüchen Russlands gegen Deutschland - gemeint war. Aus deutscher Sicht hieß es daher später zu diesem Punkt, insbesondere dieser Artikel habe gezeigt, „wie weit die übrigen alliierten Regierungen bereit waren", dem französischen Vorschlag vom 25. November 1920 zu folgen, nach dem „für die Verrechnung der russischen Forderungen die Bestimmungen des Artikels 116 ebenfalls ausdrücklich aufrecht erhalten" wurden.[1549]

Diese Interpretation war allerdings nur zum Teil berechtigt: Zunächst ist erkennbar, dass die Kombination beider Artikel der sowjetrussischen Seite die Zustimmung zum Londoner Memorandum erleichtern sollte. Über Artikel 116 Abs. 3 VV konnte Moskau seinen Reparationsanspruch gegen Deutschland einbringen und mit der Gesamtsumme der nach dem 1. August 1914 entstandenen deutschen Ansprüche verrechnen. Im Ergebnis fungierten Artikel 5 und 6 Londoner Memorandum somit als Anreiz zur Annahme von Artikel 1 Londoner Memorandum, dem gemäß die sowjetrussische Regierung sämtliche Vorkriegsschulden des russischen Staates zu tragen hatte. Damit schienen zum einen die alliierten Ansprüche, die sich ausschließlich auf die Vorkriegsschulden Russlands bezogen, gesichert werden zu können. Zum anderen sollte für Sowjetrussland die sich aus der Anerkennung der zaristischen Vorkriegsschulden ergebende Last durch Reparationsansprüche gegen Deutschland zu einem erheblichen Teil erleichtert werden. Nach dem Vorschlag des Gutachtens hätte sich damit eine Realisierung von Artikel 116 Abs. 3 VV also für beide potentiellen Vertragsparteien des Londoner Memorandums - die Ententemächte einerseits und Sowjetrussland andererseits - vorteilhaft ausgewirkt. Im Übrigen lag die deutsche zustimmende Willenserklärung dafür ja mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages bereits vor.

[1548] DBFP 1919-1939, First Series, Vol. XIX, Nr. 56, hier S.257 und Appendix to No. 56, hier S.261f. Siehe auch PRO, FO 371/8186, 228-234f. (Russia, Secret and Confidential) bzw. die belgischen Genua-Akten bei BMAE, 10.991 (III.). Bei ebd. (III.) und (IV.) befinden sich zudem auch die verschiedenen Vorentwürfe des Memorandums in französischer Sprache sowie mit Datum vom 28. März zwei gedruckte Abschlussexemplare mit der Klassifizierung „Confidential" und „Secret and Confidential". Siehe in diesem Zusammenhang auch die Schreiben des Expertengremiums an Jaspar vom 20., 21., 22. (2x), 23. (2x), 24. (2x), 25., 27. und 28. (Abschlussbericht) März 1920, ebd. (III.) bzw. (IV.). Die bei ebd. (III.) zu findenden offiziellen italienischen Konferenz-Broschüren zeigen, dass das Londoner Memorandum nachfolgend in einer gedruckten Fassung auch allen anderen Teilnehmerstaaten der Konferenz von Genua zugänglich gemacht wurde.
Siehe zu den Berichten der französischen Experten in London die entsprechenden Dokumente bei MAE, Relations Commerciales, B 82, 115; der Abschlussbericht von Seydoux bei, ebd., 139ff. Die Akte zeigt nachdrücklich auf, wie intensiv das Londoner Expertenmemorandum auch auf französischer Seite erörtert wurde. Zum Abschlussbericht der englischen Experten vgl. hingegen PRO, FO 371/8187, 4ff.

[1549] Entwurf eines Gesetz über den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo, 13.6.1922, PA, R 28278k, 315-318 (D 552576-79), hier 317.

Die große Bedeutung der Empfehlungen des Sachverständigengutachtens war offenkundig. Deutlich trat zu Tage, dass Deutschland demnach nicht nur „nicht als gleichberechtigter Partner in Abmachungen zwischen den Alliierten und Russland zu figurieren“[1550] vorgesehen war. Mehr noch: Der von den alliierten Experten angestrebte Vertrag mit Moskau sollte zu einem beträchtlichen Teil auf deutsche Kosten zustande kommen. Ihr Votum stellte damit einen nur vordergründig verklausulierten Vorschlag dar, Sowjetrussland in das Versailler Schuldner- und Gläubigersystem auf Seiten der alliierten Mächte einzubinden.

Maltzan sah sich durch das Londoner Memorandum in seinen bereits zuvor mehrfach geäußerten Befürchtungen über die finanziellen und politischen Gefahren aus Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV bestätigt. Aus seiner Sicht erhöhte sich der Dringlichkeits- und Bedeutungsgrad der von ihm in Berlin geführten Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern. Es war zudem bereits absehbar, dass der Ministerialdirektor einem Vorgehen der alliierten Mächte in Genua, das auf einen Vertrag zwischen den Ententemächten und Russland auf der Basis des Londoner Memorandums hinauslief, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten musste. Die seinerseits ausgearbeiteten Vorentwürfe für einen deutsch-russischen Vertrag potenzierten jedenfalls ab sofort ihre Verhandlungsfunktion und nahmen deutlich an politischem Gewicht zu. Zum einen boten sie der deutschen Außenpolitik die Option, das deutsch-russische Verhältnis im Hinblick auf die schwebenden finanziellen Fragen der Vergangenheit und die Bedingungen für eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen auf eine aus deutscher Sicht selbst gewählte Basis gestellt werden. Zum anderen nahmen sie im Zusammenhang mit dem Londoner Memorandum nunmehr verstärkt den Charakter einer reaktiven Grundhaltung, in gewisser Hinsicht auch einer rechtlich-politischen Präventivmaßnahme an. Daraus folgte allerdings zugleich, dass die vorbereitete deutsch-russische Vereinbarung zeitlich unbedingt *vor* einer eventuell zustande kommenden Verständigung zwischen Moskau und den Alliierten auf der Basis des Londoner Memorandums vertraglich umgesetzt und realisiert werden musste.

Im März 1922 aber gewann darüber hinaus noch eine weitere Entwicklung an immer stärkerer Bedeutung. Denn „bis zum letzten Nervenverbrauch“ litt die deutsche Außenpolitik „unter den Hagelschauern des täglichen Notensegens aus dem Westen“.[1551] Und die Intensität der diesbezüglichen Konflikte mit den führenden Ententemächten nahm weiter zu: „Das deutsche Schicksal drängt sich vorerst immer mehr in der Finanzfrage zusammen“ - so hatte Ernst Troeltsch bereits unter dem 4. März 1922 einen seiner „in Avenarius ‚Kunstwart’“ erscheinenden „Spectator-Briefe“ mit dem Titel „Die politische Abschnürung Deutschlands“ eingeleitet und damit die Grundsituation der Weimarer Republik insgesamt markiert.[1552] Außenminister Rathenau befand sich mittlerweile „in einem zähen Nervenkrieg mit der Interalliierten Militärkontrollkommission“, insbesondere mit dem französischen General Nollet.[1553] Der nach D’Abernon „vielleicht bestinformierte Vertreter einer fremden Macht in Berlin“, der tschechoslowakische Gesandte in

---

[1550] Pogge von Strandmann, Rapallo und die Legende, S.78.
[1551] Asecretis, 1923, S.31.
[1552] Ernst Troeltsch, Spectator-Briefe, S.259.
[1553] Vgl. D’Abernon, Bd. I, S.296, S.298f., S.308f., S.311, S.313f. Siehe dazu später auch ein Schreiben Geßlers an das Auswärtige Amt vom 31. März 1922, ADAP A XI, Nr. 46, Anm.8.
Zu General Nollett vgl. auch D’Abernon, Bd. I, S.337f. Zur Perspektive Nollets hingegen vgl. Nollet, Une expérience de désarmément; zur Historiographie über die alliierte Militärkontrollpolitik siehe u.a. Heideking, Vom Versailler Vertrag; Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle.

Berlin, Tusar[1554], bezeichnete die französische Politik am 21. März 1922 sogar als „vollkommen wahnsinnig“. Er verlieh seiner Sorge Ausdruck, dass „aus einem eventuellen Zusammenbruch“ der jetzigen deutschen Führung möglicherweise eine kommunistische „Arbeiterregierung“ hervorgehen könne, die ohnehin „sofort alle Reparationszahlungen einstellen würde.“[1555] Schließlich verstärkte die Absage der Vereinigten Staaten, an der Konferenz in Genua teilzunehmen[1556], das auf deutscher Seite bereits recht ausgeprägte Gefühl, auch dort isoliert zu sein. Die zuvor insbesondere Rathenau zugeordnete Hoffnung auf amerikanische Hilfe wurde nach der Berichterstattung des belgischen Botschafters von der konservativen Presse in Deutschland verhöhnt.[1557]

Auch aus der Perspektive Maltzans war die amerikanische Absage beklagenswert. Denn aus Washington hatte man in Berlin zuvor eine gewisse Akzeptanz für die deutsche Russlandpolitik vernehmen können. Nach einem Bericht Langs vom 13. März 1922 hielt es das State Department - freilich unter Ablehnung möglicher deutscher Monopolbestrebungen - schon aufgrund der „geographischen Lage“ Deutschlands für „nur natürlich“, dass sich die Weimarer Republik darum bemühte, „Wirtschaftsbeziehungen zu Russland zu beleben“.[1558] Der Ministerialdirektor sollte daran anschließend aber trotzdem empfehlen, zumindest eine deutsche „Zusammenarbeit mit Amerika in Russland“ wenn möglich nun erst recht zu fördern.[1559] Das war nicht verwunderlich, hatte doch zwei Tage zuvor ein weiterer Vorgang zu tiefen Enttäuschungen und Desillusionierungen über die alliierte Deutschlandpolitik geführt: Die Reparationskommission forderte in ihren Noten vom 21. März 1922, Deutschland müsse aufgrund des Kursverfalls der Papiermark „neue Steuern in Höhe von 60 Milliarden erheben“[1560]. Dies wurde daraufhin von allen Kreisen der öffentlichen Meinung in Deutschland vehement abgelehnt.[1561]

[1554] Vgl. Fischer, Zwischen Wilhelmstraße und Bellevue, S.160.

[1555] D’Abernon, Bd.I, S.315. Es heißt aus der Sicht D’Abernons dazu u.a.: “Ich führe diese Auffassung an, ohne zu ihr Stellung zu nehmen, da mir diese Beobachtungen eines so ausgezeichneten Kenners der deutschen Lage bedeutungsvoll erscheinen.”

[1556] Vgl. dazu stellvertretend Schwabe, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert sowie ders., Die Vereinigten Staaten und die Weimarer Republik.

[1557] Siehe della Faille an Jaspar, 10.3.1922, BMAE, 10.991 (III.). Die Vorlage trägt am rechten Rand die mschr. Nummerierung PI: 1857/718.

[1558] Lang an AA, 13.3.1922, PA, R 31967. Die Vorlage trägt am rechten Rand die Paraphe Maltzans. Siehe auch Schulthess 1922, S. 266 sowie die WTB-Meldung in der DAZ Nr. 116 vom 9. März 1922. Vgl. zur Entwicklung der amerikanische Absage, mit einer eigenen Delegation an der Konferenz von Genua teilzunehmen, die entsprechenden Dokumente bei FRUS 1922, Vol. I, S.384ff. sowie das Tel. Cartiers No. 13, 27.1.1922 an das belgische Kabinett, BMAE, 10.991 (I.-II.). Zum „Soviet Bureau“ in New York City seit Januar 1919, mit dem die sowjetrussische Außenpolitik über eine Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zu einer formalen de jure Anerkennung durch Washington gelangen wollte, vgl. den Beitrag von Pfannestiel.

[1559] Mit Datum vom 23. März 1922 findet sich bei den Akten ein Telegramm an die Deutsche Botschaft in Washington, dass wohl von Maltzan für Staatssekretär Simson erstellt wurde. Es wurde darin verfügt, „bitte nachdrücklich alle Behauptungen betreffend angebliche Monopolbestrebungen“ Deutschlands in Russland zu dementieren. Es sei dabei des Weiteren zu betonen - wie es der Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 26. Januar getan habe - , dass die deutsche Regierung jederzeit eine „Beteiligung ausländischer Gruppen an deutschen Plänen im Einvernehmen mit Russland begrüssen und fördern“ würde. Dabei wünsche sich Deutschland „insbesondere (eine) Zusammenarbeit mit Amerika in Russland“. Auch die sog. „Stinnes-Pläne“ stimmten mit diesen Gesichtspunkten überein, Tel. Nr. 34, 23.3.1922, PA, R 31967. Die Vorlage trägt zahlreiche Paraphen mit und ohne Datum und wurde offenbar am 25. März von Maltzan hschr. an Rathenau und zum Abgang verwiesen.

[1560] Siehe dazu Aktenstücke zur Reparationsfrage, S.162ff.

[1561] Vgl. ADAP A VI, Nr. 26; D’Abernon, Bd.1, S.316f. Zur Kritik D’Abernons an der Deutschlandpolitik der Alliierten heißt es hier u.a.: “Es ist anscheinend der Reparationskommission nicht eingefallen, die Forderung nach einer Erhöhung des Kursniveaus zu stellen […] Es ist ganz unmöglich, die Entwertung durch eine Erhöhung der Steuern auszugleichen. Die Forderung erinnert stark an die Katze, die sich in den Schwanz beißt. Sollte die Entente versuchen, eine solche Politik mit Drohungen aufzuzwingen, würde sie sich bloß verhasst und lächerlich machen.“ Trotz einiger vernünftiger Ansätze sei die ganze Note „noch dabei in einem Ton gehalten, der hier die heftigste Opposition hervorrufen musste.“

Die politische und psychologische Wirkung dieser alliierten Forderungen hatte großes Gewicht: Dem Ministerialdirektor der ‚Westabteilung' im Auswärtigen Amt fiel es, „soweit England in Frage kommt", in Bezug auf diese Entscheidung der Reparationskommission nur noch „sehr schwer, Verständnis für die englische Haltung aufzubringen". Carl von Schubert bekannte im Rahmen seiner persönlichen Enttäuschung und Unzufriedenheit über die alliierte Deutschlandpolitik offen, dass er sich von London abermals mit vordergründigen Versprechungen getäuscht fühle. Dies betraf aus seiner Sicht nunmehr auch die von den alliierten Experten vorformulierte Russland-politische Position der Großen Mächte, die er für die deutschen Interessen jetzt deutlicher als zuvor als höchst gefährlich erkannte:

> „Was sollen wir eigentlich jetzt noch in Genua? Es ist uns immer vorgemacht worden, dass die Beratungen zwischen den französischen, englischen usw. Sachverständigen für Genua in London keine allzu grosse Bedeutung hätten. Das scheint mir aber doch eine recht gewagte und irreführende Behauptung zu sein. Denn wenn man jetzt in der Zeitung liest, was die guten Leute in London alles über ihre Pläne gegenüber Russland festsetzen, so muss man sich doch sagen, dass solche Abmachungen auf eine festgefügte vorherige Verabredung unter der Entente hinauslaufen. Danach scheint eben doch die Entente die Absicht zu haben, mit einem festen gegenseitig vereinbarten Programm nach Genua zu gehen, das uns dann freundlicherweise zur Kenntnis vorgelegt wird. Und da frage ich mich wieder, was sollen wir dann eigentlich noch in Genua, ohne befürchten zu müssen, eine ganz klägliche Rolle zu spielen?"[1562]

Auch diese Äußerung aus der Feder Schuberts stellte deutlich heraus, dass sich die deutsche Seite bereits in den Wochen vor der Konferenz von Genua durch das alliierte Verhalten bedrängt, ja bedroht und abermals überrollt fühlte. Hierin unterschied sich die Wahrnehmung Ministerialdirektor Maltzans als Leiter der Ostabteilung offenkundig nicht wesentlich von denjenigen seine Kollegen in der Westabteilung. Dessen Äußerung scheint für die Stimmung im Auswärtigen Amt weithin repräsentativ zu sein: In den Führungskreisen der frühen Weimarer Außenpolitik wuchs die Sorge, auf der bevorstehenden Konferenz in Genua erneut zu einer Objektrolle degradiert zu werden.

In Berlin formierte sich daraufhin eine kollektive Gegenreaktion. Am gleichen Tag, an dem Radek Maltzan die Gesprächsbereitschaft Tschitscherins zu einem politischen Abkommen signalisierte, baten Wirth und Rathenau bei den Ministerpräsidenten der deutschen Länder um Zustimmung und Unterstützung für eine Regierungserklärung, die Widerstand gegen die neusten alliierten Forderungen anmeldete.[1563] Am 28. März 1922 beantwortete Wirth im Reichstag die Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 und ihr Begleitschreiben mit einem klaren „Nein". Als sachlich unmöglich wurde die Forderung der Alliierten, die deutsche Regierung solle im Umfang von 60 Milliarden Reichsmark neue Steuern erheben, abgelehnt. Allerdings bekräftigte der Reichskanzler auch, die deutsche Erfüllungspolitik werde weiterhin bis an die „Grenze des Möglichen" fortgesetzt. Er äußerte die Hoffnung, dass die Konferenz von Genua „der Erkenntnis zum Siege verhelfen" möge, dass der Wiederaufbau Mitteleuropas und Russlands ohne eine gleichzeitige wirtschaftliche Gesundung Deutschlands unmöglich sei.[1564]

[1562] Schubert an Sthamer, 27.3.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.8.

[1563] Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.170 (in Bezug auf BAK, R 43 I, Nr. 26, Protokoll der Besprechung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 27. März 1922).

[1564] Zit. nach ebd., S.168 in Bezug auf Verhandlungen des Reichstages, Bd.353, S.6613ff. Zur Reichstagsrede von Wirth, „in der er mit auffallender Schärfe gegen die Reparationskommission auftrat", vgl. auch Bergmann, S.154, der die Rede allerdings auf den 30. März 1922 datiert. Siehe zum reparationspolitischen Kontext ausführlicher u.a. Erdmann,

Im Rahmen dieser nationalen Abwehrhaltung in Deutschland erhoben sich nachfolgend noch andere Stimmen mit beachtlichem außenpolitischen Gewicht: Gustav Stresemann distanzierte sich als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses „nun deutlicher als bisher von der Erfüllungspolitik". Er vertrat in seinem Beitrag im Reichstag am 29. März 1922 die Ansicht, eine Erfüllungspolitik „in dem bisherigen Ausmaß" sei unvereinbar mit einer Gesundung Deutschlands, da die deutschen Leistungen „an die Substanz" gehen würden. Rathenau, der angeblich den Entwurf für die Rede Wirths verfasst hatte[1565], führte in der gleichen Reichstagsdebatte mit einer „entrüsteten Rede" diese Klage der Weimarer Außenpolitik über die stetige Zurückweisung ihrer verständnisorientierten Haltung durch die Ententemächte seinerseits fort. Nach seiner Auffassung spielten sich gegenwärtig „erhebliche gefährliche Irrtümer" „in der politischen Mentalität des Auslandes" ab, die sich in den Schlagworten „Deutschland hat nichts bezahlt und will nichts zahlen" und „Deutschland hat nicht entwaffnet und will nicht entwaffnen" verfestigt hätten. „Noch immer", so resümierte der deutsche Außenminister, herrsche eben „ein tiefes Mißtrauen zwischen den Völkern", „gesteigert oftmals bis zur Feindseligkeit des Wortes und der Handlung". [1566]

Rathenau ging in seiner Rede aber noch weiter. Er erklärte, ein internationales Syndikat scheine ihm nunmehr nur noch bedingt der beste Weg zu sein, Russland wieder aufzubauen. Fest stehe in jedem Fall, dass sich die deutsche Außenpolitik nicht in der Rolle eines Kolonisten betätigen wolle, womit der Außenminister indirekt zugleich eine vehemente Kritik an der von den alliierten Experten in London formulierten Russland-politischen Position vortrug. Das war an sich schon eine bemerkenswerte Haltung. „In Anknüpfung an die Ausführungen des Herrn Dr. Stresemann" und trotz der allseits bekannten „grandiosen Unzuverlässigkeit"[1567] der sowjetrussischen Vertreter verwies Rathenau unter zustimmenden Äußerungen aus dem Plenum jetzt aber vor aller Welt darauf hin, dass

> „das Wesentliche unserer Aufbauarbeiten zwischen uns und Russland selbst zu besprechen sein (wird). Solche Besprechungen haben stattgefunden und werden weiter stattfinden, und ich werde sie mit allen Mitteln fördern."[1568]

Unzweifelhaft ist, dass Ministerialdirektor Maltzan für die laufenden und weiteren Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern sowohl in formaler wie in inhaltlicher Hinsicht die Zustimmung Rathenaus besaß und der Außenminister auch nachfolgend in diese Gespräche in direkter Weise eingebunden wurde. Nicht nur auf der Ebene der Reparationsproblematik, sondern auch in einigen anderen außenpolitischen Sachgebieten war Rathenau damit bereit, die deutsche Republik aus Selbsterhaltungsgründen eine offensivere Haltung einzunehmen, auch wenn diese, wie er sich ausdrückte, möglicherweise an das Verhalten „unartiger Kinder" erinnern könnte. Und gegenüber Ministerialdirektor Schubert hatte er bereits Mitte März 1922 erklärt, schon aus innenpolitischen Gründen müsse endlich gezeigt werden, dass die deutsche Stellung „so schwach" nicht sei. Nach Schubert habe Rathenau hervorgehoben, „dass wir zu Grunde gehen würden, wenn wir nicht jetzt

---

Deutschland, Rapallo und der Westen, S.108f.

[1565] Vgl. Bergmann, S.155.

[1566] Verhandlungen des Reichstags, Bd.354, S.6651; Ursachen und Folgen, Bd.4, Nr.976e, S.394.

[1567] D'Abernon, Bd.1, S.298.

[1568] Zit. nach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.190 (in Bezug auf die Debatte vom 29. März 1922, RT, Bd.354, S.6655), vgl. auch Rosenbaum, S.28 mit Anm.59. Zur angeblichen Abneigung Millerands gegenüber Russland, der als eigentlicher „Urheber der französischen Sabotageversuche gegen Genua" zu bezeichnen sei, siehe das Schreiben des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung an Maltzan vom 4.4.1922, PA, R 23700, 006f.

aktiv vorgingen“. Er sei von der Richtigkeit dieses Standpunkts überzeugt, aber nichtsdestotrotz „für jede andere gute Idee zugänglich“.[1569]

Seine grundlegende verständigungspolitische Haltung gegenüber den Alliierten gab der deutsche Außenminister allerdings keineswegs auf. In einer Kabinettssitzung am 31. März 1922 betonte er nachdrücklich, die deutsche Politik und Öffentlichkeit dürfe sich nicht „zuviel von der Konferenz [...] erhoffen“. Es bliebe Deutschland gegenwärtig nichts anderes übrig, als immer wieder zu erkennen geben, „dass wir bereit seien, uns für den Wiederaufbau der Welt zur Verfügung zu stellen“. Im Rahmen dieser Grundlinie müsse sich die deutsche Genua-Delegation daher „in der äußeren Aufmachung starker Zurückhaltung befleissigen“.[1570]

In Paris fanden derartige Modifikationen Rathenaus allerdings kein Gehör: Schon einen Tag nach der Reichstagsrede Wirths drohte Finanzminister de Lasteyrie am 29. März 1922 im französischen Senat, wenn die deutsche Republik nicht zahlen wolle, werde man sie eben dazu zwingen.[1571] Bergmann telegraphierte, auch die französische Presse erörtere die Anwendung von Gewalt gegenüber Deutschland.[1572] Poincaré beharrte darauf, dass die Frage der Reparationen auf der Konferenz in Genua kein Gegenstand der Verhandlungen sein werde, was im Übrigen auch für sämtliche andere Regelungen des Versailler Vertrages gelte. Und im französischen Parlament zeigte er sich am 1. April 1922 über die Reden Wirths und Rathenaus sichtlich erregt. Poincaré rief insoweit diejenigen Worte aus, die ihm „par la suite le sobriquet du ‚président Verboten‘“ einbrachten. Frankreich werde nach Genua gehen. Aber über dem „traité signé par Allemagne“ stehe ganz klar „un écriteau avec le mot: ‚Verboten‘!“[1573]

Die Russlandpolitik blieb damit nahezu das einzige größere außenpolitische Feld, in dem die Wilhelmstraße trotz der misslichen Gesamtlage über relativ viel Bewegungsfreiheit verfügte. Zwar wurde Ministerialdirektor Maltzan bereits vorgewarnt, dass die sowjetrussischen Entscheidungsträger insbesondere gegenwärtig „für die abenteuerlichsten Tendenzinformationen“ zugänglich wären, zumal sie sich schon in „ziemlich deutlichen Drohungen für den Fall“ ergangen hätten, wenn „die deutsche Delegation an der Isolation der russischen durch gute Ratschläge oder Taten“ teilnähme.[1574] Jedoch bestand nun Anfang April 1922 die Möglichkeit, das beiderseitige

---

[1569] Aufz. Schubert, „Gespräch mit W.R.“, 17.3.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.8.

[1570] Kabinettssitzung vom 31. März 1922, 10.30 Uhr, AdR, Kab. Wirth I, Nr.234. Nach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.174, bei Anm. 9 mit weiteren Quellenangaben, habe sich die deutsche Regierung unter Heranziehung mehrerer Experten und der wirtschaftlichen Spitzenverbände gründlich auf die Konferenz vorbereitet. Zu den Delegierten und vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Sachverständigen vgl. BAK, R 43 1/1375. Auch D’Abernon hielt in seinen Tagebuchaufzeichnungen unter dem 4. April 1922 fest, dass Rathenau „keine großen Hoffnungen auf Genua“ setzte. Er sei „sich vollkommen (…) bewusst, dass die ganze Konferenz auffliegen kann, wenn eine der Mächte, Frankreich, Russland oder Deutschland dies wolle, obgleich er eine vernünftige Haltung der sowjetrussischen Vertreter erwarte.“, vgl. D’Abernon, Bd.1, S.319f.

[1571] WP 1922 Ausland Teil I, S.173, vgl. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.171, Anm.253.

[1572] Bergmann an AA, 30.3.1922, zit. nach ebd., S.171 (in Bezug auf PA, W.-Rep., Ausführung des Londoner Ultimatums, Bd.12).

[1573] Vgl. Tel. Mayer Nr. 251, 2.4.1922, PA, R 23700, 012ff., das die Paraphe Maltzans trägt und u.a. diese Passage unterstrich. Siehe in diesem Zusammenhang Bournazel, S. 150 (in Bezug auf die Debatte in der französischen Kammer vom 1. April 1922 und den „Oeuvre“ vom 14. April 1922) sowie d´Hestroy an Jaspar, 1.4.1922, BMAE, Classement B35: URSS, Avril – Mai 1922.
Unter dem Titel „la mauvaise foi d´Allemagne“ meinte offenbar ein Angehöriger des französischen Militärs am 6. April 1922 im „Temps“ konstatieren zu können, Deutschland täusche seine schlechte ökonomische Lage ohnehin nur vor. Die Höhe der alliierten und insbesondere der französischen Forderungen sei sehr wohl gerechtfertigt, Ausschnitt bei MAE, Relations Commerciales, B82, 92, 97-98.

[1574] Scheffer an Maltzan, 27.3.1922, PA, R 23696, Filmnummer L 311/L 096 709-11.

Misstrauen zu vermindern, äußerte die sowjetrussische Delegation doch den Wunsch, auf ihrer Durchreise nach Genua in Berlin einen Aufenthalt einzuplanen und die bisherigen Vertragsverhandlungen fortzusetzen.[1575] Und weil Maltzan dies befürwortete, hatte der Ministerialdirektor bereits in den Tagen zuvor zumindest in atmosphärischer Hinsicht recht wohlwollende Signale in alle Richtungen verbreiten lassen.[1576]

Am 1. April 1922 traf die sowjetrussische Genua-Delegation in Berlin ein. Rathenau teilte Tschitscherin mit, er habe soeben durch Maltzan von dessen „glücklicher Ankunft" erfahren. Er stimmte zunächst dem Wunsch Tschitscherins zu, ihn schon „vor unserem gemeinsamen Zusammensein am Montag Mittag allein zu sehen".[1577] Tschitscherin teilte daraufhin Maltzan telefonisch mit, er und Litwinow hätten Reichskanzler Wirth und Außenminister Rathenau „wichtige Vorschläge für eine prinzipielle deutsch-russische Verständigung vor Genua zu machen". Der deutsche Ministerialdirektor ging unter dem Hinweis, „die Zeit der beiden höchsten Reichsbeamten" sei zwar am Sonntag „durch wichtige und unaufschiebbare Vorbesprechungen über Genua bereits voll besetzt", darauf ein und schlug vor, dass die sowjetrussischen Vertreter ihn „persönlich am Sonntag Vormittag in ihre Absichten einweihten." Diese Vorgehensweise würde „die Verhandlungen am Montag dann erleichtern." Von einem „bei der russischen Delegation weilenden Vertrauensmann" hatte Maltzan aber zudem bereits erfahren, man sei russischerseits „sehr nervös und enttäuscht". Und diese Enttäuschung beziehe sich unter anderem auch auf den jüngst von Maltzan ausgearbeiteten Entwurf eines Abkommens zwischen Russland und der deutschen Industrie.[1578]

Das Beharren Maltzans auf einer Wiederaufnahme der Verhandlungen erst am Montag, 3. April 1922, war kein Vorwand. Die Vorbereitungen der deutschen Außenpolitik „für Genua" waren arbeitsintensiv und Außenminister Rathenau blieb zugleich insbesondere mit den dort zu verhandelnden Finanz- und Wirtschaftsfragen bis in die Details befasst. „Sogar am gestrigen heiligen Sonntag", so stellte Schubert am 3. April 1922 fest, seien die diesbezüglichen Erörterungen unter „Hochdruck" durchgeführt worden, vor allem mit dem Ziel, um „sich auf sämtliche Eventualitäten vorzubereiten, was natürlich keine leichte Aufgabe ist."[1579] Und in das deutsche Bemühen, potentielle Entwicklungen während der Konferenz in Genua bereits zu diesem Zeitpunkt

---

[1575] Zur Reise der sowjetrussischen Genua-Delegation durch Deutschland in zwei Abteilungen siehe die Aufz. Maltzans vom 29.3.1922, gedruckt bei AdR, Kab. Wirth II, Nr.241a, Anm.14, S.681f.

[1576] So betonte auch Maltzan gegenüber Wallroth in Riga und Wiedenfeld in Moskau unter dem 30. März 1922, nach seiner Auffassung sei in der letzten Rede Rathenaus das für die Russland-politischen Verhandlungen Wichtige darin zu sehen, dass beim Wiederaufbau Russlands aus deutscher Sicht „der Weg der Syndikate" nun nicht mehr der „entscheidende" sei. Es sei hingegen jetzt modifiziert worden, das das „Wesentliche unserer Mithilfe am Wiederaufbau Russlands (…) zwischen uns und Russland selbst besprochen werden" müsse und das „Deutschland [...] in Russland nicht die Rolle eines Kolonisators spielen" oder sich an einem solchen Vorgehen in irgendeiner Weise beteiligten wolle. Diese Ansicht sei zudem vom gesamten Reichstag und der Mehrheit der Presse zustimmend aufgenommen" worden, Tel. Maltzan, 30.3.1922, PA, R 31967.

Bei den Akten findet sich die Vorlage für ein Tel. mit Datum vom 29. März 1922, mit dem Maltzan nach Elberfeld telegraphierte, man möge die dortige Handelskammer veranlassen, „Graap um (einen) Vortrag zu bitten". Ein „doppelter Vortrag" sei aber „ausgeschlossen", Tel. Maltzan, 29.3.1922, ebd., R 31967 (H 119347). Der Entwurf stammt wohl von Hauschild, der mit Paraphendatum vom 28.3.(1922) abzeichnete.

[1577] Rathenau an Tschitscherin, 1.4.1922, ebd., R 28278k, 88. Es heißt hierzu dann weiter: „Ich darf Sie bitten, mir Montag um 11 Uhr vormittags den Vorzug Ihres Besuches im Auswärtigen Amt zu geben." Maltzan verfügte am 1. April 1922, dass während seiner Abwesenheit auf der Konferenz von Genua „Telegramme zunächst vom Herrn Staatssekretär Pol. gezeichnet" werden sollten, Aufz. Maltzan, 1.4.1922, ebd., R 94263.

[1578] G.A. Maltzan, 2.4.1922, ebd., R 83435, 056-57.

[1579] Vgl. Schubert an Dufour, 3.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

vorauszusehen, fügte sich auch die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen nahtlos ein. Tiefes Misstrauen blieb jedoch insbesondere gegen die sowjetrussischen Verhandlungspartner bestehen. Zwar konstatierte Schubert, gegenwärtig seien nunmehr „auch die Russen hier und wir versuchen, mit ihnen für GENUA in einen gewissen geistigen Kontakt zu kommen." Dies habe zwar „natürlich sein Gutes". „Die Sache" sei ihm aber „etwas unheimlich", denn nach den früheren Erfahrungen traue er den Russen nicht über den Weg. Bislang hätten es die Sowjets zudem „immer verstanden, uns hineinzulegen."[1580]

Ministerialdirektor Maltzan versuchte unterdessen die Atmosphäre für die folgenden Verhandlungen weiter zu verbessern. Er befürtwortete jetzt eine Rückgabe des „Hauses ‚Unter den Linden'" – also eine Zuteilung der ehemaligen Botschaft des russischen Zarenreichs in Berlin an die Sowjetregierung, erläuterte dazu in einer Chefbesprechung am 1. April 1922 den Entwicklungsstand und wies darauf hin, dass die Anbringung geltender russischer Hoheitszeichen zunächst vermieden werden müsse, da ein solches Vorrecht nur einer regelrechten diplomatischen Vertretung zukomme.[1581] Außenminister Rathenau soll den vorliegenden Beschluss jedoch „am Montag vormittag Herrn Tschitscherin um 11 Uhr persönlich mitteilen". Bis dahin bliebe er geheim.[1582] Und um eine reibungslose Fortsetzung der Gespräche mit den sowjetrussischen Vertretern sicherzustellen, informierte Maltzan die Führung der deutschen Außenpolitik auch in inhaltlicher Hinsicht noch einmal umfassend. Unter der Klassifizierung „geheim" übergab er Rathenau in der überarbeiteten Fassung diejenigen „5 Punktationen", „die die Grundlage meiner Verhandlungen mit Radek gewesen sind." Die „juristische Seite", so hielt Maltzan komplementierend fest, sei von Gaus „geprüft und gebilligt worden."[1583]

In der Einleitung zu diesem jetzt zur gemeinsamen Erörterung mit Rathenau und Tschitscherin vorgelegten Vertragsentwurf hieß es, der sowjetrussische Bevollmächtigte Radek und sein Verhandlungspartner auf deutscher Seite, Maltzan, seien bislang dahingehend übereingekommen, ihren Regierungen die „nachstehenden Punktationen zur Annahme" zu empfehlen. In den Artikeln IV. und V. waren im Vergleich zum letzten Verhandlungsstand nunmehr ebenso die dort zu Artikel IV. angemerkten handschriftlichen Korrekturen eingearbeitet, somit das Ergebnis der jüngsten Erörterungen berücksichtigt und in eine Reinschriftform gebracht worden:

> „IV. Die beiden Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, dass für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teils im Gebiet des anderen Teils und die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll.
>
> V. Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit,

[1580] Schubert an Dufour, 3.4.1922, ebd.

[1581] Zur Übergabe der alten Botschaftsgebäude siehe aber auch schon auch eine Maltzan zur Kenntnisnahme unterbreitete Aufz. Hauschilds vom 27.3.1922, PA, R 23696 (L 31 1/L 096 720-22), die am Schluss die Paraphe Maltzans trägt. Vgl. auch AdR, Kab. Wirth II, Nr. 238 unter TOP 1, in dem das Reichskabinett dem Vorschlag und seinen Bedingungen einstimmig zugestimmt habe.

[1582] Siehe zu dieser Frage auch schon Rathenaus Begrüßungsschreiben an Tschitscherin vom 1. April, ebd., R 28278k, 88 sowie die G.A. Maltzans, 1.4.1922, ebd., R 23696.

[1583] Geheimer Vertragsentwurf, 1.4.1922, PA, R 23696 (L096730-33). Die Vorlage trägt auf der ersten Seite u.a. die Paraphe Rathenaus.

> die von ihr neuerdings mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern."

Diesen überarbeiteten Vertragsentwurf kommentierte Maltzan, der nunmehr nicht mehr an den Verhandlungen beteiligte Radek habe „seinerzeit lediglich mit Rücksicht auf die ihm nicht genügende Fassung des Art. 5 Satz 2 eine Zeichnung verweigert." „Neuerdings" halte aber auch er noch „den Art. III (Meistbegünstigung für Sozialisierungsschäden) für zu weitgehend". Die Führung der sowjetrussischen Außenpolitik hätte zudem angekündigt, dass Tschitscherin dazu „ein neues Programm" vorlegen und Außenminister Rathenau persönlich „zur Diskussion unterbreiten" wolle.[1584]

Über die Hintergründe dieser sowjetrussischen Vergehensweise berichtet jetzt auch der deutsche Vertreter in Moskau, Wiedenfeld. Sein am Sonntag, 2. April 1922 in Berlin eingegangenes Schreiben zeigte Rathenau und Maltzan auf, dass die sowjetrussische Regierung unmittelbar vor der anstehenden internationalen Konferenz „schwer" darüber „enttäuscht" sei, dass die deutsch-russischen Verhandlungen eben „bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt" hätten. Sie lege zudem offensichtlich Wert darauf, „in Genua einigermaßen parallel mit Deutschland arbeiten zu können, um nicht der Gefahr einer Isolierung ausgesetzt zu sein." Der deutsche Vertreter schätzte es allerdings als „bezeichnend" ein, dass Litwinow zur Weiterführung der Verhandlungen bevollmächtigt sei. Dieser gelte in Moskau „*als Hauptträger der sogenannten englischen Linie* [Herv.d.Verf.]", könne aber selbst „natürlich auch nicht verhehlen, dass von England her bisher nichts getan ist und auch in unmittelbarer Arbeit nur verhältnismäßig wenig getan werden kann, da die Zeit zur Aufnahme ganz großer Arbeiten - mit Ausnahme allerdings der Eisenbahnrekonstruktion - noch längst nicht gekommen ist." Aus Sicht der Regierung in Moskau solle eine neue Verhandlungsführung daher zu einem Durchbruch beitragen können. Wiedenfeld mahnte seine Kollegen in Berlin daher auch an dieser Stelle nachdrücklich um fortgesetzte, unbedingte Vorsicht. Er bezog im Vergleich zu Maltzan zudem eine etwas anders gelagerte Position und schätzte die Gefahr einer unmittelbar bevorstehenden russisch-französischen Annäherung gegenwärtig offenbar nicht als besonders akut ein: „Natürlich" müsse „man auch jetzt darauf gefaßt sein, dass die Sowjetleute von ihrem Prinzip des Bluffens nicht abgehen werden", so führte er aus. Aber insbesondere Litwinow werde „sich doch wohl sehr viel vorsichtiger als Radek benehmen und die Drohung mit Frankreich vorsichtiger handhaben."[1585]

Eine zuverlässige Einschätzung des Verhaltens der sowjetrussischen Außenpolitik in Bezug auf die Wahrung deutscher Interessen konnte man in der Wilhelmstrasse aus derartigen Ausführungen offenkundig nicht entnehmen. Ohnehin kam im Rahmen einer Gesamtschau aller Akteure innerhalb der frühen Weimarer Russlandpolitik weiterhin eindeutig Ministerialdirektor Maltzan die zentrale Rolle zu. Er war nicht nur für alle Facetten der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen in Berlin die geistige Relaisstation. Insbesondere seine Einschätzung der deutschen Lage auf Russland-politischem Gebiet konnte und sollte maßgeblichen außenpolitischen Einfluss beanspruchen.

Am Sonntagnachmittag, 2. April 1922 traf Maltzan zu Vorgesprächen im Hotel Esplanade ein. Für diesen Verhandlungsort gab es einen Grund: Aus Angst vor Anschlägen wollten die Mitglieder der

---

[1584] ebd. (L 096732f.).
[1585] Wiedenfeld an Rathenau, 27.3.1922, ADAP A VI. Nr. 33.

sowjetrussischen Genua-Delegation „nur im äussersten Fall das schützende Dach des Hotels Esplanade“ verlassen.[1586] Nach den Angaben des deutschen Ministerialdirektors wiesen Tschitscherin und Litwinow bei dem anschließenden längeren Gespräch darauf hin, dass sie „eine generelle Regelung aller zwischen Russland und Deutschland schwebenden Fragen vor Genua“ erreichen und „dann in Genua eine gemeinsame deutsch-russische Front unter evtl. Anlehnung an England“ zu bilden wünschten. Maltzans kritisierte daraufhin zwar zunächst einmal die bisherigen Verzögerungen in den Verhandlungen durch die sowjetrussische Seite. Dem Vorschlag Tschitscherins trat er aber nicht grundsätzlich abweisend entgegen.[1587]

Dieser Vorgang zeigte es im Grunde erneut an: Die Gespräche zwischen den Hauptakteuren der Weimarer und der sowjetrussischen Außenpolitik blieben von einer recht merkwürdigen politischen Atmosphäre geprägt. Diese bestand nunmehr aus einer Mischung aus Misstrauen, Ablehnung und der Erkenntnis, im Rahmen der insgesamt schwachen außenpolitischen Grundposition des eigenen Landes nun einmal aufeinander angewiesen zu sein. Diese zuletzt genannte Einsicht garantierte allerdings noch lange keinen Verhandlungserfolg. Vor einer ernsthaften Fortsetzung der Gespräche in Berlin war eine Ebene der Verhandlungen bereits auf derzeit unabsehbare Zeit gescheitert: Litwinow betonte, dass die in den Punktationen unter Nr. 5[1588] erwähnten wirtschaftlichen Projekte, die ihm gestern vorgelegt worden seien, vollkommen indiskutabel wären. Maltzan verwies daraufhin die sowjetrussischen Verhandlungsführer „wegen dieser Projekte, an denen das Reich unbeteiligt sei“, direkt „an Deutsch und Stinnes“. Damit stand fest, dass der Abschluss einer umfassenderen vertraglichen Vereinbarung zwischen der revolutionären Regierung in Moskau und der deutschen Industrie mehr denn je in weiter Ferne lag.

Auch Maltzan war bekannt, dass der Grund für die nachfolgend noch verstärkt auftretende Unzufriedenheit der sowjetrussischen Vertreter über die Ergebnislosigkeit der wirtschaftlichen Verhandlungen in erster Linie ein Ergebnis der katastrophalen wirtschaftlichen Lage in Russland war.[1589] Andererseits war die Regierung in Moskau aber nun einmal partout nicht zu Zugeständnissen bereit, die ihren ideologischen Vorstellungen über die Form einer solchen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem deutschen „Kapitalismus“ widersprochen hätte. Aufgrund der gegenwärtig fehlenden Auflösungsmöglichkeit dieses Gegensatzes hatte sich der Verhandlungsschwerpunkt damit verlagert: Er konzentrierte sich jetzt eindeutig auf die schwebenden finanziellen Fragen der Vergangenheit bzw. auf die grundlegenden politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen im Verhältnis

---

[1586] G.A. Maltzan, 2.4.1922, PA, R 83435, 056-57; G.A. Maltzan, 2.4.1922, ebd., R 23696 (L096738-9). Die letztere Vorlage ist sowohl an den Reichsminister als auch an den Reichskanzler verwiesen und am 3.4. bzw. 5.4. abgezeichnet worden. Nach White sei Maltzan von Tschitscherin zu diesen Unterredungen angeblich ins Hotel „Estland“ eingeladen worden, was auf einer Verwechslung mit dem Hotel „Esplanade“ beruht, vgl. White, The Origins of Détente, S.154. Maltzan habe nach ebd. vor allem darauf hingewiesen, „that no German government could appear in the Reichstag having surrendered the rights of its citizens to compensation for their losses, but had nonetheless indicated some willingness to seek a compromise.”

[1587] G.A. Maltzan, 2.4.1922, PA, R 23696 (L096738-9). Hier heißt es u.a. auch: „Ich wies die genannten Herren darauf hin, dass Deutschland stets bereit gewesen sei, eine derartige Regelung vorzunehmen. Wir hätten mit Radek monatelang verhandelt, die zwischen Radek und mir vereinbarten Punktationen seien ihnen bekannt, es würde genügen, diese Punktationen zu unterzeichnen.“

[1588] Siehe hierzu ADAP A V, Nr. 279, Anm. 3.

[1589] Vgl. z.B. auch Müller an Maltzan, 4.4.1922, ebd. (ADAP A V, Nr. 279), das erst am 28. April 1922 bei der deutschen Delegation in Genua einging. Hier heißt es u.a., dass aufgrund der wirtschaftlich „trüben“ Verhältnisse sei nun auch in anderweitigen sowjetrussischen Kreisen die Überzeugung gefestigt, „dass die einzige Hoffnung auf wirtschaftliche und politische Gesundung des Landes eine Transformation des Bolschewismus“ unter dem Anzeichen einer „neuen ökonomischen Politik“ sei und man hoffe, dass die Konferenz von Genua eben gerade dies fördern würde.

zwischen der deutschen Republik und Sowjetrussland. Maltzan hielt in dieser Hinsicht fest, dass sich seine sowjetrussischen Verhandlungsführer bereit erklärt hätten, „ohne Rücksicht auf diese wirtschaftlichen Vereinbarungen, die nach Genua erledigt werden könnten, zunächst das politische Programm zu erledigen.“ Sie seien „mit den Punktationen im allgemeinen einverstanden“, wünschten aber, „dass wir auf die in Nr. 3 stipulierte Meistbegünstigung für Sozialisierungsschäden verzichteten.“[1590]

Dieses Thema war und blieb ein zentrales Anliegen der sowjetrussischen Außenpolitik. Eine Meistbegünstigung bei den Schadensersatzzahlungen insbesondere für die der russischen Revolution nachfolgenden Enteignungen ausländischer Staatsangehöriger konnte aus sowjetrussischer Sicht Verhandlungen mit anderen Staaten, mit denen ebenfalls eine politische Normalisierung der Beziehungen angestrebt wurde, in finanzieller Hinsicht erheblich belasten, da nach einer solchen Vertragsbestimmung alle dort unter Umständen gewährten Schadensersatzleistungen zugleich auch Deutschland zuzubilligen waren. Für Maltzan hingegen war jedoch hier auch weiterhin kein Verhandlungsspielraum gegeben. Er erklärte einen solchen Verzicht schon deswegen aus innenpolitischen Gründen für „unmöglich“, weil das Kabinett „niemals einem derartigen Vertrage zustimmen würde, durch welchen Deutschland seitens Russland schlechter behandelt würde wie England und Frankreich“.[1591] Wie hätten die Verantwortlichen in der Wilhelmstrasse auch einem deutschen Staatsangehörigen, der in der Folge der Russischen Revolution Besitz oder Eigentum verloren hatte, einen solchen allgemeinen Verzicht Deutschlands ohne erkennbare Vorteile und Gegenleistungen erklären sollen? Auch eine inhaltliche Aufrechnung mit dem in den bisherigen Punktationen festgeschriebenen russischen Verzicht auf Art. 116 Abs. 3 VV wies Maltzan vehement zurück:

> „Die Genannten brachten dann die bekannte Theorie vor, wonach wir verlangten, dass sie als kommunistischer Staat auf die kapitalistischen Vorteile des Versailler Friedens verzichteten und wir dagegen als kapitalistischer Staat ihrem kommunistischen Prinzip hinsichtlich der Sozialisierung nicht die geringste Rechnung tragen wollten. Ich widerlegte diese Ausführungen durch den Hinweis auf die materielle Unmöglichkeit des Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] und das unsererseits immer bekundete außenpolitische Verständnis für die kommunistische Staatsverfassung Russlands. Ich könne mir vorstellen, dass Russland schwerlich vor einer geraumen Zeit in der Lage sein würde, weder der Entente noch Deutschland materiellen Ersatz für die Sozialisierungsschäden zu geben; wir seien aber nicht in der Lage, für unsere Reichsangehörigen das Prinzip Sozialisierung nur gegen Entschädigung aufzugeben.“[1592]

Es waren also diese, wiederum vor allem um die Bedeutung des Art. 116 Abs. 3 VV kreisende Fragen und nicht etwa die Ausarbeitung von bündnis-, revanche- oder machtpolitisch anmutenden Revisionsstrategien, die im Rahmen der deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen Kernprobleme bildeten. Zwar strebte man aus deutscher Sicht mit einer Bereinigung dieser Probleme in den deutsch-russischen Beziehungen in indirekter Weise zweifellos einen Schritt an, der einen außenpolitischen Voraussetzungsbaustein zur Wiedererlangung eines deutschen Großmachtstatus

---

[1590] Aufz. Maltzan, 3.4.1922, PA, R 23696 (L 311/L 096 742-44), gedruckt als ADAP A VI, Nr. 39, S.78-79, S.78.

[1591] Ebd. Am gleichen Abend trug Maltzan Rathenau „in Gegenwart von Vertretern des Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministeriums die Ausführungen hinsichtlich unserer Haltung in der Sozialisierungsfrage“ vor und erhielt für seine damit verbundene Verhandlungshaltung die Genehmigung seines Ministers, ebd.

[1592] Ebd., S.78f.

bildete. Die sachorientierte Suche nach Lösungsansätzen für die zwischen beiden Ländern schwebenden finanziellen Fragen der Vergangenheit stand jedoch zu diesem Zeitpunkt eindeutig im Vordergrund. Und im Kontext der genannten Russland-politischen Bestimmung des Versailler Vertrages hatte der Inhalt der diesbezüglichen Gespräche weiterhin einen defensiv ausgerichteten Grundaspekt.

8. Der vertagte Vertrag oder: Bekannte partielle Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Russland (Anfang April 1922)

Trotz der abweichenden deutschen Rechtsüberzeugung sorgte sich Ministerialdirektor Maltzan nach wie vor um eine politische Anwendung und Durchsetzung der in Art. 116 Abs. 3 VV Russland zugewiesenen Reparationsansprüche durch einen während der Genueser Konferenz von den Alliierten Russland vorgeschlagenen Vertrag. Das Argument jedenfalls, „die zur Verteilung stehende deutsche Konkursmaße“ sei „ja doch faktisch eine konstante Größe gewesen“, so dass im Rahmen der begrenzten deutschen Leistungsfähigkeit „jeder neue Gläubiger nur zum Nachteil der übrigen die Konkursquote hätte herabdrücken müssen und nicht etwa die deutschen Zahlungen erhöht hätte“[1593], hätte ihn sowohl in finanzieller und wirtschaftlicher als auch vor allem in politischer Hinsicht natürlich keineswegs überzeugt. So mochte sich Maltzan zwar auch selbst auf eine solche Argumentation - gegenüber den Russen - zurückziehen, um zumindest rhetorisch die diesbezügliche deutsche Schwäche zu vermindern. Dies beeindruckte Radek, wie schon dargestellt, aber nicht. Denn das mit einer Realisierung des Artikel 116 Abs. 3 in Verbindung mit 117 VV Berlin drohende Szenario wog weit über die faktische Erhöhung der deutschen Reparationsschuld hinaus schwer. Und dies war nicht nur dadurch begründet, dass Russland damit ein positives, verrechenbares Verhandlungsgut für die eigenen Verhandlungen mit den Alliierten erhielt oder der russische Anspruch, selbst wenn er sogar über Jahrzehnte hinweg nicht durch deutsche Reparationszahlungen befriedigt werden konnte, natürlich wiederum mit anderweitigen Zugeständnissen Deutschlands gegenüber dem oder den diesbezüglichen Gläubigern einherzugehen hätte. Die im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung mit den Alliierten erteilte Zustimmungserklärung Russlands zu Artikel 116 Abs. 3 und die damit faktisch einhergehende Einbindung Sowjetrusslands in das Reparationssystem des Versailler Vertrages hatte großes politisches Gewicht. Sie zog nun unverkennbar auch die Gefahr nach sich, dass die deutsche Republik neben dem auf russische Reparationsansprüche ausgedehnten, finanziellen „Voll-Versailles“ zugleich vor einem „Über-Versailles“ im Sinne einer nahezu vollständigen außenpolitischen Isolierung stand.
Auf der anderen Seite blieb für die sowjetrussische Seite eine Tatsache bestehen: Die Regierung in Moskau blieb zwar dringend auf wirtschaftliche Hilfe und außenwirtschaftspolitische Erfolge angewiesen. Sie strebte aber zugleich unter allen Umständen an, einer einheitlichen Front des ‚Westens’ unter Einschluss der deutschen Republik zu entgehen. Und konnte man in diesem Kontext die deutschen und sowjetrussischen finanziellen und politischen Grundinteressen einigend zusammenführen, so würde, wie Maltzan mit Datum vom 3. April 1922 darlegte, der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gemäß „Art. 2 der Punktationen keine

[1593] Heiber, S.108.

prinzipiellen Bedenken“ mehr entgegen stehen. Zwischen beiden Ländern war deshalb aus seiner Perspektive ein sachliches, pragmatisches „Bedürfnis zu einer Verständigung“ zu erkennen - und wenn möglich schon „vor Genua“. Die „einzigste Divergenz“ größeren Ausmaßes zeige sich in der Frage nach einer „Lösung der sogenannten Meistbegünstigung für Sozialisierungsschäden“.[1594]
Außenminister Rathenau war auch an den damit verbundenen Erörterungen eng beteiligt. Er trat nach den Angaben Maltzans mit dem Vorschlag hervor, „an Stelle des bisherigen Passus ungefähr folgende Formel“ zu wählen:

> „Beide Contrahenten verzichten auf irgendwelche weiteren Ansprüche aus dem Versailler Vertrag. Deutschland verzichtet ferner auf alle Sozialisierungsschäden unter der Voraussetzung, dass Russland auch anderen Ländern keinen Schadensersatz für Sozialisierungsschaden leistet. In einer geheimen Klausel soll festgesetzt werden, dass im Falle des Fortfalls dieser Voraussetzung Deutschland mit Russland über diesen Artikel in neue Besprechungen eintreten werde.“[1595]

Dieser Entwurf verfolgte somit eine durchaus geschickte Modifizierung der aufeinander prallenden Interessengegensätze in dieser Frage und erschien konstruktiv. Die damit einhergehende Formulierung ermöglichte es zudem der sowjetrussischen Seite, eine möglicherweise von ihr vertretene allgemeine Negierung von Schadensersatzzahlungen bezüglich Sozialisierungsschäden unter anderem mit Hinweis auf eine derartige vertragliche Vereinbarung mit Deutschland ebenso den anderen Mächten gegenüber zu vertreten.[1596]
Die Diskussion über den genauen Wortlaut eines politischen Vertrages zwischen der deutschen Demokratie und Sowjetrussland ging unterdessen allerdings natürlich auch bezüglich der anderen diskutierten Artikel intensiv weiter. Bei den Akten findet sich an anderer Stelle ein weiterer Entwurf, der zwischen dem 1. und 4. April 1922, auf der ersten Seite den handschriftlichen Vermerk Maltzans „mit Gaus besprechen“ trägt und wahrscheinlich am 3. April nach der oben genannten und auf 10:30h datierten Besprechung bei Reichskanzler Wirth von Maltzan erstellt wurde. Im Vergleich zu der Version vom etwa 27. März 1922 fiel hier der zuvor eingefügte Art. II c) nun wiederum weg. Zugleich wurden auch die am 1. April formulierten Artikel III.-V. abermals verändert, nunmehr mit zwei, auf den ersten Blick etwas merkwürdig, aber sachorientiert und politisch harmlos anmutenden ‚geheimen Zusätzen’ versehen und in der Nummerierung zu zwei Artikeln (III. und IV.) verkürzt. Die offenbar von Maltzan nach weiteren Verhandlungen erstellte Version stellte sich vor der handschriftlichen Korrektur durch Gaus und bzgl. der veränderten Stellen daher wie folgt dar:

> „[...] III. Beide Regierungen betrachten ihre Aufwendungen für die beiderseitigen Kriegsgefangenen, sowie für internierte Heeresteile als durch Aufrechnung erledigt.
> Die Deutsche Regierung behält sich ihre Ansprüche, die sich aus der bisherigen Anwendung der Sozialisierungsgesetzgebung der R.S.F.S.R. auf deutsche Reichsangehörige ergeben, vor. Sie erklärt jedoch schon jetzt, dass sie bereit ist, auf diese Ansprüche zu verzichten, falls die R.S.F.S.R. auch keiner dritten Macht einen Anspruch auf Ersatz derartiger Sozialisierungsschäden zugesteht. ()

[1594] Aufz. o.U. (Maltzan) und o.D. (3.4.1922), ADAP A VI, Nr.40.
[1595] Ebd.
[1596] Die betreffenden Herren, so lautet der Schluss der bei ebd. zu findenden Vorlage, würden sich am Dienstag vormittag 4. April hierzu äußern, PA, R 23696, L 096745. Diese Anlage, ist als ADAP A VI, Nr. 40 als separates Dokument gedruckt worden, stellte jedoch eigentlich einen Nachtrag zu ADAP A VI, Nr. 39 dar.

(Geheimer Zusatz: Falls diese Voraussetzung wegfällt, treten beide Regierungen in neue Verhandlungen über den Ersatz der Sozialisierungsschäden ein.)
Andererseits sind die beiden Regierungen darüber einig, dass sich im Verhältnis zwischen ihnen irgendwelche Ansprüche und Verbindlichkeiten aus dem Versailler Vertrag nicht ergeben.
(Geheimer Zusatz: Soweit auf Grund des Art. 260 des Versailler Vertrages die Reparationskommission an Stelle der deutschen Berechtigten getreten ist oder noch treten sollte, werden ihre etwaigen Rechte durch obigen Verzicht auf Ersatz der Sozialisierungsschäden nicht berührt.)

IV. Die beiden Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, dass für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teils im Gebiet des anderen Teils und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll.“[1597]

Es wird damit ersichtlich, dass der Vorschlag Rathenaus in der Frage der Meistbegünstigung für Sozialisierungsschäden von Maltzan in den alten Entwurf integriert und durch zwei präzisierende geheime Zusätze ergänzt wurde. Diese zuletzt von Maltzan formulierte Version erfuhr nachfolgend zudem noch Korrekturen bzw. Ergänzungen: So strich Gaus den ersten der dort aufgeführten geheimen Zusätze. Darüber hinaus vermerkte er am linken Rand zu dem zweiten und dritten Satz des Art. III, dass diese Passagen von Staatssekretär von Simson am 4. April 1922 abgelehnt worden seien. Schließlich notierte der Justitiar am Schluss der Vorlage handschriftlich, dass Tschitscherin am 4. April 1922 zu einem Gespräch käme und er diesbezüglich dankbar wäre, wenn Ministerialdirektor Maltzan „vorher auf 1 Minute Herrn Minister“ Rathenau noch einmal Bericht erstatten könne. Erst nach erneuter Rücksprache bei Rathenau ergab sich daraufhin eine deutsche Vertragsvorlage, die im Folgenden als „Anlage B“ bezeichnet wurde.[1598]
Unterdessen legten die sowjetrussischen Vertreter ihren überarbeiteten Vertragsentwurf ebenfalls vor, den Maltzan nachfolgend als „Anlage A“ den Akten beifügte. Dieser sowjetrussische Entwurf wich von dem letzten, überarbeiteten deutschen Entwurf in Teilen jedoch recht erheblich ab: So hatten die sowjetrussischen Vertreter einen Artikel 1c ähnlich demjenigen in dem deutschen Entwurf vom etwa 27. März 1922 wieder hinzugefügt und schon in „Artikel 2.“ einen weit reichenden und von der Formulierung her endgültigen Verzicht Deutschlands auf die Schäden der der Sozialisierungsmaßnahmen vorgeschlagen. Zudem war der Vertragstext in Artikel 3, der eine „sogleiche“ Aufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen vereinbaren wollte, sowie in Artikel 4 anders gefasst. Darüber hinaus war ein Artikel 5 hinzugefügt worden.
Lediglich die Passagen in Artikel 1 a) und b) stimmten mit dem letzten deutschen Entwurf überein. Es war daher ersichtlich, dass die deutsche und die sowjetrussische Verhandlungsposition noch recht weit auseinander lagen. Zudem verdeutlichten die hier abweichenden Artikel insbesondere in den letzten beiden Absätzen des geheimen Zusatzes die schon mehrfach dargelegte und geäußerte Sorge der Sowjetregierung, einem geschlossenen internationalen Wirtschaftskonsortium des „Westens“ gegenüber zu stehen:

[1597] Vertragsentwurf o.U., PA, R 23711, 034-35. Dieser Entwurf ist nicht verfilmt worden.
[1598] Die hier von der ADAP genannte Filmnummer „L 311/L 096 755-57“ stimmt nicht mit der Filmnummer für die bei PA, R 23688 zu findende „Anlage B“ (L 096157-59) überein. Diese Version entspricht der oben zitierten Version Maltzans vom ca. 3. April 1922, bei der nun die genannten, von Gaus vorgenommenen Korrekturen berücksichtigt und in mschr. Reinschrift gebracht wurden.

„(Artikel 1.) c) Deutschland und Russland verzichten gegenseitig auf Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene. Ebenfalls verzichtet die Deutsche Regierung auf Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen. Die Russische Regierung verzichtet ihrerseits auf Erstattung des Erlöses aus von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von diesen Internierten nach Deutschland gebrachten Heeresgutes.

Artikel 2. Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die (sich)[1599] aus der Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der R.S.F.S.R. auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte sowie auf die Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Russland sowie aus den von der R.S.F.S.R. oder ihren Organen sonst gegen Reichsangehörige oder ihre Privatrechte getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, dass die Regierung der R.S.F.S.R. ähnliche Ansprüche dritter Staaten ablehnt.

Artikel 3. Mit Rücksicht auf die unter 1 getroffene Verständigung werden die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der R.S.F.S.R. sogleich wieder aufgenommen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt.

Artikel 4. Die beiden Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, dass für die allgemeine Rechtsstellung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll. Der Grundsatz der Meistbegünstigung erstreckt sich nicht auf die Vorrechte und Erleichterungen, die die R.S.F.S.R. einer Sowjet-Republik oder einem solchen Staate[1600] gewährt, der früher Bestandteil des ehemaligen Russischen Reiches war.

Artikel 5.
Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr neuerdings mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Geheimer Zusatz zum Vertrage ..... (sic)
Inbezug auf die in Artikel 2 des Vertrages getroffenen Vereinbarungen sind sich die beiden Vertragsschliessenden darüber einig, dass im Falle einer späteren Anerkennung seitens Russland e(i)nem dritten Staate gegenüber der in Absatz 1[1601] desselben Paragraphen erwähnten Ansprüche die Regelung dieser Frage zwischen Deutschland und Russland besonderen künftigen Verhandlungen vorbehalten wird.
Die Deutsche Regierung verpflichtet sich, an den einzelnen Unternehmungen des internationalen Wirtschaftskonsortiums in Russland nur nach vorheriger Vereinbarung mit der Regierung der R.S.F.S.R. teilzunehmen.
Die Deutsche Regierung behält sich ausdrücklich vor, die volle Handlungsfreiheit inbezug auf etwaige selbstständige industrielle und kaufmännische Unternehmungen in Russland ausserhalb des Rahmens des Internationalen Wirtschaftskonsortiums(.)“[1602]

Somit lagen den weiteren deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen zwei in den Details noch teilweise sehr unterschiedlich abgefasste Vertragsentwürfe zugrunde. Diese beiden Vorschläge

[1599] An dieser Stelle (L 096749) ist hschr. ein einzelnes, bislang nicht eindeutig identifiziertes Wort zur Einfügung vorgesehen.
[1600] Hier befindet sich am linken Rand der hschr. Vermerk „Polen ausgeschl(ossen)“.
[1601] Diese Präzisierung ist verwunderlich, da es im hier formulierten Artikel 2 gar keinen zweiten Absatz gibt.
[1602] Lt. ADAP ist der Fundort für diese „Anlage A“ im PA die Filmnummer L 311/L 096 758-60. Dieser von sowjetrussische Seite vorgelegte Entwurf befindet sich offenbar in Abschrift aber auch schon bei PA, R 23696 mit der Filmnummer (L 096748-51), da hier u.a. im Kopfbereich schon namentlich Tschitscherin und Litwinoff als Vertreter der Sowjetregierung genannt sind (L 096748). Dieser „letzte russische Entwurf eines deutsch-russischen Vertrags von Anfang April 1922“ ist im direkten Vergleich zum endgültigen Text des Rapallo-Vertrages gedruckt bei: Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.604ff. (Anlage II).

wurden am Mittag des 3. April 1922 gemeinsam mit Tschitscherin und seiner Delegation im Auswärtigen Amt unter der Anwesenheit von Wirth und Rathenau besprochen.[1603]
Über die damit einhergehenden Verhandlungsfragen im engeren Sinne hinaus gab es einen weiteren Streitpunkt: Offenbar machte Maltzan im Auftrag Rathenaus die Paraphierung eines Abkommens mit der Regierung in Moskau unter anderem auch davon abhängig, dass die Georgische Sowjetregierung „die brüske Note (…) an unseren Geschäftsträger in Tiflis zurücknähme". Litwinow erklärte sich am Vormittag des 4. April 1922 in Gegenwart Tschitscherins bereit, „der Forderung des Herrn R.M. des Äussern stattzugeben". Damit schienen alle Voraussetzungen für eine weitere, vertragsorientierte ‚deutsch-russische Detailarbeit' zunächst vorzuliegen: Am Nachmittag des gleichen Tages fanden „Verhandlungen auf Grund der neuen Formel hinsichtlich unserer Stellungnahme zu den Sozialisierungsschäden statt". Als diese jedoch, so hielt Maltzan fest, zu keinem Ergebnis führten, erklärte Litwinow im Gegensatz zu seiner am Vormittag geäußerten Haltung nun wiederum, „dass er sich dann auch vorbehalten müsse, die Georgische Note erst in Genua zurückzunehmen." Maltzan seinerseits entgegnete daraufhin scharf, „dass er sich nicht wundern dürfe, wenn wir der Georgischen Regierung gegenüber hieraus die für uns notwendig erscheinenden Schlüsse ziehen würden."[1604] Ob die allgemeine Atmosphäre der Verhandlung dadurch allerdings in gravierender Weise beeinträchtigt wurde, bleibt fraglich.
Mit Datum vom 4. April 1922 fasste Maltzan das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen für Außenminister Rathenau zusammen. Von seiner Seite aus sah er offenkundig durchaus Einigungsmöglichkeiten für einen Vertragsabschluss. Wiederum konkretisierte sich ein Hauptproblem jedoch darin, in welcher Weise ein Lösungsansatz zu der Frage der Sozialisierungsschäden im Rahmen eines Kompromisses formuliert werden sollte:

> „Anlage A enthält den letzten heutigen Vorschlag der Sowjetvertretung, den sie bereit ist, sofort zu unterzeichnen. Es wurde ihr mitgeteilt, dass der Herr Reichsminister auf der in Anlage B letzter deutscher Vorschlag, Art. 3 gewählten Form unserer Sozialisierungsforderung bestehen bleiben müsse, allenfalls sei folgende Form [für den Art. III, Anm.d.Verf.] möglich: ‚Die deutsche Regierung behält sich ihre Ansprüche, die sich aus der Anwendung der Sozialisierungsgesetzgebung der RSFSR auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte ergeben, vor. Sofern die RSFSR die Ansprüche der übrigen Staaten betreffend Ansprüche auf Ersatz derartiger Sozialisierungsschäden ablehnt, ist auch Deutschland bereit, auf diese Ansprüche zu verzichten.'"[1605]

[1603] Siehe dazu recht ausführlich auch White, The Origins of Détente, S.154f.
[1604] Aufz. o.U., geheim, 4.4.1922, PA, R 84086. Die Vorlage trägt die Paraphe Rathenaus und einen hschr. Verweis Maltzans an Hauschild. Die Akten PA, R 84086 und 84107 verweisen auf eine intensive Beschäftigung Maltzans mit den Georgien betreffenden Fragen, da auch diese zu dem Verantwortungsbereich des Ministerialdirektors gehörten. Zum Hintergrund der zitierten Aufz. vom 4.4.1922 ist hieraus zu entnehmen, dass der Konflikt mit der georgischen Sowjetregierung schon seit geraumer Zeit schwebend war. So heißt es in einem Funkspruch Maltzans an die Deutsche Gesandtschaft in Tiflis vom 16.3.1922 und in dem Entwurf Maltzans für ein Tel. an den Volkskommissar der Sowjetrepublik Georgien u.a., die deutsche Regierung trage den „faktischen Machtverhältnissen der georgischen Sowjetregierung Rechnung" und wünsche eine „genauere Regelung durch Abkommen auf Grundlage Gegenseitigkeit", ebd., R 84086. Unter der zeichnenden Verantwortung von Rathenau wurde dieses Verhandlungsangebot trotz einer als „brüsk" empfundenen Verbalnote von georgischer Seite, die sich mit dem „sehr konzilianten Anerbieten" deutscherseits „gekreuzt" habe, von Maltzan unter dem 16. März 1922 noch einmal erneuert, ebd. Die georgische Regierung hatte am 24. März 1922 allerdings trotzdem weiterhin eine Rücknahme der Note abgelehnt. Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Schreiben Maltzans an die Deutsche Botschaft in Paris vom 22.3.1922, ebd.
[1605] Aufz. o.U., geheim, 4.4.1922, PA, R 84086.

Diese Formel sollte jedoch zunächst ebenfalls keinen Akkord begründen können. Nach Maltzans Angaben lehnten Litwinow und Tschitscherin diesen Wortlaut ab, „indem sie betonten, dass sie im Gegensatz zu der gestern vereinbarten Formulierung stände. In der gestrigen Formulierung hätte der Reichsminister nicht die positive Aufrechterhaltung des deutschen Anspruchs vorangestellt, sondern habe die in Artikel 2 des Entwurfes A festgelegte Fassung mit Herrn Tschitscherin vereinbart.[1606]
Vordergründig ging es zwar im Grunde nur noch um Nuancen. Dies machte aber zugleich die Ernsthaftigkeit deutlich, den der Vertragstext für alle Beteiligten hatte. Tschitscherin und Litwinow waren zudem befremdet darüber, dass auf deutscher Seite „gegebenenfalls der neue Entwurf B nur von einem Beamten des Auswärtigen Amtes paraphiert werden sollte“. Sie dagegen waren bereit, diese Vorlage bereits „heute vollgültig zu zeichnen“ und damit den deutsch-russischen Vertrag vor dem Beginn der Genueser Konferenz abzuschließen. In der Wilhelmstraße aber wurde jetzt im letzten Moment die Verhandlungsdynamik, die augenscheinlich zu einem sofortigen Abschluss führen konnte, gebremst, auch wenn Maltzan festhielt, dass „die von den Russen gewählte Form in Art. 2 unbedenklich sei und *mit Rücksicht auf die Entente* [Herv.d.Verf.] gezeichnet werden könne.“[1607]
Der Grund für diese gewollte Verzögerung eines unmittelbaren Abschlusses der Verhandlungen lag weder in einzelnen Details des Vertragsentwurfs noch in sich fortsetzenden atmosphärischen Spannungen im deutsch-russischen Verhältnis oder in Analysen in Bezug auf die Qualität und zukuftigen Resultate der NEP[1608], die zu einer gewissen Skepsis in Bezug auf wirtschafte Erfolgsaussichten in Russland mahnten. Die aufschiebende Russland-politische Haltung Berlins war in erster Linie durch die immer noch bestehende Hoffnung auf einen konstruktiven Gesamtverlauf der Konferenz von Genua bedingt – das Verhältnis zu den führenden Ententemächten eingeschlossen. Und für die deutschen Verantwortlichen beanspruchte vor diesem Hintergrund die Frage maßgebliche Relevanz, ob und inwieweit ein deutsch-russischer Vertrag zu diesem Zeitpunkt unmittelbar vor dem Beginn der Konferenz von Genua negative Rückwirkungen auf die Alliierten eventuell doch nach sich ziehen konnte.
Auch öffentliche Äußerungen aus London unterstützten diese abwartende Position zumindest teilweise: Nachdem Außenminister Rathenau unter dem 2. April 1922 Lloyd George in einem Privatschreiben darauf hinwiesen hatte, die Lage in Deutschland sei „most serious“[1609], führte der britische Premier am 3. April 1922 im britischen Unterhaus zwar unter anderem aus, Genua werde nicht der Ort sein, eine Revision des Versailler Vertrages zu erörtern. Seine Ansicht, es sei klar, dass Frankreich auf deutsche Entschädigungszahlungen nicht einfach verzichten könne, wurde zudem in

---

[1606] ebd.
[1607] Ebd. Die genannten sowjetrussischen Vertreter wurden nach der gleichen Aufz. Maltzans von Simson, Haniel und Maltzan sowie durch Raumer und Hoetzsch darauf aufmerksam gemacht, dass eine Paraphierung die übliche Form sei, bevor ein Vertrag dem Kabinett vorgelegt würde.
[1608] So hatte Paul Scheffer noch wenige Tage zuvor am 1. April 1922 im Berliner Tageblatt berichtet, die wirtschaftlichen Reformbestrebungen der sowjetrussischen Regierung stellten wahrscheinlich ohnehin lediglich einen vorübergehenden „Rückzug“ dar, „in der Sowjetrussland wirtschaftlich ‚durchhalten’ kann, bis ihm die Fortschritte der Weltrevolution gestatten, wieder in die alte, zu frühzeitig eingenommene Position des ‚reinen Kommunismus’ vorzumarschieren.“, gedruckt bei Scheffer, Augenzeuge, S.107ff., hier S.108.
[1609] Vgl. Rathenau an Lloyd George, 2.4.1922, HLRO, LG Papers, F/53/3/13. Es heißt hier in Bezug auf die Unzufriedenheit Rathenaus über die gegenwärtige Lage der deutschen Außenpolitik u.a. auch: „At the same time Germany is being morally undermined by the occupation of the Rhine territory, the continuation of the London sanctions and by the inundation of Notes and decisions emanating from the Conference of Ambassadors and the Commissions of Control.“

Frankreich als eine vollständige Zerstörung der letzten deutschen Hoffnungen in diesem Bereich tituliert.[1610] Allerdings könne - so stellte der britische Premier in seiner Rede vom 3. April ebenso fest - Deutschland nun einmal nicht die vollen Reparationsforderungen bewältigen, solange Russland wirtschaftlich daniederliege.[1611] Diese letztere Aussage schloss somit wenigstens eine einvernehmliche Lösung der russischen Frage zwischen Deutschland und den Ententemächten auf der Konferenz von Genua nicht aus.

Nachvollziehbar ist auf der einen Seite, dass die Führung in der Wilhelmstraße zu diesem Zeitpunkt nicht ‚alles' auf die ‚russische Karte' setzen wollte, um im unmittelbarenVorfeld der internationalen Zusammenkunft keine atmosphärische Störung zu verursachen. Auch wenn die Aussagen Lloyd Georges insgesamt vage anmuteten - in Berlin überwog die Hoffnung, dass in Genua sowohl in der russischen Frage als auch im Hinblick auf das Verhältnis zu den Großen Mächten eine Verbesserung der deutschen Lage erreicht werden konnte. Zugleich lag es aber ebenso im deutschen Interesse, über einen weitgehend unterzeichnungsreifen Vertrag mit Sowjetrussland zu verfügen. Denn die bereits konkret vorliegende inhaltliche Vorverständigung, insbesondere im Hinblick auf die Erneuerung des gegenseitigen Verzichts auf Reparationsansprüche aus dem Ersten Weltkrieg, schien damit die Funktion einer gewissen Rückversicherung einnehmen zu können und eine flexible Haltung sowohl gegenüber den Alliierten wie gegenüber Russland zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite blieb jedoch zu diesem Zeitpunkt weitgehend unerkannt, dass diese abwartende deutsche Genua-Strategie auch gravierende Nachteile nach sich ziehen konnte. So war es eigentlich bereits absehbar, dass ihre bisherige Vorläufigkeit und Unentschiedenheit die deutsche Konferenzdelegation möglicherweise ebenso unter Zugzwang und Handlungsdruck setzen würde. Diese schon mit Blick auf das Londoner Memorandum im Grunde bereits Anfang April 1922 erkennbare Gefahr erkannte Ministerialdirektor Maltzan nicht: Er hielt mit Datum vom 4. April 1922 zwar zielorientiert und diplomatisch höflich, aber ebenso bewusst ausweichend fest, er habe in einer „durchaus freundlichen" Atmosphäre gegenüber den sowjetrussischen Vertretern erklärt, „dass die italienische Sonne uns vielleicht neue Eingebungen für eine neue Formulierung, die beiden akzeptabel sei, geben würde."[1612]

Theodor Schieder hat bereits 1967 zu diesem Punkt ausgeführt, dass es *Maltzan* war, der „im entscheidenden Augenblick" mit der Forderung nach Meistbegünstigung in der Frage des Ersatzes der Sozialisierungsschäden „die Verhandlungen sprengte, als Rathenau schon zum Einlenken bereit schien".[1613] „Nicht ganz ohne die Mitwirkung Maltzans" sei auch deshalb die „Formulierung einer

---

[1610] Vgl. dazu den „Temps" vom 5. April 1922. Hier heißt es u.a. : « Lloyd George, dans sa déclaration aux Communes du 3 avril, détruit les derniers espoirs allemands en déclarant solennellement que Gênes n´est pas lieu pour discuter d´une révision quelconque du traité de Versailles, même si cela était souhaitable en principe », zit. nach Bournazel, S.148.

[1611] Siehe die Rede Lloyd Georges im britischen Unterhaus vom 3. April 1922, Auszug bei WP 1922, Ausland, Teil I, S.301ff., zit. nach Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.177. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die von Maltzan abgezeichnete Mantler-Depesche vom 3.4.1922, PA, R 23701, 034ff., 034 (Rückseite).

[1612] Die Russen hätten zudem mit besonderer Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass die auf der dritten Seite (Seite 3 der Anlage A (PA, Filmnummer L 311/ L 096 760) erwähnten Zusätze betreffend das Londoner Konsortium deutscherseits keinen Bedenken begegnet sind.", G.A. Maltzan, 4.4.1922, ebd., R 23711, 025-026. Die Vorlage ist gedruckt bei: ADAP A VI, Nr. 43. Ein weiteres Exemplar befindet sich in PA, R 23688 (L096155-56), aus der mit Paraphe am linken Rand der ersten Seite und mit Datum am Schluss hervorgeht, dass Rathenau diese am 5.4.1922 zur Kenntnis nahm. Zudem wird auf der ersten Seite im Kopfbereich der Vorlage ersichtlich, dass die Aufz. nachträglich mit einem Doppelkreuz als „geheim" eingestuft wurde. Eine weitere Abschrift befindet sich bei ebd., R 23696 (L 096746-47) und trägt auf der ersten Seite im Kopfbereich die Paraphe Maltzans.

[1613] Vgl. Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.570.

[…] deutschen Verpflichtung, die die deutsche Handlungsfreiheit im Internationalen Konsortium einschränkte“, „jetzt wieder auf der russischen Wunschliste“ erschienen. Und der Grund dafür habe möglicherweise darin gelegen, dass der Ministerialdirektor „in seinen persönlichen Besprechungen mit Tschitscherin und Litwinow“ damit „auf ein mögliches Äquivalent für andere die Russen nicht befriedigende Rechte hingewiesen“ habe. In seiner Berichterstattung an den Außenminister über die laufenden Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern habe der Ministerialdirektor „dies freilich nicht“ erwähnt. Er bezeichnete demnach „diesen Zusatz“ „nur in der Zusammenfassung der letzten Vorgänge bei der Vorlage der beiden Entwürfe“ „ausdrücklich als ‚unbedenklich’ und legte ihn Rathenau mit dem Bemerken vor, die Russen hätten mit besonderer Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass diese das Londoner Konsortium betreffenden Zusätze deutscherseits keinen Bedenken begegnet seien.“ Schieder nahm in diesem Zusammenhang daher eine „Art doppelter Verhandlungsführung“ an: „offizielle Verhandlungen mit Rathenau und auch mit Wirth, geheime Besprechungen zwischen Tschitscherin und Maltzan“. Er stellte damit erstmalig ausführlich, wenngleich in Bezug auf die Quellenlage noch fragend[1614] die These auf, der Ministerialdirektor habe an Rathenau vorbei eigenständig Russlandpolitik betrieben.

Diese Interpretation vermag allerdings heute nicht mehr zu überzeugen. Denn eben nur der Form nach war es Maltzan, der als deutscher Verhandlungsführer die Verhandlungen aufschob. Er handelte dabei jedoch ganz offenkundig im Einverständnis mit seinem vorgesetzten Minister und seinen vorgesetzten Staatssekretären. Und darüber hinaus war es schließlich Rathenau selbst, der die deutsche Forderung nach einer „Lösung der sog. Meistbegünstigung für Sozialisierungsschäden“ erneut thematisiert und damit auf die Agenda noch ergänzend zu führender Verhandlungen gesetzt hatte.[1615]

Aus den Akten geht zudem - wie in den vorangegangenen Kapitel ebenfalls bereits aufgezeigt wurde - an mehreren Stellen hervor, dass der deutsche Außenminister seit Februar 1922 stetig und in detaillierter Weise an den Verhandlungen beteiligt war. Für eine angeblich „doppelte Verhandlungsführung“ Maltzans, die durch „geheime“ Absprachen zwischen Maltzan und Tschitscherin geprägt war und als nicht loyal gegenüber Außenminister Rathenau zu bewerten wäre, findet sich in den Akten tatsächlich weder ein direkter Hinweis noch ein indirekter Anhaltspunkt. Auch die anderweitigen sachlichen Umstände weisen eine derartige Annahme nach der heute zugänglichen Quellenlage als unbegründet aus. Denn dass Maltzan die sowjetrussischen Vertreter dazu angehalten habe, wiederum die Forderung nach einer Nichtteilnahme Deutschlands an einem internationalen Konsortium zu stellen, ist schon deshalb nicht überzeugend, da dies bereits seit Anfang des Jahres für die Regierung in Moskau immerzu ein ‚rotes Tuch’ war, dessen Ablehnung zu keinem Zeitpunkt in Frage stand und unabhängig von dem Verhalten Maltzans stetig in der deutsch-russischen Verhandlungen gefordert wurde.

[1614] Vgl. ebd., S.571f. mit Anm.59. Hier heißt es u.a.: „Hat der große Taktiker Maltzan hier seinem Minister mit dem russischen Entwurf die Basis einer künftigen Verständigung zeigen wollen? Ja, hat er vielleicht selbst an diesem Entwurf mitgewirkt? Sichere Antworten lassen sich darauf nicht geben, es lässt sich nur aus den Akten erkennen, dass Maltzan zu den beiden umstrittensten Punkten des russischen Entwurfs: den Artikeln über die Sozialisierungsschäden und über das Internationale Konsortium ausdrücklich seine Zustimmung gegeben hat. Die Tür zu einer endgültigen Vereinbarung blieb damit offen, was Maltzan dem Reichsaußenminister ausdrücklich klarmachen wollte.“

[1615] Aufz. o.U. (Maltzan) und o.D. (3.4.1922), ADAP A VI, Nr.40.

Schließlich liegt noch ein weiterer Grund dafür vor, dass die Annahme von Absprachen zwischen Maltzan und Tschitscherin ohne haltbaren Beleg bleibt. Denn der sowjetrussische Volkskommissar erwähnte eine derartige „doppelte Verhandlungsführung“ seinerseits ebenfalls nicht und deutet sie auch in keiner Weise gegenüber seiner Regierung an. Ihm war hingegen mit einem zutreffenden politischen Instinkt bewusst, dass die deutsche Außenpolitik Anfang April 1922 nicht bereits war, sich vor dem Beginn der Konferenz in Genua zu binden. In einem Schreiben an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau vom 4. April 1922 wies er daher darauf hin, dass die deutsch-russischen Verhandlungen aus diesem Grund erst in Genua fortgesetzt werden könnten. Tschitscherin unterstrich an dieser Stelle zwar, dass die deutsche Seite verhandelt habe, „um zu zeigen, dass sie angeblich eine Vereinbarung mit uns“ wollte. „Alle Anzeichen“ sprächen aber dafür, „dass sie in Wirklichkeit wünschen, es möge nichts dabei herauskommen“. Dies wäre zum Beispiel daran ersichtlich, dass die deutsche Seite jetzt „für ihre Forderung der Meistbegünstigung in der Frage des Ersatzes an Privatpersonen für die Sozialisierung (…) eine neue Formel“ vorgeschlagen habe, die den Wortlaut nur in vordergründiger Weise „verbessert, ihn jedoch in Wirklichkeit verschlechtert“ hätte.[1616]

Der Reichskanzler war über den aktuellen Stand der Vertragsverhandlungen mit denn sowjetrussischen Vertretern in zusammenfassender Weise ebenfalls informiert. Wirth erklärte sich mit der abwartenden Russland-politischen Haltung der Führungskräfte im Auswärtigen Amt einverstanden: Auf einer Ministerratssitzung bei Reichspräsident Ebert führte er am 5. April 1922 in diesem Zusammenhang aus, die „Möglichkeit“ einer internationalen Konferenz als solche wäre schon viel wert; diese allgemeine politische Chance dürfe sich die deutsche Außenpolitik nicht leichtfertig durch eine möglicherweise als „Sabotage der Konferenz“ wirkende Aktion „verscherzen.“ Mit Blick auf die schwache deutsche Gesamtposition warb der Reichskanzler daher für eine behutsame, lediglich „gewisse Aktivität“ der Genua-Delegation auf der Konferenz. Allerdings sei eine grundsätzlich aktive Haltung nach seiner Ansicht schon deshalb notwendig, da eine zu große Zurückhaltung von den Alliierten gewiss dazu ausgenutzt werden würde, die deutschen Interessen noch weiter „in den Hintergrund“ zu drängen. Und auch Außenminister Rathenau wog Vor- und Nachteile der anstehenden Konferenz gegeneinander ab. Er erklärte, er gehe ohnehin nicht mit großer Begeisterung nach Genua und „würde zufrieden sein, wenn die Delegation zurückkehre, ohne dass ein Unglück geschehen sei.“ Sein Hauptaugenmerk lag letztlich ähnlich wie dem von Reichskanzler Wirth formulierten Bestreben darauf, „eine Reihe von Beziehungen herzustellen, unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen und einige Gedanken in die Diskussion zu werfen“. „Dann würde“, so Rathenau weiter, „der Welt immerhin klar geworden sein, dass der Vertrag von Versailles und die Reparationsfrage im Mittelpunkt aller Wirtschaftsprobleme stehen.“[1617] Der deutsche Außenminister machte aber an dieser Stelle ebenso klar, nach der Absage der Vereinigten Staaten sei aus deutscher Sicht zu vermuten, dass „das Problem der internationalen Entschuldung auf der Konferenz“ nicht in direkter Weise „berührt“ werden könne. Durch die „inneralliierten und

[1616] Vgl. Tschitscherin an Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 4.4.1922, in: Von Brest-Litowsk bis Rapallo, Bd. 2, Nr. 256, S.556f. sowie in Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Bd. V, Nr. 101.
[1617] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 241 a und b.

innerenglischen Verhältnisse“ müsse in inhaltlicher Hinsicht ohnehin auf eine „weitere Verengung des Programms“ verwiesen werden.[1618]

Seine aktuelle Russland-politische Haltung formulierte Rathenau am 5. April 1922 wie folgt: Bei einem Abschluss der laufenden Vertragsverhandlungen mit Sowjetrussland müsse ein Konflikt mit den Alliierten möglichst vermieden werden. Die deutsche Außenpolitik sei des Weiteren bereits eindringlich gewarnt vor dem „Doppelspiel“ der sowjetrussischen Vertreter. Mit der „Taktik des Gegeneinanderausspielens, sowohl Frankreichs gegen Deutschland, wie umgekehrt“ trieben sie ihre „Unzuverlässigkeit“ immer wieder „auf die Spitze“. Den Russen werde er daher zwar weiterhin zu verstehen geben, dass er sich davon nicht beeindrucken lasse und dass diese uns „mehr“ „brauchen […] als wir sie.“ Insbesondere die „russische Frage“, so Rathenau weiter, wäre aber mittlerweile „stark politisch“ geworden.[1619] Da die Stellung Lloyd Georges in London als „schwer erschüttert“ bezeichnet werden könne, verfolge der britische Premier nunmehr die Absicht, das „russische Problem in den Vordergrund zu schieben.“ Zudem sei die letzte diesbezügliche Rede Lloyd Georges im Unterhaus für Deutschland insgesamt gesehen doch „ungünstig“ ausgefallen. Deutschland stehe zwar zu Sowjetrussland „de facto und de jure“ „anders […] als die anderen Mächte“. Jedoch könne eine „Anerkennung der Sowjet-Regierung durch Frankreich und England“ für Deutschland „nicht einmal besonders angenehm“ sein. Damit verwies ebenso der deutsche Außenminister indirekt auf die an ihn herandrängende Berichterstattung, die Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV sowie auf die daraus resultierenden Gefahren für deutsche Interessen.[1620]

Gegen diese noch recht unentschiedenen Gedankengänge Rathenaus erhoben sich daraufhin aber vor allem von Seiten des Reichspräsidenten strenge, vorsorgliche Mahnungen und Einwände - insbesondere gegen eine zu weitgehende deutsche „Aktivität“ auf Russland-politischem Gebiet. Friedrich Ebert forderte jedenfalls mit großem Nachdruck, bei der bevorstehenden Unterzeichnung von konkreten vertraglichen Abmachungen in Genua nicht übergangen zu werden.[1621]

Ministerialdirektor Maltzan zeigte sich hingegen mit dem gegenwärtigen Stand der Russland-politischen Entwicklung zumindest nicht unzufrieden. Der „Russische Besuch“ in Berlin, so konstatierte er am 5. April 1922 gegenüber dem deutschen Vertreter in Moskau zusammenfassend, sei im Ganzen doch recht „harmonisch verlaufen“. Jetzt wäre anzustreben, dass auf der Konferenz in Genua eine halbwegs belastbare Verständigung ebenso mit den Alliierten, vor allem mit London und eventuell auch mit Rom erreicht werde – ein Ziel, dass nicht durch ein voreilig abgeschlossenes politisches Abkommen mit Sowjetrussland oder mit einer sofortigen Übergabe der bislang immer noch ausstehenden offiziellen deutschen Antwort auf die letzte Note der Reparationskommission gefährdet werden dürfe.[1622] Und auch die Lage der deutschen Ostpolitik insgesamt gestatete sich aus seiner Sicht derzeit nicht grundlegend negativ. Bei einer Konferenz von Riga hatten Estland, Lettland

---

[1618] Ebd., Nr. 241a, S.675.

[1619] Vgl. Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.576.

[1620] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 241 a. In seiner Rede vom 4.4. 1922 hatte Lloyd George nach ebd., Anm.4, u.a. betont, „wichtig sei die Frage der Wiederherstellung des Friedens mit Rußland, das ausländisches Kapital brauche und daher die Bedingungen, die man ihm auferlege, anerkennen müsse; diese beständigen vor allem darin, Rußland zur Annahme der Grundsätze zivilisierter Staaten zu zwingen.“

Siehe zur Haltung Rathenaus ebenfalls die Ausführungen des sog. „innenpolitischen Dienstes“ zu den „deutsch-russischen Verhandlungen in Berlin“, PA, R 83435, 058-059.

[1621] Vgl. AdR, Kab. Wirth II, Nr. 241b, S.686 und ebd., Nr. 241a, S.678.

[1622] Maltzan an Wiedenfeld Nr.266, 5.4.1922, PA, R 31491 (Filmnummer K 281/ K 096 415).

und Polen am 30. März 1922 mit Sowjetrussland ein gemeinsames Protokoll unterzeichnet, in dem es unter anderem hieß, „that the de jure recognition of the Russian Soviet Government would be an appropriate step in the economic reconstruction of Eastern Europe“[1623]. Selbst der polnische Außenminister habe erklärt, er werde - auch wenn dies den bisherigen Vorstellungen Frankreichs weithin entgegenstehe - einer „allgemeinen Anerkennung der Sowjetregierung keine Hindernisse in den Weg legen“, woraus sich für Maltzan ein starkes wirtschaftliches Eigeninteresse Polens am Wiederaufbau Russlands erkennen ließ.[1624]

Auf eine Bitte, Maltzan möge unverbindlich sondieren, ob Berlin derartige Bestrebungen in Genua unterstützen würde, legte der Ministerialdirektor aber darüber hinaus auch seine eigene ostpolitische Grundkonzeption zumindest zum Teil offen. Und eine machtpolitische orientierte Haltung ging auch aus diesen Äußerungen nicht hervor. Vielmehr schien Maltzan in einem für alle Seiten konstruktiven Sinne jetzt ebenso darum bemüht zu sein, in Bezug auf den russischen Markt auch die wirtschaftliche Rolle der Randstaaten zu stärken:

> „Ich habe ihm [Amende[1625], Anm.d.Verf.] mitgeteilt, dass Deutschlands Ostpolitik zwei Prinzipien verfolgt habe,
> a) Autonomie der Randstaaten, die eine Brücke und einen Umschlaghafen für uns nach Russland bildeten,
> b) Freundschaftliche und verständigungsvolle Haltung Russland gegenüber ohne Einmischung in die der(zei)tigen inneren Verhältnisse.
> Ich sei erfreut zu hören, dass diese beiden Ziele durch die Rigaer Konferenz nun für uns vereinigt worden wären, und könne ihm mitteilen, dass jede Aktion, die auf eine Gesundung Russlands hinausginge, unser lebhafte Sympathie haben würde.“[1626]

Allerdings hatte inzwischen ein Teil der deutschen Reichswehrführung den Aufenthalt der sowjetrussischen Genua-Delegation in Berlin zur Verfolgung eigener Ziele genutzt. Nach rückblickenden, aus dem März 1924 datierenden Angaben Maltzans erklärte der Seeckt-Beauftragte Niedermayer gegenüber Reichskanzler Wirth, er habe Tschitscherin jüngst im Auftrag des Reichskanzlers gewisse „Versprechungen“ auf rüstungspolitischem Gebiet gemacht. Und als Staatssektär im Auswärtigen Amt trug Maltzan dazu im Nachhinein nicht nur vor, er sei schon Anfang April 1922 gegen Bestrebungen dieser Art gewesen. Er habe das Verhalten der beteiligten deutschen Militärs insbesondere auch deshalb als dreist und anmaßend empfunden, weil diese „Vorschläge“ weit über den Rahmen hinausgegangen seien, der Ende Mai/ Anfang Juni 1921 verabredet wurde. „Herr Reichskanzler Wirth“ habe sich ebenfalls „ausserordentlich peinlich

---

[1623] Soviet Documents on Foreign Policy, Volume I, S.296-298, hier S.296f.
Zur “Conférence de Riga” vgl. auch de Barante an Poincaré, 3.4.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 91, 284ff., das diesbzgl. Protokoll der estnischen, lettischen, polnischen und sowjetrussischen Regierung bei ebd., 286ff.

[1624] Siehe den von Maltzan abgezeichneten Pressebericht aus London vom 5.4.1922, ebd., R 23701, 031ff., 032.

[1625] Ein Mitglied der lettischen und estnischen Delegation für die Konferenz von Genua.

[1626] Aufz. Maltzan, 5.4.1922, ebd., R 23708 (L 096845-47). Die Vorlage wurde u.a. Rathenau, Haniel und Simson vorgelegt. Siehe zur Haltung Maltzans im März 1922 im Rahmen der deutschen Randstaatenpolitik auch Hiden, The ‘Baltic Problem’, S.150. Hier heißt es u.a., es sei kein Zufall gewesen, dass Maltzan in dieser Zeit „forcedly stressed the relationship between the day-to-day-detail of what was often tedious bargaining with the Baltic governments to settle outstanding differences, and the broader political configuration. Referring to the impact of France’s alliance projects on the German-Baltic negotiations, Maltzan advised a tactical concentration on Estonia as a more promising target for early agreement in view of the shorter wartime occupation by German forces, in order to put pressure in turn on Latvia and Lithuania to settle their differences with Germany.”

berührt“ gezeigt und daraufhin „die Ausführungen des Herrn N(iedermayer) Herrn Tschitscherin gegenüber in meiner Gegenwart richtiggestellt“.[1627]

Zwar ist nachweisbar, dass sich die militärische Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee erst etwa ab Mitte der 1920er Jahre konkretisierte und der insoweit unter der Führung Seeckts verfolgte Wunsch nach einer industriell-rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit Sowjetrussland bis Ende 1922 überaus enttäuschend verlief.[1628] Die rückblickende Darstellung Maltzans scheint jedoch nur teilweise berechtigt zu sein. Denn fraglich bleibt, ob der Ministerialdirektor Anfang April 1922 tatsächlich keine Kenntnis davon hatte, dass die von Niedermayer angesprochenen „Versprechungen“ sich bereits in einer vertraglichen Abmachung mit Sowjetrussland niedergeschlagen hatten. Bei den Akten findet sich jedenfalls heute eine Kopie von „geheimen militärischen Abmachungen zwischen Sowjet-Russland und Deutschland“, die von Exponenten der ‚Sondergruppe R’ - im Kontext der Angaben Maltzans offenbar ohne Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt - abgeschlossen wurden und teilweise auf den 3. April 1922 datiert sind.[1629] Ob sich schon aus diesem Faktum Anfang April 1922 weitere Konflikte ergaben als diejenigen, die Maltzan im Rückblick ansprach, muss an dieser Stelle aber offen bleiben. Denn für die hier verfolgte Fragestellung ist vielmehr es entscheidender, dass unter anderem auch die französische Diplomatie bereits Kenntnis von diesen „geheimen“ Bestrebungen von Teilen der Reichswehrführung hatte.

Anhand der französischen Archivalien lässt sich aufzeigen, dass die erst nachträglich so explizit formulierte Sorge Maltzans, die Exponenten der „Sondergruppe R“ aus dem Reichswehrministerium könnten die Russlandpolitik des Auswärtigen Amts kompromittieren, schon im Frühjahr 1922 berechtigt war. So wurde bereits Ende März 1922 nach Paris berichtet, dass die Vertragsverhandlungen („tractations“), die derzeit zwischen Deutschland und Sowjetrussland in Berlin liefen, keineswegs nur einen finanziellen, wirtschaftlichen oder einen allgemeinen politischen Hintergrund hätten, was mittlerweile Meldungen aus London und Washington bestätigten. Nach einer « source généralement sûre » würde die deutsche Außenpolitik hingegen gemeinsam mit Reichswehrvertretern gegenwärtig angeblich versuchen,

> « de réaliser de toute urgence des accords militaires qui permettent, dans l´éventualité de complications graves soit au moment de la Conférence de Gênes, soit avant, soit

[1627] G.A. Maltzan, 18.3.1924, PA, R 29286, 74-79 (E 162585-90), hier -87.

[1628] Gorlow, S.135; Zeidler, S.65; Stürmer, Rußland und Deutschland, S.141.

[1629] Vgl. dazu die Aufz. o.U. und o.D. bei PA, R 23689, L 096480-83. Auf der ersten Seite der Vorlage befindet sich allerdings eine Paraphe „R“ und ein nicht unbedingt zu der Paraphe gehörendes Datum vom 18.5.(1922). Nach der Vorlage sei ein solcher Vertrag am 3. April 1922 in Berlin von Vertreter der Roten Armee und des deutschen Generalstabes, Seeckt, Scharf und Petter, abgeschlossen worden. Es ging dabei einerseits um deutsche Waffen-, Material- und Munitionslieferungen für russische Infanterieregimenter, um deutsche Hilfe „bei der Organisierung der russischen Kriegsflotte im Baltischen und Schwarzen Meer“, um die Lieferung von Flugzeugen des Typs „Junker“ sowie um eine Informierung des russischen Generalstabes über technische Erfindungen „im Gebiet des Gaskampfes“ und um eine Versendung von Techniker zum Aufbau von drei Waffenfabriken in Tula, Samara und Petersburg. Andererseits habe der russische Generalstab die Verträge vom 27. April 1919 und vom 25. März 1921 bestätigt, „die mit dem vorliegenden Vertrag ein Ganzes bilden“. Weiter sei eine tatsächliche Übergabe von 20 Kriegsschiffen aus dem Bestand der russisch-baltischen Flotte an Deutschland vorgesehen, die aber „in Anbetracht der politischen Lage“ jedoch in russischen Häfen verbleiben sollten. Zudem konnte der deutsche Generalstab drei deutsche Fabriken für Flugzeuge und Motoren, für Giftgase und für Geschütze nach Russland verlegen, unter der Bedingung, dass die russische Armee „in vollem Umfange die Produktion der genannten Fabriken ausnutzen kann.“ Der Vertrag enthielt noch zahlreiche andere Bestimmungen, u.a. hinsichtlich der russischen Truppenstationierung an der Westgrenze, der Leistungsfähigkeit von bestimmten Bahnstrecken und bzgl. der „Ausarbeitung eines gemeinsamen Planes, der Russland den Zugang zur Ostsee eröffnet.“

> immédiatement après, de déclencher sur la double frontière polono-russe et germano-polonaise une action de grande envergure destinée, pour le moins, à impressioner les Alliés et à jeter la panique en Europe. »[1630]

Derartige Szenarien erzielten in einem von tiefen Misstrauen gegenüber dem alten Erzfeind Deutschland geprägten Paris natürlich leicht Aufsehen und Wirkung. Sie trugen damit erheblich dazu bei, dass die französische Deutschlandpolitik auch in Bezug auf die ‚russische Frage' keine verständigungspolitischen Signale in Richtung Berlin aussandte oder Kooperationsmaßnahmen auf Russland-politischem Gebiet in Erwägung zog, zumal weitere Meldungen dieser Art folgten. So verstärkte der innerhalb der französischen Diplomatie übermittelte Wortlaut einer deutsch-russischen Militärkonvention, die am 3. April 1922 in Berlin zwischen der Roten Armee und „les représentants plénipotentiares de l´Etat-Major Général allemand"[1631] Form abgeschlossen worden sei, die Verdachtsmomente noch zusätzlich. Der französische „L´Eclair" veröffentlichte schließlich aber erst mit Datum vom 11. Mai 1922 und unter dem Titel « La Preuve de la Complicité du Reich et de Moscou » ein auf deutscher Seite von Seeckt, Behnke, Scharf und Petter am 3. April 1922 unterzeichneter Vertragstext veröffentlicht, der auch in anderen Teilen der französischen Presse als deutsch-sowjetrussische Militärkonvention dargestellt wurde - „tendent à riens moins qu´à hâter la préparation d´une guerre offensive".[1632] Und da es in Teilen der britischen Presse nachfolgend ebenfalls zu einer ähnlich gelagerten Berichterstattung kam[1633], war es nicht nur kraftraubend, sondern ebenso nachteilig, dass von deutscher Seite diese angebliche „Militärkonvention" vom 3. April 1922 als Fälschung und Hetzkampagne zurückgewiesen werden musste.[1634]

Bereits am 4. April 1922 hatte die französische Diplomatie zudem abermals über die amtlichen deutsch-russischen Verhandlungen informiert. Tschitscherin und Litvinow strebten in Berlin derzeit vor allem eine Lösung der grundsätzlichen politischen Fragen an, daher würden sich die Gespräche gegenwärtig auch darauf konzentrieren. Die wirtschaftlichen Fragen hingegen seien hingegen bis zum heutigen Eintreffen Krassins verschoben worden, während die derzeit zwischen beiden Ländern

---

[1630] Vgl. die Anlage zum Schreiben des frz. Hochkommissars für die Rheinprovinzen an Poincaré, 30.3.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 183-185.

[1631] Siehe dazu die von „Matsuda" unterzeichnete Übersetzung bei ebd., 191-194.

[1632] Vgl. Cheetham (?) an Curzon No. 1149, 11.5.1922, PRO, FO 371/8190, 128, der Ausschnitt aus dem L´Eclair vom 11.5.1922 bei ebd., 129.

[1633] Siehe zu den Gerüchten in der englischen Presse auch Sthamer an AA, A.973, 5.5.1922, ebd., 171, sowie ders. Tel. Nr.137, 15.5.1922, wo es u.a. heißt, „in gewissen uns ungünstig gesinnten Kreisen will Gerede über militärischen Geheimvertrag mit Russland nicht verstummen.", ebd., 192. So musste Sthamer am 19.5.1922, ebd., 207-208, melden: „In sensationellster Aufmachung veröffentlicht ‚Daily Mail' unter der fettgedruckten Überschrift ‚Der russisch-deutsche Kriegspakt' den Wortlaut einer angeblichen ‚geheimen Militärkonvention', die im letzten Monat zwischen der deutschen und Sowjetregierung unterzeichnet worden sei, wie ihn das Pariser Blatt ‚Eclair' bereits veröffentlicht hat. ‚Daily Mail' fügt hinzu, trotz der offiziellen Ableugnungsversuche sowohl Berlins als auch Moskaus werde die Echtheit dieses Vertrages allgemein angenommen. In einem Leitartikel schreibt die ‚Daily Mail', niemand könne dem Wort der Deutschen und Russen trauen."

[1634] Siehe dazu auch das Tel. Wertheimers an die dt. Genua-Delegation Nr.150, 11.5.1922, PA, R 83436, 166-167 und den Bericht Mayers an AA Nr.758, 13.5.1922, ebd., 190-191 (der u.a. konstatiert die Nachricht sei von mehreren Zeitungen übernommen worden, darunter die „Action Française", der „Liberté" und der kritisch bzw. solche Nachrichten eher missbilligend der „Journal des Débats"). Vgl. zudem auch die Artikel in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 13.5.1922 unter dem Titel „Polnischer Hetzfeldzug", Ausschnitt bei ebd., 174, sowie in der Vossischen Zeitung vom gleichen Datum mit dem Titel „Ein gefälschtes russisch-deutsches Militärabkommen", Ausschnitt bei ebd., 168. Es heißt hier u.a.: „Der ‚Eclair' hat Pech. Wenn er mit seiner neuen Sensation 24 Stunden gewartet hätte, bis er von dem Schicksal des politischen Großfälschers Anspach (…) erfuhr(,) so würde er sich und all den in Paris von der Angstpsychose Befallenen eine neue Blamage erspart haben." Der Artikel aus dem L´Eclair v. 11.5.1922 sowie die Artikel der anderen Zeitungen finden sich im Ausschnitt auch bei ebd., 185 (L203695).

in Vorbereitung befindlichen konsularischen und wirtschaftspolitischen Abkommen ebenfalls noch auf eine Unterzeichung warten müssten. Der Grund läge darin, dass die Verantwortlichen in der Wilhelmstraße abgeneigt wären, derartige vertragliche Vereinbarungen ‚über das Knie zu brechen' („à bâcler des arrangements de cette nature").[1635] Und der Umstand, dass ein politischer Vertrag zur Regelung der finanziellen Fragen der Vergangenheit möglicherweise schon bald unterzeichnet werden könne, resultiere einerseits aus den Gefahren des Artikels 116 Abs. 3 VV für die Interessen Deutschlands und andererseits aus dem sowjetrussischen Wunsch, keinem einheitlichen internationalen Konsortium im Rahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands gegenüber stehen zu müssen:

> « En ce qui concerne Gênes, l´accord se serait fait sur un certain nombre de points. Les Russes auraient promis de ne pas chercher à se prévaloir de l´article 116 et les Allemands de ne pas faciliter la constitution d´un syndicat international pour la reconstruction de la Russie. Par contre, les Soviets auraient refusé de s´engager, dès maintenant, à dénationaliser les bien allemands (ni) même de faire aucune promesse à ce sujet. »[1636]

Des Weiteren wurde die Regierung in Paris auf eine Meldung in der Izvestija vom 5. April 1922 hin, wo es hieß, dass die gegenwärtige Haltung der Reparationskommission und diejenige, die Poincaré gegenüber der Genueser Konferenz einnehme, „ont forcé l´Allemagne à se mettre d´accord avec la Russie et ont hâté l´accord économique avec les Bolcheviks." Tschitscherin würde jedenfalls an eben diesem Tage von Wirth und Rathenau empfangen. Ein sehr wichtiger Akkord „au sujet du rétablissement des consulats dans les deux pays" stehe möglicherweise unmittelbar vor dem Abschluss.[1637] Und schließlich sollte auch ein Interview Tschitscherins im Prager Tageblatt vom 5. April 1922, über das die französischen Diplomaten mit Datum vom 6. April 1922 berichteten, der Regierung in Paris ebenfalls signalisieren, die sowjetrussische und die deutsche Regierung seien sich einig, „pour résister à la politique agressive que certaines puissances de l´Entente croient toujours devoir mener contre Moscou et Berlin."[1638]

Auch in den Tagen danach blieb Paris über den Stand und die Ergebnisse dieser deutsch-russischen Gespräche ebenso gut unterrichtet: In der französischen Diplomatie wurde die Russland-politische Entwicklung in Berlin unter dem 7. April 1922 in ebenfalls zutreffender Weise skizziert. Hier hielt Chateauneuf im Hinblick auf eine „source secrète généralement sûre » fest, die sowjetrussische Delegation habe von der deutschen Regierung weder eine « entente écrite ni la reconnaissance immédiate demandé avec insistance" erhalten. Es müsse dabei jedoch ganz klar berücksichtigt werden, so der französische Diplomat weiter, dass beide Seiten « toutefois formellement »

[1635] Tel. Saint-Quentin No. 629-630, 4.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 195-196, auch bei ebd., Relations Commerciales, B82, 92, 4-5. Das Tel. ging ebenfalls am 4. April 1922 in Paris ein, wurde offenbar an alle auf französischer Seite maßgeblich an der Konferenz von Genua Beteiligten weitergegeben und trägt im Kopfbereich den hschr. Vermerk „attitude de l´Allemagne".

[1636] Ebd. Ein Tel. Saint-Quentins vom 11.4.1922, No.669, berichtete über die Verhandlungen der sowjetrussischen Delegation mit der deutschen Industrie in Berlin und kam zu dem Zwischenergebnis, "il n´a pas eu récemment d´arrangement économique conclu entre le Gouvernement du Reich et celui des Soviets." Tschitscherin habe die Angebote „à des conditions rigoureuses" letztlich dilatorisch behandelt „et manifesté l´intention de mettre les Allemands en concurrence avec d´autres groupes étrangers. », ebd., (Relations Commerciales, B82), 93, 91.

[1637] Siehe dazu die frz. Übersetzung bei ebd. (MAE), Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 197.

[1638] Couget an Poincaré, 6.4.1922, MAE, Relations Commerciales, 92, 105, die französische Übersetzung des Prager Tageblattes bei ebd., 106-107.

dahingehend übereingestimmt hätten, « que les représentantes russes et allemands à Gênes auront partis liée dans toutes les questions affectant intérêts communs.“ Rathenau und Wirth hätten zudem gegenüber der sowjetrussischen Seite versichert, dass sie die Forderung nach einer „reconnaissance « de jure » de la République soviétique“ durch die führenden Ententemächte unterstützen würden.[1639] Hingegen konstatierte der belgische Botschafter, der deutsche Außenminister sei „plein d´espoir“, dass diese Gespräche zu einer „situation privilégiée“ für Deutschland „dans le relèvement économique de la Russie“ führen würden. Man müsse, so della Faille weiter, in Brüssel und Paris einmal nüchtern die Tatsache zur Kenntnis nehmen, « que nos voisins de l´Est se trouvent favorisés par une position géographique particulièrement heureuse au point de vue qui nous occupe. »[1640] Allerdings seien insoweit auch die anhaltenden, gravierenden Probleme im deutsch-sowjetrussischen Verhältnis zu beachten. So hätten die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten“ kürzlich ausgiebige Enthüllungen „sur les subventions accordées par le Gouvernement de Moscou au parti communiste allemand“ veröffentlicht. Damit sei bewiesen worden, dass die Kommunistische Partei in Deutschland im Jahr 1921 rund fünf Millionen Mark pro Monat von Moskau erhalten habe, allein „400.000 marks ont servi à couvrir le déficit de l´organe du parti, la Rote Fahne“, und erst in der letzten Zeit sei dieser Betrag auf 300.000 Mark reduziert worden.[1641]

Meldungen dieser Art, die über die Probleme zwischen beiden Ländern Auskunft gaben, wurden von der belgischen Presse dagegen nicht thematisiert. Auch hier stand die Warnung vor den aus einem deutsch-russischen Vertrag und die möglicherweise daraus für die Ententemächte erwachsenden Gefahren im Vordergrund. So berichtete der Berliner Korrespondent der “L´Etoile Belge” unter dem 10. April 1922 recht detailliert über den Aufenthalt und die Gespräche Tschitscherins insbesondere auch „avec M. de Maltzahn“. Man könne in dieser Hinsicht auf jeden Fall sagen, dass die „Entente Russo-Allemande” derzeit nur aufgeschoben wurde, eine diesbezügliche Einigung aber schon in allernächster Zeit zu erwarten sei.[1642]

Diese widersprüchlichen Nachrichten ließen einerseits noch keine gesicherten Erkenntnisse zu, wie weit die deutsch-sowjetrussischen Vertragsverhandlungen fortgeschritten waren. Denn wie hoch sich die Einigungsbereitschaft beider Länder tatsächlich ausnahm, dies blieb aus Sicht der Ententemächte schwer einschätzbar. Andererseits wurden in der alliierten Diplomatie erneut nicht nur Äußerungen der Iswestija z.B. vom 6. April 1922 hervorgehoben, wonach « la Russie Soviétique » mit Blick auf die beginnende Konferenz in Genua in jedem Fall nicht mehr isoliert sei, insbesondere in Bezug auf Deutschland.[1643] In der Iswestija wurde am 5. April 1922[1644] sogar der vermeintliche Wortlaut eines

---

[1639] Chateauneuf an Poincaré, 7.4.1922, ebd., 199, vgl. in der Einleitung ähnlich auch Saint-Quentin an Poincaré, 11.4.1922, ebd., 200.

[1640] Vgl. dazu della Faille an Jaspar, 4.4.1922, BMAE, 10.991 (V.), auch bei ebd., Correspondance Politique, Legations, Allemagne 12, Nr. 158, hier Seite 2.

[1641] Della Faille an Jaspar, 6.4.1922, ebd. (BMAE), Classement B35 : URSS, Avril-Mai 1922. Die Vorlage trägt einen Eingangstempel vom 8.4.1922 mit der Nummer 19748.

[1642] Ausschnitt in: PA, R 83382, 255.

[1643] Ausschnitt in frz. Übersetzung bei BMAE, Classement B35 : URSS, April-Mai 1922.

[1644] Die Existenz des Artikels in der Iswestija vom 5.4.1922 wird bestätigt durch das Tel. Hodgsons Nr. 100, 6.5.1922, PRO, FO 371/8190, 215 (alte Seitenumerierung), 31 A (neue Seitenzahlvergabe). Hier heißt es u.a.: „On April 6th Doctor Wiedenfeld told me that reports of agreement in Russian press were not to be believed.“ Siehe dazu auch den Ausschnitt aus dem Manchester Guardian vom 24(?). April 1922, der einen Eingangsstempel vom 27.4.1922 trägt, bei PRO, FO 371/8188, 206. Hier wurde u.a. auch auf den Artikel in der Iswestija vom 5.4.1922 verwiesen, der in englischer Übersetzung den Titel getragen habe „Joint Action by Russia and Germany“.

Bei BMAE, Classement B35: URSS, Avril-Mai 1922, finden sich nur Auszüge aus der Iswestija vom 2.4., 6.4. und

deutsch-russischen Vertrages auf der Basis der in Berlin geführten Verhandlungen veröffentlicht.[1645] Und dies mahnte die insbesondere die britische Außenpolitik im Ergebnis wenigstens zu einem behutsamen Vorgehen in der russischen Frage auf der Konferenz von Genua an, sollte das tatsächliche Eintreten einer solchen Entwicklung vermieden werden.

Für Maltzan hingegen war es unterdessen viel entscheidender, dass in London - also parallel zu den in Berlin laufenden deutsch-russischen Verhandlungen - die strategischen Vorüberlegungen zur Behandlung der russischen Frage auf der Konferenz von Genua in eine erweiterte Reflexionsphase getreten waren. So wurde im Foreign Office Anfang April 1922 neben dem mit dem Londoner Expertenmemorandum vorliegenden Entwurf ein eigener, bilateraler englisch-russischer Vertragsabschluss erörtert. Da sich Großbritannien mit Sowjetrussland in den Jahren zuvor nicht in einem Kriegszustand befunden hatte, so hieß es in einem „Memorandum regarding Treaties with Russia", hätten die Verträge Großbritanniens mit dem zaristischen Russland unabhängig von der Russischen Revolution im Jahre 1917 formal ihre Gültigkeit behalten, wenngleich darunter einige britisch-russische Verträge seien, „which it would be clearly inconvenient for us to revive." Im Ganzen ging die britische Diplomatie aber davon aus, dass die sowjetrussische Regierung - „if and when recognised de jure" während der Konferenz von Genua - insbesondere die Schulden des zaristischen Russlands zu übernehmen habe. Und zur Lösung der Frage, wie die Regierung in Moskau diesen Verpflichtungen nachkommen könne, biete sich eben der russische Reparationsanspruch gegen Deutschland gemäß dem Versailler Vertrag an, zumal die sowjetrussische Regierung gegenwärtig selbst über keine nennenswerten Vermögenswerte verfüge.[1646] Ebenso die Regierung in Paris unterstütze eine derartige Regelung. Sollte zudem die Regierung in Moskau dazu bereit sein, wäre darüber hinaus eine formal-rechtliche Anerkennung des Versailler Vertrages durch Russland und im Ergebnis ebenso eine „foundation of the present political order in Europe" inklusive einer Kenntnisnahme der Existenz des Völkerbundes zu erreichen.[1647]

9.4.1922 in französischer Übersetzung, ohne dass ein solcher, in der russischen Presse thematisierter deutsch-russischer Vertragsentwurf vom 5.4.1922 Erwähnung findet. In der Dissertation von Helmut Grieser wird ein diesbzgl. Artikel, der bereits wesentliche Passagen des deutsch-russischen Vertrages vom 16. April 1922 veröffentlicht habe, ebenfalls nicht erwähnt, vgl. Grieser.

[1645] Vgl. dazu die als „Parliamentary Question" betitelten Ausschnitt mit Eingangsstempel vom 5.5.1922 bei PRO, FO 371/8189, 190, 194. Fraglich ist bislang, warum die deutschen Akten dazu schweigen. Das Auffinden und die Vorlage dieses Iswestija-Artikels vom 5.4.1922 im Original ist dem Verfasser bislang noch nicht gelungen.

[1646] Vgl. Memorandum regarding Treaties with Russia, 6.4.1922, DBFP, 1st series, XIX, Nr.61. Es heißt hier u.a. auch, zudem habe die polnische Regierung an der sowjetrussischen Erhebung von Ansprüchen gegen Deutschland gemäß Artikel 116 Abs. 3 VV ein besonderes Interesse, da die darin implizierten polnischen Reparationsansprüche von der Reparationskommission ausdrücklich von denen Russlands abhängig gemacht wurden und der größte materielle Schaden „inflicted by Germany upon Russia" eben „in the territories of what is now Poland" entstanden sei – eine Interpretation, die weiterhin auch von Polen vertreten wurde: Außenminister Skirmunt erklärte unmittelbar vor der Eröffnung der Konferenz von Genua Polen abermals zum Nachfolgestaat des ehemaligen russischen Zarenreiches - ganz offensichtlich, um weiterhin für die Polen aus Art. 116 Abs. 3 VV zustehende Rechte einzutreten, vgl. dazu den Bericht über die Vorkonferenz der Kleinen Entente in Nervi am 9./10.4.1922 in der Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 170, 10. April 1922.

[1647] Memorandum regarding Treaties with Russia, 6.4.1922, DBFP, 1st series, XIX, Nr.61. Über den damit für London entstehenden Konflikt zwischen finanziellen und politischen Interessen heißt es u.a. weiter: „In the first case [keine Erhebung von russischen Reparationsansprüchen aufgrund von Art. 116, Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] we are saved any trouble about reparations, but on the other hand, are faced with the non-recognition of any of the existing settlements; in the latter case [Verwirklichung von Art. 116, Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] we get the full recognition and co-operation of the Soviet Government, but have to begin reparations all over again.", ebd. Es lag auf der Hand, dass der Verfasser im Rahmen dieser abwägenden Gegenüberstellung letztlich die zweite Alternative favorisierte.

Eine Auswertung auch dieser alliierten Quellen zeigt damit auf, dass die insbesondere von Ministerialdirektor Maltzan in Bezug auf die Bedeutung des Artikels 116 Abs. 3 VV wiederholt vorgebrachte Sorge *kein* Vorwand für eine Forcierung der deutschen Russlandpolitik darstellte.
Hierfür lassen sich weitere Belege anführen: Botschafter Mayer berichtete nach Berlin, Poincaré behalte sich in der russischen Frage eine "politische freie Hand"[1648] vor. Im „Memorandum regarding Treaties with Russia" vom 6. April 1922 erschien Deutschland als ein Faktor, der für die Alliierten mehr oder weniger leicht beherrschbar schien.[1649] Lloyd George vertrat am Nachmittag des 7. April 1922 in einem persönlichen Gespräch mit Poincaré zudem die Ansicht, „that the general direction of the conference should be kept in the hands of the larger Powers". Insbesondere die gegenwärtig schwierigste aller Fragen - die Frage, welche Konditionen der sowjetrussischen Regierung von den Alliierten zur Zahlung der zaristischen Schulden eingeräumt werden könnten - könne eben nicht wirklich vor einem Komitee mit "thirty-three Powers" verhandelt werden.[1650]
Die Gegensätze und Spannungen zwischen London und Paris waren zwar damit keineswegs ausgeräumt.[1651] Den britischen Premier hielt dies jedoch nicht davon ab, den in London von seinen Diplomaten und von den alliierten Sachverständigen vorformulierten Weg in der russischen Frage weiter zu verfolgen. Aus dem Protokoll eines Gesprächs des italienischen Außenministers mit Lloyd George wird insoweit deutlich, dass der britische Premier ganz im Sinne des „Memorandums regarding Treaties with Russia" vom 6. April 1922 einen Vertrag der Alliierten mit der Regierung in Moskau als ein sinnvolles politisches und rechtliches „Instrument" erachtete. Dabei hob Lloyd George zugleich die Richtigkeit der im Londoner Memorandum vom 28. März 1922 fixierten Bedingungen hervor.[1652]

[1648] Mayer an AA, Nr. 561, 1.4.1922 (Durchschlag), PA, R 70656. Die Vorlage ging am 3.4.1922 beim AA ein, wurde u.a. an die Referate IIa, b und IV a weitergeleitet und trägt am oberen Rand auf der ersten Seite den mschr. Vermerk „Arbeitsexemplar" sowie mehrere hschr. Randvermerke am linken Rand.
[1649] Bei ebd. heißt es u.a. auch: „Firstly, we must not try to have it both ways, by denying Russia´s share to reparations on the grounds that Article 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] was not drafted for the benefit of the Soviet Government, and at the same time asking her to assume responsibility for the war debts. Such a course would be bad tactics and bad law; if we recognise Russia de jure, then by the theory of State succession all engagements of previous Russian governments are automatically revived, and it is certainly not to our advantages to give Russia an opportunity of picking and choosing what she will or will not adhere to. Secondly, we should avoid, as far as possible aggravating the growing spirit of nationalism in Soviet Russia, and thus enabling the Soviet Government to pose once more as the defender of holy Russia against the greed and aggression of the West. On the whole it is hoped that something will be adopted on the lines of the proposed resolution, namely that: 'The Russian Government takes note of the Treaty of Versailles, Trianon, St. Germain and Neuilly, and recognises the territorial settlement effected by these treaties.' At any rate it would seem the safest draft resolution to begin with."
[1650] Vgl. 'British Secretary´s Note of a Meeting held in a Railway Train proceeding from the Gare du Nord to the Gare du Lyon, Paris, on Friday, April 7, 1922, at 4.20 p.m.', PRO, FO 115/2737, 221-229.
[1651] Dies zeigte sich nach ebd. u.a. daran, dass Lloyd George Poincaré eindringlich wie warnend darauf hinwies, dass es das Ende einer engen Kooperation "between the two great democracies" sei, „if he and his colleagues had to go back to England and say that it [the Konferenz von Genua, Anm.d.Verf.] had failed because France had refused reasonable conditions". Für England, so der britische Premier weiter, gäbe es zwar keine Regionen, die durch den Krieg zerstört worden seien, aber die britische „devastated area" sei eben „the depressed trade". Der französische Regierungschef müsse zudem berücksichtigen, dass die englische Labour Party mit ihrer bitteren Kritik an dem Verhalten Frankreichs bereits stark an innenpolitischer Bedeutung gewonnen habe. Poincaré konterte prompt und nicht minder scharf: Er skizzierte daraufhin die in der französischen öffentlichen Meinung seit geraumer Zeit vorhandenen antienglischen Ressentiments dahingehend, dass Großbritannien eben nicht bereit sei, mit Frankreich zusammenzuarbeiten, „in compelling Germany carry out her obligations". Zudem sei es seiner Meinung nach ohnehin gänzlich frühreif („premature"), um mit der deutschen Demokratie in einer engeren Form („intimate collaboration") überhaupt zusammenzuarbeiten.
Zur Labour-Party und ihrer Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Krieger; Jones, The Russia complex. Zum Vergleich mit der SPD siehe die Arbeit von Berger.
[1652] Vgl. die 'Notes of a Conversation at the Villa D´Albertis', April 8, 1922, DBFP, First Series, Bd. XIX, No.63. Das Dokument wurde laut ebd., S.304 erst am 15.4.1922 abgefasst.

Unterdessen wurde die geringfügige Beachtung der deutschen Interessen durch die Regierung in London innerhalb der deutschen Diplomatie nicht nur von Ministerialdirektor Maltzan thematisiert. Ministerialdirektor Schubert klagte unter dem 8. April 1922, dass Deutschland ja mittlerweile ohnehin der Haltung der französischen Regierung „auf Gnade oder Ungnade" ausgeliefert wäre. Und diese Tatsache müssten nun einmal endlich auch die britischen Verantwortlichen stärker berücksichtigen, „anstatt sich darauf zu beschränken, uns durch den Mund angeblich wohlmeinender Freunde ständig mit labbrigen Redebonbons zu füttern und im Grunde gar nichts zu tun." Die in London um sich greifende Oberflächlichkeit und „ganz traurigen und wertlosen Floskeln" potenziere die aussichtslose deutsche Lage jedenfalls im Ergebnis noch um ein Vielfaches:

> „Gnade uns Gott, wenn die Engländer sich darauf beschränken wollen, die außerordentlich gerissenen und zielbewußten Franzosen mit solchen törichten Redensarten zu bekämpfen. Hoffentlich gelingt es dem Minister, den Engländern endlich einmal klar zu machen, um was es sich eigentlich handelt, nämlich: den Ausbruch einer Weltkatastrophe zu verhindern, die jeden Moment ausbrechen kann. Es ist damit genau so, wie mit dem Weltkriege. Jeder einsichtige Mann sah ihn in den Jahren 1913 und 1914 kommen. Jeder sprach sehr klug von dem fürchterlichen Ereignis, das über die Welt hereinbrechen könnte. Aber niemand tat etwas Tatkräftiges, um diesem Ereignis vorzubeugen. Plötzlich war er da, und alle klugen Leute behaupteten sehr weis(e), sie hätten es ja vorher gewusst."[1653]

Die deutsche Entscheidung, eine Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages zu vertagen, um „mit vollkommen freien Händen nach Genua" zu gehen[1654], implizierte damit im Ergebnis ein erhebliches Risiko. Kurz vor der Abreise der deutschen Delegation nach Genua erklärte jedoch auch Ministerialdirektor Maltzan erneut, er halte einen deutschen Vertragsabschluß mit Sowjetrussland vor der Konferenz nicht für sinnvoll. Allerdings hob der Leiter der Ostabteilung in der Wilhelmstraße demnach zugleich nachdrücklich hervor, „vom deutschen Standpunkt aus hätten wir nur einen einzigen Grund, uns zu beeilen, und zwar den Artikel 116 (Abs. 3, Anm.d.Verf.)."[1655] Und zu einem nicht unerheblichen Teil resultierte diese Haltung auch aus Meldungen[1656], die abermals auf die Unaufrichtigkeit der Deutschlandpolitik Moskaus verwiesen, was insbesondere für die Aktivitäten Radeks in Berlin gelte.[1657]

[1653] Schubert an Dufour, geheim, 8.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9. Die Vorlage wurde offenbar durch „Herrn Simon" Dufour erst nach dem 10. April 1922 vertraulich zugestellt, vgl. Schubert an Simon, 10.4.1922 bzw. Simon an Schubert, 15.4.1922, ebd.

[1654] Vgl. AdR, Kab. Wirth II, Nr. 250 (Kabinettssitzung vom 19. April 1922).

[1655] D'Abernon, Bd.1, S.337.

[1656] G.A. Maltzan, 6.4.1922, PA R 23696.

[1657] Bei den Akten befindet sich in Abschrift ein Bericht, der auch über die jüngste Anwesenheit und Bedeutung Radeks in Berliner kommunistischen Kreisen berichtete, dessen „Popularität in der linksorientierten deutschen Arbeiterschaft (…) durch seine Ausführungen auf der Berliner Konferenz der Executive der drei Internationalen noch gestiegen" sei. Von gut unterrichteter Seite sei zudem gemeldet worden, dass Radek „in Gemeinschaft mit Bucharin am 1.d.M. eine entscheidende Besprechung mit der Reichszentrale der K.P.D." gehabt habe. Dabei soll u.a. die weitere Vorgehensweise zur Herbei- und Durchführung der Revolution in Deutschland festgelegt worden sein, PA, R 23684, 185-187. Siehe in diesem Zusammenhang auch Braun an AA, 9.4.1922, ebd. (Abschrift). Hier wies die preußische Staatsregierung erneut „auf die, nach ihrer Ansicht grossen Gefahren hin [...], die für die innere Ruhe des Landes aus der Anwesenheit einer unverhältnismässig grossen Zahl von in angeblich amtlicher Stellung befindlichen Vertretern und Angestellten der russischen Sowjet-Regierung entstehen können". Es sei festzustellen, „dass mindestens ein Teil dieser Personen [...] hier eine politische Tätigkeit entfaltet."
Siehe in diesem Kontext auch Äußerungen Lenins in der Iswestija und Prawda vom 11. April 1922, Übersetzung bei PRO, FO 371/8209, 134-135. Zum Gegensatz zwischen Joffe und Tschitscherin im Hinblick auf die Frage, „Genua als Forum für politische Propaganda zu nutzen", vgl. Linke, der Weg nach Rapallo, S.91. Tschitscherin soll dabei letztlich die

Während sich der allgemeine und persönliche politische Erfolgsdruck in Bezug auf den Verlauf der Konferenz von Genua für Außenminister Rathenau deutlich erhöhte[1658], schien vor diesem Hintergrund insbesondere auch Maltzan darum bemüht zu sein, zu einer Reduzierung der Spannungen in der Beziehung Deutschlands zu den führenden Ententemächten beizutragen. In einem Interview[1659] mit dem Berliner Korrespondenten des International News Service, Siegfried D. Weyer, wies er das Gerücht, die Regierung in Berlin wolle die Genueser Konferenz sabottieren, nachdrücklich zurück. Die deutsche und die sowjetrussische Delegation hätten weder ein gemeinsames Programm für die dort in den einzelnen Fachkommissionen zu führenden Verhandlungen ausgearbeitet noch sei diesbezüglich eine bindende Vereinbarung zwischen Deutschland und Sowjetrussland existent. Allerdings, so betonte Weyer, müsse er auch auf die Äußerung seines Interviewpartners hinweisen,

> „that the German Government´s spokesmen have told the Russians in Berlin last week that the Russian form of government can be no hindrance whatever for the two delegations to go hand in hand whenever it should be deemed advisable."[1660]

Und diese auf Maltzan zurückzuführende Reklamierung deutscher außenpolitischer Handlungsfreiheit in der russischen Frage war also ein deutliches Signal dafür, dass der Ministerialdirektor jederzeit bereit sein würde, auch während der Konferenz von Genua eine Unterzeichnung des vorbereiteten deutsch-russischen Vertrages zu empfehlen, sollten sich dafür gewichtige Gründe ergeben.

Ansicht vertreten haben, „wir müssen als Marxisten und Realisten nüchtern die Kompliziertheit unserer Lage in Rechnung stellen.", zit. nach ebd., S.92 mit den entsprechenden sowjetrussischen Archivalien bei Anm.118. Das Politbüro billigte auf „Anraten Lenins" schließlich einen „mittleren Standpunkt", vgl. ebd., S.92f. mwN. Rückblickend sollte Joffe jedoch „durchaus zutreffend" konstatieren, es habe für die sowjetrussische Genua-Delegation „eine klar vorgegebene Linie nicht gegeben.", vgl. ebd., S.94.

[1658] Die Erinnerungen Redslobs sind im Ausschnitt gedruckt bei: Gespräche mit Rathenau, S.352ff. Hier heißt es bei ebd., S.353 u.a.: „Am andern Tage traf ich ihn [Rathenau, Anm.d.Verf.] zufällig auf dem Flur des Reichstags. Er ging (…) in das Fraktionszimmer der Volkspartei, faßte mich für einen Augenblick mit beiden Händen an den Schultern und sagte: ‚Jetzt, da ich so viel zu tun hätte, muß ich noch von Fraktion zu Fraktion laufen, und jede Partei vereidigt mich auf ihre Thesen. Als ob ich für sie und nicht für ganz Deutschland nach Genua ginge.'" Vgl. ansonsten Redslob.

[1659] Vgl. Weyer an Maltzan, o.D., PA, R 23697. Offenbar übersandte Weyer hier einen Entwurf für den zu verfassenden "despatch". Hier heißt es u.a.: „The Germans will do or say nothing that might be apt to sabotage the conference or even disturb the atmosphere [...] The German delegation will omit nothing and obstruct nothing that my contribute to making Genoa the nucleus of a bigger, world-embracing effort toward true peace and reconstruction. (They) have no definite cut-and-dried programme [...] Nothing is more remote from their intentions than to spring a bombshell or in any way to upset the conference."

[1660] Ebd.

IV. Der Vertragsabschluss

1. Der Beginn der Konferenz von Genua (10./11. April 1922)

Während der Zugreise der deutschen Konferenzvertreter nach Genua trat zunächst deutlich hervor, wie schwach die gegenwärtige außenpolitische Position Deutschlands von den Delegierten selbst eingeschätzt wurde. Mit Blick auf die vorangegangenen Konflikte mit den Alliierten erörterte Reichskanzler Wirth unter anderen mit den Kollegen Cuno, Raumer, Levy, Hagen, Hermes und Erkelenz die Frage, ob man die Erfüllungspolitik überhaupt noch weiterführen könne oder diese abbrechen und von nun an einfach „nein sagen“ müsse. Die Beteiligten waren sich bewusst, dass eine Eskalation der Konflikte mit den Ententemächten der deutschen Republik einen existenzbedrohenden Schaden zufügen konnte. Eventuell, so hieß es im Rahmen dieser Diskussion daher auch, sei es trotzdem nach wie vor möglich, ein Moratorium zu vereinbaren, das zum Beispiel mit einer „Anleihe auf drei Jahren“ verbunden wäre. Wirth äußerte in dieser Hinsicht die Hoffnung, dass während der Konferenz zumindest eine private Fühlungnahme mit „vernünftigen“ Mitgliedern der französischen Genua-Delegation möglich sein werde.[1661]

Außenminister Rathenau hingegen suchte die allgemeine Erwartungshaltung weiter zu dämpfen. In einer Unterredung mit dem sozialdemokratischen Delegationsmitglied Anton Erkelenz erklärt er kurz vor der Ankunft in Genua, er sei dafür, „mit allen Mitteln Pessimismus in Deutschland zu verbreiten“. Ansonsten würde die spätere Feststellung eines Misserfolgs in Deutschland in psychologischer Hinsicht abermals eine überaus starke, allgemeine Niedergeschlagenheit auslösen, die innenpolitisch höchst gefährlich werden könne. Diese Entwicklung müsse daher unter allen Umständen von Anfang an „abgebremst“ werden.[1662] Der Glaube an einen positiven Konferenzverlauf schien somit insbesondere bei Rathenau nicht vorhanden zu sein.

Am 10. April 1922 um 8:10 Uhr traf die deutsche Delegation in Genua ein.[1663] Sie wurde wie die englische, französische, belgische und schweizerische Delegation im Zentrum von Genua untergebracht und zwar in den Hotels „Eden“, „Bavaria“ und „Nervi-Pagode“.[1664] Die Delegationen der anderen Staaten residierten in Pegli, Nervi und in dem etwa dreißig Kilometer südlich gelegenen Rapallo. Neben der tschechischen, rumänischen, griechischen und finnischen Delegation war diese Küstenstadt ebenfalls der Unterkunftsort der baltischen Vertreter und - in Bezug auf das von zahlreichen Sicherheitskräften bewachte Hotel „Imperiale Palace“ im dortigen Vorort Santa

---

[1661] Siehe dazu die nachdenklichen und einfühlsamen tagebuchähnlichen Aufzeichnungen von Erkelenz unter dem Titel “Briefe aus Genua”, BAK, NL Anton Erkelenz (N1072), Nr.19, MF 3, 155ff., hier 157f. und 159 (9. April 1922). Es heißt hier u.a. auch: „Wirth geht durch die Wagen und besucht alle Sachverständigen zu einem kurzen shake hands“, ebd., 158.

[1662] Ebd.

[1663] Ebd., 159.

[1664] Bei PA, R 23507 findet sich eine Liste über die Unterbringung der deutschen Delegierten und Mitarbeiter jeweils mit Hotel und Zimmerangabe im Eden-Hotel, Bavaria-Hotel bzw. im Nervi-Hotel Pagode. Hier befindet sich auch eine Liste der teilnehmenden deutschen Sachverständigen mit Adresse. Ein „vorläufiges Fernsprechverzeichnis“ bei PA, R 23697, 197 weist Maltzan wie auch Gaus, die mit Wirth, Rathenau, Hermes, v. Simson und v. Prittwitz und Gaffron im Eden-Hotel in Genua wohnten, noch keine eigene „Fernsprechernummer“ zu. Eine weitere Aufzeichnung, ebd., 120 führt aus, dass Maltzan im „Ausschuß für Russland“ der Vorsitzende der deutsche Delegation war, dem die Sachverständigen Baltrusch, Bernhard, Bücher, Cuno, Hilferding, Melchior, von Raumer und Wissell zugeordnet waren.
Zur technischen Organisation der Konferenz siehe auch das Originaldokument von 1922 z.B. bei BMAE, 10.991, V. (1-12 avril 1922). Maltzan wird als Mitglied („Per.“) der ersten Kommission hier mit einem Doktortitel geführt, ebd., 13.

Margherita - auch die temporäre Residenz der sowjetrussischen Konferenzdelegation[1665], deren Vertreter darüber allerdings „sehr unzufrieden“[1666] gewesen seien.
Am Montag, den 10. April 1922 - dem „Tag des Tastens, des Orientierens“[1667] - wurde unter dem Vorsitz des italienischen Präsidenten Facta und in Begleitung des italienischen Außenministers Schanzer die „erste Vollsitzung der Internationalen Wirtschaftskonferenz“[1668] im Palazzo San Giorgio eröffnet, an der insgesamt neunundzwanzig Staaten teilnahmen. Enttäuscht zeigte man sich dabei über die Abwesenheit Poincarés und Lenins. Darüber hinaus hatte der französische Delegationsleiter Louis Barthou[1669] tags zuvor, also am Palmsonntagabend, gegenüber Lloyd George darauf hingewiesen, „that he lacked plenipotentiary powers“. Der britische Premier reagierte darauf verärgert. Er führte aus, dies werde zu unnötigen Verzögerungen führen.[1670]
Der künftige sachliche Mittelpunkt der zahlreichen, auf der Konferenz zu behandelnden Themen aber war im Grunde eindeutig zu bestimmen: Nach der Skizze, mit welcher der Korrespondent des Toronto Daily Star, Ernest Hemingway, über die Eröffnung der Konferenz von Genua berichtete, habe „the striking, bold-headed Rathenau and the undistinguished Wirth“ - „seated halfway down (at) one on the long tables“ - nur den *einen*, letztlich nur zweitrangigen Teil der brennendsten Konferenzfragen repräsentiert. Demgegenüber verkörperten die anwesenden Mitglieder der sowjetrussischen Delegation den anderen, zentralen Problemgegenstand, der ab sofort in den Debatten und Ausschusssitzungen intensiv zu erörtern sein werde.[1671]
Natürlich kam dem ersten Eindruck, den die beiden Verlierer des Weltkrieges auf die anderen Mitglieder der teilnehmenden Staatengemeinschaft machen würden, für die politische Gesamtatmosphäre der Konferenz eine gewichtige Bedeutung zu. Sowohl die deutsche als auch die sowjetrussische Außenpolitik signalisierte politische Kooperationsbereitschaft. So unterstrich die Rede Reichskanzler Wirths eindringlich die deutsche Bereitschaft zu einem friedensvollen und effektiven Wiederaufbau Europas.[1672] Volkskommissar Tschitscherin legte als Leiter der

---

[1665] Fink, The Genoa Conference, S.144f.
[1666] Siehe dazu die Erinnerungen Stampfers, S.268.
[1667] BAK, NL Anton Erkelenz (N1072), Nr.19, MF 3, 161.
[1668] Der Ausdruck „Internationale Wirtschaftskonferenz“ wurde offenbar in der offiziellen Konferenzsprache verwendet, vgl. die Übersetzung bei PA, R 28207, 47 (D739192).
Zur Eröffnungssitzung siehe ausführlicher Kessler, Tagebücher, Montag, 10. April 1922, S.288. Hier heißt es u.a.: „Dann Neurath und Maltzan gesprochen und mit Kreuter (Wirths rechter Hand) und Georg Bernhard gefrühstückt. Mit diesem zur Eröffnung der Konferenz (…) Imposante Absperrungen, Militärketten in Feldgrau, patrouillierende Kavallerie; im Umkreis des Palazzo weißbehandschuhte, rotbebuschte königliche Guardian, die zu den Topfpflanzen und roten Treppenläufern des in höfischem Pomp herausgeputzten alten Bankpalastes überleiten. (…) feierlicher, etwas kalter Renaissancesaal mit großen, konventionellen Standbildern in Nischen: vergessene berühmte Männer wie Grabfiguren (…) Die ersten Reden (Facta, Lloyd George, Wirth, Barthou (…)) wurden verlesen und gleichzeitig im Umdruck verteilt; sie wirken etwas akademisch (…) Wirth bekommt peinlich starken Applaus. Sein Auftreten ist die kleine, erwartete Sensation. Aber bis dahin gleicht die Versammlung irgendeinem wissenschaftlichen Kongreß: den Verhandlungen des Naturforschertages.“
[1669] Zu Louis Barthou (1862-1934) vgl. die Angaben bei Huber, S.474, Anm.102 (Advokat, seit 1889 Mitglied der Kammer, seit 1894 wiederholt Minister, 1913 Ministerpräsident, 1921-22 Kriegsminister, 1922 Justizminister, Oktober 1922-August 1926 Vorsitzender der Reparationskommission, 1934 Außenminister, wurde am 9.10.1934 in Marseille zusammen mit König Alexander von Jugoslawien ermordet, vgl. ansonsten die Arbeit von Young, Power and Pleasure.
[1670] Fink, The Genoa Conference, S.149.
Zur geradezu akribischen Instruierung der französischen Genua-Delegation durch Poincaré vgl. auch Bournazel, S.152, Anm.13. Hier heißt es u.a. „Entre le 10 avril et le 19 mai, plus de mille télégrammes furent échangés entre le président du Conseil et son chef de délégation“.
[1671] Fink, The Genoa Conference, S.152.
[1672] An der Eröffnungssitzung nahmen auf deutscher Seite teil: Wirth, Rathenau, Hermes, Schmidt, Havenstein, Hemmer, von Simson, Hirsch, Schroeder, von Meinel, Fellinger, v. Maltzan, Ritter, Gaus, Weigert, Simon, v. Neurath, v. Prittwitz,

sowjetrussischen Delegation eine Haltung an den Tag, die für alle europäischen Mächte Gewicht hatte: Er betonte in seiner auf Französisch vorgetragenen Rede nachdrücklich den Willen seiner Regierung, Russland, den „größten europäischen Staat“ „avec ses richesses naturelles incalculables“ erneut für eine Wirtschaftstätigkeit der anderen Nationen zu öffnen. Tschitscherin verwies dabei auf die Schaffung von internationalen Transitrouten, auf die weit gefächerten landwirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten „des millions d´hectares de la terre la plus fertile du monde“ sowie auf eine mögliche Vergabe von „concessions forestières, des concessions de mines de charbon et de minerai d´une richesse infinie, principalement en Sibérie, et des concessions de toutes sortes sur tout le territoire de la R.S.F.S.R.“.[1673]

Die Bewertung des durch die Eröffnungssitzung[1674] entstandenen ersten Gesamteindrucks fiel unterschiedlich aus. Nach Erkelenz und Kessler erzeugte die Eröffnungsrede Wirths ein eher negatives Echo.[1675] Während britische und amerikanische Beobachter diese Ausführungen des deutschen Reichskanzlers als zu lang und nichts sagend empfanden[1676], war für den belgischen Außenminister Jaspar ein Signal unverkennbar: Die „conditions de Cannes“ seien zu Beginn der Konferenz nunmehr „définitivement“ und „sans équivoque possible“ von allen Mächten akzeptiert worden.[1677] Die Vorstellung, dass ein harmonisches Konferenzbild entstand, ist jedoch unzutreffend: So sollte der französische Delegationsleiter hart intervenieren, als der italienische Präsident in der eröffnenden Sitzung von „gleichberechtigten Nationen“ sprach.[1678] Nach einem bei den deutschen Akten befindlichen „Tagesbericht“ war insbesondere der daraufhin einsetzende „Zwischenfall“ zwischen Barthou und Tschitscherin „besonderer Erwähnung wert“, auch wenn er „von Lloyd George mit einer allgemein applaudierten improvisierten Rede beigelegt“ werden konnte.[1679] Harry Graf Kessler wies in diesem Zusammenhang, bei dem der britische Premier offenkundig die Rolle des überlegenen „peacemaker“ einnehmen wollte[1680], allerdings ebenso Tschitscherin einen überlegenen rhetorischen Erfolg zu.[1681] Ohnehin hatte der sowjetrussische Volkskommissar bereits in seiner Rede klargestellt, dass die nachfolgenden Konferenzdebatten ihre unbedingte Voraussetzung

---

v. Schmieden; von den Sachverständigen: Cuno, Bücher, Baltrusch, Hilferding.
Dass Wirth seine Eröffnungsrede auf Deutsch hielt, kann m.E. doch wohl nicht ernsthaft als „tactless gesture“ bezeichnet werden, vgl. insoweit sehr merkwürdig Fink, The Genoa Conference, S.153. Auch auf anderen Konferenzen wie in Versailles oder Spa hatten die deutschen Vertreter ihre Reden auf Deutsch gehalten.

[1673] Der « Discours du Représentant de la Délégation Russe Tchitchérine » bei der Eröffnung der Konferenz von Genua am 10.4.1922 befindet sich in einem Sonderdruck bei, BMAE, 10.991, V. (1-12 avril 1922).

[1674] Vgl. dazu auch Tel. Müller No. 11, 11.4.1922, BAB, R 43, I/468 (MF 5), 188f.

[1675] Für Erkelenz, der die Rede Wirths im Nachhinein las, da er nicht an der Eröffnungssitzung teilnehmen konnte, fehlte der Rede „grosses Pathos und innere Geschlossenheit“. Sie sei „die übliche Rede, die immer herauskommt, wenn mehrere Köpfe daran arbeiten“, BAK, NL Anton Erkelenz (N1072), Nr.19, MF 3, 162 (10. April 1922). Vgl. dazu auch die tagebuchähnliche Aufz. von Erkelenz vom 12.4.1922, ebd., 164, wo es heißt, die „Wirthsche Rede“ [gemeint ist offenbar die Rede am Eröffnungstag, Anm. d. Verf.] werde gerade in der deutschen Presse „viel kritisiert“, die „überhaupt (…) sehr unzufrieden sei“. Kessler, Tagebücher, S.292, sprach in Bezug auf die demnach möglicherweise auch von Oscar Müller für Wirth verfasste Rede des deutschen Reichskanzlers bei der Eröffnungssitzung der Konferenz von Genua sogar von einem Ausweis von diplomatischer „Impotenz oder geistiger Mittelmäßigkeit“.

[1676] Dufour an Sthamer, 11./12.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9

[1677] Tel. Jaspar, 10.4.1922, BMAE, 10.991, V. (1-12 avril 1922).

[1678] Vgl. Bournazel, S.151. Der Konflikt wurde u.a. in der französischen Presse thematisiert, siehe den „Temps“ vom 11. und 12. April 1922.

[1679] Tagesbericht o.U., 10.4.1922, PA, R 28207 (D 739193-94).

[1680] Fink, The Genoa Conference, S.154. Vgl. zu den Beiträgen Finks insoweit auch, dies., Beyond Revisionism.

[1681] Vgl. Kessler, Tagebücher, S.289ff.

„sur la base de la réprocité, de l´égalité des droits et de la reconnaissance pleine et entière“[1682] fänden.

Die am 17. April 1922 bzw. Ende Mai 1922 von Maltzan verfassten bzw. erweiterten Aufzeichnungen über die „letzten Vorgänge vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages“ beginnen ihre Berichterstattung mit Dienstag, dem 11. April 1922. Es liegt jedoch ebenso für die Darstellung des ersten Konferenztages am Montag und für den Konflikt zwischen dem französischen und sowjetrussischen Delegationsleiter aus der Feder Maltzans eine Quelle vor, die seine Analyse dazu wiedergibt. Denn mit Datum vom 10. April 1922 fasste der Ministerialdirektor für den in Berlin verbliebenen Staatssekretär Haniel seine ersten „Eindrücke“ und „Erlebnisse“ in Genua zusammen, jedoch nicht nur, wie Maltzan etwas rhetorisch angab, „flüchtig“. In einigen „formellen Etikettenfragen“, so hieß es hier von Seiten Maltzans durchaus ausführlich, hätten sich Italien und Lloyd George schließlich gegen Belgien und Frankreich durchgesetzt. Die deutsche Delegation sei daher auch in einem Hotel in durchaus „schöner Lage“, wenngleich in „stark klösterlichen Zimmern untergebracht“ worden. Eine politische Isolation der deutschen Delegation schien Maltzan vorerst nicht zu befürchten.[1683]

Bereits am Abend des 9. April 1922 hatten, so schilderte es der Ministerialdirektor weiter, der italienische Präsident Facta und der italienische Außenminister Schanzer mit Reichskanzler Wirth und Außenminister Rathenau über den Ablauf des Eröffnungstages gesprochen. Am gleichen Abend fand darüber hinaus eine erste Fühlungnahme mit der britischen Delegation statt, an der Maltzan aber offenbar nicht selbst beteiligt war. In der Eröffnungssitzung selbst sei nach Maltzan zudem lediglich eine Attacke Barthous gegen Tschitscherin „politisch wichtig“ gewesen, die der sowjetrussische Volkskommissar gewandt pariert habe. Auch der Ministerialdirektor bestätigte, Lloyd George habe schließlich durch Aufbietung seines ganzen Humors die Situation retten können, wohingegen Facta weniger höflich vorgegangen sei und Barthou letzten Endes einfach das Wort entzog.

Maltzan warnte an dieser Stelle allerdings eindringlich, Genugtuung über diese Zwistigkeiten und über diese vermeintliche frühe Niederlage des französischen Delegationsleiters zu zeigen. Unzweifelhaft sei aber, dass die kaum zuverlässig einzuschätzende Stellung der sowjetrussischen Vertreter durch diese Anfangskonflikte erheblich gestärkt wurde. Aufgrund der sichtbaren Spannungen zwischen Barthou und Tschitscherin hielt er eine Weiterentwicklung der von ihm seit Monaten sorgenvoll beobachteten Annäherungstendenz in den französisch-russischen Beziehungen vorläufig für eher unwahrscheinlich:

> „Es hat sich ein leiser Gegensatz Russland, England, Italien zu Frankreich herausgebildet. Ein Gegensatz, der aber zunächst nur in der persönlichen Mentalität in dem heutigen Auftreten der drei Ringkämpfer begründet ist, immerhin ist Russlands Stellung in der Konferenz politisch stark geworden und in einen Gegensatz zu Frankreich gekommen, der mich zunächst mancher Sorge enthebt. Die persönliche Atmosphäre zwischen Barthou und Tschitscherin scheint mir eine so gespannte, dass es grosser politischer Objektivität bedürfen müsste, um die sonst parallelen Interessen der beiden hinter ihnen stehenden Länder auf dieser Konferenz noch zu vereinigen. Eine

[1682] Ein Abdruck des „Discours du représentant de la délégation russe, Tchitcherine à la séance d´ouverture [...]“ vom 10.4.1922 findet sich bei PA, R 23687.

[1683] Maltzan an Haniel, 10.4.1922, PA, R 23708, L 096836-40. Der Brief wurde (lt. hschr. Vermerk am Kopf der Vorlage offenbar am 13.4.1922) auch Schubert zur Kenntnisnahme übermittelt, vgl. die Abschrift bei QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

> Situation, über die selbstverständlich unsere Presse sich nach Möglichkeit ausschweigen müsste.“[1684]

Maltzans Vorsicht war und blieb damit spürbar. Er war sich bewusst, dass sich die gegenwärtige atmosphärische Konferenzsituation auch jederzeit wieder zuungunsten der deutschen Interessen umkehren konnte und legte Haniel gegenüber dar, dass zur Wahrung der deutschen Interessen die Kontaktpflege zur sowjetrussischen Delegation genauso unentbehrlich bliebe wie diejenige zur britischen Delegation.[1685]

In seinem Schreiben an den deutschen Staatssekretär in Berlin führte Maltzan zudem insbesondere die Qualität der Verbindung sowohl zur sowjetrussischen als auch zur britischen Delegation noch weiter aus: „Unsere spezielle Lage zu den hiesigen Russen“, so hieß es hier von seiner Seite, sei dadurch geprägt, dass „die Russen“ „zwei Stunden von hier in Rapallo“ wohnten und sich „sehr isoliert und politisch vernachlässigt“ vorkämen. Zudem hätten bereits am späten Abend des 9. April 1922 Mitglieder der sowjetrussischen Delegation mit ihm, Maltzan, „telephonische Fühlung aufgenommen“. Der Ministerialdirektor wies jedoch darauf hin, er müsse es unbedingt „vermeiden“, sich „hier persönlich zu exponieren“ und habe daher „für den Vermittlungsdienst Raumer gewonnen, der in Nervi wohnt und diesen mit Passion und Verständnis“ betreibe. Im Kontext mit seinem Bericht über sein erstes persönliches Gespräch mit der Führung der Delegation aus Moskau wies Maltzan aber nicht nur auf den nicht unerheblichen Sachverhalt hin, dass offenbar einige Sachverständigenmitglieder der deutschen Delegation weiterhin den Abschluss des vorbereiteten deutsch-russischen Vertrages forderten, der von Außenminister Rathenau aufgrund taktischer Überlegungen verschoben worden sei. Der Ministerialdirektor zeigte an dieser Stelle ebenso deutlich auf, dass er diese Haltung unterstützte. Einen Vertragsabschluss während der Konferenz erwartete der derzeit nicht:

> „Nach der Konferenz [gemeint ist die Eröffnungssitzung am 10. April 1922, Anm. d. Verf.] hatte ich Gelegenheit, die von allen übrigen Christen verlassenen Sowjetleute im Konferenzsaal zu sprechen, habe mit ihnen Verbindung verabredet, ihnen aber auseinandergesetzt, dass der Weg nach Rapallo für mich zu weit und zeitraubend sei. Sie hatten Verständnis dafür und werden sich hier in der Stadt ein Absteigequartier mieten. Eine Realisierung der Vertragsverhandlungen wird von den Sachverständigen gewünscht, von Rathenau aus taktischen Gründen zunächst vermieden. Ich habe *nicht* [Herv.d.Verf.] den Eindruck, als ob wir hier zu einer schriftlichen Fixierung unseres Verhältnisses kommen werden. Jedenfalls hat von den Engländern Gregory in dieser Beziehung mit mir Fühlung genommen, ich esse morgen mit ihm zusammen, ebenso hat Wise den Wunsch geäussert, mich kennen zu lernen.“[1686]

Die deutsche Lage resümierte Maltzan vor diesem Hintergrund als nicht einmal ungünstig. „Das von mir so gefürchtete und von Louis Hagen mir auf Grund seiner letzten Pariser Eindrücke noch bestätigte russisch-französische Zusammengehen“, so verwies er erneut auf seine größte außenpolitische Sorge, sei gegenwärtig „anscheinend nicht mehr so eminent“. Zudem werde sich in Genua „entschieden die Möglichkeit bieten, nach diesem russischen Vorstoss auch unsere Wünsche im geeigneten Moment vorzubringen“, wenngleich mit „irgendwelchen plötzlichen Ausbrüchen

[1684] Ebd.
[1685] Ebd.
[1686] Ebd.

Barthou´s“ abermals gerechnet werden müsse. Allerdings habe der französische Delegationschef bereits „heute sowohl in Konferenzkreisen als im italienischen Publikum viel Sympathie eingebüsst“.[1687]

Der Eröffnungstag der Genueser Konferenz wurde am 10. April 1922 allerdings noch durch einen weiteren politischen Vorgang maßgeblich mitgeprägt: Bewusst erst zu diesem Zeitpunkt - nachdem die französische Genuadelegation aus Paris abgefahren und in Genua eingetroffen war[1688] - übergab die deutsche Regierung ihre gegenüber der Reparationskommission noch ausstehende Antwortnote.[1689] Diese war auf den 7. April 1922 datiert und forderte im Sinne der von Rathenau geforderten „Sprache der Tatsachen“ eine offizielle Nach- und Überprüfung der deutschen finanziellen Leistungsfähigkeit mit dem Ziel der Aufstellung eines neuen, inhaltlich wesentlich gemäßigten Zahlungsplans. Der Zeitpunkt der Antwortübergabe schien zwar auf den ersten Blick verwunderlich, barg er doch das „Risiko eines ernsthaften Zerwürfnisses mit den Alliierten“[1690] in sich. Die deutsche Reaktion war jedoch im Kontext des reparationspolitischen „Nervenkriegs“ vom vergangenen März nachvollziehbar. Zudem betonten mehrere deutsche Sachverständige insbesondere aus dem Banken- und Industriebereich in reparationspolitischer Hinsicht die „Unmöglichkeit“, „weitere Zahlungen zu leisten“. Man sei in Deutschland „am Ende“. In kurzer Zeit drohten „österreichische Zustände“.[1691]

Die soeben aktualisierte deutsche Haltung in der Reparationsfrage zog für die Konferenzatmosphäre unmittelbar belastende Auswirkungen nach sich. Ein Gespräch zwischen Barthou und Lloyd George am 11. April 1922 machte die französische Verärgerung über die deutsche Note deutlich: Barthou stellte fest, man könne es französischerseits in einem „moment où arrive cette réponse“ nicht akzeptieren, mit Deutschland in einer bedeutenden politischen Kommission zu sitzen. Poincaré hielt es sogar für „inadmissible“, der deutschen Delegation überhaupt noch das Recht auf einen Sitz in der politischen Subkommission, wo u.a. die russische Frage erörtert werden sollte, zuzuteilen. Lloyd George reagierte daraufhin gereizt: Eine solche Argumentation sei doch nur ein von Paris verfolgter Vorwand und die Konferenz habe gerade auf französischen Wunsch hin gar nichts mit der Reparationsfrage zu tun. Frankreich müsse loyal kooperieren. Falls die französische Regierung jetzt „la même politique d´isolement“ wie auf der letzten Konferenz in Washington durchführe, werde sie dadurch nicht mehr nur die USA, sondern ganz Europa gegen sich aufbringen.[1692]

[1687] Ebd. Maltzans ironischer Schlussgruß lautet: „Mit besten Grüssen an alle glücklich Hinterbliebenen“.

[1688] Vgl. die tagebuchähnlichen Aufzeichnungen aus Genua von Erkelenz, BAK, NL Anton Erkelenz (N 1072), Nr.19, Fiche 3, 155ff., 157.

[1689] Der Text der Note ist gedruckt in: Deutsches Weißbuch, Material über die Konferenz von Genua, Berlin 1922, S.171ff., vgl. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.171, Anm.258. Eine Abschrift in englischer Übersetzung findet sich bei PRO, FO 115/2737, 301ff.

[1690] Vgl. Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.172.

[1691] BAK, NL Anton Erkelenz (N1072), Nr.19, MF 3, 162 (10. April 1922). Einer der Sachverständigen (Cremer) soll davon gesprochen haben, Rathenau sei der Ansicht, Deutschland könne nicht weiter zahlen und müsse eine Verständigung auf der Grundlage eines Moratoriums suchen, während Wirth derzeit „noch weiter leisten“ wolle und ausweichend geantwortet habe, ebd., 163.

[1692] MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale, 29, 46-49.

Zu Berichten in der englischen Presse über die Spannungen zu Beginn der Konferenz, insbesondere auch die zwischen England und Frankreich vgl. auch das Tel. Montilles (London), 12.4.1922, ebd., 60ff. Zum britischen Unverständnis über die französische Haltung in diesem Kontext auf der Konferenz von Washington vgl. z.B. Geddes an Foreign Office, 16.12.1921, PRO, FO 371/5662, 258f.

Während unter der Beteiligung Maltzans derzeit im deutsch-sowjetrussischen Verhältnis einige kleinere Teilerfolge auf wirtschaftlichem Gebiet erzielt wurden[1693], wurden diese inneralliierten Konfliktlinien ebenso von Seiten deutscher Delegationsmitglieder betont. Dufour teilte dem deutschen Botschafter in London, Sthamer, unter dem 12. April 1922 aus Genua mit, ein Mitglied der britische Delegation habe darauf hingewiesen, dass die Franzosen bereits vor der Veröffentlichung der deutschen Note an die Reparationskommission „am Sonntag noch grosse Schwierigkeiten" gemacht hätten, Deutschland und Russland in formaler Hinsicht eine „volle Gleichberechtigung" zu gewähren. Aus französischer Sicht solle ihnen „keine anderen Rechte als die (der) anderen kleineren Staaten" zukommen.[1694]

Die auf den 17. April 1922 zu datierende, kürzere Fassung[1695] der beiden vorhandenen Aufzeichnungen Maltzans zur Entstehung des Rapallo-Vertrages sollte von dem deutschen Ministerialdirektor in den Wochen nach dem Abschluss des deutsch-russischen Vertrages noch erweitert und präzisiert werden. Da in dieser erweiterten Version ein höherer Grad an ‚rechtfertigender Tendenz' zu finden sein müsste als in der kürzeren Fassung, scheint es sinnvoll zu sein, diese in den „ADAP" gedruckte „Ausführliche Aufzeichnung über die letzten Vorgängen vor der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages"[1696], die im Folgenden *kursiv* wiedergegeben wird, einer umfassenden kritischen Prüfung zu unterziehen.

Nach einem einleitenden Absatz, mit dem Maltzan die Geheimhaltung des britischen Vertreters Wise und des italienischen Vertreters Giannini empfahl und ebenso damit indirekt anzeigte, dass die überarbeitete, ausführliche Aufzeichnung erst mehrere Wochen nach der Unterzeichung des Rapallo-Vertrages in dieser erweiterten Form entstanden sein muss[1697], machte Maltzan zum Verlauf der Konferenz von Genua am Dienstag, 11. April 1922 zunächst folgende Angaben:

„Es fand die erste Sitzung der Politischen Subkommission 1 statt. Lloyd George erklärte, dass die alliierten Sachverständigen in London ein Memorandum ausgearbeitet hätten, welches als Unterlage für die Verhandlungen der Mächte in Genua mit Russland dienen solle. Dieses Memorandum[1698] sei gedruckt worden und stelle nach Ansicht der Alliierten eine geeignete Basis der Verhandlungen dar, jedoch hielten die Alliierten sich nicht an das Memorandum für gebunden. Barthou unterstrich die Worte Lloyd Georges und schlug auch seinerseits vor, das Londoner Memorandum als Unterlage für die weitere Gestaltung des Verhältnisses zu Russland zu benutzen. Die

---

[1693] Siehe dazu z.B. Rosenfeld, Sowjetunion und Deutschland 1922-1933, S.82. Hier heißt es u.a.: „Wesentlich der Initiative Maltzans war es zu verdanken, dass am 10.4.1922 der Vertrag über die Gründung der „Russisch-deutschen Transit-Handelsaktiongesellschaft" (Russtransit) zustandekam.". Diese Tendenz zur Forcierung wirtschaftlicher Teilerfolge setzte sich offenbar auch in den folgenden Tagen fort: Mit Datum vom 15. April 1922 übersandte das Auswärtige Amt der deutschen Delegation in Genua zwei Gutachten sowie einen Vortrag, die sich mit der Frage des landwirtschaftlichen Wiederaufbaus Russlands sowie mit der Forst- und Holzwirtschaft beschäftigten, AA an deutsche Delegation Genua, 15.4.1922, PA, R 23684, 055. Die Vorlage träge die Paraphe Maltzans vom 19. April 1922.

[1694] Dufour an Sthamer, 11./12.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9

Zur vorbereitenden Sitzung der Alliierten mit erheblichen Diskussionen über die Beteiligung der deutschen und russischen Delegation an der für die Russlandpolitik zuständigen Kommission/Unterkommission vgl. die Telegramme Barthous No. 7-14, 9.10.4.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 92, 186-195; zu den dabei auftretenden Spannungen z.B. zwischen Barthou und Schanzer z.B. Tel. Barthou No. 19-21, geheim, 10.4.1922, ebd., 93, 7ff. oder auch Tel. No. 27/28, 11.4.1922, ebd., 15-16 bzgl. des französischen Insistierens, alle Delegierten müssten eindeutig die Resolution von Cannes akzeptieren. Zu den Spannungen zwischen Poincaré und Lloyd George in diesem Kontext auch Poincaré an Barthou, 10.4.1922, urgent, ebd., 20.

[1695] PA, R 28206 (D 738893-98).

[1696] Aufz. Maltzans, ADAP A VI, Nr. 59, S.122-130 (L 309/L 096 110-26).

[1697] Bei ebd. heißt es insofern u.a.: „Die in der Aufzeichnung angeführten englischen Namen bitte ich wie bisher der Öffentlichkeit nicht preiszugeben. Eine Nennung dieser Namen in der Öffentlichkeit würde die deutsch-englischen Beziehungen in bezug auf Russland einer erneuten Belastung unterwerfen."

[1698] Gemeint ist das oben zitierte Londoner Memorandum, vgl. u.a. DBFP, First Series, Vol. XIX, Appendix zu No. 56, S.260ff.

Russen erklärten, dass sie erst heute von diesem Memorandum, welches ohne ihr Wissen und ohne ihre Beteiligung von den interessierten alliierten Mächten in London aufgestellt sei, Kenntnis erhalten hätten. Sie wären außerstande, sich daher zu dem Memorandum heute zu äußern und bäten um Vertagung der Versammlung bis Donnerstag. Der Antrag auf Vertagung wurde von den anwesenden, am Memorandum unbeteiligten Mächten unterstützt und von den Alliierten akzeptiert. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag, den 13. April, vormittags, einberufen und in Aussicht genommen, dass die Russen und die anderen Mächte in dieser Sitzung zu dem Memorandum sich äußern sollten.
In diesem Londoner Memorandum ist nun in Artikel 6 ausdrücklich das Recht Russlands auf Kriegsentschädigung aus dem Art. 116 des Versailler Friedensvertrages vorbehalten worden, während alle anderen Ansprüche Russlands gegen die Alliierten als erloschen bezeichnet werden. Ferner schließt Art. 11 und 15 des Annexes 2 des Memorandums ausdrücklich jeden Anspruch Deutschlands an Russland aus. Art. 15 hält insbesondere die Enteignungsgesetze der zaristischen Regierung, die natürlich lediglich deutsches Eigentum betreffen, ausdrücklich aufrecht.“[1699]

Im Kern trug Maltzan damit wie folgt vor: Sämtliche deutsche Befürchtungen, wie sie schon zuvor im Kontext der Art. 116 Abs. 3 und 117 VV entstanden waren, seien mit der Einführung des Londoner Memorandums am zweiten Tag der Konferenz in konzentrierter Form wieder hervorgetreten. Deutsche Ansprüche gegen Russland seien durch den interalliierten Verhandlungsentwurf dagegen ausgeschlossen werden. Fraglich ist daher, ob sich diese Darstellung des Ministerialdirektors auch durch andere Quellen stützen lässt.
Nach dem „Tagesbericht“[1700] der deutschen Delegation nahm Maltzan am 11. April 1922 u.a. mit Wirth, Rathenau, Simson und Gaus zunächst an der „ersten Sitzung der ersten Kommission“ teil, die im Palazzo Reale um 10 Uhr stattfand. In dieser Sitzung wurden „die geschäftsführende Unterkommission“ und ihre Zusammensetzung bestimmt, die Maltzan in seiner Aufzeichnung als „Politische Subkommission 1“ bezeichnete. Danach fand eine erste Sitzung dieser „Arbeitskommission“ um 15:45 Uhr statt. Die Leitung dieser Sitzung oblag dem italienischen Außenminister Schanzer. Von deutscher Seite aus nahmen daran neben Maltzan wiederum u.a. Wirth, Rathenau, Simson und Gaus teil. Es wird weiter bestätigt, dass Lloyd George den Sachverständigenbericht, den die alliierten Wirtschaftsfachleute zwischen dem 20. und dem 28. März in London ausgearbeitet hatten, an die Teilnehmer dieser Sitzung verteilt habe und zwar „mit der Bitte, diesen Bericht sorgfältig studieren zu wollen.“[1701]
Ein stichwortartiges Telegramm des belgischen Außenministers hob ähnlich wie Maltzan hervor, dass das Londoner Expertenmemorandum bezüglich der russischen Frage zwar als Diskussionsbasis diene, die dortigen Empfehlungen aber die alliierten Regierungen nicht binden würde.[1702] Auch andere Quellen betonten, das Sachverständigen-Gutachten sei inhaltlich noch diskutier- und

[1699] Aufz. Maltzans, ADAP A VI, Nr. 59, hier S.122f.
[1700] Tagesbericht o.U., 11.4.1922, PA, R 28207, 65 (Filmnummer 3398/ D 739211-15). Fraglich bleibt weiterhin, wer diesen „Tagesbericht“ verfasst hat. Möglicherweise ist der deutsche Pressechef, Oskar Müller, der Autor.
[1701] Nach D’Abernon bestand dieser Unterausschuss aus Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Sowjetrusslands, Schwedens, Polens, Rumäniens, der Schweiz und Deutschland, D’Abernon, Bd.1, S.322. Bei Dufour an Sthamer, 11.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9 heißt es: „Gestern ist bereits beschlossen worden, die Konferenz in Kommissions-Sitzungen aufzulösen. In der wichtigsten, der politischen Kommission, unter Vorsitz Schanzers, sind vertreten: Italien, Deutschland (Wirth und Rathenau mit Simson und Maltzan), Großbritannien (Lloyd George und Sir P. Lloyd Greame mit Grigg, Gregory und Chapman), Frankreich (Barthou und Barrère), Belgien (Jaspar), Schweiz (Motta), Schweden, Polen und Rumänien, Japan (Ishii), Russland (Tschitscherin und Liwinoff). Erstaunlich ist, dass die Tschecho-Slovakei und damit Benesch auf (sic) dieser wichtigsten Kommission nicht vertreten ist. Man sagt(, dies sei) auf Intrigen Ungarns zurückzuführen.“
[1702] Tel. Jaspar No.10 (Kopie), 11.4.1922, BMAE, 10.991, V. (1-12 avril 1922).

veränderbar. Dies wird auch aus dem „zweiten Bericht“ Hermann Büchers[1703] vom Vormittag des 12. April 1922 deutlich, der für die Führungsriege des RDI bestimmt war und auch Stinnes über die Entwicklung in Genua informieren sollte.[1704] Andererseits ist aber die in der Forschung nicht selten zu findende Annahme zu verneinen, dass sich durch den empfehlenden Charakter des Londoner Memorandums dessen Bedeutung „ausdrücklich relativiert“[1705] habe. Die Relevanz des der Konferenz vorgelegten interalliierten Expertenberichtes verstärkte sich schon dadurch, dass sowohl der britische Premier als auch der französische Delegationsleiter betonten, das Studium dieses Gutachtens „of considerable length“ “very desirable“ und „an excellent basis of discussion for the Sub-Commission” sei.[1706] Neben der Tatsache, dass die Vorlage eines politisch unbedeutenden Berichtes aus Sicht der britischen und französischen Regierung keinen Sinn ergeben hätte, war des Weiteren unverkennbar, dass Lloyd George und Barthou natürlich ebenso ihre eigene Haltung in der Debatte um die russischen Frage unmittelbar auf dem Inhalt des Londoner Memorandums aufbauten, zumal dieses Sachverständigengutachten ohnehin einen recht selten gewordenen Akkord zwischen den Regierungen in London und Paris darstellte.

Auch Dufour hob die Bedeutung des Londoner Memorandums, das der deutschen Außenpolitik bereits bekannt sei, deutlich hervor.[1707] Aus der Sicht Maltzans musste es zudem unwahrscheinlich erscheinen, dass die Ententemächte bereit waren, von diesem untereinander in mühseliger Weise ausgearbeiteten Russland-politischen Kompromiss inhaltlich noch in wirklich ernsthafter bzw. weit reichender Weise abzuweichen.[1708] Nach Kessler bezeichnete der Ministerialdirektor das Memorandum sogar erbost als eine „Turkifikation Russlands“, die im Grunde „für die Russen unannehmbar“ sei.[1709]

[1703] Zu Hermann Bücher (1882-1951), der zuvor vom 15.6.1920 bis 1.7.1921 Leiter des Sonderreferats Wirtschaft im AA war, vgl. ADAP, Ergänzungsband zu den Serien A-E, S.426. Der „Geschäftsführer des RdI und spätere Generaldirektor der AEG“ Bücher zeichnete als geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie. Bei Feldman, S.754, heißt es dazu: „Stinnes erhielt offensichtlich durch Bücher verschlüsselte Informationen“ über den Verlauf der Konferenz. Zu den industriepolitischen Vorstellungen Büchers bzw. zum „RDI Program of 1922“ vgl. ausführlicher Rupieper, S.32f.; S.36ff.

[1704] Vgl. Aufz. Bücher (Bericht No. 2), streng vertraulich, Nervi, 12.4.1922, (S.2), ACDP, NL Stinnes, I-220-19/3, auch bei ebd., I-220-005/2. In der nachträglichen Darstellung Büchers vom 20.4.1922 über den Abschluss des deutsch-russischen Vertrages heißt es u.a.: „Lloyd George erklärte bei der Ueberreichung, dass es sich bei dem alliierten Gutachten selbstverständlich nicht um bereits endgültig durchgeprüfte und unabänderliche Bedingungen handele, sondern dass die überreichte Denkschrift die Unterlagen für die in Genua vorgesehenen *allgemeinen Erörterungen* [Herv.d.Verf.] bilden soll().“, ebd., Anlage 1, S.1 zum „Bericht Nr. 5“.

[1705] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.97f.

[1706] Das Protokoll der Sitzung in der französischen Fassung bei ebd., zit. hier S. 2-3. Offenbar gab es keinen deutschen Beitrag zu dieser Frage.

[1707] Dufour an Sthamer, 11.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

[1708] Der von D’Abernon nachträglich geschilderte Sachverhalt, dass zu diesem Zeitpunkt auf eine Bitte der sowjetrussischen Delegation, die dabei „seltsamerweise dem Poincaréschen Veto gegen die Beteiligung Deutschlands als (ein) den alliierten Mächten ebenbürtiges Verhandlungsmitglied“ entsprochen habe, angeblich beschlossen worden sei, „dass der betreffende Bericht zuerst von Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und Sowjetrussland geprüft werden sollte, wobei Deutschland ausgeschlossen“ bleiben sollte, ist unzutreffend, vgl. D’Abernon, Bd.1, S.322f. Hingegen forderte Poincaré unterdessen Barthou auf sicherzustellen, dass die Unterkommission nur technische Beiträge leisten und nicht grundlegende Berichte für die „Conférence générale“ beizutragen habe, Tel. Poincaré, 11.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 40. Der Bericht Barthous u.a. über die Sitzung der „première Sous-Commission“ am Nachmittag des 11. April 1922 befindet sich auch bei ebd., Relations Commerciales, B82, 93, 105ff.

Auch in der Commission économique und in der Sous-Commission financière bildeten die entsprechenden Passagen aus dem Londoner Expertenmemorandum die Verhandlungsgrundlage, was ebenfalls die allgemeine Bedeutung dieses Sachverständigengutachtens unterstrich, vgl. die Tel. Barthous No. 46ff, 12.4.1922 und 51ff., 12.4.1922, bei ebd., 125ff. bzw. 130ff. bzw. No. 56, 13.4.1922, ebd., 166.

[1709] Kessler, Tagebücher, S.293.

Spätestens am 11. April 1922 prallten damit zwei grundlegende Russland-politische Entscheidungsszenarien frontal aufeinander: Zum einen das in detaillierter Form von den Ententemächten vorgelegte Londoner Memorandum, das einen Vertrag Sowjetrusslands mit den alliierten Siegermächten zum Inhalt hatte, sowie zum anderen der deutsch-russische Vertrag, der Anfang April 1922 in Berlin ebenso bis in die Details vorverhandelt worden war. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung ergab sich Folgendes: Vor allem die sowjetrussische Seite erhielt ab sofort zumindest auf den ersten Blick in struktureller Hinsicht einen nicht unbeachtlichen Verhandlungsvorteil. Denn ob sich die eine oder die andere Alternative mit der damit für die sowjetrussische Seite einhergehenden grundlegenden außenpolitischen Richtungsvorgabe durchsetzen würde, hing nunmehr in einem wesentlichen Ausmaß von dem Verhalten der sowjetrussischen Delegation auf der Konferenz von Genua ab. Andererseits wurde in der französischen Diplomatie zu Recht darauf hingewiesen, dass die sowjetrussische Genua-Delegation aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage in Russland unter enormen Erfolgsdruck stand.[1710]
In Bezug auf die oben zitierten Angaben Maltzans zum Ablauf des 11. April 1922 bleibt allerdings noch fraglich, ob der deutsche Ministerialdirektor das Londoner Memorandum überhaupt in zutreffender Weise wiedergab bzw. interpretierte. Maltzan führte im Grunde zwei Argumente an: Sein erster Punkt lautet, in Artikel 6 Londoner Memorandum sei „ausdrücklich das Recht Russlands auf Kriegsentschädigung aus dem Artikel 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] des Versailler Friedensvertrages vorbehalten worden“. Hierbei fiel die Erörterung der - aus deutscher Sicht - Negativaspekte jedoch nicht vollständig aus: Der amtliche Leiter der deutschen Ost- und Russlandpolitik betonte an dieser Stelle weder das oben bereits ausführlicher darstellte und im März 1922 u.a. von Gaus eindringlich erörterte Zusammenwirken[1711] der Artikel 5 und 6 Londoner Memorandum noch wies er auf die ebenfalls bereits erwähnte schädliche Auswirkung von Artikel 5 des Londoner Memorandums hin, der in Aussicht nahm, Deutschland eine selbst bestimmte Festlegung der eigenen Forderungen gegenüber Russland abzusprechen.
Als zweiten Punkt erwähnte Maltzan die Artikel 11 und 15 des Annexes 2 des Londoner Memorandums, die eigentlich keine Artikel, sondern „Punkte“ darstellten.[1712] Maltzan fasste den Inhalt beider Bestimmungen in der Aussage zusammenfassen, hier werde „ausdrücklich jeder Anspruch Deutschlands an Russland“ ausgeschlossen. Auch an dieser Stelle ist sachbezogene Kritik angebracht, weil für Annex II, Punkt 11 Londoner Memorandum diese Behauptung Maltzans zumindest nicht in dieser Pauschalität galt. Hier wurde vorgeschlagen, dass eine Mehrheit der ausländischen Eigentümer, die bis zum 1. November 1917 Rechtsansprüche in russischen Finanz-, Industrie oder Wirtschaftsunternehmungen hatten, selbst entscheiden könnten, ob sie einen Rechtsstatus als „nationals of other Powers“ im Sinne des Kapitels I und der Annexe des Londoner Memorandums einnehmen wollten. Wie auch immer die Mehrheitsverhältnisse an den jeweiligen

[1710] Tel. Martel No.85, 11.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 39.
[1711] Aufz. Gaus, 30.3.1922, PA, R 23701, 039-40
[1712] DBFP, First Series, Vol XIX, Appendix to No. 56, S.262 (Article 6) und S.265 (Nr. 11 und 15 bei Annex II “Determination of Claims”). Die Bestimmung unter Punkt 11 lautete: “Russian financial, industrial and commercial companies, which on the 1st November, 1917, were controlled by nationals of other Powers, or in which at the same date such nationals possessed a substantial interest, shall, if the majority of the foreign interests (shareholder and bondholders) so desire, be covered by the term ‘nationals of other Powers’ wherever used in Chapter I and the annexes.” Die Bestimmung bei Nr. 15 lautete : “No claim shall be recognised in respect of rights which had ceased legally before March 1917.”

Unternehmen genau waren - Maltzans Aussage, jeder deutsche Anspruch sei ausgeschlossen, war in dieser Form nicht ganz zutreffend. Richtig war die Darstellung Maltzans hingegen in Bezug auf Annex II, Punkt 15 Londoner Memorandum, insofern der Ministerialdirektor ergänzend dazu ausgeführte, dass hierdurch „insbesondere die Enteignungsgesetze der zaristischen Regierung, die natürlich lediglich deutsches Eigentum betreffen“ ausdrücklich aufrechterhalten würden.
Karl Dietrich Erdmann hat schon früh diese Argumentation Maltzans unterstützt und darauf hingewiesen, dass die im Londoner Memorandum vorgesehene „Abgleichung privatrechtlicher Forderungen an Russland“ aus deutscher Sicht nicht minder bedeutsam war als die Realisierung des russischen Reparationsanspruchs gegen Deutschland gemäß Artikel 116 Abs. 3 VV. Denn die Feststellung, „Forderungen in bezug auf Rechte, die gesetzlich vor dem März 1917 erloschen sind, werden nicht anerkannt“, zog die Rechtsfolge nach sich, dass alle „Enteignungen deutschen Eigentums, die schon vor der russischen Revolution während der Zeit, als sich das zaristische Russland mit Deutschland im Krieg befand, durchgeführt worden waren, entschädigungslos“ blieben. Da darüber hinaus nach Annex II, Punkte 8 und 11 Londoner Memorandum als „Stichtag für die Entschädigung ausländischen Eigentums in Russland der 1. November 1917 gelten sollte“, so Erdmann in zutreffender Weise weiter, hätte „die Anwendung dieser Artikel dazu geführt, dass Deutschland keinerlei Privatansprüche, die Westmächte aber alle ihre Privatansprüche Russland gegenüber zur Geltung gebracht hätten.“[1713]
Für den weiteren Verlauf des Dienstags, den 11. April 1922 fügte Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung folgende Angaben hinzu, die hier ebenfalls näher zu überprüfen und zu erörtern sind:

„Am gleichen Abend fand eine Unterredung zwischen dem Chef der russischen Abteilung im Foreign Office, Mr. Gregory, und mir gelegentlich eines privaten Diners im separaten Zimmer statt. Die Unterredung dauerte von 8 bis etwa 11 Uhr 30 und verlief in befriedigender Form. Es wurde beiderseits festgestellt, dass die deutsche Politik in russischen Fragen bisher mit der englischen immer konform gegangen sei. Ich betonte insbesondere, dass wir mit unserem Vertrage vom 6. Mai v.J. gewartet hätten, bis England seinen entsprechenden Vertrag vom März[1714] geschlossen hätte. Ich betonte ferner, dass ich Lord D‘Abernon über den Besuch Radeks und den Gang der Verhandlungen in Berlin zwecks Vermeidung des damals drohenden französisch-russischen Zusammenschlusses dauernd auf dem laufenden erhalten habe. Gregory zeigte sich über alle diese Phasen orientiert. Ich erwähnte schließlich noch, dass wir anläßlich der Durchreise Tschitscherins Gelegenheit gehabt hätten, unser Verhältnis zu Russland und die aus dem früheren Kriegszustande noch resistierenden Schwierigkeiten befriedigend und separat zu regeln, dass wir aber mit Rücksicht auf die bevorstehende Konferenz von Genua es vorgezogen hätten, mit vollkommen freien Händen nach Genua zu kommen. In diesem Zusammenhange fragte Gregory nach unserer Stellungnahme zum Londoner Memorandum. Ich teilte Gregory unumwunden mit, dass unsere Stellungnahme sehr erschwert sei durch die oben erwähnten drei Belastungen. Gregory tat sehr erstaunt, er habe diesem Artikel nicht die ihm gegebene Tragweite beigemessen, müsse aber nach meiner Darstellung gestehen, dass der Wortlaut der

---

[1713] Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, S.119. Nicht zu überzeugen vermag allerdings das Argument, „dass realistischerweise nicht an eine Erhöhung der deutschen Reparationen gedacht werden konnte, nachdem sich tatsächlich herausgestellt hatte, dass sich selbst die Forderungen aus dem bestehenden Londoner Zahlungsplan nicht eintreiben ließen“, ebd., S.119f. Ein Schuldner, der seine Schulden ohnehin schon nicht bezahlen kann, wird schon im Hinblick auf seine anderweitigen Interessen natürlich nicht tatenlos zusehen, wenn ihm darüber hinaus auch noch weitere Schulden aufgebürdet werden sollen. Ein solcher Schuldner wird sich zudem umso stärker dagegen wehren, wenn er die politische, rechtliche und moralische Zulässigkeit und Begründetheit dieser Schulden grundsätzlich bestreitet. Zudem stellte der Bezug zu Art. 116 Abs. 3 VV im Londoner Memorandum den Alliierten erkennbar in Aussicht, die Regierung in Moskau zur Annahme eines Vertrages zu bewegen. Denn aus sowjetrussischer Sicht schien dies nicht nur erwägenswert, weil im Anschluss an das Londoner Memorandum weitere vertragliche Vereinbarungen mit den Alliierten getroffen werden konnten. Es bestand die Möglichkeit, die alliierten Forderungen gegen Russland zumindest in einem beachtlichen Maße z.B. über eine Inanspruchnahme eines Teils der Gewinne von deutschen Firmen in Russland zu verrechnen, vgl. dazu ausführlicher und zutreffend ebd., S.120.
[1714] Das britisch-russische Handelsabkommen vom 16. März 1921 ist gedruckt in : Martens, Troisième Série, Tome XVIII, S.664-689.

Artikel allerdings diese Tragweite zuließe. Er selbst sei an der Fassung des Memorandums nicht beteiligt gewesen. Es sei selbstverständlich, dass man einen Selbstmord von Deutschland nicht verlangen könne. Er würde mit den englischen Experten reden, die das Memorandum in London mit entworfen hätten.“[1715]

Der „Tagesbericht“ der deutschen Genua-Delegation macht über das hier von Maltzan skizzierte Gespräch zwischen ihm und dem Leiter der Russlandabteilung im Foreign Office keine Angaben.[1716] Dies gilt ebenso für die Aufzeichnungen von anderen deutschen Delegationsmitgliedern wie z.B. Anton Erkelenz, der eher einen „zweistündigen Zwischenfall“ in der sich ebenfalls konstituierenden Konferenzkommission für Finanzen betonte, bei dem sich in Bezug auf das Verhalten des französischen Vertreters „alle Völker gegen Frankreich“ gewandt hätten.[1717] Belegbar ist weiter, dass das Gespräch zwischen Maltzan und Gregory stattfand und der Ministerdirektor es nicht etwa im Nachhinein in seiner Aufzeichnung einfach behauptete. So teilte Dufour bereits mit Datum vom 10. April 1922 Botschafter Sthamer in London mit, er habe Gregory für den Abend des 11. April 1922 „ins Ristorante Europa (alle guten Hotels sind mit ausländischen Delegationen besetzt) eingeladen(,) um Maltzan zu treffen.“[1718] Und am 12. April 1922 fasste Dufour das Ergebnis dieser Unterredung dann zusammen, wobei er die in der Aufzeichnung Maltzans zu findenden Angaben zumindest an dieser Stelle bestätigte:

> „Der gestrige Abend mit Maltzan und Gregory verlief, glaube ich befriedigend. Beim Abendessen und gutem Chianti stravecchio sassen wir von 8-11 Uhr zusammen. Das Gespräch begann mit Alltäglichkeiten, dem Suchen nach gemeinschaftlichen Beziehungen und wandte sich dann politischen Fragen, besonders dem Memorandum zu, das gestern den Mitgliedern der Hauptkommission, ja allen Delegierten der Konferenz überreicht worden war.
> Maltzan sprach mit Gregory über die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sehr offen und betonte besonders wie gefährlich es gewesen sei, den §116 in dem Memorandum mit erwähnt zu haben. Es müsse auf jeden Fall vermieden werden, dass Deutschland in die Lage versetzt werde zu optieren, entweder mit Russland oder mit den Westmächten zu gehen. Offenbar ist es den Engländern gar nicht klar gewesen, welchen Fehler sie begangen haben(,) mit der Erwähnung des §116. Es scheint(,) dass dieser Passus von Frankreich eingeschoben worden ist, ohne dass die Engländer dessen Tragweite erkannten. Gregory zeigte Verständnis und versprach(,) mit seinen Leuten zu sprechen. Das Ergebnis ist, dass Maltzan und ich für heute Nachmittag 4 Uhr ins Hauptquartier der Engländer, das Hotel Miramare bestellt worden sind. Gregory betonte, dass Lloyd George, was wir ja zu wissen glaubten, entschlossen (sei) to make a success of Ge(n)oa und so ist zu hoffen, dass irgend etwas geschehen wird, um die Situation zu erleichtern.“[1719]

Gregory selbst bestätigte in seinen Erinnerungen aus dem Jahr 1929 diese Zusammenkunft ebenfalls, auch wenn er diesem „dinner“ mit Dufour und Maltzan „in a quiet restaurant” kein genaues Datum mehr zuwies. Er führte aus, er habe zwar mit seinen beiden Gesprächspartnern „the probable and possible lines the Conference would follow“ diskutiert. „But we might“, so versuchte der britische Diplomat die inhaltliche Tragweite und politische Bedeutung des Gesprächs herunterzuspielen, „just

[1715] Aufz. Maltzan, ADAP A VI, Nr. 59, S.123f.
[1716] Tagesbericht o.U., 11.4.1922, PA, R 28207, 65 (3398/ D 739211-15).
[1717] Siehe zu dieser „internationalen Finanzkonferenz“ mit etwa 200 Personen die Ausführungen von Erkelenz bei BAK, NL Anton Erkelenz (N 1072), Nr.19, Fiche 3, 164ff.
[1718] Dufour an Sthamer, 10.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.
[1719] Dufour an Sthamer, 11./12.4.1922, ebd.

as well have employed the evening in discussing German art or German philosophy for all the good that ensued".[1720]

Erkennbar ist weiter, dass Gregory bei seinem erinnernden Rückblick bemüht war, auch die ihm persönlich zukommende Rolle im Vorfeld der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages erheblich zu vermindern: Seine sich anschließende Bemerkung, „not one of the humbler of us had the least idea what was happened in the mansions of the Great, and it is even unlikely that they had themselves", wird dem ihm gebührenden Status als leitender Verantwortlicher für die amtliche britische Russlandpolitik nicht gerecht, wenngleich die wohl nicht nur auf den 11. April 1922 bezogene Bemerkung darüber hinaus ausweist, dass die auf Seiten der deutschen Vertreter mehr und mehr eintretende politische Unruhe ebenso aus der Sicht Gregorys nachvollziehbar war. Der hier von Seiten des britischen Diplomaten aber noch ergänzend erfolgter Hinweis, die deutschen Vertreter hätten ein Gespräch "about the immediate relations between Great Britain, Germany and Russia" zudem besser mit dem "Russian 'expert' of the moment [...] none other that Mr. E.F. Wise" führen sollen, "who dazzled the susceptible Prime Minister by his famous vision of the 'bulging corn bins' of Russia and had therefore been assigned the role of peacemaker between the Soviets and ourselves"[1721], entstellt die Verantwortung, die Gregory selbst im Rahmen der britischen Russlandpolitik zukam, vollends in ungebührlicher Weise. Natürlich war es bei einem innerbritischen Kompetenzgerangel die Aufgabe Gregorys, diese Informationen an den maßgeblichen Russland-politischen Entscheidungsträger selbst weiterzugeben. Zwar ist Gregory zu Gute zu halten, dass der deutschen Seite bereits seit geraumer Zeit die gewichtige Russland-politische Beraterrolle von Wise bekannt war.[1722] Vor dem Hintergrund aber, dass Maltzan am nächsten Tag u.a. auch mit Gregory und Wise gemeinsam die ihm wichtigen Fragen anschneiden sollte, erscheint die Darstellung Gregorys insgesamt sogar bewusst irreführend, zumal der britische Diplomat - unter Zugrundelegung der zitierten Ausführungen Dufours - auch noch rund sieben Jahre nach diesen Vorgängen in Genua die eindringlichen Vorwarnungen Maltzans in Bezug auf Artikel 116 Abs. 3 VV einfach verschwieg.

Im Zusammenhang mit den von Maltzan hervorgehobenen deutschen Befürchtungen in Bezug auf das Londoner Memorandum stellt sich die Frage, ob ebenso bei anderen in Genua anwesenden deutschen Akteuren ähnliche Sorgen zu diesem Zeitpunkt auftraten und thematisiert wurden. Dazu liegen allerdings nur vereinzelt Anhaltspunkte vor: Eine weitere Aufzeichnung der deutschen Delegation über den ersten Verhandlungstag auf der Konferenz meinte vorsichtig eine

---

[1720] Vgl. Gregory, S.198f.

[1721] Ebd.

[1722] Siehe Dufour-Feronce an Maltzan, 1.9.1921, PA, R 83381, 187f. (L196542-43) bzw. Aufz. Sthamer, 25.1.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.7, wonach Wise nicht nur leitend am Abschluss des anglo-russischen Handelsvertrages beteiligt gewesen sei. Er habe ebenso auf der Konferenz von Cannes als maßgeblichster Berater des britischen Premiers in den russischen Fragen fungiert. Es heißt hier u.a. auch: „E.F. Wise ist ein hier bekannter Wirtschaftler und war am Schlusse des Kriegs ein fuehrendes Mitglied im hiesigen Ernaehrungsministerium. Spaeter hat er sich besonders mit russischen wirtschaftlichen Fragen zu befassen gehabt und gilt als Spezialist auf diesem Gebiete. Entgegen der Ansicht des Foreign Office neigt er (der Labour Party angehoerend) dazu, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Handelsbeziehungen zur Soviet-Regierung zu beleben. […] Wise setzt grosse Hoffnungen auf die Genueser Konferenz."
Vgl. zur Bedeutung von Wise als Russlandpolitischer Berater Williams, The Genoa Conference of 1922, S.31, S.46. Hier heißt es u.a.: „(Lloyd Georges) main advisor on Russia, especially during the 1921 trade talks, was E.F. Wise, who went on to be advisor to the Russian trade mission (in London von 1923 bis 1929, Anm.d.Verf.), ARCOS, and a Labour Member of Parliament." Wise habe auch eine bedeutende Rolle "in the formal renewal of relations with Russia in 1929" gespielt.

„Gleichberechtigung Deutschlands und Russlands“ mit den übrigen Mächten und insofern eine durchaus positive Konferenzentwicklung prognostizieren zu können, wenn sich die deutsche Politik und Presse zurückhaltend verhalten würde.[1723] Kessler bezeichnete die erstmalig zusammengetretene Subkommission zur russischen Frage am 12. April 1922 sogar recht hoffnungsvoll als „entscheidend für die Zukunft“ sowie als Ausweis für eine „radikale Änderung der europäischen Lage“. Er sah darin spürbar voreilig bereits „de facto“ einen „neuen siebenköpfigen Areopag (zu dem noch Amerika hinzukommen müßte) an die Stelle des fünfköpfigen Entente-Areopags und Obersten Rats (…) konstruiert“, „um so mehr“, als dieses Gremium angeblich „gegen die heftige Opposition von Frankreich, aber mit Zustimmung aller Neutralen und selbst der kleinen Entente (Polen!) erreicht worden“ sei.[1724] Die Bedeutung von einzelnen Bestimmungen des Londoner Memorandums für deutsche Interessen thematisierte Kessler hingegen nicht.

Der diesen Quellen entnehmbare Befund, dass sich die Stimmung auf der Konferenz zumindest nicht zuungunsten der deutschen Außenpolitik entwickelte, lässt allerdings auch den Schluss zu, dass es nicht im deutschen Interesse liegen konnte, eine solche Atmosphäre zu stören. Die Forderung Müllers, insbesondere die deutsche Presse möge sich in der Berichterstattung über diese derzeit positive Tendenz zurückhalten, drang jedoch nicht durch. Botschafter Laurent berichtete mit Datum vom 12. April 1922 von Berlin aus seiner Regierung in Paris genau über das, was ebenso Maltzan in seinem oben zitierten Schreiben an Haniel vom 10. April 1922 eigentlich hatte vermeiden wollen: In der aus Genua berichtenden deutschen Presse werde „l´isolement de notre pays et l´échec personnel de sa délégation, les sympathies gagnées par la loyauté du Dr. Wirth et par la franchise de Tschitchérine (et) la maîtrise de M. Lloyd George“ immer wieder mit merklicher Genugtuung hervorgehoben. Laurent hatte daher bereits sogleich die Devise ausgegeben, diese Darstellung einer Isolierung Frankreichs auf der Konferenz von Genua zu bekämpfen, u.a. mit dem Hinweis, die Weimarer Republik könne im Rahmen einer weiteren direkten Konfrontation mit Frankreich ohnehin keine Vorteile erlangen (« où elle n´aurait rien à gagner »).[1725]

2. Die „äußerst verhängnisvolle“ Wirkung des Londoner Memorandums

Am nächsten Tag stand aus der Sicht Maltzans ebenfalls die Einschätzung der aktuellen praktischen Bedeutung des in London ohne deutsche Beteiligung ausgearbeiteten Sachverständigengutachtens drängend im Mittelpunkt. Der Ministerialdirektor brachte im Nachhinein dazu vor, dass seine Gespräche weiterhin von intensiven Erörterungen mit britischen Delegationsmitgliedern über die

[1723] Müller an Ebert, Haniel und Presseabteilung, 11.4.1922, PA, R 28204, 181-182 (D 738333-4). Die Vorlage wurde in 8 Exemplaren hergestellt und ging am 12.4.1922 um 1 Uhr 40 in der Nacht in Berlin ein. Es ist davon auszugehen, dass sie dort daher schon am 12.4.1922 zur Kenntnis genommen werden konnte. Hier heißt es u.a.: „Der Eindruck, dass sich Frankreich auch hier zu weit vorgewagt hatte, wird durch eine Episode belegt, die ich als charakteristisch melde. Nach der Sitzung kam der französische Delegierte Piequard (sic) zu Staatssekretär von Simson und erklärte ihm, sein Vorgehen habe keinerlei persönliche Spitze gehabt, er habe lediglich nach seinem Mandat gehandelt. Nach Ansicht des Ministers Rathenau wird (die) Finanzkommission, die morgen Nachmittag ihre Sitzung fortsetzt, im Laufe der weiteren Verhandlungen die Entscheidung darüber zu fällen haben, ob die spezifisch deutschen Interessen auf der Konferenz mit Erfolg angeschnitten werden können. Jedenfalls bedeutet der Verlauf der heutigen Sitzung und die Bildung der Kommission unter Gleichberechtigung Deutschlands und Russlands gegen den äußerlichen Vorstoß einen Erfolg des positiven Konferenzcharakters und eine neue Isolierung Frankreichs. Für die Behandlung in der Presse (wäre) zu empfehlen, dass diese Vorgänge in Deutschland selbst kühl, jedenfalls ohne Siegesgeschrei behandelt (würden). Die Unterstreichung kann wirksamer durch die anglo-amerikanische und neutrale Presse erfolgen.“

[1724] Kessler, Tagebücher, S.294.

[1725] Tel. Laurent No. 677, 12.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 52.

Gefahren geprägt gewesen seien, die nach der Einbringung des Londoner Memorandums auf der Genueser Konferenz am 11. April 1922 deutschen Interessen auf Russland-politischem Gebiet drohten bzw. drohen konnten. Nach seinen Angaben wandte sich Maltzan nunmehr an den zentralen Berater Lloyd Georges in der russischen Frage, E. F. Wise. Dieses Vorgehen schien durchaus nahe liegend zu sein: In einem persönlichen Gespräch mit Sthamer hatte einige Wochen zuvor gerade Wise die Notwendigkeit betont, dass die Möglichkeit eines Misserfolgs der in Aussicht genommenen Konferenz von Genua bestünde, wenn nicht zwischen den maßgeblichen außenpolitischen Vertretern „einiger Laender in vereinzelten Fragen eine gewisse Fuehlungnahme stattfaende, (da) dies den Gang der Verhandlungen wohl erleichtern koennte." Da die französische Haltung sich jedoch versteift hätte, so Wise nach der oben im Zusammenhang mit dem Gespräch Maltzans und Dufours am Abend des 11. April 1922 bereits erwähnten Aufzeichnung Sthamers vom 25. Januar 1922 weiter, könne eine derartige, einvernehmliche Erörterung zwar voraussichtlich nicht mit den Vertretern der Regierung in Paris geschehen, „evtl. aber" eben „mit Deutschland, Russland und jedenfalls mit Italien". Denn mit dem italienischen „Finanzsachverstaendigen Giannini" sei Wise demnach ohnehin „sehr befreundet".[1726]

Wohl auch vor diesem Hintergrund wandte sich Maltzan daher jetzt direkt an Wise. Für Mittwoch, den 12. April 1922 machte seine „ausführliche Aufzeichnung" die nachfolgend zitierten Angaben. Diese betonten die auch dem deutschen Ministerialdirektor bekannte, exponierte Rolle von Wise innerhalb der britischen Russlandpolitik in besonderer Weise:

„Gregory ließ mir morgens mitteilen, dass er die englischen Experten, Herrn Dufour und mich nachmittags um 4½ Uhr ins Hotel Miramare zum Tee einlüde. Ich traf dort außer dem Genannten Sir William Clark[1727], Mr. Fountain und Wise von den Engländern; letzterer galt als Vertrauensmann Lloyd Georges und hatte bisher die meisten englischen Verhandlungen mit den Russen geführt. Er nimmt ungefähr die Stellung eines Abteilungsleiters im englischen Wirtschaftsministerium[1728] ein. Ich entwickelte noch einmal den 4 englischen Herren die Gregory am Vorabend gegebenen Darstellungen und Bedenken. Es wurde von den 4 Herren, insbesondere von Sir William Clark, bestätigt, dass die angeführten Artikel Deutschlands Stellungnahme sehr erschwerten. Die Angelegenheit würde dem Prime Minister vorgelegt werden, man hoffe, uns umgehend Nachricht zukommen zu lassen. Ich betonte in diesem Zusammenhange ausdrücklich, dass ich für eine derartige baldige Nachricht sehr dankbar sein würde. Ich erwähnte, dass die Russen, mit denen wir, wie ich Gregory am Abend vorher mitgeteilt hätte, in Berlin in Vorverhandlungen gestanden hätten, uns speziell hinsichtlich des Art. 116 große Erleichterungen zugesagt hätten. Die Tatsache, dass Artikel 116, dessen Wirkungen ich Lord D'Abernon anläßlich meiner Besprechungen mit Radek in Berlin als äußerst verhängnisvoll für Deutschland bezeichnet habe, trotzdem ausdrücklich in das englische Memorandum aufgenommen worden sei, zwinge uns zu größter Vorsicht. Die hier anwesenden sachverständigen Parteivertreter sowie die deutsche Presse hätten gleichfalls dem Memorandum gegenüber die von mir dargestellte Stellung eingenommen. Es mache sich in diesen Kreisen und in der deutschen Presse bereits eine gewisse Unruhe geltend; man mache uns sogar Vorwürfe dass wir das sehr weitgehende russische Angebot nicht vorher akzeptiert hätten. Ich deutete in diesem Zusammenhange wiederum die Möglichkeit an, uns mit den Russen hier wegen des Art. 116 erneut in Verbindung setzen zu müssen. Die Herren suchten jedoch die ganze Angelegenheit als harmlos darzustellen und versprachen, mir baldmöglichst Nachricht zu geben. Einer erwähnte in diesem Zusammenhange, dass bei den bevorstehenden Besprechungen des Memorandums in der Unterkommission ja Gelegenheit gegeben sei, die deutschen Bedenken auch formell zur Sprache zu bringen. Ich wies die Engländer darauf hin, dass dieser Weg uns allerdings freistände, dass er aber schwierig sei bei der Bedeutung, die Frankreich anscheinend dem Art. 116 dauernd beimesse, und verwies hierbei auf die in den englischen Parlamentspapieren veröffentlichte französische Note vom November 1920 gegen eine Bestimmung, die im Versailler Friedensvertrage vorgelegt sei,

[1726] Aufz. Sthamer, 25.1.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.7. Siehe zur Tätigkeit und Haltung von Wise und Giannini in London auch Aufz. Sthamer, 1.2.1922, ebd., Bd.8. Es heißt hier u.a.: „Die Stimmung gegen die Franzosen ist im Foreign Office ganz außerordentlich bitter."

[1727] Die Editoren der ADAP haben hier die korrekte Namensschreibweise eingefügt. Demnach muss es hier „Clark" statt „Clerk" heissen.

[1728] Vgl. ebd., hier richtigerweise: Handelsministerium (Board of Trade).

Einwendungen zu erheben. Da diese Bestimmung aber allein den Russen ein Recht gäbe, so wären wir gerade durch Art. 116 darauf hingewiesen, uns mit den Russen über diese Frage zu arrangieren. Die Herren versprachen mir denn zum Abschied, mir möglichst umgehend über diese drei Punkte Aufklärung geben zu wollen.“[1729]

Das hier von Maltzan geschilderte Gespräch mit „Wise, Fountain (Board of Trade) und Sir William Clark (Board of Oversea Trade)“ wurde von Dufour in einem Schreiben an Schubert vom 18. April 1922, das dem Leiter der Westabteilung „heute […] nur schnell schildern (wolle), wie sich die Verhältnisse entwickelten, die dann schließlich zu dem deutschen-russischen Abkommen führten“, zwar nachträglich, aber immer noch relativ zeitnah bestätigt. Dufour stellte dazu fest, dass bei diesem und bei dem Treffen mit Gregory vom Abend zuvor eben „bei beiden Gelegenheiten […] diejenigen Punkte“ besprochen worden seien, „die den deutschen Interessen in Genua in dem von den alliierten Experten entworfenen Memorandum zuwider waren“. Die Engländer hätten demnach „Verständnis“ gezeigt, „ohne aber (Z)usagen über Abänderungen zu machen“[1730].

Festzuhalten ist damit, dass Dufour die von Maltzan zu diesem Punkt in seiner ausführlichen Aufzeichnung gemachten Angaben an dieser Stelle unterstützte. Darüber hinaus hatte aber ebenso schon ein Telegramm Oscar Müllers vom 12. April 1922 das vermeintlich vorhandene Verständnis der britischen Vertreter für die deutschen Befürchtungen in der russischen Frage angesprochen. Der deutsche Pressechef meldete in dieser Hinsicht nach Berlin, nach der „bisherigen Fühlungnahme“ der deutschen Delegation sei „die Stellung Amerikas und Englands zu der Denkschrift [gemeint ist das Londoner Memorandum, Anm.d.Verf.]“ zumindest „nicht intransigent“ - was auch immer dieser Ausdruck letztlich konkret bedeuten sollte. Britische Delegationsmitglieder hätten jedenfalls versichert, „dass unsere Befürchtungen, die sich auf (Paragraph) 116 beziehen, unbegründet sind“ und den deutschen Verantwortlichen, also offenbar Maltzan und Dufour, dazu auch „authentische Erklärungen“ in Aussicht gestellt. Dies deckt sich mit den Angaben Maltzans ebenfalls weitgehend.[1731] Erkennbar ist daher, dass die deutsche Sorge vor einer Realisierung des Artikels 116 Abs. 3 VV durch einen Vertrag zwischen den Alliierten und Sowjetrusslands auf der Basis des Londoner Memorandums von Ministerialdirektor Maltzan führenden Mitgliedern der britischen Delegation in eindringlicher Weise zur Kenntnis gebracht wurde.

Allerdings erwähnte der deutsche Ministerialdirektor im Rahmen seiner Angaben für Mittwoch, den 12. April 1922, zum Beispiel nicht die bedeutsame Tatsache, dass an diesem Tag innerhalb der deutschen Delegation über die russische Frage intensiv diskutiert wurde. Dufour berichtete Sthamer unter dem gleichen Datum, dass diese „lange Besprechung des gestern erhaltenen Memorandums unter Vorsitz des Reichskanzlers“ „heute Vormittag“ im Eden-Park-Hotel stattgefunden habe, an der Wirth, Rathenau, Neurath, Maltzan, Gauss (sic), Kreuter, Wissel, Bernhard, Hilferding, Bücher, Cuno, Raumer, Melchior, Mendessohn, Hemmer, Müller und Prittwitz teilgenommen hätten.[1732] Diese Begegnung aber hätte Maltzan im Rahmen seiner Intention, nachträglich den Abschluss des Rapallo-Vertrages noch einmal zusammenfassend zu rechtfertigen, durchaus nicht zu verschweigen

[1729] Aufz. Maltzan, ADAP A VI, Nr.59, S.124f.
[1730] Siehe das von Schubert an Sthamer unter dem 20.4.1922 weitergeleitete Schreiben Dufours an Schubert vom 18.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.
[1731] Müller an Ebert, v. Haniel und Presseabteilung, 12.4.1922, PA, R 28204, 185-186 (D 738337-8). Ein weiteres Exemplar ist im PA verfilmt unter L 996/L 286 048-49. Die Vorlage, die wiederum in 8 Exemplaren erstellt wurde, stand in Berlin am Morgen des 13. April 1922 (nach dem Ankunftsdatum von 2 Uhr in der Nacht) zur Verfügung.
[1732] Dufour an Sthamer, 11./12.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

brauchen. Denn auch hier wurde deutlich, dass das Londoner Sachverständigengutachten nicht nur von Maltzan, sondern mittlerweile auch von anderen Akteuren in der deutschen Außenpolitik als schwerer Nachteil, wenn nicht sogar als große Gefahr eingeordnet wurde. Es wurde konstatiert, dass dieses Memorandum im Ergebnis „auf denselben Prinzipien beruhe, die deutscherseits im Hinblick auf die Reparationsproblematik immer zurückgewiesen würden.“[1733]

Des Weiteren ließ Maltzan im Rahmen seiner ausführlichen Aufzeichnung die Darstellung von Spannungen außen vor, die innerhalb der deutschen Delegation auftraten. Denn nach Kessler waren die Delegationsmitglieder Hilferding und Bernhard zu diesem Zeitpunkt sogar „maßlos wütend auf Rathenau, dem sie eine unbändige Eitelkeit vorwerfen, die es nicht ertrüge, von Stinnes nicht für voll genommen zu werden“. Der deutsche Außenminister denke, so Kessler weiter, eben „nur noch an das Urteil der Deutschen Volkspartei“. Er sei „hier in Genua“ „für jede europäische und moralisch wirksame Haltung Deutschlands das große Hindernis“.[1734] Nach rückblickenden Aufzeichnungen Hermann Büchers vom 20. April 1922 war es demgegenüber aber insbesondere Rathenau, der sich weiterhin um eine nach allen Seiten hin verständigungsorientierte Haltung bemühte und zudem zu einer abwartenden Haltung mahnte. Für den deutschen Außenminister bestand demnach am 12. April 1922 immer noch die Möglichkeit, durch weitere Verhandlungen mit den Westmächten in Genua zu einer konstruktiven, zuverlässigen Entschärfung des Londoner Memorandums im Hinblick auf die deutsche Interessenlage zu gelangen. Weiter war es offenkundig, dass Rathenau sich gegenwärtig intensiv mit diesen Fragen auseinandersetzte. Und nach einigen „einleitenden Worten“ des Reichskanzlers habe er „die Fragestellung vom deutschen Standpunkt aus“ dann dahingehend „präzisiert“,

> „dass es darauf ankommen müsse abzuwägen, welche Vor- und Nachteile es für uns habe, wenn wir a.) auf den Boden der alliierten Denkschrift träten (oder) b.) wenn wir die Londoner Vorschläge ablehnten, ohne verhindern zu können, dass sie russischerseits im Prinzip angenommen würden.
> Herr Dr. Rathenau betonte, dass es besonders wichtig sei, die Vor- und Nachteile genau zu untersuchen, die Deutschland aus der den Russen zugedachten dette publique erwachsen würden. So sehr er auch anerkenne, dass die grossen Linien der deutschen Politik für ein Zusammenarbeiten mit Russland sprächen, so wenig sei er *im Augenblick* [Herv.d.Verf.] in der Lage, eine Festlegung bezüglich der durch die alliierten Vorschläge geschaffenen Lage vorzunehmen. […] Auch die Frage der Anwendung des § 116 des Versailler Vertrages in Bezug auf das Verhältnis Russlands zu Deutschlands lasse sich nach ihm gegenüber geäusserter englischer Auffassung in der Praxis noch sehr wohl diskutieren.“[1735]

Zu der von Maltzan nicht thematisierten innerdeutschen Diskussion über die Bedeutung des Londoner Memorandums am 12. April 1922 liegen noch weitere Bemerkungen Büchers vor, die am gleichen Tage entstanden sind. Der Sprecher der im RDI organisierten Unternehmen führte bereits an diesem Tag aus, es sei von den Anwesenden allseitig und übereinstimmend betont worden, „dass vorläufig kein Anlass zu irgend einem Eingreifen unsererseits vorläge“, auch wenn die „Stellungnahme Rathenaus“ „noch nicht ganz fest“ sei und sich der deutsche Außenminister darüber „heute“ „noch nicht eingehender“ habe äußern wollen. Denn in der bislang vorliegenden Form sei

[1733] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.98f.
[1734] Kessler, Tagebücher, S.293 (12. April 1922).
[1735] Aufz. Bücher, 20.4.1922, streng vertraulich, ACDP, NL Stinnes, I-220-005/2.

das Londoner Memorandum für Sowjetrussland ohnehin unannehmbar, da die Entente eine „vollständige dette publique nach dem Vorbilde der Türkei“ vorschlage. Dies mindere somit „die Gefahr“, „dass wir zwischen 2 Stühlen sitzen“, zumal der „gesamte Inhalt der alliierten Vorschläge“ „den tatsächlichen Möglichkeiten so zuwider“ liefe, „dass faktisch nichts dabei herauskommen“ könne. Bücher wies in diesem Kontext sogar darauf hin, er sei „persönlich sogar etwas erleichtert durch den Inhalt, denn wenn die Entente für Russland akzeptable Vorschläge gemacht hätte, dann wäre es leicht um unsere Position Russland gegenüber geschehen gewesen.“[1736]
Unabhängig vor der Richtigkeit dieser Einschätzung klang dies auf den ersten Blick nach einer merklichen Entspannung der Lage. Allerdings relativierte Bücher selbst, er halte im Falle weiterführender Separatverhandlungen zwischen der Entente und Sowjetrussland eine Annahme des alliierten Sachverständigengutachtens durch die russische Delegation keineswegs für ausgeschlossen. Und diese politische Einschätzung Büchers entsprach wiederum deutlich derjenigen Position, die Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung im Nachhinein einnahm:

> „Fraglich ist nur, ob die Russen ihre Antwort so drehen, dass die alliierte Denkschrift den Verhandlungen in den weiteren Sitz(ungen) zu Grunde gelegt werden kann. Sollte dies geschehen, so würde unsere Position schwieriger werden. Wir können dann nämlich nicht das grundsätzliche Problem behandeln, sondern werden genötigt, uns hintereinander zu einer Anzahl von einzelnen Fragen zu äussern, ohne dass wir Gelegenheit haben, unseren Standpunkt zu dem § 116 des Friedensvertrages, dessen Anwendung oder Nichtanwendung in Bezug auf Russland für unsere ganze Betrachtung von entscheidender Bedeutung ist, zu erörtern.“[1737]

Während Anton Erkelenz in Bezug auf eine entsprechende Sitzung im Unterausschuss des Finanzausschusses notierte, wie zäh die britischen Vertreter an ihrer „geliebten Denkschrift“ festhielten[1738], stellte auch Dufour fest, dass Außenminister Rathenau bei der letzten innerdeutschen Besprechung „besonders betont“ habe, „in welch ausserordentlich schwierigen Lage Deutschland sich befände“. Es sei unbedingt „zu vermeiden, dass es bei den Verhandlungen morgen nicht zwischen 2 Stühle zu sitzen käme.“[1739]
Unterdessen nahm abermals auch die alliierte Diplomatie die deutschen Befürchtungen im Kontext des Londoner Memorandums war. So informierte der belgische Botschafter in Berlin mit Datum vom 12. April 1922, aus seiner Sicht werde sich in Genua zeigen, ob ein Abschluss der zurückliegenden, intensiven deutsch-russischen Vertragsverhandlungen möglich sei. In jedem Fall werde sich der „véritable état“ in den Beziehungen zwischen Berlin und Moskau dort zeigen.[1740] Des Weiteren habe auch schon der Genua-Korrespondent des Berliner Tageblattes berichtet, dass das Londoner

---

[1736] Bücher an Reichsverband der Deutschen Industrie, „2. Bericht“, streng vertraulich, 12.4.1922, (S.3f.), ACDP, NL Stinnes, I-220-19/3.
[1737] Ebd.
[1738] BAK, NL Anton Erkelenz (N 1072), Nr.19, Fiche 3, 166. Nach dem DDP-Abgeordneten, der als Sachverständiger mitgereist war, trat schon zu dieser Zeit ein Konflikt zwischen Finanzminister Hermes und Außenminister Rathenau offen hervor, vgl. näher ebd.
[1739] Dufour an Sthamer, 11./12.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.
[1740] Della Faille an Jaspar, Vertraulich, 12.4.1922, BMAE, 10.991, V. (1-12 avril 1922), S.2. Die Vorlage trägt die Nummer PI 2848/II22 und den Titel « La conférence de Gènes et les relations germano russes“. Obwohl Rathenau gegenüber Journalisten bei der Abreise der deutschen Delegation seine Skepsis im Hinblick auf die zu erwartenden Ergebnissen der Konferenz ausgedrückt und darauf hingewiesen haben soll, dies könne erst der Anfang von einer ganzen Reihe von internationalen Konferenzen sein, reagiere nach della Faille z.B. die Berliner Börse nach dem Beginn der Konferenz positiv, der Wert der Mark „a eu ses derniers jours une tendance continue à la hausse.“, ebd., S.4.

Memorandum sowohl für Russland als auch für Deutschland höchst gefährlich sei. Schließlich betreffe das Gutachten unmittelbar auch deutsche Interessen, zumal der « fameux article du Traité de Versailles » - der russische Reparationsanspruch gegen Deutschland gemäß Artikel 116 Abs. 3 VV -, der die deutsch-russischen Verhandlungen bekanntermaßen anheize, dort jetzt sogar ausdrücklich erwähnt sei.[1741]

Für die Vorgänge am Donnerstag, den 13. April 1922 machte Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung im Nachhinein nur einige wenige Bemerkungen. Sie erwähnten allerdings einen Sachverhalt, der sich aus deutscher Sicht noch als überaus gravierend erweisen sollte:

„Die für heute vormittag anberaumte Sitzung des Unterausschusses wurde zunächst auf heute nachmittag, dann sine dei verschoben. Bisher unverbürgte Meldungen, wonach in der Villa Lloyd Georges zwischen den einladenden Mächten einerseits und Russland andererseits weitgehende Verhandlungen mit Russland stattfinden sollten, bestätigten sich. Der Reichsminister Rathenau hat in dieser Zeit zweimal schriftlich und einmal telephonisch Lloyd George um eine Unterredung bitten lassen; alle drei sind abgelehnt worden.“[1742]

Dagegen gibt ein Schreiben des Ministerialdirektors vom 13. April 1922 zeitnah Auskunft, in der er den Konferenzablauf „am Dienstag, den 12. April“ zusammenfasste. Denn für ihn, so führte Maltzan hier gegenüber dem in Berlin verbliebenen „Staatssekretär Politik“, Haniel, aus, sei in Bezug auf den Verlauf der Konferenz in Genua ein wichtiges „Intermezzo eingetreten“: Nachdem Präsident Facta das Londoner Memorandum, das ja schon in Berlin bekannt sei, zur Diskussion gestellt hatte, sei es von „unseren Sachverständigen“ „gleichfalls eifrig studiert“ worden. Diese hätten die darin Russland auferlegten Bedingungen „als ausserordentlich schwer und zum grossen Teil wohl als unannehmbar bezeichnet“. Zu bedenken sei aber aus deutscher Sicht des Weiteren, „dass Artikel 6 der Denkschrift sowie Anlage 2 Art. 11 und 15 sowie die allgemeinen Bestimmungen des § 260 Ver(sailler) Vertr(ag) unser Interesse für dieses Memorandum sehr beschweren.“ Um die Entente nicht unnötig zu brüskieren, müsse aber noch „vermieden werden, offen gegen dieses Memorandum Stellung zu nehmen“, da „eine klare Option für den Westen oder gegen den Westen“ gegenwärtig „unerwünscht“ erscheine. Ob dies aber auch in den kommenden Tagen „ganz“ vermieden werden könne, hänge jetzt deutlich „von dem Verlauf der nächsten Sitzung sowie von einer gewissen dialektischen Gewandtheit ab.“[1743]

Bei einem Blick auf diese Quelle erscheint zunächst ein zeitlicher Fehler Maltzans auffällig; der erste Dienstag auf der Konferenz von Genua war nicht der 12., sondern der 11. April 1922. In inhaltlicher Hinsicht wird hingegen deutlich, dass Maltzan nun auch gegenüber Haniel die nachteilige, jetzt umso mehr aktuelle Gesamtbedeutung des Londoner Memorandums zusammenfasste. Seine Beschreibung dieser Nachteile entsprach dabei im Wesentlichen den bereits oben diskutierten Angaben Maltzans für Dienstag, den 11. April 1922, wenngleich Maltzan mit der zusätzlichen Erwähnung der deutschen Pflichten gemäß Artikel 260 VV[1744] an dieser Stelle noch eine weitere mögliche Belastung für

[1741] Della Faille an Jaspar, 12.4.1922, ebd. Die nach Brüssel gesandte Vorlage trägt einen Eingangsstempel vom 14.4.1922 und die No. 20972. Zur russischen und französischen Darstellung des Konferenzablaufes am 12. April 1922 vgl. komplementierend u.a. auch den Brief Tschitscherins vom 15. April an das russische Außenministerium in Bezug auf Gespräche mit Wise und Jung am 12. und 13. April, gedruckt in: Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Bd.V, Nr. 119 sowie Siegfried à Gout, 12 avril 1922, vgl. Bournazel, S.152, Anm.12 (in Bezug auf die damalige Nummerierung MAE, PM XIV).

[1742] Aufz. Maltzan, ADAP A VI, Nr.59, S.125.

[1743] Maltzan an Haniel, 13.4.1922, PA, R 23701, 027-29.

[1744] Artikel 260 VV lautet: Unbeschadet des auf Grund des gegenwärtigen Vertrags von Deutschland ausgesprochenen

deutsche Interessen ergänzend ins Feld führte. Die zentrale Aussage im Schreiben Maltzans an Haniel vom 13. April 1922 lag jedoch darin, dass Maltzan einerseits im Sinne der von seinem Außenminister letztlich angestrebten Maklerposition zwischen den sowjetrussischen und alliierten Vertretern betonte, dass eine bewertende deutsche Stellungnahme zum Londoner Memorandum in offiziell festlegender Form noch nicht angebracht sei und deswegen auch er für die Vermeidung einer als antiwestliche Orientierung auslegbaren Haltung der Führung der deutschen Außenpolitik in Genua eintrat. Aus seiner Sicht blieb aber alles von der Entwicklung in den kommenden Tagen abhängig, auf die eventuell mit „dialektischer Gewandtheit" zu reagieren sei – ein Begriff, der zwar nicht mehr zweifelsfrei zu klären ist, aber unter Berücksichtigung der deutschen Gesamtinteressen eine sachgemäße deutsche Gegenreaktion nahe legte.

Ähnlich wie Außenminister Rathenau hatte der Ministerdirektor somit die Hoffnung auf ein Einvernehmen zumindest mit der britischen Außenpolitik in der russischen Frage noch nicht aufgegeben. Offenkundig baute er in diesem Punkt auf ein fruchtbares Ergebnis aus seinen Gespräche unter anderem mit Gregory und Wise in den beiden Tagen zuvor. Die deutsche Delegation habe jedenfalls „inzwischen insbesondere mit den Engländern Fühlung genommen, die die oben angeführten Gravamina offen anerkennen und behaupten, sie nicht beabsichtigt zu haben." Sie sähen „das Prekäre unserer Stellung ein" und hätten ihm eine Erleichterung der deutschen Lage zugesagt. Da die nächste Kommissionssitzung aber auf Karfreitag verschoben worden sei, bliebe zudem „auch noch Zeit, mit anderen, insbesondere mit Neutralen und den Russen in Rapallo in Verbindung zu treten."[1745] Er, so Maltzan weiter, nehme aber „beinahe an, dass die russische Ablehnung so komplett sein" werde, „dass unsere Stellungnahme zunächst nicht nötig ist."[1746]

Diese Informationen über die genaue, abwägende Haltung Maltzans am 13. April 1922 finden sich also in seiner späteren, ausführlichen ‚Rapallo-Aufzeichnung' nicht mehr wieder. Dies gilt auch für eine Wiedergabe der aktuellen Russland-politischen Diskussion innerhalb der insoweit gespaltenen deutschen Delegation, die Maltzan in seinem Schreiben an Haniel vom 13. April 1922 ausführlich schilderte.[1747] Hierbei ist bemerkenswert, dass Maltzan den Abwägungsprozess zwischen Interessen

---

Verzichts auf eigene Rechte oder Rechte seiner Angehörigen kann der Wiedergutmachungsausschuß binnen einem Jahre nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags fordern, daß Deutschland alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger an allen öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Österreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei, den Besitzungen und zugehörigen Gebieten dieser Staaten oder in Gebieten, die früher Deutschland oder seinen Verbündeten gehört haben und auf Grund des gegenwärtigen Vertrags abgetreten werden müssen oder unter die Verwaltung eines Mandats treten, erwirbt; andererseits hat die deutsche Regierung binnen sechs Monaten nach Geltendmachung dieser Forderung die Gesamtheit dieser Rechte und Beteiligungen sowie alle Rechte und Beteiligungen, die Deutschland selbst besitzt, dem Wiedergutmachungsausschuß zu übertragen. Deutschland übernimmt die Verpflichtung, seine auf diese Weise enteigneten Angehörigen zu entschädigen. Der Wiedergutmachungsausschuß setzt den Wert der übertragenen Rechte und Beteiligungen fest und schreibt Deutschland die entsprechenden Summen auf die Wiedergutmachungsschuld gut. Die deutsche Regierung hat dem Wiedergutmachungsausschuß binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags eine Liste aller in Betracht kommenden Rechte und Beteiligungen zu übermitteln, einerlei, ob die Rechte und Beteiligungen bereits erworben oder nur Anwartschaften oder noch nicht ausgeübt sind, und hat zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte sowohl in seinem eigenen Namen wie in dem seiner Angehörigen auf alle obigen Rechte und Beteiligungen, die in der vorgenannten Liste etwa nicht verzeichnet sind, zu verzichten.

[1745] Maltzan an Haniel, 13.4.1922, PA, R 23701, 027-29.

[1746] Ebd.

[1747] Ebd. Hierzu heißt es u.a.: „Im Hotel Eden ist die Stimmung geteilt. Alle Sachverständigen von Mendelssohn bis Hilferding, insbesondere auch Raumer und Bücher sind für eine klare Option für die Russen, ebenso auch der R.K. Andererseits besteht die Sorge, durch einen derartigen Schritt sich weitere Entwicklungschancen nach dem Westen zu erschweren. Von den Engländern steht Blackhead, Greeg in Verbindung mit unserem Chef. Ich habe gestern und vorgestern entsprechend Fühlung mit Sir William Clark, Mr. Fountain, Wise und Gregory aufgenommen, die heute mit Sir

auf Russland-politischem Gebiet und dem nahe liegenden Grundsatz, eine weitere Verschärfung des Verhältnisses zu den Alliierten unbedingt zu vermeiden, sine ira et studio referierte. Sichtbar wird zudem erneut, dass Maltzan das vermeintliche Verständnis der britischen Gesprächspartner und deren Versicherungen, sie würden der deutschen Seite in Bezug auf ihre Befürchtungen Erleichterung verschaffen, zu diesem Zeitpunkt für verlässlich und aufrichtig hielt.

Im Vergleich zu seiner ausführlichen Aufzeichnung vom Mai 1922 erwähnte Maltzan am 13. April 1922 jedoch darüber hinaus, dass auch Außenminister Rathenau persönlich mit britischen Vertretern in Kontakt stand. Gleiches gilt ebenso hinsichtlich seiner eigenen Bemühungen für ein Gespräch mit dem britischen Kommissionsmitglied Chapman, das in seiner späteren „Rapallo-Denkschrift" ebenfalls nicht mehr auftauchte. Wenn Maltzan somit im Nachhinein verfolgt hätte, aus apologetischen Gründen den Gang der Dinge zu verzerren, so wäre es ihm ohne weiteres möglich gewesen, auch diese weiteren deutschen Kontakte zu britischen Delegationsmitgliedern herauszustellen. Schließlich hätten sie nicht nur „vollkommenes Verständnis für das Kritische unserer Situation", sondern auch „eine gewisse Sorge" an den Tag gelegt, dass die deutsche Außenpolitik „ganz ins östliche Lager" getrieben werden könne. Und diese Sorge, die im Ergebnis mit Warnungen im Sinne des Fontainebleau-Memorandum Lloyd Georges korrespondierten, ginge mittlerweile „so weit, dass man [d.h. von britischer Seite aus, Anm.d.Verf.] sogar [das] Aufgeben von Art. 116 und eine besonders wohlwollende Berücksichtigung von 260 in Aussicht gestellt" habe, aber natürlich sine obligo." Gänzlich ungünstig schilderte Maltzan die deutsche Lage daher am 13. April 1922 nicht, auch wenn zu berücksichtigen sei, dass sein Schreiben an Haniel offenbar am Morgen des 13. April 1922 abgefasst wurde, als die Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und den sowjetrussischen Vertretern aufgenommen worden waren. „Wir hoffen", so stellte der Ministerialdirektor daher zu diesem Zeitpunkt ebenso fest, „den Ostersonntag frei zu haben, aber auch dies ist noch nicht sicher." [1748] Im Laufe des Tages erhielt Maltzan jedoch Informationen, die seine noch am Vormittag gegenüber Haniel dargelegte Einschätzung der Situation noch erheblich modifizieren bzw. verändern sollten.

Maltzan behauptet in seiner ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung, am Donnerstag, 13. April 1922 sei die geplante Sitzung des Unterausschusses zunächst auf den Nachmittag und dann auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Diese Behauptung wird durch andere Quellen, z.B. von Seiten Büchers bestätigt.[1749] Maltzan führte dann an, „bisher unverbürgte" Nachrichten hätten darauf hingewiesen, dass „in der Villa Lloyd Georges zwischen den einladenden Mächten einerseits und Russland andererseits weitgehende Verhandlungen stattfinden sollten". Ein Teil der Rapallo-Forschung hat dazu vorgetragen, die ausführliche Aufzeichnung Maltzans enthalte insbesondere auch in der Hinsicht „significant errors". Maltzan habe mit dieser Aussage in unzutreffender Weise behauptet, die „Allied Russian talks" hätten bereits am Donnerstag, den 13. April 1922 begonnen. Dies wiederum wäre ein Beleg dafür, dass die Aufzeichnungen Maltzans über die letzten Vorgänge vor der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages vielfach „inkorrekt" seien.[1750]

Chapman fortgesetzt werden soll." Dieser letzte Satz wurde auf einer am 18.4.1922 eingetroffenen Abschrift der Vorlage offenbar von Schubert am rechten Rand zwei Mal hschr. angestrichen und mit einem Ausrufungszeichen versehen, vgl. QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

[1748] Maltzan an Haniel, 13.4.1922, PA, R 23701, 027-29.

[1749] Aufz. Bücher, 20.4.1922, Bericht Nr. 5, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-005/2, Anlage 1, S.3.

[1750] Vgl. Fink, The Genoa Conference, S.164, Anm.76; Pogge von Strandmann, Rapallo-Strategy in Preventive

Das dieser Kritik zugrunde liegende Argument ist jedoch unberechtigt: Bei einer genauen Betrachtung des Wortlautes hat Maltzan nicht ausgeführt, Meldungen hätten sich bestätigt, dass diese Verhandlungen zwischen den Alliierten und der sowjetrussischen Delegation am 13. April 1922 stattgefunden *haben*, sondern dass diese alsbald stattfinden „sollten"! Eine solche Formulierung verweist lediglich auf die Kenntnis Maltzans darüber, dass die Alliierten beabsichtigten, solche Separatgespräche mit den sowjetrussischen Vertretern durchzuführen. Von einer Verdrehung der Fakten durch Maltzan („Maltzan, eager to make a good case for the German [Rapallo-, Anm.d.Verf.] action, twisted the facts"[1751]) kann also zumindest in diesem Punkt nicht die Rede sein.[1752]
Des Weiteren waren die Meldungen, die Maltzan erreichten, der Sache nach durchaus zutreffend: Es lässt sich heute anhand von britischen und französischen Archivalien nachweisen, dass solche Bestrebungen spätestens seit diesem Tag - Donnerstag, den 13. April 1922 - tatsächlich vorhanden waren.[1753] Deutlich wird allerdings, dass der damit verbundene Plan einer Aufnahme von Separatverhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation zwar britischen und italienischen Vertretern bekannt war, jedoch bislang noch nicht mit den Franzosen abgesprochen war. Delegationsleiter Barthou fiel jedenfalls erst im Verlauf eines Treffens mit Lloyd George und Schanzer, das in der „Villa D'Albertis", der temporären Residenz des britischen Premiers „in the hills of the Quarto dei Mille"[1754] „half-way between Nervi and Genoa"[1755] stattfand, am späten Vormittag des 13. April 1922 auf, dass diese gemeinsame interalliierte Zusammenkunft nach dem Wunsch der anderen alliierten Vertreter darauf hinauslief, nunmehr zunächst mit der sowjetrussischen Delegation privatissime zu verhandeln. Barthou formulierte diese Entwicklung in einer recht drastischen Form: Ab morgen hatten die alliierten Hauptmächte nach dem Vorschlag der britischen und italienischen Führung mit den führenden Vertretern der sowjetrussischen Verhandlungsdelegation „ins Bett zu gehen."[1756] Aus der Sicht des britischen Premiers entsprach

---

Diplomacy, S.132f.

[1751] ebd., S.132.

[1752] Bei Bücher heißt es im Nachhinein unter dem 20. April 1922 dagegen unpräziser, bereits im Laufe des 12. April 1922 „hatten aber auf Aufforderung der Entente ausserhalb der offiziellen Konferenz Verhandlungen zwischen den Alliierten einerseits und Russland andererseits eingesetzt, über deren Verlauf Deutschland aus den verschiedensten Quellen wenigstens insoweit orientiert wurde, dass es erkennen musste, dass auf alliierter Seite die Absicht bestand, auf seine Kosten zu einer Einigung mit den Russen zu gelangen.", Aufz. Bücher, 20.4.1922, Anlage 1 (S.2) zu Bericht Nr. 5, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-005/2.

[1753] DBFP, First Series, Vol. XIX, Nr. 70, S.367-371 (11:45 am, 13.4.1922, Note of a Conversation between Mr. Lloyd George and Signor Schanzer, held at the Villa d´ Albertis) bzw. Nr. 71, S.371-380 (Genoa Documents on British Foreign Policy, 4:15 pm, British Secretary´s Notes of Informal Meeting, held on the Terrace of the Villa D´Albertis).
Seydoux verfasste für die französische Delegation offenbar nachträglich eine 20-seitige Aufzeichnung über die "Negociations avec des Russes" zwischen dem 13. und dem 2. Mai 1922 an, die hschr. auf den 3. Mai 1922 datiert wurde. Eine Kopie dieser Vorlage befindet sich bei MAE, Papiers d´Agents, Seydoux, 25, 88ff., die Gespräche zwischen dem 13. und 15. April auf den Seiten 1-8. Diese Vorlage hat durch die nachträgliche Erstellung rund zweieinhalb Wochen nach dem Rapallo-Vertrag nur einen bedingt zuverlässigen Quellenwert. Hier wird einleitend in recht apologetisch anmutender Form betont, dass man alliierterseits lediglich einen „accord préliminaire" mit der sowjetrussischen Delegation habe ausarbeiten wollen und nach den Erklärungen Lloyd Georges am 14. April 1922 nur deshalb offiziöse Gespräche geführt habe, „à économiser du temps". Faktum bleibt allerdings auch hier, dass sich die « Premiers Délégués italiens, français et belges se sont réunis à la Villa de Albertis avec M. Lloyd George pour examiner la manière dont il serait possible d´entamer les négociations avec les Russes ». Seydoux bestätigte zudem, das Londoner Memorandum habe dabei die Prinzipien konstituiert, auf der ein Akkord etabliert werden solle, ebd., 88. Nachfolgend beschreibt Seydoux im Gegensatz zur britischen Aufzeichnung ebenso den Inhalt der Expertengespräche am 14. und 15. April zwischen Litwinov, Chapman, Alphand, Cattier und Krassin.

[1754] Fink, The Genoa Conference, S.146.

[1755] Gregory, S.197f. mit seiner Skizze von den verschiedenen Aufenthaltsorten der einzelnen Delegation und Verantwortlichen rund um und in Genua.

[1756] Barthou an Poincaré, 13.4.1922, zit. nach Pogge von Strandmann, Rapallo – Strategy in Preventive Diplomacy, S.132.

dieses Vorgehen freilich einem sachlich berechtigten Anliegen: „Ein Vorteil eines privaten Treffens“, so betonte Lloyd George offenbar ohne Widerspruch von Seiten seiner alliierten Kollegen, läge einfach darin, „dass die Deutschen nicht dabei wären.“[1757]

Festzuhalten ist jedoch, dass daraus keineswegs eine grundlegend antideutsche Haltung hervorging. Zunächst einmal waren informelle Gespräche während einer internationalen Konferenz auch Anfang der 1920iger Jahre an sich nichts Ungewöhnliches. In der Forschung ist zudem schon zu Recht darauf hingewiesen worden, dass dieser Ansicht Lloyd Georges gewisse, allerdings inhaltlich nicht mehr näher zu bestimmende „Verzögerungen in den Sitzungen der maßgebenden Politischen Unterkommission“ zugrunde gelegen haben könnten oder der britische Premier bemüht war, unter Ausschluss der Deutschen „informelle Vorgespräche mit den sowjetrussischen Delegierten“ vor allem deshalb „aufzunehmen, um Einigungschancen zu sondieren“.[1758] Überzeugend ist ebenso, dass Lloyd George nicht zuletzt mit Blick auf seine geschwächte innenpolitische Stellung in London „impatient for results“ war und ebenso vor diesem Hintergrund Einigungschancen fördern wollte.[1759]

Dies wurde auch von Dufour unterstützt, wenn er ausführte, die Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und der sowjetrussischen Delegation seien deshalb zustande gekommen, weil die Vertreter Frankreichs am 13. April 1922 „solche Schwierigkeiten“ gemacht hätten, „dass es Lloyd George für angezeigt hielt, Privatgespräche abzuhalten“. Bemerkenswert war dabei allerdings der Hinweis, dass in Bezug auf die Nichtzulassung der neutralen Mächte „Motta für die Schweiz und Branting für Schweden erfolglos protestierten“.[1760]

Eine Negativwirkung dieser Art lässt sich zudem bereits an noch zeitnäheren Quellen nachweisen. So hatte z.B. der niederländische Außenminister van Karnebeek, der sich allerdings ohnehin vehement über die ganze verwirrende Unordnung der Konferenz und deren Organisation beklagte, mit Datum vom 15. April 1922 in einem ähnlichen Sinne festgehalten, die „intimen“ und „verborgenen Besprechungen“ in der Villa D’Albertis machten insbesondere auch Branting und Skirmunt „sehr unglücklich“, da diese als Leiter der Ersten Kommission gehofft hätten, hinzugezogen zu werden.[1761]

Und diese Entwicklung trieb mittlerweile offenbar selbst britische Kabinettsmitglieder um: Kolonialminister Churchill äußerte gegenüber Lloyd George jedenfalls Besorgnis dahingehend, er hoffe in Bezug auf diese außerplanmäßigen, nicht nur Deutschland, sondern auch die kleineren Mächte ausschließenden Separatverhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation, „you don´t take a wrong turn.“[1762]

[1757] British Secretary´s note of informal meeting held at the terrace of the Villa D´Albertis, 13.4.1922, PRO, Cab. 29/95, hier zit. nach Linke, Der Weg nach Rapallo, S.98 mit Anm.136.

[1758] Vgl. Krüger, Der Rapallo-Vertrag und die deutsche Außenpolitik, S.436.

[1759] Siehe dazu Fink, The Genoa Conference, S.160.

[1760] Dufour an Sthamer, 20. Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10. Zur Biographie und Tätigkeit Giuseppe Mottas vgl. Widmer; zur Außenpolitik der Schweiz in dieser Zeit vgl. Herren/Zala.

[1761] Vgl. den Tagebucheintrag van Karnebeeks vom 15.4.1922, DBPN, Periode A: 1919-1930, Deel III, Nr. 242. Es heißt hier in deutscher Übersetzung u.a.: „Um hierauf zu verweisen, versuchte ich gestern abend den braven Branting zu trösten, bemerkend, das wir diese Komödie mitmachen, vielleicht um der Bildung von Europa gute Dienste zu erweisen.“ Karnebeek bemüht sich darum, niederländische Interessen in die Diskussion der russischen Frage miteinzubringen und „auf dem langen Weg vielleicht etwas mehr an den geheimen Überlegungen hinsichtlich der Russischen Frage beteiligt zu werden.“ Bei ebd., Nr.243 heißt es bzgl. der Organisation u.a., es gäbe keine Leitung und keine Administration und man würde zuweilen Einladungen zu Sitzungen erhalten, wenn diese bereits begonnen hatten. Bei ebd., Nr. 243 (17. April 1922) heißt es bezeichnender Weise dann im gleichen Sinne: „Obschon es heute acht Tage her ist, dass die Konferenz begann, ist man noch nicht im Besitz einer Teilnehmerliste, sodass man nicht weiß, wer eigentlich hier ist.“

[1762] Zit. nach Fink, The Genoa Conference, S.160 mit Anm.55.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass der dritte Satz von Maltzan in seiner ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung in Bezug auf den 13. April 1922 - Außenminister Rathenau habe insgesamt drei Mal vergeblich um ein Gespräch bei Lloyd George gebeten - ebenfalls faktisch zutrifft. Es wurde am 17. April 1922 von Rathenau selbst vorgebracht und von britischer Seite nicht dementiert.[1763] Und auch Dufour stellte in Bezug auf die Zeit unmittelbar nach dem Beginn der Separatverhandlungen in der Villa D´Albertis im Nachhinein fest, dass „in unserer Delegation […] besonders Rathenau und Maltzan“ angefangen hätten, „nervös zu werden.“ Der Außenminister habe ihn, Dufour, daraufhin veranlasst, „am 13. April und am nächsten Tage zu Sir Edward Grigg zu fahren, um eine Zusammenkunft mit Lloyd George zu vereinbaren“, was er dann „unter Bezugnahme auf den Brief Rathenaus an Lloyd George, den wir in London noch zu vermitteln hatten“, durchgeführt habe.[1764]

Eine quellennahe Rekonstruktion des 13. April 1922 zeigt allerdings, dass der deutsche Ministerialdirektor in seiner nachträglichen ausführlichen „Rapallo-Aufzeichnung“ einige durchaus nicht unerhebliche Vorgänge unerwähnt lässt, die zumindest der Vollständigkeit halber durchaus anzuführen gewesen wären: So hob Maltzan in einem Brief an Hauschild vom 14. April 1922 hervor, dass er und der für Wirtschaftsfragen zuständige Staatssekretär Simson am 13. April 1922 „mit einigen Sachverständigen in dem sehr entfernten Rapallo bei den Russen waren, um mit ihnen über die weitere Entwicklung eine gewisse Fühlung zu nehmen.“ „Das Ergebnis“ dieses Gesprächs habe darin gelegen, „dass die Russen gestern abend den Engländern mündlich und schriftlich ein neues Propos vorgelegt“ hätten, das auf alliierter Seite derzeit beraten werde. Daraus könne, so Maltzan weiter, eventuell eine „sehr kritische Situation“ entstehen. Deshalb existiere von seiner Seite aus nach wie vor nicht nur Fühlung mit den Briten, sondern eine „gleiche Verbindung“ auch „zu den Russen“.[1765]

Eine Aufzeichnung von Seiten Maltzans oder Simsons, die weitere Angaben zum Inhalt dieser Gespräche mit der sowjetrussischen Delegation am 13. April 1922 in Rapallo macht, liegt aber nicht vor. Dies gilt ebenso für die Sichtweise dieses Vorgangs aus sowjetrussischer Sicht. Auch ein Telegramm Maltzans mit Datum vom 13. April 1922 bat „im Einvernehmen mit Simson“ das Auswärtige Amt in Berlin lediglich darum, Wiedenfeld in Bezug auf seinen letzten Privatbrief an Maltzan zu drahten, „dass seine Anwesenheit Ende April [in Genua, Anm.d.Verf.] nicht notwendig erscheint“ und die Ankunft von Radowitz in Genua „zunächst abgewartet werden“ sollte.[1766]

Das u.a. von Maltzan in Rapallo am Donnerstag vor Ostern mit der Führung der sowjetrussischen Delegation geführte Gespräch wird auch von anderen Quellen angesprochen, insbesondere in den tagebuchähnlichen Berichten von Anton Erkelenz. Dieser hielt mit Datum vom Nachmittag des 13.

[1763] Nach einer Privataufzeichnung Hirschs vom 17. April (im PA verfilmt unter 3398/D 738 929-32) hatte sich Lloyd George ihm gegenüber beschwert, er sei von Rathenau nicht ausreichend über das Vorgehen der Deutschen unterrichtet worden. In Rathenaus Brief an Lloyd George vom 18. April (im PA verfilmt unter 3398/D 738 936-37) heißt es einleitend: „Dear Mr. Lloyd George, I was informed that you complained yesterday night that you had not been sufficiently informed about our talks with the Russians. — I beg to call your attention to the fact that during the last week by the intermediary of Mr. Dufour and Sir Edward Grigg I asked three times for an interview on behalf of the Chancellor and myself. When at last Sunday afternoon Signor Schanzer rang me up in order to bring about a meeting with you, with one hours notice, I unfortunately was out of town.“

[1764] Dufour an Sthamer, 20. Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.

[1765] Maltzan an Hauschild, 14.4.1922, PA, R 23711, 036-037. Die Vorlage wurde nicht verfilmt und trägt die Paraphe Hauschilds offenbar erst vom 18.4.(1922).

[1766] Vgl. Tel. Maltzan, No. 47, 13.4.1922, PA, R 23507. Die Vorlage wurde nicht verfilmt, es wurde auch keine Seitennummerierung vergeben. Auf der Vorlage wurde die Klassifizierung „sofort“ offenbar von Maltzan zweimal unterstrichen.

April 1922 fest, Hilferding sei „seit heute früh in Santa Margherita bei den Russen, offenbar mit vermittelnden Instruktionen“. Stärker als Maltzan es in seiner ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung tat, schilderte Erkelenz die deutsche Lage in der „russischen Frage“ zwar als beinahe dramatisch. Er mahnte jedoch ebenso zur Zurückhaltung:

> „Die Spannung ist sehr stark. Die Frage ist politisch auch für uns von grosser Bedeutung. Hier kehrt die Entscheidung wieder, die Caprivi 1890 fällte, die Entscheidung, ob wir auf England oder auf Russland rechnen wollen. Ich nenne Ihnen vertraulich das sogenannte russische Memorandum, d.h. den Londoner Vorschlag der Alliierten wegen der russischen Regelung.“[1767]

Einen weiteren Eintrag um 7 Uhr morgens des Folgetages, 14. April 1922, widmete Erkelenz ebenfalls der „russischen Frage“. Er deutete hier an, dass sich seiner Ansicht nach ein beruhigendes Ergebnis aus den bisherigen deutsch-russischen Gesprächen bislang nicht ergeben habe. Dass es der Führung der sowjetrussischen Delegation noch an genaueren Instruktionen aus Moskau mangele, hielt er dabei für nicht entscheidend. Erkelenz wies hingegen eindringlich darauf hin, es „scheint doch schon festzustehen, dass die Russen diese Ottomanisierungsvorschläge nicht prinzipiell und rundweg ablehnen“ würden, auch wenn sie gewisse „Abänderungsvorschläge“ machen wollten:

> „Das ist das Ergebnis der Mission Hilferings und Maltzahns (sic) in Sant(a) Margherita. Übrigens soll gestern auch Wirth selbst hier auf der Strandpromenade in Nervi einen russischen Vertreter ‚zufällig’ getroffen haben. Rathenau erklärte uns gestern Abend: wir dürfen uns auf keinen Fall zwischen zwei Stühle setzen und müssen evtl. abwägen. (…) Der Ottomanisierungsplan an sich ist aber ungeheuerlich. In der deutschen Presse muss er scharf und endgültig abgelehnt werden. Diese Dinge gehen noch weiter über Versailles hinaus.“[1768]

Diese hier für den Abend des 13. April 1922 von Seiten Erkelenz niedergelegten Bemerkungen Außenminister Rathenaus, die auch von Seiten Büchers bestätigt werden[1769], erwähnt Maltzan somit ebenso wenig wie die damit verbundene Besprechung der russischen Frage innerhalb der deutschen Delegation.

Es gab zudem weitere Umstände, die Maltzan in seiner Gesamtdarstellung nicht thematisierte, die aber das auf deutscher Seite mehr und mehr bestehende allgemeine Gefühl, durch das alliierte

---

[1767] BAK, NL Anton Erkelenz (N 1072), Nr.19, Fiche 3, 167f. Es heißt hier u.a.: „Mit diesem Klotz am Bein ist Russland auf 100 Jahre gelähmt. Umsomehr weil die Gebiete, in die seinerzeit die französischen Milliarden hineingesteckt und mit denen doch einige Dauerwerte geschaffen wurden, von Russland abgetrennt sind. (…) Die andere Frage ist, was tun wir? Unsere Zukunftsinteressen liegen politisch und wirtschaftlich sehr bei Russland, die Mach(t)verhältnisse der Gegenwart liegen bei den Westmächten. Optieren wir gegen sie für Russland, so haben sie laufend Möglichkeiten, uns das bei der Regelung unserer eigenen Frage zu entgelten. Optieren wir gegen Russland, so verbauen wir uns vielleicht den Weg für die zukünftige politische Freiheit. Es scheint, es liege hier auch der Gegensatz zwischen Wirth und Rathenau. Letzterer scheint stärker mit England und Frankreich gehen zu wollen als Wirth. Wir sollten uns zurückhalten. Mögen die Russen zunächst selbst entscheiden. Deshalb erscheint mir auch die Entsendung Hilferdings nicht ohne weiteres als gut.“

[1768] BAK, NL Anton Erkelenz, Nr.19, Fiche 3, 170f.

[1769] Aufz. Bücher, 20.4.1922, Bericht Nr. 5, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-005/2, Anlage 1, S.3. Bücher stellte hier in Bezug auf den Donnerstagabend rückblickend fest, Außenminister Rathenau habe hier schon „weit deutlicher als vorher“ erklärt, „dass die Vorschläge der alliierten Sachverständigen in London für die Russen zweifellos unannehmbar seien“. Demnach sprach der deutsche Außenminister allerdings „auch bei dieser Gelegenheit wiederholt von der Notwendigkeit für Deutschland“, „sich trotz durchaus anzuerkennender Wichtigkeit einer deutsch-russischen Verständigung in Genua keinesfalls zwischen zwei Stühle zu setzen“. Rathenau habe des Weiteren „nochmals von einer Untersuchung der Vor- und Nachteile einer dette publique in Russland vom deutschen Standpunkt aus“ gesprochen und „seinen Standpunkt zu den ganzen Fragen endgültig auch“ an diesem Donnerstagabend „noch nicht festlegen können.“

Vorgehen in der russischen Frage bedrängt zu sein, abermals verstärkten. Denn am Donnerstag, den 13. April 1922, erfuhr die Weimarer Außenpolitik eine abermalige Zurückweisung und Niederlage, die in außen- wie in innenpolitischer Hinsicht von Bedeutung war: Die an diesem Tag übergebene Note der Reparationskommission stellte lapidar fest, die deutschen Ausführungen hinsichtlich der Aufbringung der angemahnten Steuererhöhungen und der Aufbringung einer Anleihe im Ausland kämen einer politischen Weigerung gleich, sich für die erforderlichen Reparationen die notwendigen Zahlungsmittel zu beschaffen. Der von Außenminister Rathenau im März 1922 geführte Nervenkrieg mit der alliierten Reparationskommission setzte sich damit also unvermindert fort.

Unterdessen legte der französische Regierungschef seine rigorose Deutschland-politische Haltung noch einmal in unmissverständlicher Weise dar: In seiner Antwort auf eine Klage Barthous, er fühle sich über die jüngste außenpolitische Entwicklung nicht genügend informiert[1770], machte Poincaré deutlich, wenn es die deutsche Republik nicht bis zum 31. Mai 1922 schaffe, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Entscheidungen der Reparationskommission vom 21. März 1922 zu erfüllen, liefere dies die Notwendigkeit, offiziell « le manquement de l´Allemagne » festzustellen. Diese Feststellung wiederum werde dann den alliierten und assoziierten Regierungen signalisieren, insbesondere das Recht in Anspruch zu nehmen, « de prendre les sanctions nécessaires ».[1771] Unzweifelhaft ist, dass damit ein Einmarsch französischer Truppen in Deutschland einhergehen konnte.

Unabhängig von diesem abermals angedrohten Szenario verfehlte die am 13. April 1922 eingegangene und veröffentlichte Note der Reparationskommission ihre Wirkung auf die deutsche Politik nicht: Der französische Botschafter in Berlin berichtete am späten Abend des 13. April 1922 mit Blick auf entsprechende Stimmen in der deutsche Presselandschaft zu diesem Thema des Weiteren nach Paris, der zwischenzeitliche Genua-Optimismus in der deutschen öffentlichen Meinung sei in ersten Tagen der Genueser Konferenz nicht zuletzt durch die jüngste Note der Reparationskommission mittlerweile schon wesentlich zurückgegangen. In Berlin, so Laurent weiter, kursiere zudem die Meldung, die politisch linksorientierte französische Presse, wie z.B. « l´Humanité », brandmarke die derzeitige außenpolitische Isolierung Frankreichs und die damit verbundenen außenpolitischen Niederlagen der Regierung ‚du bloc national' gegenwärtig besonders stark. Dadurch aber werde die französische Regierung möglicherweise zu einer gravierenden Gegenreaktion gerade auch in der russischen Frage herausgefordert, zumal diese politischen bzw. publizistischen Kräfte in Frankreich die Verantwortlichen im Quai d'Orsay bereits unter dem Titel „La Russie au premier plan!" zu einer konstruktiven Russlandpolitik aufforderten. Vor diesem Hintergrund sowie in Bezug auf eine weitere „sichere Quelle » warnte Laurent seinen Regierungschef und Außenminister in Paris daher sogar noch einmal in einer Weise vor, die mit Blick auf die hier verfolgte Fragestellung von erheblicher Bedeutung ist: Die deutsche Außenpolitik werde ihre derzeit zumindest in diesem Kontext noch weitgehend bestehende Aktionsfreiheit („liberté d'action") sicherlich nutzen, wenn sie ebenfalls auf Russland-politischem Gebiet weiter in

[1770] Tel. Barthou No. 45 (Urgent), 12.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 54, wobei der französische Delegationsleiter hier betonte, er sei bereits „extrêmement embarrassé par les questions que les journalistes françaises me posent avec une insistance prèsque anxieuse sur la réponse de la Commission des Réparations à l´Allemagne. »

[1771] Tel. Poincaré No. 20, 12.4.1922, ebd., 69.

Bedrängnis geriete.[1772] Dass Botschafter Laurent damit den Abschluss der ebenso von ihm und seinem Personal in den Wochen und Monaten zuvor gemeldeten und interpretierten deutsch-russischen Verhandlungen in Berlin meinte, lag auf der Hand.

3. Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und Russland unter Ausschluss der deutschen Vertreter

Verfolgt man die Darstellung Maltzans über die drei letzten Tage vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages, so ist seine Aufzeichnung immer stärker von einer inneren Spannung gekennzeichnet, die den Vertragsabschluß aus deutscher Sicht spürbar als geradezu unausweichlich erscheinen lassen will. Die Perspektive der deutschen Außenpolitik, nahezu sämtliche nationale Interessen in der russischen Frage seien möglicherweise hochgradig gefährdet, ist insofern auch zweifellos die zentrale Botschaft, die Maltzan in seiner ausführlichen ‚Rapallo-Rechtfertigung' zu vermitteln versucht. Eine solche, zunächst einmal als subjektiv zu betrachtende Darstellung würde allerdings nur dann als apologetisch im Sinne einer verzerrenden oder sogar verfälschenden und damit unzulässigen Tendenz zu charakterisieren sein, wenn die von Maltzan dabei vorbrachten Fakten und Argumente in der Mehrzahl unzutreffend oder haltlos wären.
Für den Konferenzverlauf am Karfreitag, 14. April 1922 hebt Maltzan in seiner ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung zunächst hervor, er habe seine am 12. und 13. April 1922 verfolgten Kommunikationsbemühungen in Richtung der alliierten Vertreter noch einmal verstärkt und versucht, nicht nur maßgebliche Mitglieder der britischen Delegation, sondern auch einen belgischen Delegierten über die deutschen Besorgnisse in Bezug auf das Londoner Memorandum und über die weitere Russland-politische Entwicklung aufzuklären. Obwohl nach Maltzan auch von dieser Seite zumindest in mündlicher Form eine gewisse Einsicht erfolgt sei, wäre die deutsche Delegation jedoch über das weitere Vorgehen der Alliierten in der russischen Frage im Unklaren gelassen worden. Anschließend führt Maltzan weitere Punkte an, die im Rahmen einer Begründung für den kurze Zeit später unterzeichneten deutsch-russischen Vertrages vorzubringen seien:

„Der belgische Delegierte Charlier, der mir von Petersburg her persönlich bekannt ist, teilte mir mit, dass die Russen erklärt hätten, sie würden die sozialisierten Güter nicht als Eigentum, sondern nur zum Nießbrauch wiedergeben. Er erwarte von Deutschland, dass wir hier gegen protestieren und uns mit den einladenden Mächten auf eine Linie stellen würden. Ich erwiderte ihm, dass diese Stellungnahme uns sehr erschwert würde, solange in dem Londoner Memorandum, welches als Grundlage für die Verhandlungen gegeben sei, wir nicht nur durch Art. 11 und 15 unserer Ansprüche gegen Russland beraubt wurden, sondern dass wir auch über diese Paragraphen hinaus durch Art. 6 verpflichtet würden, Russland eine erhebliche Kriegsentschädigung zu zahlen. Charlier erwiderte darauf harmlos, er könne sich doch nicht denken, dass wir den Russen eine Hilfestellung gegen die einladenden Mächte geben würden. Ich erwiderte ihm, dies läge uns fern, nur sei uns eine Einigung auf Grundlage des Londoner Memorandums mit Rücksicht auf die in demselben gegen uns gestellten Forderungen unmöglich.
Die Engländer haben bisher die mir in Aussicht gestellte Antwort über die Stellungnahme des Prime Ministers zu den inkriminierten 3 Punkten nicht gegeben. Dagegen verdichten sich die Gerüchte, dass in der Villa Lloyd Georges gerade der Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] von den Franzosen als Handelsobjekt gegenüber den Russen benutzt wird. Für den Fall der Anerkennung der Vorkriegsschulden durch Russland sollen die russischen Forderungen aus Art. 116 Frankreich gegenüber als Sicherung für die Obligationen, die auf die russischen Vorkriegsschulden

[1772] Tel. Laurent, 13.4.1922, ebd., 75. Die um 23:20 Uhr abgesandte Vorlage befindet sich auch bei ebd. (MAE), Relations Commerciales, B82, 93, 155-156 und trägt dort die No. 681 und 682 sowie im Kopfbereich verschiedene hschr. Vermerke zur Weitergabe u.a. an Barthou, die wohl von Poincaré stammen. Der Ausschnitt aus der kommunistischen „L´Humanité" offenbar vom 12. oder 13. April 1922 befindet sich bei ebd., 200.

auszugeben sind, dienen. Diese Sicherungen sollen gegebenenfalls in Form einer Abgabe auf alle seine nach Russland ausgeführten Artikel durchgeführt werden. Die Russen, mit denen ich sprach, bestätigten mir, dass sie den ganzen Tag durch Besprechungen in der Villa Lloyd Georges beschäftigt sind; sie deuteten an, dass noch manche Schwierigkeiten beständen, dass sie aber Anlaß hätten zu entnehmen, dass Frankreich und England den allergrößten Wert auf eine baldige Verständigung legten. Meinen Fragen über die Einzelheiten der Verhandlungen wichen sie aus, indem sie durchblicken ließen, dass wir uns ja vorher in Berlin mit ihnen hätten einigen können.“[1773]

Die Forschung hat Maltzan unter anderem an dieser Stelle eine tendenziöse Darstellung vorgeworfen.[1774] Es liegt daher auch vor diesem Hintergrund nahe, eine möglichst objektive Rekonstruktion der Vorgänge am Karfreitag 1922 anzustreben.

In Bezug auf das Gespräch mit dem belgischen Delegierten Charlier lassen sich die Angaben Maltzans nicht überprüfen, da eine entsprechende Äußerung von Seiten Charliers fehlt. Der Vortrag Maltzans hingegen, er habe am 14. April 1922 immer noch keine Antwort von britischer Seite auf die von ihm gegenüber Gregory, Wise, Fountain und Clark vorgebrachten Punkte erhalten, kann als zutreffend angesehen werden. Sowohl aus den britischen als auch aus den deutschen Akten ergeben sich keine gegenteiligen Anhaltspunkte. Maltzan erwähnt dann sich „verdichtende“ „Gerüchte“, die besagt hätten, im Rahmen der Separatverhandlungen der Alliierten mit der sowjetrussischen Delegation werde „von den Franzosen“ der Art. 116 Abs. 3 VV „als Handelsobjekt gegenüber den Russen“ verwendet. Über die genauen Quellen, die Meldungen dieser Art an ihn herangetragen hätten, schweigt sich der Ministerialdirektor aber aus. Unklar bleibt ebenfalls, wer denn seine Gesprächspartner auf *russischer* Seite waren, die ihm über die Verhandlungen in der Villa D´Albertis zumindest in allgemeiner Hinsicht Auskunft erteilt und dabei angeblich angedeutet hätten, nach ihrer Ansicht wollten die britischen und französischen Verantwortlichen eine zügige Einigung mit Moskau. Auch über dieses Gespräch Maltzans mit „russischen Vertretern“ am 14. April 1922 liegen bislang keine anderweitigen Quellen vor.

Die Richtigkeit der von Maltzan erhobenen Behauptung, dass die Alliierten in der Tat in Separatverhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation eingetreten seien, ist allerdings unzweifelhaft. Zum inhaltlichen Verlauf der Verhandlungen zwischen den Delegationen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Russlands am 14. April 1922 liegt unter anderem eine ausführliche, geheime britische Aufzeichnung sowie ein Telegramm Gregorys vom gleichen Datum vor.[1775] Hieraus geht zudem hervor, dass die sowjetrussischen Vertreter von alliierter Seite nachdrücklich aufgefordert worden, in eine Diskussion über das Londoner Experten-memorandum einzutreten. Dieser Vertragsentwurf konnte damit seine Bedeutung abermals

---

[1773] Aufz. Maltzans, ADAP A VI, Nr. 59, S.125f.

[1774] Bei Pogge von Strandmann, Rapallo – Strategy in Preventive Diplomacy, S.133, heißt es u.a.: „According to Maltzan´s account, the negotiations with the Russian led to a discussion of Article 116, although there is no trace in the British documents. In fact Germany was not mentioned at all. As it is improbable that Maltzan was misinformed, it has to be assumed that he fabricated rumours to suit his case.“

[1775] Vgl. Tel. Gregory No.29, 14.4.1922, PRO, FO 371/8187, 149. Hier heißt es u.a.: „We had a very tedious dicussion lasting all day upon the question of debts but made good progress.” Siehe auch DBFP, First Series, Vol. XIX, Nr. 72; Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Bd. V, Dokument Nr. 119. Ein ungedrucktes, 39-seitiges und ungekürztes Exemplar, dass offenbar der belgischen Delegation zugänglich gemacht wurde, befindet sich auch bei PRO, CAB 29/95, 298ff. und bei BMAE, 10.991 unter dem Titel « British Secretary´s Notes of an Informal Meeting held at the Villa De Albertis Genoa, on Good Friday, 14th April 1922, at 10 am. ». Hier heißt es einleitend u.a.: „Mr. Lloyd George said that he and M. Barthou, M. Schanzer and M. Jaspar had had a conversation on the previous day and had come to the conclusion that the best plan would be to have an unofficial talk before any formal meeting. This, therefore, was a purely unofficial talk.”

verstärken. Aber auch in anderen Konferenzgremien diente er als Ausgangsbasis der jeweiligen Fachverhandlungen.[1776]

Darüber hinaus wurde der zentrale Stellenwert des Londoner Memorandums nunmehr von allen maßgeblichen alliierten Führungskräften gemeinsam unterstützt und forciert: So erklärte der italienische Außenminister Schanzer - weitgehend im Anschluss an die Position, die Lloyd George und Barthou zunächst vorgetragen hatten - gegenüber den sowjetrussischen Vertretern, das vorgelegte Sachverständigengutachten sei unabdingbar als „point of departure" für die weiteren Separatverhandlungen in der Villa D'Albertis zu betrachten. Dieses als Vertragsentwurf einzuschätzende Gutachten müsse jetzt Punkt für Punkt diskutiert werden. Es gäbe hier sicherlich „some points upon which the Russian Delegation would be able to agree". In technisch-organisatorischer Hinsicht müsse man, „to reach an understanding", zunächst die fundamentalen Punkte fixieren und sich erst danach den Details zuwenden.[1777]

Diese Ansicht wurde sowohl von Jaspar als auch von Lloyd George unterstützt. Letzterer betonte in sichtbarer Übereinstimmung mit Barthou, "that they should come to grips at once on the actual proposals submitted and try to arrive at an agreement." Über drei Jahre, so Lloyd George weiter, habe er unter gravierenden innenpolitischen Schwierigkeiten und Konflikten mit der britischen öffentlichen Meinung nun versucht, "to obtain peace with Russia". Er glaube nun umso mehr, dass dies endlich möglich sei und möglich sein müsse, da es ohne eine solche Übereinkunft keinen wirklichen Frieden in Europa geben könne.[1778] Fraglich bleibt allerdings, ob dieses alliierte Vorgehen auch tatsächlich auf einen ernsthaften Einigungsversuch mit der sowjetrussischen Delegation hinauslief bzw. ob der damit einhergehenden Positionierung Realisierungschancen zugebilligt wurden oder werden konnten.

Hierzu ist aus französischer Sicht festzuhalten, dass Barthou bereits mit Datum vom 13. April 1922 - also noch vor dem Beginn der Verhandlungen in der Villa D´Albertis - nach Paris berichtet hatte, Schanzer habe der französischen Delegation mitgeteilt, in Bezug auf „la 1ère section du rapport des experts de Londres (liquidation du passé)" sei die moderate Seite der sowjetrussischen Delegation - Krassin und Rakowski - angeblich „sans restrictions" bereit, die Artikel 1 und 2 des Londoner Memorandums zu akzeptieren, „en ce qui concerne l´article 3, ils auraient voulu y introduire une clause de réciprocité à laquelle était favorable la délégation italienne." Lloyd George und Barthou hätten jedoch daraufhin entgegnet, dies sei „impossible". Der Kernpunkt der Verhandlungsfrage

---

[1776] Dass das Londoner Memorandum auch ‚themenübergreifend' weiterhin die Grundlage für die Position der Alliierten auf der Konferenz bildete, geht auch aus anderen Politikfeldern hervor, mit der sich die Konferenzteilnehmer beschäftigten, wie z.B. aus der Arbeit der Finanzkommission. Siehe dazu z.B. Tel. Barthou No. 97-100, 17.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, International 29, 201ff., in Bezug auf den Artikel 34 im Londoner Expertenmemorandum. Vgl. dazu aber u.a. auch die deutliche Kritik in dem Bericht Nr. 3 Büchers an den Reichsverband der Deutschen Industrie, 15.4.1922, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-005/2. Hier heißt es u.a.: „Der Verlauf der letzten Tage bestätigte den Eindruck, dass auf alliierter Seite das Bestreben vorherrscht, unter Ausschaltung aller für den Bestand der Konferenz gefährlicher grundsätzlicher Erörterungen möglichst schnell in die Behandlung von Einzelfragen einzutreten. Dieses Verfahren stösst allerdings bei denjenigen auf Widerspruch, die erkannt haben, (…) dass es darauf ankommen muss, (sich) über die Grundprobleme klar zu werden und die Lösungen zu suchen, die für sie möglich sind. Die zeigte sich besonders deutlich in der letzten Sitzung des handelspolitischen Ausschusses (…). Der französische Vorsitzende in ihm machte gestern Nachmittag den Versuch, ohne Generaldebatte sogleich in die paragraphenweise Besprechung der von alliierter Seite auf Grund der Sachverständigenberatung in London gemachten und der Konferenz vorgelegten Vorschläge einzutreten."

[1777] « British Secretary´s Notes of an Informal Meeting held at the Villa De Albertis Genoa, on Good Friday, 14th April 1922, at 10 am. », BMAE, 10.991, S.6 der Vorlage.

[1778] Ebd., S. 6-7.

manifestierte sich damit in der Anerkennung der zaristischen Kriegsschulden, wenngleich dazu, so führte Barthou hier noch ergänzend aus, bislang noch keine konkreten Äußerungen der Vertreter Moskaus zu den Sektionen 2 und 3 des Londoner Memorandums vorlägen.[1779] Deutlich wird aus dieser Bemerkung aber ebenfalls, dass u.a. auch zu diesen Fragen von den alliierten Verhandlungsführern am Karfreitag, 14. April 1922 Antworten von Seiten der Führung der sowjetrussischen Delegation erwartet wurden. Dies wiederum unterstreicht die von den Ententemächten in dieser Hinsicht an den Tag gelegte Ernsthaftigkeit der Gespräche, die ja auch Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung mit Verweis auf entsprechende Äußerungen von „Russen", mit denen er gesprochen habe, hervorhob.

Ein Geheimtelegramm Barthous nach Paris offenbar vom Vormittag des 14. April 1922 zeigt, dass der französische Delegationsleiter den Vorschlag Lloyd Georges akzeptiert hatte, sich zu Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation im Beisein auch von Schanzer und dem belgischen Premierminister Theunis bei Lloyd George zu treffen. Barthou stellte in diesem Zusammenhang zwar fest, diese Separatverhandlungen hätten « un caractère purement officieux. » Jedoch ging hiermit keineswegs die Ansicht einher, mit diesen Gesprächen würden keine wichtigen Ziele verfolgt. Im Gegenteil: Für Barthou lag der Sinn dieser Verhandlungen in der Villa D'Albertis nunmehr in dreifacher Hinsicht darin, einer zu abweisenden Haltung der sowjetrussischen Seite gegenüber dem Londoner Memorandum vorzubeugen, Deutschland von der Debatte vorerst auszuschließen und die tatsächliche Haltung der Regierung in Moskau herauszufinden:

> « Elle a pour but de ne pas laisser la délégation russe se lier dans la question des dettes par une déclaration publique trop rigoureuse et je (l´) ai surtout acceptée parce qu´elle exclut les Allemands de ces pourparlers où nous essayerons de voir les intentions et les vues des Soviets. »[1780]

Gegen die bislang vielfach in der Forschung zu findende Vorstellung, die Alliierten hätten in diesem Zusammenhang eine vertragliche Einigung mit der sowjetrussischen Außenpolitik auf der Grundlage des Londoner Memorandums im Ergebnis nicht angestrebt, sprechen noch weitere Quellen. Die belgische Außenpolitik hatte beispielsweise bereits unter dem 10. April 1922 in Erwägung gezogen, in der britischen Presse einen Artikel zu lancieren, der auch die belgischen Interessen in Russland eindringlicher als bisher thematisieren sollte.[1781] Der belgische Botschafter in London meldete daraufhin am gleichen Tag in Bezug auf die vorausgegangenen Spannungen zwischen Lloyd George und Poincaré, er habe in Gesprächen mit zahlreichen britischen Verantwortlichen aber zu seinem Erstaunen feststellen können, dass man in London so gut wie keine positive Erwartungshaltung in Bezug auf „résultats économiques" hege, die durch die Konferenz zu erreichen seien. Dort gäbe es hingegen vor allem Stimmen, « qui approuvent la tentative de faire un arrangement avec la Russie »[1782], was die grundsätzliche, schon bei der Initiative für das Londoner Memorandum deutlich

[1779] Tel. Barthou, 13.4.1922, No. 58-60, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 86-88. Die Vorlage befindet sich auch bei ebd., Relations Commerciales, B82, 93, 168-171.
[1780] Tel. Barthou, 14.4.1922, No. 65 (Secrèt), ebd., Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 106. Die Vorlage befindet sich auch bei ebd., Relations Commerciales, B82, 93, 219.
[1781] Note o.U., 10.4.1922, BMAE, 10.991, V. (1-12 avril 1922).
[1782] Moncheur an Jaspar, ebd. Die Vorlage trägt einen Eingangstempel vom 12.4.1922 mit der No. 20478.

gewordene britische Tendenz, zu einer vertraglichen Einigung mit der sowjetrussischen Regierung zu gelangen, ebenfalls betont.

Am späten Abend des 14. April 1922 berichtete Barthou Poincaré über die ersten Ergebnisse der Separatverhandlungen mit der Führung der sowjetrussischen Delegation. Hierbei wurde deutlich, dass der französische Delegationsleiter den bisherigen Gesprächsverlauf durchaus als Erfolg versprechend ansah. Kurz vor Mitternacht wies er Poincaré in Paris daraufhin, es sei nunmehr unbedingt notwendig, „que les représentants de l´association des porteurs et de la commission générale des intérêts privés en Russie soient à Gênes mardi ou mercredi, trois chambres seront retenues à l´hôtel Savoy." Poincaré möge auch Herbette mitteilen, „de prévenir les intéressés."[1783]

Des Weiteren bewertete Barthou unter Hervorhebung der Länge und Intensität der „deux longues conversations", die an diesem Tag zwischen den Alliierten und den sowjetrussischen Vertretern in der Villa D'Albertis stattfanden, diese Gespräche als vollkommen berechtigt. Zwar verschwieg der französische Delegationsleiter seinem Regierungschef die immensen Unterschiede in den beiderseitigen Verhandlungspositionen nicht. Er wollte auch nicht ausschließen, dass die sowjetrussische Seite unter dem Druck und der hier stilisierten gemeinsamen Prinzipienfestigkeit der alliierten Verhandlungsgegner bislang lediglich ihr Gesicht wahren wolle und zu einer wirklichen Einigung gar nicht bereit sei. Tschitscherin aber habe zumindest insofern eine gewisse Verständigungsbereitschaft an den Tag gelegt, als er nunmehr durchaus „un langage singulièrement plus modeste qu´à la séance publique ou dans les commissions" angenommen habe. Tschitscherin und Krassin seien zudem eindringlich, ja geradezu ängstlich bemüht, einen Bruch der Verhandlungen zu vermeiden. Einzig Litwinow, der nach Barthou das „élément intransigeant" repräsentiere, könne durch eigenmächtige Schritte eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Gespräche noch torpedieren.[1784]

Premierminister Poincaré in Paris zeigte sich über diesen Verlauf zufrieden. Er vertrat die Ansicht, dass der Dialog mit den sowjetrussischen Vertretern gemeinsam mit Lloyd George und Schanzer zu einem guten Ergebnis führen könne.[1785]

In inhaltlicher Hinsicht markierte das Schreiben Barthous an Poincaré deutlich, dass aus alliierter Sicht das zentrale Ziel der Separatverhandlungen nach wie vor in der Anerkennung des Artikels 3 des Londoner Memorandums durch die sowjetrussische Seite, also in der Anerkennung der zaristischen Schulden durch die revolutionäre Moskauer Regierung lag. Hingegen schien die Anerkennung z.B. der Artikel 5 und 6 des Londoner Memorandums durch die sowjetrussische Seite kein Gegenstand der Erörterung zu sein. Dies war jedoch im Grunde nicht verwunderlich:

[1783] Tel. Barthou, 14.4.1922, No. 69 (23:30h), MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 109. Zu dem einflussreichen französischen Journalisten Herbette und späteren ersten Botschafter Frankreichs in Sowjetrussland vgl. die Beiträge von Dénechère; übergreifender Mourin.

[1784] Tel. Barthou, 14.4.1922, No.70-73 (23 :40h) (Secrèt), MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 110-113. Die Vorlage befindet sich auch bei ebd., Relations Commerciales, B82, 93, 222ff.

[1785] Zur Antwort Poincarés vgl. sein Tel. an Barthou vom 15. April 1922, 14h, ebd., Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 150. Hier heißt es u.a.: „Je vous remercie de vos intéressants renseignements et des heureux efforts que vous avez faits pour maintenir, non seulement les déclarations de Cannes, mais les principes de notre memorandum de 31 janvier et ceux qui sont exposés dans les instructions du Gouvernement. Il ne peut naturellement être fait aucune concession sur la reconnaissance des dettes d´avant-guerre. [...] Je me félicite que vous trouviez dans cette discussion le concours loyal de M.M. Lloyd George et Schanzer. Comme vous l'avez parfaitement expliqué, cette question des dettes est préalable et si elle n´était pas réglée conformément au droit de gens, et a notre satisfaction, il serait impossible d´aborder avec les Soviets l´examen des autres problèmes. »

Insbesondere der in Artikel 6 des Londoner Memorandums bestätigte und von Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung stark thematisierte Artikel 116 Abs. 3 VV beinhaltete eine unstreitig positive Verhandlungsmasse für beide Seiten. Hier konnte man - auf Kosten der deutschen Republik - offenbar leicht zu einem Akkord finden. Wenn daher in diesem Zusammenhang von Teilen der bisherigen Rapallo-Forschung vorgetragen wurde, Art. 116 Abs. 3 VV sei nicht explizit in den Gesprächen in der Villa D'Albertis erwähnt worden, so verkennt eine solche Argumentation, dass die Annahme der Artikel 5 und 6 des Londoner Memorandums den alliierten und sowjetrussischen Verhandlungspartnern selbstverständlich erschien und natürlich keinen Streitgegenstand darstellte. Die Schlussfolgerung zudem, die von Maltzan dazu gemachten Angaben seien unzutreffend und hätten die damit verbundene Gefahr für deutsche Interessen nur als Vorwand für das eigene Russland-politische Handeln verwendet, ist falsch. Den Artikeln 5 und 6 des Londoner Memorandums kam potenziell eine Brückenfunktion zu, auf denen eine Einigung zwischen den Alliierten und den sowjetrussischen Vertreter aufgebaut werden konnte.

Die Verhandlungsatmosphäre in der Villa D´Albertis war zudem auch nach dem britischen Verhandlungsprotokoll in Bezug auf den 14. April 1922 konstruktiv. Die Franzosen zeigten sich „exceptionally cooperative with the Russians"[1786] und auch die sowjetrussischen Vertreter verhielten sich keineswegs „ostreperous."[1787] Vielmehr war eine ergebnisorientierte Offenheit der Gespräche unverkennbar: Sollte die Delegation der sowjetrussischen Regierung in Moskau den von den Ententemächten vorgeschlagenen und in Londoner Memorandum formulierten Prinzipien zustimmen oder unter dem Druck der wirtschaftlich katastrophalen Verhältnisse in Russland diesen Vorschlägen zustimmen müssen, dann wäre das Londoner Memorandum unzweifelhaft inklusive des dort zu findenden Artikel 6 realisiert worden - unabhängig davon, ob dieser Vertragsentwurf durch die Verhandlungen in anderen Bereich noch Modifikationen oder Veränderungen erfahren hätte. Offenkundig ist ebenso, dass die beteiligten Alliierten Mächte dabei nicht gezögert hätten, zu Gunsten einer damit einhergehenden vertraglichen Vereinbarung mit Moskau die Führung der deutschen Außenpolitik vor vollendete Verhandlungstatsachen zu stellen. Die „einladenden Mächte" demonstrierten durch diese Haltung, dass sie es aufgrund der eigenen Machtstellung mit der faktischen politischen und diskursiven Gleichberechtigung aller Nationen gerade auch in der ‚russischen Frage' natürlich dann doch nicht so genau nahmen, wenn sie die Entscheidungsfindungsprozesse in ihrem Sinne gestalten konnten. Insofern wurde die Anzahl der Länder, die in dem von Kessler noch am 11. April 1922 mit Blick auf die „Russische Subkommission" vermuteten „Areopag" tatsächlich Eingang fand, durch die Separatverhandlungen in der Villa D´Albertis im Grunde schon nach drei Tagen wieder schnell auf den Kreis der wichtigsten alliierten Mächte reduziert. „Franco-British cooperation", so heisst es mit Blick auf diese Gespräche daher zu Recht bei Carole Fink, „seemed to be revived"[1788].

Darüber hinaus machte schon die Tatsache der Separatverhandlungen an sich aller Welt zur Genüge deutlich, dass die führenden Alliierten zunächst einmal ihre Interessen wahren wollten. Die auf deutscher Seite entstandene Informationsarmut nahmen sie entweder bewusst in Kauf oder behandelten sie zweit- oder auch drittrangig. Und daran änderte auch die unter anderem in Paris

[1786] Fink, The Genoa Conference, S.166.
[1787] Ebd.
[1788] Ebd., S.161.

bekannte Einschätzung nichts, dass eine „solidarité des intérêts russo-germanique fondée sur les accords récent de Berlin“[1789] immer noch möglich war. Aus den alliierten Separatverhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation in der Villa D´Albertis ergab sich jedenfalls im Grunde für alle Konferenzteilnehmer die begründete Annahme, dass die entscheidenden Erörterungen in der russischen Frage nachfolgend nicht etwa in der dafür formal eingesetzten Subkommission, sondern aus direkten bilateralen, von den alliierten Hauptmächten wesentlich dominierten Gesprächen hervorgehen würden.

Dies hatte auch Außenminister Rathenau inzwischen klar erkannt: Er stellte - keineswegs unter der Vorenthaltung von Details[1790] - in einem ausführlichen Privatbrief an Präsident Ebert am Karfreitagmorgen klar, dass „auf dem Russengebiet“ in Bezug auf die in London ausgearbeiteten „Denkschriften“ die „Hauptarbeit hinter den Kulissen liegen“ werde.[1791] Wie der deutsche Außenminister die Lage *en détail* wahrnahm, geht aus dem Schreiben zudem ebenfalls hervor und es liegen keine Anhaltspunkte vor, dass Rathenau dem Reichspräsidenten seine tatsächliche Einschätzung der Situation vorenthielt. Der Außenminister legte dar, es müsse im Hinblick auf die gegenwärtig vorhandenen Gefahrenmomente vermieden werden, dass sich die außenpolitische Gesamtposition des Reiches noch weiter verschlechterte. Die alliierte Seite werde alles daran setzen, ihr Verhältnis zu Sowjetrussland auf der Basis der vorlegten „Denkschrift“ neu zu gestalten:

> „In der Russenfrage tritt ein deutlicher Wille von beiden Seiten zum Kompromiß hervor. Ob er ausreicht, die gewaltigen Gegensätze zu überbrücken und dabei doch einigermaßen den französischen Wünschen gerecht zu werden, steht dahin; für ausgeschlossen halte ich es nicht. Hier ergibt sich hoffentlich für uns ein Feld der Vermittelungstätigkeit und damit die Möglichkeit, eine weitere deutsch-russische Politik vorzubereiten. Gefahr: dass wir zwischen zwei Stühle zu sitzen kommen, sofern nämlich die unterirdischen Verhandlungen zwischen Russland und England uns ausschalten. Bisher ist unsere Fühlung nach beiden Seiten gut.“[1792]

Das war zweifellos eine etwas merkwürdige Lageeinschätzung. Denn Rathenau hielt nicht nur einen Vertrag zwischen der Entente und Russland für möglich. Er äußerte sogar die „Hoffnung“, dass Deutschland zu den diesbezüglichen Verhandlungen einen vermittelnden, positiven Beitrag leisten könne - möglicherweise verbunden mit „enormem Prestigegewinn“ und der „Möglichkeit zu einer grundlegenden Revision der internationalen Position Deutschlands“[1793]. Im Ergebnis war er also offenbar zunächst einmal der Ansicht, bei dieser Mediation auch die für deutsche Interessen gefährlichen Punkte des Londoner Memorandums ausschalten zu können, vorausgesetzt, dass die deutsche Delegation nicht von dem Verlauf dieser Verhandlungen schon zuvor völlig ausgeschlossen würde.

Zwar ist auch hier in erster Linie das Bemühen Rathenaus um eine einvernehmliche, sachorientierte Lösung mit Vorteilen für alle Beteiligten zu erkennen. Allerdings war die Einnahme einer derartigen,

---

[1789] Lefevre (Wien) an Poincaré, 15.4.1922, ebd. 153ff., 153 in Bezug auf die deutsche „Propaganda“ in Österreich.
[1790] So aber Fink, The Genoa Conference, S.162.
[1791] Rathenau an Ebert, 14.4.1922, PA, R 28204, 192-206 (Filmnummer 3398/D 738 344-58). Bei der Vorlage handelt es sich um eine Abschrift.
[1792] Rathenau an Ebert, 14.4.1922, PA, R 28204, 192-206 (Filmnummer 3398/D 738 344-58). Es heißt hier u.a., Lloyd George habe zu Beginn der Konferenz „die in London vorgearbeiteten Denkschriften“ vorgelegt und habe „nur das eine Interesse, sie möglichst rasch und widerspruchsfrei durchzubringen.“ „Auf dem Russengebiet“ werde „sich diese Technik freilich kaum durchführen lassen.“
[1793] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.97.

zum einen einflussreichen und zum anderen die eigenen Interessen wahrenden Vermittlungsposition in der russischen Frage zu diesem Zeitpunkt ebenso illusionär wie es spätestens im Laufe des 14. April 1922 falsch war, den Kontakt zu den führenden Ententemächten einerseits und der sowjetrussischen Delegation andererseits als gut zu bezeichnen. Vielmehr musste sich der deutsche Außenminister - aufgrund der innenpolitischen Dimension einer eventuellen, erneut außenpolitisch demütigenden Niederlage der Republik - mittlerweile auch selbst „bedrängt“[1794] fühlen.
Zwar stellte das Verhandeln in informellen Gesprächen zur Verbesserung der eigenen Handlungsposition und zum Sondieren von Einigungschancen - im Grunde genau das, was derzeit in der Villa D´Albertis passierte - auch für Rathenau keine neue oder ungewöhnliche diplomatische Situation dar. Der Gefährdungsgrad deutscher Interessen musste aus seiner Sicht aber eben weiterhin durch einen möglichst engen, für beide Seiten geradezu verbindlichen Kontakt zur sowjetrussischen Delegation reduziert werden:

> „Das russische Problem bietet uns mehr Gefahren als Aussichten. Immerhin sind diese Aussichten nicht ganz gleich null, wenn es uns gelingt, durch eine vermittelnde Tätigkeit uns die Russen zu verbinden und unsere eigenen Ansprüche an Russland (dadurch) nicht ganz aus dem Auge zu verlieren (ferner) die Gefahr der §§ 116 und 260 des Friedensvertrags zu mildern.“[1795]

Eine potenzielle weitere negative Entwicklung sah der Außenminister darin, dass die deutschen Sachverständigen schon bald wieder nervös werden und damit eventuell eine einheitliche Haltung der deutschen Delegation gefährden könnten.[1796]
Rathenau blieb deshalb auf ein kohärentes Vorgehen bedacht und betonte in dieser Hinsicht seine enge Zusammenarbeit und sein persönliches, „sehr freundschaftliches Verhältnis“ zu Reichskanzler Wirth. Zugleich sah er es als unabdingbar an, dass jede deutsche Handlungsoption, die nunmehr auf eine „aktive Politik“ hinauslief, vorab dahingehend zu prüfen sei, ob sich daraus eine negative Gesamtentwicklung für die deutsche Außenpolitik ergeben könne. Denn „bei der ganzen Konferenz“, so Rathenau weiter, „müssen wir nicht nur das Ende im Auge behalten, sondern vor allem die Lage, wie sie nachher entsteht“[1797] – eine Haltung, die zeigte, dass es dem Außenminister völlig fern lag, eine machtpolitische Konfrontation mit den Alliierten zu suchen.
Weitere Quellen sind für eine zeitnahe Rekonstruktion der Wahrnehmung des Konferenzverlaufs am Karfreitag durch die deutsche Delegation von Bedeutung: In seinem bereits erwähnten Schreiben an Hauschild vom 14. April 1922 wies Maltzan darauf hin, dass „die Sitzung über die russische Frage, die heute Nachmittag stattfinden sollte“, wahrscheinlich „bis nach dem [Oster] Fest verschoben“ werde. Deutlich wird zugleich, dass die Urteilsbildung des Ministerialdirektors über die gegenwärtige Lage noch nicht abgeschlossen war. Ähnlich wie bei Außenminister Rathenau schien auch bei ihm - trotz der bislang unterschiedlichen Bewertungen der Situation innerhalb der deutschen Delegation - das Hauptaugenmerk vor allem darauf zu liegen, in der russischen Frage nicht

---

[1794] Vgl. Linke, Der Weg nach Rapallo, S.99.
[1795] Rathenau an Ebert, 14.4.1922, PA, R 28204, 192-206.
[1796] Bei ebd. heißt es insofern: „Dass unsere innere Organisation gewisse Gefahren birgt, darf nicht verkannt werden. Leicht entsteht bei den Sachverständigen Nervosität (…) Größer aber ist die Gefahr, dass sich die Erfahrungen von Spa(a) wiederholen, wo im letzten Teil der Konferenz die Leitung der Geschäfte einfach vom Kabinett auf die Sachverständigen überging; diese Gefahr ist besonders in der Russenfrage vorhanden“
[1797] Ebd.

übergangen zu werden und möglichst keinen weiteren außenpolitischen Bedeutungsverlust zu erleiden. Hier findet sich ebenfalls der Tenor, dass die Uneinheitlichkeit innerhalb der deutschen Delegation sowie eine verselbstständigende Rolle der Sachverständigen ein zielgerichtetes deutsches Handeln möglicherweise gerade auch in der russischen Frage erschweren könnte:

> „Um auf die Russen zurückzukommen, so ist es bei der auch Ihnen nicht unbekannten Stimmung hier sehr schwer, eine klare Linie für uns zu finden. Entschlüsse, die auf Druck der Sachverständigen und anderer Russenfreunde gegen 12 Uhr abends gereift sind, werden am anderen Morgen um 8 Uhr, oder was noch schlimmer ist, bereits nach angefangener Ausführung um 11 Uhr modifiziert, ich fürchte, dass wir dadurch an Wertschätzung verlieren können. Ich versuche alles, um durch eine Verteilung der Gruppen und Persönlichkeiten Ausgleiche zu schaffen. Zur Unterstützung wird in den nächsten Tagen Parvus eintreffen, aber als Privatperson.“[1798]

Dufour sollte das deutsche Gefühl, in der russischen Frage mehr und mehr bedrängt zu sein, im Nachhinein ebenfalls hervorheben: Da er für die Verbindung zu den führenden Mitglieder der britischen Genua-Delegation zuständig war, konstatierte er hierzu rückblickend, er habe auf Veranlassung Rathenaus im Hinblick auf die deutschen Befürchtungen gegenüber der britischen Delegation „am 14. April (…) schon aufdringlicher auftreten und am Abend wiederholt telefonieren“ müssen, sei dort jedoch abermals lediglich auf vertröstende und zum Teil sogar auf abweisende Reaktionen gestoßen. Die inzwischen auf deutscher Seite eingetretene Gesamtstimmung schilderte auch Dufour nachträglich als überaus ernst:

> „Die Antwort lautete, L.G. [Lloyd George] hätte die Verhandlungen mit dem Obersten Rate, denn um diesen handelte es sich ja, noch nicht hinreichend weit geführt, um eine Unterhaltung mit einem deutschen Minister zweckmässig erscheinen zu lassen. Die Nervosität bei uns stieg unheimlich. Der Reichskanzler und Rathenau fürchteten zwischen zwei Stühlen zu sitzen, glaubten die Alliierten und Neutralen würden sich mit oder ohne die Russen über die Bedingungen des bekannten Londoner Experten Memorandums einigen und uns *wieder* [Herv.d.Verf.] vor ein fait accompli stellen.“[1799]

Auch diese Quelle belegt somit, dass die von Maltzan geschilderte Bedrängnis der deutschen Außenpolitik in der russischen Frage, die der Ministerialdirektor als eine wesentliche Ursache für das weitere Entscheidungsverhalten der deutschen Führung benennt, zutreffend ist. Seine ausführliche Rapallo-Aufzeichnung ist daher zumindest bis zu diesem Zeitpunkt keineswegs als entstellend oder unglaubwürdig zu bezeichnen. Es liegen zudem keine Anhaltspunkte für die unbewiesene Behauptung vor, Maltzan habe die Separatverhaltungen in der Villa D’Albertis oder das Gefahrenpotential des Art. 116 Abs. 3 VV instrumentalisiert oder als Vorwand zur Durchsetzung eigener Vorstellungen und Ziele benutzt.

[1798] Maltzan an Hauschild, 14.4.1922, ebd., R 23711, 036-037, mit der Paraphe Hauschilds offenbar erst vom 18.4.(1922). Die Vorlage befindet sich ungezeichnet auch bei ebd., R 23708 (L 096833-35).
Zu Dr. Alexander ‚Parvus’ Helphand „alias docteur Helphand“ und seinen Russland-politischen Äußerungen zwischen 1920 und 1922 siehe Scheidemann, Brockdorff-Rantzau, u.a. S.262ff.; Scharlau/Zeman, S.336f. Zur ursprünglichen französischen Forderung, Parvus vor die „tribunaux alliés“ zu ziehen, siehe die Kopie eines ungez. Tel. vom 16.11.1919, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 315, 246.
Bei den Akten befindet sich zudem auch ein hschr., skizzenhafter Entwurf Maltzans für ein Tel. an Deutsch, dass dessen „baldiges Eintreffen dringend erwünscht“ sei, PA, R 23684. Nach einem hschr. Vermerk am linken unteren Rand wurde das Tel. aber erst am 15. April 1922 gegen 12:00 Uhr aufgegeben.
[1799] Dufour an Sthamer, 20 Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.

Da der Ministerialdirektor sein oben erwähntes Schreiben an Hauschild vom 14. April 1922 offenbar am Nachmittag verfasste, behandeln seine Ausführungen des Weiteren nicht einen Vorgang, der sich gegen 23 oder 24 Uhr des gleichen Abends ereignete. Sowohl in der kürzeren als auch in der ausführlichen Darstellung Maltzans über die letzten Vorgänge vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages wird jedoch gerade der Besuch des italienischen Vertreters Giannini bei der deutschen Delegation zu einem maßgeblichen Faktor erhoben, der ebenfalls mitbegründen soll, warum sich die deutsche Delegationsleitung entschloss, die Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern zu einem zügigen Abschluss zu bringen.
Die bisherige Forschung hat die Darstellung Maltzans über den inhaltlichen Verlauf des Besuchs Gianninis bei der deutschen Delegation am späten Karfreitagabend nicht selten als deutlichen Ausweis für den fehlenden Wahrheitsgehalt in der ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung des deutschen Ministerialdirektors interpretiert.[1800] Allerdings heißt es von Seiten Maltzans hierzu im Wortlaut lediglich:

„Abends 11 Uhr erschien im Auftrage des italienischen Außenministers der Commendatore Giannini. Er meldete sich beim Reichskanzler; seine Unterhaltung mit dem Herrn Reichskanzler, Herrn Außenminister, Staatssekretär von Simson und mir gibt die anliegende Aufzeichnung wieder, die von den beteiligten deutschen Herren übereinstimmend aufgesetzt ist. Ich möchte nur meinerseits bemerken, dass der Reichsminister Rathenau mit Rücksicht auf die durchaus ablehnende Haltung des Herrn Giannini ihm unter Erwähnung unserer früheren Besprechungen mit den Russen durchaus keinen Zweifel gelassen hat, dass wir uns anderweitig arrangieren würden. Gleich nach dem Abschied des Herrn Giannini, nachts gegen 12 Uhr, gab mir der Minister Rathenau in Gegenwart des Herrn von Simson den Auftrag, nunmehr mit den Russen eine Verbindung zu suchen, um die in Berlin unterbrochenen Besprechungen wieder aufzunehmen. Ich setzte mich mit Herrn Joffe telephonisch in Verbindung und verabredete mit ihm am anderen Morgen um 10 Uhr eine Zusammenkunft im Palazzo Reale.“[1801]

Die Argumentation Maltzans läuft auf die Behauptung hinaus, die Begegnung mit Giannini habe Außenminister Rathenau schließlich dazu veranlasst, ihn mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern zu beauftragen. Die von dem deutschen Ministerialdirektor dabei erwähnte, von ihm, Wirth, Rathenau und Simson gemeinsam und übereinstimmend aufgesetzte Aufzeichnung liegt bei den Akten und ist als zeitlich unmittelbarer als die Angaben Maltzans in seiner hier zu überprüfenden, ausführlichen ‚Rapallo-Aufzeichnung' einzuordnen, die, wie bereits erwähnt, in der vorliegenden überarbeiteten Form erst im Mai 1922 entstanden ist. Sie wurde als Telegramm Nr. 109 allerdings erst zwei Tage nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages am 18. April 1922 von Ministerialdirektor Müller nach Berlin gesandt und ging dort am 19. April 1922, 4 Uhr nachts ein. Nach dem Inhalt dieser Aufzeichnung soll die deutsche Seite von Giannini wichtige Informationen über die Qualität der Verhandlungen zwischen den Alliierten und den Russen in der Villa D´Albertis erhalten haben. Insbesondere die dem Inhalt nach im Grunde nahe liegende Aussage Gianninis, dass dort eine mögliche Einigung „selbstverständlich“ „im Rahmen des Londoner Memorandums“ angestrebt werde, wurde demnach von den deutschen Verantwortlichen als sehr bedeutsam eingeschätzt. Außenminister Rathenau will

[1800] Siehe stellvertretend Pogge von Strandmann, Rapallo- Strategy in Preventive Diplomacy, S.133f. Hier heißt es u.a.: „Maltzan further distorted the facts when he referred to the visit of Amadeo [sic] Giannini, an Italien official, on Friday at 10.00 or 11.00 pm. It emerges from the British records that Schanzer had sent someone with Lloyd George´s consent to see the German delegation; this person was obviously Giannini. [...] It looks as if the Germans used an unclear message by Giannini as a pretext to cover up their action.” Offenkundig geht dieser Vorwurf mit der Ungenauigkeit einher, dass nach den Angaben Maltzans der Besuch Gianninis jedoch zwischen 23 und 24 Uhr stattfand.
[1801] Aufz. Maltzan, ADAP A VI, Nr.59, S.126f.

sich gerade darüber empört und erklärt haben, „man habe ein schönes Diner arrangiert, uns nicht dazu eingeladen, aber gefragt, wie uns das Menü gefalle.“ „Auf mehrfache Wiederholung dieser Äußerung“, so die Aufzeichnung weiter, habe Giannini daraufhin in offenbar recht abweisender Form zumindest „in bezug auf die Besprechung“ in der Villa D´Albertis entgegnet, „le dîner est seulement préparé pour nous.“[1802]

Nach dieser Quelle wies Außenminister Rathenau den italienischen Vertreter dann darauf hin, dass ihm Ministerialdirektor Maltzan über die eklatanten Nachteile des Londoner Memorandums - insbesondere in Bezug auf „Artikel 116, Artikel 260 und die Kriegsmaßnahmen aus dem Jahre 1917, d.h. die zaristischen Maßnahmen“ - näher Auskunft erteilen könne. Giannini habe demgegenüber jedoch behauptet, die deutsche Seite solle sich diesbezüglich keine Sorgen machen. Das Londoner Memorandum wäre angeblich nur „aus Versehen der Konferenz vorgelegt“ worden - eine Bemerkung, die, sollte sie tatsächlich gefallen sein, als geradezu absurd zu bezeichnen ist und im Grunde eine Position einnahm, die der Haltung und Kompetenz der deutschen Verantwortlichen eine gewisses Maß an Verächtlichkeit entgegenbrachte. Zudem musste eine solche, offenkundig unzutreffende Aussage, die deutlich darauf hinlief, die deutsche Seite nicht informieren zu wollen, die Führung der deutschen Delegation noch weiter befremden und beunruhigen. Die von Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung ausdrücklich berufene Vorlage thematisierte daher auch vor allem die damit verbundene Wirkung:

> „Die ganze Unterredung mußte der deutschen Delegation die Überzeugung vermitteln, 1) dass die Verhandlungen der Westmächte mit Russland nahe am Abschluß ständen, 2) dass der bevorstehende Akkord zwischen den Westmächten und Russland die aus dem Londoner Memorandum in 3 Punkten sich ergebenden schweren Nachteile für Deutschland nicht beseitigen würden, dass die Information durch Giannini lediglich eine Aufforderung zum Eintritt Deutschlands zu einem Abkommen darstellte, auf das Deutschland keinen Einfluß mehr nehmen konnte.“[1803]

Zwar ist hier quellenkritisch zu berücksichtigen, dass diese Formulierungen das Datum des 18. April 1922 tragen. Der Inhalt des Besuchs von Giannini könnte daher im Nachhinein verzerrt wiedergegeben worden sein. Da dieses Dokument jedoch von allen deutschen Akteuren gemeinsam verfasst wurde[1804], ist ihm zumindest dahingehend Glaubwürdigkeit zuzubilligen, dass sich die deutsche Delegation - einmal unabhängig von dem genauen Inhalt des Gesprächs mit Giannini am späten Abend des 14. April 1922 - in der russischen Frage bedrängt fühlte. Dies ist an sich schon aufgrund des unbestreitbaren Faktums der Separatverhandlungen in der Villa D’Albertis nachvollziehbar. Fragwürdig erscheint hingegen weiter, wie stark sich diese Bedrängnis tatsächlich auf das Russland-politische Handeln der deutschen Außenpolitik auswirkte.

[1802] Tel. Müller an AA Nr.109, 18.4.1922, ADAP A VI, Nr. 60, S.131-134, zwei Exemplare mit diversen An- und Unterstreichungen finden sich auch bei BAB, R 43, I/468 (MF 3), 130ff. Die Vorlage war auch für Ebert, die Reichskanzlei sowie für die Presseabteilung zur Informierung des Gesandten Rauscher in Warschau bestimmt.

[1803] Ebd. Es heißt hier u.a.: „Giannini deutete in keiner Weise an, dass eine Möglichkeit für eine Änderung des Memorandums gegeben sei, worauf Rathenau ihm zu verstehen gab, dass wir uns dann nach anderen Sicherungen umsehen müßten. Giannini erklärte auch hierauf, (er sei) nicht autorisiert, irgendwelche anderen Erklärungen abzugeben. (Sein) Auftrag (gehe) lediglich dahin, das eben Gesagte zur Kenntnis der deutschen Delegation zu bringen.“

[1804] Es war schon im Zusammenhang mit dieser Aufz. demnach nicht einfach so, dass allein Maltzan in vermeintlich absichtlich unzutreffender bzw. entstellender Weise „recorded that the (allied) talks with the Russians had gone well”, so aber Pogge von Strandmann, Rapallo- Strategy in Preventive Diplomacy, S.133.

Eine direkte Prüfung der deutschen Darstellung ist nur mit einer nicht vorliegenden Primärquelle aus der Feder des italienischen Sekretärs Francesco Giannini möglich. Dass Giannini den Vorgang aber zweifellos anders darstellte, geht aus den Akten hervor. Nach den Forschungen Carole Finks nahm der italienische Außenminister jedenfalls in einem Schreiben an den italienischen Botschafter in Berlin, de Martino, vom 24. April 1922 Giannini gegenüber der deutschen Schilderung nachdrücklich in Schutz. Die genauen Argumente Schanzers liegen der Forschung aber bislang nicht vor.[1805]

Unabhängig von der Überzeugungskraft dieser Darstellung oder der möglichen Existenz weiterer italienischen Quellen zu dieser Frage ist aber ohnehin nicht davon auszugehen, dass die von Maltzan in seiner ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung oben zitierte Aussage, Rathenau habe „mit Rücksicht auf die durchaus ablehnende Haltung des Herrn Giannini ihm unter Erwähnung unserer früheren Besprechungen mit den Russen durchaus keinen Zweifel gelassen (…), dass wir uns anderweitig arrangieren würden“ in zuverlässiger Weise verifizierbar ist, und ob es Giannini dabei unterlassen hat, diese Aussage an die Führung der alliierten Außenpolitik weiterzugeben oder nicht. Dies gilt ebenso für die in dieser Hinsicht noch zusätzlich vorliegenden deutschen Aufzeichnungen über dementsprechende Bemerkungen von Seiten Wirths bzw. Rathenaus.[1806] So wies Rathenau Lloyd George in einem Brief vom 18. April 1922 nachdrücklich darauf hin, er habe Giannini bei dessen Besuch am späten Karfreitagabend die Schwierigkeit der deutschen Lage deutlich vor Augen geführt:

> „On Friday night I personally had the visit of Signor Giannini on behalf of Signor Schanzer. During a long conversation I pointed out the difficulty of our situation, but from what he said I could not gather the least hope that the care which were troubling us and which are known to your Gentlemen would be taken into consideration.“ [1807]

Vor diesem Hintergrund mag es zwar durchaus glaubhaft erscheinen, dass Rathenau sich tatsächlich in dieser eindeutigen Weise geäußert hat und er nach seinen eigenen Worten beim Besuch Gianninis in der Nacht von Freitag, 14. April 1922 auf Samstag, 15. April kaum mehr Hoffnung hatte, dass die Befürchtungen der deutschen Delegation in irgendeiner Weise von den Alliierten Mächten

---

[1805] Schanzer an de Martino, 24.4.1922, zit. bei Fink, The Genoa Conference, S.165, Anm.79. Bei ebd., Anm. 78 heißt es u.a.: „Many historians (…) have confused Amedeo Giannini, the head of the press section of the Italian Foreign Ministry who edited the documents of the Genoa Conference, with Francesco Giannini, the courier on 14 April (1922).” Es ist mir unklar, ob Carole Fink diese Behauptung auf eine Nennung des Vornamens in dem Schreiben Schanzers stützt, da mir dieses Dokument bislang nicht vorliegt.
Maltzan spricht in seinem Schreiben an Hauschild vom 20.4.1922, PA, R 83439, 001-002 (L204024-25) eindeutig von den „offiziösen Meldungen eines italienischen Sekretärs der Delegation“, was wohl die These Carole Finks stützen dürfte, dass es sich um Francesco Giannini gehandelt hat. In einer offenkundig in Klammern zusätzlich gemachten Anmerkung des Redakteurs der Vossischen Zeitung vom 19.4.1922 zu Erklärungen Maltzans heißt es allerdings wiederum, es habe sich dabei um den italienischen Pressechef Giannini gehandelt, was wiederum auf Amadeo Giannini verweisen würde, vgl. BAB, R 43, I/ 132, 315 (L193856).

[1806] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 248 (Kabinettssitzung vom 18. April 1922, 9.45 Uhr in Genua). Hier habe Wirth u.a. ausgeführt: „Am Freitag sei dann Giannini erschienen — abends um ½ 11 Uhr — mit der Mitteilung, dass die Verhandlungen der Alliierten mit den Russen vor dem Abschluß ständen und dass er unterstelle, dass Deutschland damit einverstanden sei. Er - der Reichskanzler - und Minister Rathenau hätten diese Mitteilungen lediglich zur Kenntnis genommen, im übrigen habe der Herr Reichsminister Rathenau Herrn Giannini deutlich zu verstehen gegeben, dass unter diesen Umständen Deutschland einen Ausweg suchen werde, der den Verhältnissen entsprechend sei.“ Die Vorlage wurde ursprünglich mschr. auf den 19. April 1922 datiert, aber durch eine hschr. Ergänzung Hemmers auf den 18. April umgeschrieben.

[1807] Rathenau an Lloyd George, 18.4.1922, HLRO, LG Papers, F/53/3/14, vgl. auch Linke, Der Weg nach Rapallo, S.101 mit Anm.146. Im Original findet allerdings im Gegensatz zu der von Horst Günther Linke zitierten Fassung in Bezug auf den Besuch Gianninis der „§116“ nicht explizit Erwähnung.

berücksichtigt werden würden. Jedoch können letzten Endes auch sprachliche Kommunikationsschwierigkeiten bei der Unterredung der Führung der deutschen Delegation mit Giannini nicht ganz ausgeschlossen werden. Insgesamt betrachtet sind die vorhandenen Quellen daher zwar nur bedingt geeignet, den konkreten Inhalt der Begegnung mit dem italienischen Vertreter am Karfreitagabend in zuverlässiger Weise wiederzugeben.[1808] Unzweifelhaft aber ist, dass sich das bereits deutscherseits nachweisbar bestehende Gefühl der Bedrängnis durch den Besuch Gianninis noch einmal verstärkte und dass dem keineswegs ein Vorwand zugrunde lag.

In diesem Zusammenhang ist darüber hinaus auf einen Sachverhalt hinzuweisen, der von der Forschung in dieser Form bislang ebenfalls nicht thematisiert wurde: Warum überhaupt informierte Giannini - nach der deutschen Darstellung offenbar mit einer geradezu naiv anmutenden Unkenntnis über die konkrete Russland-politische Interessenlage der Weimarer Republik - die deutschen Vertreter in dieser Form und zu diesem ungewöhnlichen Zeitpunkt am späten Karfreitagabend über die Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und Sowjetrussland? Implizierte das Faktum des Besuches des italienischen Vertreters bei der Führung der deutschen Delegation *an sich* eine mit Lloyd George abgesprochene solidarische Geste der italienischen Genua-Präsidentschaft, die wenigstens den Schein einer gleichberechtigten Behandlung der deutschen Demokratie im Rahmen der Diskussion der ‚russischen Frage' wahren wollte, möglicherweise mit dem Ziel, die Führung der deutschen Außenpolitik zu beruhigen und bewusst zu einer weiteren, abwartenden Haltung zu veranlassen? Oder wurde hier von italienischer und wohl auch britischer Seite das Gefühl auf deutscher Seite, es stände eine akute Bedrohung der deutschen Interessen bevor, sogar bewusst verstärkt und vervielfacht, um die Führung der deutschen Außenpolitik zu selbstständigen Russland-politischem Handeln anzuhalten?

Eine Beantwortung dieser Fragen zur Aufklärung der genauen alliierten Motive für den Besuch Gianninis bleibt bis heute spekulativ. Allerdings dürften diese berechtigten Fragen zumindest die Vorstellung, Maltzan habe in seiner ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung unter anderem auch den Besuch Gianninis für ein eigenständiges Russland-politischen Handeln instrumentalisiert, in Zweifel ziehen.[1809] Es sind nach wie vor keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, dass dieser Vorgang von der deutschen Seite bzw. von Maltzan mutwillig als Vorwand zu einem eigenständigen Handeln in der russischen Frage benutzt wurde. Vielmehr muss die damit einhergehende Situation eher als ein Symbol für die politische Objektrolle gewertet werden, die der deutsche Delegation von den

---

[1808] Dies gilt auch für die diesbezüglichen Aufzeichnungen Büchers vom 20.4.1922, Bericht Nr. 5, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-005/2, Anlage 1, S.3, da sie sich im Wesentlichen auf die Angaben der deutschen Führung berufen. Hier heißt es dazu u.a.: „Nach der Darstellung der Reichsregierung betonte Herr Giannini, dass er den Auftrag habe, Deutschland von der Tatsache dieser Verhandlungen in Kenntnis zu setzen und zu fragen, wie es sich zu denselben stelle. Der Reichsminister des Auswärtigen erklärte ihm, dass er, da es sich um Verhandlungen handele, zu denen man uns nicht hinzugezogen habe, nicht in der Lage sei, in irgendeiner Weise dazu Stellung zu nehmen. Er machte den italienischen Abgesandten aber darauf aufmerksam, dass Deutschland unter diesen Umständen sehen müsse, sich Erleichterungen bezüglich des § 116 des Versailler Vertrages in seiner Anwendung durch Russland da zu verschaffen, wo es sie erhalten könne." Insbesondere die Wortwahl im letzten Satz lässt deutlich den Einfluss von Mitteilungen Maltzans auf diese Ausführungen spüren, so dass die Darstellung Büchers insbesondere an dieser Stelle nur sehr bedingt zur Überprüfung der Angaben Maltzans geeignet ist.

[1809] Vgl. in quellenkritischer Sicht sicherlich zutreffend dazu Pogge von Strandmann, Rapallo- Strategy in Preventive Diplomacy, S.134: "Until Maltzan´s report about Giannini´s visit is confirmed by another independent source it can only be used with caution." Gerade eine solche Aussage rechtfertigt dann allerdings nicht die u.a. auch von Pogge von Strandmann hier zugleich gezogene Schlussfolgerung, Maltzans diesbzgl. Angaben seien in hohem Maße verzerrend oder verfälschend.

führenden Ententemächten in Bezug auf die russische Frage zugewiesen werden sollte. Gesichert ist weiter, dass der Inhalt der Unterredung zwischen der Führung der deutschen Außenpolitik und dem italienischen Emissär sozusagen einen endgültigen Stimmungsumschwung, insbesondere bei Außenminister Rathenau auslöste. Denn der deutsche Außenminister stand nun endgültig vor folgender Entscheidungssituation: Blieb man passiv, konnten die deutschen Interessen durch die unzweifelhaft mögliche Einigung der Alliierten mit Sowjetrussland auf der Grundlage des Londoner Memorandums möglicherweise nicht nur erhebliche finanzielle und wirtschaftliche, sondern vor allem auch enorme politische Nachteile erleiden. Entschloss sich die deutsche Außenpolitik hingegen als direkte Abwehrreaktion auf diese Bedrohung zu einem Abschluss des bereits ausgearbeiteten Vertrages mit Sowjetrussland, so lief sie Gefahr, dass die Ententemächte ein solches Vorgehen als Provokation oder Komplott brandmarkten, die eigenen Russland-politischen Bestrebungen verharmlosten und ihre Deutschlandpolitik abermals verschärften.

Im Rahmen dieser schwierigen Situation, deren allgemeiner politischer „Explosivstoff" unterdessen ebenfalls von Ministerialdirektor Schubert in Berlin[1810] oder von dem an der deutschen Botschaft in London tätigen Roediger wahrgenommen wurde[1811], entschied sich die Führung der Weimarer Außenpolitik einvernehmlich für die aus ihrer Sicht und zu diesem Zeitpunkt als das ‚kleinere Übel' wahrgenommene Alternative: zur Demonstration eigener außenpolitischer Autonomie in der russischen Frage. Dass Maltzan daraufhin tatsächlich noch in der Nacht zum 15. April 1922 mit Joffe telefonierte und für den nächsten Morgen um 10 Uhr einen Gesprächstermin vereinbarte, ist nicht in Zweifel zu ziehen. Entscheidend ist, dass er die Verhandlungen mit Sowjetrussland offenkundig aufgrund der Weisung Rathenaus[1812] wieder aufnahm. Maltzan machte diesen Schritt also offenkundig in enger Absprache mit seinem Außenminister und aufgrund der guten Zusammenarbeit zwischen Rathenau und Wirth somit auch mit dem Reichskanzler. Eigenmächtig handelte er jedenfalls nicht.

Dass damit jetzt auf deutscher Seite nachdrücklich der Wille verbunden war, einem möglicherweise schwebenden Vertrag zwischen den Alliierten und den Sowjetvertretern zuvorkommen, lag auf der Hand. Begünstigt wurde dies dadurch, dass sich die deutsch-russischen Beziehungen nicht nur seit dem Besuch der sowjetrussischen Delegation Anfang April 1922 in Berlin, sondern auch in anderen ostpolitischen Bereichen zumindest gegenwärtig ein wenig zu verbessern schienen.[1813]

[1810] Schubert an Sthamer, 15.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9. Hier heißt es u.a.: „Die Franzosen scheinen sich vorläufig allgemeiner Unbeliebtheit zu erfreuen; leider hat dies die deutsche Presse in ihrer unglaublichen Unvernunft bereits recht stark unterstrichen. Bei der ausserordentlichen Gerissenheit der Franzosen kann sich das Blatt natürlich aber auch wieder wenden. (…) Es liegt aber so viel Explosivstoff in der Atmosphäre, dass man nie wissen kann, ob nicht plötzlich schwere Zwischenfälle eintreten und damit vielleicht auch die Möglichkeit, dass die Anderen sich wieder einmal auf unsere Kosten einigen."

[1811] Roediger an Schubert, 15.4.1922, ebd. Hier heißt es u.a., es sei „doch tatsaechlich die Gefahr" „nicht von der Hand zu weisen", „dass Lloyd George ueber die russische Frage Deutschland an Frankreich ausliefert." Es würde sich, so der deutsche Diplomat weiter, dann das „wiederholen, was wir bisher bei der englischen Politik gegenueber Frankreich in der Orientfrage zu beobachten Gelegenheit hatten."

[1812] Pogge von Strandmann, Rapallo- Strategy in Preventive Diplomacy, S.135.

[1813] Vgl. dazu u.a. Haniel an dt. Vertretung Moskau, 10.4.1922 sowie Tel. Simson Nr. 17, 11.4.1922, beide bei PA, R 84086.

4. Eine dramatische Ausnahmesituation (15.4.1922)

Die Quellen über den Konferenzverlauf am Samstag, den 15. April 1922 zeigen, dass sich dieses auf deutscher Seite bereits verfestigte Gefühl einer akuten, gravierenden Bedrängnis auf Russland-politischem Gebiet nun sogar noch potenzierte.
Nach seiner ausführlichen ‚Rapallo-Aufzeichnung' nahm Maltzan am Samstagmorgen, 15. April 1922, die Verbindung zu der sowjetrussischen Delegation wieder auf. Im Einzelnen machte der deutsche Ministerialdirektor im Nachhinein dazu folgende Angaben:

„Um 10 Uhr traf ich Joffe und Rakowski verabredungsgemäß im Palazzo Reale. Ich besprach mit ihnen die Ereignisse der letzten Tage und bekam von ihnen genaue Aufschlüsse über die Verhandlungen in der Villa Lloyd Georges. Sie erwähnten, dass diese geheimen Verhandlungen trotz bestehender Schwierigkeiten im ganzen einen guten Verlauf nähmen. Es bestünde bei den einladenden Mächten anscheinend die Absicht, sich zunächst mit den Russen zu verständigen und erst dann wieder vor die Subkommission zu treten. Es wären eine Menge heikler Fragen im Zusammenhange mit den russischen Forderungen aus den Interventionen der Entente und gewisse Forderungen Frankreichs zu besprechen, bei denen die Alliierten lieber unter sich bleiben wollten. Ich sondierte die Russen vorsichtig über die evtl. Wiederaufnahme unserer Berliner Besprechungen. Ich stellte ihnen vor, dass bei einer Separatverständigung in der Villa Lloyd Georges wir kaum mehr in der Lage sein würden, ihnen die bisherige wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren. Ich stellte ihnen diese Hilfe auf Grund der mit der Industrie schwebenden Verhandlungen in erneute Aussicht, verlangte aber als Gegengabe, dass sie uns an den Sondervorteilen, die die Entente in den Verhandlungen in der Villa Lloyd Georges erhielte, durch die Meistbegünstigung teilnehmen ließen und uns Garantien für den Art. 116 gewährten. Joffe und Rakowski betonten, dass sie trotz der Sonderverhandlungen mit Lloyd George auf eine Zusammenarbeit mit Deutschland, wie bekannt sei, größtes Gewicht legten. Sie betonten, dass wir die von mir gewünschten Garantien am besten durch Unterzeichnung des Vertrages erhalten könnten. Ob der Vertrag in der bisherigen Form noch gezeichnet werden könne, wüßten sie nicht; sie müßten darüber mit Tschitscherin sprechen, der momentan in der Villa Lloyd Georges sei und von dort erst abends spät nach Rapallo zurückkehren würde. Sie würden versuchen, ihn während der Verhandlungen in der Villa zu sprechen. Ich erwähnte in diesem Zusammenhange, dass wir nur auf der in Berlin bereits gewonnenen Basis weiter verhandeln könnten, zu unseren Gunsten aber noch eine besondere Rückversicherung (Meistbegünstigung) hinsichtlich der Sozialisierungsschäden verlangen müßten. Von Rakowski wurde jede Erweiterung des Vertrages zu unseren Gunsten als unmöglich dargestellt, die Herren versprachen jedoch, mir noch Nachricht über die Ansicht Tschitscherins geben zu wollen. Während dieser Unterhaltung, die öffentlich auf der Veranda des Palazzo Reale stattfand, wartete Herr Dufour draußen, um sich mit mir sofort zu den Engländern ins Hotel Miramare zu begeben und diese über die bei den Russen erfolgte deutsche Demarche offen aufzuklären."[1814]

Nach den Angaben Maltzans gaben ihm Joffe und Rakowski am Samstagmorgen „genaue Aufschlüsse" über die Gesprächsinhalte in Villa D´Albertis, u.a. mit dem Hinweis, dass die dortigen Verhandlungen insgesamt durchaus einen „guten" Verhandlungsverlauf nähmen. Genauere Angaben über diese Informationen trägt Maltzan jedoch nicht vor. Des Weiteren gibt Maltzan an, die Unterredung mit Joffe und Rakowski sei für jedermann sichtbar „öffentlich auf der Veranda" geführt haben. Diese Aussage wirkt zwar apologetisch, scheint aber glaubhaft zu sein. Denn eine solche, durch Zeugen leicht überprüfbar erscheinende Angabe hätte der Ministerialdirektor in seiner ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung sicherlich vermieden, wenn diese Unterredung nicht auch tatsächlich an diesem Ort stattgefunden hätte. Auch Maltzans Behauptung, er habe zu seinen russischen Gesprächspartnern Kontakt aufgenommen, ob die in Berlin vertagten Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten, ist plausibel, weil sie seinem von Rathenau erteilten Auftrag entsprach. Dagegen wirkt wiederum die Betonung Maltzans, er habe gemeinsam mit Dufour anschließend angeblich „sofort" die Initiative ergriffen, um die „Engländer" „über die bei den Russen

[1814] ADAP A VI, Nr. 59, S.127.

erfolgte deutsche Demarche“ „offen“ „aufzuklären“, wiederum rechtfertigend. Ebenso hier ist es deshalb notwendig, auch andere Quellen in die Überprüfung der von Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung dargestellten deutschen Perspektive und Argumentationsweise mit einzubeziehen.
Dufour führte in einem in diesem Kontext zu erwähnenden Schreiben an Sthamer im Mai 1922 rückblickend aus, Maltzan habe „seine direkten Verhandlungen mit den Russen“ wieder aufgenommen. Er sei „zu diesem Zweck“ am Samstag, 15. April 1922, schon „ganz frühzeitig“ „nach Rapallo“ gefahren. Nach Dufour sei Maltzan „hierzu besonders durch einen Besuch Giannini’s am 14. April abends beim Reichskanzler und dann bei Rathenau veranlasst“ worden. Demgegenüber schweigt sich Maltzans ausführliche Aufzeichnung jedoch über einen Besuch Maltzans in Rapallo am frühen Samstagmorgen aus. Dufour wiederum macht in seiner Darstellung keine Angabe zu einem Gespräch Maltzans mit Joffe und Rakowski, dass nach den Angaben Maltzans um 10 Uhr öffentlich im Palazzo Reale, also im Zentrum von Genua, stattgefunden und bei dem Dufour angeblich „draußen“ gewartet habe. Er weist nur darauf hin, Maltzan sei „am 15. April noch Vormittag(s) aus Rapallo zurückgekehrt“ und fügte hinzu, Maltzan habe - „ohne mir zu sagen, was er dort getan habe“ – ihn gebeten, „sofort mit ihm ins Hotel Miramare in Genua zu Wise und Gregory zu fahren.“ „Auch unterwegs“, so Dufour weiter, habe ihm Maltzan „nichts“ „erzählt“, so dass sich Dufour „also in einer etwas unangenehmen Lage“ befunden habe.[1815]
Fraglich ist zunächst, ob die Angabe Dufours, Maltzan sei tatsächlich am ganz frühen Samstagmorgen bei der sowjetrussischen Genua-Delegation in Rapallo, aber schon wieder am „Vormittag“ im Zentrum von Genua gewesen, zutreffend war. Vor dem Hintergrund, dass diese Behauptung Dufours schon der Sache nach kaum einen Sinn machen dürfte und auch in geographisch-zeitlicher Hinsicht nur unter großen Mühen Maltzans und auch nur dann zu schaffen gewesen wäre, wenn ein solches weiteres Gespräch in Rapallo etwa um 8 Uhr morgens stattgefunden hätte, liegt es nahe, dass vielmehr die Angabe Maltzans, um 10 Uhr ein Gespräch mit Joffe und Rakowski öffentlich im Palazzo Reale geführt so haben, richtig sein wird, zumal diese Version Maltzans ja offenkundig jederzeit durch weitere Zeugen nachprüfbar gewesen wäre. Da Dufour nicht persönlich an dem Gespräch teilnahm, ist daher anzunehmen, dass er hier etwas missverstanden oder diesen Vorgang im Nachhinein möglicherweise mit dem oben erwähnten Besuch Maltzans und Hilferdings in Rapallo verwechselt hat. Fest steht, dass die Ausführungen Dufours für eine Überprüfung der Authentizität der Angaben Maltzans jedenfalls nicht hilfreich sind.
Anderweitige Quellen scheinen daher auf den ersten Blick relevanter zu sein: Denn über den Inhalt des Gespräches Maltzans mit Joffe und Rakowski liegt ein Schreiben Joffes an Tschitscherin vor, dass angeblich noch am 15. April 1922 entstanden ist. Die daraus zu entnehmende Interpretation, dass Maltzan versucht habe, „die deutsche Position der Schwäche und Isolation“ dadurch zu „kaschieren“, „indem er frank und frei behauptete, am Vortag hätten die Engländer den Deutschen vorgeschlagen, sich dem Memorandum der Londoner Experten anzuschließen mit Ausnahme aller Deutschland betreffenden Artikel“, unterliegt jedoch erheblichen Zweifeln und ist wenig überzeugend. Dies gilt auch für den Vortrag, Maltzan habe geäußert, deutscherseits sei dieses „Angebot zurückgewiesen“ worden, und die Führung der deutschen Außenpolitik sei hingegen nun

[1815] Dufour an Sthamer, 20. Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.

sogar „bereit, das Berliner Protokoll zu unterschreiben, um der sowjetrussischen Delegation weiter (sic) den Rücken zu stärken“.[1816]

Eine solche Argumentation hätte die sowjetrussische Seite sicherlich nicht beeindruckt; sie hätte zudem eine deutsche Bankrotterklärung in der russischen Frage offenbart. Aus der Übereinstimmung einiger Punkte mit den Angaben Maltzans wie z.B. der deutschen Forderung nach einer Meistbegünstigung in der Frage der „Sozialisierungsschäden“ lässt sich nicht schließen, dass die sichtbar strittigen anderweitigen Angaben Joffes über Äußerungen Maltzans zutreffen. Mehrere Überlegungen sprechen gegen die Richtigkeit der Ausführungen Joffes.

Dass Joffe Volkskommissar Tschitscherin empfahl, das „Berliner Protokoll zu unterschreiben“, mag tatsächlich aus seinen u.a. am 21. Februar 1922 formulierten „Wünschen“ hervorgegangen sein, die sich darin konzentrierten, die „westlichen Staaten“ zu spalten. Joffe hatte damit ein Motiv, eine nicht gefallende Aussage Maltzans vorzutragen, die besagte, die Engländer hätten der deutschen Delegation das genannte Angebot unterbreitet: Er war bemüht, Tschitscherin einen zusätzlichen Grund für dessen Zustimmung zu der von Joffe gewollten Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der deutschen Außenpolitik zu liefern. Beide sowjetrussischen Akteure standen des Weiteren im Rahmen ihrer außenpolitischen Vorstellungen in einem erheblichen strategischen Gegensatz: Während Joffe einem Abschluss mit den Alliierten eher skeptisch gegenüberstand, beinhalteten die Verhandlungen in der Villa D´Albertis für Tschitscherin am 15. April 1922 „durchaus ein vorzeigbares Ergebnis“[1817]. Und schon Theodor Schieder hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Bericht Tschitscherins vom 15. April 1922 über die Separatverhandlungen mit den Alliierten verdeutlichte, dass zwischen den Ententemächten und der Führung der sowjetrussischen Delegation eine „gewisse Annäherung der Standpunkte erzielt“ worden war, zumindest „eine größere, als sie zu Beginn noch möglich schien.“[1818] Das genannte Schreiben Joffes hingegen bestätigt daher lediglich die Tatsache, dass Maltzan der sowjetrussischen Seite am Samstagmorgen tatsächlich eine Wiederaufnahme der in Berlin vertagten Verhandlungen anbot. Was dabei genau zwischen ihm und den beiden sowjetrussischen Vertretern vorgetragen und besprochen wurde, bleibt unsicher.

Wichtiger sind daher zwei andere Tatsachen: Erstens, es fanden weiterhin Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und Sowjetrussland in der Villa D’Albertis unter Ausschluss Deutschlands statt. Inhalt und Atmosphäre dieser Gespräche blieben im Einzelnen für die deutsche Seite mehr oder weniger unbekannt. Zweitens: Die Ernsthaftigkeit und Zielgerichtetheit dieser Gespräche ist nicht in Zweifel zu ziehen. Dies sprach - trotz aller ungelösten Probleme im Detail und insbesondere in Bezug auf die Anerkennung der zaristischen Vorkriegsschulden durch die revolutionäre Regierung in

---

[1816] Vgl. Linke, Der Weg nach Rapallo, S.103 mit den entsprechenden Nachweisen.

[1817] Ebd.

[1818] Vgl. Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.585 in Bezug auf das bei Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Bd.V, Nr.119 in gekürzter Form gedruckte Dokument.

Darüber hinaus ist es auch noch aus anderen Gründen sehr zweifelhaft, dass Maltzan gegenüber Joffe und Rakowsky überhaupt eine solche, von Joffe behauptete Andeutung über ein angebliches britisches Angebot an Deutschland zu Lasten der sowjetrussischen Delegation (und im Grunde direkt oder indirekt zugleich auch zur Lasten der deutschen Außenpolitik) gemacht hat. Es war allgemein bekannt, dass die britische Seite allein und ohne die mühsame Rücksprache mit den anderen Verbündeten schon aufgrund des in London ausgehandelten Memorandums nicht in der Lage war, ein derartiges Angebot der sowjetrussischen Seite zu unterbreiten. Maltzan wäre sich des Weiteren bewusst gewesen, dass eine deutsche Finte dieser Art, die aufgrund der schwachen deutschen Position ohnehin unglaubwürdig gewirkt hätte, von Tschitscherin leicht erkannt worden wäre, zumal sich der sowjetrussische Außenminister ja selbst von dem offenkundig ernsthaft vorhandenen Einigungswillen der Alliierten überzeugen, und die Unrichtigkeit einer solchen Aussage Maltzans z.B. auch im Rahmen eines direkten Gesprächs mit Lloyd George überprüfen konnte.

Moskau - für die nahe liegende und begründete Annahme, dass eine Einigung der Verhandlungspartner ohne jegliche Mit- und Einwirkungsmöglichkeit der deutschen Delegation möglich war.[1819]

Festzuhalten ist weiter, dass die Gespräche in der Villa des britischen Premiers der allgemeinen, Gleichberechtigung anstrebenden Idee der Genueser Konferenz abträglich waren und die politische Gesamtqualität des von Lloyd George verfolgten kontinentaleuropäischen Versöhnungswerks letztlich zumindest teilweise beeinträchtigten. Auch wenn das Vorgehen der Alliierten Hauptmächte - vor allem im Nachhinein - lediglich als „offiziöse" Sondierung mit den sowjetrussischen Vertretern deklariert wurde: de facto verletzte es die zuvor angekündigte Idee der Gleichberechtigung aller teilnehmenden Staaten und insbesondere Deutschlands. Und die politische Vision für ein Europa „for all countries to live in"[1820], um hier den Titel einer Siegesrede Lloyd Georges nach dem Ersten Weltkrieg zu variieren, war auf diese Art alliierter Machtausübung nicht aufzubauen. Die damit einhergehenden Informationsdefizite[1821] und politische Unsicherheit führten die deutschen Verantwortlichen jedenfalls nachvollziehbar zu der Befürchtung, dass das Reich nunmehr auch in der russischen Frage zu einer bloßen Objektrolle degradiert werden könnte.

Andere außerhalb der ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung Ministerialdirektor Maltzans vorliegende Quellen unterstreichen diese Interpretation einer glaubhaften deutschen Bedrängnis in der russischen Frage ebenfalls nachhaltig: Am Morgen des 15. April 1922 traf bei der deutschen Genua-Delegation eine Meldung ein, die indirekt die Ernsthaftigkeit der französischen Außenpolitik unterstrich, zu einer baldigen Einigung mit den sowjetrussischen Vertretern zu kommen. Die französische öffentliche Meinung hatte sich bereits seit Tagen mit der Tätigkeit ihrer Delegation auf der Genueser Konferenz unzufrieden gezeigt. Man setzte daher jetzt die Außenpolitik des eigenen Landes gerade auch in Russland-politischer Hinsicht unter erheblichen Erfolgsdruck.[1822] Des Weiteren wurde unterdessen in Berlin erneut darauf hingewiesen, wie stark Sowjetrussland unter dem internationalen Schuldenproblem litt und demzufolge dringend ein Interesse daran haben musste, auf der Konferenz in Genua zu einer zukunftsweisenden Lösung mit den Großen Mächten zu gelangen.[1823]

[1819] Vgl. dazu die dem belgischen Außenminister Jaspar überlassenen, englischen Geheimprotokolle in Bezug auf ein interalliiertes Gespräch am 15.4.1922 von 15 bis 15:35 Uhr (7 Seiten mit zwei Anlagen in Bezug auf die russischen Gegenforderungen und die alliierte Ablehnung), ein sich daran anschließendes weiteres Gespräch mit der russischen Delegation ab 16:30h (23 Seiten) und über ein weiteres interalliiertes Gespräch zwischen den britischen, französischen, italienischen und belgischen Vertretern ab 18:30h (4 Seiten), bei BMAE, 10.991, VI (13-15 avril 1922). Siehe dazu auch DBFP, First Series, Vol. XIX, Nr. 73, S.404ff. Es heißt hier bei ebd., S.405f. u.a.: "Mr. Lloyd George said that it was necessary to bring the matter to a definite point. He regarded this as a real test as to whether peace could be made on conditions with the Western Powers could accept. They had reached the point when this was necessary. He was all in favour of exercising every patience in negotiation, but there was no object in wasting time unless they could find some chance of reaching a final agreement [Herv.d.Verf.] which would be acceptable to their respective Parliaments. At present he could not tell whether the Russian attitude was bluff or business. This, however, must be ascertained. He was in favour, therefore, of allowing them every facility for consideration, and, if necessary, an adjournment to permit them to telegraph to Moscow [...]".

[1820] Die Rede von Lloyd George, „A fit country for heroes to live in", Wolverhampton, 24.11.1918, gedruckt in: MacArthur, Brian (Hrsg.), The Penguin Book of Twentieth-Century Speeches, London 2. Aufl. 1999, S.72-80.

[1821] Vgl. dazu auch McKenzie, S.115. Hier heißt es u.a.: „The German delegates were left wholly in the dark about the nature of the talks and not unnaturally they conjectured about the subjects under discussion."

[1822] Vgl. Mayer an (Delegation Genua), 14.4.1922, PA, R 23697. Die Paraphe Maltzans befindet sich am rechten Rand der ersten Seite und ist die einzige Paraphe auf dieser Vorlage, die als Exemplar Nr. 7 bezeichnet wird. Dieses Telegramm ging am 15.4.1922 um 3 Uhr in der Nacht bei der Delegation in Genua ein und hatte dabei den Weg über das Auswärtige Amt in Berlin genommen. Es stand somit spätestens am Morgen des 15. April 1922 der deutschen Delegation bzw. Maltzan zur Verfügung.

[1823] In einer Aufz. über den enormen Schuldenstand Russlands bis zum 1. November 1917 sowie über die kommunalen

Vor diesem Hintergrund äußerte Maltzan in einem weiteren Brief an den Leiter des Russlandreferats in Berlin, Hauschild, die Sorge, auch auf Russland-politischem Terrain möglicherweise isoliert zu werden. Mit Datum vom 15. April 1922 wies der Ministerialdirektor jedenfalls darauf hin, wie bedrohlich er die Situation zurzeit einschätzte. Denn für ihn verfügten nunmehr vor allem die sowjetrussischen Vertreter über eine günstige Verhandlungsposition. Sie agierten nach seiner Ansicht „ausserordentlich geschickt" und verhandelten „momentan […] hinter den Kulissen mit der Entente" - „wahrscheinlich auf unsere Kosten." Handschriftlich fügte Maltzan am Ende des Dokuments zudem hinzu, dass „bei der allgemeinen Verhandlungsmaxime" die Notwendigkeit „akut" werden könne, „einen Herrn des russ(ischen) Referats hier zu haben".[1824]

Dass diese Andeutung im Kontext mit der Weisung Außenminister Rathenaus zur Wiederaufnahme der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen mit dem Ziel eines definitiven Abschlusses stand, kann als gesichert gelten. Zugleich wird an dieser Aussage aber auch ersichtlich, dass Maltzan in dem Moment, als er am 15. April 1922 diese Zeilen an Hauschild verfasste, offenbar selbst noch nicht abschätzen konnte, dass es bereits am nächsten Tag zur Unterzeichnung des vorbereiteten deutsch-russischen Vertrages kam. Auch aus seiner Sicht lag eine diplomatische Ausnahmesituation vor, deren Ausgang noch völlig offen war.

Das Grundgefühl, im Rahmen der Lösung der „russischen Frage" möglicherweise unmittelbar vor gravierenden Nachteilen zu stehen, ist in Bezug auf Maltzan aber auch noch durch weitere Dokumente verifizierbar: Ebenfalls mit Datum vom 15. April 1922 schrieb der Ministerialdirektor an Dirksen nach Berlin, über „das Angebot der Entente an Litauen betreffend Memelgebiet" habe er keine Nachricht; ohne prinzipiell dagegen zu sein, müssen man zunächst abwarten. Zugleich ergänzte er, man werde von deutscher Seite aus „ja ohnedies praktisch sehr wenig in eine Entscheidung der Entente eingreifen können". Und die russische Frage in Genua verlaufe derzeit ohnehin vollkommen unübersichtlich und sei mit einer gefährlichen Unsicherheit behaftet, wobei er Dirksen bat, er möge auch Haniel und Hauschild über den nachfolgenden Wortlaut informieren:

> „Hier sind wir mitten in einer russischen Krisis, die Situation ändert sich stündlich, jedenfalls ist es auffallend, wie in den letzten Tagen die Entente und insbesondere auch Frankreich ihren anfänglich äusserlich schroffen Standpunkt gegen Russland gemildert hat. Ob es zu einer definitiven Regelung zwischen der Entente und Russland hier kommen wird (,) bezweifle ich doch sehr, doch ist auffallend, dass die Franzosen eine Position nach der anderen aufgeben."[1825]

Schulden heißt es u.a.: „Wir stehen auf dem Standpunkte, dass das Grundübel, unter dem die Welt leidet, die internationale Verschuldung ist, die derartige Grössenverhältnisse angenommen hat, dass sie in keinem realen Verhältnisse mehr zu den wirtschaftlichen Erträgnissen der betroffenen Volkswirtschaft steht. (…) Auch wer die von unseren Gläubigern geltend gemachten rechtlichen Gründe anerkennt, wird nicht vorübergehen können an der Tatsache, dass in allen Kulturländern das Recht des Gläubigers halt macht vor dem Existenzminimum des Schuldners.", Die Vorlage ist ungezeichnet und undatiert, ebd., R 23688. Sie trägt einen Eingangsstempel vom 18.4.1922. Im Kopfbereich findet sich die Paraphe und einen bislang nicht eindeutig entzifferter, hschr. Vermerk Maltzans.

[1824] Maltzan an Hauschild, 15.4.1922, R 23711, 038-039. Ein ungez. Exemplar der Vorlage befindet sich bei ebd., R 23708, (L096829-30).
Zur Einschätzung der deutschen Verhandlungsposition am Abend des 15.4.1922 siehe auch Maltzans Brief an Schlesinger vom 5. Mai 1922, bei ebd. (PA) verfilmt unter 4829/E 241 578-79.

[1825] Der an Dirksen am 15.4.1922 gerichtete Brief ist ungezeichnet, PA, R 23708 (L096831-32). Auch dieser Brief stammt offensichtlich von Maltzan, die ganze Akte scheint seiner eigenen persönlichen Bearbeitung unterlegen zu haben. Auch Carole Fink ordnete die Vorlage als Schreiben „Maltzans an Dirksen, 15.4.1922, (NA), T-120 L 312/4255/ L096831-32" ein, vgl. Fink, The Genoa Conference, S.171, Anm.104.

Die in diesen Ausführungen Maltzans vom 15. April 1922 zu Tage tretende Russland-politische Unsicherheit und Emotionalität kann als glaubhaft bewertet werden. Denn wäre Maltzan gewillt gewesen, einen Vorwand zu konstruieren, um Deutschland zu einem Vertrag mit Sowjetrussland zu führen - er hätte hier nicht zugleich seine Zweifel über eine Einigung zwischen den Alliierten und Sowjetrussland dargelegt. Im übrigen betrachteten auch andere deutsche Beobachter die Entwicklung in der russischen Frage mit Anspannung.[1826] Und darüber hinaus war die durch die Separatverhandlungen der Alliierten mit Sowjetrussland hervorgerufene, problematische Situation der deutschen Delegation und damit zugleich einhergehende Objektrolle Deutschlands bereits in den Medien zur Sprache gekommen: Die Presse verbreitete bereits Gerüchte über eine Einigung der Alliierten mit Sowjetrussland! – wenngleich der deutsche Pressechef Müller kurz vor 19 Uhr am 15. April 1922 „im besonderen Auftrage" Wirths an Reichspräsident Ebert und die Reichsregierung nach Berlin telegraphierte, man müsse derartige Mitteilungen „mit Vorsicht" aufnehmen. Es müsse bislang dazu „festgestellt werden, dass die Mitteilungen in der Öffentlichkeit über den Fortgang und das Ergebnis derartiger Besprechungen nach Fühlungnahme mit den Russen (…) den Tatsachen" doch noch vorauseilten.[1827]

Das Schreiben Müllers führte inhaltlich jedoch noch weiter: Es wies Reichspräsident Ebert und die in Berlin verbliebenen Kabinettsmitgliedern indirekt, aber deutlich darauf hin, dass möglicherweise mit einem bilateralen deutsch-russischen Vertragsabschluß gerechnet werden müsse. Die Bedrohlichkeit der gegenwärtigen Situation für deutsche Interessen in der russischen Frage wurde hier in z.T. telegrammstilartiger Form jedenfalls unmissverständlich klar thematisiert:

> „Gestern stattfanden Besprechungen der Alliierten, Italien, Frankreich, England, Belgien, Japan[1828] mit Russland. Auffallend ist, dass Frankreich russischem Standpunkt entgegenkommt.[1829] […] Unsere Fühlungnahme mit Russen besteht nach wie vor, Aussicht auf Verständigung zwischen den Russen und uns durchaus gegeben. Bemühungen bleiben darauf gerichtet, durch solche Verständigung zu verhindern, dass zwischen Russen und Westmächten Abkommen ohne uns geschlossen wird." [1830]

Ob die nachfolgende Klage der in Berlin gebliebenen Regierungsmitglieder über eine unzureichende Informationszuteilung durch die deutsche Genua-Delegation[1831] u.a. mit Blick auf dieses Schreiben Müllers berechtigt war, mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Im Rahmen der hier durchzuführenden Prüfung der Angaben und Argumente in der ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung Maltzans bleibt zunächst die Klärung der noch offenen Frage gewichtiger, wie die Verhandlungen

---

[1826] BAK, NL Anton Erkelenz Nr. 19, Fiche 3, 174 (15.4.1922, „nachm(ittags)"); Bücher an Reichsverband der Deutschen Industrie, streng vertraulich, 15.4.1922 nachmittags, Bericht No.3, S.3f, ACDP, NL Stinnes, I-220-19/3.

[1827] Müller an Ebert, 15.4.1922, Müller an Ebert und Reichsregierung, No. 72, PA, R 23688 (L 096167). Die Vorlage trägt u.a. die Paraphen Rathenaus und Maltzans und ist offenbar auch von Wirth abgezeichnet worden. Nach einem hschr. Vermerk auf dem rechten unteren Rand der Vorlage wurde das Telegramm offenbar am 15.4.(1922) um 18:50h abgesandt. Ein weiteres Exemplar trägt im PA die Filmnummer L 996/ L 286 054 und wurde gedruckt in: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 2, Dokument Nr. 267. Aus dem Exemplar, das in Berlin entziffert wurde, PA, R 23711, wird erkennbar, dass die Vorlage am 16.4.1922 um 1:30 Uhr nachts in Berlin einging.

[1828] Diese Angabe war unzutreffend und zeigt indirekt, dass die Informationen der deutschen Delegation keineswegs zuverlässig und umfassend, sondern wohl eher als rudimentär zu bezeichnen waren. Die japanische Delegation war an den Verhandlungen in der Villa D´Albertis nicht beteiligt.

[1829] Der letzte Halbsatz wurde hschr. korrigiert, es hieß hier ursprünglich „[...] dass Frankreich mit Russen eiligst zu einer Einigung zu kommen sucht."

[1830] Ebd. (PA, R 23688, L 096167).

[1831] Siehe dazu u.a. den Bericht Kempners an Hemmer vom 16. April 1922, BAK, R 43 1/471.

der „einladenden Mächte“ mit den sowjetrussischen Vertretern in der Villa D´Albertis am Samstag, den 15. April 1922 *tatsächlich* verliefen und was der deutschen Delegation diesbezüglich zur Kenntnis gelangte.

Bereits um 10 Uhr hatten sich die englischen, französischen, italienischen und belgischen Russlandexperten am 15. April 1922 getroffen und dabei die russischen Schulden bei England auf „607 millions de livres sterling; la dette française à 5 milliards 600 millions de francs (sans tenir compte du change) et la dette italienne à 182 millions de lires, plus 53 millions de francs“ taxiert. Ab 11:30 Uhr seien dann Litwinow und Krassin zu diesem Expertengremium, an dem von britischer Seite aus Lord Greame und französischerseits Seydoux teilnahmen, hinzugestoßen, bevor dann ab 15:30 Uhr zunächst in der Gegenwart von Lloyd George, Barthou, Schanzer, Theunis und Jaspar, der an diesem Tag zumindest auf den holländischen Außenminister van Karnebeek einen „vergnüglichen“[1832] Eindruck machte, das weitere Vorgehen der Ententemächte beraten wurde. Zwar traten in diesem inneralliierten Vorgespräch einige Meinungsverschiedenheiten zu Tage. Diese Differenzen schienen jedoch insgesamt betrachtet recht geringfügig zu sein. Man stritt auf alliierter Seite offenkundig nicht über das ‚Ob’ einer Einigung mit Sowjetrussland, sondern über das genaue ‚Wie’ und welches Entgegenkommen den Vertretern der Regierung in Moskau eingeräumt werden könne.[1833] Ab 17:00 Uhr wurden dann in der Gegenwart von Tschitscherin, Litwinow und Krassin die Verhandlungen zwischen den Alliierten und Sowjetrussland fortgesetzt.[1834]

Den Zwischenstand dieser Gespräche, die sich auch am Ostersamstag, den 15. April 1922 den ganzen Tag *außerhalb* des offiziellen Konferenzprogramms hinzogen, hatte Lloyd George gegenüber seinen alliierten Partnern um 18:30 Uhr deutlich gemacht: Er schlug sichtbar eine zügige, pragmatisch orientierte Einigung vor, „that if the Bolshevists would accept the principle of the debt, the Allies should accept the moratorium, the details of which could then be worked out”. Die offizielle Subkommission der Konferenz solle zudem erst dann wieder tagen, „until the reply of the Russian Government was received.“[1835] Unterdessen sei der Presse mitzuteilen, dass die Gespräche

---

[1832] Vgl. den Tagebucheintrag Karnebeeks vom 15.4.1922, DBPN, Periode A: 1919-1930, Deel III, Nr.242. Karnebeek war darüber informiert, dass Tschitscherin „gestern bei Lloyd George diniert und den ganzen Nachmittag bei ihm verbracht“ hat, was vermutlich auch für andere wichtige Vertreter der ‚kleineren’ Mächte in Genua galt.

[1833] „British Secretary´s Notes of an Informal Meeting held at the Villa D´Albertis, Genoa, on Saturday, April 15, 1922, at 3.35 pm”, DBFP, First Series, XIX, No. 73, S.404ff. Hier heißt es im Anschluss an die bereits oben zitierten Ausführungen Lloyd George, es sei nunmehr an der Zeit, zu einem “final agreement” mit der sowjetrussischen Regierung zu gelangen, bei ebd., S.406f. u.a.: „M. Seydoux said he was quite in agreement with Mr. Lloyd George, but at this stage it would be better not to mention figures or percentages. What was required was to get the acceptance of the principle in respect to war debt. There could be no partial arrangement with Russia, and the percentage would depend on the acceptance of certain principles. He was quite in agreement with Mr. Lloyd George that this was an excellent test to ascertain where Russia stood. Signor Schanzer said that it was audacious for him to criticise in any way the statement of the British Prime Minister. He was afraid, however, that they were in exactly the same position as on the previous day, and he apprehends that the Russians would not accept. The Allied terms were a little hard. (…) He wondered if it would be possible to make some little further concession.“

Barthou soll demgegenüber bei ebd., S.408 u.a. entgegnet haben „that the Russians had caused the continuation of the war by signing the Treaty of Brest-Litovsk, and had inflicted incalculable loss by these means. It had been a great concession not to bring it up. He was willing to consider concessions in the matter of interest. The French delegation had adopted a very conciliatory attitude. On the general question, he agreed with Mr. Lloyd George.“ Es heißt dann weiter: “Mr. Lloyd George suggested that if there was a prospect of breaking with the Russians it was necessary to go as far to meet them as possible. He felt very likely there would be a break. They would never get either the interest of the war debt, so he thought they could afford to be liberal in the way the case was presented. The case must be presented on the basis that there might be a break. M. Barthou agreed.”

[1834] Aufz. Seydoux, 3.5.1922, MAE, Papiers d´Agents, Seydoux, 25, 90-93. Siehe dazu auch die Telegramme Gregorys No.37, 15.4.1922, PRO, FO 371/8187, 151-152 sowie No. 38, 16.4.1922, ebd., 155-156.

[1835] Notes of an informal meeting between the representatives of the British, French, Italian and Belgian Governments,

zwischen den alliierten Hauptmächten und den sowjetrussischen Vertretern fortgesetzt würden, „but that the Russian Delegation required a few days more in which to examine the Allied proposals, and that in the meantime no (m)eeting should be held."[1836]

Auch diese Haltung weist aus, dass die ‚Einladenden Mächte' im Rahmen ihrer faktischen und organisatorischen Machtfülle den Ablauf der Konferenz ganz nach ihrer Interessenlage gestalteten. Sie nahmen weiterhin für sich in Anspruch, die ‚russische Frage' in ihren wesentlichen Elementen sowohl unter dem Ausschluss Deutschlands als auch der anderen teilnehmenden Mächte erst einmal im Rahmen ihrer eigenen Interessenlage allein mit Sowjetrussland auszugestalten und schon möglichst weitgehend oder sogar vollständig festzulegen.[1837] Für dieses Anliegen klang nunmehr selbst in dem Verhältnis zwischen Barthou und Lloyd George ein harmonischer Akkord an: Der britische Premier, so lobte Barthous in einem Telegramm an Poincaré in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922, habe sich bei den Verhandlungen mit den Russen vom Nachmittag des 15. April 1922 in einem „excellent état d´esprit" befunden. Um für Frankreich und England russische „concessions dans la question des dettes de guerre" zu erhalten, sei man bei den interalliierten Erörterungen, so berichtete der französische Delegationsleiter nach Paris, recht schnell über die wichtigsten Verhandlungsprinzipien mit den sowjetrussischen Vertretern übereingekommen.[1838]

Darüber hinaus meldete Barthou seinem Regierungschef, er habe (offenbar am späten Samstagnachmittag) mit Lloyd George über die derzeit in der italienischen Presse kursierenden Gerüchte gesprochen, der englische Premier wolle die Abrüstungsfrage doch noch thematisieren. Auch hier wurde der zuvor vielfach befürchtete englisch-französische Konfliktstoff erst einmal beigelegt. Lloyd George habe ihm, Barthou, „avec une brusque (netteté)" geantwortet, er habe überhaupt nicht die Absicht, in Genua militärische Fragen zu diskutieren. „Son dessein" sei lediglich, „*si l´accord se réalisait avec la Russie* [Herv.d.Verf.], et si la situation s´éclaircissait, de renvoyer la question à la Société des Nations […]".[1839]

Diese Quelle ist somit ein weiterer Hinweis darauf, dass die Alliierten gewillt waren, die Separatverhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation unmittelbar zu einer vertraglichen Übereinkunft zu führen. Die bei diesem Versuch zu Tage tretende Einigkeit der Alliierten geht zudem auch aus einem Bericht hervor, den der belgische Außenminister Jaspar ebenfalls am 15. April 1922 über die seit Donnerstag von Lloyd George, Barthou, Schanzer und ihm der sowjetrussischen Delegation vorgeschlagenen „réunion officieuse chez Lloyd George pour s´expliquer sur rapport experts" und über die alliierten Geheimverhandlungen im Verlauf des 14. und 15. April mit der sowjetrussischen Delegation verfasste.[1840] Weitere Dokumente belegen mehr oder

---

held at the Villa (d)e Albertis, on Saturday, 15th April 1922, at 6:30 p.m., PRO, CAB 29/95, 371ff., 371.

[1836] Ebd., 374.

[1837] Die politische Überlegenheit der alliierten Vertreter wurde z.B. auch daran sichtbar, dass die Zahlen, die sowjetrussischerseits am Morgen des 15. April als „réclamations russes représentant un total de 50 milliards de roubles or", vorgelegt wurden, von Barthou offenbar als geradezu lächerlich empfunden wurden: „L´absurdité des ces prétentions a facilité la tâche de nos experts et l´entente s´est vite faite pour écarter les principes mêmes sur lesquels étaient fondées les revendications russes. », vgl. u.a. Tel. Barthou No. 84, 16.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 159. Der Ausdruck "ce matin" bezieht sich offenbar auf den Samstagmorgen, 15.4.1922, da das Telegramm kurz nach Mitternacht (0:45h) abgesandt wurde.

[1838] Tel. Barthou an Poincaré, 16.4.1922, No.84-88 (Absendezeiten 0:45-1:30h), ebd., 159-163.

[1839] Tel. Barthou, No. 90, 16.4.1922 (10:30h), ebd., 165.

[1840] Tel. Jaspars No. 16, 15.4.1922, BMAE, 10.991, VI (13-15 avril 1922). Die Vorlage trägt einen Eingangsstempel vom 16.4.1922 mit der No. 1199.

weniger direkt ebenfalls diese Bestrebungen: Nach dem in gedruckter Form vorliegenden britischen Verhandlungsprotokoll führten Lloyd George und Barthou während der Verhandlungen in der Villa D´Albertis am 15. April 1922 gegenüber den sowjetrussischen Delegierten in klarer Weise aus, dass sie nunmehr definitiv zu einer vertraglichen Vereinbarung auf der Grundlage des Londoner Memorandums gelangen wollten. Der britische Premier kennzeichnete die gemeinsame alliierte Position in diesem Kontext damit, eine Erörterung der einzelnen Bestimmungen des Londoner Sachverständigengutachtens hänge nach wie vor von der Bedingung ab, dass „the Russian delegation had entered into an agreement on the subject of Russian debts.“ Wäre die russische Seite dazu nicht bereit, verschwende man „the time of both parties” und könne - dessen war sich der britische Premier also offenbar durchaus sehr wohl bewusst! - „create the impression that there was a possibility of an arrangement when this might not be the case.“ [1841]

Auch wenn die Verhandlungen nach der britischen Protokollierung in inhaltlicher Sicht recht zäh verliefen, so wird man den Verlauf der Verhandlungen in der Villa D'Albertis gewiss nicht pauschal als „essentially fruitless“ bezeichnen können.[1842] Im Gegenteil: Die Chance zu einer vertraglichen Einigung zwischen den Alliierten und Russland war unzweifelhaft vorhanden. Dies geht zudem aus der Haltung der Führung der sowjetrussischen Genua-Delegation hervor, die heute anhand sowjetrussischer Archivalien nachvollziehbar ist und im Rahmen einer historiographischen Darstellung der Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages daher ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Durch den vehement vorgetragenen Willen der Alliierten, zu einer Vereinbarung auf der Grundlage des Londoner Memorandums zu gelangen, nahm sich - wie Maltzan es bereits aus seiner Sicht wahrgenommen hatte - die Lage der Moskauer Delegation momentan in der Tat recht günstig aus. Zwar standen die sowjetrussischen Vertreter aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lebenssituation in ihrem Heimatland unter einem besonderen Druck. Die auf diplomatischem Parkett verbesserte Position aber geht beispielsweise aus einem nach Moskau telegraphierten Schreiben Tschitscherins vom 15. April 1922 hervor.[1843] Zwar mag dieses Schreiben möglicherweise in einer „recht umgangssprachlichen“ Form vorliegen und insofern aus heutiger Sicht stilistisch zum Teil etwas seltsam anmuten.[1844] Da jedoch mit Blick auf andere Dokumente aus der Feder Tschitscherins

---

[1841] “British Secretary´s Notes of a Meeting between the Representatives of the British, French, Italian, Belgian and Russian Delegations, held at the Villa D´Albertis, Genoa, on Saturday, April 15, 1922, at 4.30 p.m.”, DBFP, First Series, XIX, Nr.74, S.409ff.

Bei ebd., S.420f. heißt es u.a.: “M. Barthou said they were all solid with Mr. Lloyd George and would share responsibility of the decision which they had taken in common. He wanted to know whether M. Chicherin wanted a settlement. He gathered that he did. What divided them now? Why was it necessary for M. Chicherin to telegraph to Moscow? [Herv.d.Verf.]. They were only speaking of principles, and the Russian delegation had accepted the conditions of the Cannes Conference. This included the recognition of debt. Why should they not repeat what they had already done in accepting the Cannes resolution? If they could only do so they would gain forty-eight hours. Mr. Lloyd George said, if M. Chicherin wanted to fortify himself by reference to Moscow, he personally would have no hesitation in agreeing to it. What they wanted was agreement [Herv.d.Verf.].

Die hier zu findenden Ausführungen drücken m.E. unzweifelhaft klar aus, dass die Alliierten auf eine vertragliche Vereinbarung mit der sowjetrussischen Delegation auf der Basis des Londoner Memorandums drängten und die deutschen finanziellen Interessen dabei natürlich keine Beachtung gefunden hätten. Geradezu selbstverständlich wäre es zu einer Anwendung von Art. 116 Abs. 3 VV als ‚ausgleichendes Positivum' für die finanziellen Belastungen Sowjetrusslands gekommen.

[1842] Vgl. abweichend Fink, The Genoa Conference, S.161.

[1843] Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Tome V, Nr. 119, S.217-220. Das Schreiben liegt somit seit 1965 im russischen Original vor.

[1844] In einem Schreiben von dem mit der Übersetzung ins Deutsche beauftragten Dipl.-Übersetzer (Germersheim) Dennis Scheller an den Verfasser vom 18.11.2003 wird insbesondere die von Tschitscherin verwendete Stilistik kritisiert, die „viele orthographische, grammatische und logische Fehler“ beinhalte.

diese Form wiederholt und von der Forschung auch an anderer Stelle nicht festgestellt wurde, wird die Vorlage seinerzeit wahrscheinlich lediglich ihrer Form nach in einer etwas verzerrten, dechiffrierten Form zu den Akten gelegt worden sein.

Inhaltlich skizzierte der sowjetrussische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in diesem am Ostersamstagabend entstandenen Schreiben jedenfalls zunächst rückblickend aus seiner Sicht den bisherigen Verlauf der „russischen Frage“ auf der Konferenz.[1845] Bemerkenswert ist, wie Tschitscherin das Verhalten des britischen Delegationsmitgliedes Wise am 12. und 13. April 1922 schilderte. Denn während Maltzan an jenen Tagen den britischen Vertretern seine Befürchtungen skizzierte und diese, wie zum Beispiel Gregory, so taten, als ob sie über die Details des Londoner Memorandums nicht so genau informiert seien, verdeutlichte das Schreiben Tschitscherins ein ganz anderes, viel zielstrebigeres Bild des britischen und italienischen Vorgehens, an dem Wise unzweifelhaft mit Zustimmung von Lloyd George federführend beteiligt war. Demnach soll Wise bereits am Mittwoch, dem 12. April 1922 die Initiative ergriffen und an diesem und am nächsten Tag gemeinsam mit einem Vertrauten des italienischen Außenministers in detaillierter und ausführlicher Weise mit der sowjetrussischen Seite verhandelt haben, so dass die Separatverhandlungen der Alliierten mit der sowjetrussischen Delegation im Grunde schon zwei Tage vor der tatsächlichen, politisch nunmehr auch hochkarätig besetzten Aufnahme dieser Gespräche in der Villa D´Albertis begonnen hatten.

Aufgrund dieser Angaben Tschitscherins kann das Verhalten von Wise, aber auch das von Gregory, der über diese Verhandlungen von Wise sicherlich informiert war, gegenüber Maltzan wohl nicht nur als hinhaltend bezeichnet werden. Es entsteht sogar der Eindruck, dass sich führende britische Delegationsmitglieder in der Russlandpolitik absichtlich in Bezug auf die von Maltzan vorgetragenen deutschen Befürchtungen uninformiert zeigten. Denn ihr Versuch, den deutschen Ministerialdirektor zu vertrösten und seine Russland-politischen Befürchtungen in Bezug auf das Londoner Memorandum zu zerstreuen bzw. dilatorisch zu behandeln hatte einen Grund. Insbesondere dem Russland-politischen Berater von Lloyd George ging es offenbar darum, genügend Zeit für eine möglichst konstruktive, Erfolg versprechende Vorbereitung alliierter Separatverhandlungen mit Sowjetrussland zu gewinnen. Tschitscherin schilderte jedenfalls nachdrücklich, wie stark alle involvierten alliierten Akteure auf eine vertragliche Einigung gedrängt hätten:

> „Am Mittwoch und am Donnerstag kam Wise zu uns, eine Lloyd George nahestehende Person; derselbe, der in London stets mit Genosse Krassin an den Verhandlungen teilgenommen hatte. Er kam zusammen mit Jung, einer Person, die Schanzer sehr nahe stand. Wir führten außergewöhnlich umfangreiche Gespräche bezüglich der Frage nach unseren Verpflichtungen, wobei wir nicht im Voraus unsere Vorschläge mitteilten, sondern sehr entschlossen sowohl den allgemeinen Plan der Londoner Experten als auch die einzelnen Vorschläge der Entente-Regierungen kritisierten. Bei diesen Gesprächen begann sich eine fast vollständige Unversöhnlichkeit zwischen unseren Zugeständnissen und denen der Alliierten, die für sie das Äußerste darstellten, herauszukristallisieren. Am Donnerstagabend, als bei uns noch Wise und Jung waren, wurden diese plötzlich ans Telefon gerufen und informierten uns darüber, dass am Freitagmorgen Lloyd George mit uns sprechen wollte, wobei Bartou, Schanzer und der belgische Vorsitzende ihn begleiten würden. Dieses Gespräch, so sagten sie, habe zum Ziel, eine Vereinbarung zu finden. Angesichts dessen, dass unsere ganze Taktik unser Bestreben nach einer Vereinbarung zeigen sollte, konnten wir selbstverständlich dieses Zusammentreffen

[1845] Ebd. (Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Bd. V, Nr. 119, S.217-220).

> nicht absagen, welches speziell einberufen wurde, um auf einem einfacheren Wege eine Vereinbarung zu treffen.“[1846]

Danach ist klar, dass es sich bei den am 14. April 1922 in der Villa D´Albertis begonnenen Verhandlungen keineswegs um inhaltlich wenig bedeutsame und kaum zielorientierte informelle Sondierungsgespräche handelte. Auch aus den Ausführungen Tschitscherins geht vielmehr hervor, dass die führenden Ententemächte drängten, den Vertrag auf der Grundlage des Londoner Memorandums jetzt abzuschließen, um ein neues Kapitel in den Beziehungen zur sowjetrussischen Regierung aufschlagen zu können.

Den inhaltlichen Verlauf der Verhandlungen in der Villa D'Albertis am Karfreitag, den 14. April 1922, resümierte Tschitscherin in seinem Brief vom 15. April 1922 anschließend zudem ebenfalls. Hierbei hätten die sowjetrussischen Vertreter „am grünen Tisch“ aber zunächst „nicht nur die im Vorfeld angekündigten Personen“, die von alliierter Seite teilnahmen, „sondern ebenso ihre nächsten Berater und viele Experten“ angetroffen; letztere seien erst dann „fortgebeten“ worden. Und die wesentlichen Streitpunkte der unzweifelhaft auf der Basis des Londoner Memorandums geführten Verhandlungen lagen ebenso hiernach natürlich nicht in den für Russland vorteilhaften und für Deutschland nachteiligen Bestimmungen dieser von den alliierten Sachverständigen erstellten Verhandlungsgrundlage, wie zum Bespiel in Bezug auf den selbstverständlichen Miteinbezug von Art. 116 Abs. 3 VV über Art. 6 Londoner Memorandum. Es waren nämlich ganz andere Fragekomplexe, die strittig waren und deren tiefe, nur schwer überbrückbar erscheinenden Gräben Tschitscherin auch hier ansprach. Seine diesbezüglichen Ausführungen deuteten aber nicht nur an, dass das Protokoll dieser Verhandlungen offenbar nach dem Willen der Alliierten noch nachträglich verändert werden sollte, was aus quellenkritischer Sicht insbesondere in Bezug auf die oben ausführlich zitierte britische Protokollierung der Gespräche bemerkenswert ist. Nach den Angaben des sowjetrussischen Volkskommissars war es darüber hinaus insbesondere Lloyd George, der sich wiederholt und nachdrücklich darum bemühte, die gravierenden sachlichen Differenzen zumindest auf Teilebenen zu glätten und letztlich in ultimativer Form eine Einigung forderte:

> „Es begann die Erörterung des Londoner Memorandums, welche sich jedoch dahin entwickelte, dass die Hauptstreitfrage zwischen uns und den Mächten betrachtet wurde. Erneut trat der gewaltige Meinungsunterschied zwischen uns und den Mächten zum Vorschein. Es wurden jede Menge Themen angesprochen. Das Stenogramm dieser Sitzung wird von bedeutendem Interesse sein. Wir haben, nebenbei gesagt, dieses Stenogramm bereits erhalten, doch sollten in ihm bis zur endgültigen Fassung des Textes noch zusätzliche Änderungen vorgenommen werden. […] Als wir nach dem Frühstück den Kaffee einnahmen, schlug Lloyd George vor, dass der britische Minister Sir Sidney Chapman und jemand von uns ein Einverständnisformular ausarbeiten sollten. Wir schlugen Litwinow vor. Um drei Uhr nachmittags sollte die Sitzung weitergehen, doch wir mussten lange auf Chapman und Litwinow warten, die dann endlich kamen, jedoch ohne eine Vereinbarung getroffen zu haben. Es kam zu einer recht zusammenhanglosen Diskussion, wobei Lloyd George uns ultimativ die Frage nach einer raschen Annahme der Forderung der Alliierten stellen wollte.“[1847]

[1846] Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Tome V, Nr. 119, S.217-220, zitiert nach der von Herrn Scheller erstellten deutschen Übersetzung.
[1847] Ebd.

Der insbesondere von Lloyd George vorgetragene Wille, die Separatverhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation zu einem Erfolg zu führen, hatte sich nach der Auffassung Tschitscherins somit am Samstag, den 15. April 1922 noch einmal gesteigert. Dabei unterbreitete der britische Premier schließlich ein aus sowjetrussischer Sicht offenbar durchaus nicht ganz unattraktiv anmutendes Angebot, was die strukturelle Position der Moskauer Delegation im Grunde abermals verbesserte. Tschitscherin vermutete im Hinblick auf diese, von den Alliierten vorgetragenen Vorschläge daher mittlerweile sogar schon, dass die Alliierten möglicherweise auch bereit sein würden, einen ganz wesentlichen Teil der Kriegsschulden Russlands zu erlassen und für die anderen strittigen Gefahren nicht ungünstig erscheinende Rahmenbedingungen für eine Tilgung zu gewähren:

> „Auf dieser Sitzung begründete Lloyd George ganz detailliert den Standpunkt der Alliierten, der übrigens die Anerkennung unserer Gegenforderungen durch die Alliierten verdrängte. Schließlich machte Lloyd George im Namen der Alliierten einen konkreten Vorschlag. Sie kennen ihn bereits aus unseren chiffrierten Telegrammen. Die Alliierten sind damit einverstanden, zum einen bestimmten Teil der Kriegsschulden zu streichen (offenbar werden sie die gesamten Kriegsschulden streichen) und zum anderen auch die Zinsen für unsere Vorkriegsanleihen zu streichen und auf sich zu nehmen, und zwar für die gesamte abgelaufene Frist, in der wir diese nicht gezahlt haben, sowie auch für die gesamte Zeit des von ihnen vorgeschlagenen Moratoriums.“[1848]

Gerade unter Berücksichtigung dieser Ausführungen des sowjetrussischen Volkskommissars scheint es damit fragwürdig zu sein, ob eine Einigung mit den Alliierten von der Führung der sowjetrussischen Außenpolitik schon vor der Konferenz oder nunmehr zu diesem Zeitpunkt tatsächlich in Erwägung gezogen wurde.

In der Literatur ist diese Frage mehrfach verneint worden: So hat z.B. Renata Bournazel im Rahmen ihrer Forschungen seinerzeit darauf hingewiesen, dass Lenin zwar den Willen verfolgte, die bürgerlichen Demokratien zu spalten. Seine Vertreter sollten dabei allerdings nur vortäuschen, dass die sowjetrussische Regierung zu einer Einigung mit den Alliierten bereit sei.[1849] Paul Scheffer führte in seinem Buch „Augenzeuge im Staate Lenins“ aus, dass Lenin die sowjetrussische Delegation angewiesen habe, in Genua „mit allen anzubändeln, aber mit niemandem sich zu binden, Deutschland ausgenommen.“[1850]

Diese Darstellung des sowjetrussischen Entscheidungsverhaltens erweist sich jedoch bei einem näheren Blick auf die vorliegenden Quellen zumindest teilweise als zweifelhaft: Es greift jedenfalls viel zu kurz, das Verhalten der Führung der sowjetrussischen Genua-Delegation in der Vorstellung erschöpfend beschreiben zu wollen, dass sich diese in erster Linie an einer vermeintlich bereits zuvor in strategischer Hinsicht ausgegebenen Weisung Lenins orientierte. Zwar geht aus den oben zitierten Angaben Tschitscherins über den Verlauf der Verhandlungen in der Villa D´Albertis hervor, dass auch der sowjetrussische Volkskommissar hier von „unserer ganzen Taktik“ sprach, das „Bestreben nach einer Vereinbarung“ offenbar nur äußerlich zu „zeigen“ bzw. das offenkundig tatsächlich schon

---

[1848] Ebd.

[1849] Vgl. Bournazel, S.157f.

[1850] Scheffer zit. nach Allardt, Politik vor und hinter den Kulissen, S.205.

Vgl. dazu (stellvertretend für zahlreiche Stimmen in der Forschung) ähnlich auch die Rez. von Henry Reichman vom 7.11.1997, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen, zu der Quellensammlung von Pipes. Es heißt hier u.a.: “What is articulated here is an example of Lenin's well-known strategy, given full implementation at Rapallo in 1922, of playing the imperialist blocs against each other [Herv.d.Verf.].”

zuvor in Moskau vorformulierte „Ziel“ nicht zu missachten, „unsere Bereitschaft zum Treffen einer Vereinbarung und zur Freundschaftlichkeit zu zeigen“. Diese Grundhaltung bewahrte die verschiedenen Akteure innerhalb der sowjetrussischen Außenpolitik aber keineswegs vor gravierenden, grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten! Denn insbesondere Volkskommissar Tschitscherin gelangte bei seinem insgesamt durchaus nicht negativen Blick über den Verlauf der Gespräche in der Villa D´Albertis zu einer inhaltlich völlig selbstständigen außenpolitischen Position, die allerdings in der amtlichen sowjetrussischen Dokumentensammlung aus den 1960er Jahren - offenbar aus politischen Gründen - nicht abgedruckt werden sollte.[1851]

Tatsächlich nahm sich die Entwicklung der Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und Sowjetrussland in der Villa D'Albertis und die damit einhergehende Offenheit der politischen Gesamtsituation in der russischen Frage am Abend des 15. April 1922 aber nicht nur aus deutscher Sicht, sondern durchaus auch auf sowjetrussischer Seite bewegend, ja zumindest z.T. geradezu dramatisch aus: Denn inhaltlich merklich abweichend von der in Aussicht genommenen deutschen Gegenreaktion stellte sich für die Führung der sowjetrussischen Außenpolitik spätestens in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 endgültig eine Entscheidungs- bzw. Richtungsfrage von gewaltigem Ausmaß mit enormen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen. Volkskommissar Tschitscherin wog die dabei aus seiner Sicht in alternativer Weise zu Tage getretenen und nunmehr eindringlich zur Entscheidung bereit liegenden Handlungsoptionen - eine vertragliche Übereinkunft mit den Alliierten auf der Basis des Londoner Memorandums oder eine Wiederaufnahme der Berliner Vorvertragsverhandlungen mit Deutschland - offenbar genau ab. Denn der sowjetrussische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten sollte am späten Abend in seinem Brief vom 15. April 1922 nicht nur die oben von ihm skizzierten neusten alliierten Vorschläge nach Moskau übermitteln. Er kommentierte dabei zugleich, „dass die Alliierten sowohl in der Höhe als auch in den Zahlungsbedingungen der russischen Schulden erhebliche Zugeständnisse gemacht und in der Frage des zu restituierenden Privateigentums konstruktive Kompromissvorschläge unterbreitet hätten.“ Aus der Sicht Tschitscherins war damit nunmehr der entscheidende Moment über „Sein und Nichtsein der Konferenz und einer Vereinbarung zwischen uns und den Mächten“ gekommen:

> „Von unserer Antwort auf die uns von den Mächten unterbreiteten Vorschläge hängt das Schicksal der Genua-Konferenz und unserer künftigen europäischen Beziehungen ab. Lloyd George erklärte, dass die Mächte warten werden, bis wir eine Antwort aus Moskau erhalten. So hängt jetzt alles von der Antwort des ZK ab. Ihm obliegt jetzt, die Frage zu entscheiden, ob wir die in diesen Vorschlägen enthaltenen Kombinationen annehmen oder nicht annehmen.“[1852]

[1851] Horst Günther Linke hat 1997 darauf hingewiesen, dass die Bearbeiter der sowjetrussischen Aktenedition das Dokument im russischen Original (siehe wie oben Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Bd. V, Nr. 119, S.217-220) damit nur „teilweise“ abdruckten und damit eine zweifellos „entscheidende“ Passage ausließen. Ob man dies durch das Herauskürzen der Empfehlung Tschitscherins als evtl. eine bewusste, politisch motivierte Art von Geschichtsfälschung zu bezeichnen ist, vermag der Verfasser aufgrund fehlender anderweitiger Anhaltspunkte hier nicht entscheiden zu wollen. Fest steht, dass die im Staatsverlag der DDR erschienene Quellenedition der DDR ganz darauf verzichtete, dieses bedeutsame Schreiben Tschitscherins vom 15.4.1922 in ihrer amtlichen Dokumentensammlung über die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen überhaupt abzudrucken, vgl. Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2.

[1852] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.104 mit Anm.154 (Tschitscherin an das Kollegium des Außenministeriums, 15.4.1922, AVPRF, f. 04018, op.1, p.1, d.110, 1. 27-30).

Hervorzuheben ist aber darüber hinaus, dass der sowjetrussische Volkskommissar im Kontext der ohnehin seit geraumer Zeit schwebenden strategischen Grundentscheidung, wie die Beziehungen Sowjetrusslands in Zukunft zur kapitalistischen Welt ausgerichtet werden sollten, am Ostersamstagabend 1922 letztlich eine vertragliche Annahme der Alliierten Vorschläge favorisierte! Horst Günther Linke hat bei der Auswertung zahlreicher Quellen aus der Feder Tschitscherins jedenfalls zu Recht festgestellt, dass es dem sowjetrussischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten auch am Abend des 15. April 1922 im Wesentlichen nicht um ein „Auseinanderdividieren der Mächte" ging, wie es der grundsätzlichen Direktive seiner Regierung entsprach und u.a. von seinem Gegenspieler Joffe anstrebt wurde. Zwar griff der sowjetrussische Volkskommissar an diesem Ostersamstagabend der Entscheidung des Zentralkomitees in Moskau nicht vor und hielt sich an die ihm obliegende Weisungsgebundenheit. Innerlich aber befürwortete er eindeutig eine „schrittweise Annäherung und Übereinkunft" mit der kapitalistischen Welt „zum größtmöglichen Vorteil für Sowjetrussland", auch wenn er seine diesbezüglichen Überlegungen erst im August 1922 dann ganz explizit zu Papier brachte und dabei vortrug, eine solcher Vertrag hätte dann inhaltlich möglicherweise auch zu einem „englisch-deutsch-russischen Übereinkommen" erweitert werden können.[1853]

Für eine Gesamtbeurteilung der Vorgänge am 15. und 16. April 1922 überaus bedeutsam ist somit, dass die Verhandlungen zwischen den Alliierten und den sowjetrussischen Vertretern in der Villa D´Albertis selbst aus Sicht Tschitscherins von einer vertraglichen Einigung tatsächlich nicht weit entfernt waren. Denn dies wiederum führt zu der Erkenntnis, dass Maltzan im Rahmen der Angaben in seiner ausführlichen „Rapallo-Aufzeichnung" zumindest bis zu diesem Zeitpunkt in inhaltlicher Hinsicht keine grundsätzlich verzerrende Schilderung vorbrachte. Aus dem am Abend des 15. April 1922 nunmehr auch bei den politischen Führungsgremien der sowjetrussischen Außenpolitik in Moskau beginnenden Ringen um die definitive Entscheidung, ob eine vertragliche Übereinkunft mit den Alliierten oder mit den Deutschen einzugehen war oder nicht, sollte zudem deutlich hervorgehen, dass die Sorge Maltzans, Rathenaus und Wirth in Bezug auf eine möglicherweise tatsächlich bevorstehende Einigung der Alliierten mit der sowjetrussischen Delegation an sich durchaus berechtigt war.

Während die deutschen Verantwortlichen noch nicht einmal von der entsprechenden Anfrage Tschitscherins etwas wussten, fiel die außenpolitische Entscheidung der sowjetrussischen Regierung hierbei allerdings nicht im Sinne Tschitscherins aus: Unter der Führung Lenins wandte sich das ZK in Moskau gegen die von Tschitscherin behutsam vorgetragene Empfehlung, einen Vertrag mit den Alliierten zu unterzeichnen. Mit einem recht emotional und dramatisch anmutenden Schreiben, das den Wortlaut getragen haben soll, die laufenden Verhandlungen mit den Ententemächten in Bezug auf deren Tendenz zu einem sofortigen Abschluss dringend und sofort „abzubrechen, abzubrechen!"[1854], wies das Zentralkomitee in Moskau, dem in der Außenpolitik die Schlüsselrolle zukam[1855], die sowjetrussischen Vertreter in Genua an, die alliierten Vorschläge zu diesem Zeitpunkt

[1853] Linke, Der Weg nach Rapallo, S.104f. mit den entsprechenden sowjetrussischen Archivalien.

[1854] Vgl. Linke, Der Weg nach Rapallo, S.104f. Es dürfte als eine Geschichtsfälschung zu bezeichnen sein, dass weder dieser telegraphische Appell noch das oben zitierte Schreiben Tschitscherins vom 15. April 1922 in die Quellensammlung des DDR-Staatsverlages aufgenommen wurde, siehe Deutsch-sowjetrussische Beziehungen. Vgl. zur geschichtspolitischen Beschwörung Rapallos von Seiten der UdSSR und DDR z.B. Grottian, S.306.

[1855] Vgl. Knoll, S.78f., der in seinem umfangreichen Aufsatz insbesondere auf die Bedeutung des Volkskommissariats für

und in der bis dato in der Villa D´Albertis vorgeschlagenen Form abzulehnen. Und dieses negative Votum reflektierte nicht zuletzt auch eine innenpolitische Dimension der sowjetrussischen Entscheidung: Am Morgen des 15. April 1922 war das Londoner Memorandum erstmalig in der russischen Presse veröffentlicht worden. Und gegen die darin für Russland zu findenden finanziellen Belastungen erhob sich in Moskau sofort überaus starker Widerstand.[1856]

Aus Sicht der sowjetrussischen Genua-Delegation schien deshalb erst nach dem Eintreffen dieser Entscheidung des ZK - also in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 oder sogar erst am frühen Morgen des 16. April 1922 - der Weg frei zu sein für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der deutschen Delegation auf der Grundlage der wesentlich von Maltzan ausgearbeiteten und in Berlin bereits intensiv erörterten Vertragsentwürfe. Demgegenüber waren für die deutschen Verantwortlichen aber unterdessen weitere, beunruhigende Meldungen hinzugekommen, die das Gefühl der Russland-politischen Bedrängnis nicht nur abermals steigerten, sondern Wirth, Rathenau und Maltzan zu einer sofort durchgeführten Wahrung der eigenen Interessen in der russischen Frage im Grunde regelrecht drängten.

Die weiteren Angaben Maltzans für den letzten Tag vor der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages (15.4.1922) legten in diesem Zusammenhang dar, dass der Ministerialdirektor - offenbar zeitlich ziemlich genau parallel zu den oben darstellten Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und der sowjetrussischen Delegation - erneut bemüht gewesen war, die britische Delegation über die deutsche Zwangslage und diese über die daraus eventuell zwingend zu ziehende Konsequenz aufzuklären. Eine besondere Rolle kam abermals dem engsten Russland-politischen Berater von Lloyd George zu, dem britischen Delegationsmitglied E.F. Wise:

„Da die Engländer nicht da waren, wurden an Wise und Gregory Briefe hinterlassen, dass ich sie dringend zu sprechen wünsche. Wise kam darauf nachmittags gegen ½ 5 Uhr zu mir ins Hotel Eden.
Ich hatte eine etwa zweistündige Unterredung im Garten des Hotels Eden mit ihm, stellte ihm hinterher noch Herrn Hilferding vor und trank mit ihm Tee. Ich setzte Herrn Wise nochmals alles auseinander und teilte ihm die gestrige Unterredung mit Giannini mit, auf Grund deren wir alle Hoffnungen auf ein Entgegenkommen hinsichtlich unserer Wünsche auf Änderung der drei Artikel des Londoner Memorandums verloren hätten. Ich ließ ihm keinen Zweifel darüber, dass der Minister Rathenau Herrn Giannini am Vorabend gesagt habe, wir würden uns nunmehr anderweitig arrangieren. Ich erzählte ihm ganz offen, dass ich mich heute mit den Russen auf Grundlage unserer Berliner Besprechungen in Verbindung gesetzt habe, um von ihnen eine Sicherung hinsichtlich Art. 116 und die Meistbegünstigung zu erlangen.
Ich machte ihn ferner darauf aufmerksam, dass ich bis heute abend vergeblich auf die mir von den Experten zugesagte Antwort Englands hinsichtlich der drei Punkte des Memorandums gewartet hätte und betonte in diesem Zusammenhange nochmals den Besuch Gianninis, der auf die wiederholten Fragen des Reichsministers Rathenau nach dem englischen Memorandum nur betont hätte: „Le memorandum est fait pour nous et pas pour vous, je n'ai aucune autorisation de vous dire autres choses." Ich müsse daraus schließen, dass unsere Einwendungen gegen 116 unberücksichtigt geblieben seien.
Wir hätten beabsichtigt, diese Einwendungen offiziell in einer der angesagten Sitzungen der Subkommission zur Sprache zu bringen, diese Gelegenheit sei uns nun dadurch genommen, dass die Subkommission in die Privatvilla von Lloyd George verlegt worden sei, zu der Deutschland anscheinend keinen Zutritt habe.
Wise antwortete: "The question has been brought before the Prime Minister, but you know." Hierbei machte er eine entsprechende Bewegung mit den Schultern, die das Ergebnislose seiner Bemühungen andeuten sollte. Über meinen Schritt bei den Russen tat er durchaus nicht erstaunt; in ehrlicher Weise erkannte er die Schwierigkeit unserer

---

Auswärtige Angelegenheiten im Prozess der außenpolitischen Entscheidungsfindung der sowjetrussischen Regierung in den 1920er und 1930er Jahren eingeht.

[1856] Vgl. Situation Report from April 12 to April 24, 1922, PRO, FO 371/8182, 116ff. Englische Übersetzungen von offenbar Leitartikeln oder jedenfalls als wichtig angesehenen politischen Artikeln aus der „Izvestiya" (sic) in der Zeit vom 12.-16. April 1922 sind zu finden bei ebd., FO 371/8188, 46-52.

Stellung. Auf meine ausdrückliche Frage bestätigte er mir, dass die Unterhandlungen mit den Russen in der Villa Lloyd Georges weitergeführt würden und anscheinend einen guten Verlauf nähmen.[1857]

Aus dieser Darstellung Maltzans geht hervor, dass Wise nicht an den Verhandlungen in der Villa D'Albertis teilnahm, sondern Gelegenheit hatte, noch vor deren Abschluss am frühen Abend des 15. April 1922 zu Maltzan ins Hotel Eden im Zentrum von Genua zu kommen. Auch hier ist jedoch eine Überprüfung des Gesprächsinhalts zwischen beiden Akteuren schwierig: Maltzan betonte, er habe Wise ab etwa 16:30 Uhr „alles" auseinandergesetzt. Das bezieht sich in jedem Fall auf die befürchteten Nachteile aus dem Londoner Memorandum. Unklar aber bleibt, ob der Ministerialdirektor seinem Gesprächspartner verdeutlichte, dass bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Lage Deutschland anstreben werde, die eigenen Verhandlungen mit Sowjetrussland ohne weitere Verzögerungen abzuschließen. Auch hier könnte eine Aufzeichnung von Wise über dieses Gespräch hilfreich sein. Eine solche Darstellung durch Wise selbst liegt zwar nicht vor. Nach Barthou aber habe Wise nach dem Abschluss des Rapallo-Vertrages zugegeben, « que le baron Maltzahn (sic) s´était borné à lui exprimer la crainte au point de vue de l´Allemagne de voir invoquer par la Russie l´article 116 du traité pour exiger d´elle le paiement de nouvelles réparations. » Der britische Vertreter habe dem deutschen Ministerialdirektor darauf hin geantwortet, dass sich die Deutschen darüber doch nur mit den Russen verständigen müssten (« que les Allemands n´avaient qu´a s´entendre là-dessus avec les Russes »). Demnach hatte es der Russland-politische Berater Lloyd Georges, der in die Ausarbeitung des Londoner Memorandums und in die Verhandlungen der Alliierten mit den Russen in der Villa D´Albertis unzweifelhaft direkt eingebunden war, des Weiteren angeblich nicht für notwendig gehalten, seinen Vorgesetzten über dieses Gespräch mit Maltzan Auskunft zu erteilen.[1858]

Die Tatsache, dass Maltzan wiederum dem in der russischen Frage maßgeblichen britischen Delegationsmitglied um eine Reaktion seiner Regierung auf die deutschen Einwände und Befürchtungen gerade auch im Kontext des Art. 116 Abs. 3 VV ersucht hatte, scheint damit an sich nicht zu bestreiten sein. Wenn Lloyd George diesbezüglich im Nachhinein gegenüber Rathenau argumentierte, « que dans ces conditions il fallait beaucoup d´audace pour oser affirmer, contrairement à la vérité, que le Gouvernement britannique avait été tenu au courant »[1859], so vermochte dies nicht zu überzeugen. Denn die innerhalb der britischen Delegation aufgetretenen Kommunikationsdefizite war den deutschen Verantwortlichen ebenso wenig vorzuwerfen wie die Tatsache, dass die britischen Vertreter untereinander zerstritten waren. Und dass Wise, nach seinem Ausschluss von den offiziellen Sitzungen der Russland-politischen Subkommission[1860], durchaus

---

[1857] ADAP A VI, Nr. 59, S.127f.

[1858] Tel. Barthou No. 123-126, 19.4.1922, geheim, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 325, 44-48, hier 45, 47. Die Vorlage findet sich auch bei ebd., Relations Commerciales, B 82, 116, 39-41, hier 40. Dufour teilte Schubert mit Schreiben vom 18. April 1922 ebenfalls mit, dass Wise seinen Regierungschef nicht bzw. nicht rechtzeitig über sein Gespräch mit Maltzan informiert hatte, vgl. Salzmann, Great Britain, Germany and the Soviet Union, S.7f.

[1859] Tel. Barthou No. 123-126, 19.4.1922, geheim, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 325, 44-48, 47. Barthou wies offenbar Rathenau eine entscheidende Rolle zu. Es heißt hier insofern u.a.: « Le Chancelier [Wirth, Anm.d.Verf.] a ensuite pris la parole pour plaider les circonstances atténuantes et affirmer que M. Rathenau l´avait laissé jusqu´au dernier moment en dehors de la négociation. Il paraît en effet probable que le Ministre des Affaires Etrangères a agi seul et que la plus grande partie de la délégation allemande a tout ignoré. »

[1860] Die Rolle von Wise, so führte Gregory ebenfalls in seinem Schreiben vom 14. April 1922 aus, blieb jedoch gerade im Rahmen seiner Vermittlerfunktion bedeutend. Wise berichtete offenbar direkt an Lloyd George, so dass sich Maltzan im Grunde an die richtige Person innerhalb der britischen Delegation gewandt hatte und ihm auch in dieser Hinsicht kein

gewissen ‚negativen' Einfluß ausüben könne - dies war zudem schon am 14. April 1922 von seinem Kollegen Gregory nicht ausgeschlossen worden:

> „But of course the perennial trouble still persists as regards Russia, namely the weakness of the Prime Minister for the infamous Wise, and as I write, he is closeted with the Prime Minister and Chicherin and Litvinoff out at the Prime Minister´s villa. For the moment they are only discussing the economic aspect of the Russian question, but I very much fear that it will be the same thing even when the political side comes into force."[1861]

Aus dieser Quelle geht abermals die Ernsthaftigkeit hervor, mit der bei den Verhandlungen in der Villa D'Albertis von Seiten der Alliierten eine sofortige Einigung mit Russland auf der Basis des Londoner Memorandums anstrebt wurde. Gregory sollte aber erst in seinen Erinnerungen für die deutsche Haltung in gewisser Weise Verständnis zeigen. Wise hingegen habe in Genua in sehr schädlicher Weise agiert[1862] - eine vernichtende Kritik, die sich auch in späteren Bemerkungen D'Abernons gegenüber Maltzan bezüglich der Haltung Lloyd Georges wiederfinden sollte.[1863]
Über die Unterredung des Ministerialdirektors mit Wise am späten Nachmittag des 15. April 1922 liegen darüber hinaus noch weitere Hinweise vor: Dufour führte im Nachhinein gegenüber Sthamer aus, es sei ja „schon früher von Maltzan gesagt worden (auch den Engländern gegenüber), dass wenn die für uns unannehmbaren Punkte des Londoner Memorandums nicht beseitigt würden oder wir wenigstens eine dahingehende Zusicherung erhielten, Deutschland selbstständig handeln würde." Dufour bestätigte die Angaben Maltzans dann aber auch insofern, als Maltzan und er Gregory und

---

Vorwurf gemacht werden kann: „As to the Bolsheviks themselves, there are a hundred rumours all at variance with one another. Wise goes over to see them at Rapallo and brings back uncertain impressions. Jung the Italian, acts as a second go-between and reports also direct to the Prime Minister. But is seems probable that they are really out for a settlement, though they have definitely told Wise that they will sign nothing unless they are given full de jure recognition. That question has not, however, arisen at all as yet. All that is being done for the moment is to try and get them to accept in some form or another our Expert´s Report [...]. " , vgl. Gregory an Lampson, 14.4.1922, PRO, FO 371/8187, 215-221, 217f.

[1861] Ebd., 215f. Hier heißt es u.a. auch: *Largely however owing to Hankey´s intervention Wise is excluded from the actual official sittings of the Commission on Russia, and only Chapman and myself accompany the Prime Minister and Lloyd Greame* [Herv.d.Verf.]. But unfortunately the tendency (as I suppose at all Conferences) will be for the official sittings to become merely formal und for their sole function to be to register what has been done behind the scenes." Zur Bedeutung Hankeys vgl. auch Wendt, Lloyd George's Fontainebleau-Memorandum, S.27; Gregory, S.198.

[1862] Ebd., S.199ff.
Auch D'Abernon sollte unter dem 24. April 1922 gegenüber dem in Berlin verbliebenen Außenminister Curzon erhebliche Vorbehalte in Bezug auf die Rolle von Wise äußern, vgl. D'Abernon an Curzon, 24.4.1922, zit. nach Stamm, S.301f., siehe dazu auch ebd., S.303f. Der britische Außenminister Curzon war erkrankt („recurrence of back trouble", Bennett, British Foreign Policy S.71) und konnte deshalb nicht an der Konferenz von Genua teilnehmen, siehe dazu das Tel. Montilles aus London, 11.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 38 bzw. ausführlicher Gilmour, u.a. S.541f.
Im Gegensatz dazu schlossen sich die britischen Diplomaten Leeper und Ovey im Foreign Office dieser Ansicht D'Abernons offenbar nicht an. Sie nahmen Wise in Schutz und hielten insofern u.a. fest, „their [der deutschen Delegation, Anm.d.Verf.] failure to get Mr. Wise on the Telefone on Sunday morning is either stupidly or dishonestly interpreted by Herr von Haniel as leading them to think that the English did not wish to be consulted", die „Minutes" Leepers und Oveys vom 28.4.1922 sind zu finden bei PRO, FO 371/8188, 208f., hier 209, siehe zum gleichen Thema auch die Notiz offenbar von Crowe vom gleichen Datum bei ebd.

[1863] Bei D'Abernon, Bd.1, S.353 heißt es insofern unter dem 2.10.1926 u.a.: „Wir wurden unterbrochen, bevor mir Maltzan erzählen konnte, was sich nachher zwischen Lloyd George und Rathenau ereignet hat. Aber er bestätigte mir die Äußerung Lloyd Georges, die ich aus anderer Quelle gehört hatte. Als Rathenau ihm sagte, die Deutschen hätten Wise die ganzen Schwierigkeiten ihrer Lage auseinandergesetzt, erwiderte Lloyd George: ‚Wer ist Wise?' Die deutsche Delegation ist sich des rein rhetorischen Charakters dieser Frage nicht bewusst geworden - da sie keine Ahnung hatte, daß im wallisischen Dialekt Verwünschungen und Flüche sich häufig unter der Frageform verbergen." Siehe zum außenpolitischen ‚Stil' des britischen Premiers auch Sharp, Lloyd George and foreign policy.

Wise im Hotel Miramare nicht angetroffen hätten. Er sei dann nachmittags noch einmal selbst dort gewesen und habe Wise „gleich in meinem Auto mit in unser Hotel Eden“ genommen, „wo eine zweistündige Unterredung zwischen ihm und Maltzan“ und zwar nun auch in seiner Gegenwart stattgefunden habe.[1864] Maltzan hingegen erwähnt die Anwesenheit Dufours bei seinem Gespräch mit Wise am 15. April 1922 in seiner ausführlichen Aufzeichnung nicht.
Dies hätte der Ministerialdirektor aber im Rahmen seines Anliegens, den Abschluss des Rapallo-Vertrages zu rechtfertigen, quasi als ‚Zeugenbeweis’ durchaus vortragen können. Denn Dufour unterstützte die Darstellung Maltzans inhaltlich zumindest dahingehend, als er ebenfalls die Tatsache eindringlicher Warnungen Maltzans gegenüber Wise auch an diesem Tag bestätigte. Darüber hinaus will Dufour aber unmittelbar danach sogar noch selbst Wise in Bezug auf dieses Gespräch mit Maltzan angesprochen und dabei nachgefragt haben, ob Wise Maltzan auch unmissverständlich verstanden hatte:

> „Maltzan sagte ihm [Wise, Anm.d.Verf.], er habe die alten Verhandlungen mit den Russen jetzt aufgenommen und gab ihm zu verstehen, dass wenn die Deutsche Delegation keine Klarheit über die strittigen Punkte erhalten könne, sie sich anderweitig behelfen müsse, um nicht zu riskieren, in eine für sie hoffnungslose Lage zu gelangen. Beim Weggehen fragte ich Wise, ob er Maltzan gut verstanden habe, was er bejahte.[1865]

Des Weiteren gab der deutsche Ministerialdirektor Ende Mai 1922 aber noch zusätzlich an, er habe derartige „Mitteilungen über das eventuell bevorstehende deutsche Verhalten auch noch durch andere Kanäle, unter anderem durch 2 Amerikaner, an Lloyd George (…) gelangen lassen“.[1866]
Im Ergebnis wird zumindest deutlich, dass die völkerversöhnende Grundidee der Konferenz von Genua bereits Schaden genommen hatte. Spätestens seit dem Karfreitag und Ostersamstagnachmittag verfolgten alle anwesenden Mächte in der russischen Frage nur noch ihre eigenen, nationalen Interessen. Ab sofort kam es zum diplomatischen Poker.

[1864] Dufour an Sthamer, 20. Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10. Hierzu heißt es dann bei ebd. im Hinblick auf Art. 116 Abs. 3 VV gegenüber Sthamer u.a.: „Er handelt sich, wie Sie wissen, hauptsächlich darum, dass durch Artikel 116 des Versailler Vertrages das Recht eingeräumt werden sollte(,) Reparationen von Deutschland zu erlangen. Die Engländer haben auf alle deutschen Einwendungen erklärt, es wäre noch nicht möglich, einen endgültigen Bescheid zu geben. Nur Sir Basil Blackett behauptet, er habe Rathenau am 14. April abends, als er ihn im Hotel Eden besuchte, zu verstehen gegeben, dass man Verständnis für die deutsche Lage habe und den deutschen Wünschen nachgeben werde. Er wird sich aber nicht so klar ausgedrückt haben, denn Rathenau weiss von der Erklärung nichts. Jedenfalls wäre Deutschland die Last des Artikels 116 erneut auferlegt worden, dann wären sowohl Deutschland wie Russland der Willkür Frankreichs ausgeliefert worden, das einen Teil der Sachleistungen Deutschlands, die für es [sic] bestimmt waren, nach Russland leiten konnte, um sich von dort aus dafür Barzahlung zu verschaffen.“

[1865] Ebd. An dieser Stelle beendet Dufour die Tatsachenschilderung und beginnt mit einer Interpretation, die der ‚Rapallo-Skeptiker’ Dufour im Nachhinein gegenüber ‚seinem’ Botschafter in London meinte noch ergänzend vortragen zu müssen. Und mit der weiteren Aussage, er müsse „gestehen, dass Maltzan´s Redewendungen aber so vorsichtig gewählt“ gewesen seien, „dass auch ich nicht klar sah“, beabsichtigte Dufour, Wise zumindest insofern in Schutz zu nehmen, dass dieser die Warnungen Maltzans vielleicht doch nicht richtig verstanden habe. Diese nachträgliche Deutung vermag jedoch die Angaben Maltzans nicht in Zweifel zu ziehen. Denn Dufour führte ebenso aus, er habe „damals nicht“ gewusst, dass Maltzan bereits an diesem Morgen mit sowjetrussischen Delegationsmitgliedern hinsichtlich einer Wiederaufnahme der Vertragsverhandlungen gesprochen habe, die „im Herbst 1921“ stattgefunden hatten. Eine solche Bemerkung zeigte, dass Dufour - im Gegensatz zu Maltzan und zu Wise - in der russischen Frage inhaltlich gar nicht auf dem Laufenden war, zumal er angab, er habe auch an den „Kabinetts-Besprechungen“ in Genua nicht teilgenommen.

[1866] Aufz. o.U. (Schubert), 30.5.1922, ebd. Die Vorlage trägt auf der zweiten Seite links und unten hschr. Bemerkungen offenbar Schuberts. Hier heißt es u.a. ergänzend, man habe deutscherseits immer von „’arrangement’, nicht (sic) aber v(on) ‚agreement’, das man beabsichtigt(e), gesprochen“, womit Schubert offenbar ebenfalls mögliche Verständigungsschwierigkeiten mit den britischen Delegierten meinte andeuten und hervorheben zu können.

5. Gerüchte über eine Einigung in der Villa D'Albertis

Mit seinen Angaben für den Abend des 15. April 1922 war Maltzan sichtlich darum bemüht, die ganze Dramatik der Lage, in der sich die deutsche Genua-Delegation hinsichtlich der russischen Frage befunden habe, mit zahlreichen Zeugen, Nachrichten und Tatsachen zu untermauern:

„Nach dem Abschied Wises, der gegen 6 Uhr 30 erfolgte, mehrten sich von allen Seiten die Meldungen, wonach im Laufe des Abends eine Verständigung zwischen den einladenden Mächten und den Russen in der Villa Albertis (in Quarto bei Genua) erfolgt sei; ich darf folgende, die mir erinnerlich sind und bedeutungsvoll erscheinen, hervorheben:
a) In den offiziellen Mitteilungen der italienischen Presse an die fremden Journalisten wurde von seiten Italiens zugegeben, dass seit einigen Tagen Sonderbesprechungen zwischen den einladenden Mächten und Russland in der Villa Lloyd Georges stattgefunden hätten, die anscheinend heute abend zu einer vorläufigen Verständigung geführt hätten.
b) Der Berichterstatter der Vossischen Zeitung, Herr Reimer, meldete dem Reichskanzler und dem Minister Rathenau, dass auf Grund guter Informationen die Russen mit den Alliierten in der Villa Lloyd Georges heute abend abgeschlossen hätten.
c) Gelegentlich eines Essens, welches der Sachverständige Dr. Hagen am gleichen Abend gab, wurde dem Herrn Reichskanzler unter Berufung auf eine soeben erfolgte authentische Äußerung von Benês mitgeteilt, dass das Abkommen zwischen den Russen und den Alliierten getroffen sei.
d) Der zum Essen eingeladene Holländer van Vlissingen bestätigte dies aus neutraler Quelle.
In diesem Zusammenhange äußerte Herr Reichsfinanzminister Hermes Herrn von Simson und mir gegenüber seine große Sorge und Enttäuschung über den Abschluß Russlands mit den Alliierten. Hierdurch seien wir nunmehr auch im Osten ganz abgeschnürt. Er stellte mir insbesondere sehr eindringlich vor, ob ich auf Grund meiner bekannten Beziehungen zu den Russen nicht im letzten Moment noch irgendwie etwas von ihnen erreichen könne; es müßte doch alles aufgeboten werden, damit wir nicht auch im Osten abgeschnürt würden.
Ich habe Herrn Minister Hermes mitgeteilt, dass dies in diesem Moment sehr schwierig erscheine, es würde aber versucht werden zu retten, was noch zu retten sei. Wir gingen in ziemlich gedrückter Stimmung nach Hause. Ich saß mit dem Minister Rathenau, Herrn Hagen und eine Zeitlang noch mit dem Herrn Reichskanzler in der Halle des Hotels zusammen. Darauf rief mich gegen 11 Uhr abends Wise telephonisch an und bat mich nochmals um genaue Angaben der inkriminierten Artikel des Londoner Abkommens. Als ich in diesem Zusammenhange auch die Bestimmungen von 260 von Versailles betonte, erwähnte er, dass dieser Artikel seiner Ansicht nach nicht in Betracht komme, da die Rechte der Entente hierauf nach seiner Auffassung schon abgelaufen seien. Irgendeine Zusicherung, dass dieser Artikel nicht gegen uns angewandt würde, hat Wise mir auch an diesem Abend nicht gegeben. Ich teilte den versammelten Herren die Anfrage Wises mit.“[1867]

Die Rapallo-Forschung hat dem Ministerialdirektor unter anderem im Hinblick auf diese Ausführungen für den Karsamstagabend eine tendenziöse oder sogar irreführende Darstellung vorgeworfen, was unter anderem mit einem Brief des deutschen Journalisten Reimer an Harry Graf Kessler aus dem Jahre 1929 begründet wurde.[1868] Maltzan habe jedenfalls unter Berufung auf nur bedingt glaubwürdige Quellen eine unglaubhafte 'Geschichte' erzählt, die weithin frei erfunden sei. Zudem wäre es auffallend, dass die deutsche Delegation eine offizielle Stellungnahme der Alliierten nicht eingefordert habe und es müsse schon als "very foolish" bezeichnet werden, „to have acted on the basis of rumours." Schließlich sei es erwähnenswert, dass der Ministerialdirektor keine

[1867] ADAP A VI, Nr. 59, S.128f.
[1868] Der Brief ist u.a. gedruckt bei: Gespräche mit Rathenau, S.355-356. Hartmut Pogge von Strandmann hat darauf hingewiesen, die Alliierten hätten im Gegensatz zu der von Maltzan vorgebrachten Argumentation gegen 19:30 Uhr die Presse über ihre Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation informiert. Es sei vorgetragen worden, dass die Verhandlungen andauern würde, "but the Russian delegation required a few days more in which to examine the Allied proposals, and that in the meantime no meeting would be held", vgl. Pogge von Strandmann, Rapallo- Strategy in Preventive Diplomacy, S.135f.

gegenteiligen Quellen bzw. Gerüchte erwähnt habe, "because they might have undermined a line of reasoning which did not justify the aim of the two latter written, but well known, accounts."[1869]
Diese negativ ausgerichtete Interpretation gründet sich auf einer merklich überzogenen 'Auslegung' der oben zitierten Angaben Maltzans und wird der tatsächlichen historischen Situation nicht gerecht. So ist die Behauptung, die deutsche Delegation hätte sich nicht um eine Stellungnahme der Alliierten bemüht, u.a. in Bezug auf die nachweisbaren Gespräche Maltzans mit britischen Delegationsmitgliedern unzutreffend. Zudem wird dabei erkennbar die Tatsache übergangen, dass die deutsche Delegation ja nun einmal von den Verhandlungen in der Villa D'Albertis ausgeschlossen war und ihr schon dadurch gar nichts anderes übrig blieb, als auf der Basis von Gerüchten oder gegenwärtig an sie herantretenden Meldungen die Lage einzuschätzen und zu handeln. Des Weiteren kann eine derart gelagerte Ablehnung der Darstellung Maltzans nicht die Möglichkeit ausschließen, dass den Ministerialdirektor am Samstagabend, 15. April 1922, tatsächlich Nachrichten erreichten, die eine „Verständigung" der Verhandlungspartner in der Villa D´Albertis konstatierten oder eine solche Einigung als unmittelbar bevorstehend einordneten und abermals ein allgemeines Gefühl der Niedergeschlagenheit bzw. der völligen Isolierung auf deutscher Seite nach sich zog.
Die von Maltzan unter Punkt a) angeführte Angabe, in der italienischen Presse habe es Meldungen gegeben, die eine „vorläufige Verständigung" zwischen den Alliierten und der sowjetrussischen Delegation suggerierten, ist glaubhaft. Da diese Angabe von keiner Seite bestritten wurde und Maltzan gewiss keine unzutreffenden Angaben über leicht feststellbare Fakten machte, kann ausgeschlossen werden, dass Maltzan im Nachhinein bewusst verfälscht hat. Unzweifelhaft war die Tatsache der Separatverhandlungen in der Villa D´Albertis allseits ein Thema.
Nicht zu bezweifeln ist ebenso die Richtigkeit der von Maltzan unter Punkt b) in recht konkreter Form gefasste Hinweis. Er stimmt mit den Erinnerungen Reimers weitgehend überein.[1870]
Die Angaben Reimers bezeugen darüber hinaus die Tatsache, dass sich „am Freitag und Sonnabend vor Ostern […] Mitteilungen […] über einen bevorstehenden Abschluß (der Ententemächte) mit den Russen immer mehr" „verdichtet" hätten, „wenn es auch hieß, es würde nur ein Rahmen-Abkommen sein". Wie Maltzan in seiner oben zitierten Angabe für den Abend des 15. April 1922 behauptete, hatte Reimer demnach offenbar tatsächlich derartige „Mitteilungen" an Wirth und Rathenau weitergeleitet. Zudem wird bestätigt, dass - wie Maltzan ja ebenfalls anführte - auch anderweitige Gerüchte mit einer gleichen oder ähnlichen Botschaft im Raume standen, was aufgrund des Faktums der anhaltenden Separatverhandlungen an sich ebenfalls als plausibel zu bezeichnen ist:

> „Am Sonnabend nachmittag sagte mir [Reimer, Anm.d.Verf.] Benesch, und auch der damalige rumänische (sic) Hauptdelegierte, man dürfe damit rechnen, dass noch am Abend ein Abkommen parafiert werden würde. Tschitscherin äußerte sich nicht so bestimmt, widersprach aber diesen Meldungen nicht. Am Abend gab ich Dr. Wirth und Dr. Rathenau davon Kenntnis. Sie bestätigten mir, dass meine Angaben auffällig mit denen übereinstimmten, die sie von anderer Seite erhalten hatten. Beide Herren waren zu einem Diner geladen und kamen überein, die Angelegenheit am späteren Abend noch eingehender zu erörtern."[1871]

[1869] Ebd.
[1870] Vgl. ebd., in Bezug auf Schulin, Noch etwas, S.184-187. Die italienische Presse am 15. April 1922 bleibt hinsichtlich konkreter Artikel inhaltlich noch auszuwerten.
[1871] Gespräche mit Rathenau, S.355f.

Hartmut Pogge von Strandmanns Erklärung für diese Übereinstimmung mit der Darstellung Maltzans findet sich darin, dass Reimer diese „Mitteilungen“ an Wirth und Rathenau erst nach der alliierten Pressemeldung von 19:30 Uhr gemacht habe. Und Reimer sei demnach vermutlich der einzige Journalist gewesen, „who somehow missed the statement to the press and therefore was a suitably impressionable victim for Maltzan.“[1872]

Eine solche Argumentation, die offenbar davon ausging, dass der Führung der deutschen Delegation diese alliierte Pressemeldung bekannt war, ist freilich gleich aus mehreren Gründen nicht überzeugend: Zum einen konnte Reimer seine Meldung über die Paraphierung eines Vertrages zwischen den Alliierten und Sowjetrussland an Rathenau und Wirth auch schon vor der vermeintlichen, aber aus deutscher Sicht ohnehin hinhaltend wirkenden „Pressemitteilung“ der Alliierten zum Stand der Verhandlungen in der Villa D´Albertis gemacht haben. Zum anderen scheint es schon auf den ersten Blick wenig plausibel zu sein, dass der deutsche Ministerialdirektor sich nachfolgend eines Journalisten bediente, um Außenminister Rathenau und Reichskanzler Wirth gegenüber die Gefahr einer Einigung der verhandelnden Parteien in der Villa D´Albertis künstlich zu verstärkten bzw. aufzubauschen.

Reimer berichtet - allerdings unter dem zu berücksichtigenden Vorbehalt, allzu genau könne er sich ohnehin nicht mehr erinnern - dann weiter, dass zwischen ihm, Wirth, Rathenau, Raumer und Maltzan am 15. April 1922 um 23 Uhr noch ein Treffen stattgefunden habe.[1873] Trotz seiner selbst vorgetragenen Erinnerungsunsicherheit gab der Journalist 1929 aber dann den Inhalt der daraufhin zwischen ihm und Maltzan entstandenen Unterredung recht detailliert wieder: Demnach ergab sich für Reimer aus diesem Gespräch letztlich, dass Maltzan seinem Außenminister angeblich ein Schreiben Joffes vorenthalten habe, das besagte, die Verhandlungen in der Villa D´Albertis seien abgebrochen worden, wenngleich dies, wie oben bereits dargestellt, in Wirklichkeit unzutreffend gewesen sein muss.[1874]

Zwar erscheint es schon auf den ersten Blick fragwürdig und wenig plausibel, warum Joffe und gerade er überhaupt einen solchen Brief geschrieben haben und der deutsche Ministerialdirektor diesen dann gegenüber Rathenau, Wirth oder z.B. auch Staatssekretär Simson zurückgehalten haben soll. Dieser Teil des Schreibens Reimers an Kessler ist aber noch einer genaueren Analyse zu

---

[1872] Pogge von Strandmann, Rapallo- Strategy in Preventive Diplomacy, S.137.

[1873] Vgl. den Abdruck bei: Gespräche mit Rathenau, S.356. Es heißt hier von Seiten Reimers u.a.: „Rathenau teilte mir mit, dass er in der elften Abendstunde in einem Restaurant in der Nähe des Teatro Carlo Felice sein werde. Als ich um elf Uhr hinkam, waren Rathenau, Maltzan und Raumer anwesend. Die Meldungen des Tages wurden noch einmal durchgesprochen. Rathenau zog Maltzan in eine Ecke, sprach mit ihm einige Minuten und entfernte sich sodann. Ob auch Raumer an dem Gespräch teilgenommen (hat), ist mir nicht mehr deutlich in Erinnerung; er ging mit Rathenau weg, Maltzan blieb mit mir allein.“

[1874] Bei ebd. heißt es dazu dann: „Er [Maltzan, Anm.d.Verf.] informierte mich dann vertraulich, dass er den Auftrag erhalten habe, nach Santa Margherita (bei Rapallo) hinaus zu fahren, um den Abschluß mit den Russen vorzubereiten. Nach einigem Zögern fügte er dann hinzu: ‚Da Sie mir so gut geholfen haben, will ich Ihnen auch etwas mitteilen, was streng geheim ist.’ Dabei zog er einen kurzen, französisch geschriebenen Brief hervor, der die Unterschrift von Joffe trug. Sein Inhalt: dass die Russen die Verhandlungen in der Villa Lloyd George(s) mit den Vertretern der Ententemächte abgebrochen hatten. Maltzan fügte, wenn mich mein Gedächtnis nicht ganz trügt, noch hinzu, dass er diesen Brief vor zwei Stunden bekommen habe. Damals war ich nicht sicher, dass der Kanzler und der Außenminister von diesem Brief keine Kenntnis hatten, wenn es mir auch bei der ganzen Einstellung Rathenaus nicht verwunderlich erschien, da er nach einer solchen Mitteilung von russischer Seite es mit dem Abschluß so eilig haben sollte. Aus späteren Unterhaltungen mit Dr. Wirth in Genua schloß ich aber, dass er um diesen Brief Joffe´s nicht gewußt haben konnte und noch nicht wußte.“

unterziehen. Denn die zuweilen in der Forschung auf dieser Quelle basierende Argumentation[1875] ist nicht nur unter den erwähnten quellenkritischen Gesichtspunkten mehr als zweifelhaft. Die Darstellung Reimers ist zugleich in mehreren Punkten unglaubhaft.

Zum einen wirkt dessen Aussage, Maltzan habe ihn, Reimer, für eine angeblich von ihm zuvor geleistete „gute Hilfe" gelobt und ihm deshalb etwas ‚Geheimes' mitteilen wollen, spürbar selbststilisierend, wenn dies natürlich noch keine Widerlegung der Gesamtaussage Reimers ist. Zum anderen ist aber zu berücksichtigten, dass zum Zeitpunkt des 1929 entstandenen Schreibens Reimers an Kessler die Biographie Kesslers über Rathenau bereits geschrieben und veröffentlicht worden war. Es ist insofern zumindest nicht ausgeschlossen, dass Reimer gerade auch gegenüber Kessler zu dem von diesem bereits ohnehin in positiver Weise gepflegten Andenken an Rathenau mit diesen Äußerungen zu Gunsten Rathenaus und zum Schaden Maltzans einen eigenen Beitrag leisten wollte. Möglicherweise war Reimer aber auch bemüht, die biographische Darstellung Kessler in diesem Punkt zu korrigieren, die ja dem Diplomaten Maltzan einen derartigen, auf Verschlagenheit hinauslaufenden Vorwurf nicht machte.[1876]

Schließlich sind die Behauptungen Reimers dahingehend erkennbar zweifelhaft, als es sehr unwahrscheinlich ist, dass sich Maltzan - selbst wenn er von einem solchen Schreiben Joffes Kenntnis gehabt hätte - überhaupt in einer derartigen Weise gegenüber einem Journalisten geäußert hätte: Maltzan hätte durch diese angebliche Mitteilung an Reimer am Samstagabend weit nach 23 Uhr jedenfalls für sich überhaupt keinen sachlichen Vorteil erzielt und sich darüber hinaus auch noch in die Gefahr begeben, bei einer tatsächlichen Existenz eines solchen ominösen Briefes von Joffe, jederzeit von Reimer kompromittiert werden zu können. Dem von Reimer geschilderten Verhalten Maltzans mangelt es darüber hinaus auch an Logik: Hätte Maltzan wirklich die Intention verfolgt, Meldungen bzw. Gerüchte über eine Einigung in der Villa D´Albertis aufzubauschen oder gar zu erfinden, so hätte er dieses Anliegen doch ganz sicher nicht so kurz vor dem ‚Ziel' im Rahmen einer nichts dazu beitragenden Gefälligkeit gegenüber dem Journalisten Reimer gefährdet!

Wenig plausibel erscheint ebenfalls die nicht näher präzisierte Bemerkung Reimers, Wirth und Rathenau hätten erst nach dem Rapallo-Vertrag von diesem angeblichen Schreiben Joffes Kenntnis erlangt. Und dies gilt ebenso für das Verhalten von Joffe: Denn für diesen kann überhaupt kein Interesse und auch kein Anlass bestanden haben, Maltzan mit einem solchen Schreiben (in unzutreffender Weise) darüber zu informieren, dass die Verhandlungen mit den Alliierten

---

[1875] Vgl. Pogge von Strandmann, Rapallo- Strategy in Preventive Diplomacy, S.136 in Bezug auf Schulin, Noch etwas, S.184-187.

[1876] Kessler, Walther Rathenau, S.345f. Hier heißt es u.a.: „Es ist daher *unrichtig* [Herv.d.Verf.], wenn gesagt worden ist, er (Rathenau) sei von Maltzan geblufft und vergewaltigt worden; er hat den Rapallo-Vertrag allerdings zögernd und ungern, aber nach reiflicher Abwägung der Gründe, die dafür und dagegen sprachen, in klarer Erkenntnis der Folgen unterzeichnet. Bei ebd., S.333 heißt es zudem, Rathenau hatte bereits vor Rapallo zwei „Grundpfeiler" in seinem Denken und Handeln für die „künftige deutsche Außenpolitik" entwickelt: „Verständigung nach Westen, Wiederanknüpfung nach Osten", Kessler, Walther Rathenau, S.300. Siehe hierzu auch ebd. S.299ff., u.a. mit dem Hinweis auf die Briefe Rathenaus mit den Nr. 609, 621 und 622. In diesem Sinne konstatierte Kessler hier u.a. auch, dass „eine Regelung des seit dem Versailler Frieden, der den Brest-Litowsker Vertrag aufhob, vertraglosen deutsch-russischen Verhältnisses [...] schon lange überfällig" war und „ganz besonders zum Programm von Rathenau" gehört habe (ebd., S.333).
Zu Kessler als Biograph Rathenaus vgl. in Bezug auf Kessler differenzierend auch Grupp, Distanz und Nähe, S.112f., S.115 und insbesondere S.116, Anm.30, wonach Kessler nach Grupp in der englischen Ausgabe seiner Rathenau-Biographie akzentverschiebend davon gesprochen haben soll, Maltzan habe Rathenau „unzureichend informiert". Siehe zur Resonanz der Buchpublikation Kesslers zum sechsten Todestag von Rathenau u.a. auch die Vossische Zeitung, 24.6.1928, Ausschnitt in: PA, R 83438, 158.

abgebrochen wurden, und zwar deshalb, weil der sowjetrussische Vertreter damit einen Verhandlungsvorteil - namentlich die deutsche Unsicherheit über den genauen Stand der Gespräche in der Villa D´Albertis - weitgehend aufgegeben hätte.

Letztlich kann die Darstellung Reimers deshalb zumindest als unwahrscheinlich angesehen werden, als dieses von dem sowjetrussischen Delegationsmitglied Joffe verfasste Dokument weder in den deutschen Akten noch in den sowjetrussischen Akten aufgetaucht ist und auch sonst keine Andeutung oder Erwähnung findet. Zwar mag es nicht zwingend ausgeschlossen sein, dass Maltzan und Joffe das Schreiben bzw. einen Durchschlag davon vernichtet haben. Ob ein derartiges Schreiben Joffes außerhalb des nachträglichen Erinnerungsvermögens des Journalisten Reimer aber tatsächlich existiert hat, erscheint zumindest als nicht zuverlässig nachweisbar. Der von Reimer geschilderte Vorgang ist jedenfalls, ohne dass man den Wahrheitsgehalt exakt bestimmen könnte, schon in sich nicht überzeugend und kann daher, wenn überhaupt, nur in einer sehr eingeschränkten Weise als authentische Quelle der Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages herangezogen werden. Darüber hinaus ist aber übersehen worden, dass Maltzan nach Reimer angeblich bereits um 23 Uhr in dem Gespräch mit Rathenau die Instruktion erhalten haben soll, am morgigen Tag nach Santa Margherita zu fahren und den Vertragsabschluss vorzubereiten.

Reimer erwähnte in seinem Schreiben an Kessler aus dem Jahre 1929 noch einen weiteren ‚Zeugen': Den Reichstagsabgeordneten der DVP, Hans von Raumer. Und auch von seiner Seite aus werden die in der ausführlichen Aufzeichnung Maltzans zum Abend des 15. April 1922 aufgeführten Punkte c) und d) zumindest in Bezug auf die grundlegenden Fakten unterstützt. Raumer bestätigte jedenfalls nachdrücklich die Präsenz von Meldungen über eine möglicherweise bevorstehende oder bereits erfolgte Einigung der Alliierten in der Villa D´Albertis, die seinen Angaben nach von dem Kölner Bankier Louis Hagen und einem „Herren der holländischen Wirtschaft" stammten. Er gab an, in diesem Zusammenhang tief besorgt darüber gewesen zu sein, „dass es doch noch zu einer Einigung [zwischen den Alliierten und den sowjetrussischen Vertretern, Anm.d.Verf.], und zwar auf Kosten von Deutschland, kommen könne".[1877]

Raumer führte also aus, dass Meldungen wie diejenige, die Reimer vorgebracht hatte, offenbar sogar „täglich" an Maltzan herangetreten seien, wenngleich es dahingestellt bleiben kann, ob Maltzan dabei in der von Raumer beschriebenen Form seine Unruhe tatsächlich gezeigt hat. Gesichert erscheint, dass Maltzan durch Nachrichten dieser Art, auch wenn sie von journalistischer Seite an ihn herangetragen wurden und er keine genaue Verifikationsmöglichkeit dazu besaß, in nachvollziehbarer Weise tief beunruhigt war und gewesen sein muss.

Die hingegen aus dem oben diskutierten Schreiben Reimers an Kessler zu entnehmende Behauptung, Maltzan habe bereits in der kleinen Genueser Trattoria die Order Außenminister Rathenaus erhalten, am nächsten Tag in Rapallo den Vertragsabschluß vorzubereiten, wird durch die Erinnerung Raumers in Frage gestellt: Demnach verließ, wie auch Reimer bestätigte, Raumer mit Außenminister Rathenau die Trattoria und begleitete ihn bis zum Hotel Eden. Und bei diesem nächtlichen Spaziergang will Raumer Rathenau unbedingt zum Abschluss des deutsch-russischen Vertrages

[1877] Gespräche mit Rathenau, S.357f. Die psychologische Situation, in der sich aber insbesondere Ministerialdirektor Maltzan befunden habe, schilderte Raumer im Nachhinein in folgender Weise: „Maltzan wurde bei den täglichen von den Journalisten kolportierten Nachrichten über Fortschritte in der Annäherung der beiden Parteien immer ungeduldiger, und ich sehe ihn noch vor mir, wie er, bis zum Bersten mit Energie geladen, wie ein Tierbändiger, dem seine Bestien nicht gehorchen wollen, vor dem Eden-Hotel auf und ab ging."

geraten haben, was er nach eigenen Angaben auch schon in den Tagen zuvor eindringlich gegenüber dem deutschen Außenminister vorgetragen haben will. Der deutsche Außenminister habe daraufhin überaus angespannt und hin und her schwankend mit der anstehenden, aus seiner Sicht schon in Bezug auf eine mögliche Verschlechterung der Beziehungen zu den Alliierten schwierigen außenpolitischen Entscheidung gerungen.[1878]

Da Raumer sich nachträglich jedoch eindeutig als Befürworter des deutsch-russischen Vertrages stilisiert, dürften zwar auch dessen Erinnerungen nur bedingt geeignet sein, den tatsächlichen Inhalt der Gespräche am späten Abend des 15. April 1922 in zuverlässiger Weise wiederzugeben. Die in den Erinnerungen Raumers vorgebrachten Tatsachen überstützen jedoch die Angaben Maltzans weitgehend. Denn sie zeigen in glaubhafter und sachlich nachvollziehbarer Weise auf, dass sowohl der deutsche Ministerialdirektor als auch der deutsche Außenminister intensiv mit dem Wie der Wahrung deutscher Interessen im Rahmen der als bedrohlich wahrgenommenen Entwicklung in der russischen Frage auseinandersetzten.

Das von Maltzan bei den Punkten c) und d) in seiner ausführlichen ‚Rapallo-Aufzeichnung' erwähnte Abendessen bei dem Sachverständigen Hagen wird zudem noch durch eine weitere Quelle in der Sache verifiziert: Auch Dufour berichtete nachträglich, dass am Abend des 15. April 1922 von „Geheimrat Louis Hagen im Ristorante Carlo Felicz ein grosses Diner" gegeben wurde, an dem „Hagen, Wirth, Havenstein, Melchior, Cuno, Bücher, Dir. Kraemer, Staatssekretär Hirsch, Staatssekretär Schröder, Franz v. Mendelssohn, Hermes, Simson, Minister Robert Schmidt, Raumer, Maltzan, Ministerialdirektor Müller, ich, Bergmann, van Vlissingen (holländischer Kohlenmagnat und Grossindustrieller) und Rathenau (es ist dies die Tischordnung an einem runden Tische)" teilgenommen hätten; zusätzlich wären auch die Sachverständigen Bernhard, Wissel, Baltrusch, Kotzenberg, Hilferding und Kreuter anwesend gewesen. Diese „Hagen´sche Gesellschaft" sei um etwa 22 Uhr aufgebrochen."[1879]

Von den von Maltzan in diesem Zusammenhang aufgeführten angeblichen Meldungen über eine bereits erfolgte oder bevorstehende Einigung der Alliierten mit den sowjetrussischen Vertretern erwähnt Dufour allerdings nichts. Daraus kann jedoch wiederum nicht gefolgert werden, dass es diese Meldungen nicht gegeben habe. Dufour war kein führender Akteur. Er hatte erhebliche Informationsdefizite. Dies wird neben den mehrfach vorgetragenen Klagen Dufours über seine eigene Rolle unter anderem auch daran erkennbar, dass Dufour auch über das von Maltzan erwähnte Telefonat mit Wise, welches etwas später als 23 Uhr geführt worden sein könnte, im Nachhinein ebenfalls lediglich vom reinen Hörensagen berichtete, ohne selbst unmittelbar daran beteiligt gewesen zu sein.[1880] Maltzan gibt in seiner ausführlichen Aufzeichnung zudem an, die Nachricht über einen Abschluss der Alliierten mit Sowjetrussland in der Villa D´Albertis sei Wirth von Benês direkt mitgeteilt worden. Somit erfolgte dieser Hinweis offenbar nicht in dem größeren Kreise.

Maltzan führt dann zu den Punkten a) bis d) in seiner oben zitierten Darstellung auch noch ein Gespräch mit Simson und Hermes am späten Samstagabend an, das im Hinblick auf die deutsche Lage von einer tiefen emotionalen Niedergeschlagenheit geprägt gewesen sei. Diese Darstellung

---

[1878] Ebd.
[1879] Dufour an Sthamer, 20. Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.
[1880] Vgl. ebd., S.4f.

Maltzans ist insbesondere deshalb kritisch zu prüfen, weil sich Finanzminister Andreas Hermes[1881] nach dem Vertragsabschluss als ausgesprochener Gegner dieses Schrittes auswies und zu einem der vehementesten innenpolitischen Kritiker des Rapallo-Vertrages wurde. Maltzans nachträgliches Argument dazu lautet jedoch bemerkenswerter Weise, gerade Hermes habe am späten Abend des 15. April 1922 Simson und ihm gegenüber intensiv seiner Befürchtung Ausdruck verliehen, dass Deutschland nunmehr auch in Russland-politischer Hinsicht völlig isoliert werde und dies unbedingt verhindert werden müsse.

Auch der Ablauf und Inhalt dieses zwischen Simson, Hermes und Maltzan geführten Gesprächs ist nicht mehr vollständig und zugleich zuverlässig rekonstruierbar. Dies scheint im Gesamtkontext allerdings nicht entscheidend zu sein: Die schwierige Lage der deutschen Außenpolitik zu diesem Zeitpunkt geht auch aus zahlreichen anderen, hier bereits vorgestellten Quellen hervor. Da die ausführliche „Rapallo-Aufzeichnung" Maltzans in der hier zu prüfenden überarbeiteten Form erst im Mai 1922 entstanden ist, könnte hier - als nachträgliche Replik auf die zwischenzeitlich bereits erfolgten Angriffe von Hermes gegen den Rapallo-Vertrag - von Seiten Maltzans aber durchaus eine gewisse Tendenz zur bewussten oder unbewussten Verfälschung vorliegen. Vor diesem Hintergrund sind die Angaben Maltzans zu diesem Gespräch daher auch mit großer Vorsicht zur Kenntnis zu nehmen und nicht als eine uneingeschränkt überzeugende Darstellung zu verwerten, zumal von Seiten Simsons kein Zeugnis vorliegt.

Abschließend trägt Maltzan in seinen Angaben für Samstagabend, 15. April 1922 einen Telefonanruf von Wise vor, der gegen 23 Uhr erfolgt sei. Der Russland-politische Berater von Lloyd George habe demnach um „genaue Angaben" zu den deutschen Bedenken gegenüber dem Londoner Memorandum gebeten, woraufhin Maltzan unter anderem auf Art. 260 VV[1882] hingewiesen habe. Im Vergleich zu der zentralen Bedeutung des Art. 116 Abs. 3 VV ist allerdings die Thematisierung des vergleichsweise unbedeutenden Artikels 260 VV überraschend und schwer zu interpretieren, da sich hierin ja nicht die finanziellen Sorgen konzentrierten, die Maltzan und der Führung der deutschen Delegation im Rahmen dieser ansonsten durchaus als dramatisch zu bezeichnenden Gesamtsituation in intensivster Weise bewegten.

Da von Wise auch zu diesem telefonischen Gespräch keine eigene Aufzeichnung vorliegt, bleibt es nahezu unmöglich, die diesbezüglichen Angaben Maltzans zu überprüfen. Im Hinblick auf die allgemeine Plausibilität von Maltzans nachträglich überarbeiteter, ausführlicher Rapallo-Aufzeichnung ist an dieser Stelle zu konstatieren, dass die Erwähnung dieses Anrufs von Wise durch

---

[1881] Zur Biographie des promovierten Agrarwissenschaftler Andreas Hermes (1878-1964) vgl. Morsey, Andreas Hermes sowie u.a. die vom deutschen Bauernverband und Deutschen Raiffeisenverband als Sonderdruck veröffentlichte Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Hermes am 14. Juli 1978; 1948 und 1958 wurden Hermes zudem zwei Festschriften gewidmet. Weitere biographische Angaben u.a. auch bei ACDP, NL Andreas Hermes (I-90), Findbuch, XXIff.
In den Erinnerungen (nach einer hschr. Notiz etwa vom Juni 1945) von Hermes heißt es bei ebd., I-90-157, F I/3b, S.20, u.a.: „Im Jahre 1922 wurde ich Reichsminister der Finanzen und nahm (…) u.a. an der Weltwirtschaftskonferenz von Genua (teil), wo ich in weitgehende Differenzen mit dem damaligen Reichskanzler Dr. Wirth und dem Außenminister Dr. Rathenau geriet, weil ich den von dem letzteren mit Vertretern von Sowjet-Russland abgeschlossenen Rapallo-Vertrag ablehnte." Zu den außenpolitischen Vorstellungen Hermes vgl. ein Anfang 1926 gehaltener Vortrag unter dem Titel „Deutsche Außenpolitik nach Locarno", ebd., I-090-114/1.
Nach Anna Hermes habe Andreas Hermes nach seiner Rückkehr nach Berlin am 23. April 1922 ihr gegenüber u.a. erklärt, der Vertrag sei „auf lange Sicht" schon für Deutschland günstig, „aber nicht zu diesem Zeitpunkt, da wir hofften, mit den Westmächten zu einer Regelung zu kommen.", vgl. dazu näher Hermes, S.57f. Andreas Hermes bezeichnete den Schritt in Rapallo als „Rathenaus Vertrag".

[1882] Siehe oben Anm.1883.

den deutschen Ministerialdirektor zugunsten der britischen Delegation sprach, die sich somit - selbst im Rahmen der Darstellung Maltzans - zumindest teilweise an den deutschen Sorgen interessiert zeigte. Ob dies nur vordergründig der Fall gewesen ist, mag dahingestellt bleiben können. Fest steht, dass Maltzan unter der Annahme, er habe in tendenziöser Weise den Abschluss des Rapallo-Vertrages rechtfertigen wollen, diesen Telefonanruf von Wise, ja auch einfach hätte weglassen können. Er tat dies aber nicht, obwohl das von ihm insgesamt suggerierte Bild, die britische Delegation habe die deutschen Sorgen dilatorisch behandelt, damit zumindest nicht in einer pauschalen Weise aufrechtzuerhalten war. Jedoch scheint es wiederum unwahrscheinlich, dass Maltzans Skizze über diesen Anruf von Wise und seine Datierung auf den Zeitpunkt von 23 Uhr abends verfälschend war. Hätte Maltzan hierin Gründe für einen deutsch-sowjetrussischen Vertrag finden *wollen*, so hätte er in seiner ausführlichen Aufzeichnung insbesondere dieses Telefonat doch auch leicht im Sinne einer den Vertragsabschluss rechtfertigenden Tendenz schärfer darstellen können. Zudem teilte Maltzan später auch Schubert wahrheitsgemäß mit, Wise habe ihn an dem „Abend, als die Depression der Delegation immer größer geworden war", angerufen und darum gebeten, die - so heißt es hier präziser - *vier* deutschen Bedenken gegen das Londoner Memorandum noch einmal zu wiederholen. Nach Schubert hatte Maltzan daraus zwischenzeitlich sogar den Eindruck gewonnen, „dass es mit dem Abschluß zwischen den Alliierten und den Russen noch gute Weile habe".[1883]

Für die Bewertung der Rolle des „Architekten von Rapallo" insgesamt aber erscheint es darüber hinaus viel gewichtiger zu sein, dass Schubert hier festhielt, Maltzan habe die „Mitteilung Wise´s und seine Ansicht darüber sofort Herrn Rathenau" mitgeteilt. Der deutsche Außenminister sei jedoch im Gegensatz zu der abschwächenden Lageeinschätzung des Ministerialdirektors dann gemeinsam „mit Herrn von Simson und Herrn von Hagen der Ansicht" gewesen, „dass im Gegenteil die Mitteilung Wises darauf schließen ließe, dass ein Abschluß unmittelbar bevorstehe"![1884] Demnach hegte also Rathenau mittlerweile größere Verdachtsmomente gegenüber dem alliierten Vorgehen als Maltzan, was den deutschen Außenminister in seiner bereits tags zuvor getroffenen Entscheidung, nun deutscherseits die Verhandlungen mit der sowjetrussischen Außenpolitik wieder aufzunehmen und möglichst zu einem Abschluss zu bringen, bestärkt haben dürfte.

Da es in der frühen Weimarer Außenpolitik schon zuvor diplomatische Bewertungs- und Deutungsunterschiede über Gespräche gab, die letztlich auf eine ähnlich gelagerte Problematik hinausliefen und auf deutscher Seite insbesondere im Kontext der Oberschlesienentscheidung bereits negative Erfahrungswerte bildeten, mag diese Diskrepanz in der Interpretation des Anrufs von Wise und die damit einhergehenden alliierten Motive gar nicht einmal ungewöhnlich erscheinen. Im Rückblick versuchte der Ministerialdirektor im Gespräch mit seinem Kollegen Schubert aber in Bezug auf dieses Telefonat mit Wise offensichtlich besonders stark zu betonen, dass er *nicht allein* auf einem unmittelbaren Abschluss der deutsch-russischen Verhandlungen bestanden bzw. dazu gedrängt habe. Maltzan war damit zumindest amtsintern erkennbar bemüht, der - nichtsdestoweniger bis heute in der Forschung zu findenden - Vorstellung entgegenzuwirken, er habe „la pression psychologique crées par l´isolement physique et moral de la délégation allemande au sein de la

[1883] Aufz. o.U. (Schubert), 30.5.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.
[1884] Ebd.

conférence de Gênes» in eigenmächtig oder sogar skrupellos anmutender Weise instrumentalisiert.[1885]

Über die ausführliche Aufzeichnung Maltzans und sein nachträgliches Gespräch mit Schubert hinaus lässt sich die Bedrängnis der deutschen Delegation aber wiederum ebenso anhand von anderen Quellen aufzeigen und belegen: So verweist die Berichterstattung Dufours trotz einiger zeitlicher Datierungsschwächen weiterhin nachdrücklich darauf, wie wenig gerade der ansonsten an der deutschen Botschaft in London tätige Diplomat in der Lage war, über eine höfliche Fassade hinaus einen tatsächlich informativen Kontakt zur Führung der Genua-Delegation Großbritanniens herzustellen. Zudem war es Dufour selbst, der die entstandene Zwangslage der deutschen Außenpolitik in der russischen Frage in seinem Rückblick vom 18. April 1922 auch aus seiner Sicht noch einmal eindringlich thematisierte: Er und Maltzan hätten sich in den letzten Tagen vor der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages jedenfalls in einer regelrecht verzweifelt wirkenden Weise darum bemüht, einen konstruktiven, zuverlässigen Kontakt zu den maßgeblichen britischen Vertretern aufzubauen. Das von ihm dabei geschilderte Verhalten auf britischer Seite musste aus deutscher Sicht geradezu in beleidigender Weise abweisend, vertröstend und enttäuschend wirken.[1886]

Aus den verfügbaren Quellen geht somit hervor, dass sich das Gefühl, in der russischen Frage bedrängt zu sein, auf deutscher Seite auch am Samstagabend, den 15. April 1922 weiter gesteigert hatte. Damit lässt sich die zentrale Argumentationsrichtung Maltzans in seiner ausführlichen Aufzeichnung weitgehend als zutreffend bestätigen. Die aus deutscher Sicht entstandene Wahrnehmung einer schweren Bedrohung eigener finanzieller und politischer Interessen in der ‚russischen Frage' musste zudem beinahe zwangsläufig die seit Karfreitag angedeutete Entscheidung der deutschen Delegationsführung nach sich ziehen, die zuvor in Berlin begonnenen Vertragsverhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern wieder aufzunehmen und jetzt schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Und dieses Reaktionsverhalten war auch in der Sache nachvollziehbar. Nach den enttäuschenden außenpolitischen Erfahrungen der letzten Jahre war es schon in innenpolitischer Sicht unmöglich, auf der Konferenz von Genua eine passive, schicksalsergebende Haltung einzunehmen. Eine abwartende Positionierung konnte sich darüber

---

[1885] Bournazel, Rapallo, S.160 («l´exploitation de ces informations par le baron von Maltzan»).

[1886] Vgl. dazu das von Schubert an Sthamer unter dem 20.4.1922 weitergeleitete Schreiben Dufours an Schubert vom 18.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9. Es heißt hier u.a.: „Am 13. (Freitag) sah ich Gregory und Wise in ihrem Hotel, sie antworteten auf Anfrage, wir müßten uns gedulden, sie glaubten unsere Bedenken seien nicht unüberwindlich, wir müssten uns aber gedulden, da die Verhandlungen weiter gingen. Am 12. (Donnerstag) Vormittag fuhr ich zu Gripp nach der Villa D´Albertis in Quarto, wo Lloyd George wohnt, um zu fragen(,) wann Rathenau Lloyd George sprechen könne. Es wurde mir gesagt(,) in wenigen Tagen gern. Am 13. früh wurde ich wieder zu Grigg geschickt, um zu drängen, da wir gehört hatten, dass die Alliierten auch mit den Russen verhandelten. Grigg konnte wieder keine Antwort geben, da im Garten eine Sitzung der Alliierten stattfand. Er meinte, vielleicht Ostermontag. Nachmittag telefonierte ich wieder, um die Dringlichkeit der Besprechung zu betonen, wurde aber wieder vertröstet. (…) Vor der Abreise nach Rapallo [am Ostersonntag, Anm.d.Verf.], sagt(e) Maltzan(,) er habe vergeblich versucht(,) Wise anzutelefonieren. Besser wäre es gewesen, er hätte mich gebeten zu Wise zu gehen, um ihn zu verständigen über das von der Deutschen Regierung beschlossene Vorhaben."

Der letzte Satz zeigte auf, dass sich Dufour (erneut) zurückgesetzt fühlte und dabei nicht berücksichtigte, dass doch gerade seine Kontaktversuche in den letzten Tagen vergeblich gewesen waren. Solche persönlich bestimmten Äußerungen erscheinen weniger bedeutsam. Entscheidender ist, dass Dufour im Grunde eindringlich die von Maltzan in seiner Aufzeichnung skizzierte Bedrängnis bestätigte und die dilatorische Behandlung der deutschen Sorgen durch die britischen Vertreter im Grunde sogar noch drastischer herausstellte.

hinaus jetzt sogar als eine Art „russisches Roulette“ erweisen, in dem schon mehrere vorwarnende Schüsse gefallen waren.

Unabhängig von der unterschiedlich intensiven Wahrnehmung und Darstellung der aktuellen deutschen ‚Zwangslage’ im Einzelnen – sie ähnelte in gewisser Hinsicht historisch überlieferten „Einkreisungs“[1887]-Ängsten, die sich schon in der Vergangenheit als verheerend erwiesen hatten und jetzt primär in finanziell-wirtschaftlicher Hinsicht wieder auflebten. Die entscheidenden deutschen Vertreter vertraten die Auffassung, in der gegenwärtigen Lage stände jetzt letzten Endes nur noch eine sichere Abwehrmaßnahme im Sinne einer ‚Flucht nach vorn’ zur Verfügung: Die sofortige Unterzeichnung des in Berlin bereits weitgehend ausgehandelten deutsch-russischen Vertrages.

Fraglich bleibt in diesem Kontext allerdings noch, wie unterdessen zum Beispiel von Seiten der französischen Außenpolitik und Diplomatie die gegenwärtige außenpolitische Gesamtsituation wahrgenommen wurde: Noch am Abend des 15. April 1922 berichtete Botschafter Laurent aus Berlin nach Paris, nach der Meldung eines Informanten, der sich auf einen Brief Hilferdings aus Genua bezogen habe, ließen die Beziehungen zwischen Rathenau und Tschitscherin angeblich zu wünschen übrig. Die deutsche Presse betrachte die Entwicklungen auf der Konferenz zudem nun sogar mehr und mehr als Enttäuschung und mit großer Zurückhaltung.[1888]

Dieses Telegramm Laurents spiegelte jedoch keineswegs die Haltung wider, die von den anderen führenden, ja entscheidenden Akteuren in der französischen Außenpolitik im Hinblick die gegenwärtige Lage eingenommen wurde. Denn die insoweit belegbare Stimmung war ganz und gar nicht von außenpolitischer Niedergeschlagenheit gekennzeichnet. Im Gegenteil: Delegationsleiter Barthou zeigte sich in Genua mit der derzeitigen Lage äußerst zufrieden. In einem Telegramm, das um 0:15 Uhr in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 aus Genua nach Paris gesandt wurde, schilderte er Poincaré seine persönliche Genugtuung darüber, dass die deutsche Delegation gegenwärtig isoliert, bedrängt und verunsichert sei. Barthou führte aus, mit einem gewissen Grad an Zufriedenheit freue es ihn schon, „que les (délégués) allemands sont fort mécontentes d´avoir été tenus à l´écart des conversations de ses deux (derniers) jours ».[1889] Allerdings hielt er es zu diesem Zeitpunkt für möglich, dass die Verhandlungen der Alliierten mit der sowjetrussischen Delegation auch noch abgebrochen werden könnten, falls diese keinem verbindlichem „document juridique“ zustimmen würden.[1890] Eine eigenständige deutsche Gegenreaktion zog er nicht in Erwägung.

[1887] Vgl. dazu Schröder, « Ausgedehnte Spionage », u.a. S.441. 1921/22 hatte z.B. Benno von Siebert einen Artikel über die Gründe für den Ausbruch des Weltkriegs in den Süddeutschen Monatsheften mit dem Titel „Einkreisung?“ überschrieben, Siebert (1921/22).

[1888] Tel. Laurent No.687, 15.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 325, 2.

[1889] Tel. Barthou No. 83-88, 16.4.1922, ebd., Relations Commerciales, B82, 94, 22-27, 22.

Zur Ansicht Poincarés, es dürfte wohl kein Zweifel an der „fidélité de M. Lloyd Georges aux conventions etablies“ bestehen, vgl. sein Tel. an Barthou, 15.4.1922, ebd., Corr. Pol. et Com., Série Y, International 29, 148.

[1890] Siehe dazu Tel. Barthou Nr. 92/93, 16.4.1922 (16:30h), ebd., 167-168, hier 168.

Allerdings meldete der belgische Botschafter in Paris, Gaiffier, unterdessen nach Brüssel, in der französischen Politik und Publizistik hielten sich „avec persistance“ Gerüchte, dass die Genueser Konferenz kurz vor dem Scheitern stehe. Dieser Eindruck werde durch Nachrichten verstärkt, dass die sowjetrussischen Vertreter sich in der Villa D´Albertis angeblich geweigert hätten, die zaristischen Schulden und die damit verbundenen alliierten Vorschläge anzuerkennen, wenngleich dies im Quai d´Orsay dementiert werde. Andererseits würde aber die französische öffentliche Meinung ein Scheitern der Konferenz ohnehin mit Befriedigung aufnehmen, vgl. Tel. Gaiffier Nr. 36, 15.4.1922, BMAE, 10.991, VI. (13-15 avril 1922). Die Vorlage trägt einen Eingangsstempel vom 16.4.1922 mit der Nr. 1196.

6. „Pyjama-Konferenz“ in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922?

Die Vorgänge in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 im Hotel der deutschen Delegation in Genua sind nicht selten geradezu spektakulär dargestellt worden: Sowohl in der Zeitgeschichtsschreibung als auch im kollektiven Gedächtnis der historisch interessierten Öffentlichkeit hat sich dabei das Bild einer nächtlichen „Pyjama-Konferenz“ bzw. „Pyjama-Sitzung“ etabliert, in deren Verlauf Wirth, Rathenau und Maltzan den Entschluss zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages endgültig gefasst hätten.
Dieses Bild geht aus den zeitnahen Primärquellen allerdings nicht hervor. Es war der deutsche Diplomat Dufour, der diese Vorstellung nachträglich im Mai 1922 als Erster zeichnete, obwohl er selbst nicht dabei war und auch sonst zu Deutungen neigte, die nicht immer ganz zuverlässig erscheinen. Nach seinen Angaben habe „kurz“ nach einem an Maltzan gerichteten Anruf von Joffe, in dessen Verlauf dieser dem Ministerialdirektor mitgeteilte, „dass die Russen abschlussbereit seien“, im Hotel Eden eine „Beratung in Nachthemden, Pyjamas etc.“ stattgefunden, an „der Reichskanzler, Rathenau, Simson, Maltzan und Gauss (sic)“ teilgenommen hätten.[1891]
Maltzan selbst hingegen erwähnt eine solche Nachtsitzung nicht. Nach seiner ausführlichen ‚Rapallo-Aufzeichnung’ will er lediglich Rathenau und Simson den Inhalt des Gesprächs mit Joffe mitgeteilt haben. Ohnehin machte der Ministerialdirektor dazu lediglich folgende Angaben:

„Nachts gegen 1 Uhr 15 rief mich Joffe an, dass die russische Delegation bereit sei, mit der deutschen Delegation in erneute Verhandlungen einzutreten und dankbar sein würde, wenn wir am Sonntag gegen 11 Uhr zu diesem Zweck in Rapallo eintreffen würden. Auf meine Anfrage betonte er, dass ein definitiver Abschluß mit den Alliierten noch nicht erfolgt sei, dass eine Einigung aber in Aussicht stände und dass beabsichtigt sei, die Verhandlungen am Ostermontag oder Dienstag wieder aufzunehmen. Ich teilte diese neue Wendung Herrn von Simson und Herrn Reichsminister Rathenau sofort mit. Es wurde in Aussicht genommen, a) dass wir nach Rapallo fahren würden, b) dass ich nach Möglichkeit am Sonntag früh Wise wiederum telephonisch von unserer bevorstehenden Fahrt nach Rapallo verständigen sollte.
Am Ostersonntag früh 7 ½ Uhr telephonierte ich Wise an und erhielt von seinem Büro die Mitteilung, dass er noch schliefe. Auf meine Bitte, ihn zu wecken, erhielt ich die Mitteilung, dass Wise mich selbst, sobald er aufgestanden sei, anrufen würde. Als dieser Anruf bis 9 Uhr 30 nicht erfolgte, rief ich selbst Wise zwischen 9 [Uhr] 30 und 10 Uhr noch einmal an und bekam die Mitteilung vom Büro, dass die Herren aus wären. Reichsminister Rathenau, Herr von Simson und ich begaben uns daraufhin nach Rapallo, wo wir gegen 12 Uhr eintrafen.[1892]

Dennoch konnte sich das Bild einer nächtlichen, konferenzartigen Unterredung, wozu in den Quellen des Jahres 1922 nur bedingt Anhaltspunkte vorhanden sind, später durchsetzen: Der Grund lag vor allem in den 1929 in deutscher Übersetzung veröffentlichten Tagebüchern des britischen Botschafters in Berlin. Denn D’Abernon meinte hier ausführen zu können, dass der mittlerweile als Botschafter in Washington tätige Maltzan ihm bei einem Abendessen am 2. Oktober 1926 in Berlin, also rund viereinhalb Jahre nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages, die Vorgänge in der Nacht von Samstag auf den Ostersonntag recht ausführlich geschildert habe.[1893]

[1891] Dufour an Sthamer, 20. Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10, S.4f. Über die deutsch-russischen Verhandlungen am 16. April 1922 konnte Dufour nichts Genaues berichten. Er zeigte sich zudem im Rahmen seiner Beschreibung der vorausgegangenen deutsch-russischen Verhandlungen in Berlin abermals in der Sache recht uninformiert und von Gerüchten beeinflusst, wenn er z.B. darlegte, Rathenau habe im Herbst 1921 einen deutsch-russischen Vertragsabschluß verhindert.
[1892] ADAP A VI, Nr. 59, S.129. Bei Fleischhauer, S.396, wird diese Darstellung als “lapidar” bezeichnet.
[1893] D’Abernon, Bd.1, S.351-353. D’Abernon, Bd.1, S.351-353. Das Bild von der „Pyjama-Konferenz“ zwischen Maltzan, Rathenau und angeblich auch Wirth ist darüber hinaus auch durch die Erinnerungen von Rheinbaben verbreitet worden,

Nach der diesbezüglichen Darstellung D'Abernons teilte ihm Maltzan in dieser Hinsicht rückblickend mit, die deutsche Delegation habe „in der Nacht" auf Ostersonntag 1922 von holländischen, italienischen und „anderen" Delegierten die Nachricht erhalten, Russland sei unter Ausschaltung Deutschlands zu einer Vereinbarung mit England und Frankreich gelangt. Insbesondere Rathenau habe sich deshalb in einer „verzweifelten" Stimmung befunden. Dies stimmt noch weitgehend mit den oben erörterten Quellen überein. Maltzan sei dann jedoch um 2 Uhr in der Nacht von Tschitscherin - also im Gegensatz zu der ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung Maltzans nicht von Joffe - angerufen worden, der eine Wiederaufnahme der deutsch-russischen Verhandlungen in Rapallo vorgeschlagen und in dieser Hinsicht Maltzan sogar die „Meistbegünstigungsklausel zugebilligt" habe. Daraufhin habe Maltzan dies um halb drei in der Nacht Rathenau berichtet, der zu diesem Zeitpunkt in einem „malvenfarbenen Pyjama" unruhig in seinem Zimmer „auf und ab" gegangen sei.[1894]

Gänzlich abweichend aber sind dann folgende Ausführungen: Als Rathenau in Bezug auf diese neue Entwicklung daraufhin eine Verständigung mit Lloyd George suchen wollte, soll Maltzan dies abgelehnt haben, und zwar mit folgenden Worten: „Unmöglich – es wäre ehrlos gehandelt. Wenn Sie es tun, werde ich sofort meine Demission einreichen und mich ins Privatleben zurückziehen. Zu einem solchen Verrat an Tschitscherin werde ich mich nicht hergeben." Rathenau habe sich, so fügte D'Abernon dann im Rahmen seiner, recht anekdotenhaft wirkenden Referierung der Maltzanschen Ausführungen noch hinzu, dann „allmählich", aber doch nur „widerwillig" diesem Standpunkt Maltzan angeschlossen. Der Durchbruch der Verhandlungen am nächsten Tag in Rapallo sei aber letztlich erst dadurch zustande gekommen, dass die Russen von einem Anruf Lloyd Georges erfahren hätten, der Außenminister Rathenau möglichst schnell zu einem gemeinsamen Gespräch gebeten habe.[1895] Und das geht aus der „ausführlichen Aufzeichnung" Maltzans über die „letzten Vorgänge" vor der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages am Ostersonntag 1922 ebenfalls nicht hervor.

Der Quellenwert dieser nachträglichen Überlieferung durch D'Abernon ist einerseits schon mit Blick auf den zeitlichen Abstand zu den tatsächlichen Ereignissen am 15./16. April 1922 eher gering. Andererseits muss ihr ein Tatsachenwert zugewiesen werden, weil zunächst einmal nicht davon auszugehen ist, dass ein zweifellos seriöser Diplomat wie der britische Botschafter derartige Aussagen Maltzans im Nachhinein einfach frei erfand. Zudem ist in der Sache zu bestätigen, dass der deutsche Botschafter in Washington Maltzan Ende September/Anfang Oktober 1926 in Berlin anwesend war und daher ein Gespräch zwischen beiden Persönlichkeiten am 2. Oktober 1926 tatsächlich stattgefunden haben kann.[1896]

---

siehe dazu die entsprechende Gegenüberstellung bei Walther Rathenau-Gesamtausgabe, Bd.2, S.880f., Anm.1 und 2; vgl. u.a. Niekisch, Die Legende, S.90.

[1894] D'Abernon, Bd.1, S.351-353.

Bei Linke, Deutschland und die Sowjetunion von Brest-Litowsk bis Rapallo, S.37 heißt es dagegen u.a.: „Auch jetzt fiel der sowjetrussischen Delegation die Entscheidung offensichtlich nicht leicht, denn erst um ½ 3 Uhr nachts rief ihr Rechtsexperte Sabanin (Maltzan) an und teilte ihm mit, dass man bereit sei, die Meistbegünstigungsklausel zu konzedieren; er verheimlichte bei dieser Gelegenheit nicht, dass sich die Beratungen mit den Alliierten zerschlagen hätten."

[1895] D'Abernon, Bd.1, S.351ff.

[1896] Vgl. Maltzan (Berlin) an Higgins, 22.9.1926, PA, Nachlass Maltzan, Anh.1. Maltzan nahm hier eine Einladung ins Adlon für Dienstag, 28.9.1926 an. In Washington wurde Maltzan zu dieser Zeit offenbar von Geschäftsträger Dieckhoff vertreten, vgl. insofern z.B. das Telefonat Dieckhoffs mit Grew am 20.9.1926, Harvard, Joseph Grew Papers, Letters,

Die Angaben D'Abernons - zumindest in Bezug auf die deutsche Veröffentlichung seiner Tagebücher im Jahre 1929 - beruhen aber offenkundig nicht nur auf den Äußerungen Maltzans, die er dem damaligen britischen Botschafter über vier Jahre nach den Ereignissen in Genua und Rapallo gemacht haben soll. Denn hier wird die referierende Darstellung in Bezug auf Äußerungen Maltzans zugleich spürbar mit eigener Interpretation der Entstehung des Rapallo-Vertrages durch D'Abernon vermischt. Und dies geht unter anderem daraus hervor, dass das Gespräch mit Maltzan am 2. Oktober 1926 nach den Angaben D'Abernons aufgrund anderer Termine vorzeitig abgebrochen werden musste und damit eine inhaltlich möglicherweise gewichtige, vollständige Aussprache über „Rapallo" gar nicht stattfand.

Auffällig ist darüber hinaus, dass der ehemalige britische Botschafter in Berlin diese Schilderung aus dem Jahr 1926 in seinen Tagebuchaufzeichnungen aus der sonstigen Chronologie herauslöst und unmittelbar nach seinen anderweitigen Aufzeichnungen bezüglich der Konferenz von Genua im April/ Mai 1922 einordnet.[1897] Auch dies spricht für die Annahme, dass sich hier Darstellung und Eigeninterpretation zumindest teilweise vermengten. Weiter wirkt eine diesem Tagebucheintrag vom 2. Oktober 1926 vorangestellte „historische Erläuterung" aus der Feder des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph", Gerorthwohl, letztlich erkennbar tendenziös. Sie vermeidet jedenfalls jegliche, in diesem Fall durchaus nahe liegende Kritik am Verhalten der britischen Außenpolitik.[1898] Des Weiteren bleibt die Vermutung zumindest nicht abwegig, dass auch D'Abernon 1926 im Rahmen seiner Tagebuchaufzeichnungen ein positives Andenken an Rathenau in der deutschen Öffentlichkeit stärken und gleichzeitig den Rapallo-Vertrag negativ bewerten wollte. Und ob der ehemalige britische Botschafter in diesem Kontext im Nachhinein – 1928/29 – Aussagen Maltzans aus dem Jahre 1926 vielleicht sogar in unbewusster Weise in dem oben dargelegten Sinne deutete und damit Rathenau von seiner Verantwortung für den Vertragsabschluss zumindest teilweise entlasten wollte, kann zumindest nicht ganz ausgeschlossen werden. Wie auch immer die genaue Motivlage D'Abernons war - es scheint aus diesen Gründen nur bedingt berechtigt zu sein, seine Darstellung als zuverlässig zu bezeichnen.[1899]

1926-1, Conversation, 20.9.1926. Kurz vor seiner Rückreise nach Washington mit dem deutschen Dampfers Kolumbus gab Maltzan am 15.10.1926 dem in Paris tätigen Vertreter des New York Herald Tribune ein Interview, siehe dazu, „Interview mit Maltzan", Hamburger Nachrichten, 16.10.1926, Ausschnitt in PA, Nachlass Maltzan, Anh.1.

[1897] Der erste Teilband aus der dreibändigen deutschen Ausgabe der Tagebücher des „Botschafters der Zeitenwende" endet eigentlich mit einem Eintrag vom 17. Mai 1922. Da der ehemalige britische Botschafter in Berlin hier zuvor, vgl. D'Abernon, Bd.1, S.328-334, die „kürzere" Aufzeichnung Maltzans über die letzten Vorgänge vor der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages, die ihm von Haniel übergeben worden war, abdruckte und „Rapallo" ein zentraler Gegenstand seiner Erörterungen in dieser Zeit bildet, wird an dieser Stelle ein Tagebucheintrag D'Abernons angeblich ursprünglich mit Datum vom 2. Oktober 1926 vorgezogen. Schon diese systematische Zuordnung mindert freilich den Quellenwert der hier zu findenden Angaben erheblich, da D'Abernon diesen Eintrag bei der Druckfassung 1929 u.U. verändert oder in gewisser ihm nunmehr angemessen erscheinender Weise angepasst haben könnte.

[1898] D'Abernon, Bd.1, S.351. Hier heißt es u.a.: „Die höchst dramatische Geschichte der Umstände, unter denen die deutschen Delegierten in Genua sich von den Russen zur überstürzten Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages bestimmen ließen, ist vier Jahre später Viscount D'Abernon von Herrn von Maltzan erzählt worden. Es ist interessant, diese mündliche Erzählung Maltzans mit dem Bericht über die Ereignisse in Genua zu vergleichen, der ein Memorandum der deutschen Delegation sein soll [offenbar war Gerothswohl nicht bekannt, dass dieses „Memorandum" ebenfalls von Maltzan stammte, Anm.d.Verf.]. Die Darstellung Maltzans spricht dafür, daß das Memorandum authentisch ist, obwohl es sich in einigen Punkten von den Erzählungen des deutschen Staatssekretärs [Maltzan war am 2. Oktober 1926 Botschafter in Washington, Anm.d.Verf.] unterscheidet."

[1899] In Teilen der bisherigen Forschung wurde dagegen der Inhalt der von D'Abernon referierten, angeblichen Aussagen Maltzans kritisch, die *Überlieferung* dieser Aussagen durch D'Abernon aber nicht genauer überprüft oder in Frage gestellt, vgl. z.B. Pogge von Strandmann, Strategy in Preventive Diplomacy, S. 137. Hier heißt es u.a.: „Rathenau, according to Maltzan´s later stories, was virtually forced by him into going ahead with the German-Russian agreement,

Maltzan behauptet in seiner oben zitierten ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung, Joffe habe ihn am 16. April 1922 um 1:15 Uhr nachts angerufen. Ob dieses Telefonat - wie es zuweilen in der Forschung heißt - ein Rückruf war, kann dahingestellt bleiben und spielt keine entscheidende Rolle. Denn ohnehin ist bereits zu recht darauf hingewiesen worden, dass auch diese Weisung an Maltzan, sich mit der sowjetrussischen Delegation telefonisch in Verbindung zu setzen, von Außenminister Rathenau stammte, der damit nach dem Karfreitagabend auch am späten Samstagabend die Kontaktaufnahme mit den sowjetrussischen Vertretern erneut anordnete.[1900]

Die Vorstellung von einer nächtlichen, dramatisch anmutenden Pyjama-Sitzung mit einer gewichtigen, unter anderem mit einer Rücktrittsdrohung einhergehenden Auseinandersetzung zwischen Rathenau und Maltzan lässt sich ebenso mit dem Blick auf die anderweitig vorliegenden Quellen nicht stützen. Der Ministerialdirektor jedenfalls wies in den Wochen nach dem Vertragsabschluß auch an anderen Stellen mit keinem Wort auf eine nächtliche Beratung der Führung der deutschen Delegation hin, bei der die Anwesenden in Nachthemden aufgetreten seien: Nach der bereits oben erwähnten Aufzeichnung Ministerialdirektor Schuberts über ein Gespräch mit Maltzan am 29. Mai 1922 hinsichtlich der „kritischen“ Momente in Genua soll sich Maltzan allerdings dahingehend geäußert haben, Joffe habe in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 bei seinem Telefonat mit Maltzan zumindest „durchblicken“ lassen, „dass die Verhandlungen mit den Alliierten nicht sehr gut liefen“, was inhaltlich jedoch stark abweicht von der oben ausgeführten Vorstellung Reimers, der sowjetrussische Vertreter habe in einem Schreiben an Maltzan dargelegt, die Gespräche in der Villa D’Albertis seien abgebrochen worden. Nach dieser Quelle aus der Feder Schuberts sei es zudem dann Joffe gewesen, der angeregt habe, „dass die Deutschen mit den Russen am nächsten Tag (Sonntag) noch einmal zusammenkommen und verhandeln sollten“. Daraufhin habe der deutsche Ministerialdirektor dann erwidert, „er wisse nicht, ob er in der Nacht Herrn Rathenau noch fragen könne“.[1901]

Gegenüber Schubert ließ Maltzan zudem offenbar keine, möglicherweise sogar von einer Rücktrittsdrohung begleitete Auseinandersetzung erkennen, wie sie D’Abernon 1926 behauptete. Im Gegenteil hieß es hier sogar, das Rathenau über die Nachricht, dass die sowjetrussischen Vertreter noch nicht mit den Alliierten eine vertragliche Vereinbarung getroffen hätten, sich sehr positiv geäußert habe:

> „Baron M. begab sich aber doch zu Herrn Rathenau, der noch wach war. Als Baron M. Herrn Rathenau die Mitteilung Joffe´s übermittelte, war Herr Rathenau sehr erleichtert und sehr befriedigt. Er erteilte Baron M. den Auftrag, Herrn Joffe sofort mitzuteilen, dass die Deutschen nach Rapallo kommen würden. Außerdem beauftragte Rathenau Baron M., noch einmal sich mit Herrn Wise in Verbindung zu setzen. Baron M.

---

although he did not explain why Rathenau should have been so reluctant.“ In der dazu gehörenden Anm. 43 heißt es: “The so-called pyjama party was first reported by Lord D’Abernon to whom Maltzan had told the story in 1926. Kessler did not make use of that particular story in his biography. Only in the English edition does he incorporate this story. As the story makes Maltzan the architect of Rapallo, it has to be questioned, especially as Maltzan does not say why Rathenau should have been reluctant to sign the treaty. [...] Maltzan´s story, together with his two accounts, have helped to create the myth that Rathenau had little to do with Rapallo. This myth was strengthened by the German Foreign Office at the time, as it wanted to dissociate itself for various reasons from Rathenau. The official history of the Weimar Republic during its first ten years of existence refers only to Maltzan in connection with Rapallo and not to Rathenau at all”, ebd.

[1900] Vgl. ebd., S.137f. Vgl. zu “Vermutungen für den Zeitraum zwischen 23.30 Uhr und 2.00 Uhr” Schölzel, S.358f.

[1901] Aufz. o.U. (Schubert), 30.5.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.

> telefonierte dann noch in der Nacht an Herrn Joffe und stellte den deutschen Besuch in Rapallo in Aussicht.“[1902]

Diese Schilderung weist nicht nur die These, Rathenau sei - im Kontext der Aussagen Reimers - über die Mitteilungen Joffes nicht informiert worden, als unzutreffend aus. Sie erscheint gegenüber den anekdotenhaften, vier Jahre später niedergeschriebenen Angaben D'Abernons zunächst einmal schon deshalb glaubhafter, da sie zeitlich näher zu dem Ablauf der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 abgefasst wurde.

Darüber hinaus scheint es zumindest unwahrscheinlich zu sein, dass Maltzan derartige wichtige Sachverhalte und Entwicklungsmomente gegenüber Schubert verheimlichte, aber sie dagegen im Nachhinein gegenüber dem britischen Botschafter ausbreitete. Unklar wäre im Rahmen dieser Vorstellung ebenfalls, welchen Zweck der 1926 als deutscher Botschafter in Washington tätige Maltzan mit derartigen, geradezu enthüllenden Angaben gegenüber D'Abernon verfolgt haben soll. Selbststilisierungen der Art, die ja in Bezug auf den damit einhergehenden politischen Einfluss eines leitenden Diplomaten auf Rathenau zugleich ein erhebliches Politikum dargestellten, sind zudem im Gesamtkontext mit den hier vorliegenden Quellen zum politischen Werdegang Ago von Maltzans seit 1907 zumindest zweifelhaft. Eine Haltung dieser Art, mit dem im Oktober 1926 offenbar kein Vorteil für den deutschen Botschafter in Washington verbunden war, war dem Diplomaten wesensfremd. Schließlich kann der Darstellung D'Abernons deshalb nicht gefolgt werden, weil die behauptete Nachtsitzung in irgendeiner Form – möglicherweise auch im Nachhinein – durch die oder einen der Beteiligten selbst protokolliert, dargestellt oder zumindest erwähnt worden wäre.

Doch selbst wenn man den Inhalt der Aussagen D'Abernons vom 2. Oktober 1926 weitgehend für glaubhaft und zuverlässig erachtet, stellen sich weitere Fragen: Konnte eine - vermutlich gar nicht stattgefundene - Rücktrittsdrohung von Seiten Maltzans in der Sache als unberechtigt bewertet werden? Oder anders formuliert: Wäre es nicht nachvollziehbar, dass sich ein Ministerialdirektor, der für die „Russischen Abteilung“ des Auswärtigen Amts verantwortlich zeichnete und zugleich für seine Person eine gewisse Autorität und vor allem Sachkompetenz beanspruchte, einer Rücknahme bereits gegebener Zusagen an die Führung der sowjetrussischen Delegation verweigert hätte? Und hätte man einer solchen Verweigerung nicht umso mehr Verständnis entgegenbringen können, wenn ersichtlich war, dass die daraus entstehende deutsche Haltung durch ein übergroßes Maß an persönlich unsicherem Schwanken des Außenministers begründet war? Es kann darüber hinaus zwar nicht ausgeschlossen werden, dass eine damit verbundene Rücktrittsdrohung Maltzans auf eine Persönlichkeit wie Außenminister Rathenau tatsächlich den Eindruck gemacht hätte, den D'Abernon in seiner Darstellung vom 2. Oktober 1926 nahe legte. Gänzlich gesichert erscheint aber dies ebenfalls nicht, da sich Rathenau durchaus selbst ein hohes Maß an Führungsstärke und Russland-politischer Kompetenz zuwies.

Aufgrund dieser insgesamt jedenfalls nur bedingt zuverlässigen Verifikation in Bezug auf die weit verbreitete Vorstellung einer aufreibenden Debatte innerhalb der Führungsspitze der deutschen Genua-Delegation in der Nacht zum Ostersonntag 1922 wird daher im Rahmen der hier verfolgten Perspektive eher davon auszugehen sein, dass es in der Nacht des 16. April 1922 gegen etwa 2:00 Uhr morgens lediglich zu einer relativ schlichten Mitteilung Ministerialdirektor Maltzans an

[1902] Ebd.

Außenminister Rathenau und sicherlich zugleich auch an Staatssekretär Simson und Reichskanzler Wirth über sein Telefonat mit Joffe gegeben hat. Aus dieser Mitteilung resultierte dann die Weisung Rathenaus, die Vertragsverhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern wenige Stunden später wieder aufzunehmen. Dass der deutsche Außenminister beim Erhalt dieser Meldung möglicherweise schon einen Pyjama trug, mag zudem mitten in der Nacht nicht als ungewöhnlich zu bezeichnen sein. Schließlich entsteht - nach den hier vorgestellten Quellen - zudem in keiner Weise „der Eindruck, dass die Pressionen, die Maltzan ausübte und für die er offensichtlich volle Rückendeckung bei Wirth hatte, über ein durch die Umstände gebotenes Maß hinausgingen“[1903]. Im Gegensatz dazu erscheint vielmehr die Annahme plausibel, dass sich Rathenau tatsächlich über die ihm von Maltzan überbrachte Nachricht erleichtert zeigte und dem Ministerialdirektor in voller selbst bestimmter Überzeugung die Weisung gab, die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Verhandlungen jetzt auch für den weiteren Verlauf des Ostersonntag definitiv zu vereinbaren.

Der Kern der hier kritisch zu prüfenden ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung Maltzans richtet sich überdies ohnehin in eine andere Argumentationsrichtung: In Bezug auf den frühen Ostersonntagmorgen liegt er darin, insbesondere der britischen Delegation eine ignorierende, in gewisser Weise sogar verantwortungslose Behandlung der deutschen Befürchtungen und Interessen in der russischen Frage vorzuwerfen. Demnach suchte der Ministerialdirektor - im Rahmen seiner Darstellung noch einmal geradezu insistierend - vergeblich das Gespräch mit dem wichtigsten Russland-politischen Berater des britischen Premiers, um diesen über den deutschen Entschluss zum eigenen Handeln in der russischen Frage zu informieren.

Ob Maltzan allerdings tatsächlich bereits um 7:30h und dann erneut zwischen 9:30 und 10 Uhr versucht hat, Wise telefonisch zu erreichen, wird aufgrund fehlender Angaben von britischer Seite dazu kaum mehr überprüfbar sein.[1904] Fraglich ist zudem, warum Maltzan nicht noch andere britische Delegationsmitglieder anrief, die eine solche Nachricht dem britischen Premier ebenso oder aufgrund ihrer Stellung sogar noch in viel unmittelbarer Weise überbringen konnten, wenn Wise nicht selbst persönlich oder durch seinen Sekretär zu erreichen war. Neben der ungelösten Frage, warum Maltzan - trotz der Tatsache, dass es früher Ostersonntagmorgen war - nicht persönlich zu dem ebenfalls im Zentrum von Genua befindlichen Hotel Miramare hinüberging, erscheint aber auch die Frage zulässig, warum nicht andere deutsche Delegationsmitglieder mit der Weisung versehen wurden, die britische Delegation an diesem Morgen des 16. April 1922 vorzuwarnen, Deutschland werde den Vertrag mit Moskau unterzeichnen, wenn die deutsche Delegation nicht endlich mit beruhigenderen Nachrichten über den Inhalt und die Ergebnisse der Verhandlungen in der Villa D´Albertis informiert werde. Die dabei zu thematisierende Begründung, man werde sich nicht mit der zugewiesenen, weithin zur Passivität verurteilten Objektrolle in der russischen Frage abfinden, wäre neben einer Nachvollziehbarkeit in der Sache zudem zugleich eine möglicherweise effektive Maßnahme öffentlicher politischer bzw. publizistischer Kommunikation zur Verbesserung der deutschen Position gewesen. Und schließlich hätte der Ministerialdirektor oder ein anderes Führungsmitglied

---

[1903] Vgl. anders z.B. Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.591, hier stellvertretend auch für die hier in der Anlage 2 zusammenfassend dargestellten Stimmen in der bisherigen Rapallo-Forschung, die in ähnlicher Weise argumentieren und interpretieren.

[1904] Nach Kessler, Tagebücher, S.301, habe offenbar Prittwitz ausgeführt, Maltzan behaupte, „er habe vor der Abfahrt nach Rapallo mit den Engländern zu telefonieren versucht, aber keinen Anschluß bekommen“, was vom Wortlaut her u.U. auch ein technisches Problem implizieren könnte.

der deutschen Genua-Delegation - im Rahmen des Anliegens, den Kontakt mit der britischen Außenpolitik am Ostersonntagmorgen noch vor der Wiederaufnahme der deutschen Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern erneut wiederherzustellen - auch noch von Rapallo aus durchaus erneut versuchen können, Wise oder einen dem britischen Premier nahe stehenden Berater telefonisch zu erreichen.

Zwar könnte damit möglicherweise ein gewisses Versäumnis Maltzans oder anderer, führender deutscher Delegationsmitglieder konstatiert werden, das darin gelegen habe, eine Kontaktaufnahme zur britischen Delegation insbesondere am Ostersonntagmorgen erneut und nun noch eindringlicher zu verfolgen. Dieser Vorstellung ist jedoch entgegenzuhalten, dass man sich auf deutscher Seite davon zu diesem Zeitpunkt keine wesentliche Änderung der eigenen Lage mehr versprach und im Grunde auch nicht versprechen konnte. Denn Tatsache ist, dass die deutschen Verantwortlichen und insbesondere Maltzan und Dufour ihre britischen Kollegen, allen voran Wise und Gregory, bereits in den letzten Tagen und in Bezug auf Wise selbst noch am späten Abend des 15. April 1922 die eigenen Russland-politischen Befürchtungen im Kontext des Londoner Memorandums zur Genüge vorgetragen hatte. Schließlich zeigen die Quellen eindeutig, dass sich die Führung der deutschen Genua-Delegation am Abend des 15. April 1922 bzw. in der Nacht auf den 16. April 1922 eben zu einer unmittelbaren Gegenreaktion bereits fest entschlossen hatte. Zur Vermeidung weiterer Unsicherheiten und Handlungsverzögerungen wird es daher insbesondere Ministerialdirektor Maltzan möglicherweise gar nicht unrecht gewesen sein, dass Wise am frühen Ostersonntagmorgen nicht zu erreichen war. Zudem hatte er der sowjetrussischen Delegation gegenüber ja schon in der letzten Nacht erklärt, man werde die Vertragverhandlungen am nächsten Mittag wieder aufnehmen und wenn möglich zu einem definitiven Abschluss bringen.

Ob zudem spontane mündliche Zusicherungen von Wise am Ostersonntagmorgen diesen Entschluss der deutschen Führung nach der schon zu weit fortgeschrittenen Verunsicherung und dem damit einhergehenden deutschen Vertrauensverlust in das alliierte Vorgehen noch ernsthaft hätten beeinflussen können, erscheint ebenfalls zumindest zweifelhaft. Denn die Zurücknahme der deutschen Verhandlungszusage an die sowjetrussischen Vertreter hätte gewiss einen gravierenden Verlust an politischer Glaubwürdigkeit dargestellt, auch wenn deutscherseits keine Zusage für einen definitiven Vertragsabschluss vorlag. Zwar mag es immer noch anderweitige Handlungs- und Optionsmöglichkeiten gegeben haben, die den bereits in Richtung Rapallo abgefahrenen deutschen ‚Zug' hätten aufhalten können – zum Beispiel für den Fall, dass Lloyd George ein persönliches Gespräch mit Außenminister Rathenau oder auch Reichskanzler Wirth geführt hätte. Entscheidend aber ist, dass sich die deutschen Vertreter aus ihrer Perzeption, ihnen werde eine die eigenen Interessen direkt bedrohende Objektrolle zugewiesen, nicht mehr befreien konnten und die Briten offenkundig zu wenig bzw. nicht rechtzeitig etwas taten, um eine eigenständige, mit ihnen nicht abgesprochene deutsche Gegenreaktion in der russischen Frage zu verhindern oder zu vermeiden.

Darüber hinaus sollten aber auch noch andere Meldungen den auf deutscher Seite seit der letzten Nacht endgültig vorliegenden Beschluss, nunmehr in Bezug auf die russische Frage selbstständig zu handeln, noch weiter verstärken. Dies betraf insbesondere eine Pressemeldung am Ostersonntagmorgen: Denn das oben zitierte Schreiben Barthous an Poincaré über seine Zufriedenheit hinsichtlich der Isolierung der deutschen Delegation blieb keineswegs auf den Kreis der Führungspersonen innerhalb der französischen Außenpolitik und Diplomatie begrenzt. Es wurde

offenkundig in Paris und/ oder in Genua direkt oder indirekt ebenso der Presse zugänglich gemacht. Und für die Hintergründe der Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages erscheint es zumindest nicht vernachlässigbar, dass das von dem französischen Delegationsleiter geäußerte Gefühl der politischen Genugtuung über die Bedrängnis und Unzufriedenheit der deutschen Vertreter noch mit Datum vom 15. April in den Meldungen der Havas Agentur auftauchte und am Ostersonntag unter anderem in französischen Zeitungen publiziert wurde![1905]

Hiervon hatten wiederum auch die deutschen Vertreter bereits seit dem späten Abend des 15. April 1922, unter anderem in der Form eines diplomatischen Berichts, Kenntnis erhalten.[1906] Ein inhaltlich nahezu identisches Telegramm Wertheimers aus Paris, das am 16. April 1922 um 12:50 Uhr bei der deutschen Delegation in Genua einging, wiederholte diese Entwicklung jedenfalls weithin gleichlautend. Hier hieß es in Bezug auf die Nachrichtenagentur Havas, dort werde eine „Tatsache" offenkundig mit einer gewissen politischen Genugtuung der französischen Öffentlichkeit vorgestellt:

> „In den Kreisen der deutschen Delegation, in der man gern bis jetzt die Isolierung Frankreichs festgestellt habe, zeige sich jetzt eine wirkliche Unzufriedenheit über das bei der Diskussion der russischen Angelegenheit verfolgte Verfahren. Die deutschen Delegierten seien bei den Verhandlungen zwischen Alliierten und Russen ferngehalten worden und hätten deshalb den Eindruck, dass man es ihnen dadurch unmöglich mache, in dieser wichtigen Frage eine Rolle zu spielen, während sie doch in Berlin eine gemeinsame Aktion mit den Sowjets vorbereitet hätten."[1907]

Ministerialdirektor Maltzan sollte deshalb im Nachhinein dazu ausdrücklich betonen, dass es nicht zuletzt die daraus hervorgegangene Meldung des „Temps" war, die die deutschen Verantwortlichen in ihrem Willen, den vorbereiteten Vertrag mit der sowjetrussischen Regierung so schnell wie möglich zu unterzeichnen, noch einmal bestärkte.[1908] Und diese Aussage war - einmal abgesehen von der Frage ihrer faktischen Richtigkeit - plausibel.

Schließlich kamen noch anderweitige, ebenfalls in der Öffentlichkeit präsente Nachrichten hinzu, die den Entschluss Rathenaus, Wirths und Maltzans, Russland-politisch jetzt sofort zu handeln, am Morgen des 16. April 1922 bekräftigt haben werden: In der Ostersonntagsausgabe des „Messaggero" lobte die italienische Presse nach der Wahrnehmung der französischen Diplomatie die gegenwärtige konziliante Russland-politische Haltung der Franzosen, auch wenn der französische Botschafter in Rom, Roux, die hier von der italienischen Publizistik vorgetragenen Bewertungen als relativ einfältig („les vues primitives") bezeichnete. Aus deutscher Sicht schien daran jedoch beunruhigend zu sein, dass sich eben diese Ausführungen in der italienischen Presse inhaltlich dahingehend gestalteten, das Ziel Frankreichs sei es, sich unter der Ausnutzung der Schuldenfrage in der einer ähnlichen Art wirtschaftliche Vorteile in Russland zu sichern, wie dies zuvor von Deutschland angestrebt worden sei. Paris habe dabei den Ehrgeiz, nunmehr nicht nur zur zentralen europäischen Hegemonialmacht

---

[1905] Bei ebd. heißt es in Bezug auf den Temps vom 16. April 1922 : « Un communiqué de l´agence Havas, du 15 avril, souligne avec une satisfaction non dissimulée que les délégués allemands sont 'dans l´impossibilité de jouer un rôle dans cette importante question, alors qu´ils avaient préparé à Berlin une action commune avec les Soviets.' »

[1906] Zur Informierung Berlins über diese Havas Meldung siehe Tel. Müller an AA, 15.4.1922, PA, R 23711, 046-048. Die Vorlage wurde insgesamt in 48 Exemplaren hergestellt und trägt am rechten Rand auf der ersten Seite u.a. wohl die Paraphen von Müller, ebd. 046.

[1907] Tel. Wertheimer Nr.98, 16.4.1922, BAB, R 43, I/469 (MF 1), 11-12. Auch der Matin habe gemeldet, die z.Zt. aus Genua eintreffenden Depeschen seien befriedigend.

[1908] Siehe dazu näher unten, Kapitel IV.5.

in politischer und militärischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht aufzusteigen. Eine solche französische Hegemonie über Deutschland und Russland, so hieß es in der italienischen Presselandschaft, berge allerdings für die Zukunft Europas erhebliche Konfliktpotentiale in sich.[1909]
Zwar stellte Roux dazu gegenüber seiner Regierung in Paris fest, solche antifranzösisch wirkenden Artikel seien in der italienischen Presse schon seit geraumer Zeit weit verbreitet.[1910] Die Präsenz solcher, gewiss auch den deutschen Vertretern bekannten Pressemeldungen am 15./16. April 1922 schien jedoch das auf deutscher Seite bereits nachweisbar vorhandene Gefühl einer akuten Bedrohung der eigenen Interessen in der russischen Frage ebenfalls fortzuführen und zu stärken.
Auch in der britischen Publizistik erhoben sich inzwischen Stimmen, die die Ernsthaftigkeit der Separatverhandlungen in der Villa D'Albertis unterstrichen und damit die deutsche Unsicherheit verstärkten, die durch die Einführung des Londoner Memorandums auf der Konferenz entstanden war. So hielt zum Beispiel der Autor des Manchester Guardian offenbar am 16. April für die Ausgabe vom 17. April 1922 unter anderem fest, dass die Bedingungen, „upon which the Allied experts propose that Russia should be admitted to free intercourse with the other Great Powers", zwar durch die Vorlage des Londoner Memorandums nunmehr bereits veröffentlicht, jedoch in Teilen nicht ganz klar formuliert seien. Zudem mache insbesondere eine von Frankreich geforderte Anwendung des Legalitätsprinzips auf die Schuldenfrage eine Einigung mit Russland unmöglich. Die britischen Experten hätten trotz der Festschreibung dieses Prinzips in dem Memorandum daher ihre alliierten Kollegen auch schon eindringlich davor gewarnt „to repeat many of the mistakes we have made with Germany."[1911]
Während Rathenau, Simson und Maltzan nach den Angaben in der ausführlichen Aufzeichnung Maltzans, der offenbar die Anwesenheit von Gaus vergaß, für den 16. April 1922 ab etwa 10 oder spätestens ab etwa 11 Uhr die Fahrt in das damals zu Rapallo gehörige, etwa 30 Kilometer entfernte Santa Margherita antraten, zog der in Genua zurückgebliebene Reichskanzler Wirth am Ostersonntagmittag eine Bilanz der ersten Konferenz-Woche: Die „Hauptarbeit", so resümierte der deutsche Reichskanzler, vollziehe sich jetzt eindeutig „hinter den Kulissen", wobei sich seine Sicht der Dinge über die deutsche Lage im Wesentlichen mit den Angaben der ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung Maltzans und den anderen, hier ausgebreiteten Quellen deckt. Wirth lege aber darüber hinaus dar, das Londoner Memorandum implizierte regelrecht ein „zweites Versailles", was eindringlich darauf hinwies, mit welchem Unmut und welcher Abneigung auch der deutsche Reichskanzler die Entwicklung der russischen Frage in den letzten Tagen verfolgt hatte. Auch bei Wirth stand bei der nunmehr erforderlichen deutschen Gegenreaktion eindeutig Folgendes im

---

[1909] Tel. Roux (Rome) No. 512/513, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 29, 177-178.
[1910] Ebd. Vgl. zur Darstellung der Dinge durch Roux auch dessen 1961 veröffentlichte Erinnerungen, die offenkundig der allgemeinen Rapallo-Deutung folgten und derartige kritische italienische Pressestimmen nicht mehr erwähnen. Es heißt hier u.a.: „En effet, un ou deux jours plus tard, Russes et Allemands signent et proclament un pacte de solidarité entre eux, qui ressemble fort à un traité d´alliance. La nouvelle, totalement inattendue des premiers délégués et tous autres pays (Herv. durch den Verf.), produit l´effet d´une bombe et le fait est que la Conférence en est pratiquement torpillée. [...] Furieux, et non sans raison, car il a été joué, Lloyd George prend l´initiative d´une riposte de la Conférence: un mémorandum désaaprobateur, assez cinglant, qui reproche aux contractants du pacte russo-allemand leur déloyauté.», Charles-Roux, S.168.
[1911] Siehe dazu den entsprechenden Ausschnitt bei BMAE, 10.991, VII (16-25 avril 1922). Zum Bericht des belgischen Botschafters in London über die englische Presse offenbar in Bezug auf den 16. April 1922 bzw. auf die Tage zuvor vgl. Moncheur an Jaspar, 17.4.1922, ebd. Siehe dazu dann weiter z.B. auch den Artikel in der belgischen Presse offenbar geschrieben am Ostersonntag oder Ostermontag 1922 unter dem Titel „Les affaires russes", Ausschnitt bei ebd.

Vordergrund: Die Ausschaltung der zusätzlichen Reparationsproblematik gemäß Artikel 116 Abs. 3 VV. Denn dieser bislang noch nicht realisierte Anspruch konnte mit Blick auf die laufenden Separatverhandlungen in der Villa D´Albertis nun möglicherweise Sowjetrussland in den Kreis der deutschen Gläubiger einbeziehen, auch wenn sich die sowjetrussische Delegation ebenfalls nach der Wahrnehmung Wirths zunächst gegenüber dem alliierten Sachverständigen-Gutachten äußerlich abweisend gezeigt habe.[1912]

Das in der Forschung insbesondere von Heinrich Küppers gezeichnete Negativbild Wirths als „Rapallo-Kanzler" ist im Ganzen gesehen unzutreffend. Neben der sachlich nachvollziehbaren Begründung für die deutsche Abwehrreaktion in der russischen Frage muss auch der Abwägungsprozess erwähnt werden, der auch bei Wirth der Entscheidung zur Vertragsunterzeichnung mit Sowjetrussland vorausging. Aus seinem diesbezüglichen Schreiben ist weiter nicht zu erkennen, dass der zeitgenössische deutsche Reichskanzler einem revancheartigen oder offensiv anmutenden Gedanken einer machtpolitischen „Allianz" Deutschlands mit Sowjetrussland verfallen gewesen wäre. Seine Ausführungen vom Ostersonntag 1922 wirken überdies ausgewogen, verständig und verantwortungsbewusst:

> „Die Sache hat mir hier sehr viele Sorgen gemacht. Manchmal lief ich stundenlang in unserm Hotelgarten auf und ab, um mir die Sache eingehend zu überlegen. Es war eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden(,) bis man eingesehen hat, dass es notwendig ist, sich mit den Russen rechtzeitig zu verständigen. Vor der Verständigung sind wir schon lange in Berlin gestanden; nur ist dort die Sache noch nicht wegen verschiedener Bedenken zum Abschluss gekommen. Heute, Ostersonntag – glaube ich, dass die Sache nun gehen wird."[1913]

Eine andere Quelle beschreibt den geistigen Hintergrund der einsetzenden Gegenreaktion der deutschen Außenpolitik noch deutlicher: Bei den Akten findet sich ein Telegramm, das für Staatssekretär Haniel in vier Exemplaren erstellt und am 16. April 1922 um 14:00 Uhr nachmittags nach Berlin gesandt wurde. Es wird wahrscheinlich von der deutschen Delegationsführung unter der maßgeblichen Beteiligung von Maltzan am Morgen des 16. April formuliert worden sein, lag daran anschließend neben Rathenau auch Wirth vor und traf nach dem hier nachfolgend zitierten Exemplar am Ostersonntag um 14:40 Uhr in Berlin ein. Das Dokument vermittelte den übrigen

---

[1912] Wirth an („Lb.g.Chr."), 1(6).4.1922, BAK, NL Joseph Wirth (N1342), Nr.65. Hier heißt es insofern u.a.: „In dieser Woche wurde hauptsächlich von seiten der Alliierten um Russland gestritten. Frankreich und England hatten in London durch Sachverständige ein Memorandum zur Regelung der russischen Frage vorgelegt, das sich in Wirklichkeit als ein zweiter Versailler Vertrag entpuppte. Die Russen sind darauf nicht eingegangen. Wiederholt hieß es, dass die Russen mit den Franzosen und Engländern zu einem positiven Abschluss und zu einer für die Westmächte günstigen Vereinbarung gekommen seien. Noch gestern Abend ging die Nachricht bei uns ein, dass Deutschland wieder einmal ins Hintertreffen gekommen sei und dass die Westmächte mit den Russen unter Umgehung Deutschlands alles geregelt hätten. Wir haben mit den Russen auch gute Verbindungen aufgenommen und versuchen, mit ihnen zu einem solchen Abschluss zu kommen, dass der Versailler Vertrag und insbesondere der § (sic) 116 uns nicht noch von Osten her die Schlinge um den Hals noch enger zieht [Herv.d.Verf.]. Ich glaube, wir werden zu einem befriedigenden Ergebnis mit den Russen kommen."

[1913] Wirth an („Lb.g.Chr."), 1(6).4.1922, BAK, NL Joseph Wirth (N1342), Nr.65. Es heißt hier u.a. auch: „An grossen Eindrücken hat es die ganze Woche nicht gefehlt. Leider bin ich nicht dazu gekommen, eingehende Eintragungen in ein Tagebuch zu machen. Man muss sich eben, wie bei früheren Konferenzen, einige Zeitungen aufbewahren, um dann später, wenn man älter und noch grauer geworden ist als heute, die Sache rekonstruieren zu können. Heute war ich im Hochamt, es war ein feierlicher Gottesdienst mit wundervollem Gesang. Die deutschen Vertreter waren die einzigen aller hiesigen Delegationen, die dem Hochamt in der Hauptkirche beigewohnt haben. Wir wurden vom Herrn Erzbischof mit besonderer Hochachtung behandelt." Siehe dazu auch das Tel. an die Presseabteilung in Berlin vom 17.4.1922, BAB, R 43, I/469 (MF 1), 2-4, 2f.

Kabinettsmitgliedern in Berlin den Entschluss der deutschen Delegation, den vorbereiteten Vertrag mit Sowjetrussland nunmehr ohne weitere Verzögerungen zu unterzeichnen. Des Weiteren wurde mitgeteilt, dass der Vertragsabschluss inhaltlich an die bisherigen, in Berlin geführten deutsch-russischen Verhandlungen anknüpfen werde:

> „Hiesige politische Gesamtsituation erfordert voraussichtlich Zeichnung Sonderabkommens mit Russland zwecks Wahrung der durch bekannte Londoner Vorschläge[1914] gefährdeten deutschen Rechte. Abkommen wird inhaltlich dortigem, bei Hauschild deponiertem Entwurf entsprechen.[1915] Sämtliche hier anwesenden Parteivertreter und Sachverständige befürworten dringend Abschluß, um Isolierung zu vermeiden. Zu Ihrer persönlichen Information Abschluß Sonderabkommens würde nicht über Rahmen der vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Konferenzvollmacht hinausgehen.“[1916]

Gesichert ist, dass insbesondere Rathenau, Wirth und Maltzan in dem hier formulierten Entschluss und dessen Begründung geeint waren. Denn „zweifellos“[1917] hatte sich bei den deutschen Verantwortlichen mittlerweile endgültig die Vorstellung festgesetzt, dass ohne ein solches eigenständiges Handeln gewichtige deutsche Interessen unmittelbar bedroht waren oder sogar bereits Schaden genommen hatten. Im Ergebnis aber sprach aus dieser Entscheidung tiefe Enttäuschung über die Behandlung durch die führenden Ententemächte. Sie stellte im Ergebnis einen rechtlich-finanziellen Abwehrreflex dar – eine Rebellion des außenpolitisch Schwachen gegen den aktuellen Versuch der machtpolitisch überlegenen Alliierten, die deutsche Republik nun auch in allen derzeit grundlegenden Fragen der Russlandpolitik zu isolieren bzw. regelrecht zu überfahren.

7. Die Wiederaufnahme der deutsch-russischen Verhandlungen und die Vertragsunterzeichnung in Rapallo

Die nachfolgend Angaben Maltzans, die sich in seiner ausführlichen Aufzeichnung auf den Ablauf der Gespräche mit der russischen Delegation am Ostersonntag Nachmittag in Rapallo beziehen, bleiben in Bezug auf den zeitlichen Ablauf und den genauen Inhalt der Verhandlungen auf eine recht grobe Skizze beschränkt. Ein Zaudern oder Schwanken Rathenaus wird von Maltzan dabei ebenso wenig thematisiert wie eine Reaktion der britischen Delegation auf die von Maltzan nach seinen eigenen Angaben am Morgen telefonisch für Wise hinterlassenen Nachrichten:

[1914] Gemeint ist das Londoner Memorandum, auch gedruckt in: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 373, Nr. 4378, S. 26ff., vgl. ADAP A VI, Nr.56, S.116, Anm.3.

[1915] Gemeint war offenbar die in der Aufz. Maltzan, 4.4.1922, ADAP A VI, Nr. 43 erwähnte, sog. “Anlage A”, im PA auch verfilmt als L 311/ 096 758-69, vgl. ebd., Anm. 1. Siehe dazu in Bezug auf die obigen Ausführungen in Kap. III. (1.1.9) auch PA, R 23696 mit der Filmnummer (L 096748-51).

[1916] Ebd., R 23688 (Filmnummer L 309/ L 096 134). Nur die Paraphe Maltzans ist eindeutig auf den 16. April (1922) datierbar, zudem kann eine Paraphe Wirths dem 17. April zugeordnet werden, über der offenbar ein hschr. Verweis an den Reichskanzler notiert ist. Die Vorlage wurde als Tel. Reichskanzler Wirths gedruckt als: ADAP A VI, Nr. 56, wo der Paraphe Rathenaus das Datum des 17.4.1922 zugewiesen wird, was nicht ganz eindeutig erscheint, ein weiteres Exemplars bei PA, R 28204, 241 (D 738387).

[1917] Vgl. die Erinnerungen von Stampfer, S.269. Friedrich Stampfer sollte in seinen Erinnerungen Rathenau und Wirth zubilligen, diese seien „Politiker genug“ gewesen um zu erkennen, dass der Vorwurf der Illoyalität und der „Eindruck bösartiger Überrumpelung“ durchaus wog. Aufgrund fehlender Quellen legte er hier da, der Rapallo-Vertrag könne hier nur insofern als positive „geschichtliche Tat“ bewertet werden, wenn die Begründung der deutschen Verantwortlichen tatsächlich zugetroffen habe, dass „nur eiligstes Zugreifen (…) das Einrücken Sowjetrusslands in die Siegerfront und die Erneuerung des Zweibunds (hätte) verhindern können.“, vgl. Stampfer, S.270f.

„Der Reichsminister Rathenau besprach die Lage mit Tschitscherin und schlug eine nochmalige Prüfung des Wortlautes des Vertrages vor, insbesondere die erhöhte Forderung einer Garantie für gleichartige Behandlung Deutschlands mit anderen Staaten im Falle der Sozialisierungsschäden. Wir frühstückten darauf allein im Hotel Zentral. Dann begab[enl sich Herr Gaus und ich verabredungsgemäß zu Litwinow, um mit ihm den Wortlaut des Vertrages und die erhöhte deutsche Forderung nochmals durchzusprechen. Die erhöhte deutsche Forderung auf volle Meistbegünstigung der Sozialisierungsschäden wurde nach einstündigem Verhandeln von Litwinow vorbehaltlich der Genehmigung der übrigen russischen Delegierten akzeptiert. Die Forderung der Russen, sämtliche Föderativstaaten, insbesondere die Ukraine, in den Vertrag aufzunehmen, wurde mündlich mit der Maßgabe zugestanden, dass eine derartige Ausdehnung nach Genua in geeignet erscheinender Form in Aussicht genommen sei. Der Vertrag wurde daraufhin fertiggestellt und von dem Herrn Reichsminister Rathenau und Herrn Tschitscherin gegen 6 Uhr 30 abends gezeichnet. Nach unserer Rückkehr nach Genua besuchte Sir Basil Blackett den Reichsminister, der ihm sofort über die zwischen den Russen und uns getroffene Einigung Mitteilung machte. Sir Basil Blackett soll die Mitteilung ruhig und sachlich entgegengenommen haben und durchaus nicht erstaunt gewesen sein.“[1918]

Über den Ablauf, die Atmosphäre und den inneren Gehalt der deutsch-russischen Verhandlungen am Ostersonntag in Rapallo befindet sich bei den Akten ergänzend eine undatierte und ebenso nicht besonders ergiebige Notiz mit dem Titel „Bemerkungen von Herrn v. Maltzan“. Hier war der Ministerialdirektor insbesondere bemüht, deutlich zu machen, dass von deutscher Seite aus zunächst lediglich eine Paraphierung des deutsch-russischen Vertrages durch den Staatssekretär Wirtschaft von Simson angestrebt worden sei.[1919] Dem lagen aber offenbar eher verhandlungstaktische Überlegungen zugrunde: Es dürfte insbesondere Ministerialdirektor Maltzan klar gewesen sein, dass das abermalige deutsche Vorbringen eines solchen Paraphierungswunsches, der wie schon in Berlin nicht im Interesse der sowjetrussischen Außenpolitik lag, ein Verhandlungskapital darstellte, welches gegen ein anderweitiges sowjetrussisches Zugeständnis deutscherseits wieder zurückgenommen bzw. aufgegeben werden konnte.[1920]

Andere, allerdings höchst zweifel- und erkennbar anekdotenhafte Quellen hoben ebenfalls in Abweichung zu den Angaben Maltzans in seiner „ausführlichen Aufzeichnung“ hervor, dass Rathenau auch noch am Nachmittag des 16. April 1922 lange über die Unterzeichung des Vertrages nachgedacht und gezögert haben soll, den Vertrag zu unterzeichnen.[1921] Die Forschung hat zu dieser Frage vor allem auf die Angaben Harry Graf Kesslers verwiesen, der ohne direkte

---

[1918] ADAP A VI, Nr. 59, S.129f.

[1919] PA, R 23696 (L 096761). Hier heißt es: „1.) Die Russen sind sogar zum sofortigen Zeichnen des anliegenden Vertragsentwurfs bereit. Es wurde ihnen nur Paraphieren durch einen Staatssekretär in Genua zugesagt. 2.) Herr v. Maltzan ist mit Artikel 2 – der im Gegensatz zu Vorschlag Simson, den die Russen ablehnten, steht – einverstanden. 3.) Zusatz am Schluß unbedenklich 4.) Tschitscherin bereit, georgische Note zurückzuziehen. 5.) Herr v. Maltzan jetzt bei Geheimrat Deutsch (Frühstück) zu erreichen.“

[1920] Die 1970 im Vorwärts veröffentlichten, angeblich von Friedrich Gaus aus den 1950er Jahren stammenden Erinnerungen über den Verlauf der deutsch-sowjetrussischen Verhandlungen in Rapallo am 16. April 1922 erwähnen eine solche deutsche Paraphierungsabsicht allerdings nicht. Vgl. „1922: Rapallo – wie es wirklich war“, Vorwärts, 7.10.1971.

[1921] Ebd. Bezüglich des Ablaufs der Ereignisse am 16. April 1922 wird u.a. ausgeführt, Rathenau, Simson, Maltzan und Gaus seien „in den frühen Morgenstunden“ mit einem Kraftwagen „in aller Heimlichkeit“ nach Rapallo gefahren. Die Aussage, es hätten „sofort Besprechungen des mitgebrachten deutschen Vertragsentwurfs“ begonnen, wurde offenbar von einem Redakteur oder von Kempner in Klammern hinzugefügt „(von Gaus gefertigt)“. Es heißt dann u.a. weiter: „Rathenau, der sich während der Fahrt seinen Mitarbeitern gegenüber in völliges Stillschweigen gehüllt hatte, zögerte jedoch offensichtlich, zum formellen Abschluß zu kommen und verließ unter dem Vorwand, dass er einen in der Nähe des russischen Quartiers wohnenden Freund [gemeint ist Freiherr Mumm von Schwarzenstein, ehemaliger deutscher Botschafter in Tokio, der ein Anwesen in Portofino besaß, Anm.d.Verf., vgl. Gespräche mit Rathenau, S.361, Anm.1] besuchen müsse und dass die russischen Herren die Formulierungsfragen mit Maltzan und Gaus besprechen möchten, das Hotel zusammen mit Staatssekretär von Simson. Er versprach, *gegebenenfalls* [Herv.d.Verf.] am Nachmittag wiederzukommen.“

eigene Anwesenheit meinte referieren zu können, dass Rathenau von einem Besuch des deutschen Botschafters in Tokio, von Mumm, in dessen Haus in Portofino nach dem Mittagessen ins Hotel Central nach Rapallo zurückkehrte. Auf die Mitteilung des Ministerialdirektors, der Vertrag sei fertig und harre der Unterschrift durch den deutschen Außenminister, sei Rathenau dann „einige Male schweigend im Zimmer auf und ab(gegangen)“. Er habe dann schließlich geäußert: „Le vin est tiré, il faut le boire“, sei ins Auto gestiegen und zur Unterzeichnung des Vertrages ins Hotel Imperiale ins nahe Santa Margherita Ligure gefahren.[1922] Dufour wiederum berichtete dagegen im Mai 1922, Rathenau sei während der Verhandlungen am Ostersonntagnachmittag (abermals) nur „sehr schwierig“ umzustimmen gewesen; die Einwilligung des deutschen Außenministers wäre zudem erst „nach langer Argumentation und eindringlichem Zureden Maltzans“ erreicht worden.[1923]

Ob dann nicht hierbei - im Anschluss an die oben diskutierte Problematik des Tagebucheintrags D'Abernons vom 2. Oktober 1926 - eine Rücktrittsdrohung Maltzans o.ä. fiel und der britische Botschafter somit durch ein Missverständnis eine solche Äußerung unzutreffender Weise auf die Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 bezog, kann und muss mit erwogen werden, da dies durchaus plausibel erschiene. Allerdings ist auch an dieser Stelle zu berücksichtigen, dass die Ausführungen Dufours nicht auf persönlicher Anwesenheit basierten, was somit auch hier den Quellenwert einer solchen Vorstellung stark vermindert. Denn Dufour wies an dieser Stelle sogar selbst darauf hin, dass ihm der genaue Ablauf der Verhandlungen am 16. April 1922 unbekannt geblieben sei. Des Weiteren schilderte er im Gegensatz zu seiner Darstellung in Bezug auf das zögernde Verhalten von Außenminister Rathenau kurz vor der Vertragsunterzeichnung selbst nachdrücklich, dass sich Rathenau von seiner Entscheidung zumindest im Nachhinein sehr überzeugt gezeigt habe.

Es dürfte aber gerade dieser zuletzt genannte Hinweis Dufours sein, dem letztlich entscheidendes Gewicht zukam: Denn unter Berücksichtigung insbesondere der Quellen, die von Rathenau selbst stammen, scheint es angezeigt, mit recht weitgehender Sicherheit anzunehmen, dass der deutsche Außenminister die Vertragsunterzeichnung zwar erst nach einer abermaligen, intensiven Abwägung der Vor- und Nachteile, letzten Endes aber eindeutig und in erster Linie aus eigener Überzeugung vorgenommen hat, ohne dass er diesbezüglich von Seiten Maltzans unter Druck gesetzt wurde. Im Ganzen war es zudem nicht verwunderlich, dass sich Rathenau der Bedeutung dieses außenpolitischen Schrittes und seine persönliche politische Verantwortung dafür in hohem Maße bewusst war und sich deshalb emotional angespannt zeigte. Sein Abwägungsprozess ist jedenfalls, insbesondere in Bezug auf eine angebliche Rücktrittsdrohung oder Druckausübung seitens Ministerialdirektors Maltzan, vielfach in unzulässiger Weise dargestellt worden.

Allerdings hat Maltzan in seiner „ausführlichen“ Rapallo-Aufzeichnung ebenfalls einen Sachverhalt nicht thematisiert, der den Ablauf der entscheidenden deutsch-russischen Verhandlungen mitgeprägt haben soll und in spektakulärer Weise als „Störmanöver“ bezeichnet wurde: Ein angeblicher Telefonanruf von Lloyd George bei der deutschen Delegation am Ostersonntagnachmittag. Gaus soll

---

[1922] Vgl. Euler, S.337.

[1923] Dufour an Sthamer, 20. Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10, S.5. So heißt es bei ebd., S.6 u.a.: „Rathenau gegenüber habe ich das auch zum Ausdruck gebracht, hinzufügend, dass wir doch keinen politischen und wirtschaftlichen Vorteil aus der Verbindung mit Russland ziehen könnten, ohne die Mitarbeit eines kapitalkräftigen Staats, wie Großbritannien oder die Ver(einigten) Staaten. Er meinte, die deutsche Industrie würde die Wiederaufbau Arbeit in Russland, soweit Deutschland in Frage käme, auch allein ausführen können, was ich für falsch halte.“ Dass sich die Befürchtungen Dufours nicht bestätigten, zeigte im Übrigen seine anschließende, ebenfalls nachträgliche Äußerung: „Indes(,) die letzten 2-3 Wochen haben eine gänzliche Veränderung der Situation hervorgerufen – Gott sei Dank!“, ebd.

daran erinnert haben, dass die „Endredaktion des Vertragstextes“ relativ „schnell beendet“ war, dann jedoch „Maltzan von Wirth ans Telefon gerufen (wurde), um von diesem zu hören, dass er und Rathenau soeben von Lloyd George zu einer persönlichen Zusammenkunft am gleichen Tage eingeladen worden seien.“ Der deutsche Ministerialdirektor habe daraufhin „sofort die Bedeutung dieses Vorganges für seine eigenen Pläne“ erkannt. Er „fragte zurück, ob sich dadurch seine Instruktionen in der russischen Frage ändern und erhielt von Wirth eine verneinende Antwort.“ „Trotzdem“ sei Maltzan „in schwerster Sorge“ zurückgeblieben, „ob nicht Rathenau seinerseits durch die Aussicht auf die langersehnte Besprechung mit Lloyd George zu einem Fallenlassen des deutsch-russischen Projektes bewogen werden würde.“[1924] Und diese Befürchtung habe sich unter anderem auch darauf gegründet, dass dem Ministerialdirektor die persönliche Einstellung Rathenaus und dessen Abneigung gegen den kommunistischen Osten“ bekannt gewesen sei.

Diese angeblich von Gaus aus den 1950er Jahren stammende, aus quellenkritischer Sicht hochproblematische „Erinnerung“ von Gaus vermag nicht zu überzeugen.[1925] Schon das mannigfach belegbare, hochdifferenzierte Russland-politische Denken Rathenaus (zu erwähnen ist nur die oben anführte, von Rathenau mitverfasste umfangreiche Denkschrift vom 17. Februar 1920[1926]) stand dem deutlich entgegen. Und dies gilt weithin ebenso für die spektakuläre Vorstellung, Maltzan habe angenommen, „dass Lloyd George durch die italienischen Wachposten in Rapallo von der Fahrt der Delegation dorthin Kenntnis erhalten habe und nun mit einer plötzlichen Einladung ein Störungsmanöver beabsichtigte.“[1927]

[1924] Vgl. „1922: Rapallo – wie es wirklich war“, Vorwärts, 7.10.1971. Von der Redaktion des Vorwärts wurde hier offenbar auch noch eine ‚interpretierende’ Zwischenüberschrift „Störmanöver befürchtet“ eingefügt, was den Wert der Quelle trotz der innerhalb der ‚Erinnerungenschreiber’ konkurrenzlosen Nähe von Gaus zu den historischen Vorgängen noch weiter vermindert.

[1925] Unklar bleibt bei ebd. u.a., ob der erste Teil des vermeintlichen Artikels von Gaus nicht von Kempner oder von der Vorwärts Redaktion stammt, da dieser erst danach auf den Bericht des „Augenzeugen Gaus“ überleitet. Auch in diesem zweiten Teil (Erinnerungen nur an den 16. April 1922) macht der angeblich von Gaus stammende Text ebenfalls nicht kenntlich, dass diese Aufzeichnung von Gaus stammt, zumal dieser hier von sich lediglich in der dritten Person spricht. Vgl. Robert M.W. Kempner, „Die falsche Parallele“, Vorwärts, 7.10.1971. Zum Lebensweg von Friedrich Gaus (1881-1955) vgl. ADAP, Ergänzungsband zu den Serien A-E, S.440.

Zur Antwort von Gaus vom 21.5.1955 auf ein Schreiben von Schlesinger an ihn vom 16.4.1955 (PA, NL Schlesinger, Bd.2, 050ff.), vgl. ebd., 053ff. Es heißt hier u.a.: Sehr deutlich steht mir in allgemeiner Hinsicht noch vor Augen, dass damals auf deutscher Seite der *absolute Protagonist* [Herv.d.Verf.] in der Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen Ago von Maltzan war. Er betrieb die Verwirklichung seiner politischen Idee mit einer Energie und Geschicklichkeit, wie ich sie kaum jemals bei einem anderen Diplomaten habe beobachten können. Das war ganz besonders in den entscheidenden Tagen während der Konferenz in Genua von Bedeutung.“, ebd. 054.

[1926] Ebd. (PA), R 2029, MF 14974. Siehe dazu oben Kap. II.3.

[1927] Vgl. „1922: Rapallo – wie es wirklich war“, Vorwärts, 7.10.1971. Es heißt hier allerdings dann weiter, Maltzan habe seinen Außenminister „telefonisch von der Mitteilung Wirths verständigt“. Rathenau wollte demnach dann „noch einmal“ mit allen seinen Mitarbeitern Rücksprache nehmen, wozu ein „gemeinsames Frühstück in einer kleinen italienischen Trattoria in Rapallo“ verabredet worden sei, was sich zwar mit den Angaben Maltzans bzgl. des Ostersonntagmittag zumindest in der Sache weitgehend deckt. Und der Außenminister habe sich während dieser Unterredung „zunächst noch einer entschiedenen Stellungnahme“ enthalten und auf die Frage, „was den Sowjet-Vertreter nun gesagt werden solle“, erklärt, „er müsse darüber einige Minuten draußen am Strande vor dem Restaurant nachdenken.“ Erst nach einer weiteren, offenbar durchaus längeren Bedenkzeit, in der der deutsche Außenminister dort „auf- und abgewandelt“ sei, sei „mit ernstem Gesicht“ zu seinen Mitarbeitern zurückgekommen und habe „seinen Entschluß“ mit dem Sprichwort bekannt gegeben „Le bouchon est tiré, il faut boire.“

Diese Angaben hinsichtlich der Entscheidungsfindung Rathenaus erscheinen im Ganzen plausibel, was mit Abstrichen wohl auch für die Bemerkung gelten kann, Ministerialdirektor Maltzan sei „von seinem Erfolg natürlich auf höchste befriedigt“ gewesen. Zwar kommt es in den Erinnerungen von Gaus zu weiteren zeitlichen Angaben, die zweifelhaft bzw. ungenau erscheinen. So hieß es in der Vorlage, die deutschen Vertreter seien danach „gemeinsam zum russischen Quartier“ zurückgefahren und hätten dort dann ohne weiteres den Vertrag unterzeichnet“, womit also - in Bezug auf den genauen Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung, die sonst auf den frühen Abend datiert wird - erst recht nicht von einem gemeinsamen „Frühstück“ der deutschen Vertreter gesprochen werden kann. Wie hoch man aber auch immer den

Allerdings wird der angebliche „Anruf von Lloyd George“ bei der deutschen Delegation in Genua auch von anderen Quellen erwähnt. Nach Dufour hatte jedoch am Nachmittag des 16. April 1922 nicht etwa Lloyd George oder ein Mitglied der britischen Genua-Delegation, sondern der italienische Außenminister Schanzer im Hotel Eden angerufen, und zwar mit der Bitte, „der Reichskanzler und Rathenau möchten zu ihm kommen, um Lloyd George zu treffen“. Und hiernach habe sich dann gerade der deutsche Ministerialdirektor für eine Begegnung Wirths mit Schanzer bzw. Lloyd George, und zwar in Begleitung Dufours eingesetzt:

> „Rathenau war nicht zu erreichen und Maltzan telefonierte von Rapallo aus, der Reichskanzler möchte mit mir zu Schanzer gehen, was der Reichskanzler aber ablehnte, weil er wohl Verhandlungen ohne Rathenau ausweichen wollte.“[1928]

Unabhängig von der Frage nach der Richtigkeit ebenso dieser abweichenden Darstellung ist jedoch nicht erkennbar, dass die von Maltzan für den Ostersonntagnachmittag vorgebrachten Angaben einer verfälschenden oder entstellenden Tendenz unterliegen - auch wenn sie dieses angebliche, offenbar aus dem Hotel der sowjetrussischen Delegation im heutigen Santa Margherita geführte Telefonat Maltzans und seine damit verbundene Empfehlung an den im Zentrum von Genua verbliebenen Reichskanzler nicht erwähnt. Denn ohnehin war es offenkundig, dass diese möglicherweise tatsächlich erfolgten britischen Anfragen zu spät erfolgten und die deutsch-russischen Verhandlungen nicht mehr abgebrochen werden konnten, ohne sich gerade auch aus deutscher Sicht in eine noch gravierendere Russland-politische Unsicherheit zu begeben oder sich endgültig einer deutscherseits de facto danach nicht mehr zu beeinflussenden Entscheidung der anderen Mächte preiszugeben.

Es war der stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Litwinow, der mit Datum vom 17. April 1922 die von ihm vermeintlich wahrgenommene „Angst“ betonte, die auf deutscher Seite bei den Verhandlungen am 16. April 1922 spürbar gewesen sei. Durch die geschickte Taktik der sowjetrussischen Genua-Delegation, so hieß es hier selbststilisierend, sei der deutschen Außenminister Rathenau regelrecht „halb lebendig und halb tot“ in Santa Margherita eingetroffen, um die deutsch-russischen Verhandlungen wieder aufzunehmen.[1929]

---

genauen Authentizitäts- und Zuverlässigkeitswert dieser Quelle letzten Endes einordnet - ihre zentrale Botschaft blieb an dieser Stelle diejenige, dass Außenminister Rathenau sehr intensiv mit der „Rapallo-Entscheidung“ gerungen habe und damit offenbar bis zum Schluss auf entscheidender deutscher Seite Handlungsalternativen reflektiert wurden. Es war zudem offenbar das das auch hier in etwas abgewandelter Form zitierte, von Rathenau bei seinem Entschluss verwendete französische Sprichwort, das - wie oben erwähnt - nachfolgend über im Einzelnen unbekannt bleibende Kanäle u.a. auch Harry Graf Kessler zu Ohren kam, und sich daher auch in dessen Tagebüchern wieder findet.

[1928] Siehe dazu das von Schubert an Sthamer unter dem 20.4.1922 weitergeleitete Schreiben Dufours an Schubert vom 18.4.1922, ebd., Bd.9.

Auch der Sozialdemokrat Anton Erkelenz machte den schwierigen deutschen Entscheidungsprozess aus seiner, in der Sache allerdings recht eingeschränkten Perspektive deutlich: Erkelenz schilderte in seinen Angaben zum 16. April 1922 den Ablauf des Ostersonntags insofern, dass er an diesem Morgen drei Stunden zu Fuß offenbar in der Umgebung von Portofino gewandert sei und erwähnte dabei, dass neben der japanischen Delegation auch eine Wagenkolonne mit „Maltzahn (sic), Gauss, d.h. also die deutsche Gruppe, die mit den Russen verhandelt!“ an ihm vorbeifuhr. Die in diesem Zusammenhang herumkursierenden Gerüchte hielt Erkelenz dahingehend fest, man sage „hier, die Verhandlungen England-Frankreich mit Russland seien abgelaufen“, und „von unserer Seite werden dafür die Verhandlungen schärfer geführt.“ Die von ihm hierbei konstatierte, vermeintliche Tendenz, es gäbe Stimmen für einen verständigungsvolleren Umgang mit Frankreich, wies allerdings im Grunde schon bei einem Blick auf die oben skizzierten Meldungen in der Presse am 15. und 16. April 1922 ein politischen Wunschdenken aus, das zu dieser Zeit an der Realität vorbeilief, vgl. BAK, NL Anton Erkelenz, Nr.19, Fiche 3, 175.

[1929] Litwinow an Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, 17.4.1922, Deutsch-sowjetische Beziehungen,

Eine solche atmosphärische Schilderung und persönliche Skizze vom Erscheinungsbild Rathenaus mag trotz einiger Bedenken noch plausibel erscheinen - schon in Bezug auf die angespannte deutsche Lage und das Arbeitspensum Rathenaus. Diese Darstellung ließ jedoch unerwähnt, dass der Außenminister, Maltzan und die anderen deutschen Vertreter nicht von einem zähen vertraglichen Ringen mit den sowjetrussischen Vertretern absahen und der Ausgang der Verhandlungen sowohl als Ganzes als auch hinsichtlich einiger inhaltlicher Einzelfragen noch sehr wohl offen war. Die Gespräche konnten jedenfalls - ohne weitere Annäherung gerade von Seiten der sowjetrussischen Vertreter, die zumindest ein gleich großes Interesse an der Vertragsunterzeichnung hatten - immer auch noch scheitern. Denn aus dem endgültigen Wortlaut von Art. 2 Rapallo-Vertrag geht gerade in diesem Zusammenhang hervor, dass sich offenbar beide Seiten noch einmal aufeinander zu bewegten.[1930] So war die „vertrauliche" Korrespondenz zwischen Rathenau und Tschitscherin, die sich auf diesen bis zuletzt hart umkämpften Artikel bezog, ein Verhandlungsergebnis, das erst am Nachmittag des 16. April 1922 in dieser Form ausgehandelt und formuliert wurde. Und hierbei waren die Vertragsparteien nachdrücklich darum bemüht, zumindest eine vorläufige Regelung bzgl. der so genannten „Sozialisierungsschäden", die durch die sowjetrussischen Gesetzgebungsmaßnahmen im Anschluss an die Revolution von 1917 entstanden waren, zu finden.[1931] Es waren also bis zuletzt Detailfragen rechtlich-finanziellen Inhalts wie zum Beispiel die im Vergleich zu den Verhandlungen in Berlin nochmals modifizierte Fassung des Art. 2 Rapallo-Vertrag sowie die Ausarbeitung einer vertraulich dem Vertrag beigefügten interpretierenden Korrespondenz, die in den deutsch-russischen Verhandlungen noch bis zuletzt Gewicht und Konfliktlinien beanspruchten.

Sachprobleme dieser Art wurden nachfolgend unter anderem auch in einem Telegramm hervorgehoben, das der deutsche Außenminister mit der Klassifizierung „Dringend!" an den in Berlin verbliebenen Staatssekretär Haniel richtete.[1932] Rathenau wies ausdrücklich darauf hin, dass in

---

Bd.2, Nr.270.

[1930] Siehe dazu im Einzelnen z.B. auch die Aufz. über eine Unterredung zwischen Rathenau und Cuno, 22.4.1922, PA, R 28207, 102-103 (D 739247-48).

[1931] Nach einem merkwürdiger Weise nicht explizit als geheim klassifizierten Telegramm Nr. 83 wurde als „geheimer Notenwechsel" ein von Tschitscherin gezeichnetes Schreiben angegeben, vgl. Simson an AA, Nr. 83, (17).4.1922, ebd., R 23711, 041. Am unteren Rand einer Abschrift dieses Telegramms vermerkte Maltzan „im Anschluss an Telegramm Nr. 82", Staatssekretär v. Haniel dieses Schreiben Tschitscherins als Telegramm Nr. 83 und als Teil des Geheimen Notenwechsels zwischen den Vertragschließenden nach Berlin zu senden, ebd., R 23688 (L 096139-40).

Das Originalschreiben befindet sich bei den Akten, Tschitscherin an Rathenau, 16.4.1922, ebd. (L 096163-4) und bestätigte „mit der Bitte um vertrauliche Behandlung" in Bezug auf die Unterzeichnung des Vertrages, dass „in Bezug auf die in Artikel 2 des Vertrages getroffenen Vereinbarungen [...] die beiden Vertragsschliessenden darüber einig (sind), dass im Fall einer späteren Anerkennung der in diesem Artikel erwähnten Ansprüche seitens Russland einem dritten Staate gegenüber die Regelung dieser Frage zwischen Deutschland und Russland besonderen künftigen Verhandlungen vorbehalten wird, und zwar auf der Grundlage, dass die früheren deutschen Unternehmungen ebenso behandelt werden sollen wie gleichartige Unternehmungen des betreffenden dritten Staates." Zudem stellte Tschitscherin fest, dass die deutsche Regierung sich verpflichtet habe, „an den einzelnen Unternehmungen des internationalen Wirtschaftskonsortiums in Russland nur nach vorheriger Vereinbarung mit der Regierung R.S.F.S.R. teilzunehmen" und dass die deutsche Regierung sich ausdrücklich „die volle Handlungsfreiheit inbezug auf etwaige selbstständige industrielle und kaufmännische Unternehmungen in Russland ausserhalb des Rahmens des Internationalen Wirtschaftskonsortiums" vorbehalten habe.

Bei den Akten findet sich auch eine Aufzeichnung über die Gesamtsumme der deutschen Forderungen gegen Russland, die Hauschild Maltzan „zur Ergänzung des dort vorliegenden Materials über deutsche Forderungen gegen Russland" mit Datum vom 16.4. und Eingangsdatum vom 20.4.1922 übersandte. In dieser Aufz. wurde ein Gesamtbetrag der Forderungen mit 1.363,5 Millionen Mark beziffert, Hauschild an Maltzan, 16.4.1922, ebd., R 23684, 094-095.

[1932] Tel. Rathenau an AA Nr. 82, 16.4.1922, ebd. (PA), R 28206, 027-29 (D 738914-16). Diese Vorlage trug das Datum vom 16. April 1922 und ging am 17. April um ein Uhr dreißig nachts in Berlin ein. Es heißt hier u.a.: „Bereits gemeldete Verhandlungen (der) Entente mit Russland unter Ausschluß Deutschlands und der vier Vertreter kleinerer Staaten ließen gestern abend nach übereinstimmenden glaubwürdigen Meldungen Abschluß (eines) Vertrags (der) Entente mit Russland vermuten. Russland ließ in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag vertraulich durchblicken, dass es trotzdem bereit sei,

Bezug auf die Art. 1c und 4 Rapallo-Vertrag nunmehr auch in expliziter Form ein Ratifikationsvorbehalt vereinbart worden war, was natürlich auch in Bezug auf seine eigene „Rapallo-Rolle“ sowie hinsichtlich der Gesamtbewertung der Entstehungsgeschichte und des Inhalts des Vertrages in besonderer Weise zu betonen ist. Obgleich es innerhalb der deutschen Diplomatie daran anschließend noch zu zwischenzeitlichen Schwierigkeiten in der Übermittlung des genauen Wortlautes des deutsch-russischen Vertrages kam[1933], zeigte zudem insbesondere auch der Gesamtinhalt dieses Telegramms die bedrängte Lage der deutschen Genua-Delegation am 15. und 16. April 1922 in einer weitgehend ähnlichen Weise, wie sie Ministerialdirektor Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung im Nachhinein noch einmal zusammenfassen sollte.

Bemerkenswert ist weiter, dass sich möglicherweise die allgemeine politische und auch verhandlungstechnische Anspannung aller am Ostersonntag 1922 an den Verhandlungen im Delegationshotel der sowjetrussischen Abordnung in Santa Margherita beteiligten Akteure zumindest teilweise in einer gewissen Hast bei der Endredaktion des Rapallo-Vertrages niederschlagen sollte. Bei einem genaueren Blick auf das heute vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin aufbewahrte Original des Vertrages wird jedenfalls erkennbar, dass es offenbar keinem der damals anwesenden deutschen und sowjetrussischen Vertreter zum einen auffiel, dass Maltzan im Rahmen seiner handschriftlichen Benennung der Vertragsunterzeichner im Kopfbereich der Vorlage den Vornamen seines Außenministers ohne „h“ schrieb. Zum zweiten musste er dann zur Unterbringung des Nachnamens Rathenau seine Handschrift auch noch merklich absenken, damit der Name des

---

die in Berlin unterbrochenen Verhandlungen betreffend russischen Verzicht auf 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] sowie Gewährung Meistbegünstigung unter dort bekannten Bedingungen wiederaufzunehmen. (Die) Wiederaufnahme ist von sämtlichen anwesenden Sachverständigen und Gewerkschaftsführern sowie Parteivertretern aufs dringlichste unterstützt worden. Engländer wurden vertraulich auf (die) Notwendigkeit direkter Verständigung mit Russland hingewiesen. Darauf fanden heute während des Tages Besprechungen in Rapallo mit den Russen statt. Situation ergab Unmöglichkeit der Aufschiebung, da schon morgen Wiederaufnahme Verhandlungen Russlands mit Entente zu erwarten stand. (Die) Russen erklärten, dass sie in diesem Falle unter Druck möglicherweise abschließen müßten. (Die) Gefahr (einer) endgültigen Ausschaltung erschien somit drohend. (Am) Abend ist daraufhin deutsch-russischer Vertrag vom Reichaußenminister Rathenau und Tschitscherin unterzeichnet (worden). Inhalt übereinstimmend mit Entwurf bei Hauschild, jedoch mit (dem) Zusatz, dass hinsichtlich derjenigen Artikel, welche der Genehmigung des Reichstags bedürfen, Ratifikation vorbehalten bleibt. Geheimer Zusatz dortigen Entwurfs ist in vertraulichem Notenwechsel aufgenommen. Dabei ist Vereinbarung neuer Verhandlungen über Sozialisierung Schäden für den Fall der Anerkennung solcher Schäden gegenüber dritten Staaten zu unseren Gunsten dahin erweitert worden, dass Behandlung deutscher Unternehmungen in Russland die gleiche wie die Behandlung der Unternehmungen dritter Staaten sein muß. (…) Halte Vertrag für wertvoll, da er durch wechselseitigen Verzicht auf Ansprüche wirklich friedliches Verhältnis begründet und durch Meistbegünstigung künftige Beziehungen einleitet.“ Die Vorlage trägt am linken Rand die Paraphe v. Haniels. Weitere, gleichlautende Exemplare befinden sich bei PA, R 28204, 242-244 (D 738388-90) und PA, R 23711, 042-44. Ein Arbeitexemplar befindet sich auch bei PA, R 23688. Aus diesem geht hervor, dass der Entwurf wohl von Maltzan stammte und von Rathenau am linken Rand hschr. korrigiert wurde. Das Telegramm, das Rathenau persönlich an Haniel richtete, ist auch gedruckt als: AdR, Kab. Wirth II, Nr.250, Anm. 1, S.716f.

[1933] Hauschild wies am nächsten Tag darauf hin, „der endgültige Wortlaut des Vertrages (sei) nach dem Telegramm Nr. 82 aus Genua nicht ersichtlich: Die in Punkt 3 durch Deckblatt kenntlich gemachte Abänderung stellt die letzte hiesige Fassung dar, bei der vorgesehen war, dass der unmittelbar folgende geheime Zusatz weg bleiben sollte. Nach Telegramm Nr. 82 ist dieser geheime Zusatz in () dem aus Telegramm Nr. 83 ersichtlichen Wortlaut durch streng geheimen Notenwechsel wieder (aufgelebt). Ob der zweite geheime Zusatz wegen Artikel 260 Versailler Vertrag beibehalten wurde (,) läßt sich vorläufig noch nicht erkennen.“, G.A. Hauschild, 17.4.1922, ebd., R 23711, 045.

Diese Unklarheiten wurden aber bald ausgeräumt: Mit Datum vom 23.4.1922 übersandte Maltzan dem Auswärtigen Amt in Bezug auf Telegramm No. 97 eine „beglaubigte Abschrift des Vertrags von Rapallo und der dazugehörenden russischen Note“. Die entsprechende deutsche Note habe „den gleichen Wortlaut“, er wolle jedoch darauf hinweisen, „dass die Note unbedingt geheim zu halten ist.“, Maltzan an AA, 23.4.1922, ebd., R 23688 (L 096263), auch bei ebd., R 83435, 169 (L203596) mit nochmaliger Bestätigung Maltzans, der den Vertrag mit „Kurier Boethke“ absandte, ebd., 173 (L203600); das Schreiben Tschitscherins an Rathenau vom 16. April 1922 befindet sich hier in Abschrift bei ebd., 171-172 (L203598-99).

deutschen Außenministers überhaupt noch in der gleichen Zeile Platz finden konnte. Weitere, ein wenig improvisiert wirkenden Merkwürdigkeiten kommen hinzu: Obwohl Maltzan in seinen anderweitigen Dokumenten Tschitscherin immer ohne „e“ am Schluss schrieb, findet sich auf der Originalurkunde des Rapallo-Vertrages eine französisierte Namenschreibweise des sowjetrussischen Volkskommissars („Tschitscherine“).[1934]

Aus der Sicht Rathenaus, Maltzans und Wirth aber war damit kurzfristig ein deutlich „ideologieabgewandter“[1935] Vertrag abgeschlossen worden, dem im Wesentlichen finanziell-rechtliche Erwägungen zugrunde lagen. „Mehr“ stand im Grunde nicht „dahinter“.[1936] Mit Rapallo wehrten sich Rathenau, Maltzan und Wirth vor allem dagegen, dass Deutschland erneut eine Rolle als „Objekt der Politik der anderen“ zugewiesen wurde. Und letztlich unterschieden sie sich insoweit nur wenig von den Bestrebungen Bundeskanzler Adenauers in den ersten Jahren nach 1949.[1937]

8. „Certes, les Allemands ont été violemment irrités“

Wie aber schätzte am Ostersonntag 1922 die französische Diplomatie die gegenwärtigen Konferenzsituation ein? Auch nach Renata Bournazel zeigte sich der französische Regierungschef über das Schreiben Barthous hinsichtlich der Isolation und bedrängten Lage der deutschen Genua-Delegation sichtlich zufrieden.[1938] Und der Glückwunsch, den er in diesem Zusammenhang übermittelte und dabei die alliierte Geschlossenheit lobte, ist von der Forschung bereits zu Recht als „une félicité éphémère“[1939] bezeichnet worden. Während Rathenau, Maltzan und Gaus die Verhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern wieder aufnahmen, war es Poincaré, dem diese Entwicklung ja noch unbekannt war, kurz nach Mittag des 16. April 1922 jedenfalls nur wichtig zu betonen, die französische Delegation habe nach wie vor „avec la plus grande énergie“ Gegenmaßnahmen zu ergreifen, wenn in Genua auch nur ein Wort über die Reparationsfrage gesprochen werde.[1940] In Bezug auf die Verhandlungen in der Villa D’Albertis, die in Bezug auf Artikel 6 Londoner Memorandum eine noch erhöhte deutsche Reparationsschuld anstrebten, habe

---

[1934] Siehe dazu die einleitend als Farbkopie vom Original des Vertrages beigefügte Vorlage, im PA, Verträge, 2, Akten der Abteilung IV (Russland), Bd.1: „Rapallo-Vertrag vom 16.4.1922 zwischen Deutschland und Rußland und seine Ausdehnung auf die übrigen Staaten Rußlands vom 5.11.1922 (…)“.

[1935] Siehe die Verwendung dieses Adjektivs auch bei Zeidler, S.307. Hier heißt es u.a., die „Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee“ gehöre „zur realpolitischen, wenn man so will, zur ideologieabgewandten Seite dieses Jahrhunderts“, wenn man das 20. Jahrhundert vornehmlich als ein „Zeitalter der Ideologien“ verstehen wolle.

[1936] Gegenteilig Haffner, Von Bismarck bis Hitler, S.185, der den Vertrag in den Kontext der „vorher schon lose eingeleiteten deutsch-russischen militärischen Zusammenarbeit“ stellt.

[1937] Vgl. Der Auswärtige Ausschuss 1949-1953, Halbband 2, S.923 (93. Sitzung am 3.9.1952). Bundeskanzler Adenauer trieben demnach bei seinen Ausführungen im September 1952 durchaus zumindest vergleichbare Sorgen um, wie sie am 14. und 15. April 1922 insbesondere Rathenau und Wirth und Maltzan bewegten. So stellte Adenauer die grundsätzliche Frage: „Wie konnte es verhütet werden, dass eine Verständigung zwischen Sowjetrussland auf der einen Seite und den Westalliierten auf der anderen Seite auf dem Rücken Deutschlands erfolgte?“ Adenauer beantwortete diese Frage nach dem zweiten Weltkrieg im Grunde nicht anders als es Rathenau, Maltzan und Wirth im April 1922 auch taten: „Nach meiner Auffassung muß in diesen Zeiten die Hauptaufgabe der deutschen Politik sein, dafür zu sorgen, dass unser Volk politisch gesehen aus dem Zustand herauskommt, lediglich Objekt der Politik der anderen zu sein, und dahin gelangt, wieder über sein Schicksal bestimmen, auf alle Fälle mitbestimmen zu können.“

[1938] Vgl. Bournazel, S.155.

[1939] Hogenhuis-Seliverstoff, S.213.

[1940] Vgl. Tel. Poincaré an Barthou No.44, 16.4.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 94, 34-35, 35. Die Vorlage wurde unter der No. 738 auch an die frz. Botschaft in London übermittelt.

Barthou aber bislang alles richtig gemacht.[1941] Über Wirkung und mögliche Konsequenzen, die sich aus den inhaltlich geheimen Separatverhandlungen ergaben, verlor er hingegen kein Wort.
Delegationsleiter Barthou nutzte unterdessen den Ostersonntag seinerseits dazu, einen ausführlichen, zehnseitigen Zwischenbericht für Poincaré zu verfassen. Dabei beklagte er sich zunächst über die Feindlichkeit der italienischen Presse gegenüber Frankreich. Zudem seien Reichskanzler Wirth, angeblich aber auch Außenminister Rathenau und viele Mitglieder der deutschen Delegation noch am frühen Morgen in Genua „à la messe de San Lorenzo“ gewesen und wären dort vom Erzbischof mit außergewöhnlich großem Respekt empfangen worden. Auf der Seite Frankreichs, so fügte Barthou in seinem Zwischenbericht vom 16. April 1922 demgegenüber hinzu, ständen gegenwärtig vor allem die Kleine Entente und Polen. Zu diesen Staaten pflege er zudem einen besonders intensiven Kontakt, während das Verhältnis zur belgischen Delegation derzeit eher etwas gespannt sei. [1942]
Daran anschließend wandte sich Barthou dem Verhalten der deutschen und sowjetrussischen Delegation zu und führte hierzu aus, er zweifele nicht daran, dass die deutsche Delegation - trotz ihrer gegenwärtigen Isolierung und Unzufriedenheit - über den Stand der Separatverhandlungen zwischen den einladenden Mächten und den sowjetrussischen Vertretern in der Villa D´Albertis sehr wohl informiert sei. Außenminister Rathenau verfüge hinter den Kulissen über maßgeblichen politischen Einfluss.
Im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages ist jedoch insbesondere auch die sich daran anschließende Analyse des französischen Delegationsleiters von Bedeutung: Denn Barthou kündigte an dieser Stelle gegenüber Poincaré an, es könne möglicherweise schon sehr bald eine Gegenreaktion von deutscher Seite erfolgen! Zwar habe er keine Kenntnis über das genaue Ausmaß der Kontakte zwischen der deutschen und der sowjetrussischen Delegation. Eine daraus resultierende gemeinsame „Aktion“ der Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges sei aber nach wie vor möglich.
Damit prognostizierte der französische Delegationsleiter am Ostersonntag relativ deutlich selbst einen Abschluss der zuvor in Berlin geführten deutsch-russischen Vertragsverhandlungen, von denen auch er offenbar Kenntnis hatte. Belegbar ist darüber hinaus, dass sich der französische Delegationsleiter der aktuellen Bedrängnis der deutschen Außenpolitik sehr wohl bewusst war:

> « Certes, les allemands ont été violemment irrités contre les conversations officieuses où seuls les russes étaient admis, mais ils n´ignorent rien de ces entretiens où (,) quoique absents, ils jouent leur rôle et exercent leur influence(.) M. Rathenau n´est pas homme à s´en désintéresser. Je ne saurais dire jusqu´où va la partie liée entre les deux délégations: je sais seulement qu´elles combinent leur propagande et que, s´il se produit les divergences, elles ne doivent pas nous dissimuler les dessous et les intérêts d´une action commune. »[1943]

Diese Haltung Barthous, die Paris im Grunde vor dem Ereignis warnte, das wenig später die Gemüter aufbauschte, verdeutlicht vor allem eines: Alle Parteien, insbesondere die Alliierten, trugen zu einer

[1941] Tel. Poincaré an Barthou, No. 47 (die No. 11 wurde hschr. in die No. 47 umgeändert), 16.4.1922, 12:45h, ebd., Corr. Pol. et Com., Série Y, International 29, 183.
[1942] Barthou an Poincaré, 16.4.1922, ebd., 186-195, 187. Die Vorlage befindet sich auch bei ebd., Relations Commerciales, B82, 94, 37-45.
[1943] Ebd.

Konferenzatmosphäre bei, die von Misstrauen gekennzeichnet war. Und der deutsche Weg nach Rapallo war eine Folge davon.

Vor diesem Hintergrund ist daher nicht nur der Ostersonntag 1922 in der Geschichte Europas als a „A Rainy Day“[1944] zu bezeichnen. Der anhaltende allgemeine Vertrauensverlust zeigte, dass die Konferenz von Genua seit ihrem Beginn nicht nur, wie es Rathenau formulierte, unter „recht kalten und regnerischen“ meteorologischen, sondern unter ähnlichen politischen Verhältnissen gelitten hatte. Allerdings es mag sodann geradezu ein Hauch von Ironie der Geschichte gewesen sein, dass sich der Himmel am 16. April 1922 gerade zu der Tageszeit aufklärte, in der der Rapallo-Vertrag unterzeichnet wurde. Dabei seien, so hielt jedenfalls Erkelenz in seinen tagebuchähnlichen Notizen fest, „grosse Mengen von Schwalben“ ostwärts gezogen.[1945]

Kein Zweifel kann jedoch darin bestehen, dass die Hoffnungen, die auf die friedensstiftende Wirkung der Genueser Konferenz gesetzt worden waren, bereits vor diesem historischen Moment schweren Schaden genommen hatten. Und dies nahm auch der französische Delegationsleiter so wahr, wenn er unter anderem auch sein persönliches Misstrauen gegenüber den russischen Vertretern skizzierte.[1946] Nunmehr warte man, so Barthou weiter, aber eben auf eine positive Rückmeldung von Seiten der Regierung in Moskau. Er strebte unverkennbar an, die Verhandlungen auf der Basis des Londoner Memorandums - offenkundig natürlich inklusive Art. 116 Abs. 3 VV - zu einem Abschluss zubringen, trotz des aus seiner Sicht teilweise lächerlichen russischen Versteckspiels:

> « Le seul avantage de la réunion aura été de laisser aux russes la responsabilité du retard. A l´heure où j'écris, j´ignore quand ils répondront et ce qu´il répondront [...]. Notre dignité serait trop compromise si nous prolongions ce jeu stérile d´un cache-cache ridicule autour des questions posées à Cannes par les chefs des gouvernements et réglées en principe à Londres par leurs experts. Ma conviction est qu´il n´y a rien à faire, et que l´on ne fera rien, ou à peu près. Si les pourparlers continuent, nous trouverions devant nous sur chaque question les mêmes atermoiements. »[1947]

Auch insoweit sind die Angaben Maltzans - im Gegensatz zur Deutung der bisherigen Forschung - also keineswegs als tendenziös, raffiniert, verschleiernd, unklar, verdrehend, unzutreffend, unzuverlässig oder sogar als phantastisch einzuordnen.[1948] Vielmehr erweist sich das Argument des

---

[1944] Siehe zu diesem Ausdruck den Aufsatz von Krüger, ‚A Rainy Day', der sich auf den Abschluss des Rapallo-Vertrages am 16. April 1922 bezieht.

[1945] Vgl. BAK, NL Anton Erkelenz (N1072), Nr.19, MF 3, 163, 174f. Siehe zu den offenbar recht wechselhaften und unterschiedlich wahrgenommen klimatischen Bedingungen in Genua auch Rathenau an Haniel, 17.4.1922, BAK, NL Rathenau, Allgemeines, Bd.2 sowie Rathenau an „L.M.“, 21.4.1922, BAK, Rathenau, Walther, „Rathenau-Archiv Moskau“ (Fond 634), Nr.336.

[1946] Barthou an Poincaré, 16.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, International 29, 191-192). Hier heißt es u.a., Tschitscherin lege „avec l´insolence d´un grand seigneur déclassé“ zum Teil eine geradezu krankhaft-ironische Verhaltensweise an den Tag. Auch gegenüber Litwinow und Krassin äußerte sich Barthou recht herablassend, wobei er lediglich letzteren als „homme d´affaires venu pour traiter une affaire“ bezeichnete. Vor dem Hintergrund seines Misstrauens sowohl gegenüber gegnerischen als auch verbündeten Vertretern war es dann nur folgerichtig, dass Barthou zu dem Ergebnis und der Empfehlung fand, man müsse von französischer Seite aus das strikte « régime de précaution » unbedingt fortsetzen. Erst unter dieser Voraussetzung, so der französische Delegationsleiter weiter, halte er es für durchaus möglich, dass die Verhandlungen in der Villa D´Albertis zu einem Resultat führen könnten. Er habe jedenfalls « à deux reprises, vers la fin de la conversation » versucht, « d´obtenir de M. Tchitcherine, par des questions rigoureuses, un qui ou un non sur les dettes. » Der britische Premier habe ihm dabei zwar zur Seite gestanden. Von dessen Seite aus sei jedoch eine übertriebene Kompromissbereitschaft (« lassitude ») erkennbar gewesen und hätte letztlich dazu beigetragen, dass man ohne ein sichereres Ergebnis (« dans l´incertitude ») verblieben sei.

[1947] Ebd., 194.

[1948] Vgl. dazu u.a. Fleischhauer, S.367, S.395; Pogge von Strandmann, Rapallo-Strategy in Preventive Diplomacy, S.132f.; Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.576f.; Graml, Europa zwischen den Weltkriegen, S.149; Potjomkin, S.219f. sowie

Ministerialdirektors, es habe sich beim Abschluss des Rapallo-Vertrages am 16. April 1922 um eine außenpolitischen Schritt gehandelt, der in erster Linie eine abwehrorientierte Gegenreaktion auf eine schwerwiegende Bedrohung deutscher Interessen durch die Politik der Ententemächte in der russischen Frage war, als grundsätzlich zutreffend, nachvollziehbar und plausibel. Seine Angaben für den Verlauf der Tage vom 11. bis zum 16. April werden durch die anderweitig vorliegenden deutschen, britischen, französischen und sowjetrussischen Quellen jedenfalls weitgehend bestätigt.
Maltzans Rapallo-Aufzeichnung ist abschließend noch in Bezug auf seine ebenfalls recht rudimentär gebliebenen Angaben zum 17. April 1922 zu überprüfen. Denn der Vortrag des Ministerialdirektors schließt mit dem Hinweis, dass er am Ostermontagmorgen dem wichtigsten Russland-politischen Berater von Lloyd George, Wise, angeblich selbst den genauen Wortlaut des unterzeichneten deutsch-russischen Vertrages übermittelt habe:

„Früh machte ich Wise privatschriftlich Mitteilung von dem abgeschlossenen Vertrag unter Beifügung der einzigen noch unbenutzten Kopie, die ich hatte. Wise hat Empfang dieses Briefes zwischen 8 und 9 Uhr früh bestätigt. Aus nachträglichen Äußerungen ist noch festzustellen, dass ein Amerikaner, der am Sonnabend bei Lloyd George gegessen hat, durchaus den Eindruck hatte, dass Lloyd George über die deutsch-russischen Verhandlungen orientiert sei. Es ist ferner eine Äußerung Wises einem uns beiden befreundeten Engländer gegenüber zu erwähnen, wonach ersterer geäußert hat: „I was not at all surprised.“[1949]

Die von Maltzan behauptete „privatschriftliche“ Mitteilung an Wise oder eine Bestätigung dazu von Seiten des Briten, die „zwischen 8 und 9 Uhr“ bei Maltzan eingegangen sei, finden sich weder in den deutschen noch in den britischen Akten. Es dürfte jedoch davon auszugehen sein, dass Maltzan am frühen Morgen des 17. April 1922 den Wortlaut des Vertrages der britischen Delegation noch vor der öffentlichen Bekanntmachung zur Verfügung stellte. Hingegen wirken die von Maltzan vorgetragenen „nachträglichen“ Äußerungen eines „Amerikaners“, der „am Sonnabend“, also am Samstag, 15. April 1922, mit Lloyd George gesprochen habe, sowie ähnlich lautende Aussagen eines sowohl mit Wise als auch mit Maltzan „befreundeten“ Engländers apologetisch, zumal die entsprechenden Personen nicht namentlich genannt wurden. Nach seiner Rückkehr nach Berlin sollte Maltzan Ende Mai 1922 allerdings gleichlautende Mitteilungen wiederum auch gegenüber Ministerialdirektor Schubert in Berlin wiederholen.[1950]
Hinweise dieser Art sind zwar nur bedingt geeignet, die Behauptung Maltzans in überzeugender Weise zu untermauern, zumindest für Teile der britischen Delegation, wie z.B. für die Reaktion Blacketts auf die Mitteilung der Vertragsunterzeichnung durch Rathenau am Ostersonntagabend, habe der deutsch-russische Vertrag keine Überraschung dargestellt. Jedoch lässt sich anhand der britischen Quellen zumindest in allgemeiner Hinsicht nachweisen, dass die deutsche Seite die englische Delegation am 17. April 1922 offenbar in der Tat „privately“ über den abgeschlossenen Vertrag und dessen Inhalt im Einzelnen informierte.[1951] Schließlich bestätigte auch Dufour in einem Schreiben an Sthamer, dass Maltzan „Montag früh ½ 7 Uhr“ Wise eine „Abschrift des Vertrages“ zukommen ließ. Er fügte aber hinzu, Lloyd George habe diese Abschrift des Vertrages dann „angeblich erst“ am Nachmittag des 17. April um 15 Uhr erhalten. Dufour unterstellte Wise somit,

---

Pogge von Strandmann, Rapallo und die Legende, S.80ff.
[1949] ADAP A VI, Nr. 59, S.130.
[1950] Aufz. o.U. (Schubert), 30.5.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.
[1951] Tel. Gregory No.42, 17.4.1922, PRO, FO 371/8187, 162.

die Übermittlung des Wortlauts des Rapallo-Vertrages nicht so schnell wie möglich an den britischen Premier vorgenommen zu haben.[1952]

Es war der schon mehrfach erwähnte Berichterstatter für den Reichsverband der deutschen Industrie, Hermann Bücher, der in einem Schreiben vom frühen Morgen des 17. April 1922 Stinnes mitteilte, die „russische Frage“ - die auf der Konferenz in Genua „augenblicklich“ „am wichtigsten“ sei - habe in Bezug auf die deutsche Haltung bislang „unter der unklaren Auffassung an leitender Stelle gelitten“. Damit war die bisherige, abwartende Haltung Außenminister Rathenaus gemeint. Er selbst, so Bücher weiter, habe dagegen schon die ganze Zeit den Standpunkt vertreten,

> „dass man mit Russland zu einer Bereinigung kommen muss, bevor die Entente sich mit den Russen einigt und dass man, wenn man selbst das in dem Ihnen ja bekannten Vertrage, den Maltzan in Berlin ausgearbeitet hat, Niedergelegte erreicht hat, man in der Lage ist, als ehrlicher Makler zwischen den Russen, Engländern und Italienern aufzutreten. Nach langen Schwankungen scheint (sic) man gestern sich für diesen Weg entschieden zu haben und mit den Russen zur Paraphierung des Abkommens gekommen zu sein. Ich werde heute Morgen Näheres darüber erfahren und Ihnen Nachricht geben.“[1953]

Diese Aufzeichnungen weisen somit aus, dass die Mehrheit der deutschen Beobachter in Genua am 17. April 1922 noch nicht oder jedenfalls noch nicht vollständig über den Abschluss des deutsch-russischen Vertrages informiert war. Dies sollte offenbar ebenfalls erst am Dienstag, 18. April 1922 nachgeholt werden. Aus den Zeilen Büchers geht des Weiteren hervor, dass innerhalb der deutschen Delegation zumindest noch einen Tag nach dem Vertragsabschluß eine abwartende, gespannte Ruhe vorgeherrscht haben muss.

Auch in Berlin hatte man am 17. April 1922 noch ein nicht unerhebliches Informationsdefizit zu beklagen: Selbst Staatssekretär Haniel war trotz des von der deutschen Delegation bereits gemeldeten Vertragsabschlusses offenkundig noch nicht genau über den Inhalt des Vertrages informiert, wenn er der deutschen Vertretung in Moskau in sachlich unzutreffender Weise nicht die sofortige, sondern noch eine „alsbaldige“ Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen beiden Ländern mitteilte.[1954]

In Genua herrschte bei der Führung der deutschen Delegation zunächst eine positive Stimmungslage vor: Außenminister Rathenau zeigte sich auf der morgendlichen Sitzung am 17. April 1922 in Genua durchaus hoffnungsvoll, dass der deutsch-russische Vertragsabschluss recht schnell Verständnis bei denjenigen alliierten Kräften finden würde, die in einer vernünftigen, objektiveren Weise urteilten.

[1952] Vgl. dazu das von Schubert an Sthamer unter dem 20.4.1922 weitergeleitete Schreiben Dufours an Schubert vom 18.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

[1953] Bücher an Stinnes, 17.4.1922, ACDP, NL Stinnes, I-220-005/2. Eine Abschrift bei I-220-19/3. Siehe zur Vermittlung des Briefes an Stinnes nach Berlin auch Kruckenberg an Osius, 17.4.1922, ebd.

[1954] Haniel an Dt. Vertretung Moskau Nr. 289, 17.4.1922, PA, R 83435, 060. Die Vorlage trägt auch die Paraphe Hauschilds vom 17.4., so dass die Vorlage möglicherweise von ihm entworfen wurde. Es heißt hier: „Verhandlungen Entente mit Russland unter Ausschluß Deutschlands und der vier Vertreter kleinerer Staaten in Genua ließen Abschluß Vertrags Entente-Russland vermuten. Daraufhin (wurden die) in Berlin unterbrochene(n) Verhandlungen sofort (wieder) aufgenommen und abgeschlossen, vorbehaltlich soweit notwendig Genehmigung (durch den) Reichstag. Inhalt: 1) Gegenseitiger Verzicht auf Ersatz (der) Kriegsschäden, 2) Regelung der durch Krieg betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen nach Grundsatz (der) Gegenseitigkeit, 3) Alsbaldige Wiederaufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen, 4) Verzicht auf Entschädigung für Sozialisierungsschäden, soweit auch dritten Staaten keine Ansprüche zugestanden werden(,) 5) Wirtschaftliche Meistbegünstigung. Vertrag(,) der Dienstag in Genua veröffentlicht werden soll, folgt.“ Zwei Abschriften des Vertrages, eine davon unter dem 22.4.1922 beglaubigt finden sich dann nachfolgend bei ebd., 067-070f., wobei hier der Wortlaut von Art.3 in zutreffender Weise gefasst wird.

Für die Behauptung, dass er von der Notwendigkeit des Vertragsabschlusses im Grunde nicht überzeugt gewesen sei, finden sich auch hier keine Anhaltspunkte. Noch am Abend des 16. April 1922 hatte Rathenau zudem im Rahmen einer Privatpostkarte - offenkundig nicht ganz ohne Stolz und Zufriedenheit - berichtet, „heute, am Ostersonntag, habe ich einen Ausflug nach Rapallo gemacht“, „das nähere“ stehe „in der Zeitung“.[1955]

In der Forschung ist wenig beachtet worden, dass der deutsche Außenminister einen Tag nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages mit Rakowski ein Zusatzabkommen unterzeichnete, „das speziell für das Reich und die ukrainische Sowjetrepublik galt“ und „eine wirtschaftliche Beteiligung Deutschlands an den Bodenschätzen und der Industrie der Ukraine“ vorsah.[1956] Hier wurde - in der gleichen ostpolitischen Grundlinie, die Rathenau gemeinsam mit Deutsch und Alexander Anfang 1920 in der oben[1957] genannten, einflussreichen Denkschrift vorgeschlagen hatte - die Gestaltung der Beziehungen zu den auf dem Gebiet des ehemaligen zaristischen Russlands entstandenen neuen Staatswesen insbesondere von Rathenau in erster Linie als wirtschaftspolitische Herausforderung betrachtet. Schließlich traten für den Außenminister mittlerweile aber ohnehin schon wieder andere, immer noch dauerhaft bestehende Sorgen erneut in das zentrale außenpolitische Blickfeld: Die „wichtigste“, aus seiner Sicht ganz offenkundig nicht durch den gestrigen außenpolitischen Schritt gefährdete „Frage“ blieb für Rathenau diejenige einer „internationalen Anleihe“ für Deutschland.[1958]

Zumindest im Rahmen seinen eigenen außenpolitischen Vorstellungen blieb Rathenau somit ebenso unmittelbar nach der Vertragsunterzeichnung in Rapallo auf einvernehmliche Sachlösungen mit den alliierten Gläubigermächten Deutschlands bedacht. Im Hinblick auf den deutsch-russischen Vertrag sorgte er sich bei seiner Zwischenbilanz über den bisherigen Konferenzverlauf zudem eher um dessen innenpolitische Durchsetzbarkeit als um gravierendere außenpolitische Akzeptanzschwierigkeiten, die dieser Schritt nach sich ziehen könnte.[1959]

Auch Ministerialdirektor Maltzan, an den mit Datum vom 17. April 1922 nachfolgend auch Informationen über die Entwicklung von Vertragsverhandlungen der Firma Junkers hinsichtlich einer

---

[1955] BAK, Rathenau, Walther, „Rathenau-Archiv Moskau“ (Fond 634), Nr.336. Die an „Frau Geheimrat Rathenau“, damit offenbar an Lilly Deutsch, Schwester Walther Rathenaus, gerichtete Postkarte liegt hier in einer Abschrift vor, die einen Poststempel vom 19.4.1922 trägt, vgl. auch BAK, NL Walther Rathenau, Nr.8, gedruckte Aktennummerierung 437.

[1956] Vgl. Euler, S.337 mit weiteren Einzelheiten.

[1957] PA, R 2029, MF 14974 (vgl. hier S.134).

[1958] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 246 (Kabinettssitzung vom 17. April 1922, 10.20 Uhr in Genua), offenbar im Original bei BAB, R43, I/ 132 (MF 4), 309ff. Hier heißt es u.a., Rathenau habe auch eine „mögliche Rückwirkung des Vertrages auf Deutschland und die Atmosphäre in Genua“ erörtert: „Er [Rathenau, Anm.d.Verf.] nehme an, dass England den Vertragsabschluß ohne größere Schwierigkeiten hinnehmen werde, besorgt (sei er) aber andererseits (über) schwere Angriffe seitens Frankreichs aus allgemeinen politischen Gründen. Nach dem Interview des italienischen Außenministers Schanzer, in welchem dieser dem Sinne nach schreibt, dass die Interessen Italiens auf Seiten Englands lägen, sei zu schließen, dass Italien sich in dieser Frage der Auffassung Englands anschließen werde.“

Demnach war Rathenau von der Berechtigung und Notwendigkeit der Vertragsunterzeichnung überzeugt und warf der französischen Außenpolitik eine Instrumentalisierung der Angelegenheit vor. Reichskanzler Wirth dankte lt. dem Protokoll Hemmers anschließend Rathenau, v. Simson, von Maltzan und Gaus „für die Ausdauer und den Aufwand an Arbeit, mit dem sie die Verhandlungen zum Erfolg geführt“ hätten.

[1959] Rathenau an Haniel, 17.4.1922, ebd. (BAK), NL Rathenau, Allgemeines, Bd.2. Hier heißt es u.a.: „Wie unser Russenvertrag hier aufgenommen wird, steht noch nicht fest. Wir haben die Engländer dauernd auf dem Laufenden gehalten und gestern Nacht war Sir Basil (in Bezug auf die entsprechende Angabe in der ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung Maltzans ist wohl das britische Delegationsmitglied Blackett gemeint, Anm.d.Verf.) hier, dem ich den Abschluss, ohne besonderen Widerstand zu erfahren, mitteilte.“ Der letzte Satz wurde in der Druckfassung bei Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.273 in Berufung auf Rathenau, Ein preußischer Europäer, S.418f. ausgelassen. Der Brief weist im Ganzen aus, dass Rathenau nicht ernsthaft mit politischen Schwierigkeiten in Bezug auf die Akzeptanz des Rapallo-Vertrages rechnete.

Flugzeugfertigung in Russland herantraten[1960], meinte seine Russland-politische Arbeit zunächst noch weitgehend ohne größere Sorgen vor einer allzu harschen Reaktion der anderen Mächte auf den Rapallo-Vertrag fortzusetzen zu können. Gleichzeitig bestätigte er Litwinow „nunmehr (auch) schriftlich, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland mit dem gestrigen Tage wieder aufgenommen worden sind". Er sorgte sich allenfalls darum, ob auch „Wiedenfeld [in Moskau, Anm.d.Verf.] und andere Missionen über (die) Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu (Sowjet)Russland" informiert seien. In Berlin müssten außerdem jetzt die „Paß- und andere Amtstätigkeit der (rechts-) russischen Delegation" sofort unterbunden werden, ein entsprechender Erlaß sei unterwegs.[1961]

Im Hinblick auf die Aufnahme des Rapallo-Vertrages legte Maltzan zudem, ähnlich wie Außenminister Rathenau, sein Hauptaugenmerk eher auf die aus seiner Sicht offenbar nicht ganz einfache Herbeiführung einer möglichst günstigen innenpolitischen Rezeption. Er war jedenfalls nachdrücklich vor allem um eine wohlwollende Aufnahme in der deutschen Politik und Presse bemüht - unter besonderem Einbezug des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag, Gustav Stresemann.[1962] Eine Sorge darüber, dass sich nicht nur auf Seiten der alliierten Hauptmächte, sondern gerade auch im Hinblick auf die internationale Presse gegen die Entscheidung ‚zusammenbrauen' konnte, lässt sich nicht erkennen.

Die oben erörterte, von Maltzan in seiner ausführlichen Aufzeichnung für den 17. April 1922 vorgetragene Wahrnehmung, auf britischer Seite sei der Vertrag mit einer gewissen Gleichmütigkeit zur Kenntnis genommen worden, stellt sich darüber hinaus aber auch noch als unzutreffend heraus. Denn tatsächlich nahm die Mehrheit der britischen Genua-Delegation die Nachricht von der Unterzeichnung eines deutsch-russischen Vertrages ganz und gar nicht gelassen auf. Und selbst wenn Maltzan oder auch Rathenau angaben, einige britische Vertreter seien von dem Vertragsabschluss keineswegs „überrascht" gewesen, so schloss dies freilich ebenfalls nicht aus, dass damit innerlich die Ansicht einherging, den Deutschen sei in einem negativen, unzuverlässigen Sinne ohnehin ‚alles' zuzutrauen. Insgesamt aber blieb es freilich entscheidend, dass insbesondere der Ministerialdirektor die tatsächliche Wirkung des Rapallo-Vertrages auf die internationale öffentliche Meinung völlig unterschätzte und nicht oder nur unzureichend die gravierende Gefahr für die außenpolitischen Gesamtinteressen Deutschlands voraussah, die durch eine politische Instrumentalisierung entstehen konnte. Und gleiches galt ebenso für Außenminister Rathenau, wenn er ähnlich wie Maltzan meinte, Deutschland könne der für Dienstagmorgen, 18. April 1922 geplanten öffentlichen Bekanntgabe des Vertrags relativ ruhig und ohne weitere Vorbereitungsmaßnahmen entgegensehen.[1963] Über eine für

---

[1960] Hasse an Maltzan, 17.4.1922, vgl. dazu ADAP A VI, Nr. 58.

[1961] Tel. Maltzan Nr. 89 an Hauschild, 17.4.1922 (Durchschlag für Abtl. IVa), PA, R 83435, 061. Das Telegramm ging in der Nacht zum 18.4.1922 um 1 Uhr nachts beim AA in Berlin ein. Die Vorlage findet sich auch bei PA, R 23688 (L 096141). Siehe dazu auch Maltzan an Litwinow, 17.4.1922, Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.271, im Original bei PA, R 23688 (L096144).

[1962] So findet sich die Paraphe Maltzans bei zwei Schreiben, die von Raumer am 17.4.1922 an „Dr. Stresemann, Tauentzienstr. 12a" bzw. an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei übermittelt wurden. In dem Schreiben an Stresemann heißt es: „Habe in Richtlinie Ihrer letzte(n) Reichstagsrede entschieden für Abschluss russischen Vertrages gewirkt, der Art. 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] Friedensvertrags ausräumt und uns durch Meistbegünstigung an allen von anderen Mächten Russland gegenüber noch zu erreichenden Vorteilen teilnehmen lässt. Bitte auf unsere Presse einwirken, dass Vertrag entsprechend günstig beurteilt wird.", Tel. Nr. 95, ebd., R 23688 (L 096143) bzw. Nr. 94, ebd. (L 096142).

[1963] Bei dem oben bereits zitierten Tel. Rathenaus an AA Nr. 82, 16.4.1922, ebd., R 28206, 027-29 (D 738914-916) heißt es insofern lediglich: „Mit (den) Russen ist Veröffentlichung Vertrags ausschließlich Notenwechsels, der streng geheim bleibt, Dienstag morgen vereinbart. Bis dahin erhält Presse und Öffentlichkeit Instruktion, dass Verhandlungen weiter

jedes dauerhaft erfolgreiche politische Handeln unentbehrliche ‚Prévoyance' verfügten sie in diesem Punkt nicht.

Viele der nachfolgenden Beschuldigungen jedoch, insbesondere denjenigen der Unaufrichtigkeit, Geheimniskrämerei und des doppelten Spiels, hätten bei größerem politisch-publizistischen Instinkt durch ein überzeugend umgesetztes politisches Kommunikationskonzept abgemildert werden können. Denn bei der nachfolgenden Präsentation des Vertragsabschlusses vor der internationalen Öffentlichkeit wurden nun auch noch schwere diplomatisch-handwerkliche Fehler gemacht:

> „Die Presseverbreitung ist schlecht. Gestern ist nur die deutsche Presse von uns unterrichtet worden. Heute Abend 6 Uhr war erst die engl. und amerik. Presse eingeladen. 7(?)0 Stunden zu spät. In all dem Trubel von gestern haben unsere Presseinformaten nichts zu sagen gewusst. T. Wolf klagte mir, dass er die ausländische Presse vereinzelt informieren müsste. Weder Müller noch Wiesner sind für solche kritischen Lagen gewandt und wortreich genug. Wiesner fühlt das wohl und läuft etwas betreten herum."[1964]

Auch Harry Graf Kessler ging daher nicht fehl, wenn er unmittelbar nach dem 16. April 1922 die deutscherseits verfolgte Presse- und Informationspolitik als „zweifellos mangelhaft"[1965] bezeichnete.

---

fortgeschritten und Abschluß zu erwarten. Gleichzeitig wird informatorisch Fühlung mit England gesucht, die bereits heute abend beginnt. Text Vertrages und Notenwechsels folgt alsbald."

[1964] BAK, NL Anton Erkelenz, Nr.19, Fiche 3, 180f. (18.4.1922, 10 Uhr abends). In Bezug auf die Verteidigung des Rapallo-Vertrages durch Rathenau heißt es hier u.a.: „Heute Abend redete Rathenau selbst, klug, geschickt und eindrucksvoll. (…) Der Inhalt des Vertrages wird ja kaum angegriffen, desto mehr der Zeitpunkt. Was sollen wir tun? Man hat von den Westmächten mit Russland verhandelt, teilweise auch über unsere Interessen (§116 Versailles), hat uns aber nicht gefragt. Auf Fragen hin betonte er scharf, dass wir die Engländer unterrichtet hätten. Wenn seit einer Woche keine Unterredung zwischen ihm und Lloyd George zustande gekommen sei, so sei er nicht daran schuld. Lloyd George habe keine Zeit gehabt. Zum Schluss dankt er für Erscheinen, stellt sich weiter zur Verfügung, wie er betonend sagt: hier oder in Berlin!"

[1965] Vgl. Kessler, Tagebücher, S., S.300. Zur Organisation der amtlichen deutschen Pressepolitik vgl. Bauer, Die Organisation.

Auswärtiges Amt.

Abteilung

IV

Rußland

Akten

betreffend:

Rapallo-Vertrag vom 16. 4. 22 zwischen Deutschland u. Rußland und seine Ausführung und die übrigen Verträge Rußlands vom 5. 11. 22.
hierzu 3 Bände mit je 1 Registraturbuch

vom ..... 192..

bis ..... 192..

Verträge 2

Bd. 1

Forts. Bd. .....

Digitalisierte Farbkopie vom Original des Vertrages zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der RSFSR vom 16. April 1922 (Rapallo-Vertrag)

Mit der einleitenden Handschrift Ministerialdirektors Ago von Maltzan und den abschließenden Unterschriften Reichsaußenministers Walther Rathenau und Volkskommissars Georg Tschitscherin.

Die Deutsche Regierung , vertreten durch

Reichsminister Dr. Walter Rathenau

und

die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik, vertreten durch

Volkskommissar Tschitscherine

sind über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1.

Die beiden Regierungen sind darüber einig, dass die Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik über die Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Russland auf folgender Grundlage geregelt wird:

a) Das Deutsche Reich und die R.S.F.S.R. verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden , d. h. derjenigen Schäden , die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Massnahmen einschliesslich aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind . Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der Zivilschäden , die den Angehörigen des einen Teiles durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmassnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles verursacht worden sind .

b) Die durch den Kriegszustand betroffenen

öffentlichen

öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen ,einschliesslich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe werden nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden .

c) Deutschland und Russland verzichten gegenseitig auf Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene . Ebenfalls verzichtet die Deutsche Regierung auf Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen . Die Russische Regierung verzichtet ihrerseits auf Erstattung des Erlöses aus in Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von diesen Internierten nach Deutschland gebrachten Heeresgut.

Artikel 2.

Deutschland verzichtet auf die Ansprüche,die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Massnahmen der R.S.F.S.R. auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte sowie auf die Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Russland sowie aus den von der R.S.F.S.R. oder ihren Organen sonst gegen Reichsangehörige oder ihre Privatrechte getroffenen Massnahmen ergeben, vorausgesetzt, dass die Regierung der R.S.F.S.R. auch ähnliche Ansprüche anderer Staaten nicht befriedigt.

Artikel 3.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der R.S.F.S.R. werden sogleich wieder aufgenommen . Die Zulassung

der

der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt werden.

Artikel 4.

Die beiden Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, dass für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teiles im Gebiet des anderen Teiles und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels-und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll. Der Grundsatz der Meistbegünstigung erstreckt sich nicht auf die Vorrechte und Erleichterungen, die die R.S.F.S.R. einer Sowjet-Republik oder einem solchen Staate gewährt, der früher Bestandteil des ehemaligen Russischen Reiches war.

Artikel 5.

Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr neuerdings mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Artikel 6.

Die Artikel 1 b und 4 dieses Vertrages treten mit der Ratifikation, die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages treten sofort in Kraft.

Ausgefertigt

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Rapallo am 16. April 1922.

Rathenau Georgi Tschitscherin

V. Auf der Anklagebank

1. Jupiter tonans: Massive Proteste gegen den Rapallo-Vertrag

Unmittelbar nach der offiziellen Bekanntgabe des deutsch-russischen Vertrages vor der internationalen Presse am Dienstagmorgen, 18. April 1922 nahm Lloyd George, so heißt es in einem biographischen Beitrag von Hermann von der Dunk über Walther Rathenau, sogleich die Haltung eines „Jupiter tonans“ an, „indem er theatralisch die sofortige Annullierung des Vertrages forderte“[1966]. Harry Graf Kessler sprach bereits ‚tags zuvor’ von einer auch rhetorisch geschickten „Komödie“ des britischen Premiers. Mit vermeintlich „fassungsloser Aufregung“ hätten die Alliierten gegen „Rapallo“ und über die angebliche „Illoyalität der Deutschen“ „getobt“.[1967] Noch im Jahre 1923 wurde an diese Protesthaltung erinnert, „Genua mit dem großgemalten Horizont Europa“ habe für die eklatante „Ereiferung“ die bestmögliche „Opernszenerie“ abgegeben[1968]. Dramatisch aber war die Situation allemal. Dufour berichtete Sthamer am 18. April 1922, die „Tatsache des Vertrags“ sei auf der Konferenz nun wie eine „Bombe“ eingeschlagen:

> „Die Engländer und Italiener gebärdeten sich wild, (Grigg soll von einem Bruch eines gentleman agreement durch Deutschland gesprochen haben), die Franzosen ruhiger. Deren Weizen blüht ja auch!!“[1969]

Dufour konstatierte somit, dass die aufgeladene Stimmung in erster Linie den französischen Interessen entgegenkam. Warum aber kam es überhaupt zu dieser vehementen Protestwelle?
Kurz vor einem Treffen der einladenden Mächte am Ostermontag, den 17. April 1922, bei dem die führenden Ententevertreter erörtern wollten, wie sie auf eine akzeptierende oder ablehnende Haltung der sowjetrussischen Delegation hinsichtlich der vorgebrachten alliierten Vorschläge reagieren sollten, hielt eine britische Aufzeichnung fest, die Nachricht von dem in Rapallo abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag sei in den letzten Stunden bekannt geworden. Danach habe die Meldung auf alliierter Seite zunächst Verwirrung gestiftet, dann aber vor allem zu der einfachen politischen Erkenntnis geführt, „that the whole situation was transformed.”[1970]
Die erste allgemeine Reaktion auf den Rapallo-Vertrag auf Seiten der Ententemächte lässt sich zudem auch anhand von anderweitig vorliegenden Quellen recht genau nachvollziehen. Offenbar war es der italienische Außenminister Schanzer, der die Teilnehmer der interalliierten Sitzung am 17. April 1922 um 17:00 Uhr in seiner Genueser Residenz, der Villa Raggi, als erster über die offizielle Mitteilung der Vertragsunterzeichnung in Rapallo durch die deutsche Botschaft in Rom informierte. Abschluss und Inhalt des Vertrages war somit von deutscher Seite bereits bis spätestens Ostermontagnachmittag nicht nur der britischen, sondern auch der italienischen Außenpolitik über die amtlichen diplomatischen Verbindungen bekannt gegeben worden.

[1966] Dunk, S.35.
[1967] Vgl. Kessler, Tagebücher, S.298f. (17. April 1922).
[1968] Asecretis, 1923, S.31.
[1969] Vgl. dazu das von Schubert an Sthamer unter dem 20.4.1922 weitergeleitete Schreiben Dufours an Schubert vom 18.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.
[1970] Tel. No. 43, o.U., 17.4.1922, PRO, CAB 31/1, 16f.

Bei dieser alliierten Sitzung referierte Schanzer in sachlich zutreffender Form, die vollzogene Vertragsunterzeichnung sei deutscherseits vor allem durch die Sorge entstanden, unmittelbar vor einem *fait accompli* in der russischen Frage zu stehen. Es habe in der deutschen Mitteilung zugleich aber auch geheißen, die Regierung in Berlin böte nach wie vor ihre Unterstützung für ein allgemeines, gemeinsames Abkommen der Mächte mit Sowjetrussland an. Der italienische Außenminister signalisierte dafür zunächst Verständnis:

> "M. Schanzer said that there were two Articles in the Report of the Experts which aroused suspicion in the German Delegation. One of these was Article 6 which referred to Article 116 of the Treaty of Versailles, and the other war Article 16 of Annex II, providing that no claim shall be recognised in respect of rights which had ceased legally before March 1917. Germany had feared to lose her rights."[1971]

Allerdings, so betonte Schanzer weiter, hätte die Deutsche Delegation seiner Ansicht nach die alliierten Hauptmächte bei ihrem Vorgehen zuvor um Rat fragen sollen ("ought to have consulted the Inviting Powers"). Zudem sei es immerhin eine Tatsache, dass er im Einverständnis mit allen bei dem jetzigen Treffen anwesenden Kollegen seinen Mitarbeiter Giannini am Karfreitagabend zu den deutschen Vertretern entsandt habe, "to give general information as to the negotiations between the Allies and the Russians to the German Delegation, so as not to give them a pretext for objecting"[1972]- ein Hinhaltemanöver, dass Außenminister Rathenau somit zutreffend durchschaut hatte.

Die erste Reaktion des französischen Delegationsleiters war hingegen spürbar von starkem Misstrauen, nicht zuletzt auch gegenüber den alliierten Partnern, geprägt. Denn nach einer kritischen Rückfrage Barthous musste der italienische Außenminister daraufhin erst einmal versichern, dass er tatsächlich erst vor eineinhalb Stunden von dieser Meldung erfahren habe. Auch Lloyd George erklärte ausdrücklich, „he had only heard of the Russo-German agreement that day", was gemäß den Angaben Maltzans und Rathenaus für den Ostersonntagabend unzutreffend war, wenn man nicht annehmen will, dass auch das britische Delegationsmitglied Blackett eine derart wichtige, ihm von Rathenau am Abend des 16. April 1922 vermittelte Information seinem eigenen Premierminister vorenthielt, wie es Wise getan haben soll.

Der belgische Regierungschef Theunis wiederum äußerte die Ansicht, die deutsche Außenpolitik hätte ein solches Gefühl der Russland-politischen Bedrängnis deutlicher thematisieren müssen. Dieser Ansicht schloss sich nunmehr ebenso Barthou an: Die deutsche Delegation habe ohnehin gewusst, dass die Genua Konferenz lediglich ein allgemeines Abkommen mit Russland diskutieren wolle, das den deutschen Interessen angeblich nicht zuwiderlaufe. In der Sache sei jedenfalls überhaupt keine Berechtigung ersichtlich, warum Deutschland "this sly agreement […] behind the backs of the other members of the Conference during the two or three days holiday at Easter" hätte abschließen müssen. Die gegenwärtige, gefährliche Situation, so Barthou in vordergründig emotionaler Weise weiter, sei eindeutig durch fehlendes „fair play" der deutschen Verantwortlichen heraufbeschworen worden.

Die Haltung Lloyd Georges glich daraufhin allerdings noch keineswegs einem „Jupiter tonans". Im Gegenteil: Der britische Regierungschef führte in derselben interalliierten Unterredung aus, die

[1971] "British Secretary´s Note of an informal conversation held at the Villa Raggi (…), Genoa, on Monday, April 17, 1922, at 5 p.m.", PRO, CAB 29/95, 388-404, das Zitat bei 390.
[1972] Ebd.

Verhandlungen der Alliierten mit den Russen in der Villa D´Albertis, die der deutschen Delegation bekannt geworden seien, hätten lediglich das Ziel verfolgt, den Weg zu definieren, um eine Umsetzung der Resolution von Cannes durch Sowjetrussland zu ermöglichen - eine Aussage, die den Charakter der Verhandlungen in der Villa D'Albertis also insgesamt weithin entstellte. Und es war schon recht kühn, im Hinblick auf das der Konferenz offiziell als gemeinsame Russland-politische Haltung der Alliierten unterbreitete Londoner Memorandum sogleich noch hinzuzufügen, „nothing that was to be settled at these conversations was likely to be to the detriment of German rights or interests."[1973]

Zwar ginge es zu weit, diese spontanen Äußerungen Lloyd Georges ein Stück weit als Heuchelei zu qualifizieren. Sie wirkten aber selbst auf einige alliierte Kollegen befremdend, was unter anderem an der Diskussion über die Behauptung des britischen Premiers deutlich wurde, der Rapallo-Vertrag verstoße nicht nur gegen die Resolution von Cannes, sondern stünde sogar im Widerspruch zu dem Vertrag von Versailles, unter dem Deutschland "was not allowed to dispose of property in favour of any other nation without the consent of the Reparations Commission". Außenminister Schanzer jedenfalls vermochten derartige Schlussfolgerungen nicht zu überzeugen. Für ihn sei es zwar unzweifelhaft „that it was a violation of good faith, but it was not clear to him whether they had violated the Cannes resolution or the Treaty of Versailles." Er bezweifelte zudem, dass Deutschland damit den ursprünglichen Sinn von Art. 260 VV verletze. Und schließlich hätten die Regierungen bei §3a der Cannes Resolution im Januar 1922 zwar dahingehend übereingestimmt, "that they would recognize all public debts and obligations". Wenn jedoch - wie im vorliegenden Fall - „the creditors did not insist on their rights, then there was no violation."[1974]

Auf den britischen Premier machte dieser Einwand durchaus Eindruck. Er mahnte seine alliierten Kollegen daraufhin, die Reaktion der einladenden Mächte sorgfältig zu überdenken, da ein Scheitern der Konferenz dann in der Tat einen deutsch-russischen Block nach sich ziehen könnte, dem sich unter Umständen auch einige neutrale Staaten anschließen könnten. Auch die Position der Vereinigten Staaten sei in einem solchen Fall unklar und für die alliierten Mächte nicht ohne Risiko, da möglicherweise auch die Regierung in Washington in dieser Sache gegen die Alliierten Stellung beziehen könnte. Und zu der Frage, ob der Rapallo-Vertrag tatsächlich den Versailler Vertrag verletze, müssten auf jeden Fall erst einmal sein Rechtsberater Sir Cecil Hurst und der französische Justitiar Fromageot angehört werden.

Für Barthou war eine nüchterne, sachorientierte Analyse dieser Art nunmehr erst recht verdächtigt. Mit spürbar großem Misstrauen warf er dem britischen Premier gereizt vor, die Sache zu ruhig und gelassen zu betrachten. Er bedauerte dabei insbesondere die inflationäre Verwendung des Wortes „anger" durch den britischen Premier, worauf es offenbar zu einem direkten britisch-französischen Streitgespräch kam:

> „Mr. Lloyd George said that he was angry. Mr. Barthou remarked that he was very cool for an angry man. Mr. Lloyd George said that the more angry he as the cooler he became. M. Barthou said that he himself was not angry, but he was extremely cool. [...] He agreed, however, with Mr. Lloyd George that refection was desirable. In making his

[1973] Ebd., 392.

[1974] Ebd., 394f. Es heißt hier dann u.a. weiter: „On the other hand, it was necessary to consider that the debts of Germany towards Russia were greater than the debts of Russia towards Germany. In this event Germany would not have received a credit, but would have given up a debt. It was not certain whether this arrangement was to the advantage of the German Government or not. That was the result of his first examination."

> remarks he had not been thinking of the Press, and he had done nothing to stir it up. On the contrary, for the last week he had been doing his best to moderate the Press and he had not always had their sympathy. Mr. Lloyd George said he had not referred to the French Press only, but to the more excitable Press of the world. Great Britain also had its excitable Press. M. Barthou, continuing, said what he could not do was again to meet the Russians in semi-official conversations. What the Germans and Russians had done was tantamount to a new Treaty of Brest-Litovsk. If the two were examined it would be found that they were not so very different."[1975]

Es mag konsequent erscheinen, dass sich der französischen Delegationsleiter weiteren Separatverhandlungen mit der Führung der sowjetrussischen Delegation verweigerte. Sein Vergleich jedoch, der den Rapallo-Vertrag mit dem Vertrag von Brest-Litwosk in eine direkte Beziehung setzte, wirkt aus rückblickender Sicht nicht nur in der Sache abwegig, sondern sogar ein Stück weit polemisch. Darüber hinaus aber waren es eben vor allem auch die sich hier wiederum andeutenden zwischenmenschlichen Konflikte mit Lloyd George, die in der Gefahr standen, das Vertrauen ebenso zwischen den alliierten Vertretern nachhaltig zu beschädigen. Letzten Endes stand dabei sogar die gesamte Konferenz von Genua zur Disposition.

Um einer solchen, aufgrund des Rapallo-Vertrages entzweienden Entwicklung im Lager der alliierten Mächte zuvorzukommen und entgegenzuwirken, musste der britische Premier zügig reagieren: Er passte seinen nachfolgenden öffentlichen „Auftritt" deshalb an die von Barthou und Theunis geforderte harte Reaktion an, was die deutsche Seite noch am gleichen Ostermontag zu spüren bekam. Denn hier zeigte sich Lloyd George am Abend des 17. April 1922 in einem eineinhalbstündigen Gespräch mit dem deutschen Delegationsmitglied Hirsch äußerlich nunmehr umso stärker „sehr erregt": Deutschland habe „ein Gentlemen´s Agreement gebrochen(,) (…) hinter dem Rücken der anderen Sonderbesprechungen geführt" und sich damit ab sofort „selbst aus der Konferenz ausgeschlossen."[1976]

Es lag nahe, dass sich dies am nächsten Tag ebenfalls in der alliierten Presse niederschlagen würde. Allerdings ist insbesondere unter Berücksichtigung der späteren Rapallo-Legendenbildungen als „französisches Trauma" der Vorstellung entgegenzutreten, dass die Alliierten von einem politischen oder wirtschaftlichen Bedrohungspotential dergestalt ausgingen, es läge nunmehr eine Abhängigkeit Sowjetrusslands von Deutschland vor. Denn genau dieses Szenario, so mahnte Barthou unter Bezug auf dementsprechende Äußerungen Lloyd Georges in seiner Berichterstattung nach Paris nachdrücklich, müsse in der kommenden Zeit auf jeden Fall und weiterhin verhindert werden.[1977] Um einer solchen ernsthaften deutsch-russischen Verbindungslinie entgegenzuwirken, müsse man jetzt von Seiten der alliierten Führungsmächte Sowjetrussland zumindest teilweise entgegenkommen. Und dass der französische Delegationsleiter Regierungschef Poincaré dazu bereits vorab um neue, klare

---

[1975] Ebd., 400f. Zu dieser „Réunion officeuse" offenbar am 17. April 1922 um 17h in der Villa Raggio vgl. auch die Kopie einer ausführlichen, vertraulichen belgischen Aufzeichnung bei BMAE, 10.991, VII (16-25 avril).

[1976] BAK, NL Anton Erkelenz, Nr.19, Fiche 3, 179. Es heißt hier u.a. weiter: „Diese Wendung kehrt(e) dreimal wieder. Es sei unerhört. Auf den Einwand, dass die Entente mit Russland Sonderverhandlungen geführt habe, ohne es uns zu sagen, antwortet Lloyd George, diese Besprechungen wären Vorarbeit für die Konferenz gewesen. Wir hätten gegen evtl. Abmachungen ja später auf der Konferenz Einspruch erheben können. Unser Schritt wäre eine Sonderaktion. […] Die Kritik am Vertrage bezieht sich nicht auf den Inhalt. Auch bei Lloyd George nicht. Er bemängelt den Zeitpunkt. ‚Hättet ihr drei Wochen vor oder drei Wochen nach Genua abgeschlossen, so wäre es gut', hat er gesagt."
Es bedarf keiner Ausführungen, dass ein nachträglich von der deutschen Delegation erhobener „Einspruch" gegen eine Vereinbarung der Alliierten mit Sowjetrussland in der Sache kaum etwas hätte bewirken können.

[1977] Tel. Barthou No. 104/107, 17.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, International 29, 207ff.

Weisungen bat, zeigte ebenso noch einmal auf, wie abschlussorientiert die Alliierten ihre eigenen Separatverhandlungen mit der russischen Delegation auf eine Unterzeichnung des geringfügig modifizierten Londoner Memorandums hin ausgerichtet hatten und auch noch nach dem Ostersonntag 1922 weiterhin ausrichteten:

> « Il faut prévoir le cas où M. Lloyd George insistant sur une idée qu´il a déjà esquissé ce soir, émettrait l´avis que nous devons à tout prix éviter de jeter la Russie tout entière dans les bras de l´Allemagne. Pour empêcher un rapprochement où il voit un grand danger pour l´Europe occidentale, M. Lloyd George soutiendra peut-être que des concessions de notre part sont nécessaires. Je n´y suis naturellement par disposé, mais j´ai besoin (de) (connaître) avant la séance de demain matin, d´une manière rigoureusement précise, les vues et les instructions du Gouvernement. »[1978]

Deutlich wird damit, dass die Alliierten zwar jetzt ihre Verhandlungsposition gegenüber Moskau etwas geschwächt sahen. Offenbar war jedoch zumindest für die britische Seite erkennbar, dass das Angebot, der sowjetrussischen Seite „Konzessionen“ in Aussicht zu stellen, nach wie vor die von allen Ententemächten angestrebte Trennung von Deutschland und Russland ermöglichen konnte. Von einer definitiven Annäherung zwischen den beiden großen Parias - Rapallo-Vertrag hin oder her - ging Barthou nicht aus.

Die Quellen für den Ostermontag 1922 belegen allerdings weiter, dass der deutsch-russische Vertragsabschluss in Rapallo - zumindest auf den ersten Blick - selbst auf neutrale Beobachter keinen guten Eindruck machte. So hielt zum Beispiel der niederländische Außenminister Karnebeek mit Datum vom 17. April 1922 nicht nur fest, „das Ereignis des Tages“ sei „das Zustandekommen und Publikation des Vertrages zwischen Deutschland und Russland“. Es habe bereits - also offenbar vor der offiziellen Bekanntgabe - „eine große Sensation ausgelöst“. Der Inhalt des Vertrages schwäche „die Position der anderen Mächte gegenüber Russland“. Vor allem die Art der deutschen Vorgehensweise als solche müsse schon als „sehr unkorrekt“ bezeichnet werden, „umso mehr, weil es ohne Warnung geschehen“[1979] sei – eine Vorstellung, die im Hinblick auf den informellen Dialog Maltzans mit den britischen Vertretern unzutreffend war.

Auf der anderen Seite skizzierte Karnebeek allerdings auch Stimmen, die sich kritisch gegenüber dem Verhalten der alliierten Hauptmächte äußerten: Der schwedische Vertreter Branting habe ihm gegenüber die Ansicht kundgetan, es sei eben „nicht richtig“ gewesen, „dass die Deutschen nicht aktuell informiert worden waren über diejenigen Überlegungen, die mit den Russen bis jetzt stattgefunden hatten.“ Branting sei - ähnlich wie zahlreiche andere seiner Kollegen auf der Konferenz - des Weiteren der Auffassung, dass gerade diese Entwicklung alliierter Separatverhandlungen mit den sowjetrussischen Vertretern in der Villa D’Albertis „die Atmosphäre

---

[1978] Ebd., 210 (No.107, 22:25 Uhr).

[1979] DBPN, Periode A: 1919-1930, Deel III, Nr.243. Es heißt hier in deutscher Übersetzung u.a. weiter: „Im Hotel waren de Noren und Denen darüber entrüstet. Am Abend besuchte ich die Schweizer im Miramare, die darüber auch nicht gut zu sprechen waren und glaubten, dass durch den Zwischenfall ein ernster Zustand ins Leben gerufen wurde. Patijn hatte nachmittags von Keynes vernommen, dass die Engländer überrascht (verrast) waren und Lloyd Georg „very upset“. Als ich nach Hause kam sprach ich mit Branting, der bei einer Zusammenkunft bei Thomas anwesend war, wozu auch Lloyd Georg eingeladen war und auch erschien. Er sagte mir, dass Lloyd Georg aufgebracht war und die Deutsche Methode stark „afgekeurd“ fand, sich aber sein endgültiges Urteil über den Stand der Sache vorbehalten hat.“

der Konferenz“ nicht nur in Russland-politischer Hinsicht, sondern insgesamt bereits weitgehend „verdorben“ habe.[1980]

Dennoch waren die deutschen Vertreter in einer misslichen Lage. Aufmerksame deutsche Konferenzbeobachter prognostizierten deshalb schon an diesem Ostermontag, dass sich die deutsche Außenpolitik durch die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages ab dem nächsten Tag einer massiven publizistischen und politischen Reaktion gegenübersehen würde: Den Dienstag, 18. April 1922 kündigte Harry Graf Kessler in seinem Tagebuch antizipatorisch als den „wohl aufregendsten Tag der Konferenz“ an. Seiner Ansicht nach wäre es zudem „aber sicher besser“ gewesen, „wenn der Vertrag schon in Berlin unterzeichnet worden wäre.“ Dies hätte den jetzt vorhandenen „Schein der Illoyalität“ vermieden.[1981]

Am Dienstagvormittag wurde der Vertrag der Weltöffentlichkeit offiziell vorgestellt. Dazu verbreitete die deutsche Genua-Delegation ein erklärendes Kommuniqué, dass insbesondere betonte, der Vertrag verletzte nicht die Interessen und Rechte der anderen Nationen.[1982] Das deutsche Delegationsmitglied Erkelenz sprach in Bezug auf diese Bekanntgabe ähnlich wie Karnebeek von einer „Sensation“, obgleich Rathenau den Charakter des Rapallo-Vertrages in erster Linie und ausdrücklich als einen „tatsächlichen Friedensvertrag“ dargestellt habe. Zudem schien der deutschen Außenminister - zumindest aus der Sicht Erkelenz - zutiefst von seinem Schritt in Rapallo überzeugt und sogar darüber erleichtert zu sein.[1983]

Parallel zur offiziellen Bekanntmachung des Vertrages durch die deutsche und russische Seite war die Protesthaltung auf Seiten der Alliierten am 18. April 1922 bereits weitgehend abgesprochen und inhaltlich noch weiter verschärft worden. Sie sollte nunmehr in organisierter Form mit aller Vehemenz zu Tage treten: Gegen 11 Uhr kam es in diesem Zusammenhang zunächst erneut zu einem Treffen in der Villa Raggio, jetzt unter der Anwesenheit des italienischen Präsidenten Facta. Lloyd George schien dabei offenbar in Reaktion auf die ihm von Barthou tags zuvor vorgehaltene Kritik darauf bedacht, nunmehr seiner Verärgerung über den Vertrag in markigen Worten Ausdruck zu verleihen. Deutschland habe sich, so erging sich der britische Premier ohne den Hauch einer selbstkritischen Haltung, eines „act of base treachery and perfidy“ schuldig gemacht, „which was typical of the German perfidy and stupidity; perhaps even more of Germany´s stupidity that of her perfidy”. Die Situation, so fügte der britische Premier hinzu, sei zudem durchaus nicht als ungefährlich einzuschätzen. Denn obgleich es zuträfe, dass Deutschland und Russland im Moment nicht über beunruhigende Machtressourcen verfügten und daher keine unmittelbare Gefahr für die alliierten Mächte darstellten, stehe man hier dennoch vor dem Beginn einer Annäherung “between two of the potentially most formidable Powers of Europe“:

[1980] Ebd.

[1981] Kessler, Tagebücher, S.299.

[1982] Bei den belgischen Akten befindet sich unter dem 17. April 1922 das „communique officiel allemand“ in französischer Übersetzung: « Le présent accord ne préjuge aucunement des rapports que les deux Etats signataires auront avec d´autres Etats : il liquide le passé et jette les fondements d´une action commune dans l´avenir pour l´œuvre de la reconstruction. Les avantages que l´on peut attendre de ce règlement pacifique entre la Russie et l´Allemagne seront profitables à tous l´Europe. Du fait que l´accord germano-russe a été réalisé précisément pendant la Conférence, il ne faut donc pas conclure que l´on se désintéresse des buts d´ordre général européen que poursuit la Conférence. Les deux gouvernements contractants sont au contraire convaincu que par la conclusion de cet arrangement ils ont contribués pour une part appréciable à remplir l´objet essentiel de la Conférence qui est le rétablissement définitif de la paix européenne. », BMAE, 10.991, VIII (16-20 avril 1922). Die Vorlage trägt am oberen rechten Rand die Ziffer 2.

[1983] BAK, NL Anton Erkelenz, Nr.19, Fiche 3, 176f. („Nervi, 18.4.1922, 7 Uhr 21“ (sic)).

> "It was stupid because if they were going to take this action they should not have done it in the way they had. There were others present there today who could have done it much better than Germany had. If Germany wanted a policy of closing up with Russia, she was entitled to it; but to carry it out in the way she had was characteristic of German stupidity. On the previous day he had been angry about it, and had felt that his judg(e)ment was not quite dispassionate. He was disgusted at the low cheating. He had therefore thought it better that they should sleep over the situation before taking a decision."[1984]

Polemisch vorgetragene Kritikpunkte dieser Art verdeutlichten allerdings im Grunde eine andere, nahe liegende Tatsache: Lloyd George war - in seinem anhaltenden Anspruch auf die leitende Regie der Konferenz von Genua - darum bemüht, dem von den anderen Beteiligten bereits in den inneralliierten Erörterungen vorgebrachten Protest gegen den Rapallo-Vertrag formal weitgehend zuvorzukommen, um damit die alliierte Gesamtreaktion auch in inhaltlicher Hinsicht beherrschen und gestalten zu können.

Andere Quellen zeigen, wie die führenden Ententevertreter gegenüber neutralen Mächten das Zustandekommen des deutsch-russischen Vertrages darstellten. Kritik am eigenen Vorgehen fehlte auch hier. Der niederländische Außenminister Karnebeek wies in seinem bislang in der Rapallo-Forschung unbeachteten Tagebucheintrag vom späten Abend des 18. April 1922 daraufhin, er habe den italienischen Außenminister um Aufmerksamkeit für den niederländischen Kommentar zum Londoner Memorandum gebeten, den die von ihm geführte Delegation im Rahmen einer Note in die Arbeit der „1. Kommission" bereits eingebracht hatte. Karnebeek trug vor, Schanzer verstehe die Haltung von Deutschland nicht, wodurch die ganze Konferenz nunmehr in Unordnung gebracht worden sei. Schließlich habe Italien angeblich alles getan, um Deutschland auf der Konferenz eine möglichst gute Position zu geben. Er habe sogar am Tag vor der Eröffnung in einer Besprechung der eingeladenen Mächte gegenüber den Franzosen mit der Faust auf den Tisch schlagen müssen, um die Teilnahme Deutschlands an allen Kommissionen zu erreichen und fühle sich jetzt tief verletzt durch die Art und Weise, wie Italien nun durch die Deutschen behandelt werde. Weiter sei es nicht wahr, so Schanzer nach Karnebeek weiter, dass die Deutschen nicht über die Separatverhandlungen in der Villa D'Albertis informiert worden seien. Im Gegenteil habe man ihnen „täglich mitgeteilt, dass in den Vorbesprechungen mit den Russen die Position von Deutschland nicht präjudiziert" würde.[1985]

Letzten Endes ging es jedoch allen Mächten in erster Linie um Wahrung und Durchsetzung eigener finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Interessen – gerade auch in der Konkurrenz um den zukünftigen russischen Markt. Denn Karnebeek wies darauf hin, Schanzer habe im Rahmen seiner Analyse nicht zuletzt ebenso bekannt, dass es in Bezug auf die Verhandlungen der Alliierten mit Sowjetrussland „wichtig" sei, „weiter zu machen und dafür zu sorgen, dass die Deutschen keinen Vorsprung in Russland bekommen gegenüber anderen Staaten".[1986]

[1984] British Secretary´s Note", 18.4.1922, PRO, CAB 29/95, 408-424, hier 410.

[1985] DBPN, Periode A: 1919-1930, Deel III, Nr. 245.

[1986] Bei ebd. heißt es dann (Übersetzung des Verfassers) u.a. weiter: „Schanzer meinte, dass die Position der anderen Staaten gegenüber Russland jetzt sehr geschwächt ist und er fürchtet, dass, um nicht hinter dem „Netz zu fischen", gegenüber den Russen noch mehr Entgegenkommen gezeigt werde muss. Er fürchtet, dass wir uns mit einem Minimum an Garantien zufrieden geben müssen. Übrigens sagte er mir, dass der Grund, warum man mit Russland erst noch in einem kleineren Kreis verhandeln wollte, darin gelegen war, dass man von einer Behandlung der anstehenden Frage in der Kommission fürchtete, dass es den Russen Gelegenheit bieten soll um einen „hohen Ton anzuschlagen" und eine Propaganda zu machen die von selbst bekannt wird. Es scheint darum besser gewesen zu sein, die Russen erst auf einige

Unterdessen erhob sich in der internationalen Presse ein regelrechtes Empörungsspektakel. Deren Voraussetzungen und Verlaufslinien in Frankreich sind von Renata Bournazel erstmalig 1972/74 dargestellt worden – allerdings unter dem vor allem in der deutschen Forschung inhaltlich weithin unbeachteten Untertitel „La politique de la peur dans la France du bloc national".[1987] Den Anfang machte wiederum der „Le Temps".[1988] Die französische und britische Presse schäumte. Der deutschen Delegation standen zweifellos „kritische Tage"[1989] bevor, und zwar auch deshalb, da neben der „bürgerlichen Presse" der Ententemächte unter anderem auch die italienische Presse gegen Deutschlands angebliche „Hinterlistigkeit und Unzuverlässigkeit" tobte. Auf deutscher Seite wurde von einer regelrechten „Neuauflage der Kriegspropaganda" gesprochen.[1990]

In jedem Fall war die „bombe de Rapallo"[1991] damit bereits zu einer „PR-Katastrophe" ersten Ranges geworden. Das Schlagwort saß fortan „im Bewusstsein eines großen Teiles der westlichen Welt wie eine Kugel aus der Schwedenzeit in einer deutschen Stadtmauer"[1992]. Überdies ging mit ihm die Gefahr der politischen Instrumentalisierung, insbesondere durch das auf rigorose Deutschlandpolitik bedachte Frankreich, einher. Schnelle politische Krisenkommunikation durch die deutschen Akteure war jedenfalls dringend notwendig. Sie mussten spätestens seit dem Mittag des 18. April 1922 alles unternehmen, um den tatsächlichen inhaltlichen Charakter des Vertrags, den Grund für den Zeitpunkt seiner Unterzeichnung und die damit verknüpften Russland-politischen Intentionen der Weimarer Außenpolitik überzeugend zu erläutern – vor dem Hintergrund der aufgeheizten internationalen Öffentlichkeit ein äußerst mühseliges Unterfangen.

Auch innerhalb der deutschen Diplomatie kam es zu kritischen Bemerkungen. Dufour zeigte sich gegenüber Schubert „etwas traurig", dass gegenwärtig insbesondere „unsere Bemühungen mit England in die Brüche gehen" würden. Möglicherweise, so Dufour in Bezug auf den Rapallo-Vertrag weiter, sei eben doch „zu plötzlich gehandelt worden". Zudem hätten sich „die Politiker mit den Finanzleuten vorher gar nicht verständigt", wenngleich Dufour erneut zugab, an den entscheidenden Vorgängen überhaupt nicht selbst beteiligt gewesen zu sein, und daher einschränkend hinzufügte, er werde wieder schreiben, „sobald ich klar sehe".[1993]

Schon auf der Sitzung der deutschen Genua-Delegation am Morgen des 18. April 1922 war es ebenfalls zu Unverständnis und Kritik gegenüber der Rapallo-Entscheidung gekommen: Finanzminister Andreas Hermes sah nunmehr die finanziellen Gesamtinteressen Deutschlands in

---

essentielle Punkte festzulegen und danach die Frage in den großen Ring zu werfen. Ich antwortete, dass mir diese Auffassung verständlich vorkam und dass ich die Umsicht also sofort begriffen hatte."

[1987] Bournazel, Rapallo: Naissance d'un mythe. La politique de la peur dans la France du bloc national. Bei ebd., S.227 heißt es u.a.: „Il semble d´abord que le terrain psychologique qu´offrait la France du Bloc national a été particulièrement favorable à l´éclosion du mythe de la 'collusion germano-soviétique'. » Zur Genese dieser Voraussetzungen vgl. insbesondere ebd., S.117ff.

[1988] Vgl. stellvertretend den frz. Temps vom 18.4.1922, Ausschnitt bei BMAE, 10.991, VII (16-25 avril 1922). Hier heißt es einleitend: „Un coup de théâtre, dont il n´est pas encore possible actuellement de prévoir ni de mesurer les conséquences, s´est produit hier (…). »

[1989] Kessler, Tagebücher, S.300 (18. April 1922). Zur belgischen Presse in Bezug auf den Rapallo-Vertrag vgl. Margerie an Poincaré, 19.4.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 116, 59ff. Zur nachträglichen Abmilderung der italienischen Pressestimmen durch die italienische Regierung siehe Tel. Roux No. 523/524, 20.4.1922, ebd., 82-83.

[1990] Vgl. Hemmer an Wever, 19.4.1922, BAB, R 43 I/471. Hier heißt es u.a.: „Ein Argument wird vielleicht auch in der deutschen Öffentlichkeit eine Rolle spielen, nämlich, dass wir die Engländer nicht informiert hätten. Das ist nicht richtig. Die Engländer sind über jede Phase der Verhandlungen von uns ins Bild gesetzt worden."

[1991] Castellan, S.324.

[1992] Asecretis, 1923, S.32, vgl. auch Schulze Wessel in: Deutsche Erinnerungsorte, S.537 bzw.551.

[1993] Siehe dazu das von Schubert an Sthamer unter dem 20.4.1922 weitergeleitete Schreiben Dufours an Schubert vom 18.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

schwerer Weise gefährdet. Die „Atmosphäre des Vertrauens“ auf der Konferenz - ein Wortlaut, der gewiss nicht zutreffend war - sei durch den Vertragsabschluss verletzt worden.[1994]
Vorwürfe dieser Art vermochte Ministerialdirektor Maltzan zwar mit „einem genauen Überblick über die einzelnen Phasen der Entwicklung, die zum Abschluß des Vertrages geführt“ hatten, unmittelbar zu widerlegen. Auch die von Hermes gestellten kritischen Fragen habe er „zu dessen Zufriedenheit“ beantwortet[1995], wobei Staatssekretär Simson wenige Tage später gegenüber Schubert insbesondere das Verhalten von Hermes als „sehr eigentümlich“ bezeichnete, da er sich noch „vorher (…) für den Abschluß mit den Russen ausgesprochen“ habe.[1996]
Die erste kritische Reaktion aus Berlin hatte offenbar andere Schwerpunkte: Nicht nur die Reichskanzlei fühlte sich nach den Erinnerungen Stockhausens so, als ob „der Kanzler uns fast vergessen“ hätte.[1997] Vor allem Reichspräsident Ebert zeigte sich von der Vertragsunterzeichnung überrascht und sah sich in Bezug auf seine „verfassungsrechtlichen Ausführungen im letzten Kabinettsrat“ in seinen „verfassungsmäßigen Rechten“ verletzt. Nähere Nachrichten seitens der Delegation in Genua würden aber noch abgewartet, „um ein sachliches Urteil abgeben zu können“. Der Ministerialrat in der Reichskanzlei Wevers empfahl der deutschen Genua-Delegation daher mit Datum vom 18. April 1922, „möglichst eingehende Berichte, insbesondere auch an den Herrn Reichspräsidenten(,) zu senden, in denen möglichst auch die dessous des Ganges der Verhandlungen klargelegt werden.“ Darüber hinaus wäre es sinnvoll, dass ein „genau informierter Herr von Genua nach Berlin“ käme, „um dem Reichspräsidenten und dem Kabinett mündlich Bericht zu erstatten.“ Das Schreiben verwies dabei insbesondere auf die negativen „Erfahrungen von Spa und London“ in den Jahren zuvor und suchte schon vorab nach Lösungen, wie diesmal „etwa entstehende Schärfen und Spannungen“ innerhalb der deutschen Außenpolitik „am besten ausgeglichen werden“.[1998]

[1994] Vgl. dazu auch BAK, NL Anton Erkelenz, Nr.19, 179. Hier heißt es u.a.: „Die Bankiers, all die Leute, die an den westmächtlichen Verhandlungen beteiligt sind und Anleiheverhandlungen führen, sind bestürzt. Kuno will abreisen. Melchior erklärt laut, er sei nicht gefragt worden, sonst hätte er abgeraten. Im Gegensatz dazu sind die Industriellen fast begeistert, d.h. diejenigen, die eine franz(ösische) Ruhrbesetzung lieber sähen als Fortsetzung der bisherigen Politik.“

[1995] Vgl. AdR, Kab. Wirth II, Nr. 248 (Kabinettssitzung vom 18. April 1922, 9.45 Uhr in Genua), Original bei BAB, R 43, I/2151 (MF 15), 990ff. Es heißt hier einleitend u.a.: „Reichsminister Hermes stellt fest, dass der Abschluss des Vertrages mit den Russen im Kabinett nicht besprochen worden sei, er wolle dies aber nicht zum Gegenstand der Diskussion und Kritik machen, da im übrigen die Verantwortung hierfür auf den Außenminister falle. Es handle sich aber jetzt darum die Folgen zu beseitigen, die der Abschluss des Vertrages für Genua zeigte. Das Ziel der Konferenz sei, für Deutschland wenigstens, ein finanz- und reparationspolitisches gewesen.“
In den Augen von Hermes war „die Schaffung eines geeigneten Bodens für die Gestaltung der Reparationsfrage wichtiger [...] als der Abschluß eines Vertrages, von dem man nicht absehen könne, welche Früchte er Deutschland bringe.“ Reichskanzler Wirth wies demgegenüber u.a. auf den dreimaligen Versuch hin, Lloyd George zu einer Rücksprache zu bewegen, was gezeigt habe, „dass auf der alliierten Seite die Kernfrage in Genua nicht die Finanzfrage, sondern die Russenfrage sei.“ Es sei insofern festzuhalten, „dass es Deutschland gelungen sei, zu verhindern, dass die Alliierten sich mit Russland auf dem Rücken Deutschlands verständigt hätten“. Rapallo sei in diesem Zusammenhang „notwendig gewesen, um nicht von zwei Seiten erdrückt zu werden“. Außerdem müsse das Verhalten der britischen Delegation gegenüber Deutschland „mindestens als wüst“ bezeichnet werden, ebd.

[1996] Vgl. Aufz. Schubert, 24.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9. Es heißt hier u.a. auch: „Wenn jetzt eine Reihe von Sachverständigen erklärt, dass, wenn der deutsch-russische Zwischenfalls nicht eingetreten wäre, jetzt die deutsche Reparation bereits auf der Tagesordnung der Konferenz stehen würde, so sei dies absoluter Unsinn: soweit wäre man auch ohne den Zwischenfalls sicherlich jetzt noch nicht gekommen.“

[1997] Stockhausen, S.34.

[1998] Wevers an Hemmer, Nr. 9, 18.4.1922, BAK, R 43 1/471.
Siehe dazu zuvor auch Hemmer an Kempner, 17.4.1922, ebd., sowie Haniel an deutsche Delegation Genua, 19.4.1922, ADAP A VI, Nr. 64. Im Fernschreiben Wevers an Wirth vom 19.4.1922, BAB, R 43, I/132 (MF 4), 321 heißt es u.a., das Kabinett (in Berlin) sei „der Meinung, dass Berichterstattung über Genua nicht ausreichend und verspätet erfolgt. Kabinett hat den Wunsch, über Vertragsverhandlungen mit Russland eingehender informiert zu werden und bittet, informierten Herrn hierher zu senden. Empfehle außerdem dringend bei wichtigen Entscheidungen eingehende Mitteilung auch der

Die Nachricht über den Abschluss des Rapallo-Vertrages wurde in den politischen Kreisen Berlins allerdings in inhaltlicher Hinsicht keineswegs einheitlich aufgenommen. Bei vielen politischen oder administrativen Verantwortungsträgern schien die Kritik an dem Vorgehen von Rathenau, Maltzan und Wirth zudem eher um die Frage zu kreisen, ob durch die im deutsch-russischen Vertrag erfolgten Verzichtserklärungen nicht deutsche Ansprüche gegenüber Russland in allzu leichtfertiger Weise preisgegeben worden seien. So wurde Maltzan mit Datum vom 18. April 1922 aus Berlin telegraphiert, dass die innenpolitische Beurteilung des Vertrages „vor allem wegen (des) Verzichts auf deutsche Vermögenswerte in Russland" gegenwärtig „ziemlich ungünstig" verlaufe und die Mitwirkung des Reichtages, die „unumgänglich" sei, „die Situation erschweren" werde. Rümelin bat daher ebenfalls um weitere „Mitteilungen, die zur Stützung dortiger Intentionen geeignet sind".[1999]
Maltzan bemühte sich noch am gleichen Tag, dem 18. April 1922, um eine erste sachliche Aufklärung der Vorgänge aus der Perspektive der Führung der deutschen Genua-Delegation. Dabei betonte er insbesondere, dass es sich bei dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo um eine Reaktion auf die Annahme einer akuten, schwerwiegenden Bedrohung deutscher Interessen auf Russland-politischem Terrain gehandelt habe:

> „Als Material verweise ich auf Telegramm Nr. 104 von heute, sowie Wolff-Telegramm mit hiesigem Avanti-Artikel[2000]. (Der) Abschluss war trotz politischer Tragweite unvermeidbar, da Entente seit Mittwoch ohne uns offiziell in Villa Lloyd George mit Russen verhandelte und trotz wiederholter Anregungen sich zu unserer Verwahrung über deutsche Belastung im Londoner Protokoll nicht äusserte."[2001]

Des Weiteren übersandte Maltzan als weiteres „Material" seine erste ‚kürzere', sechsseitige „Aufzeichnung" über die „letzten Vorgänge vor der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages" an das Auswärtige Amt nach Berlin. Schubert konnte sich mit diesen Ausführungen bereits am 19. April 1922 intensiv auseinandersetzen, wobei die mehrfachen Anstreichungen und Hervorhebungen am Ende der Vorlage wie die Paraphe Maltzans jedoch von diesem selbst stammten.[2002] Maltzan meinte durch diese Ausführungen jedenfalls die Hoffnung haben zu können, dass seine Argumente bei den in Berlin verbliebenen Akteuren der deutschen Außenpolitik nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch einer zustimmenden Einsicht offen stehen würden.
Trotzdem war es geradezu unausweichlich, dass die internationalen Pressemeldungen über die heftigen alliierten Proteste gegen die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages die Bedenken insbesondere derjenigen Russland-politischen Skeptiker in Berlin verstärkten, die über einen Mangel an ausreichender Information klagten. Hierbei vermischten sich Argumente mit grundsätzlicher

---

Motive zu geben. Mit Bezug auf dortiges Protokoll vom 17. April nimmt Vizekanzler an, dass die Bezeichnung ‚Kabinettsprotokoll' wohl versehentlich gewählt ist, da dort Delegation sich befindet, während das Kabinett hier ist."

[1999] Rümelin an Maltzan, Nr. 60, 18.4.1922, PA, R 23688 (L 096172). Eine Abschrift auch bei PA, R 83435, 076.

[2000] Siehe dazu auch Kessler, Tagebücher, S.300 (18. April 1922), der hier ebenfalls den von Maltzan angesprochenen, „sehr zustimmenden, günstigen Artikel" im italienischen „Avanti" erwähnte.

[2001] Maltzan an Rümelin Nr. 108, 18.4.1922, ebd., R 23688 (L 096173). Die Vorlage trägt die Paraphe Simsons vom 18.4.(1922). Es heißt hier u.a. weiter: „(Das) Abkommen enthält durchaus keine vorbehaltlose Preisgabe deutscher Vermögenswerte in Russland. Ganz abgesehen von Aussichtslosigkeit Forderung zu materialisieren, enthält Artikel 2 Schlusssatz in Verbindung mit Notenwechsel weitgehende Meistbegünstigungsklausel im Falle Rückgabe Sozialisierung an andere, sowie Art. 4 volle Meistbegünstigung für Zukunft. Hiesige Reichstagsmitglieder, insbesondere Hilferding, Raumer und Wissel sind stark für Vertrag eingetreten." Ein weiteres Exemplar befindet sich bei PA, R 28206, 75 (D 738958) sowie bei PA, R 28204, 273 ((D)738408) und bei PA, R 83435, 074 (L203540).

[2002] Vgl. das Exemplar bei QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

Antipathie gegen jeden Vertrag mit den derzeitigen Machthabern in Russland sowie mit einem Gefühl der eigenen Zurücksetzung. Und hiergegen half vorerst kaum, dass Staatssekretär Haniel die aus Genua eingetroffene Aufzeichnung Maltzans über die letzten Vorgänge vor dem Vertragsabschluss auf der Kabinettssitzung am 19. April 1922 verlas und damit vermeintlich „alle Einzelheiten der Vorgänge in Genua in der Zeit vom 14. bis 17. d. Mts“ schilderte. In der Sache erhob sich vor allem bei den Ministern Köster und Bauer die Kritik, dass die Delegation in Genua das russische Problem zu sehr „in den Vordergrund schiebe, zum Schaden der anderen wichtigen Fragen.[2003]

Auch vor dem Hintergrund dieser Entwicklung blieb es sowohl aus außen- als auch aus innenpolitischen Gründen umso notwendiger, dass die Führung der deutschen Genua-Delegation ihr Engagement zur Verteidigung des deutsch-russischen Vertrages intensivierte: Der deutsche Pressechef Müller verwahrte sich in einem Telegramm nach Berlin dabei bereits am 18. April 1922 insbesondere gegen den Vorwurf, „es läge eine Sonderaktion Deutschlands vor“. In der Sache durchaus zutreffend wies er darauf hin, „dass Sonderverhandlungen zunächst unter Nichtbeteiligung Deutschlands von der anderen Seite eingeleitet worden sind (dies dürfte unbestritten sein) [sic] und dass Deutschland hierdurch genötigt wurde, um Schädigung seiner Interessen zu vermeiden, mit Russland ein Abkommen zu treffen.“[2004]

Darüber hinaus systematisierten die führenden deutschen Akteure - Rathenau, Maltzan und Wirth - in den nächsten Tagen ihre sachliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit: Zunächst wurde in dieser Hinsicht ein amtsinterner Runderlass angefertigt, der eine enge, einvernehmliche Zusammenarbeit zwischen Rathenau und Maltzan und deren gemeinsame Überzeugung für den deutschen Schritt in Rapallo erkennen ließ. Weiter beauftragte der deutsche Außenminister - nach einem von Maltzan angefertigten Entwurf - ebenfalls noch mit Datum vom 18. April 1922 Staatssekretär Haniel in Berlin, alle insoweit bedeutenden deutschen Auslandsmissionen zur Information und Sprachregelung die Position der deutschen außenpolitischen Führung mitzuteilen. Dies war überfällig. Der deutsche Botschafter in London zum Beispiel hatte bereits am Nachmittag des gleichen Tages dringend um eine entsprechende Weisung gebeten.[2005]

Auch wenn es auf der Hand lag, dass neben der französischen unter anderem auch die britische Politik und Öffentlichkeit für rationale Argumente nur eingeschränkt zugänglich war, versuchte der Runderlass Rathenaus bzw. Maltzans dennoch vor allem die inhaltlich begrenzte politische Bedeutung des Rapallo-Vertrages zu erläutern, der aus ihrer Sicht lediglich berechtigte nationale Interessen Deutschlands verteidigt habe:

> „Rapallo-Abkommen mit Russland enthält materiell nichts, was irgendwie Interessen anderer Länder beeinträchtigte. Niemand wird geschädigt, wenn Deutschland und Russland gegenseitig auf Entschädigung verzichten und sich Meistbegünstigung

---

[2003] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 250 (Kabinettssitzung vom 19. April 1922, 17 Uhr, in Berlin). Siehe dazu auch Wever an Wirth, 19.4.1922, BAK, R 43 1/2451 sowie Haniel an dt. Delegation in Genua, Nr. 76, geheim, 19.4.1922, PA, R 23710, 197. Die Vorlage ist das Exemplar 1, das für Maltzan bestimmt war und trägt seine Paraphe. Ein weiteres Exemplar ist gedruckt bei: ADAP A VI, Nr. 64.
Zu Adolf Köster (1883-1930), der im Oktober 1921 als Reichsinnenminister in das Kabinett Wirth berufen wurde, vgl. Doß, Köster sowie AdsD, NL Köster, mit einem Findbuch und biographischen Angaben von Mario Bungert-Kroemer (1991); zu Gustav Bauer (1870-1944) siehe Rintelen.
[2004] Müller an AA, 18.4.1922, ADAP A VI, Nr. 60.
[2005] Tel. Sthamer Nr. 126, 18.4.1922, PA, R 83435, 071.

> versprechen. Auch Vertrag von Versailles steht dem Abkommen nicht entgegen, insbesondere nicht Artikel 260, da wir unsere anerkannten Verpflichtungen daraus bereits erfüllt haben, ferner nur auf unsere Rechte, nicht auf Rechte anderer Nationen verzichtet haben und endlich der Verzicht fortfällt, sobald andere Nationen Ansprüche gegen Russland durchsetzen.“ [2006]

Der Außenminister und der Ministerialdirektor setzten aber auch gegen die Vorwürfe zur Wehr, die gegen die Art des Zustandekommens des deutsch-russischen Vertrages erhoben wurden. Denn die Unterzeichnung des Vertrages, so wurde hier zutreffend weiter ausgeführt, sei in erster Linie als Abwehrreaktion auf die schwere Bedrängnis deutscher Finanzinteressen auf Russland-politischem Gebiet notwendig geworden, was jetzt wiederum in entstellender Weise von den alliierten Hauptmächten politisch ausgenutzt werde:

> „Kritik der Öffentlichkeit richtet sich daher auch wesentlich gegen Form des Abschlusses. Vorwürfe unberechtigt. Nicht Deutschland hat sich von Konferenztisch entfernt, sondern Alliierte haben versucht, sich unter Ausschaltung Deutschlands mit Russland, und zwar auf Kosten Deutschlands, zu einigen. Londoner Sachverständigen-Programm war mit uns nicht besprochen und nahm auf deutsches Interesse keine Rücksicht. Wir haben vor Abschluß des Vertrages Italiener und Engländer nicht im Zweifel darüber gelassen, welche Teile der Londoner Vorschläge für uns gefährlich und unannehmbar seien, und angedeutet, dass wir bei weiterer Nichtbeteiligung uns selbst sichern müßten. Abschluß des Vertrages kann tatsächlich für Italiener und Engländer keine Überraschung gewesen sein; die zur Schau getragene Entrüstung wird mit beeinflußt durch den Wunsch, französischer Stimmung Rechnung zu tragen.“[2007]

Obwohl Rathenau und Maltzan ihre eigene Verstimmung über dieses Vorgehen der Ententemächte kenntlich machten, mahnten sie in dieser Vorlage doch zugleich zu Geduld. Die deutsche Regierung werde jedenfalls ohne Nervosität abwarten, wie sich der weitere Konferenzverlauf inhaltlich gestalten würde. Zwar würde ein Scheitern der Konferenz von Deutschland „bedauert“ werden. Der Rapallo-Vertrag könne „aber sachlich hierfür keinen Grund geben.“[2008]

Wie man auf die Proteste im Einzelnen reagieren sollte, wurde auf deutscher Seite zudem teilweise bis „spät nachts“[2009] intensiv erörtert: Außenminister Rathenau wies dabei - verständigungspolitisch spürbar desillusioniert - Vorstellungen zurück, die eine „Annullierung“ des Rapallo-Vertrages in Erwägung zogen. Ihm sei allerdings sehr wohl klar, dass es insbesondere Lloyd George aufgrund der deutschen Schwäche ohnehin möglich sei, „bei einem Scheitern der Verhandlungen zwischen Alliierten und Russen (…) seinen Unmut an Deutschland“ auszulassen. Und der britische Premier sei

---

[2006] Rathenau an AA, Nr. 104, 18.4.1922, ebd., R 23688 (L 096174). Ein weiteres Exemplar findet sich bei PA, R 23711, 058 bzw. unter der Filmnummer L 640/L 203 567-68. Vgl. auch das Telegramm von Sthamer vom 19.4.1922, der insofern um politische Instruktionen bat, ebd., R 23710, 242. Dieses Telegramm, das sich offenbar mit dem Entwurf Maltzans kreuzte, trägt am linken Rand die Paraphe Maltzans.

[2007] Ebd.

[2008] Ebd. In dem hier genannten Entwurf Maltzans hatte noch „sehr bedauert“ gestanden. Diese Steigerungsform wurde offenbar von Rathenau abgeschwächt. Ein Durchschlag des Tel. Rathenaus vom 18.4.1922 befindet sich auch bei PA, R 83435, 113-114 (L203567-68), wobei offenbar diese Vorlage an alle wesentlichen deutschen Botschaften und Gesandtschaften als Kopie übermittelt wurde. Siehe auch das von Haniel unterzeichnete Telegramm vom 19.4.1922, in dem es heißt, der Reichsminister bäte mit dem beigefügten Telegramm zu einer diesbezüglichen „Regelung Ihrer Sprache“, ebd., 115-116 (L203569-10).

[2009] Kessler, Tagebücher, S.302. Demnach soll nach Informationen Hilferdings „der eine Teil, Auswärtiges Amt, Simson, Maltzan (…) für Nichtnachgeben“ gewesen sein. „Der andre Teil, Hermes, Schmidt“ suche einen Ausweg und Hilferding habe im Nachhinein gemeint, „unsere Antwort werde etwa darauf hinauslaufen, dass wir uns bereit erklärten, unseren Vertrag als Teil eines gesamteuropäischen Vertrages mit Russland absorbieren zu lassen, ihn bloß als Vorstufe und Material zu einem solchen Vertrag zu betrachten.“

ja bekanntermaßen gerade „darin unberechenbar“ und „lasse sich nur von seinen Interessen leiten“. Deutschland zu „mißhandeln, dazu habe er jederzeit Gelegenheit.“ [2010]

Das war eine Einschätzung, der durchaus Berechtigung zukam und zu den psychologischen Unwägbarkeiten gehört hatte, die noch kurz zuvor die deutsche Außenpolitik überhaupt nach Rapallo geführt hatte. Denn das Unzuverlässige und Doppelbödige an der Außen- und Europapolitik Lloyd Georges, die sich eben auch nicht scheute, im Sinne von außen- oder innenpolitischen Interessen Großbritanniens mit demagogischen und taktischen Winkelzügen zu operieren, war den Zeitgenossen seit geraumer Zeit allgemein bekannt. Und das hatten - geradezu als ein „meisterhafter Taschenspielertrick“[2011] - nicht zuletzt die Franzosen am 28. Juni 1919 im Rahmen der am gleichen Tag wie der Versailler Vertrag unterzeichneten „Garantieverträge“ zu spüren bekommen. Denn diese hatte der britische Premier seinerzeit geschickt von der letztlich fehlenden Ratifikation durch den amerikanischen Kongress abhängig gemacht, was wiederum ein „abgrundtiefes Misstrauen zwischen Paris und London“ zur Folge hatte, das während der gesamten Zwischenkriegszeit nicht mehr ausgeräumt werden konnte.[2012]

Für die Forschung hat in der jüngsten Zeit Bernd Jürgen Wendt noch einmal ausdrücklich auf das „diffuse Zwielicht“ hingewiesen, in dem sich insbesondere auch die Deutschlandpolitik des britischen Premiers bewegte. Denn einerseits hatte der britische Premier ja bereits 1919 die Notwendigkeit eines maßvollen Friedens mit Deutschland erkannt, wenn dieser nicht die Saat des nächsten Krieges bereits in sich tragen sollte. Des Weiteren lag es nach seiner Auffassung im wirtschaftlichen Interesse Großbritanniens, Deutschland als „traditionellen britischen Wirtschaftspartner in eine geordnete Weltwirtschaft zurückzuführen“ und der Republik insoweit einen gleich berechtigten Platz im internationalen Mächtekonzert zuzuweisen. Und dies schien ihm umso mehr vor dem Hintergrund der „größten Gefahr“ geboten, die er bereits in seinem Fontainebleau-Memorandum beschworen hatte: nämlich die, dass ein ständig gedemütigtes Deutschland mit dem Bolschewismus verbündete und sich dann „a vast red army under German instructors and German generals equipped with German cannons and German machine guns […] for a renewal of the attack on Western Europe“ vorbereiten könne.[2013]

Schon im Laufe des Dienstagnachmittags, 18. April 1922 hatte Rathenau einen persönlichen Brief an Lloyd George verfasst, der offenbar zeitgleich zu der deutschen Krisensitzung am Abend des gleichen Tages um 22 Uhr abgesandt wurde. Hier bemühte sich der deutsche Außenminister nachdrücklich um die Ausräumung des Vorwurfs, die deutsche Delegation habe es versäumt, den

---

[2010] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 249 (Kabinettssitzung vom 18. April 1922, 21.20 Uhr in Genua).
[2011] Lentin, S.62.
[2012] Vgl. dazu näher Wendt, Lloyd George’s Fontainebleau-Memorandum, S.40f.
[2013] Ebd., S.28f., S.42. Andererseits jedoch - und darin lag seit 1919 der stetige, „mehrfache Spagat“ des britischen Premiers - musste und wollte Lloyd George aus innenpolitischen Gründen zugleich den Forderungen aus dem konservativen Lager nach einem harten Frieden für Deutschland entsprechen. Er setzte sich persönlich für die Fassung des „Kriegsschuldartikels“ 231 VV ein, auch wenn dessen Reichweite durch Artikel 232 VV sogleich wieder eingeschränkt wurde. Darüber hinaus musste Lloyd George im Rahmen seiner Deutschlandpolitik sowohl die legitimen als auch die überdehnten französischen Sicherheitsinteressen beachten, was zugleich mit dem in seiner Person vorhandenen „ambivalenten“ und „unsicheren Deutschlandbild“ durchaus korrespondierte. Denn auch er blieb in seiner Haltung letzten Endes zutiefst von dem „Menetekel eines Wiederauflebens des alten deutschen Chauvinismus und Hegemonialstrebens“ geprägt. Und daraus ergab sich wiederum seine unbedingte Zielsetzung, den bereits „absehbaren ökonomischen und politischen Wiederaufstieg“ Deutschlands immerzu „so weit wie möglich unter Kontrolle zu halten“, damit ebenso ein demokratisches Deutschland auf keinen Fall noch einmal das europäische Gleichgewicht auseinanderbringen konnte, vgl. ebd., S.28, S.33, S.38f., S.40ff.

britischen Premier ausreichend zu informieren. Ihm, Rathenau, sei mitgeteilt worden, dass Lloyd George sich gestern Abend darüber beschwert habe, er sei nicht ausreichend über die Gespräche der deutschen Delegation mit den sowjetrussischen Vertretern in Kenntnis gesetzt worden.[2014]
Diese Behauptung wies der Außenminister energisch zurück. Er, Rathenau, habe in seiner amtlichen Funktion in dieser Woche gleich drei Mal selbst und ohne Rückantwort um ein persönliches Gespräch gemeinsam mit Reichskanzler Wirth bei Lloyd George ersucht. Darüber hinaus sei er sehr wohl darauf bedacht gewesen, „to keep you informed through Baron Maltzan who had four conversations with several British and one Belgian gentleman“:

> "On Tuesday he [Maltzan, Anm.d.Verf.] met Mr. Gregory, on Wednesday Sir William Clark and Mssrs Gregory, Fountain and Wise, on Friday M. Charlier, on Saturday Mr. Wise. On Sunday morning very early he twice rang up Mr. Wise, but the first time he could not get in touch with him, the second time Mr. Wise was away. This was just before we left for Rapallo."[2015]

Rathenau unterstrich also insbesondere, dass Maltzan den britischen Delegationsmitgliedern wiederholt die Russland-politischen Konsequenzen klar vor Augen geführt hatte, die sich aus deutscher Sicht aus dem Vorgehen der Alliierten in der Villa D´Albertis und im Rahmen der dortigen Verhandlungsgrundlage, des Londoner Memorandums, ergeben mussten.

2. Bemühen um sachliche Aufklärung

Als durchschlagend erwiesen sich diese frühen Rechtfertigungsbemühungen Rathenaus allerdings nicht. So berichtete der niederländische Außenminister Karnebeek über ein am 18. April 1922 stattgefundenes „Regierungsdinner im Palazzo Reale“, bei dem ca. „150 Menschen anwesend“ waren und in dessen Verlauf aufgrund der „delikaten“ Situation die „vorgesehenen Toast-Reden beim Dinner nicht durchgeführt wurden“. Im Vorfeld des Essens habe er eine „längere Unterredung mit Lloyd George“ gehabt, der ihn bat, seine Haltung gegenüber der deutschen Vorgehensweise offen zu legen. Karnebeek antwortete demnach „mit sicherer Reserve“, dass er das Verhalten Deutschlands als „nicht korrekt“ erachte und als „nicht vollkommen loyal gegenüber der Konferenz“. Daraufhin habe Lloyd George „mit großem Nachdruck“ ausgeführt, „no, very unloyal“ und sich erneut über die damit verbundene „Dummheit der Deutschen“ verärgert gezeigt. Denn diese hätten den Vertragsabschluss angeblich „genau so gut sechs Wochen früher oder sechs Wochen nach der Konferenz tun können“, wenngleich Karnebeek in diesem Zusammenhang anführte, dass auch Lloyd George der Ansicht war, „dass das Inkorrekte zunächst die Prozedur war mehr noch als der Inhalt.“[2016] Seiner Meinung nach sei es für Rathenau und Wirth jedenfalls „ein peinlicher Tag“

[2014] Diese Vorwürfe waren offenbar von Lloyd George auch gegenüber dem Staatssekretär Hirsch bei einem Abendessen am Tage zuvor (17.4.1922) erhoben worden, vgl. PA, R 28206, 44-47 (D 738929-32) mit dem Titel „Auszug aus einer Privataufzeichnung, betr. Besprechung mit Lloyd George am 17.4.1922.“

[2015] Rathenau an Lloyd George, 18.4.1922, HLRO, LG Papers, 53/3/14; im PA o.D. bei R 28206, 48 (hschr. Vorlage), 49-50 (mschr. Arbeitsexemplar) (D 738934-35).

[2016] Vgl. den Tagebucheintrag van Karnebeeks vom 18.4.1922, DBPN, Periode A: 1919-1930, Deel III, Nr. 244. Hier heißt es (deutsche Übersetzung) dann u.a. auch: „Ich frug ihn danach, ob er denkt, dass man mit den Russen zu einer Übereinstimmung kommen kann, aber er antwortete mit der Bemerkung, dass er noch nichts sagen kann. Auf meine Frage, ob er den Eindruck hat, dass die Russen geschickte Menschen sind, antwortete er mit großer Bestimmtheit in einem

gewesen und es habe ihn schon durchaus persönlich getroffen, „dass beim Rauchen nach dem Dinner die beiden einsam an der Mauer der Galerie stehen blieben.“ Zudem hatte der niederländische Außenminister den Eindruck, dass die deutschen Vertreter noch gar keine Kenntnis von der „Alliierten Note“ hatten, die mittlerweile in einer ganz anderen Fassung vorläge, als es am Nachmittag in der Villa Raggio kund getan worden sei:

.

> „Es hieß da noch, dass gegen den Russisch-Deutschen Accord protestiert werden soll auf Grund von Differenzen zu Friedensvertrag. Die Empfehlung von Scialoja, Fromageot und Hurst scheint in der Tat in diese Richtung gegangen zu sein. Nachmittags war noch in der Villa Raggio beschlossen worden, die Beschwerde auf den *moralischen Punkt* [Herv.d.Verf.] zu legen. Das Stück kommt mir für die Deutschen äußerst peinlich vor wegen der Weise, wie darin böse Absicht zur Last gelegt wird.“[2017]

Sowohl die Beschreibung Karnebeeks einer sehr gereizten Stimmung auf britischer Seite als auch sein Hinweis auf die der deutschen Seite noch im Einzelnen unbekannte alliierte Protestnote, zu der er eine kritische Haltung an den Tag legte[2018], lassen sich darüber hinaus mit anderweitig vorliegenden Quellen noch konkretisieren: Bereits seit dem Nachmittag des 18. April 1922 arbeitete man auf Seiten der Alliierten unter der Führung von Lloyd George ein Protestschreiben aus, das sodann noch am gleichen Tag der offiziellen Bekanntgabe des Rapallo-Vertrages England, Italien, Frankreich, Japan, Belgien, die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Portugal unterzeichneten.[2019] Deutschland wurde von der weiteren Konferenzarbeit in der für die Russlandfragen zuständigen politischen Unterkommission ab sofort ausgeschlossen. Nach Kessler war dies auf eine Intervention Barthous bei Lloyd George zurückzuführen, was aber nicht anhand von anderen Quellen verifiziert werden kann.[2020]

Die zentrale Anschuldigung der alliierten Note lautete, die deutsche Delegation habe auf das „Angebot guten Willens“ zu einer aufrichtigen Zusammenarbeit „mit einer Haltung geantwortet, welche den Geist gemeinsamen Vertrauens“ zerstöre. Und dieser Vorwurf war - hier in Bezug auf die Separatverhandlungen in der Villa D’Albertis, von denen die deutschen Vertreter ausgeschlossen worden waren - im Grunde ein erneuter Beleg dafür, dass die Alliierten unter einer Zusammenarbeit mit Deutschland in erster Linie die Hinnahme alliierter Beschlüsse durch Deutschland verstanden.

Auf alliierter Seite wurden überdies in nicht öffentlicher Weise Überlegungen angestellt, der sowjetrussischen Delegation das Londoner Memorandum in einer etwas modifizierten Form immer

---

bestätigenden Sinn, jedenfalls was Tschitscherin und Krassin anbetrifft. Er fand beide geschickter als denn alle Russen vom alten Regime, denen auch er begegnet ist.“

[2017] Ebd.

[2018] So heißt es bei ebd. u.a.: „Das Eigenartige ist die Mitunterzeichnung der kleinen Entente und Portugal, was mir nicht korrekt vorkommt. (…) Inzwischen ist es für uns das Beste, dass wir draußen geblieben sind, weil wir nicht wissen wie die Sache laufen wird.“

[2019] Vgl. dazu MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 324, 424-430, mit der „draft note“ bei 431f. und dem Schreiben der Alliierten an die deutsche Delegation bei ebd., 433-435. Siehe zur „Übersetzung der von der Grossen und Kleinen Entente unterzeichneten und am 18. April 1922 überreichten Note (,) betreffend den deutsch-russischen Vertrag“ PA, R 23688 (L 096283-85) sowie Material über die Konferenz von Genua (französisch-deutsch), S.60ff. und Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.276.

Zur alliierten Zusammenkunft am 18. April 1922 vgl. auch Tel. Barthou, 18./19.4.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 325, 11ff., hier 11-12, 16; auch bei MAE, Relations Commerciales, B82, 116, 19ff, die Referierung der Position Bênes und die Ansicht Barthous über die Thematisierung des Art. 260 VV bei 21, 23. Zur „Réunion der Alliierten“ am 18. April 1922 um 14h am gleichen Ort siehe zudem die ebenfalls ausführliche Aufz. aus belgischer Sicht bei BMAE, 10.991, VII (16-25 avril).

[2020] Vgl. Kessler, Tagebücher, S.302 (20. April 1922).

noch ‚schmackhaft' zu machen. Denn die « gravité (de la) situation » hinderte die „einladenden Mächte" gleichwohl nicht daran, nach wie vor selbst den erwünschten Vertrag mit Sowjetrussland anzustreben. So erneuerte Barthou, in Unterstützung der Position der Vertreter der Kleinen Entente und Belgiens, den französischen Willen, bei einer positiven Antwort der sowjetrussischen Delegation auf die alliierten Vorschläge diesen sofort den Eindruck zu vermitteln „que l´on voulait sérieusement venir au secours de la Russie en chargeant une Commission d´étudier, par exemple, la question de la réorganisation des transports." Schließlich sei es vor allem auch seiner Haltung zu verdanken, die deutsche und die sowjetrussische Delegation in Rapallo dazu zu veranlassen, « à démasquer leur jeu jusque là soupçonné, mais encore habilement dissimulé. »[2021]

Politisch maßgebend aber blieb letztlich das fehlende Vertrauen, dass alle Parteien einander entgegenbrachten. Vor allem aber gegenüber Deutschland kochten die Ressentiments hoch – selbst bei Akteuren, die am Konferenzgeschehen nicht unmittelbar beteiligt waren: So schlug beispielsweise der belgische Botschafter in Berlin bereits mit Datum vom 18. April 1922 gegenüber Außenminister Jaspar warnende Töne an - insbesondere im Hinblick auf eine mögliche dauerhafte Spaltung Europas durch einen deutsch-russischen Block. Unbedingtes Misstrauen gegenüber der Außenpolitik der deutschen Republik müsse jedenfalls die Basis der belgischen Politik bleiben.[2022]

Auch für einige britische Verantwortliche war die Vorstellung einer wie auch immer gearteten „deutsch-russischen Allianz" „horrible". Allerdings schätze das britische Delegationsmitglied Maurice Hankey in einem Schreiben an Chamberlain am 18. April 1922 eine derartige Gefahr, wenn überhaupt, dann nur in ferner Zukunft als ernsthaft real ein, da Deutschland ja derzeit gar nicht in der Lage sei, das zu liefern, was Russland brauche.[2023] Ernsthafte sicherheitspolitische Sorgen waren nicht zu erkennen.

Letzteres schien mittlerweile auch der deutschen Führung bewusst zu sein. Staatssekretär Haniel teilte mit Datum vom 19. April 1922 Außenminister Rathenau aus Berlin mit, er habe erfahren, dass der britische Premier die „jetzige Lage" angeblich schon „vor einem Jahr vorausgesehen und Millerand auf die Folgen hingewiesen (habe), wenn man Deutschland zu sehr verfolge"[2024]. Und nicht zuletzt bei einem Blick auf Meldungen dieser wenngleich unzuverlässig erscheinenden Art lag es nahe anzunehmen, dass die alliierte Rapallo-Entrüstung doch letzten Endes primär eigene politische und wirtschaftliche Interessen verfolgte. Ohnehin werde man bald sehen, so antwortete der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hemmer, in Genua auf das oben erwähnte Schreiben Wevers, „was an diesen Dingen Theaterdonner und was echt ist".[2025] Dennoch war klar, dass sich kein anderer Weg als das eindringliche Bemühen um sachliche Aufklärung einer dauerhaft nachteiligen politischen Instrumentalisierung des deutsch-russischen Vertrages durch die alliierten Mächte zumindest teilweise entgegenstellen konnte.

[2021] Vgl. Tel. Barthou No. 109-111, 18.4.1922 (12:30h), MAE, Corr. Pol. et Com., Série Y, Internationale 30, 4ff. Die Vorlage befindet sich auch bei ebd., Relations Commerciales, B82, 94, 64-66.

[2022] Della Faille an Jaspar, très confidentiel, 18.4.1922 (Kopie), BMAE, 10.991, VII (16-25 avril 1922). Die Vorlage, die in der Anlage den von WTB veröffentlichten Text des Rapallo-Vertrages übermittelte, trägt u.a. die hschr. unmittelbar nach dem Eingang in Brüssel oder nachträglich vergebene Ziffer 22241 EO.

[2023] Vgl. Hankey an Chamberlain, 18.4.1922, zit. nach Pogge von Strandmann, Rapallo – Strategy in Preventive Diplomacy, S.140.

[2024] Haniel an Rathenau, Nr. 78, 19.4.1922, PA, R 23688. Die Vorlage wurde nicht verfilmt, sie trägt am linken Rand die undatierte Paraphe Maltzans.

[2025] Hemmer an Wever, 19.4.1922, BAK, R 43 1/471.

In der Vossischen Zeitung erschien am 19. April 1922 unter dem Titel „Wie der Russlandvertrag entstand“[2026] der Abdruck von Erklärungen, die Maltzan offenbar am 18. April 1922 gegenüber „Pressevertretern zur Begründung des deutschen Abkommens mit Russland“ abgegeben hatte. Neben der ersten, kürzeren Aufzeichnung Maltzans über die letzten Vorgänge vor der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages, die auf den 17. April 1922 datiert, ist dies die zeitlich früheste zusammenhängende Äußerung, mit der Maltzan den Abschluss des deutsch-russischen Vertrages in einer recht umfassenden Weise rechtfertigte und verteidigte. Allerdings wird die inhaltliche Wiedergabe der offenbar mündlich vorgetragenen Aussagen Maltzans durch die Vossische Zeitung durchaus kritisch zu betrachten sein, zumal sie zumindest zum Teil in einer überarbeiteten Form gedruckt bzw. bereits von den zuständigen Redakteuren gedeutet und ergänzt wurden. Auch der Sprung mancher Verbformen von der Gegenwart in die Vergangenheit bzw. vom Aktiv ins Passiv schränkt die Zuverlässigkeit der Quellenüberlieferung ein. Ebenso dürfte die stilistische Unregelmäßigkeit der Sätze deutlich machen, dass der Artikel mit einer gewissen Hast durch den Korrespondenten der Vossischen Zeitung zusammengestellt und nach Deutschland übermittelt wurde.

Dem Artikel zufolge führte Maltzan bei seiner Erklärung vor der Presse inhaltlich „drei Punkte“[2027] an, die der deutschen Delegation eine Annahme des Londoner Memorandums unmöglich gemacht hätten. Dies sei daher auch „sofort“ nach der Vorlage des Memorandums auf der Konferenz „kundgetan“ worden:

> „Wir haben, so fuhr Herr von Maltzahn (sic) fort, obwohl uns diese Bedingungen ungeheuerlich vorkommen mussten, zunächst davon abgesehen, Protest dagegen [gegen das Londoner Memorandum, Anm.d.Verf.] einzulegen. Die Unterkommission sollte ja Donnerstag zusammentreten und dort hätten wir unsere Einwände vorgebracht. Doch bereits am Dienstag und ausführlicher noch am Mittwoch hatte ich und hatten einige andere Herren unserer Delegation Gelegenheit, unsere Eindrücke ausführlich den anderen Delegationen zur Kenntnis zu bringen. In einer Unterredung mit einem alten Freunde von mir, dem Mitglied einer fremden Delegation, habe ich nicht verfehlt zu betonen, dass Deutschland sich nicht nur berechtigt, sondern sogar angesichts der Erwartungen des deutschen Volkes () verpflichtet fühlen würde, diese Drohungen, die wir sehr ernst nehmen, durch direkte Abmachungen mit den Russen zu parieren.“[2028]

Diese Angaben stimmen im Wesentlichen mit der ausführlichen Rapallo-Aufzeichnung Maltzans von Ende Mai 1922 überein, was verdeutlicht, dass Maltzan diese Form der Argumentation auch schon

---

[2026] Vossische Zeitung, 19.4.1922, Ausschnitt bei BAB, R 43, I/132 (MF 4), 315 (L193856).

[2027] Es heißt bei ebd. u.a.: „Der erste Punkt war der Artikel 6, der aus der gemäß Artikel 5 festzustellenden Liquidationssumme alle Schulden und Entschädigungen ausnimmt, die der Artikel des §116 (sic) des Versailler Vertrages vorsieht. Dies bedeutete in nüchternen Worten ausgedrückt, dass Deutschland Russland oder wahrscheinlicher noch dem Dritten, der an Stelle Russlands zur Eintreibung dieser Kredite getreten wäre, für die Kriegsentschädigungen, die Russland auf Grund des Versailler Vertrages hätte fordern können, zur Verfügung stehen müsse. Der zweite Punkt, der unannehmbar schien, war der Artikel der zweiten Beilage, nach dem alle industriellen und anderen Unternehmungen, die am 1. März 1917 sich auf russischem Gebiete befanden, und die unter der Leitung eines ausländischen Verwaltungsrates oder einer ausländischen Leitung standen, als ausländische Unternehmungen hätten betrachtet werden sollen. Da zu diesem Zeitpunkt infolge des Krieges kein Unternehmen in Russland irgendwie deutsches Verwaltungspersonal aufweisen konnte, so käme dies praktisch dem Ausschluß der Deutschen aus dem Kreise der ausländischen Industrien in Russland gleich, die eine besondere Behandlung der Sowjetregierung erfahren sollten. Der dritte Punkt war der Artikel 15 der Zweiten Beilage, der festsetzte, dass alle vor dem 1. September 1917 in Russland vollzogenen Expropriationen in Kraft bleiben sollen. Diese Expropriationen betreffen aus dem gleichen Grunde wie oben fast ausschließlich deutsche Unternehmungen, so dass Deutschland auf Grund dieses Memorandums eigentlich von allen Vorteilen ausgeschlossen war, die ein eventuelles Abkommen mit der Sowjetregierung gebracht hätten.“

[2028] Ebd.

am 18. April 1922 öffentlich vertrat. Denn auch hier liefen seine Argumente letztlich darauf hinaus, dass die Lage der deutschen Delegation durch das Vorgehen der führenden Alliierten als bedrängt und unsicher empfunden worden war. Nach der Vossischen Zeitung hob Maltzan insofern insbesondere die Wirkung des Besuch Gianninis am Karfreitagabend hervor. Dies habe das bei der Führung der deutschen Delegation sowieso schon vorhandene Gefühl der Bedrängnis noch einmal potenziert. Maltzan habe den Vertrag vor der Presse zudem als „Handelsvertrag" bezeichnet, wenngleich dies den Charakter des Vertrages nur sehr unzureichend beschrieb.[2029]
Der Korrespondent der Vossischen Zeitung war in Bezug auf die Angaben Maltzans um Objektivität bemüht. So führte er kritisch aus, dass „nach dieser dramatischen Erzählung Maltzahns" der ihm bekannte Berichterstatter des „Corriere delle Sera" „Informationen im italienischen Lager" erhielt. Dort sei geleugnet worden, „dass der alliierte Unterhändler [offenbar war Giannini gemeint, Anm.d.Verf.] sich geweigert habe, über die drei Punkte in eine Diskussion einzutreten". Giannini habe hingegen betont, „es bedürfe keine Schwierigkeit", diese drei Punkte des Londoner Memorandums zu prüfen und dabei angeblich „sofort" eine entsprechende Versicherung abgegeben. Die deutsche Delegation, so hieß es in dem gleichen Artikel weiter, solle sogar „von alliierter Seite die Zusicherung erhalten haben, dass man gewillt sei, diese drei Punkte zu revidieren oder abzuändern." In den alliierten Kreisen würde man daher auch die Besorgnis der deutschen Regierung überhaupt nicht verstehen, „die Rathenau zu diesem verhängnisvollen Schritt" geführt habe.[2030] Und im Ganzen gesehen ging Kessler vor dem Hintergrund der offenkundigen Kommunikationsdefizite gar nicht einmal fehl, wenn er in seinem Tagebucheintrag vom 19. April 1922 „fünf, sechs Personen" - Maltzan, Hilferding, Wirth und Rathenau, aber ebenso auch Lloyd George und Barthou - für die gegenwärtige Lage in Genua gemeinsam verantwortlich machte. Aus seiner Sicht lag die „Moral von der Geschichte" darin, dass sich „mit den alten Methoden und Gewohnheiten", die misstrauisch zuvorderst auf nationale Interessen ausgerichtet waren, „ein neues Europa nicht schaffen" ließe. Aufgrund der Regiefehler von Seiten der Konferenzleitung und der kommunikativen Schwächen auf deutscher Seite müsse die Qualität der ganzen Konferenz schon jetzt bedauerlicher Weise lediglich als „neuer Wein in alten Schläuchen" bezeichnet werden, „namentlich aber, wenn man sie technisch höchst unvollkommen und plump handhabt."[2031] Genua schien in Bezug auf den Wiederaufbau des Kontinents gegenwärtig nur noch eine verpasste Gelegenheit, „une occasion manquée"[2032], darstellen zu können.
Am gleichen Mittwoch, 19. April 1922, an dem Kessler diese vernichtende Gesamtanalyse fixierte, hatte sich zuvor die Führung der deutschen Delegation zu Besprechungen „mit den Chefs fremder Delegationen" getroffen, „insbesondere mit Lloyd George über die durch den Vertrag von Rapallo und die Note der Entente geschaffene Situation"[2033]. Mit deutlich erkennbarem Gestus der

[2029] Ebd.
[2030] Ebd. Zur Weitergabe der Presseerklärungen Maltzans vgl. auch Haniel an dt. Vertretung Moskau Nr. 296, 20.4.1922, PA, R 83435, 091f.
[2031] Kessler, Tagebücher, S.302 (19.4.1922), vgl. dazu auch Peter Krüger, Der Rapallo-Vertrag und die deutsche Außenpolitik, S.434 sowie Grupp, Distanz und Nähe, S.112, der dieses Zitat Kesslers offenbar in erster Linie als Kritik Kesslers an Rathenau versteht.
[2032] Vgl. den Titel des Sammelbands von Petricioli.
[2033] Siehe dazu AdR, Kab. Wirth II, Nr. 246, Anm.1 sowie in Bezug auf das Gespräch mit dem britischen Premier die Aufz. o.U. und o.D., QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9, über „eine Unterredung, die am 19. April 1922 auf der Terrasse der Villa de Albertis (sic) in Quarto bei Genua stattfand. Anwesend waren demnach auf deutscher Seite Wirth, Rathenau, Maltzan und Dufour; auf britischer Seite Lloyd George, Maurice Hankey, Edward Grigg und Philipp Lloyd

Überlegenheit trat der britische Premier, der sich zumindest aus der Sicht Chamberlains im Zenit seines Einflusses auf den Fortgang der internationalen Politik befand[2034], „sehr kategorisch“ auf: Deutschland müsse offen zugeben, „dass ein Fehler gemacht“ wurde, und den Vertrag wieder zurückziehen.[2035]

Der britische Premier, der offenbar auch am 18. und 19. April 1922 ein persönliches *tête-à-tête* mit dem deutschen Außenminister abgelehnt hatte, machte eindeutig Rathenau für den deutsch-russischen Schritt verantwortlich. Hankey, ein Vertrauter Lloyd Georges, stellte unter dem 20. April 1920 in einem weiteren Schreiben an Chamberlain in unmissverständlicher Weise fest, dass sich die britische Verärgerung in erster Linie gegen Rathenau richtete. Seine Wortwahl erinnerte dabei an die oben schon benannten Vorurteile und Verdachtsmomente eines Haguenins oder Gregorys gegenüber Ministerialdirektor Maltzan:

> „Rathenau made the worst impression on me … He seemed to me to be a perverse, degenerate creature, with all the disagreeable equivocable attributes of the pre-war German diplomatist. Wirth was a decent, rather solid ‘gemütlich’ kind of German, who is obviously trying to get out of the mess into which Rathenau has dragged him.”[2036]

Aus den Akten wird deutlich, wie sehr sich Rathenau in der Gegenwart des britischen Premiers gegen Vorwürfe und Vorhaltungen zur Wehr setzte: So betonte der deutsche Außenminister im Beisein von Wirth und Maltzan gegenüber Lloyd George abermals, britische Vertreter seien zuvor „unzweideutig“ darüber informiert worden, „dass wenn Deutschland in mehreren Punkten des Londoner Sachverständigen-Memorandums, die für Deutschland unannehmbar sind, kein Entgegenkommen gezeigt werde, die Deutsche Regierung genötigt sein würde, mit anderen Leuten, also der Sowjet-Regierung, ein Abkommen zu treffen, damit Deutschland nicht in die unangenehme Lage komme, zwischen zwei Stühlen zu sitzen für den Fall, dass die übrigen Staaten Europas, besonders die Entente-Staaten, ohne Deutschland zu einem Abkommen mit der Sowjet-Regierung gelangen würden.“[2037] Auch hier wird also von Rathenau die ausführliche Aufzeichnung Maltzans über die letzten Vorgänge vor der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages in ihrer Gesamtausrichtung unterstützt und bestätigt.

Für Rathenau aber war es darüber hinaus an der Zeit, die Souveränitäts- und Selbsterhaltungsrechte der Weimarer Republik in klarer Weise hervorzuheben[2038]: Der deutsche Außenminister führte aus, dass unter keinen Umständen an eine Zurückziehung des Vertrages überhaupt gedacht werden

---

Greame.

[2034] Siehe dazu Chamberlains Brief an seine Schwester Hilda vom 18.4.1922, The Austen Chamberlain Diary Letters, S.187f. Hier heißt es u.a., es werde über „a stormy Easter at Genoa both meteorologically and politically“ berichtet, man spreche „also of the P.M.’s extraordinary ascendancy“.

[2035] Kessler, Tagebücher, S.301 (19. April 1922).

[2036] Hankey an Chamberlain, 20.4.1922, zit. Salzmann, S.15 mit dem Quellenachweis bei Anm.39.
Siehe zu dieser Unterredung Rathenaus und Wirths mit Lloyd George auch das inhaltlich kaum abweichende, ausführliche Tel. Gregorys No. 57, o.D., PRO, FO 371/8187, 242-245. Es heißt u.a.: „Rathenau´s excuses were voluminous, but lame. [...] Doctor Wirth, who was more reasonable [Herv.d.Verf.], after stating that treaty could not be withdrawn, promised to give formulae [sic] careful consideration.“, ebd., 242, 244, 245.

[2037] Aufz. o.U., o.D., PA, R 28207, 80-89 (D 739226-35). Das britische Delegationsmitglied Lloyd-Greame notierte in Bezug auf dieses Gespräch des britischen Premiers mit der Führung der deutschen Genua-Delegation am 19. April 1922 ohne weiterführende Vorwürfe, Rathenau habe widerspruchsfrei festgestellt, dass Lloyd George keineswegs den Inhalt des Rapallo-Vertrages kritisiere. Aufz. Lloyd-Greame, 19.4.1922, zit. nach Stamm, S.306f.

[2038] Zur Frage der Beschränkung der deutschen Souveränität im Rahmen des Versailler Vertrages und „der internationalen Gleichberechtigung Deutschlands durch die Entscheidungsmacht alliierter Organe“ vgl. Huber, S.471ff.

könne! Auch eine Aufzeichnung Maltzans vom 19. April 1922 erwähnte den „Wunsch“ des britischen Premiers nach einer „Aufhebung des deutsch-russischen Vertrages“. Daraufhin habe die deutsche Führung diese „Tatsache“ ebenfalls der sowjetrussischen Delegation mitgeteilt, die ebenso wie die deutschen Akteure eine Aufhebung des Vertrages, nicht aber „Verhandlungen mit England“ ablehne, „um eine von England erwünschte Formel zu finden, die nicht in der Aufhebung des Vertrages bestehen kann, die aber etwa einen Aufschub der Anwendung des Vertrages bis nach Beendigung der Konferenz enthalten könnte.“ Allerdings, so hieß es in den Ausführungen Maltzans dazu weiter, könne eine „solche Verständigung […] nur in Übereinstimmung mit uns zustande kommen, und zwar nicht so, dass Deutschland als der sich weigernde Teil übrigbleibt.“ Und Sowjetrussland werde darüber hinaus „für jede formale Modifikation Konzessionen verlangen, und zwar nicht nur für sich, sondern für Deutschland und in Übereinstimmung mit Deutschland.“ [2039]
Deutlich wird somit, dass der Rapallo-Vertrag zumindest am dritten Tage nach seiner Entstehung grundsätzlich immer noch in eine im weiteren Verlauf der Konferenz zu erreichende Gesamtlösung der russischen Frage integriert werden konnte. Sollten allerdings, so bemerkte der Ministerialdirektor dazu, „die Akte von Genua oder ein Teil dieser Akte in gemeinsamer Übereinstimmung Deutschlands und Russlands an die Stelle eines Teils des gegenwärtigen Vertrages treten“, so bestehe zwischen der deutschen und sowjetrussischen Außenpolitik dahingehend „Übereinstimmung, dass die in der betreffenden Akte nicht enthaltenen Bestandteile des Vertrages in Form einer Sonderabmachung aufrechterhalten bleiben.“[2040] In dieser Hinsicht bestand die Führung der deutschen Delegation zwar auf einer unveränderten inhaltlichen Bestandskraft des am Ostersonntag vertraglich Vereinbarten.[2041] Diese sollte aber einer internationalen, einvernehmlichen Konferenzlösung nicht abweisend im Wege stehen - eine Positionierung, die in der bisherigen Rezeption des Rapallo-Vertrages so gut wie keine Beachtung gefunden hat.
Der deutsche Außenminister beharrte gegenüber Lloyd George ebenso nachdrücklich auf politischen Lösungswegen, die „die deutsche Würde“ nicht verletzten. Er betonte, dass Deutschland zumindest

---

[2039] Aufz. o.U. und o.D. mit dem Titel „Ergebnis der Besprechung mit den Russen am 19. April nachmittags“, ADAP A VI, Nr. 62 (Filmnummer L 640/ L 203 597). Nach ebd., Anm.1 ist Maltzan der Verfasser. Ein hschr. Randvermerk Hauschilds vom 6. April 1925 lautet demnach: „Mir kurz vor Abreise von Botschafter Frh. v. Maltzan [vor seiner Abfahrt nach New York bzw. Washington, Anm.d.Verf.] übergeben. Nicht zustande gekommene Stipulationen.“
[2040] ADAP A VI, Nr.62.
[2041] Siehe in diesem Zusammenhang ebenso das Tel. Müllers an Ebert, Reichskanzlei und Rauscher (zur Information der Presse), o.D., Nr. 130, PA, R 23711, 118-119 in Bezug auf die Zurückweisung des Vorwurfs „der Heimlichkeit und der Unkollegialität“ und mit der erklärten Absicht, auch in Deutschland „die Aufrechterhaltung Vertrags deutlich zu betonen“. Französische Presselancierungen gingen dabei sogar soweit, dass offenbar von einer Berliner „Agentur, die erweislich auch mit französischem Gelde arbeitet“ schon gemeldet wurde, „der Vertrag sei annulliert worden.“, Hauschild an Maltzan, 20.4.1922, PA, R 23711, 089-92.
Trotzdem sollten selbst noch in den Monaten danach derartige Gerüchte mit einer außerordentlichen Hartnäckigkeit kursieren. So fragte z.B. Sthamer mit Telegramm vom 24. Juni 1922 (im PA verfilmt unter L 640/ L 203 784) noch nach der Ermordung Rathenaus an, ob es nach einem Bericht des ‚Daily Telegraph´ zutreffend sei, „dass Rathenau britischer und italienischer Delegation gegenüber vorschlug, Vertrag zu annullieren, wenn Alliierte versprechen würden, Reparationsfrage noch in Genua zu diskutieren und zugunsten Deutschlands zu regeln.“ Sthamer habe „vertraulich und zuverlässig“ erfahren, „dass diese Meldung von Giannini stammt, der behauptet, dass Reichsministers oben erwähnte Äußerung vor Lloyd George, Schanzer und Grigg in seiner Gegenwart gefallen sei“ und bitte sofort um ein „namentlich unterzeichnetes offizielles Dementi“. Siehe dazu Wirth an Botschaft London, 26.6.1922, ADAP A VI, Nr. 134 bzw. den Bericht Sthamers A. 1296 vom 29. Juni 1922 (Filmnummer im PA L 640 / L 203 790-91), mit dem im Daily Telegraph vom 28. Juni 1922 abgedruckten Dementi. Vgl. in diesem Kontext auch die G.A. Brockdorff-Rantzaus vom 9. September 1922, ADAP A VI, Nr. 193 über ein „Diner bei Legationsrat Hauschild“, bei dem Tschitscherin angeblich behauptet habe, Rathenau sei angeblich von Lloyd George „terrifiziert“ gewesen und habe „den Vertrag rückgängig machen“ wollen, ebd., S.404.

„in mancherlei anderer Hinsicht ein Entgegenkommen gezeigt werden müsse“, und beklagte sich in diesem Zusammenhang „in den bittersten Formen über die Knebelung und Belästigung Deutschlands“ durch die Botschafterkonferenz, die Reparationskommission, der anderen Kontrollkommissionen und den Obersten Rat.[2042] Solche Herablassungen und Demütigungen könne man jetzt „einfach nicht mehr ertragen“. Wenn er in dieser Hinsicht keine „Hoffnungsäußerung“ erhalte, müsse die deutsche Regierung unter anderem auch „als Folge der Note vom 18. April“ die Konferenz eben verlassen.[2043]

Lloyd George griff daraufhin zu einer noch schärferen Wortwahl. Er zeigte den deutschen Vertretern nur allzu eindringlich auf, wie schwach sich ihre Position in Europa doch tatsächlich ausnahm: Wenn die deutsche Delegation nach Hause reise, so soll Lloyd George Rathenau unmittelbar erwidert haben, würde die Konferenz eben auch ohne Deutschland fortgesetzt und die Weimarer Republik in Zukunft den außenpolitischen Bestrebungen Frankreichs ausgeliefert.[2044]

Zwar wies Reichskanzler Wirth anschließend daraufhin, niemand werde bezweifeln können, dass sich die deutsche Regierung „die erdenklichste Mühe gegeben“ habe, „jedes Bestreben zur Befriedigung Europas zu unterstützen“ und die „Schwierigkeiten, die ihm dabei in den Weg gelegt worden wären in Finanz- und Entwaffnungsfragen, seien geradezu ungeheuerlich gewesen.“ Dennoch versteifte sich der britische Premier darauf, „dass die erwähnten englischen Herren gar nicht maßgebende Persönlichkeiten seien.“ Er habe „jedenfalls von den Unterredungen keine Kenntnis gehabt“ und warf der deutschen Führung vor, sich „nicht gleichzeitig mit seinem Sekretär in Verbindung gesetzt“ zu haben.[2045]

In der Sache war der Hinweis, die deutschen Vertreter hätten sich mit ihren Sorgen an die falschen Ansprechpartner gewandt, freilich nicht überzeugend. Gregory und insbesondere Wise verfügten unzweifelhaft über Einfluss sowie über unmittelbaren Zugang zum britischen Premier. Beide waren an leitender Stelle in die britische Konferenzarbeit in der russischen Frage eingebunden. Die Vorbereitung der alliierten Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation durch Wise ist ebenso nachweisbar wie seine direkte Beteiligung an den Separatverhandlungen in der Villa D’Albertis selbst.

Aus deutscher Sicht verdeutlichte das Streitgespräch mit Lloyd George daher auch vor allem eine einfache realpolitische Tatsache: Das Wohl und Wehe Deutschlands blieb weiterhin vom Votum des britischen Premiers abhängig. Aus diesem Grund ließen Rathenau, Maltzan und Wirth in ihrem Engagement zur Aufklärung über die sach- und situationsbezogenen deutschen Rapallo-Motive auch in den kommenden Stunden und Tagen nicht nach. Gleichzeitig blieb eine Rechtfertigung gegenüber dem in der deutschen Hauptstadt verbliebenen Teil des Kabinetts sowie gegenüber Reichspräsident Ebert geboten.

Die Hürden, die einer deutschen Positionsverbesserung entgegenstanden, blieben allerdings unverändert hoch: Ein Telegramm Oscar Müllers vom 19. April 1922 hatte hinsichtlich des alliierten Versuchs, feststellen zu lassen, Deutschland sei an den weiteren Erörterung in der Politischen

---

[2042] Eine damit einhergehende Forderung bildete die „grundlegende Änderung des Militärkontrollwesens“, vgl. Heideking, Areopag der Diplomaten, S.238. Rathenau hatte demnach u.a. auch den Vorwurf erhoben, die Botschafterkonferenz sei „die Wurzel allen Übels“, ebd.

[2043] Unterhaltung Rathenau Sir Philipp Lloyd Gream in Miramare, 19.4.1922, 20 Uhr, PA, R 28207, 90-93 (D 739236-39).

[2044] Aufz. o.U., o.D., PA, R 28207, 80-89 (D 739226-35) (Abschrift).

[2045] Aufz. o.U., o.D., PA, R 28207, 80-89 (D 739226-35)

Unterkommission „desinteressiert“, die Ansicht kundgetan, dieses Vorgehen verstoße gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung.[2046] Reichskanzler Wirth ergänzte in einem Schreiben an Ebert tags darauf, die „gegnerische Kollektivnote“ verlange „nicht unseren Ausschluß aus der politischen Kommission“. Sie besage nur, „dass wir an denjenigen Punkten (der) Tagesordnung der Kommission, die für uns im deutsch-russischem Vertrage bereits geregelt sind, nicht mehr interessiert seien“. Und dieser Auffassung, so der Reichskanzler weiter, könne man deutscherseits im Grunde ganz „unbedenklich beitreten“, „schon weil wir dadurch der mißlichen Notwendigkeit enthoben werden, (die) Russen in allen Punkten gegenüber den anderen Mächten zu unterstützen.“ An der „Beratung aller nicht durch unseren Vertrag betroffenen Fragen“ werde man hingegen ohnehin weiterhin teilnehmen und soweit die sowjetrussische Delegation erneut „ohne uns mit anderen Mächten verhandeln“ werde, so habe die deutsche Außenpolitik nunmehr die „Garantie, fortlaufend unterrichtet zu werden“.[2047] Allerdings prägte die Kritik am deutschen Vorgehen in der russischen Frage die Konferenz vorerst auch weiterhin in überragender Weise.[2048]

Bei einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister Schanzer am Morgen des 20. April 1922 im Palazzo Reale klagte Außenminister Rathenau mit Blick auf die außenpolitische Gesamtsituation Deutschlands über die fortgesetzten kleineren und größeren außenpolitischen Demütigungen, denen Deutschland in den zurückliegenden Monaten und Jahren ausgesetzt worden sei. In Genua wäre es in den ersten Tagen dann zu einer „doppelten Art der Behandlung“ gekommen, die sich „über dem Tisch (in) Freundlichkeiten und Händedrücken und unter dem Tisch (in) Fusstritte“ geäußert habe. Dies sei „unerträglich und habe schon jetzt Deutschland zur Verzweiflung geführt.“ Und „trotz aller freundlichen Aufnahme“ auf der Konferenz liefen „auch jetzt die ultimativen Bestimmungen in der Reparationsfrage, der Schupo-Angelegenheit und der Frage der Kontroll-Kommissionen“ weiter. Dies sei geradewegs „so, wie wenn man bei einem Bankier zu einem glänzenden Gastmahl eingeladen sei und nach Hause gekommen, den Gerichtsvollzieher dieses Bankiers vorfindet.“[2049]

Am Nachmittag des gleichen Tages kam es zu einem Empfang der Presse im Hotel Eden. Rathenau führte dabei an, „die Tatsache, dass ein deutsch-russisches Abkommen im Entstehen war“, habe „eigentlich niemand so sehr hätte überraschen dürfen, da die Vorgeschichte des Abkommens in den Hauptzügen schon seit beinahe 2 Monaten spielte.“ Zudem sei die Kritik „an dem modus procedendi“ gerade in Bezug auf die Separatverhandlungen der einladenden Mächte mit der sowjetrussischen Delegation „doch immerhin merkwürdig“. Auch den Vorwurf, der deutsch-

---

[2046] Tel. Müllers, 19.4.1922, BAB, R 43, I/468 (MF 3), 128. Das Telegramm Müllers war an die Presseabteilung des AA gerichtet, ging um 14.30 Uhr in Berlin ein und war zur Weitergabe an das WTB bestimmt. Hier heißt es u.a. auch: „Die in Genua übergebene Note ist zwar in der Tongebung gemäßigt, enthält aber aufs neue die von den einzelnen Delegationen erhobenen Vorwürfe der Illoyalität. (…) Die deutsche Delegation wird heute die Lage prüfen und ihren Entschluß den Unterzeichnern der Note mitteilen.“

[2047] Wirth an Ebert, Nr. 121, 20.4.1922, PA, R 23688 (L096204). Die Vorlage trägt am linken Rand die Paraphe Maltzans sowie einen hschr. Vermerk Haniels vom 20.4.(1922). Hier heißt es u.a. auch: „Ihre Auffassung über Tragweite Artikels 2 Vertrages und über Unmöglichkeit der Vorlegung des Vertrages zur Genehmigung wird hier geteilt. Wir werden aber in der Antwortnote auf die nahe liegende Unmöglichkeit hinweisen, Vertrag in die von der Konferenz beschlossene Gesamtregelung russischer Frage einzufügen.“

[2048] Bücher teilte dem Reichsverband der Deutschen Industrie unter dem 20. April 1922 in dieser Hinsicht mit, „selbstverständlich“ habe der Rapallo-Vertrag „in den letzten Tagen im Mittelpunkte aller Ereignisse hier in Genua gestanden“. Der „weitere Verlauf der Dinge“ könne aber nur „schwer“ eingeschätzt werden, „da die Ereignisse alle noch im Fluss“ seien, vgl. Aufz. Bücher, 20.4.1922, „Bericht Nr.5“, streng vertraulich, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-005/2.

[2049] Aufz. o.U., o.D., PA, R 28207, 94-95 (D 739240-41).

russische Vertrag verstoße gegen Bestimmungen des Versailler Vertrages, wies Rathenau nachdrücklich zurück:

> „Das wäre doch aber nur der Fall, wenn Deutschland seine Ansprüche auf etwas aufgegeben hätte, was augenblicklich den verbündeten Mächten gehörte. Ferner möchte er dar(auf) hinweisen, dass dieses Abkommen in keiner Weise sich gegen irgendein anderes Land richte oder irgendein zukünftiges Abkommen zwischen Russland und anderen Nationen präjudiziere.“[2050]

Zudem erwähnte er erneut die vielen „Repressalien und Schikanen“, denen Deutschland „ständig ausgesetzt“ sei, und kritisierte abermals „die Methoden der Reparationskommission“ und „das ganze alliierte Militär-Kommissionen-Wesen in Deutschland“, die eine ganze „Unzahl von Noten“ beinahe jeden Tag „auf das deutsche Volk herniederregnen“ ließen.[2051]
Ministerialdirektor Maltzan war unterdessen bemüht, dem Leiter des Russlandreferats in Berlin die unumgängliche „Notwendigkeit des deutsch-russischen Abschlusses“ nachzuweisen. Seine Ausführungen gegenüber Hauschild unmittelbar nach dem Höhepunkt des politischen und publizistischen Sturms gegen den Rapallo-Vertrag rechtfertigten den deutschen Schritt zwar in spürbar einseitiger Weise. Maltzan gelang es aber auch hier, die aus der eigenen Perspektive entstandene Dramatik der zurückliegenden Situation plausibel aufzuzeigen und glaubhaft vorzubringen:

> „Wir waren tatsächlich die ganze letzte Woche von den Verhandlungen der Entente mit Russland ausgeschlossen. Nach übereinstimmenden Nachrichten, insbesondere aus offiziösen Meldungen eines italienischen Sekretärs der Delegation, die ja inzwischen dorthin mitgeteilt worden sind, an Reichskanzler und Rathenau, sowie nach übereinstimmenden Mitteilungen von Benesch war kein Zweifel, dass die Russen mit den Franzosen am Dienstag nach Ostern abgeschlossen hätten. Als Handlungsobjekt für die Russen behandelten die Franzosen den bekannten Artikel 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.]. Damit sollten sie für die russischen Vorkriegsschulden sich bezahlt machen, an allen übrigen Vorteilen, die die Entente sich gesichert hätte, hätten wir nicht teilgenommen.“[2052]

Er und Rathenau seien darüber hinaus die ganze Zeit hinreichend um Kommunikation bemüht und die „Engländer“ deshalb auch ganz „einwandfrei“ informiert gewesen – „eine Tatsache“, die von Seiten des britischen Premiers am Ostersonntagabend „auch zugestanden“, am Montag dann aber „auf französischen Druck“ wieder dementiert worden sei. Zudem habe Rathenau bekanntermaßen „dreimal“ versucht, „bei L.G. vorgelassen zu werden, um ihm unsere deutsch-russische

---

[2050] Aufz. Simon für Rathenau, o.D., PA, R 28207, 70-73, 70f. (D 739216-219).
[2051] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 251 u.a. in Bezug auf ein Gespräch zwischen dem Rathenau und Visconti Venosta am 20. April, 5 Uhr nachmittags. Mit Datum vom 26.4.1922 berichtete die Deutsche Allgemeine Zeitung über ein Interview Rathenaus mit der „Neuen Zürcher Zeitung“, in dem der deutsche Außenminister u.a. ausführte: „Sie stutzen, dass wir uns gerade Genua zum Abschluß des Vertrages ausgesucht haben. Wir haben es nicht ausgesucht, es wurde uns aufgedrängt. Hätten wir das Abkommen vorher abgeschlossen, so hätten unsere Gegner das als Sabotage der Konferenz ausgegeben. Hätten wir es nachher getan, so hätte es geheißen, das haben sie in Genua im geheimen ausgeredet. Als uns die dauernde Isolierung zwang, rasch zu handeln, schrieen die anderen auf, wir hätten geheime Diplomatie getrieben. Ich sehe ringsum nichts als geheime Diplomatie. Unser leitender Gedanke konnte nur der sein, endlich wieder mit einem Volk in freundschaftlichen Wirtschaftsaustausch zu treten, mit einem Nachbar, dem wir nicht durch Schuldknechtschaft verkauft sind. [...] Wir haben alles getan, um immer wieder eine Woche oder einen Monat Paris zu beruhigen [...] Wenn die Führer unseres Kabinetts mit ihrem ehrlichen Willen zur Erfüllung der Verträge den Beifall früherer Gegner errungen haben, so können wir doch nicht Lebensinteressen verletzen, nur um uns diesen Ruf zu erhalten.“, Ausschnitt in: PA, R 28206, 255.
[2052] Maltzan an Hauschild, 20.4.1922, PA, R 83439, 001-002 (L204024-25).

Entwickelung persönlich mitzuteilen. Er sei dann aber „erst am Dienstag Nachmittag in Gegenwart des Kanzlers und mir empfangen“ worden, „nachdem alles vorbei war.“[2053]

Von dem enormen politischen Druck der Rapallo-Vorwürfe, der insbesondere Rathenau sichtlich zu schaffen machte, wollte sich Maltzan jedoch nicht beeinflussen zu lassen. Zwar sei die „Stimmung“, so konstatierte er, „bisher sehr kritisch“. Er nehme aber an, „dass sie sich wieder glätten wird“ und „die gestrige englische Abendpresse, die unseren Schritt für ganz erklärlich hält“, gäbe Hoffnung für eine gewisse Entspannung der Situation. Jedenfalls wäre der lautstarke „Kanonendonner“ „hier zum Teil sehr künstlich“ und fange „langsam an“, selbst „einigen Mitglieder des Sachverständigenkonsortiums unheimlich zu werden“. Als „großartig“ müsse dagegen die politische und publizistische Verteidigungsarbeit von vor allem Hilferding, Raumer, Bernhard und Wolff[2054] bezeichnet werden. Es gäbe aber nach wie vor „alle Hände voll zu tun“ und die Antwortnote der deutschen Delegation auf den alliierten Protest gegen den Rapallo-Vertrag sei mittlerweile „wohl schon zehnmal geändert worden“, da jeder „noch etwas hinzu tun“ wolle.[2055]

Auch unmittelbar nach dem Vertragsabschluss entstandene anderweitige deutsche Quellen widersprachen dieser Sichtweise des Ministerialdirektors nicht: So meinte Dufour am 19. April 1922 prognostizieren zu können, „à la longue“ werde „wahrscheinlich das deutsch-russische Abkommen von Rapallo sich als richtig für Deutschland erweisen, wenn auch gegenwärtig die Stimmung hier in Genua recht stark dadurch getrübt ist“. Es gäbe jedenfalls durchaus Anlass zu der Hoffnung, „dass auch wir gestärkt aus dem Kampfe hervorgehen“, da der rhetorisch vorgetragene Ärger Lloyd Georges unter Umständen ohnehin auch durch ganz anderweitige Motive bestimmt gewesen sein könne.[2056]

Zur gleichen Zeit wollte es der deutsche Außenminister unbedingt vermeiden, Deutschland aufgrund der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrags erneut vor aller Welt als Spielball der alliierten Mächte erscheinen zu lassen: Rathenau war daher selbst an der Abfassung der deutschen Antwortnote auf die alliierten Proteste beteiligt und überprüfte offenbar sogar die Übersetzung noch selbst. Er habe, so schrieb er daher auch in einem Privatbrief vom 21. April 1922, erst jetzt die „erste ruhige Stunde, die auf den Sturm gefolgt ist“, obgleich „dieser Sturm (…) noch nicht vorüber“ sei:

> „Die letzten Tage waren ganz besonders hart; heute Nacht um ½ 3 Uhr habe ich die Korrektur der frisch übersetzten Note beendet, heute Vormittag wurde sie übergeben.
> Die Arbeit geht bis an die Grenze aller Kräfte. Es ist nicht nur der Kampf mit der Konferenz, sondern auch alles, was mit der Schar der Sachverständigen, der Presse und mit vielem anderen zusammenhängt. (…) Jedenfalls ist Genua als Sprachübung nützlich; wir leben durchschnittlich in vier Zonen, und als ich heute den internationalen Journalisten – etwa 150 an der Zahl – einen kleinen Vortrag hielt, musste ich mich zwischen deutsch, französisch und italienisch teilen.“[2057]

[2053] Ebd.

[2054] Nach Bernd Sösemann schätzte Wolff den Vertrag dagegen im Rückblick nicht als „große diplomatische Leistung“ ein. Rathenau habe seine Unterschrift zu dem von „Spontaneität und Taktik“ bestimmten Vertragsabschluss „nicht ganz frei und entschlussfroh“ geleistet, vgl. Sösemann, Theodor Wolff, ein Leben mit der Zeitung, S.215f. Zu Hilferding vgl. ansonsten Wagner, Rudolf Hilferding.

[2055] Maltzan an Hauschild, 20.4.1922, PA, R 83439, 001-002 (L204024-25).

[2056] Dufour an Roediger, 19.4.1922, PA, NL Dufour-Féronce, Bd.1., 28-31.

[2057] Rathenau an „L.M.“, 21.4.1922, BAK, Rathenau, Walther, „Rathenau-Archiv Moskau“ (Fond 634), Nr.336. Die hier vorhandene Vorlage ist eine Abschrift.

Hervorzuheben ist jedoch, dass die deutsche Antwortnote keineswegs nur von deutscher Seite bestimmt wurde. Denn auch die britische Delegation war nunmehr um eine Deeskalation des Streits um den Abschluss des deutsch-russischen Vertrages bemüht: Maltzan hatte bereits zuvor in Bezug auf ein Telefonat mit dem Sekretär Lloyd Georges die letztlich als Weisung zu verstehende Bitte des englischen Premiers festgehalten, den Schluß der deutschen Antwortnote nicht zu hart zu fassen, um die Angelegenheit nicht zu komplizieren.[2058]
Aus den Entwürfen für die Beantwortung der alliierten Protestnote wurde von der deutschen Delegation daher schließlich eine abgeschwächte Form gewählt. Außenminister Rathenau versäumte es - wenngleich erst einige Tage später - zudem nicht, auch Reichspräsident Ebert über diese entgegenkommende, um politische Entspannung bemühte Haltung der deutschen Delegation persönlich zu unterrichten: Neben der Mahnung Lloyd Georges berücksichtigte man bei der Ausarbeitung der deutschen Antwort auch, dass die italienische Delegation die deutsche eindringlichst gebeten habe, „uns mit dem in der Note erreichten Zurückdrängen der franz(ö)sischen Absichten zu begnügen, weil sonst die Konsequenzen nicht abzusehen seien.“[2059]

3. „Damn German stupidity“

Die letztlich von der deutschen Seite in der Antwortnote vorgebrachte Argumentation war sichtlich um eine verständigungsorientierte Beilegung der Krise bemüht. Ohnehin konnte man aus deutscher Sicht nur gewinnen, wenn jetzt nicht in ebenso heftiger Weise auf die vehementen Anschuldigungen gegen die Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages zurückgeschlagen wurde.
Das von Wirth unterzeichnete deutsche Antwortschreiben auf die Protestnote der Alliierten vom 21. April 1922 wies die Vorwürfe gegen den Rapallo-Vertrag daher unter anderem auch mit der Bemerkung zurück, es sei eine Tatsache, dass „die Vorschläge des Londoner Programms […] die deutschen Interessen außer acht“ ließen. Überdies hätte deren Unterzeichnung nicht nur „drückende Reparationsansprüche Russlands gegenüber Deutschland hervorgerufen“, sondern auch die Konsequenz in sich getragen, „dass die Folgen der zaristischen Kriegsgesetze Deutschland allein zur Last gefallen wären.“ Die deutsche Seite habe im Rahmen ihrer Vorwarnungen zudem zweifelsfrei zu erkennen gegeben, dass sie bei einem Fortdauern ihrer bedrängten Russland-politischen Lage selbstständig handeln werde.[2060] Angesichts der unveränderten Situation habe man dann, so führte der deutsche Reichskanzler auch gegenüber Lloyd George nochmals aus, „berechtigte deutschen Interessen gewahrt“.[2061]

[2058] Maltzan an Hauschild, 20.4.1922, PA, R 83439, 001-002 (L204024-25).
[2059] Rathenau an Ebert, 25.4.1922, PA, R 23688 (L 096406-10).
[2060] Wirth an den Präsidenten der italienischen Delegation, 21. April 1922, Material über die Konferenz von Genua, S.64f. Zur französischen Übersetzung der deutschen Antwortnote vom 21. April 1922 vgl. MAE, Corr. Pol. et Com. , Série Z, U.R.S.S. 325, 151-154, zur englischen Übersetzung eine Fassung bei PRO, FO 371/8188, 112f. Siehe dazu auch Tel. Gregory No. 69, 21.4.1922, PRO, FO 371/8188, 10-11. Zur französischen Reaktion darauf aus englischer Sicht vgl. Tel. Gregory No. 76, 22.4.1922, ebd., 17-19.
[2061] Wirth an den Vorsitzenden der Britischen Delegation, o.D., PA, R 23710. „Die Vorgeschichte zeigt in aller Deutlichkeit, dass nicht die deutsche Delegation es gewesen ist, die zuerst den Weg der Sonderverhandlungen beschritten hat. Sie zeigt ebenso deutlich, dass die deutsche Delegation bestrebt gewesen ist, von ihrem Verfahren jede Heimlichkeit fernzuhalten. Erst in dem Augenblick, als ihr keine Aussicht mehr auf eine einheitliche und auch für Deutschland annehmbare Regelung der russischen Frage vorzuliegen schien, als sie vielmehr eine ernste Gefährdung wichtigster deutscher Interessen befürchten musste, hat sie sich zu ihrem Vorgehen entschlossen. [...] Auch glaubt die deutsche

Scharfe Wendungen unterblieben somit. Bei der deutschen Delegationsführung stand der Wille zur Deeskalation des Konflikts im Vordergrund. Meldungen in der ausländischen Presse, die einen Gegensatz zwischen dem deutschen Außenminister und dem deutschen Reichskanzler suggerierten, wurden zurückgewiesen.[2062]

Über die Tatsache einer schwachen internationalen Position Deutschlands hinaus gab es aber noch einen weiteren Grund, warum die offizielle deutsche Antwort gegen die alliierte Rapallo-Protestnote versuchte, eine weitere Eskalation der Angelegenheit unbedingt zu vermeiden. Denn die politisch in erster Linie von Rathenau und Wirth getragene Abwehrhaltung gegen die alliierten Rapallo-Anschuldigungen hatte bereits zuvor eine erste Entspannung der Krise erreichen können: So berichtete der Leiter der Russlandabteilung im Foreign Office, Gregory, bereits am Nachmittag des 20. April 1922 nach London, die Situation „appears to be improving". Und Lloyd George erklärte kurze Zeit später und somit einen Tag nach dem konfliktreichen, emotionalen Gespräch mit Wirth, Rathenau und Maltzan auf einer von seinem Pressechef McClure für alle Journalisten um 16 Uhr einberufenen internationalen Pressekonferenz, der „Zwischenfall" sei „abgeschlossen". Er vertraue „zuversichtlich" darauf, dass der Vorgang in Rapallo „keine weiteren Schwierigkeiten für die Erledigung des Programms der Konferenz" nach sich ziehen werde.[2063]

Es war Harry Graf Kesser, der die Wirkung dieser Ausführungen des britischen Premiers in plastischer Weise für die Nachwelt festhielt: „Die Grazie und Bonhomie, mit denen er das alles sagte" habe „wieder bezaubernd wie bei einem großen Schauspieler (gewirkt), trotzdem man weiß, dass die Gefühle und Worte zum großen Teil Komödie sind." Dem britischen Premier gebühre „eben ein ganz andres und unvergleichlich größeres Format als die anderen Konferenzteilnehmer" und die „Befriedigung, dass wir über diese sehr ernste Situation hinaus sind", sei ganz „allgemein" und weit verbreitet gewesen.[2064] Auch die Kölnische Volkszeitung berichtete unter dem Titel „Ein Erfolg der Kaltblütigkeit" einen Tag später, am 21. April 1922, Lloyd George habe den „Zwischenfall", der durch den Vertrag entstanden sei, als „erledigt" erklärt, und zwar „mit einer gewissen Feierlichkeit, aber auch mit soviel augenzwinkerndem Humor, dass man meinen könnte, der kluge Walliser wollte sich nachträglich lustig machen über diejenigen, die sich durch den Zwischenfall allzu sehr in Harnisch und in Aufregung hatten bringen lassen - vielleicht auch ein bisschen über sich selbst". Hier lautete die Interpretation zudem dahingehend, „im Grunde müßte ein so kühler und erfahrener Kartenspieler wie Lloyd George ja eigentlich alsbald erkennen, dass die deutsch-russische Vereinbarung nur die logische Folge des ganzen Vorgehens der alliierten Regierungen war." Denn zu Recht sei es auch schon in der englischen Presse zur „Betonung dieses fortwährenden Sonder-Hervortretens der Alliierten" und die sich daraus ergebende „Logik der Dinge" gekommen.[2065]

Delegation, dass die sachlichen Ziele der Konferenz durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages in keiner Weise beeinträchtigt werden können."

[2062] Vgl. dazu u.a. eine Aufz. vom 21. April 1922 mit dem Titel „Vorgänge in Genua seit 19.4." Hier heißt es unter Punkt 6 stichwortartig: „Versuche der fremden Presse, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Delegation zu konstruieren. a) Englische: Differenzen zwischen Rathenau und Wirth b) Französische: Havas vom 20.4.: Kanzler wenig im Spiel. – Rathenau verantwortlich. Matin: Hermes in Unkenntnis. Übrige Delegierte würden Rathenau verantwortlich machen. c) Belgische: Etoile Belge: Ähnlich. Notwendigkeit Dementis. Dieses veranlasst.", PA, R 23711, 114f. Die Vorlage ist ungezeichnet. Am Kopf befindet sich das hschr. aufgeführte Datum 21.4. (1922).

[2063] Tel. Gregory No.58, "very urgent", PRO, FO 371/8187, 237. Zur Rede Lloyd Georges vom 20. April 1922 siehe auch AdR, Kab. Wirth II, Nr. 251 Anm. 3 bzw. die DAZ Nr. 185 vom 21. April 1922.

[2064] Kessler, Tagebücher, S.303f.

[2065] Ausschnitt in: PA, R 28206, 173-174.

Zwar mochte dieser Schritt des britischen Premiers seine zuvor gezeigte „Rapallo-Empörung“ in der Tat zumindest zum Teil als verdächtig bzw. als einen „äußeren Vorwand“ erscheinen lassen.[2066] Allerdings war Lloyd George zweifellos ein ‚Vollblutpolitiker’, der seine Gefühle zu beherrschen wusste und gewillt war, insbesondere in Genua weiterhin ‚Herr des Verfahrens’ zu bleiben. Ob er daher tatsächlich über den deutsch-russischen Vertrag tief verärgert war oder diesen Ärger nur äußerlich, zur Beruhigung Frankreichs oder zur Verfolgung eigener Interpressen an den Tag legte - damit hat sich die Rapallo-Forschung bereits beschäftigt. Der These[2067], der britische Premier habe seine Verärgerung nur gespielt, kann jedoch nur sehr bedingt zugestimmt werden. Denn ihr steht insbesondere eine Quelle aus der Feder von Lloyd George selbst entgegen. So machte Lloyd George in einem Privatschreiben an seine Geliebte bereits am 19. April 1922 in unmissverständlicher, unverstellter Weise seinem Ärger über den Rapallo-Vertrag und über die sich dadurch ergebende krisenhafte Situation Luft. Er offenbarte dabei zugleich seine Bemühung, der Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen. Und letzteres lag - im Hinblick auf seine inzwischen recht angeschlagene innenpolitische Stellung in London - deutlich auch in seinem persönlichen Interesse:

> „The Conference is once more in serious peril. Damn German stupidity. I am working as I never worked in my life to save it – every art and device my simple nature is capable of. You ought to know all about it. I hope I shall be as successful here.”[2068]

Die damit führend von Lloyd George angestrebte Entkrampfung und Entspannung der Rapallo-Krise setzte sich in der Folgezeit weiter durch. Die inhaltliche, an Sachfragen orientierte Arbeit der Genueser Konferenz wurde wieder aufgenommen und weitergeführt.

Eine Reaktion der Alliierten auf die deutsche Protestantwort stand allerdings noch aus. Sie fiel nun deutlich modifizierend aus. So sprach eine alliierte Note mit Datum vom 23. April 1922 davon, auch „a misconception of the scope of the experts´ proposals or misunderstanding of the informal conversations with the Russians might well have justified a request for full discussion in the committee of the Conference.” Die deutscherseits vorgetragenen Umstände könnten aber in keinem Fall eine Rechtfertigung für den Schritt vom Ostersonntag darstellen, da dieser offenkundig dem Geist “of loyal co-operation“ widersprochen habe. Darüber hinaus behielten die unterzeichnenden Regierungen sich ausdrücklich das Recht vor, „to declare null and void any clauses in the Russo-German Treaty which may be recognised as contrary to existing treaties.“ Und nur unter diesem Vorbehalt könne der Vorfall vorläufig als abgeschlossen gelten.[2069]

Gewiss lag ein wesentlicher Grund für die schnelle Beilegung der offiziellen Proteste von britischer Seite auch darin, dass die sowjetrussische Delegation am 20. April 1922 mittlerweile auf die alliierten Vorschläge geantwortet hatte, so dass die Separatverhandlungen zwischen den Alliierten und Sowjetrussland im Grunde nicht dauerhaft unterbrochen werden mussten.[2070] Nach Kessler war

---

[2066] Vgl. Friedensburg, S.87.

[2067] Insbesondere Conte.

[2068] Lloyd George an Stevenson, 19.4.1922, HLRO, FLS Papers, 9/1, das hschr. Original bei 8/3, zu den verschiedenen Transkriptionen die Akten bei 3/14. Viele der hier zu findenden Briefe sind bereits veröffentlicht worden, siehe dazu ‘My Darling Pussy’, die hier verwendeten Zitate bei S.43f. sowie S.51f.

[2069] PA, R 23710, 182. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans.

[2070] Siehe dazu im Einzelnen die Telegramme Gregorys vom 20.4.1922, PRO, FO 371/8188, 2-3, vom 21.4.1922, ebd., 5-6, sowie vom 23.4.1922, ebd., 28, mit Verweis auf den Inhalt der entsprechenden Dokumente Zur ersten Sitzung des „Sub-committee of first commission“ ohne die deutsche Delegation vgl. Tel. Gregory No. 65, 21.4.1922, ebd., 8.

die Antwort der sowjetrussischen Delegation dabei sogar insofern „sehr konziliant“, als sie „Entschädigung für Sozialisierungsschäden“ versprach und „die Vorkriegsschulden unter gewissen Bedingungen“ anerkannte.[2071]

Die Zügigkeit der Entschärfung der Proteste gegen den deutsch-russischen Vertrag machte die dadurch hervorgerufene Rapallo-Krise im April 1922 vorerst zu einem Strohfeuer. Nichtsdestotrotz blieb der Gesamtvorgang auch deshalb für Deutschland nachteilig, weil er nicht nur, wie bereits angesprochen, insbesondere von der französischen Außenpolitik im Sinne eigener Interessen instrumentalisiert werden konnte und sollte.[2072] Bezieht man die Wirkungsgeschichte Rapallos in der zweiten Hälfe des 20. Jahrhunderts ein, so muss überdies sogar von einem bleibenden, da auch zukünftig geschichtspolitisch immer wieder leicht aktualisierbaren Reputationsschaden für die deutsche Außenpolitik gesprochen werden. Ein bislang unbekanntes Beispiel dafür sei an dieser Stelle kurz skizziert: Im Pressereferat des Auswärtigen Amts wurde 1956 - auf Anregung der deutschen Botschaft in Washington - „der Plan“ erörtert, ob es zweckmäßig sei, in der Schriftenreihe des „Diplomatischen Kuriers“ eine vom Bundespresseamt mitfinanzierte Broschüre gegen die „Rapallo-Legende“ zu veröffentlichen. Der Grund dafür lag darin, dass sich zu dieser Zeit in den Vereinigten Staaten zuweilen deutliche Zweifel erhoben, ob die Bundesrepublik als Bündnispartner der Vereinigten Staaten zuverlässig sei. Und diese Zweifel wurden eben bevorzugt „historisch“ begründet – vor allem mit dem Hinweis auf den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo.[2073]

Aus britischer Sicht lag im April 1922 aber ein Grund für die zügige Beilegung der entstandenen Krise nicht zuletzt ebenso darin, dass eine zu starke, in die Details gehende Debatte über die Entwicklung, die in den Tagen zuvor zu diesem Vorgang am Ostersonntag 1922 geführt hatte, die britische Position eventuell geschwächt hätte. Innerhalb der britischen Diplomatie war schon zuvor festgestellt worden, dass der „Matin“ - offenkundig im Sinne der zunächst von Barthou aufgeworfenen Verdachtsmomente - bereits am 19. April 1922 die kritische Frage gestellt hatte, „whether it was true, as stated by German delegate Maltzahn (sic), that Lord D’Abernon knew of text of treaty a fortnight ago, and that Rathenau told Sir B. Blackett about it on Sunday evening.”[2074] Auch vor diesem Hintergrund lag es nahe, dass der britische Premier nicht mehr „viel Zeit an das ärgerliche deutsch-russische Intermezzo verschwenden“ wollte. Eine weitere Analyse hätte letzten Endes sogar den bereits bestehenden „englisch-französischen Gegensatz“[2075] weiter zuzuspitzen können.

In der internationalen Öffentlichkeit hatten sich überdies schon seit 1919 bekannte Stimmen erhoben, die der alliierten Position sehr kritisch gegenüberstanden. John Maynard Keynes, der offen für eine de jure Anerkennung der Sowjetregierung durch die alliierten Mächte eintrat, vertrat im Berliner Tageblatt am 20. April 1922 die Auffassung, durch den deutsch-russischen Vertrag werde keine Großmacht in irgendeiner Weise beeinträchtigt. Zwar wolle er nicht verkennen, „dass Artikel 2 des

---

[2071] Kessler, Tagebücher, S.305.
[2072] Vgl. Bournazel, Rapallo (frz. Ausgabe), S.168ff.
[2073] Diehl an Backhaus Nr.285/56, 13.3.1956, PA, B2, Bd.55, MF 00055-1, 54.
[2074] Tel. Hardinge No. 219, 19.4.1922, PRO, FO 371/8187.
[2075] Vgl. dazu auch Euler, S.339f. Zu den englisch-französischen Konfliktlinien vgl. z.B. Kessler, Tagebücher, S.306. Mit Datum vom 28. April 1922 berichtete Pfeiffer aus Wien u.a., dass der dortige französische Gesandte ihm in einem Gespräch erklärt habe, dass die „Controverse Lloyd George-Poincaré aus persönlicher Aversion“ entspringe, was nicht plausibel ist, Pfeiffer an AA, A 300, 28.4.1922, PA, R 23689 (L 096507-09). Die Vorlage trägt am linken Rand auf der ersten Seite u.a. die Paraphe Maltzans, offenbar vom 4.5.(1922).

Rapallo-Vertrages, Deutschlands Verzicht auf Entschädigung für enteigneten Privatbesitz, die Regelung der englischen Ansprüche für sequestriertes Eigentum erschweren könne". Keynes konstatierte aber ebenso, es bestehe in „einigen Kreisen die Neigung, sich über Gebühr darüber zu erregen, dass Russland und Deutschland ein gütliches Übereinkommen untereinander erreicht" hätten. Und diese Haltung, die auf die Ansicht hinauslaufe, auch im Jahre 1922 Deutschland immer noch als Objekt behandeln zu können, offenbarte für Keynes nunmehr erst recht unübersehbare Schwächen:

> „Gerade so wie in Versailles, nachdem sie (die britischen und italienischen Delegierten) die französische Forderung von der zehnfachen Höhe der deutschen Zahlungsfähigkeit auf die vierfache Höhe heruntergebracht hatten, meinten, es sei von Deutschland sehr undankbar, zu murren. Aber diesmal haben sie es nicht mehr mit einer hilflosen und besiegten Macht zu tun. Sie müssen des eingedenk sein, dass, wenn es schon in Paris nicht ungefährlich war, sich auf die Regelung mit Frankreich zu konzentrieren, um Deutschland zu vergessen, es in Genua nicht möglich ist, Russland zu vergessen."[2076]

In London wurde mittlerweile die Frage gestellt, ob nicht in den eigenen Reihen gewichtige Fehler gemacht worden seien. Es gab Kräfte, die einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die vorangegangenen Informationsdefizite in der Analyse der deutschen Russlandpolitik dem britischen Botschafter in Berlin zuwiesen. Das Foreign Office fragte mit Datum vom 20. April 1920 dann an, ob D'Abernon nicht sogar selbst der Ansicht sei, dass ihn die deutsche Regierung über den tatsächlichen Verlauf der deutsch-russischen Verhandlungen in Berlin im Dunkeln gelassen habe. Sowjetrussische Vertreter hätten vorgetragen, D'Abernon sei in Berlin eigentlich in einer ausgesprochen guten Position gewesen, entsprechende Informationen zu gewinnen, zu analysieren und weiterzugeben.[2077] Er habe jedoch die britische Regierung in London bzw. Genua gegebenenfalls nicht eindringlich genug auf einen möglicherweise bevorstehenden vertraglichen Abschluss der deutsch-russischen Verhandlungen hingewiesen und vorgewarnt.[2078]

Schließlich wurde die britische Rapallo-Kritik auch dadurch abgeschwächt, dass einige Akteure in der Außenpolitik und Diplomatie Londons den deutsch-russischen Schritt zumindest in inhaltlicher Hinsicht von Anfang an begrüßt hatten. Grigg erklärte gegenüber Chamberlain jedenfalls schon unter dem Datum des 18. April 1922, der Vertrag könne möglicherweise weitere Übereinkünfte mit den Russen in Genua fördern. Der italienische Botschafter in Berlin vertrat keine isolierte Ansicht, wenn er festhielt, der Vertrag könne sogar durchaus zu einem sinnvollen „Gleichgewicht" der Kräfte beitragen, was keineswegs eine naive Vorstellung war.[2079] Darüber hinaus stand eine breite

---

[2076] Ausschnitt in: PA, R 28206, 299, vgl. Epstein, Zur Interpretation, S.334. Die Redaktion des Berliner Tageblattes bezeichnete Keynes in einem einleitenden Vermerk als „ausgezeichneten Kritiker der Politik Lloyd Georges", vgl. auch Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen (1920), dessen Erinnerungen mit dem Titel John Maynard Keynes. Freund und Feind sowie die Arbeit von Peter, John Maynard Keynes.

[2077] Foreign Office an Britische Botschaft Berlin, Tel. No. 32, o.U., 20.4.1922, PRO 371/8208, 149, der Entwurf bei 148. Die Vorlage trägt im oberen Bereich den Vermerk „Docketed" und „no distribution".

[2078] Ebd. Offenbar antwortete D'Abernon darauf zunächst nicht, vgl. das Tel. No. 35 vom 23.4.1922 bei ebd., 152, wo es insistierend in Richtung D'Abernon heißt: „My telegram No. 32. Please telegraph immediate reply."
Zur Reaktion der britischen Außenpolitik und Diplomatie in den Wochen unmittelbar nach dem Rapallo-Vertrag vgl. ausführlicher Salzmann, Great Britain, S.19ff.

[2079] Siehe anders Fink, The Genoa Conference, S.175f., nach der das Schreiben Griggs und die Äußerung Frassatis wiedergegeben wird. Auch der italienische Außenminister Schanzer soll den deutsch-russischen Vertrag letztlich nicht nur in Genua gegenüber Barthou, sondern auch später vor dem italienischen Parlament verteidigt haben, vgl. Pogge von Strandmann, Rapallo und die Legende, S.80.

Öffentlichkeit in England einer Durchsetzung der französischen Forderungen, die mit der Protesthaltung gegen den Rapallo-Vertrag einhergingen, „mit sehr gemischten Gefühlen“ gegenüber.[2080] Die britische Presse hatte sich von Anfang an zumindest nicht mehrheitlich der Vehemenz gegen Deutschland gerichteter Anschuldigungen angeschlossen.[2081]
Bereits am 17. April 1922 hatte der deutsche Botschafter in London, Friedrich Sthamer, die ersten Reaktionen in der britischen Öffentlichkeit zusammengefasst. Der gewerkschaftsnahe und linksliberale ‚Daily Chronicle’ zum Beispiel habe sich in seinem Leitartikel dahingehend geäußert, die Vertragsunterzeichnung von Rapallo am Sonntag „sei der Zeit nach vielleicht nicht taktvoll und werde den Kritikern viel Anlaß zu Geschrei geben, bei dem die deutsch-russischen Verhandlungen Argwohn und Furcht weckten.“ „Vernünftige Beobachter“ hätten hingegen „nichts an den Vertragsbestimmungen auszusetzen.“[2082]
Zwei Tage später warnte Sthamer allerdings, die Gefahr einer Zunahme antideutscher Stimmung in England bestehe nach wie vor. Mit Datum vom 20. April 1922 bilanzierte er zudem in negativer Ausrichtung, der deutsch-russische Vertrag habe insgesamt betrachtet in London eben doch „wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen und die Gemueter heftig erregt“. Denn während zu Beginn der Konferenz in Genua „allein“ Frankreich die Kritik und Abneigung der britischen öffentlichen Meinung zu spüren bekommen habe, lade sich diese „nunmehr auf unsere Schultern“, wenngleich die deutschen Erklärungsversuche und die damit verbundenen Hinweise auf das „Verhalten der Entente-Staatsmaenner“ schon „wesentlich dazu beigetragen (hätten), die deutsche Stellung in den Augen aller nuechtern denkenden Elemente zu verbessern.“[2083]
Im Rahmen der deutschen Analyse der britischen Rapallo-Reaktion setzte sich anschließend jedoch mehr und mehr eine Wertung durch, die zu einem abmildernden politischen Gesamtergebnis kam: „Mehr rechts und aktivistisch orientierte Kreise“, so hieß es dabei in einem deutschen Pressebericht aus London, hätten den Vertrag ohne einen Hauch von Gönnerhaftigkeit „als einen erfreulichen Ansatz zu einer selbstständigen Außenpolitik“ der deutschen Republik empfunden. In weiten politischen Kreisen Londons seien des Weiteren keine ernsthaften Sorgen vor einer bedrohlichen deutsch-russischen Verschwörung artikuliert worden. Stattdessen läge „eine gewisse Beunruhigung“ dieser Kreise darin, dass das „brennende“ Reparationsproblem sich im Falle noch verschärfter Isolierung Deutschlands und Sowjetrusslands weiterhin nicht lösen lasse. In der Londoner „City“ habe der Rapallo-Vertrag hinsichtlich der Hoffnung auf verbesserte Wirtschaftsaussichten auf dem europäischen Kontinent zudem sogar „extraordinarily little excitement“ hervorgerufen, da sein Inhalt, so Teile der britische Presse, in sachlich-inhaltlicher Hinsicht den wirtschafts- und finanzpolitischen „Zielen“ entspreche, „die sich die Konferenz von Genua“ gestellt habe.[2084]
Vor diesem Hintergrund war es zwar durchaus zutreffend, wenn die Iswestija nach einer Übersetzung des Foreign Office am 26. April 1922 festhielt, es sei eine Tatsache, “(that) the signing of the Russo-

---

[2080] Vgl. Hauschild an Maltzan, 20.4.1922, PA, R 23711, 089-92. Die Vorlage wurde nachträglich hschr. als geheim eingestuft.
[2081] Siehe dazu Stamm, S.311.
[2082] Vgl. die Mantler-Depesche Sthamers, 17.4.1922, PA, R 83435, 072-073f., hier 073.
[2083] Tel. Sthamer Nr.127, dringend, 19.4.1922, ebd., 084-085; Sthamer an AA, A.892, 20.4.1922, ebd., 130ff.
[2084] Vgl. Stamm, S.311f. in Bezug auf den Daily Telegraph vom 19.4.1922, den Manchester Guardian vom 18.4.1922, den „Economist“ vom 22.4.1922 und den „Iron and Coal Review“ vom 28.4.1922, S.753. Mit einigem zeitlichen Abstand davon abweichend z.B. „Bankers` Magazine“, Mai 1922, S.687, ebenfalls nach Stamm, S.312.

German Treaty at Rapallo annoys France much more than England.“[2085] Jedoch gab es auch in der britischen Presse immer noch gewichtige Stimmen, die den Vertragsabschluss kritisierten. Ein Artikel in dem eher linksliberalen “Observer“ führte aus, „Rathenau und Maltzan hätten damit den seltsamsten psychologischen Fehler ihrer Art, wie sie seit August 1914 gemacht wurden, begangen.“[2086] Vollkommen antideutsch trat einmal mehr „Daily Mail“ auf. Hier wurde der Vorwurf geheimer Absprachen erhoben, die mit dem Vertrag zusätzlich einhergingen.[2087] Und auch wenn Dufour derartige Meldungen am 21. April 1922 als „glatt erfunden“ bezeichnete[2088] - aus der Welt waren die gegen Deutschland gerichteten Spitzen nicht zu schaffen.

Allerdings ist ebenso darauf hinzuweisen, dass auch die britische Regierung aufgrund ihrer zunächst an den Tag gelegten, vehementen Protesthaltung und der damit verbundenen Aussage, sie sei von dem Abschluss des deutsch-russischen Vertrages völlig „überrascht“ worden, nachfolgend im eigenen Land unter Druck geriet. In einer Sitzung des Unterhauses am 1. Mai 1922 in London wurde der bereits erwähnte Artikel in der Iswestija vom 5. April 1922 als Beweismittel zur Kritik an der eigenen Regierung erhoben und gefragt, ob es denn richtig sei, „(that) despatches were received from the British ambassador at Berlin which led up to the treaty recently concluded between those two countries“ und ob Lloyd George bereits im Besitz dieser Fakten gewesen sei, als er seine Unterhausrede kurz vor der Eröffnung der Konferenz hielt. Chamberlain führte daraufhin für die britische Regierung spürbar gewunden aus, „negotiations have been proceeding intermittently between the German an(d) Russian Governments since the beginning of the year, and reports to that effect were received from His Majesty´s Ambassador in Berlin, but it was not known that any agreement resembling that which was recently concluded was impending”. An eine Veröffentlichung der Berichte D’Abernons aber werde nicht gedacht. Die diesbezüglich erhaltenen Informationen seien “so small in importance” gewesen, dass sie innerhalb der britischen Diplomatie keine Verbreitung gefunden hätten. Es wäre also zutreffend, dass die britische Regierung “were taken completely by surprise by the character of this agreement, and had no previous notice of it.“[2089]

In der Zwischenzeit hatte Maltzan von britischer Seite sogar Lob und Wohlwollen für sein Handeln erfahren. So urteilte der deutschfreundliche britische Journalist Dillon in einem Brief an Maltzan

---

[2085] Ausschnitt in englischer Übersetzung bei PRO, FO 371/8190, 56f.

[2086] Vgl. dazu den am 24. April 1922 an die „Deutsche Delegation Genua“ telegraphierten, ungezeichneten Bericht Nr. 122 über die Londoner Presse, PA, R 23697, 032. Die Vorlage wurde mit hschr. Vermerk im Kopfbereich an Maltzan verwiesen und von Maltzan abzeichnet.

[2087] Sthamer an AA, A892, 20.4.1922, PA, R 83435, 133, der eine „energische Widerlegung“ derartiger Nachrichten forderte, da diese geeignet seien, „die Befuerchtungen gegenueber Deutschland (…) wachzuhalten.“

[2088] Vgl. Tel. Mueller Nr.142, PA, R 83435, 124 (L203572); Tel. Dufour, 21.4.1922, ebd., 125 (L203573). Mit Telegramm Nr. 126 vom 25. April unterbreitete Haniel Vorschläge für ein erneutes Dementi gegenüber den „in der englischen und französischen Presse veröffentlichten Gerüchten über angebliche geheime militärische Abmachungen“, wobei er insbesondere auf einen Artikel des Daily Mail vom 22.4.1922 mit der Veröffentlichung von angeblich fünf Geheimklauseln Bezug nahm, Haniel an dt. Delegation Genua, 25.4.1922 (Ankunft 26.4.1922, 1:15 Uhr nachts), PA, R 23688 (L096392-93). Ein weiteres Exemplar befindet sich bei ebd. (L 309/L 096 388-89) trägt am linken Rand den hschr. Vermerk Maltzans, dass das Dementi des Reichskanzlers genügen müsse. Siehe zu den Veröffentlichungen des „Daily Mail“ auch White, The Origins of Détente, S.162f.

[2089] Vgl. dazu den als „Parliamentary Question“ betitelten Ausschnitt mit Eingangsstempel vom 5.5.1922 bei PRO, FO 371/8189, 190, 194, einen Ausschnitt aus der parlamentarischen Debatte bei ebd., 192, 194 (Rückseite). Siehe ebenso die offenbar von Gregory stammenden hschr. und mschr. Antworten bei 189, 191, 193, 195 wo es heißt, man habe angeblich nicht gewusst „that any agreement resembling treaty was impending.“, ebd., 89-91 mit der hschr. Bemerkungen Gregory’s u.a. bereits vom 19.4.1922 bei ebd., 91.

Zu dieser Debatte im britischen Unterhaus am 1.5.1922 vgl. auch Sthamer an AA, 3.5.1922 mit entsprechender Anlage, PA, R 83436, 092-095. Siehe dazu in den deutschen Akten ferner ebd., R 23689 (L 096523-24).

vom 20. April 1922, er bewerte den Vertrag inhaltlich "as a splendid achievement for Germany and also for Europe", der durch das taktische Vorgehen der Alliierten notwendig geworden sei, "who are also responsible for the date of its conclusion."[2090]

Aus der Korrespondenz wurde ersichtlich, dass sich der Ministerialdirektor zumindest von einigen Vertretern der britischen Delegation hintergangen fühlte. Im Hinblick auf die vorangegangenen Proteste gegen den Rapallo-Vertrag aber mussten die persönliches Wohlwollen signalisierenden Worte Dillons auf ihn wie Balsam wirken. In seiner Antwort machte Maltzan zudem deutlich, dass die von ihm verfolgte Zielvorstellung nach wie vor an seine oben zitierte „persönliche Richtlinie" „Über London nach Moskau" anknüpfte und sich insofern auch der Ostersonntag 1922 in den damit verbundenen konzeptionellen Kontext einfügte, der darin liege, eine konstruktive „Mittellinie" zwischen West- und Ostorientierung für die Weimarer Außenpolitik zu finden:

> „Ihr Brief war mir daher besonders wertvoll und ein Beweis dafür, dass es in Ihrem Lande noch Männer gibt, welche diese alte Idee Berlin-London-Moskau hoch halten und nicht von uns verlangen, dass wir uns auf dem französischen Altar opfern sollen. Dies wäre geschehen, wenn wir vor ein fait-accompli der Alliiertenverhandlungen mit Russland auf Basis des Londoner Memorandums gestellt worden wären."[2091]

Doch wie fiel unterdessen die Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit aus? Für die publizistische Aufnahme des Vertrages in Deutschland hatte Maltzan im Rahmen seines Einflussbereiches zumindest zum Teil Vorsorge getroffen. Zudem verfügte er über journalistische Gefolgsleute. Ein Artikel Paul Scheffers jedenfalls begleitete am 18. April 1922 im Berliner Tageblatt die öffentliche Bekanntgabe des Vertrages und verteidigte das am Ostersonntag Vereinbarte im Sinne der von Maltzan vorgebrachten Argumentation. Aufgrund des alliierten Verhaltens in den der Unterzeichnung vorausgehenden Tagen, so führte Scheffer hier aus, sei der Vertrag eine „Lebensnotwendigkeit für Deutschland" gewesen:

> „Die Last ist reichlich groß, aber Deutschland konnte nicht anders handeln, als es tat. Russland auch nicht. […] (Der Rapallo-Vertrag) nimmt nicht vorweg; e(r) schädigt niemand; alle Verzichterklärungen der Alliierten, die aus ihren Verhandlungen mit den Russen sich ergeben könnten, hat Deutschland in dem Vertrage vorweggenommen, aber auf Grund der Meistbegünstigung hat es auch teil an allen Rechten, die die Alliierten im Laufe der Verhandlungen sich verschaffen. Mithin tritt es aus der Solidarität der Konferenz in keinem Fall heraus. Es ist ein typischer Vertrag des Schwachen, der sich gegen Schädigung sichert, aber keine Sondervorteile erstreben kann. Allerdings: Art. 116! […] Für Deutschland ist die enorme Gefahr beseitigt, dass Russland Nachzügler des Versailler Vertrages wird. Vor diesem Scheideweg stand Russland hier, ob es wollte oder nicht."[2092]

[2090] Dillon an Maltzan, 20.4.1922, PA, R 23711, 140. Die Vorlage wurde nicht verfilmt. Zur Deutschfreundlichkeit Dillons vgl. Kessler, Tagebücher, S.316 (13. Mai 1922).

[2091] Maltzan an Dillon, 24.4.1922, PA, R 23711, 141-142. Siehe zu Stimmen in der englischen Presse, die führenden alliierten Regierungen hätten gemeint, „immer wieder Bedingungen diktieren zu können, ohne dass je ihr Plan nach Hegemonie durchkreuzt" worden wäre, auch den Pressebericht bei ebd., R 23697, 083. Die Vorlage ist nicht verfilmt und trägt die Paraphe Maltzans.

[2092] Scheffers Artikel im Berliner Tageblatt vom 18. April 1922 ist gedruckt bei: Scheffer, Augenzeuge, S.120ff.
Bei ebd., S.123 heißt es bemerkenswerter Weise u.a.: „Nur die baltische Gruppe, die den Weg zu ihrem grössten östlichen Nachbarn suchen muss, und die Polen sind zufrieden. Sie fühlen ihren Wert für die Alliierten in der Auseinandersetzung mit Russland steigen."

Auch die Frankfurter Zeitung unterstützte unter dem 18., 19., 20., 21. und 24. April 1922 die Entscheidung der Führung der deutschen Genua-Delegation uneingeschränkt und nachdrücklich.[2093]
Maltzans politische und persönliche Verbundenheit mit dem Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Georg Bernhard, kam nunmehr ebenfalls zum Tragen: In der allseits bekannten „kämpferischen und selbstbewussten“ Weise Bernhards fand der Rapallo-Vertrag unter dem 18. und 24. April 1922 dessen „volle Zustimmung“ - und zwar als „erster greifbarer Baustein für den Pfeiler, auf dem die verständigungspolitische ‚Brücke nach Russland’ gebaut werden sollte“. Der Vertrag sei sogar das „einzig Positive“, was die deutsche Delegation bislang von der Konferenz in Genua mitgebracht habe. Er sei zudem Deutschland gleichsam „aufgezwungen“ worden, um eine weitere „Ausbreitung der deutschen Schuldknechtschaft“ zu einem Zeitpunkt abzuwehren, in dem sich die deutsche Republik bereits ohnehin in einem Zustand „dauernder seelischer Gequältheit“ befände.[2094]
Eine andere positive Stellungnahme vollzog sich indessen ohne Überraschung: Es lag nahe, dass die KPD Inhalt und Zeitpunkt des Vertrages uneingeschränkt befürwortete und sogar als politischen „Wendepunkt“ bezeichnete, wenngleich die allgemeine politische Stimmungslage im kommunistischen Lager[2095] differenziert betrachtet werden muss. Sie brachte „im Lustgarten in Berlin“ eine Demonstration mit 150.000 Teilnehmern zustande, auf der Wilhelm Pieck die versammelten Teilnehmer sowie die „Arbeiterklasse“ eindringlich dazu aufrief, „Rapallo“ nun „mit Leben zu erfüllen“.[2096] Denn der deutschen Regierung, Außenminister Rathenau oder den anderen bürgerlichen Politikern, so hatte die kommunistische „Rote Fahne“ bereits am 18. April 1922 im revolutionären Sinne ausgeführt, traue man keine „Fortsetzung dieser an sich richtigen Politik“ zu.[2097]
Insgesamt aber blieb der überwiegende Teil der deutschen Publizistik zunächst merklich abwartend und zum Teil unsicher. In den Zeitungen herrsche, wie Victor Klemperer in sein Tagebuch notierte, vielfach Skepsis gegenüber dem vor, „was die Folgen anlangt“.[2098] Der britische Botschafter in Berlin fasste diese Tendenz in der deutschen öffentlichen Meinung in drei aufeinander folgenden Presseberichten zusammen. Am 20. April 1922 führte er dazu aus, „most newspapers approved attitude of German Government excepting Social Democrats and Extreme Right, the former questioning the wisdom of the German demarche at this juncture, the latter displaying embarrassment at the conclusion of an agreement with the Soviets.” Der rechtspopulistische ‘Tag’ habe zwar

---

[2093] Die genannten Artikel der Frankfurter Zeitung befinden sich abschriftlich bei BAK, NL Joseph Wirth (N1342), Nr.65.
[2094] Vgl. Klein, Georg Bernhard, S.182ff. mwN. Zur Tätigkeit Georg Bernhards (1875-1944) vor 1933 siehe auch Mikuteit sowie die entsprechenden Bestände im BAB, Findbuch zu N 2020, S.9. Dokumente aus der wohl sicherlich vorhandenen Korrespondenz mit Maltzan finden sich in diesem hier im BA befindlichen Teil des Nachlasses jedoch nicht. Auch aus den zerschnittenen Notizzetteln bei BAB, NL Georg Bernhard, 30 ließen sich bislang keine Äußerungen Bernhards zu dem „’Ereignis’ Rapallo-Vertrag“ entnehmen.
[2095] Zur widersprüchlichen kommunistischen Presse zwischen weltrevolutionärem Ideengut, Klassenkampf und Unterstützung des Rapallo-Vertrages „as a putative alliance against the Entente“ vgl. Fischer, The German Communists, S.35 sowie ders., The Ruhr Crisis, S.26. Zur im Sinne des positiven Rapallo-Mythos als Symbol deutsch-sowjetrussischer Freundschaft tendenziösen Pauschalbewertung durch die DDR-Historiographie nach 1945, „in Deutschland wurde der Rapallo-Vertrag lebhaft begrüßt“, vgl. hingegen Anderle, Die deutsche Rapallo-Politik, S.46.
[2096] Schulze Wessel, Rapallo, in: Deutsche Erinnerungsorte, Bd.1, S.540, vgl. auch den Zeitungsbericht von Rieck (20.4.1922), im Anhang unter zeitgenössisches Schrifttum.
Zum Aufruf der Zentrale der KPD zum Abschluss des Rapallovertrages siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.VII, 2. Halbbd., S.50-53. Zur „offiziellen Stellungnahme der KPD zum Rapallo-Vertrag“ vgl. auch den Artikel Thalheimers, gedruckt bei: Der deutsche Kommunismus, Nr.33, S.124ff.
[2097] Die Rote Fahne, 18.4.1922, zit. ebd., S.170.
[2098] Vgl. Klemperer, Bd.1, S.584 (19.4.1922).

Ministerialdirektor Maltzan angegriffen, den Vertragsabschluss an für sich aber als "first independent act of German diplomacy" begrüßt. Auffällig sei aber, dass „Democratic newspapers" das deutsche Vorgehen "with unusual violence" verteidigten. Und der ‚Börsenkurier' habe sogar erklärt, „that exclusion of Germany from principal Commission would result in a closer rapprochement between Russia and Germany." [2099] Der französische Botschafter Laurent betonte hingegen, die deutsche öffentliche Meinung sei insbesondere vom Zeitpunkt des Vertragsabschluss „profondément" überrascht worden und nicht "par sa teneur qui répond aux divulgations faites depuis quelque temps sur les conversations engagées entre Berlin et Moscou"[2100] - eine Bemerkung, die ebenso zumindest indirekt darauf hinweist, dass die deutsch-russischen Verhandlungen seit Ende Januar 1922 der französischen Diplomatie bekannt waren.

Erst nachdem Lloyd George am 20. April 1922 den „Zwischenfall" offiziell für abgeschlossen erklärt hatte, begann sich die Aufnahme der Vertragsunterzeichnung in der deutschen Presse zu vereinheitlichen. Denn auch wenn Harry Graf Kessler das „Sinnbild der politischen Lage" unter dem 27. April 1922 aus deutscher wie aus europäischer Perspektive mit einem „schmutzigen Schäumen" und tief hängenden „trüben Regenwolken"[2101] beschreiben sollte - die Wirkung Rapallos lag in Deutschland mittlerweile nicht so eng beieinander, als dass sich annehmen ließe, Befürworter und Gegner des Vertrages hätten sich die Waage gehalten. In Deutschland setzte sich jetzt vielmehr eine weitgehende Akzeptanz des Vertrages durch, die nach und nach mehrheitsfähig wurde.

Gewiss gelangte hierbei ein stetig im Hintergrund präsentes politisches Grundgefühl zur Wirksamkeit: Weniger der deutsch-russische Vertrag an sich als die sich daran anknüpfende alliierte Protestwelle rief nationale Widerstandsgefühle wach und begünstigte eine positive Rezeption. Und gerade in diesem Kontext entfaltete „Rapallo" Kraft und Bedeutung: Er stärkte die Akzeptanz des neuen demokratischen Staatswesens auf deutschem Boden und linderte die innere Zerrissenheit der deutschen Republik - zumindest vorübergehend. Denn endlich konnte einmal über eine selbstbehauptende, autonome außenpolitische Lebensäußerung der bis dato fortlaufend gedemütigten Republik berichtet werden! Es war jedenfalls insbesondere diese - wie D'Abernon zu Recht festgestellt hatte - bis in die demokratischen Tagenszeitungen hinein impulsiv wie trotzig vorgetragene nationale „Jetzt erst Recht – Botschaft", die eine breite Befürwortung des Vertrages in der zeitgenössischen deutschen Presse ermöglichte. So meldete der „Demokratische Zeitungsdienst" zur „Notwendigkeit des Russland-Vertrages" am 20. April 1922 unter der Überschrift „Politische Notizen und Informationen", „je mehr sich der künstliche Entrüstungslärm grosser, kleiner und kleinster Ententemänner in Genua" lege, desto klarer würde sichtbar, „dass Deutschland mit dem Abschluss des Russlandvertrages keine Illoyalität begangen hat, sondern dass ein Gebot der Selbsterhaltung es dazu bestimmte":

> „Die Erklärungen des Ministerialdirektors von Maltzahn (sic) vor deutschen Pressevertretern in Genua beweisen zudem, dass Deutschland die Entente auch auf das

[2099] Siehe dazu die Berichte D'Abernons vom 20., 21. und 22. April 1922 bei PRO, FO 371/8188, 68-74. Es heißt hier in Bezug auf die oben bereits angesprochenen Artikel u.a. auch: „Vossische Zeitung likewise supported the Government. Berliner Tageblatt claimed that agreement was known by Lord D'Abernon a fortnight ago."
Zur weiteren, recht ausgewogenen Berichterstattung über die Differenzen in der deutschen Presselandschaft vgl. die Kopien der Tel. D'Abernons vom 23. bis zum 29.4.1922 bei PRO, 371/8189, 64-72.
[2100] Tel. Laurent No. 689 à 691, 19.4.1922, ebd., Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S., 325, 37ff., hier 37.
[2101] Siehe Kessler, Tagebücher, S.308.

> Bündigste davon unterrichtet hat, dass ihre Sonderbesprechungen mit der russischen Delegation deutsche Sicherungsmaßnahmen zur Folge haben werden. Maltzahns Erklärungen zeigen, in welch unverfrorener Weise die Entente die ganze Regelung mit Russland als Spezialgeschäft für sich betrieb. Sollten doch alle Schulden und Entschädigungen, die etwa für Deutschland aus der Regelung mit den Russen abfallen würden, einfach unter den Artikel 116 des Versailler Vertrages fallen. Das heißt, Deutschland hätte davon nichts bekommen, die Summen wären nicht einmal für Reparationszwecke gutgeschrieben worden, sondern Russland hätte sie sozusagen als deutsche Reparation in Anspruch genommen und die Entente hätte nach Gutdünken über sie verfügt.“[2102]

Selbst innerhalb der französischen Diplomatie wurden, zumindest vereinzelt und indirekt, manche Argumente, mit denen z.B. die ‚Kölnische Zeitung’ oder der Vertreter der ‚Kölnischen Volkszeitung’ den Vertrag am 19. April 1922 verteidigten, als zutreffend anerkannt. Denn „Fehler“, so berichtete Tirad vermittelnd nach Paris, seien ja schließlich von allen Parteien begangen worden. Und die wirklichen inhaltlichen Hauptprobleme der gegenwärtigen Herausforderungen für die Konferenz von Genua lägen doch letztlich im Niedergang der italienischen und englischen Industrie, in der französischen Finanz- und deutschen Währungsmisere sowie in der wirtschaftlichen Not der russischen Bevölkerung.[2103]

Vor diesem Hintergrund war das in der Folge der Bekanntgabe des Rapallo-Vertrages aufgetretene starke „Emotionsbedürfnis der Presse“[2104], insbesondere die Negativschlagzeilen in der französischen und britischen Publizistik, auf der einen Seite für die deutsche Genua-Delegation deutlich ungünstig. Auf der anderen Seite konnte sie aber spätestens seit dem 23. April 1922 auf eine nahezu geschlossene publizistische Rückendeckung verweisen. Eine Diskrepanz in den einzelnen politischen Auffassungen soll bereits am 21. April „eigentlich nur ganz versteckt“ zu erahnen gewesen sein. Aus der Reichskanzlei hieß es jedenfalls, die Presse sei „zur Zeit gut diszipliniert“.[2105]

Mit Blick auf die inzwischen beigelegte Krise auf der Konferenz in Genua hielt die Vossische Zeitung am 24. April 1922 fest, dass von deutscher Seite aus auf jeden Fall der „Vorwurf der Illoyalität [...] in würdiger und jeden Unbefangenen überzeugender Weise“ zurückgewiesen worden sei. Das Blatt konnte dabei für die deutsche öffentliche Meinung eine gewisse Meinungsführerschaft der liberalen Presse beanspruchen.[2106] Der nationale Ton in der deutschen Publizistik setzte sich zudem weiter durch. Meldungen wie diejenige im Leipziger Tageblatt vom 30. April 1922, die das Mehrheitsvotum in Deutschland für den Vertrag durchaus zutreffend wiedergab, mussten die verbliebenen Rapallo-Kritiker innerhalb der deutschen Regierung nachdenklich stimmen oder sogar ganz verstummen lassen. Allerdings blieb die Zustimmung zum Abschluss des deutsch-russischen Vertrages offenkundig nicht frei von außen- wie innenpolitisch bedenklichem Zweckoptimismus. Denn spürbar illusionsbeladen schien ein Teil dieser publizistischen Stimmen eine bessere außenpolitische Zukunft für die deutsche Demokratie einfach herbeireden zu wollen:

[2102] Ausschnitt bei ebd., R 28206.

[2103] Vgl. Tel. Tirad No. 64, 20.4.1922, geheim, MAE, Relations Commerciales, B 82, 116, 63-64. Zur französischen Perzeption der deutschen Presse vgl. auch das Tel. Laurents No. 699-702, 21.4.1922, ebd., Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 325, 123ff. (No. 702 fehlt hier). Zur französischen Perzeption der Presse in Bayern, insbesondere der „organes de droite“ vgl. Tel. Dard, No. 71, 18.4.1922, ebd., 17.

[2104] Siehe den entsprechenden Ausdruck bei Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, S.52.

[2105] Wever an Hemmer Nr.11, 21.4.1922, BAB, R 43, I/471 (MF 1), 25-26. Zur deutschen Publizistik über den Abschluss des Rapallo-Vertrages und die sich daran anschließende Diskussion vgl. den Überblick bei Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, S.322f.

[2106] „Warum Deutschland schweigt“, Vossische Zeitung, 24.4.1922, Ausschnitt in: PA, R 28206, 211-212.

> „Für uns stehen im Augenblick die allgemeinen politischen Gesichtspunkte im Vordergrund des Handelns und es ist gut, dass die deutsche öffentliche Meinung den deutsch-russischen Vertrag so einmütig willkommen geheißen hat, dass die kritischen Stimmen ganz verschwinden. Hinter dieser Politik steht die Nation mit instinktivem Gefühl für das Richtige.“[2107]

Fraglich war in diesem Zusammenhang allerdings, welche Teile der Publizistik einem direkten oder indirekten Einfluss der Führung der deutschen Genua-Delegation unterlagen und nur aus diesem Grunde auf die von Rathenau, Maltzan und Wirth vorgegebene Linie einschwenkten. Nachweisbar ist, dass es von Seiten der amtlichen deutschen Außenpolitik den Versuch gab, über Angehörige der Reichswehr wie zum Beispiel Oberst Hasse „im Sinne der Regierungspolitik“ auf die Rechtspresse einzuwirken. Dies verlief nach einigen Anfangsschwierigkeiten offenbar ebenfalls recht erfolgreich: „Der Umschlag in der Rechtspresse vom 20.4., an welchem Tage die Einwirkung erfolgte, zum 21.4.“ sei im Hinblick auf die Bewertung des Rapallo-Vertrages doch recht „auffallend“ gewesen, so schrieb Hasse unter dem 25. April 1922 an Reichskanzler Wirth und fügte Ausschnitte aus dem Berliner Lokalanzeiger, der „Deutschen Zeitung“, der „Neuen Preußischen Zeitung“, der „Täglichen Rundschau“ sowie dem „Tag“ bei. Insbesondere die „Tägliche Rundschau“ habe dabei, obwohl sie „vorher sehr absprechend geurteilt hatte“, am 21. April 1922 mit einem Artikel unter dem Titel „Der Burgfrieden“ gewichtige Wirkung erzielt. Und nun auf einmal bringe das „’Das Zauberwort Genua’ (…) ‚die streitbaren Geister in allen Lagern zum Schweigen.’“[2108] Zwar komme es, so Hasse weiter, durch den Mangel an „*persönlicher* Fühlungnahme mit wirklich orientierten Regierungsvertretern“ seit den letzten Tagen wieder zu schärferer Kritik aus dieser Richtung. „Die sachliche Opposition“ sei jedoch immerhin „auch heute noch“ „mit Ausnahme der sich wieder einmal ganz radikal gebärdenden ‚Deutschen Zeitung’ leidlich gemäßigt.“[2109]

Eine abgemilderte politische Gesamteinschätzung konnte auch Staatssekretär Haniel konstatieren: Er hatte am 19. April 1922 die Führung der deutschen Genua-Delegation über eine am gleichen Tag in Berlin stattgefundene Kabinettssitzung informiert. Trotz der dort vorhandenen tiefen Sorge, dass der Abschluss des Rapallo-Vertrages schwere Nachteile für die deutschen Gesamtinteressen nach sich ziehe, stelle man sich dort jetzt mehr und mehr auf „den Boden der Tatsachen“. Die allgemeine Situation zeige mittlerweile eine gewisse Entspannung.[2110] Haniel war zuversichtlich, dass die „Presse ziemlich einheitlich hinter (der deutschen Genua-) Delegation“ gehalten werden könne. Jedoch sei eine „eingehende Motivierung weiterer Schritte“ für dieses Anliegen weiterhin „dringend erwünscht“.[2111]

Ansichten wie diejenige Haniels blieben auch nachfolgend nicht in der Minderheit, wenngleich sich die außen- und innenpolitische Gefährlichkeit der Gesamtsituation dadurch nicht verringerte: So führte der Leiter des Russlandreferats im Auswärtigen Amt, Hauschild, mit Datum vom 20. April

---

[2107] Ausschnitt bei ebd., R 28206, 301-302.

[2108] Hasse an Wirth, 25.4.1922, Die Anfänge der Ära Seeckt, Nr.144, S.268f.

[2109] Ebd., S.268. Siehe zur Bitte Wirths an Seeckt, eine mögliche Opposition der „right-wing parties abzuwenden“, auch Carsten, The Reichswehr and Politics, S.139.

[2110] Haniel an dt. Delegation Genua Nr.76, 19.4.1922, geheim, PA, R 83435, 083f. (L203543-44).

[2111] Siehe das entsprechende Schreiben mit Datum vom 20. April 1922, das Rauscher und Feigel erstellten, PA, R 23688 (L 096208). Die Vorlage trägt zwei Paraphen Maltzans und seinen hschr. Vermerk, eine weiterführende Instruktion sei diesbzlg. schon gestern durch ein „chiffriertes Fernschreiben erfolgt.“

1922 am Anfang eines Privatbriefes an Maltzan aus, „nach dem ersten Schreck scheinen die Wogen der Erregung allmählich einer etwas ruhigeren Überlegung Platz zu machen, wenn ich auch das Gefühl habe, dass der Widerstand von alliierter, insbesondere französischer Seite allmählich eine etwas präzisere Form annehmen wird und sich namentlich in deutlicherer Weise auf dem Gebiete der Reparation geltend machen wird.“[2112] Eine weitere, in Berlin entstandene und offenbar ebenso Stinnes zugänglich gemachte Aufzeichnung vom 21. April 1922 konstatierte einen Tag später ebenfalls, im Auswärtigen Amt werde „heute die Lage in Genua noch optimistischer beurteilt.“[2113]
Auch Hermann Bücher, der sich nicht zuletzt aufgrund seiner Rolle auf der Konferenz von Genua nachfolgend als geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums des RDI an leitender Position etablieren konnte, vertrat am 21. April 1922 die Ansicht, „dass es notwendig war, den russischen Vertrag unter Dach und Fach zu bringen“. Zwar sei es, so argumentierte er, dabei zu gewissen „formalen Verstössen von unserer Seite“ gekommen. Die „Tendenz der Gegenseite“ aber habe ganz sicher darauf gezielt, „uns vor ein fait accompli zu stellen“[2114] - eine nicht unzutreffende Beurteilung der Dinge, der sich später auch Hugo Stinnes anschloss. Stinnes reklamierte darüber hinaus einen eigenen maßgeblichen Anteil an dem Zustandekommen des Rapallo-Vertrages für sich.[2115]
Das vordergründig recht optimistische Bild über die Aufnahme der Vertragsunterzeichnung vom Ostersonntag 1922 war allerdings unvollständig. Denn in den politischen Kreisen Berlins wurde das Verhalten der Führung der deutschen Genua-Delegation teilweise massiv kritisiert. Hierfür gab es auf Seiten der Rapallo-Gegner allerdings, wie der Ministerialrat in der Reichskanzlei, Kempner, am 21. April 1922 in zynischer Weise ausführte, nicht nur sachbestimmte Gründe:

> „Die Motive, die zu dieser gemeinsamen Front geführt haben, sind bei den einzelnen Teilhabern naturgemäß verschieden: Verstimmung über angenommene Ausschaltung, grundsätzliche gefühlsmäßige Einstellung gegen Sowjetleute (der Radikale kann den Radikaleren nie lieben), Ehrgeiz cum spe succedendi usf. - Man darf diese Dinge nicht zu tragisch nehmen. Ähnliches hat sich bei solchen Konferenzen jedesmal gezeigt; eine Mißstimmung der Zurückgebliebenen (was ich nur lokal aufzufassen bitte) gegen die Glücklicheren, die nach schönen Gestaden reisen durften, entsteht eben nicht nur bei Stenotypistinnen.“[2116]

Gravierende Meinungsunterschiede blieben zudem auch innerhalb der deutschen Genua-Delegation bestehen und wurden sowohl in der Presse wie zum Beispiel auch innerhalb der alliierten Diplomatie thematisiert.[2117] Mit Finanzminister Hermes verschärfte sich der Konflikt sogar derart, dass dieser

---

[2112] Hauschild an Maltzan, 20.4.1922, ebd., R 23711, 089-92.
Unter dem 18. April 1922 hatte Hausschild gemeldet, dass die innenpolitische „Lage der Sowjetregierung (…) nach wie vor fest“ sei, vgl. Aufz. Hauschild, 18.4.1922 (Durchschlag), ebd., R 23702, 001, die neben Haniel auch an Maltzan gerichtet war und sowohl von ihm als auch von Rathenau abgezeichnet wurde.
[2113] Aufz. o.U. (Bücher), streng geheim, 21.4.1922, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-19/3. Die Vorlage trägt den Titel „Information über den deutsch-russischen Vertrag“ und bricht nach der zweiten Seite ab.
[2114] Bücher an Stinnes, 21.4.1922, ebd., I-220-005/2. Siehe in diesem Kontext auch den Bericht Büchers No.6, 26.4.1922, ebd. Zur vorsichtigen Befürwortung des Rapallo-Vertrages am 22.5.1922 durch Bücher vgl. des Weiteren Pogge von Strandmann, Großindustrie und Rapallopolitik, S.298 sowie Wolff-Rohé.
[2115] Vgl. Feldman, S.754.
[2116] Kempner an Simon, 21.4.1922, ADAP A VI, Nr. 67. In einem Bericht vom 24. April 1922 an Hemmer bezeichnete Wever die Beanstandung des in Genua von der deutschen Delegation verwendeten Begriffs „Kabinettssitzung“ als symptomatisch für die Stimmung bei den in Berlin zurückgebliebenen Kabinettsmitgliedern, BAK, R 43 1/471 bzw. AdR, Kab. Wirth II, Nr. 254.
[2117] Siehe u.a. auch das Tel. Laurent No. 692/693, 19.4.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 116, 36-37.

wenig später die Konferenz verließ.[2118] Eine von der Führung der deutschen Außenpolitik stark abweichende Position vertrat ebenfalls der Ökonomie-Professor Moritz Bonn.[2119] Dieser war als Sachverständiger und „persönlicher Berater“ Wirth mit nach Genua gereist und dort der zweiten Kommission für Finanzfragen zugeteilt worden. Gleiches galt für den mit den Verhandlungen in der Reparationsfrage beauftragten Bergmann.[2120] Bei dessen Kritik, die sich ebenfalls um weitere Belastungen in der Reparationsfrage sorgte, muss allerdings berücksichtigt werden, dass er sich nach einem Tagebucheintrag des niederländischen Außenministers van Karnebeek bereits am 15. April 1922 „sehr geringschätzig über die Kraft der deutschen Regierung“ geäußert hatte. Diese sei „zu keiner einzigen energischen Aktion im Stande“.[2121]

Reichskanzler Wirth bemühte sich unterdessen verstärkt um eine möglichst einheitliche Außenwirkung der deutschen Außenpolitik und Diplomatie.[2122] Auch Außenminister Rathenau führte am 21. April 1922 auf einer Pressekonferenz aus, er wende sich „auf das Entschiedenste gegen Gerüchte (…), die hier in der Stadt verbreitet worden sind und die auch ins Ausland gedrungen sind, worin behauptet worden ist, dass innerhalb der deutschen Delegation eine Verstimmung oder gar ein Zwiespalt entstanden sei.“ Er „komme soeben aus dem Kreise meiner Kollegen und habe die Ermächtigung von allen meinen Kollegen zu erklären, dass die vollste Einstimmigkeit und herzlichste Gemeinschaft nach wie vor innerhalb der deutschen Delegation besteht“[2123] - eine Äußerung, die zwar nachvollziehbar ist, aber insbesondere auch in Bezug auf den Konflikt mit Finanzminister Hermes nicht zutraf.

Bei einem Empfang für die deutsche Kolonie in Genua wies Reichskanzler Wirth am gleichen Tag darauf hin, er übernehme „jederzeit die volle Verantwortung“ für den Rapallo-Vertrag. Zudem müsse er gegenüber der gesamten Welt noch einmal ganz nachdrücklich den defensiven Charakter der Vertragsunterzeichnung hervorheben:

> „In Genua sollten (auch) die Probleme des Ostens gemeinsam besprochen werden. Es wurde uns dabei aber eine Enttäuschung bereitet. Infolge der separaten Verhandlungen eines Teiles der hier vertretenen Mächte mit Russland waren plötzlich deutsche Interessen bedroht und es galt, sie rechtzeitig wahrzunehmen. Das war unsere Pflicht [...] Das Londoner Expertenmemorandum hätte zu einem zweiten Versailles führen können.“[2124]

[2118] Zur Auseinandersetzung zwischen Hermes und Rathenau vgl. u.a. auch AdR, Kab. Wirth II, Nr. 256 und Nr. 259. Zur Reise von Hermes nach Paris zu Gesprächen mit den Mitgliedern der Reparationskommission siehe den Vermerk Rathenaus vom 25.4.1922, PA, Büro Reichsminister, Genua 5 h sdh. 2.

[2119] Vgl. Scharlau/Zeman, S.336 sowie die 1953 erschienenen, spürbar zeitgeistabhängigen Erinnerungen Bonns, mit der Kapitelüberschrift „Ich soll Geschichte ungeschehen machen“, Bonn, So macht man Geschichte, S.257ff.; zur Darstellung der Rolle des „Unterstaatssekretärs“ Maltzans vgl. hier S.262f.

[2120] Siehe Bergmann, S.163f., S.199f. Bergmann konstatiert hier allerdings durchaus, dass der Artikel 116 Abs. 3 VV schon seit geraumer Zeit wie ein „Damoklesschwert“ über Deutschland „schwebte“, ebd., S.161. Vgl. zur wenngleich indirekt geführten Kritik an Bergmann auch Bariéty, Les relations, S.94f., der bzgl. der Reparationsfrage u.a. auf eine veränderte Situation „à l’intérieur de la Commission des réparations“ hinweist, und dem Rapallo-Vertrag m.E. zu Recht wenig Einfluss auf die Entwicklung der Reparationsfrage zuweist.

[2121] DBPN, Periode A: 1919-1930, Deel III, Nr.242.

[2122] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 251 (Kabinettssitzung vom 21. April 1922, 10 Uhr in Genua). Siehe zu dieser Kabinettssitzung und zur Geschlossenheit von Wirth, Rathenau und Maltzan ausführlicher Sendler, S.181ff.

[2123] Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung, 21.4.1922, unter der Überschrift „Rathenau über den Zwischenfall“.

[2124] Siehe das entsprechende Telegramm der Presseabteilung vom 21.4.1922, PA, R 23711, 137. Die Vorlage wurde in 48 Exemplaren hergestellt.

Auch Hemmer betonte am 22. April 1922 die Überzeugung der deutschen Führung, der Schritt sei deshalb „sachlich notwendig“, weil „wir nicht mit dem Odium belastet nach Hause zurückkehren wollten, dass wir uns in Genua, wo wir als gleichberechtigte Nation zugelassen sind, von den Alliierten unsere Haltung in der Russenfrage diktieren ließen.“ Allerdings sei „die deutsche Politik“ vielfach dadurch gekennzeichnet, „dass wir im Glück übermütig sind, dass aber sofort eine starke Reaktion eintritt in dem Augenblick, wo das Land eine Gefahrenzone durchmacht.“ In anderen Ländern sei dies hingegen genau „umgekehrt“. Dort ist „man stark in der Gefahr und fällt nicht von hinten her den Leuten, die in der Schützenlinie stehen, in den Rücken“[2125] - eine Bitte, der sich beispielsweise auch Erkelenz einige Tage später anschloss.[2126]

4. Einheitsstiftende Wirkung in Deutschland?

Vorwarnungen und Bedenken dieser Art waren durchaus angemessen. Denn in Berlin blieben die gravierenden Russland-politischen Gegenstimmen unüberhörbar, gerade auch deshalb, da sie sich an höchster Stelle des Staates befanden: Reichspräsident Ebert kritisierte vehement insbesondere den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und bemängelte, die deutsche Delegation habe die „Unmöglichkeit (des) Londoner Programms [gemeint ist das Londoner Memorandum, Anm.d. Verf.] nicht durch offizielle Vorstellungen unmittelbar bei leitenden Persönlichkeiten der Gegenseite klarer gemacht“. Außerdem hätten seine Vorbehalte, die er bereits im Vorfeld der Konferenz deutlich gemacht hatte, ja „gerade“ einen solchen vertraglichen Abschluss mit der sowjetrussischen Außenpolitik „verhindern“ sollen. Obwohl der Reichspräsident der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages also „mit erheblicher Reserve gegenüberstand“, setzte sich bei ihm auch hier eine gewisse, unzweifelhaft vernünftige „Eigenrestriktion“ durch. Ebert zeigte Verantwortung für die Gesamtpolitik des Reiches[2127] und blieb um Integration der divergierenden Lager bemüht.[2128] Nachweisbar ist jedenfalls, dass Ebert in seiner Antwort an den Reichskanzler die unbedingte Notwendigkeit betonte, die deutsche Delegation nach außen hin weiter in jeder Weise zu unterstützen, zumal die gegenwärtige deutsche Situation in der ausländischen Presse eine solche Unterstützung erst recht erforderlich mache:

> „Für Ihren Brief danke ich besonders. Hoffentlich führt der mit den Russen vereinbarte modus procedendi zum guten Ende. (…) Ueber die Taktik der Delegation beim Abschluss des Vertrages mit den Russen muss ich mir mein endgültiges Urteil vorbehalten. Wir sind hier noch zu ungenügend informiert, um uns eine feststehende Meinung über die taktische Situation beim Vertragsabschluss bilden zu können. Wahrscheinlich wird hier nur mündliche Aussprache mit einem der Beteiligten Klarheit bringen. (…) Dass wir hier gleichwohl unser Möglichstes getan haben, um die Presse fest an der Stange zu halten, dürfen Sie versichert sein. Besonders hat Rauscher, dank seinem Einfluss und seiner Geschicklichkeit, hier mit gutem Erfolg gearbeitet.“[2129]

[2125] Hemmer an Wever, 22.4.1922, AdR, Kab. Wirth II, Nr. 254.
[2126] Vgl. die Erkelenz an Petersen, 30.4.1922, BAK, NL Anton Erkelenz (N 1072), Nr.19, Fiche 4, 213-214. In dem von Erkelenz 1928 herausgegebenen Handbuch zum zehnten Jahrestag der Weimarer Demokratie hiess es, dass auch der Rapallo-Vertrag zu den von Rathenau während der Konferenz von Genua verantworteten Abmachungen gehört habe, die „von einem neuen Geiste“ im positiven Sinne getragen worden seien, Zehn Jahre Deutsche Republik, S.159.
[2127] Vgl. Arns, S.7 sowie Tel. D’Abernons No. 106, 23.4.1922, PRO, FO 371/8188, 25
[2128] Zu den politischen Integrationsleistungen Eberts allgemein vgl. insbesondere Braun, Integration kraft Repräsentation.
[2129] Ebert an Wirth (Abschrift), 22.4.1922, BAK, NL Joseph Wirth (N 1342), Nr.65.

In der Forschung ist in Bezug auf dieses Schreiben Eberts bislang kaum berücksichtigt worden, dass sich die zumindest Reichskanzler Wirth gegenüber vorgetragene Rapallo-Kritik des Reichspräsidenten tatsächlich in recht milder Form vollzog. Das wurde im übrigen auch von der französischen Diplomatie so wahrgenommen.[2130]

In diesem Zusammenhang ist jedoch ebenso festzuhalten, dass sich hinter dem Ebertschen Protest eine grundlegende kompetenz- und verfassungsrechtliche Auseinandersetzung über die Handhabung der auswärtigen Gewalt und der Beteiligung des Reichspräsidenten daran verbarg, die nach den deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921 nun insbesondere in der russischen Frage erneut aufgebrochen war. Zudem sollten ähnlich gelagerte Konflikte auch in den kommenden Jahren bis 1925 aufflammen und sich auch unter Reichspräsident Hindenburg fortsetzen.[2131]

Unterdessen wurde ein Zurückziehen des von Außenminister Rathenau unterzeichneten deutsch-russischen Vertrages „auf Druck von außen" auch in Berlin „allseitig als unmöglich angesehen".[2132] Hierbei zeigte sich nicht nur die Schärfe des Konflikts zwischen den alliierten Kontrollinstitutionen und zahlreichen deutschen Verantwortlichen. In deutschen Regierungskreisen wurde darüber hinaus zu Gunsten des Vertragsabschlusses in Rapallo argumentiert, eine Einigung der Alliierten mit Sowjetrussland über den Kopf der Weimarer Außenpolitik hinweg hätte „innenpolitisch" „keine deutsche Regierung überlebt". Dies betonte auch der Ministerialrat in der Reichskanzlei, Kempner, am 21. April 1922 mit besonderem Nachdruck:

> „Wie hätte man Rathenau als blinden Idealisten getadelt, wenn er im Vertrau(en) auf England die durch die Russen angebotene Befreiung von der östlichen Gläubigerschaft nicht angenommen hätte [...] Nachdem die angebliche Gleichberechtigung durch die Sonder-Verhandlungen der Alliierten durchbrochen war, mussten wir zur Selbsthilfe greifen, wir wären sonst nie von den ominösen Paragraphen [Art. 116 Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] hinuntergekommen."[2133]

Durchaus im Sinne von Rathenau, Maltzan und Wirth führte Kempner allerdings ebenso aus, „nach wie vor" werde „das ganze Bemühen dem Streben gehö(ren,) die Verbindung mit England nicht abreißen zu lassen." Er hoffe zudem, dass die weiteren Ereignisse auf der Konferenz in Genua „das kühne, aber wohl überlegte und entschlossene Vorgehen Rathenaus auch weiterhin rechtfertigen, um die isolierte Lage Frankreichs mit seiner blödsinnigen Sieges- und Rentner-Kammer aller Welt sichtbar zu machen."[2134]

Allmählich setzte sich auch innerhalb der politischen Parteien in Berlin eine nahezu geschlossene Haltung zugunsten der deutschen Genua-Delegation durch: Hans von Raumer, der als Beobachter der Deutschen Volkspartei an der Konferenz in Genua teilnahm, stellte in einem Brief an Stresemann mit Datum vom 21. April klar, „der Abschluss des Sondervertrages durch uns als Antwort auf unseren

---

[2130] Siehe dazu Tel. Laurents No. 799-800, 10.5.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 117, 120-121, der behauptet, „le chef du Cabinet du Président Ebert" habe einem seiner Mitarbeiter gegenüber erneut die Entrüstung Eberts in Bezug auf den Rapallo-Vertrag und gegenüber den Verantwortlichen „de cette fausse manoeuvre, le (Dr) Rathenau, dont il tient à séparer le Dr With, et surtout le baron Maltzan".

[2131] Siehe zu den kompetenzrechtlichen Konflikten unter Reichspräsident Hindenburg den Beitrag von Zaun.

[2132] Vgl. Simson an Wirth, Nr. 119, 24.4.1922, PA, R 23688 (L096386-87). Die Vorlage trägt am linken Rand die Paraphe Maltzans, wohl vom 25.4.1922.

[2133] Vgl. Kempner an Simson, 21.4.1922, ADAP A VI, Nr. 67.

[2134] Ebd. Mit Schreiben vom 24. April bedankte sich Simson auch im Namen Rathenaus für Kempners Brief, vgl. das Schreiben o.U. an Kempner, 24.4.1922, PA, R 28206, 229-231 (D 739074-76).

Ausschluß von den Verhandlungen durch die Entente und deren Versuch, sich mit den Russen auf unsere Kosten zu einigen", bedeute unzweifelhaft „einen dauernden politischen Gewinn". Hätte man Russland „in den Kreis der Entente einbezogen" und damit zu einem „Interessenten" des Versailler Vertrages gemacht, so wäre dies für Deutschland „der politische Todesstoß" gewesen. Er habe zudem jedoch nicht den Eindruck, „dass nachdem die erste Wut verflogen ist, noch irgend jemand ernstlich uns den Vorwurf der Illoyalität macht".[2135]

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag, Gustav Stresemann, schloss sich dieser Position ebenfalls weitgehend an. Er erwiderte Raumer am 29. April, „die öffentliche Meinung, soweit sie durch unsere Partei repräsentiert wird", habe sich ohnehin bereits „völlig auf den Boden Ihrer Anschauung gestellt und wir haben diesen Kurs glatt durchgehalten".[2136] In seinem Geleitwort in den „Hamburger Stimmen" vom 2. Mai 1922 begrüßte Stresemann den Rapallo-Vertrag vor diesem Hintergrund zudem „als Verbesserung der bilateralen Beziehungen und mehr noch wegen seiner allgemeinen Bedeutung für die nun scheinbar erweiterte außenpolitische Bewegungsfreiheit". Allerdings stellte er dabei „aus Misstrauen gegen die Bolschewiki" fest, er teile den unter anderem „bei den Protagonisten der Ostpolitik im AA herrschenden Enthusiasmus" nicht.[2137]

Aus Sicht der französischen Diplomatie erhob Stresemann auch bei einer Rede vor Industriellen in Essen am 2. Mai 1922 keine grundlegenden Einwände: Stresemann habe den Vertragsabschluss zwar dahingehend kritisiert, als dessen Bestimmungen « plutôt (…) des promesses pour l´avenir que la réalisation d´avantages immédiates » beinhalten könnten. Andererseits machte der einflussreiche Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses aber in befürwortender Hinsicht deutlich, es sei zur Bekämpfung des Bolschewismus ohnehin das beste Mittel, mit Russland Handel zu treiben. Diesen Argumentationsstrang führte Stresemann in einer Rede in Dresden am 3. Mai 1922 noch einmal fort: Deutschland und Russland seien wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Man müsse diese Tatsache ohne Sympathie und Antipathie für die gegenwärtige Regierungsform in Sowjetrussland anerkennen.[2138] Und am 10. Mai 1922 fand der Vertrag schließlich ganz ausdrücklich Stresemanns „volle Zustimmung": Wäre es zu einer Anwendung des Art. 116 Abs. 3 VV gekommen, so schrieb er an einen Parteifreund nach Düsseldorf, wäre „Russland auch politisch interessiert an der Ausbeutung Deutschlands, was unbedingt" zu vermeiden gewesen sei.[2139]

Am 10. Mai 1922 veröffentlichte der „Simplicissimus", der in der Weimarer Zeit im Allgemeinen eher die Sicht von „Vernunftrepublikanern" vertrat[2140], die wohl bekannteste Rapallo-Karikatur. Das Blatt vermied dabei die Überbetonung nationaler oder gar revanchistischer Implikationen: Hier stiegen Deutschland und Russland, personifiziert von zwei in Leichenhemden, möglicherweise aber

---

[2135] Raumer an Stresemann, 21.4.1922, zit. nach Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.97f.

[2136] Zit. nach ebd., S.98, Anm.185.

[2137] Vgl. Berg, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten, S.110 mit Anm.87. Manfred Berg schließt sich bei ebd. mit Anm.88 allerdings selbst eher der in der Forschung mehrheitlich vorhandenen, negativen Rapallo-Deutung an.

[2138] Genoyer (Konsulat Düsseldorf) an Poincaré, 3.5.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 117, 76ff., 77 (Rückseite); Der französische Konsul in Dresden an Poincaré, 4.5.1922, ebd., 88f., 88 (Rückseite).

[2139] Vgl. dazu Gatzke, Von Rapallo nach Berlin, S.2 mwN bei Anm.11 in Bezug auf den NL Stresemann im PA sowie Richter, S.254, Anm.65; siehe zu der zustimmenden Haltung Stresemanns zum Abschluss des Rapallo-Vertrages auch Wright, S.190, S.270, S.306 sowie Borowsky, Sowjetrußland in der Sicht, S.44. In einem Schreiben an Reuß, 9.5.1922, PA, NL Stresemann, Bd.245, 012-014, 014 hatte Stresemann bereits zuvor in Bezug auf die extreme Rechte darauf hingewiesen, dass es „außenpolitisch vielleicht ganz gut ist, dass diejenigen Gruppen, die als extrem national gelten, sich in Opposition zur Regierung befanden." Es sei eben nur „aeußerst schwer", „den deutschen Philistern diese Dinge klar zu machen."

[2140] Vgl. Allen, S.207.

auch in Arbeitsanzüge gekleidete Männer, mit einem parallel verlaufenden Schritt gleichzeitig aus einer schmucklosen, tiefschwarzen Gruft auf, die sich auf einer Wiese mit vereinzelt zu findenden Frühlingsblumen befindet. Der Untertitel besagte nur, es sei „ein Anfang", also die Voraussetzung für die mögliche Wiederauferstehung beider Verlierermächte des Ersten Weltkrieges, erreicht worden.

Die wichtigsten Wirtschaftsverbände stellten sich im Ganzen ebenfalls hinter den Vertrag vom Ostersonntag: Der Reichsverband der Deutschen Industrie druckte den Wortlaut des Rapallo-Vertrages in den „an unsere Mitglieder versandten Veröffentlichungen" ab und legte zum „Deutsch-russischen Abkommen" eine eigene Analyse vor. Die Denkschrift ging auf den „wirtschaftlichen Inhalt" des Rapallo-Vertrages ein, insbesondere auf die in Artikel 4 genannte Meistbegünstigung sowie auf die Thematik „Verzicht auf Entschädigungen". Die dort zu findende Regelung wurde verteidigt. Der RDI war zudem der Ansicht, dass der gegenseitige Verzicht auf Kriegsentschädigungen „von vielleicht noch größerer Bedeutung wie die Vereinbarung der Meistbegünstigung ist". Insbesondere Artikel 116 Abs. 3 VV, aber auch Artikel 260 VV sowie durch die „11. und 15. (der) Forderungen" im Londoner Memorandum hätten zuvor „große Interessen der deutschen Industrie" gefährdet. „Die Gefahr großer wirtschaftlicher Verpflichtungen und Verluste Deutschlands" sei in Genua „sehr drohend" gewesen und mit dem Vertrag beseitigt worden.[2141]

Neben Stresemann unterstützten auch andere führende politische Akteure in der Weimarer Demokratie weitgehend die Position Rathenaus, Maltzans und Wirths: Am 22. April 1922 hatte Reichstagspräsident Paul Löbe bei einer Veranstaltung in München den Rapallo-Vertrag verteidigt: Der Vertrag habe letztlich den Wiederaufbau Russlands durch internationale Hilfe zum Ziel.[2142] Mit einem am 20. April 1922 abgeschlossenen Artikel vertrat der ehemalige Außenminister Simons in der „Deutschen Juristen Zeitung" ebenfalls eine regierungsnahe Auffassung: Der alliierte Protest, der vor allem auf die Haltung Frankreichs zurückzuführen sei, erinnere doch all zu sehr an die „Fabel von Wolf und Lamm". In Bezug auf die Anschuldigungen müsse er überdies „leidenschaftslos" feststellen, dass das deutsch-russische Abkommen sowohl mit Artikel 116 Abs. 3 VV, wie auch mit den Artikeln 236, 169 und 260 VV ganz ohne Zweifel sehr wohl in Einklang stehe. Der am 16. April 1922 unterzeichnete Vertrag existiere deshalb vollkommen „zu Recht" und die Welt werde ihn „solange stehen lassen müssen, als Deutschland und Russland entschlossen sind, an ihm festzuhalten."[2143]

[2141] Ein Exemplar der diesbezüglichen „Veröffentlichungen" bzw. der Denkschrift des RDI findet sich bei PA, R 83436, 100ff. Zur Unterstützung des Rapallo-Vertrages durch den Deutsch-Osteuropäischen Wirtschaftsverband e.V., Elberfeld, vgl. PA, R 23689 (L 096488-89), die Abschrift einer an Reichswirtschaftsminister Schmidt gerichteten Vorlage bei ebd., R 83436, 154f. Siehe dazu auch den Dank Außenminister Rathenaus, offenbar nach einem Entwurf Maltzans, vom 11.5.1922, ebd. (L096490).

[2142] Vgl. dazu Tel. Dard No. 77, 22.4.1922, MAE, Relations Commerciales, B 82, 116, 134. Zu Paul Löbe, der seit dem Juni 1920 bis auf eine kurze Unterbrechung zwölf Jahre Präsident des Deutschen Reichstags blieb, vgl. auch dessen Erinnerungen mit dem Titel „Der Weg war lang", seine positive Ansicht über den Rapallo-Vertrag bei ebd., S.104.

[2143] Deutsche Juristen - Zeitung, 27.Jg., Heft 9-10, 1. Mai 1922, S.266-269. Der Artikel trägt den Titel „Der zweite Vertrag von Rapallo und der zweite Vertrag von Versailles". Bei PA, R 23697, 051, heißt es sogar: „Das Londoner Memorandum war also das raffinierteste und unehrlichste Attentat gegen Deutschland, und das Geschrei über unseren Russlandvertrag scheint zum guten Teil Entrüstungsgeschrei von Leuten gewesen zu sein, die sich bei einem neuen sauberen Plan gegen Deutschland ertappt fühlen. Es ist klar, dass unter solchen Umständen Deutschland gar nicht anders handeln konnte, wenn seine Beauftragten in Genua sich nicht schwer gegen die Interessen ihres Landes versündigen wollten." Die Vorlage o.U. ist nicht verfilmt. Sie wurde mit hschr. Vermerk am Kopf der Vorlage an Maltzan verwiesen und trägt seine Paraphe.

Andere Akteure mahnten Ministerialdirektor Maltzan hingegen jetzt erst recht zur Vorsicht. Dies galt zum Beispiel für Schlesinger, der am 27. April 1922 in einem Brief ausführte, er könne „ohne genaue Kenntnis der Vorgänge“ in Genua „nicht in den Chor einstimmen, der Ihnen unverbindlich glückwünschend die Hände entgegenstreckt.“ Zwar habe er „innerhalb Ihrer Abteilung“ in Berlin „mit besonderer Freude feststellen (können), wie sehr alle Ihre Herren zu Ihnen halten und nur den einen Wunsch haben, Ihnen nach besten Kräften zu helfen“. Allerdings müsse er eindringlich vor all denjenigen Kräfte warnen, die sich aus eigennützigen Motiven gegen „Rapallo“ wendeten und insbesondere die Position Maltzans in Berlin ernsthaft gefährden könnten:

> „Ich sage Ihnen ja keine Neuigkeit, wenn ich Ihnen mitteile, dass die Ratten im Dunkel der Nacht schon wieder an dem Vertrage zu nagen beginnen. Umsomehr sollte es mich freuen, wenn Sie in starker Position zurückkehren, sodass der Erfolg, den Sie in Genua an Ihre Fahnen heften konnten, Ihnen für eine lange politische Wirksamkeit noch beschieden bleibt.“[2144]

Besonnenheit war ohne Zweifel notwendig und ebenfalls bei Rudolf Breitscheid zu finden. Der „Leitstern des Sozialismus in der Außenpolitik“[2145] warnte jedenfalls in einem Beitrag in der Berliner Volkszeitung vom 28. April 1922 vor voreiligen Schlüssen. Auch wenn „die Aufnahme des russischen Vertrages in Deutschland“ in der Zwischenzeit in Deutschland „fast durchweg außerordentlich günstig“ sei, dürfe diese Einmütigkeit in gar keinem Fall das nationalistische „Klatschen“ unterstützen, das gerade auf rechtspopulistischer Seite bereits in gefährlicher Weise vorhanden sei. Die schlichte sachliche „Zweckmäßigkeit“ des Vertrages werde sich „erst in der kommenden Zeit“ erweisen, vor allem auch hinsichtlich der Frage, „ob die Verständigung mit Russland mit der Verstimmung der Westmächte nicht zu teuer bezahlt worden“ sei.[2146] Und Breitscheids Argumentation wirkte deshalb umso überzeugender, weil sie Frankreich in die Analyse einbezog und insoweit empfahl, neben dem „begreiflichen Wunsch nach einem vernünftigen Verhältnis zu Russland“ auch die Schaffung eines „unentbehrlichen vernünftigen Verhältnisses zur Entente“ zu berücksichtigen.[2147]

In einem Artikel in der Zeitschrift „L’Europe Nouvelle“, die unter dem 29. April 1922 als Sonderausgabe zur Konferenz von Genua in Paris erschien, führte der sozialdemokratische Außenpolitiker diese Grundlinie noch weiter aus: Die Zustimmung zu „Rapallo“ bedeute für die deutsche Sozialdemokratie „keine Preisgabe von Grundsätzen“. Der Vertrag trage zur „diplomatischen Normalisierung des Verhältnisses zu Russland“ bei und beinhalte eine „im offensichtlichen deutschen Interesse liegende Regelung finanzieller und wirtschaftlicher Fragen“. Eine grundsätzliche Ostorientierung der deutschen Außenpolitik sei damit aber nicht verbunden. Der Vertrag ließe sich in das Anliegen der Sozialdemokraten einfügen, „Normalisierung und Ausgleich

---

[2144] Schlesinger an Maltzan, 27.4.1922, ebd., NL Schlesinger, Bd.1. Die Vorläge trägt mit rotem Bleistift die Ziffer 12.

[2145] Dieser Ausdruck ist zu finden bei D’Abernon, Bd.1, S.198. Bei ebd., S.230 behauptet D’Abernon, Breitscheid sei von französischer Seite aus der Wunschkandidat für den deutschen Außenministerposten gewesen, vgl. dazu auch D’Abernon an Curzon No.346, 2.5.1922, PRO, FO 371/8190, 43f. Zur Biographie Breitscheids und seinem Schicksal nach 1933 vgl. die Einführung von Gerhard Zwoch zu Rudolf Breitscheid, Reichstagsreden sowie Cavaillé; Pistorius; Schumacher, M.d.R., Nr.175.

[2146] Siehe den entsprechenden Ausschnitt bei PA, R 28206, 304ff.

[2147] PA, R 28206, 304ff.

nach allen Seiten“ zu erstreben – vor allem auch „gegenüber den Reparationsgläubigern Deutschlands im Westen.“[2148]

Demgegenüber hatte sich die Rapallo-Debatte in Deutschland allerdings bereits auf eine gefährliche personale Ebene verlagert. Die Diskussion kristallisierte sich darin, wie die Tätigkeit des deutschen Außenministers zu beurteilen sei. Zwar vermittelte Rathenau einem großen Teil der Gesellschaft in Deutschland das Gefühl, auf internationaler Ebene wieder eine Rolle zu spielen. Seine Außenpolitik jedoch blieb umstritten.[2149] Überdies war klar, dass ein Organ wie der „Völkische Beobachter“ Fundamentalopposition weiterhin betrieb. Die Nationalsozialisten sprachen von einer „Verschacherung des deutschen Volkes“, vom „Verbrechen von Rapallo“. Sie unterstellten Rathenau eine „Personalunion zwischen der internationalen jüdischen Hochfinanz und dem internationalen jüdischen Bolschewismus“.[2150] Der Sinn des Vertrages, so das „Deutsche Abendblatt“ in ähnlich polemischer Weise, läge letzten Endes darin, „dass Sowjetjuden sich nun auf prächtige Weiden (des) deutschen Volkes stürzen könnten.“[2151]

Die Angriffe der extremen Rechte galten nicht nur dem deutschen Außenminister. Auch Ministerialdirektor Maltzan wurde zur Zielscheibe. Die Frage, welche Vorteile der Vertrag vom Ostersonntag im Hinblick auf die unsicheren Positiva der dort verankerten Meistbegünstigungsklausel denn überhaupt mit sich bringe, fungierte dabei als vordergründiger sachlicher Aufhänger. Ein Artikel wie derjenige des nationalsozialistischen Reichstagsmitgliedes Wilhelm Henning mit dem Titel „Das wahre Gesicht des Rapallo-Vertrages“ spiegelte diese Argumentationsweise besonders einprägsam wider. Der Verfasser sprach nicht nur von einer „Firma Rathenau-Maltzahn“ ohne außenpolitisches Durchsetzungsvermögen. Wirkung erzielte Henning vor allem dadurch, dass er „Rapallo“ mit der allseits beklagten und dabei insbesondere Radek zugewiesenen bolschewistischen Propaganda in Deutschland in einen Zusammenhang stellte:

> „Wie war es doch mit der Propagandatätigkeit des Herrn Victor Kopp in den Russenlagern und mit seinem ganzen Netz von revolutionärer Propaganda in ganz Deutschland? Und wie steht es jetzt? Weiß Herr Walter Rathenau (sic) und Herr v. Maltzahn (sic) von Alledem nichts? […] Bitte Herr Rathenau, Herr v. Maltzahn, mit welchen Personen waren all die voraufgegangenen Verträge abgeschlossen, in denen die Russen feierlich sich verpflichtet haben, keine Propaganda zu treiben? […] Mit Strömen deutschen Blutes wird der deutsche Bürger in der nächsten Revolutionswelle den Vertrag von Rapallo büßen müssen.“[2152]

[2148] Erdmann/Grieser, S.409f. Zur Außenpolitik der SPD in der Weimarer Zeit vgl. Kolb, Literaturbericht (1994), insbesondere, S.52ff.; Matthias; Lösche; Klinkhammer; Lange; Koszyk; Miller, Die Bürde der Macht; Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten, sowie zeitgenössisch Mayer (1924); für die Zeit von 1914-1919 Meenzen.
Auch Georg Bernhard stimmte in der genannten Ausgabe der ‚L'Europe Nouvelle' in diese von Breitscheid vorgegebene Argumentationsrichtung ein. Er betonte seine Hoffnung, der Rapallo-Vertrag werde die schicksalhaften Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gerade auch im Bereich der Finanzbeziehungen nicht beschädigen. Man müsse in Berlin und Paris zudem endlich verstehen, dass beide Länder schon ihre ökonomischen und finanziellen Ressourcen vereinigen müssten und dass sie eigentlich kein einziger politischer Zwischenfall davon mehr abhalten dürfe, vgl. PA, R 23685, 008ff.

[2149] Vgl. dazu u.a. Haffner, Geschichte eines Deutschen, S.48.

[2150] Völkischer Beobachter, 22. und 29.4.1922 sowie 28.6.1922, zit. nach Nolte, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945, S.170f. Siehe zur Rapallo-Rezeption in nationalistischen Kreisen auch Lorenz (1922).

[2151] Vgl. Tel. Nr. 98, 16.5.1922 an Maltzan, PA, R 23698, 014ff., 014. Die Vorlage trägt am unteren Rand die Paraphe Maltzans. Die Akte zeigt, dass Maltzan in recht ausführlicher Weise über die deutsche und internationale Presse informiert war.

[2152] Eine Abschrift des Artikels o.D. und Hinweise auf Erscheinungsort ist zu finden bei BAK, NL Joseph Wirth (N1342), Nr.65.

Schon vor diesem Hintergrund war dem deutsch-russischen Vertrag nur bedingt eine einheitsstiftende Kraft in Deutschland zuzuweisen. Und beim Blick auf die anhaltende kommunistische Propaganda in Deutschland blieb es nahe liegend, dass auch der Widerstand seitens demokratischer Kräfte gegen die inhaltlich weitgehend von Maltzan ausgearbeitete deutsche Russlandpolitik nicht nachließ. Der preußische Ministerpräsident Braun[2153] argumentierte, jede Zusammenarbeit mit Moskau berge unkalkulierbare innenpolitische Gefahren. Nach Laurent wies Arnold Rechberg in einem Artikel im „Acht Uhr Abendblatt" vom 29. April 1922 breitenwirksam nicht nur darauf hin, es existierten mittlerweile Beweise, dass die kommunistischen Umsturzversuche in Deutschland von der sowjetrussischen Regierung unterstützt würden. Wenn Reichskanzler Wirth, ein „im Sinne des Evangeliums" abgeschlossener Rapallo-Vertrag werde an der grundlegend aggressiven Haltung Moskaus in Zukunft irgendetwas ändern, dann täusche er sich jedenfalls gewaltig.[2154]

Zwar hatten Stimmen dieser Art zumindest zu diesem Zeitpunkt kein entscheidendes innen- bzw. außenpolitisches Gewicht. Jedoch wurde auch an anderer, exponierter publizistischer Stelle ebenfalls äußerst massiv gegen den Rapallo-Vertrag polemisiert - wenngleich aus einer völlig anderen Perspektive. So eröffnete die von Maximilian Harden herausgegebene „Zukunft" am 29. April 1922 einen regelrechten Anti-Rapallo-Feldzug, insbesondere gegen Außenminister Rathenau und Ministerialdirektor Maltzan, dem auch hier eine herausragende Verantwortung für die angebliche politische Katastrophe vom 16. April 1922 zugewiesen wurde. Nicht nur die dabei in beißendem Sarkasmus vorgetragenen Anschuldigungen, sondern auch der gezogene Vergleich zwischen „Rapallo" und dem „Pantherspring" Kiderlen-Wächters aus dem Jahre 1911 waren in einem negativen Sinne einprägsam:

> „Dem Ministerialdirektor Freiherrn Ago von Maltzan, in dessen Adern mecklenburgisches und semitisches Blut sich mischt, dessen trompetender Wesenston durch zähe Junkerkraft und wachen Geschäftssinn bestimmt wird und der sich gern als Bewunderer Kiderlens, des hirnkrank aus dem Balkan heimgekehrten Unheilstifters, bekennt, ist es, mit der Hilfe des ihm vorgesetzten Rathenauwirthes, gelungen, die Deutsche Republik nach Agadir zurückzubringen."[2155]

Darüber hinaus wog der von der „Zukunft" erhobene Vorwurf schwer, die deutsche Delegation habe den Vertrag in geradezu grob fahrlässiger Weise unterzeichnet. In der Sache zwar falsch, aber dafür mit umso größerer Selbstsicherheit vorgetragen, führte der Verfasser zugleich aus, mehrheitlich werde „Rapallo" abgelehnt, auch wenn die Verantwortlichen dies mit propagandistischen Unwahrheiten und Nebelkerzen zu vertuschen suchten. Er habe „in dieser Woche" nicht einen gesehen, „der, beamtet oder frei, nicht den Vertragsabschluß leichtfertigen Frevel, mindestens das Werk blinder Thorheit nannte" und nicht die Frage gestellt habe, „ob die Stümper, deren Schuld auf Deutschlands Ruf neuen Schimpf häufte und die vor dem Ohr der Welt zehnmal, von Wortführern großer Völker, der Lüge geziehen wurden, sofort abzurufen oder zunächst nur still zu entmachten

[2153] Vgl. Borowsky, Sowjetrußland in der Sicht, S.45.
[2154] Siehe dazu Tel. Laurent No.750ff, 29.4.1922, ebd., 52ff, 52, 55.
[2155] Mene, Tekel, Phares. Wiederkunft des Gleichen, in: Die Zukunft, hrsg. v. Maximilian Harden, 30. Jg. Nr. 31 (29. April 1922), S.107-129, S.107. Nach den Erinnerungen Saint-Aulaires hatte offenbar auch die ‚Morning Post' den „coup de Rapallo" mit dem „coup d´Agadir" verglichen, Saint-Aulaire, S.621.

seien.“ In Berlin wäre zudem niemandem, der an den politischen Interna interessiert sei, verborgen geblieben, „wie schroff, in der Delegation und in der Wilhelmstraße, das Handeln der Rathenauwirth & Maltzan getadelt wurde“. Und daran könne auch nicht die Tatsache etwas ändern, dass derzeit „aus tausend Brunnen“ „die Lüge ins Volk gepumpt“ werde, „Einträchtigen sei ein Meisterstreich gelungen“:

> „Seit dem Beschluß hemmungslosen Tauchbootkrieges, der Amerika aus der Neutralität reißen mußte, war in Deutschlands Außenpolitik, die oft genug noch Irrlichtern nachtaumelte, kein Tag so schwarz wie der sechzehnte April unseres Jahres.“[2156]

Doch damit nicht genug: Während sich Maltzan offenbar gegen Ende April 1922 über die bisherige Rapallo-Resonanz zumindest innerhalb der Parteienlandschaft in Berlin zufrieden zeigte[2157], prangerte die ‚Zukunft’ die „Schande von Genua“ ebenso Anfang und Ende Mai 1922 noch einmal massiv an.[2158] Lediglich Finanzminister Hermes, so hieß es in diesem Zusammenhang weiter, habe richtig daran getan abzureisen, weil „der blödsinnige, von dem majestätisch leuchtenden Verstande der Herren von Maltzan und von Simson, zweier Rassenkreuzungsprodukte, der zappelnden Ruhmgier des Rathenauwirthes eingeredete Rapallopakt jeden Raum zu nützlicher ernster Arbeit versperrt habe“.[2159]

Für diese eklatanten, zudem antisemitischen Anfeindungen lagen allerdings persönliche Gründe vor. So ist im Rahmen der Beurteilung der an polemisierender Heftigkeit kaum mehr zu überbietenden Rapallo-Kritik der ‚Zukunft’ zu berücksichtigen, dass sich ihr Herausgeber, Maximilian Harden, mittlerweile vom „wohl intimsten Freund und Mentor“ zum „intimsten Feind“ Rathenaus gewandelt hatte - eine Einstellung, die sich wenige Wochen später erneut „in einem giftigen Nachruf“ Hardens auf Rathenau zeigen sollte und damit abermals das in dieser Zeit besonders wirkungsmächtige Vorhandensein niederer persönlich-menschlicher Abgründe in der deutschen Politik und Publizistik vor Augen führte.[2160]

Der auch in der Forschung zu findende Vergleich zwischen „Rapallo 1922“ und „Pantherspring 1911[2161] vermag unter anderem vor diesem Hintergrund nicht zu überzeugen. Denn unabhängig von der Berechtigung dieses Vergleichs war es eben die „Zukunft“, die sich mit ihrer Negativlinie von

---

[2156] Mene, Tekel, Phares, Wiederkunft des Gleichen, in: Die Zukunft, hrsg. v. Maximilian Harden, 30. Jg. Nr. 31 (29. April 1922), S.107-129, S.126f.

[2157] Bei den Akten befindet sich zudem ein undatiertes Schreiben Maltzans, mit dem er sich aus Genua bei Drachenfels für ein Schreiben vom 24.4.1922 bedankte. Maltzan teilte darin mit, dass er es nicht verfehlt habe, „von Ihrer Mitteilung über den Widerhall, den der deutsch-russische Vertrag in dortigen Parteien gefunden hat, dem Herrn Reichskanzler und Reichsminister Kenntnis zu geben.“ Das Adjektiv „glänzend“ vor dem Substantiv „Widerhall“ wurde offenbar von Maltzan nachträglich in dem Antwortschreiben gestrichen, Maltzan an Drachenfels, o.D. Die Vorlage aus dem PA, R 23688, trägt die Filmnummer L 096447. Das Schreiben Drachenfels vom 24. April 1922 findet sich bei ebd., L 096448.

[2158] Man mag es in gewisser Weise als zynisch bezeichnen können, dass Rathenau zuvor - als „außenpolitischer Publizist“ im Kaiserreich seit 1907 - gerade in der „Zukunft“ „immer häufiger zu tagespolitischen Themen“ und „abwechselnd Kritiker und Kommentator“ Stellung genommen hatte, vgl. Michalka, Rathenaus politische Karriere, S.68; Schieder, Walther Rathenau, S.246.

[2159] „Maiglocken läuten“, in: Die Zukunft vom 6.5.1922, zit. nach Walther Rathenau- Gesamtausgabe, Bd.6, S.876. Siehe ähnlich die Ausgabe vom 27. Mai 1922 unter dem Titel „Das Hohe Lied der Lüge“, ebd., S.876f.

[2160] Vgl. Koenen, Die „Völkerwanderung von unten“, S.243. Auch Laurent berichtete über diese „Attaques contre le traité de Rapallo“ und sprach dabei persönliche Motive Hardens an, vgl. Laurent an Poincaré No. 254, 5.5.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 117, 91-93f. Siehe zu Harden (1861-1927) und „Die Zukunft“ ansonsten Young, Maximilian Harden, Censor Germaniae; Weller; Neumann/Neumann sowie Klaus Podak in: Süddeutsche Zeitung, 22.9.2003.

[2161] Vgl. stellvertretend z.B. Mommsen, Die verspielte Freiheit, S.136; Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 429.

Agadir nach Rapallo im Grunde selbst widersprach. Schließlich hatte das Medium seinerzeit den „Pantherspring“ von 1911 und die damit verbundene ‚nationale’ Botschaft unterstützt.[2162] Überdies gibt es weitere Gründe, die den von Harden angeführten negativen Vergleich zwischen „Rapallo“ und dem „Pantherspring“ wenig sachlich erscheinen lässt.[2163]

Die von der „Zukunft“ erkennbar konstruierte Negativkontinuität von 1911 bis 1922 und ihre Polemik, die primär auf eine persönlich motivierte Bekämpfung eines Rathenauschen Erfolgs zielte, fand allerdings bei den Zeitgenossen ohnehin kaum Widerhall. Der „Spektatorbrief“ zum Beispiel würdigte die Hintergründe der Konferenz von Genua in beinahe genau umgekehrter Weise. Ernst Troeltsch machte sich dabei nicht nur die Argumente der deutschen Verantwortlichen zu Eigen. Insbesondere Frankreich sei bemüht gewesen, „die Bezahlung der russischen Schulden auf

---

[2162] So hatte Harden in der Ausgabe der ‚Zukunft’ vom 8. Juli 1911 die deutsche Regierung aufgefordert, „mit kühnem, unzweideutig ringsum zu verkündenden Entschluss die ganze Habe der Nation an ein großes Unternehmen (zu) setzen, das uns Ruhe schafft und des Reichshauses Enge entriegelt“, zit. nach Wilderrotter, Das Weltgericht tagt, S.356. Siehe zur Enttäuschung der damaligen Öffentlichkeit über die angeblich zu zaghafte deutsche Diplomatie in Bezug auf den deutschen Verzicht auf territoriale Gebietserwerbungen in Marokko im Sommer 1911 auch Wilderrotter, Die Neue Ära, S.345; ansonsten Meyer, „Endlich eine Tat“. Darüber hinaus aber wurde, und dies ließ die entstellenden polemischen Angriffe in der ‚Zukunft’ vom April/ Mai 1922 ebenfalls in einem zweifelhaften Licht erscheinen, der „Pantherspring“ der kaiserlichen Außenpolitik auch in den 1920er Jahren vielfach in einem durchaus positiven Sinne nicht selten als „wohlüberlegter“ „Faustschlag auf den Verhandlungstisch“ interpretiert, mit dem das Ziel verfolgt worden sei, auf Frankreich einen „Zwang zur Verständigung“ ausüben zu können, siehe z.B. Andreas, Kiderlen-Wächter. Randglossen zu seinem Nachlaß, S.267.

[2163] Kiderlen-Wächter wurde - trotz des von ihm verantworteten „Pantherspringes“ und der im Juli 1911 daraus resultierenden Angriffe von „einem großen Teil der englischen Presse und der gesamten französischen Presse“ (vgl. Kiderlen-Wächter an Metternich (London), 24.11.1911, GP, Bd. 29, Nr. 10623, S.210) - im Nachhinein eher als „maßvoller Politiker“ angesehen. Botschafter D’Abernon vertrat in seinen historischen Reflexionen zudem die Ansicht, dass der frühe, mysteriöse Tod Kiderlen-Wächters im Dezember 1912 zugleich der Zeitpunkt gewesen sein, der den Stern der deutschen Außenpolitik immer weiter herabsinken ließ, bis die internationale Politik im Juli 1914 in eine katastrophale Entwicklung mündete. Nach Ralf Forsbach war der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt überdies letztlich immer bestrebt gewesen, „den Frieden zu erhalten“ und unvermeidliche kriegerische Auseinandersetzungen zumindest streng zu lokalisieren, vgl. Forsbach, Teilband 2, Schlussbetrachtung, S.772f. sowie Kühlmann an Bethmann Hollweg, Nr. 1186, 31.12.1912, PA, R 1170. „Daily Mail” titelte in einem Nachruf, „one who served his country well“, Ausschnitt in: ebd. Siehe in diesem Zusammenhang auch Lucius an Bethmann Hollweg, Nr. 2, 1.1.1913, ebd.

Dem Versuch, die Kritik an „Rapallo“ durch die Konstruktion einer Kontinuität von Juli 1911 zum April 1922 zu unterstreichen, stehen noch andere Ergebnisse entgegen: Auch Emily Oncken kam in ihrer 1981 veröffentlichten Kölner Dissertation zu dem Ergebnis, der „Pantherspring“ habe durch die damit verbundene „Drohung“ insbesondere Frankreich, aber auch den anderen Großen Mächten Verständigungs- und Verhandlungsbereitschaft abgerungen und diesen „die Notwendigkeit eines modus vivendi mit Deutschland vor Augen“ geführt. Demnach wurde mit dieser „Machtdemonstration“ von Kiderlen-Wächter das übergreifende außenpolitische Ziel verfolgt, dass „bei Vorgängen von internationalem Interesse“ das Reich zukünftig „befragt, gehört und gegebenenfalls entschädigt werden musste“. Die somit nur vordergründig verfolgte „offensive Diplomatie“ habe jedenfalls den „defensiven Ausgangspunkt“ der ganzen Aktion zunächst einmal verdeckt: „Hinter dem unmittelbaren Anlaß, nämlich der französischen Marokkopolitik“, so Oncken weiter, „stand die Sorge um die Sicherung des deutschen machtpolitischen Status, um Wahrung der Ausbaumöglichkeiten deutscher wirtschaftlicher Interessen.“ In dieser Hinsicht sei die „Agadiraktion“ vom 1. Juli 1911 „eine Flucht nach vorn in die Krise gewesen, die eine (sich in der französischen Marokkopolitik spiegelnde) Machtverschiebung zu Ungunsten des Reiches und seiner Allianzen aufhalten und durch die erhoffte Spaltung der Entente (davon) ablenken sollte.“, vgl. Oncken, S.418.

Zwar lassen sich einzelne Vergleichspunkte zwischen der „Agadiraktion“ und dem Ereignis vom Ostersonntag 1922 ziehen, insbesondere in Bezug auf die Entscheidungsumsetzung und Entscheidungsverkündung. Insgesamt betrachtet aber bleibt ein Vergleich, der die These von einer negativen Kontinuitätslinie von „Agadir“ nach „Rapallo“ aufstellt, inhaltlich unzureichend und argumentativ unstimmig. Denn letztlich führt ein solcher Vergleich zu der Einsicht, wie grundlegend verschieden beide historische Ereignisse insbesondere auch in „struktureller“ Hinsicht waren: 1911 stand das Kaiserreich auf dem Höhepunkt seiner „Weltpolitik“. Es war, vereinfacht gesagt, militärische Großmacht, verbündet mit der Großmacht Österreich-Ungarn und Italien. Dagegen befand sich die erste deutsche Demokratie 1922 in einer ausgesprochenen Objektrolle. Der Krieg war verloren, Deutschland war innenpolitisch unkonsolidiert und zerrissen, es besaß weder militärische Machtmittel noch einen Bündnispartner. Ein weiterer Unterschied liegt dann noch darin, dass die Alliierten im April 1922 über die Artikel 116 Abs. 3 und 117 VV in konkreter vertraglicher Form anvisierten, Russland in den Kreis der Gläubigerstaaten Deutschlands und somit in die bereits weithin bestehende Isolierung Deutschlands einzubeziehen.

Deutschland über(zu)bürden und dazu den Paragraphen 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] des Versailler Vertrages benutzen wollte.“ Die erzwungene Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages müsse vor allem in rechtlicher Hinsicht sowohl in Bezug auf Zeitpunkt als auch Inhalt berechtigt und notwendig angesehen werden:

> „Die meisten bei uns wissen von diesen juristischen Hintergründen nichts, und doch sind diese für so viele Dinge maßgebend. Die juristischen Elemente des Versailler Vertrages arbeiten wie ein Räderwerk von eigener Triebkraft neben dem Räderwerk der politischen Gewaltkünste und neben dem der wirtschaftlichen Interessen. Der deutsch-russische Vertrag hat zunächst viel Staub aufgewirbelt. Nun scheint man ihn in seiner einfachen juristischen Notwendigkeit begriffen zu haben.“[2164]

Bedenken sahen sich die Befürworter der Entscheidung vom 16. April 1922 allerdings auch weiterhin ausgesetzt. Raumer hob noch unter dem 9. Mai 1922 in einem Brief an Rathenau hervor, es sei nach seiner Kenntnis in Berlin immer noch „eine starke Gruppe vorhanden, die nach wie vor den Abschluss des russischen Vertrages scharf kritisiere“. Des Weiteren sei ihm, Rathenau, ja nicht „unbekannt, dass der Reichspräsident an der Spitze dieser Gruppe“ stehe, und deshalb werde er sich „jedenfalls“ „bei Ihrer Rückkehr auf einen Kampf gefasst machen müssen“. Und um diesen erfolgreich zu bestehen, müsse „zwischen Ihnen und dem Reichskanzler eine unbedingte Solidarität herrschen […], zumal es auch für den Posten des Letzteren Anwärter gibt, die sich Ihrer beider Abwesenheit und die Stimmung der führenden sozialdemokratischen Kreise zu Nutze machen.“[2165]
Ganz so dramatisch wurde die Lage allerdings nicht. Ludwig Haas teilte Reichskanzler Wirth unter dem Datum des 11. Mai 1922 mit, dass er mittlerweile die Überzeugung gewonnen habe, es bestehe gegen den deutsch-russischen Vertrag derzeit „keine ernsthafte Opposition“ mehr. Im Gegenteil werde die Vertragsunterzeichnung „in den weitesten Kreisen lebhaft gebilligt“.[2166] Vorangegangene Meldungen, dass „in Berlin lebhafte Strömungen“ am Werke seien, die nach wie vor auf eine innenpolitische Krise hinarbeiteten, gäbe es nach seinen Informationen und auch aus der Sicht der Reichstagsabgeordneten Hermann Müller und Martin Spahn nicht. So habe der Sozialdemokrat Müller zwar „den Abschluss des Vertrages in jenem Augenblick nicht für zweckmäßig gehalten“ und verspreche sich schon deshalb nichts davon, „weil er die Lage Russlands als hoffnungslos“ ansehe. Doch auch wenn Müller in manchen Versammlungen „etwas Wasser in den Wein der Begeisterung über diesen Vertrag gegossen habe“, bewege er sich doch „in der Linie der Wünsche seiner Partei“ - zumal ja schon auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Kassel nachdrücklich die Forderung nach einem grundlegenden „Vertragsabschluss mit Russland erhoben worden“ sei.[2167]
Unterdessen tauchte erneut die Frage auf, ob es letzten Endes der Einfluss Maltzans oder derjenige Rathenaus war, der für Inhalt und Zeitpunkt des Rapallo-Vertrages verantwortlich war. Die „Zeit“ meldete in einem Maltzan freundlich gesonnenen Sinne, Rathenau habe erst „auf Drängen Maltzans

---

[2164] Ernst Troeltsch, Spectator-Briefe, S.268 („Die neue Weltlage“, 11. Mai 1922). Die Berliner Volkszeitung vom 30.4.1922 bezeichnete im Untertitel zu einem hier aufgeführten Artikel über den Rapallo-Vertrag diesen als „Schritt zum Wiederaufbau Europas“, Ausschnitt bei PA, R 83435, 225f.
[2165] Raumer an Rathenau, 9.5.1922, ebd., R 28278k, 263ff., 263.
[2166] Haas an Wirth, 11.5.1922, BAK, NL Joseph Wirth (N1342), Nr.65. Es heißt hier u.a. auch, selbst „Freunde, die wie z.B. Erkelenz Bedenken gegen Abschluss hatten, stellen sich jetzt auf den Standpunkt, dass der abgeschlossene Vertrag von uns entschieden zu vertreten sei.“
[2167] Haas an Wirth, 16.5.1922, ebd.

Mut“ gefunden, den „für deutsche Politik einzig noch möglichen eigenen Weg zu gehen.“[2168] Ein ungezeichneter Privatbrief besagte hingegen, Rathenau habe „Maltzans Stellungnahme“ ausdrücklich und sogar bereits „von vornherein“ gebilligt. Zudem müsse der Ministerialdirektor nun auch in Zukunft sehr verantwortungsbewusst handeln:

> „Alles in allem: Das Rapallo-Abkommen ist ein Gewinn. Maltzan ist auf dem richtigen Weg. Was aber aus diesem Instrument gemacht werden wird, ist eine andere Frage. Wenn die einen aus Übereifer nichts wissen, als sich selbst zu vergessen und hinzugeben wie eine brünstige Jungfrau, die den Geliebten entdeckt hat, oder Dilettanten oder formalistische Bürokraten die Russlandmaterie in die Hand nehmen, Leute, die irgendwo im Schwabenland in der Geographiestunde etwas über Russland gehört haben, dann wird alles verpfuscht.“[2169]

Demgegenüber fielen bei ausländischen Diplomaten in Berlin die Bewertung der Tätigkeit des deutschen Ministerialdirektors mehr und mehr negativ aus: Laurent hielt in einer Aufzeichnung fest, der als gut informiert geltende tschechoslowakische Botschafter in Berlin, Tusar, sei der Auffassung, der deutsche Außenminister habe die Konsequenzen seines Handelns in Rapallo nicht in vollem Umfang vorausgesehen, wenngleich man sicher sein könne, dass es sich dabei keineswegs um « un jouet entre les mains habiles des Délégués bolchevistes » gehandelt habe. Insgesamt aber sei insbesondere dem „intellektuellen Abenteurer“ Maltzan eine ganz entscheidende Rolle zuzuweisen. Schließlich habe dieser seit seinen Verhandlungen mit Radek in Berlin in verschiedenen Interviews mehrfach eine französisch-sowjetrussische Annäherung suggeriert und dadurch Rathenau stetig unter Druck gesetzt - nicht nur am Ostersonntag 1922, sondern auch in den Wochen zuvor.[2170]

Am 27. April 1922 führte der französische Botschafter diese Interpretationslinie noch weiter: Tusar erkläre, so berichtete Laurent nach Paris, die Vertragsunterschrift Rathenaus mittlerweile sogar mit dessen « vanité (malad)ive », « blessé du rôle secondaire joué par l´Allemagne dans les premiers jours de la Conférence. » Davon habe nicht nur Maltzan profitiert. Auch die sowjetrussische Delegation habe es in geschickter Weise verstanden, diesen krankhaften Geisteszustand („état d´esprit“) des deutschen Außenministers auszunutzen – « pour faire croire (au) Ministre des Affaires Etrangères, grâce à certaines connivences anglaises et italiennes, qu´ils étaient sur le point de conclure un accord avec les alliés et pour pousser ainsi la délégation allemande à un coup de tête dont elle n´a point mesuré les conséquences. »[2171]

In einem weiteren Schreiben nach Paris vom gleichen Tag machte sich Botschafter Laurent Argumentationselemente und Gerüchte dieser Art zudem dann auch selbst zu Eigen: Zwar wich er dabei - möglicherweise nicht zuletzt, um eine offene Rapallo-Kritik an dem alliierten Verhalten inklusive der französischen Genua-Delegation zu vermeiden - von seiner zuvor mehrfach berichteten, vermeintlich „brutalen“ Führungsstärke Rathenaus in einer nicht unerheblichen Weise ab. Dennoch müsse, wie sich jetzt herausstelle, dem deutschen Ministerialdirektor eine regelrecht skrupellose Rolle beim Abschluss des Vertrages vom 16. April 1922 zugewiesen werden. Und Laurent scheute

---

[2168] Pressebericht Nr. 35, PA, R 23697, 074. Die Vorlage wurde durch hschr. Vermerk im Kopfteil zur Kenntnis an Maltzan verwiesen.

[2169] Vgl. PA, R 28278k, 304-307 (D552568-71), das Zitat bei ebd., 307. Die Vorlage beginnt mit der Anrede „Lieber Edgar“, trägt die Paraphe Rathenaus und wurde offenbar auch Maltzan zur Kenntnis übersandt.

[2170] Aufz. o.U., Berlin, 22.4.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 116, 165-166.

[2171] Tel. Laurent No. 73(8)ff., 27.4.1922, ebd., 117, 31-35, 31.

sich nicht, sogar ein konspiratives Einvernehmen zwischen Maltzan und Radek zu behaupten. Von sowjetrussischer Seite sei in der Presse die Möglichkeit einer französisch-russischen Annäherung forciert und die Bedeutung des Artikels 116 Abs. 3 VV übertrieben dargestellt worden:

> « Dénué d´expérience diplomatique, plus littérateur qu´homme d´Etat, il a subi passivement l´influence des bureaux de la Wilhelmstrasse et surtout du Baron de Maltzan, son principal collaborateur pour les affaires russes, qui n'a jamais fait mystère de son désir de conclure au plutôt et à tout prix un accord avec Moscou. Lors de la venue à Berlin de Radek, les intrigues de cet aventurier intelligent mais sans scrupules, les interviews dans lesquels il menaçait l´Allemagne d´un rapprochement des Soviets avec la France, avaient provoqué un grand émoi à l´Office des Affaires Etrangères et M. Rathenau avait été sur le point de signer dès ce moment l´accord germano-russe dont le texte était déjà arrêté. »[2172]

Für Laurent waren derartige Manöver allerdings zuvor nicht nur Maltzan und die sowjetrussische Diplomatie in Genua verstärkt worden. Weitere, unglückliche Umstände seien noch hinzugetreten. Denn wie der italienische Botschafter Frassati und der tschechoslowakische Botschafter sei auch er davon überzeugt, dass Giannini und Wise « ont joué dans ces tractations un rôle assez louche et n´ont pas peu contribué à amener la Délégation allemande à se jeter inconsidérément dans les bras des Bolcheviks.»[2173] Aus all diesen Faktoren habe sich dann eine krisenhafte politische Atmosphäre aufgebaut, in der es vor allem die sowjetrussischen Vertreter verstanden hätten, sowohl « le dépit du Ministre » als auch die « panique de son principal conseiller » auszunutzen.[2174]

In der Zwischenzeit hatten direkte oder indirekte skeptische Äußerungen gegen den Rapallo-Vertrag den deutschen Verantwortlichen weitere Sorgen bereitet - trotz der in Deutschland bereits erfolgten positiven Aufnahme. Verfassungsrechtliche Erwägungen spielten dabei eine besondere Rolle. Denn gemäß der Artikel 1b und 4 Rapallo-Vertrag blieb die Ratifikation durch den Reichstag erforderlich.

Dieser Umstand führte zu nunmehr noch ausdifferenzierteren Begründungen, die sich der Kritik gegen die Vertragsunterzeichnung in systematischer Weise annahmen. Zwar hatten zuvor insbesondere Außenminister Rathenau und Reichskanzler Wirth durch ihre Gespräche und Pressekonferenzen zu einer ersten politischen und rhetorischen Verteidigung des Rapallo-Vertrages beigetragen. Jetzt aber oblag es in erster Linie Ministerialdirektor Maltzan, die Ausarbeitung dieser weiterführenden Rechtfertigungsargumentation zu leiten und mitzugestalten. Und die Überzeugungskraft seiner jetzigen Ausführungen musste über seine erste, am 17. April 1922 entstandene ‚kürzere Aufzeichnung' über die letzten Vorgänge vor „Rapallo" hinausreichen, auf die einzelnen gegen den Vertrag und das Verhalten der deutschen Außenpolitik gerichteten Vorwürfe und Proteste Bezug nehmen und ebenso zu den damit verbundenen rechtlich-politischen Fragen Stellung beziehen.

Die vor diesem Hintergrund und im Rahmen dieser Zielsetzung entstandenen Aufzeichnungen bzw. Denkschriften sind im Archiv des Auswärtigen Amts heute noch weitgehend erhalten. Sie verdeutlichen, dass der ein Jahr später als „runde, unangreifbare […] tadellose Departementsarbeit"[2175] bezeichnete deutsch-russische Vertrag vom 16. April 1922 spätestens ab

---

[2172] Laurent an Poincaré, N. 220, 27.4.1922, ebd., 41-44f., 41-42.
[2173] Ebd.
[2174] Vgl. das Schreiben Laurents bei ebd. (MAE), Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S., 325, 38, 40. Das Schreiben befindet sich auch bei ebd., (MAE), Relations Commerciales, B82, 116, 33ff.
[2175] Asecretis, 1923, S.32.

Ende April/ Anfang Mai zu einem der am ausführlichsten und detailliertesten begründeten außenpolitischen Verträge wurde, den das Deutsche Reich bis dato jemals abgeschlossen hatte. Die Weimarer Diplomatie wandte spätestens ab Ende Mai 1922 alle zur Verfügung stehenden Kräfte auf, die Entscheidung vom Ostersonntag 1922 überzeugend zu begründen.

München, 10. Mai 1922 27. Jahrgang Nr. 6

SIMPLICISSIMUS

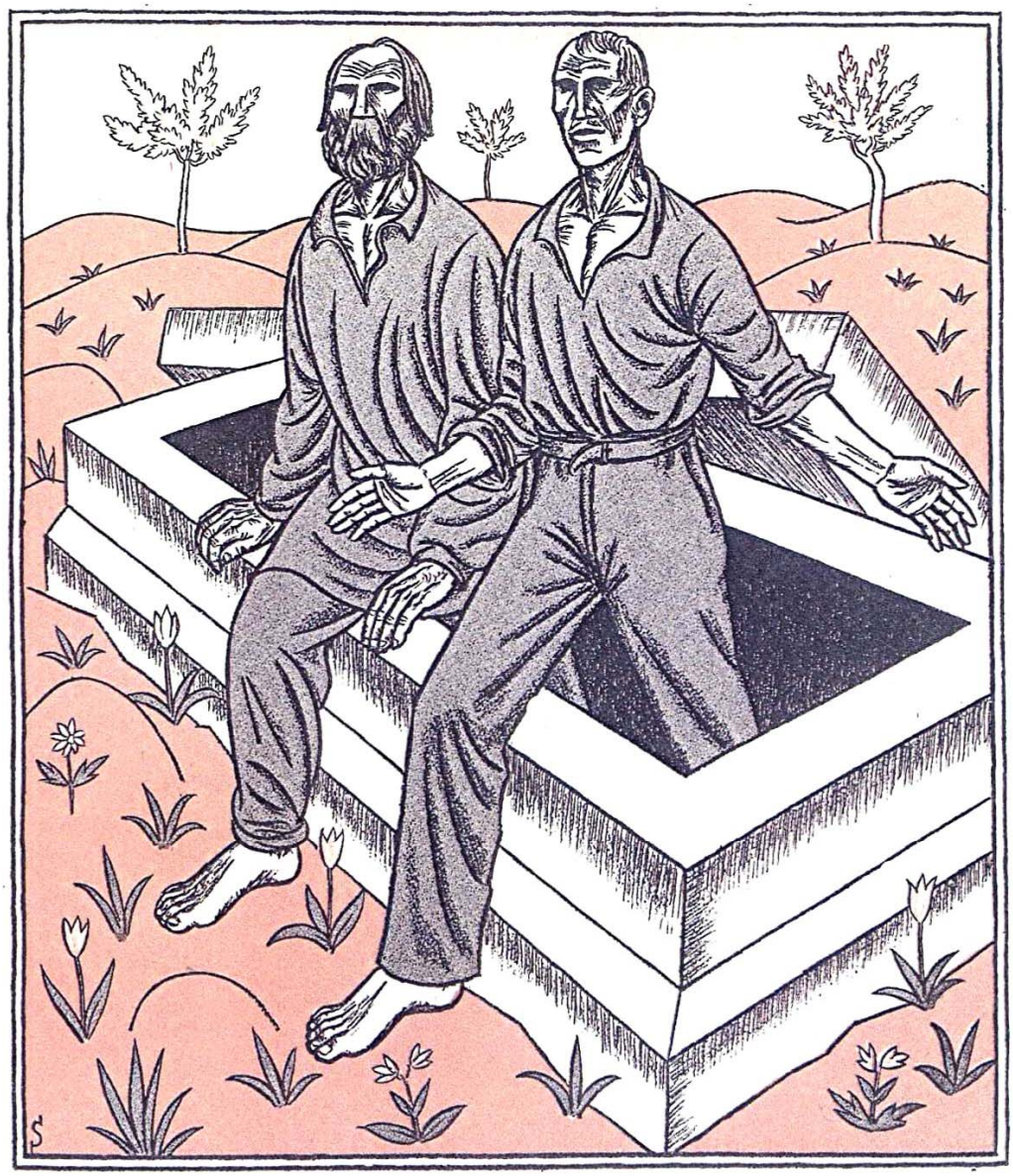
Liebhaberausgabe
Alle Rechte vorbehalten

Begründet von Albert Langen und Th. Th. Heine

Bezugspreis vierteljährlich 120 Mark
Copyright 1922 by Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. & Co., München

Deutschland und Rußland

Zeichnung von E. Schilling



Ein Anfang.

5. „Unter diesen Umständen war Notwehr geboten“ - Eine systematische Auseinandersetzung mit den Rapallo-Vorwürfen

Die französischen Anschuldigungen gegen den Rapallo-Vertrag hatten schon frühzeitig mit einer Verletzung des Art. 169 VV durch Deutschland argumentiert. Staatssekretär Haniel stimmte sich für die Ausarbeitung einer schlagkräftigen deutschen Gegenargumentation insbesondere mit Maltzan ab und bat diesen unter dem Datum des 21. April 1922 um eine Stellungnahme.[2176] Der Ministerialdirektor fasste seine Rechtsauffassung einen Tag später zusammen und widmete sich dabei zugleich auch der Frage, ob gegebenenfalls eine Kollision des Rapallo-Vertrages mit den Artikeln 260 bzw. 248 VV vorliege.[2177] Artikel 2 Rapallo-Vertrag müsse so verstanden werden, dass der hier geregelte deutsche Verzicht voraussetze, „dass auch alle anderen Mächte verzichten“. Von einem „ausdrücklichen Vorbehalt“ im Rapallo-Vertrag „wegen 260“ sei zudem auch deshalb abgesehen worden, weil sich die Reparationskommission dann zu recht über einen „deutschen Verzicht beschweren“ könne. Darüber hinaus wäre, so führte der Ministerialdirektor seinen Vortrag weiter, aber ebenso die Ansicht unzutreffend, „dass Verzicht hinsichtlich privater Ansprüche nicht bindend sei“:

> „Wenn Privatansprüche durch russische Gesetze annulliert sind, kann nur noch (ein) völkerrechtlicher Entschädigungsanspruch in Betracht kommen. Da völkerrechtliche Ansprüche dem Staate selbst zustehen, kann auf ihn ohne Ratifikation verzichtet werden. Artikel 248 wäre nur von Bedeutung, wenn deutsches fiskalisches Eigentum in Russland betroffen wäre. Das ist tatsächlich nicht der Fall. Rapallo-Vertrag erwähnt diese Möglichkeit nur der Vollständigkeit halber.“[2178]

Es waren also rechtliche Sachfragen dieser Art und insbesondere die damit einhergehenden deutschen Verzichtserklärungen in Artikel 1 und 2 Rapallo-Vertrag, die zu diskutieren waren und noch einmal vor Augen führen, dass es in Bezug auf die Beziehungen der Mächte untereinander im allgegenwärtigen Kontext der allgemeinen Reparationsproblematik auch in der russischen Frage zu diesem Zeitpunkt zuvorderst um finanzielle Interessenwahrung ging.

Der Ministerialdirektor war zudem selbstsicher der Auffassung, dass die von ihm vorgetragene Rechtsposition zumindest von einigen alliierten Sachverständigen geteilt werde: Mit Telegramm Nr. 96 für das Auswärtige Amt in Berlin stellte Maltzan insoweit fest, „hiesige italienische und englische Juristen“ hätten angeblich bereits erklärt, „dass Rapallo-Vertrag nicht gegen Versailler Vertrag verstoße.“ Schriftliche amtliche Unterlagen lägen dafür allerdings bislang nicht vor.[2179]

Der Ministerialdirektor blieb aber auch in den nachfolgenden Tagen um eine genaue, klarstellende Erörterung der aufgeworfenen Rechtsfragen bemüht. Mit Datum vom 24. April 1922 bat er das Amt

---

[2176] Haniel an Maltzan, Nr. 88, 21.4.1922, PA, R 23688 (L 096239-40), auch bei ebd., R 83435, 104f. (L 203560f.)

[2177] Maltzan an AA, Nr. 150, 22.4.1922, PA, R 23688 (L096257). Ein weiteres Exemplar findet sich bei ebd., R 28206, 190 (D 739041). So war der Diplomat zum Beispiel in Bezug auf Artikel 260 VV - also die Frage, ob Deutschland, wie im Vertrag vom 16. April 1922 geschehen, überhaupt befugt war, auf Rechte zu verzichten - der Ansicht, dass dieser „nach deutscher Auffassung“ ohnehin „bereits erfüllt“ war und schon deshalb eine Verletzung nicht in Frage kommen könne. Über den darüber schwebenden Streit mit der Reparationskommission werde zudem alsbald ein Schiedsgericht entscheiden. Unabhängig davon aber sei die „Rechtslage so anzusehen, dass auch die unter Schiedsspruch fallenden weiteren deutschen Rechte“ von dem in dem Rapallo-Vertrag vereinbarten Verzicht „unberührt“ blieben, „da Deutschland völkerrechtlich nicht auf etwas verzichten kann, was ihm völkerrechtlich nicht gehört“.

[2178] Ebd.

[2179] Maltzan an AA, Nr. 96, 22.4.1922, ebd., R 23688 (L096267).

in Berlin ergänzend, der Kriegslastenkommission in Paris mitzuteilen, dass für den deutsch-russischen Vertrag vom 16. April 1922 „allein deutscher Text maßgebend“ sei und dass hinsichtlich der Frage einer Einwirkung von Artikel 2 Rapallo-Vertrag auf Artikel 260 VV auf die bereits in dem oben genannten Telegramm Nr. 150 erfolgten Ausführungen verwiesen werde. Zudem müsse in Bezug auf die Aufgabe von Rechtsansprüchen deutscher Staatsangehöriger, die natürlich zugleich auch in innenpolitischer Hinsicht ein zu rechtfertigender Inhalt des Rapallo-Vertrages darstellte, abermals darauf hingewiesen werden, dass diese „in ihrer Eigenschaft als Privatansprüche bereits durch (die) russische Sozialgesetzgebung vernichtet“ worden seien und „das in dieser Hinsicht russisches Recht maßgebend“ sei - eine bis heute das Völkerrecht beschäftigende, grundsätzliche Frage der Staatshaftung:

> „Aus dieser Vernichtung ergeben sich jedoch unter Umständen völkerrechtliche Ansprüche, die formell dem Deutschen Reiche zustehen. Soweit solche völkerrechtlichen Ansprüche tatsächlich bestehen, was nach Völkerrecht durchaus zweifelhaft (ist), hat Deutschland darauf verzichtet und zwar unter der bekannten Voraussetzung.“[2180]

Weitere differenzierte Erklärungen des Ministerialdirektors zu den aufgetretenen inhaltlichen bzw. rechtlichen Einzelfragen folgten, so zum Beispiel in Bezug auf Artikel 1c Rapallo-Vertrag. Ebenso hier zeigte sich deutlich, dass der Diplomat Maltzan und der Jurist Maltzan nicht zu trennen waren.[2181]

Spätestens seit dem 23. April 1922 wurde von der deutschen Genua-Delegation eine ausführliche Gesamtbegründung des Rapallo-Vertrages ausgearbeitet. Das Ergebnis war eine etwa neunseitige Aufzeichnung, die die gegen den Rapallo-Vertrag vorgebrachten Argumente, Anschuldigungen und Proteste zusammenfasste und die deutsche Gegenargumentation strukturierte.[2182] Mit Datum vom 28.4.1922 stellte Maltzan diesbezüglich fest, dass diese umfassende „Stellungnahme zum deutsch-russischen Vertrag [...] von Herrn Bernhard, Herrn von Raumer, Herrn Hilferding gemeinsam aufgesetzt und von sämtlichen Russensachverständigen in Nervi durchgearbeitet worden“ sei. Während einer Sitzung am 26. April 1922 hätten sich zudem unter anderem „Herr Baltrusch, Herr Erkelenz, Herr Wissel, Herr Bernhard, Herr von Raumer, Herr Hilferding, Herr Bücher sowie Geheimrat Deutsch“ „ausdrücklich damit solidarisch erklärt“. Von den „Russensachverständigen“ wären allerdings „Herr Melchior und Herr Cuno“ bereits abgereist; „Herr von Mendelssohn“ sei „nicht anwesend gewesen“.[2183]

Diese „Stellungnahme“ entfaltete für die öffentliche Rezeption des Vertrages allerdings schon deshalb nur bedingt Wirkung, weil sie selbst nicht veröffentlicht wurde. Vielmehr stellte sie auf die interne Sprachregelung auf deutscher Seite ab. Zu jedem der nachfolgend zitierten Vorwürfe nahm die gemeinsame Denkschrift der deutschen Delegation somit zwar in differenzierter Form Stellung. Nicht wenige dieser „Rapallo-Anschuldigungen“ sollten aber auch zukünftig und, wie die Geschichte

---

[2180] Maltzan an AA, Nr. 157, 24.4.1922, PA, R 28206, 245-246 (D 739082-83).

[2181] Vgl. dazu Maltzan an AA Nr. 155, 24.4.1922 ebd. (PA), R 23688 (L096241) als Antwort auf ein entsprechendes Tel. No. 88 vom 21.4.1922.

[2182] Ursprünglich stammte die Aufz. lt. einem hschr. Vermerk offenbar von Bernhard mit Datum vom 23.4.1922, ebd., R 23688 (L 0963368-75). Die Vorlage wurde von Maltzan am linken Rand, offenbar am 27.4.1922 abgezeichnet.

[2183] Aufz. Maltzan, 28.4.1922, PA, R 23688 (L 096382). Die Vorlage wurde von Maltzan hschr. u.a. auch an Rathenau verwiesen, der die Vorlage am linken Rand abgezeichnet hat.

der Rapallo-Forschung zeigt, zum Teil bis heute in das politische, publizistische und auch wissenschaftliche Rezeption des Vertrages einfließen. Die Vorwürfe lauteten vorwiegend:

> „1) Deutschland habe die Anerkennung der Sowjetregierung den anderen europäischen Mächten vorweggenommen.
> 2) Deutschland habe gegen die internationale Moral mit dem Vertrage verstossen.
> 3) Deutschland soll gegen die internationale Moral namentlich dadurch verstoßen haben, dass es auf die Ansprüche auf die Vorkriegsschulden und insbesondere auf die Ansprüche aus den russischen Sozialisierungen verzichtet hat.
> 4) Die deutsche Delegation habe durch den Abschluss des deutsch-russischen Sondervertrags den Grundsatz gemeinsamen Zusammenarbeitens und gemeinsamer Beratung verletzt.
> 5) Die Alliierten behaupten bei ihren Sonderbesprechungen lediglich die Absicht gehabt zu haben, die Kommissionsberatungen vorzubereiten. Sie wollten angeblich freieste Diskussion über ihre Vorschläge zulassen. Sie betonen, sie hätten niemals beabsichtigt, einen Sondervertrag mit Russland abzuschließen wie es Deutschland getan hat.
> 6) Deutschland habe den Vertrag heimlich hinter dem Rücken der Konferenz und der Alliierten abgeschlossen.
> 7) Es hätte ein anderer Zeitpunkt für den Vertrag gewählt werden können.
> 8) Durch den deutsch-russischen Vertrag soll die Verhandlung der Reparationsfrage auf der Konferenz in Genua selbst vereitelt worden sein.
> 9) Es sei durch den deutsch-russischen Vertrag die Atmosphäre für die kommenden Anleiheverhandlungen verschlechtert worden.“[2184]

Die in dieser Denkschrift erfolgende Zurückweisung des ersten oben erwähnten Vorwurfs, damit sei die Anerkennung der sowjetrussischen Regierung vorweggenommen worden, war zweifellos zutreffend. Zwar hatte der Vertrag von Versailles den Frieden von Brest-Litowsk annulliert. Dennoch war er nicht in der Lage, „die Tatsache der Anerkennung der Sowjetregierung [durch Deutschland, Anm.d.Verf.] nach dem damals geschaffenen Friedenszustand aufzuheben“.

Die Verteidigung gegen den als „zweite Anschuldigung“ klassifizierten Punkt, der auf einer deutschen Verletzung einer angeblichen internationalen politischen „Moral“ basierte, fiel dagegen schwach aus. Der Gegenvorwurf, die Alliierten hätten ihre Machtstellung missbräuchlich ausgeübt, stellte nämlich im Grunde die Legitimität des Versailler Vertrages in Frage.[2185]

Trotzdem tat die deutsche Außenpolitik gut daran, dem Makel der moralischen Fragwürdigkeit auch öffentlich entgegenzutreten. Am 25. April 1922 gab Reichskanzler Wirth vor der in Genua versammelten internationalen Presse in feierlicher Form ein „Ehrenwort“ ab, der Vertrag beinhalte keine militärischen oder politischen Geheimklauseln.[2186] Auf Poincarés aber hatte auch dieser

---

[2184] Die Vorlage trägt auf der nachfolgenden, wohl zur Vorlage gehörenden Seite verschiedene hschr. Bemerkungen Maltzans, die allerdings auch kein genaues Datum tragen, PA, R 28206 (D 739092-99). Die Vorlage selbst trägt am rechten Rand auf der ersten Seite eine Paraphe, die von Rathenau stammt, ebd.
Maltzan bat am 4. Mai 1922 Berlin darum, die „anliegenden Notizen zum deutsch-russischen Vertrag“ an die deutschen Auslandsmissionen zu übermitteln, allerdings „nur zur Regelung der Sprache“, diese sollten „nicht in der Presse Verwendung finden.“, Maltzan an AA, 4.5.1922, ebd., R 83436, 137, die Vorlage bei ebd,, 138-145, das Verzeichnis der 26 deutschen Auslandsmissionen, an die diese Vorlage übermittelt wurde, sowie der dazugehörige Runderlass Haniels bei ebd., 146-147. Unter dem 13. Mai 1922 machte Staatssekretär Haniel die Vorlage auch dem Büro des Reichspräsidenten und der Reichskanzlei zugänglich, ebd., 148.

[2185] PA, R 28206 (D 739092-99). Hierzu heißt es: „Die Diskussion über Moral ist schon deshalb abzulehnen, weil die alliierten Mächte durch das der Kommission vorgelegte Londoner Memorandum Russland einseitig von seinen Verpflichtungen gegenüber Deutschland ledig sprechen wollten. Wenn jemand Rechtsansprüche eines Dritten unter Mißbrauch seiner Macht annulliert, so kann er unmöglich den freien Verzicht auf eigenes Recht als unmoralisch bezeichnen.“

[2186] Siehe dazu den entsprechenden Bericht des Vertreters des WTB an die Presseabteilung des AA vom 25. 4. 22, BAB, R 43 I/468 (MF 2), 53, gedruckt bei AdR, Kab. Wirth II, Nr.256, S.740, Anm.10.

Schritte keine mäßigende Wirkung: In einer tags darauf, am 26. April 1922 in Bar-le-Duc gehaltenen Rede drohte der französische Regierungschef erneut mit einem unilateralen Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland. Er legte hierbei eine Haltung an den Tag, die im Ganzen der Botschaft seiner am 1. Dezember 1918 in Champigny-sur-Marne gehaltenen Rede ähnelte und Rapallo im Ergebnis als eine Art „convention de guerre“ ansah.[2187]

In Bezug auf den fünften Vorwurf, die Alliierten hätten in der Villa D'Albertis nur vorbereitende Gespräche geführt, mangelte es den deutschen Vertretern zu diesem Zeitpunkt zwar an zuverlässigen Informationen. Nichtsdestoweniger war die in der Stellungnahme vorgetragene Argumentation mit Blick auf die oben vorgestellten Fakten zum inhaltlichen Ablauf der Gespräche in der Villa D'Albertis am 14. und 15. April 1922 nachvollziehbar und plausibel:

> „Die Sonderverhandlungen der Alliierten hatten den Zweck, eine Einigung unter den Alliierten und mit Russland über die Vorschläge zu schaffen, die der Subkommission vorgelegt werden sollten. War diese Einigung einmal zustande gekommen, so war damit auch gleichzeitig ohne weiteres eine Mehrheit für die Abstimmung in der Subkommission geschaffen, wie aus deren Zusammensetzung hervorgeht. Die Diskussion und die Abstimmung in der Subkommission war dann nur noch eine Formsache. War einmal Deutschland von der Gestaltung der Vereinbarung mit Russland ausgeschlossen, so bliebe seine übrige Mitwirkung nur noch formell. Unter dem Deckmantel eines Konferenzbeschlusses wäre Deutschland majorisiert worden. [...] Es blieb (Deutschland) daher nichts anderes übrig, als sich gegen eine solche Majorisierung dadurch zu wehren, dass es so schnell wie möglich einen Vertrag abschloß, der es gegen die Nachteile der einseitigen Gestaltung einer Vereinbarung der Alliierten mit Russland schützte.“[2188]

Mit der Frage der Berechtigung des Zeitpunktes des Vertragsabschlusses setzte sich die interne Denkschrift ebenfalls intensiv auseinander. Hierzu wurde, ähnlich wie in den Aufzeichnungen Maltzans, zunächst vorgetragen, dass Anfang April 1922 ein deutsch-russischer Vertragsabschluß zwar möglich gewesen wäre. Dieser Schritt sei jedoch von deutscher Seite deshalb nicht befürwortet worden, um dem Vorwurf zu entgehen, „auf eine internationale Konferenz zu kommen und deren Arbeiten zu präjudizieren“. Es habe auf der Hand gelegen, dass Deutschland in einem derartigen Fall wahrscheinlich von der Konferenz ausgeschlossen worden wäre. Ab dem 14. April 1922 sei die deutsche Delegation durch die Separatverhandlungen zwischen den alliierten und sowjetrussischen Vertretern von den Ententemächten in eine Zwangslage geführt worden. Die tatsächliche Realisierung des im Versailler Vertrag verankerten russischen Reparationsanspruches gegen

---

[2187] Vgl. Soutou, Le deuil de la puissance, S.769. Siehe zum Begriff « convention de guerre » allerdings zum Vergleich z.B. die Reaktion Poincarés bei Kenntnis des „serbisch-bulgarischen Freundschafts- und Bündnisvertrages vom 13.3.1912“ im August 1912, Schröder, „Ausgedehnte Spionage“, S.449. Emotional harsche, wutschnaubende Reaktionen gehörten zur Persönlichkeit Poincarés.
Die Rede Poincaré in Bar-le-Duc führte zu starker Missbilligung von britischer Seite: „The friction with the French“, so hieß es wenig später von Seiten eines maßgeblichen Politikers wie Bonar Law, sei viel beunruhigender als der in Rapallo unterzeichnete deutsch-russische Vertrag. Es müsse überdies davon ausgegangen werden, dass es wohl recht schwierig sei, „to find anything more provocative or less justified than Poincarés speech the other day“, Bonar Law an Mann, 28.4.1922, HLRO, BL Papers, 107/4/29 in Antwort auf Mann an Bonar Law, 27.4.1922, ebd., 107/2/32.
Die Stadt Champigny-sur-Marne erinnert heute alle fünf Jahre an die Schlacht zwischen dem 30.11. und 2.12.1870. Zu dieser Zerenomie wird im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Deutschen Botschaft Paris eingeladen.

[2188] PA, R 28206 (D 739092-99). Vgl. in diesem Punkt ähnlich auch die zusammenfassende Aufz. Bücher, 20.4.1922, „Bericht Nr.5“, streng vertraulich, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-005/2.

Deutschland hätte sowohl im Interesse der Alliierten als auch im Interesse Sowjetrusslands gelegen. Passives Abwarten wäre aus deutscher Sicht daher gegebenenfalls fatal gewesen:

> „Diese Möglichkeit bestand praktisch überhaupt nicht, wenn man annimmt, dass eine Einigung zwischen den Alliierten und Russland oder wenn auch nur die Festlegung des Londoner Memorandums als wesentliche Grundlage für fernere Verhandlungen erfolgt wäre, weil dann die Verhandlungsgrundlage gegenüber Russland zu unseren Ungunsten völlig verschoben gewesen wäre. Jede Kompensationsmöglichkeit gegen die Ansprüche aus (dem) Artikel 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] wäre für Deutschland verloren gewesen.“[2189]

Festzuhalten ist des Weiteren, dass der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch in der wissenschaftlichen Forschung verwendete Begriff der „Schicksalsgemeinschaft“ im Rahmen dieser Stellungnahme von den deutschen Vertretern schon im April 1922 verwendet wurde – allerdings nicht im positiven, sondern im negativen Sinne. „Deutschland hätte“, so hieß es hier jedenfalls eindringlich, „jeden Preis für den Verzicht der Russen aus dem Artikel 116 zahlen müssen, wollte es nicht auch noch in eine Schicksalsgemeinschaft gegenüber Russland geraten, wobei die Russen ihre Gläubigeransprüche ganz unbegrenzt hätten berechnen können.“[2190]
Zwar war das zuletzt vorgetragene Argument insbesondere in Bezug auf die Behauptung angeblich „unbegrenzter“ russischer Ansprüche gegen Deutschland weder einsichtig noch überzeugend. Zu konstatieren ist aber in übergreifender Sicht, dass „Rapallo“ keine (positive) „community of fate“[2191] zwischen Deutschland und Russland beinhaltete, auch wenn sich durch den Vertrag *prima vista* eine gewisse „Verbundenheit“ beider Länder ergab und ergeben sollte. Denn mehr als eine begrenzte, partielle Interessenidentität wurde nicht erreicht. Am Ostersonntag 1922 ging es also nicht um eine geschichtspolitische sowie erneuerte „geschichtsmächtige Beschwörung einer deutsch-russischen ‚Schicksalsgemeinschaft’“, in der sich eine „Neigung zur tiefen, als seelenverwandt betrachteten russischen Kultur und dementsprechend zum antiwestlichen Ressentiment“[2192] äußerte und entfalten sollte. Rapallo ermöglichte es aus deutscher Sicht hingegen, einer doppelten „Schicksals-gemeinschaft“ zu entgehen. Ein finanzielles „Voll-Versailles“ konnte abgewehrt werden.[2193]
Den Vorwurf, dass der deutsch-russische Vertrag eine Verschärfung der Reparationsfrage mit den westlichen Siegermächten bedingt habe, wies die gemeinsame Denkschrift der deutschen Genua-Delegation ebenfalls zurück. Zu diesem Punkt 8 wurde angeführt, es habe ja ohnehin von „vorneherein“ festgestanden, „dass die Reparationsfrage auf der Konferenz in Genua nicht behandelt werden sollte“[2194]. Rapallo, so argumentierte die deutsche Vorlage dann resümierend weiter, habe daher letzten Endes eine Güterabwägung zwischen zwei Nachteilen zu Grunde gelegen: Zwar

---

[2189] Ebd.
[2190] Ebd.
[2191] Vgl. den Titel der Studie von Rosenbaum.
[2192] Siehe Krüger, Der Rapallo-Vertrag und die deutsche Außenpolitik, S.432.
[2193] Klaus Hildebrand verwendet insoweit sogar den Begriff eines politischen „Über-Versailles“, vgl. Hildebrand, Das vergangene Reich, S.429.
[2194] PA, R 28206 (D 739092-99). Hierzu hiess es u.a. auch: „Es ist allerdings von einer Seite in Aussicht gestellt worden, dass infolge der besonders günstigen Gestaltung der Verhandlungen in der internationalen Finanzkonferenz sich die Möglichkeit bieten könnte, die Anleihekommission des Reparationsausschusses in Genua tagen zu lassen. Irgendwelche Sicherheit dafür aber bestand (nicht), dass der Anleiheausschuß schon jetzt zu einem für Deutschland und Frankreich brauchbaren Ergebnis gekommen wäre. Die Anleihe-Kommission des Reparations-Ausschusses tritt am 8. Mai in Paris zusammen. Es kann mithin nicht behauptet werden, dass Gelegenheiten versäumt worden sind, deren Ausnutzung schon jetzt zu einer wirklich wirksamen Erleichterung der deutschen Reparationslage hätte führen können.“

konnten durch den Vertrag „momentane Verstimmungen und Verschlechterungen der Atmosphäre für finanzielle Verhandlungen“ eintreten. Diesen „gewissen Nachteilen“ hätten aber bei einer Nichtunterzeichnung des Vertrages am 16. April 1922 möglicherweise „Entschlüsse von größter politischer Tragweite über wichtige Lebensbedingungen der deutschen Nation“ gegenübergestanden. Und eine atmosphärische Wende im „Verlauf der Verhandlungen in der internationalen Finanz-Kommission und in deren Unterkommission“ war nach den hier aufgeführten Argumenten ohnehin in erster Linie von der einfachen politischer Einsicht abhängig, „dass nur auf dem Wege einer internationalen Anleihe größere Reparationsleistungen in absehbarer Zeit von Deutschland an Frankreich gemacht werden können“.[2195]

Unabhängig von dieser Darstellung blieb es notwendig, die Gesamtargumentation der Führung der deutschen Außenpolitik in Genua im persönlichen Gespräch vorgetragen. Dies galt insbesondere für die Kommunikation gegenüber denjenigen Kreisen in der deutschen Außenpolitik, die sich seit Tagen über die jüngste Entwicklung in Genua und Rapallo beunruhigt zeigten. Staatssekretär Simson traf daher am 24. April 1922 schon einmal vorab „auf 24 Stunden“ aus Genua in Berlin ein, um insbesondere dem Reichspräsidenten und im Kabinett Bericht zu erstatten.[2196]

Der mündliche Lagebericht zeigte positive Wirkung: „Die Sachlage scheint in drei Worten zusammengefasst die gewesen zu sein“, so referierte Ministerialdirektor Schubert, der nach eigenen Angaben zuvor über die „Nachricht, dass wir mit den Russen abgeschlossen hätten, außerordentlich beunruhigt und erschreckt worden“ war, gegenüber Botschafter Sthamer den sachlichen Kern der Situation auf der Konferenz zwischen dem 14. und 16. April 1922, „dass wir aus augenscheinlich guten Quellen immer beunruhigendere Nachrichten über die guten Fortschritte erhielten, welche die Verhandlungen zwischen den Alliierten und den Russen machten“. In dieser Hinsicht sei aus deutscher Sicht zu befürchten gewesen, „dass diese Verhandlungen auf ein Abkommen hinausliefen, dass uns in hohem Grade schädlich war“. Demnach war es „nicht von ausschlaggebender Bedeutung“, „ob wir vor dem formellen Abschluß dieses Abkommens noch Gelegenheit bekommen hätten, in irgendeiner Kommission uns dazu zu äussern.“ Klar erkennen ließe sich vielmehr, „dass sich dann die Anderen festgelegt gehabt hätten, (und) trotz unseres Einspruches nicht von ihrer Absicht abgegangen wären und dass wir schließlich vergewaltigt worden wären.“ Und hierdurch werde es wiederum einsichtig, dass sich die „Behauptung“ der deutschen Genua-Delegation, die Alliierten hätten versucht, „hinter unserem Rücken zu einem schädlichen Abkommen mit den Russen zu gelangen, trotz aller Dementis richtig und dass andererseits die Behauptung der Alliierten, dass wir ohne vorherige Warnung heimtückischerweise ganz plötzlich hinter ihrem Rücken mit den Russen uns geeinigt hätten, in dieser konkreten Form falsch“[2197] sei.

Zweifel verblieben trotzdem: So wurde durch den Bericht Simsons aus der Perspektive Schuberts nicht die Frage ausgeräumt, „ob es natürlich wirklich nötig war, mit den Russen abzuschließen“. Dies sei nämlich nach wie vor „natürlich ausserordentlich schwer zu sagen“, zumal „vorläufig“ nicht erkennbar wäre, „ob sich die Alliierten, insbesondere die Franzosen, schon so nahe gekommen gewesen wären“, wie es die Führung der deutschen Genua-Delegation suggeriere. Allerdings könne und müsse, so Schubert weiter, schon jetzt „mit aller Energie betont werden, dass unserer Delegation

[2195] Ebd.
[2196] Schubert an Sthamer, 24.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.
[2197] Ebd.

jede bewusste Illoyalität gegenüber den Alliierten und insbesondere gegenüber den Engländern durchaus fern gelegen hat“. Der Ministerialdirektor in der Westabteilung zeigte sich über das aus seiner Sicht in jedem Fall abermals herablassend wirkende Verhalten der britischen Außenpolitik gegenüber Deutschland tief verärgert:

> „Ferner aber muss dann doch nachdrücklich betont werden, dass wir tatsächlich offenbar wieder an der Nase herumgeführt werden sollten. Das kommt davon, wenn man trotz aller freundlichen Versprechungen der Engländer immer wieder auf die alten Methoden zurückgreift. Wir waren als gleichberechtigte Partner auf eine Weltkonferenz geladen worden, die gleich damit anfing, dass sich in einer der wichtigsten Fragen nach alter Sitte die Hauptbeteiligten des anderen Lagers abgesondert von uns zusammenfanden, um im Geheimen zu tagen. Auch die Engländer mögen an sich dabei nichts Besonderes empfunden haben; aber gerade, dass sie dabei nichts fanden, ist ein Zeichen dafür, dass sie trotz aller schönen Worte, wenn es darauf ankommt, uns immer noch als Minderberechtigte Neger-Republik behandeln. Das konnten wir mit Recht übel nehmen.“[2198]

Dennoch sah auch Schubert den realpolitischen Tatsachen ins Auge. Es werde, so führte er abschließend aus, „nun alles darauf ankommen, das Vertrauen der Engländer in vollem Umfange wieder zu gewinnen, eine Aufgabe, die, wie ich zugestehe, sehr schwierig und vielleicht nur dann zu lösen sein wird, wenn man ihnen klar macht, dass sie durch ihr zweideutiges Verhalten selbst uns zu unserem plötzlichen Schritt getrieben haben.“ Wie in der russischen Frage sehe er daher „auch hier“ „nicht sehr rosig in die Zukunft.“ Die „einzige Hoffnung“ bestehe für Deutschland möglicherweise nur noch darin, „dass die Franzosen wieder einmal den Bogen überspannen und sich eklatant ins Unrecht setzen werden.“[2199]

Die Tatsache, dass während der unter dem Signum der vermeintlichen Gleichberechtigung stehenden Konferenz in Genua versucht worden war, den Kriegsverlierer Deutschland abermals als Objekt zu behandeln, wurde unterdessen auch von zumindest einem führenden ausländischen Beobachter geteilt: Staatssekretär Haniel ging im Rahmen seiner Telegramme an Außenminister Rathenau auf die Haltung D’Abernons ein und führte am 25. April 1922 aus, er habe dem britischen Botschafter „bereits vor einigen Tagen (…) nahezu unser gesamtes hiesiges Material vorgelegt“, „um ihn zu überzeugen, dass der Vertragsschluß nicht ein von langer Hand mit Russen abgekarteter Sensationseffekt gewesen sei.“ Nach der Durchsicht dieser Unterlagen, zu denen vor allem auch die (kürzere) Aufzeichnung Maltzans vom 17. April 1922 zählte, sei D’Abernon angeblich zu einer „Schlussbemerkung“ gelangt, die sich inhaltlich im Grunde letzten Endes nur wenig von der Deutung Schuberts unterschied. Denn der britische Botschafter fasste demnach seine Interpretation der Krise mit der einprägsamen Feststellung zusammen:

> „I am afraid your delegation got stampeded.“[2200]

[2198] Ebd. Vgl. im Ganzen ähnlich auch Hilger, S.85

[2199] Ebd.

[2200] Tel. Haniel Nr. 124, “nur für Minister Rathenau persönlich” 25.4.1922, ADAP A VI, Nr.71 bzw. PA, R 83435, 152f. (L203591-92). In einer Edition der Briefe Austen Chamberlains wird diese Wortwahl D’Abernons wieder aufgegriffen. Hier heißt es allerdings, Rathenau “was stampeded *by the Russians* [Herv.d.Verf.] into signing a Soviet-German treaty at Rapallo”, The Austen Chamberlain Diary Letters. The Correspondence of Sir Austen Chamberlain with his Sisters Hilda and Ida, 1916-1937, edited by Robert C. SELF, Cambridge 1995, S.187, Anm.50.

Dieser Satz war vermutlich in dem Sinne zu verstehen, dass die deutsche Außenpolitik in den letzten Tagen insbesondere durch die alliierte, vor allem auch in der Publizistik vorgetragenen politisch-moralischen Protestwelle regelrecht „überrollt“ worden war. Im Gegensatz dazu interpretierten ihn die deutschen Akteure seinerzeit allerdings nur bedingt zutreffend. Nach Schubert äußerte D'Abernon in einem Gespräch mit Staatssekretär Haniel am 23. April 1922 die Auffassung, „die Deutsche Delegation habe offenbar ein ‚stampede' gemacht“ – einen Ausdruck, den Schubert meinte mit „sich ins Bockshorn jagen lassen“ übersetzen zu können. Dies dürfte war jedoch im Ergebnis zu weit gehen. So ist kaum anzunehmen, dass der britische Botschafter insoweit nicht zuletzt auch der Führung der *britischen* Genua-Delegation ernsthaft unterstellen wollte, sie habe vorsätzlich bei den deutschen Akteuren einen Irrtum erregt.

Bedeutsamer erscheint daher eine andere, kritische Aussage D'Abernons, die das Verhalten Maltzans beschreibt. Der deutsche Ministerialdirektors in der Ostabteilung habe, so der britische Diplomat nach Schubert, „ihn noch im Januar und Februar über die russischen Angelegenheiten immer auf dem laufenden erhalten; später aber habe er von Maltzan nichts mehr erfahren“[2201] – eine Behauptung, die in Bezug auf die oben dargestellten Vorverhandlungen für den späteren Rapallo-Vertrag zumindest in dieser pauschalen Form nicht richtig war.

Trotz seiner Kritik verhielt sich der Botschafter des Vereinigten Königreichs gegenüber dem Vorgehen der deutschen Außenpolitik aber ohnehin eher wohlwollend, so dass sich sein Vorwurf fehlender Russland-politischen Informationen auch insoweit nicht sonderlich überzeugend ausnahm. Nach einem geheimen Telegramm Haniels für Rathenau vom 25. April 1922 erteilte D'Abernon den deutschen Akteuren jedenfalls bereits allgemeine und durchaus nützliche „Ratschläge“, „die er selbstverständlich rein privat und streng vertraulich zu behandeln“ bäte. So habe er unter anderem eine öffentliche deutsche „Erklärung in möglichst eindrucksvoller Form“ als „notwendig“ angeregt, wonach der deutsch-russische Vertrag keine „Neu-Orientierung unserer gesamten Außenpolitik bedeute“[2202]. Auch insoweit untermauerte er also noch einmal die Bedeutung einer auch in strategischer Hinsicht „klugen“ politischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

In der Tat war dieser Vorschlag von Seiten des britischen Botschafters ein berechtigter Hinweis, der bereits bei der offiziellen Bekanntgabe des Rapallo-Vertrages nachdrücklich hätte Berücksichtigung finden müssen. Die von Berlin aus nunmehr den deutschen Akteuren in Genua diesbezüglich empfohlenen Maßnahmen waren insoweit im Grunde zwar verspätetet. Sie konnten aber ebenfalls zu Gunsten einer weiteren Entschärfung der entstandenen Krise und zur Verbesserung der Atmosphäre in Genua beitragen. Dies betraf nicht nur unter anderem die sofortige Annahme von gegenwärtig im Raume stehenden alliierten Vorschlägen durch Deutschland, die eine Umwandlung der militärischen Kontrollkommission zum Gegenstand hatten.[2203] Es war die Argumentation Maltzans, der auch in

---

[2201] Aufz. Schubert, 24.4.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.9.

[2202] Tel. Haniel Nr. 124, “nur für Minister Rathenau persönlich” 25.4.1922, ADAP A VI, Nr.71 bzw. PA, R 83435, 152f. (L203591-92).

[2203] Tel. Haniel Nr. 134 für Rathenau persönlich, 26.4.1922, ebd., R 83435, 153 (L203593), vgl. ADAP A VI, Nr.71, S.151, Anm.2. Zum Vorschlag Haniels u.a. bzgl. der Dementierung in Bezug auf „angebliche geheime militärische Abmachungen zwischen Deutschland und Russland im Zusammenhange mit dem Vertrag von Rapallo“ vgl. sein Tel. vom 25.4.1922 an die dt. Delegation in Genua, PA, R 83435, 182-183 (L203602-4). Dieses Tel. hatte sich nach Maltzan „mit gestriger feierlicher Erklärung des Reichskanzlers hiesiger deutscher Presse gegenüber gekreuzt, wonach deutsch-russisches Abkommen keinerlei geheime militärische oder politische Klauseln enthält.“ Rathenau bäte daher von weiteren Dementis abzusehen, vgl. Tel. Maltzan Nr.176, 26.4.1922, ebd., 209 (L203609), auch gedruckt bei ADAP A VI, Nr.71, S.151, Anm.1.

den deutsch-britischen Beziehungen nunmehr entscheidendes politisches Gewicht zukam. Mit Datum vom 23. April 1922 übersandte D'Abernon seiner Regierung in London per Boten die kürzere Aufzeichnung Maltzans über die letzten Vorgänge vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages. Sie ging am 24. April 1922 im Foreign Office ein.

Aus der Sicht D'Abernons Berlin stellte diese kürzere, am 17. April 1922 verfasste Aufzeichnung Maltzans bezüglich der „events at Genoa between April 10th and April 16th" ein Tagebuch der gesamten deutschen Konferenzdelegation dar. Ferner bat er die Verantwortlichen in London, diese Ausführungen als geheim einzustufen. Den deutsch-russischen Vertrag selbst charakterisierte er - zwischen den Zeilen nicht ohne Kritik auch an dem britischen Vorgehen - als „an expedient of despair unwillingly adopted by men who were in the corner or who imagined themselves in a corner". Von einem „plot" Deutschlands mit Sowjetrussland gegen die Alliierten könne jedenfalls überhaupt keine Rede sein. [2204]

Der britische Diplomat sollte darüber hinaus auch in den darauf folgenden Wochen nicht ruhen, „London für den Gedanken zu gewinnen, dass England aus diesem Vertrag keine Gefahr erwachse"[2205]: So machte er auch unter dem Datum des 24. April 1922 Außenminister Curzon gegenüber mehr als deutlich, dass er eine „deutsch-sowjetrussische Allianz" für „sehr unwahrscheinlich" halte. In einem weiteren Schreiben vom 26. April 1922 wies der Botschafter auf ein weiteres Gespräch mit Haniel vom gleichen Morgen bezugnehmend daraufhin, insbesondere Simson habe bei seinem zurückliegenden Kurzbesuch in Berlin erfahren müssen, „how cold the reception of this Agreement had been, both in Government Circles in Berlin and by the public". Der aus Genua angereiste Staatssekretär für Wirtschaftsfragen hatte demnach eindringlich darauf hingewiesen, dass die gesamte deutsche Genua-Delegation den Schritt in Rapallo gebilligt und als einziges Mittel angesehen habe "of avoiding a grave danger to Germany." Offenkundig, so lautete vor diesem Hintergrund die Schlussfolgerung D'Abernons, sei daher nicht nur von Seiten Maltzans, sondern auch von Raumer und Hilferding zur Unterzeichnung des Vertrages durch Rathenau gedrängt worden.[2206]

Aus der Sicht des Botschafters war die Gesamtdarstellung der Dinge durch die deutschen Akteure glaubhaft: Der für politische Fragen im Auswärtigen Amt zuständige Staatssekretär, Haniel, habe ihm gegenüber, so D'Abernon am 26. April 1922, noch einmal ganz "emphatically" versichert, dass der Rapallo-Vertrag in keinem Fall einen allgemeinen Russland-politischen Trend der deutschen Außenpolitik anzeige. Dieser habe auch anlässlich einer Forderung der Frankfurter Zeitung klar gestellt, dass sich die Grundausrichtung der deutschen Außenpolitik in keiner Weise verändert habe oder verändern werde. Haniel habe in diesem Kontext in erkennbar defensiver Haltung ausgeführt,

> "(that) the Rapallo Treaty was merely incidental and was resorted to as an expedient to remove certain grave financial dangers which were thought to threaten. There was no

[2204] Vgl. Tel. D'Abernon No.99, 23.4.1922, PRO, FO 371/8188, 23, Verweis mit den entsprechenden Paraphen u.a. von Crowe bei ebd., 22, das dem Boten beigelegte Schreiben D'Abernon an Curzon No. 314, geheim, bei ebd., 210. Hier heißt es in Bezug auf die bei ebd., 211-216 in englischer Übersetzung befindliche (kürzere) Aufzeichnung Maltzans über die letzten Vorgänge vor „Rapallo", diese sei zwar „however doubtful (but) some of its contents may be (…) of great interest."

[2205] Siehe Kaiser, S.84f. bzw. die Tel. D'Abernons an Curzon vom 24.4.1922, PRO, FO 371/8188, 87 und 26.4.1922, ebd., FO 371/8189, 40ff.

[2206] D'Abernon an Curzon, 26.4.1922, ebd., FO 371/8189, 45ff.

> change in the general trend of German policy. It was absurd to suppose that it indicated a new grouping of Russia and Germany versus the Western Powers."[2207]

Eine einseitig prodeutsche Position nahm der britische Botschafter allerdings nicht ein. Gegenüber seinem französischen Kollegen in Berlin äußerte er sich zudem durchaus nicht in der gleichen Weise, wie er es gegenüber Haniel oder auch gegenüber Curzon getan hatte: So geht aus den französischen Akten, konkret aus einem Telegramm Laurents vom 25. April 1922 hervor, D'Abernon habe den Rapallo-Vertrag im Gegenteil sogar verurteilt und insbesondere Außenminister Rathenau für diesen angeblichen „acte de folie" persönlich verantwortlich gemacht.[2208]
Die Einfluss des britischen Botschafters in Berlin zur weiteren Deeskalation der durch den Rapallo-Vertrag entstandenen krisenhaften Irritationen blieb nichtsdestotrotz führend: Unter dem Datum des 29. April 1922 sprach D'Abernon Verdachtsmomenten für angeblich geheime, weiterführende deutsch-russische Vereinbarungen, die in einem aus London übersandten Bericht „from a secret source"[2209] thematisiert wurden, die Glaubhaftigkeit ab. Behauptungen, der deutsch-russische Vertrag sei tatsächlich bereits vor der Konferenz von Genua in Berlin unterzeichnet worden und es existiere eine ergänzende militärische Konvention oder geheime Absprachen mit reaktionären deutschen Kreisen, seien geradezu abwegig. Vielmehr gehe aus dem Gespräch Rathenaus mit Lloyd Georges vom 19. April 1922 und den Aufzeichnungen Maltzans über die letzten Vorgänge vor dem Abschluss des Rapallo-Vertrages deutlich hervor, „that something occurred in Genoa between April 10 and 16 which not only alarmed the German Delegation but deeply offended the susceptibilities of Rathenau." Insgesamt müsse insoweit nicht nur der Bericht Maltzans bei aller kritischen Betrachtungsweise („making full allowance for probable reticences and possible perversions") im Ganzen durchaus als ein Dokument bezeichnet werden, „which throws a flood of light on the whole episode, as seen from inside the German Delegation". Das Faktum laufender deutsch-russischer Vertragesverhandlungen sei ja auf Seiten der alliierten Regierungen seit geraumer Zeit bekannt gewesen, was D'Abernons oben zitierte Kritik an Maltzan zumindest indirekt weiter schwächte:

> "It has long been known that conversations were going on. The difficulty has been to devise precise stipulations which - rebus sic stantibus - would be of mutual benefit and which would not involve undue internal complications and external dangers. The view of the negotiations I have set out above is entirely consistent with, and is confirmed by, all the recent evidence available. Alternative theories, on the other hand, which made a strong momentary appeal too many here, appear to me to be supported by nothing but gossip, and to involve certain demonstrable improbabilities some of which I have touched upon in the present despatch."[2210]

Zwar hielt D'Abernon in diesem Kontext fest, dass auch aus seiner Sicht eine skeptische Haltung notwendig sei. Im Hinblick auf die in der ersten Konferenzwoche in Genua eingetretene Entwicklung sei es jedoch im Grunde geradezu natürlich, „that two Powers like Russia and Germany subject to

---

[2207] Ebd., 46f. Siehe dazu auch Tel. D'Abernon No. 105, 26.4.1922, ebd., FO 371/8188, 201, das Memorandum des Gespräches bei ebd., 219-221.
[2208] Tel. Laurent (7)30, 25.4.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 117, 1.
[2209] Vgl. dazu Ovey an D'Abernon No. 503, Secret, 26.4.1922, PRO, FO 371/8188, 84-85.
[2210] D'Abernon an Curzon No. 342, 29.4.1922, ebd., FO 371/8190, 36-41, 39ff. Die Vorlage trägt einen Eingangsstempel vom 8.5.1922 mit der No. „N4347".

similar and simultaneous pressure from the same creditors will put their heads together as to the best means of defence".[2211] Und diese Position vertrat der britische Botschafter auch in der Folgezeit.[2212] Unterdessen blieb Maltzan auch Ende April / Anfang Mai 1922 unablässig bemüht, den in Rapallo vollzogenen Schritt gegenüber skeptischen Beobachtern überzeugend zu rechtfertigen: Gegenüber Schlesinger führte er am 5. Mai 1922 er die aus seiner Sicht „unverkennbare Notwehr"[2213] bzw. „zwingende Notwendigkeit"[2214] zur unmittelbaren Russland-politischen Gegenreaktion eindringlich aus. Bitterkeit in Bezug auf das alliierte Verhalten wurde bei ihm erneut deutlich:

> „Wir waren aber, da der Vertrag in Berlin nicht realisiert werden konnte, hier in eine Zwickmühle geraten. Die Entente hatte uns vollkommen von ihren Verhandlungen mit Russland ausgeschaltet, der berühmte Artikel 116 war in das Londoner Protokoll aufgenommen und galt den Franzosen als willkommene Ausbeutung und Sicherung für ihre russischen Vorkriegsschulden. Die Entente hatte die Harmlosigkeit, uns am

---

[2211] Ebd. Zur verständnisvollen Rapallo-Haltung D'Abernons vgl. in Bezug auf diese Quelle auch Conte, S.66 mit Anm.91 sowie Kaiser, S.85. Zur kategorischen Dementierung einer militärischen Konvention zwischen Berlin und Moskau durch Sthamer in einem Gespräch mit Tyrell siehe PRO, FO 371/8190, 70. Allerdings vermochte D'Abernon seine Kollegen in der britischen Außenpolitik nicht durchgängig zu überzeugen.
Insoweit spielten möglicherweise persönliche Konkurrenzen - unter anderem auch zwischen Curzon und Lloyd George, vgl. dazu Johnson, S.52. - eine Rolle. Curzon schrieb jedenfalls unter dem 13. Mai 1922 u.a. im Rahmen einer grundlegenden Kritik an dem antifranzösischen Kurs Lloyd Georges in den letzten Jahren an Chamberlain, er verfolge „very closely the Genoa debâcle", The Life of Lord Curzon, Vol.3, S.296f., S.296. Auch Kennan zitiert aus diesem Schreiben Curzons bei Kennan, Russia and the West, S.215. Belegbar ist weiter, dass sich zum Beispiel der Permanent Undersecretary of State, Crowe, am 24. April 1922 in Bezug auf die Berichterstattung D'Abernons spürbar skeptisch und misstrauisch sogar fragte, „whether I am more surprised at the levity with which Lord D'Abernon treats the matter or at the cynical duplicity of the German Government.", siehe dazu die entsprechenden "Minutes" bei ebd., FO 371/8188, 77ff., hier 78f. Eine mit "R.C.L." gezeichnete Notiz vertrat zudem die Ansicht, dass die Aufzeichnung Maltzans vor der Übermittlung an D'Abernon unzweifelhaft sehr sorgsam verfasst wurde. Wenngleich darin zwar kein offenes, uneingeschränkt glaubhaftes Dokument gesehen werden könne, so müsse doch davon ausgegangen werden, dass „every statement" darin „correct" sei, vgl. ebd., 209. Auch die Haltung Addisons, der an der britischen Botschaft in Berlin tätig war, stand mit der Haltung D'Abernons im Ganzen nur bedingt in Einklang. Er führte mit deutlicher Kritik auch an D'Abernon u.a. wie folgt aus: „I had often discussed the Russian question both with the Ambassador and with Maltzahn (sic) of the Foreign Office and had never gathered the slightest inkling that a Treaty had been drafted or that it was contemplated to sign one. I felt sure that if the Ambassador had known what was happening or going to happen, he would have mentioned it in discussions with me. (…) It is a sordid story of lack of honesty, since for the last two months the Foreign Office here and in particular Maltzahn have been pretending to keep us fully informed, have been continually denouncing French intrigues with Russia (which may or may not be true), and have also continually assured us that nothing would be discussed – far less settled – with the Russians, behind the back of the Embassy and the British Government." Er habe zwar, so hieß es hier von Seiten Addisons weiter, ohnehin nie besonders viel "of Maltzahn´s intellect" und "not very much of his honesty" gehalten. Jetzt aber werde das angeblich von deutscher Seite aus ständig bestehende, „tägliche" Überraschungspotential auch noch begleitet "by a foolish duplicity.", Addison an Crowe, 19.4.1922, PRO, FO 371/8188, 175-178, hier 175 und 177f.

[2212] So wandte sich D'Abernon z.B. eindringlich gegen Meldungen wie zum Beispiel derjenigen des britischen Vertreters in Moskau, Hodgson, es scheine, dass die sowjetrussische Regierung „appears to have embarked on a course leading to the establishment of intimate relations" mit Berlin. Soweit er es von Berlin aus beurteilen könne, so führte er diesbezüglich aus, müsse er erneut darauf hinweisen, „that the signature of the Treaty of Rapallo was certainly on the part of the Germans and possibly on the part of the Russians rather a provocatory or retaliatory demonstration than the outcome of any serious belief in a policy of lasting cooperation.", vgl. D'Abernon an Curzon No. 365, 10.5.1922, ebd., FO 371/8182, 182-185, hier 182f. Die Vorlage trägt einen Eingangsstempel mit der Nummer „N4694" vom 16. Mai 1922 und neben der Telegrammnummer die hschr. Bemerkung „urgent". Das entsprechende Tel. Hodgsons No. 90 aus Moskau vom 24.4.1922 ist zu finden bei ebd., 98-99, der hier unter einer Verneinung von zusätzlichen Geheimklauseln zu dem Rapallo-Vertrag u.a. konstatierte, „general tendency is certainly towards closer relations with Germany." Siehe dazu auch die 1954 veröffentlichten Erinnerungen von Hodgson. Zur Kritik an den angeblich vielfach falschen Schlussfolgerungen und Fehlprognosen Hodgsons vgl. auch Salzmann, Great Britain, u.a. bei S.175. Schließlich wird anhand der britischen Akten im Public Record Office auch deutlich, dass die britische Außenpolitik tatsächlich schon Anfang April 1922 über die sachliche Zwangslage der Weimarer Russlandpolitik im Kontext des Artikels 116 Abs. 3 VV informiert war, siehe dazu Wilton an Curzon No.123, 1.5.1922, PRO, FO 371/8190, 50.

[2213] Hildebrand, Das vergangene Reich, S.412, vgl. auch D'Abernon, Bd.1, S.336, wo das Wort „Notbehelf" angeführt wird.

[2214] Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.101.

> Freitagabend freundschaftlich mitzuteilen, sie hätte sich mit den Russen geeinigt und zwar auf der Basis des Londoner Protokolls, sie hoffte, wir würden damit einverstanden sein. Unter diesen Umständen war Notwehr geboten.“[2215]

Das war im Grunde die gleiche Botschaft, wie sie der Ministerialdirektor dann Ende Mai 1922 im Rahmen der Überarbeitung und ausführlichen Fassung seiner Aufzeichnung über die letzten Vorgänge noch einmal vortrug. Ohne die daraus resultierende Vertragsunterzeichnung vom Ostersonntag 1922, so seine Sichtweise, hätte Deutschland „am Dienstag nach Ostern“ genauso gut „vor der Tatsache stehen können, dass sich Russland mit der Entente hinter unserem Rücken geeinigt hätte, und wir die gegenwärtigen und zukünftigen Folgen dieser Vereinigung zu tragen hätten.“ Nachdem sich aber jetzt „die ersten Stürme der Überraschung“ gelegt hätten, müssten sich ab sofort „die guten Seiten des Vertrages entschieden auswirken“. „Die Bewegungsfreiheit im Osten und auch die Stellung der Randstaaten uns gegenüber“ habe sich allgemein verbessert.[2216] Und Bücher hatte schon am 19. April 1922 geäußert, der Rapallo-Vertrag erhöhe die Aussichten, mit den Randstaaten zu einer Regelung auf einer ähnlichen Basis zu gelangen. Weitere ostpolitische Verträge mit der gegenseitigen Gewährung der Meistbegünstigung könnten sich als fruchtbar erweisen.[2217] Eine ganze Kette von Anschlussverträgen schien möglich.

John Hiden hat darauf hingewiesen, dass die Genua-Delegierten Estlands, Lettlands und Litauens nach Abschluß des Rapallo-Vertrages recht hastig den Wunsch äußerten, “to resume trade talks with Germany”. Es sei nunmehr, „as a result of the German-Russian agreement“, „more than ever necessary to form a quite open and reliable bridge between Germany and Russia”[2218].

Diese Haltung hatte sich dann ebenso in der Weigerung der baltischen Länder sowie Finnlands niedergeschlagen, den Protest der Alliierten gegen den Rapallo-Vertrag mit zu unterzeichnen.[2219] Ministerialdirektor Maltzan behauptete am 27. April 1922 jedenfalls, dass „unser russischer Schritt“ zumindest „bei den skandinavischen Neutralen, die sich zurückgesetzt fühlen, mittlerweile immer mehr verschämte Billigung“ fände.[2220]

[2215] Maltzan an Schlesinger, 5.5.1922, PA, Handakten Generalkonsul Schlesinger, Bd.1, zit. nach Schieder, Die Entstehungsgeschichte, S.580, Anm.72 und Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.99.

[2216] Ebd. Bereits am 19. April 1922 hatte Staatssekretär Haniel in dieser Hinsicht Folgendes ausgeführt: Da die Verständigung Deutschlands mit Russland in Genua auch eine Verständigung zwischen Deutschland und den Randstaaten auf entsprechender Basis nahe lege, werde Mitteilung erbeten, ob bereits eine „Verständigung mit Sowjets wegen gemeinsamer Politik gegenüber Randstaaten gemäß diesseitiger Aufzeichnung eingeleitet“ sei, Haniel an Maltzan 19.4.1922, ADAP A VI, Nr. 61. Am 21. April 1922 hatte dann Maltzan an Haniel telegraphiert, er habe eine „unverbindliche Fühlungnahme mit Sowjets betreffend gemeinsame wohlwollende Behandlung Randstaatenproblems aufgenommen“, Tel. Maltzan an Haniel Nr. 132, 21.4.1922, PA, R 84389 (Filmnummer K 1752/ K 429137), vgl. auch Hiden, The Baltic States, S.121 sowie auch Aufz. Maltzan, 2.5.1922 u.a. für Rathenau, Simson und Haniel, PA, R23708, (L096780-81). Zu den „Richtlinien für Deutschlands Haltung gegenüber Sowjet-Russland im Verhältnis zu den Randstaaten“ vgl. die Aufz. vom 5.4.1922 bei ebd., L 096825, die an Maltzan gerichtet ist. Es heißt hier einleitend u.a.: „Es ist anzuerkennen, dass Sowjet-Russland auf Grund der gemeinsamen Vergangenheit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung eine privilegierte Stellung in den Randstaaten hat.“

[2217] Blücher an Maltzan, 19.4.1922, zit. nach Hiden, The Baltic States, S.123.

[2218] Ebd., S.122f. Siehe im Ganzen auch Hiden, Between Ideology and Power Politics.

[2219] Vgl. dazu auch Pistohlkors, S.55.

[2220] Maltzan an Blücher, 27.4.1922, ADAP A VI, Nr. 75. Diese wichtige inhaltliche Komponente des Vertrages hob Maltzan einen Tag später ebenfalls gegenüber Staatssekretär Haniel noch einmal ausdrücklich hervor. Deutschland könne in dem Bereich der Randstaaten- und Nordeuropapolitik schon in unmittelbarer Zukunft in gewisser Weise eine Maklerrolle einnehmen: „Rapallo“ sei auch insoweit ein sichtbar positives Element für die auswärtige Politik der deutschen Republik. Insbesondere Finnland habe bereits um eine freundliche Vermittlung gegenüber Sowjetrussland gebeten, vgl. Maltzan an AA, Nr. 200, 28.4.1922, PA, R 23688 (L096436). Die Vorlage ist gedruckt als ADAP A VI, Nr.77. Siehe in diesem Kontext auch Haniel an Maltzan, Nr. 160, 28.4.1922, PA, R 23688 (L 096435) sowie Haniel an Blücher (z.Z. Reval), 28.4.1922, im PA verfilmt unter K 1752/K 429 143.

Verbesserte Beziehungen schienen überdies mit Polen zumindest nicht ausgeschlossen zu sein.[2221] In Genf wurde am 15. Mai 1922 ein deutsch-polnisches Abkommen vereinbart, das sich trotz aller Belastungen um eine vernünftige technische Regelung der Oberschlesienentscheidung des Völkerbundes bzw. der Botschafterkonferenz sowie um Minderheitenschutz und Übergangsbestimmungen auf administrativem und wirtschaftlichem Gebiet bemühte.[2222] Maltzan blieb zudem auch in den kommenden Monaten mit zahlreichen Detailfragen im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen befasst.[2223]

6. Deutschland als Vermittler in der russischen Frage (Ende April /Mai 1922)

Trotz sichtbarer Notwendigkeit und Vorteile des Vertrages blieben gravierende Meinungsunterschiede und Missstimmungen innerhalb der deutschen Genua-Delegation weiter bestehen: Dufour gab in einem Schreiben an Ministerialdirektor Schubert vom 29. April 1922 seiner Befürchtung hinsichtlich weiterer „Komplikationen aus dem Rapallo-Vertrag“ Ausdruck. Zwar hielt der Diplomat die Krise für beigelegt und glaubte, „wir können Beruhigung fassen und wirklich hoffen, dass aus Genua tatsächlich Gutes entstehen wird.“ Ablehnend stand er aber insbesondere Maltzan gegenüber, dem Giannini in einem nicht vorliegenden Brief an Dufour nunmehr „wissentliche Unwahrhaftigkeit“ vorgeworfen habe. Und als Rathenau in dem politisch-publizistischen „Sturm“ gegen den Vertrag kurzzeitig erwogen habe, diesen wieder zurückzuziehen, habe erst Maltzan, der deutscherseits „in erster Linie“ „die Konferenz“ beeinflusse, einen solchen Schritt zu verhindern gewusst.[2224]

Die Quellen zeigen demgegenüber, dass Rathenau von Beginn an eine klare Position *für* den von ihm unterzeichneten Vertrag eingenommen hatte. Er vertrat seine Entscheidung zudem nicht nur öffentlich, sondern auch in privater Atmosphäre mit Vehemenz und Nachdrücklichkeit: Nach den Erinnerungen Emil Ludwigs hatte er kurz nach der öffentlichen Beilegung der „Rapallo-Krise“ durch Lloyd George jeden Pessimismus zurückgewiesen. Auf die sorgevolle Frage Ludwigs, die Konferenz werde schon „morgen vielleicht (doch) in die Luft gehen“, soll Rathenau gelassen gelächelt und seinem Gesprächspartner geradezu väterlich „auf die ihm eigene Art die Hand auf die Schulter“ gelegt haben:

> „ ‚Sie wird nicht, lieber Freund. Vorher konnte ich´s nicht, denn da wäre niemand zur Konferenz gekommen, und nachher war es wahrscheinlich zu spät, dann hätten die Russen leicht mit der andern Seite abgeschlossen.’ Er wurde immer lebhafter und sagte

---

[2221] Vgl. in diesem Zusammenhang die mit der Paraphe Maltzans versehene Aufz. Simons vom 26.4.1922, ADAP A VI, Nr. 72 über ein Gespräch Rathenaus mit Skirmunt. Mit Telegramm Nr. 156 vom 27. April (im PA Filmnummer L 562/ 167 603) an Maltzan griff Haniel Pressemeldungen über „wiederholte Begegnungen Rathenaus mit Skirmunt auf und bat um Unterrichtung über den Inhalt dieser Unterredungen.“ Zur Antwort Maltzans vom 28. April 1922 vgl. im PA die Filmnummer L 562/ L 167 616.

[2222] Siehe dazu AdR, Kab. Wirth II, Nr. 290 (Kabinettssitzung vom 8. Juni 1922 16h), an der u.a. auch Maltzan teilnahm.

[2223] Vgl. dazu Schattkowsky sowie u.a. die Tel. Maltzans vom 6.7.1922 in Bezug auf das Schifffahrtskapitel des deutsch-polnischen Korridorabkommens bei PA, 81535, 198 (L172575) und seine hschr. Notizen und Entwürfe v. 12.8., 14.8.,8.9., 11.9. und 25.11.1922 bei ebd., R 81536, 016f., 009, 073,075f. und 143f.

[2224] Dufour an Schubert, 29.4.1922, abgedruckt in: Aufz. Schubert, 1.5.1922, streng vertraulich, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10. Schubert übersandte unter dem gleichen Datum Sthamer die bei ebd. beiliegende Aufzeichnung Dufours, wobei er sich eines Kommentars enthalten wollte, sondern nur auf einen „rot unterstrichenen Satz“ hinwies, der in der hier vorliegenden Vorlage nicht mehr markiert ist.

> auf irgendeinen Einwand: ‚Dafür kann ich nicht. Ich habe das Land so übernommen, wie Herr Ludendorff es zurückgelassen hat.' "[2225]

Auch andere Beobachter wie Hans Hülsen[2226] hoben die innere und äußere Souveränität des deutschen Außenministers in Bezug auf das von ihm an den Tag gelegte Entscheidungsverhalten hervor. Bei einem Gespräch mit dem Schweizer Bankier Felix Somary, das ebenfalls in den Tagen unmittelbar nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages stattfand, führte Rathenau seine Zuversicht hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der russischen Frage, insbesondere auf wirtschaftlicher Ebene, noch einmal mit eindrucksvoller dynamischer Rhetorik auch im privaten Dialog vor Augen.[2227]

Darüber hinaus aber blieb Rathenau - totz des sichtbar gewordenen Rückfalls aller führenden Mächte in „nationalen Partikularismus"[2228] - zur gleichen Zeit auf eine konstruktive, friedliche Außenpolitik fokussiert. Sein ernsthaftes Interesse „in European projects and mutual understanding" ist jedenfalls nicht zu bezweifeln, auch wenn es noch „keine gefestigte Gruppierung politischer und gesellschaftlicher Kräfte" gab, die sich „für eine langfristige, Zeit benötigende Politik der kleinen Schritte" bzw. für eine „Gewöhnung an Europa" und für eine „interessengeleitete, funktionale europäische Integration" einsetzte.[2229] Denn für den überraschenden Zeitpunkt des Rapallo-Vertrages, der deshalb als „Mahnzeichen" *für* „Europa"[2230] bezeichnet werden kann, war im Ergebnis ein anderes Phänomen ausschlaggebend gewesen: Das von „Verbitterung und Ressentiment"[2231] geprägte, tiefe Misstrauen der europäischen Nationen untereinander sowie die daraus resultierende Atmosphäre „de méfiance, de malveillance et d´antipathie"[2232].

Dieser Zusammenhang aus Ursache und Wirkung schien dem britischen Premier bereits damals bewusst zu sein. Neun Tage nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages brachte Lloyd George neue, friedenspolitisch zukunftsweisende Elemente zur Verbesserung der Konferenzatmosphäre ein, wobei er an bereits zuvor ausgearbeiteten Plänen festhielt. Er legte den Teilnehmerstaaten am 25. April 1922 „den Entwurf eines europäischen Nichtangriffspaktes vor" – ein politisches Dokument, dass weitere vertrauensbildende Maßnahmen nach sich ziehen sollte.[2233]

Bei einer diesbezüglichen Ansprache vor der englisch-amerikanischen Presse am 26. April 1922 ging der britische Premier noch einmal auf die Rapallo-Krise ein. Er führte aus nunmehr jedoch aus, „nur ein Blinder" könne sich einbilden, Deutschland und Russland auf Dauer ureigenste Lebensrechte absprechen zu können. Der Sieg der alliierten und assoziierten Mächte in dem zurückliegenden

---

[2225] Ludwig, Geschenke des Lebens, S.486, zit. nach Gespräche mit Rathenau, S.362f.

[2226] Vgl. die Erinnerungen von Hans Hülsen, Zwillings-Seele, Bd.1, München 1947, S.167-170, zit. nach ebd., S.363ff. Siehe zum überlegenen Selbstbewusstsein Rathenaus, auch in stadtgeographischer Hinsicht, auch den Tagebucheintrag Kesslers vom 27.4.1922 bzgl. eines Spaziergangs mit dem deutschen Außenminister, u.a. gedruckt bei ebd. S.366.

[2227] Somary, Erinnerungen aus meinem Leben, zit. nach ebd., S.367ff, hier S.369f.

[2228] Vgl. D'Abernon, Bd.1, S.34 und Kessler, Tagebücher, S.313 (10. Mai 1922) bzw. S.318 (15. Mai 1922).

[2229] Krüger, European Ideology and European Reality, S.91. Zu den europapolitischen Vorstellungen nach 1917 allgemein vgl. Erdmenger, Neue Ansätze; zum Europa-Gedanken in der Weimarer Republik vgl. Krüger, Außenpolitik, S.31. Der Rückfall in nationale Egoismen stellt zudem bekanntermaßen bis in die heutige Zeit ein Problem in der Europäischen Integrationsgeschichte dar, vgl. stellvertretend Frankenberger, S.24f.; Vitzthum, S.2.

[2230] Eduard Fueter, Neue Zürcher Zeitung, 11.9.1958.

[2231] Dunk, S.37.

[2232] François-Poncet, S.98.

[2233] Siehe Euler, S.340f. Der von Hurst gefertigte Entwurf eines Nichtangriffspaktes ist gedruckt bei: DBFP, First Series, Vol. XIX, Appendix to No. 95, S.571. Nach einer Aufz. von Prittwitz vom 26. April 1922 (Filmnummer im PA 3398/D 738576) enthielt der britische Entwurf zur Treuga-Dei keine Befristung.

Weltkrieg dürfe daher auch weiterhin nicht „in Unterdrückung ausarten“ – Äußerungen, die seinen bereits im Fontainebleau-Memorandum veröffentlichten Mahnungen durchaus ähnelten:

> „Deutschland und Russland - das sind Zweidrittel Europas, und ich will es ganz frei heraussagen: Jemand, der sich einbildet, dass man durch irgendwelche Mächtegruppierung auf die Dauer zwei grosse Völker, die Zweidrittel Europas darstellen, niederhalten kann, muss entweder blind sein oder Scheuklappen tragen. Diese Situation ist unmöglich, sie ist Torheit, sie ist Irrsinn. Man muss zu einer Verständigung kommen, welche auch die Gesamtheit der Völker einschliesst.“[2234]

Reichskanzler Wirth sah am 28. April 1922 mit der „treuga-dei-Idee“ Lloyd Georges eine neue Phase der Konferenz von Genua eingeleitet.[2235]

Die Alliierten setzten zugleich die eigenen, schwierigen Verhandlungen mit der Führung der sowjetrussischen Genua-Delegation fort.[2236] Insbesondere der britische Premier versuchte die nach wie vor mögliche Einigung zustandezubringen.[2237] Auch deshalb ist die Vorstellung unzutreffend, der Rapallo-Vertrag habe die Konferenz gesprengt und für Lloyd George „un désastre irréparable“ verursacht.[2238]

Als unmittelbare Folge der Proteste gegen den deutsch-russischen Vertrag blieb die deutsche Delegation von der offiziellen Erörterung der Russischen Frage allerdings ausgeschlossen. Außenminister Rathenau stufte den Stellenwert dieser Tatsache als gering ein. Er argumentierte, die deutsche Delegation sei trotz ihres „Verzichts“ in der Lage, ihre Interessen in der russischen Frage weiterhin zu vertreten:

> „Es bestehen somit jetzt bereits 4 Gremien für Russenverhandlungen 1.) die 1. Kommission 2.) die Subkommission der ersten Kommission. 3.) die heimlich konstituierte Kommission in Villa D´Albertis, wo bekanntlich hinter unserem Rücken verhandelt wurde, 4.) neuerdings eine Subkommission zu 2.) In dieser letzten sind tatsächlich vertreten Russland, Entente und zwei Sachverständige. Hieraus ergibt sich, dass unser heutiger Verzicht an Russen-Fragen in 1. Subkommission teilzunehmen auch praktisch ohne Bedeutung war.“[2239]

[2234] Vgl. zur Übersetzung des Wortlauts der Rede, die auf der ersten Seite die Paraphe Maltzans trägt, PA, R 23708 (L096766-71) bzw. die Filmnummer 3398/ D 738 547-52.

[2235] Wirth an Ebert, 27.4.1922, ADAP A VI, Nr. 76 bzw. AdR, Kab. Wirth II, Nr. 260, Anm. 7.

[2236] Vgl. dazu stellvertretend die entsprechenden Vorschläge für ein „Memorandum to Russian Delegation“ z.B. bei PRO, FO 115/2738, 144ff. Ein „Second Draft“ vom 27.4.1922 mit dem Titel „Conditions of Agreement“ bei ebd., 163ff., ein frz. Vorschlag bei 243ff., siehe dazu auch das Tel. Müller an Presseabteilung, 29.4.1922, PA, R 23700, 004-005. Zur am 3.5.1922 von Schanzer an Tschitscherin übersandten Endfassung des „Memorandums sent to the Russian delegation“ vom 2.5.1922 vgl. ebd., FO 115/2739, 117-132. Die russische Antwort befindet sich bei CAB 31/2, Verweis bei 5 (Nr. 364).
Die Alliierten und insbesondere Frankreich blieben dabei eindringlich bemüht, ihre finanziellen Interessen in diesem Bereich so weit wie möglich durchzusetzen. Hiergegen leisteten die sowjetrussischen Vertreter argumentativ zuweilen scharfen Widerstand, unter anderem mit ausgiebigen historischen Begründungen, die bis zu der Weigerung der aus der französischen Revolution hervorgegangenen Regierungen reichten, die Schulden der Monarchie zu übernehmen, siehe dazu u.a. auch die Antwort der russischen Delegation vom 10.5.1922 auf ein von den Alliierten ausgearbeitetes Memorandum vom 2.5.1922, Übersetzung bei ebd., R 23685, 174-176, sowie den Vermerk Maltzans vom 12.5.1922, ebd., 128, mit der Behauptung, dass durch eine Indiskretion ein Teil dieser russischen Antwort in der „hiesigen Abendpresse“ bereits vorab veröffentlicht worden sei.

[2237] Vgl. die geheime Aufz. über ein Treffen der britischen Genua-Delegation am 10.5.1922, PRO, CAB 31/1, 23ff. Lloyd George warb dabei um eine Neufassung der alliierten Vorschläge.

[2238] Siehe hierzu z.B. die Erinnerungen von Saint-Aulaire, S.618.

[2239] Vgl. Reichsminister an AA, Nr. 139, 21.4.1922, PA, R 23684, 128-129. Die zweite Sitzung der Subkommission fand ohne deutsche, aber mit russischer Beteiligung am 21. April statt. Siehe auch DBFP, First Series, Vol. XIX, Dokument Nr. 83, S.487ff. Bei den Akten befindet sich auch ein ca. elfseitiger Auszug aus der Antwort der Russischen Delegation auf die ihr am 11.4.1922 von den alliierten Sachverständigen überreichten Gutachten PA, R 23684, 234-244, vgl. zur russischen Antwort auch CAB 31/2, Verweis bei 5 (Nr. 364). Siehe in diesem Zusammenhang auch das nach Berlin

Weitgehend unbeantwortet aber stand die Frage im Raum, ob sich das immer noch sehr fragile deutsch-sowjetrussische Verhältnis durch den gemeinsamen Verhandlungserfolg tatsächlich verbessern würde. Bereits am 23. April 1922 hatte die deutsche Delegation die Erörterungen mit der Delegation Moskaus abermals in Rapallo wieder aufgenommen, um das weitere Vorgehen zu beraten. In Gegenwart von Rathenau, Maltzan, Raumer, Hilferding, Joffé und Tschitscherin wurde dabei nicht nur erörtert, ob „durch Notenaustausch oder gegebenenfalls durch einen Zusatzvertrag die Gültigkeit des Rapallo-Vertrages nach Wort und Inhalt auf die Ukraine, sämtliche Kaukasusstaaten und die fernöstlichen Republiken ausgedehnt“ werden solle. Auch die Übergabe des ehemaligen russischen Botschaftsgebäudes in Berlin „gegen entsprechende Wiederherstellung unseres Botschaftsgebäudes in Petersburg“ war nach deutschen Angaben nunmehr erneut Gegenstand gemeinsamer Gespräche.[2240] Überdies wurde die rechtliche Auswirkung des Rapallo-Vertrages auf das Abkommen vom 6. Mai 1921 ebenso diskutiert wie die konkrete Bedeutung insbesondere von Artikel 2, 3 und 4 Rapallo-Vertrag.[2241]

Aus Sicht der deutschen Akteure stand die Absicherung des Erreichten im Vordergrund. Maltzan, Raumer und Hilferding forderten für den Fall eines Vertrages zwischen Russland und der Entente von den sowjetrussischen Vertretern einen „Passus“, wonach die „Verträge Russlands mit fremden Staaten“ „bedingungslos (an)erkannt werden sollten.“[2242]

Trotz positiver Zukunftschancen in den Beziehungen zwischen Berlin und Moskau wurde allerdings schnell erneut sichtbar, dass sich an den grundlegenden politischen Unwägbarkeiten und Unaufrichtigkeiten im deutsch-sowjetrussischen Verhältnis kaum etwas geändert hatte. Ein hohes Maß an gegenseitigem Misstrauen blieb jedenfalls bestehen: Bei den deutschen Akten befindet sich die Aufzeichnung über eine Rede Radeks, die dieser ebenfalls am 23. April 1922 auf einer Funktionärversammlung der K.P.D. in Berlin mit offenbar rund 800 Funktionären hielt. Der sowjetrussische Vertreter habe ausführte, in Deutschland liege ab sofort „der Schwerpunkt der Weltrevolutionierung“. „Speziell“ in der „illegalen Betätigung“ müsse in Zukunft „weit mehr als bisher“ geleistet werden.[2243] Und insbesondere diese fortgesetzten Konfliktlinien im deutsch-sowjetrussischen Verhältnis beanspruchten weiterhin großes Gewicht - auch wenn

---

gerichtete Tel. Maltzans Nr. 138 bei PA, R 23701, 005f., das auf der ersten Seite von Maltzan abgezeichnet wurde. Vgl. dazu weiter auch den Bericht No.6 Büchers vom 26.4.1922, ACDP, I-220-005/2.

[2240] Vgl. die wohl von Maltzan stammende, ungezeichnete Aufz. vom 24.4.1922, PA, R 23710, 180. Die Vorlage trägt keine Paraphe und ist offenbar eine Abschrift.

[2241] Vgl. dazu auch ein Gespräch Hauschilds mit „Paschukanis und Brodowski (sic) von der Russischen Diplomatischen Vertretung“ am 3. Mai 1922, Aufz. Hauschild vom gleichen Datum, ebd. (PA), R 83436, 081ff. (L203648-51).

[2242] G.A. o.U., 24.4.1922, ebd., R 31490k/31491k (K 096419-21). Die Vorlage ist am linken Rand beschädigt. Aus Zusammenhang geht hervor, dass sie von Maltzan stammt.

[2243] Ebd., R 23695 (L 096552-53). Die Vorlage wurde am Schluss mit einem hschr. Vermerk an Maltzan verwiesen. Auf der ersten Seite findet sich im Kopfbereich hschr. das Datum „1.5.22“. Zur Rede Radeks auf der Funktionärversammlung der KPD am 28.4.1922 vgl. auch das Telegramm Haniels an Krestinski vom 4. Mai 1922, ebd., R 23695 (L 096559-61). Siehe des Weiteren auch einen Pressebericht vom 7. Mai 1922, den Maltzan am gleichen Tage abgezeichnet hat und mit hschr. Vermerk im Kopfteil der Akte „Radek“ zuordnete, ebd., R 23695 (L096549) sowie das Antwortschreiben Krestinskis vom 8.5.1922, ebd., R 23695 (L 096562-64). Vgl. zudem ein Schreiben des AA an Maltzan vom 9. Mai 1922, das Maltzan in den Anlage u.a. verschiedene Berichte und Sitzungsprotokolle übermittelte, ebd., R 23695 (L 096557-58) und seine Paraphe vom 16.5.(1922) trägt, sowie den hschr. Entwurf Maltzans bei ebd. (L 096586-87).

Auch die britische Diplomatie nahm diese Entwicklung wahr. D’Abernon konstatierte am 8. Mai 1922, die deutsche Regierung habe „considerable difficulty with Radek who remains in Germany contributing communistic articles to advanced press and indulging generally in subversive propaganda.”, vgl. D’Abernon an Curzon No.110, 8.5.1922, PRO, FO 371/8190, 120. Die Vorlage trägt einen Eingangsstempel vom 11.5.1922 mit der No. „N 4563“.

Ministerialdirektor Maltzan zuvor unter dem 28. April 1922 eine Meldung an Wirth und Rathenau weitergab, die besagte, dass der Ton Radeks mittlerweile selbst Lenin „für die gegenwärtige Situation zu laut“ geworden sei. Man könne gegebenenfalls schon bald mit einer „vorübergehenden Kaltstellung Radeks“ rechnen.[2244]

Nach den Erinnerungen des deutschen Vertreters in Moskau, der sich über die Vorgänge in Genua und Rapallo unzureichend informiert fühlte[2245], gab es ebenfalls keinen Anlass zu uneingeschränkter Zuversicht. Wiedenfeld stellte fest, im Gegenteil sei „umso auffallender“, dass in einigen „Spezialfragen, die zwischen der hiesigen Regierung und uns schweben, in der ganzen ersten Woche nach dem Abschluss des Vertrages nicht das leiseste Entgegenkommen zu spüren“ war. Er habe sogar den Eindruck gewonnen, „die hiesigen Regierungskreise“ hätten „ihre ersten so überaus freundlichen Aeusserungen abschwächen und uns vor allem fühlen lassen“ wollen, „dass wir das Abkommen doch reichlich spät abgeschlossen hätten.“[2246]

Die politischen Trinksprüche, die am Abend des 28. April 1922 bei einem gemeinsamen Abendessen der deutschen und sowjetrussischen Delegation im Hôtel de Gênes in Genua ausgetauscht wurden und bei denen Reichskanzler Wirth nachdrücklich den wirtschaftspolitischen Grundcharakter des Vertrages betonte, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine grundlegende, politisch-atmosphärische Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland durch den Rapallo-Vertrag nicht erreicht wurde.[2247] Das in Rapallo vertraglich Vereinbarte bildete – nach den deutsch-russischen Abkommen vom Mai 1921 – nur ein weiteres, im Ergebnis ebenfalls noch völlig offenes „Fundament“[2248], das zur inhaltlichen Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen aufrief, gerade auch im Hinblick auf die gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Bücher legte Stinnes gegenüber dar, er persönlich verhalte sich ganz bewusst „reserviert und habe nur das einzige Bestreben, die Entwürfe ihrer wirtschaftlichen Projekte, die sie angeblich in grosser Zahl haben, aus ihnen herauszubekommen“. Letzteres sei ihm zugesagt worden und er hoffe, „sie mit nach Berlin bringen zu können, wo zu entscheiden ist, ob etwas Brauchbares darunter ist.“[2249]

Welche Hoffnungen auf deutscher Seite damit unter anderem einhergingen, lässt sich anhand der so genannten Petroleumverhandlungen[2250] ermessen, an denen neben den Vertretern der amtlichen

---

[2244] Vgl. PA, R 23702, 002. Unter dem 1. Mai 1922 drahtete Maltzan nach Berlin, die russische Delegation beabsichtige, „ihren hiesigen Delegierten Sapronow auf der Rückreise am 7. Mai am Berliner Arbeiterkongress zwecks Berichterstattung über Genua teilnehmen zu lassen.“ Man möge bitte die „inneren Behörden informieren“, da dem Genanntem bereits „diesseitiges Entgegenkommen zugesagt worden“ sei, Maltzan an AA, Nr. 235, PA, R 23684, 262. Vermutlich wurde diese Zustimmung von der Ablösung Radeks abhängig gemacht: Mit Datum vom 17.5.1922 erstellte Maltzan für Rathenau ein Telegramm, in dem Berlin mitgeteilt wurde, dass „auf erneute Vorstellungen [...] Litwinoff zugesichert“ hätte, „dass Radek am 23.Ma(i) nach Moskau abreisen würde.", ebd., R 23695 (L096590).

[2245] In den Erinnerungen Wiedenfelds heißt es auf S.103, ihm sei „trotz wiederholter Bitten“ angeblich sogar der genaue Wortlaut des Vertrags zunächst vorenthalten worden. In einer Anmerkung heißt es bei ebd., S.166 u.a., auch Maltzan sei Ende Mai 1922 in Berlin gegenüber ihm, Wiedenfeld, mit näheren Informationen sehr zurückhaltend gewesen: „Was eigentlich schließlich zum Abschluß des Rapallo-Vertrags geführt hat, konnte ich nicht erfahren.“

[2246] Wiedenfeld an AA, o.D., Nr. 33, ebd., R 23689 (L096531-36). Siehe auch Graaps Bericht Nr. 11 vom 22. Mai 1922, im PA verfilmt unter L 640/ L 203 249-51.

[2247] Müller an Presseabt., 28.4.1922, ebd., R 28206, 258 (D 739084), auch bei BAB, R 43, I/468 (MF 1), 43.

[2248] Siehe zur Verwendung dieses Begriffs später auch das Schreiben von Hilger an Maltzan, 7.5.1925, PA, NL Maltzan, Bd. Anh.1. Hier heißt es u.a.: „Erst vor kurzem habe ich wieder in Ihren Briefen aus den Jahren 1920/21 geblättert und der Zeiten gedacht, als in schwerer Arbeit das Fundament unserer Beziehungen zu Russland gelegt wurde. Die Erinnerung an diese Zeit, insbesondere aber die Zusammenarbeit mit Ihnen wird mir unvergesslich bleiben.“ Für Hilger hatte somit schon die Zeit vor dem Rapallo-Vertrag die Grundlage des deutsch-sowjetrussischen Verhältnisses ausgebildet.

[2249] Bücher an Stinnes, 27.4.1922, ACDP, NL Hugo Stinnes, I-220-19/3, auch bei ebd., I-220-005/2.

[2250] Vgl. Maltzan an AA, Nr. 178, 26.4.1922, PA, R 23684, 195. Siehe auch das Schreiben Kempners an Wirth, 5.5.1922, AdR, Die Kabinette Wirth, Bd.2, Nr.262, S.760, Anm.5. Hier heißt es u.a.: „Direktor von Stauss ist überrascht, dass die

Außenpolitik unter anderem die Deutsche Bank beteiligt war: So erstellte Maltzan zum Beispiel unter dem Datum des 8. Mai 1922 einen Telegrammentwurf für den Reichskanzler, in dem das Auswärtige Amt in Berlin angewiesen wurde, umgehend an Herrn Krupp von Bohlen-Halbach nach Essen zu drahten, dass der „Geheimrat Kreuter", im Auftrag des Außenministers „zu Besprechung dringendster Angelegenheit, der hier entscheidende Bedeutung beigemessen wird und auf die ich daher grossen persönlichen Wert lege", am Dienstagabend 11 Uhr zu einem Kurzaufenthalt in Berlin eintreffen und nach diesen Gesprächen dann am nächsten Abend wieder nach Genua zurückreisen würde.[2251] Schon zwei Tage zuvor hatte der Ministerialdirektor auf einer „Kabinettssitzung" in Genua am 6. Mai 1922 Einzelheiten zu diesem Projekt erläutert und darauf hingewiesen, dass von amerikanischer Seite bereits Verhandlungen mit Krassin stattgefunden hätten und die Gründung einer amerikanisch-russischen Gesellschaft hinsichtlich der „Ausbeute der Petroleumlager in Baku" in Erwägung gezogen werde.[2252] Der Vorstellung an sich, eine deutsch-russisch-amerikanische Zusammenarbeit lasse sich tatsächlich realisieren, standen deutsche Vertreter aber eher skeptisch gegenüber.[2253]

Die in Aussicht genommene geographische Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die mit der revolutionären Regierung in Moskau eng verbundenen, formal unabhängigen Sowjetrepubliken war ebenfalls von einer Schwebelage gekennzeichnet. Die Ukraine und Georgien stellten hierbei Sonderprobleme dar.[2254] Nichtsdestoweniger hielt Maltzan in einer Aufzeichnung vom 8. Mai 1922 hinsichtlich der „Stellung der russischen Föderativstaaten im Rapallo-Vertrag" fest, er habe mit Gaus und Litwinow besprochen, „dass die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf Sibirien, die kaukasischen Republiken und Georgien in Berlin durch die Form eines Zusatzprotokolls, welches Geheimrat Gaus entwerfen wird, erfolgen" könne. Dies entspreche ebenfalls den Intentionen Außenminister Rathenaus und Reichskanzler Wirths. Alsbald werde darüber hinaus in konkreter Form mit der vertraglichen Ausarbeitung eines deutsch-russischen Konsularabkommens begonnen.[2255]

Ende April 1922 besann man sich deutscherseits noch einmal verstärkt auf den deutsch-britischen Dialog. Hierzu leistete Dufour einen durchaus erheblichen persönlichen Beitrag. Zugleich begannen

---

durch Monate geführten Verhandlungen zwischen Russen und Stomaniakoff und Deutscher Bank über Petroleum seit kurzem nicht mehr gefördert werden. Er vermutet daher, dass die Gerüchte über Verhandlungen der Russen mit Shell-Gruppe begründet sind. Bei der großen Bedeutung solcher Verhandlungen für Deutschland wäre Stauss dankbar, wenn Delegation versuchte, der Angelegenheit auf den Grund zu kommen. Er ist bereit, hiesigen Verhandlungsführer Dr. Lehner auf Wunsch nach Genua zu senden, notfalls auch selbst zu fahren."

[2251] PA, R 23685, 035. Ursprünglich war Maltzan als Absender vorgesehen.

[2252] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 262 (Kabinettssitzung vom 6. Mai 1922, 10.45 Uhr in Genua).

[2253] Vgl. Kempner an Genua-Delegation, 9.5.1922, BAK, R 43/ 12452 sowie Stauss an Hemmer für Lehner, 11.5.1922, ebd., sowie die hschr. Aufzeichnung bei, PA, R 31490k/31491k (K 096429-30), die mit der Paraphe Haniels vom 20. Mai 1922 versehen ist.

[2254] Zu den fortlaufenden Schwierigkeiten, in dem noch „unfertigen Staat Georgien" eine deutsche Gesandtschaft auszubauen, vgl. bereits Rauscher an Maltzan, 13.5.1921 bzw. bezüglich der Abberufung Rauschers Anfang Februar 1922 Doß, Zwischen Weimar und Warschau, S.71f. Maltzan beschäftigte sich mit Fragen, die Georgien betrafen, seit seinem Eintritt in das Russlandreferat, siehe z.B. Maltzan an das Reichswehrministerium/Unterkunftsdepartement, 1(3?). April 1920 sowie u.a. seine G.A. 9.11.1920, PA, R 84085, wobei auch die zahlreichen Paraphen und Vermerke in der Akte die Beteiligung Maltzans verdeutlichen. In einem offenbar von Maltzan verfassten Schreiben an Rauscher, ebd., heißt es u.a. dem 26.5.1921, die Anerkennung Sowjet-Georgiens komme „vor endgültiger Stabilisierung (der) Verhältnisse nicht in Frage." Siehe zur Problematik der deutschen Vertretung in Georgien auch Maltzans hschr. geheime Aufzeichnungen vom 1. und 11.6.1920 und 27.2.1921 sowie seine zahlreichen anderen Entwürfe, Randnotizen, stichwortartige Gedankenskizzen, Paraphen und Unterschriften bei ebd., R 84107.

[2255] Vgl. Aufz. Maltzan, 8.5.1922, ebd., R 23685, 104-106, auch bei ebd., R83435, 227-229.

mit Datum vom 30. April 1922 deutsche Bemühungen um eine „Vermittlung zwischen England und Russland“. Diese gingen von Außenminister Rathenau aus, der mit Maltzan und Joffe darüber noch Rücksprache zu halten beabsichtigte.[2256] Wirth und Rathenau führten dazu mehrere Gespräche mit Lloyd George. Der britische Premier bat seinerseits um erweiterte deutsche Unterstützung bei einer politischen Lösung der alliierten-russischen Sachprobleme.[2257] Eine Isolierung Deutschlands im Anschluß an den Rapallo-Vertrag fand im Ganzen gesehen nicht statt.[2258]

Die durch den deutsch-russischen Vertrag verursachten Komplikationen waren dadurch allerdings keineswegs „aus der Welt“. Der deutsche Außenminister legte zwar auf der einen Seite in einem Schreiben an Raumer vom 5. Mai 1922 dar, Lloyd George sei in den letzten Gesprächen auf den Rapallo-Vertrag „mit keinem Wort mehr“ eingegangen. Rathenau sah deshalb nun eine „günstige Gelegenheit“, selbst „das Reparationsproblem“ zumindest in mündlicher Form vorsichtig anzuschneiden. Die insbesondere von Frankreich ausgehenden Gefahren für die internationale Stellung Deutschlands blieben jedoch offensichtlich.[2259] Rathenau sah deshalb in einer deutschen Vermittlung zwischen den Ententemächten und Russland erhebliche Chancen für eine weiterführende, eigenständige Aktivität der deutschen Außenpolitik. In seiner Analyse der gegenwärtigen Lage hielt er fest, „ein erträglicher Begleitumstand“ läge „in der Tatsache, dass man, um auf die Russen zu wirken, sich ganz ungeniert unserer Mitwirkung bedient, die wir auch, soweit es sich mit dem Gewissen vereinbaren lässt, zur Verfügung stellen“. Tags zuvor habe die deutsche Seite Schanzer gegenüber erklären können, „Sie sehen nun, welche Vorteile Rapallo für die Alliierten hat“, was der italienische Außenminister „denn auch für den Fall, dass unsere Vermittlung einigen Erfolg brächte, unumwunden“ zugegeben habe.[2260]

In die praktische und technisch-organisatorische Durchführung dieser deutschen Mittlerposition zwischen den in Genua anwesenden Ententemächten und Sowjetrussland war und blieb Maltzan führend eingebunden: So fuhr der Ministerialdirektor nach Angaben Kesslers unter anderem am späten Abend des 7. Mai 1922 zum Hotel der sowjetrussischen Delegation von Genua nach Rapallo, nachdem der britische Premier, wie bereits oben erwähnt, den deutschen Reichskanzler aufgefordert hatte, „auf die Russen einzuwirken“, damit sie vor einer weiteren Antwort im Rahmen der Verhandlungen mit den Alliierten „noch mit Lloyd George Rücksprache nähmen“:

[2256] Vgl. Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, S.135. Stephanie Salzmann vertritt in Bezug auf eine Aufz. Dufours vom 29. April 1922 die Ansicht, dieser habe eine deutsche Vermittlungstätigkeit zwischen England und Russland zuerst vorgeschlagen, was Lloyd George begrüßt habe. Eine diesbezügliche Anwesenheit Rathenaus sei dabei nachfolgend angeblich z.T. sogar unerwünscht gewesen, Salzmann, Great Britain, S.16.

[2257] Vgl. dazu Wirth an Ebert, 4.5.1922, PA, Büro Reichsminister, Genua, 5 h/ 3 sowie ausführlicher auch Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, S.135ff. Siehe auch DAZ, 5.5.1922 und eine entsprechende Aufz. von Rathenau 4.5.1922, BAK, NL Rathenau, Allgemeines, Bd.2.

[2258] Anders Wintzer, Deutschland und der Völkerbund, S.264, in Bezug auf ein Schreiben von Gaus an Köpke vom 2.5.1922.

[2259] Rathenau an Raumer, 5.5.1922, ebd. Hier heißt es u.a.: „Viel ernster aber ist die Lage in Paris, und zwar sowohl auf Grund von Rapallo wie auf Grund der ablaufenden Termine. Ein Sturmzeichen ist die gestrige Note der Reparationskommission wegen Rapallo. Zweifelhaft scheint, ob es sich vermeiden lässt, dass eine neue Reparationsnote uns geschrieben wird. [...] Es stehen also ausserordentlich schwere und kritische Verhandlungen bevor, und wir dürfen unserm Schöpfer danken, wenn wir unbeschädigt aus dieser Klippenfahrt herauskommen. Die Möglichkeit, über Rapallo hinaus eine Offensivpolitik zu betreiben, wie sie auch in Ihrem freundlichen Schreiben gestreift wird, scheint mir sehr gering.“

[2260] Ebd.

> „Maltzan sagt: Was die Russen wollen, ist Geld; dann würden sie in der Frage des Privateigentums entgegenkommen. Sie forderten fünfzig Millionen Pfund, würden sich aber mit dreißig Millionen zufrieden geben. Als ich [Kessler, Anm.d.Verf.] fragte, inwiefern sie dann konziliant sein würden, antwortete Maltzan: dann würden sie sich auf Artikel 5 des Villamemorandums zurückziehen, nie aber würden sie Artikel 7 des neuen Memorandums annehmen.
> Während wir sprachen, fuhr Tschitscherin mit Litwinow vor; Rathenau und Wirth gingen zu ihnen in den Garten. Nach der Unterredung wiederholte Maltzan: Was die Russen wollten, sei Geld, Geld, Geld. Es solle sich ein Konsortium bilden, das ihnen Geld für bestimmte, nachzuprüfende Zwecke vorstrecke (Produktivkredite).“[2261]

Während sich der französische Delegationsleiter Barthou um eine Entschärfung der britisch-französischen Spannungsmomente bemühte[2262], berichtete Wirth Reichspräsident Ebert von diesen Entwicklungen: „Alles kommt jetzt darauf an“, so hieß es in seinem Schreiben vom 8. Mai 1922, „die Russen zu einer konzilianten Antwort zu bewegen“. Auch er bestätigte, Lloyd George habe ihn nachdrücklich um die Vermittlung eines Gesprächs mit Tschitscherin gebeten und sich dafür ausgesprochen, dass sich auch die deutschen Sachverständigen der auf der Konferenz erörterten „Russenfrage“ inoffiziell wieder annähmen. Dies konnte der Reichskanzler natürlich nur befürworten. Darüber hinaus versuchte Wirth in der Reparationsfrage zu atmosphärischen Erleichterungen zu gelangen. So bat er den britischen Premier nach eigenen Angaben, vor Journalisten in Genua zu erklären, dass eine friedliche Lösung der Reparationsfrage „ausdrückliches Ziel der englischen Politik“ sei. Lloyd George antwortete mit dem Hinweis, England sei ohnehin „jeder Konspiration gegen Deutschland feindlich gesinnt“ und wolle zu einem „wahren Frieden“ kommen.[2263]

Maltzan füllte die deutsche Vermittlerposition in politisch-praktischer Hinsicht aus: Er machte deutlich, dass die sowjetrussische Seite bereits am Abend des 7. Mai 1922 Bereitschaft zu einem weiteren Gespräch mit Lloyd George gezeigt und am nächsten Morgen unmittelbar vor dem Gespräch mit den britischen Vertretern Rathenau zugesagt habe, sie werde durchaus konziliant auf die alliierten Wünsche eingehen. Am Nachmittag des 8. Mai hätte sie zwar dann dem Ministerialdirektor enttäuscht berichtet, aus dieser Unterredung sei keine Aussicht auf ein festes Anleiheversprechen entstanden. Dennoch meinte Rathenau am 10. Mai 1922 festhalten zu können, Maltzan sei „optimistisch“, dass es doch noch zu einer Einigung zwischen den Alliierten und der russischen Seite käme.[2264] Offenbar hatte der Diplomat in diesem Sinne bereits weitere Gespräche unter anderem mit Tschitscherin geführt.

In der Forschung sind diese Bemühungen um eine Vermittlerposition ebenfalls unterstrichen worden: Karl Dietrich Erdmann hat 1963 diese Entwicklung zu Recht dahingehend interpretiert, dass Wirth, Rathenau und insbesondere auch Maltzan nach dem 16. April 1922 „loyal an einer Verständigung zwischen Russland und den Westmächten arbeiteten und jedenfalls in dieser Situation Rapallo keineswegs als ein Instrument benutzten, Osten und Westen gegeneinander auszuspielen.“[2265] Die von Erdmann konstatierte größere deutsche „Bewegungsfreiheit“ blieb aufgrund der schwachen

---

[2261] Kessler, Tagebücher, S.311 (8. Mai 1922). Zur Vermittlungsposition Deutschlands vgl. auch die spürbar positiv überzogene Darstellung bei Kessler, Walther Rathenau, S.349ff.
[2262] Vgl. Barthous hschr. Schreiben an Lloyd George vom 8.5.1922, HLRO, LG Papers, F/51/3/15.
[2263] Zit. nach Erdmann, Deutschland, Rapallo und der Westen, S.136.
[2264] Ebd., S.136f.
[2265] Ebd., S.137f., S139ff.

außenpolitischen Gesamtsituation Deutschlands allerdings stark eingeschränkt und die Vermittlungstätigkeit in der russischen Frage war hauptsächlich eine Funktion bzw. Konsequenz deutscher Englandpolitik.

Maltzan wies in diesem Kontext mit Datum vom 10. Mai 1922 darauf hin, dass eine gegen den Wunsch des britischen Premiers erfolgte Weigerung der deutschen Akteure, zwischen den Alliierten und der sowjetrussischen Genua-Delegation zu vermitteln, die deutsche Gesamtlage möglicherweise dramatisch verschlechtert hätte.[2266] Dennoch war Rathenau der Ansicht, die deutschen Akteure hätten derzeit „keine Veranlassung, Flaumacherei zu treiben oder uns als hilflose Objekte der Schicksalsmächte zu betrachten". Man werde daher „vielmehr mit aller Zähigkeit unsere Interessen aktiv weiter zu betätigen suchen"[2267] - eine positive Gesamteinschätzung, die auch bei dem Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im Auswärtigen Amt, Simson, in ähnlicher Weise nachweisbar ist.[2268]

Weitere Quellen belegen die Überzeugung des deutschen Außenministers von der Richtigkeit seiner Entscheidung vom Ostersonntag 1922 und seine Zuversicht, dass daraus eine positive außenpolitische Entwicklung hervorgehen könne. So führte er zum Beispiel in einem Schreiben vom 6. Mai 1922 an den preußischen Minister Boelitz aus, er „hoffe, dass es uns gelingt, den Rapallo-Vertrag durch alle Klippen zu bugsieren, denn ich glaube, dass er für unsere Zukunft etwas bedeutet."[2269]

Gegenüber den immer noch vorhandenen Protesten zeigte sich Rathenau jetzt sichtbar verärgert: So teilte er Koch-Weser am 9. Mai 1922 mit, er habe „mit einem Journalisten der ausgesprochenen Opposition" an diesem Tag eine Unterhaltung „in russicis" geführt, bei der dieser „wieder einmal den Standpunkt" vertreten habe, „der Rapallo-Abschluss sei zu früh getätigt worden". Damit habe sich nunmehr „die Mode etwas geändert": „Vorher hiess es zu spät, jetzt heißt es zu früh": Er machte deshalb seinem Gesprächspartner „unumwunden" klar, „welche Art von Polemik es eigentlich bedeutet, wenn man eine Sache, deren Wert man nicht bestreiten kann, wenigstens auf das Geleise der zeitlichen Unzulänglichkeit zu schieben sucht" und „wie unbegründet" sich eine „solche Kritik" damit doch letzten Endes ausnehme:

> „Man stelle sich nur einmal vor, wie die Lage wäre, wenn wir jetzt nach Ablehnung jener russischen Osterbitte uns zu Exekutoren der westlichen Zivilisation gegenüber Russland machten, wobei wir doch selbstverständlich das Missfallen aller Sozien erregen würden, wenn wir nicht der jeweilig stärksten, also in diesem Falle der belgischen Observanz beiträten. Man solle sich nur einmal klar machen, ob unter diesen Umständen uns die Russen die Option auf ein friedfertiges Zusammengehen freihalten würden, wenn wir ihnen sagten: ‚Nehmt es uns nicht übel, dass wir Euch die entscheidenden 14 Tage hindurch noch drangsalieren, wir sind von Herrn X und Y dringend gebeten worden, den Rapallovertrag erst abzuschliessen, nachdem Ihr Euch unterworfen habt.' Dass solche Erörterungen noch geführt werden können und müssen, zeigt eine ähnliche Reife des Urteils, wie sie aus einer grossen Zeitung neulich hervortrat, die von uns verlangte, wir sollten uns eilig um den Eintritt in den Völkerbund bewerben."[2270]

[2266] Aufz. Maltzan, 10.5.1922 bei PA, R 23685, 121. Siehe dann weiter auch AdR, Kab. Wirth II, Nr. 270 (Kabinettssitzung vom 11. Mai 1922, 18.10 Uhr in Genua) sowie Wirth an Ebert, Nr. 345, 18.5.1922, ebd., R 28202, 44-46 (D739406-08).

[2267] Rathenau an Koch-Weser, 9. Mai 1922, BAK, NL Rathenau, Allgemeines, Bd.2.

[2268] Simson an Schubert, 9.5.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10, S.8.

[2269] Zit. nach Noack, Rapallo - Wunsch und Wirklichkeit, S.41.

[2270] Rathenau an Koch-Weser, 9. Mai 1922, BAK, NL Rathenau, Allgemeines, Bd.2.

Der Außenminister wies an dieser Stelle daher darauf hin, dass sich doch insbesondere durch den selbstbehauptenden Schritt von Rapallo „den übrigen Nationen gegenüber“ mittlerweile „die Stellung Deutschlands so merklich gehoben (habe), dass eine aktive Politik, wie wir sie alle erstreben, ihre erste Grundlage findet“[2271] - Ausführungen, die ein weiterer Beleg dafür sind, dass es zwischen dem Außenminister und seinem Ministerialdirektor zumindest keine grundlegenden Meinungsunterschiede in dieser Frage gab. Viel eher wird hingegen erkennbar, wie sehr es die deutschen Verantwortlichen in der frühen Weimarer Außenpolitik umtrieb, bis zu diesem Zeitpunkt von den Siegermächten letzten Endes immer als Objekt behandelt worden zu sein.

Pflichtverletzungen sollten jedoch auch weiterhin ausdrücklich vermieden werden. So hieß es in einem der deutschen Genuadelegation empfohlenen und offenbar unter der Federführung von Staatssekretär Haniel entstandenen Entwurf für eine deutsche Antwort an die Reparationskommission, die deutschen Verantwortlichen hätten zur Kenntnis genommen, dass die Reparationskommission die deutschen Bemühungen um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands und um die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen diesem Lande und Deutschland anerkenne. Es läge „nicht in der Absicht der deutschen Regierung, durch derartige Bemühungen die deutschen Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles zu beeinträchtigen.“[2272]

Zu berücksichtigen ist ebenso, dass sich die Konflikte zwischen der französischen und der britischen Außenpolitik und Diplomatie seit Anfang Mai 1922 abermals verschärften: Nach Kessler kam es dabei aufgrund von regelrechten „Theatercoups der Franzosen“ zu „höchst pathetischen“ Streitszenen mit Lloyd George und „very serious difficulties“.[2273] Britische Journalisten hätten nach einem Gespräch mit dem britischen Premier am 9. Mai 1922 geäußert, dieser ziehe mittlerweile sogar in Erwägung, die „Entente“ zu „lösen“, was bei „neun Zehntel der englischen öffentlichen Meinung“ „freudig begrüßt werden“ würde.[2274]

Dufour hingegen ging in seiner Beurteilung der Dinge fehl, wenn er Botschafter Sthamer in London berichtete, „mit allen Engländern“ sei in diesen ersten drei Wochen nach dem Ostersonntag 1922 die vermeintlich bestehende, „alte Freundschaft wieder hergestellt worden“.[2275] Die Quellen zeigen, dass es innerhalb der britischen Außenpolitik weiterhin maßgebliche Akteure gab, die dem Vertragsabschluss ablehnend gegenüberstanden und daraus im Rahmen der alliierten Deutschlandpolitik Konsequenzen forderten. Daran änderte auch die nur bedingt zutreffende Einschätzung Sthamers vom 11. Mai 1922 nichts, das „deutsch-russische Intermezzo“ habe „die Ueberzeugung einsichtiger Englaender“ angeblich „nicht lange davon abhalten koennen, dass Frankreich das (sic) Land ist, dass

[2271] Ebd. Siehe in diesem Zusammenhang u.a. auch Pogge von Strandmann, Strategy in Preventive Diplomacy, S.138 sowie Linke, Deutsch-russische Beziehungen, S.211 sowie das Tel. Rathenau Nr. 290, 9.5.1922, PA, R 83436, 110-111 (L203656-58) und sein Anschlusstelegramm ebenfalls vom 9.5.1922 bei ebd., 128.

[2272] Haniel an dt. Delegation Genua, 11.5.1922, PA, R 23689 (L 096520). Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom 12.5.(1922). Siehe zur Entwicklung der deutschen Antwort auch ebd., R 28206, 232-324 (D 739138-39) und ebd., R 23689 (L 096502-04).

[2273] Vgl. dazu Kessler, Tagebücher, S.309f. (2. Mai 1922). Hier heißt es daneben u.a. auch, im „Observer vom Sonnabend“ habe es einen „unerhört scharfen Angriff von Garvin [James Louis Garvin, Herausgeber des Observer und nach Wendt, Lloyd George’s Fontainebleau-Memorandum, S.35 einer der „hartnäckigsten Gegner des Versailler Vertrages, Anm.d.Verf.] auf Poincaré und die französische Politik mit Überschriften wie „‚M. Poincaré as wrecker’, ‚The Kaiser of the Peace’“ gegeben.

[2274] Vgl. ebd., S.312 (9. Mai 1922).

[2275] Dufour an Sthamer, 20. Mai 1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10, S.8.

durch seine Politik den Interessen Englands und einer Befriedigung Europas im Wege steht". Zahlreiche britische Akteure, so die Ansicht des deutschen Botschafters in London, seien sich nach Rapallo „sehr bald darueber klar (geworden), dass alle von franzoesischer Seite veranlassten Nachrichten ueber den Abschluss einer angeblichen deutsch-russischen Militaerkonvention fuer den Augenblick haltlose Propaganda-Machinationen waren."[2276]

Auf der anderen Seite gab es in der französischen Diplomatie zumindest vereinzelt Hinweise, die den Rapallo-Vertrag keineswegs als eine ernstzunehmende deutsch-russische Allianz geschweige denn als direkte, ernsthafte Bedrohung auswiesen, sondern dessen politische Bedeutung erheblich abschwächten: So stellte der französische Gesandte in Riga, Martel, mit Datum vom 10. Mai 1922 fest, in Moskau herrsche angeblich sogar eine große Enttäuschung über die bisherige Verhandlungsbilanz der sowjetrussischen Delegation in Genua insgesamt - sowohl in Bezug auf die Verhandlungen mit den Alliierten als auch im Rahmen der Skepsis, „quant aux effets qu´ils peuvent attendre du traité de Rapallo, ceux-ci se retourneraient vers l´Amérique qui se trouve être précisément absente de Gênes et chercheraient à l´attirer par la promesse de larges concessions."[2277]

Darüber hinaus hatte der französische Diplomat bereits unter dem Datum des 3. Mai 1922 gemeldet, bei nicht wenigen der nicht auf der Konferenz in Genua anwesenden sowjetrussischen Verantwortlichen werde die begrenzte inhaltliche Bedeutung und Wirksamkeit, die dem Vertrag mit Deutschland zugrunde läge, mittlerweile bedauert.[2278]

Maltzan verstärkte in der Zwischenzeit die deutsche Mittlertätigkeit in der russischen Frage: Die umfangreiche Antwort der sowjetrussischen Delegation im Rahmen der weitergeführten Vertragsverhandlungen mit den Alliierten auf der Basis des Londoner Memorandums erörterte er intensiv und nahm diese mit mehreren Randnotizen und zahlreichen Unterstreichungen bis ins Detail zur Kenntnis.[2279] Dufour hielt am 12. Mai 1922 gegenüber Schubert fest, insbesondere der Ministerialdirektor und Reichskanzler Wirth hätten „ihren ganzen Einfluss aufgeboten, damit die russische Note eine einigermaßen annehmbare Form erhalte."[2280]

Nach diesem Bericht Dufours war die Gesamthaltung des britischen Premiers aus deutscher Sicht allerdings nach wie vor schwierig einzuschätzen: So sei Lloyd George während eines Gesprächs von Dufour mit Grigg am Morgen des 15. Mai 1922 spontan „ins Zimmer" gekommen und habe die enormen „Schwierigkeiten" in der russischen Frage geschildert, „die er am vorhergehenden Tage bei diesen Verhandlungen mit den Franzosen und Belgiern gehabt habe".[2281] Eine weitere deutsche Mittlertätigkeit könne sich, so habe er daran anschließend ausgeführt, deshalb als erfolgreich erweisen, weil die deutsche Delegation keinen Mitgliedsstatus in der diesbezüglichen Subkommission der Konferenz mehr besitze und insoweit im Gegensatz zu den britischen Akteuren in der Lage sei, ohne Wissen der französischen Vertreter zu agieren. Auf die Frage Dufours

---

[2276] Aufz. Sthamer, 11.5.1922, bei ebd. Es heißt hier auf der vierten Seite u.a. auch: „Was man hier von den Gedanken einer englisch-deutsch-italienisch-russischen Annaeherung oder von aehnlichen Kombinationen hoert, ist zweifellos wert, registriert zu werden. Jedoch duerfen wir solche Ideen, soweit ich die Stimmung hierzulande beurteile, (…) vorerst nicht als politisch wirksamen Faktor fuer uns in Rechnung stellen."

[2277] Martel an Poincaré, 10.5.1922, ebd., Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 349, 143-144, hier 144.

[2278] Tel. Martel, No. 105-107, 3.5.1922, ebd., Relations Commerciales, B82, 96, 184-186, hier 186.

[2279] Vgl. PA, R 23703, 010ff.

[2280] Dufour an Schubert, 11./12.5.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10. Bei der Vorlage handelt es sich um ein hschr. Schreiben, dass offenbar am 16.5.1922 bei Schubert in Berlin einging.

[2281] Aufz. Dufour, 16.5.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe Bd.10, S.1f.

allerdings, ob es denn insoweit „schließlich ganz gut“ sei, „dass der Rapallo-Vertrag abgeschlossen“ wurde, habe Lloyd George den deutschen Diplomaten lediglich „verschmitzt“ angelächelt und dann „nach einer kleinen Pause“ zwar ein wenig kryptisch, aber letzten Endes wohl bewusst ausweichend geäußert, „well, it nearly overthrew the applecart“.[2282] Eine bejahende Antwort auf diese Frage konnte die deutsche Seite jedenfalls nicht erwarten, weil der britische Premier damit seine eigenen vorangegangenen Proteste als reines Schauspiel entlarvt hätte.

Nichtsdestoweniger wurde durch diese Wortwahl, der Vertrag hätte beinahe ‚alles’ aus der Bahn geworfen, nicht nur der atmosphärische Schaden unterstrichen, den die deutsch-russische Vertragsunterzeichnung aus der Sicht Lloyd Georges verursacht hatte. Zugleich zeigte sie auf, dass der Vorgang zu einer grundlegenden, für Berlin überaus nachteiligen Änderung der britischen Deutschlandpolitik hätte führen können. Dufour ermahnte daher seine deutschen Kollegen, insbesondere deshalb jetzt weiterhin „grosse Vorsicht“ walten zu lassen. Es würde, so lautete eine kritische Analyse hinsichtlich der britischen Haltung selbst aus seiner Feder, Lloyd George vielleicht eben einfach nur im Moment und lediglich vorübergehend ganz gut passen, „freundlich mit Deutschland zu sein, weil wir ihm in seinem grossen Spiele vielleicht nützlich sein können.“ Denn „bei diesem unverbesserlichen Opportunisten“ sei es nun einmal eine Tatsache, dass die politische Stimmung jederzeit und „nur zu leicht“ auch wieder „umschwenken“ könne.[2283]

Vor diesem Hintergrund gab die Einschätzung der Lage durch Kessler abermals nur eine subjektiv geprägte, vordergründige wie bedenklich positive Momentaufnahme ab: Dieser meinte feststellen zu können, der Rapallo-Vertrag sei mittlerweile doch „schon ganz vergessen“ und das „Verhältnis zwischen Lloyd George und der deutschen Delegation ein Vertrauensverhältnis“.[2284] Auch Reichskanzler Wirth ging weithin fehl, wenn er unter dem 10. Mai 1922 gegenüber Ludwig Haas darauf hinwies, dass seine Stellung gegenüber Lloyd George in der Zwischenzeit doch recht „angenehm“ geworden sei.[2285]

Aus den britischen Akten wird deutlich, dass der britische Premier das deutsche Verhalten keineswegs so positiv und konstruktiv perzipierte, wie dies die deutschen Vertreter meinten annehmen zu können: So hatte Lloyd George zum Beispiel in einem Brief an seine Geliebte Frances Stevenson vom 4. Mai 1922 zwar deutlich gemacht, dass er an diesem Abend “a couple of hours with the German Chancellor & Rathenau“ gesprochen habe. Deutschland sei, so hieß es hier auf den ersten Blick wohlwollend, „in a mood of despair” und was die Russen nun tun würden, sei “too early to predict“, das ihre Vertreter auch untereinander „divided & distracted” wären.[2286] Am 9. Mai 1922

[2282] Es heißt hier bei ebd., S.3 u.a. auch, Lloyd George habe in einem spontanen Gespräch mit Dufour auf der „Terrasse“ der Villa D´Albertis am 15. Mai 1922 ausgeführt, er wisse, „dass Frankreich Deutschland vernichten wolle, aber das entspräche den Wünschen Großbritanniens nicht, auch nicht dessen Ansichten von fair play. Deutschland und England hätten ihren Kampf gehabt, jetzt sollten sie sich gegenseitig die Hand geben und Freunde sein. Poincaré sei eigentlich ein schwacher Mann, der durch Bramarbasiererei [sic] Tapferkeit markieren wolle. Solche Männer seien aber gefährlich, weil sie sich leicht zu Unbesonnenheiten verleiten liessen.“ Grigg soll nach Dufour in einem weiteren Gespräch am 16. Mai 1922 hinzugefügt haben: „Poincaré is a loathsome little creature (ein Ekel erregendes kleines Wesen) (sic), der nur sinnlose Obstruktion betreibt.“, ebd., S.4. Dies wirft - unter der Annahme, dass derartige Ausführungen Vorteile für die britische Außenpolitik nach sich ziehen sollten – natürlich ebenfalls die kritische Frage auf, wie ernst solche Äußerungen zu nehmen sind bzw. wie sich der britische Premier oder andere britische Akteure denn dann in einem Gespräch mit den Franzosen über die Deutschen geäußert haben werden.

[2283] Ebd., S.5.

[2284] Kessler, Tagebücher, S.312 (9. Mai 1922).

[2285] Vgl. Wirth an Haas, 16.5.1922, BAK, NL Joseph Wirth (N1342), Nr.65.

[2286] My darling, S.49.

aber machte Lloyd George in einem allseitigen Rundumschlag seiner Verärgerung im privaten Raum abermals Luft. Er bezeichnete dabei die deutschen Akteure, offenkundig auch im Rahmen ihres Vermittlungsauftrags in der russischen Frage als „unfähig". Nicht völlig klar ist, ob er damit die materiellen Möglichkeiten der deutschen Diplomatie an sich oder persönliche Unzulänglichkeiten der deutschen Verantwortlichen ansprach:

> "I have no one here who thinks it worth their wile to cheer me up when I am oppressed and almost overwhelmed with anxieties. The Russians difficult – hesitating – with their judgement wrapped in doctrine. The French selfish – *Germans impotent* [Herv.d.Verf.] – the Italians willing but feeble – the little countries cowed. The Times devilish! ... The French are seeking every little chance to break the conference. There are many others who would like to join them."[2287]

Und dennoch: Während der britische Premier nachfolgend unter dem 13. Mai 1922 spürbar niedergeschlagen und beinahe resignierend festhielt, der Verlauf der Konferenz „has been, and still is, a terrible fight"[2288], so hatte die von den deutschen Akteuren angezeigte britische Abschwächung der Proteste gegen den Rapallo-Vertrag zumindest in allgemeiner Hinsicht tatsächlich eine gewisse Berechtigung. So wies auch ein weiteres, führendes Mitglied der britischen Genua-Delegation, Lord Greame, am 14. Mai 1922 ironisch darauf hin, „that some statesmen probably exaggerate the immediate results of the Russo-German Treaty and the capacity and likelihood of Russian armies marching across their frontiers."[2289]

7. Auf dem Weg zur Ratifikation des Vertrages: Von Genua zurück nach Berlin

„Io vò gridando: pace, pace, pace!" - so zitierte Rathenau am Schluss seiner letzten Rede auf der Konferenz von Genua aus Petrarcas „Aus dem Canzoniere". Seine friedenspolitische Botschaft, die damit einherging und rhetorisch beeindruckte, steigerte das internationale Ansehen des deutschen „Rapallo"-Unterzeichners noch einmal in einem erheblichen Maße.[2290]

Das inhaltliche Gesamtergebnis der Konferenz war allerdings weithin als mager zu bewerten. Dies lag zum einen daran, dass der Vorschlag des europäischen Nichtangriffspaktes, den Lloyd George am 25. April 1922 den teilnehmenden Staaten unterbreitet hatte, am 19. Mai 1922 nur als „rein akademische Resolution" angenommen werden konnte. Zum anderen aber habe, so lautete die sehr subjektive Bilanz D'Abernons von Berlin aus, die Konferenz auch insgesamt trotz der „beträchtlichen Aktiva" der Berichte des Unterschusses für Finanzfragen „erstaunlich wenig geleistet". Die Beziehungen der Mächte zueinander hätten sich durch die Zusammenkunft eher „verschlechtert als verbessert".[2291]

Eine ausgesprochen negative Sicht teilten allerdings längst nicht alle kritisch-reflektierenden Beobachter: Harry Graf Kessler zum Beispiel resümierte zwar am 17. Mai 1922 im Anschluss an ein Frühstück bei Maltzan im Hotel Eden zunächst ebenfalls, die Konferenz schließe als „Misserfolg" und sie sei nur „ein kleiner Schritt statt des großen, den Lloyd George erwartet hatte", gewesen.

[2287] Lloyd George an Stevenson, 9.5.1922, HLRO, FLS Papers, 9/1.
[2288] Vgl. Rowland, S.571, ansonsten Wrigley.
[2289] Lloyd-Greame an Baldwin, 14.5.1922, zit. nach Orde, British Policy, S.204 mit Anm.59.
[2290] Vgl. dazu u.a. Ursachen und Folgen, Bd.4, Nr.978, S.399; Dunk, S.36; Kessler, Walther Rathenau, S.351f.
[2291] Siehe D'Abernon, Bd.1, S.324, S.346.

„Aber ein Fortschritt“, so hieß es hier mit einem Hauch an allgemeiner verständigungspolitischer Zuversicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft Europas, war „sie doch“.[2292]
Unzweifelhaft war, dass sowohl die eng sachlich orientierten als auch die allgemeinen politischen Möglichkeiten der Konferenz und somit „die eigentlichen Themata“ „erschöpft“ schienen und sich schon deshalb nach den langen, aufreibenden Genueser Wochen bei allen teilnehmenden Delegationen eine gewisse Arbeitsmüdigkeit ausbreiten musste. Hinzu kamen aber weitere Gründe, die eine zügige Beendigung der Konferenz nahe legten: Dufour hielt in Bezug auf ein Gespräch Wirths und Rathenaus mit Lloyd George am 18. Mai 1922 auf der Terrasse der Villa D´Albertis fest, Lloyd George habe „niemals klare Antworten“ geben können, „weil er offenbar nicht deutlich sah, wie sich seine Lage daheim und sein Verhältnis zu Frankreich“ weiter gestalten werde.[2293]
Ab dem Samstagmorgen, 20. Mai 1922, trat das Gros der deutschen Delegation mit einem Sonderzug die Rückfahrt nach Berlin an.[2294] In Bezug auf Rapallo stellte sich aber nunmehr abermals die Frage, ob die deutsche Politik und Publizistik diesen Schritt mehrheitlich unterstützte: Ein beißend-polemisierender Beitrag von Moritz Heimann in der „Weltbühne“ vom 18. Mai 1922 zeigte jedenfalls noch einmal nachdrücklich auf, dass die Diskussion um den Vertragsabschluss vom 16. April 1922 keineswegs *ad acta* gelegt worden war, sondern unvermindert intensiv anhielt. Allerdings kritisierte der Artikel - im Gegensatz zu der oben erwähnten Äußerung in der „Zukunft“ - das Vorgehen Rathenaus, Wirths und Maltzans nicht direkt. Er hatte eher eine Spitze gegen die bisher in Deutschland vorhandene Rezeption des Vertrages bei Kommunisten und Deutschnationalen:

> „Der Vertrag von Rapallo hat in einigen Gehirnen das leere Stroh entzündet, und sie hielten zur Hälfte die Flamme für eine Revolution, zur andern Hälfte für eine der Revanche. Der Wind wird die flüchtige Asche davonwirbeln, und sie werden sich weiter nach einem Bock umsehen, der zu melken wäre. Für die Andern ist der Vertrag - ein Thema. […] Selbst wenn die jähe Bekanntmachung des Vertrages ein Beispiel jener Sorte von Tapferkeit war, die man als die Flucht nach vorn definiert hat - nun, ein Fehler von gestern und heute braucht keiner von morgen zu sein.“[2295]

Bekannt war bereits seit Anfang Mai 1922 des Weiteren, dass sich der Reichspräsident „noch immer nicht mit dem Rapallo-Vertrag abgefunden“ hatte, diesen Schritt für „ebenso unklug wie verfassungswidrig“ hielt und klagte, man hätte ihn unbedingt zuvor zu Rate ziehen müssen. Nach D’Abernon verfolgte Ebert mittlerweile sogar das Ziel, „Maltzan zu entfernen“, und „wenn damit auch Rathenau fallen sollte“, so der britische Botschafter weiter, müsse dies als „um so schlimmer“ bezeichnet werden.[2296]
Brockdorff-Rantzau, der dem Abschluss des Rapallo-Vertrages ebenfalls skeptisch gegenüberstand, vertrat in einem Gespräch mit dem Reichspräsidenten am 10. Mai 1922 allerdings die Ansicht, dass Deutschland mit dem Rapallo-Vertrag endlich „Anlauf genommen“ habe, „nicht nur Objekt, sondern Subjekt internationaler Politik zu sein“. Der ehemalige Außenminister wandte sich zudem gegen die „verfehlte und ungerechte“ Auffassung, die Verantwortung für den Vertrag „dem Baron Maltzan

[2292] Kessler, Tagebücher, S.319 (17.5.1922), allerdings auch negativer bei ebd., S.317f
[2293] Aufz. Dufour, 19.5.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.
[2294] Vgl. dazu u.a. die Erinnerungen Ernst von Weizsäckers, S.65 sowie die entsprechende Aufz. bei PA, R 28209, 46 (D 739366).
[2295] Die Weltbühne, Erstes Halbjahr 1922, S.495.
[2296] D’Abernon, Bd.1, S.339. Es heißt hier u.a. auch: „Ich glaube nicht, dass diese Drohungen sich verwirklichen werden, aber sie sind ein Symptom der Verärgerung der mehrheitssozialistischen Partei über das russische Abkommen.“

zuzuschieben und ihn als Sündenbock zu opfern".[2297] Damit zahlte sich das von Maltzan seit 1918 gepflegte Verhältnis zu Brockdorff-Rantzau erneut aus.

Ob der Reichspräsident diese Sichtweise ebenfalls teilte, war allerdings noch längst nicht klar. Zu Tage trat zunächst lediglich, dass Ebert spätestens seit dem 10. Mai 1922 den festen Willen hatte, ab sofort in die konkreten Abläufe der gesamten deutschen Ost- und Russlandpolitik direkt und selbst eingebunden zu werden. Er sprach sich dabei nicht nur dafür aus, energisch dem Verhalten der georgischen Revolutionsregierung entgegen zu treten. Der Reichspräsident forderte gegenüber Staatssekretär Haniel darüber hinaus auch, „eine Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die russischen Föderativ-Staaten" bis zur Beendigung der Konferenz von Genua aufzuschieben und die entsprechenden Verhandlungen - unmittelbar unter seiner persönlichen Kontrolle - in Berlin zu führen.[2298]

Nach der Einschätzung des britischen Botschafters war Ebert auch noch Mitte Mai ein „ausgesprochener Gegner des Rapallo-Vertrages" und habe abermals insbesondere die „Demission" Maltzans verlangt, da er mit Rathenau „nicht fertig werden" könne. Der Ministerialdirektor stehe aus seiner Sicht auf „zu vertraulichem Fuße mit Tschitscherin und den anderen Bolschewisten" und sei „dem Gedanken einer engeren Zusammenarbeit mit Moskau verfallen". Auf der anderen Seite jedoch, so schränkte D'Abernon ein, sei es bereits schon jetzt absehbar, dass auch diejenigen politischen Zirkel in Berlin, in denen der Vertrag nach wie vor „kühl bis eisig" aufgenommen werde, „nicht bis zum äußersten gehen" würden. Und die „heftigste" Empörung richte sich letzten Endes ohnehin nicht gegen Ministerialdirektor Maltzan, sondern vor allem gegen Außenminister Rathenau.[2299]

Vor diesem Hintergrund war also dringend erforderlich, dass die maßgeblichen deutschen Rapallo-Verantwortlichen so bald wie möglich nach Berlin zurückkehrten und versuchten, durch persönliche Gespräche auf eine konstruktive sachliche Aufklärung hinzuwirken. Dies wurde, wie oben gezeigt, durch die gemeinsame Stellungnahme der deutschen Genua-Delegation zu den gegen den Rapallo-Vertrag vorgetragenen Kritikpunkten zumindest teilweise erleichtert. Nachdem Reichskanzler Wirth und Außenminister Rathenau mit dem überwiegenden Teil der deutschen Konferenzvertreter am 21. Mai 1922 nachmittags nach Berlin zurückgekehrt waren, erstatteten sie Reichspräsident Ebert noch am gleichen Abend über den Verlauf der zurückliegenden Ereignisse Bericht.[2300] Die vor allem Rathenau, aber ebenso Maltzan und Wirth nunmehr in Berlin obliegende, innenpolitisch ausgerichtete Kommunikationsaufgabe war somit klar definiert: Es ging darum, eine durchschlagende politische Mehrheit für den Rapallo-Vertrag in Deutschland zu gewinnen.

Dafür standen die Zeichen nicht schlecht: Bereits mit Datum des 17. Mai 1922 meinte der DDP-Abgeordnete Ludwig Haas Außenminister Rathenau mitteilen zu können, „die Befürchtungen, die man in Genua wegen einer etwaigen parlamentarischen Opposition gegen den deutsch-russischen Vertrag" gehabt habe und „auch in der allerletzten Zeit noch hatte", seien nach seiner Ansicht mittlerweile doch „völlig unbegründet":

[2297] Aufz. Brockdoff-Rantzau, 13.5.1922, ADAP A VI, Nr.99.

[2298] Haniel an dt. Delegation Genua, 10.5.1922, PA, R 84086. Zur bejahenden Antwort Rathenaus siehe dessen Tel. Nr. 306, 12.5.1922, ebd.

[2299] D'Abernon, Bd.1, S.345. Zu Ebert vgl. auch ebd., Bd.2, S.141.

[2300] DAZ Nr. 236, 22.5.1922.

> „Ich habe den Eindruck, dass der Vertrag ausserordentlich populär ist und dass die Stellung der Regierung durch den Vertrag gestärkt wurde [...] Der Vertrag wird ohne Schwierigkeiten vom Parlament genehmigt. Ich bin unendlich froh, dass die Regierung durch diesen Vertrag wenigstens etwas von Genua nach Hause bringt. Ich habe übrigens auch das Gefühl, dass Genua die Stellung Deutschlands in der Welt gehoben hat. Ich rechne durchaus mit mancherlei Rückschlägen und Enttäuschungen. Man kann aber sicher nicht verkennen, dass von dem Augenblicke Ihres ersten Amtsantritts bis heute sich eine Entwicklung zu unsere(n) Gunsten vollzogen hat, an die wir damals nicht zu hoffen wagten. Ich höre aus allen Kreisen wohlwollende Stimmen und das früher übliche Gesch(wätz,) dass Deutschland an seiner unfähigen Regierung zugrunde gehe, verstummt mehr und mehr.“ [2301]

Trotzdem blieb zweifelhaft, ob sich die Einschätzung von Haas auch in den folgenden Wochen nach der Rückkehr der deutschen Genua-Delegation nach Berlin in dieser bzw. in einer ähnlichen Form als zutreffend erweisen werde.

Fraglich war überdies, auf welche Art und Weise militärische Kreise den deutsch-russischen Vertrag rezipierten und gegebenenfalls für ihre Anliegen nutzbar machen wollten. Zu bemerken ist, dass General von Seeckt an den Vorgängen, die zur Vertragsunterzeichnung am Ostersonntag 1922 in Rapallo führten, „völlig unbeteiligt” war. Kenntnis davon erhielt er erst im Nachhinein.[2302] Weiter ist es unzutreffend, dass eine „militärische Zusammenarbeit“ zwischen Deutschland und Sowjetrussland zu dieser Zeit „bereits längst“ „floriert“ hätte.[2303]

Manfred Zeidler hat 1990 auf der Grundlage der deutschen Akten in umfassender Weise darüber aufgeklärt, dass auch Seeckt und andere führende deutsche Militärs von dem Rapallo-Vertrag überrascht wurden und sich die militärische Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee erst etwa ab Mitte der 1920er Jahre konkretisierte.[2304] Darüber hinaus strebten Teile der deutschen Reichswehrführung im Hinblick auf die militärischen Einschränkungen durch den Versailler Vertrag seit dem Beginn der 1920er Jahre ebenfalls nach einem gleichsam geheim zu haltenden rüstungspolitischen Informationsaustausch mit den Vereinigten Staaten.[2305] Auch in dieser

---

[2301] Siehe z.B. Haas an Rathenau, 17.5.1922, PA, R 28206, 326-327. Siehe dazu auch die Antwort Rathenaus v. 24.5.1922, ebd., R 28206, 328 (D 739143). Vgl. zur Haltung der Reichstagsfraktionen zum Rapallovertrag auch Maas Brief vom 17. Mai an Rathenau, im PA verfilmt unter 3398/D 739 141-42.

[2302] Vgl. Seeckt, Aus seinem Leben, S.310, S.313 sowie Papen, S.143.

[2303] So z.B. die Darstellung im Rahmen einer vom 3.12.2003 bis zum 12. April 2004 im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gezeigten Sonderausstellung „Spuren“ in den deutsch-russischen Beziehungen.

[2304] Vgl. insoweit die Arbeit von Zeidler, der daher auch nicht die “Entstehungsgeschichte von Rapallo” im engeren Sinne behandelt. Demnach war die „Gesamtbilanz“ derjenigen Kräfte in der Reichswehr, die den Wunsch nach einer industriell-rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit Sowjetrussland hegten, bis Ende 1922 „nicht eben glanzvoll“, auch wenn Tschitscherin im Sommer 1922 die Militärkooperation als „einen der wichtigsten Faktoren unserer Außenpolitik“ einschätzte. In den Monaten vor und nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages, der nur vordergründig „günstige Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung auf diesem Felde“ schuf, konnten die Verfechter dieser Bemühungen in der historischen Realität jedenfalls „nirgendwo ein wirklich greifbares Resultat“ aufweisen, vgl. Gorlow, S.135; Zeidler, S.65; Stürmer, Rußland und Deutschland, S.141. Siehe dagegen z.B. Michalka, Die Außenpolitik von Weimar (I), S.400f., der 1992 behauptet, Rapallo habe im Kontext der Militärbeziehungen gestanden. Bei Neweshin, S.34, heißt es, Rapallo habe für die militärische Zusammenarbeit „völkerrechtlich einen wichtigen Präzedenzfall“ geschaffen. Vgl. zur älteren Forschung über die Zusammenarbeit der Reichswehr und der Roten Armee stellvertretend Gatzke, Russo-German Military Collabration; zur Erinnerungsliteratur u.a. General Ernst Köstring, S.46ff. Siehe zur jüngeren Forschung unter der Verwendung von sowjetrussischen Archivalien bzw. aus Sicht eines ehemaligen DDR-Historikers Dyakov/ Bushuyeva und Groehler sowie als Spezialstudie in Bezug auf die Marine den Beitrag von Philbin III. Die geheime Zusammenarbeit zwischen der sowjetrussischen Regierung und der deutschen Reichswehr konnte bis Ende 1922 lediglich unter dem 29. Juli 1922 ein Geheimabkommen über die Herstellung und Lieferung von Waffen und Munition sowie Mitte August 1922 ein Geheimabkommen über die Zusammenarbeit bei der Ausbildung und in der Entwicklung von Waffen vereinbaren, vgl. dazu Handbuch Osteuropa, Sowjetunion. Verträge und Abkommen, S.37 mwN. Diese Verträge standen allerdings in keinem direkten inhaltlichen Bezug zum deutsch-russischen Vertrag vom 16. April 1922.

[2305] Vgl. Wala, Die Abteilung ‚T3’ und die Beziehungen der Reichswehr zur U.S. Army, 1922-1933, u.a. S.53f. Die

Hinsicht verliert die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee einen wesentlichen Teil ihres vermeintlich spektakulären Anscheins, wie er nach 1945 vielfach auch in der Forschung und zumeist im Kontext mit den diversen „Legendenbildungen“ mittels des Schlagwortes „Rapallo“ in unzutreffender Weise dargestellt wurde, zumal die deutsche Republik in sicherheitspolitischer Hinsicht auch für alliierte Diplomaten dauerhaft und bleibend unter dem Signum der „defencelessness“[2306] stand.[2307]

Schließlich wurde Rapallo in den militärpolitischen Kreisen Berlins ohnehin nur bedingt als Erfolg bewertet. Für Reichswehrminister Gessler war der Vertrag zwar im Rückblick „ein Zufallstreffer in der Nietenlotterie der Konferenz von Genua“ - auch wenn sich seiner Ansicht nach auch in Berlin dann „verhältnismäßig rasch“ die Erkenntnis durchgesetzt habe, „dass Rapallo richtig war.“[2308] Seeckt sah allenfalls in seinem legendenhaften „schwachen Nimbus“ mit dem Inhalt, es gäbe möglicherweise doch „politisch-militärischen Abmachungen“ zwischen Deutschland und Sowjetrussland, zumindest einen kleinen sicherheitspolitischen Gewinn.[2309] Zudem stand Ministerialdirektor Maltzan den Plänen Seeckts ablehnend gegenüber. Er wies auch in den kommenden Monaten jede Aktion deutscher Militärs auf Russland-politischem Terrain, auch solche „von bloßem Demonstrationscharakter“, wiederholt ab, um schädliche außenpolitische Wechselwirkungen zu vermeiden.[2310]

Inzwischen ging Rathenau die anstehende Aufgabe, den Rapallo-Vertrag auch in innenpolitischer Hinsicht überzeugend zu vermitteln, mit großem Elan an. Hierbei legte er eine optimistische Russland-politische Haltung an den Tag. In Bezug auf den weiteren Verlauf der Reparationsfrage war er hingegen pessimistisch. Eine alliierte Besetzung des Ruhrgebietes hielt er mittlerweile für nahezu unausweichlich.[2311]

Während sich auch nach dem Ende der Weltwirtschaftskonferenz britische Schuldzuweisungen an Frankreich häuften[2312], oblag es allen Rapallo-Verantwortlichen in der amtlichen deutschen Außenpolitik, weitere Argumente vorzubereiten, vorzulegen und adressatengerecht zu verbreiten.

---

negative Spekulation in Bezug auf Maltzan bei ebd., S.66, Anm.32, ist m.E. in dieser Form nicht überzeugend. Zur jüngeren Forschung über „les relations Reichswehr/Armée rouge“ siehe des Weiteren Spivak, wobei bei den unterschiedlichen Datierungsversuchen des hier in recht ungewöhnlicher Weise als „Wirtschaftsabkommen“ bezeichneten Rapallo-Vertrages („6 avril 1992“, ebd., S.225; „17 avril 1922“, ebd., S.227) offenkundig gleich zweimal ein Druckfehler vorliegt.

[2306] Vgl. Frohn, S.138, auch in Bezug auf Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik, S.517 und 553.

[2307] Siehe hierzu z.B. Geddes an Foreign Office, 27.5.1922, PRO, FO 371/8206, 54. sowie ähnlich auch Hodgson an Balfour, 11.7.1922, ebd., 106ff. Zur Beobachtung des deutschen Personals in der sowjetrussischen Armee im Jahr 1922 sowie zur Analyse der militärischen Aktivitäten und Potentiale der sowjetrussischen Regierung vgl. z.B. die Akten bei ebd. (PRO), FO 371/8206; zu den Aktivitäten Wrangels noch im Jahr 1922 siehe ebd., FO 371/8207.

[2308] Vgl. Gessler (im Anhang unter Erinnerungen), S.183.

[2309] Zit. nach Zeidler, S.60. Unter dem Datum des 11. September 1922 hielt Seeckt als Antwort auf ein Russland-politisches Promemoria Brockdorff-Rantzaus an Reichskanzler Wirth vom 15. August 1922 fest, es könne nicht bezweifelt werden, dass die in Rapallo vollzogene „wirtschaftliche Annäherung die Möglichkeit politischer und damit auch militärischer Verbindung“ vorbereite. Faktisch läge angeblich schon „in solcher doppelten Verbindung ein Machtzuwachs für Deutschland - und auch für Russland“, zit. nach Schüddekopf, Das Heer und die Republik, Nr. 69, S.160ff.

[2310] Siehe dazu näher Zeidler, S.64. Michael Salewski hat darauf hingewiesen, dass seit der Zeit, in der Maltzan die Leitung der „Ostabteilung“ übernahm, „auch Wirth und Ebert stärker mit den Russlandkontakten der Reichswehr befasst“ wurden, Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle, S.191. Deren Votum gestaltete sich nach den hier vorliegenden Quellen ebenfalls im Ergebnis negativ. Unzutreffend ist die Verallgemeinerung, dass deutsche „political leaders across the spectrum“ aktiv dazu beigetragen hätten, „to evade the required disarmament provisions.“, anders Webster, S.227.

[2311] Vgl. die Erinnerungen von Gessler zit. nach Gespräche mit Rathenau, S.370, die Erinnerungen Bernhard Kellermanns, ebd., S.376f. sowie diejenigen Ernst Norlinds, ebd., S.371.

[2312] Vgl. Aufz. v. Simson, 21.5.1922, PA, R 28206, 285ff. (739111ff.); Adamthwaite, S.74; Keiger, S.285.

Dabei war es nicht verwunderlich, dass Ministerialdirektor Maltzan auch daran erneut in maßgeblicher Weise beteiligt sein sollte: Bei den Akten finden sich mehrere Exemplare einer undatierten, vierseitigen Aufzeichnung, die von Friedrich Gaus erstellt wurde und den Titel „Allgemeine Bemerkungen über die Konferenz von Genua“ trägt. Diese Vorlage - abermals eine rechtfertigende, jedoch stärker an Rechtsfragen orientierte deutsche „Rapallo-Denkschrift“ - übermittelte Maltzan mit Datum vom 22. Mai 1922 an Außenminister Rathenau.[2313]
Gaus skizzierte hierbei unter dem ersten Punkt seiner Ausführungen die bestehende „materielle Notwendigkeit des Rapallovertrags“. Es sei schon „bemerkenswert“ gewesen, dass das von den Alliierten eingebrachte Londoner Memorandum zur russischen Frage „in allen wesentlichen Punkten den zuerst von Frankreich aufgestellten Prinzipien“ entsprochen hätte - Prinzipien, die bereits „in französischer Note an Britische Regierung vom 20.11.20“ niedergelegt worden seien. Die zentrale Bedeutung der aus deutscher Interessenperspektive wichtigsten Russland-politischen Bestimmung des Versailler Vertrages stellte hierbei auch Gaus in den Vordergrund:

> „Namentlich wurde darin Berücksichtigung des Artikel 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] in der Weise gefordert, dass Deutschland seine Reparationszahlungen an Russland in russische Konkursmasse einbringen müsse und dass seine Forderungen an Russland durch Aufrechnung zu tilgen seien. Diese Übereinstimmung mit französischer Note zeigt, dass England nicht in der Lage oder nicht gewillt war, die Deutschland bedrohenden Gefahren abzuwenden, Gefahren doppelter Art: finanziell, weil Deutschland zu Reparationsleistungen an Russland verpflichtet worden wäre, was wegen der Möglichkeit von Sachlieferungen nicht nur als theoretisch angesehen werden darf; politische Gefahr, weil Deutschland bei der auf dieser Grundlage aufgebauten gemeinsamen Regelung der russischen Frage zu einer vollständig passiven Rolle verurteilt worden wäre. Beide Gefahren sind durch Rapallovertrag beseitigt worden.“[2314]

Die „Wahl des Zeitpunkts des Rapallovertrags“ versuchte der spätere langjährige Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amts ebenfalls zu begründen: Er legte im Einklang mit der Position Maltzans, Rathenaus und Wirths aber nicht nur dar, dass nach der „Situation, wie sie sich vor Tagen vor Ostern (sic)“ entwickelte, „tatsächlich“ eine unmittelbar bevorstehende Einigung zwischen den alliierten Mächte und Sowjetrussland zu befürchten war. Der Vertrag habe sich darüber hinaus „im weiteren Verlauf der Konferenz nicht nur als störend“, sondern sogar „als fördernd erwiesen“, was vor allem auch aus der „Inanspruchnahme und der Anerkennung der deutschen Vermittelung“ in der russischen Frage erkennbar hervorgehe.[2315] „Zugegeben“, so lautete das Resümee von Gaus, „dass

---

[2313] Siehe dazu PA, R 28205, 419-422 (D 738888-91) sowie ebd., R 23711, 226 (unverfilmt), wo sich im Kopfbereich ein hschr. Vermerk Maltzans „v(on) Gaus“ findet. Ein weiteres Exemplar der Vorlage befindet sich bei QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.
[2314] PA, R 28205, 419-422 (D 738888-91).
[2315] Ebd. Es heißt hier u.a.: „Auch diese Befürchtung [der Wahl eines verfehlten Zeitpunktes für den Vertragsabschluss, Anm.d.Verf.] wird durch späteren Konferenzverlauf nicht ohne weiteres als hinfällig erwiesen, denn es bleibt die Frage, ob die Russen ohne Rapallovertrag nicht größere Nachgiebigkeit hätten zeigen müssen. Aber selbst, wenn das nicht zutrifft, wird (der) Zeitpunkt durch die Erwägung gerechtfertigt, dass die Delegation es nicht länger dulden durfte, bei maßgebender Verhandlung russischer Frage ausgeschaltet und nur noch zum formellen Abschluß der Verhandlungen zugelassen zu werden. Dass Deutschland bei Nichtabschluß Vertrags den Alliierten gegenüber auf der Konferenz eine Verbesserung seiner Stellung gewonnen hätte, ist nicht richtig. Die scharfe Kritik des Vertrags von Seiten der Entente war bei England vielleicht nur das Bedürfnis, über einen toten Punkt der Russenverhandlungen hinwegzukommen, bei Frankreich jedenfalls das Bedürfnis jeden Vorwand Angriffen Deutschland zu benutzen. Auch ohne Rapallovertrag wäre Verlauf der Konferenz, abgesehen von Russenfrage, zweifellos genau der gleiche gewesen. Ein anderer Verlauf der Russenfrage wäre aber nur in dem Sinne denkbar, dass das Abkommen Russlands auf der Basis der Londoner Vorschläge zustande gekommen, und dass Deutschland also den oben erwähnten Gefahren ausgesetzt worden wäre.“

persönliche Besprechungen deutscher Finanzleute mit Gegnern in Genua für einige Tage gestört wurden.“ Gegenwärtig beweise der Verlauf der Reparationsverhandlungen in Paris jedoch ganz eindeutig, „dass keine dauernde Trübung des Verhältnisses“ durch den Rapallo-Vertrag erfolgt sei und dieser nicht für die ohnehin in dieser Frage bestehenden Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden könne.[2316]

Ähnlich argumentierte eine weitere Aufzeichnung Maltzans vom 22. Mai 1922 mit dem Titel „Zu Rapallo-Vertrag“. Diese fasste die wichtigsten Sachverhalte in der deutschen Russlandpolitik seit 1918 noch einmal zusammen, war im Rahmen dieser Intention in die Abschnitte „vor Genua“, „während Genua“ und „nach Genua“ eingeteilt und wurde ebenfalls zur Kenntnisnahme und Kritik an Außenminister Rathenau verwiesen.[2317] Im Vergleich zu der zuvor erwähnten Aufzeichnung von Gaus ist bemerkenswert, dass der Ministerialdirektor meinte, insbesondere die angeblichen Ambitionen der französischen Außenpolitik, Art. 116 Abs. 3 VV bereits im Vorfeld der Genueser Konferenz zur Anwendung zu bringen, noch weiter konkretisieren zu können.[2318]

Zum Punkt der „Vorgänge während der Konferenz von Genua“ hingegen verwies Maltzan nicht nur auf das ebenfalls bereits erörterte, „von sämtlichen Sachverständigen gebilligte Gutachten, welches in zwölf Punkten die meisten pro und contra“ enthalte, sondern des Weiteren auf seine „ausführliche Aufzeichnung [...] über Vorgeschichte von Dienstag vor Ostern bis Ostermontag.“[2319] Diese in ihren Grundzügen bereits am 17. April 1922 abgefasste Schilderung der Vorgänge beanspruchte für Maltzan somit auch in der Zeit nach der Konferenz von Genua Richtigkeit.[2320] Es ist jedoch davon auszugehen, dass Maltzan nunmehr kurz vor oder am 22. Mai 1922 diese Fassung vom 17. April 1922 überarbeitete und in seine oben überprüfte „ausführliche Aufzeichnung über die letzten Vorgänge vor der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages“ erweiterte.

Inhaltlich bewegte sich die am 22. Mai 1922 entstandene Aufzeichnung Maltzans mit dem Titel „Zu Rapallo-Vertrag“ weitgehend im Anschluss an die übrigen, bereits erwähnten deutschen Argumentationsmuster zur Rechtfertigung des Rapallo-Vertrages. Sie erwähnte allerdings einen bislang unerwähnten Aspekt. Demnach habe selbst der Leiter der französischen Genua-Delegation in seiner „Schlußrede vom 19. Mai“ und in einer „folgenden Rede an Journalisten ausdrücklich betont“, dass die Verhältnisse zu Deutschland“ nunmehr „besser“ seien als zu Beginn der Konferenz am 10. April 1922. In Bezug auf die gegenwärtigen Verhältnisse sei zudem, so Maltzan weiter, nun von einer „voraussichtlich“ „definitiven Erschwerung (eines) russisch-französischen Bündnisses“ auszugehen. Sowohl Italien und England als auch die Niederlande und die Vereinigten Staaten hätten am Ende der Konferenz die Rolle Deutschlands als eine Art „wirtschaftlicher Ausgleichsfaktor und

---

[2316] Ebd.

[2317] Die entsprechende Vorlage bei PA, R 28206 wurde auf der Seite mit der Nummerierung 296 (D 739122) von Maltzan abgezeichnet. Offenbar ist er der Verfasser, obwohl die anderen beiden Exemplare ungezeichnet sind. Siehe auch ebd., R 23711, 181-187 (unverfilmt) und ebd., R 23688 (L096147-51) (hier fehl nach einem hschr. Vermerk der Schluss der Aufzeichnung) sowie ebd., R 28206, 290-296 (D 739116-22). Wie oben erwähnt befindet sich eine vollständige Abschrift der Vorlage auch bei QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10, die am oberen Rand die hschr. Datierung 24.5.22 trägt und aufgrund des Stiftes u.U. von Maltzan selbst datiert wurde. Offenbar Schubert notierte auf der ersten Seite zudem am linken Rand kaum entzifferbar vermutlich „(Von) Simson u(nd) Maltzan“.

[2318] PA, R 28206, 290-296, Filmnummer D 739116-22.

[2319] Ebd.

[2320] In der Akte bei ebd. (PA), R 83436 befinden sich - im Rahmen der chronologischen Anordnung der Akte etwa auf Ende Mai 1922 zu datieren - zwei weitere Abschriften der „kürzeren Aufzeichnung“ Maltzans vom 17.4.1922, ebd., 241ff. sowie ebd., 247ff., wobei diese mschr. mit „gez. Maltzan“ abgeschlossen wurden.

Brücke nach dem Osten“ anerkannt[2321] - eine Sichtweise, die allerdings in positiver Hinsicht merklich überzeichnet und ein wenig zweckoptimistisch wirkt.

Ein wenig voreilig, wenn auch in der Sache nicht unzutreffend nahm sich die Behauptung des Ministerialdirektors aus, angeblich seien mittlerweile nicht nur die „Einwendungen“ der Sozialdemokratie in Bezug auf den Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung durch das „Gutachten Sachverständiger, welches Wissell und Hilferding besonders unterstrichen haben, widerlegt“. Der Widerstand von Deutschnationalen habe ebenfalls ausgeräumt werden können, obwohl der „Mirbach-Mord“ ja letztlich noch nicht in der Form gesühnt worden sei, wie es insbesondere diese Seite fordere.[2322]

Die zum Teil hektische, nachträgliche Aufzeichnungsflut zur Begründung und Verteidigung der Vertragsunterzeichnung vom Ostersonntag 1922 durch die Führung der deutschen Genua-Delegation war damit allerdings noch immer nicht erschöpft: Bei den Akten befindet sich weiter eine sechsseitige Aufzeichnung Staatssekretär Simsons vom 21. Mai 1922 mit dem Titel „Bemerkungen zur Konferenz von Genua“.[2323] Diese interne Vorlage, die nur teilweise überzeugend argumentierte, wurde von Maltzan mit einem entsprechenden handschriftlichen Vermerk und mit Datum vom 24. Mai 1922 an Außenminister Rathenau verwiesen. Auch sie wurde damit im Rahmen der Vorbereitung der nunmehr heraufziehenden Debatten über den Rapallo-Vertrag in den politischen Kreisen Berlins sowie im Plenum bzw. in den maßgeblichen Ausschüssen des Reichstags verwendet.

Die Quantität und Qualität der Aufzeichnungen macht deutlich, mit welch hohem Maß an Engagement, Dynamik und Geschlossenheit der Rapallo-Vertrag von den maßgeblichen deutschen Akteuren nach der Rückkehr aus Genua vertreten wurde. Sämtliche Aktivitäten liefen darauf hinaus, Außenminister Rathenau und Reichskanzler Wirth die bestmögliche sachliche Unterlage an die Hand zu geben, um die Notwendigkeit und die Bedeutung des Vertrages vom Ostersonntag 1922 politisch erfolgreich begründen zu können und dadurch die Wahrscheinlichkeit für ein überzeugendes Ratifikationsvotum des Deutschen Reichstages zu erhöhen. Um eine politische Mehrheit zu gewinnen, reichte allerdings die bloße Vorlage von schriftlichen Argumenten und Denkschriften[2324] allein nicht aus. Reichskanzler Wirth gab daher auch persönlich, und zwar zunächst in der Fraktion des Zentrums, Auskunft über die „Motive und Ziele der Haltung der deutschen Delegation“, die aus seiner Perspektive zur Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages führten. In den Zeitungen

---

[2321] PA, R 28206, 290-296. Hier heißt es u.a. auch: „Gleich im Anschluß an den Rapallovertrag haben die Randstaaten in Genua sich uns sichtlich genähert. Abrücken baltischen Bundes von Polen, Bestätigung durch Sturz finnischen Kabinetts wegen Defensivbündnis mit Polen. Entsprechende Äußerungen Schwedens, Dänemarks und Norwegens. Auch Bulgarien äußerte sich zustimmend über erneute politische Selbstständigkeit Deutschlands. Nach Erledigung der ersten Havas- und Reutermeldungen amerikanische Linkspresse durchaus zustimmend. Vergleiche insbesondere Artikel in der amerikanischen Zeitung „The free man“. (Wiesner ist orientiert.) [sic] Allgemeinurteil in Amerika, Deutschland hat sich auf sich selbst besonnen. Zahlreiche Zuschriften an Kanzler und Reichsminister bestätigen diese Erfahrungen.“

[2322] Ebd. Zur Mirbach-Angelegenheit heißt es bei ebd. mit einer Kritik an dem damaligen Vorgehen der kaiserlichen Regierung u.a.: „Sachverhalt aufgeklärt unter I. Weitere Sühne für Mirbach war erschwert dadurch, dass Kaiserliche Regierung Joffé als diplomatischen Vertreter trotz Ermordung Mirbachs in Berlin beließ und sogar neuen Vertreter entsandte, und Sühne von Juli bis November, also 5 Monate, genügend hielt. Sühne erschwert durch russischen Amnestieerlaß von 1921, wonach alle während des Bürgerkriegs in Russland geschehenen Verbrechen amnestiert werden. Trotzdem haben russische Unterhändler Versicherung abgegeben, dass der Ermordung Mirbachs bei Empfang des neuen Gesandten in besonderer Form Rechnung getragen würde.“

[2323] Aufz. v. Simson, 21.5.1922, ebd. (PA), R 28206, 282-289 (D 739108-15). Ein weiteres Exemplar befindet sich bei ebd., R 23711, 218-225 (unverfilmt). Die Vorlage bei ebd. ist in zwei Hauptteile eingeteilt: „ I. Rapallo-Vertrag“, „II. Ziele und Ergebnisse der Konferenz.“ Ein Exemplar wurde Schubert zugestellt und von diesem kritisch mit einigen hschr. Anstreichungen versehen, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10.

[2324] Siehe dazu auch die Kabinettssitzung vom 22.5.1922, AdR, Kab. Wirth II, Nr. 277.

habe mehr gestanden als in Genua tatsächlich geschehen sei, und es wäre auch mit Blick auf die Frage der innenpolitischen Zustimmung „die größte Dummheit“, „wenn jetzt wegen des Zeitpunktes des Abschlusses des Rapallo-Vertrages eine große Debatte entstünde“.[2325] Ähnlich wie Rathenau befürwortete er eine verständigungs- und vermittlungsorientierte Rolle Deutschlands zwischen Ost und West:

> „Der Rapallo-Vertrag ist die Frucht einer einjährigen Arbeit Deutschlands. (…) Lloyd George hat zuerst über den Abschluss des Vertrages gewütet; sich aber rasch beruhigt und nicht auf der Rückgängigmachung des Vertrages bestanden. Deutschlands Rolle wechselte. Es wuchs in eine Art Vermittlerrolle hinein.“[2326]

In den weiteren mündlich geführten innenpolitischen Gesprächen und Auseinandersetzungen, die im Kontext mit der Begründung des Rapallo-Vertrages standen, nahm Ministerialdirektor Maltzan ebenfalls eine wichtige Rolle ein. Sowohl für den Reichskanzler als auch für den Außenminister oblag ihm die Anfertigung von Redeentwürfen und Redevorschlägen und damit die entscheidende Verantwortung für die von Rathenau und Wirth nach außen umgesetzte Kommunikationsstrategie.
Mit Datum vom 26. Mai 1922 erstellte Maltzan für den Außenminister überdies einige „Anregungen“. Er machte deutlich, dass unter anderem die italienische Außenpolitik in der russischen Frage eine bilaterale Absicherung der eigenen Interessen anstrebe. Dadurch werde ebenso deutlich, dass Deutschland nicht abweichend von anderen Mächten gehandelt habe. Allerdings sei es nach wie vor „möglich“, „dass die in Betracht kommenden Hauptmächte eine geheime Vereinbarung getroffen haben, bis nach dem Haag keine diplomatischen Beziehungen zu Russland aufzunehmen.“[2327]
Unter Punkt 2 dieser Vorlage empfahl der Ministerialdirektor Rathenau des Weiteren, im Rahmen seiner künftigen Rapallo-Ausführungen noch einmal ausdrücklich zu betonen, dass Maltzan „wiederholt Unterredungen mit vier verschiedenen englischen Mittelspersonen“ geführt habe und in den „Unterredungen des Ministers (und) des Herr von Simson mit Giannini (…) nicht nur Beschwerden hinsichtlich des Londoner Protokolls erwähnt“ wurden, sondern hierbei „regelmässig“ der „ausdrückliche Zusatz“ erfolgt sei, dass Deutschland dann „gezwungen sein würde, sich mit den Russen anderweitig zu einigen.“ Zudem habe er, Maltzan, am Samstag, 15. April 1922, um 17 Uhr „Wise gegenüber im Garten des [Hotel] Eden in Gegenwart von Dufour ausdrücklich betont, dass ich bereits am Sonnabend früh eine befriedigende Aussprache mit den Russen gehabt“ und er insoweit „bei den Russen Verständnis für ein derartiges Arrangement gefunden hätte.“ „Nötigenfalls“, so lautete die Empfehlung des Ministerialdirektors an Rathenau weiter, müsse in diesem Kontext aber darüber hinaus diejenige „Figaro-Notiz vom Ostersonntag“[2328] in „besonders wirkungsvoller“ Weise Erwähnung finden, in der die Zeitung „mit Befriedigung auf die Sonderbesprechungen in der Villa

---

[2325] Vgl. Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei 1920-1925, Nr.144a, b, S.342ff., hier S.345ff.
[2326] Ebd., S.346 und S.347 (jeweils nach dem Protokoll auf der rechten Seite). Vgl. auch Morsey, Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923, z.B. S.491, Anm.2
[2327] Aufz. Maltzan, 26.5.1922, PA, R 28206, 297-298 (D 739123-24). Die Vorlage trägt auf der ersten Seite u.a. einen hschr. Randvermerk Rathenaus.
[2328] Siehe dazu oben III.2.

Alberti unter Ausschluss von Deutschland“ hingewiesen und dadurch den deutschen Entschluss zum Vertragsabschluss noch einmal bekräftigt habe.[2329]

Ob der Ministerialdirektor jedoch, wie Stresemann später in seiner Gedenkrede behauptete, schon zu dieser Zeit ein „intuitives Gefühl“ für die öffentliche Meinung“[2330] an den Tag legte – dies kann nicht vollumfänglich bejaht werden. Schon hinsichtlich der öffentlichen Aufruhr, die durch den Rapallo-Vertrag verursacht worden war, liegen Zweifel vor. Viel eher ist daher auch davon auszugehen, dass sich unter anderem bei Maltzan erst aufgrund der vielfach negativen öffentlichen Wirkung des Schrittes vom Ostersonntag 1922 das persönliche Sensorium für eine in präventiver Hinsicht stärker reflektierte Außenwirkung und Außendarstellung von Entscheidungen in seinem Verantwortungsbereich verfeinerte. In Bezug auf die deutsche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kam „Rapallo“ jedenfalls für die Zukunft ein deutlicher Lerneffekt zu.

An dem wichtigsten innenpolitischen Beitrag Reichskanzler Wirths zur Begründung des deutsch-russischen Vertrages vom 16. April 1922 war der Ministerialdirektor ebenfalls federführend beteiligt: Mit handschriftlichem Vermerk vom 27. Mai 1922 legte Maltzan dazu eine zunächst geheim zu haltende Aufzeichnung vor, die den Titel „Punkte“ trägt. Diese Ausführungen bildeten das stichwortartige Grundgerüst für die Rede Wirths im Deutschen Reichstag, die für den weiteren Ratifikationsprozess von wichtiger Bedeutung war.

Hauptintention des Diplomaten war es, den Vertrag einerseits als „Friedensvertrag“ und andererseits als „Wirtschaftsvertrag“ darzustellen. Mit ihm seien weder in direkter noch in indirekter Weise aggressive machtpolitische Ambitionen einhergegangen, sondern in berechtigter Weise „aktive“ „Selbsterhaltung“ erreicht worden. Die hierbei erfolgte „Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen“ beinhalte überdies lediglich eine „formale Bestätigung der bereits seit dem 6. Mai v.J. bestehenden offiziellen wirtschaftlichen Beziehungen“. Der Vertrag an sich müsse als „ehrliches[2331] Friedenswerk“ interpretiert werden, der keine „politische Orientierung Deutschlands, vor allem nicht etwa eine gegen den Westen gerichtete Ostorientierung Deutschlands[2332]“ beinhalte. Aus den damit verbundenen sechs Artikeln würden „keinerlei politische Bestimmungen oder Abmachungen“ erwachsen, „aus denen irgen(d) ein Dritter eine Gefahr herleiten kann.“[2333]

Diese Art der Darstellung bildete inhaltlich zwar lediglich eine konzentrierte Zusammenfassung der bereits bekannten Argumente. Ihre hier mit Vehemenz verfolgte, abermalige Wiederholung machte aber deutlich, dass sie, gerade weil sich sie in der Öffentlichkeit in dieser Form artikuliert wurden, deutscherseits inhaltlich natürlich nunmehr erst recht einzuhalten waren. Insoweit wurde also auch hier grundlegende Charakterzüge der frühen Weimarer Russlandpolitik letztlich durch den Druck von außen bzw. durch die Reaktion darauf vorgegeben.

[2329] Ebd.

[2330] Vgl. Stresemann, Botschafter Ago von Maltzan zum Gedenken, S.1f. (Sonderdruck). Es heißt hier u.a.: „Denn so, wie der Diplomat ein intuitives Gefühl dafür haben muß, was die öffentliche Meinung bedeutet und wie er sie in den Dienst seiner Sache stellen kann, so empfindet die Öffentlichkeit oft intuitiv die Größe und Bedeutung eines, den sie nicht kennt, nicht sieht, dessen Wirksamkeit sie aber empfindet.“

[2331] Der hier ursprünglich nachfolgende Halbsatz „vorbildlicher Friedensvertrag, weder Sieger noch Besiegte“ wurde offenbar von Maltzan selbst wieder gestrichen.

[2332] Dieser zuletzt zitierte Halbsatz entstammt einer hschr. Ergänzung am linken Rand der Vorlage, die offenbar von Wirth vorgenommen wurde.

[2333] Aufz. Maltzan, 27.5.1922, PA, R 23711, 203-208. Die Vorlage ist unverfilmt und ungedruckt.

Für die Chance auf eine wohlwollende innenpolitische Aufnahme des Rapallo-Vertrages sollte sich allerdings nicht nur die Arbeit Wirths, Rathenaus und Maltzans, sondern auch die gegenwärtige Stimmungslage in der internationalen Politik als relevant erweisen. So hatte Botschafter Sthamer am 25. Mai 1922 über die Rede Lloyd Georges im britischen Unterhaus vom gleichen Tage berichtet und dabei ausgeführt, der britische Premier habe den Rapallo-Vertrag zwar ohne nähere Begründung als „einen Fehler", aber letzten Endes in abgemilderter Form „als ein Blitzlicht" bezeichnet, „das grell die Gefahr beleuchtet habe, die entstehen könnte, wenn Russland und Deutschland zur Verzweiflung getrieben würden." Alliierte Grundinteressen aber seien dadurch nicht zu Schaden gekommen, zumal die Gespräche in der Villa D'Albertis eine sinnvolle, „erste Annäherung" zwischen den Alliierten und Sowjetrussland beinhaltet hätten, auch wenn sich in der Folgezeit verdeutlicht habe, „dass die Russen hoffungslose Theoretiker seien". Die Konferenz von Genua an sich wäre zudem schon dadurch ein „Gewinn", als die beteiligten Nationen dort zumindest *versucht* hätten, zu einer Verständigung zu kommen.[2334]

Auch vor diesem Hintergrund sah die Reichsregierung dem weiteren Ratifikationsprozess daher zu Recht mit Optimismus entgegen. Und obwohl die „vitalen Bestimmungen" des Rapallo-Vertrages ja bereits seit dem 16. April 1922 in Kraft getreten waren und keinem Ratifikationsvorbehalt unterlagen, wollte sie aus politischen Gründen jetzt ausdrücklich „den ganzen Vertrag" dem Deutschen Reichstag zur Diskussion und Abstimmung vorlegen.[2335]

Im Rahmen einer Aussprache im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Reichstages am 28. Mai 1922 erhob der wichtigste Außenpolitiker der deutschen Sozialdemokratie, Rudolf Breitscheid, zwar immer noch eine „persönliche Einwendung gegen den Zeitpunkt des Abschlusses". Allerdings zeigte auch er sich mittlerweile zumindest von der materiellen Berechtigung und Notwendigkeit des Schrittes in Rapallo uneingeschränkt überzeugt:

> „Der Vertrag als solcher ist gut und richtig. Wir sind für den Vertrag, der Vertrag ist gut, wir freuen uns, dass der Vertrag da ist."[2336]

Auch Eduard Bernstein war im Einklang mit der Position Breitscheids bemüht, einen Schlussstrich unter die innenpolitische Debatte zu ziehen. Er lenkte den Blick bereits auf die aus seiner Sicht anstehenden, zukünftigen Russland-politischen Herausforderungen, insbesondere auf die Wahl einer geeigneten Persönlichkeiten für den deutschen Botschafterposten in Moskau, die den erneuten

---

[2334] Vgl. dazu Tel. Sthamer Nr.146, 25.5.1922, PA, R 83436, 235.

[2335] Vgl. entsprechende Ausführungen Wirths in einer Rede vom 29.5.1922, Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.310, S.681. Außenminister Rathenau legte am 27. Mai 1922 dem Reichstag ein Weißbuch mit dem Titel „Material über die Konferenz von Genua vor, dass den Rapallovertrag ausser Acht ließ, da dieser ja nicht Tagesordnungspunkt und Gegenstand der Konferenz im eigentlichen Sinne war, vgl. Material über die Konferenz von Genua, zur Verteilung dieses „Genua Weißbuchs" vgl. PA, R 23706. Dagegen waren das Londoner Memorandum sowie das Protestschreiben der Alliierten vom 18. sowie die Antwort Wirths vom 21. April 1922 im Bericht über die Arbeiten der Ersten Kommission hier vollständig aufgeführt.

[2336] Aufz. o.U., 29.5.1922, PA, R 23711, 007-008. Ein weiteres Exemplar der auch bei Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 2, Dokument Nr. 309 gedruckten Vorlage ist im PA verfilmt unter L 640/L 203 727-28. Vgl. auch die hschr. Notizen Maltzans, offenbar protokollarisch zu der Ausschusssitzung, bei ebd., R 23711, 009-011. Ein Hauschild zugestelltes Protokoll vom 29.5.1922 über die Ausschusssitzung vom 28. Mai 1922 mit der „Aussprache über Genua und Rapallo-Vertrag" befindet sich bei PA, R 83436, 253-254.
Schulze Wessel, Rapallo, S.541 lässt diese wichtige Modifikation von Breitscheids Kritik an dem Zeitpunkt des Rapallo-Vertrages außen vor.

Widerhall eines negativ zu bewertenden „nationalistischen Tamtams, mit dem der Vertrag umgeben war“, unbedingt vermeiden müsse.[2337]

An der recht günstigen Aufnahme des Rapallo-Vertrages im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags hatte Rathenau gebührenden Anteil. Zwar sah er sich dem drohenden Hinweis des Abgeordneten Graefe gegenüber, innerhalb der deutschnationalen Partei hätten „sehr viele Herren“ nach wie vor Einwände. Rathenau betonte jedoch „insbesondere“ auf entsprechende Fragen von Hoetzsch, „dass man sofort in unverbindliche Vorbesprechungen betreffend der Ausdehnung des Vertrages auf die russischen Föderativstaaten eintreten würde.“ Den kritischen Einwand, ob der deutsch-russische Vertrag vom 6. Mai 1921, wie auch die zuständigen Innenministerien befürchtet hatten, die „dortigen Garantien betreffend sowjetrussischer Propaganda in Deutschland“ nicht doch „ausser Kraft“ setze und ob es nicht „gefährlich“ sei, „die Meistbegünstigung aus Art. 4 fristlos festzusetzen“, konnten auf der Grundlage der oben vorgestellten „Anregungen“ Maltzans ausgeräumt werden. Daraufhin gewann das klare Votum des DDP-Abgeordneten Bernstorff Mehrheitsfähigkeit, dass dahingehend lautete, „man sei durch den Vertrag nicht enttäuscht, sondern „zuerst über die Konsequenzen, die gewisse Blätter an Rapallo knüpften“, „beängstigt“ gewesen. An dem Vertrag selber habe von den Ausschussmitgliedern „keiner“ „etwas auszusetzen, auch nicht an dem Zeitpunkt“.[2338]

Einen Tag später, am 29. Mai 1922, verteidigte Reichskanzler Wirth den deutsch-russischen Vertrag im Parlament: In seiner Rede über die „Politik der Reichsregierung vor Genua, in Genua und nach Genua“, die weithin auf dem oben genannten Entwurf Maltzans basierte, aber einige Passagen modifizierte, betonte Wirth, dass sich - nach der „durch die Politik in Cannes und Boulogne“ erfolgten inhaltlichen Reduktion der Genueser Konferenz „zunächst schnell eine „neue Union (…) der einladenden Mächte“ gebildet habe, „zu denen wir selbstverständlich nicht gehörten“. Es sei, so Wirth weiter, des Weiteren unbestreitbar, „dass ohne uns und ohne dass wir die Gewähr hatten, dass auch unsere Interessen gewahrt worden sind, gerade die einladenden Mächte mit Russland Verhandlungen begonnen hatten, denen wir nur mit größter Spannung und mit größter Sorge entgegenschauen konnten“. Deutschland habe sich als Folge davon schließlich „genötigt“ gesehen,

---

[2337] Aufz. o.U., 29.5.1922, PA, R 23711, 007-008. Diese Haltung Bernsteins korrespondierte letztlich mit seiner schon 1919 auf dem Parteitag in Weimar vorgetragenen Vorstellung, nicht zu einer „aktiven Außenpolitik“ „mit sowjetrussischer Rückendeckung“, sondern vielmehr zu „normalen Beziehungen zu Russland ohne machtpolitische Hintergrundgedanken“, vgl. Feucht, S.87. Zu Bernstein siehe auch die politische Biographie von Carsten, Eduard Bernstein, insbesondere in Bezug auf die außenpolitischen Ausführungen Bernsteins auf den Parteitag der SPD im Juni 1919, wo es abschließend heißt: „Wir wollen aufräumen mit all dem Plunder der alten Diplomatie, des alten Systems. Unsere Außenpolitik muß eine rückhaltlose internationale Politik sein.“, zit. nach ebd., S.178.

Die „Rapallo-Haltung“ der zeitgenössischen deutschen Sozialdemokratie konkretisiert sich im Ganzen gesehen darin, dass sie den Vertrag als sachorientiert und richtig empfand, ohne diesen allerdings, wie die extreme politische Rechte oder Linke, nationalistisch bzw. ideologisch zu überhöhen. Gegenüber einer derartigen Auslegung bewahrten ihre führenden Vertreter zudem auch nachfolgend Distanz. Insoweit war es durchaus folgerichtig, dass der Vertrag auf dem Augsburger Parteitag der SPD im September 1922 nur flüchtig erwähnt wurde und „der Vorwärts schwieg, als sich die Vertragsunterzeichnung zum fünften und zum zehnten Mal jährte“, vgl. Schulze Wessel, Rapallo, S.541. Der hessische SPD-Delegierte Strecker bezeichnete auf dem Augsburger Parteitag den Rapallo-Vertrag als „ersten wirklich echten Friedensvertrag“, der jedoch die „Welt ganz unvorbereitet getroffen“ hätte, zit. nach Feucht, S.87, Anm.75. Zur Kritik an der Haltung der SPD vgl. Köster an Maltzan, 8.10.1923, AdsD, NL Adolf Köster, Mappe 30. Hier heißt es u.a.: „Ich habe mich in den Berliner Tagen wieder bemüht, meinen politischen Freunden klarzumachen, dass sie die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber dem deutsch-russischen Problem nicht in der parteipolitischen Auseinandersetzung mit den Berliner lokalen Kommunisten erschöpfen können.“ Zum Thema „SPD und Rapallo-Vertrag“ siehe ausführlicher Unger, S.242ff.

[2338] Aufz. o.U., 29.5.1922, PA, R 23711, 007-008. Zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 28. Mai 1922 auch das Protokoll vom 29.5.1922 bei ebd., R 83436, hier 254 (L203728) sowie die Berichterstattung in der Germania Nr.332, 29.5.1922.

„unsere Fragen mit Russland selbstständig zu lösen, nachdem uns die anderen zu diesem pflichtmäßigen Handeln geradezu Veranlassung gegeben hatten“. Ansonsten wäre der „Ring der Schuldknechtschaft um Deutschland“ „endgültig geschlossen“ worden.[2339] Wer den Vertrag „sorgfältig und ohne Voreingenommenheit“ lese, der müsse zudem „gestehen“, dass dieser „ein ehrliches, aufrichtiges Friedenswerk“ beinhalte. Bei seiner Unterzeichnung habe es sich allenfalls insoweit um einen „Irrtum“ gehandelt, als dieser in dem von der deutschen Außenpolitik und Diplomatie abgewehrten „taktischen Vorgehen der Alliierten“ selbst gelegen habe, Deutschland nunmehr ebenfalls in der russischen Frage einfach eine Objektrolle zuweisen zu wollen.[2340]

Allerdings war der Rapallo-Vertrag mittlerweile schon nicht mehr das einzige, bewegende ostpolitische Thema, das im Reichstag Erörterung und Beachtung fand: Am 26. Mai 1922 kam es dort zur ersten, zweiten und dritten Lesung bzw. Beratung des Gesetzesentwurfs über das am 15. Mai 1922 in Genf abgeschlossene deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien, das mit drei weiteren Gesetzesentwürfen einherging. Auch Reichskanzler Wirth, Staatssekretär Haniel und Ministerialdirektor Maltzan nahmen daran teil, die beiden zuletzt Genannten allerdings lediglich beobachtend. In Bezug auf die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 fand sich Deutschland damit endgültig mit der als Unrecht empfundenen Zerteilung eines Gebietes ab, das, wie der Abgeordnete von Rheinbaben im Namen der Deutschen Volkspartei erklärte, „seit über 700 Jahren deutsch“ gewesen war, „also länger als die Normandie französisch“.[2341]

Ministerialdirektor Maltzan setzte unterdessen den Dialog mit den sowjetrussischen Vertretern fort. Bereits am 29. Mai 1922 hatte in seiner Gegenwart sowie in der von Gaus und Hauschild eine Besprechung mit dem in Berlin auf der Durchreise befindlichen Volkskommissar und stellvertretenden Leiter des Auswärtigen Ministeriums in Moskau, Litwinow, stattgefunden. Dabei wurde unter anderem die „im Ausschuss des Reichstages am Sonntag den 28. Mai gewünschte genaue Auslegung des Textes in Artikel 4[2342] des Rapallo-Vertrages“ erörtert. Neben anderen Details stand die rechtliche Frage im Raum, wie der Vertrag denn auszulegen sei, wenn Deutschland „später in ein besonderes Zollverhältnis zu Österreich-Ungarn“ eintrete.[2343]

Diese Gespräche trugen zwar bedingt zu einer Intensivierung des deutsch-sowjetrussischen Verhältnisses bei und suggerierten vordergründig eine gewisse Normalität in den beiderseitigen Beziehungen. Von einer wirklichen politischen Allianz, die den inneren Charakter einer dauerhaften politischen Gemeinsamkeit vermittelte und über die gemeinsame, vor allem aus den beiderseitigen Gebietsverlusten seit 1918 erwachsende aktuelle Gegnerschaft zu Polen hinausging, blieb allerdings weiterhin nichts zu spüren. Eine derartige Festigkeit oder Verlässlichkeit litt neben den bekannten

---

[2339] Vgl. Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.310,

[2340] Ebd. Siehe zu der Rede Wirths u.a. auch Höltje, S.55 sowie die französische Berichterstattung in einem Tel. Saint-Quentins, No. 893-898, 29.5.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, Allemagne 379, 28ff.

[2341] Verhandlungen des Reichstages, I. Wahlperiode 1920, Bd.355 (18.5.-24.6.1922), 222.Sitzung, S.7687ff., die angesprochenen Ausführungen von Rheinbaben bei S.7697.

[2342] Zur Auslegung z.B. des Wortes „Sowjetrepublik“ in Art. 4 des Rapallo-Vertrags vgl. Aufz. von Maltzan, Gaus und Hauschild, 30.5.1922, ebd., R 23710, 005-006.

[2343] Aufz. Maltzan, Gaus, Hauschild, 30.5.1922, ADAP A VI, Nr. 114, im PA bei, R 23710, 005-006 bzw. bei R 83436, 261f. (L203733-34), u.a. mit der Paraphe Rathenaus. Es heißt hier u.a., Litwinow habe die polnischen Forderungen aus Art. 116 Abs. 3 VV noch einmal ausdrücklich bestätigt, „dass Polen mit Rücksicht auf seinen jetzigen Bestand nicht als ein solcher Staat aufgefasst wird, der früher Bestandteil des ehemaligen russischen Reiches war“. Wenn Deutschland später in ein besonderes Zollverhältnis mit Österreich-Ungarn trete, werde Russland „mit Rücksicht darauf auf Grund der Meistbegünstigungsklausel keine gleichartigen besonderen Vorrechte in diesem Spezialfall für sich verlangen.“ Vgl. zur Erörterung des Art. 4 auch Maltzan an Reichsverkehrsminister, 17.6.1922, ebd., R 83437, 032f.

Faktoren wie zum Beispiel den kommunistischen Propagandabestrebungen in Deutschland teilweise auch an der Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung in Moskau, die durch den schlechten Gesundheitszustand Lenins hervorgerufen wurde.[2344]
Trotz einiger skeptischer Momente fiel der Russland-politische Ausblick aus deutscher Sicht aber damit nicht grundlegend negativ aus: Außenminister Rathenau vertrat insoweit die Ansicht, es wäre wünschenswert, den Vertrag von Rapallo, der doch gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht lediglich einen ersten allgemeinen „Rahmenvertrag" darstelle, so bald wie möglich „mit Inhalt zu versehen". Einer praktischen Realisierung dieses Ziels aber standen noch gewichtige Hürden und komplexe Detailaufgaben entgegen: Die inhaltliche Ausfüllung des Rapallo-Vertrages zum Beispiel mittels eines Konsularvertrages oder eines umfassenden Wirtschafts- und Rechtsabkommens kosteten noch sehr viel Zeit und Mühe und zogen sich bis weit in das Jahr 1925 hin.[2345]

8. Eine breite Reichstags-Mehrheit für „Rapallo" (Juni/ Juli 1922)

Noch vor der parlamentarischen Entscheidung gewann die Frage der geographischen Ausdehnung des deutsch-russischen Vertrages Priorität.[2346] Insbesondere Außenminister Rathenau befürwortete dies. Unter dem 3. Juni 1922 telegraphierte er an die deutsche Gesandtschaft in Tiflis, Georgien habe endlich die brüske Verbalnote vom 8. März 1922 wieder zurückgezogen. Volkskommissar Rakowski, der auf sowjetrussischer Seite offenbar für diesen Bereich als Gesprächspartner fungierte, sei jetzt bereit, mit ihm ebenso über eine Ausdehnung des Vertrages vom 16. April 1922 auf „Grusien, Aserbeidshan und Armenien" zu verhandeln.[2347] In Bezug auf die Ukraine hatte Hauschild Ministerialdirektor Maltzan bereits mit Datum vom 11. Mai 1922 informiert, die Ukraine betrachte das deutsch-russische Abkommen vom 6. Mai 1921 „als für sie nicht verbindlich". Deshalb sei eine Erörterung dieser Frage zwischen Rathenau und Rakowski notwendig, wozu es am 8. Juni 1922 in Berlin dann auch in persönlicher Form kam.[2348]

[2344] Vgl. dazu u.a. das Tel. Schmidt-Rolkes aus Moskau Nr. 246 vom 31. Mai 1922, im PA verfilmt unter 2860/D 552 572, wo es u.a. heißt: „Aus sicherer Quelle erfahre (ich), dass Lenin vor einigen Tagen Schlaganfall erlitt. Zustand sehr ernst. Krankheit zusammenhängt nicht nur Operation, sondern mit physischem Zusammenbruch Lenins." Siehe dagegen das Schreiben Wiedenfelds vom 13. Juni 1922 (Filmnummer im PA 2860/D 552 580-83), Lenin könne „sich wieder frei unterhalten und auch seine Glieder wieder frei bewegen" und habe sich u.a. „recht lebhaft nach der Aufnahme erkundigt, welche der Rapallovertrag in Deutschland gefunden hätte".

[2345] Siehe dazu Aufz. o.U. und o.D., ADAP A VI, Nr.118, über eine Unterredung Rathenaus mit Tschitscherin am 6. Juni 1922. Zur Rahmenvertragsfunktion des Rapallo-Vertrages insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht vgl. auch Beitel/Nötzold, S.33 v.a. in Bezug auf Art. 4 und 5 Rapallo-Vertrag, die erst im Oktober 1925 eine inhaltliche „Präzisierung" und Ausfüllung erfuhren. Zu den Verhandlungen für einen deutsch-sowjetrussischen Rechts- und Wirtschaftsvertrag, die im Juli 1923 begannen und am 12. Oktober 1925 abgeschlossen wurden, vgl. u.a. Perrey, S.43f.; Magnus (1926); Martius (1925/26) sowie die 1930 entstandene Studie von Burckhardt, Der deutsch-russische Rechts- und Wirtschaftsvertrag vom 12.10.1925.

[2346] Zur Frage der Ausdehnung des Abkommens siehe auch die ungezeichnete Aufzeichnung vom 30.5.1922, ebd., R 23711, 260-261 sowie die Aufz. Maltzan, 8.6.1922, im PA verfilmt unter K 1964/K 510 293-94 in Bezug auf die Ukraine. Zum Beginn der Verhandlungen über die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf die Ukraine vgl. Aufz. o.U., 2.6.1922, ebd., R 84245, K 510262-266, die wohl ebenfalls von Maltzan stammt. Über die mit der geographischen Ausdehnung verbundenen Schwierigkeiten berichtete Maltzan auch den deutschen Vertretern in Charkow und in Moskau, vgl. sein Tel., 20.6.1922 bei ebd., K 510283.

[2347] Rathenau an dt. Gesandtschaft Tiflis, 3.6.1922, PA, R 84086. Die Vorlage trägt u.a. auch die Paraphe Maltzans und Haniels.

[2348] Hauschild an Maltzan, 11.5.1922, sofort, ebd., R 84245, K 510213-15. Siehe in diesem Zusammenhang auch die G.A. Maltzans vom 8.6.1922, die u.a. die Paraphe Rathenaus trägt und darlegte, Rathenau werde Rakowski „heute um 5:50 Uhr" am Bahnsteig begrüssen, ebd., K 510293-94. Zur Ressortsitzung im AA vom 13.6.1922 unter dem Vorsitz Maltzans „über die Frage der Behandlung des sogenannten Ukraineguthabens bei den deutsch-ukrainischen Verhandlungen" vgl. die

Überdies nahm in den deutsch-russischen Gesprächen das politisch derzeit belastendste Problem in Europa - die Reparationsfrage - einen besonderen Stellenwert ein: Volkskommissar Tschitscherin, der sich auf der Durchreise zu weiteren Verhandlungen zwischen den Alliierten und Sowjetrussland in die Niederlande befand[2349], hatte Rathenau zwei Tage zuvor um Material gebeten, das die Entwicklung dieser Frage seit dem Wiesbadener Abkommen vom Oktober 1921 aus deutscher Sicht dokumentierte.[2350] Schließlich wurde über einen in Moskau noch nicht genehmigten Vertrag Italiens mit Sowjetrussland sowie über den provisorischen Vertrag zwischen der tschechoslowakischen Republik und der RSFSR diskutiert. Rathenau wünschte, den Vertrag von Rapallo, „der doch nur einen Rahmenvertrag darstelle, mit Inhalt zu versehen, insbesondere schwebe ihm die Abmachung eines Schiedsgerichtsvertrages für die nächste Zeit vor". Tschitscherin erklärte sich mit „diesen Gedanken und Vorschlägen einverstanden".[2351]

Das Bemühen um deutsche Vermittlung zwischen dem Vatikan und Sowjetrussland[2352] sowie insbesondere die Schwierigkeiten einer geographischen Ausdehnung des Rapallo-Vertrages waren kurz darauf auch Gegenstand eines persönlichen Gespräches zwischen Maltzan und Tschitscherin „unter vier Augen", das offenbar auf Wunsch Tschitscherins am 9. Juni 1922 stattfand. Nach den Angaben des Ministerialdirektors verlief dieses Gespräch allerdings „ohne positives Ergebnis". Vorerst unüberbrückbare Differenzen lagen zum einen darin, dass Maltzan einer sofortigen Ausdehnung des Vertrages nicht zustimmen wollte bzw. konnte. Er befürchtete - offenbar zu dieser Zeit im Anschluss an entsprechende Vorbehalte von Seiten der deutschen Innenbehörden - bei einer noch intensivierten Anwesenheit diplomatischer Vertretern aus Ländern mit revolutionären kommunistischen Zielsetzungen in Berlin eine weitere Verstärkung der kommunistischen Propaganda in Deutschland, was die ohnehin nach wie vor vorhandene „Obstruktion von Anti-Rapallo-Leuten" unterstützen könne. Tschitscherin wiederum betonte, „dass sich neuerdings in den Föderativ-Staaten ein starkes Gefühl der Autonomie geltend mache", was wiederum „russischerseits bei ferneren Verhandlungen und Einrichtungen auswärtiger Vertretungen berücksichtigt" werden müsse.[2353]

Abschrift einer ungez. Aufz. bei ebd., R 83439, 006-008.

[2349] Mit Datum vom 12.6.1922 vermerkte Maltzan, das „auf Veranlassung" von Simson „für die Bearbeitung der Haager Konferenz das Referat IVa Ru federführend" sei. Vermerk Maltzan, 12.6.1922, PA, R 94263. Die Sachverständigen-Konferenz im Haag begann am 15. Juni 1922. Zum Verlauf der Konferenz siehe Conference at The Hague, June 15-July 20, 1922; ausführliche Verhandlungsprotokolle bei PRO, FO 371/8195.

[2350] Aufz. o.D. und o.U., ADAP A VI, Nr. 118 über ein Gespräch Rathenaus mit Tschitscherin am 6. Juni 1922. Das Wiesbadener Abkommen vom 6.10.1921 ist gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome XIII, S.699-714. Zur Begrüßung Tschitscherins durch Maltzan in Berlin vgl. das Schreiben Maltzans vom 1.6.1922, PA, R 83382, 236f.

[2351] ADAP A VI, Nr. 118, S.248f.

[2352] Vgl. zu einem solchen Vermittlungsdienst zwischen dem Vatikan und Tschitscherin z.B. die Aufz. Maltzans, o.D. (ca. 10. Juni 1922), bei ebd., K 096452. Harry Graf Kessler wies in seinen Tagebüchern bereits unter dem Datum des 15.5.1922, Kessler, Tagebücher, S.317, darauf hin, Maltzan habe ihm mitgeteilt, dass selbst der in Genua anwesende päpstliche Vertreter nicht nur „mehrere Tage mit Tschitscherin verhandelt und wiederholt seine große Befriedigung über den Gang der Verhandlungen und die kluge und entgegenkommende Haltung Tschitscherins ausgedrückt" habe. Demnach fragte Pizzardo im Anschluss an diese Gespräche den Ministerialdirektor auch noch „ganz nebenbei", „ob Tschitscherin nicht der sei, der eigenhändig den Zaren niedergeschossen habe": „Den hohen geistlichen Herrn störte das nicht, er wollte es nur aus historischem Interesse wissen! Renaissancemensch!", so führte Kessler dazu aus und karikierte diese Meldung insgesamt als eine „sehr bezeichnende und drollige Geschichte". Siehe dazu auch Allardt, Politik vor und hinter den Kulissen, S.211f.; zur Position und Rolle des Vatikans vgl. Stehlin, S.232, S.274 sowie Fattorini.

[2353] Siehe G.A. Maltzans, 9.6.1922, PA, R 31490k/31491k (K 096448-51) sowie die G.A. mit Eingangsstempel vom 13.6.1922 bei ebd., K 510276.

Weil darüber hinaus die Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung in Moskau und der deutschen Wirtschaft weiterhin festgefahren waren sowie der Rapallo-Vertrag noch immer einer vor allem auch in politisch-atmosphärischer Hinsicht bedeutsamen Ratifikation durch das deutsche Parlament unterlag, vermieden es die Verhandlungspartner an dieser Stelle, die mit der Ausdehnung verbundenen, offenen Detailfragen zu klären. Auch insoweit erhielt das deutsch-sowjetrussische „Post-Rapallo-Verhältnis" mehr und mehr den unausgesprochenen Charakter einer bedenklich inhaltsoffenen, keine Seite verpflichtenden Wartestellung.

Insbesondere auch vor diesem Hintergrund diskutierten Maltzan und Tschitscherin nachfolgend zumindest die von Außenminister Rathenau gewünschte Formulierung eines Schiedsgerichtsvertrages sowie die „zeitliche und örtliche Unbegrenztheit der in Art. 4 erwähnten Meistbegünstigung". Gemäß den Angaben des Ministerialdirektors betonte der Volkskommissar dabei, „dass in unserem Mai-Vertrag ein derartiges Schiedsgericht rein technischer Art für Wirtschafts- und Handelsfragen bereits vorgesehen" sei. Eine gleiche Klausel fände sich aber auch schon in dem jüngst abgeschlossenen tschechisch-russischen Vertrag[2354], der Maltzan zu dieser Zeit im Wortlaut allerdings noch nicht vorlag. Beide Gesprächspartner kamen dahingehend überein, dass eine solche „Schiedsgerichtsklausel" wohl erst in einen umfassenderen „Handelsvertrag" Eingang finden könne. Falls Rathenau jedoch einen politischen Schiedsgerichtsvertrag, wie ihn Deutschland mit der Schweiz geschlossen habe, beabsichtige, so ständen einem derartigen Vertrag, „durch welchen Russland als Schiedsrichter in Streit jegliche Mächte ohne bolschewistische (Gesellschafts)struktur als Schiedsrichter anerkennen solle, zumindest gewisse Schwierigkeiten" entgegen.[2355]

In anderen ostpolitischen Themenbereichen befürwortete Maltzan ebenfalls den Abschluss von schiedsvertraglichen Regelungen. Auf eine Drohung des gelegentlich ohnehin die „polnische Karte"[2356] spielenden lettischen Außenministers Meierovics während eines mit diesem geführten persönlichen Gesprächs, es könne dennoch weiterhin zu gravierenden „deutsch-feindlichen Kombinationen" kommen, „die Deutschland unbequem sein würden", reagierte der Ministerialdirektor gelassen. Er warb um Verständigungsbereitschaft und Einvernehmen, wobei Maltzan in erster Linie auf eine Verbesserung der Brückenfunktion der baltischen Staaten in Richtung Russland zielte:

> „Ich erwiderte, dass wir eine Realpolitik Lettland niemals verdenken könnten; auch Finnland hätten wir seinerzeit durchaus nicht verdacht, als es in ein sehr intimes Verhältnis zu Polen getreten sei. Die Erfahrungen mit Finnland hätten aber doch gezeigt, dass Finnland die Schwierigkeiten und evtl. unbequemen Begleiterscheinungen einer derartigen Politik aus eigenen Stücken sehr bald erkannt hätte. Ich hätte den Eindruck gehabt, dass eine ähnliche Stimmung momentan auch in Estland und Litauen herrsche. Gerade Reval und Kowno seien ja bisher auch ausgezeichnete Durchgangsstationen für unseren Wirtschaftsverkehr nach dem Osten gewesen. Ich hätte immer gehofft, dass der so brachliegende Rigaer Hafen demnächst seiner ursprünglichen Bestimmung (Aufnahmegebiet für den Osten) wieder zugeführt werden würde. Leider bestände in deutschen Wirtschaftskreisen mit Rücksicht auf die

[2354] Siehe dazu auch die Aufz. bei PA, R 28278k, 309. Der „Provisorische Vertrag zwischen der Tschechischen Republik und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik" vom 5. Juni 1922 ist vollständig gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome XVIII, S. 643-647.

[2355] Vgl. die G.A. Maltzans, 9.6.1922, ebd. (K 096448-51). Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag vom 3. Dezember 1921 ist gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome XII, S.75-83.

[2356] Pistohlkors, S.55.

> Unsicherheit des Eigentums in Lettland in dieser Beziehung eine gewisse Vorsicht, die ich nicht hätte beseitigen können.“[2357]

Der Ministerialdirektor agierte also in Stil und Inhalt keineswegs mit machtpolitisch orientierten Argumentationsmustern oder Handlungselementen – und dies selbst nicht gegenüber Staaten, die politisch und wirtschaftlich schwächer waren als Deutschland. Er schlug dem lettischen Außenminister den Abschluss eines Schiedsvertrages nach dem Vorbild des deutsch-schweizerischen Schieds- und Vergleichsvertrages vor. Denn eine derartige Vertragsform, so führte Maltzan mit dem Hinweis auf ein sinnvolles, zukunftsorientiertes *do ut des*, das allen Seiten Vorteile bringe, aus, begünstige Lettland doch mit „so vielen politisch wertvollen Imponderabilien gegenüber anderen Staaten und böte so viele Sicherungen für die Zukunft“, dass er sich „die Angelegenheit“ an der Stelle von Meierovics „nochmal überlegen würde.“[2358]

In Paris hatte unterdessen Premierminister Poincaré seine innenpolitische Stellung weiter gefestigt: Eine Kammerdebatte über die auswärtige Politik der Regierung gestattete es ihm nach der Berichterstattung des deutschen Botschafter nun sogar - Rapallo-Vertrag hin oder her - seine Politik, „mit einer gewissen Selbstzufriedenheit“ darzustellen. Zudem würden die „immer und immer wiederholten Phrasen ‚respect des Traités’ und ‚exécution des Traités’“, so Mayer weiter, nach wie vor den unbedingten außenpolitischen „Leitfaden in den Ausführungen des Ministerpräsidenten“ bilden.[2359]

Da vor diesem Hintergrund möglicherweise eine weitere Verschärfung der französischen Deutschlandpolitik zu erwarten war, befürchtete Maltzan eine abermalige publizistische und politische Instrumentalisierung des Rapallo-Vertrages zum Schaden der deutschen Außenpolitik - insbesondere auch in Bezug auf die in der alliierten Presse kursierenden Gerüchte über einen „angeblichen deutsch-russischen Militärvertrag“. In einer Besprechung mit Brodowsky, die eigentlich in erster Linie um die „Frage des Botschaftsgebäudes ‚Unter den Linden’“ kreiste, bat er die sowjetrussische Seite deshalb „im beiderseitigen Interesse“, „alle derartigen irreführenden und bösartigen Ausstreuungen auch russischerseits energisch entgegenzutreten.“ Weiter wies er seinen Gesprächspartner „insbesondere auf die von englischer Seite lancierte Meldung“ hin, dass „Joffe kürzlich geäußert haben soll, Russland werde im Falle eines Angriffs auf Deutschland nicht ruhig zusehen können“.[2360] Solche Drohungen lehnte der Ministerialdirektor vehement ab und betrachtete sie für die außenpolitischen Gesamtinteressen Deutschlands als überaus nachteilig und schädlich.

Dennoch wurde in Paris mit „Rapallo“ nach wie vor Politik gemacht: Die offiziöse Tageszeitung „Le Temps“ erklärte am 14. Juni 1922, unter der Leitung der französischen Außenpolitik müsse jetzt „die gesamte Zivilisation Front machen“ gegenüber dem seit dem Ostersonntag 1922 angeblich entstandenen deutsch-russischen „Block von mehr als 200 Millionen Menschen - dem gewaltigsten Unterwerfungsinstrument, das die Welt jemals in Schrecken versetzt“ habe.[2361]

[2357] Vgl. Aufz. Maltzan, 14.6.1922, ADAP A VII, Nr. 126. Die Vorlage trägt u.a. die Paraphen Wirths, Haniels, Simsons, Ritters und Blüchers. Sie hat auch Rathenau vorgelegen. Siehe hierzu mwN. auch die Dokumente bei ADAP A V, Nr. 101 und 239 bzw. ebd. VI, Nr. 125. Zur positiven Einstellung Maltzans gegenüber dem „guten alten“ Meierovics vgl. später auch Maltzan an Köster, 6.2.1924, AdsD, NL Adolf Köster, Mappe 30.

[2358] Aufz. Maltzan, 14.6.1922, ADAP A VII, Nr. 126.

[2359] Mayer an AA, 6.6.1922, PA, R 70473 (L153696-04).

[2360] Aufz. Maltzan, 27.5.1922, ebd., R 83437, 005-006, hier 006 (L203745).

[2361] Zit. nach Allardt, Politik vor und hinter den Kulissen, S.213.

Derartige propagandistische Entstellungen blieben zudem keineswegs auf Frankreich beschränkt. Auch die „Times“ „aus dem Hause des notorisch antideutschen Pressezaren Lord Northcliffe“[2362] griff die aus deutscher Sicht schon mehrfach dementierte Meldung eines deutsch-russischen Militärabkommens wieder auf. Im Auswärtigen Amt wurde dazu allerdings bereits am 16. Mai 1922 vermerkt, dass es ohnehin „eine altbewährte Methode der Northcliffe-Presse“ sei, derartige Tendenz-Meldungen zu Propagandazwecken ständig zu wiederholen[2363] – eine germanophobe Tendenz weiter Teile der britischen Presse, die bereits seit dem Ende des 19. Jahrhundert immer wieder ein Beleg für die Nervosität und Unsicherheit Englands war und blieb.[2364]

Mit der Wirklichkeit und dem Charakter der frühen Weimarer Ostpolitik stand die damit verbundene, negativ ausgerichtete Legendenbildung über die Intentionen und die Bedeutung des deutsch-russischen Vertrages freilich nicht in Einklang. Die schon aufgrund der eigenen Schwäche notwendigerweise grundlegend wie fortlaufend um Verständigung bemühte außenpolitische Haltung Berlins spiegelte sich in der Zwischenzeit in zwei Reden wider, die der Reichskanzler und der Außenminister am 9. Juni 1922 in Stuttgart hielten. Rathenau machte hier ebenso deutlich, warum sein Name und seine Persönlichkeit in einem durchaus friedenspolitischen Sinne „nicht zuletzt mit dem Vertrag von Rapallo verbunden ist“.[2365]

Auch die Rede Wirths hob erneut die verständigungsorientierte Ausrichtung der deutschen Außenpolitik hervor. Er klagte jetzt aber vor allem über die Deutschland seit Jahren von den Alliierten zugewiesene Objektrolle. Die Entente hätte in Genua deshalb ebenso in der russischen Frage abermals geglaubt, „uns einige Tage so unbemerkt an die Wand stellen zu dürfen, dass wir geduldig abwarteten, bis man uns rief“.[2366] Und der hier ebenso zu findende Ausdruck Wirths, der Abschluss des Rapallo-Vertrages sei ein „Ritt über den Bodensee“ gewesen, wirkte keineswegs „anekdotenhaft“ und besagte auch nicht, dass hiermit eine „neue Politik“ eingeleitet wurde, die „in den Denkmustern des gerade erst beendeten Krieges gefangen war.“[2367] Eine solche Wortwahl markierte vielmehr zum einen, wie dramatisch und risikoreich aus deutscher Sicht die Situation in den Tagen unmittelbar vor dem 16. April 1922 tatsächlich wahrgenommen worden war, und zum anderen, wie stark die gängigen Sprachmuster und damit zugleich auch die gegenseitigen Feindbilder zu dieser Zeit immer noch eingefahren waren.

In der Zwischenzeit war in den parlamentarischen Gremien in Berlin der Ratifikationsprozess für den Rapallo-Vertrag in die entscheidende Phase eingetreten: Der oben bereits erwähnte, seit Ende Mai / Anfang Juni im Auswärtigen Amt ausgearbeitete „Entwurf eines Gesetzes über den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo“ wurde als Reichsministersache „Rk 4311“ mit Datum vom 13. Juni 1922 zunächst auf einer Kabinettssitzung erörtert. Die dazugehörende Denkschrift hatten die

---

[2362] Wendt, Lloyd George’s Fontainebleau-Memorandum, S.32.

[2363] Siehe die ungez. Notiz bei PA, R 83437, 008. In einem Telegramm Maltzans an die deutsche Botschaft in London vom 21. Juni 1922 heißt es, ein offenbar dort erneut gemeldetes Abkommen sei „ebenso frei erfunden wie alle ähnlichen selben Zweck verfolgenden Meldungen über angebliches deutsch-russisches Abkommen und Unterstützung russischer Kriegsindustrie.“, ebd., 055.

[2364] Vgl. Wipperfürth, S.295 bzw. jüngst die Rez. von Ulrich Schnakenberg dazu in: H-Soz-u-Kult, 30.03.2005, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2005-1-226.

[2365] Vgl. Koenen, Die „Völkerwanderung von unten“, S.240f., S.242f. Ein Sonderdruck dieser „Stuttgarter Reden“ Wirths und Rathenaus findet sich bei BAK, NL Joseph Wirth, Nr.70.

[2366] Siehe dazu z.B. die Rede Wirths am 9. Juni 1922 in Stuttgart, Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.311, S.684f., im Auszug auch bei Linke, Quellen, 1917-1945, Nr.54, S.113f.

[2367] Vgl. gegenteilig Schulze Wessel, Rapallo, in: Deutsche Erinnerungsorte, Bd.1, S.538.

Verfasser offenbar unter der Führung von Maltzan und Gaus in eine allgemeine „Vorbemerkung“ sowie einen zehnseitigen Teil unter dem Titel „Bemerkungen“[2368] insbesondere zu der „Auseinandersetzung mit Russland über die Vergangenheit“ in den Artikeln 1 und 2, aber auch zu den übrigen Artikeln des Vertrages unterteilt. In der Vorbemerkung wurde gegenüber den Adressaten, den deutschen Reichstagsabgeordneten, zudem insbesondere auf den „vertragslosen Zustand“ zwischen Deutschland und Russland hingewiesen, der durch den Paragraph „Nr. XV des Waffenstillstandsabkommens mit den Alliierten vom 11. November 1918 sowie durch die Art[ikel] 116 Abs.2 und 292 des Vertrag(s) von Versailles“ bestanden und nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages Anfang 1920 den Ausgangspunkt des Verhältnisses zwischen Deutschland und Russland gebildet habe. Und mit den deutsch-russischen Abkommen vom 6. Mai 1921 seien „die normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland noch nicht vollständig wieder hergestellt“ worden und zwar aus folgenden Gründen:

> „Eine solche Wiederherstellung war nicht möglich ohne eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Vergangenheit. Dabei handelt es sich einmal um die Liquidierung der Folgen des früheren Kriegszustandes und sodann um die Regelung der Fragen, die sich aus den gegen Deutsche und deutsches Eigentum in Russland getroffenen Maßnahmen der Sowjet-Regierung ergeben. Ueber beide Punkte ist seit Herbst 1921 zwischen beiden Regierungen verhandelt worden. Die Verhandlungen waren bereits im Februar 1922 soweit fortgeschritten, dass sie einen Abschluß ermöglicht hätten. Inzwischen war jedoch die russische Frage auf das Programm der Konferenz von Genua gesetzt worden.“[2369]

Die entscheidenden „Vorgänge“ hingegen, so hieß es hier, die „dann während dieser Konferenz zum Abschluss des am 16. April in Rapallo unterzeichneten Vertrags geführt haben“, wurden „nach den von der Reichsregierung hierüber bereits abgegebenen Erklärungen als bekannt voraussetzt.“[2370]
Zwar enthielt diese Denkschrift selbst noch in der Druckform ein Versehen, dass offenbar sowohl im Kabinett als auch im Reichstag unbemerkt blieb und ebenfalls bei der bisherigen Forschung bislang keine Beachtung fand.[2371] Die Vorlage gelangte am 22. Juni 1922 aber in dieser Form in den Reichstag und wurde daran anschließend an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verwiesen.[2372]
Der Außenminister hatte unterdessen sein sehr engagiertes, intensives Werben für eine überzeugende Ratifikation des von ihm unterzeichneten Vertrages fortgesetzt. In der Regel setzte er zwar insoweit auf sachliche Überzeugungsarbeit. Zuweilen scheute er sich allerdings nicht, einige Rapallo-Kritiker auch mit ironischen Bemerkungen anzugreifen. Denn wenn diesen skeptischen Stimmen die Argumente ausgingen, so trug Rathenau vor, bliebe ihnen ja trotzdem immer noch das die Möglichkeit zu sagen: „Gut, aber nicht am Sonntag hätte man abschließen sollen, sondern am

---

[2368] PA, R 23711, 232-241. Die Vorlage ist ungezeichnet.
[2369] Vgl. PA, R 28278k, 315-318 (D 552576-79).
[2370] Ebd.
[2371] Bei ebd., 318 heißt es insofern im Gegensatz zu dem bei ebd., 315 für den Art.3 Rapallo-Vertrag festgelegten Wortlaut fälschlicher Weise: „Als Folge der Vereinigung der aus der Vergangenheit herrührenden Fragen wird im Artikel 3 die *alsbaldige* [Herv.d.Verf.] Wiederaufnahme der normalen amtlichen Beziehungen festgestellt.“ Die vollen diplomatischen Beziehungen wurden jedoch nach dem Wortlaut in Art. 3 des Vertrages am 16. April 1922 „*sogleich*“ wieder aufgenommen.
[2372] Vgl. AdR, Kab. Wirth II, Nr. 292 sowie BAK, R 43 1/132 bzw. RT-Drucksache Nr. 4647, Bd. 374.

Mittwoch.“[2373] In Erwiderung eines Schreibens der Reichskanzlei vom 3. Juni 1922 bekräftigte der Außenminister unter dem Datum des 22. Juni 1922 demgegenüber deshalb auch noch einmal, dass „zu einer grundsätzlichen Änderung der Haltung der Deutschen Regierung in den die russische Politik betreffenden Fragen (…) diesseits kein Grund“ vorläge.[2374]

Gegen diese klare, kämpferische Rapallo-Haltung Rathenaus erhoben sich weiterhin Gegenstimmen, und zwar in zum Teil massiver Weise: Unter dem Datum des 24. Juni 1922 und auch nachfolgend[2375] griff die „Zukunft“ den Außenminister in einer politisch destruktiven Weise an. Rathenau habe, so hieß es hier, im Reichstagsausschuss den „Russenvertrag“ in „munterer“ Weise geradezu als „ein Evangelium“ bezeichnet.[2376] Und auch ein Artikel des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Hennis in der Konservativen Monatsschrift, der den Rapallo-Vertrag als persönliches Werk Rathenaus ablehnte, verschärfte die publizistische Polemik weiter. Dies galt ebenfalls für die zeitgleiche Agitation der NSDAP gegen das „Verbrechen von Rapallo“. Bei der Unterzeichnung des Vertrages, so lautete hier der ebenfalls *ad hominem* gerichtete Angriff, hätten die „internationale jüdische Hochfinanz“ und der „internationale jüdische Bolschewismus“ zu einer „Personalunion“ zusammengefunden.[2377]

Hetzschriften dieser Art beschworen eine Tragödie geradezu herauf. Sie sollten in jedem Fall einen maßgeblichen Beitrag zur weiteren Vergiftung des innenpolitischen Klimas beitragen und zogen eine Tat nach sich, die Deutschland in einen allgemeinen Schockzustand versetzte: Der gezielt geplante Mord an Walther Rathenau am Morgen des 24. Juni 1922, der unweit von seinem Anwesen in der Kaiserallee im Grunewald auftragsmäßig und kaltblütig durchgeführt wurde.[2378]

Sollten sich die Mörder und ihre Hintermänner davon aber zugleich eine entscheidende Destabilisierung der Republik erhofft haben, so hatten sie sich allerdings getäuscht: Der Einberufung einer Sondersitzung des Deutschen Reichstages noch am Samstagmittag, 24. Juni 1922, die am Nachmittag mit eindrucksvollen Reden von Reichstagspräsident Löbe und Reichskanzler Wirth ihren Höhepunkt erreichte und am Abend mit der Entgegennahme einer Erklärung Wirths hinsichtlich einer Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik gemäß Art. 48 WRV endete[2379], folgte am Sonntag, 25. Juni 1922 im Berliner Lustgarten eine Massenveranstaltung für den ermordeten Außenminister, an der fast eine halbe Million Menschen teilnahmen. Der Trauermarsch sowie vor allem auch die allgemeine „Erbitterung in der Arbeiterschaft über den feigen Mord“, die

---

[2373] Paul Noack, Rapallo –Wunsch und Wirklichkeit, S.77.

[2374] Das Schreiben mit dem Briefkopf des AA vom 22.6.1922 ist ungezeichnet und an den Staatssekretär der Reichskanzlei gerichtet. Maßnahmen, die in der Lage seien, als gegenseitiges Misstrauen zwischen Deutschland und Russland ausgelegt zu werden, sollten vermieden werden, wenngleich dies auch weiterhin eigene Vorsichtsmaßnahmen nicht ausschließe, PA, R 83382, 238-239. Zu russischen Zweifeln z.B. von Litwinow, ob es in der deutschen Regierung und im AA auch tatsächlich eine positive Aufnahme des Rapallo-Vertrages gebe, vgl. Wiedenfeld an AA, 16.6.1922, ebd., 246ff.

[2375] Zum „rückwärtsgewandten Zwischenruf“ von Rathenaus „Freund-Feind Maximilian Harden“ in der Zukunft vom 8. bzw. 22. Juli 1922, der die „Tauglichkeit Rathenaus als republikanisches Symbol bestritt“, vgl. Sabrow, Vom Leitbild zum Lernort, S.32.

[2376] „Sommersonnenwende“, in: Die Zukunft, 24.6.1922, zit. nach Walther Rathenau Gesamtausgabe, S.877f., hier S.878.

[2377] Vgl. die Ausführungen bei Schulze Wessel, S.542f.

[2378] Siehe zu den täterbezogenen Hintergründen der Ermordung Rathenaus insbesondere die Forschungen von Sabrow, Der Rathenaumord bzw. in Bezug auf den Rapallo-Vertrag Walther Rathenau, Tagebuch, Geleitwort von Fritz Fischer, S.5. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Schulthess, 1922, S. 75, D’Abernon, Bd.2, S.66-70 und Dunk, S.36, in Bezug auf Liedgut von extremen Freikorpskämpfern in Schlesien, in dem es u.a. geheißen haben soll: „Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau“. Vgl. dazu auch Heuss, Erinnerungen, S.278, wo es heißt, Rathenau sei nicht deshalb ermordet worden, „weil dieser den Rapallo-Vertrag abgeschlossen hatte, sondern ganz einfach, weil er ein Jude war.“

[2379] Verhandlungen des Reichstags, 1. Wahlperiode 1920, Bd.355, S.8033ff.

mit Demonstrationen in Hamburg, München, Breslau, Chemnitz, Elberfeld und Essen einherging[2380], wurden zu einem der eindrucksvollsten Bekenntnisse zum ersten demokratischen Staatswesen auf deutschem Boden, das die Weimarer Republik während ihrer gesamten Geschichte erlebte.
Nicht wenige derjenigen, die in ihrer Haltung zur Demokratie schwankten, wurden mit dem 24. Juni 1922 zu „Vernunftrepublikanern". Und dies galt in der Folgezeit aus Sorge vor einer Berufung auf die aus seiner Sicht bereits falsch verstandenen „Betrachtungen eines Unpolitischen", deren Veröffentlichung 1918 von ihm nicht mehr aufgehalten werden konnte, unter anderem auch für Thomas Mann.[2381]
In der Reichstagsdebatte am Montag, den 25. Juni 1922[2382], die unter dem Titel „Die Republik ist in Gefahr" in die deutsche Parlamentsgeschichte einging, kam es während der Rede des Reichskanzlers zu tumultartigen Auseinandersetzungen: Wirth, der durch seine Entschlossenheit gerade in dieser Zeit zur Stärke der deutschen Republik maßgeblich beitrug[2383], brandmarkte die vergiftende „Mordatmosphäre in Deutschland", die wenige Wochen zuvor durch das Attentat auf Philipp Scheidemann[2384] und die zahlreichen rechtspopulistischen Angriffe gegen Rathenau heraufbeschworden worden war. In Bezug auf die außenpolitischen Verdienste Rathenaus insbesondere auch auf der Konferenz von Genua hob Wirth hervor, dass Deutschland einen „beredteren Anwalt für die Freiheit des deutschen Volkes" gar nicht habe finden können. Lloyd George zum Beispiel gegenüber sei der Außenminister Rathenau klar, ernsthaft und überzeugend aufgetreten und habe unmissverständlich deutlich gemacht, dass „unter dem System, unter dem uns zurzeit die Alliierten halten", Deutschland „nicht leben" könne.[2385] Darüber hinaus aber warf der Reichskanzler ebenfalls eine grundlegende politische Schicksalsfrage auf. Wenn er im Rahmen der rechtsvölkischen Hetze jetzt lesen müsse, dass natürlich die außenpolitischen Verträge der letzten Zeit „alle nur abgeschlossen" worden seien, damit Rathenau und „seine Judensippschaft sich bereichern" könnten, dann sei die Annahme berechtigt „daß unter dieser völkischen Verheerung, unter der wir leiden, unser deutsches Vaterland rettungslos dem Untergang entgegentreiben muss".[2386] Und ganz nach rechts gewandt trug Wirth dann am 25. Juni 1922 auch jenen, auf die Verteidigung der Republik gerichteten, kämpferischen Ausspruch vor, der ursprünglich von dem Sozialdemokraten Philipp Scheidemann in einer Rede von der Nationalversammlung am 7. Oktober 1919 verwendet worden war: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. - Da steht der Feind - und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!"[2387]

[2380] Zum Verhalten der Arbeiterschaft siehe u.a. D'Abernon, Bd.2, S.68 und die Erinnerungen Severings, S.352, zu Carl Severing vgl. Alexander.
[2381] Vortrag von Manfred Görtemaker, Deutsches Historisches Institut Paris, 1.12.2005; vgl. Görtemaker, Thomas Mann und die Politik.
[2382] Vgl. Deutsche Parlamentsdebatten, Bd.2, S.81ff. bzw. Verhandlungen des Reichstages, Bd.356, S.8041ff.
[2383] Zur Popularität Wirths und der damit verbundenen, gegenwärtigen Stabilität der deutschen Demokratie vgl. Sabrow, Vom Leitbild zum Lernort, S.72f.
[2384] Zum Attentat auf Scheidemann am 4. Juni 1922 vgl. u.a. Schmersal, S.233ff.
[2385] Zur Empörung Wirths über die Politik der Entente, die der Erfüllungspolitik der Regierung und v.a. auch Rathenaus Steine in den Weg gelegt hätte, siehe auch Sabrow, Vom Leitbild zum Lernort, S.69.
[2386] Verhandlungen des Reichstages, Bd.356, S.8056.
[2387] Vgl. Verhandlungen des Reichstages, Bd.356, S.8058. Siehe dazu u.a. auch Schmersal, S.236f.; Sabrow, Vom Leitbild zum Lernort, S.33 u.a. auch mit Bezug zu den Ausführungen von Otto Wels und Wilhelm Marx. Zur Antwort des deutschnationalen Abgeordneten Wilhelm Bazille, der u.a. ausführte, der Reichskanzler habe „in einer Minute mehr gesagt, als er in seinem ganzen Leben verantworten" könne, sowie zur scharfen, „kaum weniger polemischen" Replik des Sozialdemokraten Wilhelm Keil, vgl. Mittag, S.223; siehe zur Polemik Keils gegen Helfferich Schwitzer, S.221f.

Auch Theodor Wolff verlieh im Berliner Tageblatt der Empörung über die Ermordung des Außenministers beispielhaft Ausdruck: „Mit grenzenloser Niedrigkeit“ und „mit unergründlicher Gemeinheit“, so hieß es hier, sei „Rathenau in den deutschnationalen und deutschvölkischen Versammlungen und in den meisten Blättern dieser Richtungen verleumdet und beschmutzt worden“, und diese „geistige Vorbereitung“ habe die Tat erst „möglich“, ja „unvermeidlich gemacht.“ Dabei sei es doch eine Tatsache, dass gerade Rathenau noch zwei Tage vor seinem Tod „seine scharfe, patriotisch entrüstete Rede gegen die Vergewaltigung des Saargebiets gehalten habe und in dieser Hinsicht selbst einige deutschnationale Blätter, wie zum Beispiel die „Tägliche Rundschau“ offen hätten zugeben müssen, dass nationaler kein deutscher Außenminister hätte vortragen können. „Wahrheitswidrig“ werde aber „auch jetzt noch“ behauptet, Rathenau habe sich „vor Frankreich“ doch nur „gebückt“[2388] - ein Vorwurf, der auch auf die gleichzeitig von der extremen Rechten angegriffene Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages durch den Außenminister entstellender nicht hätten sein können.

Der Mord hatte für das laufende Ratifikationsverfahren in Bezug auf den deutsch-russischen Vertrag erhebliche Bedeutung. Denn klar war, dass die innenpolitischen Querelen demokratischer Kräfte nunmehr so schnell wie möglich beizulegen waren: „Rapallo“, so hielt daher zum Beispiel der „Vorwärts“ bereits in seiner Abendausgabe noch am 24. Juni 1922 im Vergleich zu seiner bisherigen Position merklich abmildernd fest, habe „zwar einige Verstimmung“ gebracht, zumal es „verschiedene Regiefehler“ auf deutscher Seite gegeben habe. Aber schon „nach kurzer Zeit“ sei es insbesondere Außenminister Rathenau und Reichskanzler Wirth „durch ihr offenes Auftreten gelungen, die Sympathie aller Teilnehmer [auf der Konferenz von Genua, Anm.d.Verf.], mit Ausnahme der Franzosen, wieder zu erlangen.“ Und vor allem durch die Schlussrede Rathenaus in Genua sei ein „begeisterter und minutenlanger Applaus der meisten Delegierten und Presseberichterstatter entfesselt“ und das Ansehen Deutschlands in der Welt wieder gestärkt worden.[2389]

Ministerialdirektor Schubert hingegen betonte, der Grund für das „entsetzliche Ereignis“ läge vor allem auch in der derzeit überaus negativen Bedingtheit von Außen- und Innenpolitik. Er führte am 26. Juni 1922 in einem Schreiben an Botschafter Sthamer in London aus, „das Elend“ sei „eben, dass die Regierung auf außenpolitischem Gebiete niemals in den Stand versetzt wird, auf Erfolge hinweisen zu können“. Aber „nur deshalb“, so Schubert an gleicher Stelle weiter, könne „auf der einen Seite der Chauvinismus (und) auf der anderen Seite der Bolschewismus“ immer wieder „Triumphe feiern“. Würde die Regierung hingegen „einmal mit Erfolgen aufwarten“, „so könnte sie im Innern nach rechts und links durchgreifen“ und dann zumindest „in beschränktem Maße das

---

[2388] Zit. nach Sösemann, Theodor Wolff, S.178-180 bzw. Theodor Wolff. Ein Leben mit der Zeitung, S.213f. Vgl. in diesem Kontext auch die Dissertation von Döring, S.127, in Bezug auf die auf den Rathenau-Mord zurückblickenden Äußerungen des Nationalsozialisten Frick im März 1928, „die Schuld dieser Attentäter“ wiege „federleicht gegenüber den weltgeschichtlichen Verbrechen der Erzberger, Rathenau und anderen neudeutschen Staatsmänner“.

[2389] Vorwärts 1876-1976, S.55. Zur Resonanz der Nachricht von der Ermordung Rathenaus in der Weltöffentlichkeit vgl. die Arbeit von Pfeiffer, zur Würdigung des deutschen Außenministers u.a. in der internationalen Presse vor allem Fink, As little surprise as a murder can be, S.240ff. bzw. stellvertretend die New York Times, 26.6.1922. Zu einem über Addison Wirth übermittelten Beileidstelegramm von Lloyd George vgl. HLRO, LG Papers, F/54/2/23. Hier heißt es u.a.: „The whole world must honour men who face the risks of public hate as he did from devotion to his country´s good.” Vgl. in diesem Zusammenhang u.a. auch Rhomberg an Maltzan vom 26.6.1922, PA, R 27937, 177. Es heißt hier u.a.: „Ich habe (Tschitscherin) bei dieser Gelegenheit den Dank des Reichskanzlers für das so warm gehaltene Beileidstelegramm anlässlich der Ermordung Rathenaus übermittelt.“

leisten, was die Entente von uns fordert.“ So aber sei „die Regierung machtlos und es ist gar nicht ausgeschlossen, dass RATHENAU nicht das letzte Opfer sein wird.“[2390]

Wie Maltzan die Ermordung Rathenaus wahrnahm und ob ihm dessen Tod auch persönlich nahe ging, dazu gewähren die Quellen keine direkten Anhaltspunkte. Erkennbar ist lediglich, dass der Ministerialdirektor sowohl am 24. Juni als auch am Sonntag, 25. Juni 1922 seine ostpolitische Arbeit fortsetzte.[2391] Dass Maltzan dem Außenminister aber großen, aufrichtigen Respekt bezeugte, dies geht deutlich aus dem Entwurf einer Rede vor, den Maltzan für Reichskanzler Wirth zwei Tage nach der Tat und einen Tag vor dem offiziellen, Rathenau gewidmeten Staatsakt anfertigte.[2392]

Hierbei ging der Diplomat insbesondere auf den Vertrag vom Ostersonntag 1922 ein. Er führte aus, noch „am Vorabend seines Todes“ habe Rathenau „den Rapallovertrag persönlich dem Reichsrat gegenüber vertreten“, wo dieser dann „widerspruchslos angenommen“ worden sei. Weiter betonte Maltzan die Rolle des Ministers bei der Ausarbeitung und beim Abschluss des Vertrages, der auch deshalb unmittelbar mit seiner Persönlichkeit in Verbindung gebracht werden müsse:

> „Dieser vorbildliche Friedensvertrag, der mit dem Vergangenen abschliesst und zur gemeinsamen Arbeit die Hand bietet, entspricht so ganz dem reinen und edlen Charakter seines Schöpfers. Der Vertrag von Rapallo wird mit dem Namen Rathenau für alle Zeiten verbunden bleiben, der Vertrag von Rapallo ist sein positives Werk und gleichzeitig sein politisches Testament. Ich darf mich der Hoffnung hingeben, dass diese seine letzte Tat in den Parteien des Hauses weitgehendes Verständnis finden wird.“[2393]

Natürlich blieb das weitere parlamentarische Verfahren von dem Aufruhr, den der Mord an Rathenau bereits nach sich gezogen hatte, nicht unberührt. Maltzan versicherte am 30. Juni 1922 mit einem Telegramm an die deutsche Gesandtschaft im Haag dem designierten sowjetrussischen Botschafter in Berlin, Krestinski, auf dessen Anfrage vertraulich ausdrücklich, dass Auswärtige Amt sei trotz des Mordes bemüht, die Ratifikation des deutsch-russischen Vertrages „noch in dieser Session“ zu erreichen. Der Ministerialdirektor verknüpfte den Vorgang dabei mit anderen ostpolitischen Themen in seinem Verantwortungsbereich: Eine „rasche Erledigung“ der Sache würde „erleichtert werden, falls Zusicherungen Litwinoffs oder Krestinskis über (eine) befriedigende Erledigung (des) Ukraineprotokolls, wie es bereits von Paschukanis genehmigt war, gegeben werden könnten.“[2394]

Aus der Sicht Maltzans verlief die gegenwärtige Entwicklung im Ganzen zufriedenstellend: Mit Paraphendatum ebenfalls vom 30. Juni 1922 - am gleichen Tag, an dem im Kabinett der Gesetzentwurf zum Schutz der Republik erörtert wurde[2395] - hielt der Diplomat, der nun noch stärker

---

[2390] Schubert an Sthamer, 26.6.1922, QpH, NL Schubert, Privatbriefe, Bd.10. Es heißt hier u.a. weiter: „Ich würde es daher für durchaus angemessen halten, wenn man besonders in England einmal wieder den guten Leuten unter die Nase reiben würde, was sie durch ihr ständiges Hinhalten an uns verschulden. Immer im Grunde nur gute Worte, nie wirkliche Taten. So geht das nicht länger weiter: Der Mord an Rathenau ist vielleicht ein letztes Signal, das die Leute zur Einsicht bringen könnte!“

[2391] Vgl. z.B. Maltzan an Gesandtschaft Haag, 24.6.1922, ebd., R 83382, 253 sowie sein Telegramm an die deutsche Vertretung in Moskau vom 25.6.1922, die er anwies, ein energisches Dementi zu verbreiten, dass u.a. die Firma Krupp „15 Milliarden Mark zur Organisierung Maßproduktion Kriegsmaterials in Russland eingezahlt“ hätten, ebd., R 83382, 250.

[2392] G.A. Maltzan, 26.6.1922, ebd., R 23711, 192-194. Die Vorlage trägt auf der ersten Seite im Kopfbereich den hschr. Vermerk Maltzans „Rede am 4.7.“ und den mschr. Vermerk „Eilt sehr!“.

[2393] Ebd.

[2394] Tel. Maltzan Nr.82, 30.6.1922, PA, R 83437, 092.

[2395] AdR, Kab. Wirth II, Nr. 305. Der Wortlaut des Gesetzes ist u.a. gedruckt bei Alexander, Teil 1, S.657-661.

als zuvor in dem Ratifikationsprozess engagiert war, für Reichskanzler Wirth und Staatssekretär Haniel fest, dass „der Gesetzentwurf (des) Rapallovertrags, der heute auf der Tagesordnung des Reichstags“ stehe, „voraussichtlich ohne weitere Debatte dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen“ werden könne.[2396]

Für die in dieser Hinsicht für Samstagabend 22 Uhr[2397] anberaumte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses schlug Maltzan vor, „dass der Herr Reichskanzler mit Rücksicht auf die Bedeutung des Vertrages, der bisher von dem verstorbenen Herrn Reichsminister persönlich vertreten wurde, im Auswärtigen Ausschuss in eigener Person“ anwesend sein möge. Die dabei inhaltlich vorzutragende Argumente hatte er mit den dort maßgeblichen Reichstagsmitgliedern bereits abgesprochen: „Es dürfte sich nach Rücksprache mit dem [stellvertretenden, Anm.d.Verf.] Vorsitzenden, Herrn Hermann Müller, empfehlen“, so fügte Maltzan noch hinzu, dass Wirth nach seiner Eröffnung auch die allgemeine „außenpolitische Bedeutung des Rapallovertrages in einigen Worten“ hervorhebe, wobei er auch dazu auf einen bereits vorliegenden, offenbar von ihm verfassten Entwurf für diese Ansprache verwies. Durch die Anwesenheit von Gaus werde man zudem „nötigenfalls juristische Aufklärungen“ abgeben können, während er selbst in der Lage sei, „auf evtl. weitere Fragen der Abgeordneten in mehr detaillierter Natur“ zu antworten. Aus der Sicht des Ministerialdirektors sollten sich dann keine „Schwierigkeiten“ mehr ergeben.[2398]

Das Ergebnis dieser sorgsamen Vorbereitung war auf den ersten Blick tatsächlich erfolgreich: Der französische Botschafter in Berlin berichtete unter dem 2. Juli 1922, der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Reichstages « a conclu à la ratification du traité de Rapallo ». Die diesbezügliche Opposition habe sich ganz « aux nationaux allemands » reduziert. Sie habe sich im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus aber derzeit nicht mehr getraut, den Vertrag in irgendeiner Weise offen zu verurteilen.[2399] « La même raison de déférente à la mémoire du Dr. Rathenau », so Laurent weiter, werde zudem ein nahezu einheitliches Votum des gesamten Reichstages zugunsten des Rapallo-Vertrages nach sich ziehen.[2400]

Ganz ohne Turbulenzen gestaltete sich das Ratifikationsverfahren allerdings nicht. Auch wenn die Zustimmung des Reichstags weitgehend gesichert war, musste Maltzan aufgrund der bevorstehenden Parlamentsferien drängen. Er machte auch in allgemeiner Hinsicht gewichtige „außenpolitische Gründe“ geltend. So hatten die Konflikte mit den alliierten Kontrollkommissionen in der Zwischenzeit erneut an Härte zugenommen. Die „Fruchtlosigkeit des bisherigen Schriftwechsels mit den Kontrollkommissionen“ war für alle beteiligten Akteure offensichtlich. Eine noch weitere

---

[2396] Vgl. G.A. Maltzan, 26.6.1922, ebd., R 23711, 192-194. bzw. ebd., R 83437, 125-126. Auf diesem Exemplar lautet ein weiterer hschr. Randvermerk Maltzans, ebd., 125, zu dem in dem letzten Satz unterstrichenen Wort „event(uell)“, dass hierüber noch mit Müller zu sprechen sei, vgl. dazu auch die Aufz. Maltzans vom 27.6.1922, wo es heißt, lt. Mitteilung des Reichstagsbüros „wird der Rapallo-Vertrag am Freitag auf die Tagesordnung gesetzt werden.“ Der Stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses würde „auf einer Besprechung der Vorlage im Auswärtigen Ausschuss bestehen wollen“ und „die weitere formelle Behandlung der Angelegenheit mit dem Herrn Reichskanzler als stellvertretenden Außenminister besprechen.“, ebd., 127.

[2397] Siehe die von Maltzan abgezeichnete Tagesordnung des Reichstags für Sonnabend, den 1. Juli 1922 bei ebd., R 83437, 84-85, hier 85.

[2398] Auf. Maltzan, 30.6.1922, ebd., R 23711, 179-180. Die Vorlage trägt mschr. im Unterschied zum Paraphendatum Maltzans das Datum 29. Juni 1922. Zur positiven Haltung Müller-Frankens zum Rapallo-Vertrags vgl. PA, R 83437, 063 (L203770).

[2399] Dieser Satz wurde am rechten Rand offenbar in Paris doppelt angestrichen, wahrscheinlich von der Hand Poincarés, der offenbar auch verschiedene hschr. Anmerkungen im Kopf der Vorlage hinterlassen hat.

[2400] Tel. Laurent No. 1054, 2.7.1922, MAE, Relations Commerciales, B82, 117, 163.

Verschärfung der Situation insbesondere im deutsch-französischen Verhältnis blieb bereits absehbar, was sich möglicherweise ebenso auf eine erst später erfolgende Ratifikation des Rapallo-Vertrages negativ auswirken konnte.

Die in diesem Kontext im Rahmen des Ratifikationsverfahrens zu Tage tretenden Sorgen des Ministerialdirektors erwiesen sich aber schon kurze Zeit später als unbegründet. Das Anliegen Maltzans, eine zügige, überzeugende Zustimmung des deutschen Parlaments zu diesem Zeitpunkt durchzusetzen, realisierte sich: Der „Entwurf eines Gesetzes über den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo“ wurde vom Deutschen Reichstag am 4. Juli 1922 „in zweiter und dritter Lesung gegen wenige Stimmen der äußersten Rechten“ verabschiedet.[2401]

Auf eine „erschreckend hilflose“[2402] Stellung des Reichstages bzw. auf eine „Oberflächenerscheinung“, die bei Russland-politischen „Abstimmungsergebnissen des Reichstags häufiger vorkam[2403], war dieses Votum für den Rapallo-Vertrag allerdings nicht zurückzuführen. Zwar gab es bei den Parteien zweifellos deutliche und zum Teil gegensätzliche Einstellungen zur Frage der Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrussland. Der Entscheidung lagen jedoch in erster Linie konkrete sachliche Argumente sowie das damit einhergehende, intensive politische Engagement Wirths, Rathenaus und Maltzans in den zurückliegenden Wochen zugrunde.

In der letzten Sitzung des Parlaments zu diesem Thema ergriff zudem nur noch ein Redner das Wort, was der britische Botschafter als ein deutliches Zeichen dafür empfand, dass der Ratifikationsvorgang auf deutscher Seite mit „very little enthusiasm“[2404] abgeschlossen wurde: Der kommunistische Abgeordnete Stöcker verlangte von der Regierung „kategorisch eine bindende Erklärung“, „dass sie gewillt sei, den Rapallovertrag auszudehnen und auszufüllen“.[2405]

Das war in dieser Form natürlich undiskutabel. Allerdings hielt das von Hauschild geleitete „Referat Russland“ im Auswärtigen Amt eine „baldige Ausdehnung sowie eine daran sich anschliessende Ausfüllung des Rapallovertrages im Interesse unterer Wirtschaftskreise“ mittlerweile sogar „für dringend erforderlich“, wobei Maltzan die letzten beiden Worte in der diesbezüglich zu erwähnenden Vorlage handschriftlich unterstrich. In dieser Hinsicht, so hieß es hier unter anderem auch, lägen zudem „von verschiedenen maßgebenden Interessenten der Eisen-, Zucker, Schiffahrts-Industrie, vom Häute- und Ledermarkt und des Transportwesens und deutsch-russischen Interessenverbänden“ mittlerweile entsprechende „Anträge“ vor.[2406]

Dass schien auf den ersten Blick die Hoffnung auf eine zukunftsträchtige Entwicklung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu stärken. Und schon vor der offiziellen Ausgabe desjenigen Teils des Reichsgesetzblattes vom 28. Juli 1922, der das „Gesetz über den deutsch-

---

[2401] Siehe die G.A. vermutlich von Hauschild, 5.7.1922, PA, R 83439, 010-011f. (L204032-35). Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom gleichen Datum. Vgl. auch das Tel. Maltzans an die deutschen Vertretungen in Moskau und Haag sowie an den offenbar im Hotel Oranie in Scheveningen anwesenden Litwinow, 4.7.1922, PA, R 83437, 104.

[2402] Gegenteilig Küppers, Joseph Wirth, S.160.

[2403] Vgl. Erdmann/Grieser, S.403 mit den sich daran anschließenden Ausführungen. Zum Reichstag als „Ort der Interaktion und Sozialisation“ bzw. insofern zur „Parlamentarischen Kultur in der Weimarer Republik“ vgl. die Studie von Mergel und dazu die positive Rez. von Heinrich August Winkler in: HZ 277 (2003), S.245-247.

[2404] D’Abernon an Balfour, 5.7.1922, PRO, FO 371/8195, 88-90, 88.

[2405] Vgl. dazu die ungez., protokollähnliche Aufz. über die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über den Rapallovertrag am 4. Juli 1922, PA, R 83438, 079 sowie die G.A., o.U., 5.7.1922, PA, R 83439, 010-011f. (L204032-35). Diese Vorlage stammt vermutlich von Hauschild und trägt die Paraphe Maltzans ebenfalls vom 5.7.1922.

[2406] Ebd. Siehe in der dazu gehörenden Anlage auch eine ungezeichnete und undatierte G.A. u.a. über eine „Regelung derjenigen Fragen, die durch das Rapallo-Abkommen noch nicht bereinigt sind.“, ebd., 015ff.

russischen Vertrag von Rapallo vom 17. Juli 1922"[2407] veröffentlichte, ging der Ministerialdirektor davon aus, der in politisch-atmosphärischer Hinsicht bedeutsame Austausch der Ratifikationsurkunden für den Rapallo-Vertrag könne alsbald vollzogen werden.[2408]

Allerdings erwies sich selbst diese Erwartungshaltung zunächst einmal als Wunschdenken. Denn dieser formale Akt, der eigentlich selbstverständlich schien und den letzten Endpunkt in der politischen Entstehungsgeschichte des deutsch-russischen Vertrages vom 16. April 1922 darstellte, realisierte sich erst viele Monate später und erst nach zahlreichen weiteren Aufreibungen. Es war jedenfalls nicht nur ein symptomatischer, sondern ein geradezu symbolischer Ausdruck für die tatsächliche Qualität in den deutsch-sowjetrussischen Beziehungen des Jahres 1922, dass der Austausch und die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden für den Rapallo-Vertrag erst mehrere Wochen nach der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppenkontingente erfolgte, nämlich am 31. Januar 1923 in Berlin.[2409]

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1922 sollte darüber hinaus sehr deutlich werden, wie weit das Verhältnis zwischen der Weimarer Republik und Sowjetrussland von einer zuverlässigen bzw. intakten politischen Verbundenheit, geschweige denn von einer erkennbaren politischen Allianz entfernt war und blieb. Für die frühe Weimarer Außenpolitik charakteristischer war deshalb ihr grundlegend verständigungsorientiertes Bemühen um eine sinnvolle Integration von west- und ostpolitischen Interessen. Dies war schon zuvor unter anderem an der politischen Tagesordnung des Reichstages deutlich geworden: Fünf Tage vor der Ratifikation des Rapallo-Vertrages im Reichstag bzw. fünf Tage nach der Ermordung des deutschen Außenministers trat das von Rathenau im Herbst 1921 mit Frankreich ausgehandelte „Wiesbadener Abkommen" mit Gesetzeswirkung in Kraft, der das emotional schwer belastete Problem der Reparationen zumindest zum Teil auf eine neue, sachbezogene Ebene zu heben versuchte. Es entsprach inhaltlich, wie bereits zutreffend formuliert wurde, „weitgehend Rathenaus Vorstellung einer Überführung politischer Streitigkeiten in geschäftliche Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner".[2410]

Die „außenpolitischen Entfaltungsmöglichkeiten" der Weimarer Republik erhöhte dies allerdings ebenfalls nicht. Sie blieben nach wie vor „eng begrenzt".[2411] In dieser Hinsicht skizzierte auch Karl Radek die aktuelle Lage aus seiner Sicht bereits am 30. Juni 1922 in einer Weise, die der tatsächlichen Arbeitsatmosphäre in der Wilhelmstraße durchaus nahe gekommen sein dürfte: In seinem aus Moskau an Maltzan gerichteten Schreiben hieß es, er gehe davon aus, dass die „Ermordung des armen Rathenau" den Ministerialdirektor derzeit „in solche Wirrnisse hineinzerren" werde, dass er „keine Zeit" für „freundliche Briefe" mehr habe[2412] - eine Aussage, die im Hinblick

---

[2407] Vgl. den entsprechenden Ausschnitt bei PA, R 83437, 157f. sowie zur Verkündung des Vertrages durch Ebert und Wirth nach dem Beschluss des Reichstages und der Zustimmung des Reichsrates das „Gesetz über den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo, vom 17. Juli 1922", RGBL 1922, S.677-678.

[2408] Aufz. Maltzan, 5.7.1922, im PA verfilmt unter L 641/L 204 032-35; vgl. dazu schließlich auch die Verbalnote vom 24.7.1922 bei PA, R 83437, 151 sowie zuvor das Kurztelegramm Laurents No. 1064 vom 5.7.1922 ohne eigenen oder weitergehenden Kommentar bei MAE, Relations Commerciales, B82, 117, 167.

[2409] Siehe die beglaubigte „Bekanntmachung" vom 1.2.1923 durch Außenminister Rosenberg bei PA, R 83438, 046, die Bestätigungsurkunde bei ebd., 048-049. Vgl. dazu u.a. auch Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion / Verträge und Abkommen, S.35 bzw. RGBL 1923, II., S.63. Zur Frage der Hinterlegung des Rapallo-Vertrages im Sekretariat des Völkerbundes gemäss Art. 18 der Satzung des Völkerbundes vgl. später die Aufz. Bülows, 24.7.1924, PA, R 83438, 090.

[2410] Vgl. Dorrmann, "Von kommenden Dingen", S.413.

[2411] Siehe Wollstein, Das Grossdeutsche Reich, S.234.

[2412] Radek an Maltzan, 30.6.1922, PA, R 31490k/ 31491k (K 096443-44). Die Vorlage ist z.T. stark beschädigt. Der Schluss gibt einen weiteren Anhaltspunkt für das eigentümliche Verhältnis zwischen beiden Akteuren. Hier heißt es: „Ich

auf die auf „Wirrnisse“ bauenden kommunistischen Umsturzbestrebungen in Deutschland letztlich natürlich sehr doppelbödig auszulegen war.
Nichtsdestoweniger lässt sich anhand der nachfolgenden Entwicklung, die den zeitlichen Abschluss der vorliegenden Studie bildet, aufzeigen, dass der deutsche Diplomat die spätestens seit 1921 auch in seinem Russland-politischen Verantwortungsbereich angestrebte, grundsätzliche Kombination aus West[2413]- und Ostorientierung weiterhin einhielt, und zwar ohne idealistische Wunschvorstellungen. Seine nüchtern-skeptische und insgesamt realpolitisch-pragmatische außenpolitische Grundhaltung hatte, wie darzustellen sein wird, auch nach dem Ende der Konferenz von Genua, der Ermordung Rathenaus und der erfolgreichen Ratifikation des Rapallo-Vertrages durch den Deutschen Reichstag weiterhin Bestand.

grüsse Sie und verbleibe mit ausgezeichneter, nicht nur diplomatischer Achtung“.

[2413] Zur Teilnahme Maltzans an verschiedenen Kabinettssitzungen in dieser Zeit, die sich u.a. auch mit westpolitischen Fragen beschäftigten, vgl. z.B. AdR, Kab. Wirth II, Nr. 315.

VI. Maltzans Aufstieg zum führenden Diplomaten der Republik

1. Unausgefüllt, begrenzt und unsicher: Russlandpolitik im Juli 1922

In der Presse der alliierten Länder hatte sich die Aufregung um den deutsch-russischen Vertrag auch im Juni 1922 nicht gelegt. „Rapallo-Propaganda“ trat auch kurz vor und am Tag der Ermordung Rathenaus in Erscheinung: Zwei Artikel des Daily Telegraph vom 17. Juni 1922[2414] unter dem Titel „Rapallo Treaty - A Triple Alliance? Berlin-Moscow-Angora“ und vom 24. Juni 1922 unter der Überschrift „Rapallo-Vertrag - (ein) typisch deutscher Trick“ verbreiteten erkennbar tendenziöse Gerüchte und Spekulationen, wobei der zuletzt genannte Beitrag insbesondere an den deutschen Außenminister den „groben Vorwurf politischer Illoyalität“ richtete.[2415] In Paris brachte das „Echo National“ zwei Tage nach dem Mord an Rathenau in sensationeller Aufmachung die Meldung über ein „Militärabkommen zwischen Deutschland und Russland“. Das Blatt betonte in diesem Kontext insbesondere, dass inzwischen „die deutsche Marine die russische Flotte reorganisiere.“[2416]

Dem fortgesetzten Dialog zwischen Maltzan und D’Abernon kam vor diesem Hintergrund weiterhin ein gewichtiger Stellenwert zu. Letztlich bildete er für den deutschen Diplomaten den zentralen Bestandteil zur Fortführung seiner „persönlichen Richtlinie“, deutsche Russlandpolitik auch nach „Rapallo“ zumindest so weit wie möglich mit der britischen Außenpolitik zu koordinieren. Das wurde offenbar auch von dem britischen Botschafter in dieser Form erwartet. So hatte D’Abernon Maltzan bereits am Vormittag des 5. Juli 1922, also bereits einen Tag nach der Ratifikation des Rapallo-Vertrages, erneut „um eine Unterredung in russischen Angelegenheiten“ gebeten.

Der Ministerialdirektor gab nach seiner Aufzeichnung über die damit verbundene Unterredung zunächst einmal über „die aktuelle russische Lage“ Auskunft und nahm dabei ebenso Bezug auf den ihm aus deutscher Informationssicht bekannten Verlauf der Verhandlungen zwischen den Alliierten und Russland in Den Haag. Die von ihm über dieses Gespräch angefertigte Aufzeichnung registrierte zudem das aus seiner Sicht zunehmende Interesse des britischen Botschafters an Russland-politischen Fragen. Maltzan legte in dieser Hinsicht dar, dass sich D’Abernon nunmehr „über die Stellung der maßgebenden russischen Persönlichkeiten, insbesondere Litwinow, Tschitscherin, Sokolnikow, Preobraschenski, Rykow, Ossinski etc.“ viel eindringlicher als zuvor erkundigt und „im Verhältnis zu früher weitgehendes Interesse für Einzelheiten und auch eine starke Zunahme an russischen Personalkenntnissen“ gezeigt habe.[2417]

Die Vorgänge kurz vor dem Abschluss des deutsch-russischen Vertrages in den Tagen vor dem Ostersonntag waren ebenfalls Gesprächsgegenstand. Der deutsche Diplomat machte dabei abermals deutlich, dass er „ebenso wie ihn auch die englischen Herren in Genua stets offen und ehrlich auf dem laufenden erhalten habe, aber mit Enttäuschung habe feststellen müssen, dass andere

---

[2414] Vgl. den Ausschnitt bei PA, R 83437, 067

[2415] Siehe dazu die Mantler Depesche vom 23.6.1922 bei ebd., 083 sowie das wohl von Maltzan erstellte Tel. des „Reichskanzlers“ Nr.231 vom 26.6.1922 bei ebd., 082. Reichskanzler Wirth wies ebenfalls die Vorstellung zurück, Rathenau habe „britischer und italienischer Delegation vorgeschlagen“, „Annullierung Rapallovertrages gegen Verhandlung Reparationsfrage in Genua einzutauschen.“ Eine derartige Annahme sei abwegig und mit der Erinnerung an Rathenau unvereinbar“, vgl. ebd., 93.

[2416] Vgl. Hoesch an AA, 28.6.1922, ebd., 89.

[2417] G.A. Maltzan, 6.7.1922, PA, R 83437, 113-114. Die Vorlage trägt am oberen Rand noch einmal zusätzlich den mschr. Vermerk „Geheim!“, was aus der bei ADAP VI, Nr. 143 gedruckten Vorlage nicht ersichtlich ist.

maßgebende englische Stellen, wenn vielleicht auch vorübergehend, den Eindruck gehabt hätten, dass wir heimlich und hinter dem Rücken der Engländer gehandelt hätten.“ Aus seiner Perspektive wies er daraufhin jedoch noch einmal die „Haltlosigkeit dieser Auffassung an einzelnen Daten und Persönlichkeiten“ nach.[2418]

Darüber hinaus stellte Maltzan fest, der britische Botschafter spare zwar in Bezug auf das deutsche Verhalten, den Vertrag am Ostersonntag kurzfristig zu unterzeichnen, nach wie vor nicht mit Kritik. In einem Punkt - der erfolgreichen deutschen Abwehr des im Versailler Vertrag Russland vorbehaltenen Reparationsanspruches - aber waren beide Akteure offenbar einer Meinung:

> „Lord D‘Abernon gab dann zu, dass er durch den Rapallovertrag nicht überrascht gewesen wäre; nach seiner Kenntnis der Vorgänge hätte es einmal dazu kommen müssen, die Wahl des Zeitpunktes würde aber von vielen uns vorgeworfen; wir hätten uns zu stark durch die Ereignisse in Genua zum Abschluß drängen lassen. Die Hauptsache sei ja, dass der verhängnisvolle Artikel 116 [Abs. 3 VV, Anm.d.Verf.] nun endgültig erledigt sei.“[2419]

Als „endgültig erledigt“ betrachtete Maltzan diese Problematik allerdings nicht. Die französische Außenpolitik habe, so führte er an gleicher Stelle aus, nunmehr unter anderem auch Lettland „geraten“, Ansprüche „als Nachfolgestaat den Art. 116 gegen uns geltend zu machen“. Und der polnische Außenminister habee „sicher nicht ohne Einvernehmen der Entente“ „uns gleich nach Rapallo“ jene Note übersandt, in der Polen „alle Rechte des Art. 116“ für sich nach wie vor „in Anspruch nahm“.[2420] Erkennbar war nur, dass die daraus resultierenden, konkreten materiellen und politischen Gefahren für Deutschland bedeutend geringer ausfielen als noch zuvor in Bezug auf Russland.

Auch der Teil des Gesprächs, der sich mit einem Ausblick auf die aktuellen Zielvorstellungen der deutschen Russlandpolitik befasste, verlief offen und konstruktiv. Der Ministerialdirektor hob hervor, dass eine konkrete politisch-rechtliche Ausfüllung des Rapallo-Vertrages insbesondere durch „notwendige Sonderverträge (Schiffahrts-, Patent-, Konsularverträge)“ sowie durch eine Ausdehnung der Vertragsbestimmungen „auf die Föderativstaaten“, also auf das ganze Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches von der deutschen Regierung erwogen würde. Er verwies dabei auf ein ähnliches „Vorgehen Italiens und der Tschechoslowakei“.[2421]

Zwar machte D’Abernon nach den Angaben Maltzans gegen die angestrebte inhaltliche Ausfüllung Rapallos „keinerlei Bedenken“ geltend. Jedoch riet der britische Botschafter eindringlich dazu, den Zeitpunkt einer geographischen Ausdehnung der dort getroffenen Vereinbarungen zu verschieben, da Deutschland derzeit in einer besonders „kritischen Lage“[2422] sei. Der „drohende Marksturz“ müsse unter allen Umständen gestoppt werden. Auch Staatssekretär Haniel hielt auf der Aufzeichnung mittels eines handschriftlichen Randvermerks vom 6. Juli 1922 fest, ihm gegenüber habe D’Abernon ebenfalls „dringend vor einer Ausdehnung des Rapallovertrags auf die übrigen sowjet(ischen)

[2418] Ebd.
[2419] Ebd.
[2420] Ebd.
[2421] Gemeint sind die provisorischen Vertrage der Tschechoslowakei mit der RSFSR vom 5. Juli 1922 (vgl. ADAP A VI, Nr. 118, Anm. 2 und mit der Ukrainischen Sowjetrepublik vom 6. Juli 1922, gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome XVIII, S.648-652. Die Vertragsabschlüsse mit Italien kamen nicht zustande.
[2422] Zu den „chaotischen“ Wirtschaftsverhältnissen in Deutschland vgl. z.B. New York Times vom 7.7.1922 (page 4, col 2) sowie vom 16.7.1922 (page 8, col 1).

Staaten“ gewarnt und dabei „stark den schlechten Eindruck“ betont, den der Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung gemacht habe.[2423]

Eine derartige Argumentation aber wollte Maltzan nicht ohne Gegenwehr hinnehmen: Er hegte nicht nur Zweifel gegenüber der Aussage D’Abernons, die britische Regierung sei bereit, „alles zu tun, um eine Fixierung des Markkurses zu erleichtern“. Dessen Ansicht, eine Ausdehnung des Vertrages vom 16. April 1922 könne „leicht von Frankreich und einigen englischen Kreisen als bewußte Wiederholung der durch Rapallo verursachten Überraschung ausgelegt werden und die internationale Stimmung, die dem Reparationsproblem günstig sei, beeinflussen“, führte bei Maltzan zu einer gewissen Verärgerung. Denn die damit der deutschen Seite durch den britischen Botschafter erneut geradezu verordnend empfohlene erfüllungspolitische Passivität bzw. Regungslosigkeit, die ohnehin keine erwähnenswerte Änderung der französischen Deutschlandpolitik zu erreichen schien, hätte die deutsche Republik aus seiner Perspektive einmal mehr als Objekt der anderen Mächte vorgeführt. Eine Ausdehnung des Rapallo-Vertrages müsse und werde nun einmal, so machte Maltzan seinen Unmut deutlich, realisiert werden - allerdings unter zuvoriger Russland-politischer Rücksprache mit London. Bereits in einer Aufzeichnung vom Tag zuvor hatte Maltzan insistierend festgehalten, das Referat Russland halte „eine baldige Ausdehnung sowie eine daran sich anschließende Ausfüllung des Rapallovertrages im Interesse unserer Wirtschaftskreise für dringend erforderlich“ und zugleich fixiert, um welche russischen Föderativstaaten es sich dabei handeln sollte:

> „1.) Weißrussland (Minsk), 2.) Ukraine (Charkow), 3.) Georgien (Tiflis) 4.) Aserbeidschan (Baku), 5.) Armenien (Eriwan), 6.) Republik des Fernen Ostens (Tschita). Eine Ausdehnung auf die zwei kleinen asiatischen Föderativrepubliken Chiwa und Buchara, mit denen wir auch früher keine direkten Beziehungen unterhalten haben, ist wegen völliger Ungeklärtheit der dortigen Verhältnisse zunächst nicht in Aussicht genommen.“[2424]

An dieser Stelle kann daher Grundlegendes festgehalten werden: Der deutsch-russische Vertrag vom 16. April 1922 bildete in der außenpolitischen Gedankenwelt Maltzans nur ein Anfang zur Überwindung des seit dem 10. Januar 1920 bestehenden „tabula rasa“-Zustandes in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Denn wenn mit einer geographischen Ausdehnung seines materiellen Inhalts jetzt die „gleiche völkerrechtliche Basis“ auch in Bezug auf andere Sowjetrepubliken erreicht werden sollte, so bezog sich dies nicht nur auf die in Rapallo unterzeichneten Vertragsbestimmungen. Denn zu dem bislang erreichten rechtlich-materiellen Grundkanon gehöre, wie Maltzan hervorhob, insbesondere der Vertrag vom 6. Mai 1921, der „wichtige“ wirtschaftliche und politische Bestimmungen wie die Einrichtung einer Handelsvertretung, die Propagandaklausel, die Schiedsgerichtsklausel und die Unterwerfung von Rechtsstreitigkeiten unter deutsche Gerichte festsetze.[2425]

[2423] G.A. Maltzan, 6.7.1922, ADAP A VI, Nr. 143, S.297, Anm.7. Der britische Botschafter erklärte, aus seiner Ansicht wäre es “unwise on the part of Germany to aggravate the bad impression made by the Treaty of Rapallo by extending it beyond its present scope.“ Die deutschen Akteure riskierten damit eine Wiederholung des Fehlers “which the signature at Rapallo had undoubtedly been”. D’Abernon riet Maltzan nach eigenen Angaben jedenfalls eindringlich, “to explore the ground before embarking on such a step."

[2424] G.A. Maltzan, 6.7.1922, ADAP A VI, Nr. 143.

[2425] Aufz. Maltzan, 5.7.1922, vgl. ebd., Anm.9 (S.298).

Daraus war wiederum ersichtlich, dass sich für Maltzan das in Rapallo Unterzeichnete mit den bereits zuvor abgeschlossenen vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Weimarer Republik und Sowjetrussland funktional und sinnvoll ergänzte. Allerdings schienen gerade in diesem Kontext noch erhebliche sachliche „Schwierigkeiten" für eine Ausdehnung des Rapallo-Vertrages zu bestehen. So ergab eine unverbindliche Fühlungnahme mit Krestinski und Litwinow die Schwierigkeit, dass die genannten Herren sich „kategorisch" geweigert hätten, „den deutsch-russischen Vertrag vom 6. Mai 21 für die übrigen Föderativrepubliken anzuerkennen", insbesondere hätten sie sich „gegen die im Vertrage vom 6. Mai enthaltene obligatorische Schiedsgerichtsklausel" gewehrt. „Gegen die Anwendung der Propagandaklausel sowie gegen die Unterwerfung unter deutsche Gerichte für die in Deutschland getätigten Verträge", so hieß es hier weiter, beständen aber „keine Bedenken."[2426]
Natürlich berichtete der britische Botschafter auch seinerseits über dieses Gespräch, dass die bisherige Entwicklung in der russischen Frage aus deutscher Sicht noch einmal grundlegend zusammenfasste. D'Abernon führte aus, der Ministerialdirektor habe ihn am Morgen des 5. Juli 1922 angerufen und mit ihm noch einmal „the whole question of Rapallo" diskutiert. Und aus seiner Sicht hatte er über die bereits nach London übersandte (kürzere) Rapallo-Aufzeichnung Maltzans vom 17. April 1922 hinaus „a great many details" über die Umstände erfahren, die der Unterschrift Rathenaus in Rapallo vorausgegangen seien bzw. diese begleitet hätten:

> „Two statements he [Maltzan, Anm.d.Verf.] made which merit passing notice were that on the Friday and Saturday which preceded the signature Rathenau was extremely nervous and depressed, thinking that Germany had been left out in the cold and that Germany's appearance at Genoa had been a complete failure. Maltzan had tried to reassure him in vain. He [Rathenau, Anm.d.Verf.] replied 'No, my dear Baron, we have been spurned and excluded from the really important meetings'. The second point was that on the Sunday morning the Russians frankly told the Germans that the negotiations with the Entente were not going on as rapidly as the outside public believed and that they already doubted whether it would be possible to reach agreement. So far from this re-assuring the German Delegation, they were more perturbed than ever on the basis of Cretans being always liars, as they were convinced that the statement was a Russian lie and that it was made with a view to lull them into false security."[2427]

Diese Informationen wiesen D'Abernon somit ergänzend darauf hin, dass es vor allem der deutsche Außenminister gewesen war, der eine weitere, schwere außenpolitische Niederlage bzw. Demütigung der deutschen Republik befürchtet hatte.
Gewiss: Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Großbritannien schien auf der Grundlage des zwischen Maltzan und D'Abernon bestehenden, offen und aufrichtig erscheinenden Informations- und Gedankenaustausches möglich zu sein. Im Foreign Office allerdings wurde die daraus resultierende, weithin wohlwollende politische Einschätzung der deutschen Russlandpolitik durch D'Abernon bei weitem nicht von allen Akteuren geteilt. Einige Verantwortliche im Foreign Office fuhren schweres Geschütz auf. Ihre Einwände verdeutlichten zugleich, wie tief das überlieferte Misstrauen gegenüber jeglicher, von Berlin aus geführten deutschen auswärtigen Politik immer noch saß.

[2426] Ebd. Mit zwei Telegrammen an Hesse vom 8. Juli 1922 im PA verfilmt unter L 641/ L 204044 und L 641/ L 204044-45 bat Maltzan um Informationen über die wirtschaftliche und politische Stabilität der Ukraine und Georgiens.
[2427] D'Abernon an Balfour, 5.7.1922, PRO, FO 371/8195, 88-90, 88f.

Aus persönlich motivierten Gründen rückte hierbei insbesondere Maltzan in das Zentrum der Kritik. Der Leiter der Russlandabteilung, Gregory, verlieh mit Datum vom 12. Juli 1922 seiner Antipathie gegenüber dem Ministerialdirektor in einer überaus herablassenden Weise Ausdruck, wenngleich er den Sachverhalt, der sowohl ihn selbst als auch die deutschen Führungskräfte zuvor in Genua bewegt hatte, an sich nicht einmal falsch darstellte. Zwar mochte die insoweit von ihm gewählte Tonart und Wortwahl deutlich die Qualität der eigenen Argumentation und Analyse vermindern. Unzweifelhaft blieb jedoch, dass sein Votum negative Auswirkungen auf die britische Deutschlandpolitik insgesamt in durchaus dauerhafter, einprägsamer Weise nach sich ziehen konnte, auch wenn der Verfasser ähnliche Vorbehalte gegenüber Maltzan später in seinen Erinnerungen[2428] nicht noch einmal wiederholte:

> „I should only like to take the opportunity of saying, as I was personally mixed up in the business and accused by Rathenau in his letter to the Prime Minister of having known beforehand about the impending treaty that if I were Lord D'Abernon I would never believe a word Baron Maltzan said. He is the oily, plausible type of German, who is almost blatantly unreliable, and his numerous professions of regard for this country and desire for co-operation - he brought them all day and every day to me during the first week of Genoa - are about as much value as if I made corresponding professions to him about Germany. I don't trust him a yard.[2429]

Die Forschung hat diese Aufzeichnung des britischen Diplomaten vom 12. Juli 1922 weder problematisiert noch kritisch gewürdigt. Im Gegenteil: Horst Günther Linke schloss sich der regelrechten ‚Verurteilung' des deutschen Ministerialdirektors als „öligen, gleisnerischen Typ eines Deutschen, der geradezu notorisch unzuverlässig", an und ordnete diese Äußerung Gregorys zugleich als bestätigenden Beleg für das bis heute vorherrschende negative Maltzan-Bild ein.[2430]
Diese Sichtweise sowie die Behauptung Gegorys, er habe von dem bevorstehenden deutsch-russischen Vertragsabschluss nichts gewusst, vermögen jedoch nicht zu überzeugen. Gregory hatte von der Berichterstattung D'Abernons über die deutsch-russischen Verhandlungen in Berlin seit Ende Januar 1922 unzweifelhaft Kenntnis. Zudem wird die Argumentation Maltzans, er habe in den Tagen vor dem Ostersonntag 1922 mehrfach eindringlich das Gespräch mit den britischen Akteuren gesucht, selbst durch Gregory nachträglich bestätigt. Denn der britische Diplomat gab schließlich - trotz der Anschuldigungen gegenüber seinem deutschen Kollegen - in der Sache unumwunden zu, dass Maltzan in der ersten Woche der Konferenz von Genua tatsächlich „täglich und ständig" bemüht gewesen war, „durchaus im Sinne von Rathenaus Vermittlungskonzeption nachdrücklich bei den Engländern um engere Zusammenarbeit" zu werben.[2431] Und seine weiteren Aussagen, zum Beispiel diejenige, dass er in Genua bemüht gewesen sei, Maltzan nichts von seinen Vorbehalten spüren zu lassen, weisen darüber hinaus auf folgenden Sachverhalt hin: Offenkundig hatte es gar nicht der deutsche Ministerialdirektor selbst zu verantworten, wenn die durch ihn vorgetragenen deutschen

---

[2428] Gregory, On the Edge of Diplomacy.
[2429] Aufz. Gregory, 12.7.1922, PRO, FO 371/8195, 85-86f, hier 85f. Es heißt hier im Rahmen eines von Misstrauen durchsetzten Rundumschlags u.a. auch: „Another point. I suspect Krassin, another plausible, though more dignified individual, of having been a German agent from the very beginning. His behaviour throughout Genoa and subsequently justify a suspicion to which his antecedents would obviously lend colour. Siemens-Schuckert, I am sure, did not employ him all those years for nothing."
[2430] Vgl. Linke, Der Weg nach Rapallo, S.102. Meines Erachtens liegt der Kern der Aussage Gregorys darin, er halte Maltzan für einen „geschickten" (plausibel) Lügner.
[2431] Ebd.

Sorgen aufgrund des vorhandenen persönlichen Misstrauens von Gregory gegenüber seiner Person über mehrere Tage hinweg bis zum Ostersonntag Nachmittag keine ernsthafte Berücksichtigung fanden.[2432]

Allein dies macht die ungewöhnliche Schärfe Gregorys in seinen gegen Maltzan gerichteten Wendungen vom 12. Juli 1922 noch nicht nachvollziehbar. Sie erklärt sich daher aus einem weiteren, ebenfalls nahe liegenden Zusammenhang: Der Leiter der Russlandabteilung im Foreign Office stand bei der Abfassung dieses Dokuments rund drei Monate nach der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages noch immer selbst unter Rechtfertigungsdruck in Bezug auf die Vorgänge, die zu dem Abschluss des Rapallo-Vertrages geführt hatten. Er musste jetzt - im Anschluss an die für *seine* Reputation gefährliche Berichterstattung D'Abernons aus Berlin - nach einem Grund suchen, um sein eigenes, letzten Endes für die britische und alliierte Außenpolitik schädliches Verhalten während der Zeit zwischen dem 11. und 16. April 1922 erklären zu können. Und weil der schon seit längerer Zeit aus deutscher Sicht „schwer zu durchdringende"[2433] britische Diplomat in diesem Kontext das Ziel verfolgte, keine Schuld an der Entwicklung, die zum Abschluss des Rapallo-Vertrages geführt hatte, zugeben zu müssen[2434], entschloss er sich, gegen den angeblich nicht vertrauenswürdigen Maltzan *ad hominem* vorzugehen und sein Misstrauen gegenüber seiner Person als Vorwand für die eigene Passivität zu benutzen.[2435]

Im Jahre 1922 äußerten sich unterschwellige antideutsche Tendenzen in der politisch-administrativen Elite im Foreign Office also zuweilen in einer neuen Form: nämlich unter anderem in der dilatorischen Behandlung derjenigen Interessen, die auf Seiten der Russlandpolitik der deutschen Republik zu verorten waren. Gregory legte - wie offenbar bereits in den Tagen vor dem 16. April 1922 - im Sommer 1922 eine Haltung an den Tag, die davon ausging, die deutsche Republik müsse sich eigentlich willfährig und passiv als Objekt der Siegermächte und insbesondere Englands behandeln lassen. In seiner Aufzeichnung vom 12. Juli 1922 wiederholte der britische Diplomat jedenfalls im Rückblick auf die Konferenz von Genua seine Ansicht, trotz zusätzlicher reparationspolitischer Belastungen hätten sich die deutschen Vertreter dem alliierten Vorgehen in der russischen Frage fügen müssen, und zwar selbst dann, wenn sie zu den Verhandlungen darüber nicht hinzugezogen wurden und für Deutschland finanzielle und politische Nachteile in Kauf zu nehmen waren.[2436]

[2432] Siehe zum „extreme dislike for Maltzan among Foreign Office Officials" auch Salzmann, S.34 u.a. bei Anm.5 auch in Bezug auf einen Brief Dufours an Maltzan vom 4.1.1923.

[2433] Vgl. insoweit bereits das Schreiben Dufours an Maltzan vom 22.12.1921, QpH, Nachlass Schubert, Privatbriefe, Bd.6.

[2434] Aufz. Gregory, 12.7.1922, PRO, FO 371/8195, 85f. Es heißt hier von Seiten Gregorys u.a., Maltzan und Krassin seien wahrscheinlich „the most important wire-pullers on the two sides" gewesen. "I believe Maltzan captured Rathenau but not Wirth: Krassin got round the people of Moscow but not Chicherin." Offenbar hatte Gregory ein recht positives Bild von Reichskanzler Wirth.

[2435] Vgl. Aufz. Gregory, 12.7.1922, PRO, FO 371/8195, 86 (Rückseite) - 87f., mit einer hschr. Aufz. vom 14.7.1922, die die Paraphe AC trägt und von Crowe stammt. Hier heißt es u.a.: „I agree entirely with what Mr. Gregory says of Baron Maltzan, except that I would hardly have credited him with being ever plausible. We knew him before the war as one of the worst type of unscrupulous, bullying and unreliable German officials, and as he is not in a position of real responsibility [...]. Our Ambassador ought to see the Chancellor or Minister of Foreign Affairs himself [...]." Eine ähnliche Charakterisierung Maltzans findet sich auch in dem nachfolgenden hschr. Vermerk mit der Paraphe A.f.B., ebd., 87 (Rückseite). Ausführungen dieser Art dürften grundsätzlich die Frage aufwerfen, welche Konsequenzen die germanophobe Grundausrichtung von Akteuren im Foreign Office hatte. Denn eine solche Einstellung war möglicherweise bereits seit 1875 mehrfach in eine „grundsätzlich antideutsche" und dadurch teilweise sogar in eine „friedensgefährdende Politik" des britischen Außenministeriums umgeschlagen, vgl. dazu die entsprechenden Thesen bei Wipperfürth, u.a. S.442.

[2436] Aufz. Gregory, 12.7.1922, PRO, FO 371/8195, 86.

Diese Haltung war bezeichnend. Sie legitimierte letzten Endes das Handeln Maltzans sowie die deutsche Gesamtargumentation hinsichtlich Inhalt und Zeitpunkt des Rapallo-Vertrages.
Für Gregory richtete sich überdies aber der wesentliche Grund für die alliierten Proteste "against the Germans at Genoa" nicht auf "the nature of their treaty", sondern auf die Tatsache, "that they had at once broken the international front which it was the main object of the conference to achieve".[2437] Damit blendete der britische Diplomat also nicht nur die alliierten Separatverhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation in der Villa D'Albertis im Nachhinein völlig aus, die eine ernsthafte, noch nicht in ihrem Ausgang politisch durch die führenden Alliierten determinierte Erörterung des Londoner Memorandums in der dafür zuständigen Konferenzkommission verhindert hatten. Seine jetzige Darstellung der Dinge stand sogar in einem gewissen Widerspruch zu dem, was Gregory einige Zeit zuvor noch selbst vorgetragen hatte. So hatte er Ende Oktober 1921 Lloyd George ausdrücklich darauf hingewiesen, es sei „part of the Soviet policy to sow dissension among the Western Powers and more especially to prevent Germany from coming in line with the policy of the Allies towards Russia."[2438] Und eben genau diese Entwicklung war nicht zuletzt durch Gregorys eigenes antideutsches Ressentiment begünstigt worden.
Diesen Kausalzusammenhang aber erwähnte der britische Diplomat in seiner Stellungnahme jetzt nicht mehr. Er führte hingegen aus, die Bereitschaft Londons, in der russischen Frage mit der deutschen Außenpolitik zu kooperieren, sei durch den Rapallo-Vertrag auf Dauer beschädigt worden. Und aus seiner Sicht seien die von D'Abernon gemeldeten, gegenwärtigen Russland-politischen Aktivitäten Berlins hinsichtlich einer Ausdehnung und Ausfüllung des Vertrages zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht für die britische Politik gegenüber Moskau mittlerweile sogar relativ unbeachtlich geworden:

> „What they choose to do now by way of enlarging the commercial and consular scope of the treaty or extending it to the allied Soviet Republics is largely a matter of indifference to us [...] The Germans were put out of court in Genoa; they were excluded from the Hague, and if they choose to make or extend their own arrangements, provided they are only economic, with Russia, it is their own affair. They have lost their chance of co-operation with us and it is unlikely – in the purely economic field unless circumstances change considerably – that they will succeed alone."[2439]

Auch diese Art der Argumentation, die die Überlegenheit der britischen Außenpolitik gegenüber der deutschen Republik deutlich unterstrich, war im Foreign Office offenbar schon seit geraumer Zeit vorhanden. Crowe zum Beispiel hatte noch im Januar 1922 im Hinblick auf ein mögliches „proposed arrangement between Germans and Russians for reciprocal support at Genoa conference" die Meinung vertreten, „the Germans are unlikely to achieve anything on a big scale except hand in hand with us".[2440]
In Berlin beanspruchte unterdessen seit geraumer Zeit ein sicherheitspolitisch relevanter Faktor gewichtige Beachtung: Maltzan bezeichnete am 6. Juli 1922[2441] die führenden Kräfte in Moskau gegenwärtig als überaus nervös und sensibel, was unter anderem auch an seit etwa Mitte Juni

[2437] Ebd.
[2438] Vgl. Gregory an Lloyd George, 29.10.1921, ebd. (PRO), FO 371/6856, 45
[2439] Aufz. Gregory, 12.7.1922, PRO, FO 371/8195, 86.
[2440] Vgl. die „Minutes" zu dem am 23.1.1922 in London eingetroffenen Schreiben D'Abernons an Curzon vom 16.1.1922, PRO, FO 371/8185, 76 bzw. 79-80.
[2441] Vgl. G.A. Maltzan, 6.7.1922, ADAP A VII, Nr. 144.

kursierenden Gerüchten über einen eventuellen Angriff „baltischer Staaten unter französischer Führung mit Kleiner Entente auf Russland“ lag.[2442] Es sei allerdings nicht unwahrscheinlich, so befürchtete der Ministerialdirektor, dass das auf sowjetrussischer Seite verstärkte, unberechenbare Aggressionspotential sich bei einem Ausbruch in erster Linie gegen militärisch „schwächer aufgestellte Staaten“ richten werde - eine Haltung, die sich in ähnlicher Weise auch bei Brockdorff-Rantzau wieder finden ließ: Er führte am 24. Juli 1922 in einem Gespräch mit dem Reichskanzler aus, Deutschland könne, „so ohnmächtig es jetzt ist“, unter gewissen Umständen „der Kriegsschauplatz bei einer Auseinandersetzung zwischen dem Osten und Westen werden“.[2443]
Unwägbarkeiten dieser Art, die grundsätzlich ebenso für andere Akteure in der internationalen Politik erkennbar waren, zeigten deutlich an, dass die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen trotz des Rapallo-Vertrages weiterhin von tiefem, gegenseitigem Misstrauen gekennzeichnet waren und schon deshalb nur ein sehr distanziertes Zusammenwirken zuließen. Nichtsdestoweniger kursierten in der internationalen Öffentlichkeit weiterhin Verdächtigungen, die abermals die Tatsache des deutsch-russischen Vertrages instrumentalisierten und auf offensive, machtpolitische Intentionen der deutschen Russlandpolitik abstellten: Die „deutsch-feindliche Propaganda des Auslandes“, so hielt ein unter anderem von Maltzan abgezeichneter Pressebericht vom 10. Juli 1922 fest, sei „in letzter Zeit wieder lebhafter geworden“. Und in dieser Hinsicht würden erneut „hauptsächlich der Rapallo-Vertrag und angebliche militärische Abmachungen zwischen Russland und Deutschland zum Gegenstand unerschöpflicher Phantastereien über (ein) deutsch-russisches Vorgehen gegen die Entente gemacht.“[2444]
So inflationär und tendenziös Meldungen dieser Art aus deutscher Sicht auch wirken mochten - sie verfehlten in der internationalen Politik ihr Ziel nicht, Vorurteile gegenüber der deutschen

---

[2442] Siehe bereits Maltzan an Göppert, Tel. Nr. 71, 17.6.1922, PA, R 84394, K 510479. Zum Beitritt Lettlands zur französisch-polnischen Militärkonvention vgl. den Runderlaß Maltzans, 24.6.1922 bei ebd., K 510480. Maltzan bat hier die deutschen Vertreter in Moskau, Stockholm und Warschau darum, in der dortigen Presse eine von Maltzan gewünschte Deutung zu „lancieren“, „ohne Quelle erkennen zu lassen“. Die Nachricht, die Maltzan aus der Russischen Presse und aus einem „Pressebericht (aus) Moskau“ entnommen hatte, stellte sich als unzutreffend heraus, siehe Tel. Göppert, 22.6.1922, ebd., K 510482, mit einem entsprechenden hschr. Vermerk Maltzans. Unter dem 29.6.1922 ergänzte Maltzan, die Nachricht stamme aus der Prawda, ebd. K 510483.
Vgl. weiter die G.A. Maltzans vom 6.7.1922, ebd. (PA, R 84394), K 510501-502. Hier heißt es u.a.: „Ich habe bei dieser Gelegenheit Herrn Menning auf die französisch-lettisch-polnischen Militärbesuche hingewiesen und ihm angedeutet, dass man in Moskau anfinge, hierüber nervös zu werden. Es sei eben zu bedauern, dass das stark nationalistische Russland alle derartigen harmlosen Verständigungen mit Polen als gegen sich gerichtet ansehe und in erster Linie dies schwächeren entgelten lassen würde. Dies habe Finnland wohl erkannt, welches ja sein Kabinett gewechselt habe und die diesbezüglichen Verhandlungen unterbrochen hätte. Herr Menning bestätigte mir, dass Estland derartigen Bestrebungen Lettlands nicht das geringste Interesse entgegenbrächte und insbesondere wünsche, mit Russland in Frieden und Freundschaft zu leben.“

[2443] G.A. Brockdorff-Rantzau, 24.7.1922, ADAP A VI, Nr. 159. Siehe in diesem Kontext auch eine weitere Aufz. Brockdorff-Rantzaus, ebd., Nr.152, Anm.5, die hschr. vom 23. August auf „Ende Juli“ umdatiert wurde, sowie seine am 16.7.1922 gegenüber Haniel und am 19.7.1922 gegenüber Ebert geführte Klage über die ihm von Seiten Wirths vermeintlich zuteil gewordene schlechte Behandlung, ebd., Nr.159, Anm.6.
Die Aufzeichnungen Brockdorff-Rantzaus sind schon vor diesem persönlichen Hintergrund nicht als uneingeschränkt zuverlässig anzusehen. Sie eignen sich deshalb letztlich nicht, die Außenpolitik des zeitgenössischen Reichskanzlers Wirth bzw. seinen angeblichen Vernichtungswillen gegenüber Polen (ADAP A VI, Nr. 328) zu belegen, vgl. anders Niedhart, Die Aussenpolitik der Republik von Weimar (2. Aufl. 2006), S.15; Carsten, Reichswehr and Politics, S.139, Wintzer, Deutschland und der Völkerbund, S.275. Die im BAK aufbewahrten ‚nationalen’ Aufzeichnungen des ‚bedrängten Exilanten’ Wirth aus den Jahren 1940/42 (nach der Durchsuchung seiner Pariser Wohnung durch die Gestapo) sind problematisch. Sie werden m.E. in den Arbeiten von Küppers sowie bei Hörster-Philipps, Joseph Wirth, (vgl. zu Wirth und Rapallo ebd., S.256ff.) z.T. zu quellenunkritisch verwendet.

[2444] Siehe ebd., R 83437, 134-135, hier 134. Siehe dazu auch das Berliner Tageblatt vom 18.7. und die Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22.7.1922, Ausschnitte bei ebd., 142 und 143.

Außenpolitik wach- und aufrechtzuerhalten. Bemerkenswert war daran jedoch, dass die damit einhergehende, stark politisierte ‚Publizistik' in der Gefahr stand, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung in Gang zu setzen. Denn eine alliierte Deutschlandpolitik, die für die Weimarer Republik aufgrund der von den Alliierten künstlich aufgebauschten Bedeutung des Rapallo-Vertrages keine außenpolitischen Erfolge zuließ, sondern ihr weiterhin eine Objektrolle zuwies, konnte die auswärtige Politik Deutschlands aus Enttäuschung gegenüber dem „Westen" erst recht darauf verweisen, in internationalen Fragen den Schulterschluss zu Moskau zu suchen, der eigentlich bislang gar nicht bestand.

Vor diesem Hintergrund bleibt es also weiterhin fraglich, ob sich unter dem „unerträglichen Druck" der alliierten und insbesondere der französischen Deutschlandpolitik der Charakter der frühen Weimarer Russlandpolitik in der zweiten Jahreshälfte 1922 in einem konfrontativen, gegen die Entente gerichteten Sinne veränderte oder nicht. D'Abernon allerdings wies die „Schuld" für die missliche Gesamtlage in Mitteleuropa zudem nicht den deutschen Vertretern, sondern zu einem großen Teil den „französischen Chauvinisten" und ihrer „destruktiven Politik" auf.[2445] Er beklagte am 10. und 13. Juli 1922, der Sturz der deutschen Mark gehe „unaufhaltsam weiter". Die Lage sei „kritischer denn je" und schon „ein politischer Mord mehr oder eine neue scharfe Rede Poincarés" könne „das ganze Gebäude" der Finanzen in Deutschland zusammenstürzen lassen.[2446]

Schon diese Bemerkungen machten unverkennbar, wie schwierig und eingeschränkt die außenpolitische Gesamt- und Bewegungslage der Republik nach wie vor blieb. Die in der Forschung zuweilen zu findende Vorstellung, „Rapallo" sei als ein grundsätzlich positiver „Wendepunkt in der deutsch-sowjetrussischen Politik"[2447] zu bezeichnen, war daher, zumindest was die zweite Hälfte des Jahres 1922 angelangt, nicht zutreffend. Denn außenpolitisch brachte der Vertrag über seine bereits eingelöste Abwehrfunktion in Bezug auf Artikel 116 Abs. 3 VV und seine Lösungsansätze zur Regelung von schwebenden finanziellen Fragen der Vergangenheit hinaus vorerst eindeutig keine sichtbaren Vorteile. Die gegen den Vertragsabschluss gerichteten Proteste stellten aus „westpolitischer" Interessenperspektive Deutschlands zudem zweifelsohne wenigstens ein kurzfristiges, aber möglicherweise sogar dauerhaftes Vertrauens- und Reputationsproblem dar, auch wenn der Vorgang in der alliierten Presse und Politik zum Teil künstlich instrumentalisiert worden war. Und in innenpolitischer Hinsicht standen alle bisherigen vertraglichen Vereinbarungen mit Sowjetrussland bei krisenhaften Situationen schließlich ohnehin in der Gefahr, zu einer *societas leonina* zu werden, in denen ein geplanter kommunistischer Umsturzversuch in Deutschland durch sowjetrussische Regierungsvertreter und insbesondere von solchen mit diplomatischer Immunität unter Umständen sehr gefährliche Unterstützungskräfte finden konnte.[2448]

Doch damit nicht genug: Bereits wenige Tage nach der Ratifikation des Rapallo-Vertrages durch den Deutschen Reichstag erfuhr Maltzan eine Enttäuschung, die er offenbar auch persönlich als Zurücksetzung empfand. Sie bildete im Grunde den schleichenden Auftakt zu einer langen Reihe weiterer Russland-politischer Desillusionierungen, die in Bezug auf die politische Gesamtbiographie

---

[2445] Vgl. D'Abernon, Bd.1, S.334 (hier bereits unter dem 24. April 1922), S.349.
[2446] Ebd., Bd.2, S.74.
[2447] Vgl. anders Fabry, S.25, S.27.
[2448] Siehe ähnlich auch Sütterlin, S.112 und Margret Boveri im Vorwort zu Scheffer, Augenzeuge, S.20 sowie Scheffer, Die Lehren (1953), zit. bei ebd., S.25

Maltzans über die „gescheiterte deutsche Oktoberrevolution“ 1923[2449] letzten Endes sogar bis zu seiner Versetzung nach Washington Ende 1924 / Anfang 1925 reichen und ebenso seine grundsätzliche außenpolitische Haltung noch erheblich modifizieren sollte: Mit Telegramm Nr. 458 vom 8. Juli 1922 telegraphierte Maltzan an Wiedenfeld, dass die „mit Krestinski bereits unverbindlich vereinbarte Regelung fallweiser Anwendung Mai-Vertrages sowie Ausdehnung Rapallovertrages auf Föderativstaaten“ durch das „persönliches Eingreifen Litwinows auf seiner Durchreise nach Den Haag unerwartet vereitelt“ worden sei.[2450]
Litwinow, so hieß es hierzu erklärend, habe sich geweigert, den Vertrag vom 6. Mai 1922, „der auch als natürliche Basis unseres Verhältnisses zu Russland und Rapallo-Vertrages gilt, analog auf (die) Föderativstaaten anzuwenden.“ In dem geheimen Teil des Schreiben hieß es zudem, in der Zwischenzeit hätten sich „im Auswärtigen Ausschuss starke Bedenken gegen baldige Ausdehnung Rapallovertrages gebildet: „Ausser gewissen Sympathien“ für die alte „menschewistische Regierung in Tiflis“ werde dabei von Ausschussmitgliedern „geltend gemacht, dass (die) politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Ukraine und Georgien (die) Anerkennung dortiger Sowjet-regierungen zur Zeit nicht rechtfertigten.“[2451]
Deutsch-russische Spannungsmomente waren in diesem Kontext bereits zuvor aufgetreten. So hatte Maltzan bereits unter dem 26. Juni 1922 nach Moskau und Charkow gemeldet, dass sich die Ausdehnung des Rapallo-Vertrags weiter verzögere, „weil auf Veranlassung Litwinoffs (sic) russischerseits bezüglich Vertragstextes, über den vorher gewisses materielles Einverständnis erzielt war, wiederum wesentliche Abänderungen beantragt wurden.“[2452] Mit Datum vom 13. Juli 1922 wies der Ministerialdirektor zwar darauf hin, Krestinski lege die Schuld an der Verzögerung dem Auswärtigen Amt zur Last. Er konnte und wollte aber in einem Gespräch mit dem designierten, aber noch nicht von Ebert beglaubigten sowjetrussischen Botschafter in Berlin seine aufgestaute Verärgerung nun nicht mehr länger zurückhalten:

> „Ich wies ihm an Hand des historischen Verlaufs der Verhandlungen nach, dass lediglich das Dazwischentreten Litwinoffs […] verhindert hätte, die zwischen mir und Paschukanis vereinbarten Grundlagen seinerzeit zu paraphieren. Bei Ratifizierung des Rapallo-Vertrages wären Kabinett und Reichstag wahrscheinlich auch mit der Ausdehnung des Rapallo-Vertrages in der geplanten Form einverstanden gewesen. Jetzt aber habe sich die Lage insofern verschoben, als sowohl der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wie auch Kabinett und der Herr Reichspräsident sich für die Angelegenheit näher interessierten und Stellung nehmen wollten. Für die Zeichnung des Ausdehnungsabkommens bedürfe ich einer Vollmacht. […] Ich kam sodann auf die Ausfüllung des Rapallo-Vertrages zu sprechen, worauf die Herren nicht näher eingingen.[2453]

[2449] Vgl. hierzu die Arbeit von Wenzel.
[2450] Tel. Maltzan u.a. an Wiedenfeld Nr.458, 8.7.1922, PA, R 83439, 019-020 (L204043-44). Dirksen bezeichnete Litwinow später nicht als „a true believer in the Rapallo policy“. Er sei angeblich „pro English at heart“ gewesen, vgl. Holborn, S.369.
[2451] Tel. Maltzan u.a. an Wiedenfeld Nr.458, 8.7.1922, PA, R 83439, 019-020 (L204043-44).
[2452] Tel. Maltzan Nr. 430 bzw. Nr.5, 26.6.1922, ebd., R 83439, 009 (L204040). Siehe zu den Verhandlungen und den Einwänden Krestinskis auch Aufz. Hauschild, 29.6.1922, ebd., 081f. über die Verhandlungen unter der Anwesenheit von Maltzan am 22. und 23. Juni 1922, mit Vertragsentwürfen bei ebd. 082-084f.
[2453] Aufz. o.U., 13.7.1922, ebd., R 83439, 041f. Die Vorlage trägt die Paraphe Maltzans vom 14.7.1922. Es heißt hier am Schluss, Krestinski fahre „heute oder Morgen in den Haag zurück“, „er scheint die Verhandlungen im Haag doch nicht für völlig aussichtslos zu halten.“ Zur Haltung der russischen Delegation auf der Konferenz im Haag siehe Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Bd. V, Nr. 218.

Zwar konnte bezüglich der angestrebten Ausdehnung des Rapallo-Vertrages vermittelnd vereinbart werden, „dass Krestinski den deutschen Entwurf erneut einer Prüfung unterziehen, einen Gegenvorschlag und eine Zusammenstellung beider Entwürfe ausarbeiten und uns übermitteln wolle“, während Maltzan „dann an Hand dieser Vorschläge an den Auswärtigen Ausschuß und das Kabinett herantreten“ sollte. Der Vorgang belegte aber insgesamt nicht nur, dass Maltzan die Sorge hatte, im Wesentlichen durch das Verhalten der sowjetrussischen Seite erneut innenpolitischen Widerständen gewichtigster Art gegenüber zu stehen. Denn neben den Spannungselementen, die eher tagespolitisch bestimmten Misstönen zuzuordnen waren, war der Entwicklung durchaus ein symptomatischer Stellenwert zuzuweisen: So hatte es aus deutscher Sicht in Bezug auf die zuvor in 1921 und Anfang 1922 mehrfach durch die sowjetrussische Seite erfolgten, offenkundigen Verletzungen der Propagandaklauseln des Vertrages vom 6. Mai 1921 schon merklich Überwindung gekostet, den Rapallo-Vertrag abzuschließen. Anhand des Verhaltens von Litwinow und anderer sowjetrussischer Akteure aber zeigte sich jetzt, dass sich selbst einige sowjetrussische Vertreter, die maßgeblich und unmittelbar an dem Geschehen in Rapallo beteiligt gewesen waren, offenkundig nicht für eine grundsätzliche Aufgabe von Propaganda- und Revolutionierungsaktivitäten zum Sturz des demokratischen Systems in Deutschland einsetzten.

Zwar wurde, wie Wiedenfeld aus Moskau meldete, eine Ausdehnung des Rapallo-Vertrages von sowjetrussischen Regierungskreisen nach wie vor befürwortet.[2454] Und mit den insoweit geführten Vorverhandlungen sollten sich unter anderem die Beziehungen zwischen Deutschland und Georgien entspannen.[2455] Die kommunistischen Umsturzversuche in Deutschland, die von Moskau aus unterstützt wurden, vermengten jedoch Außen- und Innenpolitik erneut in einer überaus belastenden Weise. Die positiven Russland-politischen Signale im Gefolge des Rapallo-Vertrages blieben deshalb zaghaft und ausgesprochen schwach. Es sei für das deutsch-sowjetrussische Rapallo-Verhältnis sehr „bezeichnend“, so hatte in diesem Kontext D’Abernon bereits unter dem 10. Mai 1922 in zutreffender Weise festgestellt, dass die Regierung in Moskau „seit der Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages nicht nur ihre Propagandatätigkeit nicht einstellte, sondern sie noch betonter ausübt und mit der deutschen Regierung bereits in Konflikt geraten ist.“ Der britische Botschafter hielt auch deshalb eine „dauernde und enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland für unwahrscheinlich - mit dem einen Vorbehalt, dass diese beiden Regierungen nicht durch einen Druck von außen oder eine gemeinsame Gefahr zueinander getrieben werden.“[2456]

Vor diesem anhaltenden deutsch-russischen Konflikt war es daher auch nicht verwunderlich, dass am 11. Juli 1922 eine bilanzierende Skizze Maltzans über den aktuellen Stand der deutschen Russlandpolitik nicht sonderlich zuversichtlich ausfiel. Von einer dynamischen Aufbruchstimmung im deutsch-russischen Verhältnis war jedenfalls nichts zu spüren. Im Gegenteil: Neben dem

---

[2454] Siehe dazu dann auch Wiedenfeld an AA Nr.46, 15.7.1922, nach dem „Karakhan“ (sic) erklärt habe, die Sowjetregierung „lege nach wie vor sehr grosses Gewicht darauf, die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages auf alle föderierten Staaten mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen.“, PA, R 83439, 042ff. bzw. 055ff. Die Vorlage wurde von Maltzan unter dem 24.7.1922 an alle wichtigen deutschen Auslandsmissionen übermittelt, ebd., 058.

[2455] Vgl. dazu das Tel. der deutschen Gesandtschaft für Georgien Nr.454, 14.7.1922, ebd., 065ff.

[2456] D’Abernon, Bd.1, S.342. Zur deutschen Klage über die Fortsetzung der sowjetrussischen Propaganda in Deutschland vgl. auch schon D’Abernon an Curzon, 11.5.1922, PRO, FO 371, 8208, 187ff. mit einem Auszug aus der „Täglichen Rundschau“ vom 10.5.1922. Siehe dazu auch Schulthess 1922, S.246, in Bezug auf einen im Juni 1922 ergangenen Hilferuf von Russland-deutschen Lehrern und Lehrerinnen an der Wolga und in der Ukraine an ihre deutschen Kollegen sowie einen am 22. Juli 1922 erfolgten Aufruf der Kommunistischen Internationalen zur „Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter aller Länder.“

Belastungsfaktor „kommunistische Propaganda in Deutschland“ wurde deutlich, dass sich auch für den Ministerialdirektor die sachlichen Probleme bei der Ausdehnung und Ausfüllung des Rapallo-Vertrages noch viel größer als erwartet auftürmten. Denn die inhaltlichen Detailfragen, die mit einem Schiffahrtsvertrag, einem Konsularvertrag, mit einer Erweiterung der deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens vom 6. Mai 1921 einhergingen und sich darüber hinaus auf eine Regelung der Meistbegünstigungsfrage, des Erbschaftsrechts, des Patentschutzes und andere Materien mehr erstreckten, kollidierten mehrfach in geradezu grundsätzlicher Weise mit der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in dem kommunistischen Staat Lenins.[2457]

Die damit schon in inhaltlicher Hinsicht sehr komplexen Russland-politischen Herausforderungen wurden durch weitere Entwicklungen zusätzlich belastet. Und diese bezogen sich auf die gegenwärtigen, inneren Verhältnisse in Russland: Für zahlreiche Abgeordnete von SPD, USPD und Zentrum war jedenfalls eine politische Unterstützung weiterer deutsch-russischer Vertragsprojekte dann auf Dauer ausgeschlossen, wenn die in Moskau drohende Erschießung von „verurteilten Sozialrevolutionären“ bzw. von „orthodoxen Geistlichen“ nicht von Tschitscherin verhindert werden würde.[2458]

Nach einer geheimen Aufzeichnung Maltzans vom 21. Juli 1922 wünschte Tschitscherin während der Rückreise der sowjetrussischen Delegation aus dem Haag über Berlin mit der deutschen Regierung in erster Linie vier Themen zu besprechen - und zwar nicht nur mit Wirth, sondern möglichst auch in Gegenwart von Staatssekretär Haniel und Ministerialdirektor Maltzan. Dabei sollte es aber nicht nur um die Problematik der „Ausdehnung“ und die „Ausfüllung des Rapallovertrages“ gehen. Maltzan bat Wirth in diesem Zusammenhang um mindestens eine Stunde Besprechungszeit, weil der Volkskommissar ebenso die Frage von „Erleichterungen der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ sowie „Personalfragen“ ansprechen wolle.[2459]

Zwar liegt eine deutsche Aufzeichnung über diese Unterredung nicht vor. Jedoch berichtete D’Abernon in einem Tagebucheintrag vom 15. Juli 1922 über die verschiedenen Gründe für den Aufenthalt Tschitscherins in Berlin und über den Inhalt seiner Gespräche mit deutschen Führungskräften. Und in besonderer Weise hob er in diesem Kontext hervor, Tschitscherin habe sich heftig über die unfreundliche französische Haltung gegenüber Moskau beklagt.[2460]

Für D’Abernon stellte dies allerdings nicht nur einen Anlass dar, die Auffassung zu vertreten, „that her [Frankreichs, Anm.d.Verf.] hostile attitude must drive Germany and Russia together“. Er wies vor dem Hintergrund, dass Frankreich nach seinen Informationen „had made at no time any approach to the Soviet”, darauf hin, dass, wenn dies wahr sei, „the alleged conversations which so frightened

---

[2457] G.A. Maltzan, 11.7.1922, PA, R 83439, 021-024.

[2458] Ebd. Maltzan bezeichnete hier die Frage der Ausdehnung des Rapallovertrages „durch die Haltung der Sozialdemokratie“ als „besonders schwierig“. Sowohl das Kabinett als auch der Auswärtige Ausschuss hätten sich vorbehalten, zu den weiteren Verhandlungen noch eingehend Stellung zu nehmen. Durch „die Schwierigkeiten, die Litwinoff gemacht habe“, sei „verhindert worden, dem Kabinett schon einen fertigen Entwurf zu präsentieren, in dem beide Regierungen übereinstimmten.“ Vgl. dazu auch ebd., R 31490k/ 31491k (K 096460-63).

[2459] G.A. Maltzan, 21.7.1922, ebd., R 83437, 183f..

[2460] Vgl. HLRO, LG Papers, F/54/2/31. Nach Informationen D’Abernons über die Unterredungen des Volkskommissars mit deutschen Führungskräften sei der Rapallo-Vertrag dabei nur noch am Rande gestreift und die vorhandenen Gerüchte über eine gemeinsame militärische Konvention „as an absurd idea“ bezeichnet worden. Man habe viel mehr über die Gründe des Kriegsausbruches von 1914 und über einen Mangel an qualifizierten Beamten in Moskau diskutiert. Tschitscherin kritisierte demnach zudem das Vorgehen Radeks “and his sparkling and cynical indiscretions“ in scharfer Form.

Germany about six months ago were imaginary and were only invented for purposes of negotiation.“ Allerdings warf der britische Botschafter damit nicht Maltzan vor, eine absichtliche Initialisierung oder Instrumentalisierung von Gerüchten über französisch-russische Annäherungstendenzen verfolgt zu haben. Er sah darin das Ergebnis einer geschickten Strategie der sowjetrussischen Außenpolitik.[2461]

Aus deutscher Sicht blieb unterdessen bedeutsam, dass Brockdorff-Rantzau nicht nur für sich allein sprach, wenn er einer militärischen Zusammenarbeit mit Sowjetrussland von Anfang an skeptisch gegenüber stand. Seinem Russland-politischen Realismus und Pragmatismus, der tiefe politische Skepsis mit der Hoffnung auf einen eigenen Beitrag für eine konstruktive Russland-politische Zukunft Deutschlands verband, hätte Maltzan zudem unzweifelhaft beipflichtet, wenn der jetzt in Moskau tätige erste Außenminister der Weimarer Republik ausführte, „Ostorientierung und Westorientierung“ seien „nach dem verlorenen Weltkrieg für die deutsche Politik abstrakte Begriffe geworden“ und beinhalteten an sich „keine positiven Möglichkeiten mehr, wenigstens nicht in dem Sinne der ausschließlichen Festlegung nach einer Richtung.“ Nur gegen die Interpretation des deutsch-russischen Vertrages durch Brockdorff-Rantzau wären auf Seiten des Ministerialdirektors gewiss einige Einwände laut geworden.

Zwar war es in diesem Kontext durchaus zutreffend, dass in Bezug auf die allgemeine Lage und Reputation der deutschen Außenpolitik der „schwere Nachteil des Rapallovertrages“[2462] insbesondere „in den militärischen Befürchtungen“ lag, „die an ihn anknüpfen“, und die auch Lloyd George kürzlich noch einmal hervorgehoben habe. Eine solche Sichtweise aber ließ sowohl die finanzielle Abwehrfunktion als auch spezifische Entstehungssituation des Vertrages weithin unberücksichtigt und zog ebenso wenig die Tatsache in Erwägung, dass Gerüchte dieser Art zumindest teilweise von alliierter Seite systematisch geschaffen und aufrechterhalten wurden, um eine scharfe Politik gegen die deutsche Republik zu rechtfertigen. Andererseits wiederum war die warnende Prognose Brockdorff-Rantzaus berechtigt, wenn er darlegte, „wir müssen also damit rechnen, dass England uns im Verdacht hat, eine Revanche mit Russland vorzubereiten, und dass es in der Lage ist, falls entsprechende Vereinbarungen wirklich getroffen oder im Werden wären, uns diese nachzuweisen.“ Und diese Einsicht war nicht nur ein Beleg dafür, dass sich die vom Auswärtigen Amt geführte Russlandpolitik gegenüber einer militärpolitischen Ebene in den deutsch-sowjetrussischen Beziehungen weiterhin im Wesentlichen ablehnd verhielt. Sie offenbarte zugleich auch, wie hochgradig unsicher der „Faktor“ Russland aus deutscher Sicht auch *post Rapallo* eingeschätzt wurde, wenngleich sich damit nach wie vor die Hoffnung auf Wiedergewinnung eines deutschen Großmachtstatus verband:

> „Zu hoffen wäre, dass ein wirklich enges Verhältnis Deutschlands zu Russland genügen könnte, das Verbrechen von Versailles zu sühnen, und dass eine friedliche Entwicklung wieder gutmacht, was an Deutschland gesündigt worden ist. Persönlich beurteile ich diese Möglichkeit allerdings skeptisch. Trotzdem würde ich es für einen schweren politischen Fehler und ein Verbrechen an der Menschheit halten, auch die geringe Aussicht auf friedliche Gesundung der Welt vorzeitig durch militärische Bindungen mit Sowjetrussland zu stören.“[2463]

[2461] Ebd. Diese Tagebuchaufzeichnungen wurden Hankey unter dem 20.7.1922 nach London übermittelt, D’Abernon an Hankey, ebd.

[2462] Vgl. dazu auch Aufz. Brockdorff-Rantzau, 17.7.1922, ADAP A VI, Nr.152, S.315.

[2463] Siehe zu dieser geheimen Russland-politischen Promemoria Brockdorff-Rantzaus vom 15. Juli 1922 die Abschrift mit

Dass jedoch die deutsche Republik vorerst ohnehin in einer deutlichen, jedoch bislang nicht endgültigen Objektrolle verblieb, hatte Brockdorff-Rantzau schon zuvor deutlich gemacht. Die Alliierten würden bei einem weiteren Scheitern ihrer eigenen Verhandlungen mit Sowjetrussland das deutsch-russische Verhältnis möglicherweise erst recht einer „schärferen Kontrolle unterziehen" - „besonders im Falle der Gewährung von Erleichterungen in der Reparationsfrage" durch die Ententemächte.[2464]

Die von Brockdorff-Rantzau in dieser Zeit angefertigte Aufzeichnungsflut zur russischen Frage hatte einen Grund: Dem ehemaligen Außenminister gelang es nachfolgend, sich trotz einer engagiert betriebenen Kandidatur des ehemaligen Staatssekretärs Hintze[2465] erfolgreich für den Botschafterposten in Moskau ins Kandidatenspiel zu bringen. Er konnte anschließend sogar von ihm selbst entwickelte „Richtlinien" für die Übernahme einer solchen Tätigkeit durchsetzen.[2466]

Für die Grund- und Gesamtausrichtung der frühen Weimarer Ost- und Russlandpolitik allerdings war und blieb die Position Ministerialdirektor Maltzans in Berlin maßgeblich. Überzogene Gedankengänge Brockdorff-Rantzaus, die teilweise deutlich auf persönliche, in Versailles erlittene Verletzungen zurückzuführen waren, fanden insoweit ein ausgewogenes Korrektiv[2467], zumal sich Maltzan zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs anderen Aufgaben zuwandte.[2468]

2. „Der Vertrag von Rapallo hat bis jetzt die beiden Signatarmächte enttäuscht"

Dem Ministerialdirektor war in der Zwischenzeit nicht mehr nur ein prägender Einfluss auf die deutsche Ost- und Russlandpolitik, sondern ebenso auf die künftige deutsche Außenpolitik insgesamt zuzuweisen: Der britische Botschafter sah im Rahmen der „Beitrittsfrage"[2469] zum Völkerbund auch in Maltzan einen wichtigen Ansprechpartner.

---

den sich daran anschließenden hschr. Ausführungen Seeckts bei BAF, NL Hans von Seeckt (N247), Bd.102, 4-5. Seeckt begrüßte die Ernennung Brockdorffs zum Botschafter in Moskau dennoch „lebhaft", vgl. seine hschr. Notizen zu einem Schreiben Simons vom 14./15.10.1922, ebd., Bd.103, 2-3.

[2464] Vgl. Aufz. Brockdorff-Rantzau, 18.7.1922, im PA verfilmt unter 9101 / H 223 247-50, in Bezug auf ein Gespräch mit Schlesinger.

[2465] Vgl. dazu ausführlicher Paul von Hintze, Einleitung von Johannes Hürter, S.115ff. sowie schon D'Abernon an Balfour, 30.5.1922, PRO, FO 371, 8208, 195f. Zu einem in der „Zeit" wiedergegebenen Vortrag Hintzes in Breslau über die Genueser Konferenz und die deutsch-russischen Beziehungen vgl. den entsprechenden Ausschnitt bei ebd., 199ff.

[2466] Zur Ernennung Brockdorff-Rantzaus zum deutschen Botschafter in Moskau und seiner „Mission" vgl. u.a. Scheidemann, S.549ff.; Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S.102ff. Zu den diesbezüglich von Brockdorff-Rantzau entworfenen „Richtlinien" vgl. ADAP A VI, Nr. 145; Sütterlin, S.183f. sowie Steinkopf an Müller, 29.9.1928, AdsD, NL Hermann Müller, III (Außenpolitik), Nr.96 in Bezug auf die von Brockdorff-Rantzau durchgesetzte Höhe der Bezüge.

[2467] Maltzan war jedenfalls keineswegs, wie es bei Egar Stern-Rubarth 1929 hieß, der „Gehilfe" Brockdorff-Rantzaus, vgl. Stern-Rubarth, S.82. Nach ebd., S.141, hat Brockdorff-Rantzau Maltzan zudem zu dem „Erfolge" von Rapallo gratuliert.

[2468] Vgl. abweichend Sütterlin, S.183f.

[2469] Siehe dazu Wintzer, Deutschland und der Völkerbund, S.272ff., hier in Bezug auf die fortgesetzten britischen Bestrebungen seit Juni 1922. Die Distanz führender deutscher Vertreter gegenüber einem deutschen Beitritt zum Völkerbund war zuvor insbesondere auch an der Haltung Rathenaus festzumachen. Nach ebd., S.263 hat der Außenminister kurz vor Beginn der Konferenz von Genua „die Auffassung vertreten, daß Deutschland nur nach einer Änderung der Satzung [dem Völkerbund] beitreten könne." In einem Gespräch mit dem niederländischen Außenminister soll Rathenau dann am Mittag des 13.4.1922 den Völkerbund sogar als „Leichnam" bezeichnet haben, vgl. ebd., S.261. Nach ebd., S.264 versetzte der Abschluß des Rapallo-Vertrages einerseits „den Hoffnungen des Völkerbundssekretariats auf eine Aufwertung des Völkerbunds durch die Konferenz [von Genua] einen schweren Schlag". Andererseits habe Drummond, der Generalsekretär, aber „mit bemerkenswerter Dialektik" gerade in diesem Kontext den Ausschluss Deutschlands aus der politischen Unterkommission als aus Völkerbundssicht erfreulich bezeichnet, weil sich daraus nun

Eine Unterstützung des britischen Anliegens, den Völkerbund zu stärken, versprach aus deutscher Sicht Aussicht auf außenpolitische Gegenleistungen. Denn mittel- und langfristig konnte eine für die deutschen Interessen zumindest nicht ungünstige Position Londons gegenüber Frankreich im Allgemeinen und in den alliierten Kontrollkommissionen im Besonderen nur dann erhalten bzw. gefördert werden, wenn man den britischen Vorstellungen über eine multinationale Zusammenarbeit in den internationalen Beziehungen entgegenkam. D'Abernon skizzierte, wie Maltzan spürbar skeptisch festhielt, mit einer „auffallenden Energie und Intensität" die „Vorzüge des Eintretens in den Völkerbund für Deutschland". Der britische Botschafter deutete dabei an, dass Deutschland „in den Rat aufgenommen werden" würde. Darüber hinaus ständen aber auch die existentiellen Fragen, wie die der Reparationen, einer günstigeren Stellungnahme Großbritanniens und Frankreichs offen, wenn Deutschland erst einmal Mitglied im Völkerbund wäre.[2470]

Aus deutscher Sicht waren die damit verbundenen britischen Vorstellungen so einfach freilich nicht umsetzbar. Die daraufhin folgende, recht distanzierte Reaktion Maltzans stellte zwar keine isolierte Ansicht innerhalb der Wilhelmstraße dar. Allerdings hätte es zumindest nahe gelegen, Maßnahmen darauf auszurichten, die bisher ablehnende öffentliche Meinung in Deutschland allmählich zu verändern. Dennoch blieb es, wie die Geschichte der Weimarer Außenpolitik bis 1926 zeigen sollte, bis zum deutschen Völkerbundsbeitritt zweifellos noch ein weiter Weg:

> „Ich betonte demgegenüber unsere Schwierigkeiten, Völkerbundentscheidung hinsichtlich Oberschlesien, dauernde Drohung eines Mitgliedes des Völkerbundes mit militärischen Sanktionen, schwarze Schmach usw. Ich erwähnte auch, dass Amerika, auf welches wir finanziell doch unter Umständen sehr angewiesen sein könnten, nicht im Völkerbunde sei, ebensowenig Russland. Auch scheine mir rein persönlich das Völkerbundstatut in seiner jetzigen Form für Deutschland nur schwer annehmbar. Wir müßten eben zu große Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung nehmen."[2471]

Der hier von Maltzan angeführte direkte Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik beinhaltete allerdings, ohne einen Außenminister mit entscheidender Führungs- und Willenskraft, einen kaum zu durchbrechenden *circulus vitiosus*. Denn wenn die deutsche Außenpolitik durch die Notwendigkeit einer Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung in Deutschland nicht in der Lage war, den Interessen und Vorstellungen Londons in Bezug auf den Völkerbund entgegenkommen, so konnte dies letzten Endes die Konsequenz haben, dass die britische Außenpolitik nur in einem verminderten Maße die Ambitionen der französischen Deutschlandpolitik eingrenzen und begrenzen konnte und wollte. Nahe liegend war dann allerdings wiederum, dass die insoweit zu erwartenden deutschen Niederlagen auf internationalem Parkett abermals von breiten Bevölkerungsschichten in

---

kein ‚konkurrierender' „erweiterter Supreme Council" mehr entwickeln könne.

[2470] Aufz. Maltzan, 22.7.1922, ADAP A VI, Nr. 158, Bereits unter dem 12. Juni 1922, also noch vor der Ratifikation des Rapallo-Vertrages im deutschen Reichstag machte Lloyd George nach D'Abernon die unbedingte Notwendigkeit deutlich, dass Deutschland in den Völkerbund eintrete. Die Welt müsse zudem endlich beginnen, „Deutschland als ebenbürtig zu behandeln". Demnach offenbarte der britische Premier zu diesem Zeitpunkt auch, er habe während der Konferenz von Genua insbesondere von Reichskanzler Wirth einen „sehr guten Eindruck" von seiner Person und seiner „Ehrlichkeit" gewonnen. Rathenau dagegen sei ihm „furchtbar auf die Nerven" gegangen, vgl. D'Abernon, Bd.2, S.64, siehe dazu auch ebd., S.75f.

[2471] Aufz. Maltzan, 22.7.1922, ADAP A VI, Nr. 158. Zu dem von England angeregten deutschen Völkerbundsbeitritt vgl. auch das Schreiben Wirths an D'Abernon, 25.7.1922, ebd., Nr. 162, siehe dazu auch D'Abernon, Bd.2, S.87ff. sowie die Aufz. Schuberts vom 29. Juli 1922, im PA verfilmt unter L 1837/L 530 986-87. Vgl. zum Ganzen Wintzer, Deutschland und der Völkerbund, hier S.275f.

Deutschland als mangelhafte außenpolitische Dignität empfunden wurden und sich negativ auf die innenpolitische Stabilität der deutschen Republik auswirken würden.
Im Ganzen gesehen führte sein Dialog mit dem britischen Botschafter in diesem Punkt nicht zu einer Berichterstattung an die britische Regierung, die Maltzan befürwortet hätte. Im Gegenteil: Die Wortwahl D'Abernons lief darauf hinaus, der deutschen Führung in der Frage des Völkerbundsbeitritts ein geradezu verantwortungsloses Verhalten zu unterstellen. Er berücksichtigte jedenfalls die von Maltzan vorgetragenen innenpolitischen Zwänge kaum:

> "Whenever the German steed gets his head loose, he is over the rails in twinkling. Rapallo was one instance: the same thing seems likely to occur regarding the entry of Germany into the League of Nations. The Chancellor quite realises the importance for Germany of being a full member at Geneva, but his letter of July 25 gives the impression that he is reluctant: he appears to put forward impossible conditions, almost with the desire that they will be refused."[2472]

Anders verhielt es sich auf dem Gebiet der Russlandpolitik. In diesem Bereich blieb das Gespräch zwischen beiden Persönlichkeiten für beide Seiten ergiebig. Denn die „vollkommene Ergebnislosigkeit" der Sachverständigen-Konferenz im Haag zwischen den Alliierten und Sowjetrussland führte auf Seiten des britischen Botschafters zu einem erhöhten Interesse an Russland-politischen Detailinformationen. Er bat Maltzan um weiterführende Angaben, die ihm der Ministerialdirektor bereitwillig machte, auch wenn er sich über die „verstohlenen" Notizen D'Abernons ein wenig mokierte.[2473]
Maltzan war seinerseits bemüht, seinen Willen zu einem Einvernehmen mit London in der Russlandpolitik erneut zu verdeutlichen. D'Abernon gegenüber machte er allerdings klar, dass er natürlich auch weiterhin auf ostpolitische Bestrebungen der französischen Außenpolitik in geeigneter Form reagieren müsse. Und für Maltzan ging es hierbei letzten Endes um fundamentale Fragen von Gleichberechtigung und Chancengleichheit auf ost- und Russland-politischem Terrain:

> „Ich machte ihn besonders auf die intimen Beziehungen, die kürzlich die Ukraine zu Frankreich aufgenommen hätte, aufmerksam unter Belegung mit Tatsachen. Ich betonte in diesem Zusammenhange, dass wir, um die internationale Atmosphäre nicht zu stören, seiner Anregung entsprechend, die Verhandlungen über die Ausdehnung des Rapallovertrages auf die Ukraine und die übrigen Föderativstaaten hinausgeschoben hätten. Mit Rücksicht auf das Vorgehen Italiens und der Tschechoslowakei und die neuerlichen Verhandlungen Frankreichs würden unsere Wirtschaftskreise aber verlangen, dass wir mit den russischen Föderativstaaten wenigstens in dasselbe Verhältnis kämen wie die Staaten der Entente."[2474]

Auch gegen die nach wie vor mit monotoner Hartnäckigkeit vorgetragene Rapallo-Gerüchte setzte sich Maltzan massiv zur Wehr, wobei seine ganz persönliche Verärgerung unverkennbar war: „Das Fundament des Rapallovertrages" sei doch, so legte er D'Abernon seine Position dar, „unwidersprochen der Vertrag vom 6. Mai (1921)". Die ständige Überbewertung des Rapallo-Vertrages entbehre hingegen jeder Grundlage und sei mittlerweile zu einem „weit über seine Bedeutung hinausgehenden Motto geworden", während in sachlicher Hinsicht doch „die Anwendung

[2472] D'Abernon, Diary, August 8, 1922, HLRO, LG Papers, F/54/2/36.
[2473] Aufz. Maltzan, 22.7.1922, ADAP A VI, Nr. 158.
[2474] Ebd.

des Vertrages vom 6. Mai (19)21 [...] größere Konsequenzen enthielte, über die sich kein Mensch aufgeregt habe.“ Zudem müsse es auch der britischen Außenpolitik und Diplomatie bereits klar sein, dass die Ausdehnung des deutsch-russischen Vertrages vom 16. April 1922 auf die Föderativstaaten aus deutscher Sicht „nicht auf ewig unterbleiben“ könne.[2475]

Auch in einem weiteren Punkt der Ansichten Maltzans spiegelte sich der auf der Republik lastende „massive und zugleich ineinandergreifende“ außen- und innenpolitische „Druck“[2476] wider: Der Ministerialdirektor zeigte sich dem britischen Botschafter gegenüber um „die Stellung des Reichskanzlers [...] in größter Sorge“. Er habe D’Abernon nicht nur darauf hingewiesen, dass „jeder außenpolitische Erfolg des Kanzlers“ nicht zuletzt auch „die Schar seiner persönlichen Feinde verkleinern“ könne. Eine fortgesetzte Schwächung der deutschen Demokratie von außen werde auf lange Sicht möglicherweise sogar „ein großes Unglück und Unheil über ganz Europa bringen“. Es werde daher „nicht nur der politischen, sondern auch der persönlichen Stabilität des Kanzlers zweckdienlich sein“, wenn er, D’Abernon, nunmehr „auch seinerseits hierzu etwas beitrüge.“[2477]

Dieses düstere Szenario blieb ebenfalls am 11. August 1922, dem dritten Verfassungstag der Republik, vorherrschend. Die außen- und innenpolitische Lage verschlechterte sich weiter. Das betonte auch Reichskanzler Wirth am 5. August 1922 in einem Schreiben an den britischen Premier. Alles sei, so hieß es hier in sachlich gewiss überzogener, aber emotional nachvollziehbarer Weise, umso ungerechter, weil doch gerade der deutschen demokratischen Regierung für die Geschichte Europas durchaus eine wichtige Bedeutung zukomme:

> „In my opinion it is the German democratic government which, after the catastrophy of the war, has saved the bourgeois society of Central Europe from Bolshevism, and has, therefore, from the point of view of history deserved well of the world social order. A policy looking to Europe as a whole can, however, not be continued in face of the complete pauperisation of the German people.”[2478]

Die „poincaristische“ Regierung in Paris hätte solche Argumente jedoch zu diesem Zeitpunkt unverzüglich als unlässige Lamentationen zurückgewiesen und sich davon nicht beeindrucken lassen.[2479] Eine Note Poincarés an die deutsche Regierung, die nach D’Abernons „im Tone eines Ultimatums“ abgefasst wurde, hatte die Lage ohnehin schon weiter verschärft. Zwar veröffentlichte die deutsche Regierung nur eine kurze, abschwächende Inhaltsangabe der Note, um insbesondere den extremen Rechtsparteien keine weiteren innenpolitischen Angriffsflächen zu bieten. Dennoch war die Verbitterung auf deutscher Seite groß: Eine breite Mehrheit der öffentlichen Meinung war der Auffassung, die durch die Erfüllungspolitik gemachten Konzessionen hätten doch „nur zu weiteren Angriffen“ Frankreichs geführt. D’Abernon erklärte in diesem Kontext, Poincaré habe durch sein Vorgehen nicht nur zur Stärkung der Deutschnationalen beigetragen, sondern auch insgesamt „die Erfüllungspolitik um ihre Aussichten gebracht.“ Reichskanzler Wirth hatte bereits ausgeführt, die „heutigen Verhältnisse“ seien „kaum besser als ein Krieg“, und D’Abernon sprach in Bezug auf die

---

[2475] Ebd.
[2476] Wirsching, S.11.
[2477] Aufz. Maltzan, 22.7.1922, ADAP A VI, Nr. 158. In Bezug auf die außenpolitische Rolle Reichskanzler Wirths habe D’Abernon daraufhin zugegeben, „welche großen Dienste der Kanzler dem Deutschen Reiche und Europa in schwierigen delikaten Zeiten geleistet habe“.
[2478] Reichskanzler Wirth an Premierminister Lloyd George, 5.8.1922, HLRO, LG Papers, F/53/3/16.
[2479] Siehe allerdings auch die gegenläufigen Tendenzen bei L´Huillier.

Intentionen Frankreichs und einigen britischen Akteuren verärgert davon, es werde in unverantwortlicher Weise versucht, eine „Kuh (zu) melken, ohne auf ihre Gesundheit zu achten.“[2480]
Schwere Krisenerscheinungen dieser Art waren nicht die einzigen Faktoren, die Ministerialdirektor Maltzan eine strategische Ausgestaltung der deutschen Ost- und Russlandpolitik erschwerten. Im Hinblick auf die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages pochten sowohl das Kabinett als auch der Auswärtige Ausschuss des Reichstages auf unmittelbare Mitspracherechte. Des Weiteren geriet die ebenso als unbedingt notwendig erachtete, konkrete „Ausfüllung“ des Rapallo-Vertrages weiter ins Stocken. Hinsichtlich der insoweit auszuarbeitenden „Konsular-, Handelsverträge und Brief- und Packetabkommen“ warfen sich die deutschen und die sowjetrussischen Vertreter mittlerweile gegenseitig „Verzögerung“ und „Versagen“ vor.[2481]
Zwar wurden in einem Gespräch am 24. Juli 1922 zwischen Krestinski und Tschitscherin einerseits und Wirth, Haniel und Maltzan andererseits weitere Verhandlungen darüber in Aussicht gestellt. Auf welch wackligem Fundament die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen beruhten, zeigte aber beispielsweise die Äußerung Tschitscherins, Deutschland könne sich nach einem möglichen Völkerbundsbeitritt mit den Alliierten zu einer gemeinsamen militärischen Front gegen Sowjetrussland formieren. Aus sowjetrussischer Sicht sei es zutiefst beunruhigend, wie stark in der deutschen Presse derzeit die Notwendigkeit eines deutschen Beitritts zum Völkerbund betonte werde.[2482]
Die Gesprächspartner stimmten allerdings zumindest darin überein, dass die deutsche Regierung „auf Grund des Art. 5 des Rapallovertrages“ über diese Frage, falls sie an uns herantreten sollte, mit der russischen Regierung in einen vorherigen Gedankenaustausch eintreten“ müsse. Reichskanzler Wirth wies zudem darauf hin, es wäre zwar richtig, „dass von englischer Seite ein starker Druck auf Deutschland zwecks Eintritt ausgeübt würde; irgend etwas Positives sei aber noch nach keiner Richtung hin erfolgt.“ „Weder die Ressorts noch das Kabinett“ hätten „bisher überhaupt zum evtl. Beitritt Deutschlands in den Völkerbund Stellung genommen“.[2483]
Der Volkskommissar - seinerseits um „eine langfristige strategische Entscheidung“ bezüglich der „grundlegenden Prinzipien sowjetrussischer Außenpolitik und konkret über die Beziehungen Sowjetrusslands zur kapitalistischen Welt“ bemüht[2484] - trug an gleicher Stelle aber noch weitere Sorgen vor: Wenn Deutschland sich beispielsweise entschließen würde, der so genannten „Resolution Cattier“ - ein am 20. Juli 1922 auf der Konferenz im Haag von den Alliierten angenommener Vorschlag zur Frage der Enteignung ausländischer Eigentümer in Russland im Kontext der Revolution von 1917[2485] - beizutreten, dann wäre dies aus seiner Sicht mit den

[2480] D’Abernon, Bd.2, S.92ff., S.97f., S.101, S.111, S.114, S.119, S.129.
[2481] G.A. Maltzan, 25.7.1922, PA, R 83439, 050-054 bzw. das Original bei 059-061, gedruckt als ADAP A VI, Nr.161. Demnach habe Krestinski u.a. den Entwurf eines Konsularvertrages für die nächsten Tage angekündigt; wegen eines weiteren Handelsvertrages, der aus russischer Sicht an die Stelle „des vorläufigen Vertrages vom 6. Mai (1921) treten müsse“ soll vereinbart worden sein, dass die Verhandlungen teils in Moskau, teils in Berlin geführt werden.
[2482] ADAP A VI, Nr.161.
[2483] Ebd.
[2484] Vgl. Linke, Der Weg nach Rapallo, S.104, u.a. in Bezug auf einen Brief Tschitscherins an Stalin vom 8. August 1922.
[2485] Vgl. dazu näher DBFP, First Series, Vol. XIX, No. 205, S.1123, Anm. 2. Demnach hatte der Text der Resolution folgenden Wortlaut: „Conference recommends for consideration of governments represented thereon, desire of all governments not assisting their nationals in attempting to acquire property in Russia which belonged to other foreign nationals and confiscated since November 1st, 1917, without consent of such foreign owners or concessionaires, provided that same recommendation is subsequently made by governments represented at Hague Conference to all governments not so represented and that no decision shall be come to except jointly with these governments.”

Bestimmungen des Rapallo-Vertrages unvereinbar und hätte gravierende negative Rückwirkungen im Verhältnis zwischen Moskau und Berlin zur Folge. [2486]

Die auch hier zu Tage tretende politische und inhaltliche Fragilität der deutsch-sowjetrussischen Rapallo-Verbindung zeigte nachdrücklich auf, dass von einem konstruktiven Einvernehmen zwischen Deutschland und Sowjetrussland keine Rede sein konnte. Dies blieb unter anderem auch der französischen Diplomatie nicht verborgen. Über die deutschen „Desillusionierungen" in der Zusammenarbeit mit Sowjetrussland - insbesondere in Kreisen der deutschen Großindustrie und des deutschen Handels - wurde die Regierung in Paris informiert.[2487] Und die unverkennbaren Unwägbarkeiten und schweren Ambivalenzen im Innenverhältnis der partiellen deutsch-sowjetrussischen Rapallo-Interessenidentität machten im Ergebnis vor allem eines deutlich: Eine nur in theoretischer Sicht mögliche Wahlchance, „sich mit dem Osten gegen den Westen zu verbünden"[2488], war für die Praxis der amtlichen deutschen Außenpolitik in dieser Zeit im Grunde überhaupt nicht existent – eine Tatsache, die für geradezu alle inhaltlichen Aspekte von Russland-politischen Optionsmöglichkeiten sowohl vor als auch nach dem 16. April 1922 galt.

Hinzu kamen Konflikte mit den Eigenmächtigkeiten der in dieser Hinsicht teilweise auf geradezu naive Weise agierenden Militärs, was wiederholt zu Verstimmungen und Konflikten mit der offiziellen, insbesondere von Maltzan geprägten Russlandpolitik des Auswärtigen Amts führte. Richtig war zwar, dass die Reichswehr „in 1922 was still pursuing a virtually independent course in its negotiations with Soviet authorities".[2489] Eine Befürwortung dieser Aktivitäten kann dem Ministerialdirektor jedoch nicht unterstellt werden, auch wenn er seine Kritik daran erst im Memorandum vom 18. März 1924 explizit niederlegte.

Auch der neue deutsche Botschafter in Moskau, Brockdorff-Rantzau, hatte aus seiner Abneigung gegen die „Emissäre Seeckts" bereits Ende August 1922 keinen Hehl gemacht.[2490] Anfang September 1922 sollte er, so sei an dieser Stelle vorausblickend festgehalten, zudem sogar ausdrücklich betonen, er habe in den Wochen zuvor „übrigens Maltzan keinen Zweifel darüber gelassen", dass er „den Posten in Moskau nur antrete", wenn er „absolut authentisch über alles orientiert werde, was bisher ohne Wissen unserer diplomatischen Mission militärisch mit den Russen verhandelt" wurde. Auch er befürchtete für die Russlandpolitik des Auswärtigen Amts eine kompromittierende Wirkung:

> „Das bedenklichste an allem aber sei, dass Lloyd George ein geheimes Schreiben Niedermayers[2491] abgefangen und also über die Schritte der Militärs informiert sei; er brauche also nur den ihm geeignet scheinenden Moment abzuwarten, um diese Aktionen bekanntzugeben und unsere Vernichtung als Störenfried der Welt zu verlangen."[2492]

In einer handschriftlichen Aufzeichnung vom 29. August 1922 räumte Brockdorff-Rantzau vermittelnd ein, er sei „bereit, was bisher geschehen ist, als Tatsachen zu behandeln". Er werde aber

---

[2486] ADAP A VI, Nr.161.

[2487] Siehe dazu den auf den 7.8.1922 datierten Bericht eines „Agent généralement bien renseigné" mit dem Titel „Traité de Rapallo et désillusions allemandes" bei MAE, Relations Commerciales, B82, 117, 171.

[2488] Siehe die entsprechende Erörterung bei Hildebrand, Das vergangene Reich, S.421.

[2489] Siehe Gatzke, Russo-German Military Cooperation, S.568f.

[2490] Vgl. Aufz. Brockdorff-Rantzau, 26.8.1922, ADAP A VI, Nr. 181 und 2.9.1922, ebd., Nr. 190.

[2491] Zu diesem Vorgang liegen dem Verfasser bislang keine weiterführenden deutschen oder britischen Dokumente vor.

[2492] G.A. Brockdorff-Rantzau, 7.9.1922, ADAP A VI, Nr. 191 über ein Gespräch mit Wirth. Zur Tätigkeit Niedermayers unter dem Decknamen „Neumann" vgl. Zeidler, S.51f.

in Moskau „unter keinen Umständen eine Nebenregierung der Militärs weiter dulden.“ Zudem könne eine militärische Zusammenarbeit aus seiner Sicht wirklich nur als „letztes Mittel“ betrachtet werden - offenbar dann, falls die Alliierten daran gingen, Deutschland zu besetzen bzw. in Einzelteile zu zerschlagen.[2493]

Ob die zuletzt genannte Äußerung innerhalb der deutschen Außenpolitik selbst in einem derartigen, existenzbedrohenden ‚Verteidigungsfall’ mehrheitsfähig gewesen wäre, mag bezweifelt werden können. Den Grundcharakter der gesamten frühen Weimarer Russlandpolitik aber skizzierte Brockdorff-Rantzau weithin im Gleichklang mit den Vorstellungen Maltzans und der Mehrheit der anderen außenpolitischen Verantwortungsträger in Berlin. Brockdorff-Rantzau wies den sowjetrussischen Volkskommissar jedenfalls gleich zu Anfang seiner Amtsaufnahme in Moskau darauf hin, Deutschland werde sich

> „niemals auf Kombinationen einlassen, die schliesslich zu kriegerischen Verwickelungen führen könnten (und) unter keinen Umständen dürfte Deutschland eine Politik, die eine Spitze gegen England habe, treiben.“[2494]

Trotzdem oblag es vor allem dem Leiter der Ostabteilung in der Wilhelmstraße, die Konflikte mit Angehörigen des Reichswehrministeriums wenn möglich zumindest abzumildern. Deshalb hielt er „stetig“[2495] zu diesen Kräften Kontakt. Inhaltlich kam dieser Dimension in den deutsch-sowjetrussischen Beziehungen nach seinen Vorstellungen zwar nur eine sehr begrenzte Funktion zu, vor allem in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Das eigenmächtige Vorgehen deutschen Militärs wurde jedoch fortgesetzt und führte daher auch in der Folgezeit zu ernsthaften Spannungen zwischen Auswärtigem Amt und Reichswehrministerium.[2496]

Mehr oder minder schwere diplomatische Verstimmungen im deutsch-russischen Verhältnis blieben im August 1922 unterdessen auf der Tagesordnung oder nahmen zu. So wurde, noch bevor Brockdorff-Rantzau nach Moskau abgereist war, über die zwischenzeitliche Festsetzung des deutschen Generalkonsuls in St. Petersburg durch Beamte der sowjetrussischen GPU berichtet.[2497]

[2493] Im PA verfilmt unter 9101/H 223 345-50. Zu den Konflikten Brockdorff-Rantzaus mit der Reichswehr vgl. ansonsten auch Zeidler, S.62f., Magret Boveri im Vorwort zu Scheffer, Augenzeuge, S.19; Sütterlin, S.88f., insbesondere auch S.89, Anm.58.

[2494] Brockdorff-Rantzau an AA, 3.11.1922, vertraulich, (Abschrift), PA, R 83383, 059-060. Die Passage wurde offenbar von Maltzan als „Dir(ektor)“ grün unterstrichen. Die Vorlage wurde offenbar am 15.11.1922 an 22 deutsche Auslandsvertretungen zur Kenntnisnahme übersandt, ebd., 063f.

[2495] Scheffer (1953), zit. nach dem Vorwort von Margret Boveri zu Scheffer, Augenzeuge, S.18.

[2496] Vgl. dazu näher die G.A. Maltzan, 18.3.1924, PA, R 29286, 74-79 (E 162585-90). Hierzu sei an dieser Stelle nur ein Beispiel genannt: Als Brockdorff-Rantzau 1923 eine weitere Delegationsreise deutscher militärischer Verbindungsleute nach Moskau zu unterbinden suchte, weil er „erkannte, dass diese unkoordinierte Reisetätigkeit die Deutschen in eine Bittstellerposition führte und den Bolschewiki die Schwäche des Reiches immer deutlicher machte“, teilte Maltzan dessen Einwände ebenfalls. Er versicherte daher dem deutschen Botschafter in Moskau, dass er sich in Berlin gegen eine „Einreise des Kommis Neumann (Oskar Ritter von Niedermayers, Anm.d.Verf.), falls sie akut werden sollte […] mit allen Mitteln“ zur Wehr setzen werde. Auch Seeckt gegenüber habe er keinen Zweifel an dieser Haltung gelassen, siehe dazu Seidt, S.169. Zu den Warnungen Maltzans und seine Opposition gegenüber einer von General Hasse beabsichtigten, erneuten Reise von Major von Niedermayer im November/Dezember 1923 vgl. Carsten, Reichswehr and Politics, S.145f. Zu den Kompromittierungsgefahren für die Weimarer Außenpolitik vgl. des Weiteren die Schreiben Maltzans an Brockdorff-Rantzau vom 28.9. und 6.12.1923, Verweis bei ebd., S.146f. mit Anm.1 (S.147). Zur skeptischen Haltung Brockdorff-Rantzaus gegenüber der militärischen Zusammenarbeit ganz grundsätzlich vgl. auch dessen 1925 gegenüber Tschitscherin gemachte Äußerung: „Wie können wir Ihnen Kanonen liefern […] wenn wir angesichts des sowjetrussischen Strebens nach der Weltrevolution damit rechnen müssen, daß die Kanonen eines Tages auf uns gerichtet werden?“, zit. nach Allardt, Politik vor und hinter den Kulissen, S.219.

[2497] Vgl. Sütterlin, S.118, Anm.30.

Auf deutscher Seite fiel die gegenwärtige Russland-politische Zwischenbilanz nicht nur in politischer, sondern ebenso in wirtschaftlicher Perspektive schon seit mehreren Wochen überaus negativ aus. Besonders deutlich, ja drastisch ließ sich dies anhand einer Aufzeichnung Wallroths belegen, die anlässlich einer Besprechung am 14. August über den Abschluss eines „Ergänzungsabkommens zur Ausgestaltung des deutsch-russischen Vertrages von Rapallo" verfasst worden war. Hier stellte der Leiter des Russlandreferats fest, dass für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern aufgrund der Belastungen durch das sowjetrussische System und die allgemeine Zerrüttung der russischen Wirtschaft und Infrastruktur auch in den nächsten Jahren nahezu überhaupt keine konstruktive Zukunft erwartet werden könne.[2498]

Diese Analyse mochte negativ überzogen erscheinen. Tatsache aber war, dass das bis heute nicht selten „überschätzte Rapallo-Projekt"[2499] im Jahre 1922 weithin „ein Baum ohne Früchte" blieb, was auch für jeden Beobachter der internationalen Politik letztlich deutlich „sichtbar" war.[2500] Nach 1945 wurde dem Vorgang vom Ostersonntag 1922 daher vielfach eine Bedeutung zugewiesen, die der historische Vertrag im Ganzen gesehen schlichtweg „niemals hatte."[2501]

Zudem: auch für die sowjetrussische Außenpolitik verlor die deutsche Republik an bündnis- bzw. kooperationspolitischer Attraktivität. Denn die krisenhafte Entwicklung in Deutschland kam zwar den revolutionären Bestrebungen Moskaus entgegen. Sie nährte aber bei manchem einflussreichen sowjetrussischen Akteur Zweifel an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und verwies die sowjetrussische Außenpolitik aufgrund der eigenen volkswirtschaftlichen Herausforderungen zumindest in dieser wirtschaftlichen Hinsicht auf eine stärkere Annäherung an London.

Bereits am 17. August 1922 hatte Radowitz aus Moskau nicht nur über aus deutscher Sicht negative Äußerungen von Volkskommissar Krassin hinsichtlich einer nahezu unveränderten Beibehaltung des sowjetrussischen Außenhandelsmonopols berichtet, weil die Alliierten derzeit versuchten, Russland zu einem ähnlichen „Ausbeutungsobjekt zu machen wie Österreich und Deutschland." Aus der Sicht Krassins würden einige „von deutschen Geschäftskreisen eingegangene wirtschaftliche Abschlüsse" „teilweise" deshalb nicht ausgeführt, „da katastrophaler Sturz Mark ihnen Erfüllung Verpflichtungen unmöglich" und sie selbst bei „äußerst vorteilhaften Vorschlägen" verzichten würden, „wenn sie Gegnerschaft Entente befürchten."[2502]

Die Erklärungen waren, so berichtete der ebenfalls an der deutschen Botschaft in Moskau tätige Graap, zwar „nicht geeignet", die „wirklichen Absichten uns gegenüber klar erkennen zulassen." „Zweifellos" aber setze Krassin „gleichzeitig intensive Bemühungen" zum Abschluss eines Vertrages mit England nicht zuletzt deshalb fort, weil er dadurch „Hemmungen deutsch-russischer Handelsbeziehungen zu überwinden" und „deutsche Mitarbeit billiger zu bekommen" glaube.[2503]

Nach einem weiteren Bericht von Radowitz vom 27. August 1922 hielt Krassin seine Kritik an der deutschen Außenpolitik dann auch im direkten persönlichen Gespräch nicht zurück. So beklagte er

---

[2498] Vgl. dazu insbesondere auch Sütterlin, S.186, Anm.55 in Bezug auf die hier angesprochene Aufz. Wallroths vom 17.8.1922, vgl. ADAP A VI, Nr. 183, Anm.3 (PA, Büro RM 9, Rußland, Bde. 4 und 5).
[2499] Vorwort von Etienne François zu Krumeich, S.10; Wollstein, Das Grossdeutsche Reich, S.234.
[2500] Scheffer, Sieben Jahre, S.443.
[2501] Siehe bereits 1960 m.E. zutreffend Laqueur, S.147.
[2502] Radowitz verfassten Telegramm Nr. 418 ebenfalls vom 17.8.1922, ADAP A VI, Nr. 183, Anm.3.
[2503] Tel. Radowitz Nr. 419, 17.8.1922, ebd., Anm.2.

jetzt nicht mehr nur das Stocken der Verhandlungen betreffend der „Erteilung einer Naphtha-Konzession an eine mit der Deutschen Bank eng liierten Gruppe“, sondern ganz allgemein, „dass sowohl die deutschen Wirtschaftskreise als auch die Deutsche Regierung sich von einer übertriebenen Rücksichtnahme gegenüber der Entente stark beeinflussen“ ließen. Diese Rücksichtnahme, „die sogar bis zum ’Vorausfühlen’ etwaiger Einwendungen gehe“ sei „in diesem Maße durchaus unbegründet“. Er bedauerte einen „Mangel an deutscher Aktivität in wirtschaftlicher Arbeit mit Russland“, zumal die „Position der Entente“ insgesamt keineswegs so stark sei, als „dass Deutschlands Zurückhaltung in einem solchen Maße gerechtfertigt“ wäre. Berlin könne sich doch „unter Hereinbeziehung ausländischer Wirtschaftsgruppen oder anderer Staaten wie Holland oder auch Italien, vielleicht auch direkt eines anderen großen Ententestaates“ „vor allen Einsprüchen und hemmenden Einmischungen der Entente“ absichern und „auf einer zuverlässigen Basis mit Russland in enge, fruchttragende Wirtschaftsbeziehungen eintreten“.[2504]

In einem Leitartikel vom 27. August 1922 skizzierte auch die Prawda das gegenwärtige Verhalten der Weimarer Außenpolitik als zaghaft und zögerlich. Sie stellte jedoch überdies fest, seit drei Jahren befände sich Deutschland „unter den Schlägen der Verbündeten“ und durch eine in Paris bereits mehrfach in Aussicht genommene militärische Aktion könne die deutsche Republik alsbald „ein vernichtender Schlag“ treffen.[2505] Revolutionäre Kreise hatten bereits zuvor Morgenluft gewittert: Die 1919 als „Generalstab der Weltrevolution“ gegründete Kommunistische Internationale rief - allen offiziell mit dem Begriff „Rapallo“ verbundenen Gemeinsamkeiten zum Trotz - abermals zum Sturz der Regierung in Berlin auf.[2506]

Diese schwere Ambivalenz im deutsch-russischen Verhältnis war natürlich auch für die alliierte Diplomatie unübersehbar. Britische Vertreter berichteten, der Rapallo-Vertrag gewähre im Ernstfall für Deutschland keinen sicherheitspolitischen Schutz.[2507]

Auch für den britischen Botschafter in Berlin war die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland als „Gegengewicht zur Hegemonie und zum Militarismus Frankreichs“ bei der sowjetrussischen Regierung in Moskau gegenwärtig „weder sehr klar noch sehr echt“. Die bisherigen Ergebnisse seien „verhältnismäßig gering“ Und schon ein Blick auf die Landkarte zeige, „wie ungeographisch“ eine Mächtegruppierung bestehend aus Deutschland und Russland und eventuell unter Einschluss auch von Österreich und Ungarn doch sei - „so

---

[2504] Radowitz an AA, 26.8.1922, ADAP A VI, Nr. 183, S.378-381, S.378f. bzw. PA, R 83437, 197ff. Radowitz hegte demgegenüber allerdings den Verdacht, dass Krassin gegenwärtig vor allem „England als Schrittmacher für die regere Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen benutzen“ wolle.

[2505] Deutsche Übersetzung bei PA, R 83383, 018ff. Volkskommissar Tschitscherin gab allerdings gegenüber den deutschen Vertretern an, „im Unklaren über die Ziele der französischen Politik und die Stellung Englands dazu“ zu sein, siehe dazu eine Aufz. o.U. über ein Gespräch mit Tschitscherin vom 29.8.1922, ebd., 014-016. Die Vorlage trägt eingangs am oberen Rand eine Paraphe Hauschilds vom 29.8., sie könnte evtl. aber auch von Maltzan als Direktor der Ostabteilung stammen.

[2506] Vgl. z.B. die Abendausgabe der „Roten Fahne“ vom 10. August 1922 mit dem vom Exekutiv-Komitee der 3. Internationale an die deutsche Arbeiterschaft gerichteten Aufruf, in dem zum Sturz der Reichsregierung und zur Aufrichtung einer Arbeiterregierung aufgefordert wird.

[2507] Tel. Hodgson No. 184, 29.8.1922, PRO, FO 371, 8208, 216. So meldete der britische Vertreter in Moskau, Hodson, dem Foreign Office im August 1922 aus Moskau, nach seinen Informationen sei bei der sowjetrussischen Regierung eine tatsächlich frei erfundene deutsche Anfrage eingegangen, die - unter der Annahme, dass Deutschland die Reparationsforderungen der Alliierten nicht erfüllen könne - um eine Stellungnahme ersuchte, was Russland im Fall eines polnischen Angriffs auf Deutschland tun würde. Die Moskauer Führung habe jedoch spürbar ausweichend geantwortet, unter anderem mit der Wortwahl „that by Rapallo treaty Russia was not obliged to intervene and that she would await eventualities before taking any action.“

ungeographisch, dass sie auch ungefestigt sein muß.[2508] Der deutsch-russische Vertrag vom Ostersonntag habe zudem bislang einzig die Bedeutung der Stadt Berlin für russische Fragen aller Art gestärkt:

> „'Das Tor zum Osten' ist eine zwar etwas rhetorische und verschwommene Phrase, aber sie kennzeichnet ungefähr die Stellung, die Berlin heute einnimmt. Der Vertrag von Rapallo hat bis jetzt die beiden Signatarmächte enttäuscht. Es hat jedoch das eine Ergebnis gehabt, dass Berlin von russischen Delegierten und Sowjetbeamten mit ihren Spionen und Gegenspionen wimmelt, während die Vertreter der kommerziellen, finanziellen und in geringerem Maße der politischen Interessen Westeuropas nach Berlin kommen, um hier mit den Russen zusammenzutreffen."[2509]

Diese Analyse des britischen Botschafters verwies also ebenfalls nachdrücklich darauf, wie bescheiden der politisch wirksame Gesamtcharakter des deutsch-russischen Rapallo-Verhältnisses in Wirklichkeit war, zumal D'Abernon an gleicher Stelle eine Annäherung zwischen Frankreich und Russland schon in der nächsten Zeit für durchaus wahrscheinlich hielt.

Aus deutscher Sicht dagegen hingen mittlerweile nahezu sämtliche Bereiche der Innen- wie der Außenpolitik von der Frage ab, ob in der Reparationsfrage ein Moratorium gewährt werde, worüber Briten und Franzosen bereits zwischen dem 7. und 14. August in London beraten hatten.[2510] Reichskanzler Wirth wies alle wichtigen deutschen Auslandsvertretungen an, in der jetzigen Krisis und bei dem Mangel an Zahlungsmitteln Hilfe bei den anderen Mächten zu erbeten.[2511] Dass diese Haltung nicht einem Vorwand entsprach, war in der Sache kaum mehr zu bestreiten: Selbst die Reparationskommission musste in ihrer Entscheidung vom 31. August 1922 einräumen, „dass die finanzielle Lage Deutschlands eine vollständige Erfüllung der Verpflichtung aus dem Londoner Zahlungsplan nicht zulasse und dass deshalb eine Ermäßigung dieser Verpflichtungen ins Auge gefaßt werden müsse."[2512]

Trotz der im Grunde für alle Welt sichtbaren, massiv bedrängten innen- und außenpolitischen Lage der deutschen Demokratie blieben jedoch auch im August 1922 „Rapallo-Entstellungen" in Bezug auf den Inhalt und die Ziele der frühen Weimarer Russlandpolitik nicht aus. Unter anderem der britischen ‚Times' war in diesem Zusammenhang politisch-mediale Wirkung zuzuweisen, da sie den unverkennbar tendenziös verwendeten Begriff einer „Unholy Alliance" zwischen Deutschland und Sowjetrussland schuf. Aber selbst auf der anderen Seite des Atlantiks war der deutsch-russische Vertrag vom 16. April 1922 bereits zur Legende geworden. So betitelte die ‚Chicago Tribune' unter dem 29. August 1922 einen Artikel mit der Überschrift „Rapallo Treaty hides military understanding (and) also contains economic clauses"[2513].

[2508] D'Abernon, Bd.2, S.104f., S.124f.

[2509] Ebd., S.122 bzw. das Original D'Abernon, Diary, August 30, 1922 bei HLRO, LG Papers, F/54/2/43, das D'Abernon wenige Tage später an Lloyd George übermittelte, D'Abernon an Hankey, 2.9.1922, ebd., wobei er auch eine Karikatur des „Kladderadatsch" hinzufügte, die „the Prime Minister may like to see". Diese Karikatur zeigte Poincaré über dem Wortlaut „Denn was er sinnt, ist Schrecken, Und was er blickt, ist Blut, Und was er spricht, ist Geißel, Und was er schreibt, ist Blut!" als zornigen Tyrannen.

[2510] Siehe dazu die Aufz. von Lewinski, 10.9.1922, ADAP A VI, Nr. 194.

[2511] Vgl. dazu das Schreiben bei PA, R 31490k/31491k (K 096471-72)

[2512] Die Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August 1922 ist gedruckt in: Aktenstücke zur Reparationsfrage, Nr. 21. Siehe hier als Nr. 24 auch den Antrag der deutschen Regierung vom 14. November 1922 zur Bewilligung eines Zahlungsaufschubs.

[2513] Siehe die entsprechenden Ausschnitte bei PA, R 83437, 194.

3. In bedrängter, „trostloser“ Wartestellung (September/ Oktober 1922)

Die Wirklichkeit sah anders aus, und sie wurde in keiner Weise von einer hilfreichen oder konstruktiven bzw. zukunftsweisenden deutsch-russischen Gemeinsamkeit bestimmt. Im Gegenteil: Die schwere innere Krise der deutschen Republik zog Anfang September 1922 wieder verstärkt kommunistische Aufstände nach sich - ganz nach dem politischen Wunsch radikaler Moskauer Kreise.[2514] D'Abernon konstatierte jedenfalls erneut und nun konkret, die Zahl der kommunistischen Organisationen in Deutschland habe seit dem Rapallo-Vertrag und hauptsächlich in Berlin „beträchtlich zugenommen.[2515] Dies war ein weiterer Beleg dafür, dass von einer Art „Wahlverwandtschaft“[2516] zwischen beiden Ländern zu dieser Zeit nicht die Rede sein konnte.
Die ideologisch aufgeladene „Zweigleisigkeit“[2517] der sowjetrussischen Außenpolitik blieb im Auswärtigen Amt zudem wohl bekannt: Gelänge es, so wurden die von Moskau aus mitgesteuerten Bestrebungen referiert, Deutschland zu revolutionieren und ein kommunistisches Gesellschaftssystem zu errichten, dann wünschten die russischen Revolutionäre, mit den „deutschen Volksgenossen über den baltisch-polnischen Gürtel herzufallen“ und sich dann sogar „gemeinsam auf Frankreich zu stürzen“.[2518]
Eine „Normalisierung“[2519] des deutsch-russischen Verhältnisses fand also auch insoweit nur bedingt statt, wenngleich die Hoffnung darauf nicht aufgegeben wurde. Dies geht beispielsweise aus einer Maltzan „nach Rückkehr vorzulegenden“ Aufzeichnung von Simsons über ein Gespräch Reichskanzler Wirths mit Tschitscherin hervor, an dem auch Finanzminister Hermes und Stinnes teilnahmen. Auf die Klage des Volkskommissars, „daß die deutsche Industrie anscheinend von ihrer Bereitwilligkeit, mit Rußland Geschäfte zu machen, ganz zurückgekommen“ und in Moskau der Eindruck entstanden sei, „als ob Deutschland seine Orientierung verändern wolle“, antwortete Stinnes, dass eine „gewisse Unsicherheit“ durch die gegenwärtige „Entwicklung der russischen Regierung nach links“ bedingt sei. Solange es nicht möglich sei, so Stinnes weiter, bei wirtschaftlichen Verträgen ein „sicheres, von der Willkür“ sowjetrussischer Beamten „unabhängiges Fundament“ zu schaffen, beständen von seiner Seite aus weiterhin erhebliche Bedenken.
Einwände dieser Art bemühte sich Tschitscherin daraufhin zumindest zum Teil auszuräumen.[2520] Der Volkskommissar wies Vorwürfe zurück, wonach die „wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Russland“ am russischen „Bürokratismus“ endgültig zu scheitern drohe.[2521]
Die Klagen allerdings, die gerade in dieser Sicht an Ministerialdirektor Maltzan herangetragen wurden, verdeutlichten die tiefe Kluft, die sich zwischen Russland-politischer Theorie und Russland-politischer Praxis weiterhin auftat: Man könne, so hieß es in einem diesbezüglichen Schreiben nur

---

[2514] Vgl. stellvertretend die New York Times, 4.9.1922 und 8.9.1922. Zur verstärkten Wiederaufnahme der von sowjetrussischen Seite mitgesteuerten kommunistischen Propaganda „ nach Rapallo“ vgl. u.a. Andrew, The British, S.692.
[2515] D'Abernon, Bd.2, S.143.
[2516] Vgl. hingegen die m.E. insoweit unzutreffende Verwendung des Begriffs bei Hildermeier, Germany and the Soviet Union, S.30. Siehe dazu auch die Rez. von Jan C. Behrends, Mühle, Germany and the European East in the Twentieth Century, in: H-Soz-u-Kult, 12.03.2005, www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2005-1-185.
[2517] Gatzke, Von Rapallo nach Berlin, S.4; Marie-Luise Goldbach macht diesen Begriff insbesondere auch an der Tätigkeit Karl Radeks fest, vgl. Goldbach, Vorwort, S.5.
[2518] Aufz. Radowitz, 11.9.1922, PA, R 31490k/31491k (K 09656163).
[2519] Siehe die entsprechenden, insgesamt ausgewogenen Ausführungen bei Hildebrand, Das vergangene Reich, S.422ff.
[2520] Aufz. Simson, 13.9.1922, ADAP A VI, Nr. 198.
[2521] Vgl. dazu Tschitscherin an Wirth bzw. Simson, 15.9.1922, im PA verfilmt unter 6701/ H 119725-27.

wenig hoffnungsvoll, zwar „die berühmten Knüppel, welche die Berliner Handelsvertretung in mitunter niederträchtigster Weise den deutschen Handelsbeziehungen zwischen die Beine wirft, weil persönliche und finanzielle Interessen dieser Brüder bedroht sind," durch eine persönliche Vorstellung und Einführung bei Tschitscherin überspringen. Ohne enge persönliche Kontakte zu maßgeblichen sowjetrussischen Funktionsträgern aber sei das wirtschaftliche Handeln in Russland jedenfalls beinahe aussichtslos.[2522] Man bat Maltzan deshalb um „umsichtige, aber gegebenenfalls auch entscheidende Führung". Dieser hielt sich jedoch zurück. Er wollte weitere Informationen sammeln.[2523]

Auch auf sowjetrussischer Seite blieb eine negative Wahrnehmung hinsichtlich des deutsch-russischen Rapallo-Verhältnisses vorherrschend: Nach einer Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus vom 9. September 1922 gab Volkskommissar Tschitscherin seiner Enttäuschung dahingehend Ausdruck, dass „seit einigen Monaten" „plötzlich, aber merkbar ein Stimmungsumschlag" in den beiderseitigen Beziehungen erfolgt sei, und zwar von Seiten der deutschen Außenpolitik aus. Die sowjetrussische Außenpolitik stoße aus seiner Sicht jedenfalls „überall auf Zurückhaltung und beinahe Ablehnung". Selbst gegenüber Maltzan erhob der sowjetrussische Volkskommissar in diesem Zusammenhang Vorwürfe, auch wenn sich Brockdorff-Rantzaus darüber insofern verwundert zeige, als Tschitscherin doch gerade Maltzan „als Mitschöpfer des Vertrages" gepriesen habe. Dem Ministerialdirektor sei zwar ein „guter Wille" zu bescheinigen, so Tschitscherin weiter, aber ihm fehle schon seit geraumer Zeit „der Schwung."[2524]

Nichtsdestotrotz wurde die Weimarer Russlandpolitik auch in der deutschen Presse abermals mit dem Schlagwort Rapallo angegriffen. Und der damit angesprochene, weitere Beitrag in der „Zukunft" sprach nunmehr insbesondere das Problem der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland in polemischer Weise an:

> „Seit Monaten lungert Herr Tschitscherin durch den Berliner Wildwesten. (…) Hier wird ihm als Verdienst angerechnet, dass er die drei Blinden Maltzan, Wirth, Rathenau in die ruchlose Riesendummheit von Rapallo verführt hat. Die leugnet, nach alle den von Mund und Feder darob angestimmten Hymnen, kein Erwachsener mehr, seit offenbar wurde, dass Russland nichts (siehe den auf der Leipziger Messe ausgestellten Plunder), gar nichts zu exportieren hat und der nüchterne Herr Krassin selbst die Nichtigkeit des Vertrags laut beseufzte. Kein der Rede werter Abschluß seitdem; nur, für Politik und Wirtschaft, schwer ausmerzbare Schande."[2525]

Vielleicht waren es Meldungen dieser Art, die Tschitscherin veranlassten, jetzt Russland-politischen Zweckoptimismus zu verbreiten. Er deklarierte den Rapallo-Vertrag jedenfalls nunmehr öffentlich zu einem funktionstüchtigen Wirtschaftsvertrag. „Der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag von Rapallo" sei „ein Markstein in der Wirtschaftsgeschichte der beiden Völker und er weist den Weg,

---

[2522] Katzenstein an Maltzan, 15.9.1922, ebd., R 31490k/31491k (K 096545-47).

[2523] Mit Schreiben vom 22. Oktober 1922 (Filmnummer im PA 6701/H 119 728) forderte Maltzan die deutschen Industrieverbände, Handelskammern und einzelne Industrieunternehmen auf, konkrete Einwendungen gegen die bestehenden deutsch-russischen Handelsbeziehungen vorzubringen. In einer Aufz. Hahns vom 24. Oktober 1922 (ebd., Filmnummer 6701/ H 119 770-75) heißt es u.a.: „Die Resultate des Rundschreibens an die verschiedenen Spitzenverbände über die in russischen Verhältnissen hegenden Schwierigkeiten für die Entfaltung eines deutsch-russischen Geschäfts sind bisher überaus gering.", vgl. Aufz. Simson, 13.9.1922, ADAP A VI, Nr.198, S.418, Anm.2.

[2524] G.A. Brockdorff-Rantzau, 9.9.1922, ADAP A VI, Nr. 193.

[2525] Auszug aus: „Die deutsche Krankheit", Die Zukunft, 9.9.1922, zit. nach: Walther Rathenau- Gesamtausgabe, Bd.6, S.878.

den die wirtschaftliche Entwicklung künftig gehen muss.“ Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland liege „nicht nur im Interesse der beiden Länder, sondern ganz Europas.“[2526]

Die allgemeine Stagnation im deutsch-russischen Verhältnis wurde trotzdem nicht überwunden. Auch die Ausdehung des Rapallo-Vertrages gestaltete sich schwierig. Maltzan wies am 24. September 1922 gegenüber Tschitscherin und Krestinski mit mittlerweile spürbarer Reserviertheit darauf hin, die deutsche Regierung müsse die Regierung der georgischen Sowjetrepublik von den Vorbesprechungen über die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages ab sofort „vorläufig ausschließen“, wogegen die sowjetrussischen Vertreter vehement Einwände erhoben. Maltzan entgegnete kühl, dass dann „die Herren zunächst für eine bessere Erziehung der georgischen Regierung sorgen müssten.“[2527]

Weitere Russland-politische Schritte blieben nichtsdestotrotz auf der Tagesordnung der Weimarer Außenpolitik. Seit Anfang August 1922 war bekannt, dass der Führer der französischen Sozialisten und Bürgermeister von Lyon in Moskau die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen Frankreich und Sowjetrussland prüfte. Die Mission Herriots war in Frankreich umstritten.[2528] Maltzan führte aber gegenüber D’Abernon aus, dass er bald von der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern ausgehe.[2529] Und auch in der deutschen Presse setzte sich die Erwartung einer baldigen Anerkennung der sowjetrussischen Regierung durch Frankreich durch - nicht nur mit grundlegend negativem Einschlag. Botschafter Laurent referierte am 13. Oktober 1922 WTB dahingehend, deutscherseits werde eine Wiederaufnahme der französisch-russischen Beziehungen als durchaus nachvollziehbar und vernünftig empfunden.[2530]

Zwar stellte die Reise des französischen Oppositionsführers für die Außenpolitik der Regierung Poincaré kein Russland-politisches Aufbruchsignal dar. Dass in Frankreich aber insbesondere auch aus wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus eine veränderte Russlandpolitik von zahlreichen politischen Kräften befürwortet wurde, war deutlich erkennbar. Dennoch dementierte Poincaré auf britische Nachfrage vorerst jeden offiziellen Charakter der Aktivitäten Herriots.[2531] Die

---

[2526] Hauschild an Brockdorff-Rantzau, 23.9.1922, PA, NL Hauschild, Bd.1 in Bezug auf ein Interview Tschitscherins mit einem Mitarbeiter des „Predo“ (Presseberichte des Ostens), Nr. 17 vom 20. September 1922.

[2527] Aufz. Maltzan, 26.9.1922, PA, R 83439, 099.

[2528] Vgl. zur Russland-politischen Debatte in Frankreich u.a. Watson; zur Perspektive Herriots dessen Reisebericht im Petit Parisien, 25. Oktober 1922, Ausschnitt bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 350, 123f., seine Memoiren unter dem Titel „Jadis: D´une guerre à l´autre“ sowie Herriot, La Russie Nouvelle.

[2529] D’Abernon, Bd.2, S.148f. Vgl. zu der in Aussicht genommenen Reise Herriots bereits Radowitz an AA, u.a., 4.9.1922, zur „sich abzeichnenden neuen französisch-russischen Politik“ auch Vietinghoff (Haag) an AA, 20.10.1922. Zum Missfallen in der polnischen öffentlichen Meinung darüber siehe Rauscher an AA, Nr.719, 22.10.1922, alle bei PA, R 70656 (nur ersteres mit Filmnummer K 503295-96).

Siehe zu den Gesprächen Herriots mit Tschitscherin in Berlin und zu seiner nachfolgenden Reise gemeinsam mit Daladier über Riga nach Moskau des Weiteren die Aufzeichnungen und Zeitungsartikel bei MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 350, 8-10 bzw. 13-16. Die dänische Zeitung „Politiken“ veröffentlichte demnach unter dem 17. September 1922 ein Interview mit Herriot und titelte (französische Übersetzung) dabei u.a. « Herriot déclare que ses négociations à Berlin avec Tschitscherine lui donnent bon espoir d´une entente ».

[2530] Tel. Laurent No.1536, 13.10.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 350, 63. Zur Perzeption der diesbezüglichen Berichterstattung in der Iswestija u.a. vom 21. bzw. 26. September 1922 und in der Prawda vom 7. Oktober 1922 durch die französische Diplomatie vgl. ebd., 28-29, 42-45, 49. Zum Versuch der Kontokarierung der französisch-sowjetrussischen Bestrebungen durch rechtsrussische Repräsentanten der „Ambassade de Russie“ in Paris vgl. ebd., 33-35.

[2531] Siehe dazu die beiden Schreiben bei ebd., 68-69. Siehe zur Beruhigung der britischen Seite auch Poincaré an Saint-Aulaire, 8.10.1922, ebd. (Série Z, U.R.S.S. 350), 132-133, Herriot habe in Moskau in erster Linie die Interessen der Wirtschaft Lyons verfolgt. Zu den polnischen Sorgen vgl. den Bericht Panafieus, 16.10.1922. ebd., 87-90f.

Repräsentation französischer Interessen in Russland, so hieß es aus dem Quai d'Orsay, könne natürlich ohnehin nicht in die Hände einer Privatperson ohne jegliche administrative Anbindung gelegt werden. Dazu müsse in Moskau ein ständiger Vertreter platziert werden, der den Weisungen des französischen Außenministers direkt unterstehe.[2532]

Aus deutscher Sicht eignete sich die Reise Herriots und die in Paris anhaltende Russland-Debatte zunächst einmal als Argument gegen innenpolitische Rapallo-Kritiker – so beispielsweise gegenüber Finanzminister Hermes, der dem Reichskanzler vorwarf, gleich zweimal aus persönlich motivierten Gründen gegen den Rapallo-Vertrag Protest eingelegt und damit der deutschen Außenpolitik Schaden zugefügt zu haben. Wenn er allerdings, so argumentierte Wirth in diesem Kontext, „heute sehe, wie Frankreich hinter den Russen herlaufe", dann komme er in inhaltlicher wie zeitlicher Hinsicht „immer mehr zu der Überzeugung, dass der Vertrag richtig gewesen sei". Denn zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei „ein solcher Vertrag" ja „gar nicht mehr zu machen."[2533]

Da Wirth nach der Ermordung Rathenaus die Verantwortung über das auswärtige Ressort übernommen hatte, setzte er weitere eigene außenpolitische Akzente. So strebte der Reichskanzler zum Beispiel an, eine verbesserte Position Deutschlands in der internationalen Politik durch Vermittlungsangebote im Rahmen des türkisch-griechischen Konfliktes zu erzielen, der im September 1922 seinen Höhepunkt erreichte und zu weiteren Zerwürfnissen zwischen den Alliierten und insbesondere zwischen England und Frankreich führte.[2534]

In dieser Hinsicht schienen zudem vitale deutsche Eigeninteressen angesprochen zu werden. Denn „der Gegensatz zur mohammedanischen Welt", so führte der Reichskanzler gegenüber Staatssekretär Haniel aus, müsse und werde London, „wie der augenblickliche Konflikt auch ausgeht", über kurz oder lang „den europäischen kontinentalen Interessen entfremden". Dies gelte es aus deutscher Sicht unbedingt durch rechtzeitige, geeignete Gegenmaßnahmen zu vermeiden, da eine derartige Abkehr „für unsere Lage tief bedauerlich [wäre], da wir nur an England allein einen Machtfaktor besitzen, der uns dem französischen Übergewicht gegenüber Stützung gewähren und einen langsamen Aufbau sichern kann." Nach seiner Ansicht sei es daher „im höchsten Grade erwünscht", „den englisch-türkischen Gegensatz abzuschwächen". Und in diesem Punkt sah Wirth vor allem die amtliche Russlandpolitik in der Pflicht, wobei er offenbar insbesondere auf die Ideen des dafür zuständigen Ministerialdirektors vertraute:

> „Sprechen Sie bitte mit Herrn von Maltzan und fragen Sie ihn, ob er einen Weg vorschlagen kann, der über Russland zu einer Ausgleichung der englisch-türkischen Gegensätze jetzt oder später führen kann."[2535]

[2532] „Note pour le Président du Conseil" o.U., 31.10.1922 (Kopie), bei ebd., 140f. Zur Zusammenfassung der französisch-russischen Beziehungen bis Ende 1922 vgl. auch die Kopie eines Berichts vom 4.11.1922 bei ebd., 141-144, wobei bei ebd., 142 auch das Londoner Memorandum Erwähnung findet, dem die Aufzeichnung offenbar zustimmte. Die Akte Série Z, U.R.S.S. 350 verdeutlicht bei einer Betrachtung bis Ende Dezember 1922, dass die mit der Reise Herriots angeregte und von der französischen Diplomatie wahrgenommene internationale Frage, inwiefern die Interessen der französischen Wirtschaft installiert und die Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjetrussland gestaltet werden können, intensiv verlief.

[2533] Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei, Nr.182a,b, S.394ff., S.399. Nach ebd., S.401, Anm.28, soll Wirth in einem Brief an Otto Braun vom August 1941 Hermes vorgeworfen haben, „dass er sich, mit der Entfremdung zwischen Wirth und Ebert seit dem Rapallo-Vertrag kalkulierend, der SPD hinter seinem Rücken als Kanzler angeboten habe, um die DVP in die Regierung zu bringen und Leute gefragt habe, ob sie bereit wären, eine Regierung Hermes zu unterstützen und darin Minister zu werden."

[2534] Siehe dazu D'Abernon, Bd.2, S.135f.; zum Konflikt zwischen Curzon und Poincaré vgl. ebd., S.137f.

[2535] Wirth an Haniel, 2.10.1922, ADAP A VI, Nr. 204.

Die Weimarer Russlandpolitik war also aufgerufen, eine zusätzliche aktive Rolle und Funktion einzunehmen. Und diese stimmte mit der „persönlichen Richtlinie“ Maltzans, Politik gen Moskau via London zu führen, durchaus überein, jetzt aber in umgekehrter Hinsicht: Um die Regierung in London, die aus der Sicht Wirths auf vorerst unabsehbare Zeit das „einzige Mittel“ einer auch in wirtschaftlicher Hinsicht zukunftsorientierten „Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich“ darstellte[2536], als Anwalt zumindest für existentielle deutsche Bedürfnisse auf dem europäischen Kontinent nicht zu verlieren, galt es nun, zuweilen auch Politik gen London via Moskau zu führen.
Auch Staatssekretär Haniel befürwortete diese Ausrichtung: Er teilte Reichskanzler Wirth mit Datum vom 3. Oktober 1922 mit, er befinde sich diesbezüglich in „direkter Rücksprache mit englischem Geschäftsträger“; des Weiteren sei „indirekt“ auf den „auf hiesigen Vertreter Kemals“ eingewirkt worden. Darüber hinaus habe Ministerialdirektor Maltzan bereits „im gleichen Sinne mit Tschitscherin“ gesprochen und insoweit die Versicherung erhalten, von Moskau aus werde man ebenfalls „mäßigend“ auf die türkische Regierung einwirken.[2537]
In London wurde das deutsche Vorgehen ebenfalls gewürdigt: Botschafter Sthamer berichtete am 4. Oktober 1922 über eine Unterredung mit Tyrrell in dieser Angelegenheit. Dieser habe erklärt, Außenminister Curzon werde über die Mitteilung, dass Deutschland auf Sowjetrussland einwirke, damit Moskau zwischen der Türkei und Großbritannien vermittle, angenehm berührt sein[2538] - ein weiterer Hinweis dafür, dass die deutsche „Rapallo-Politik“ keineswegs grundsätzlich gegen die alliierten Mächte gerichtet war.
Zwar schweigen sich die deutschen Akten über die Rolle aus, die Maltzan letzten Endes dabei spielte. Über die Tätigkeit des Ministerialdirektors in diesem Zusammenhang liegt aber ein Bericht der französischen Gesandtschaft in Kopenhagen vor. Demnach war es am 26. September 1922 - nach dieser Quelle in Kopenhagen - zu einem Abendessen gekommen, an dem neben Tschitscherin und Maltzan ein intimer Kreis von deutschen Diplomaten und Journalisten teilgenommen habe. Nach einer gemeinsamen Diskussion über die derzeitigen Spannungen in den deutsch-russischen Beziehungen sei dann vor allem in die « question de Constantinople et des Dardanelles » zentraler Gesprächsgegenstand gewesen. Und der Volkskommissar habe auch insoweit die Notwendigkeit eines engen Zusammenhalts zwischen Deutschland und Russland betont, denn er könne insbesondere in der Orientfrage im Allgemeinen und bei der Frage einer Rückgabe Konstantinopels und der Dardanellen an die Türkei im Besonderen weder Poincaré noch Lloyd George über den Weg trauen. In Bezug auf die Reise Herriots nach Moskau habe Tschitscherin die deutsche Diplomatie zudem beruhigt. Einen « accord politique de sérieuse importance » zwischen Paris und Moskau werde es gegenwärtig nicht geben, allenfalls könne die derzeitige Entwicklung zu einem Wirtschaftsabkommen führen.[2539]
Die Gesamtentwicklung im Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrussland führte allerdings weiterhin zu enttäuschten, zum Teil abfälligen Reaktionen. Teile der deutschen Presse kritisierten das

---

[2536] Ebd.
[2537] Vgl. Tel. Haniels Nr. 6, 3.10.1922, PA, Filmnummer 2980/ D 583 273.
[2538] Tel. Sthamer Nr. 282, 4.10.1922, ebd., Filmnummer 2086/451 249. In Haniels Antworttelegramm Nr. 396 vom 5. Oktober 1922 (Filmnummer 2086/451 250-51) heißt es u.a., Tschitscherin habe die Vermittlung zugesagt und gleichzeitig die Erwartung ausgesprochen, dass Großbritannien Russlands Zulassung zur Orientkonferenz unterstützen werde, vgl. ADAP A VI, Nr.204, Anm.2, S.425.
[2539] Frz. Gesandtschaft Kopenhagen an Poincaré, 17.10.1922, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 350, 82-83f.

„Hin und Her“ in den Verhandlungen über die Ausdehnung des deutsch-russischen Vertrages vom 16. April 1922. Sie stellten darüber hinaus mittlerweile sogar in grundsätzlicher Hinsicht die ungeduldige Frage „Wo bleibt der Rapallo-Vertrag?“[2540]

Wie der Ministerialdirektor am 11. Oktober 1922 nach Charkow telegraphierte, wurden die „Vorbesprechungen“ zur Ausdehnung des Rapallo-Vertrages allerdings nunmehr wieder aufgenommen und die bislang strittigen Punkte zusammengefasst.[2541] Die Verzögerung war zudem von Seiten Maltzans offenbar gar nicht einmal unbeabsichtigt gewesen: In einem Telefonat am 11. Oktober 1922 erklärte er D'Abernon die in der letzten Zeit aufgetretene Russland-politische Enthaltsamkeit der deutschen Seite damit, er sei in den letzten zwei Monaten angeblich bewusst kaum in Berlin gewesen „as he did not want to go on with the negotiations regarding the extension of the Rapallo Treaty to the Ukraine and other Associated States of Russia.“[2542]

Das überzeugte im Ganzen nicht. Nach D'Abernon machte der Ministerialdirektor aber noch in einem anderen Punkt deutlich, dass er die deutsche Russlandpolitik grundsätzlich weiterhin im Einvernehmen mit London gestalten wolle. Demnach bedauerte Maltzan das gegenwärtige Scheitern der auf britischer Seite von Leslie Urquhart geführten Wirtschafts- und Industrieverhandlungen zwischen Moskau und London[2543] - vor allem auch deshalb, da davon im Ergebnis ebenso deutsche Unternehmen betroffen wären und Deutschland im Zuge einer solchen Vereinbarung viel leichter die eigenen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland entwickeln könne. Er werde jedenfalls, so Maltzan nach D'Abernon weiter, Ansichten in der britischen öffentlichen Meinung, die deutschen Akteure empfänden in dieser Hinsicht eine gewisse Schadenfreude, eindringlich entgegentreten, zumal Verhandlungen von Krupp und Stinnes mit der sowjetrussischen Seite derzeit das gleiche Schicksal ereilten. Doch selbst die Russland-politischen Initiativen Frankreichs schien der Ministerialdirektor gelassen einordnen zu können. Zwar arbeite Herriot unzweifelhaft „to create a Russo-French agreement“. Dennoch sei er, Maltzan, über eine mögliche französisch-russische Annäherung mittlerweile nur noch sehr bedingt beunruhigt. Denn eine wirtschaftliche Verständigung auch zwischen Frankreich und Russland läge letzten Endes im deutschen Interesse:

> „Now that Article 116 of the Treaty of Versailles has no terrors for us, I [gemeint ist Maltzan, Anm.d.Verf.] am much less frightened. A Russo-French Trade Agreement would not be anti-German. We feel already that the French are beginning to prepare to change sides, and to be pro-Russian rather than pro-Polish. The Poles feel it too, and we see the reaction in our negotiations in Dresden with them for a commercial treaty.”[2544]

Wenige Tage später kam es allerdings zu einer Veränderung, die auch für die Interessen der deutschen Außenpolitik von erheblicher negativer Bedeutung war. Denn mit der Demission des britischen Premiers Lloyd Georges am 17. Oktober 1922 verlor die deutsche Republik vielleicht

---

[2540] Siehe die entsprechenden Ausschnitte bei PA, R 83439, 106ff., z.B. die Augsburger Neusten Nachrichten v. 3.10.1922.

[2541] Vgl. ebd., 116, die Maltzan vorgelegten Aufzeichnungen Hauschilds vom 12.10.1922, ebd., 126-127 sowie vom 19.10.1922, ebd., 145-147 bzw. 170-172 sowie die sich jeweils dazu in der Akte befindlichen Vorentwürfe eines solchen Vertrages.

[2542] D'Abernon an Curzon No.794, 11.10.1922, Geheim, PRO, FO 371/8209, 6-9.

[2543] Vgl. dazu Martin, The Urquhart Concession. Urquhart habe nach ebd., S.554 ein “most unusual” Verhältnis zu Krassin gepflegt, dessen wirtschaftspolitische Bedeutung Anfang der 1920er Jahre hier eindringlich verdeutlicht wird. Zur britischen Einstellung gegenüber dem jungen Sowjetrussland allgemeiner und zeitlich übergreifender siehe z.B. die Arbeiten von White, Britain and the Bolshevik revolution; Manne und Ullmann.

[2544] D'Abernon an Curzon No.794, 11.10.1922, Geheim, PRO, FO 371/8209, 6-9, das Zitat bei 8f.

sogar ihren stärksten außenpolitischen „Verbündeten“. Denn Lloyd George war aufgrund seiner Persönlichkeit und Einstellung zuvor in der Lage gewesen, den französischen Ambitionen zumindest hinsichtlich einer unbegrenzt rigorosen Deutschlandpolitik Einhalt zu gebieten. Ob dies in gleicher Weise auch von seinem Nachfolger, Bonar Law, erwartet werden konnte, blieb derzeit noch völlig offen[2545] - eine Entwicklung, die die Regierung Poincaré stärkte.

Auch von amerikanischer Seite aus war in dieser Hinsicht nur bedingt Widerstand zu erwarten. Denn von dort aus wurde die Situation Deutschlands nicht als derart dramatisch bewertet, dass ein Eingreifen Washingtons notwendig sei. Der auf einer Deutschlandreise befindliche Direktor der Abteilung „Western Affairs“ im State Department sah jedenfalls dazu keinen unmittelbaren Anlass. William Castle sprach in einem Tagebucheintrag vom 23. Oktober 1922 davon, krisenhafte Erscheinungen gäbe es in Europa ohnehin immer wieder. Und zum Teil sei Deutschland an dieser Entwicklung einfach selbst schuld. Der Rapallo-Vertrag zum Beispiel müsse als eine „verrückte“ deutsche Provokation Frankreichs bezeichnet werden. Zudem, so Castle weiter, gäbe es in der deutschen Außenpolitik und Diplomatie gegenwärtig keine Persönlichkeit, der aus amerikanischer Sicht in überzeugender Weise politische Führungskraft zugesprochen werden könne, wobei im Rahmen dieser Analyse auch bei dem amerikanischen Diplomaten eine persönliche Antipathie insbesondere gegen Maltzan deutlich hervortrat:

> „Wirth, a big, bluff, worried-looking person, who was very cordial and full of talk of the crisis. Of course there are always crises, but this one is about the last because the French have made impossible demands once more and there is no limit to the fall of the mark. [...] I had talks with Mahltzan [sic], Ahrens, Haniel, and particularly Schubert - rather interesting, because it is worth while to get the different point of view. Haniel, I do not like at all. He is not really keen. Schubert is far more intelligent and probably more dangerous, but I thoroughly enjoy fencing with a man of his brains. *Mahltzan is a bad man* [Herv.d.Verf.]. He alone was responsible for the Rapallo Treaty, was apparently foolish enough to believe it would make him go down in history as a great statesman.“[2546]

Zwar sollte der Abschluss von schon 1922 dringend benötigten „First ‚Real’ Peace Settlements“[2547] nicht zuletzt durch Castle weiter verzögert und erst nach der Ruhrbesetzung erreicht werden können. Jedoch fanden sich nachfolgend auch bei ihm zumindest einige Anzeichen dafür, dass die Regierung Harding den bislang eingeschlagenen isolationistischen Kurs in Zukunft modifizieren werde.[2548] Die deutsche Außenpolitik aber hatte - trotz aller sachlichen Begründungen für ihren Schritt vom Ostersonntag 1922 - hinsichtlich des Rapallo-Vertrages eben offensichtlich auch in Amerika ein Reputationsproblem, das durch die bislang bereits geleistete Aufklärungsarbeit noch nicht aus der Welt zu schaffen war.

[2545] Zur Auflehnung der jungen Führer in der Konservativen Partei gegen Lloyd George vgl. D’Abernon, Bd.2, S.142f. Siehe dazu auch Johnson, u.a. S.50.

[2546] William Castle Jr. Diaries, Harvard, Vol.3, S.107 (Eintrag vom 23.10.1922).

[2547] Siehe hierzu, vor allem in Bezug auf die amerikanische und britische Perspektive, die Beiträge von Cohrs.

[2548] Vgl. z.B. William Castle Jr. Diaries, Harvard, Vol.3, S.158-159 (Eintrag vom 20.11.1922). Hier heißt es u.a.: „The question looks complicated in Germany; it looks far more complicated outside of Germany, but it certainly is not insoluble if men of good will and intelligence of all countries will get together to solve it, and if the United States will take a hand. Not a man with whom I talked in Germany failed to say that without the United States there seemed no way out, and not all of them were begging for financial help; they cried out for moral leadership which the world must accept because back of that leadership is power.“ Siehe in diesem Kontext zum Einfluß von Botschafter Houghton die Studie von Matthews.

Die „Weltbühne“ beschäftigte sic ebenfalls mit der internationalen öffentlichen Wirkung des deutsch-russischen Vertrages: „So unglaublich und lächerlich uns das erscheinen mag“, so hieß es hier in Bezug auf anhaltende Gerüchte über einen damit verbundenen Geheimvertrag zwischen Deutschland und Russland, die „ausländische Presse bringt diese Nachrichten todernst in gewichtigen Leitartikeln, und gewiß wird es draußen an aufmerksamen und gläubigen Lesern nicht fehlen.“ Tatsache sei jedenfalls, dass die „unheilbaren Wirkungen“ und die „Welle des Misstrauens“, die der „zur Unzeit geschlossene“ Rapallo-Vertrag hervorgerufen habe, „noch immer nicht verebben“ würden.[2549]

Der Schuldige für diese öffentliche Negativwirkung war schnell gefunden: Schwere Vorwürfe wurden insbesondere gegen Ministerialdirektor Maltzan erhoben - offenkundig auch deshalb, weil sich das Verhältnis zu den Machthabern in Moskau trotzdem nicht verbessert hatte:

> „Und welche Aktivposten stehen diesen schwerer moralischen Belastung, die uns Herr v. Maltzan aufgebürdet hat, gegenüber? Auf der Allrussischen Parteikonferenz, die am 10. August in Moskau tagte, erklärte Krassin, ‚der Rapallo-Vertrag habe keinerlei günstige Folgen für den russischen Handel mit Deutschland gezeitigt; im Gegenteil hätten sich die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen nach dem Vertrage getrübt'. […] Aber weder diese, gewiß unerfreulichen Tatsachen noch die starre Haltung der Sowjetdelegierten im Haag können darüber hinwegtäuschen, dass für Deutschland in nächster Zeit das Heil nicht aus dem Osten kommen wird. Das muß im Augenblick betont werden, weil jetzt, nach dem Scheitern der Londoner Konferenz, gewiß wieder eine Hausse für die professionellen Ostpolitiker anheben wird.“.[2550]

Eine daraufhin veröffentlichte Republik in der Vossischen Zeitung, die unter dem Pseudonym „Baron Medem“ möglicherweise von Maltzan selbst inspiriert war, stellte dagegen fest, die „wirtschaftliche Zusammenarbeit (Deutschlands) mit Russland habe nur den Zweck, die traditionelle russisch-preußische Freundschaft wiederherzustellen“[2551] - eine recht schwache Antwort, die ohne durchschlagende Wirkung bleiben musste. Es lag daher durchaus nahe, dass ein leitender Akteur wie Friedrich Gaus eindringlich empfahl, im Rahmen der nächsten deutschen Antwort an die Reparationskommission eine erneute amtliche Wiederaufnahme der „ganzen Diskussion über den Rapallo-Vertrag“ unbedingt zu vermeiden, da dies nicht nur „zu unabsehbaren Konsequenzen führen könne“, sondern in jedem Fall eine Ausdehnung des Vertrags verbauen würde.[2552]

In seinen Bestrebungen, den Vertrag wie geplant auf weitere sowjetrussische Föderativstaaten auszudehnen, ließ sich Maltzan unterdessen allerdings nicht beirren. „Langwierige Verhandlungen“[2553] standen aus seiner Sicht bevor, wobei er in Bezug auf Details einige „Versehen“ selbst korrigierte.[2554]

[2549] Die Weltbühne, Zweites Halbjahr 1922, S.201f.

[2550] Ebd. Siehe daran anschließend dann auch die Glosse unter dem Titel „Hausvater Stinnes“, die den „Staatsmann“ Rathenau vor herablassenden Äußerungen des Industriellen offenbar in Schutz nehmen will.

[2551] Zit. nach Asecretis, 1923, S.34.

[2552] Vgl. die Abschrift zu einer Aufz. von Gaus vom 21.10.1922, PA, R 83438 (L203906-07).

[2553] Siehe dazu schließlich das Tel. Maltzans an sechs verschiedenen Reichsministerien, 2.11.1922, ebd., 181f., der in der Anlage den Vertragsentwurf übersandte.

[2554] So hielt der Ministerialdirektor zum Beispiel am 21. Oktober 1922 in einem Telegramm an die deutsche Vertretung in Moskau fest, „in Art. 8 Abs.1“ müsse die „Zahl 7 durch 6“ ersetzt werden, weil eine „Kündigung des Artikels 7 selbstverständlich nicht in Frage“ käme. Und dieser Artikel 7, wie es in einem auf dieser Vorlage beigefügten Vermerk hieß, verpflichtete die beiderseitigen Vertretungen Deutschlands und Russlands sowie die bei ihnen beschäftigten Personen, sich jeder Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die staatlichen Einrichtungen des Aufenthaltstaates zu enthalten, vgl. R 83439, 177.

4. Die Ausdehnung des Rapallo-Vertrages am 5. November 1922

Die innen- und außenpolitische Lage der deutschen Republik blieb, wie Erich Koch-Weser unter dem 31. Oktober 1922 notierte, „trostlos“.[2555] Zu den wenigen Lichtblicken, die im deutsch-russischen Verhältnis zu konstatieren waren, zählte ein Vertragsabschluss zwischen einem Verbund deutscher Industrieunternehmen und der sowjetrussischen Regierung: Radowitz hatte unter dem 20. Oktober 1922 aus Moskau nach Berlin gemeldet, dass nunmehr „der Rat der Volkskommissare den Vertrag mit einem Konsortium der größten deutschen Unternehmen, darunter auch die Firmen Phoenix und Rheinstahl, unter der Leitung des Konzerns Otto Wolff bestätigt“ habe.[2556] Schon aufgrund der schwierigen Gesamtlage verteidigte Maltzan insbesondere diese wirtschaftliche Vereinbarung recht vehement gegen Kritik:

> „Ich erwiderte Herrn Fehrmann, dass dann der Abschluß des Geschäftes des Herrn Wolff doppelt hoch anzurechnen sei, da andere Firmen, die gute Rußlandkenner hätten, sich ganz vom russischen Markt zurückgezogen hätten. Wir wären Otto Wolff deswegen besonders dankbar, dass er in diesem kritischen Moment in die Bresche gesprungen sei. Auch die russische Regierung würde ihm dies nicht vergessen.“[2557]

Diese Bewertung wollte die bisherigen Enttäuschungen in der deutsch-russischen Wirtschaftsentwicklung zwar nicht verdecken. Maltzan wies dem Vertrag der Firma Wolff aber eine in psychologischer Hinsicht erhebliche, zukunftsweisende Kraft zu. Auf eine Beurteilung konkreter wirtschaftlicher Ergebnisse schien er sich vorerst nicht einlassen zu wollen.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass für den von Wolff erzielten Vertragsabschluss zuvor erhebliche amtliche Unterstützung erforderlich gewesen war. Denn der Ministerialdirektor zog auch hier im Hintergrund die Fäden. Er hatte, so hielt er in einer Aufzeichnung vom 6. November 1922 nachträglich fest, „Wolff im letzten Moment sehr zugeredet, den Vertrag zu schließen“ und würde es jetzt „persönlich als besondere Enttäuschung empfinden“, wenn in Bezug auf den wirtschaftlichen Erfolg eines solchen Unternehmens die pessimistischen Stimmen „recht behalten würden.“[2558]

Nachfolgend waren zumindest einige Teilerfolge zu verzeichnen, wozu auch der Aufbau eines Netzes von deutschen Konsulaten auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches beitrug.[2559] Selbst bei Hugo Stinnes wurden nach dem klaren Votum Maltzans zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen neue Initiativen erkennbar. Dazu gehörten ein Lieferungsgeschäft mit einem nordrussischen Holzsyndikat sowie eine Saatgutgetreide-Konzession in Russland in Verbindung mit verschiedenen deutschen Banken bzw. mit dem Verein deutscher Saatgutgetreidehändler. Hierbei wurde in

---

[2555] Tagebucheintrag Koch-Weser, 31.10.1922, BAK, NL Erich Koch-Weser (N 1012), Nr.139 (Fiche 2), 068ff., 068.

[2556] Tel. Radowitz Nr. 597, 20.10.1922, im PA verfilmt unter 2860/D 552 667-68. Vgl. auch Dokumente der Außenpolitik der UDSSR, Bd. V, Nr. 284 und 307 sowie S.762, Anm. 153 sowie Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 2, Nr. 318. Siehe zuvor auch das Tel. Radowitz Nr. 570 für Maltzan vom 17.10.1922, in dem dieser anregt, den russischen Wunsch nach einem „Besuch russischen Kreuzergeschwaders in Deutschland“ nicht abzulehnen, um gerade bei der derzeitigen politischen Lage im Nahen Osten die „hiesigen Deutschenfreunde“ zu stärken, PA, R 28278k, 484.

[2557] G.A. Maltzan, 26.10.1922, ADAP A VI, Nr. 221, vgl. auch D’Abernon, Bd.2, S.144f. Zur „Organisierung einer gemischten Gesellschaft mit Wolff“ vgl. auch das am 8. November 1922 an Lenin gerichtete Schreiben bei: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd.2, Nr.322, S.703.

[2558] Aufz. Maltzan, 6.11.1922, PA, R 31969 (Filmnummer 6701/H 119830-31). Zur Bewertung des Vertrages der Firma Wolff siehe auch Aufz. Hahn, 20.11.1922, ebd. (Filmnummer 670l/H 119 891-94).

[2559] Zum Aufbau des deutschen Konsulatswesens in Sowjetrussland vgl. im einzelnen Sütterlin, S.96ff.

zukunftsweisender Weise ebenso zumindest die Idee einer deutsch-russisch-französische Kombination vorgetragen, die eine Realisierung verschiedener Verkehrsprojekte, insbesondere das „Manen-Kanal-System“ sowie den Ausbau anderweitiger Transportmöglichkeiten in Russland anvisierte.[2560]

Diese wenngleich insgesamt bescheidenen positiven Entwicklungsansätze wirkten sich auch auf die laufenden Verhandlungen bezüglich der Ausdehnung und Ausfüllung des deutsch-russischen Vertrages günstig aus: Maltzan stellte unter dem 30. Oktober 1922 fest, dass „die Verhandlungen über die Ausdehnung des Rapallovertrages [...] so weit gediehen (seien), dass der Ausdehnungsvertrag von Herrn Krestinski und mir voraussichtlich Ende der Woche gezeichnet werden“ könne. Er bat Reichskanzler Wirth, „gelegentlich einer der nächsten Kabinettssitzungen dem Kabinett referierend“ mitzuteilen, „dass der Abschluss des Ausdehnungsvertrages“ bevorstehe.[2561]

Bei den Ausführungen des Ministerialdirektors war deutlich zu erkennen, wie viele politische Kräfte in Deutschland an diesem Entscheidungsprozess beteiligt waren und eine enge Beteiligung daran einforderten. Maltzan verwies zudem bereits vorsorglich darauf, dass er nach wie vor „das Abkommen vom 6.5.1921“ als „Grundlage“ der „Beziehungen mit Sowjetrussland“ interpretiere. Inhaltlich böte der jetzt in Aussicht genommene Vertrag eigentlich nichts Neues. Er dehne „lediglich den Rapallovertrag vom 16. April (19)22 auf (die) Ukraine, Georgien, Aserbeidschan, Armenien, Weißrussland und Tschita[2562] aus“ und übernehme „noch einige notwendige Bestimmungen des Wirtschaftsvertrages vom 6. Mai 1921, der bis dahin unsere Basis lediglich mit Sowjetrussland (Moskau) war.“[2563]

Zur Sicherstellung einer möglichst breiten politischen Rückendeckung in Berlin war das Auswärtige Amt in der Zwischenzeit darüber hinaus bemüht, den, wie D’Abernon es ausdrückte, „most energetic opponent of the Rapallo Treaty from the outset“[2564], Reichspräsident Ebert, in den Entscheidungsprozess eng einzubinden. Die weiteren Maßnahmen, die auf eine Unterzeichnung des Vertrages hinausliefen, sollten jedenfalls nicht ohne dessen vorherige, ausdrückliche Einwilligung erfolgen. Und zweifellos war diese Vorgehensweise eine direkte Reaktion auf die vorangegangenen und immer noch schwebenden Konflikte mit Ebert über die deutsche Russlandpolitik.

Diese schon aus allgemeinen politischen Gründen sinnvolle Vorgehensweise, rechtzeitig ein zustimmendes Votum des Reichspräsidenten einzuholen, hatte nun Erfolg. Denn Ebert bezog jetzt keine Gegenposition mehr und erkannte die Russland-politischen Notwendigkeiten in der Sache an. Mit spürbarer Erleichterung hielt Maltzan daher in einer Aufzeichnung vom 2. November 1922 fest, der Reichspräsident habe „in Gegenwart von Herrn Staatssekretär von Haniel“ seinen Vortrag „über

---

[2560] G.A. Maltzan, 26.10.1922, ADAP A VI, Nr. 221. Es heißt hier u.a. auch: „Ich habe Herrn Fehrmann insbesondere für die letzte Mitteilung gedankt und ihn darauf hingewiesen, dass gerade in der letzten Woche betreffend ein deutsch-russisch-französisches Zusammengehen seitens hiesiger französischer amtlicher Kreise mit mir Fühlung genommen sei.“

[2561] Aufz. Maltzan, 30.10.1922, ebd., Nr. 229.

[2562] Bedeutende Handelsstadt in Transbaikalien, der ostsibirischen Gebirgslandschaft zwischen dem Baikalsee und der Mandschurei.

[2563] Ebd. Es heißt hier u.a.: „Die Ressorts sind zuerst Mitte Juni d.J. (vgl. im PA Filmnummer L 641/L 204 027-28) über die laufenden Verhandlungen orientiert worden. Sie haben ihre Wünsche geäußert; es ist geglückt, diesen Wünschen der Ressorts sämtlichst Rechnung zu tragen. Die Ressorts werden in einer Gesamtsitzung über das Ergebnis informiert werden. Dem Reichsrat ist in seiner letzten Sitzung bereits der bevorstehende Abschluß des Ausdehnungsvertrages mitgeteilt worden.“ Siehe auch AdR, Kab. Wirth II, Nr. 394.

[2564] D’Abernon an Curzon No. 809, 19.10.1922, ebd., 15f.

den vorliegenden Vertragsentwurf betreffend Ausdehnung des Rapallo-Vertrages entgegengenommen“ und daraufhin erklärt, er habe „gegen den Abschluss des Vertrages nichts mehr einzuwenden.“[2565]

Wie wichtig dem Ministerialdirektor das Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten in dieser Frage war, geht auch aus einem Privatbrief Maltzans an Brockdorff-Rantzau vom 3. November 1922 hervor, der zwischen beiden Diplomaten eine abermalige Intensivierung ihrer Korrespondenz einleitete:

> „Der Herr Reichspräsident liess mich noch gestern zum Vortrag über den Vertragsentwurf kommen und erklärte zum Schluss seine volle Zustimmung zur Unterschrift. Morgen findet noch eine Ressortbesprechung über die Frage statt, die aber voraussichtlich sehr harmlos verlaufen wird.“[2566]

Ob Ebert Maltzan den Rapallo-Vertrag tatsächlich niemals verzieh[2567], kann daher als zweifelhaft angesehen werden. Die zwischen Ebert und Wirth entstandenen Spannungsmomente sollten aber nachfolgend noch eine Rolle spielen.[2568]

Die Einwilligung Eberts, die Maltzan auch in einigen Notizen zur Vorbereitung der „kommissarischen Besprechung im AA am 4. November 1922“ nachdrücklich betonte, erleichterte die innenpolitische Durchsetzung des neuerlichen deutsch-sowjetrussischen Vertrages erheblich. Allerdings konnte der Ministerialdirektor in dieser Hinsicht auch zahlreiche sachliche Argumente überzeugend ins Feld führen. Denn „für die Ausdehnung“, so hieß es hier, sprächen in innenpolitischer Hinsicht vor allem wirtschaftliche Gründe. So hätten Informationen von deutschen Vertretern in „Moskau, Tiflis, Charkow und Tschita“ übereinstimmend „über zunehmende politische und wirtschaftliche Stabilisierung“ berichtet und dabei die „Notwendigkeit“ einer Ausdehnung des Rapallo-Vertrages unterstrichen. Des Weiteren lägen „Anträge namhafter Firmen beim Reichswirtschaftsministerium und beim Auswärtigen Amt“ vor, die forderten, auch in den genannten anderen Gebieten des ehemaligen Zarenreiches „eine völkerrechtliche Basis zwecks weiterer geschäftlicher Betätigung zu schaffen.“ In diesem Kontext lag für Maltzan die zentrale Herausforderung allerdings eher in der „Aufgabe, Rapallo und die noch aktuellen §§ des 6. Mai-Vertrages zu einem gemeinsamen Vertrag auszubauen“, womit er also offenbar beide vorangegangenen Verträge in einen Ausdehnungsvertrag zu integrieren beabsichtigte. [2569]

Mehrere außenpolitische Argumente machte sich der Ministerialdirektor ebenfalls zu Eigen. Die gegenwärtig „zunehmende französisch-englische Konkurrenz“ lasse die Ausdehnung des Rapallo-

---

[2565] Aufz. Maltzans vom 2.11.1922, PA, R 83439, 165 (L204178)., dieser Vertragsentwurf befindet sich bei ebd., 166ff. (L204179ff.).
Bereits in der Aufz. Maltzan, 30.10.1922, ADAP A VI, Nr. 229 hieß es, “der Herr Reichspräsident hat Zustimmung gegeben, gleichfalls liegen die Vollmachten der Föderativrepubliken für Herrn Krestinski vor.“
Gaus hatte unter dem 27.10.1922 die Vollmacht Krestinskis als mangelhaft bezeichnet, hielt es aber nicht für unbedingt notwendig, „eine neue Vollmacht zu extrahieren, was wohl außerordentlich viel Zeit beanspruchen würde.“, PA, R 83439, 169. Die Vorlage trägt am rechten unteren Rand die Paraphe Maltzans.

[2566] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Brief Nr. 2, 9.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225203-7).

[2567] So Scheffer (1953), zit. nach Boveri im Vorwort zu Scheffer, Augenzeuge, S.23.

[2568] Vgl. Meissner, S.104. Auch Wirth ging 1942 in einer Aufzeichnung mit dem Titel „Ebert-Rathenau-Wirth“, BAK, NL Joseph Wirth (N1342), Nr. 136 unter anderem in Bezug auf die Erinnerungen Stampfers auf diese Spannungen ein. Es heißt hier u.a.: „Rathenau und Wirth bekamen die Erbitterung zu spüren. Die Herzen waren - leider - versteinert. Es fing mit dem Steifhalten der Ohren vor Rapallo an.“

[2569] Vgl. die entsprechenden, stichwortartigen Notizen Maltzans bei PA, R 83439, 200-201.

Vertrages unproblematisch erscheinen, zumal „politische Bedenken der Ententemächte, die anfänglich gegen eine zu starke Betonung Rapallovertrages“ ausgerichtet gewesen seien, mittlerweile „verschwunden“ wären:

> „Englische Bedenken mit Rücksicht auf Gefahr französisch-russischen Zusammenschlusses behoben, eher interessiert. Auch Frankreich mit Rücksicht auf Stinnes-Lubersac Abkommen gemeinsamer Arbeit zugeneigt.[2570]

In einem weiteren Schreiben an Brockdorff-Rantzau machte Maltzan jedoch überdies dann ebenso deutlich, er wolle schon „mit Rücksicht auf die gleichzeitig hier tagende Reparationskommission die Zeichnung möglichst geräuschlos vollziehen, um in der hiesigen und auswärtigen Presse lediglich auf die formale und rein räumliche Notwendigkeit der geographischen Ausdehnung hinzuweisen, nachdem gleiche Verträge von Italien und der Tschecho-Slowakei, mithin der Entente geschlossen oder jedenfalls unterzeichnet sind und nachdem auch Frankreich aus seiner Reserve Russland gegenüber herausgetreten ist“. „Die englische und französische Botschaft“ habe er zudem „vorher orientiert“ und „von keiner dieser Seiten“ seien „Schwierigkeiten“ gemacht worden.[2571]
Auch aus einem Telegramm Botschafter Mayers über die nachfolgende „kommentarlose“ Kenntnisnahme der Vertragsunterzeichnung in Frankreich[2572] ging deutlich hervor, dass der deutsche Diplomat aus den vorangegangenen politischen Kommunikationsdefiziten im Kontext der Unterzeichnung des Vertrages vom 16. April 1922 in diesem Punkt dazu gelernt hatte.
In der Ressortbesprechung am 4. November 1922 legte der Ministerialdirektor die Thematik der Ausdehnung des Rapallo-Vertrages zusammengefasst dar und überließ Hauschild die Erläuterung von Einzelheiten. Nach dem dazu vorliegenden Protokoll erklärten sich mit dem ausgearbeiteten Entwurf daraufhin zwar auch die Vertreter der anderen Reichsministerien einverstanden, die an den Beratungen beteiligt wurden.[2573] Die Hoffnung auf eine reibungslose innenpolitische Durchsetzung erfüllte sich jedoch nicht. Denn Maltzan musste wenig später im Rückblick darauf hinweisen, dass kurz vor Vertragsabschluss erneut gewichtige politische und publizistische Gegenstimmen auftauchten. Vor dem Hintergrund der anhaltenden kommunistischen Propaganda in Deutschland erwies sich das Bemühen um allseitigen Konsens als aussichtslos. Der Ministerialdirektor handelte deshalb unverzüglich. Er setzte die vertragliche Vereinbarung ohne weitere Verzögerungen durch, bevor es zu politischen Turbulenzen kommen konnte:

> „Ein rascher Entschluss war hier nötig, da Freitag abend von bayerischer Seite und durch verschiedene Artikel in der mehrheitssozialistischen Presse heftige Angriffe und Bedenken gegen die Ausdehnung erhoben wurden.[2574] Am Montag war eine weitere Demarche gegen diese beabsichtigte Ausdehnung geplant, diese wurde durch die Entheiligung des Sonntags unsererseits illusorisch gemacht. Man scheint sich mit der Tatsache nunmehr abgefunden zu haben.“ [2575]

[2570] Ebd.
[2571] Ebd.
[2572] Tel. Mayer Nr.798, o.D., PA, R 83439, 220.
[2573] Siehe dazu ebd., 204-206 sowie ein verfilmtes Protokoll bei PA, L 641/L 204 229-33.
[2574] Siehe dazu auch einen Artikel in der „Roten Fahne“, die dem „Vorwärts“ Sabotage des Rapallo-Vertrages vorwarf, Ausschnitt bei ebd., 189.
[2575] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Brief Nr. 2, 9.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225203-7).

In Artikel 1 des Vertrages vom 5. November 1922 hieß es einvernehmlich, dass der „in Rapallo am 16. April 1922 unterzeichnete Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik“ auch im Verhältnis zu den Sozialistischen Republiken in der Ukraine, in Weißrussland, Georgien, Aserbeidschan und Armenien sowie zu der Republik des Fernen Ostens „entsprechende Anwendung finden“ solle.[2576] Die Vertragsunterzeichnung selbst hatte sich aber ebenfalls nicht ohne Komplikationen vollzogen, weil es noch am 5. November 1922 zu inhaltlichen Differenzen zwischen den Vertragsparteien kam.[2577] Diese mündeten schließlich in einen den Vertrag begleitenden Notenwechsel zwischen der Reichsregierung und Krestinski[2578], der schon zuvor in Teilen diskutiert worden war. Erst daraufhin wurde der eigentliche Vertragstext von Maltzan und dem ukrainischen Bevollmächtigte Aussem sowie vom sowjetrussischen Botschafter in Berlin, Krestinski, unterschrieben.[2579]

Wie Maltzan bei den Vertragsverhandlungen dargelegt hatte, bestand die deutsche Seite bei Vertragsabschluss insbesondere darauf, die zur Bekämpfung der kommunistischen Propaganda in Deutschland geeigneten Passagen aus dem „deutsch-russischen Abkommen über die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der beiderseitigen Delegationen“ vom 6. Mai 1921 zu betonen. In einer von Hauschild am 23. November 1922 abgeschlossenen Denkschrift hieß es daher, dass „die formellen Beziehungen Deutschlands zur R.S.F.S.R.“ „schon vor Abschluss des Vertrages von Rapallo durch das Abkommen vom 6. Mai 1921 (Reichsgesetzblatt S.929) vorläufig geregelt“ worden seien. Der Rapallo-Vertrag setzte seinem Inhalt nach dieses Abkommen - „soweit es nicht durch den positiven Inhalt des Vertrages von Rapallo erledigt“ sei - voraus. Bei der Ausdehnung des Vertrages vom 16. April 1922 habe daher die Notwendigkeit bestanden, auch „die wesentlichsten Bestimmungen des Maivertrags unter Anpassung an die durch Aufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen veränderte Lage in den vorliegenden Vertrag aufzunehmen.“[2580]

[2576] Der Text des Vertrages ist gedruckt in: Martens, Troisième Série, Tome XIII, S. 645-648 und bei Berber, S.941f. Zur Verkündung des Vertrages siehe Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1923, Teil II, S.315ff., zu den deutschen und russischen Vertragsentwürfen vgl. die Durchschläge bei PA, R 83439, 028ff. Zur Ausarbeitung der Denkschrift über den Ausdehnungsvertrag siehe ebd., R 83439, 243ff., an deren Korrektur offenbar auch Maltzan beteiligt war, vgl. dessen hschr. Bemerkungen bei ebd., 244 sowie das Schreiben Hauschilds an die Reichsdruckerei vom 5.12.1922.
Die gedruckte Form eines „Entwurf eines Gesetzes über einen Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Sowjetrepubliken der Ukraine, Weißrussland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und der Republik des Fernen Ostens vom 5. November 1922“ ist zu finden bei ebd., 300ff., die Denkschrift bei 301f. Der Entwurf wurde am 13.2.1923 in der Sitzung „der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats (sic)“ angenommen, vgl. Aufz. Hauschild, 13.2.1922, PA, R 83440. Die Akte trägt keine Seitennummerierung. Hier befindet sich auch die u.a. auch der Reichsdruckerei übermittelten „Bestätigungsurkunde“ sowie entsprechende von Maltzan gezeichnete Schreiben u.a. vom 29.6.1923 und 14.8.1923. Das Büro des Reichspräsidenten übersandte das vollzogene Gesetz am 5.7.1923, ebd. (hier die Filmnummerierung L 204368).
[2577] Aufz. Maltzan, 5.11.1922, ebd., R 83439, 223.
[2578] Der Notenwechsel ist gedruckt in: Deutsch-sowjetische Beziehungen, Bd. 2, Nr. 321, siehe dazu auch Hauschild an Brodowski, 30.10.1922, PA, R 83439, 179f., der hiermit zur endgültigen Beilegung der Meinungsverschiedenheit ein Schreiben Maltzans übersandte, dass dieser bereit sei, bei der Unterzeichnung des Abkommens „einzuhändigen.“ In diesem Schreiben Maltzans heißt es u.a.: „Das Auswärtige Amt übernimmt es, darauf hinzuwirken, dass in die zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich einerseits und den mit der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik verbündeten Staaten andererseits abzuschliessende Verträge Bestimmungen aufgenommen werden, welche die steuerrechtliche Erfassung des wirtschaftlichen Ergebnisses der in Artikel XIII des vorläufigen Abkommens vom 6. Mai 1921 und in Artikel 4 Ziffer 1 des gegenwärtigen Vertrages erwähnten, von den staatlichen Handelsstellen abgeschlossenen Rechtsgeschäfte genau umgrenzen.“ Der Notenwechsel widmete sich u.a. auch der Frage der de-jure Anerkennung der Ukraine, Weissrusslands, Georgiens, Aserbaidschans und Armeniens sowie der Republik des fernen Ostens durch das Deutsche Reich vgl. Maltzan an Krestinski, 5.11.1922, auch bei PA, R 83439, 025, siehe insofern ebenso die Deutsche Allgemeine Zeitung vom 6.11.1922, Ausschnitt bei ebd., 218.
[2579] Vgl. u.a. Deutsche Allgemeine Zeitung o.D. und W.T.B. vom 7.11.1922, die den Vertrag im Wortlaut veröffentlichten, Ausschnitte bei ebd., R 28278k, 515ff.
[2580] Siehe ebd., R 84245, K 510322-26, hier -23.

In einem Telefonat am 6. November 1922 bedankte sich der britische Botschafter für die ihm schon zuvor übermittelten Informationen sowie für die damit verbundene Übersendung eines Vertragsentwurfs. Nach einer entsprechenden Aufzeichnung Maltzans vergewisserte sich D'Abernon dabei, ob „der Ausdehnungsvertrag" sich auch tatsächlich im Wesentlichen „lediglich auf die im Rapallovertrag enthaltenen Bestimmungen beschränke". Er wies demnach aber ebenso darauf hin, „England begrüsse es durchaus, wenn die deutsche Industrie sich noch mehr wie bisher und weiter wie bisher in Russland betätige", zumal dies ohnehin als „der beste Kampf gegen den Marxismus in Russland" bezeichnet werden müsse. Die britische Regierung würde daher „derartige deutsche Bestrebungen von jetzt ab nur unterstützen."[2581]

Diese Haltung hatte sich schon zuvor abgezeichnet. Denn bereits am 15. Oktober 1922 hatte D'Abernon nach London gemeldet, die deutsche Regierung beginne jetzt mit den Verhandlungen über eine Ausdehnung des Rapallo-Vertrages und strebe zugleich „a detailed Commercial Trade Agreement between Germany and Russia" an. Nicht zuletzt sei dies eine Reaktion auf Angriffe von rechtskonservativen Medien wie zum Beispiel von Seiten des „Tag" und der „Germania", die sich insbesondere gegen den zuständigen deutschen Ministerialdirektor gerichtet hätten. Zwar habe sich Maltzan zunächst damit verteidigt, dass ihn die britischen „Rapallo-Proteste" davon abhielten, „pushing along the Rapallo lines too rapidly." Jetzt aber sei die Lage anders. Da auch Italien und die Tschechoslowakei „some convention with Russia" geschlossen hätten, Frankreich sich diesbezüglich in aktiven "semi-official" Verhandlungen befände und England das „Urquhart Agreement" vorantreibe, könne nunmehr niemand mehr einen Stein auf Deutschland werfen, „if she pursues Russian negotiations".[2582] Und dies sei nicht zuletzt auch deshalb der Fall, so ergänzte D'Abernon am 27. Oktober 1922, weil die Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrussland seit dem 16. April in nahezu keinem einzigen Punkt Anlass gäben, von einem positiven Entwicklung zu sprechen[2583] und sich die Gerüchte einer angeblichen geheimen militärischen Beziehung zwischen Berlin und Moskau „so far" als gänzlich „fallacious" erwiesen hätten.[2584]

Am 4. November 1922 verwies D'Abernon schließlich gegenüber seiner Regierung in London noch darauf, dass Deutschland durchaus britische Interessen berücksichtige. So habe sich Berlin zum Beispiel geweigert, den Rapallo-Vertrag ebenso auf die sowjetrussischen Republiken „Khiwa" und „Bochara" auszudehnen - „teils weil es nicht den englischen Argwohn erwecken wollte, teils weil es Mittelasien als das künftige Ziel der Türken betrachtet und es nicht ausschließlich russisch gelten lassen will." Und im Rückblick auf die Gründe für den deutsch-russischen Vertrag vom 16. April 1922 habe Ministerialdirektor Maltzan noch einmal - aus der Sicht D'Abernons offenbar in überzeugender Weise - betont, dass die deutsche Genua-Delegation den Vertrag gewiss nicht zu diesem Zeitpunkt unterzeichnet hätte, wenn sie nicht eine "joint action by France and Russia under Article 116 of the Treaty of Versailles" zum Nachteil Deutschlands befürchtet hätte.[2585]

Bei ebd., R 83438, 079 heißt es abschließend: „Bei der Beratung des Ausdehnungsvertrages vom 5. November 1922 in der Sitzung [des Reichstages, Anm.d.Verf.] vom 19. Juni 1923 lagen keine Wortmeldungen vor. Das Gesetz wurde einstimmig angenommen."

[2581] G.A. Maltzan, 6.11.1922, ebd., R 83439, 231.

[2582] D'Abernon an Curzon No. 803, Confidential, 15.10.1922, PRO, FO 371/8209, 11 A.

[2583] D'Abernon an Curzon No. 832, 27.10.1922, ebd., 33.

[2584] Ebd.

[2585] Vgl. D'Abernon, Bd.2, S.148; D'Abernon an Curzon, 4.11.1922, PRO, FO 371/8209, 41 sowie die Aufz. über die Unterredung mit Maltzan bei ebd., 42-43.

Im Ganzen gesehen wurde allerdings ohnehin deutlich, wie stark die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau auch weiterhin von enormen Problemen belastet blieben. Die Klagen des abberufenen und durch Brockdorff-Rantzau ersetzten deutschen Vertreters Kurt Wiedenfeld verdeutlichten das ganze Ausmaß der deutsch-russischen Entfremdungen in den letzten Monaten noch einmal mit aller Deutlichkeit. Demnach hege die Sowjetregierung gegenwärtig starke Distanz gegenüber Deutschland. Denn die deutsche Politik, so referierte Wiedenfeld maßgebliche Stimmen innerhalb der Regierung in Moskau, habe nichts getan, um die positive Stimmung auf russischer Seite, die nach der Vertragsunterzeichnung in Rapallo gegenüber Deutschland vorhanden gewesen sei, zu „ermutigen". Im Gegenteil: Die Verantwortlichen in Berlin seien auf Russland-politischem Terrain nach wie vor in einem übertriebenen Maße und, so fügte Wiedenfeld offenbar ebenso aus seiner Sicht noch hinzu, „vielleicht gerade in der letzten Zeit besonders vorsichtig und zurückhaltend" gewesen:

> „Wiederholt bin ich von befreundeter Seite darauf hingewiesen worden, dass seit dem Vertrag von Rapallo unsere Politik nicht mehr verstanden würde. Wozu einen Vertrag schließen, wenn danach eine viel weitgehendere Zurückhaltung einsetzt, als es vorher der Fall gewesen war. Ich erinnere an Krupp, Stinnes und andere Fälle, in denen die Russen sich m.E. mit Recht enttäuscht fühlten, ferner an die hier sehr unangenehm empfundene Verzögerung in der Ausdehnung des Rapallo-Vertrages. Wir sind tatsächlich nicht um einen Schritt weitergekommen, trotzdem m.E. bei der Bereitwilligkeit der weitesten Kreise hier viele Möglichkeiten geboten waren. [...] Es wird unter zwingenden Umständen ein erfreulicher Schritt nach vorwärts gemacht, dann aber sofort nachdem sich die Lage etwas entspannt hat mit kleinen Schrittchen hinter den Ausgangspunkt ‚zurückgekrochen', so heisst es von uns."[2586]

Auch diese Analyse zeigte deutlich, dass die Entwicklung einer gemeinsamen Zielvorstellung im deutsch-russischen Verhältnis ausgeblieben war. Unter anderem „die Angorafrage", so Wiedenfeld, habe deshalb geradezu „zwangsläufig die Russen dazu geführt, ihr Verhältnis zu England und Frankreich zu revidieren", zumal auch die „rein sachlichen Ausführungen" Herriots in Moskau einen „starken Eindruck" im positiven Sinne hervorgerufen hätten. Eine Annäherung zwischen Frankreich und Russland „auf wirtschaftlichem Gebiet" sei daher in nächster Zeit „mit Bestimmtheit zu erwarten", zumal man in Moskau aufgrund der schwachen Wirtschaftskraft Deutschlands bereits begonnen habe, auch insoweit „nach anderen <u>sicheren</u> (sic) Partnern" zu suchen." Da dies letzten Endes sogar dazu führen könne, dass sich die Situation Deutschlands möglicherweise schon bald „nicht mehr wesentlich von der Situation von 1914 un(t)erscheiden" werde, bat Wiedenfeld Maltzan eindringlich, „den grossen russischen Gedanken" nicht aufzugeben, solange nicht „zwingende Gründe" dafür vorlägen.[2587]

[2586] Wiedenfeld an Maltzan, 4.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225217-25), als Antwort auf einen Brief Maltzans vom 21.10.1922, der nicht vorliegt. Bei der Vorlage handelte es sich um einen Durchschlag, der hschr. vom 4. Oktober auf den 4. November 1922 umdatiert wurde. Es heißt hier u.a. auch: „Dass Sie nicht nur jede Nuance des Dienstes kennen, sondern in diesem Fall auch die inneren Vorgänge in mir erfühlten, stärkt mir das Empfinden der Freude, unter Ihnen arbeiten zu dürfen."

[2587] Ebd. Hier heißt es u.a. auch: „Keiner von ihnen scheint eine Ahnung von der enormen Kraft des russischen Volkes zu haben, das in absehbarer Zeit sich zur Grossmacht erster Klasse – wenn nicht zur ausschlaggebenden – in der europäischen Politik entwickeln wird. Für diese Zeit müssen wir arbeiten und nicht politische grosse Möglichkeiten für die sehr zweifelhaften temporären Vorteile in der Gegenwart opfern (Stinnes-Lubersac)." Siehe dazu auch Hilger, S.88, der ebenfalls die „deutsche Wankelmütigkeit" kritisiert.

Zwar berücksichtige Wiedenfeld an dieser Stelle nicht, dass Maltzan wiederholt das Fehlen „analoger russischer Gegenvorschläge“[2588] mit konstruktivem Charakter schon selbst beklagt hatte. Was jedoch die außenpolitische Haltung Moskauer Regierungskreise betraf, so war seine Sichtweise weithin zutreffend. Denn auch nach einem Telegramm Brockdorff-Rantzaus war die sowjetrussische Außenpolitik nunmehr verstärkt bemüht, ihr Verhältnis zu den anderen europäischen Mächten zu verbessern. Trotzki bekannte demnach in einem Interview mit dem „Manchester Guardian“, er werde zu Unrecht als Gegner einer russisch-englischen und als Anhänger einer russisch-französischen Annäherung bezeichnet. Die Regierung in Moskau orientiere ihre Politik aber ohnehin „nur nach wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen“. Sie sei bereit, „mit England und Frankreich zusammen oder einzeln die allerengsten Beziehungen herzustellen.“[2589]

Zweifelhaft blieb damit, welchen Stellenwert der deutschen Russlandpolitik in Zukunft überhaupt zukommen konnte. Zwar verfügte Deutschland durch die mittlerweile umgesetzte Entsendung Brockdorff-Rantzaus wieder über einen Botschafter in Moskau, der in den nächsten Jahren zahlreiche eigene diplomatische Akzente setzte.[2590] Ob sich allerdings, wie Maltzan gegenüber Brockdorff-Rantzau wohl in erster Linie zur Aufwertung des sensiblen Egos des ehemaligen Außenministers erklärte, die „besonders schwierige internationale Position“ Deutschlands tatsächlich „eigentlich in Moskau“ kristallisieren würde, war zu bezweifeln, selbst wenn sich das „besonders wechselvolle“ Beziehungsgefüge „zwischen den Grossmächten“ gegenwärtig tatsächlich „wohl am besten auf der Moskauer mehr oder weniger weissen Leinwand“ zeigte.[2591]

Für die Lage der Republik primär entscheidend war und blieb hingegen die Entwicklung der Reparationsfrage. Diese stand nicht nur im Mittelpunkt des gesamten außen- und auch innenpolitischen Geschehens. Sie hatte inzwischen erneut eine schwere Kabinettskrise heraufbeschworen. Maltzan warf in einem Brief an Brockdorff-Rantzau vom 10. November 1922 der Reparationskommission vor, gerade in dieser Hinsicht „gewisse Gegensätze“ „ausgenutzt“ zu haben. „Auffallend“ sei jedenfalls „das Interesse, das die französische Presse und einige hiesige Mitglieder der Reparationskommission der Konkurrenz des Bachus [gemeint ist Wirth, Anm.d.Verf.] entgegenbringen“ würde. Er halte es nicht für „ausgeschlossen, dass die latente Kabinettskrisis“ noch „akuter“ werde.[2592]

Zudem zog die offenkundig gescheiterte deutsche Erfüllungspolitik nunmehr auf sowjetrussischer Seite weitere Kritik auf sich: Nach Maltzan machte Volkskommissar Tschitscherin Außenminister Rathenau posthum immer noch den Vorwurf, durch das Loucheur-Abkommen in Wiesbaden Russland als Mittel für die deutschen Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich angeboten zu haben.[2593]

Auch diese Bemerkung verwies auf die Tatsache, dass Deutschland weiterhin ohne Bündnispartner dastand und in hohem Maße isoliert blieb. Und aufgrund der schwierigen Beziehungen zu Moskau war es daher nur folgerichtig, dass der Reichspräsident im Rahmen seiner am 2. August 1922

[2588] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Brief Nr. 2, 9.11.1922, ebd., NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225203-7).
[2589] Vgl. Tel. Brockdorff-Rantzau Nr. 650, 10.11.1922, ebd., R 28278k, 526. Zur vielfach recht enttäuschten sowjetrussischen „Post-Rapallo“-Presse vgl. ausführlicher v.a. Grieser, S.21ff.
[2590] Siehe dazu im Einzelnen Scheidemann, Brockdorff-Rantzau, S.533ff.
[2591] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 3.11.1922, ebd., NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225208-12).
[2592] Tel. Maltzans Nr. 650, 10.11.1922, PA, R 28278k, 526.
[2593] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 7, 18.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225154-5).

verfassten Erwiderungsansprache zur Akkreditierung Krestinskis als „bevollmächtigten Vertreter und Botschafter der Russischen Regierung beim Deutschen Reich“ nach wie vor eine Tendenz deutsch-russischer politischer Interessenidentität und damit jede Form einer Allianz zwischen Berlin und Moskau weit von sich wies. Ebert betonte, die deutsche Regierung sei „von dem aufrichtigen Bestreben erfüllt, den wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer Länder nach Kräften zu fördern“. Die in Rapallo getroffenen Vereinbarungen, die eindeutig „nur friedlichen Zwecken“ dienen würden, entsprängen insofern lediglich „der Erkenntnis (einer) notwendigen Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden großen Völkern.“[2594]

5. Skeptische Russland-politische Zuversicht

Nachfolgend gab es im Rahmen der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland in allgemeiner politischer Hinsicht zumindest einige wenige günstige Anzeichen: Dies lag in erster Linie an der positiven „Publicity“, die der Amtsantritt Botschafter Brockdorff-Rantzaus in Moskau für die deutsch-russischen Beziehungen nach sich zog. So berichtete der britische Vertreter in Moskau, Peters, unter dem 19. November 1922, dass den Äußerungen des neu ernannten deutschen Botschafters in der sowjetrussischen Presse in einem positiven Sinne viel Beachtung geschenkt werde.[2595]

Ministerialdirektor Maltzan zeigte sich über diese Entwicklung zufrieden. Die Antrittsrede Brockdorff-Rantzaus und die Antwort Kalinins, die „von allen Zeitungen gebracht“ worden seien, hätten insbesondere in der deutschen „Presse und Öffentlichkeit keinerlei Widerspruch erregt“.[2596] Den „feierlichen Empfang“ des deutschen Botschafters „mit Ehrenkompanie und Fahnen“ deutete er darüber hinaus „als stillschweigende und diskrete Genugtuung für die Ermordung des Grafen Mirbach“.[2597] Schließlich sei auch der „russische Nationalfeiertag“ in Berlin „vollkommen harmonisch verlaufen“. Die „rote Fahne“ wehe jedenfalls „zum ersten Mal seit 1918 wieder Unter den Linden“, ohne weiteres „Aufsehen“ zu erregen.[2598] Und diese Akzeptanz spiegele sich unter anderem darin, dass die dortige Feier des fünften Jahrestages der Gründung der russischen Sowjet-

---

[2594] Friedrich Ebert, Schriften, Reden, Aufzeichnungen, Bd.2, S.247f. Die Erwiderungsansprache Eberts auf die Antrittsrede des sowjetrussischen Botschafters Krestinskis befindet sich nach einer freundlichen Information Walter Mühlhausens, Heidelberg, im Original bei BAB, R601/150, demnach wurde ein Entwurf des Auswärtigen Amts vom Reichspräsidenten noch stark verändert. Eine Abschrift ist u.a. zu finden bei PA, R 83383, 007f. eine deutsche Übersetzung der Ansprache Krestinskis bei ebd., 008-009.

[2595] Peters an Curzon No.903, 18.11.1922, PRO, FO 371/8209, 64f.

[2596] Vgl. Brockdorff-Rantzau an AA, 5.11.1922, vertraulich, ebd., R 28278k, 510-511 sowie ders. Tel Nr. 645 5./6.11.1922, ebd., 513-514. Siehe dazu auch Berliner Tageblatt vom 7.11.1922 unter dem Titel „Deutschland und Russland; Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens Brockdorff-Rantzaus an Kalinin“, Ausschnitt bei ebd., R 83383, 045 sowie das Tel. Brockdorff-Rantzau Nr. 645, 5/6.11.1922 bei ebd., 046f., u.a. auch mit dem Wortlaut der Rede Kalinins, der um eine loyale Zusammenarbeit „im Geistes des Rapallo-Vertrages“ warb. Siehe zu „Brockdorffs Russlandpolitik“ des Weiteren auch die Vossische Zeitung, Nr. 595, vom 11. November 1922, sowie Brockdorff-Rantzaus Tel.Nr. 664 vom 16. November 1922 (im PA verfilmt unter 2860/D 552 693) über dortige Kontokarierungsversuche zur Beschädigung seiner Tätigkeit und seiner Person. Zur Arbeitsorganisation und Personalausstattung der Deutschen Botschaft Moskau unter Brockdorff-Rantzau vgl. Sütterlin, S.89ff.

[2597] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 7, 18.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225154-5). Zum Tod der Mörder Mirbachs heißt es in einem Schreiben Dirksens (Moskau) an das AA, 31.12.1929, BAB, NL Herbert v. Dirksen, 50, 81-82 u.a.: „Wie ich aus verschiedenen gut unterrichteten Quellen erfahre(,) ist der zweite Mörder des Botschafters Graf Mirbach Blumkin kürzlich eines gewaltsamen Todes gestorben. Der andere Mitschuldige, Andrejew, war bereits vor einigen Jahren dem Fleckfieber zum Opfer gefallen. Blumkin ist kürzlich im administrativen Verfahren auf Beschluss des Kollegiums der G.P.U. erschossen worden.“

[2598] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 7, 18.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225154-5).

Republik schon deshalb ein „Erfolg“ gewesen sei, als ebenso der schwedische, finnische, tschechoslowakische, lettländische, litauische, österreichische, chinesische und persische Gesandte bzw. Geschäftsträger anwesend waren.[2599]

Trotz oder gerade wegen der zurückliegenden Russland-politischen Enttäuschungen war der Ministerialdirektor nunmehr verstärkt bemüht, eine verbesserte politische Gesamtatmosphäre zu Gunsten der Lösung „russischer Fragen“ herzustellen. Auch wenn das Kabinett durch das Ausmaß der krisenhaften Erscheinungen in Deutschland keinen großen Halt mehr in der öffentlichen Meinung genieße, so führte er diesbezüglich gegenüber Brockdorff-Rantzau aus, sei doch zu bemerken, dass das „öffentliche Interesse an unserer östlichen Einstellung“ in Deutschland bereits „entschieden“ zunehme.[2600]

Gerade in diesem Zusammenhang wollte Maltzan mögliche Vorteile einer systematisch gesteuerten politischen Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Um die vorsichtige positive Tendenz in der deutschen öffentlichen Akzeptanz der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen zu fördern, regte er daher ergänzend eine Berichterstattung des deutschen Botschafters in Moskau an, die für breite Kreise der öffentlichen Meinung in Deutschland von Interesse sein konnte und fortlaufend in der deutschen Presselandschaft mit mittel- oder langfristiger Wirkung Verwendung finden sollte:

> „Um das hiesige öffentliche Interesse an Moskau, welches ja sehr für Äusserlichkeiten Verständnis hat, dauernd wachzuhalten, würde ich dankbar sein, wenn unsere dortige Telegraphen-Agentur öfter Notizen persönlichen Inhalts nach Berlin lancieren würde. So z.B. Empfang auf der Botschaft, Schilderung des Nationalfeiertages, Aperçus über die übrigen diplomatischen Vertreter, Reisen des Botschafters in andere Städte, Besuch des Petersburger Generalkonsulats, in Moskau lokale Unterbringung der Botschaft u.a.m.“[2601]

Von der allgemeinen innen- und außenpolitischen Misere in Berlin blieb jedoch freilich auch Verantwortungsbereich des Ministerialdirektors nicht verschont. Dies geht aus einem Privatschreiben Maltzans an Brockdorff-Rantzau hervor: Die Ostpolitik, so notierte der Ministerialdirektor handschriftlich am Schluss seines Schreibens vom 17. November 1922, sei „durch die neue [innenpolitische, Anm.d.Verf.] Konstellation sehr gefährdet“.[2602] Damit sprach Maltzan in erster Linie die gegenwärtig in Berlin vollzogene Neubildung des Kabinetts unter Reichskanzler Cuno an.

Absehbar war bereits, dass diese Entwicklung von Seiten Maltzans in der Folgezeit Anpassungsleistungen erfordern würde. Allerdings, so machte Maltzan gegenüber Brockdorff-Rantzau klar, habe er Cuno bereits mitgeteilt, dass er sich „nicht imstande fühlen“ würde, eine Russenpolitik unter einem auswärtigen Minister fortzuführen und weiterzuentwickeln, der seine grundlegende Linie „nicht stützen“ würde. Der Diplomat reklamierte für sich jedenfalls weiterhin ein erhebliches inhaltliches Mitspracherecht, insbesondere hinsichtlich der künftigen Gesamtausrichtung

---

[2599] Vgl. Aufz. Maltzan, 9.11.1922, ebd., R 83383, 056. Siehe zu den nach Moskau übersandten Berichten Maltzans auch seine an Brockdorff-Rantzau gerichteten Briefe Nr. 2, 9.11.1922, ebd., NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225203-7) und Nr. 3, 11.11.1922, ebd. (H225201-2).

[2600] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr.7, 18.11.1922, ebd., (H225154-5).

[2601] Ebd.

[2602] Vgl. Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 5, 17.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225 163-69). Die Vorlage ist auch gedruckt als ADAP A VI, Nr.245, S.506-508.

der deutschen Ost- und Russlandpolitik. „Statisten“ gäbe es „genug“, führte er insoweit aus. Andernfalls würde er „gezwungen sein, um eine anderweitige Beschäftigung zu bitten“.[2603]
Um die Notwendigkeit einer Kontinuität in der deutschen Russland- und Ostpolitik zu verdeutlichen, ließ es der Ministerialdirektor überdies jedoch nicht bei den offenbar in diesem Kontext bereits geführten persönlichen Gesprächen bewenden. Er versuchte Brockdorff-Rantzau davon zu überzeugen, verstärkt bestimmte Argumente zu thematisieren, die auch er in Berlin immer wieder hervorheben müsse. Maltzan hielt es insoweit zum Beispiel für wünschenswert, „mit Rücksicht auf die neue hiesige Entwicklung“ in der Berichterstattung aus Moskau die „Bedeutung der Ausdehnung von Rapallo, zunehmender Wirtschaftsverträge mit deutschen Firmen (und die) Centralisation der Föderativstaaten“ zu betonen. Des Weiteren sei anzuraten, das aus seiner Sicht offenbar mittlerweile unzweifelhaft vorhandene „russische Interesse für Frankreich“ in besonderer Weise hervorzuheben.[2604]
Die Privatbriefe Maltzans an Brockdorff-Rantzau belegen, wie intensiv und unmittelbar der Ministerialdirektor mittlerweile sowohl in die deutsche Außen- als auch Innenpolitik eingebunden war. Zwar lässt sich sein direkter Einfluss im Nachhinein nicht mehr genau bestimmen und qualifizieren. Er führte aber unter anderem bis in die Führungsgremien der politischen Parteien. Und im Rahmen der damit verbundenen Einwirkungsmöglichkeiten nahm der Ministerialdirektor in Aussicht, die bisherige Form der deutschen West-Ost-Balance, in der die Russland-politische Rapallo-Linie nun einmal eine wichtige Säule darstellte, auch unter dem neuen Reichskanzler Cuno aufrechtzuerhalten. Denn auf die Mitwirkung seiner Persönlichkeit konnte und wollte das neue Kabinett in Berlin offenbar nicht verzichten:

> „Ich habe in diesem Sinne mit Melchior und den Führern der Parteien gesprochen. Insbesondere leistet mir hierbei die Ullstein- und Theodor Wolff-Presse gute treue Gefolgschaft. Vor Montag wird kaum eine Entscheidung eintreten. [...] Vor 8 Tagen war die Angelegenheit des Bachus [Wirth, Anm.d.Verf.] noch nicht erledigt, sie tauchte trotz der kategorischen Stellungnahme des Zentrums gegen ihn noch einmal wieder auf, als Cuno ermächtigt wurde, ein Kabinett ohne Befragung der Parteien zu gründen. Ich habe auch in diesem Falle den Herren keinen Zweifel über meine Konsequenzen gelassen, für den Fall, dass mit dem Eintritt gewisser Persönlichkeiten in das Kabinett die bisherige russische Linie verlassen werden sollte. Mir sind jetzt von allen Seiten nach dieser Richtung hin durchaus befriedigende Erklärungen abgegeben worden.“[2605]

Für eine überzeugende Begründung des deutsch-russischen Vertrages vom 5. November 1922 setzte sich Maltzan ebenfalls energisch ein. Sichtbar wurde dies insbesondere an der wesentlich von ihm geleisteten Abfassung eines sechzehnseitigen Entwurfes vom 20. November 1922 für eine Rede, die der neue Reichsaußenminister Rosenberg im Rahmen einer Anfrage zum Ausdehnungsvertrag am 30. November vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages halten sollte.
Dieser Redeentwurf Maltzans hatte für die künftige, von ihm beeinflusste Ausrichtung der Weimarer Russlandpolitik grundlegende Bedeutung. Der Ministerialdirektor legte hier über den Gesamtverlauf

---

[2603] Ebd. Auch diese Sätze sind von Maltzan der Vorlage hschr. hinzugefügt worden.
[2604] Ebd.
[2605] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 6, 18.11.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225156-7). Das Theodor Wolff das „Russlandabenteuer“ nur als „Experiment“ betrachtet haben soll, ist m.E. somit nicht überzeugend, vgl. insofern das Vorwort von Margret Boveri zu Scheffer, Augenzeuge, S.15, in Bezug auf ein Schreiben Scheffers an Schlesinger „anlässlich eines .russischen Tees bei Ago Freiherr von Maltzan.“

der bisherigen Weimarer Russlandpolitik und somit insbesondere über die mit den Verträgen vom 6. Mai 1921, 16. April 1922 und 5. November 1922 erzielte „bisherige völkerrechtliche Basis mit Russland“ recht umfassend Rechenschaft ab.[2606]

Adressatenorientiert ging er dabei durchaus vor: Den Reichstagsabgeordneten wurde unter anderem eine tabellarische Darstellung über das Verhältnis der russischen Föderativstaaten zueinander, ein vom Auswärtigen Amt erstellten Ratgeber mit dem Titel „Wirtschaftlicher Wegweiser für Sowjetrussland“ sowie mehrere kolorierte Karten zur Verdeutlichung der „reichlich verwickelten politischen Ländergruppierung in Russland“ zur eigenen Urteilsbildung zur Verfügung gestellt. Zur Begründung der Ausdehnung des Vertrages führte die Vorlage nicht nur den allgemeinen wirtschaftspolitischen Druck an, der durch die Eingaben von zahlreichen und namhaften deutschen Firmen und Vertreten der Wirtschaftspresse entstanden sei. Die von Seiten der Wirtschaft an die deutsche Außenpolitik gerichteten Forderungen hätten jüngst ebenso durch die mit zahlreichen politischen Botschaften verbundene Reise Herriots nach Moskau, durch ein offenbar dem Ministerialdirektor bekanntes „Telegramm Poincarés an Lenin“, durch die Entsendung einer französischen Wirtschaftskommission nach Moskau sowie durch die Gründung des „Institut de l´Est“ in Paris, dem hervorragende Vertreter der französischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angehörten, „neue Nahrung“ gefunden und seien auch tatsächlich nicht zu unterschätzen.[2607]

Das war zweifellos eine Argumentation, die auf nachprüfbaren Belegen basierte und schon deshalb zu überzeugen vermochte. Maltzan wies überdies darauf hin, gerade die ständige Instrumentalisierung des Schlagwortes „Rapallo“ in der internationalen Publizistik sei in den letzten Monaten zumindest zum Teil darauf ausgerichtet gewesen, eigene Russland-politische Interessen besser durchsetzen zu können. Denn „während wir“, so bilanzierte er, im Hinblick auf die Anschuldigungen nach dem deutsch-russischen Vertrag vom 16. April 1922 „in Russland gewisse Zurückhaltung übten“, hätten die anderen „Staaten sogar der Entente Russland“ gegenüber „weites Entgegenkommen“ gezeigt. Doch auch der Ausdehnungsvertrag, der - deutlich aufgrund deutscherseits rechtzeitig ergriffener, krisenpräventiver politischer Kommunikationsmaßnahmen - „in der maßgeb(lichen) englischen und französischen Presse“ keiner „abfälligen Kritik“ unterzogen worden sei, enthalte „keine Bestimmungen, die nicht bereits bekannt wären.“ Und die „nächste Aufgabe in unserem Verhältnis zu Russland“ werde „nun darin bestehen, den vorliegenden Rahmenvertrag auf der Basis der vor dem Kriege zwischen Russland und uns bestehenden Verträge auszufüllen“. Insoweit käme „insbesondere ein Wirtschaftsvertrag, ein Konsularvertrag, ein Rechtshilfeabkommen, ein Schifffahrtsabkommen, Regelung des internationalen Privatrechts u.s.w.“ in Betracht - allerdings zugleich mit dem in ähnlicher Weise wenig später auch von Stresemann vorgetragenen toposartigen Hinweis, dass es für Deutschland nun einmal „weder eine Ost- und noch eine Westpolitik“, sondern „lediglich eine deutsche Politik“ gebe.[2608]

[2606] Redeentwurf Maltzan, 20.11.1922, ebd., R 83439, 254-269. (L204280-95).

[2607] Ebd.

[2608] Ebd. Maltzan legte Rosenberg zur Erleichterung auch „kurze Stichworte der vorgelegten Rede (vor dem) Auswärtigen Ausschuss vor, wie er hschr. am oberen Rand zu einer entsprechenden Vorlage vermerkte, ebd., 277-279.
Nach Baumgart, Stresemann und England, S.111, hielt Stresemann als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses am 25. November 1922 im Reichstag fest, es gäbe auch seiner Meinung nach „weder eine Ost- noch eine Westpolitik, auch keine frankophile oder anglophile Politik, in die sich ein Deutscher einstellen könnte.“ Deutschland könne derzeit letztlich nur eine Politik verfolgen, „die der Wahrung der deutschen Interessen durch ein Einsetzen des einzigen, was uns geblieben ist, nämlich der deutschen Wirtschaftskraft in ihrer Beziehung zu anderen Nationen“. Und erst durch diese „Gegenleistung“

Nach den Angaben Maltzans wurde die von ihm vertretene „Linie“ vom neuen Außenminister Rosenberg, der sich „in altpreussischer Pflichttreue Gott sei Dank“ bereit erklärt habe, das „schwere Opfer“ zu bringen und seinen Gesandtenposten in Kopenhagen „mit einem voraussichtlich kurzen Aufenthalt in der Villa zu vertauschen“, unterstützt. Für ihn verbürgte dessen Persönlichkeit darüber hinaus, „dass die bisherige Russenpolitik nach jeder Richtung hin und mit allen Konsequenzen weitergeführt“ werde, „wenn wir auch in der Öffentlichkeit dies mit Rücksicht auf die Reparationen und die von uns bevorstehenden unangenehmen Überraschungen aus Paris nicht mehr als notwendig betonen werden.“[2609]

Zwar wirkte diese vorsichtig optimistische Prognose voreilig, zumal es in der deutschen Presse „recht perfide Artikel“ gab, die unter anderem gegen Rosenberg gerichtet waren.[2610] Im Ganzen aber würde, so betonte der Ministerialdirektor gegenüber Brockdorff-Rantzau, das neue Kabinett[2611] inzwischen auch „noch einmal öffentlich unwidersprochen auf Rapallo festgelegt“. Wenn zudem, so Maltzan weiter, künftig eine enge Abstimmung mit den anderen „Imponderabilien“ im Gesamthorizont der deutschen Innen- und Außenpolitik sichergestellt werde, könne die bisherige Linie möglicherweise weitgehend durchgehalten werden.[2612] Daraus sprach also immer noch Hoffnung auf eine zukünftig konstruktivere Weiterentwicklung der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen, auch wenn, wie D’Abernon notierte, die „Angst vor dem deutschen Kommunismus“ mittlerweile „nicht nur auch die militärischen Klassen“ erfasst, sondern ebenso auf das „gesamte Bürgertum und die gemäßigteren Sozialisten“ übergegriffen habe.[2613]

So unproblematisch, wie es Maltzan suggerierte, vollzog sich die Außenwirkung des Regierungswechsels in Deutschland allerdings nicht. Gerade in Moskau, so berichtete Brockdorff-Rantzau, wurde befürchtet, „dass infolge Kabinettswechsels Änderung in unserer Haltung Russland gegenüber eintreten“ und nun auch von deutscher Seite eine „Unterstützung russischer Gegenrevolution stattfinden könnte“. Den deutschen Botschafter in Russland beeindruckten solche Argumente Tschitscherins allerdings wenig. Er wies den Volkskommissar nach eigenen Angaben unmissverständlich darauf hin, die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik mache sich über die „letzten Ziele kommunistischer Weltpolitik“ nach wie vor ohnehin keine „Illusionen“. Und daran ändere ebenso die erfreuliche Tatsache nichts, dass sich die Regierung in Moskau auf der internationalen Bühne gegenwärtig zu Verhandlungen bereit zeige.[2614]

Mit dieser Analyse stimmte auch Maltzan überein. „Mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Westens“ empfahl er, nicht „gerade als ersten Gast Herrn Tschitscherin einzuladen“. Der Ministerialdirektor schlug hingegen vor, dass beispielsweise ein „Frühstück, an dem der Herr

---

werde die Republik letztlich „politische Konzessionen für das deutsche Volk“ erringen.

[2609] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 8, 25.11.1922, PA, Nachlass Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225143ff.). Allerdings hatte Maltzan im Hinblick auf den ersten Auftritt Außenminister Rosenbergs im Auswärtigen Ausschuss immer noch die Befürchtung, dass bei der anstehenden Diskussion über „Ostfragen, Rapallovertrag und die allgemeine politische Lage“ die „Ostfragen“ „bei dem überwiegenden Interesse an der Reparationsfrage“ zunächst einmal doch „wieder zu kurz kommen werden.“

[2610] Vgl. dazu z.B. den bei ebd. beigefügten Ausschnitt. Der hier zu findende Zeitungsartikel trägt jedoch keine Angabe über Datum und Erscheinungsort.

[2611] Siehe dazu auch Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 9, 25.11.1922, ebd. (H225141-2).

[2612] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 8, 25.11.1922, PA, Nachlass Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225143ff.).

[2613] D’Abernon, Bd.2, S.163, S.172.

[2614] Tel. Brockdorff-Rantzau, Nr. 697, 25.11.1922, bei ebd. verfilmt unter 2860/19 552 701.

Reichskanzler und der Herr Reichsminister teilnehmen, beim Herrn Staatssekretär von Haniel oder bei mir“ privatim stattfinden könne. [2615]

Überlegungen dieser Art verdeutlichten, dass die Westorientierung der deutschen Außenpolitik vorherrschend blieb. Der Ostorientierung kam eher eine Art politische Entlastungs- und wirtschaftliche Erweiterungsfunktion zu. Nur im Rahmen dieser Prioritätensetzung strebte Maltzan eine weitere Verbesserung des belasteten Rapallo-Verhältnisses zu Moskau an - ein steiniger Weg, der allerdings zumindest teilweise durch das Engagement Brockdorff-Rantzaus erleichtert wurde. Der Ministerialdirektor resümierte, dass der jüngste Aufenthalt Tschitscherins in Berlin insbesondere „dank der so gründlichen Moskauer Vorarbeiten glänzend und nach jeder Richtung hin befriedigend“ verlaufen sei.[2616]

Diese Bemerkung ließ eine heikle diplomatische Turbulenz allerdings unerwähnt. So hatte sich der neue Reichskanzler bei seiner ersten Begegnung mit Tschitscherin zwar „spontan sehr russisch eingestellt“. Als der Volkskommissar sich darauf jedoch „durchaus nicht genierte, das besprochene Spritunternehmen“, also die von deutschen Militärs angestrebte, geheime militärische bzw. rüstungspolitische Zusammenarbeit mit Moskau, anzusprechen, habe Cuno einfach „verbindlich“ zugestimmt, und zwar mit der sachlich völlig unzutreffenden Bemerkung, dies sei ja „in dem Rapallovertrag vorgesehen.“ Maltzan musste ihn nach eigenen Angaben darauf „korrigieren mit dem Einwurf, dass die von Tschitscherin hauptsächlich erwähnte verkehrstechnische Entwicklung, an der manche unserer Industriezweige beteiligt und interessiert sind, wohl dem Geiste von Rapallo entspricht, aber weder im Rapallovertrage noch durch irgendeine andere Abmachung vorgesehen sei“[2617] - ein Hinweis, der deutlich auf anderweitige, nämlich wirtschaftliche Prioritäten der amtlichen deutschen Russlandpolitik verwies. Des Weiteren achtete der Ministerialdirektor nach eigenen Angaben bei gewissen Anregungen Tschitscherins in geradezu peinlicher Weise darauf, „jeden Gegensatz zu England“ abzulehnen, auch wenn dies aus seiner Sicht zunächst „von Cuno durchaus nicht in gleicher Weise aufgenommen“ worden sei.[2618]

Unterdessen flammte in Frankreich die Debatte um die Außenpolitik der Regierung Poincaré wieder auf: Léon Blum fasste am 6. November 1922 im Rahmen einer „vernichtenden Bilanz“ seine vehemente „Kritik an der offiziellen französischen Reparationspolitik“ noch einmal zusammen und kam dabei „zu dem Schluß, dass sie erbärmlich Schiffbruch erlitten“ habe. Die Ursache dafür aber läge letzten Endes in den zahlreichen „Illusionen der Autoren des Versailler Vertrages“, die verständigungspolitische Notwendigkeiten in verantwortungsloser Weise ausblendeten.[2619]

Dass diese Kritik vorerst ins Leere lief, dessen war sich auch Maltzan bewusst. Er glaubte jedenfalls nicht, so hielt er gegenüber Brockdorff-Rantzau am 2. Dezember 1922 fest, dass ebenso „das neue

---

[2615] Aufz. Maltzan, 27.11.1922, im PA verfilmt unter L 622/L 196 704-05. Zur Ankündigung und Organisation des eintätigen Besuchs Tschitscherins in Berlin während seiner Reise nach Lausanne vgl. Aufz. Maltzan, 27.11.1922, ebd., R 83383, 076f. Zur Konferenz von Lausanne vgl. ausführlicher Thomas, Georg Tschitscherins Weg in die sowjetrussische Diplomatie, S.63ff.

[2616] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 10, 2.12.1922, ebd., NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225 109-15). Die Vorlage ist gedruckt als ADAP A VI, Nr.256.

[2617] Ebd. Es dürfte daher zumindest zweifelhaft sein, ob Cuno in der Tat ein „entschiedener Gegner der Rapallo-Politik“ war, vgl. anders der entsprechende, kommentierende Hinweis bei „Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei“, Nr.190a,b, S.413, Anm.2.

[2618] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 10, 2.12.1922, PA, NL NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225 109-15).

[2619] Vgl. Ziebura, Léon Blum, S.301.

Kabinett sehr bald auf eine Entspannung im Westen wird rechnen können".[2620] Und dies war ein deutlicher Hinweis, dass der Diplomat trotz zahlreicher Enttäuschungen an seiner Russlandpolitik vorerst festhalten würde.

Auch D'Abernon trug im Rahmen seiner Berichterstattung aus Berlin abermals vor, die Haltung Deutschlands gegenüber Sowjetrussland werde zukünftig weiterhin in einem ganz erheblichem Maße durch die Deutschlandpolitik der Westmächte bestimmt werden.[2621] In einem Schreiben an Außenminister Curzon hatte er bereits unter dem Datum des 27. November 1922 die Situation der frühen Weimarer Außenpolitik in der Zeit zwischen dem 13. und 16. April 1922 gerade auch in diesem Gesamtkontext als durchaus charakteristisch und exemplarisch bezeichnet. Denn schließlich sei es, so fasste der britische Botschafter seine Ansicht noch einmal zusammen, „now abundantly evident", „that the Rapallo Treaty was really signed by German representatives in a moment of panic, and not as the result of a deliberate policy" - eine Situation, die von den sowjetrussischen Vertretern in Genua in geschickter Weise ausgenutzt worden sei:

> "The panic which caused them to sign it was created by the idea, skilfully exploited by the Russian delegates, that a close union was being negotiated at Genoa between the Western Powers and Russia; that his union would be used against Germany; and that if Russia did not sign with Germany she would sign with the Western Powers and would become an instrument of pressure in the hands of those Powers. Everyone in the inner circle at Genoa knows the personal circumstances which increased the tendency of Germany to believe this menace."[2622]

Die „russische Karte" innerhalb der deutschen Außenpolitik und Diplomatie werde zudem dann wieder stärker an Relevanz gewinnen, wenn sich bei den Verantwortlichen in der Wilhelmstraße wiederum die Wahrnehmung verstärke, „that there is no chance of assistance from America and England". Ein Grund dafür sei nicht zuletzt die machtvolle Stellung, die Maltzan mittlerweile in Berlin besäße. Denn dieser sei immer noch von der Idee infiziert, „that salvation for Germany will come from the East."[2623]

Diese Aussage war zwar eine kaum adäquate Beschreibung der außenpolitischen Grundvorstellungen Maltzans und berücksichtigte nicht, dass die zugleich vorgetragene Analyse, die deutsche Außenpolitik sei aufrichtig um eine Integration von westlichen und östlichen Interessen bemüht, in einem erheblichen Maße auch auf den Leiter der Ostabteilung in der Wilhelmstraße zutraf. Recht deutlich trat aber hier hervor, dass es Maltzan trotz seiner mehrfach insbesondere auch dem britischen Botschafter mitgeteilten „Richtlinie", Russlandpolitik nicht gegen London zu führen, zumindest bislang nicht dauerhaft und überzeugend gelungen war, selbst einen der deutschen Außenpolitik zweifellos recht positiv gesonnenen Akteur wie D'Abernon diese Grundhaltung erfolgreich zu vermitteln. Einige Verdachtsmomente blieben jedenfalls auch Ende November 1922 noch bestehen. Und erst in seinen als Erinnerungen herausgegebenen Tagebucheintragungen, die auch die Tätigkeit Maltzans als Staatssekretär in den Jahren 1923 und 1924 sowie als deutscher Botschafter in Washington umfassten, sollte der ehemalige britische Botschafter Maltzan von dem

---

[2620] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 10, 2.12.1922, PA, NL NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225 109-15).
[2621] D'Abernon, Bd.2, S.164.
[2622] D'Abernon an Curzon, 27.11.1922, PRO, FO 371/8209, 69f., 69.
[2623] Ebd.

Verdacht einer solchen einseitigen Präferenz auch schon für die Zeit zwischen 1920 und 1922 freizusprechen.
Anfang Dezember 1922 wurde der gewachsene Einfluss Maltzans erneut in der internationalen Presse thematisiert, und zwar im negativen Sinne: Ein englischsprachiger Artikel mit dem Titel „Letters from Germany XIII - Russia and Germany“ vom 4. Dezember 1922 wies dem „Baron“ ebenfalls „a unique position“ im Auswärtigen Amt zu, wo der Diplomat schon seit geraumer Zeit sämtliche Fragen bezüglich Russland und Polen „in a dictatorial way“ bearbeiten könne. Zudem, so hieß es an dieser Stelle auch, sei es Maltzan gewesen, „who forced the diplomatically inexperienced Dr. Rathenau to sign the Russo German treaty of Rapallo during the Genoa Conference”[2624]. Das bekannte Bild von der deutsch-russischen Gefahr wurde ebenso erneuert: „Daily Mail“ forcierte in sensationsbegieriger, entstellendster Aufmachung in einem Leitartikel am 1. Dezember 1922 das Klischee, Deutschland plane mit Hilfe eines militärischen Geheimabkommens mit Sowjetrussland einen „Rachekrieg“, was nunmehr nicht mehr nur von Sthamer, sondern selbst von britischen Diplomaten als „französisches Machwerk“ interpretiert wurde.[2625]
Im direkten Gegensatz dazu berichtete Radek Maltzan offen über weitere „französisch-sowjetrussische Fühlungnahmen“. Zwar würde diese Entwicklung die „Verbindung zwischen Deutschland und Russland“ angeblich nicht nachteilig berühren. Auch der Ministerialdirektor versuchte deutlich einer weiteren antideutschen Stimmungslage auf sowjetrussischer Seite vorzubeugen, wenn er sich am 14. Dezember 1922 bei Außenminister Rosenberg für eine künftige Vermeidung von „unnötigen Unfreundlichkeiten“ einsetzte, die Radek zuvor von deutscher Seite bei einer Zollkontrolle erfahren hatte.[2626] Dennoch war diese sichtbare Annäherung zwischen Paris und Moskau aus deutscher Sicht natürlich ein durchaus hoher Stellenwert zuzuweisen. Bei „aller Missbilligung“ der französischen Deutschlandpolitik hob wenig später auch Volkskommissar Tschitscherin das in der Sache berechtigte Bestreben der sowjetrussischen Außenpolitik zu einer „politischen Annäherung“ an Frankreich nun ganz offen und nachdrücklich hervor.[2627]

6. Die Berufung zum alleinigen Staatssekretär im Auswärtigen Amt (Dezember 1922)

Anfang Dezember 1922 war die außen- und innenpolitische Gesamtlage der deutschen Republik besonders schlecht: Maltzan teilte Brockdorff-Rantzau unter dem Datum des 9. Dezember 1922 mit, die „ganze letzte Woche“ sei in einer Weise, die gegenwärtig sämtliche andere Politikbereiche geradezu lähmte, „der Beratung über die Beantwortung der französischen Sühnenote und dem Reparationsproblem gewidmet“ gewesen. Tiefe Bitterkeit gegenüber der alliierten Deutschlandpolitik war bei Maltzan dabei deutlich zu vernehmen, wenn er skeptisch betonte, auch das „neue Kabinett“ werde letztlich doch nur „den Linien des alten Kabinetts“ folgen können:

[2624] Abschrift bei PA, R 83383, 099-102 mit einem hschr. Randvermerk und der Paraphe Maltzans, dt. Übersetzung bei 103ff.
[2625] Vgl. die Mantlerdepesche aus London, 1.12.1922, ebd., R 83383, 080f., 080, die u.a. die Paraphe Maltzans trägt sowie Tel. Sthamer Nr. 317, 1.12.1922, ebd., 082-083, der um ein sofortiges offizielles Dementi bat. Siehe dazu auch Thurstan (Britisches Generalkonsulat Köln) an Addison (Britische Botschaft Berlin), 4.12.1922, PRO, FO 371/8209, 79-80, der dahinter ebenfalls französische Propaganda vermutete.
[2626] Vgl. PA, R 83383, 111f.
[2627] Siehe dazu Eichwede, S.166f.

„Gegen Gewalt“, so lautete sein Kommentar, sei „es eben sehr schwer, so lange man ohnmächtig ist, Politik zu machen.“[2628]

Die Londoner Konferenz vom 9. bis zum 11. Dezember 1922[2629], bei der erstmalig der neue britische Premier Bonar Law den Vorsitz führte, war aus deutscher Sicht ebenso nicht in der Lage, dieser Grundtendenz in der alliierten Deutschlandpolitik eine andere Richtung zu geben. Der von Reichskanzler Cuno am 10. Dezember vorgelegte Plan für eine provisorische Regelung der Reparationsfrage wurde selbst aus der rückblickenden Sicht D'Abernons von Seiten der Ententemächte viel zu kategorisch abgelehnt und die weiteren Besprechungen auf den 2. Januar 1923 nach Paris vertagt.[2630]

Vor dem Hintergrund dieser gravierenden Negativentwicklung in der „Westpolitik“ lag es nahe, dass eine weitere Abschwächung der bislang eher enttäuschend verlaufenden deutsch-russischen Beziehungen unerwünscht war. Selbst der gegen nahezu jede deutsche Russlandpolitik gerichtete innenpolitische Widerstand nahm mit Blick auf die alliierte Deutschlandpolitik zumindest vorübergehend eine passivere Haltung ein. Maltzan stellte daher fest, dass derzeit „wohl von keiner der Parteien irgendwelche Vorstösse wegen unserer Ostpolitik zu erwarten“ seien.[2631] Andererseits blieben für eine dauerhaft mehrheitsfähige Akzeptanz dieser Dimension in der deutschen Außenpolitik wirtschaftspolitische Erfolge mit symbolträchtigem Charakter unentbehrlich. Diese waren jedoch auch zukünftig allenfalls vereinzelt zu erwarten.[2632]

In der Zwischenzeit stand bereits weitgehend fest, dass der Ministerialdirektor einen weiteren Karrieresprung machen würde. Zwar blieb Maltzan höflich zurückhaltend, wenn er mit Blick auf den bisherigen Wirkungskreis unter dem 8. Dezember 1922 davon sprach, man dürfe seine „hiesige bescheidene Stellung“ durchaus nicht „überschätzen“, da er doch „lediglich wirtschaftspolitisch mit Russland zu tun“ habe und Personalentscheidungen insbesondere der Personalabteilung obliegen würden.[2633] Allerdings war seit geraumer Zeit absehbar, dass ihm insbesondere auch in Personalfragen schon bald eine überragende Bedeutung zukommen würde. Denn bereits Ende Oktober 1922 hatte D'Abernon gegenüber Außenminister Curzon festgehalten, dass Maltzan, „who had a good deal to do with the Rapallo Treaty“, trotz der enttäuschenden Russland-politischen Entwicklung der letzten Monate als einer der Favoriten in der Nachfolge des an die Vertretung des Reiches nach München versetzten Staatssekretärs für Politik, Haniel, gehandelt werde.[2634] Und die damit einhergehende Prognose des britischen Botschafters erwies sich als zutreffend: Im Protokoll der Kabinettssitzung vom 14. Dezember 1922 hieß es unter Tagesordnungspunkt fünf,

---

[2628] Vgl. Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr.12, 9.12.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225089-91) sowie Nr. 11, 9.12.1922, ebd., (H225094f.).

[2629] Vgl. hierzu u.a. Krüger, Die Außenpolitik, S.197.

[2630] D'Abernon, Bd.2, S.167ff. Die Deutung bei Fink, As a little surprise as a murder can be, S.245, die Weimarer Außenpolitik habe ihren „unbeholfenen Balanceakt im In- und Ausland“ fortgesetzt, „bis die aufgebrachten Franzosen gezwungen [Herv.d.Verf.] waren, das Ruhrgebiet zu besetzen, um die Reparationen zu kassieren“, ist in dieser Form nicht überzeugend.

[2631] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 12, 9.12.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H 225089-91).

[2632] Vgl. auch Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 11, 4.12.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40 (H225098). Siehe dazu auch den Bericht Brockdorff-Rantzaus Nr.13 vom 16. Dezember 1922, im PA verfilmt unter K 1905/K 482 416-18.

[2633] Maltzan an Krosigk, 8.12.1922, ebd., R 94330.

[2634] D'Abernon an Curzon No. 832, Confidential, 27.10.1922, PRO, FO 371/8209, 33f.

Außenminister Rosenberg habe dem Kabinett Ministerialdirektor Maltzan als Nachfolger Haniels vorgeschlagen und dafür auch die Zustimmung der Kabinettsmitglieder erhalten.[2635]
Durch diesen Aufstieg an die Verwaltungsspitze der deutschen Außenpolitik war Maltzan in der Lage, seinen ohnehin schon beträchtlichen außen- und innenpolitischen Einflussbereich nicht nur weiter zu steigern. Sowohl in amtsinterner Hinsicht wie auch mit Blick auf die deutsche Außenpolitik insgesamt potenzierte sich seine Verantwortung: Die Streichung der Stelle des Staatssekretärs Wirtschaft, die zuvor Simson eingenommen hatte, machte den Diplomaten nach der Schülerschen Amtsreform zum ersten alleinigen Staatssekretär des Auswärtigen Amts. Maltzan wurde ab Ende 1922 zur zentralen Relaisstation für sämtliche Bereiche der amtlichen Weimarer Außenpolitik - eine zweifellos gewaltige Aufgabe, die eine gesamtstrategische Beratung des jeweiligen Außenministers mit einschloss.[2636]
Die Quellen geben über die politischen Interna der Ernennung Ago von Maltzans zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt nur unzureichend Auskunft, was ebenso für die Berichterstattung in der Presse gilt. Dass diese Personalentscheidung noch auf den Willen Reichskanzler Wirths zurückging und zugleich eine Folge der insbesondere auch von Carl von Schubert „mit Nachdruck betriebenen Neuregelung der Spitzengliederung des A(uswärtigen) A(mts) mit u.a. nur noch einem Staatssekretär (auch aus Sparzwängen)“ darstellte[2637], ist plausibel, wenngleich nicht eindeutig belegbar. Gewiss werden diese Faktoren eine Rolle gespielt haben. Letztlich resultierte die Ernennung Maltzans zum Staatssekretär jedoch vor allem aus der anerkannten Bedeutung, Autorität und Führungsfähigkeit, die sich der Ministerialdirektor seit dem März 1920 in Berlin nicht nur amtsintern, sondern ebenso in den politischen Kreisen Berlins erarbeitet hatte. Ob und welche mündlichen Gespräche relevant oder entscheidend waren, bleibt offen. D’Abernon meinte festhalten zu können, dass Maltzans Ernennung zum Staatssekretär „trotz einer gewissen Gegnerschaft Eberts“ dann doch irgendwie „durchgedrückt“ worden sei. Er bezeichnete den neuen Staatssekretär im Vergleich zu seinem Vorgänger Haniel als „wahrscheinlich weniger verlässlich und beständig“[2638] - ein weiterer Hinweis darauf, dass auch bei dem britischen Botschafter gewisse Verdachtsmomente gegen den „Architekten von Rapallo“ noch vorhanden waren.
Gewichtiger und aussagekräftiger erscheint hingegen eine andere Aussage D’Abernons: Er glaubte im Aufstieg Maltzans das Bestreben der Regierung Cuno zu erkennen, die Unterstützung der gemäßigten Linken in Deutschland zu gewinnen. Daraus kann entnommen werden, dass die Sympathie, die Maltzan schon in den Jahren 1917 bis 1919 von führenden Sozialdemokraten wie Scheidemann entgegengebracht worden war, Bestand hatte und bei der Ernennung Maltzans zum

---

[2635] Vgl. AdR, Kabinett Cuno, Nr. 21. Zur „Anstellungsurkunde für Ministerialdirektor Ago von Maltzan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin als Staatssekretär im Auswärtigen Amt“, unterzeichnet von Ebert und Rosenberg, PA, Personalakten Maltzan/GA, Bd.2, 214, siehe PA, Personalakten Maltzan Bd.3, 1919-1943, 056, 060. An der Kabinettssitzung vom 16.12.1922, AdR, Kab. Cuno, Nr. 23, nahmen Maltzan und Haniel gemeinsam teil.
Nach Kaiser habe D’Abernon die Ernennung Maltzans zum Staatssekretär im Auswärtigen Amts trotz seiner “Rapallo-Verantwortung“ begrüßt: „I always found him extremely ready to give all the information in his power and with the exception of the Rapallo incident, anxious not to defend English susceptibilities.“, D’Abernon papers, 48925A, (D’Abernon an Curzon, unsent, 23.12.1922). Dies deckt sich mit einer Tagebuchaufzeichnung Lord D’Abernons vom 30.12.1921, wonach Maltzan generell die Absicht hege, in allen Punkten mit der britischen Politik konform zu gehen, zit. bei Kaiser, S.23, Anm.51.
[2636] Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang, S.301; Handbuch für das Deutsche Reich 1924, S.60; Krüger, Außenpolitik Weimar, S.204.
[2637] Schreiben von Peter Krüger (Universität Marburg) an den Verfasser vom 16.2.2004.
[2638] D’Abernon, Bd.2, S.171.

Staatssekretär im Hintergrund eine erhebliche Rolle spielte. Kurzum, so führte der britische Botschafter resümierend aus, für die Wahl Maltzan sprächen vor allem zwei Gründe:

> „Erstens: seine Klugheit und Geschicklichkeit, wie sie kaum ein anderer Beamter besitzt, und zweitens seine guten Beziehungen zu den Sozialdemokraten und den unabhängigen Sozialisten. Die Cuno-Regierung hat durch seine Ernennung in gewissem Sinne Frieden mit der Linken geschlossen.“[2639]

Allerdings: auch hier fiel die Charakterisierung des deutschen Diplomaten durchaus nicht rundum positiv aus. Zwar erkannte D'Abernon an, Maltzan habe für seine ost- und Russlandpolitischen Bestrebungen stets „auch England hinzuziehen“ wollen. „Im wesentlichen“ aber sei Maltzan dann doch ganz einfach ein versierter „Opportunist“, eine „sehr intelligente, einschmeichelnde und höchst interessante Katze“, die ohne „Vorliebe oder Voreingenommenheit“ das für Deutschland Vorteilhafte und für sich selbst nicht Schädliche verfolgen würde.[2640]

Aus rückblickender Perspektive sind freilich andere biographische und außenpolitisch relevante Momente hervorzuheben. Denn schon die Tatsache der Berufung des Direktors der Ostabteilung zum alleinigen Staatssekretär an sich zeigte in unmissverständlicher Weise an, dass Maltzan bereits Ende 1922 in der deutschen Politik mehrheitsfähig nachgewiesen hatte, dass er nicht eine einseitige ost- bzw. Russland-politische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik vertrat, sondern sich in überzeugender Weise um eine flexible wie den praktischen Erfordernissen genügende Gleichgewichtung von West- und Ostorientierung der deutschen Außenpolitik bemühte und auch zukünftig bemühen würde. Seine diplomatische Fähigkeit, außenpolitisch mehrdimensional zu denken und in diesem Gesamtgefüge die Interessen Deutschlands zu erkennen, zu formulieren und praktisch zu vertreten, wurde von weiten politischen Kreisen nicht nur respektiert, sondern begrüßt und favorisiert. Maltzan wurde Kompetenz zugewiesen, die auf Sachverstand und politischer Führungsfähigkeit basierte – eine Ansicht, die auch zukünftig die Karriere des Diplomaten mitbestimmte.[2641]

Maltzan selbst betonte gegenüber Brockdorff-Rantzau hingegen vor allem die bereits voraussehbaren Belastungen und Ambivalenzen seines neuen Amtes. Er machte in seinem Schreiben vom 15. Dezember 1922 mit der ihm eigenen Ironie deutlich, dass die zurückliegende Entwicklung für ihn durchaus nicht überraschend kam, zumal er sich eng mit Außenminister Rosenberg verbunden sah. Offenbar war er schon zuvor unter der Kanzlerschaft Wirths einige Male für die administrative Führung des Auswärtigen Amts in Aussicht genommen worden:

> „Wenn diese Zeilen Sie erreichen, wird Haniels Ernennung für München wohl perfekt sein und das Schicksal, das ich nun schon zum dritten Male von mir abzuwenden versuchte, wird mich diesmal wohl erreichen, da ich dem Corpsbruder und Freund [Rosenberg, Anm.d.Verf.] den Dienst nicht ablehnen durfte, um den er mich gebeten hat. Ich weiß genau, dass ich damit einem frühen und raschen Ende entgegengehe und möchte Sie nur bitten, mein sehr verehrter Herr Graf, dass Sie mir in dieser kurzen Zeit,

---

[2639] Ebd.
[2640] Ebd.
[2641] Nach ebd., Bd.3, S.142, sei im Dezember 1924 dann schließlich sogar Reichspräsident Ebert mit der Frage an Maltzan getreten, ob er nunmehr nicht „Außenminister werden wolle“.

> in der mir noch eine politische Tätigkeit gestattet ist, Ihr Mitgefühl und Ihr Vertrauen nicht versagen.“[2642]

Geradezu zwangsläufig aber musste das neue Amt, bei dem das Gesamtpanorama der deutschen Außenpolitik nunmehr alltäglich verankert war, Maltzan von einer weiteren Fokussierung insbesondere auf Russland-politische Einzelfragen eher wegführen. Brockdorff-Rantzau kommentierte das schon jetzt im Ganzen zynisch[2643], ergab sich doch daraus insbesondere für sein Verhältnis zu Maltzan die Gefahr einer gewissen Entfremdung.

Einem Stimmungswechsel bei Brockdorff-Rantzau schien Maltzan auch deshalb von Anfang an vorbeugen zu wollen: Obgleich in der Sache schon mehr als deutlich erkennbar war, dass mit der neuen Position nun in einem noch viel stärkeren Maße ständig eine schmerzhafte Diskrepanz zwischen Russland-politischen Wünschen bzw. Hoffnungen, westpolitischer Rücksichtnahme und dem tatsächlich außenpolitisch Erreichbaren einhergehen würde, versicherte Maltzan dem ehemaligen Außenminister eindringlich, die bisherige Linie so weit wie möglich beizubehalten.[2644] Er werde jedenfalls, so führte er aus, „auch an der anderen Stelle in erster Linie“ für sein „russisches Kind leben, wenn es auch aus taktischen Gründen nach außen hin den Anschein haben wird, als ob ich das westliche Verhältnis pflegen muß“.[2645]

Das war zweifellos eine recht eigentümliche Diktion. Einerseits ist zu vermuten, dass dieser Sprachgebrauch in erster Linie darauf ausgerichtet war, Brockdorff-Rantzau zu beruhigen und ihn in seinem bereits an den Tag gelegten großen Engagements in Moskau nicht zu bremsen. Mit der Wortwahl vom „russischen Kind“ jedoch wollte Maltzan wohl nicht zuletzt andeuten, wie viel inhaltlich letztlich noch ausgangsoffene Entwicklungszeit im deutsch-russischen Verhältnis einzuplanen war, um dann vielleicht einmal von zuverlässigen, etablierten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen sprechen zu können. Dennoch stehe er, so Maltzan weiter, „die Haltung des neuen Kabinetts“, „was die Ostpolitik betrifft“, „vollkommen fest“. Und daran werde sich auch vorerst „nichts ändern“, wofür er „heute mehr denn je garantieren“ könne.[2646]

Zur Zufriedenheit Maltzans fiel daraufhin auch die Antwort Brockdorff-Rantzaus[2647] wohlwollend aus, was nicht nur die von Respekt und Vertrauen getragene Zusammenarbeit zwischen beiden Persönlichkeiten noch einmal unterstrich. Beide Karrierediplomaten sollten ihre Ämter nachfolgend

---

[2642] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, o.Nr., 15.12.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az.40 (H 225 083-88). Die Vorlage ist auch gedruckt bei ADAP A VI, Nr. 277. Als Politiker, so hielt Brockdorff-Rantzau hier am Rande fest, sei jemand „prädestiniert“, wenn sein „Metier“ die „Dichtkunst und sein Beruf Idealist“ sei.

[2643] Vgl. Brockdorff-Rantzau an Maltzan, 17.12.1922, NL Brockdorff-Rantzau, Az.40 (H225071).

[2644] Zum Thema „Cuno und die Ostpolitik“ vgl. u.a. den Vorwärts vom 18.12.1922, Ausschnitt mit Paraphe Maltzans bei PA, R 83438, 028. Maltzan bat unter dem 20.12.1922 darum, ihm die „Erklärungen von Sonnabend und Sonntag im ‚Vorwärts’ und in der ‚Germania’“ zu übermitteln, „wonach sich Vereinigte Sozialdemokraten und Zentrum vollkommen auf den Boden der bisherigen Russenpolitik gestellt haben“. Duplikate davon seien „umgehend“ auch Brockdorff-Rantzau zuzusenden, ebd., 030.

[2645] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, o.Nr., 15.12.1922, ADAP A VI, Nr. 277.

[2646] Ebd.

[2647] Siehe zur Antwort Brockdorff-Rantzaus dessen Schreiben vom 20.12.1922, PA, NL Brockdorff-Rantzau, Az. 40, im PA verfilmt unter 9101/H 225 061-65. Hier heißt es u.a.: „Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass Ihre Ernennung zum Staatssekretär ein Abschnitt von grosser Tragweite, vielleicht auch für mich, bedeutet. Dass Sie (s)ich dem Rufe nicht entziehen konnten, verstehe ich vollkommen, „Mitgefühl“ brauchen Sie von mir wahrhaftig nicht zu verlangen. Wogegen ich aber unbedingt Einspruch erhebe, ist, dass Sie für (s)ich ein frühes und rasches Ende voraussehen. Vielleicht sind Sie noch zu sehr in den klassischen Traditionen des Catherineums befangen und glauben wirklich, dass jung stirbt, wen die Götter lieben.“

geradezu „leidenschaftlich“ und unter Inkaufnahme von zahlreichen persönlichen Belastungen ausfüllen.[2648]

Künftige Russland-politische Desillusionierungen zeichneten sich allerdings bereits erneut ab. Nach Maltzan ließ Radek durchaus drohend „durchblicken“, „dass Russland künftig, ohne seine traditionelle Linie mit Deutschland zu verlassen, sich mehr an Frankreich wie an England werde halten müssen“.[2649] Das war eine Bemerkung, die abermals deutlich belegte, dass das deutsch-sowjetrussische Verhältnis keinen Allianzcharakter besaß. Überdies hieß es kurze Zeit später sogar in der französischen Diplomatie, Tschitscherin habe vier Tage nach der am 11. Januar 1923 beginnenden Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen[2650] den Wunsch der sowjetrussischen Außenpolitik erneuert, zu einem Wirtschaftsabkommen mit Paris zu gelangen. Der Volkskommissar betonte demnach aber nicht nur die Tatsache, dass der Rapallo-Vertrag „aucune convention d´ordre militaire“ beinhalte. Es stehe Moskau sogar frei, Paris im Falle einer deutschen Aggression zu unterstützen.[2651]

Darüber hinaus gibt es noch weitere Belege, die Zweifel an dem erheben, was das kollektive Gedächtnis in der Regel mit dem Mythos „Rapallo“ verbunden hat: Paul Scheffer wies am 23. Januar 1923 im Berliner Tageblatt darauf hin, dass in Moskau erneut der „revolutionäre Gedanke gegen den diplomatischen aufgeholt“ habe. In Paris hingegen sei die Vorstellung lebendig, ein besetztes Rheinland lasse sich vor allem auch dann in die Arme Frankreichs treiben, „wenn der Rest Deutschlands sich bolschewisiere“. Aus dem restlichen, noch als Deutschland zu erkennenden Teil ließen sich dann, so meinte Scheffer gegenwärtige strategische Pläne französischer Politiker und Militärs referieren zu können, enge politische Verbindungslinien nach Polen spannen, womit die französische Hegemonie auf dem europäischen Kontinent vollendet werde.[2652]

Wie immer man die Kausalfaktoren für die mit dem 11. Januar 1923 abermals entstandene, schwere europäische Krise gewichtet - dem Rapallo-Vertrag kam dafür keine Verantwortung zu. Auch wenn zum Beispiel Lloyd George[2653] den Ruhreinmarsch im Nachhinein wesentlich mit dem Ereignis vom

---

[2648] Vgl. hierzu z.B. Maltzan an Brockdorff-Rantzau, Nr. 14, 22.12.1922, ebd. (H225049-51). Hier heißt es u.a.: „Die Arbeit ist hier noch viel intensiver wie früher. Der einzige Lichtblick ist und bleibt das Auto, womit mir die Gelegenheit gegeben ist, bei Tage i.e. zweites Frühstück ab und zu meine Frau und mein Kind zu sehen. Da ich letzteres nachts nicht stören durfte, sah ich es nur manchmal Sonntag nachmittags.“ Siehe des Weiteren, insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen und zu erwartenden Belastungen des neuen Amts als Staatssekretär auch Maltzan an Brockdorff-Rantzau, 29.12.1922, ebd. (H225027-33).

[2649] Maltzan an Brockdorff-Rantzau, o.Nr., 15.12.1922, ADAP A VI, Nr. 277.

[2650] Zu den Hintergründen der Ruhrbesetzung vgl. Fischer, The Ruhr Crisis; Artaud, Die Hintergründe; Schwabe, Die Ruhrkrise 1923 sowie Quellenedition von Erbar. Die Note Frankreichs und Belgiens über die Besetzung des Ruhrgebietes vom 10.1.1923 sowie der protestierende Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung vom 11.1.1923 sind gedruckt bei: Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919-1963, Nr.8 und Nr.9, S.32ff. Im Aufruf Eberts und der Reichsregierung heißt es bei ebd., S.34 einleitend: „An das deutsche Volk! Ein neuer Gewaltstreich ist auf Deutschland herniedergegangen. Mit wohlberechneter Wucht trifft der Schlag der französischen Faust den unbeschützten Lebenspunkt der deutschen Wirtschaft, längst vorhergesehen und doch unerwartet.“

[2651] Aufz. o.U., 15.1.1923, MAE, Corr. Pol. et Com., Série Z, U.R.S.S. 351, 20. Die Vorlage trägt u.a. am oberen Rand den hschr. Vermerk „Note de M. Grenard“. Grenard war offenbar „Consul Général“ und „Chef du Service Russe“ im „Ministère du Commerce et de l´Industrie“.

Nach einer vertraulichen Aufz. vom 22.1.1923, ebd., 21, soll sich Tschitscherin den offiziellen sowjetrussischen Protesten gegen die Besetzung des Ruhrgebietes in Bezug auf dessen Wunsch einer Annäherung an Frankreich angeblich nur zögerlich angeschlossen haben. Und diese Haltung hatte offenbar durchaus Erfolg: Nach dem Titel eines Artikels im „Le Quotidien“ vom 17. März 1923 war die französische Regierung bereit, „à signer un accord avec les Soviets“, Ausschnitt bei ebd., 140. Siehe dazu auch verhaltener die Frage des „L´Ouest-Eclair“ vom 23. März 1923: „Pouvons-nous et devons-nous rétablir les relations économique avec la Russie“?, Ausschnitt bei ebd., 183.

[2652] Gedruckt bei: Scheffer, Augenzeuge, S.134ff., hier S.138.

[2653] Zu der 1929 von Lloyd George angeblich geäußerten Ansicht, ohne Rapallo hätte es auch das französische

Ostersonntag 1922 begründete: Der von Rathenau und Tschitscherin unterzeichnete deutsch-russische Vertrag an für sich bildete tatsächlich weder unmittelbar noch mittelbar den „erwünschten Anlass“[2654] noch einen von deutscher Seite selbst „provozierten“[2655] „Ausgangspunkt des Entscheidungsprozesses, der Poincaré schließlich im November 1922 die Idee der Ruhrbesetzung befürworten ließ“[2656]. Vielmehr hatte sich dieser Schritt bereits seit der ersten Jahreshälfte 1921 wiederholt bedrohlich angekündigt.[2657]

Die Gründe und Motive für die französische Entscheidung, die zuweilen als Resultat einer „dreifache Krisen - industriell, politisch und finanziell“[2658] beschrieben wurden, lagen tiefer und waren komplex. Hingegen hatte die politische Wahrnehmung des Rapallo-Vertrages selbst in Frankreich in der zweiten Häfte des Jahres 1922 nachhaltig an Bedeutung eingebüßt. Diese Relevanzreduktion sollte sich zwischen 1923 und 1945 verstärken, auch wenn das Stichwort insbesondere in Großbritannien weiterhin regelmäßig auftauchte.[2659]

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Staatssekretärs in der Wilhelmstraße hatte unterdessen bereits vor der Besetzung des Ruhrgebiets deutlich gemacht, dass der „Architekt von Rapallo“ die Russlandpolitik weiter modifizierte und die deutsche Verständigungspolitik gegenüber dem ‚Westen’ inhaltlich zu stärken versuchte. So begrüßte Maltzan den französischen Botschafter in Berlin, Pierre de Margerie[2660], am 21. Dezember 1922 nicht nur als „alten Pekinger Bekannten“. Der deutsche Diplomat war zugleich bemüht, zu einem möglichst konstruktiveren Dialog zu finden. Spürbar gereizt über die vielfachen Entstellungen seiner bisherigen außen- und Russland-politischen Vorstellungen und Ziele wies er Margerie eindringlich darauf hin, dass er sein Denken und Handeln keineswegs „nur auf den Osten“, sondern bereits in den Jahren zuvor immer „auf die gesamte Politik hin“ ausgerichtet habe:

Ruhrabenteuer nicht gegeben, vgl. Graml, Europa zwischen den Kriegen, S.154; Pogge von Strandmann, Rapallo-Strategy in Preventive Diplomacy, S.142, der aber ebenso den Druck des Bloc National auf Poincaré zu diesem Schritt hervorhebt. Zur nachträglichen, negativen Charakterisierung Poincarés durch Lloyd George vgl. Lloyd George, The Truth about Reparations and War-Debts, u.a. S.66.

[2654] Michalka, Deutsche Außenpolitik 1920-1933, S.312 bzw. ders., Die Außenpolitik von Weimar (I), S.401.

[2655] Krüger, The European East and Weimar Germany, S.11.

[2656] Vgl. gegenteilig Jeannesson, S.75ff. Siehe dazu auch Bariéty, Peter Krüger, S.519, der in Rapallo „eine Alternative für die junge Republik von Weimar“ sah und die m.E. zutreffende These Peter Krügers bestreitet, dass es seit 1919 einen deutschen „Befriedigungs- und Kooperationswillen“ mit den Ententemächten gegeben habe, die auch „Rapallo“ nicht grundlegend habe in Frage stellen können.

[2657] Ein Beispiel ist das Schreiben Saint-Aulaires an Berthelot, Tel. Nr. 309-315 (extrême urgence), 25.4.1921, über ein Gespräch zwischen Briand und Lloyd George am Nachmittag zuvor, DDF 1921, Tome I, Nr.316, S.501f. Hier heißt es u.a. : « (Briand) ajoute que le gouvernement français n’est pas hypnotisé sur l’occupation de la Ruhr, mais qu’alors, on lui indique comment on peut aboutir autrement aux réalités immédiates indispensables. […] (Lloyd George): 1. Quand ferait-on l’occupation de la Ruhr ? (Briand): Le plus tôt possible serait le mieux. Tout est prêt. Ce ne sera pas plus difficile que la dernière fois. Les ouvriers de la Ruhr, du moment que leur liberté et leur ravitaillement seront assurés, n’y sont pas opposés, car ils savent que les trusts de Stinnes et l’esprit impérialiste allemand les mettent en danger. » Vgl. dazu auch ebd., Nr. 85 und Nr. 314. Bei ebd. (Foch an Seydoux, 22.4.1921) heißt es einleitend : « L’occupation de la région industrielle de la Ruhr est préparée de telle sorte que l’ensemble des mesures économiques décidées puisse y être appliqué sans hésitation et sans aucun retard en même temps que se fera l’occupation militaire. » Siehe hierzu des Weiteren ebd. (DDF 1921), Tome I, Avertissement, XI.

[2658] Vgl. hierzu in Bezug auf entsprechende Äußerungen Tardieus u.a. Dülffer, Die französische Deutschlandpolitik, S.597f., hier in Bezug auf die Thesen McDougalls. Vgl. zu den Motiven Poincarés u.a. auch Baechler, L´Aigle et l´Ours, S.247 und Jeannesson.

[2659] Siehe dazu Salzmann, Great Britain, Germany and the Soviet Union. Der Verfasser der hiesigen Studie bereitet einen Beitrag mit dem Arbeitstitel “Rapallo – Zeitgeschichte eines Mythos, 1923-2006“ vor. Die ‚eigentliche’ „Geburt“ des „doppelten Mythos“ erfolgte erst nach 1945, vgl. Wheeler-Bennet, Twenty Years, S.28f. sowie Grottian, S.306 in Bezug auf die Zeitschrift der sowjetischen Militärverwaltung vom März 1949, in der ein „großer Leitartikel mit dem Titel ‚Der Geist von Rapallo’“ erschien.

[2660] Vgl. zu Margerie die Biographie von Auffray.

> „Ich erwiderte Margerie, dass die Ostfragen schon immer eine Berücksichtigung der Gesamtpolitik benötigt hätten, insbesondere sei es immer mein Bemühen gewesen, wirtschaftliche Vertreter der Westmächte für den Wiederaufbau der Wirtschaft in Russland zu interessieren. Es sei kein Geheimnis, dass dies mit England seit längerer Zeit geglückt sei, ich freue mich aber, feststellen zu können, dass meine schon vor 1 1/2 Jahren mit Herrn Berthelot auf der französischen Botschaft diesbezüglich aufgenommenen Versuche nunmehr etwas Aussicht auf Erfolg hätten. Es hätten sich vier deutsch-russisch-französische Interessengemeinschaften gebildet, die mehr oder weniger stark in der Entwicklung seien.“[2661]

Maltzans Bestreben, eine teilweise in der Wirtschaft schon sichtbare, länderübergreifende ökonomisch-finanzielle Interessenallianz in Russland unter Einschluss Frankreichs zu fördern, wird deutlich. Um Elemente des Vertrauens in den deutsch-französischen Beziehungen zu schaffen, war zweifellos noch ein weiter Weg zu gehen. Als ein erster Schritt in diese Richtung erschien ihm jedoch unter anderem eine ausführliche, persönlich vorgetragene Aufklärung über die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrages. Denn auch diesem Dialog ging Maltzan nicht aus dem Weg. Und seinen Angaben zufolge zeigte Botschafter Margerie für die damit einhergehende deutsche Darstellung und Argumentation in der Sache durchaus Verständnis.[2662]

Offen bleibt an dieser Stelle, ob Maltzan in Bezug auf seine Tätigkeit in den Jahren 1923 und 1924 als „bedeutender“[2663] Staatssekretär des Auswärtigen Amts gelten kann oder nicht. Ebenso ist eine zusammenfassende Bestimmung der historischen Größe und Grenze des Diplomaten insgesamt der Schlußbetrachtung am Ende des zweiten Teils seiner politischen Gesamtbiographie vorbehalten. Ein nachträgliches Glückwunschschreiben Schlesingers brachte allerdings bereits im Vorfeld der nun anstehenden Führungsaufgabe Maltzans eine in Berlin offenbar verbreitete, wohlwollende Erwartungshaltung zum Ausdruck: „Vielen sind Sie Hoffnung“, so teilte Schlesinger dem neuen Staatssekretär mit. Maltzan möge sich deshalb auch in seinem neuen Amt bestens bewähren und ehrenwerte Ziele verfolgen − wohlwissend, dass sein „wirklicher Kampf“ erst jetzt beginne und dass niemand vorhersagen könne, „wie Sie aus ihm hervorgehen werden.“[2664]

[2661] G.A. Maltzan, 21.12.1922, ADAP A VI, Nr. 285.

[2662] Ebd. Hier heißt es im Wortlaut u.a. auch: „Im Laufe der Unterhaltung hatte ich Gelegenheit, Herrn Margerie über die lokale Entwicklung in Rapallo aufzuklären und ihn darauf hinzuweisen, dass die Weiterentwicklung unserer östlichen Verträge im Westen vollkommen objektiv aufgefasst sei, was er mir durchaus bestätigte.“

[2663] Vgl. die Erinnerungen von Riesser, S.97.

[2664] Schlesinger an Maltzan, o.D. (ca. Ende 1922), PA, NL Schlesinger, Bd.2, 007-008.

Rapallo Revisited

Die Bewertung des Rapallo-Vertrages gehört zu den großen Kontroversen der Zeitgeschichte. Entwicklung und Stand der Forschung zu diesem Thema zeigen, wie stark Geschichtswissenschaft von sich weithin diametral gegenüber stehender und wiederum in sich mehrstimmiger ‚Lagerbildung' geprägt sein kann. Die Gesamt- und Einzelthesen, die dabei von den miteinander ringenden Parteien seit den 1950er Jahren präsentiert wurden, legten geradezu ständig Umdeutung und Umbewertung nahe. Überdies durchbrachen sie fortlaufend nationale Grenzen und unterlagen zum Teil deutlich zeitgeistbedingten Einflüssen.[2665]

Die der Geschichts- und Politikwissenschaft gleichermaßen aufgetragene Pflichtaufgabe, sich der Entstehung und Bedeutung des berühmt-berüchtigten deutsch-russischen Vertrages vom 16. April 1922 in „allen Verästelungen mit Sorgfalt anzunehmen"[2666], hat Willy Brandt bereits 1967 als Außenminister in seiner Rede zum 100. Geburtstag Walther Rathenaus im Auditorium maximum der Freien Universität Berlin formuliert. Die Rapallo-Forschung hat sie, im Ganzen gesehen, trotzdem nur bedingt erfüllt. Denn schon aufgrund der beständigen Deutungsunsicherheit im Ergebnis verblieb ein Gefühl der Unzufriedenheit. Und im Grunde konnte sich Rapallo dem ‚Rost der Historisierung' insbesondere deshalb widersetzen, weil dies die Konsequenz der ungelösten wissenschaftlichen Streitgeschichte darstellt, die diese Thematik zum Gegenstand hat.

Die vorliegende Studie trägt maßgeblich zu der seit langem vermissten Klärung wichtiger „Details und Einzelprobleme"[2667] bei. Ihr biographischer Zugriff lässt nicht nur die Person des deutschen Diplomaten Maltzan in einem neuen Licht erscheinen. Aus der Untersuchung resultiert ein Erkenntnisgewinn, der zentrale Thesen der bisherigen Rapallo-Forschung als hinfällig ausweist, sie hinsichtlich der Quellenbasis in mehreren Punkten erheblich verbreitert und damit auf eine neue Interpretationsgrundlage stellt. Das Ergebnis lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Bündnisähnlichen Charakter hatte der Vertrag von Rapallo noch nicht einmal annähernd. Im Gegensatz zu beiden, seit 1969/70 miteinander konkurrierenden Paradigmata gingen mit der Vertragsunterzeichnung am Ostersonntag 1922 auf deutscher Seite keine Intentionen einher, die sich in einem offensiven Sinne als „machtpolitisch" oder auch als „gleichgewichtspolitisch" beschreiben lassen. Strategische Motive dieser Art spielten, wenn überhaupt, eine sehr nachrangige Rolle.

Dies lag vor allem daran, dass es ‚offensiven' bzw. ambitionierten außenpolitischen Überlegungen nach nahezu identischer Auffassung Maltzans, Rathenaus und Wirths im April 1922 erkennbar an Realitätsnähe mangelte − auch wenn an das Auswärtige Amt seit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1919 derartige „Russland-politische Programme" mannigfach herangetragen worden waren. Die äußerst schwache internationale Gesamtposition der deutschen Demokratie schloss jede Form von Machtpolitik aus und die Ambivalenz jeder politischen Beziehung mit Moskau war offenkundig. Sie fand ihren sichtbarsten Ausdruck in der kommunistischen Propaganda und in den damit verbundenen Umsturzversuchen in Deutschland, die von der sowjetrussischen Regierung fortlaufend unterstützt und nach Rapallo sogar noch verstärkt wurden. So blieb das innere Verhältnis zwischen den Vertragsparteien durch gegenseitiges Misstrauen zutiefst deformiert.

[2665] Vgl. dazu näher Joeres, Forschungsbericht Rapallo.
[2666] Willy Brandt, Deutsche Außenpolitik nach zwei Weltkriegen, S.933f.
[2667] Alter, S.511, S.517.

Symbolhaft äußerte sich dies in der Tatsache, dass die für das vollständige völkerrechtliche Inkrafttreten des Rapallo-Vertrages erforderlichen Ratifikationsurkunden erst über neun Monate später, am 31. Januar 1923, ausgetauscht und hinterlegt wurden.

Aus deutscher Handlungsperspektive beruhte der *Zeitpunkt* des Vertrages ausschließlich auf defensiv ausgerichteten, finanziell-rechtlichen Überlegungen, die zu sofortigem Handeln drängten. Mit dem Vertrag vom 16. April 1922 erreichte die Weimarer Außenpolitik die Abwehr zusätzlicher gegen Deutschland gerichteter Reparationsansprüche bzw. die Zurückweisung der von den Alliierten angestrebten, politisch hochbedeutsamen Miteinbeziehung Russlands in das Versailler Schuldner- und Gläubigersystem. Der Vertrag, der in seinen Grundlinien seit Februar 1922 dem britischen und französischen Botschafter in Berlin bekannt war, richtete sich daher nur in diesem einen konkreten Punkt gegen „Versailles“: Es ging der Weimarer Außenpolitik in allererster Linie um die Unschädlichmachung von Artikel 116 Abs. 3 des Versailler Vertrages.

Dieser Unterartikel stellte eine Deutschland aufgezwungene völkerrechtliche vertragliche Vereinbarung zugunsten eines Dritten (Russland) dar, gegen die schon die deutsche Friedensdelegation im Mai 1919 vehement protestiert hatte. Sie war von den Alliierten seinerzeit mit dem Ziel einer dauerhaften deutsch-russischen Trennung entwickelt worden und ermöglichte am Ostersonntag 1922 einen Akkord zwischen Berlin und Moskau. In Artikel 1a als wichtigstem Punkt des Rapallo-Vertrages vereinbarten die deutsche und die sowjetrussische Regierung den gegenseitigen Verzicht auf Ersatz von Kriegskosten und Kriegsschäden sowie von Zivilschäden. Sie erneuerten damit jene Regelung, die bereits 1918 grundlegend vereinbart, aber durch den Versailler Vertrag aufgehoben worden war.

Für die anderen schwebenden Fragen im deutsch-russischen Verhältnis konnte Rapallo jedoch allenfalls ein Fundament legen. Der Vertrag nahm die Gestalt eines unausgefüllten, noch überaus grob wirkenden Rahmens an. Eine Weiterentwicklung der deutsch-russischen Abkommen, die am 6. Mai 1921 – in der Nachfolge eines entsprechenden Schritts der britischen Außenpolitik – federführend von Maltzan unterzeichnet worden waren, gelang nicht. Im Ganzen gesehen inhaltsarm bzw. inhaltsoffen blieben die in Artikel 3 Rapallo-Vertrag vereinbarte Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die Meistbegünstigungsklausel in Artikel 4 und die deklaratorische Absichtserklärung in Artikel 5, sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedürfnisse „in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenzukommen“. Außer dem gegenseitigen Verzicht auf die Erstattung der Aufwendungen für Kriegsgefangene in Artikel 1c mussten sämtliche „durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teils geratenen Handelsschiffe“ ungelöst vertagt werden (Artikel 1b). Der deutsche Verzicht auf öffentliche und private Ansprüche, die sich aus den sowjetrussischen Enteignungsgesetzen in der Folge der Oktoberrevolution von 1917 ergaben, wurde unter dem Vorbehalt zugestanden, dass die Regierung in Moskau „auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt“. Damit blieb der aus deutscher Perspektive innenpolitisch sensible Artikel 2 vom Verlauf der Verhandlungen Russlands mit den Alliierten abhängig.

Eine Liquidation der das deutsch-russische Verhältnis belastenden Probleme kam somit in wesentlichen Punkten nicht zustande. Der Vertrag nahm vielmehr folgende Funktion ein: Zum einen stellte er das Resultat einer sehr begrenzten und nur partiell gelungenen deutsch-russischen Interessenidentität dar. Zum anderen fungierte er, aus deutscher Sicht, als Verteidigung berechtigter

finanzieller Interessen und, aus sowjetrussischer Sicht, als Aufwertung der eigenen internationalen Position, wobei sich diese Aufwertung in der von Moskau weitergeführten Kontinuität konsequenter Nichtanerkennung der von den „kapitalistischen“ Siegermächten den Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges aufoktroyierten Verträge bewegte.

Diese Rapallo-Verbundenheit zwischen Berlin und Moskau entfaltete keine politische Nähe. Zu irgendeinem Grad an Intimität in den deutsch-sowjetrussischen Beziehungen kam es nicht. De facto blieb der Vertragsinhalt neben der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Ergebnis vorerst nur auf die Nichtrealisierung des Russland im Versailler Vertrag vorbehaltenen Reparationsanspruchs beschränkt, der jetzt seinem seit Januar 1920 aufgebauschten, politisierten Gewicht entkleidet werden konnte. Daran änderte auch das Verhalten der polnischen Regierung nichts, die noch während der Konferenz von Genua ausdrücklich betonte, dass Polen als Nachfolgestaat des russischen Zarenreichs seinen auf Art. 116 Abs. 3 VV gestützten Anspruch gegen Deutschland weiterhin geltend machen werde.

Das schiefe Rapallo-Bild ist von der bisherigen Forschung in der Regel mit einem noch schieferen Maltzan-Bild begründet worden. Denn diametral zur gängigen Auffassung gehörte der keineswegs „so konservative“ Diplomat schon in der wilhelminischen Zeit eher zu den um Deeskalation und Verständigung bemühten Kräften im Auswärtigen Amt. Maltzan blickte in Bezug auf die Zeit zwischen 1914 und 1918 auf mehrere schwere Enttäuschungen und Konflikte, unter anderem mit Ludendorff, zurück. Bei der von ihm unmittelbar miterlebten und mitgeprägten Abdankung Kaiser Wilhelms II. sprach er von „unmöglichen Combinationen der Vergangenheit und Zukunft“, denen der Monarch bis zu seinem politischen Ende „tragisch“ verfallen gewesen sei.

In seiner wichtigen Rolle als für die deutsche Ostpolitik verantwortlich zeichnender Ministerialdirektor handelte der „Architekt von Rapallo“ im Ergebnis lediglich gemäß der ihm zugewiesenen Aufgabe. Während der entscheidenden Tage zwischen dem 13. und 16. April 1922 nahm Maltzan die Rolle eines wachsamen, versierten Rechtsanwalts Deutschlands in den internationalen Beziehungen ein, der seinem Beruf gemäß vor allem auch anspruchsrechtliche, hier finanzielle Interessen seines Landes in der russischen Frage zu wahren hatte bzw. sich für deren Verteidigung einsetzte.

Das Denken und Handeln des Diplomaten orientierte sich dabei an dem zuvor und auch danach von Maltzan eingehaltenen Grundsatz, den schwierigen Weg „nach Moskau über London“ zu gehen und im Allgemeinen immer erst „fünf Minuten nach England“ Russland-politisch tätig zu werden. Rapallo bildete die Ausnahme von dieser Regel, weil dem Gesamtvorgang eine Ausnahmesituation zugrunde lag. Überdies hatte der Ministerialdirektor in der ersten Woche der Konferenz von Genua die maßgeblichen britischen Vertreter in der Tat mehrfach vorgewarnt, er werde in der gegenwärtigen Situation sichtbar gefährdete finanzielle Rechte seines Landes bei der von ihm befürchteten Fortsetzung einer dilatorischen Behandlung Deutschlands nötigenfalls bilateral absichern. Dadurch wurde die bisher vertretene Ansicht widerlegt, Maltzans Aufzeichnungen in Bezug auf die „letzten Vorgänge vor dem Abschluss des deutsch-russischen Vertrages“ seien verschleiernd und insgesamt als raffinierte Entstellung einzuschätzen.

Die eingangs skizzierte, spektakuläre These, der Diplomat habe am 15./16. April 1922, seinen eigenen Außenminister Rathenau mit verschlagenen Methoden zur Vertragsunterzeichnung am Ostersonntag gedrängt, ist eine Fehldeutung, deren jahrzehntelange Präsenz in der wissenschaftlichen

Zeitgeschichtsschreibung befremdet. Sie beruht auf zum Teil geradezu abenteuerlichen Vorurteilen gegenüber Maltzan und der unkritisch tradierten Vorstellung einer entscheidenden „Pyjama-Konferenz“ in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922. Geleitet wurde die ‚Phantasie’ der Historiker und Historikerinnen hierbei wohl letztlich von dem verständlichen, aber aus historiographischer Sicht fatalen Wunsch, den „guten“ Rathenau von dem als vermeintlich „böse“ identifizierten Rapallo-Vertrag in Schutz zu nehmen und mit Maltzan einen Sündenbock präsentieren zu können.

Ausschlaggebend für den dramatischen Ablauf, der in die Unterzeichnung des Vertrages am Ostersonntag 1922 mündete, war hingegen die Konferenzregie der führenden Ententemächte bzw. ihr Abweichen vom zuvor auch in der zentralen russischen Frage zugesagten Prinzip gemeinsamer, tatsächlich gleichberechtigter Erörterung: Schon im März 1922 hatten sie über mehrere Wochen hinweg in schwierigen interalliierten Verhandlungsrunden einen Vertragvorentwurf mit Moskau ausgearbeitet (Londoner Memorandum). Diese Vorlage negierte, was im Auswärtigen Amt seit Ende März 1922 bekannt war, nahezu sämtliche deutsche Finanzinteressen in der russischen Frage. Sie diente den Alliierten nichtsdestoweniger ab dem 13. April 1922 als Grundlage für Separatverhandlungen mit der sowjetrussischen Genua-Delegation, die sie unter Ausschluss der deutschen Vertreter dann ab dem 14. April 1922 ganztätig durchgeführten. Und in deren Verlauf drängten der britische Premier Lloyd George und der französische Delegationsleiter Barthou eindringlich („We want agreement“) Volkskommissar Tschitscherin zur sofortigen Unterzeichnung eines Vertrages auf der Basis des Londoner Memorandums.

Die Außenwirkung dieser Vorgehensweise war verheerend. Außenminister Rathenau zeigte sich am Karfreitagabend, 14. April 1922 über die Vorgehensweise der Alliierten tief enttäuscht. Ein kurz zuvor erfolgter Besuch des italienischen Vertreters Giannini entpuppte sich als verstärkendes Element in seiner aktuellen, stark negativen Einschätzung der deutschen Lage in der russischen Frage. Es kam zu weiteren Gerüchten über eine unmittelbar bevorstehende Einigung der Entente mit Sowjetrussland. Am Abend des 15. April 1922 machte unter anderem Finanzminister Hermes seine Niedergeschlagenheit deutlich. Von den britischen Vertretern wurden keine genauen Angaben über den Verlauf der Gespräche in der Villa des britischen Premiers gemacht. Die von deutscher Seite aus erbetene Rückversicherung, England werde die Interessen Deutschlands auf diesem Gebiet nicht preisgeben, traf nicht ein. Auf die dreimal von Rathenau vorgetragene Bitte zu einem persönlichen Gespräch mit Lloyd George erfolgte keine Reaktion.

Einvernehmlich schätzten Maltzan, Rathenau, Gaus und Wirth deshalb spätestens seit dem späten Karfreitagabend 1922 die gegenwärtige Lage als schwere Bedrängnis deutscher Interessen auf dem Gebiet der Russlandpolitik ein. Die tatsächliche Realisierung des in Artikel 6 Londoner Memorandum explizit untermauerten russischen Reparationsanspruchs gegen Deutschland gemäß Artikel 116 Abs. 3 VV hätte aus ihrer Sicht zu weiteren, unübersehbaren wirtschaftlich-finanziellen sowie innen- und außenpolitischen Lasten geführt. Alte Einkreisungssorgen traten zum Vorschein. Die entscheidenden deutschen Akteure fühlten sich − abermals − zur Ausfüllung einer Objektrolle degradiert. Schließlich blickten sie trotz ihrer belegbaren westpolitischen Verständigungsbereitschaft bereits auf eine einzigartige Kette schwerer bis schwerster außenpolitischer Demütigungen zurück, denen die insbesondere auch dadurch geburtsfehlerhaft destabilisierte deutsche Republik seit 1919 von den Alliierten ausgesetzt worden war.

Während Tschitscherin − die deutschen Befürchtungen am 14. und 15. April 1922, wie heute nachweisbar ist, bestätigend − am Abend des Samstag vor Ostern 1922 eher dazu tendierte, den Vertrag *mit den Westmächten* (!) auf der Grundlage eines modifizierten Londoner Memorandums zu unterzeichnen, gab das ZK in Moskau eine andere Richtung vor. Es wies den insoweit um eine Entscheidung bittenden Volkskommissar mit einem geheim gehaltenen telegraphischen Appell in der Nacht auf Ostersonntag an, die Verhandlungen mit den Alliierten, insoweit sie auf einen unmittelbaren Vertragsabschluss hinausliefen, sofort „abzubrechen". Die sowjetrussische Regierung Lenins billigte lediglich eine Unterzeichnung des Anfang April 1922 in Berlin auch zwischen Tschitscherin und Rathenau bereits weithin einverständlich diskutierten deutsch-russischen Vertrages. So kam es tags darauf, am späten Nachmittag des 16. April 1922, zum Abschluss der inhaltlich von Maltzan entworfenen völkerrechtlichen Vereinbarung, die der Ministerialdirektor seit Ende Januar 1922, anfänglich gemeinsam mit Karl Radek, in mehreren Einzelschritten mit der sowjetrussischen Seite mühsam ausgehandelt und als Entwurf vorbereitet hatte.

Im Ganzen gesehen erfüllten sich mit dieser Reaktion − dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo − einige der Warnungen, die Lloyd George in seinem, noch wenige Wochen zuvor vollständig veröffentlichten Fontainebleau-Memorandum aus dem Jahre 1919 selbst aufgestellt hatte. Denn letzten Endes war es das in erster Linie an nationalen Interessen orientierte ‚Konferenzmanagement' der führenden Ententemächte, die durch ihr Verhalten das demokratische Deutschland zu diesem Zeitpunkt in die Arme Sowjetrusslands trieben. Der britische Botschafter in Berlin meinte den Gesamtvorgang wenig später insgesamt durchaus zutreffend als „an expedient of despair unwillingly adopted by men who were in the corner or who imagined themselves in a corner" zusammenfassen zu können. In diesem Kontext erwuchs „Rapallo" somit aus einem „deutschen Trauma": nämlich aus der Sorge, „zwischen allen Stühlen zu sitzen" und insbesondere von den Alliierten erneut ‚überfahren' zu werden.

Der Vorgang am Ostersonntag 1922 erregte, insbesondere in den Tagen zwischen dem 17. und 20. April 1922, deshalb die Gemüter, weil sein auf den ersten Blick überstürzt wirkender Unterzeichnungszeitpunkt viele Beobachter irritierte. Für den Schritt erntete die deutsche Delegation zunächst weithin Unverständnis und Häme. Neues Misstrauen war entstanden, weil Zweifel berechtigt schienen, ob ihr Vorgehen politisch und moralisch berechtigt war. Und der wesentliche Grund für diese Malaise lag darin, dass es auf deutscher Seite zu Versäumnissen in der Öffentlichkeitsarbeit bzw. politischen Kommunikation gekommen war. Fehler dieser Art waren insbesondere Ministerialdirektor Maltzan, aber ebenso Reichskanzler Wirth, Außenminister Rathenau und den dafür zuständigen Mitarbeitern zuzurechnen. So wurde vor allem die internationale Presse viel zu spät und wenig professionell über die deutsche Lage und den defensiven Charakter der vorliegenden deutschen Motive informiert.

Vor diesem Hintergrund entpuppte sich Rapallo für die frühe Weimarer Außenpolitik als gravierendes „PR-Problem". Die politische Öffentlichkeitsarbeit, mit der über die Entscheidung informiert wurde, stellte sich als unzureichend heraus und verfehlte anfangs ihre wichtigste Aufgabe, nämlich die, zu überzeugen und um Akzeptanz, Vertrauen und Unterstützung für die ohnehin überaus schwache eigene Position zu werben. Zwar stellte sich der seit dem 17. April 1922 zu Lasten der deutschen Hauptvertreter aufgebauschte Rechtfertigungsdruck im Rückblick – sieht man von der wirkungsmächtigen „Geburt" des Rapallo-Mythos erst nach 1945 an dieser Stelle ab – als nur wenige

Wochen lang wirklich politisch hochproblematisch und virulent heraus. Trotz der allgemeinen antifranzösischen Stimmung auf der Konferenz von Genua war es jedoch zweifellos zu einem Reputationsschaden für die deutsche Diplomatie gekommen. Und dieser behielt letztlich Gewicht, schnitt er doch in das zeitgenössisch-kollektive und schließlich sogar in das generationenübergreifend-kulturelle Gedächtnis tiefgreifend ein.

Erheblich verzögert, das heißt nach erst etwa drei Tagen, gewannen die Erklärungen der deutschen Verantwortlichen, insbesondere diejenigen Maltzans, an Überzeugungskraft. Der britische Premier legte am 20. April 1922 die durch Rapallo entstandene Krise bei. Von den deutschen Verantwortlichen ungewollt aber hatte der Vorgang, wie es das deutsche Delegationsmitglied Dufour formulierte, bereits den für den europäischen Wiederaufbau wenig zuträglichen „Weizen" des in Paris verbliebenen französischen Premierministers „blühen" lassen. Aufgrund der anfänglichen Kommunikationsdefizite im Vorfeld und bei der öffentlichen Präsentation des deutsch-russischen Abschlusses wurde der in der Sache nicht zu beanstandende Vertrag von Seiten der französischen und von Teilen der britischen Publizistik im Wege einschneidender antideutscher Propaganda ausgeschlachtet. Poincaré selbst machte sich die „Bombe" von Rapallo am 26. April 1922 bei einer Rede in Bar-le-Duc unweit von Verdun zunutze. Er stellte die Deutschen wiederum als den Störenfried in Europa dar. Unbekannt blieb dabei allerdings, dass der französische Premier auf eine bewusste Instrumentalisierung von Ängsten vor einer „menace germano-russe", die in Frankreich seit 1919 weit verbreitet waren, bereits seit seinem Amtsantritt gesetzt hatte. Im Januar 1922 hielt er seine Auslandsvertreter in einem Runderlass systematisch zu einer Forcierung dieser Vorstellung ebenso in der ausländischen Presse an.

Erst Jahrzehnte später war es Jean Monnet, der die damalige Deutschland-politische Gesamthaltung Poincarés als „le vrai visage de l'esprit de domination"[2668] geißelte. Im Ergebnis – und dies ist die zeitübergreifende *europäische* Rapallo-‚Lektion' – war es jedoch auch hier das tiefe Misstrauen der europäischen Völker untereinander, das zu schweren politischen Verwerfungen und sodann zu weiteren Ressentiments führte.

Die geheimnisumwitterte, doppelte politische Legendenbildung, die Rapallo als *deutschen* Erinnerungsort betrachtet und sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts über Jahrzehnte hinweg entstellend verselbstständigt hat, raunt nicht mehr. Die Legende ist tot. Und sie wird in Zukunft nicht mehr mit neuem Leben erfüllt werden können, weil sie von Anfang an ‚auf Sand' gebaut wurde und über keine sachliche Berechtigung verfügt.

Der positiv überladene Mythos, den die totalitären Führungsorgane in Moskau und Ost-Berlin im Kalten Krieg letztlich auf propagandistische Weise zum Sinnbild deutsch-russischer Freundschaft bzw. zu einem gelungenen Beispiel friedlicher Koexistenz stilisierten, bleibt weit hinter den tatsächlichen historischen Gegebenheiten zurück. Gleiches gilt für die wieder und wieder instrumentalisierte Negativdeutung Rapallos als „französisches Trauma" bzw. als Symbol zeitloser deutscher Unberechenbarkeit und Unzuverlässigkeit in der auswärtigen Politik. Der deutsch-russische Vertrag vom Ostersonntag 1922 war bestenfalls ein sachlich zukunftsweisender, aber inhaltlich ausgangsoffener und unausgefüllter Minimalkonsens, der in der Folgezeit nur selten erfreuliche Momente nach sich zog. Eine macht- oder militärpolitische Motivlage existierte nicht,

[2668] Monnet, Mémoires, S.113f.

ebenso wenig die so oft unterstellte antipolnische Stoßrichtung. Die dem Vertrag nachfolgende wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Beziehungen zwischen Berlin und Moskau blieb auf Dauer schwer belastet.

Vor diesem Hintergrund wurde und wird der „Geist“ oder auch das „Gespenst“ von Rapallo seit jeher künstlich erschaffen bzw. perpetuiert. Notwendigkeit, Aktualität und Erkenntnisgewinn der hier vorgelegten Arbeit werden durch diese Feststellung zwar unterstrichen – insbesondere in Bezug auf den bis heute kursierenden und seinerseits als „Ausmerzung von Legenden“ vorgetragenen Irrtum, dem historischen Vertragsabschluss hätten seinerzeit weithin „revisionspolitische Gedanken“ zugrunde gelegen und die Intentionen der Urheber seien dabei „primär militärpolitischer Art“ gewesen.[2669] Allerdings: Gewisse historisch-politische Lebenslügen, zumal solche, die seit vielen Dekaden einer bestimmten Deutungstradition verhaftet sind, ihrerseits identitätsstiftende Elemente darstellen und sich überdies lange Zeit zur tagespolitisch-publizistischen Verwertung eigneten, sind eben umso mehr nur langsam und mühselig als trügerisch zu identifizieren und als falsch einzugestehen. Dazu gehören unter anderem Geschichtsbilder, die auf der haltlosen Dämonisierung einzelner Persönlichkeiten − wie diejenige des deutschen Diplomaten Ago von Maltzan − aufbauen.

Ein tragisches Schicksal hat Maltzan also nicht nur am 23. September 1927, dem Tage des Flugzeugabsturzes, der ihm das Leben kostete, ereilt. Auch die Beurteilung seiner Gesamtleistung durch die Historiographie war ihm ‚feindlich’ gesonnen und wurde vor allem durch die bisherige Rapallo-Forschung verstellt bzw. negativ überdeckt. In einem Punkt scheint sich diese Bilanz aber nun noch zu Gunsten des Diplomaten zu wenden: Ohne die ebenfalls singuläre Wirkungsgeschichte, die „sein“ im Nachhinein zur Sensation erklärter Vertrag besitzt, wäre auch ‚der ganze Maltzan’ von der historisch interessierten Öffentlichkeit vergessen, wie es seine Grabstätte im mecklenburgischen Großen Luckow suggeriert. Durch die Rolle als „Architekt von Rapallo“ jedoch bleibt ihm ein herausragender Platz in der Geschichte der deutschen Außenpolitik und der internationalen Beziehungen gesichert – ein dauerhaftes Andenken, das zweifellos auch positiv zu nennende Züge trägt.

[2669] Vgl. stellvertretend jüngst Fleischhauer, S.369, S.413f. Hier heißt es, der Stand der Rapallo-Forschung weise „eine Reihe zentraler Lücken auf“, die immer noch nach einer Schließung verlangten.

Anhang

Dank

Meine Forschungen über den deutschen Diplomaten Ago von Maltzan wurden von der Gerda Henkel Stiftung mit einem zweieinhalbjährigen Promotionsstipendium und der Übernahme eines Teils der Reise- und Materialkosten gefördert. Der Maltza(h)nsche Familienverein hat, insbesondere durch das Engagement von Edith von Bohlen, Ekhard Freiherr von Maltzahn, Jaspar Freiherr von Maltzan sowie Christian Freiherr von Maltzan, familienhistorische Quellen zur Verfügung gestellt und ein ergänzendes sechsmonatiges Stipendium gewährt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Berlin, vor allem Dr. Peter Grupp, Dr. Ludwig Biewer und Dr. Maria Keipert, unterstützten das Projekt versiert und wohlwollend. Herr Professor Dr. Peter Krüger (Marburg) hat als ausgewiesener Spezialist auf dem Gebiet der Weimarer Außenpolitik Anlage und ausgewählte Teile des Projekts begleitet und mich auf meinem Weg bestärkt. Das Deutsche Historische Institut Paris gewährte unter Betreuung durch Dr. Stefan Martens und Dr. Reiner Marcowitz ein Forschungsstipendium für meinen Beitrag „Forschungsbericht Rapallo – Zeitgeschichte einer Kontroverse“, der mit der vorliegenden Untersuchung eine Einheit bildet und in der ‚FRANCIA. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte (19./20. Jahrhundert)' veröffentlicht werden wird. Allen genannten Personen und Institutionen weiß ich mich dauerhaft und gerne zu Dank verpflichtet.

Ohne die über Jahre hinweg geführten Gespräche und Diskussionen mit meinem Freund Dr. Joachim Wintzer (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Berlin) wäre meine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Themengebieten deutsche Außenpolitik und Diplomatie, Europäische Integration und Internationale Beziehungen nicht so vielschichtig und intensiv verlaufen. Ihm danke ich überdies für die kritische Durchsicht der Kapitel, die das Vormanuskript meiner Dissertation bildeten, sowie für zahlreiche fachkundige Anregungen.

Meine Studenten- und Doktorandenzeit in Aachen, Bonn, Missoula und Heidelberg wurde von den Professoren Dr. Klaus Schwabe, Dr. Manfred Funke, Dr. Klaus Hildebrand, Dr. Paul G. Lauren sowie insbesondere von Professor Dr. Frank R. Pfetsch, Professor Dr. Christian Walter und Professor Dr. Philipp Gassert positiv geprägt. Ihrer Forschung und Lehre fühle ich mich verbunden.

Mein tiefster Dank gebührt meiner viel zu früh verstorbenen Mutter, Ilse Joeres, sowie meinem Vater, Helmut Joeres. Sie waren, gemeinsam mit meiner Schwester, in allen Zeiten der Fels, ohne den das Erreichte nicht möglich gewesen wäre.

Für langjährige und besondere Verbundenheit danke ich Rüdiger Gelück, Silke Günnewig, Friedrich Schmitz-Floeder, Sabine Claßen, Dr.-Ing. Andreas Kammann, Dr. med. dent. Hendrik Deifuß, Jens Pöhler, Botschafter a.D. Dr. Walter Schmid †, weiter Silvia Barth und den Familien Törner, Rothe und Birkhahn sowie im besten Sinne der deutsch-französischen und der deutsch-amerikanischen Freundschaft den Familien de Jerphanion, Case und Barnaby.

Dr. med. Wolf Krämer und Dr. Boris Schwitzer haben konstruktiv zur Überarbeitung des Manuskripts beigetragen. Dies gilt in ganz besonderer Weise auch für Anne Isabell Krämer, der mein Herz und meine Liebe gehört.

Heidelberg, im Juli 2006 *Niels Joeres*

Pflichtangaben zum Lebenslauf des Verfassers

	BERUFLICHE POSITION
09/2006ff.	Pressereferent im Bereich Kommunikation in einem Konzern mit Geschäftsschwerpunkt Bank- und Versicherungsdienstleistungen (führender Finanzdienstleister in Europa)
	FORSCHUNG & PROMOTION
11/2005-1/2006	Forschungsaufenthalt in Paris o Stipendiat des Deutschen Historischen Instituts Paris
09/2005	Abschluss der Promotion o Prüfungsschwerpunkte: Deutsche Außenpolitik und Internationale Beziehungen, Europäische Integration, Aktuelle Entwicklungen in der Politischen Ökonomie, Europa- und Völkerrecht, Politische Ideengeschichte o Promotionsstipendium: Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf o Politik- und geschichtswissenschaftliche Forschungen u.a. in Bonn, Washington D.C., Harvard, Yale, London, Paris, Brüssel und Berlin
	BERUFSPRAKTISCHE ERFAHRUNGEN PARALLEL ZUM PROMOTIONSVERFAHREN
	Fachausbildung:
03-08/2006	Vollzeit-Fachlehrgang (IC) bei oeffentlichkeitsarbeit.de - the PR training company - Arbeitsschwerpunkte: Unternehmenskommunikation von Banken, Corporate Social Responsibility, Public Affairs, Öffentlichkeitsarbeit von Stiftungen
Seit 11/1997	Teilnahme an fachspezifischen Praxisseminaren, u.a. zu den Themen journalistisches Arbeiten, PR für Persönlichkeiten (F.A.Z.-Institut) und Investor Relations (DPRG)
	Freie Mitarbeit:
02/2004-08/2006	Agentur Schäfer, PR & Marketing, Weinheim bei Heidelberg
06-09/2002	Bundesministerin Ulla Schmidt, MdB, Aachen
02-07/2001	Siemens Business Services, International Management Integration, Bonn
05/1997-07/1999	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn
	Praktika:
11-12/2000	Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, New York
11/1999	Elmar Brok, MdEP, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Brüssel und Straßburg
09-10/1998	James P. Moran, Congress of the United States, House of Representatives, Washington D.C.
06-07/1998	Auswärtiges Amt, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn
05-06/1998	Goethe Institut, Bonn
03-04/1998	Zenhäusern & Partner, Unternehmensberatung für Öffentlichkeitsarbeit, Zürich
10-11/1997	Ev. Kirche in Deutschland: Der Bevollmächtigte des Rates bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft, Bischof Dr. Hartmut Löwe, Bonn
09-10/1997	Bundesminister a.D. Dr. Paul Krüger, MdB, Deutscher Bundestag, Bonn
	SCHULE, WEHRDIENST, STUDIUM
10/1991-07/1997	Studium der Politik (Politik- und Zeitgeschichte, Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht) und der Wirtschaftswissenschaften (Grundlagen der BWL und VWL) in Aachen, Bonn, Missoula/Montana (USA) und Heidelberg
1990-1991	Wehrdienst in Buxtehude bei Hamburg
1990	Abitur am Einhard-Gymasium in Aachen
1971	geboren in Aachen

Zitier-, Druck- und Registerhinweise

In den Anmerkungen werden nicht veröffentlichte Archivdokumente in der Regel mit Angaben zu dem Dokumententyp, Verfasser, Empfänger, Datum sowie mit der abgekürzten Angabe des entsprechenden Archivs bzw. der entsprechenden Bibliothek, dem dortigen Fundort Akte und, soweit vorhanden, mit der entsprechenden Nummerierung innerhalb der Akte (allerdings *ohne* „S." für Seitenzahlangabe) zitiert.
Akten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin werden zumeist mit einer R-Nummer versehen, wozu sich dann im Quellen- und Literaturverzeichnis (Ungedruckte Quellen/ Deutsche Archive/ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts) eine tabellarische Auflösung mit der entsprechenden systematischen Einordnung der Akte (alte Archivangaben vor der Vergabe der R-Nummer) findet. Nachlässe werden ohne R-Nummer zitiert, weil dazu von Seiten des Politischen Archives zumeist keine R-Nummer vergeben wurde.
In der Quellenedition „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik" (ADAP) wurde in den dort zu findenden Anmerkungen vielfach der Wortlaut von weiteren relevanten Archivalien im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts zumindest im Auszug abgedruckt. Da die vorliegende Arbeit hierauf zuweilen Bezug nimmt, werden die von den Editoren der ADAP hierbei aufgeführten Filmnummern, denen am Ende der jeweiligen Quellenbände der ADAP im „Verzeichnis der Filmnummer" die Bezeichnung des Aktenbandes (ohne R-Nummer) zugeordnet wird, beibehalten, soweit die entsprechende Akte im Rahmen der hier vorliegenden Forschungen nicht selbst bestellt wurde. Im Lesesaal des Politischen Archivs existiert insoweit zusätzlich ein „Filmverzeichnis Serien 4998", ein „Filmverzeichnis ab 4999" bzw. eine „Filmkartei K.L.M.".
Quellen und Literaturbeträge in englischer oder französischer Sprache werden in der Originalsprache zitiert, deren Kenntnis vorausgesetzt wird. Dokumente in russischer[2670] und niederländischer Sprache wurden hingegen übersetzt.
Zur Entlastung des Anmerkungsapparats werden gedruckte Quellen sowie die benutzte Sekundärliteratur nur anhand des Autors und, falls mehrere Beiträge desselben Autors Verwendung fanden, zusätzlich mit dem Beginn des entsprechenden Beitragstitels (Kurztitel) nachgewiesen, und zwar mit Seitenzahlangabe („S."). Der vollständige Nachweis findet sich dann im Anhang unter „Quellen und Literatur", wobei zwischen Erinnerungen, Zeitgenössischem Schrifttum und Sekundärliteratur unterschieden wird. Die einzelnen Beiträge werden durch ein Semikolon getrennt (also zum Beispiel: Schieder, Die Entstehungsgeschichte**;** Erll).
Das vorliegende Format ist für den **doppelseitigen** PC-Ausdruck bestimmt. Ein gutes Kopierfachgeschäft wird eine Druckfassung für etwa 40-45 Euro (Stand April 2006) inklusive einer beidseitig zum Beispiel in dunkelblau kartonierten Leimbindung und einer Farbablichtung der vorhandenen Abbildungen herstellen können.
Die digitalisierte Fassung bietet den Vorteil, dass sie über die Suchfunktion im pdf-Dokument ein umfassendes Personen- und Sachregister ersetzt. Das Vorhandensein gesuchter Stichworte oder Namen in der Studie kann hiermit also leicht identifiziert und lokalisiert werden.

[2670] Mit der Übersetzung eines als besonders wichtig erachteten, mehrseitigen Schreibens Volkskommissars Tschitscherin vom 15. April 1922 wurde ein Diplom-Übersetzer beauftragt, der in der entsprechenden Anmerkung namentlich erwähnt wird. Siehe zur Übersetzungswissenschaft stellvertretend Hönig, S.7, S.117ff., dessen Mahnung hinsichtlich des Fehlerpotentials von „selbstüberschätzenden" Laienübersetzungen berücksichtigt wurde.

Abkürzungen und Bildnachweise

ACDP	Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945
AdHL	Archiv der Hansestadt Lübeck
AdR	Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn
AHR	American Historical Review
Anm.d.Verf.	Anmerkung des Verfassers
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APUZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
Art.	Artikel
ASG	Archiv für Sozialgeschichte
Aufz.	Aufzeichnung
AVPRF	Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation, Moskau
BAB	Bundesarchiv Berlin
BAF	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg
BAHF	Bibliographie Annuelle de L’Histoire de France
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BMAE	Ministère des Affaires Étrangères, Brüssel
BN	Bibliothèque Nationale/ Richelieu, Paris
CEH	Contemporary European History
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung
DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DBPN	Documenten betreffende de Buitenlandse Politiek van Nederland
DDB	Documents Diplomatiques Belges
DDF	Documents Diplomatiques Français
Diss.	Dissertation
EB	Encyclopaedia Britannica
EHR	English Historical Review
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Archiv der sozialen Demokratie
FRUS	Papers Relating to the Foreign Relations of the United States
G.A.	Geheime Aufzeichnung
GP	Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914
HA	Handakten
Harvard	Harvard University, Houghton Library, Cambridge, MA
Herv.d.Verf.	Hervorhebung des Verfassers
HJb	Historisches Jahrbuch
HKB	Historische Kommission zu Berlin
HLRO	House of Lords Record Office/ The Parliamentary Archives, London
h.M.	herrschende Meinung
hschr.	handschriftlich
HZ	Historische Zeitschrift

IMAE	Ministero degli Affari Esteri: Archivio storico diplomatico, Rom
Kent I-III	A Catalog of Files and Microfilms of the German Foreign Ministry Archives 1920-1945
LoC	Library of Congress, Manuscript Division Washington, D.C.
MAE	Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris
Martens	Nouveau recueil général de traités et autres actes aux rapports de droit international
MF	Micro-Fiche
mschr.	maschinenschriftlich
mwN.	mit weiteren Nachweisen
NA	National Archives, College Park, Maryland/ USA
NDB	Neue Deutsche Biographie
NL	Nachlass
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o.D.	ohne Datum
o.S.	ohne Seitenangabe
o.U.	ohne Unterschrift
Oxford I-II	A Catalog of Files and Microfilms of the German Foreign Ministry Archives 1867-1920
PA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin
PRO	Public Record Office, London
QpH	Quellen aus privater Hand
Rez.	Rezension
RHD	Revue d´histoire diplomatique
RHMC	Revue d´histoire moderne et contemporaine
Schwerin	Landeshauptarchiv Schwerin
Tel.	Telegramm
U-BN	Archiv der Universität Bonn
UF	Ursachen und Folgen
VfZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VV	Versailler Vertrag
WA	Weltwirtschaftliches Archiv
Wako	Waffenstillstandskommission
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WTB	Wolffs Telegraphisches Bureau
Yale	Yale University Library/ Sterling Memorial Library
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Bildnachweise

Abbildung Deckblatt S.1: Ago von Maltzan um 1922, Privatbesitz Edith von Bohlen, München.

Abbildung S.431-436: Farbkopie vom Original des Rapallo-Vertrags, hergestellt vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin, mit freundlicher Genehmigung.

Abbildung S.492: Simplicissimus vom 10.5.1922, Universitätsbibliothek Heidelberg.

Quellen und Literatur

Hilfsmittel

(Bibliographien, Handbücher, Lexika, Periodika, Nachschlagewerke etc.)

- A Catalog of Files and Micofilms of the German Foreign Ministry Archives 1920-1945, Vol. I-III, compiled and editey by George O. Kent, Stanford/CL 1962ff. (Kent I-III).
- A Catalog of Files and Micofilms of the German Foreign Ministry Archives 1867-1920, 2 Teile, o.O. 1959 (Oxford I-II).
- Bellers, Jürgen/ Benner, Thorsten/ Gerke Ines M., Handbuch der Außenpolitik von Afghanistan bis Zypern, München und Wien 2001 (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).
- Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann (Hrsg.), Biographisches Wörterbuch zur Weimarer Republik, München 1988.
- Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, hrsg. vom Auswärtigen Amt/ Historischer Dienst von Maria Keipert und Peter Grupp, Bd.1: A-F, Bearbeiter: Johannes Hürter, Martin Krüger, Rolf Messerschmidt, Christiane Scheidemann, Paderborn u.a. 2000.
- Bringmann, Tobias C., Handbuch der Diplomatie 1815-1963. Auswärtige Missionschefs in Deutschland und deutsche Missionschefs im Ausland von Metternich bis Adenauer, München 2001.
- Der Grosse Herder. Nachschlagewerk für Wissen und Leben, Fünfte, neubearbeitete Auflage von Herders Konversationslexikon, Bd.7: Paderewki bis Sadduzäer, Freiburg 1955.
- Encyclopaedia Britannica (EB). A New Survey of Universal Knowledge, Bd.18, Chicago/London/Toronto 1959.
- Foster, Janet, Sheppard, Julia, British Archives. A Guide to Archive Resources in the United Kingdom, 3. Aufl. (London) 1995.
- Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd.4: Die Zeit der Weltkriege, von Karl Dietrich Erdmann, Stuttgart 8. Aufl. 1959 (Nachdruck 1967), Bd.16: Das Kaiserreich 1871-1914. Industriegesellschaft, bürgerliche Kultur und autoritärer Staat, von Volker Berghahn, Stuttgart 10., völlig neu bearbeitete Auflage 2003; Bd.23: Die Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, von Edgar Wolfrum, Stuttgart 10. Aufl. 2005.
- Genealogisches Handbuch des Adels, Bd.13, Glücksburg/Ostsee 1956, Bd.17, Limburg a.d. Lahn 1994.
- Grand Dictionnaire Encyclopédique Larousse, Tome 8, Paris 1984.
- Handbuch der europäischen Geschichte, hrsg. von Theodor Schieder, Bd.7: Europa im Zeitalter der Weltmächte, 1. Teilband, Stuttgart 1979.
- Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, hrsg. von Helmuth Stoecker unter Mitarbeit von Adolf Rüger, Berlin (Ost) 1968.
- Hischfeld, Gerhard/ Krumeich, Gerd/ Renz, Irina (Hrsg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, in Verbindung mit Markus Pohlmann, Paderborn/München/Wien 2003.
- Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u.a. 1981.
- Index to the Correspondence of the Foreign Office, 1921, Part II: D to L (Germany-Foreign Policy), 1922, Part II: D to L (Germany-Foreign Policy), Part IV: R to Z (Treaties-Germany and Russia/ Treaty of Rapallo), Nendeln/ Liechtenstein 1969.[2671]
- Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz (…), Teil II, 4. Bd.: Neueste Zeit 1914-1959, Würzburg 2. Aufl. 1959.
- Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe, hrsg. von Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer, München 1998.
- Mommsen, Wolfgang A., Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzungen aus anderen Beständen), Teil 2, Boppard a. R. 1983.
- Neue Deutsche Biographie (NDB), hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd.15: Locherer-Maltza(h)n, Berlin 1987.
- Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955, hrsg. von Dietrich Geyer, Köln und Wien 1972.
- Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion. Verträge und Abkommen. Verzeichnis der Quellen und Nachweise 1917-1962, hrsg. von Werner Markert und Dietrich Geyer unter Mitwirkung von Jörg K. Hoensch und Helmut König, Köln und Graz 1967.
- Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, hrsg. im Auftrag der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e.V. von Kurt G.A. Jeserich und Helmut Neuhaus unter Mitarbeit von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, Stuttgart/Berlin/Köln 1991.
- Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit von 1500 bis zur Gegenwart, hrsg. von Winfried Baumgart, Bd.6: Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg (1919-1945), Erster Teil: Akten und Urkunden, bearb. von Hans Günter Hockerts, Darmstadt 1996.
- Schulthess` Europäischer Geschichtskalender, hrsg. von Ulrich Thürauf, Neue Folge, Bd. 63 (1922), Nedeln/Liechtenstein 1976.

[2671] Zu den hier niedergelegten Ziffern gibt es einen Auflösungsband für die heutige Klassifizierung, hier FO 371, 1-14175, 1906-1929.

- Schumacher, Martin (Hrsg.), M.d.R., Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Düsseldorf 3. Aufl. 1994.
- Spruth, Herbert, Landes- und familiengeschichtliche Bibliographie für Pommern. Drucke und Handschriften, Bd.2, Neustadt a.d. Aisch 1965.
- Stachura, Peter D., Political Leaders in Weimar Germany. A Biographical Study, New York 1993.
- Vincent, Charles Paul, A Historical Dictionary of Germany's Weimar Republic, 1918-1933, Westport/CT 1997.
- Schmidt, Manfred G., Wörterbuch zur Politik, 2. Aufl. Stuttgart 2004.
- Wilkens, Andreas, Archivführer Paris 19. und 20. Jahrhundert. Zentrale Bestände zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Archiven und Bibliotheken, Sigmaringen 1997 (Instrumenta, hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris, Bd.2).
- Wippermann-Purlitz (WP), Deutscher Geschichtskalender, 37. und 38. Jahrgang, Leipzig 1921 und 1922.

Quellen

A. Ungedruckte Quellen

I. Deutsche Archive

1. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA)

a) Akten mit R-Signaturen (Deutsches Reich 1867-1945)[2672]

R 447	IA Europa Generalia 82 Nr. 5, Bd.8; Microfiche Nr. 11148
R 947	Deutschland No 121, Nr.22b, Verrat militärischer Geheimnisse, 1.1.1911-30.4.1911
R 1124	Deutschland 122, No.2, das Auswärtige Amt, 1.7.1910-31.1.1918
R 1169	Staatssekretaer von Kiderlen-Wächter, November 1908- 31.Dezember 1911
R 1170	Der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, 1.1.1912-1925
R 2024	IA Deutschland, 131 Bd.60 (Mikro-fiche Nr.14950, 14952, 14953)
R 2025	IA Deutschland 131, Bd.61 (Mikro-fiche Nr.14957)
R 2026	IA Deutschland 131, Bd.62 (Mikro-fiche Nr. 14961, 14963)
R 2027	I A Deutschland 131, Bd.63 (Mikro-fiche Nr. 14964, 14965, 14966,14967)
R 2028	I A Deutschland 131, Bd.64 (Mikro-fiche Nr. 14968, 14969, 14970, 14971, 14972)
R 2029	PA AA, Akten der Abt. I A, Deutschland 131, Bd.65. (Micro-fiche Nr. 14973, 14974, 14976)
R 2044	Karl Radek, 8.12.1919-Feb. 1920; Akten der Abt. I A, Deutschland 131 adh. 3 Nr. 2, Bd.3. (MF Nr. 15017)
R 2064	Das Verhältnis Deutschlands zu Russland, 1. Januar 1920-Januar 1924; Abteilung I A, Deutschland 131 geh., Bd.20, MF Nr. 15079 u. 15080.
R 8247	Allgemeine Angelegenheiten der Niederlande, 1918-1920
R 8329	Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden, 1. Mai 1918-24.Juni 1918
R 8330	Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden, 5. Juni 1918 – 28.Februar 1919
R 8331	Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden, 1.März-September 1923
R 8332	Deutsch-holländisches Wirtschaftsabkommen, 23.8.1917-August 1918
R 8348	Beziehungen der Niederlande zu den Vereinigten Staaten von Amerika, 1.10.1912-Febr. 1919
R 8350	Niederlande, Kolonien (Allgemeines) 1903-Dezember 1918
R 8359	Allgemeine Angelegenheiten Norwegens, 1. Januar 1908 bis 30.September 1910
R 8364	Norwegen No.2, diplomatische Vertretung Norwegens im Auslande und das diplomatische Korps in Norwegen, 1.5.1906-20.6.1912
R 8368	Norwegen, Personalien: die königliche Familie, 1.4.1907-30.6.1913
R 8370	Norwegische Staatsmänner, 1.11.1905-31.12.1916
R 8373	Beziehungen Norwegns zu Schweden, 1.1.1909-Ende Dezember 1909
R 8374	Beziehungen Norwegens zu Schweden, 1.1.1910-Januar 1920
R 8387	Die parlamentarischen Angelegenheiten Norwegens, September 1906 bis 31. Dezember 1912
R 8389	Die Militär- und Marine Angelegenheiten Norwegens, Oktober 1906-31.7.1910
R 8390	Die Militär- und Marine-Angelegenheiten Norwegens, 1.8.1910-20.6.1912

[2672] Zu den R-Signaturen, die 1989 vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amts zu den zuvor bestehenden Katalogen vergeben wurden, vgl. die Systematik und Aufschlüsselung in den Findbüchern „Oxford I-II“ bzw. „Kent I-III“.

R 8401	Beziehungen Norwegens zu Frankreich, August 1908-Dezember 1919
R 10198	Rußland No. 64, Bd. 22, Zustände und Verhältnisse in den Baltischen Provinzen, 1.7.1908-30.4.1915
R 10200	Rußland No. 64, Bd.24, Zustände und Verhältnisse in den Baltischen Provinzen, 1.1.1917-März 1920
R 11092	Rußland No.98, Bd.6, Akten betr. den deutschen Militär-Bevollmächtigten in Petersburg und seine Berichterstattung, 1.9.1910-April 1914
R 11093	Rußland No. 98, Akten betr. den deutschen Militär-Bevollmächtigten in Petersburg und seine Berichterstattung, 1.2.1909ff.
R 15720	Marokko 4, Die marokkanische Frage, Bd.185
R 16530	Militär- und Marine- Angelegenheiten Brasiliens, 1.8.1905 bis 31.12.1906
R 16546	Brasilien, Staatsmänner, 1. Januar 1905-31. Dezember 1910
R 16583	Beziehungen Brasiliens zu Deutschland, 1.4.1909-30.11.1913
R 16592	Die brasilianische Presse, 1.4.1904-31.12.1910
R 17724	Innere Angelegenheiten Chinas, 4.-13.3.1912
R 17726	Innere Angelegenheiten Chinas, 1.-15.4.1912
R 17728	Innere Angelegenheiten Chinas, 16.5.-14.6.1912
R 17730	Innere Angelegenheiten Chinas, 17.-31.8.1912
R 17731	Innere Angelegenheiten Chinas, 1.9.-13.11.1912
R 17734	Innere Angelegenheiten Chinas, 1.-27.4.1912
R 17736	Innere Angelegenheiten Chinas, 28.4.-30.6.1913
R 17737	Innere Angelegenheiten Chinas, 1.-19.7.1913
R 17738	Innere Angelegenheiten Chinas, 20.-31.7.1913
R 17739	Innere Angelegenheiten Chinas, 1.-18.8.1913
R 17740	Innere Angelegenheiten Chinas, 19.-31.8.1913
R 17845	Eisenbahnen in China, 1. Januar bis 31. August 1913
R 17848	Eisenbahnen in China, 13.7.1914 bis 30.September 1917
R 17875	Deutsche Eisenbahnunternehmungen in China, 1.Mai -15.9.1913
R 17876	Deutsche Eisenbahnunternehmungen in China, 16.9.1913-4.2.1914
R 17877	Deutsche Eisenbahnunternehmungen in China, 5.2.-31.5.1914
R 17878	Deutsche Eisenbahnunternehmungen in China, 1.6.-30.9.1914
R 17879	Deutsche Eisenbahnunternehmungen in China, 1.10.1914- Januar 1920
R 17909	Militär- und Marine- Angelegenheiten Chinas, 1.September 1912 – 15.7.1913
R 17910	Militär-und Marine-Angelegenheiten Chinas, 16.Juli 1913-28. Februar 1914
R 17911	Militär-und Marine-Angelegenheiten Chinas, 1.März 1914- (ca. Mai 1917)
R 17971	Stellung der chinesischen Regierung zur christlichen Kirche, 1.1.1914-(ca.1918)
R 17976	Das Verhältnis Chinas zu Deutschland, 1.1.1909-31.12.1914
R 17977	Das Verhältnis Chinas zu Deutschland, 1.1.1915-31.3.1917
R 17978	Das Verhältnis Chinas zu Deutschland, 1.4.-30.6.1917
R 17993	Das Verhältnis Chinas zu Deutschland, 1.1.1906-November 1919
R 18005	Die kaiserliche Familie von China, 1.4.1910-30.9.1913
R 18006	Die kaiserliche Familie von China, 1.10.1913-Mai 1918
R 18022	Chinesische Staatsmänner, 1.1.1911-31.8.1913
R 18023	Chinesische Staatsmänner, 1.9.1913-3.11.1915
R 18024	Chinesische Präsidenten und Staatsmänner, 4.11.1915-Jan(Juni) 1917
R 18034	Das diplomatische Corps in Peking, 1912-1919, Bd.8
R 18058	Allgemeine Verhältnisse Tibets, 1.1.1911-13.2.1913
R 18059	Allgemeine Verhältnisse Tibets, 14.2.1913-Dezember 1916
R 18074	Die chinesische Presse, 8.9.1912-21.1.1913
R 18075	Die chinesische Presse, 22.1.-28.6.1913
R 18084	China Nr. 17, Die chinesische Presse, 1.1.1913-28.2.1914
R 21301	Wk Nr. 13: Rückwirkung auf Ostasien, Bd. 1: 29.7.-25.8.1914
R 21302	Wk Nr. 13: Rueckwirkung auf Ostasien, Bd.2: 26.8.-14.9.1914
R 21708	WK Nr. 20d Nr. 1: Die Zukunft der baltischen Provinzen: Litauen, 24.10.-5.11.1917
R 21800	Akten Weltkrieg 20d No. 1a, Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, 29. August bis 6. September 1919
R 21801	Akten Weltkrieg 20d No. 1a, Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, 7.-19.September 1919
R 21802	Akten Weltkrieg 20d No. 1a, Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, 20.-30.September 1919
R 21803	Akten Weltkrieg 20d No. 1a, Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, 1.-10.Oktober 1919

R 21806	Akten Weltkrieg 20d No. 1a, Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, 23.-28. Oktober 1919
R 21807	Akten Weltkrieg 20d No. 1a, Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, 29.Oktober bis 6.November 1919
R 21808	Akten Weltkrieg 20d No. 1a, Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, 7.-15.November 1919
R 22034	Akten betreffend Friedensverhandlungen mit Rußland in Bresk-Litowsk, Nov.1917-Dez.1917
R 23507	Deutsche Delegation Genau, Mitglieder der deutschen Delegation
R 23684	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo, Rußland Allgemeines, Bd.1
R 23685	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo, Rußland Allgemeines, Bd.2
R 23687	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo –Rußland, Drucksachen, Bd.2
R 23688	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo, Vertrag mit Rußland, 1922, Bd.1
R 23689	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo, Vertrag mit Rußland, 1922, Bd.2
R 23695	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo, Sonderakte Radek, Mai 1922, Bd.1
R 23696	Deutsche Delegation in Genua: Rapallo, Römer (Radek), Dez.1921-April 1922
R 23697	Konferenz Genua: Abdrucke usw., April 1922, Min.-Dir. v. Maltzan
R 23698	Konferenz Genua: Abdrucke usw., Mai 1922, Min.-Dir. v. Maltzan
R 23700	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo, Akten betr. Frankreich-Rußland, März 1922-April 1922
R 23701	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo: England-Rußland, März-Arpil 1922
R 23702	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo: Deutschland-Rußland, April 1922
R 23703	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo: Rußland-Genua, März-Mai 1922
R 23704	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo -, Deutsche Presse (Genua), April 1922
R 23706	Weltwirtschaftskonferenz in Genua: Verteilung des Genua Weißbuch 1922
R 23707	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo - , Konsortium (London), März-April 1922
R 23708	Deutsche Delegation in Genua: - Rapallo -, Genua: Allgemeines, März-April 1922
R 23710	Vertrag von Rapallo, April 1922-Mai 1922
R 23711	Rapallo-Vertrag (Aus dem Nachlaß des Sts. v. Maltzan, April 1922-Februar 1923)[2673]
R 27937	Büro Reichsminister, Pers. Angelegenheiten des Ministers, 21.6.-7.7.1922
R 28202	Genua, 16. Mai – 23. August 1922
R 28203	Genua, 9. Januar – 8. April 1922
R 28204	Genua, 10.-26. April 1922
R 28205	Genua, 26. April – 15. Mai 1922
R 28206	Genua, Rapallo-Vertrag, 10.April-2.September 1922
R 28207	Genua, 9. April-16.Mai 1922 (Tagebuch Büro RM)
R 28209	Genua, Geschäftsgang, April 1922-Mai 1922
R 28276 k	Büro RM 9, Russland: 1.11.1920-29.12.1920
R 28277 k	Büro RM 9, Russland: 1.1.1921-10.1.1923
R 28278 k	Büro RM 9, Russland: 9.2.-31.12.1922 (u.a. mit) „Auszug aus dem Tschechisch-Russischen Vertrag vom 5.6.1922“
R 28399	Büro RM, Völkerbund, 4.1.1921-30.7.1923
R 28710	Büro RM, Beziehungen zu ausländischen Staaten, 7.6.1920-21.12.1922
R 29286	Büro des Staatssekretärs, Osec Bd. 1
R 31488k/ R 31489k	Geheimakten der Abt. IV, Rußland Pol. 2, 1920-1921, Bd.1,2
R 31490 k /R 31491k	Geheimakten der Abt. IV, Rußland Pol.2, 1921-1922, Bd.3,4
R 31657 k	Geheimakten der Abt. IV, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen in Rußland, 1921-1925
R 31960	Geheimakten der Abt. IV, Russland, Wirtschaft 1: Allgemeine wirtschaftliche Lage in Rußland, August 1921-Juni 1928
R 31966	Geheimakten der Abt. IV, Russland, Wirtschaft 6: Wirtschaftliche Beziehungen Russlands zu Deutschland, März 1920-Dezember 1921
R 31967	Geheimakten der Abt. IV, Russland, Wirtschaft 6: Wirtschaftliche Beziehungen Russlands zu Deutschland, Januar-März 1922
R 31969	Geheimakten der Abt. IV, Russland, Wirtschaft 6: Wirtschaftliche Beziehungen Russlands zu Deutschland, Januar-März 1922
R 31972	Geheimakten der Abt. IV, Russland, Verschiedenes 1-100
R 70472	Frankreich, Allgemeine Auswärtige Politik, März 1920-Dezember 1921

[2673] Hier befinden sich zahlreiche Presseartikel oder Depeschen zum aktuellen Presseüberblick, mit Unterstreichungen und Anstreichungen. Maltzan durch Presseabteilung aus Berlin ausführlich unterrichtet.

R 70473	Frankreich, Allgemeine Auswärtige Politik, Januar 1922-31.12.1924
R 70656	Frankreich, Politische Beziehungen zu Russland, 20.3.1920-31.12.1924
R 81485	Pol. Beziehungen Polens zu Deutschland betr. Ostpreußen, Bd.1: (Dezember 1920)-30.4.1922
R 81535	Verhandlungen mit Polen zur Regelung der Korridorfragen, Bd.8: 1.1.1922-31.7.1922
R 81536	Verhandlungen mit Polen zur Regelung der Korridorfragen, Bd.9: 1.8.1922-31.12.1922
R 83365	Russland, Allgemeine Auswärtige Politik, Bd.1: März 1920-Juni 1927
R 83377	Politische Beziehungen Russland zu Deutschland, Bd.1: 1. März-25. August 1920
R 83378	Politische Beziehungen Russland zu Deutschland, Bd.2: 26.8.-15.10.1920
R 83379	Politische Beziehungen Russland zu Deutschland, Bd.3: 16.10.-31.12.1920
R 83380	Politische Beziehungen Russland zu Deutschland, Bd.4: 1.1.-30.4.1921
R 83381	Politische Beziehungen Russland zu Deutschland, Bd.5: 1. Mai – 31.10.1921
R 83382	Politische Beziehungen Russland zu Deutschland, Bd.6: 1. November 1921-31.7.1922
R 83383	Politische Beziehungen Russland zu Deutschland, Bd.7: 1.8.1922-31.3.1923
R 83435	Deutsch-russischer Vertrag vom 16.4.22 (Rapallo-Vertrag), Bd.1: April 1922 (es müsste heissen Januar-April 1922)
R 83436	Deutsch-russischer Vertrag vom 16.4.22 (Rapallo-Vertrag), Bd.2: 1.-31.5.1922
R 83437	Deutsch-russischer Vertrag vom 16.4.22 (Rapallo-Vertrag), Bd.3: 1.6.-30.6.1922
R 83438	Deutsch-russischer Vertrag vom 16.4.22 (Rapallo-Vertrag), Bd.4: Oktober 1922 –Juli 1933
R 83439	Ausdehnung des Rapallovertrages auf die russ. Föderativstaaten, Bd.1: Juni-Dezember 1922
R 83440	Ausdehnung des Rapallovertrages auf die russ. Föderativstaaten, Bd.2: Januar 1923
R 84085	Russland (Georgien), Pol. Beziehungen zu Deutschland, März 1920-Dezember 1921
R 84086	Russland (Georgien), Pol. Beziehungen zu Deutschland: Januar –September 1922
R 84107	Deutsche diplomatische und konsularische Vertretung in Georgien, Bd. 1: März 1920-März 1922
R 84241	Allgemeine auswärtige Politik der Ukraine, Bd.1: März 1920-Dezember 1922
R 84244	Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd.1: März 1920-September 1921
R 84245	Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd.2 Januar 1922-Januar 1936
R 84389	Abt. IV, Baltikum (Randstaaten), Pol. 2: Politische Beziehungen der Randstaaten zu Deutschland (Juni 1921-Mai 1936)
R 84394	Politische Beziehungen zwischen den Randstaaten und Russland, Bd. 1: Juni 1921 – September 1922
R 84479	Abt. IV, Lettland, Pol. 2: Politische Beziehungen Estlands zu Deutschland, Bd.1
R 85040	Memel, Allgemeine auswärtige Politik, Bd.4: 1.10.-31.12.1922
R 85041	Memel Pol 1, Allgemeine auswärtige Politik, Bd.5: 1.1.-28.2.1923
R 94330	Russland, Geschäftsgang 26, Korrespondenz des Direktors und der Referenten, bis September 1923
R 95655	Abteilung Friedensvertrag, IV Ru FV: Friedensvertrag, Allgemeines, Bd.2

b) Nachlässe

NL Brockdorff-Rantzau, Ullrich Graf
Az. 11, 7/1, Presseangelegenheiten (enthält auch politische Korrespondenz)
Az.12, 7/2, Politische Korrespondenzen (Januar-April 1919)
Az. 27, 10/1, „Dokumente“ (Pressenachrichten, Korrespondenz und Unwesentliches Annettenhöh)
Az. 34, 9/5, Annettenhöh, Dokumente, Pressenachrichten, 1919-1922
Az. 35, 11/2, Übernahme des Botschafterpostens (in Moskau) und Vorakten, 1922
Az. 40, Korrespondenz mit Maltzan, November 1922-April 1923

NL Dufour-Féronce
Bd.1: Briefe (Blatt 1-252)

NL Haniel v. Haimhausen, Egar
Tagesberichte der Ländergruppen, Bd. II-VII, 1920, Bd.2

NL Hauschild, Herbert, Bd.1

NL Maltzan, Ago von
Bd. Anh.1
Bd. Anh.4

NL Müller, Adolf, Bd. 3 (1919-1931)
NL Nadolny, Bd.57, 58
NL Pourtalès, Bd.1
NL Ritter, Karl, Aufzeichnungen (1197)

NL Schlesinger, Moritz
Bd.1 (Korrespondenz 1921-1928)
Bd.2 (Korrespondenz 1945-1961)[2674]

NL Schnurre, Karl
NL Schüler, Edmund
NL Stresemann, Gustav, Bd. 245
NL Treutler, Bd.3

c) Personalakten

Arco-Valley, Graf von, Bd.3

Maltzan, Ago von
Bd. 1, November 1901-Dezember 1909 (Neunummerierung 009434)
Bd. 2, Januar 1910-31. Juli 1919 (009435)
Bd. 3, August 1919-1943 (009436)
Bd. „Beileidsbezeugungen“ (009437)
Bd. „Zeitungsartikel und Bilder 1927“
Bde. „deutsche Nachrufe“, „internationale Nachrufe und Vermischtes“

Geldangelegenheiten (GA) (No.236)
Bd.1 (Februar 1907-März 1918) (auch 6/11) (009438)
Bd.2 (April 1918-Dezember 1925) (009439)

Reichenau
Bd. 6/7 (1.1.1901-31.1.1907)
Bd. 7/8 (1.2.1907-31.1.1911)

2. Bundesarchiv, Abt. Koblenz (BAK)

NL Anton Erkelenz (N 1072)
Nr. 18
Nr. 19

NL Erich Koch-Weser (N 1012)
Nr. 115
Nr. 116
Nr. 139

NL Walther Rathenau (N 1048)
Allgemeines, Bd.2
Allgemeines, Bd.4
Nr. 2
Nr. 7
Nr. 9
Nr. 10
Rathenau-Archiv Moskau (Fond 634)
Nr. 287 (Mikrofilm FC 7463 P)
Nr. 336 (Mikrofilm FC 7465 P)

[2674] Enthält zu Beginn der Akte auch einige Schreiben aus den 1920er Jahren.

NL Theodor Wolff (N 207)
Bd.16

NL Joseph Wirth (N 1342)
Bd.27
Bd.65
Bd. 70
Bd. 136

3. Bundesarchiv, Abt. Berlin, Berlin-Lichterfelde (BAB)

Reichskanzlei (R 43):
I/131 (Alte Reichskanzlei, Akten betr. Rußland, Bd.2)
I /132 (Alte Reichskanzlei, Akten betr. Rußland, Bd.3)
I /469 Konferenz von Genua: Handakten (Bd.1)
I /468 id. (Bd.2)
I /470 id.(Bd.3)
I /471 id.(Bd.4)
I /2451 Internationale Wirtschafts- und Finanzkonferenzen (Bd.1)
I /2452 id. (Bd.2)

R 1501 (Reichsministerium des Innern), Bd. 119323
(Verhandlungen mit Lettland und Estland, Bd.1 (15.1.1920 -28.5.1921)

NL Hermann Müller (-Franken) (N 2200)
90 MU 5, Nr. 2
152 Verhältnis Deutschlands zur Sowjetrepublik Nov. 1918-Nov. 1920

NL Georg Bernhard (N 2020)
30 Politische und wirtschaftliche Ereignisse in Deutschland – Notizen, 1914-1922

NL Herbert v. Dirksen (N2049)
46 Berichte als Mitarbeiter der Pressestelle im Haag u.a. über die Novemberrevolution und die Abdankung des Kaisers
48 Geschäftsträger der Gesandtschaft in Warschau
50 Handakten als Botschafter in Moskau
51 id.

4. Bundesarchiv/ Militärarchiv, Freiburg i.Br. (BAF)

NL Hans v. Seeckt (N 247)
Nr.92
Nr.102
Nr.103
Nr.189

NL Oskar Ritter v. Niedermayer (N122)

5. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD)

NL Köster, Adolf
Mappe 17
Mappe 30

NL Müller(-Franken), Hermann
III Außenpolitik

6. Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin (ACDP)

NL Andreas Hermes
I-090-114/1
I-090-157

NL Hugo Stinnes
I-220-005/2
I-220-019/3
I-220-26/3

7. Landeshauptarchiv Schwerin (Schwerin)

NL Georg Christian Friedrich Lisch (10.9-L/6)

8. Archiv der Hansestadt Lübeck (AHL)

LX 610, Programme des Katharineums 1891-1900
LX 614/15

9. Archiv der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Uni-BN)

Amtl. Personalverzeichnis der Universität Bonn Sommer-Halbjahr 1896: Ago Frhr. von Maltzan, Immatrikulationsbericht vom 29.4.1896; Exmatrikulationsbericht, Studienbuch und Abgangszeugnis vom 26.3.1898

II. Auswärtige Archive und Bibliotheken

1. Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris (MAE)[2675]

Correspondances Politiques et Commerciales (Corr. Pol. et Com.)

Série Y : Internationale[2676]

29	Conférence de Gênes (Y 2-3)	1921, 30 déc.-1922, 17 avril
30	id.	1922, 18-21 avril
31	id.	1922, 22 avril-2 mai

Série Z : Europe

Allemagne[2677]

379 Politique étrangère/ Dossier général (Z 35-1 et 4) ; 1er fev 1922-14 juin 1925

U.R.S.S.[2678]

314	Relations entre Allemagne et l´U.R.S.S. (Z 619-17); 1918, juin-1919, août	
315	id.	1919, sept.-nov.
316	id.	1919, déc.-1920, fév.
317	id.	1920, 1er mars-15 juin
318	id.	1920, 16 juin-31 juil.
319	id.	1920, août
320	id.	1920, sept.
321	id.	1920, oct.-1921, janv.
322	id.	1921, fév.-juin

[2675] Findbuch : État numériques du fonds de la Correspondence Politique et Commerciales 1914 à 1940, Tome I., Paris 1993.
[2676] Système Talleyrand : Correspondence pol. Et commerciales/ Y- Internationale/ Sans/ 1918-1940 (De 1 A 694)
[2677] Système Talleyrand : Correspondence pol. Et commerciales/ Z-Europe/ Allemagne/
[2678] Système Talleyrand : Correspondence pol. Et commerciales/ Z- Europe/ URSS/ 1918-1940 (De 1 A 1284)

324	id.	1922, 1er janv.-13 avril
325	id.	1922, 14-24 avril
347-8	Relations entre la France et l´U.R.S.S. (Z 619-20) ; 1919-1921	
349	id.	1922, janv.-août
350	id.	1922, sept.déc.
351	id.	1923, janv.-april

Relations Commerciales 1920-1939; Sous- Série B81/B82: Délibérations Internationales

(Microfilm No. 195)

91	Conférence de Gênes (B82-16)	1922, 1-3 avril
92	id.	1922, 4-9 avril
93	id.	1922, 10-14 avril

(Microfilm No. 196)

94	id.	1922, 15-23 avril
95	id.	1922, 24-28 avril
96	id.	1922, 29 avril-4 mai

(Microfilm No. P 203)

115	Reunion de Londres (B 82-16, s/d V)	1922, 21 févr.-27 avril
116	Traité germano-russe de Rapallo (B 82-16, s/d VII);	1922, 11 mars-24 avril
117	id.	

Papiers d´Agents/ Archives privées

Laurent, Charles, Bd.1 (Finances du Reich, 1920-1922)
Seydoux, Jacques, Bd.25 (Notes 1922, 11 Mars- Juin)

2. Bibliothèque nationale de France/ Richelieu, manuscrits occidentaux, Paris (BN)

Papiers Raymond Poincaré, 15992-16023, 16024-34, 16042

3. Ministère des Affaires Étrangères, Service des Archives, Brüssel[2679] *(BMAE)*

10.070 Après Gênes/ Le traité de Rapallo
10.991 Conférence de Gênes I

(I.-II.) 1921 et Janvier/Fevrier 1922
(III.) Mars 1922
(IV.) 21-31 Mars 1922
(V.) 1.-12 avril 1922
(VI.) 13-15 avril 1922
(VII.) 16-20 avril 1922

Classement B 35 : U.R.S.S.
Janvier-Mars 1922
Avril-Mai 1922

Correspondance Politique, Légations, Allemagne 12 (Janvier-Avril 1922)

4. Public Record Office/ Kew, London (PRO)

Cabinet Office:

CAB 29/95
CAB 31/ 1 & 2 (Microfilm CAB 31/1-3; Drawer 2, Box 37)

[2679] ca. 9 umfangreiche Aktenordner bzgl. der Konferenz von Cannes/Genua und des Rapallo-Vertrages.

Foreign Office:

FO 115/2737
FO 115/2738
FO 115/2739
FO 371/5662
FO 371/6856
FO 371/6878
FO 371/8182
FO 371/8185
FO 371/8186
FO 371/8187
FO 371/8188
FO 371/ 8189
FO 371/8190
FO 371/8195
FO 371/8206
FO 371/8207
FO 371/8208
FO 371/8209
FO 371/8213

5. House of Lords Record Office/ The Parliamentary Archives, London (HLRO)[2680]

Lloyd George (LG) Papers, Series F (1916-1922)
F/48/1-F/48/5
F/51/3-F/52-1[2681]
F/53/1/36-F/54/1/20
F/54/1/21- F/54/2-25
F/54/2/26-F/55/2/15
F/58/2-F/59/2

Frances Louise Stevenson Papers (FLS) [2682]
3/14 LG/FLS transcribed correspondence, with covering letter 1954
3/14 LG/FLS transcribed correspondence, with covering letter from Sheila Eton 1961-62 noting that all "lovemaking" references have been removed
8/3, Pussy Cat and Tom Cat letters, vol. I, pp 1-50 (1918-1922) (Originale)
9/1 Transcripts 1912-1922

Bonar Law (BL) Papers
Box 107: In-Letters, out-letters Mar 1921-Oct 1922

6. Harvard University, Houghton Library, Cambridge/MA (Harvard)

William Castle Jr., Diaries
Joseph C. Grew Papers

7. Yale University, Sterling Memorial Library, New Haven/CT (Yale)

Kiderlen-Wächter Papers
Moritz Schlesinger Papers

[2680] The Parliamentary Archives auch unter www.parliament.uk bzw. der Online-Katalog bei www.A2A.PRO.GOV.UK. Die Bestände der bisweilen z.B. für die D'Abernon Papers zitierten „Beaverbrook Library" sind mittlerweile in die hier zu findenden Bestände integriert worden und wird i.d.R. nicht mehr als selbstständiger Name geführt. Vgl. ansonsten Foster, Nr. 560, S.286f.

[2681] F/51/3, 66. Das Schreiben Hardinge an Lloyd George, 3.4.1922 und ebd., 67 (Hardinge an Lloyd Geroge, 12.5.1922) befinden sich trotz der Erwähnung im Index m.E. nicht in der Akte.

[2682] Lloyd George heiratete am 23.10.1943 seine ehemalige Sekretärin und Geliebte Frances Louise Stevenson, die mit ihm über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren eine intensive Korrespondenz führte. Stevenson veröffentlichte u.a. eine Autobiographie und ein Tagebuch.

III. Quellen aus privater Hand (QpH)

1. Nachlass Carl von Schubert c/o Prof. Dr. Peter Krüger (Universität Marburg)

Politisches Tagebuch
II, Juni-Juli 1920

Privatbriefe
Bd. 6: Dezember 1921
Bd.7: Januar 1922
Bd.8: Februar-März 1922
Bd.9: April 1922
Bd.10: Mai-Juni 1922

2. Nachlass Vollrath von Maltzan, Bad Homburg
(Verschiedenes)

B. Gedruckte Quellen

1. Amtliche Aktenpublikationen, Quellensammlungen, Tagebücher

- Akten der Reichskanzlei (AdR). Weimarer Republik, hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Hans Booms, verschiedene Bearbeiter, Boppard a.R. und Berlin 1968ff.
- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP). Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie A: 1918-1925, Bd. I-XI, Göttingen 1982-1993; Serie B: 1925-1933, Bd. II,1-III.
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945 (ADAP). Ergänzungsband zu den Serien A-E. Gesamtpersonenverzeichnis. Portraitphotos und Daten zur Dienstverwendung. Anhänge, Göttingen 1995.
- Aktenstücke zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922, Berlin 1922.
- Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, hrsg. von B. von Siebert, Berlin/Leipzig 1921.
- Arbeiterführer, Parlamentarier, Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927, hrsg. von Bernd Braun und Joachim Eichler mit einer Einleitung von Bernd Braun, München 2000 (Schriftenreihe der Stiftung Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd.8).
- Aus den Geburtsstunden der Weimarer Republik. Das Tagebuch des Obersten Ernst van den Bergh, hrsg. von Wolfram Wette, Düsseldorf 1991 (Quellen zur Militärgeschichte, Serie A, Bd.1).
- Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.
- Berber, Fritz (Hrsg.), Das Diktat von Versailles. Entstehung – Inhalt – Zerfall. Eine Darstellung in Dokumenten, mit einem Vorwort von Joachim von Ribbentrop, Reichsminister des Auswärtigen, 2 Bde., Essen 1939 (Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Außenpolitische Forschung, Bd. III).
- Conference at The Hague, June 15-July 20, 1922. Minutes and Documents. Netherlands Department of Foreign Affairs, Den Haag 1922.
- D'Abernon, Viscount, Ein Botschafter der Zeitenwende, 3 Bde., Leipzig o.J. (1929).
- Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949 – 1953, bearbeitet von Wolfgang Hölscher, 2 Halbbände, Düsseldorf 1998 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd.13/ I).
- Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1957-1961, bearb. von Joachim Wintzer, Josef Boyer und Wolfgang Dierker, Düsseldorf 2003 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Bd 13/III).
- Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915-1945, hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln 1963.
- Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, bearbeitet von Werner Hahlweg, Düsseldorf 1971 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe , Bd. 8).
- Der Vertrag von Versailles. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland u. den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlussprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande. Amtlicher Text der Entente u. amtliche deutsche Übertragung, auf Grund der endgültigen, neu durchgesehenen amtlichen Revision, im Auftrage des Auswärtigen Amts, 2. Aufl. Berlin 1924.
- Deutsche Parlamentsdebatten, Bd.2: 1919-1933, hrsg. von Detlef Junker, Frankfurt und Hamburg 1971.
- Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen 1906-1914. Dokumente, hrsg. und eingeleitet von Heinz Lemke, Berlin 1991 (Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd.24).

- Deutsch-sowjetrussische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Bd.2: 1919-1922, Berlin (Staatsverlag der DDR) 1971.
- Devens, F. K., Biographisches Corpsalbum der Borussia zu Bonn 1827-1902. Im Auftrag der Borussia von Friedrich Karl Devens, Düsseldorf 1902.
- Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922, bearb. von Heinz Hürten, Düsseldorf 1979 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe, Bd.3).
- Die Friedensverträge, I. Die Ostfrieden (Ukraine, Großrußland, Finnland, Rumänien) nebst den Zusatzverträgen, mit Erläuterungen und historischer Einleitung von Karl Strupp, Berlin 1918.
- Die graue Exzellenz. Aus den Papieren des kaiserlichen Gesandten Karl Georg v. Treutler, hrsg. von Karl-Heinz Janßen, Frankfurt/Berlin 1971.
- Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914 (GP). Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, hrsg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy und Friedrich Timme, Bd.29: Die Zweite Marokkokrise 1911, Berlin 1927.
- Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung, hrsg. von der Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetregierung unter dem Vorsitz von M.N. Polkrowski, einzig berechtigte deutsche Ausgabe Namens der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas hrsg. von Otto Hoetzsch, Reihe II: Vom Kriegsausbruch bis zum Herbst 1915, Bd. 7, 1. Halbband: 14. Januar bis 23. März 1915; 2. Halbband: 24. März bis 23. Mai 1915, beide Berlin 1935.
- Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspartei 1920-1925, bearb. von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert, Mainz 1981 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd.33).
- Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/1919, Zweiter Teil, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 6).
- Die Rückführung des Ostheeres, Berlin 1936.
- Die Weimarer Republik 1918-1933, hrsg. von Karl-Egon Lönne, Darmstadt 2002 (Quellen zum Politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Bd.VIII).
- Documenten betreffende de Buitenlandse Politiek van Nederland 1919-1945 (DBPN), Periode A: 1919-1930, Deel III: 1. September 1921 - 31. Juli 1922, bewerkt door Dr. J. Woltring, ´s-Gravenhage 1980 (Rijks Geschiedkundige Publicatien, Grote Serie, 173).
- Documents Diplomatiques Belges 1920-1940 (DDB). La politique de sécurité extérieure, Tome 1 : 1920-1924, Brüssel 1964.
- Documents Diplomatiques Français (DDF) 1920, Tome I (10 Janvier – 18 Mai 1920), Paris 1997, Tome II (19 Mai – 23 Septembre 1920), Paris 1999, Tome III (24 Septembre 1920 -15 Janvier 1921), Paris 2002 ; 1921, Tome I (16 Janvier – 30 Juin), Brüssel u.a. 2004, Tome II ((1er Juillet – 31 Décembre), Brüssel u.a. 2005, Annexes (10 Janvier 1920 – 31 Décembre 1921), Brüssel u.a. 2005.
- Documents on British Foreign Policy 1919-1939 (DBFP), edited by E.L. Woodward and Rohan Butler, First Series, Vol.I, London 1947; Vol.III, London 1949; Vol.VIII, London 1958; Vol.XII, London 1962; Vol.XIX, London 1974.
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.VII, 2. Halbbd.: Januar 1922-Dezember 1923, Berlin 1966.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd.2: Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 7. September bis 31. Dezember 1949, Veröffentlichte Dokumente, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Unveröffentlichte Dokumente, bearb. von Hans Jürgen Küsters unter Mitarbeit von Daniel Hofmann, München 1996.
- Dokumente der Außenpolitik der UDSSR (russisch), Bde. 3-5, Moskau 1959, 1960 und 1961.
- Erinnerungen und Dokumente von Joh. Viktor Bredt 1914 bis 1933, bearbeitet von Martin Schumacher, Düsseldorf 1970 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd.1).
- Ernst Troeltsch, Spectator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918-22. Mit einem Geleitwort von Friedrich Meinecke. Zusammengestellt und hrsg. von Hans Baron, Berlin 1924.
- Französische Diplomatenberichte aus Deutschland (französischer Titel: Documents Diplomatiques sur L´Allemagne), Bd.1 : 9. Januar – 30. Juni 1920, hrsg. von Stefan Martens unter Mitarbeit von Martina Kessel, Bonn und Berlin 1992, Bd.2: 1. Juli – 31. Dezember 1920, Bonn 1993 (Pariser Historische Studien, hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris, Bd.33/1 und 33/2).
- Friedrich Ebert. Schriften, Aufzeichnungen, Reden, mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß, Bd.2, Dresden 1926.
- Friedrich Thimme 1868-1938. Ein politischer Historiker, Publizist und Schriftsteller in seinen Briefen, hrsg. von Anneliese Thimme, Boppard a. R. 1994 (Schriften des Bundesarchivs, 46).
- Gespräche mit Rathenau, hrsg. von Ernst Schulin, München (Taschenbuchausgabe DTV) September 1980.
- Gustav Stresemann, Reichstagsreden, mit einem Vorwort von Walter Scheel, hrsg. von Gerhard Zwoch, Bonn 1972.

- Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Bd. 3: Von Thoiry bis zum Ausklang, hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Berlin (o.J.) (1932/33).
- Harry Graf Kessler, Gesammelte Schriften in drei Bänden, hrsg. von Cornelia Blasberg und Gerhard Schuster, Bd. 1: Gesichter und Zeiten / Erinnerungen, Notizen über Mexiko, Frankfurt a.M. 1988.
- Helfferich, Karl, Reichstagsreden 1920-1922, Berlin 1922.
- Hermes, Anna, Und setzet ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen, Stuttgart 1971.
- Heuss, Theodor, Erinnerungen 1905-1933, Tübingen 1963.
- Heuss, Theodor, Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. und eingeleitet von Eberhard Pikart, Tübingen und Stuttgart 1970.
- I Documenti diplomatici Italiani, Serie 6, 1918-1922, 2 Bde., Rom 1956 u. 1980.
- Kessler, Harry Graf, Tagebücher 1918-1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt/M. 1961.
- Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch. Briefwechsel und Nachlaß, hrsg. von Ernst Jäckh, Bd.1, Stuttgart 1924, Bd. 2, Berlin und Leipzig 1925.
- Klemperer, Victor, Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum, Bd. 1: Tagebücher 1918-1924, hrsg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christan Löser, Berlin 1996.
- Lisch, G. C. F., Urkundensammlung zur Geschichte des Geschlechts von Maltza(h)n, 5 Bde, Schwerin 1842-1853.
- Lloyd George, A Diary by Frances Stevenson, hrsg. von A.J.P. Taylor, London 1971.
- Luckau, Alma, The German Delegation at the Paris Peace Conference, New York 1971.
- Material über die Konferenz von Genua, Auswärtiges Amt Nr.4378 (Weißbuch), Berlin 27. Mai 1922.
- Mielcke, Karl (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Weimarer Republik, Braunschweig 1968.
- Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919-1970, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen unter Mitwirkung von Wilfried v. Bredow, Düsseldorf 1970.
- My Darling Pussy. The letters of Lloyd George and Frances Stevenson 1913-41, hrsg. von A.J.P. Taylor, London 1975.
- Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918-1933, eingeleitet und bearbeitet von Eberhard Kolb und Ludwig Richter, 2 Halbbände, Düsseldorf 1999 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd.9).
- Nouveau recueil général de traités et autres actes aux rapports de droit international. Continuation du grand recueil de G. Fr. de Martens par Heinrich Tiepel, Troisième Série, Tome XI, première livraison, Leipzig 1920 (Martens).
- Papers Relating to the Foreign Relations of the United States (FRUS), 1935ff., 37 Bde. (1920-1933).
- Paul von Hintze. Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär. Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik, eingeleitet und hrsg. von Johannes Hürter, München 1998 (Deutsche Geschichtsquellen des 20. Jahrhunderts, Bd.60).
- Peking 1914-1917, Briefe von Edith Freifrau von Maltzan an ihre Eltern Hermann und Carola Gruson sowie Tagebuch-Aufzeichnungen 1914-1917, bearbeitet von Edith von Bohlen und Halbach, geb. Freiin von Maltzan. Mit nachfolgenden Gedenkschriften über ihren Vater Ago Freiherrn von Maltzan und einige Erinnerungen an ihre eigenen Kinderjahre in der deutschen Botschaft in Washington, D.C., Essen (o.J.) (1986).
- Quellen zu den deutsch-französischen Beziehungen 1919-1963, hrsg. von Ralph Erbar, Darmstadt 2003 (Quellen zu den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert, Bd.6; Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe).
- Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, hrsg. von Horst Günther Linke, Darmstadt 1998 (Quellen zu den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert, Bd.8 = Freiherr vom Stein Gedächtnisausgabe).
- Quellen zum Friedensschluss von Versailles, hrsg. von Klaus Schwabe unter Mitarbeit von Tilman Stieve und Albert Diegmann, Darmstadt 1997.
- Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges. Internationale Dokumente 1901-1914, hrsg. von Erwin Hölzle, Darmstadt 1978.
- Rathenau, Walther, Hauptwerke und Gespräche, hrsg. von Hartmut Pogge von Strandmann, München/Heidelberg 1977.
- Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Jahrgang 1922, Teil II, Berlin 1922, Jahrgang 1923, Teil II., Berlin 1923.
- Rudolf Breitscheid, Reichstagsreden, mit einem Vorwort von Annemarie Renger, hrsg. von Gerhard Zwoch, Bonn 1974.
- Scheffer, Paul, Augenzeuge im Staate Lenins. Ein Korrespondent berichtet aus Moskau 1921-1930, München 1972.
- Schüddekopf, Otto-Ernst, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover/Frankfurt a.M. 1955.
- Seeckt. Aus seinem Leben, hsrg. von Friedrich von Rabenau, Leipzig 1940.
- Sösemann, Bernd (Hrsg.), Theodor Wolff: Der Journalist. Berichte und Leitartikel, Düsseldorf u.a. 1993.
- Soviet Documents on Foreign Policy, selected and edited by Jane Degras, Volume I: 1917-1924, London/New York/ Toronto 1951.

- The Austen Chamberlain Diary Letters. The Correspondence of Sir Austen Chamberlain with his Sisters Hilda and Ida, 1916-1937, edited by Robert C. Self, Cambridge 1995 (Camden Fifth Series, Vol.5).
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 3: Der Weg in die Weimarer Republik, Berlin o.J. (1958), Bd.4: Die Weimarer Republik. Vertragserfüllung und innere Bedrohung 1919/1922, Berlin o.J. (ca. 1960).
- Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Amtliche Urkunden, hrsg. im Auftrag des Reichsministeriums von der der Reichskanzlei, Berlin 1919.
- Vorwärts 1876-1976, hsrg. von Günter Grunwald u. Friedhelm Merz, eingel. Von Heinz-Dietrich Fischer und Volker Schulze, 2. Aufl. Berlin und Bonn 1980.
- Walter Rathenau, Tagebuch 1907-1922, hrsg. und kommentiert von Hartmut Pogge-v. Strandmann, Düsseldorf 1967.
- Walther Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. 2: Hauptwerke und Gespräche, hrsg. von Ernst Schulin, München/Heidelberg 1977, Bd.6: Walther Rathenau-Maximilian Harden, Briefwechsel 1897-1920, hrsg. von Hans Dieter Hellige, München/Heidelberg 1983.
- Werth, Nicolas/ Moullec, Gaël, Rapports secrets soviétiques. La société russe dans les documents confidentiels 1921-1991, Paris 1994.
- Willy Brandt, Deutsche Außenpolitik nach zwei Weltkriegen, Vortrag gehalten in einer Feierstunde zum 100. Geburtstag Walther Rathenaus im Auditorium maximum der Freien Universität Berlin am 6. Oktober 1967, Sonderdruck aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 109/1967.
- Wolff, Theodor, Die Wilhelminische Epoche: Fürst Bülow am Fenster und andere Begegnungen, hrsg. und eingeleitet von Bernd Sösemann, Frankfurt a.M. 1989.
- Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920, bearbeitet von Heinz Hürten, Düsseldorf 1977 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe, Bd.2).

2. Zeitgenössisches Schrifttum (bis 1945)

- Andreas, W., Kiderlen-Wächter. Randglossen zu seinem Nachlaß, in: HZ 132 (1925), S.247-276.
- Asecretis (Pseudonym), Der Rapallo-Vertrag, in: Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, 1 (1923), S.23-38.
- Biereye, Wilhelm, Zur ältesten Geschichte des Geschlechts von Maltzan, in: Mecklenburgische Jahrbücher 96 (1932), S.135-150.
- Burckhardt, Julius, Der deutsch-russische Rechts- und Wirtschaftsvertrag vom 12.10.1925, Diss. Würzburg 1930.
- Eschenburg, Friedrich Bernhardt, Das Katharineum zu Lübeck, (o.J.) (o.O.) (Berlin 1911).
- Franke Otto zu Wertheimer, Fritz, Deutsche Leistungen und deutsche Aufgaben in China, Berlin 1913, in: Harms, Bernhard (Hrsg.), Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift für Allgemeine und Spezielle Weltwirtschaftslehre, Bd.2, Jena 1913, S.238-245.
- Genzken, Hermann, Die Abiturienten des Katharineums zu Lübeck von Ostern 1807-1907, Lübeck 1907.
- Gerhardt, H., 100 Jahre Bonner Corps. Die kooperationsgeschichtliche Entwicklung des Bonner S.C. von 1819-1918, (o.O.) 1926.
- Handbuch für das Deutsche Reich 1922, hrsg. vom Reichsministerium des Inneren, Jg. 41, Berlin 1922.
- Handbuch für das Deutsche Reich 1924, hrsg. vom Reichsministerium des Inneren, Jg. 42, Berlin 1924.
- Harich, Walther, Das Ostproblem. Seine Geschichte und Bedeutung, München 1922.
- Harms, Bernhard, Die Weltwirtschaftskonferenz, in: WA 25 (1927), S.211-244.
- Hellwig, Konrad, Die Verträge auf Leistung an Dritte, Leipzig 1899.
- Hoetzsch, Otto, Die Außenpolitik Sowjetrußlands, in: Handbuch der Politik. Dritte Auflage, hrsg. von Gerhard Anschütz (u.a.), Fünfter Band (Ergänzungsband): Der Weg in die Zukunft, Berlin-Grunewald 1922, S.228-231.
- Immanuel, Friedrich, Wir und Sowjetrussland. Eine brennende Zeitfrage für die Gegenwart und die nächste Zukunft, Hannover/Leipzig 1922 (Deutscher Michel, wach auf! Eine Reihe nationaler Schriften hrsg. von Oberst a.D. Immanuel, Heft 1).
- Kähler, Julius, Deutschland und China, München 1914.
- Kessler, Harry Graf, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, mit einem Kommentar von Hans Fürstenberg, Wiesbaden 1962 (ursprünglich Berlin 1928).
- Keynes, John Maynard, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. Deutsche Ausgabe hrsg. von Moritz Julius Bonn und Carl Brinkmann, Berlin 1920.
- Lorenz, Ernst Georg Erich, Wie man in Genua „Völkerversöhnung“ betreibt!: Abgurgelung oder Neuaufbau Europas? Rund um das deutsch-russische Wirtschaftsabkommen zu Rapallo, Stuttgart (Verlagsgesellschaft Deutsches Blatt) 1922.
- Magnus, Julius (Hrsg.), Die deutsch-russischen Verträge vom 12.10.1925, Berlin 1926.
- Martius, G., Die rechtlichen Grundzüge der deutsch-russischen Verträge vom 12.10.1925, in: Osteuropa 1 (1925/26), S. 443ff.

- Mayer, Gustav, Zur auswärtigen Politik von Demokratie und Sozialdemokratie, in: Archiv für Politik und Geschichte 2 (1924), S.603-616.
- Nansen, Fridtjof, Rußland und der Friede, Leipzig 1923.
- Nollet, Charles Marie Édouard Général, Une expérience de désarmément. Cinq ans de contrôle militaire en Allemagne, 4. Aufl. Paris 1932.
- Pohle, Richard, Rußland und das Deutsche Reich, Bonn und Leipzig 1922.
- Radek, Karl, Die Auswärtige Politik Sowjet-Rußlands, Hamburg 1921.
- Radek, Karl, Die Liquidation des Versailler Vertrages, Hamburg 1922.
- Radek, Karl, Die Offensive des Kapitals, in: Protokolle des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale Petrograd-Moskau 5. November – 5. Dezember 1922, Hamburg 1923.
- Radek, Karl, Nach Genua und Haag, Hamburg 1922.
- Radek, Karl, Programm des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus, Leipzig 1920.
- Radek, Karl, Proletarische Diktatur und Terrorismus, Hamburg 1920.
- Rieck, W., Den Rapallovertrag mit Leben erfüllen! Zeitungsbericht über die Rede in einer Massenkundgebung im Berliner Lustgarten, 20.4.1922, in: W. Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd.II, Berlin 1959.
- Rosner, Karl (Hrsg.), Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Aus Aufzeichnungen, Dokumenten, Tagebüchern und Gesprächen, Stuttgart/Berlin 1923.
- Salzmann, Erich von, Ago Freiherr von Maltzan, in: Peking 1914-1917, (a.a.O.), S.205-214.
- Schmidt, Berthold (Hrsg.), Geschichte des Geschlechts von Maltzahn und Maltzan, Schleiz 1900-1925 (Neudruck 1984).
- Seeckt, H. v., Deutschland zwischen Ost und West, Hamburg 1933.
- Siebert, Benno von, Einkreisung?, in: Süddeutsche Monatshefte, 19/I (1921/22), S.199ff.
- Stern-Rubarth, E., Graf Brockdorff-Rantzau. Wanderer zwischen zwei Welten. Ein Lebensbild, Berlin 1929.
- Stratz, Heinreich, 3 Monate als Geisel für Radek. Persönliche Erlebnisse in der Ukraine und Sowjetrussland, Berlin (1920).
- Stresemann, Gustav, Botschafter Ago von Maltzan zum Gedenken, Rede gehalten bei der Trauerfeier im Auswärtigen Amt am 5. Oktober 1927, in: Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik 5 (1927), S.573-578 (auch als Sonderdruck, o.O. (Berlin) o.J. (1927), S.1-8).
- The Germans at Versailles 1919, by Victor Schiff with contributions by Otto Landsberg, Hermann Müller and Friedrich Stampfer, translated by Geoffrey Dunlop, London 1930.
- Ungern-Sternberg, Roderich v., Sowjetrussland und wir. Ist ein wirtschaftliches Abkommen mit Sowjetrussland zurzeit erstrebenswert?, Berlin (1920).
- Vosberg-Rekow, Ein Deutsches China-Institut, Berlin 1914.
- Winnig, August, Das Reich als Republik 1918-1928, Berlin und Stuttgart 1928.
- Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, hrsg. von Anton Erkelenz, Berlin 1928.
- Zitelmann, Franz Carl, Russland im Friedensvertrag von Versailles (Art. 116, 117, 292, 433 des Friedensvertrages). Kommentar nebst einschlägigen Noten, Berlin 1920.

3. Erinnerungen, Memoiren, Autobiographien

- Allardt, Helmut, Politik vor und hinter den Kulissen. Erfahrungen eines Diplomaten zwischen Ost und West, Frankfurt/Berlin/Wien 1983 (ungekürzte Fassung der ursprünglichen Ausgabe von 1979).
- Bergmann, Carl, Der Weg der Reparationen von Versailles über den Dawesplan zum Ziel, Frankfurt a. M. 1926.
- Bischoff, Josef, Die letzte Front. Geschichte der Eisernen Division im Baltikum 1919, 2. Aufl. Berlin 1935.
- Bismarck, Otto von, Gedanken und Erinnerungen, in: Werke in Auswahl, hrsg v. Rudolf Bucher unter Mitwirkung von Georg Engel, Bd.8, Teil A, Stuttgart (u.a.) 1975.
- Blücher, Wipert von, Deutschlands Weg nach Rapallo. Erinnerungen eines Mannes aus dem zweiten Gliede, Wiesbaden 1951.
- Bonn, M. J., So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953.
- Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen, 2 Bde, Bd.1: 1884-1927, Stuttgart 1966.
- Charles-Roux, François, Souvenirs Diplomatiques. Une grande Ambassade à Rome, 1919-1925, Paris 1961.
- Die Kerenski-Memoiren. Rußland und der Wendepunkt der Geschichte, Wien/Hamburg 1966.
- Dirksen, H. von, Moskau, Tokio, London. Erinnerungen und Betrachtungen zu zwanzig Jahren deutscher Außenpolitik 1919-1939, Stuttgart 1949.
- Dittmann, Wilhelm, Erinnerungen, bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt/New York 1995 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd.14).
- François-Poncet, André, De Versailles A Potsdam. La France et le Problème Allemand Contemporaine 1919-1945, Paris 1948.
- Friedensburg, Ferdinand, Die Weimarer Republik, Berlin 1946.
- Gaus, Friedrich, 1922: Rapallo – wie es wirklich war. Bisher nicht veröffentlichte Aufzeichnungen aus Anlass des Abschlusses des deutsch-sowjetrussischen Vertrags, in: Vorwärts, Nr. 41 vom 7. Oktober 1971.

- General Ernst Köstring, der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921-1941, bearbeitet von Hermann Teske, Frankfurt a.M. o.J. (1966) (Profile bedeutender Soldaten, hrsg. vom Bundesarchiv/Militärarchiv, Bd.1).
- Gessler, Otto, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, mit einer Vorbemerkung von Theodor Heuss, Stuttgart 1958.
- Goltz, Rüdiger Graf von der, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920.
- Gregory, J. D., On the Edge of Diplomacy. Rambles and Reflections 1902-1928, London o. J. (1929).
- Haffner, Sebastian, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart/München 2000.
- Hentig, Werner Otto von, Mein Leben eine Dienstreise, Göttingen 2. Auflage 1963.
- Herriot, Éduoard, Jadis: D´une guerre à l´autre, paris 1952.
- Hilger, Gustav, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetrussische Beziehungen 1918-1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt a.M./Berlin 1955.
- Hodgson, R., Memoirs of an official agent, in: World Today 8 (1954), S.522-528, S.613-617.
- Ilsemann, Sigurd von, Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., hrsg. von Harald von Koenigswald, 2 Bde, Bd.1: Amerongen und Doorn 1918-1923, München 1967.
- Jäckh, Ernst, Der Goldenen Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers, Stuttgart 1954.
- Joffé (Ioffe), A. E., Ot Genui do Gaagi, Moskau 1923.
- Keynes, John Maynard. Freund und Feind, hrsg. von Joachim Kalka, Frankfurt a.M. 2004.
- Klotz, Louis-Lucien, De la guerre à la paix. Souvenirs et documents, Paris 1924.
- Kühlmann, Richard von, Erinnerungen, Heidelberg 1948.
- Ljubimow, N.N./ Erlich, A.H., Genuyescaja Konferenzija. Bospominanija uschastnikow, Moskau 1963.
- Lloyd George, David, The Truth about Reparations and War-Debts, London 1932.
- Löbe, Paul, Der Weg war lang. Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, Berlin 1949. (2. veränd. und erw. Aufl. Berlin 1954).
- Ludendorff, Erich, Meine Kriegserinnerungen 1914-1918. Mit zahlreichen Skizzen und Plänen, 3. Aufl. Berlin 1919.
- Ludwig, Emil, Geschenke des Lebens, Berlin 1931.
- Maltzan, Maria Gräfin von, Schlage die Trommel und fürchte dich nicht. Erinnerungen, Frankfurt/Berlin 1986.
- Meissner, Otto, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler, Hamburg 1950.
- Monnet, Jean, Mémoires, Paris 1976.
- Nadolny, Rudolf, Mein Beitrag. Erinnerungen eines Botschafters des Deutschen Reiches, hrsg. und eingeleitet von Günter Wollstein, Köln 1985.
- Niekisch, Ernst, Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs. Erster Band: Gewagtes Leben 1889-1945, Köln 1974.
- Papen, Franz von, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952.
- Putlitz, Wolfgang Gans, Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten, Berlin 1956.
- Raumer, Hans von, Dreißig Jahre nach Rapallo, in: Deutsche Rundschau 78 (1952), S.328-329.
- Redslob, Edwin, Von Weimar nach Europa, Berlin 1972.
- Reinsch, Paul S., An American Diplomat in China, Garden City, NY/ Toronto 1922.
- Rheinbaben, Werner Frhr. von, Viermal Deutschland. Aus dem Erleben eines Seemanns, Diplomaten, Politikers 1895-1954, Berlin 1954.
- Riesser, Hans E., Von Versailles zur UNO. Aus den Erinnerungen eines Diplomaten, Bonn 1962.
- Rosen, Friedrich, Aus einem diplomatischen Wanderleben, (Bd.1) Auswärtiges Amt – Marokko, 1901-1910, Berlin 1931, (Bd.2) Bukarest – Lissabon 1910-1916, Berlin 1932, Bd.III/IV aus dem Nachlaß hrsg. und eingeleitet von Herbert Müller-Werth, Wiesbaden 1959.
- Saint-Aulaire, (Auguste F.C. de Beaupoil) Comte de, Confession d´un vieux diplomat, Paris 1953.
- Scheffer, Paul, Sieben Jahre Sowjetunion, Leipzig 1930.
- Scheidemann, Philipp, Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Dresden 1928.
- Schlesinger, Moritz, Erinnerungen eines Außenseiters im diplomatischen Dienst. Aus dem Nachlaß hrsg. und eingeleitet von Hubert Schneider, Köln 1977.
- Schmid, Walter, Russische Jahre: 1939-1941, 1945-1955, 1968-1971, Bonn 1996.
- Schwabach, Paul, Aus meinen Akten, Privatdruck Berlin 1927.
- Severing, Carl, Mein Lebensweg, Bd.1, Köln 1950.
- Somary, Felix, Erinnerungen aus meinem Leben, Zürich 1955.
- Stampfer, Friedrich, Die Vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, Hamburg 3. Aufl. 1953.
- Stockhausen, Max von, Sechs Jahre Reichskanzlei. Von Rapallo bis Locarno. Erinnerungen und Tagebuchnotizen 1922-1927, bearbeitet und hrsg. von Walter Görlitz, Bonn 1954.
- Treviranus, Gottfried Reinold, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf/Wien 1968.
- Weizsäcker, Ernst von, Erinnerungen, hrsg. von Richard von Weizsäcker, Augsburg 1950.
- Wiedenfeld, Kurt, Zwischen Wirtschaft und Staat. Aus den Lebenserinnerungen, aus dem nachgelassenen Manuskript Kurt Wiedenfelds, hrsg. von Friedrich Bülow, Berlin 1960.
- Wolff, Theodor, Erlebnisse, Erinnerungen und Gedanken im südfranzösischen Exil, hrsg. von M. Bröhan, Boppard a.R. 1992 (Schriften des Bundesarchivs, 41).
- Zechlin, Walter, Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf. Erlebnisse eines Pressechefs und Diplomaten, Hannover 1956.

4. Zitierte und erwähnte Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtenagenturen

- 8 Uhr Abendblatt
- Algemeen Handelsblad
- Augsburger Neuste Nachrichten
- Baseler Nachrichten
- Berliner Börsen-Zeitung
- Berliner Lokalanzeiger
- Berliner Morgenpost
- Berliner Tageblatt
- Berliner Volkszeitung
- Chicago Tribune
- Daily Chronicle
- Daily Herald
- Daily Mail
- Daily Telegraph
- De Telegraaf
- Demokratischer Zeitungsdienst
- Der Tag
- Deutsche Allgemeine Zeitung (DAZ)
- Deutsche Juristen – Zeitung
- Deutsche Zeitung
- Deutsches Abendblatt
- Diario de la Marina (Havanna)
- Die Glocke
- Die Weltbühne
- Die Zeit
- Die Zukunft
- Excelsior
- Fränkischer Kurier
- Germania
- Hamburger Nachrichten
- Havas
- Izvestija
- Japan Advertiser
- Journal des Débats
- Kölner Tageblatt
- Kölnische Zeitung
- Kölnische Volkszeitung
- Kreuzzeitung
- Kurjer Poranny (Warschau)
- L´ Information
- L´Atelier
- L´Eclair
- L´Europe Nouvelle
- L´Humanité
- Le Figaro
- Le Gambois
- Le Matin
- Le Monde
- Le Petit Parisien
- Le Peuple
- Le Populaire
- Le Soir
- Le Temps
- Liberté
- Magdeburgische Zeitung
- Manchester Guardian
- Morning Post
- Neue Rundschau
- Neue Zürcher Zeitung
- New Statesman
- New York Herald Tribune
- New York Times
- Nieuwe Rotterdamsche Courant

- Norddeutsche Allgemeine Zeitung
- Nordkurier Neubrandenburg Oeuvre
- Peking Daily News
- Prager Presse
- Prawda
- Rote Fahne
- Stadt-Anzeiger für Köln und Umgebung
- Tageblatt von Nordchina
- Tägliche Rundschau
- The Observer
- The Shanghai Mercury
- The Times
- Toronto Daily Star
- United Telegraph
- Völkischer Beobachter
- Volkszeitung
- Vorwärts
- Vossische Zeitung
- Wochenendkurier
- WTB

Sekundärliteratur

- Adamthwaite, A., Grandeur and misery. France´s bid for power in Europe 1914-1940, London 1995.
- Alexander, Thomas, Carl Severing - ein Demokrat und Sozialist in Weimar, 2 Teile, Frankfurt u.a. 1996 (zugl. Diss. Bochum 1994) (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd.679).
- Allardt, Helmut, Politik vor und hinter den Kulissen. Erfahrungen eines Diplomaten zwischen Ost und West, 1979.
- Allen, Ann Taylor, Satire and Society in Wilhelmine Germany. Kladderadatsch & Simplicissimus 1890-1914, Lexington 1984.
- Altendorfer, Otto, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei (1888-1945). Eine Teilbiographie, München 1993 (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte; Bd.2).
- Alter, P., Rapallo - Gleichgewichtspolitik und Revisionismus, in: NPL 19 (1974), S.509-517.
- Am Wendepunkt der europäischen Geschichte, Beiträge von Otmar Franz (u.a.), Göttigen/Zürich 1981.
- Anderle, Alfred, Die deutsche Rapallo-Politk. Deutsch-sowjetrussische Beziehungen 1922-1929, Berlin 1962 (Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg; Bd.4).
- Andrew, Chistopher, The British secret service and Anglo-Soviet relations in the 1920s: from the trade negotiations to the Zinoviev letter, in: The Historical Journal 20 (1977), S.673-706.
- Arns, Günter, Friedrich Ebert als Reichspräsident, in: Schieder, Theodor (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik, München 1971 (Historische Zeitschrift, Beiheft 1).
- Artaud, Denise, Die Hintergründe der Ruhrbesetzung. Das Problem der interalliierten Schulen, in: VfZ 22 (1979), S.241-259.
- Artelt, Jork, Tsingtau. Deutsche Stadt und Festung in China 1897-1914, Düsseldorf 1984 (zugl. Diss. Bonn 1983).
- Ascher, Abraham, P.A. Stolypin. The Search for Stability in Late Imperial Russia, Stanford 2001.
- Asmuss, Reinhard, Republik ohne Chance? Akzeptanz und Legitimation der Weimarer Republik in der Tagespresse von 1918-1923, München 1994.
- Auffray, Bernard, Pierre de Margerie (1861-1942) et la vie diplomatique de son temps, Paris 1976.
- Baechler, Christian, Gustave Stresemann (1878-1929). De l´impérialisme à la sécurité collective, Straßburg 1996.
- Baechler, Christian, Guillaume II d´Allemagne, Paris 2003.
- Baechler, Christian, L´aigle et l´ours. La politique russe de l´Allemagne de Bismarck à Hitler, Bern (u.a.) 2001.
- Balfour, Michael, Der Kaiser Wilhelm II. und seine Zeit, mit einem einleitenden Essay von Walter Bussmann, Berlin 1967.
- Bariéty, Jacques, Peter Krüger. Die Außenpolitik der Republik von Weimar, in: VfZ 37 (1989), S.516-524.
- Bariéty, Jacques., Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, 10 novembre 1918-10 janvier 1925, de l´Exécution à la Négociation, Paris 1977.
- Barlow, Ima Christina, The Agadir Crisis, The University of North Carolina Press 1940, unveränd. Neudruck 1971.
- Barré, Jean-Luc, Le Seigneur-Chat. Philippe Berthelot (1866-1934), Paris 1988.
- Bauer, Peter, Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Diss. Berlin 1962.
- Baumgart, Constanze, Stresemann und England, Köln/Weimar/Wien 1996.

- Baumgart, Winfried, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/München 1966.
- Baumgart, Winfried, Deutsche Ostpolitik 1918-1926, in: Fischer, A./ Moltmann, G./ Schwabe, K. (Hrsg.), Rußland - Deutschland - Amerika. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80.Geburtstag, Wiesbaden 1978, S.239-256.
- Baumont, Maurice, Aristide Briand. Diplomat und Idealist, Göttingen 1966.
- Beitel, Werner/ Nötzold, Jürgen, Deutsch-sowjetrussische Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit der Weimarer Republik. Eine Bilanz im Hinblick auf gegenwärtige Probleme, Baden-Baden 1979 (Internationale Politik und Sicherheit, Bd.3).
- Bender, Beate, Der Mythos eines Vertrages. Was verstehen die Russen unter Rapallo?, in: Meyer, Klaus (Hrsg.), Deutsche, Deutschbalten und Russen. Studien zu ihren gegenseitigen Bildern und Beziehungen, Lüneburg 1997, S.153-174.
- Bennett, G.H., British Foreign Policy during the Curzon Period, 1919-24, London 1995.
- Berg, Manfred, Germany and the United States: The Concept of World Economic Interdependence, in: Fink/ Frohn/ Heideking (Hrsg.), Genoa, Rapallo, and European Reconstruction, (a.a.O.), S.77-93.
- Berg, Manfred, Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika: Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907-1929, Baden-Baden 1990 (zugl. Phil. Diss. Heidelberg 1988).
- Berg, Peter, Deutschland und Amerika. Über das deutsche Amerikabild der zwanziger Jahre, (Historische Studien, Heft 385), Lübeck/Hamburg 1963.
- Berger, Stefan, Ungleiche Schwestern? Die britische Labour-Party and die deutsche Sozialdemokratie im Vergleich 1900-1931, Bonn 1997 (Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd.46).
- Berghahn, Volker R./ Kitchen, Martin (Hrsg.), Germany in the Age of Total War, London 1981.
- Berghahn, Volker, Der erste Weltkrieg, München 2003.
- Berglar, Peter, Walther Rathenau. Seine Zeit, sein Werk, seine Persönlichkeit, Bremen 1970.
- Bertram-Libal, Gisela, Aspekte der britischen Deutschlandpolitik 1919-1922, Göppingen 1972 (Göppinger Akademische Beiträge, Nr.52) (zugl. Diss. Tübingen 1970).
- Bestuschew, Igor W., Die russische Aussenpolitik von Februar bis Juni 1914, in: Schieder, Theodor (Hrsg.), Erster Weltkrieg. Ursachen, Entstehung und Kriegsziele, Köln und Berlin 1969, S.474-490.
- Besymenski, Lew, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, aus dem Russischen von Hilde und Helmut Ettinger, Berlin 2002.
- Bieneck-Küster, Ein kritischer Beitrag zur Geschichte der Familien von Hahn und von Maltzan, in: Der Herold 1 (1940), S. 78-82.
- Biener, Annette S., Das deutsche Pachtgebiet Tsingtau in Schantung, 1897-1914. Institutioneller Wandel durch Kolonialisierung, Bonn (Selbstverlag des Herausgebers) 2001 (Studien und Quellen zur Geschichte Schantungs und Tsingtaus, hrsg. von Prof. Dr. W. Matzat).
- Bienhold, Marianne, Die Entstehung des litauischen Staates in den Jahren 1918-1919 im Spiegel deutscher Akten, Bochum 1976 (zugl. Diss. Bochum 1975).
- Biewer, Ludwig, Das Auswärtige Amt in der Wilhelmstrasse (1870-1945), hrsg. vom Auswärtigen Amt, (o.O.) (Bonn) (o.J.) (1997). (auch als: Ders., Die Wilhelmstraße in der Sicht des Auswärtigen Amts, in: Engel, Helmut/Ribbe, Wolfgang (Hrsg.), Geschichtsmeile Wilhelmstraße, Berlin 1997, S.85-100).
- Blanke, Richard, Orphans of Versailles. The Germans in Western Poland, 1918-1939, Lexington/Ky. 1993.
- Blumenhagen, Karl Heinz, Die deutsch-sowjetrussischen Handelsbeziehungen 1939-1941. Ihre Bedeutung für die jeweilige Kriegswirtschaft, Hamburg 1998 (Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, Bd.2).
- Boden, Ragna, Die Weimarer Nationalversammlung und die deutsche Außenpolitik. Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und internationale Beziehungen in den Debatten von Februar bis August 1919, Frankfurt a.M. 2000 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Bd. 884).
- Bonnet, Georges, Le Quai d´Orsay sous trois Républiques 1870-1961, Paris 1961.
- Borowsky, Peter, Die „bolschewistische Gefahr“ und die Ostpolitik der Volksbeauftragten in der Revolution 1918/19, in: Stegmann, Dirk/ Wendt, Bernd-Jürgen/ Witt, Peter-Christian, Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzisten Geburtstag, Bonn 1978, S.389-404 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd.137).
- Borowsky, Peter, Sowjetrußland in der Sicht des Auswärtigen Amtes und der Reichswehrführung 1918-1923, in: Niedhart, Gottfried, Der Westen und die Sowjetunion, (a.a.O.), S.27-51.
- Böttcher, Helmuth H., Walther Rathenau. Persönlichkeit und Werk, Bonn 1958.
- Bournazel, Renata, Rapallo. Naissance d’un mythe. La politique de la peur dans la France du bloc national, Paris 1974 (zugl. Diss. Université de Paris I, 1972) (deutsche Ausgabe : Rapallo. Ein französisches Trauma, Köln 1976).
- Boveri, Margret, Rapallo. Geheimnis-Wunschtraum-Gespenst, in: Merkur 6 (1952), S.872-888.
- Bracher, Karl Dietrich/ Funke, Manfred, Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 2. Aufl. 1988.
- Brand, H.W., Ideas and Foreign Affairs, in: Schulzinger, Robert D. (Hrsg.), A Companion to American Foreign Relations, Malden/Oxford/Victoria 2003, S.1-14.
- Brandt, Willy, Deutsche Außenpolitik nach zwei Weltkriegen, Rede gehalten am 6. Oktober 1967 anläßlich einer Feierstunde zum 100. Geburtstag Walther Rathenaus im Auditorium maximum der Freien Universität Berlin, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 109 (10. Oktober 1967), S.933-937.

- Braubach, Max, Kleine Geschichte der Universität Bonn, Krefeld 1950.
- Braubach, Max, Zum Quellenwert von Memoiren, in: Historisches Jahrbuch 70 (1951), S.388ff.
- Braun, Bernd, Hermann Molkenbuhr (1851-1927). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1999 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 3, Bd. 118).
- Braun, Bernd, Integration kraft Repräsentation – Der Reichspräsident in den Ländern, in: Kolb, Eberhard (Hrsg.), Friedrich Ebert als Reichspräsident, a.a.O., S.157-187.
- Brenner, Wolfgang, Walther Rathenau. Deutscher und Jude, München, Zürich 2005.
- Brunn, Gerhard, Deutschland und Brasilien (1889-1914), Köln 1971 (Lateinamerikanische Forschungen, Bd.4) (zugl. Diss. Köln 1967).
- Bryant, F. R., Lord D'Abernon, the Anglo-French mission and the battle of Warsaw, 1920, Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 38 (1990), S.526-547.
- Buddensieg, Thomas (u.a.) (Hrsg.), Ein Mann vieler Eigenschaften. Walther Rathenau und die Kultur der Moderne, Berlin 1990.
- Buffet, Cyril, Rapallo. Sirens and phantoms, in: Buffet, Cyril/ Heuser, Beatrice (Hrsg.), Haunted by history. Myths in international relations, Providence und Oxford 1998, S.235-236.
- Burckhardt, Jacob, Weltgeschichtliche Betrachtungen, erläutert und hrsg. von Rudolf Marx, Stuttgart 1963.
- Burdick, Charles B., The Japanese Siege of Tsingtau. World War I in Asia, Hamdon/CT 1976.
- Bussche, Raimund von dem, Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen, Heidelberg 1998 (Heidelberger Abhandlungen zur Mittleren und Neueren Geschichte, Bd.11).
- Bußmann, Markus, Richard von Kühlmann und die Niederlande, in: Zentrum für Niederlande-Studien 9 (1998), S.139-173.
- Cabanes, Bruno, Die französischen Soldaten und der „Verlust des Sieges", in: Krumeich, Gerd (Hrsg. in Zusammenarbeit mit Silke Fehlemann), Versailles 1919, (a.a.O.), S.269-279.
- Callières, F. de, De la Manière de négocier avec les Souverains, Paris/Amsterdam 1716.
- Cameron, J. David, Carl Graap and the Formation of Weimar Foreign Policy toward Soviet Russia from 1919 until Rapallo, in: Diplomacy & Statecraft 13 (2002), S.75-95.
- Cameron, J. David, To Transform the Revolution into an Evolution: Underlying Assumptions of German Foreign Policy toward Soviet Russia, 1919-27, in: Journal of Contemporary History 40 (2005), 1, S. 7-24.
- Canis, Konrad, Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997 (Studien zur internationalen Geschichte, Bd.3).
- Carr, Edward Hallet, German-Soviet Relations between the two world wars, 1919-1939, Oxford 1952 (dt. Ausgabe: Berlin- Moskau. Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen, Stuttgart 1954).
- Carsten, Francis Ludwig, Eduard Bernstein 1850-1932. Eine politische Biographie, München 1993.
- Carsten, Francis Ludwig, The Reichswehr and Politics 1918 to 1933, Oxford 1966.
- Castellan, Georges, L´Allemagne de Weimar 1918-1933, Paris 1969.
- Cavaillé, Marie-Dominique, Rudolf Breitscheid et la France 1919-1933, Frankfurt a.M. (u.a.) 1995 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd.660).
- Cecil, Lamar, Der diplomatische Dienst im kaiserlichen Deutschland, in: Schwabe, Klaus (Hrsg.), Das diplomatische Korps 1871-1945, (a.a.O.), S.15-40.
- Cecil, Lamar, The German Diplomatic Service, 1871-1914, Princeton/NJ 1976.
- Clemens, Gabriele, Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Peter Krüger zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001.
- Cohrs, Patrick O., The First ‚Real' Peace Settlements after the First World War: Britain, the United States and the Accords of London and Locarno, 1923-1925, in: CEH 12 (2003), S.1-31.
- Cohrs, Patrick O., The Unfinished Peace after World War I. America, Britain and the Stabilisation of Europe, 1919-1932, Cambridge University Press 2006.
- Conte, F., Lloyd George et le traité de Rapallo, in: RHMC 23 (1976), S.44-67.
- Conte, Francis, Christian Rakovsky (1873-1941). Essai de biographie politique, Paris 1970. bzw. 1975.
- Conze, Werner, Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt, Göttingen 1967.
- Conze, Werner, Deutschlands weltpolitische Sonderstellung in den zwanziger Jahren, in: VfZ (1961), S.166-177.
- Cornelißen, Christoph, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff-Methoden-Perspektiven, in: GWU 54 (2003), S.548-563.
- Craig, Gordon A., On the Nature of Diplomatic History. The Relevance of Some Old Books, in: Paul Gordon Lauren (Hrsg.), Diplomacy (a.a.O.), S.21-42.
- Craig, Gordon A., On the Pleasure of Reading Diplomatic Correspondence, in: JCH 26 (1991), S.369-384.
- Creuzberger, Stefan, Grundzüge sowjetrussischer Außenpolitik in den Jahren 1922-1939, in: Vyslonzil, E./ Leifer, P. (Hrsg.), Rußland-Sowjetunion-Rußland. Hundert Jahre Russische Außenpolitik, Frankfurt a.M. 1999, S.91-104.
- Debo, R. K., Lloyd George and the Copenhagen conference of 1919-1920: the initiation of Anglo-Soviet negotiations, in: Historical Journal 24 (1981), S.429-441.
- Dénechère, Yves, Jean Herbette (1878-1960). Journaliste et ambassadeur, Paris 2003.
- Dénechère, Yves, La nomination du premier ambassadeur de France auprès des Soviets : Jean Herbette, in : RHD (34) 2002, S.97-116.
- Dessler, David, What´s at stake in the agent-structure debate?, in: International Organization 43 (1989), S.441-443.

- Deutsche Erinnerungsorte, hrsg. von Etienne François und Hagen Schulze, 3 Bde., München 2001.
- Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, hrsg. von Jost Dülffer, Bernd Martin und Günter Wollstein, Frankfurt a.M. 1990.
- Deutschland und das bolschewistische Rußland von Brest-Litovsk bis 1941. Mit Beiträgen von Jürgen Förster (u.a.), Berlin 1991 (Abhandlungen des Göttinger Arbeitskreises, Bd.8; Der Göttinger Arbeitskreis, Veröffentlichung Nr. 439).
- Die Extreme berühren sich. Walther Rathenau 1867-1922. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Zusammenarbeit mit dem Leo Baeck Institute, New York, hrsg. von Hans Wilderotter, (o.O.) (o.J.) (1994).
- Die Maltza(h)n 1194-1945. Der Lebensweg einer ostdeutschen Adelsfamilie, hrsg. vom Maltza(h)nschen Familienverein, Köln 1979.
- Dieckmann Johannes, Was ist und was bedeutet uns heute „Rapallo“, Leipzig/Jena/Berlin 1962 (Schriftenreihe der Gesellschaft zur Verbreitung Wissenschaftlicher Kenntnisse; 25).
- Dilthey, Wilhelm, Gesammelte Schriften, Bd.7: Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften, hrsg. von Bernhard Groethuysen, Göttingen 7. Auflage 1979.
- Dockrill, M.L./ Goold, D., Peace without promise: Britain and the peace conferences, 1919-1923, London 1981.
- Doepgen, Peter, Die Washingtoner Konferenz, das Deutsche Reich und die Reichsmarine. Die Auswirkungen der Washingtoner Abrüstungskonferenz 1921/22 auf das Deutsche Reich und die Reichsmarine 1922-1935, Diss. Kiel 2000.
- Doering-Manteuffel, Anselm, Ostmitteleuropa, Brest-Litowsk und die europäische Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Zur Bedeutung der Historiographie der sechziger Jahre für die Gegenwart, in: Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert (a.a.O.), S.205-215.
- Doeser, Ute, Das bolschewistische Rußland in der deutschen Rechtspresse 1918-1925. Eine Studie zum publizistischen Kampf in der Weimarer Republik, Diss. Berlin 1961.
- Dohrmann, Bernd, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921-1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik, Münden 1980 (Studien zur modernen Geschichte, Bd.24).
- Döring, Martin, „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001.
- Dorrmann, Michael, „Von kommenden Dingen“. Revolution und Republik, in: Die Extreme berühren sich, a.a.O., S.390-406.
- Doß, Kurt, Das Deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977.
- Doß, Kurt, Reichsminister Adolf Köster, 1883-1930. Ein Leben für die Weimarer Republik, Düsseldorf 1978.
- Doß, Kurt, Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das deutsche Diplomatische Korps in einer Epoche des Umbruchs, in Schwabe, Klaus (Hrsg.), Das diplomatische Korps 1871-1945, (a.a.O.) S.81-100.
- Doß, Kurt, Zwischen Weimar und Warschau. Ulrich Rauscher. Deutscher Gesandter in Polen 1922-1930. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1984.
- Dreyer, Michael/ Lembcke, Oliver, Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19, Berlin 1993 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd.70).
- Droysen, Johann Gustav, Historik, München/Berlin 1943.
- Dülffer, Jost, Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, in: ASG 21 (1981), S.593-601.
- Dülffer, Jost, Deutsch-russische Beziehungen 1870-1914, in: Mieck, Ilja, Guillen, Pierre (Hrsg.), Deutschland-Frankreich-Rußland, (a.a.O.), S.89-107.
- Dunk, Hermann von der, Walther Rathenau 1867-1922. Ein Leben zwischen Anpassung und Kritik, mit einem Vorwort von Ernst Schulin vom Februar 1999, Leipzig 1999 (Freienwalder Hefte; Bd.2) (niederländisches Original erstmalig 1967).
- Dupeux, Louis, Im Zeichen von Versailles. Ostideologie und Nationalbolschewismus in der Weimarer Republik, in: Koenen, Gerd/ Kopelew, Lew (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, (a.a.O.), S.191-218.
- Duroselle, J.-B., Histoire diplomatique de 1919 a nos jours, Paris 4. Aufl. 1966 (Études Politiques, Économiques et Sociales. Collection publiée sous le patronage de la Fondation Nationale des Sciences politiques, 7).
- Dyakov, Yuri/ Bushuyeva, Tatjana, The Red Army and the Wehrmacht. How the Soviets Militarized Germany, 1922-33, and Paved the Way for Fascism. Fron the Secret Archives of the Former Soviet Union, Amherst/N.Y. 1995 (Russian Studies Series).
- Dyck, Harvey Leonard, German-Soviet relations and the Anglo-Soviet break, 1927, in: Slavic Review 25 (1966), S.67-83.
- Dyck, Harvey Leonard, Weimar Germany and Soviet Russia 1926-1933. A Study in Diplomatic Instability, New York 1966.
- Egerton, George, The Politics of Memory. Form and Function in the History of Political Memoir from Antiquity to Modernity, in: ders. (Hrsg.), Political Memoir. Essays on the Politics of Memory, London 1994, S.1-27.
- Ehrl, Richard, Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland bzw. der Sowjetunion und Deutschland von der Jahrhundertwende bis 1941, Weiden 1993 (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, H.3).
- Eichner, Karsten, Briten, Franzosen und Italiener in Oberschlesien, 1920-1922. Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission im Spiegel der Britischen Akten, St. Katharinen 2002 (Beihefte zum Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, H.13).

- Eichwede, Wolfgang, Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921-1925, Köln/ Wien 1971.
- Eisenfeld, Bernd/ Kowalczuk, Ilko-Sascha/ Neubert, Ehrhart, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.
- Elz, Wolfgang, Die Weimarer Republik und ihre Außenpolitik. Ein Forschungs- und Literaturbericht, in HJb 119 (1999), S.307-375.
- Epstein, Fritz T., Zur Interpretation des Versailler Vertrages. Der von Polen 1919-1922 erhobene Reparationsanspruch, Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 5 (1957), S.315-335.
- Erdmann, Karl Dietrich und Grieser, Helmut, Die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik als Problem der deutschen Innenpolitik, in: GWU 26 (1975), S.403-426.
- Erdmann, Karl Dietrich, Deutschland, Rapallo und der Westen, in: VfZ 11 (1963), S.105-165.
- Erdmenger, Katharina, Diener zweier Herren? Briten im Sekretariat des Völkerbundes 1919-1933, Baden-Baden 1998 (zugl. Diss. Bonn 1997).
- Erdmenger, Katharina, Neue Ansätze zur Organisation Europas nach dem Ersten Weltkrieg (1917-1933), Sinzheim 1995.
- Erll, Astrid, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, in: Nünning, Ansgar (Hrsg.), Konzepte der Kulturwissenschaften, Stuttgart 2003, S.156-185.
- Escherich, Bernhard, Herausforderung Deutschland. Zum Deutschlandbild französischer Historiker 1945-1989, Hamburg 2003 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd.29) (zugl. Diss. Bonn 2001).
- Eudin, Xenia Joukoff/ Fisher, Harold H., Soviet Russia and the West 1920-1927. A Documentary Survey, Stanford University Press 1957.
- Euler, Heinrich, Die Außenpolitik der Weimarer Republik 1918/1923 (Vom Waffenstillstand bis zum Ruhrkonflikt), Aschaffenburg 1957.
- Eynern, Margarete von, „Der Außenpolitiker Rathenau“, in: Berliner Hefte 2 (1947).
- Fabry, Philipp W., Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetrussischen Geschichte von 1933 bis 1941. Prolegomena von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1971.
- Fattorini, Emma, Germania e Santa Sede. Le nunziature di Pacelli fra la Grande guerra e la Repubblica di Weimar, Bologna 1992 (Annali dell´Istituto storico italo-germanico, Monografia 18).
- Feldman, Gerald D., Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Heinz Siber, München 1998.
- Felix, David, Walther Rathenau and the Weimar Republic: The Politics of Reparations, Baltimore 1971.
- Fesser, Gerd, Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow. Eine Biographie, Berlin 1991.
- Fest, Joachim, Die Unvorhersehbarkeit der Geschichte. Über den Methodenstreit der Historiker und die Kunst der Biographie, in: Conze, Eckhart/ Schlie, Ulrich, Seubert, Harald (Hrsg.), Geschichte zwischen Wissenschaft und Politik, Baden-Baden 2003, S.3-15.
- Feucht, Stefan, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918-1933), Frankfurt a. M. u.a. 1998 (Moderne Geschiche und Politik, Bd. 10) (zugl. Diss. Tübingen 1997).
- Fink, Carole, „As little a surprise as a murder can be”. Ausländische Reaktionen auf den Mord an Walther Rathenau, in: Die Extreme berühren sich, (a.a.O.), S.237-246.
- Fink, Carole, Beyond Revisionism, The Genoa Conference of 1922, in: Fink, Carole/ Frohn, Axel/ Heideking, Jürgen (Hrsg.), Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922, (a.a.O.), S.11-27.
- Fink, Carole, The Genoa Conference. European Diplomacy, 1921-1922, Chapel Hill/ London 1984.
- Fink, Carole/ Frohn, Axel/ Heideking, Jürgen (Hrsg.), Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922, Washington D.C./ Cambridge 1991 (Publications of the German Historical Institute, Washington D.C.).
- Fischer, Conan, The German Communists and the rise of Nazism, Houndsmill u.a. 1991.
- Fischer, Conan, The Ruhr Crisis, 1923-1924, Oxford und New York 2003.
- Fleischhauer, Eva Ingeborg, Rathenau in Rapallo. Eine notwendige Korrektur des Forschungsstandes, in: VfZ 54/3 (2006), S.365-415.
- Forsbach, Ralf, Alfred von Kiderlen-Wächter (1852-1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich, 2 Teilbände, Göttingen 1997 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd.59) (zugl. Diss. Bonn 1995).
- Franke, A., Das Verhältnis der Berliner Emigrantenkolonie zu ihrem Gastland am Beispiel der Zeitung Rul von 1920-1922, Magisterarbeit Humboldt-Universität zu Berlin 1996.
- Frankenberger, Klaus-Dieter, Mehr Schein als Sein. Europäische Außenpolitik in der Krise, in: Internationale Politik 57 (2002), S. 23-26.
- Franz, Corinna, Fernand de Brinon und die deutsch-französischen Beziehungen 1918-1945, Bonn 2000 (Pariser Historische Studien, hrsg. vom Deutschen Historischen Institut Paris, Bd.54) (zugl. Diss. Bonn 1997).
- Franz, Otmar (Hrsg.), Europa und Rußland- Das europäische Haus?, Göttingen/Zürich 1993.
- Fresser, Gerd, Erich Ludendorff (1865-1937), in: Fröhlich, Michael (Hrsg.), Das Kaiserreich, (a.a.O.), S.341-352.
- Freund, G., Unholy Alliance, Russian-German Relations from the Treaty of Brest-Litowsk to the Treaty of Berlin, London 1957.
- Frey, Marc Der Erste Weltkrieg und die Niederlande. Ein neutrales Land im politischen und wirtschaftlichen Kalkül der Kriegsgegner, Berlin 1998 (Studien zur internationalen Geschichte, Bd. 5) (zugl. Diss. Köln 1996).

- Fritsch-Bournazel, Renata, Rapallo – eine hartnäckige Erinnerung an einen unvergleichbaren Augenblick, in: Dokumente 82 (1982), S.247-253.
- Fröhlich, Michael (Hrsg.), Das Kaiserreich. Portrait einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2001.
- Fröhlich, Michael, Imperialismus. Deutsche Kolonial- und Weltpolitik 1880-1914, München 1994.
- Frohn, A., Der „Rapallo-Mythos“ und die deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Deutschland in Europa, (a.a.O.), S.135-153.
- Fuchs-Heinritz, Biographische Forschung. Eine Einführung in Praxis und Methoden, Wiesbaden 2. Aufl. 2000.
- Funke, Manfred, Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt 1934-36, Düsseldorf 1970.
- Gadamer, Hans-Georg, Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, Tübingen 1960.
- Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a.M.,/Berlin/ Wien 1980.
- Gallus, Alexander, Biographik und Zeitgeschichte, in: APUZ 1-2/2005, S.40-46.
- Gatzke, Hans Werner, Dokumentation zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918, in: VfZ 3 (1955), S.67-98.
- Gatzke, Hans Werner, Russo-German Military Collabration During the Weimar Republic, in: AHR 63 (1958), S.565-597.
- Gatzke, Hans Werner, Von Rapallo nach Berlin. Stresemann und die deutsche Rußlandpolitik, in: VfZ 4 (1956), S.1-29.
- Gehrmann, Udo, Turbulenzen am Stillen Don. Zur deutschen Kriegsziel- und Ostpolitik in der Zeit des Brest-Litovsker Friedens, in: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 41 (1993), S.394-421.
- Geigenmüller, Ernst, Briand, Bonn 1959.
- Gellinek, Christian, Philipp Scheidemann. Eine biographische Skizze, Köln 1994.
- Geschichtsmeile Wilhelmstraße, hrsg. von Helmut Engel und Wolfgang Ribbe, Berlin 1997.
- Geyer, Dietrich, Krieg und Revolution: Rußland und Deutschland 1917/18, in: Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Revolution und Krieg. Zur Dynamik historischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert, Paderborn 1989.
- Gilmour, David, Curzon, London 1994.
- Girard, Michel, Les individus dans la politique internationale, Paris 1994.
- Girault, René, Wirklichkeit und Legende in den französisch-sowjetrussischen Beziehungen 1917-1945, in : Niedhart, Gottfried (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion, (a.a.O.), S.119-133.
- Goldbach, Marie-Luise, Karl Radek und die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen 1918-1923, Bonn-Bad Godesberg 1973.
- Gooch, George P., Studies in Diplomacy and Statecraft, London 1942 (Nachdruck 1969).
- Gorlow, Sergej A., Geheimsache Moskau-Berllin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920-1933, in: VfZ 44 (1996), S.133-165.
- Görtemaker, Manfred, Geschichte Europas 1850-1918, Stuttgart 2002.
- Görtemaker, Manfred, Thomas Mann und die Politik, Frankfurt a.M. 2005.
- Graml, Hermann, Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: VfZ 18 (1970), S.366-391, auch gedruckt in: Ziebura, Gilbert (Hrsg.), Grundfragen deutscher Aussenpolitik, (a.a.O.), S.229-266.
- Graml, Hermann, Europa zwischen den Kriegen, Nördlingen 1969.
- Grekow, Boris, Zur Entwicklung der außenpolitischen Ansichten von Dr. Walther Rathenau (vom Vorabend des ersten Weltkrieges bis zur Unterzeichnung des Rapallo-Vertrages, in: Rapallo- Modell für Europa? (a.a.O.), S.245-251.
- Grekow, Boris, “Russland ist unser künftiges Absatzgebiet”. Walther Rathenau und Russland zwischen 1914 und 1922, in: die Extreme berühren sich, a.a.O., S.203-208.
- Grewe, Wilhelm G., Die Diplomatie des Ost-West-Konflikts 1945-1963, in: Markert, Werner (Hrsg.), Deutsch-Russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, Stuttgart 1964, S.167-192.
- Grieser, Helmut, Die Sowjetpresse über Deutschland in Europa: 1922-1932. Revision von Versailles und Rapallo-Politik in sowjetrussischer Sicht, Stuttgart 1970 (Kieler historische Studien, Bd.10).
- Groehler, Olaf, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941, Berlin 1992.
- Grottian, Walter, Genau und Rapallo 1922. Entstehung und Wirkung eines Vertrages, in: APUZ 12 (1962), S.305-328.
- Gründer, Horst, Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 3. Aufl. 1995.
- Gründer, Horst, Walter Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker, Neustadt 1975 (zugl. Diss. Münster 1973).
- Grüner, Stefan, Paul Reynaud (1878-1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich, München 2001 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd.48) (zugl. Diss. Regensburg 1997).
- Grupp, Peter, Adolf Georg Otto (Ago) von Maltzan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin, in: Benz, W./ Graml, H. (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, (a.a.O.), S.217-218?.
- Grupp, Peter, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918-1920. Zur Politik des Auswärtigen Amts vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags, Paderborn 1988.
- Grupp, Peter, Deutschland, Frankreich und die Kolonien. Der französische „Parti colonial“ und Deutschland von 1890 bis 1914, Tübingen 1980 (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, 32).
- Grupp, Peter, Distanz und Nähe. Harry Graf Kessler als Biograph Walther Rathenaus, in: Wilderrotter, Hans (Hrsg.), Die Extreme berühren sich, (a.a.O.), S.109-116.

- Grupp, Peter, Harry Graf Kessler 1868-1937. Eine Biographie, München 1995.
- Grupp, Peter, Harry Graf Kessler als Diplomat, in: VfZ 40 (1992), S.61-78.
- Grupp, Peter, Harry Graf Kessler und das Auswärtige Amt. Funktionselite und elitärer Außenseiter, in: Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen, Bd.1 (Paralleltitel: Elites en France et en Allemagne aux XIXième et XXème siècles. Structures et relations, Vol. 1), im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees hrsg. von Rainer Hudemann und Georges-Henri Soutou, München 1994.
- Grupp, Peter, Juden. Antisemitismus und jüdische Fragen im Auswärtigen Amt in der Zeit des Kaiserreichs und in der Weimarer Republik. Eine erste Annäherung, in: ZfG 46 (1998), S.237-248.
- Grupp, Peter/ Jardin, Pierre, Une Tentative de Renouvellement de la Diplomatie Traditionelle. La « Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen » (1919), in : Francia 13 (1985), S.447-473.
- Gutsche, Willibald, Ein Kaiser im Exil. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. in Holland. Eine kritische Biographie, Marburg 1991.
- Gutsche, Willibald, Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers. Theobald von Bethmann Hollweg 1856-1921. Ein politisches Lebensbild, Berlin 1973.
- Gutsche, Willibald, Zu Hintergründen und Zielen des „Panthersprungs“ nach Marokko von 1911, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 28 (1980), S.133-151.
- Hacke, Christian, Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988.
- Haffner, Sebastian, Von Bismarch zu Hitler. Ein Rückblick, München 1987.
- Hähner, Olaf, Historische Biographik. Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1999.
- Hamilton, Richard F./ Herwig, Holger H. (Hrsg.), The Origins of World War I, Cambridge/New York/Melbourne 2003.
- Harscheid, Michael, Biographieforschung: Werden und Wandel einer komplexen Methode, in: Historical Social Research 14 (1989), 9, S.99-142.
- Haupts, Leo, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Diplomat und Minister in Kaiserreich und Republik, Göttingen/Zürich 1984 (Persönlichkeit und Geschichte, Bd.116/117).
- Hecker, Gerhard, Walther Rathenau und sein Verhältnis zu Militär und Krieg, Boppard 1983 (Wehrgeschichtliche Studien, Bd.30).
- Hehn, J.v./ Rimscha, H.v./ Weiss, H. (Hrsg.), Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten 1918-1920, Marburg 1977.
- Heiber, Helmut, Die Republik von Weimar, durchgesehen und ergänzt von Hermann Graml, München 20. Aufl. 1994.
- Heid, Ludger, Oskar Cohn. Ein Sozialist und Zionist im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Frankfurt a.M./ New York 2002 (Campus Judaica, Bd.19).
- Heideking, Jürgen, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979 (Historische Studien, Heft 436) (zugl. Diss. Tübingen 1978).
- Heideking, Jürgen, Vom Versailler Vertrag zur Genfer Abrüstungskonferenz. Das Scheitern der alliierten Militärkontrollpolitik gegenüber Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1980), S.45-68.
- Helbig, Herbert, Die Moskauer Mission des Grafen Brockdorff-Rantzau, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 2 (1955), S.34-55.*
- Helbig, Herbert, Die Träger der Rapallo-Politik, Göttingen 1958 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte; 3).
- Hempe, Mechthild, Ländliche Gesellschaft in der Krise. Mecklenburg in der Weimarer Republik, Köln/ Weimar 2002 (Industrielle Welt, Bd.64).
- Hense, Karl-Heinz/ Sabrow, Martin (Hrsg.), Leitbild oder Lernort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau, Berlin 2003.
- Hentzschel-Fröhlings, Jörg, Walther Rathenau als Politiker der Weimarer Republik, Diss. Wuppertal 2005.
- Hentzschel-Fröhlings, Jörg, Walther Rathenau und Hugo Stinnes: Rivalen voller Respekt, in: Hentzschel-Fröhlings, Jörg/ Hitze, Guido/ Speer, Florian (Hrsg.), Gesellschaft - Region - Politik, Norderstedt, 2006, S.369-393.
- Herbstritt, Georg, Brückenbau oder Seitenwechsel? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichkanzlers a.D. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51-1955), Magisterarbeit Freiburg 1992.
- Hering, Rainer, Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Hamburg 2003.
- Herren, Madelein/ Zala, Sacha, Netzwerk Außenpolitik. Internationale Kongresse und Organisationen als Instrumente der schweizerischen Außenpolitik 1914-1950, Zürich 2002 (Schweizer Beiträge zur internationalen Geschichte, Bd.5).
- Hiden, John, Between Ideology and Power Politics. Britain, Germany, and Russia 1918-1922, in: Birke, A.M./Wentker, H. (Hrsg.), Deutschland und Rußland in der britischen Kontinentalpolitik seit 1815, München u.a. 1994.
- Hiden, John, The ‘Baltic Problem’ in Weimar’s Ostpolitik, 1923-1932, in: Berghahn, Volker R./ Kitchen, Martin (Hrsg.), Germany in the Age of Total War, (a.a.O.), S.147-169.
- Hiden, John, The Baltic States and Weimar Ostpolitik, Cambridge (u.a.) 1987.

- Hildebrand, Klaus, Das Deutsche Reich und die Sowjetunion im internationalen System, 1918-1932. Legitimität oder Revolution?, Wiesbaden 1977 (Frankfurter Historische Vorträge, Heft 4).
- Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich, Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart 1995.
- Hildebrand, Klaus, Deutschland und Europa im 20. Jahrhundert, in: Deutschland in Europa, (a.a.O.), S.390-393.
- Hildermeier, Manfred, Germany and the Soviet Union, in: Mühle, Eduard (Hrsg.), German and the European East in the Twentieth Century, (a.a.O.), S.29-44.
- Hildermeier, Manfred, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.
- Hilger, Gustav/ Meyer, Alfred G., „The Incompatible Allies". A Memoir-History of German Soviet Relations, 1918-1941, New York 1953.
- Hillgruber, Andreas, Deutsche Rußland-Politik 1871-1918: Grundlagen. Grundmuster. Grundprobleme, in: Saeculum 27 (1976), S.94-108.
- Hillgruber, Andreas, Revisionismus- Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 237 (1983), S.597-621.
- Hitze, Guido, Carl Ulitzka (1873-1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen, Düsseldorf (Droste) 2002 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte; 40).
- Hockerts, H.G., Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: APUZ B 28 (2001), S.15-30 bzw. in Jarausch, Konrad/ Sabrow, Martin (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis, a.a.O., S.9-38.
- Hogenhuis, Anne, La Russie, l´Europe et la France, in: Petricioli, Une occasion manquée?, S.319-333.
- Hogenhuis-Seliverstoff, Anne, Les Rélations Franco-Soviétiques 1917-1924, Paris 1981 (Diss. Université de Paris I, 1979).
- Hogenhuis-Seliverstoff, Anne, Russophilie et germanophobie en France et en Russie entre 1878 et 1918, in: in: Mieck, Ilja, Guillen, Pierre (Hrsg.), Deutschland-Frankreich-Rußland, (a.a.O.), S.71-86.
- Holborn, Hajo, Diplomats and Diplomacy in the Early Weimar Republic, in: Craig, G.A./ Gilbert, F. (Hrsg.), The diplomats 1919-1933, (a.a.O.), S.123-171.
- Höltje, Christian, Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919-1934, Würzburg 1958.
- Hölzle, Erwin, Die Selbstentmachtung Europas. Das Experiment des Friedens vor und im Ersten Weltkrieg, Göttingen u.a. 1975.
- Hönig, Hans G., Konstruktives Übersetzen, Tübingen 2. Aufl. 1997 (Studien zur Translation, Bd.1).
- Hörster-Philipps, Ulrike, Bedeutender Aktenfund in Moskau. Der „Rapallo-Kanzler" Joseph Wirth und sein Leben, in: Das Parlament 44 (23.10.1992), S.16.
- Hörster-Philipps, Ulrike, Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie, Paderborn u.a. 1998.
- Hoyningen-Huene, Iris Freifrau von, Adel in der Weimarer Republik. Die rechtlich-soziale Situation des reichsdeutschen Adels 1918-1933, (Aus dem Deutschen Adelsarchiv, Bd.10), Limburg 1992 (zugl. Diss. Heidelberg 1987).
- Huang, Yi, Der deutsche Einfluß auf die Entwicklung des chinesischen Bildungswesens von 1871-1918. Studien zu den kulturellen Aspekten der deutsch-chinesischen Beziehungen in der Ära des Deutschen Kaiserreichs, Frankfurt a.M. (u.a.) 1994 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd.637, zugl. Diss. Heidelberg 1994).
- Hubatsch, Walther, Zur deutschen Nordeuropa-Politik um das Jahr 1905, in HZ 188 (1959), S. 594-606.
- Hutchinson, J.F., Late Imperial Russia, 1890-1917, London/New York 1999.
- Iklé, Frank W., Japanese-German Peace Negotiations during World War I, in: AHR 71 (1965), 62-76.
- James, Henry, The Ambassadors, Hertfordshire 1992.
- Jarausch, Konrad/ Sabrow, Martin (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M./New York 2002.
- Jeannesson, Stanislas, Poincaré, la France et la Ruhr (1922-1924). Histoire d´une occupation, Strasbourg 1998.
- Jena, Kai von, Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921, Stuttgart 1980 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr.40).
- Joeres, Niels, Forschungsbericht Rapallo − Zeitgeschichte einer Kontroverse, Heidelberg 2006. Der Beitrag wird in der Francia Jg. 2007 erscheinen.
- Johnson, Gaynor, The Berlin Embassy of Lord D'Abernon 1920-1926, Houndmills 2002.
- Joll, James, Walther Rathenau- Intellectual or Industrialist?, in: Berghahn, Volker R./ Kitchen, Martin (Hrsg.), Germany in the Age of Total War, (a.a.O.), S.46-62.
- Jones, B., The Russia complex: the British Labour party and the Soviet Union, Manchester 1977.
- Joost, Wilhelm, Botschafter bei den roten Zaren. Die deutschen Missionschefs in Moskau 1918-1941. Nach Geheimakten und persönlichen Aufzeichnungen, Wien 1967.
- Kaiser, Angela, Lord D'Abernon und die englische Deutschlandpolitik 1920-1926, Frankfurt (u.a.) 1989 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd.362) (zugl. Diss. Bonn 1988).
- Karpova, R., L.B. Krasin. Sovetskij diplomat, Moskau 1962.
- Keiger, John F.V., Raymond Poincaré, Cambridge/ New York/Melbourne 1997.
- Kennan, George Frost, Russia and the West under Lenin and Stalin, London 1961 (dt. Übersetzung, Sowjetrussische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961).
- Kennan, George Frost, Soviet Foreign Policy 1917-1941, Toronto/New York/London 1960.

- Klein, Christin, Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis biographischen Schreibens, Stuttgart/Weimar 2002.
- Klein, Fritz, Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917-1932, 2. Aufl. Berlin 1953.
- Klein, Michael, Georg Bernhard. Die politische Haltung des Chefredakteurs der Vossischen Zeitung 1918-1930, Frankfurt u.a. 1999 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd.822) (zugl. Diss. Bonn 1998).
- Klinkhammer, Reimund, Die Außenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik, Freiburg i.Br. 1955.
- Kloosterhuis, Jürgen, Deutsche Auswärtige Kulturpolitik und ihre Trägergruppen vor dem ersten Weltkrieg, in: Düwell, Kurt/ Link, Werner, Deutsche Auswärtige Kulturpolitik seit 1871, (a.a.O.), S.8-45.
- Klosterhuis, Jürgen, „Friedliche Imperialisten". Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906-1918, 2 Bde., Frankfurt (u.a.) 1994 (Europäische Hochschulschriften Reihe 3, Bd.588) (zugl. Diss. Freiburg 1981).
- Knoll, Viktor, Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten im Prozeß außenpolitischer Entscheidungsfindung in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Thomas, Ludmila/ Knoll, Viktor (Hrsg.), Zwischen Tradition und Revolution, (a.a.O.), S.73-156.
- Kochan, Lionel, Rußland und die Weimarer Republik, Düsseldorf 1955.
- Koenen, Gerd, Die „Völkerwanderung von unten". Walther Rathenau über Rußland und die Sowjets, in: Koenen, Gerd/ Kopelew, Lew (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, (a.a.O.), S.240-274.
- Koenen, Gerd/ Kopelew, Lew (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution. 1917-1924, München 1998 (West-östliche Spiegelungen, Reihe A, Bd.5).
- Köhler, Henning, Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschland-Politik 1918-1919, Düsseldorf 1980.
- Köhler, Wolfram, Der Chef-Redakteur. Theodor Wolff, ein Leben in Europa (1868-1943), Düsseldorf 1978.
- Kolb, Eberhard (Hrsg.), Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis, München 1997 (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd.4).
- Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik, München 3. Auflage 1993, 4. Auflage 1998 und 6. Auflage 2002 (Oldenbourg-Grundriss der Geschichte, Bd. 16).
- Kolb, Eberhard, Gustav Stresemann – aus der Nähe gesehen. Aufzeichnungen seines engen Mitarbeiters Henry Bernhard, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 15 (2003), S.265-291.
- Kolb, Eberhard, Literaturbericht. Weimarer Republik, Teil 1-5, in: GWU 43 (1992), S.311-321, S.636-651; S.699-721; 45 (1994), S.49-64, S.523-543.
- Kolb, Eberhard, Probleme einer modernen Stresemann-Biographie, in: Am Wendepunkt der europäischen Geschichte (a.a.O.), S.107-134.
- Kollmann, E. C., Walther Rathenau and German Foreign Policy, in: Journal of modern History 24 (1952), S.136ff.
- Könnemann, Erwin/ Schulze, Gerhard (Hrsg.), Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Dokumente, München 2002.
- Korbel, Josef, Poland Between East and West: Soviet and German Diplomacy Towards Poland, 1919-1933, Princeton/NJ 1963.
- Koszyk, Kurt, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914-1933, Heidelberg 1958.
- Koza, Ingeborg, Die erste deutsche Republik im Spiegel politischen Memoirenschrifttums. Untersuchungen zum Selbstverständnis und zur Selbstkritik bei den politische Handelnden aus den Reihen der staatsbejahenden Parteien zur Zeit der ersten deutschen Republik, Wuppertal/ Ratingen/ Kastellbaun 1971.
- Krieger, W., Labour Party and Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Außenpolitik der britischen Arbeiterbewegung zwischen Programmatik und Parteitaktik 1918-1924, Bonn 1978.
- Krüger, Peter, "A Rainy Day", April 16, 1922: The Rapallo Treaty and the Cloudy Perspective for German Foreign Policy, in: Fink, Carole/ Frohn, Axel/ Heideking, Jürgen (Hrsg.), Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922, (a.a.O.), S.49-64.
- Krüger, Peter, Der Vertrag von Rapallo und die deutsche Außenpolitik. Geschichtsbild und historisches Ereignis, in: Stamm-Kuhlmann/ Thomas/ Elvert, Jürgen/ Aschmann, Birgit/Hohensee, Jens (Hrsg.), Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003 (HMRG-Beiheft 47).
- Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 2. Aufl. 1993 (erstmalig 1985).
- Krüger, Peter, European Ideology and European Reality : European Unity and German Foreign Policy in the 1920s, in : Stirk, Peter M.R. (Hrsg.), European Unity in Context: The Interwar Period, London/New York 1989, S.84-98.
- Krüger, Peter, Schubert, Maltzan und die Neugestaltung der auswärtigen Politik in den zwanziger Jahren, in: Gedenkfeier des Auswärtigen Amts zum 60. Todestag von Staatssekretär Ago Freiherr von Maltzan und zum 40.Todestag von Dr. Carl von Schubert, Bonn 18.9.1987 (Sonderdruck hrsg. vom Auswärtigen Amt).
- Krüger, Peter, Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes 1921-1933, in: Schwabe, Klaus (Hrsg.), Das Diplomatische Korps 1871-1945 (a.a.O.), S.101-169.
- Krüger, Peter, The European East and Weimar Germany, in: Mühle, Eduard (Hrsg.), German and the European East in the Twentieth Century, (a.a.O.), S.7-27.
- Krüger, Peter, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung, München 1986.

- Krumeich, Gerd (Hrsg. in Zusammenarbeit mit Silke Fehlemann), Versailles 1919. Ziele-Wirkung-Wahrnehmung, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, neue Folge, Bd.14).
- Krummacher, F.A./ Lange, H.L., Krieg und Frieden. Geschichte der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen. Von Brest-Litowst bis zum Unternehmen Barbarossa, München/Esslingen 1970.
- Kuebart, Friedrich, Otto Hoetzsch – Historiker, Publizist, Politiker. Eine kritische biographische Studie, in: Osteuropa 25 (1975), S.603-621.
- Küppers, Heinrich, Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997 (Historische Mitteilungen, Beiheft 27).
- Küppers, Heinrich, Zwischen Londoner Ultimatum und Rapallo. Joseph With und die deutsche Außenpolitik 1921/22, in: Historische Mitteilungen 13 (2000), S.150-173.
- Küsters, Hanns Jürgen, Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990, München 2000 (zugl. Habil.-Schrift Bonn 1999).
- L´Huillier, Fernand, Dans la France poincariste : voix et appels pour un vrai dialogue avec l´Allemagne et pour un nouvel esprit européen (1920-1923), in: Petricioli, Une occasion manquée? (a.a.O.), S.259-275.
- Lademacher, Horst, Der Friede von Brest-Litwosk 1918. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4 (1961), S.856-868.
- Lademacher, Horst, Von Brest-Litowsk nach Rapallo. Machtpolitik-Ideologie-Realpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4 (1961), S.1037-1054.
- Lademacher, Horst, Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1989.
- Lamm, Hans, Walther Rathenau. Denker und Staatsmann, Hannover 1968.
- Landon, John W., July 1914. The Long Debate, 1918-1990, New York 1991.
- Lange, Hermann, Ideen und Praxis der sozialdemokratischen Außenpolitik in der Deutschen Republik 1918-1926, Erlangen 1949.
- Laqueur, Walter, Deutschland und Russland, Berlin 1965.
- Larres, Klaus, Germany and the West: the 'Rapallo Factor' in German Foreign Policy from the 1950s to the 1990s, in: Larres, Klaus/ Panayi, Panikos, (Hrsg.), The Federal Republic of Germany since 1949: politics, society, and economy before and after unification, London 1996.
- Laubach, E., Maltzans Aufzeichnungen über die letzten Vorgänge vor dem Abschluß von Rapallo, in: Jahrbuch Geschichte Osteuropas 22 (1974), S.556-579.
- Laubach, Ernst, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, Lübeck und Hamburg 1968 (Historische Studien, Heft 402).
- Laue, Theodore H. von, Soviet Diplomacy: G.V. Chicherin, Peoples Commissar for Foreign Affairs, 1918-1930, in: Craig, Gordon A./ Gilbert, Felix (Hrsg.), The Diplomats 1919-1933, (a.a.O.), S.234-281.
- Lauren, Paul Gordon (Hrsg.), Diplomacy. New Approaches in History, Theory and Politics, New York 1979.
- Lauren, Paul Gordon, Diplomats and Bureaucrats. The first institutional responses to twentieth century diplomacy in France and Germany, Stanford 1976.
- Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD, Frankfurt / New York 1983.
- Lentin, Antony, Lloyd George and the Lost Peace: From Versailles to Hitler, 1919-1940, Basingstoke 2001.
- Lerman, K.A., The Chancellor as Courtier. Bernhard von Bülow and the Governance of Germany 1900-1909, Cambridge/New York 1990.
- Létourneau, Walther Rathenau. 1867-1922, Strasbourg 1995 (Collection Les Mondes Germaniques).
- Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1930, Düsseldorf 1970.
- Linke, Horst Günther, Der Weg nach Rapallo. Strategie und Taktik der deutschen und sowjetrussischen Außenpolitik, in: HZ 264 (1997), S.55-109.
- Linke, Horst Günther, Deutschland und die Sowjetunion von Brest-Litowsk bis Rapallo, in: APUZ B16 (1972), S.23-88.
- Linke, Horst Günther, Deutsch-sowjetrussische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970 (2. Aufl. Köln 1972) (Abhandlungen des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien; Bd.22) (zugl. Diss. Bonn 1969 unter dem Titel „Deutsche Rußlandpolitik in der Frühzeit der Weimarer Republik bis zum Abschluß des Rapallo-Vertrags").
- Linke, Horst Günther, Rapallo, in: Siebzig Jahre, (a.a.O.), S.42-53.
- Lipinsky, Jan, Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetrussischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939. Seine Geschichte in Ost und West, Bonn 1998 (bislang unveröffentlichte und wohl derzeit im Druck befindliche Dissertation).
- Liszkowski, Uwe, Osteuropaforschung und Politiki. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch, 2 Bde., Berlin 1988.
- Loeffler, Hans F., Walther Rathenau- Ein Europäer im Kaiserreich, Berlin 1997.
- Lorenz, Chris, Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln/Weimar/Wien 1997.
- Lösche, Peter (u.a.) (Hrsg.), Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin 1988.
- Loth, Wilfried/ Osterhammel, Jürgen (Hrsg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000.

- Lowe, C.J./ Dockrill, M.L., The Mirage of Power, Bd.2: British Foreign Policy 1914-1922, London 1972.
- Lüdtke-Evers, Kirsten, Die Beurteilung der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel durch die USA unter dem Aspekt eines möglichen „Rapallo-Syndroms“, Diss. Hamburg 1993.
- Ludwig, Claudia-Yvonne, Die nationalpolitische Bedeutung der Ostsiedlung in der Weimarer Republik und die öffentliche Meinung, Frankfurt a.M. 2004 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd.1000) (zugl. Diss. Heidelberg 2003).
- MacArthur, Brian (Hrsg.), The Penguin Book of Twentieth-Century Speeches, London 2. Aufl. 1999.
- Mahlmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Maisel, E., The Foreign Office and foreign policy, 1919-1926, Brighton 1994.
- Malinowski, Stephan, Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003 (Elitenwandel in der Moderne 4).
- Maltzahn, Dietz von, Drei Maltza(h)n’sche Gesandte Friedrichs des Großen, unveröffentlichtes Manuskript 2000.
- Maltzahn, Dietz von, Wanderungen in Mecklenburg, Düsseldorf 1969.
- Maltzan, Christian von, Die Maltza(h)n - Eine Familie in Mecklenburg und Vorpommern, in: Sobotka, Bruno J., Burgen, Schlösser, Gutshäuser in Mecklenburg-Vorpommern. Photographien von Jürgen Strauss, Witten 1993, S.95-100.
- Manne, R., The Foreign Office and the failure of Anglo-Soviet rapprochement, in: Journal of Contemporary History 26 (1981), S.725-755.
- Marckwardt, Wilhelm, Die Illustrierten der Weimarer Zeit. Publizistische Funktion, ökonomische Entwicklung und inhaltliche Tendenzen, München 1982.
- Marcowitz, Reiner, Von der Diplomatiegeschichte zur Geschichte der internationalen Beziehungen. Methoden, Themen, Perspektiven einer historischen Teildisziplin, in: Francia 32/3 (2005), S.75-100.
- Markow, Walter, Beim Schreiben einer Biographie, in: Klingenstein, Grete/ Lutz, Heinrich/ Stourzh, Gerald, Biographie und Geschichtswissenschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis biographischer Arbeit, München 1979. (Wiener Beiträge zur Neueren Geschichte, Bd.6), S.242-253.
- Marks, Sally, Innocent Abroad. Belgium at the Paris Peace Conference of 1919, Chapell Hill 1981.
- Marks, Sally, Poincaré-La-Peur. France and the Ruhr Crisis of 1923, in: Moure, Kenneth/ Alexander, Martin, Crisis and Renewal in France 1918-1962, New York/ Oxford 2002, S.28-46.
- Martens, Stefan, Alexandre Millerand. Der Mann zwischen Clemenceau und Poincaré, in: Historische Mitteilunen der Ranke-Gesellschaft 5 (1992), S.96-113.
- Martin, Thomas S., The Urquhart concession and Anglo-Soviet relations, 1921-22, Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas 20 (1972), S.551-570.
- Maser, Werner, Friedrich Ebert der erste deutsche Reichspräsident. Eine politische Biographie, München 1987.
- Matthews, Jeffrey J., Alanson B. Houghton: Ambassador of the New Era, Lanham/MD 2004.
- Matthias, Erich, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten. 1914-1945. Eine Übersicht, Köln/Graz/Tübingen 1954 (Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte, Bd.11).
- Matzat, Wilhelm, Emil Krebs, „Sprachwunder“, Dolmetscher in Peking und Tsingtau. Eine Lebensskizze, unveröffentlichtes Manuskript o.O. (Bonn) März 1999.
- Matzat, Wilhelm, Heinrich Cordes (1866-1927). Dolmetscher und Bankdirektor in Peking. Eine biographische Skizze, unveröffentlichtes Manuskript Bonn o.J. (1999).
- Mayer, Karl J., Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen, 1918-1925, Frankfurt a.M. 1990 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd.440).
- McDougall, Walter A., France´s Rhineland diplomacy, 1914-1924. The last bid for a balance of power in Europe, Princeton/NJ 1978.
- McKenzie, John R. P., Weimar Germany 1918-1933, London 1971.
- Meenzen, Johann, Außenpolitik und Weltfriedensordnung der deutschen Sozialdemokratie 1914-1919, Hamburg 1951.
- Meier-Welcker, Hans, Seeckt, Frankfurt a.M. 1967.
- Ménudier, Henri, Der Vertrag von Versailles. Eine Bilanz aus französischer Sicht, in: Gehl, Günter (Hrsg.), Münster – Versailles – Dayton. Konfliktlösung gestern – heute – morgen, Weimar 2000, S.41-57.
- Mergel, Thomas, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.135).
- Merz, Kai-Uwe, Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917 bis 1921, Berlin u. Frankfurt 1995.
- Meyer, Klaus, Naldony und Rußland, in: Fischer, Alexander/ Moltmann, Jürgen/ Schwabe, Klaus (Hrsg.), Rußland – Deutschland - Amerika, Wiesbaden 1978, S.267-278.
- Meyer, Klaus, Sowjetrußland und die Anfänge der Weimarer Republik, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 20 (1973), S.77-91.
- Meyer, Thomas, „Endlich eine Tat, eine befreiende Tat [...]“. Alfred von Kiderlen-Wächters „Panthersprung nach Agadir“ unter dem Druck der öffentlichen Meinung, Husum 1996 (Historische Studien, Bd.448).
- Meyers, Reinhard, Internationale Beziehungen/Internationale Politik, in: Lexikon der Politik, Bd.6: Internationale Beziehungen, hrsg. von Andreas Boeckh, München 1993, S.225-230.

- Michalka, Wolfgang, Deutsche Außenpolitik 1920-1933, in: Bracher/Funke/Jacobsen, Die Weimarer Republik 1918-1933, (a.a.O.), S.303-326.
- Michalka, Wolfgang, Die Außenpolitik von Weimar (I). Zwischen Revisionismus und Neuansatz 1918-1922, in: Neue Politische Literatur 37 (1992), S.384-403.
- Michalka, Wolfgang, Rathenaus politische Karriere, in: Hense, Karl-Heinz/ Sabrow, Martin (Hrsg.), Leitbild oder Lernort?, Neue Beiträge zu Walther Rathenau, (a.a.O), S.67-84.
- Mieck, Ilja/ Guillen, Pierre (Hrsg.), Deutschland – Frankreich - Russland: Begegnungen und Konfrontationen. La France et l´Allemagne face à la Russie, München 2000.
- Mikuteit, Johannes, Georg Bernhard (1875-1944). Ein deutscher Journalist in Presse und Politik vor dem Ersten Weltkrieg, Diss. Frankfurt (Oder) 1998.
- Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.
- Milow, Caroline, Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie, Wiesbaden 2002 (Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Reihe: Geschichte, Bd.68).
- Mittag, Jürgen, Wihelm Keil (1870-1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2001 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 131).
- Möller, Dietrich, Karl Radek in Deutschland. Revolutionär, Intrigant, Diplomat, Köln 1976.
- Mollier, Jean-Yves/ George, Jocelyne, La plus longue des républiques 1870-1940, Paris 1994.
- Mommsen, Hans, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918-1933, Berlin 1989. (Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 8), (auch als Propylaen Taschenbuch unter dem Titel: „Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar“, 2. Ausgabe 2001).
- Mommsen, Wolfgang J., Kolonialherrschaft und Imperialismus. Ein Blick zurück, in: Tsingtau, (a.a.O.), S.208-213.
- Morgenthau, Hans J., Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace, New York 3. Aufl. 1964.
- Morsey, Rudolf, Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten deutschen Demokratie, in: Historisch-Poltische Mitteilungen Band 10 (2003)
- Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.32).
- Mourin, Maxime, Les relations franco-sovietique (1917-1967), Paris 1967.
- Mühle, Eduard (Hrsg.), Germany and the European East in the Twentieth Century, Oxford/ New York 2003 (German historical perspectives ; 17).
- Mühlhahn, Klaus, Herrschaft und Widerstand in der „Musterkolonie“ Kiautschou. Interaktionen zwischen China und Deutschland, 1897-1914, München 2000.
- Mühlhausen, Walter, Das Büro des Reichspräsidenten in der politischen Auseinandersetzung, in: Kolb, Eberhard (Hrsg.), Friedrich Ebert als Reichspräsident, (a.a.O.), S.61-107.
- Müller, Guido, « Außenpolitik ohne Eigenschaften ? » Der russische Faktor in der deutsch-französischen Annäherung 1922/23-1932, in: Mieck, Ilja, Guillen, Pierre (Hrsg.), Deutschland-Frankreich-Rußland, (a.a.O.), S.181-214.
- Müller, Hans Jürgen, Auswärtige Pressepolitik und Propaganda zwischen Ruhrkampf und Locarno (1923-1925). Eine Untersuchung über die Rolle der Öffentlichkeit in der Außenpolitik Stresemanns, Frankfurt a.M. u.a. 1991 (Moderne Geschichte und Politik, Bd.8) (zugl. Diss. Tübingen 1989).
- Müller, Tim B., Morgentau des Realismus, in: Internationale Politik 59 (2004), Nr.11/12, S.163-166.
- Musterkolonie Kiautschou: Die Expansion des Deutschen Reiches in China. Deutsch-chinesische Beziehungen 1897-1914. Eine Quellensammlung, hrsg. von Mechthild Leutner, bearbeitet von Klaus Mühlhahn, Berlin 1997 (Quellen zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen 1897-1995).
- Naßmacher, Hiltrud, Politikwissenschaft, München und Wien 5. Aufl. 2004.
- Neitzel, Sönke, Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900-1914, München 2002.
- Nekrich, Aleksandr, Pariahs, Partners, Predators: German-Soviet Relations 1922-1941, New York 1997.
- Neumann, Helga/ Neumann, Manfred: Maximilian Harden (1861-1927). Ein unerschrockener deutsch-jüdischer Kritiker und Publizist, Würzburg 2003.
- Neweshin, Wladimir, Deutschland- Ein Fremdbild im Wandel, in: Spuren (a.a.O.), S.33-39.
- Newton, Douglas, British Policy and the Weimar Republic, 1918-1919, Oxford 1997.
- Nicholson, Harald, Diplomacy, Oxford 1955 (erstmals Bern 1947).
- Niedhart, Gottfried (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983.
- Niedhart, Gottfried, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, München 1999, 2. Aufl. München 2006 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd.53).
- Niedhart, Gottfried, Großbritannien und die Sowjetunion 1934-1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen, München 1972.
- Niedhart, Gottfried, Internationale Beziehungen 1917-1947, Paderborn 1989.
- Niedhart, Gottfried, Zwischen Feindbild und Wunschbild: Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945, in: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion, (a.a.O.), S.105-118.
- Niekisch, Ernst, Die Legende von der Weimarer Republik, mit einem einleitenden Essay von Bodo Scheurig, Köln 1968.
- Nies, S., Lettland in der internationalen Politik. Aspekte seiner Außenpolitik (1918-1995), Münster 1995.

- Nitsche, P., Der Reichstag und die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze nach dem Ersten Weltkrieg, in: HZ 216 (1973), S.335-361.
- Noack, Paul, Rapallo – Wunsch und Wirklichkeit. Deutsch-sowjetrussische Beziehungen von 1922-1933, in: Politische Studien 11 (1960), S.31-43 und S.77-88.
- Nolte, Ernst, Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt a.M. und Berlin 1987.
- O`Sullivan, Donal, Furcht und Faszination. Deutsche und britische Russlandbilder 1921-1933, Köln 1996.
- Oelkers, Jürgen, Biographik. Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung, in: Neue Politische Literatur 19 (1974), S.296-309.
- Oncken, Emily, Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der Zweiten Marokkokrise 1911, Düsseldorf 1981 (Diss. Köln 1980).
- Orde, Anne, British Policy and European Reconstruction after the First World War, Cambridge 1990.
- Orde, Anne, Great Britain and International Security 1920-1926, London 1978.
- Perrey, Hans-Jürgen, Der Rußlandausschuß der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, München 1985 (Studien zur modernen Geschichte, Bd.31).
- Peter, Elmar, Die Bedeutung Chinas in der deutschen Ostasienpolitik (1911-1917), Diss. Hamburg 1965.
- Peter, Matthias, John Maynard Keynes und die britische Deutschlandpolitik. Machtanspruch und ökonomische Realität im Zeitalter der Weltkriege 1919-1946, München 1997.
- Petracchi, Giorgio, La Russia rivoluzionaria nella politica italiana: Le relazioni italo-sovietiche 1917-1925, Roma/Bari 1982.
- Petricioli, Marta (Hg.), Une occasion manquée? 1922: La reconstruction de l´Europe (Paralleltitel : A Missed Opportunity ? [...]), Actes du colloque tenu à Florence, 1-3 octobre 1992, Bern (u.a.) 1995.
- Pfannestiel, Todd, The Soviet Bureau: A Bolshevik Strategy to Secure U.S. Diplomatic Recognition through Economic Trade, in: Diplomatic History 27 (2003), S.171-192.
- Pfeiffer, A. Ch., Das Welt-Echo des Rathenau-Mordes. Stimmen und Urteile des Auslandes über Deutschland aus Anlaß der Ermordung Rathenaus, Berlin 1922.
- Pfetsch, Frank R., Internationale Politik, Stuttgart/ Berlin/ Köln 1994.
- Philbin III, Tobias R., The Lure of Neptune. German-Soviet Naval Collaboration and Ambitions, 1919-1941, Columbia/S.Car. 1994 (Studies in Maritime History).
- Philippi, Hans, Das deutsche diplomatische Korps 1871-1914, in: Schwabe, Klaus (Hrsg.), Das diplomatische Korps 1871-1945, (a.a.O), S.41-80.
- Piehl, Joachim, Machtwechsel 1982. Handlungsbedingungen und Regierungstätigkeit in den zentralen Politikfeldern in der Ära der sozial-liberalen Koalition, Frankfurt am Main u.a. 2002 (Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd.81).
- Pierre, Broué, Rakovsky ou la révolution dans tous les pays, Paris 1996.
- Pistohlkors, Gert von, Germany and the Baltic Region, in: Mühle, Eduard (Hrsg.), German and the European East in the Twentieth Century, (a.a.O.), S.45-65.
- Pistorius, Peter, Rudolf Breitscheid 1874-1944. Ein biographischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Nürnberg 1970 (zugl. Diss. phil, Köln).
- Pogge von Strandmann, Hartmut, Großindustrie und Rapallopolitik. Deutsch-sowjetrussische Handelsbeziehungen in der Weimarer Republik, in: HZ 222 (1976), S.265-341.
- Pogge von Strandmann, Hartmut, Rapallo - Strategy in Preventive Diplomacy: New Sources and New Interpretations, in: Berghahn, Volker R./ Kitchen, Martin (Hrsg.), Germany in the Age of Total War, (a.a.O.), S.123-146.
- Pogge von Strandmann, Hartmut, Rapallo und die Legende vor der präventiven Außenpolitik, in: Franz, Otmar (Hrsg.), Europa und Rußland- Das europäische Haus?, (a.a.O.), 70-86..
- Pogge von Strandmann, Hartmut, Rathenau zwischen Politik und Wirtschaft, in: Am Wendepunkt der europäischen Geschichte, (a.a.O), S. S.88-106.
- Pohl, Karl Heinrich, Adolf Müller. Geheimagent und Gesandter in Kaiserreich und Weimarer Republik, Köln 1995.
- Poidevin, Raymond/ Bariéty, Jacques, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982 (frz. Original Paris 1977).
- Potjomkin, W.P. (Hrsg.), Geschichte der Diplomatie, Bd.3, Moskau 1947.
- Purkl, Andreas, Die Lettlandpolitik der Weimarer Republik. Studien zu den deutsch-lettischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, Münster 1997 (Arbeiten zur Geschichte Osteuropas; 4) (zugl. Diss. Münster 1996).
- Pyta, Wolfram, Literaturbericht Weimarer Republik, Teil I in: GWU 53 (2002), S.473-481, Teil II in: GWU 54 (2003), S.688-702.
- Rautenberg, Hans-Werner, Zusammenbruch und Neubeginn deutscher Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, in: Deutschland und das bolschewistische Rußland von Brest-Litowsk bis 1941, (a.a.O), S.7-24.
- Reinbothe, Roswitha, Kulturexport und Wirtschaftsmacht. Deutsche Schulen in China vor dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1992 (Diss. Berlin 1992 unter dem Titel: Deutschunterricht in China. Ein Beitrag zur Geschichte des Faches ‘Deutsch als Fremdsprache’.)
- Rheinbaben, Werner Freiherr von, Deutsche Ostpolitik in Locarno, in: Außenpolitik 4 (1953), S.33-40.

- Ribhegge, Wilhelm, August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn-Bad Godesberg 1973 (zugl. Diss. Münster 1972).
- Richter, Ludwig, Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.134) (zugl. Habilitationsschrift Köln 2000/2001).
- Riesenberger, Dieter, Biographie als historiographisches Problem, in: Bosch, Michael (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte. Historische Bestandsaufnahme und didaktische Implikationen, Düsseldorf 1977, S.25-39.
- Rintelen, Karlludwig, Ein undemokratischer Demokrat: Gustav Bauer. Gewerkschaftsführer- Freund Friedrich Eberts – Reichskanzler. Eine politische Biographie, Frankfurt a.M. 1993.
- Ritter, Waldemar, Kurt Schumacher. Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption und seiner Gesellschafts- und Staatsauffassung, Hannover 1964.
- Rivinus, Karl Josef, Traditionalismus und Modernisierung: Das Engagement von Bischof Augustin Henninghaus auf dem Gebiet des Bildungs- und Erziehungswesens in China (1904-1914), Nettetal 1994. (Veröffentlichungen des Missionspriesterseminars St. Augustin bei Bonn, Nr.44.)
- Roberts, Heny L., Maxim Litvinov, in: Craig, G.A./ Gilbert, F. (Hrsg.), The diplomats 1919-1933, (a.a.O.), S.344-377.
- Röhl, J.C., Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers 1859-1888, München 1993.
- Röhl, J.C.G. (Hrsg.), Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, München 1991.
- Romein, Jan M., Lebensbeschreibung, in: Reallexikon der deutschen Literaturgeschichte, neu hrsg. von Werner Kohlschmidt und Wolfgang Mohr, Bd. 2: L-O, Berlin 2. Auflage 1965.
- Röpenack, Arne von, KPD und NSDAP im Propagandakampf der Weimarer Republik. Eine inhaltsanalytische Untersuchung in Leitartikeln von „Rote Fahne“ und „Der Angriff“, Stuttgart 2002.
- Roowaan, Ries, Im Schatten der Großen Politik. Deutsch-niederländische Beziehungen zur Zeit der Weimarer Republik 1918-1933, Münster 2006.
- Rosenbaum, Kurt, Community of Fate: German-Soviet Diplomatic Relations, 1922-1928, Syracuse/NY 1965.
- Rosenberg, Arthur, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt a.M. 1988.
- Rosenfeld, Günter, Sowjetunion und Deutschland 1917-1922, Köln 1984.
- Rosenfeld, Günter, Sowjetunion und Deutschland, 1922-1933, Köln 1984.
- Rößler, Hellmuth (Hrsg.), Die Folgen von Versailles 1919-1924, für die Ranke-Gesellschaft Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben hrsg. von Hellmuth Rößler, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1969.
- Roth, François, Raymond Poincaré, o.O. (Paris : Fayard) 2000.
- Rowland, Peter, Lloyd George, Lloyd George, London 1975.
- Ruge, Wolfgang, Rathenau und Rapallo. Großbürgerlicher Wegbereiter der Koexistenzpolitik, in: Krieg und Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart, Berlin 1989.
- Ruland, Bernd, Deutsche Botschaft Moskau, München 1964.
- Rupieper, Hermann J., The Cuno Government and Reparations 1922-1923. Politics and Economics, The Hague/Boston/London 1979 (Studies in Contemporary History, Vol.1).
- Ruppert, Karsten, Zwei Biographien – ein Leben. Zu zwei Neuerscheinungen über den Zentrumspolitiker und Reichskanzler Joseph Wirth, in: HJB 121 (2001), S.513-531.
- Russen in Berlin. Literatur, Malerei, Theater, Film. 1918-1938, hrsg. von Fritz Mierau, Leipzig 1991.
- Sabrow, Martin, DDR-Geschichtsschreibung im Konflikt, in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.), Weimar im Widerstreit, a.a.O., S.163-184.
- Sabrow, Martin, Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd.69).
- Sabrow, Martin, Vom Leitbild zum Lernort. Der Wandel des Rathenau-Bildes nach 1922, in: Hense, Karl-Heinz/ Sabrow, Martin (Hrsg.), Leitbild oder Lernort?, Neue Beiträge zu Walther Rathenau, (a.a.O), S.31-47.
- Sabrow, Martin, Walther Rathenau, in: Deutsche Erinnerungsorte, (a.a.O.), Bd.2, S.601-619.
- Sabrow, Martin/ Jessen, Ralph/ Große Kracht, Klaus (Hrsg.), Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003.
- Sachsenmaier, Dominic, Die Globalisierung Europas, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004/3), S.427-431.
- Sahm, Ulrich, Rudolf von Scheliha 1897-1942. Ein deutscher Diplomat gegen Hitler, München 1990.
- Salewski, Michael, Die Preußische und die Kaiserliche Marine in den ostasiatischen Gewässern: Das militärische Interesse an Ostasien, in: Tsingtau, (a.a.O.), S.76-83.
- Salewski, Michael, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bd.24).
- Salmon, Patrick, Foreign policy and national identity. The Norwegian integrity treaty 1907-24, Oslo 1993.
- Salzmann, Stephanie, Great Britain, Germany and the Soviet Union. Rapallo and after, 1922-1934, Suffolk/ Rochester/NY 2003 (Ph.D. thesis Cambridge 1994 unter dem Titel „The Overestimation of a Treaty“. British Realpolitik and the Myth of the Rapallo Friendship 1922-1934).
- Satow, Sir Ernest, A Guide to Diplomatic Practice, edited by Sir Neville Bland, London/New York/Toronto 4. Aufl. 1957 (ursprünglich 1917).
- Scharlau, Winfried B./ Zeman, Zbynek A., Freibeuter der Revolution. Parvus Helphand. Eine politische Biographie, Köln 1964.

- Schattkowsky, Ralph, Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925, Frankfurt u.a. 1994 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd.619).
- Scheffer, Paul, Die Lehren von Rapallo, in: Merkur 7 (1953), S.372-392.
- Schieder, Theodor, Der deutsch-russische Rapallo-Vertrag von 1922, in: Was weiter wirkt. Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1971.
- Schieder, Theodor, Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrags, in: HZ 204 (1967), S.545-609.
- Schieder, Theodor, Strukturen und Persönlichkeiten in der Geschichte, in: ders., Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung, München/ Wien 1965, S. 157-194.
- Schieder, Theodor: Die Probleme des Rapallo-Vertrags: Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922-1926, Köln 1956 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen; Geisteswissenschaften, Heft 43).
- Schivelbusch, Wolfgang, Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918, Berlin 2001.
- Schmersal, Helmut, Philipp Scheidemann 1865-1939. Ein vergessener Sozialdemokrat, Frankfurt 1999 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd.844).
- Schmidt, G., Außenpolitik und Kriegsziele Englands 1905-1922, Neue Politische Literatur 28 (1973), S.359-372.
- Schmidt, Vera, Die deutsche Eisenbahnpolitik in Shantung 1898-1914, Wiesbaden 1976 (Veröffentlichungen des Ostasien-Instituts der Ruhr-Universität Bochum, Bd.16.)
- Schneider, Hubert, Das sowjetrussische Außenhandelsmonopol 1920-1925, Köln 1973.
- Schober, Volker, Der junge Kurt Schumacher 1895-1933, Bonn 2000 (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd.53) (zugl. Diss. Heidelberg 1999).
- Schölzel, Christian, Walther Rathenau. Eine Biographie, Paderborn u.a. 2006.
- Scholtyseck, Joachim, Literaturbericht Deutsches Kaiserreich 1871-1918, Teil I in: GWU 47 (1996), S.693-706 und S.753-764, Teil II in: GWU 54 (2003), S.617-632.
- Scholz-Doutiné, Heike, Das deutsch-russische Verhältnis im Spiegel der Hamburger Presse 1917-1923, Diss. Köln 1978.
- Schramm, Gottfried, Grundmuster deutscher Ostpolitik 1918-1939, in: Wegner, Bernd (Hrsg.), Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum „Unternehmen Barbarossa“, München/Zürich 1991, S.3-18.
- Schröder, Stephen, „Ausgedehnte Spionage“ – Benno von Sieberts geheime Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt (1909-1926), in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 64 (2005), S.425-463.
- Schröder, Stephen, Das Deutsche Reich und die Verhandlungen über eine anglo-russische Marinekonvention am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Diss. Bonn 2004 (erscheint demnächst in der Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften).
- Schüddekopf, Otto-Ernst, Deutschland zwischen Ost und West. Karl Moor und die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen in der 1. Häfte des Jahres 1919, in: Archiv für Sozialgeschichte 3 (1963), S.223-264.
- Schüddekopf, Otto-Ernst, Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919, in: ASG 2 (1962), S.87-166.
- Schulin, Ernst, Noch etwas zur Entstehung des Rapallo-Vertrages, in: Hentig, Hartmut von/ Nitschke, August (Hrsg.), Was die Wirklichkeit lehrt. Golo Mann zum 70. Geburtstag, Frankfurt a.M. 1979, S.177-202.
- Schulin, Ernst, Walther Rathenau, Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit, Göttingen/Zürich/Frankfurt/M. 1979 (2. verbesserte Aufl. Göttingen 1992) (Persönlichkeit und Geschichte, Bd.104/104a).
- Schulin, Ernst/ Michalka, Wolfgang, Walther Rathenau im Spiegel seines Moskauer Nachlasses, Heidelberg 1993 (Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte. Kleine Schriften, Nr.14).
- Schulze Wessel, Martin, Rapallo, in: Deutsche Erinnerungssorte (a.a.O.), Bd. 1, S.537-551.
- Schurmann, Dirk, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd.17).
- Schüssler, Wilhelm, Kaiser Wilhelm II. Schicksal und Schuld, Göttingen (u.a.) 1962.
- Schwabe, Klaus (Hrsg.), Das Diplomatische Korps 1871-1945, Boppard a. R. 1985 (Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte, Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, 16).
- Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.
- Schwabe, Klaus, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit, Wiesbaden 1975 (Frankfurter Historische Vorträge, 1).
- Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson-Friede. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik, Düsseldorf 1971.
- Schwabe, Klaus, Die Vereinigten Staaten und die Weimarer Republik. Das Scheitern einer ‘besonderen Beziehung’, in: Trommler, Frank (Hrsg.), Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte, Opladen 1986, S.367-378.
- Schwabe, Klaus, L´Allemagne à Versailles: Stratégie diplomatique et contraintes intérieurs, in : Francia 27/3 (2002), S.49-62.
- Schwabe, Klaus, Woodrow Wilson und das europäische Mächtesystem in Versailles: Friedensorganisationen und nationale Selbstbestimmung, in: Clemens, Gabriele (Hrsg.), Nation und Europa, (a.a.O.), S.89-107.
- Schwarz, Peter, Adenauer. Der Aufstieg : 1876-1952, Stuttgart 3. Aufl. 1991.
- Schwarz, Peter, Fragen an das 20. Jahrhundert, in: VfZ 48 (2000), S.1-36.

- Schweikel, Michael, Das deutsch-amerikanische Verhältnis 1925-1927, Zulassungsarbeit im Fachbereich Neueste Geschichte an der Universität Passau vom April 2004.
- Schwitzer, Boris, Wilhelm Keil als sozialdemokratischer Finanzpolitiker im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Mannheim 2002 (Südwestdeutsche Schriften, Heft 32).
- Seidt, Hans-Ulrich, Berlin, Kabul, Moskau. Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik, München 2002.
- Sendler, Bernhard, Die Führung in den Koalitions- und Präsidialkabinetten der Weimarer Republik, Berlin 1999 (Diss. Hochschule für Verwaltungswissenschaft, Speyer 1998).
- Sharp, A.J., Lloyd George and foreign policy, 1918-1922: the "And yet" factor, in: Loades, J. (Hrsg.), The life and times of David Lloyd George, Ipswich 1991, S.129-142.
- Sharp, A.J., The Foreign Office in eclipse, 1919-1922, in: History 61 (1976), S.198-218.
- Sharp, Alan, The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris 1919, Basingstoke 1991.
- Siebert, F. Aristide Briand 1862-1932. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa, Erlenbach-Zürich/ Stuttgart 1973.
- Siebzig Jahre nach dem Vertrag von Rapallo. Die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Deutschland als Beispiel für friedliche Koexistenz: 1922-1992. Tagung der Ev. Akademie Mühlheim/Ruhr, 17.-19. Januar 1992, Mühlheim/Ruhr 1992 (Begegnungen, 1/92).
- Smaldone, William Thomas, Rudolf Hilferding: The tragedy of a German Social Democrat, Diss. State University of New York at Binghamton, Ann Arbor (UMI) 1989.
- Smith, M. Brewster, A Map for the Analysis of Personality and Politics, in: Journal of Social Issues 24 (1968), S.1-15.
- Soell, Hartmut, Zur Bedeutung der politischen Biographie in der zeitgeschichtlichen Forschung, Exkurs in: ders., Fritz Erler. Eine politische Biographie, Bonn 1976, S.987ff.
- Sösemann, Bernd, Jenseits von Partei und Parlament. Walther Rathenaus „aufbauende Ideenpolitik" in der Deutschen Gesellschaft 1914, in: Die Extreme berühren sich, a.a.O., S.169-177.
- Sösemann, Bernd, Theodor Wolff (1868-1943), in: Fröhlich, Michael (Hrsg.), Das Kaiserreich, (a.a.O.), S. 365-376.
- Sösemann, Bernd, Theodor Wolff. Ein Leben mit der Zeitung, München 2000.
- Soutou, Georges-Henri, L'alliance incertaine: les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954-1996, Paris 1996.
- Soutou, Georges-Henri, Le deuil de la puissance, in: Dominique de Villepin (Hrsg.), Histoire de la Diplomatie française, Paris 2005, S.745-848, S.769.
- Spivak, Marcel, Les relations Reichswehr/Armée rouge vues par les attachés militaires franc,ais à Berlin, in: Mieck, Ilja, Guillen, Pierre (Hrsg.), Deutschland-Frankreich-Rußland, (a.a.O.), S.225-232.
- Spuren. Deutsche und Russen in der Geschichte (deutscher Titel), Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 3. Dezember 2003 bis 12. April 2004.
- Stage, Stanley W., The Formation of the Baltic States, New York 1970.
- Stamm, Christoph, Lloyd George zwischen Innen- und Außenpolitik. Die britische Deutschlandpolitik 1921/22, Köln 1977.
- Stehlin, Stewart A., Weimar and the Vatican 1919-1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years, Princeton/NJ 1983.
- Stein, Boris E., Die „Russische Frage" auf der Pariser Friedenskonferenz 1919-1920, Leipzig 1953 (dt. Übersetzung des sowjetrussischen Originals).
- Steinmeyer, Gitta, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917-1919, Stuttgart 1979 (Geschichte und Theorie der Politik, Abhandlungen aus dem Institut für Grundlagen der Politik des FB Politische Wissenschaft der FU Berlin, Unterreiche A, Bd.3).
- Stenzel, Burkhard, Harry Graf Kessler. Ein Leben zwischen Kultur und Politik, Köln/Wien 1995.
- Stern, Carola, Die Biographie - ein Brachland, in: Die Zeit, 16.12.1966, S.27.
- Stöber, Gunda, Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914, Stuttgart 2000 (zugl. Diss., FU Berlin 1998).
- Stresemann, Wolfgang, Mein Vater Gustav Stresemann, München 1979.
- Struve, Kai (Hrsg.), Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Studien zu einem nationalen Konflikt und seiner Erinnerung, Marburg 2003 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 19).
- Stürmer, Michael, Rußland und Deutschland – Furcht und Faszination, in: Franz, Otmar (Hrsg.), Europa und Rußland- Das europäische Haus?, (a.a.O.), S.134-146.
- Suomela, Julitta, Rajantakainen Venäjä: Venäläisten emigranttien aatteelliset ja poliittiset mielipiteet Euroopan venäläisissä sanomalehdissä vuosina 1918–1940 [Russia Abroad: The Ideological and Political Views of Russian Émigrés in European Russian Newspapers between 1918 and 1940], Helsinki 2001 (Bibliotheca Historica, number 67).
- Sütterlin, Ingmar, Die „Russische Abteilung" des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik, Berlin 1994 (Historische Forschungen, Bd.51) (zugl. Diss. FU Berlin 1993).
- The Life of Lord Curzon being the Authorized Biography of George Nathaniel by Earl of Ronaldshay, Vol. 3, London o.J.

- Thomas, Ludmila, Georg Tschitscherins [die hier im Titel zu findende russische Lautschrift konnte hier nicht übernommen werden, Anm.d.Verf.] Weg in die sowjetrussische Diplomatie, in: Thomas, Ludmila/ Knoll, Viktor (Hrsg.), Zwischen Tradition und Revolution, (a.a.O.), S.31-72.
- Thomas, Ludmila/ Knoll, Viktor (Hrsg.), Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetrussischer Außenpolitik 1917-1941, Stuttgart 2000 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd.59).
- Thompson, John A., Woodrow Wilson, London u.a. 2002.
- Thoß, Bruno/ Volkmann, Erich (Hrsg.), Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, Paderborn/München/Wien 2002.
- Tökés, Rudolf L., Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic. The Orgins and Role of the Communist Party of Hungary in the Revolutions of 1918-1919, New York/Washington/London 1967.
- Tominaga, Yukio, Anleihe und Drang nach Norden. Japanische Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, in: Radkau, Joachim/ Geiss, Imanuel (Hrsg.), Imperialismus im 20. Jahrhundert. Gedenkschrift für George W.F. Hallgarten, München 1976, S.145-170.
- Tooley, T. Hunt, National Identity and Weimar Republic. Upper Silesia and the Eastern Border, 1918-1922, Lincoln 1997.
- Tsingtau. Ein Kapitel deutscher Kolonialgeschichte in China 1897-1914, hrsg. von Hans-Martin Hinz und Christoph Lind, Deutsches Historisches Museum Berlin o.J. (Katalog zur Ausstellung vom 27. März bis 23. Juni 1998 im Deutschen Museum Zeughaus Unter den Linden Berlin-Mitte).
- Twellmann, Margrit, Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843-1889, Meisenheim am Glan 1972 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, hrsg. von Wolfgang Abendroth, Bd.17/1).
- Ullmann, R.H., Anglo-Soviet relations, 1917-1921, Princeton/NJ 1961-72.
- Ullrich, Volker, Die deutschen Verständigungsversuche mit Japan 1914/1915. Beitrag zu den deutschen Sonderfriedensbestrebungen im Ersten Weltkrieg, in: Saeculum 33 (1982), S.359-374.
- Ullrich, Volker, Die nervöse Grossmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918, Frankfurt a.M. 1997.
- Unger, Harmut, Zwischen Ideologie und Improvisation. Moritz Schlesinger und die Rußlandpolitik der SPD 1918-1922, Frankfurt a.M. (u.a.) 1996 (zugl. Diss. Bonn 1995).
- Vaïsse, Justin, Sécurité d'abord. La politique française en matière de désarmement 9 décembre 1930-17 avril 1934, Paris 1980.
- Venohr, Wolfgang, Ludendorff. Legende und Wirklichkeit, Berlin/ Frankfurt a.M. 1993.
- Vietsch, Eberhard von, Bethmann Hollweg. Staatsmann zwischen Macht und Ethos, Boppard 1969 (Schriften des Bundesarchivs, 18).
- Villatte, Laurent, La biographie en histoire des relations internationales, in: RHD 117 (2003), S.289-303.
- Villatte, Laurent, La République des diplomates. Paul et Jules Cambon (1888-1987), Paris 2001.
- Vincent, Charles Paul, The Post-World War I Blockade of Germany: An Aspect in the Tragedy of a Nation, Diss. University of Colorado 1980, Ann Arbor/Michigan (UMI) 1984.
- Vitzthum, Wolfgang Graf, Die Identität Europas, in: Europarecht 37 (2002), S.3-16.
- Vogel, Renate, Die Persien- und Afghanistanpolitik Oskar Ritter von Niedermayers 1915/16, o.O. 1973.
- Voges, Wolfgang (Hrsg.), Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen 1987.
- Volkmann, Hans-Erich, Das deutsche Reich und die baltischen Staaten 1918 bis 1920, in: Hehn, J. v./ Rimscha, H. v./ Weiss, H. (Hrsg.), Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten. Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1918-1920, Marburg 1977, S.378-408.
- Wade, Rex A., The Russian Revolution, 1917, Cambridge/New York/Melbourne 2000.
- Wagner, Armin, Das Bild Sowjetrußlands in den Memoiren deutscher Diplomaten der Weimarer Republik, Münster und Hamburg 1995 (Studien zur Weimarer Geschichte, Bd.2).
- Wagner, F. Peter, Rudolf Hilferding: Theory and Politics of Democratic Socialism, Diss. Rutgers The State University of New Jersey, New Brunswick 1993.
- Wagner, Gerhard, Deutschland und der polnisch-sowjetrussische Krieg 1920, Wiesbaden 1979.
- Wala, Manfred, Die Abteilung ‚T3' und die Beziehungen der Reichswehr zur U.S. Army, 1922-1933, in: Doerries, Reinhard, Diplomaten und Agenten. Nachrichtendienste in der Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Heidelberg 2001 (American Studies, Vol.88), S.53-84.
- Walker, Stephen G., Role Theory and the Origines of Foreign Policy, in: Hermann, Charles F./ Reyley, Charles W./ Rosenau, James S. (Hrsg.), New Directions in the Study of Foreign Policy, Boston 1987, S.269-284.
- Walsdorff, Martin, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971.
- Wandycz, P.S., France and her eastern alliances: French-Czechoslovak-Polish relations from the Paris peace conference to Locarno, Minnneapolis 1962.
- Watson, David, La Russie Nouvelle : The Debate in France between Edouard Herriot and V.A. Maklakov, in : Petricioli, Une occasion manquée? (a.a.O.), S.335-349.
- Watt, D.C., Zwischen Antipathie und Verständigung. Die Berichte der britischen Botschaft in Berlin, in: Das Parlament 4/4, 29.Jan/5.Feb. 1983, S.16.
- Weber, Wolfgang, Historische Methode, in: Lexikon der Politik, Bd. 2: Politikwissenschaftliche Methoden, hrsg. von Jürgen Kriz, München 1994, S.161-165.

- Webersinn, Gerhard, Karl G. Treutler. Ein deutscher Diplomat aus Schlesien, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 9 (1964), S.352-380.
- Webster, Andrew, From Versailles to Geneva: The Many Forms of Interwar Disarmament, in: The Journal of Strategic Studies 29 (2006), S.225-246.
- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd.4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003.
- Wehler, Hans-Ulrich, Europäischer Adel 1750-1950, Göttingen 1990 (Sonderheft Geschichte und Gesellschaft, 13).
- Weidenfeld, Werner, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns. Theoretische und praktische Aspekte der Außenpolitik, Mainz 1972.
- Weinacht, Paul-Ludwig, Die politische Person und das Persönliche an der Politik, in: Karl Graf Ballestrem u.a. (Hrsg.), Sozialethik und politiche Bildung. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag, Paderborn u.a. 1995, S.55-75.
- Weller, B. Uwe, Maximilian Harden und die „Zukunft“, Bremen 1970 (Studien zur Publizistik, Bremer Reihe, Deutsche Presseforschung, Bd.13).
- Wendt, Bernd Jürgen, Lloyd George's Fontainebleau-Memorandum: Eine Wurzel des Appeasement?, in: Deutschland, Großbritannien und Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag, hrsg. von V. Lehmkuhl, C.A. Wurm und H. Zimmermann, Stuttgart 2003, S.27-44.
- Wengst, Udo, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Bern/ Frankfurt 1973.
- Wenzel, Otto, 1923. Die gescheiterte deutsche Oktoberrevolution, mit einer Einleitung von Manfred Wilke, Münster 2003 (Diktatur und Widerstand, Bd.7).
- Wette, Wolfram, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.
- Wettler-Uhle, Franz, Erich Ludendorff in seiner Zeit. Soldat, Strategie, Revolution, Ort? 2. Auflage 1996.
- Wheeler, Robert F., „Ex oriente lux?“, The Soviet Examble and the German Revolution, 1917-1923, in: Bertrand, Charles (Hrsg.), Revolutionary Situations in Europe, 1917-1922: Germany, Italy, Austria-Hungary, Acts/Proceedings 2nd. Int. Colloquium, March 1976, Montreal 1977, S.39-49.
- Wheeler-Bennett, John W., Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918-1945, Düsseldorf 1954 (Original „The Nemesis of Power“, 1953).
- Wheeler-Bennett, John W., Hindenburg. The Wooden Titan, New York 1967 (dt. 1969).
- Wheeler-Bennet, John W., Twenty Years of Russo-German Relations, 1919-1939, in: Foreign Affairs 25 (1946/47), S.23-43.
- White, Stephen, Britain and the Bolshevik revolution: a study in the politics of diplomacy, 1920-1924, London 1979.
- White, Stephen, The Origins of Detente. The Genoa Conference ans Soviet-Western Relations, 1921-1922, Cambridge u.a.1985.
- Widmer, Paul, Schweizer Außenpolitik und Diplomatie. Von Pictet de Rochemont bis Edouard Brunner, Zürich 2003.
- Wilderrotter, Hans, „Das Weltgericht tagt“. Rohstoffversorgung und Kriegszieldiskussion, in: Die Extreme berühren sich, a.a.O., S.362-386.
- Wilderrotter, Hans, „Die neue Ära. Walther Rathenau im Umkreis der ‚Weltpolitik’, in: Die Extreme berühren sich, a.a.O., S.342-357.
- Wilderrotter, Hans, Das Geheimnis des Ganzen. Mythos, Geschichte und Politik, in: Die Extreme berühren sich, a.a.O., S.17-31.
- Williams, Andrew, The Genoa Conference of 1922: Lloyd George and the Politics of Recognition, in: Fink, Carole/ Frohn, Axel /Heideking, Jürgen (Hrsg.), Genoa, Rapallo, and European Reconstruction, (a.a.O.), S.29-47.
- Williams, Robert C., Russian War Prisoners and Soviet-German Relations: 1918-1921, in: Canadian Slavonic Papers, IX, 1967, 2, S.270-295.
- Williamson, David G., The British in Germany, 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991.
- Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen, Bd.1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000.
- Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924, Berlin/Bonn 1984.
- Winkler, Heinrich August, Weimar 1918-1933. Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998.
- Wintzer, Joachim, Deutschland und der Völkerbund 1918-1926, Paderborn 2006.
- Winzen, Peter, Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow. Weltmachtstratege ohne Fortune – Wegbereiter der großen Katastrophe, Göttingen 2003 (Persönlichkeit und Geschichte, Bd.163).
- Wipperfürth, Christian: Von der Souveränität zur Angst. Britische Außenpolitik und Sozialökonomie im Zeitalter des Imperialismus. Stuttgart 2004.
- Wippich, Rolf-Harald, Das Auswärtige Amt und Ostasien 1871-1945, in: Deutschland in Europa, (a.a.O.), S.117-134.
- Wirsching, Andreas, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000.
- Witt, P.C., Friedrich Ebert, Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident, Bonn 2. Aufl. 1988.

- Wolff-Rohé, Stephanie, Der Reichsverband der Deutschen Industrie 1919-1924/25, Frankfurt a.M. 2001.
- Wollstein, Günter, Das Grossdeutsche Reich als Demokratie: Ordnungsmodell ohne Chance, in: Deutschland in Europa, (a.a.O.), S.229-249.
- Wollstein, Günter, Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921), in: Fröhlich, Michael (Hrsg.), Das Kaiserreich, (a.a.O.), S.250-261.
- Wright, Jonathan, Gustav Stresemann. Weimar´s Greatest Statesman, New York (Oxford UP) 2002.
- Wrigley, Chris, Lloyd George, Oxford und Cambridge 1992.
- Wulf, Peter, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924 Stuttgart 1979 (Kieler Historische Studien, Bd.28).
- Würtenberger, Thomas/ Sydow, Gernot, Versailles und das Völkerrecht, in: Krumeich, Gerd (Hrsg. in Zusammenarbeit mit Silke Fehlemann), Versailles 1919, (a.a.O.), S.35-52.
- Young, Harry, F., Maximilian Harden, Censor Germaniae. Ein Publizist im Widerstreit von 1892-1927, Münster 1971.
- Young, R., Power and pleasure. Louis Barthou and the Third French Republic, Montreal 1991.
- Zarusky, J., Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetrussische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd.39).
- Zaun, Harald, Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik 1925-1934, Köln 1999.
- Zeidler, Manfred, Reichswehr und Rote Armee 1920-1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993 bzw. 2., unveränderte Studienausgabe München 1994 (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd.36).
- Zelt, Johannes, Die deutsch-sowjetrussischen Beziehungen in den Jahren 1917-1921 und das Problem der Kriegsgefangenen und Internierten, in: ZfG 15 (1967), S.1015-1032.
- Ziebura, Gilbert (Hrsg.), Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975 (Wege der Forschung, Bd. CCCXV).
- Ziebura, Gilbert, Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik, Bd.1: 1872 bis 1934, Berlin 1963.
- Zimmermann, Ludwig, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1958.
- Zuylen, Pierre van, Les mains libres. Politique extérieure de la Belgique (1914-1940), Brüssel 1950.